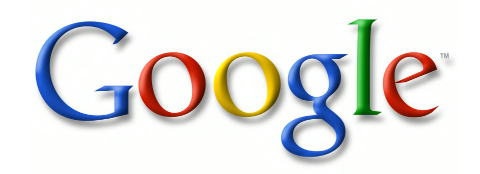





VE RI TAS
HARVARD COLLEGE LIBRARY
HOHENZOLLERN COLLECTION
IN COMMEMORATION OF THE VISIT OF
HIS ROYAL HIGHNESS
PRINCE HENRY OF PRUSSIA
MARCH SIXTH, 1902
ON BEHALF OF HIS MAJESTY
THE GERMAN EMPEROR
PRESENTED BY ARCHIBALD CARY COOLIDGE PH.D.
ASSISTANT PROFESSOR OF HISTORY

Preußens
Geschichte in Wort und Bild
im neunzehnten Jahrhundert.

Preußens
Geschichte in Wort und Bild.

Mit besonderer Rücksicht

auf die Entwicklung von Kultur, Sitte und Geistesleben

in Deutschland.

Für Schule und Haus.

Dritte sehr verbesserte Auflage.

Dritter Band.

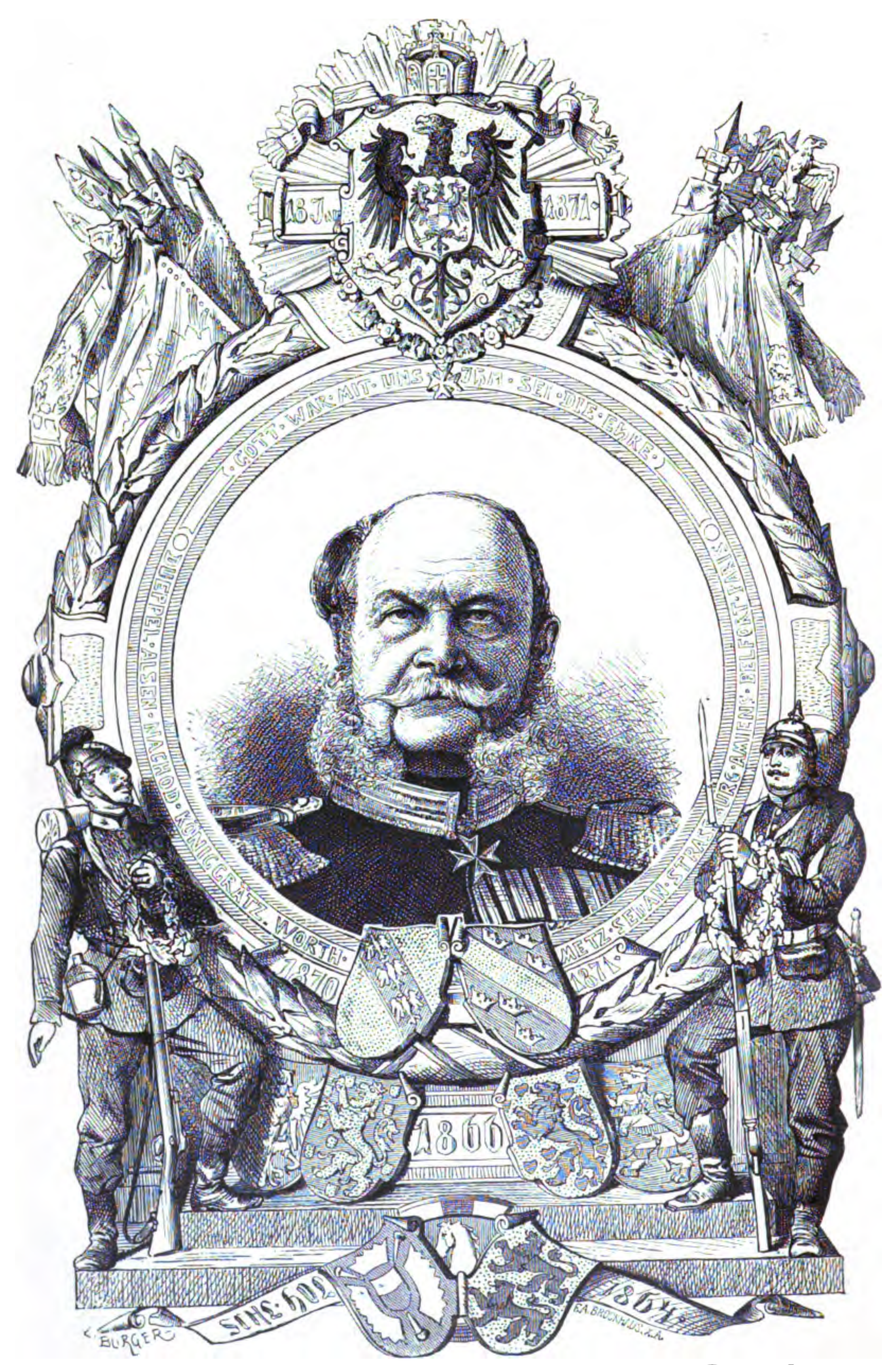
Preußen vom Jahre 1815 bis zur Wiederaufrichtung des Deutschen Reichs.

Herausgegeben von
Ferdinand Schmidt und Franz Otto.



Mit zahlreichen Text-Illustrationen, Tonbildern u. s. w., nach Zeichnungen
von C. Burger und Anderen.

Leipzig und Berlin.
Verlag und Druck von Otto Spamer.
1884.



Kaiser Wilhelm.

Einen bessern Bund konnte der preußische Staat nicht schließen, als mit dem auf richtigem Wege sich fortentwickelnden Geiste der deutschen Nation.

Leopold von Ranke.

Druck: Spamersche Buchdruckerei in Leipzig.



Vorwort.

Seit Anfang des Jahres 1881 liegen die zwei ersten Bände von „Preußens Geschichte in Wort und Bild“, bis zum Jahre 1815 gehend, in dritter völlig umgestalteter und erweiterter Auflage vor. Den Schluß dieses Werkes bis zum Jahre 1880 den Absichten der Verlagsbuchhandlung und den berechtigten Erwartungen eines ansehnlichen Leserkreises gemäß in entsprechender Zeit zu vollenden, sahen sich die Herausgeber wegen anhaltender Kränklichkeit leider verhindert. Sie gewannen daher als Hauptmitarbeiter an dem kulturhistorischen und politischen Theile des Werkes einen jüngeren Gelehrten, Herrn Paul Müller, für die kriegerischen Vorgänge der letzten Jahrzehnte einen bewährten militärischen Autor, Herrn Oberstleutnant von Marées. Unter der dankenswerthen Mitwirkung dieser Herren ist nun, unter Festhaltung des von Herrn Franz Otto entworfenen Planes, unser patriotisches Werk zum Abschluß gebracht worden.

Nächst den Werken und Aufzeichnungen, welche das Leben und die Wirksamkeit der großen Staatsmänner und Feldherren aus der Zeit der Befreiungskriege und der Wiederaufrichtung Preußens behandeln, wie u. a. der Bücher über die Heerführer: Blücher, Gneisenau, Scharnhorst, York — der Staatsmänner: Stein, Hardenberg, Schön, Motz, Metternich &c., sind die zahlreichen, diese Periode behandelnden Schriften, so die von Berneck, Droysen, Eberty, Max Duncker, E. Hahn, Häusser, K. Hillebrand, W. Menzel, Mayer, Onken, Pertz, Preuß, Ranke, Römer, v. Treitschke, Varnhagen von Ense, Joh. Voigt, W. Wachsmuth, G. Weber, und später für die Jahre 1863—1870 die sogenannte Enthüllungsliteratur und die veröffentlichten Erlebnisse aus der Zeit der Belagerung von Paris und den Jahren des Vatikanischen Konzils eingesehen und benutzt worden. — Bei den kulturhistorischen Schilderungen und bei Vorführung der wirthschaftlichen Veränderungen lagen zur Hand: die Schriften von K. Biedermann, K. Braun, M. Busch, J. v. Falke, Fink, G. Freytag, Heintzen, Fr. Kapp, Köppen, G. Kutzen, Mascher, Mayer, Pfizer, Joh. Scherr, Streckfuß u. A., endlich auch noch zahlreiche Veröffentlichungen der zeitgenössischen Pr. Tagespresse.

Ein kleiner Theil der Illustrationen dieses Bandes, darstellend interessante Oertlichkeiten und Persönlichkeiten, sowie Zeit- und Kriegsbilder, ist entlehnt dem zweibändigen Werke „Kaiser Wilhelm und seine Zeit“ von Ferdinand Schmidt und Franz Otto, welches, nachdem es als Gedenkbuch seinen Zweck erfüllt, in seiner gegenwärtigen Gestalt nicht mehr neu erscheinen wird; ursprünglich waren jene Abbildungen für die nun zu Ende geführte Geschichte Preußens bestimmt.

Das vorliegende Buch wird sich, wie wir hoffen, nicht nur als belehrend-unterhaltendes geschichtliches Lesebuch für Schule und Haus, sondern bei seiner Reichhaltigkeit an Daten und Thatsachen auch als Nachschlage-Handbuch empfehlen. Es führt in solchem Sinne die Zustände und Einrichtungen bis über die Mitte des abgelaufenen Jahrzehntes vor; ein ausführliches Sach- und Namenregister erleichtert den Gebrauch des Werkes und dürfte Zeugniß von der Mannichfaltigkeit des behandelten Stoffes abgeben.

Das Studium der Geschichte hat einen höheren Zweck, als das Gedächtniß mit Zahlen und Namen zu füllen. Reihen von Zahlen und Namen zu wissen, heißt noch nicht Geschichte kennen. In den sich fortwährend ändernden Kultur- und Sittenzuständen liegt der Schlüssel zum Verständnisse der geschichtlichen Thatsachen und Personen. Zur Verbreitung der Kenntniß der Zustände und der Entwicklung der an die Spitze des neuen Reiches getretenen deutschen Großmacht durch einfache, von allem gelehrten Anstriche sich fern haltende Darstellung nach Kräften beizutragen, ist der Zweck, den die Herausgeber sich gestellt haben. Der Größe der Aufgabe in ihrem ganzen Umfange sind sie sich völlig bewußt gewesen; an Fleiß, gutem Willen und Begeisterung für die Sache hat es ihnen nicht gefehlt. Sicherlich werden sachverständige Beurtheiler nicht das ernste Bestreben der Herausgeber verkennen, dem gesteckten Ziele möglichst nahe zu kommen.

Leipzig und Berlin, August 1883.

Die Herausgeber.

Inhaltsverzeichniß

der

Illustrirten Geschichte von Preußen.

Dritter Band.

Erster Theil.

Fünfundzwanzig Friedensjahre unter Friedrich Wilhelm III.

Erstes Buch.

Zeit der Wiederaufrichtung.

Zweites Buch.

Beginn der Reaktion.

Drittes Buch.

Viertes Buch.

Fünftes Buch.

Seite

Die Julirevolution, ihre Vorwehen und ihre Folgen. 123

Sechstes Buch.

Nachwehen der Julirevolution in Deutschland und Preußen. Friedrich Wilhelm's III. letzte Lebenstage.

Zweiter Theil.

Regierungszeit Friedrich Wilhelm's IV. 1840—1860.

Erstes Buch.

Aufgaben der Zeit.

Zweites Buch.

Das Revolutionsjahr 1848.



Drittes Buch.

Ablehnung der Kaiserkrone und Fall der Reichsverfassung.

Viertes Buch.

Wiedereinsetzung des deutschen Bundestages. 291

Fünftes Buch.

Die Reaktionszeit. 303

Sechstes Buch.

Preußen, Deutschland und Europa. 315

Siebentes Buch.

Der Prinz von Preußen als Prinzregent.

Dritter Theil.

Von der Thronbesteigung König Wilhelms I. bis zur Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches. 1861—1871.

Erstes Buch.

Bis zum dänischen Kriege.

Zweites Buch.

Der Entscheidungskampf um Schleswig-Holstein.

Drittes Buch.

Neue Verwicklungen und Nachwehen des preußisch-österreichischen Waffenganges.

Viertes Buch.

Der Krieg gegen Oesterreich und seine Verbündeten.

Fünftes Buch.

Minen und Gegenminen.

Sechstes Buch.

Der Krieg Deutschlands gegen Frankreich.

Siebentes Buch. (Schluß.)

Verzeichniß der Tonbilder.

Druckfehler-Verzeichniß.

Seite 8 Zeile 8 von unten statt der eigentliche und lies: und der eigentliche.
„ 28 „ 9 „ oben streiche die Worte: hierunten abgebildeten.
„ 28 „ 1 „ unten statt Rostock lies: Krieblowitz.
„ 37 „ 6 „ oben „ Chapeau lies: Jabot.
„ 82 „ 15 „ unten „ Elissen lies: Flissen.
„ 153 die Unterschrift der Abbildung muß lauten: Friedr. Oetker. S. Jordan. G. Eisenmann.
„ 208 „ 24 von oben statt Fyssowki lies: Tyssowski.
„ 243 „ 34 „ „ „ K. von Auerswald lies: R. von Auerswald.
„ 243 „ 17 „ unten lies: R von Auerswald statt K von Auerswald.
„ 462 „ 8 „ oben statt 6 lies VI
„ 462 „ 9 „ „ „ 1 „ I
„ 466 „ 19 „ „ „ 5 „ V
„ 470 „ 8 „ oben „ 3 „ III
„ 470 „ 25 „ „ „ 2 „ II
„ 470 „ 27 „ „ „ 3 „ 2
„ 472 „ 11 „ unten „ streiche einmal das Wort: der
„ 473 „ 4 „ oben „ behauptet lies: genommen
„ 581 „ 20 „ unten „ richtiger oder lies: oder richtiger


Erster Theil.
Fünfundzwanzig Friedensjahre
unter
Friedrich Wilhelm III.
1815-1840.



Erstes Buch.

Zeit der Wiederaufrichtung.

Neue Lehr- und Sorgenjahre.

Im Jahre 1815 waren einhundertundfünfzig Jahre seit des Großen Kurfürsten machtvollem Auftreten und seit Festigung und Zusammenfassung des preußischen Staates durch diesen ausgezeichneten Fürsten, Feldherrn und Staatsmann verflossen. Nicht viel mehr als fünfzig Jahre waren dahingegangen, seit Friedrich der Einzige Preußen in die Reihe der europäischen Großmächte eingeführt hatte; kaum dreißig Jahre früher war durch ihn, Oesterreich gegenüber, eine Vereinigung deutscher Fürsten zu gemeinsamer Wahrnehmung ihrer Interessen als „Fürstenbund" zu Stande gebracht worden; ein Jahrzehnt war verflossen, seit nach dem gänzlichen Zusammensturz des altehrwürdigen deutschen Reiches der Rheinbund schmählichen Andenkens zu Stande gekommen und ihm gegenüber eine nationale Vereinigung der norddeutschen Staaten durch Friedrich Wilhelm III. wenigstens erstrebt worden war; jetzt war Deutschland — und zwar diesmal das ganze Deutschland — wiederum zu einem Bunde zusammengetreten. Aber unsere Allmutter Germania war des Purpurmantels entkleidet, die Kaiserkrone war ihr vom Haupte genommen, das Szepter ihrer Hand entglitten; einer dienenden Magd gleich erschien sie im Vergleich mit der gewaltigen Herrscherin vor tausend Jahren. — Was die Fürsten aus hohenzollernschem Geschlecht

seit zwei Jahrhunderten für Preußen vollbracht hatten, das hatten sie für ganz Deutschland gethan; die in den schweren Katastrophen der letztvergangenen Jahre begründete Unsicherheit und Unentschlossenheit der preußischen Staatsregierung hatte im Bunde mit der Mißgunst und Eifersucht mächtiger Rivalen den Einfluß Preußens auf die Geschicke Deutschlands zur Zeit, äußerlich wenigstens, zurückgedrängt; aber das einmal Errungene — und es war ja vieles errungen — konnte und sollte nicht wieder verloren gehen. Langsam freilich, aber unaufhaltsam schritt die Entwicklung des preußischen Staates einem hehren Ziele zu.

Auswärtiger Einfluß auf Gestaltung der deutschen Verhältnisse. Bis in die letzte Zeit gehörte es zu den feststehenden Glaubenssätzen, daß Fürst Metternich es gewesen sei, welcher seit dem Jahre 1814 den Geschicken Deutschlands, ja denen fast ganz Europa's, die ausschlaggebende Richtung angewiesen habe. Ihm in erster Linie wurde alles Unheil, das Deutschland während des Wiener Kongresses erfahren hat, zugeschrieben, ebenso die Nichtberücksichtigung der Ansprüche Preußens in Beziehung auf billige Entschädigung für die gebrachten schweren Opfer sowie in Bezug auf Sicherung und Bessergestaltung seiner Grenzen. — Nun aber wissen wir aus dem kürzlich veröffentlichten „Briefwechsel Talleyrands mit König Ludwig XVIII.", daß nicht den allmächtigen Rathgeber des Kaisers Franz I. allein, sondern daß auch den feinen französischen Staatsmann und Vertreter des wieder aufgerichteten Thrones der Bourbonen ein guter Theil der Schuld trifft, wenn die gerechten Erwartungen der deutschen Patrioten unerfüllt blieben und Preußen nicht zu dem gelangen konnte, was es sein gutes Recht nennen durfte.

Als Talleyrand im Jahre 1814 zu Wien eingetroffen war, schienen die Verbündeten unter sich darin einig, dem französischen Bevollmächtigten nicht Gleichberechtigung und demgemäß seiner Stimmführung nicht dieselbe Geltung zuzuerkennen, welche sie für sich in Anspruch nahmen; es sollten vielmehr die Geschicke Europas durch die siegreichen verbündeten Großmächte England, Rußland, Oesterreich und Preußen bestimmt werden. In diesen Stand der Dinge jedoch brachte alsbald die kluge Haltung des französischen Ministers eine Wendung. Indem er zunächst darauf drang, daß das Prinzip der Legitimität als Basis aller völkerrechtlichen Grundsätze anerkannt werde, gelang es seinem behutsamen Vorgehen, seinen Absichten in Beziehung auf die Gestaltung Europa's Eingang zu verschaffen. Das Festhalten am Legitimitätsprinzip widersprach keineswegs den Interessen der Hauptmächte und durfte gewiß auch auf Gutheißung seitens der Staaten zweiten Ranges und seitens der kleinen Potentaten rechnen, welche sich bisher nicht gesträubt hatten, zu Bannerträgern Frankreichs herabzusinken. Der schlaue Diplomat stellte in seinen Unterhaltungen und Verhandlungen mit den Vertretern der Großmächte voran: Die Herstellung eines dauerhaften Gleichgewichts in Europa, das nur durch Festhalten an dem aufgestellten großen Grundsatz an Sicherheit und Bestand werde gewinnen können; dann rückte er in den Vordergrund seines Programms die Wiederaufrichtung Deutschlands mittels Organisation eines deutschen Staatenbundes, dessen Machtlosigkeit aber von vornherein ausgesprochen war durch die souveräne Stellung, welche den „angeborenen (legitimen) Regenten" der einzelnen Staaten zuerkannt werden sollte; weiterhin sollten nach seinem Plane die Neugestaltung und Neutralität der Schweiz, die Regelung der Rheinschiffahrtsverhältnisse, die Sicherstellung des Bestandes der Pforte und endlich die Abschaffung des Sklavenhandels die Bevollmächtigten beschäftigen. Talleyrand wirkte auf der einen Seite darauf hin, Oesterreichs Vorherrschaft in Italien dadurch zu beschränken, daß die Staaten Italiens einander das Gleichgewicht hielten; andrerseits stellte er es jedoch als unerläßlich hin, daß der damals noch regierende „Usurpator Murat" dem legitimen Könige Ferdinand IV. weichen, daß Toscana an die Königin von Etrurien zurückzugeben und daß die Legationen und die Marken dem wiederhergestellten Kirchenstaate aufs Neue anzufügen seien.

Ueberaus charakteristisch für ihn und seinen König ist Dasjenige, was sich Talleyrand in seiner von ihm selbst niedergeschriebenen und vom König genehmigten Instruktion als

seine Aufgabe hinsichtlich der Machtbeschränkung Preußens stellt. In jenem wichtigen Aktenstücke heißt es: Es verleihe die natürliche Lage der preußischen Monarchie dem Ehrgeize seiner Regenten eine Art von Berechtigung, ja Nothwendigkeit. Sein Nutzen habe dem preußischen Staate stets als „sein Recht" gegolten, und so sei es gekommen, daß er binnen 63 Jahren von einer Bevölkerung von weniger als vier Millionen zu zehn Millionen emporgestiegen sei. Selbst der schreckliche Sturz nach dem Jahre 1805, der nur durch seinen Ehrgeiz herbeigeführt worden sei, habe in diesem auf Vergrößerung gerichteten Streben eine Wandlung nicht bewirkt; noch jetzt gelüste es Preußen nach allen Landen, die zwischen den Grenzen Frankreichs, der Maas und dem Rheine lägen, es begehre Luxemburg und Mainz als Stützpunkte seiner Macht, es erkläre sich in seiner Sicherheit bedroht, wenn ihm nicht ganz Sachsen zufalle. Seine Ansprüche gründe es darauf, daß man sich durch die Abmachungen zu Kalisch verpflichtet habe, Preußen in der Stärke und in dem Umfange wiederherzustellen, die es vor seinem Niedergange im Jahre 1806 besessen. Aber es begnüge sich schon nicht mehr mit zehn Millionen Unterthanen, es wolle 600000 mehr haben — gestehe man ihm das zu, so werde es bald noch mehr, werde zwanzig Millionen haben wollen. Es sei mithin unerläßlich, seinem Ehrgeize Zügel anzulegen; Mainz wie Luxemburg dürften eben nur feste Plätze im Besitze des deutschen Bundes werden, und südlich der Mosel dürfe man Preußen nicht gestatten, sich noch weiter auszubreiten. Dagegen empfehle es sich, Holland möglichst weit auf dem linken Rheinufer vorrücken zu lassen, auch die Ansprüche Hessens, Bayerns und namentlich Hannovers zu unterstützen, damit das für Preußen übrig bleibende Ländergebiet sich möglichst verringere; vor Allem sei dem König von Sachsen sein Erbland möglichst wenig zertheilt wiederzugeben.

Was Talleyrand als durch Frankreichs Vertreter zu erstrebende Ziele bezeichnet hatte, ward von ihm als Bevollmächtigtem Ludwigs XVIII. auch erreicht. Rußland ließ die Hälfte seiner Ansprüche auf das Herzogthum Warschau fallen, Sachsen ward, allerdings nicht vollständig, aber doch in der Größe wie Hannover und Württemberg wiederhergestellt, was es unzweifelhaft Frankreich zu verdanken hatte. Es ward bewerkstelligt, daß die preußischen und französischen Grenzen sich möglichst wenig (im Jahre 1814 nirgends) berührten; Luxemburg und Mainz wurden deutsche Bundesfestungen. Der Einfluß Preußens ließ sich im Innern durch die in Aussicht genommene Bundesverfassung auf ein ungefährliches Maß beschränken; nach außen hin konnte Preußen sich nur auf Kaiser Alexanders Wohlgeneigtheit, später, jedoch in bei weitem geringerem Maße, noch auf Englands Beistand verlassen. Weiterhin gelang die Organisation der Schweiz, deren Unabhängigkeit und Neutralität verbürgt ward.

Besondere Wichtigkeit legte die Instruktion, welche das Verhalten der französischen Botschaft auf dem Wiener Kongreß bestimmte, darauf, „daß die Eröffnung des Kongresses geschehen solle in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des öffentlichen Rechts"; diese Forderung hat Talleyrand an die Spitze des Entwurfs zur Ordnung der Verhältnisse Europa's gestellt und durchzusetzen gewußt. Es gelang ihm, den englischen Bevollmächtigten Viscount Castlereagh von Preußen ab- und auf seine Seite zu ziehen, ebenso den Kaiser Alexander nachgiebiger zu Gunsten Frankreichs zu stimmen. Schon am 4. Januar 1815 hatte er seinem Herrscher als Ergebniß der Verhandlungen mittheilen können, „daß die bisherige Koalition aufgelöst sei, Frankreich nicht mehr isolirt in Europa dastehe, und daß man „Sr. Majestät" ein Bundessystem und „Friedensverhältnisse" zu danken habe, wie es kaum als Ergebniß der Unterhandlungen eines halben Jahrhunderts zu erwarten gewesen sei. Die französische Politik befinde sich im Einverständniß mit zwei der ersten Großmächte und drei Staaten zweiten Ranges und werde bald mit allen den Staaten sich im Einvernehmen befinden, die nicht revolutionäre Absichten verfolgen. Dann werde in Wahrheit Frankreich das Haupt und die Seele eines Friedensbundes und in der Lage sein, jene Grundsätze (die der Legitimität) zu vertheidigen, welche zuerst Se. Majestät der König von Frankreich verkündet habe." — Talleyrand's diplomatischen Künsten gelang es, die bisher verbündeten

Großmächte zu trennen und die entstandene Spaltung stetig zu erweitern. Auch ward Manches von dem zurückgewonnen, was nach des Imperators Rückkehr aus Elba für Frankreich verloren gegangen war. Als nach Napoleon's Verbannung nach St. Helena die Friedensverhandlungen zu Ende geführt werden konnten, ward von den Ergebnissen der früheren diplomatischen Campagne noch Manches mehr gerettet, als man im Grunde erwarten durfte. — Frankreichs Vertreter griff mithin muthig ein bei der endgültigen Ordnung der Verhältnisse Europa's nach Ausgang des Feldzugs vom Jahre 1815. Es fiel dem ehemaligen revolutionären Bischof von Autun nicht schwer, die Spaltung zwischen den vier Großmächten fortbestehen zu lassen, so daß sich nur die von uns bereits berichteten unbefriedigenden Vortheile zu Gunsten Deutschlands und Preußens erreichen ließen; sie wären noch geringer ausgefallen, hätte letzteres nicht das Gewicht seiner jüngsten Waffenerfolge mit in die Wagschale werfen können. —



Clemens Lothar Wenzel, Fürst von Metternich (in späterem Lebensalter).

Jedenfalls steht fest, daß den Vertretern Frankreichs ein ganz erheblicher Antheil an der mißlichen Gestaltung der deutschen Verhältnisse zuzusprechen ist; Frankreichs Einfluß ist damals nur zu sehr den Interessen der ehemaligen Rheinbund-Fürsten zugute gekommen. Es hat die ungenügende deutsche Bundesverfassung mit hervorrufen helfen, welche zum Schaden unserer Nation so lange Zeit Deutschland in Schwäche erhielt und seine Entwicklung hemmte.

Und es blieben auch für die Folgezeit zwei mächtige Motoren in Bewegung, die im Osten und Westen, von zwei so wichtigen Punkten wie Wien und Paris aus, ihre Thätigkeit einsetzten, um Deutschlands Ohnmacht womöglich zu verewigen und Preußen niederzuhalten.

Der deutsche Bund. Was Deutschland unter der schlaffen, mattherzigen Oberleitung des deutschen Bundestages, den die karge Weisheit und die Engherzigkeit der Maßgebenden und Gebietenden nach Wiederherstellung des Friedens fünfzig Jahre lang vegetiren ließ, geworden ist, das weiß die Mehrzahl unsrer Leser; auf den nachfolgenden Blättern verzeichnen wir das zum Verständnisse der Entwicklung Preußens seit dem Jahr 1815 Nothwendige.

Ein Reich deutscher Nation ist aus dem „Deutschen Bund“ vom Jahre 1815 nicht hervorgegangen, und man wollte ein solches auch gar nicht wieder erstehen lassen. Allerdings hat

er, und das ist fast sein einziges Verdienst, unserem schwer heimgesuchten Vaterlande nahezu fünfzig Friedensjahre bescheert, deren es so dringend bedurfte. Aber von Jahrzehnt zu Jahrzehnt sank Deutschland tiefer und immer tiefer herab; mehr und mehr büßte es die Achtung anderer Nationen ein, und es schwand die Selbstachtung; in erschreckender Weise nahm die Zahl derer ab, in denen der Glaube lebendig blieb, Germania könne und werde dereinst wieder zu Macht und Ansehen emporsteigen. Oesterreich, dessen Herrscher seit Jahrhunderten mit wenigen Ausnahmen ihren historischen Beruf als Beschützer und Leiter eines einheitlichen deutschen Reiches leider nur zu sehr aus den Augen gelassen hatten, hatte in der Stunde der Gefahr freiwillig auf das bis dahin geübte Führeramt verzichtet, und Preußen, welches allein im Stande und berechtigt war, an Oesterreichs Stelle zu treten, hatte man durch seine möglichst ungünstige geographische Gestaltung — ein schlechter Dank für seine ruhmvolle Führung im Freiheitskriege! — die Erfüllung der ihm zugefallenen Aufgabe überaus schwer gemacht.



Karl Moritz, Herzog von Talleyrand-Périgord, Frankreichs Vertreter auf dem Kongreß zu Wien.

Nur zweierlei Aussichten boten sich für Preußen dar: entweder in der alle Lebensäußerungen unterbindenden Zwangsjacke, in welche der deutsche Bund seine Glieder eingeschnürt hatte, zu ersticken, oder die Zeit der Ruhe und aufgenöthigten Unthätigkeit auszunutzen, seine in einer großen Vergangenheit wurzelnden Kräfte zu sammeln, um im gegebenen Augenblicke die Fesseln zu sprengen und durch ein entschiedenes Vorgehen mit einem Schlage das zu erreichen, was unter anderen Umständen das Ergebnis einer naturgemäßen Entwicklung gewesen wäre.

Preußen hat das Letztere gewählt und sich unterdessen wiedergefunden. Wenn im Jahre 1806 maßlose Ueberschätzung auf der einen und Mangel an rechtem Selbstvertrauen auf der andern Seite als Hauptursachen des jähen Sturzes der Monarchie Friedrichs des Großen erscheinen, so sahen wir in den dem Sturze folgenden Prüfungsjahren aus den verschütteten Wurzeln die Kraft wieder treiben und eine sich von unberechtigter Vertrauensseligkeit und sich selbst aufgebender Entmuthigung gleich weit fernhaltende Gesinnung vorherrschend werden, die zu treuem Ausharren anspornte und auch in den schweren Kriegsjahren sich herrlich bewährte.

Daß die Zustände, wie sie zur Zeit bestanden, keine dauernden sein konnten, darüber herrschte unter allen Fernsehenden nur eine Stimme. Dem preußischen Finanzminister von Motz, der sich nachmals als Mitbegründer des deutschen Zollvereins große Verdienste um die wirthschaftliche Entwicklung Deutschlands erworben hat, erschien der deutsche Bund als ein Unding, der Glaube an seine Aufrechterhaltung als eine Thorheit, wie er denn schon im Jahre 1817 in seiner Schrift „Gedanken über die Militärverfassung des Bundes" u. A. Folgendes sagte: „Ein solcher Staatenverein erscheint als ein politischer Nothbehelf, den die Eifersucht der souveränen Fürsten Deutschlands im Drange der äußeren Umstände zur Geburt gefördert hat, nicht um die zerstreuten Kräfte Deutschlands wirklich in ein Großes zu sammeln, wodurch Europas Gleichgewicht in der That begründet sein würde, sondern nur um Deutschland in immerwährender Kräftezersplitterung zu erhalten. Darum muß Preußen jetzt schon den Zeitpunkt ins Auge fassen, wo das unhaltbare Bundeswerk wieder in sich selbst zerfallen wird. Oesterreich kann eine Vereinigung deutscher Volkskraft aufrichtig gewiß nicht wollen, weil das vorherrschende Interesse seines Hauses und seiner großen, im Bunde nicht mit einbegriffenen Staaten gerade das Gegentheil erheischt."

Preußens Besitzstand nach dem Kriege. Durch den Frieden im Jahre 1815 hatte Preußen hinsichtlich seines Flächeninhalts nicht den bis zum Jahre 1806 erlangten Umfang zurückempfangen; es fehlten ihm daran einige Hundert Geviertmeilen, und es erschien sonach thatsächlich benachtheiligt. Aber an ein Zweifaches hatten die Neider und Feinde Preußens bei der endlichen Festsetzung seiner Gebietsverhältnisse nicht gedacht: es war von ihnen — gleiches geschah freilich auch längere Zeit hindurch preußischerseits — übersehen worden, daß die vermeintlichen Nachtheile annähernd, wenn nicht gar reichlich aufgewogen wurden durch einen doppelten Vortheil. Preußen wurde durch die ungünstige Gestaltung seiner Grenzen, durch die unverhältnißmäßige Längenausdehnung und Zerrissenheit seines Gebiets geradezu gewaltsam auf die Bahn gedrängt, welche es, seinem historischen Berufe folgend, später einschlug. Dazu kam noch ein Zweites. Zehn Jahre früher kamen von 5500 Quadratmeilen preußischen Staatsgebietes deren etwa 2500 auf polnische Landestheile, so daß das Königreich im Grunde nicht für einen national-deutschen Staat gelten konnte, während es im Jahre 1816 sich glücklich schätzen durfte, unter seinen 13 Millionen Landeskindern eine zum allergrößten Theile deutsche Bevölkerung zu zählen. Was im Osten, in Polen, an Land und Leuten verloren worden, ward reichlich aufgewogen durch den rein deutschen Charakter der neuerworbenen Provinzen im Westen. Es vollzog sich verhältnißmäßig rasch die Aufsaugung der neuen, 1815 aufgenommenen Volkselemente durch die vorhandenen; denn bereits zwei Jahrzehnte nachher war auch die innere Einfügung der neuen Landestheile, ihre Verschmelzung mit den alten Provinzen zu einem organischen Staatsganzen, eine Thatsache geworden.

Was sich in Preußen aus dem inneren Leben seines Volkes heraus durch rüstiges geistiges Streben und materielles Schaffen vollzog, trat nicht geräuschvoll auf die Weltbühne, es ward daher im Auslande wenig oder gar nicht beachtet. Dies änderte sich jedoch von dem Zeitpunkte ab, in welchem der deutsche Zollverein gegründet worden war, und in dem Maße, in welchem die wohlthätigen Folgen desselben von Jahr zu Jahr mehr hervortraten, begann, wie es im Inlande geschehen, auch im Auslande der Glaube an die Mission Preußens zu erwachen: Deutschlands Vormacht, der eigentliche und Schützer und Schirmer seiner Interessen zu sein.

Getäuschte Hoffnungen. Noch im Jahre 1816 hatte der treffliche Freiherr vom Stein nicht daran gezweifelt, daß König Friedrich Wilhelm in nächster Zeit schon seinem Volke eine Verfassung verleihen werde. Der in gewissen höheren Kreisen herrschende Widerwille gegen jegliche Art von Volksrepräsentation war ihm zwar nicht unbekannt, aber er hielt es für unmöglich, daß das Uebelwollen, die Kleingläubigkeit und das Mißtrauen einzelner, wenn auch hervorragender Kreise einen übermächtigen Einfluß gewinnen könne.

Betrübend ist und bleibt es, daß die Hoffnungen der Verfassungsfreunde nicht in Erfüllung gingen, doch erfordert die Gerechtigkeit, es nicht unerwähnt zu lassen, daß in Preußen mehrere Jahre hindurch ernstlich daran gearbeitet worden ist, ein Verfassungswerk zu Stande zu bringen. Aber der Verwirklichung dieser Absicht traten außer jenen, in den Vorurtheilen einzelner Gesellschaftsklassen wurzelnden und aus ihnen sich ergebenden Schwierigkeiten auch noch andere entgegen, die in der äußeren Lage des Staates und seiner Zusammensetzung aus anfänglich in ihrem politischen Denken und Empfinden weit von einander verschiedenen Volkselementen begründet waren.

Die zur preußischen Monarchie hinzugetretenen Landestheile, das Rheinland mit seiner französischen Aufklärung, das früher schwedische Vorpommern mit überlieferten, unter den drei Kronen Skandinaviens erlangten Privilegien, die ehemals polnischen Gebietstheile mit ihrem störrischen Adel und ihrem unwissenden Bauernstande, die Sachsen mit dem getheilten Herzen — halb für den Rautenkranz, halb für den Adler — boten so eigenartige Elemente dar, daß es noch eines mehrjährigen Zusammenlebens bedurfte, um diese mit den altpreußischen Provinzen zu einer Staatseinheit zu verschmelzen.

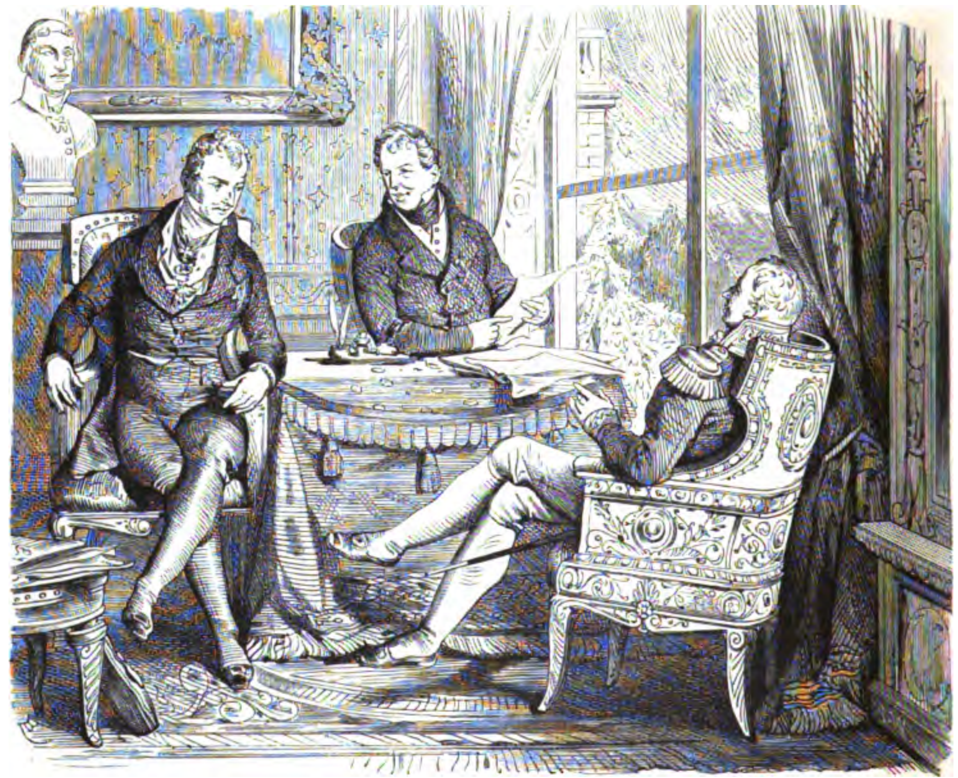
Wir werden Veranlassung haben, auf diesen Gegenstand in einem späteren Abschnitt zurückzukommen. Hier genüge die Anführung der Thatsache, daß über den Umfang der zu gewährenden Volksrechte und den Verfassungszuschnitt überhaupt die denkbar verschiedensten Anschauungen herrschten, und daß viel verhandelt, hin und her berathen, beschlossen und wieder verworfen worden ist, ehe man zu dem Entschlusse gelangte, von einer Verfassung für den Gesammtstaat einstweilen überhaupt abzusehen und sich vorerst mit der Errichtung von Provinzialständen mit berathender Stimme zu begnügen.

Während dieses fast zehnjährigen unbefriedigenden und erfolglosen Abmühens in den Regierungs- und in den von diesen mehr oder minder beeinflußten Gesellschaftskreisen wurde manches dringliche Werk in den Hintergrund geschoben und die Geduld und der gute Muth wohlmeinender Vaterlandsfreunde oft genug auf harte Proben gestellt.

Natürlich erregte die Nichterfüllung der in schweren Tagen gegebenen Verheißungen großen Unmuth im Lande, namentlich bei dem gebildeten Theile der Bevölkerung; vor Allem aber war es die Jugend, welche durch ihre hingebende Theilnahme an den großen Befreiungskämpfen ein wohlbegründetes Recht auf ihre Mitwirkung auch an den Werken des Friedens erworben zu haben meinte, und in deren Kreisen die herrschende Erregung den lautesten und ungestümsten Ausdruck fand. Das Ueberschäumen derselben war jedoch den Widersachern der freiheitlichen Strömung in Deutschland durchaus nicht unwillkommen; bot es doch Veranlassung, zur Vorsicht zu mahnen und auf Zurückhaltung zu dringen. „Die wahre Kraft liegt im Recht", schrieb später Fürst Metternich, der Hauptmahner in jener Zeit, „außer ihm ist alles vergänglich." Indeß die rechte Definition über das was Rechtens sei hinsichtlich derer, denen beharrlich die Gewährung zugesagter Rechte vorenthalten worden war: diese Definition ist uns der hochgebietende Staatslenker schuldig geblieben.

Einfluß von Außen. Aus den in neuester Zeit bekannt gewordenen Aufzeichnungen des österreichischen Staatskanzlers ergiebt sich, daß dessen Abneigung gegen die Antheilnahme der Völker an der Gestaltung ihrer Angelegenheiten sich insbesondere gegen das sogenannte „parlamentarische System" richtete, und daß er selbst eine Zeit lang ernsthaft bemüht war, die in Oesterreich beiseite geschobenen ständischen Verfassungen der einzelnen Provinzen des Donaustaates wieder neu zu beleben. Kaiser Franz dagegen wollte weder von Verfassungsbewilligungen, noch von „Volksrechten" etwas wissen, und Metternich war trotz aller ihm zu Gebote stehenden Macht dem Kaiser gegenüber ein zu gefügiges Werkzeug, als daß er es gewagt hätte, mit Nachdruck etwas zu vertreten, was jenem ersichtlich im Innersten widerstrebte. Als darnach gar eine Anzahl deutscher Fürsten das ihren Unterthanen gegebene Gelöbniß durch Verleihung von Verfassungen einlösten, als allüberall in Deutschland und in den Nachbarstaaten revolutionäre Strömungen sich bemerkbar zu machen

begannen, da schwanden bei dem allmächtigen österreichischen Minister auch die letzten freisinnigen Anwandlungen, denen er bisher noch hin und wieder Raum gegeben hatte, und ganz auf die starr autokratischen Neigungen seines Kaisers eingehend wurde er fortan der Hauptwidersacher aller freiheitlichen Regungen und bot seinen ganzen, weitgehenden Einfluß auf, dieselben nicht nur in den österreichischen Staaten, sondern auch in den Nachbarländern niederzuhalten. Im Hinblick auf das Verhalten der süd- und westdeutschen Staaten mußte es unter diesen Umständen in Wien um so angenehmer berühren, daß die Verfassungsfrage in Preußen in Stillstand gerieth, und man ließ es sich angelegen sein, die Bestrebungen der verfassungsfeindlichen Partei nach Kräften zu unterstützen, trotzdem man sehr wohl wußte, wie sehr unter den Folgen dieses Parteihaders der König Friedrich Wilhelm und sein Volk litten.



Fürst Metternich und Gentz in Berathung mit dem Staatskanzler Fürsten Hardenberg.
Zeichnung von Ludwig Burger.

Wenn Diesem oder Jenem die Nichterfüllung gegebener Verheißungen gleichsam wie ein Wortbruch erschien, wenn darauf hingewiesen wurde, daß die widerfahrene Enttäuschung geeignet sei, der Liebe selbst der Bewohner der alten Provinzen zu ihrem Monarchen Abbruch zu thun, so erinnerte der Staatskanzler solchen Einwendungen gegenüber an die Kraft, die im Rechte, — in dem angestammten Rechte der Krone liege. Es möchte doch wohl schwer halten, ward gesagt, den König Friedrich Wilhelm seinem Volke zu entfremden; gelange aber die Mißstimmung des Volkes über die so wenig den gehegten Hoffnungen entsprechenden Folgen der Erhebung, über die Heilige Allianz, über die Pariser Friedensschlüsse, den Bundestag 2c. wirklich zum Ausdruck, nun, dann werde sich erst recht genügendes Material darbieten, das, in angemessener Weise dem Könige Friedrich Wilhelm nahegebracht, diesem es als höchst bedenklich werde erscheinen lassen, mit dem Verfassungswesen Ernst zu machen! Und solches Material wurde in nächster Zeit — leider! — mehr als genug zusammengebracht.

Doch wir kommen später auf die Verfassungsfrage, ihre Entwicklung und endliche Erledigung ausführlicher zurück. Werfen wir zunächst einen Blick auf die Verhältnisse und Zustände, die in den ersten Jahrzehnten nach Errichtung des deutschen Bundes in Deutschland und vornehmlich in Preußen auf den übrigen Gebieten des Staatslebens, im Heer und im Beamtenstand, in Gewerbe und Industrie, in Kunst und Wissenschaft und im gesellschaftlichen Leben sich herausbildeten und zu Tage traten.

Die allgemeine Nothlage. Nur allmählich konnten in den ersten Jahren nach Eintritt des Friedens die arg zerrütteten wirthschaftlichen Zustände des Landes gebessert werden; zu schwer hatten die Kriegs- und Unglücksjahre des letzten Jahrzehnts auf dem preußischen Staate gelastet, als daß selbst bei den reichsten und ergiebigsten natürlichen Hülfsquellen, bei dem einmüthigsten Zusammenwirken aller Kräfte des Staates eine schnelle Linderung oder gar Beseitigung des Nothstandes möglich gewesen wäre.

Auf 400 Millionen Thaler werden die von Preußen aufgebrachten Kriegskontributionen und die Einbußen, welche das Land durch die langjährige Besetzung durch feindliche Heeresmassen erlitt, veranschlagt; 900 Millionen hatte, die Kriegsschäden mit eingerechnet, der schwere Kampf gegen die Bedränger verschlungen. Infolge dieser unausgesetzten Opfer seit 1806 waren die Edelmetalle, Gold und Silber, fast gänzlich aus dem Lande geschwunden; das in großen Mengen ausgegebene Papiergeld aber wurde damals nicht so vertrauensvoll angenommen wie in unseren Tagen. Nach amtlichen Erhebungen bezifferte sich noch im Jahre 1819 der Silberbestand im ganzen Lande auf nicht höher als 7 Millionen Thaler. Dazu trat eine Reihe von Mißernten — namentlich die vom Jahre 1817 —, die in ihren Nachwehen in ganz Deutschland schwer empfunden wurden, zumal da bei dem Mangel an guten Verkehrsstraßen die Noth in den am meisten heimgesuchten Distrikten bis zu förmlicher Hungersnoth stieg, die eine größere Zahl von Menschenleben forderte.

Ein gleich schwerer Druck ist, Dank der nachmaligen hohen Entwicklung unserer Verkehrsverbindungen, heute kaum noch denkbar, die längere Dauer einer Hungersnoth gar nicht mehr möglich. Damals aber mußte die erst nach und nach eintretende Linderung und Hebung des Nothstandes nothwendiger Weise zu Verwilderung und Verkommenheit großer Bevölkerungskreise führen. Das Volk, daran gewöhnt, alles von oben zu erwarten, glaubte der Regierung viel mehr zumuthen zu dürfen, als diese zu leisten und zu gewähren vermochte, und es zeigte sich nun in der Ungewohntheit der Selbsthülfe und der Erschlaffung des Volksgeistes die Unzulänglichkeit eines Systems der Bevormundung. Steins Wort: es müsse der Gemeindegeist die Stelle der Bureaukratie einnehmen, hatte noch zu wenig Wirklichkeit gewonnen.

Die Regierung erkannte die Nothwendigkeit, das ländliche Kreditwesen zu heben, das sich, erst wenige Jahrzehnte früher durch den Justizminister von Carmer begründet, noch in den Anfangsstadien seiner Entwicklung befand. Aber dies und vieles Andere erforderte Zeit; die neuen, in den Tagen der Wiederaufrichtung Preußens beschlossenen Institutionen standen entweder nur erst auf dem Papier, oder das Volk hatte noch nicht Zeit gehabt, sich an sie zu gewöhnen, sich mit ihnen zu befreunden und ihre hohe Bedeutung für das praktische Leben zu würdigen. Und so lange das nicht der Fall war, demnach noch Unfertigkeit und Unsicherheit auf den betreffenden Gebieten herrschte, war eben eine recht befriedigende Besserung der Zustände nicht zu erwarten.

Ordnung des Finanzwesens. Es galt, nach allen Seiten hin zu helfen, aufzurichten, zu beschwichtigen, Muth einzuflößen, Abneigungen zu bekämpfen, für Heilsames zu erwärmen. Wie vieles war doch völlig aus Rand und Band gekommen! Straßen, zerstörte Festungen, unterbrochene Bauten mußten wiederhergestellt oder fortgeführt werden; es waren eine Unzahl der verschiedenartigsten, von Gemeinden und von Privatpersonen erhobenen Ansprüche auf Entschädigungen für vernichtetes Eigenthum und endlich auch noch Bedürfnisse für Institute zu befriedigen, deren Erhaltung oder gar Erweiterung sich als unumgänglich nothwendig erwies, sollte nicht mit den Ueberlieferungen der Vergangenheit gebrochen werden.

In erster Reihe galt es, die Steuerkraft der Landesbewohner, welche so sehr der Schonung bedurfte, durch Beförderung von Handel und Wandel zu heben, und es ist, wie wir gleich bemerken werden, in dieser Beziehung in verhältnißmäßig kurzer Zeit vieles geschehen und Großes erreicht worden.

In der That konnte Preußen, wenngleich seinem Volke später als den Völkern der meisten anderen deutschen Staaten eine wirkliche Theilnahme an der Leitung der Staatsgeschäfte eingeräumt wurde, hinsichtlich seiner Gesammtentwicklung, vornehmlich aber mit Rücksicht auf seine Finanzverwaltung, sehr wohl den übrigen Staaten des Bundes als nachahmenswerthes Vorbild dienen, und es wäre einseitig und ungerecht, der preußischen Staatsleitung des dritten und vierten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts, wie nur zu häufig geschehen, alles und jedes Verdienst absprechen zu wollen, nur weil sie bezüglich der Verfassungsfrage den Wünschen des Volkes und den Forderungen der Zeit gegenüber sich ablehnend verhielt.

Daß die sofortige Verleihung einer Verfassung zu schweren Unzuträglichkeiten geführt haben würde, ist oben bereits dargelegt worden; dagegen hätte es sich ohne Zweifel als heilsam erwiesen, durch allmählige, vorsichtig ausgeführte Erweiterung der Volksrechte das Volk zu richtigem Gebrauch einer Verfassung vorzubereiten, letztere dann aber auch gern und willig zu gewähren. Statt dessen führte die allzu ängstliche Zurückhaltung auf der einen und ein allzu ungestümes Drängen nach Einführung freiheitlicher Institutionen auf der andern Seite zu jenen traurigen Zerwürfnissen zwischen Regierung und Volk, zwischen konservativen und liberalen Parteien, welche die gesunde Entwicklung Preußens und Deutschlands so sehr gehemmt haben. An einen andern hierbei in Frage kommenden wichtigen Umstand erinnert H. v. Treitschke, indem er sagt: „Unter den politischen Sünden, welche Preußen die Bahn zur Macht und Freiheit versperrten, ward keine so verderblich wie die allgemeine, in einem gebildeten Volke fast wunderbare Unkenntniß des eigentlichen Inhalts der vaterländischen Geschichte." Um zu vorurtheilsfreien Anschauungen zu gelangen, genügte es nicht, oberflächlich den Gang der preußischen und der gesammten deutschen Geschichte in Betracht zu ziehen, es galt vielmehr, das Verhältniß der preußischen zur deutschen Geschichte mit Schärfe ins Auge zu fassen. — Genugthuung gewährt es wahrzunehmen, daß in Bezug auf Würdigung Preußens noch vor Abschluß des vierten Jahrzehnts eine billigere Beurtheilung und ein nüchternes Erwägen auch in den konstitutionellen Kleinstaaten und Königreichen zum Durchbruch kam. Hier, wo die Verfassungen sich einzuwurzeln begonnen hatten, entwöhnte man sich allgemach jenes hochmüthigen Herabsehens auf die „unter der Knute des Absolutismus seufzenden Preußen" in dem Maße, in welchem man inne ward, daß diese hinter den verfassungsgemäß athmenden Bürgern anderer Staaten Deutschlands in allem Löblichen durchaus nicht zurückblieben. Ja es fehlte nicht an Männern, die klar erkannten, wie „trotzdem und alledem" das preußische Staatsschiff, wenn auch nicht mit vollen Segeln, so doch sicher und unentwegt auf der Fahrstraße vorwärts steuere, die schon durch den Großen Kurfürsten eingeschlagen worden war.

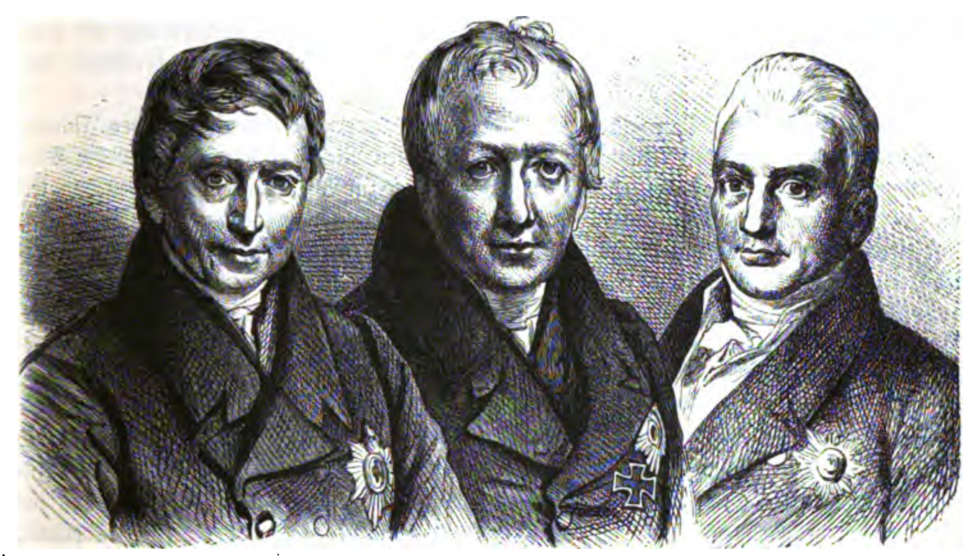
Die Staatsverwaltung. Bis zum Jahre 1814 gab es in Preußen nur Kabinets- oder richtiger Fachminister, welche nur Rath zu ertheilen hatten, wenn der Monarch solchen von ihnen begehrte. Durch Einrichtung der Staatsministerien erhielten deren Vorstände nicht nur die Pflichten, sondern auch die Rechte einer selbständigeren Stellung und Meinungsäußerung, wiewohl auf der Person des Königs die eigentliche Verantwortlichkeit ruhen blieb. — Durch eine Verordnung vom 30. April 1815 erfolgte die Eintheilung des Staates in zehn, später in acht Provinzen; diese wiederum wurden in Regierungsbezirke und Kreise eingetheilt. Das preußische Landrecht ward mit Ausnahme der Rheinprovinz auch in den neugewonnenen Landestheilen eingeführt; die allgemeine Wehrpflicht erlangte im ganzen Lande gesetzliche Geltung. — Ende März 1817 trat ein neuer Staatsrath ins Leben.

Der König wünschte nichts sehnlicher, als daß das Land sobald als möglich von seiner drückenden Schuldenlast von 218 Millionen Thaler befreit werde, und zu solchem Behufe

machte er seinen Ministern die Beobachtung äußerster Sparsamkeit zur Pflicht. Es sollte bei Aufstellung des Ausgabenetats nicht über 50,500,000 Thaler hinausgegangen werden. Dem sorgsamen Könige ward denn auch später noch die Genugthuung, nicht nur die Landesschuld getilgt zu sehen, sondern sogar den Staat im Besitz eines ansehnlichen Schatzes zu wissen.

In Bezug auf Beobachtung äußerster Sparsamkeit, welche der König seinen Ministern dringend ans Herz gelegt hatte, gab er selbst sein Leben lang das leuchtendste Beispiel.

Während die kleinen deutschen Potentaten meinten, den so schwer errungenen Frieden nicht besser verwerthen zu können, als durch Auferlegung neuer Zölle und Steuern zu Gunsten ihrer entleerten Truhen, erklärte Friedrich Wilhelm, von den Krondomänen nur so viel für sich in Anspruch nehmen zu wollen, daß ihm und seinem königlichen Hause ein Ertrag von $2^1/_2$ Millionen Thalern verbleibe; die übrigen Güter sollten, entsprechend einem bereits in den Jahren der französischen Okkupation eingeleiteten Verfahren, verkauft und die erzielten Einnahmen zur Tilgung der Staatsschuld mitverwandt werden.



Frhr. v. Schuckmann, Wilh. v. Humboldt, Karl Frhr. v. Stein zum Altenstein.

Diese Maßregel erwies sich zugleich mit der von da ab streng durchgeführten Verpachtung der noch im Staatsbesitz verbleibenden Domänen auf Zeit für die Regierung wie für das ganze Land als höchst vortheilhaft.

So gelang es durch eine ebenso geschickte als erfolgreiche Entwicklung des Steuerwesens und der Finanzverwaltung, die Staatseinnahmen in verhältnißmäßig kurzer Zeit in dem Maße zu mehren, daß nun auch an die Verwirklichung mancher anderen bisher unerledigten „frommen Wünsche“ gedacht werden konnte. Schulen und Kirchen, wissenschaftliche und Kunstinstitute wurden reichlich bedacht, und bald begann sich auf allen Gebieten der Kunst und Wissenschaft im preußischen Staate ein reges Leben zu entfalten. Wir werden darauf in einem späteren Abschnitt eingehender zurückkommen.

Zur preußischen Steuerverfassung, die mit Recht gerühmt und nachgeahmt worden ist, war bereits in der Stunde der Noth, im Jahre 1807, der Grund gelegt worden; aber manches mußte in den Unruhen und Stürmen der nachfolgenden Jahre noch in einem Zustande der Unfertigkeit verbleiben. Reichliche Arbeit fanden noch die Staatsmänner vor, welche an diesen wichtigen Zweig der Staatsverwaltung die bessernde Hand anzulegen berufen waren. Mit großer Gewissenhaftigkeit und mit glänzendem Erfolg haben sie sich ihrer Aufgabe entledigt. Bis zum Jahre 1820 wurde fast ununterbrochen an dem Ausbau

und der Vervollkommnung der preußischen Steuergesetzgebung gearbeitet, und viele Jahrzehnte lang hat dann dieses Werk, „der Stolz Preußens“, wie es noch vor Kurzem trotz des inzwischen eingetretenen Umschwunges von namhaften Autoritäten auf diesem Gebiet genannt wurde, in Kraft gestanden und segensreiche Folgen gehabt. Und in der That, derselbe Geist, welcher in den von Scharnhorst, Boyen, Gneisenau, Kleist u. A. geschaffenen Wehreinrichtungen weht, er durchdringt auch das preußische Klassensteuergesetz mit dem in ihm ausgesprochenen Grundsatz der Erhebung direkter Steuern, die in ihrer möglichst genauen Abstufung je nach der Steuerkraft des Einzelnen jedenfalls eine gleichmäßigere und wohl auch gerechtere Vertheilung der Lasten ermöglichen, als die vielleicht weniger empfindlichen indirekten Steuern, welche, wenn sie wirklich einträglich sein sollen, die große Masse der ärmeren Bevölkerung stets verhältnißmäßig viel schwerer belasten, als die Minderheit der Reichen und Wohlhabenden.

Von anderen staatlichen Einrichtungen, die gleichzeitig mit dem Steuerwesen weiter ausgebildet wurden, ist besonders das preußische Katasterwesen hervorzuheben, das in seiner sorgfältigen Organisation und in seiner prompten, gewissenhaften Durchführung als ganz besonders nachahmungswürdig anerkannt wurde. Es hat nachmals vielen deutschen und außerdeutschen Staaten zum Muster gedient.

Die Minister und ihre Räthe. Unter den Männern, welche sich in der Finanzverwaltung des preußischen Staates in der angedeuteten Richtung durch musterhafte Verwaltung ihrer Departements hervorthaten und dadurch zur Wiederaufrichtung des Staates und zur Erhöhung seines Ansehens und seines Kredites in hervorragender Weise beitrugen, sind vornehmlich die Minister von Motz und Maaßen und, unter und mit ihnen arbeitend, die Geheimräthe von Lottum und Rother zu erwähnen.

In den Köpfen von Motz und Eichhorn gewann gegen Ende des zweiten Jahrzehnts die Idee einer deutschen Zolleinigung fortgesetzt klarere Gestalt; die wirthschaftliche Führung Deutschlands durch Preußen schwebte dabei jenen Männern als das zu erreichende Ziel vor. Hand in Hand gingen damit die gesunden Anschauungen, welche der patriotische Freiherr von Schuckmann als Minister des Innern verwirklichte. Unterstützt durch Männer wie Eytelwein, Beuth, Gerhard u. A. und vor Allem durch das lebhafte Interesse, welches der König selbst seinen Bestrebungen entgegenbrachte, fand durch ihn die Entwicklung des Handels, der Gewerbe und Industrien in hervorragender Weise Förderung. Namentlich wurde unter seiner Verwaltung der Hebung des Verkehrswesens besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Es stieg in der kurzen Zeit von 1815—1830 beispielsweise die Gesammtlänge der Landeschausseen um mehr als das Doppelte, von etwa 500 Meilen auf über 1000; mehr als 20 Millionen Thaler wurden während dieses Zeitraums für die Verbesserung und Neuanlegung dieser Verkehrsstraßen verwendet, die damals, wo es noch keine Eisenbahnen gab, eine viel höhere Wichtigkeit hatten als heutzutage.

Auch die schwierige Ausführung der bereits in den Jahren 1807 und 1808 entstandenen hochwichtigen Gesetze in Betreff der Regelung der bäuerlichen und gutsherrlichen Verhältnisse, über Ablösungen, Zusammenlegungen und Gemeindeeintheilungen fiel diesem Minister zu, und mit Umsicht und Energie entledigte er sich auch dieser schwierigen Aufgabe. Dem Berg- und Hüttenwesen wurde gleichfalls eingreifende Unterstützung zu Theil; neben dem Minister erwarb sich als Mitarbeiter desselben besonders von Beuth außerordentliche Verdienste um diesen hochwichtigen Zweig der Industrie.

In Wilhelm von Humboldt's Händen hatte vor dem Kriege die Leitung der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten gelegen, und wir haben Veranlassung gehabt, seiner eifrigen Mitwirkung bei der Gründung der Universitäten in Berlin und Breslau zu gedenken. Während des Krieges und unmittelbar nach demselben war er vielfach als Diplomat thätig und wirkte als solcher mit Patriotismus und Hingabe, wenngleich nicht immer mit der nöthigen Energie, für die Interessen Preußens auf dem Wiener Kongreß und darnach in

Frankfurt a. M. bei Ordnung der deutschen Gebietsfrage und Gründung des Bundes. Später vom Könige in den Staatsrath berufen, vertrat er hier, dem bereits alternden und je länger je mehr der österreichischen Stillstandspolitik Metternichs sich anschließenden Staatskanzler Fürsten Hardenberg gegenüber, eine freisinnigere Richtung, indem er auf eine möglichst beschleunigte Erledigung der Verfassungsfrage drängte. Leider vermochte er, hauptsächlich infolge einiger unheilvollen Zwischenfälle, mit seinem Einfluß nicht durchzudringen, und er nahm deshalb nach kurzer Geschäftsführung zugleich mit Boyen und Beyme seinen Abschied.

Gleichen Schritt mit der überraschend schnellen Erweiterung und Verbesserung des Straßennetzes im preußischen Staate, deren bereits oben gedacht wurde, hielt die Entwicklung und Vervollkommnung des Kommunikationswesens, vor Allem der Post, deren Verwaltung ganz und vollständig in die Hände des Staates überging. Wenn auch der später zum Minister erhobene Friedrich von Nagler nach seiner Ernennung zum Bundestagsgesandten keineswegs den volksthümlichen Männern beizuzählen ist, so verdient er dagegen als Generalpostmeister, wegen seiner mit Umsicht und Energie vollzogenen Organisation des ihm unterstellten Zweiges des Verkehrswesens, als der eigentliche Begründer des modernen Postwesens für Preußen, ja für ganz Deutschland gefeiert zu werden.

Ziehen wir in Betracht, in welchem Umfange die Regierung Preußens gleich nach Wiederherstellung des Friedens auf allen Gebieten Ersprießliches förderte, wie manches segensreiche Werk alsbald mit Bedacht begonnen und während eines Zeitraums von fünfundzwanzig Jahren erfolgreich fortgeführt wurde, so werden wir im Hinblick auf eine so lange Reihe von Arbeiten des Friedens uns dem Zugeständniß nicht verschließen dürfen, daß der preußische Absolutismus gegenüber der in Oesterreich und anderen Ländern geübten Selbstherrlichkeit sich als fruchtbar erwies und in Rücksicht auf das materielle und geistige Wohl der Unterthanen zu heilsamen Ergebnissen führte.

Der preußische Beamtenstand. Insofern dem Volke eine Mitbetheiligung an der Gestaltung seiner Angelegenheiten versagt war, erscheint es von Wichtigkeit, den Faktor ins Auge zu fassen, durch dessen Wirken und Schaffen die Staatsmaschine in Bewegung gesetzt und ihr ruhiger und zuverlässiger Gang gesichert wurde — wir meinen den preußischen Beamtenstand. Die Heranziehung und Heranbildung tüchtiger Beamten hatte schon unter dem Großen Kurfürsten begonnen; sie war unter Friedrich Wilhelm I. weitergeführt worden, und zur Zeit Friedrichs des Großen war die Trefflichkeit des Beamtenstandes infolge der ihm anerzogenen Zuverlässigkeit und Pflichttreue bereits eine derartige, daß sich schon damals voraussehen ließ, die Zeit sei nicht ferne, in der dieser Stand als ein maßgebender Faktor im Staate sich bewähren werde. Diese Zeit war jetzt gekommen. Wie allseitig und sicher auf die Tüchtigkeit der preußischen Beamten, dieser unentbehrlichen Mitarbeiter an den Aufgaben des Staates, gerechnet werden konnte, das beweisen die Leistungen der preußischen Bureaukratie in den Zeiten, als Stein sein großes Reformwerk in Preußen zur Ausführung brachte. Weder ein Stein noch ein Hardenberg hätte ohne den thatkräftigen Beistand der ebenso zuverlässigen als fleißigen und vaterländisch gesinnten Beamtenwelt die glorreiche Wiederaufrichtung des Staates zu Stande zu bringen vermocht.

Während in anderen Staaten die Beamten sich vielfach den Verlockungen durch Geld und gute Worte nicht unzugänglich erwiesen, während z. B. in Oesterreich gerade zu Anfang dieses Jahrhunderts jahrzehntelang das verderblichste Bestechungssystem sich in Uebung erhalten konnte, genoß der preußische Beamte wegen der Lauterkeit seiner Gesinnungen, wegen seines Fleißes, seiner Sorgsamkeit und Pünktlichkeit nicht nur im eigenen Lande, sondern fast mehr noch außerhalb Preußens, eine hohe Achtung. Aber der preußische Beamte war sich auch seines Werthes und seiner Tüchtigkeit bewußt, er war stolz auf seinen Stand, der, wie die Verhältnisse lagen, den Staat thatsächlich beherrschte. Konnte es da Wunder nehmen, wenn er nicht immer völlige Selbstlosigkeit bewahrte, wenn seine bevorzugte Stellung ihn verleitete, Ansprüche zu erheben, die mit dem Grundsatze der Gleich-

stellung der Staatsbürger nicht immer vereinbar waren? Aehnlich dem Offizierstande und diesem sich ganz oder doch nahezu gleichstellend bildete das Beamtenthum fast eine geschlossene Kaste, der in Bezug auf gesellschaftliche Stellung in den Städten, namentlich in den kleineren, erst in beträchtlicher Entfernung Arzt und Apotheker, Schulmeister und niedere Geistliche, die Würdenträger und die durch größeren Besitz hervorragenden Glieder der Gemeinde folgten.

Bei seiner bevorzugten Ausnahmestellung mußte sich im Richterstande in Anbetracht des an und für sich schon im preußischen Volkscharakter scharf ausgeprägten Gefühls für Recht und Billigkeit ein hoher Gerechtigkeits- und Unabhängigkeitssinn entwickeln, jene Gesinnung, welche schon durch Friedrich den Großen nach Kräften gepflegt und gefestigt worden war. Wenn nun trotz solcher Vorzüge, auf welche das preußische Volk mit Stolz und das Ausland mit Bewunderung und hoher Anerkennung sah, das Beamtenthum nicht populär war, wenn es vielfach angefeindet und wohl auch hin und wieder bespöttelt wurde, so lag die Schuld daran vorherrschend bei den Subalternen, die sich auf ihre Stellung ungebührlich viel zugute thaten und durch ihr Wichtigthun dem Beamtenwesen jener Zeit die unliebsame, wenngleich nicht ganz unberechtigte Bezeichnung „Schreibstubenherrschaft“ zuzogen. In den fünfziger Jahren trug zu der Unbeliebtheit des Beamtenstandes auch noch der Umstand wesentlich bei, daß ein großer, ja, der größte Theil desselben sich der Reaktion ganz und unbedingt in die Arme geworfen hatte; aber in der Zeit, von welcher wir hier sprechen, war das keineswegs, wenigstens nur vereinzelt der Fall; im Gegentheil, gerade in den Kreisen der Beamten, namentlich der höheren, setzte man damals vielfach den Reaktionsgelüsten einzelner Hof- und Adelskreise den kräftigsten Widerstand entgegen. Mit derselben Unabhängigkeit, Charakterfestigkeit und Freisinnigkeit, die nach einer glücklicherweise schnell überwundenen Uebergangszeit auch heute wieder der Ruhm unseres Beamtenstandes ist, wiesen preußische Richter alle Zumuthungen von sich, die erste und höchste Pflicht ihres Berufes anderen, etwa politischen Rücksichten unterzuordnen.

Wenn somit in Bezug auf inneren Werth und guten Willen das preußische Beamtenthum jener Zeit nichts zu wünschen übrig ließ, so machte sich doch andrerseits, namentlich im ersten Viertel unseres Jahrhunderts, ein Uebelstand bemerklich, der freilich nicht sowohl den Beamten selbst, als vielmehr den Zeitverhältnissen zuzuschreiben war.

Während der Freiheitskriege waren eine Menge tüchtiger Kräfte dem Dienste entzogen worden; sie hatten sich dem vaterländischen Heere einreihen lassen. — Studirende in großer Zahl, die schon in nächster Zeit die Beamtenlaufbahn hatten einschlagen wollen, waren aus ihrem Studium gerissen worden, und grausam hatte der Tod gerade in diesen Reihen des heranwachsenden, hoffnungsvollen Geschlechts gewüthet. Die Lücken, welche sich nach Wiederherstellung des Friedens in den Beamtenkreisen zeigten, ließen sich nicht sofort in dem Umfange ausfüllen, als sie sich fühlbar machten. Zudem sah sich die Regierung in die Nothwendigkeit versetzt, eine beträchtliche Anzahl tapferer Kämpfer, die für den Civildienst vielleicht weniger brauchbar waren, zu versorgen; und endlich trat auch nach 1815 die so oft beobachtete Erscheinung zu Tage, daß gerade nach Zeiten höchsten Aufschwungs ein Rückschlag eintritt, der sich in Ermattung des Herzens, in Erschlaffung der Thatkraft und dadurch in geringeren Leistungen des ganzen Volkes ausspricht. Wie in den höheren Beamtenkreisen, machte sich auch in den niederen ein solcher Rückgang bemerkbar, und es äußerte sich derselbe in geringfügigeren Leistungen, vornehmlich da, wo eine beständige Beaufsichtigung schwer oder ganz unmöglich war, also vor Allem auf dem flachen Lande, in den bäuerlichen Distrikten, die ohnehin von den Schattenseiten der Bevormundung durch die Behörden empfindlicher betroffen wurden als die Städte mit ihren auf der Städteordnung beruhenden, mehr freiheitlichen Einrichtungen.

Trotz mancherlei Anfeindungen und Gehässigkeiten war jedoch die Haltung der Bürgerkreise, namentlich der kleineren Kaufleute und Handwerker, der Beamtenhierarchie

gegenüber eine durchaus respektvolle, ja unterwürfige. Anders in den höheren militärischen Kreisen, in denen zumeist keineswegs die Neigung vorwaltete, das Beamtenthum mit dem Offizierstande als auf gleicher gesellschaftlicher Stufe stehend anzuerkennen, und es kam die Abneigung gegen die „Federfuchser", wie man die Beamten verächtlich nannte, oft recht drastisch zum Ausdruck.

Zuverlässig aber waren die dem preußischen Beamtenstande anhaftenden Mängel nur solche, von welchen keine Bureaukratie gänzlich frei sein wird. Es steht unzweifelhaft fest, wie wir hier noch einmal wiederholen wollen, daß sich Preußen nach seinem tiefen Fall, im Jahre 1806, nicht so rasch und geräuschlos wieder emporgearbeitet haben würde, hätten nicht das absolute Regiment und dessen selbstbewußte Leiter ihre zuverlässigste Stütze in dem Beamtenstande gefunden. Seinem Einfluß war es zuzuschreiben, daß das Volk den Geist der großen Umwandlung durch das Stein'sche Reformwerk von 1808 willig erfaßte, trotzdem es nicht die ganze Tragweite derselben zu übersehen vermochte. — Nur die nimmer versagende Regierungsmaschinerie machte es möglich, daß in Preußen, im Gegensatze zu den Wünschen des Volkes, noch weitere fünfundzwanzig Jahre der Absolutismus bestehen blieb.

Durchaus richtig charakterisirt der englische Geschichtsschreiber Seeley in seinem Werke über Stein (Cambridge 1878) die preußische Regierungskunst in dem Ausspruch: „Wie das absolute Regiment in Preußen derselben Regierungsform in Frankreich überlegen war, schon weil die Hohenzollern die Pflichten eines unumschränkten Herrschers im Großen und Ganzen in musterhafter Weise erfüllten, während die Könige Ludwig XIV. und Ludwig XV. die öffentlichen Interessen ihren eigenen opferten, — so zeichnet sich auch die Umbildung Preußens mittels Reform vor der Umwandlung Frankreichs auf dem Wege des Umsturzes aus. Frankreich begann von oben, Preußen von unten; jenes nahm von den konstitutionellen Formen dasjenige an, was am meisten das Auge besticht, was glänzt, ein Parlament — in Preußen schuf man freie Municipalitäten. Das Ergebniß zeigt, daß Frankreich Unrecht hatte: Preußen ist in seinem bescheidenen Gange langsam aber stetig vorwärts gekommen, aber es hat auch keinen Schritt zurückzuthun nöthig gehabt."

Das Heer nach 1815.

Während der Befreiungskriege hatte es sich gezeigt, daß die Vertheidigung des Vaterlandes und des Thrones am sichersten auf der richtig geleiteten Volkskraft beruhe, zumal wenn die Waffen nicht mehr, wie in den Kabinetskriegen früherer Jahrhunderte, für einseitige Interessen, sondern nur für die höchsten und heiligsten Güter der Menschheit erhoben würden. In Spanien hatte der Weltbezwinger Napoleon zuerst die Bedeutung der Volkskraft kennen gelernt; dann war es die schlecht gekleidete und mangelhaft ausgerüstete preußische Landwehr gewesen, welche den berühmtesten Marschällen des französischen Eroberers an der Katzbach, bei Hagelsberg, Großbeeren und Dennewitz den Siegeslorbeer entriß.

Die mannigfachen Berührungen mit dem Volke während des Krieges und die damals gemachten Erfahrungen hatten nun dahin geführt, Volk und Heer in enger Verbindung zu halten und dem Volke selbst die Pflicht des Waffendienstes aufzulegen; daraus ergab sich aber andrerseits die Nothwendigkeit, die Dienstzeit zur Schonung der volkswirthschaftlichen Interessen auf das zur Ausbildung in den Waffen unbedingt erforderliche Zeitmaß zu beschränken.

Das Volk in Waffen. Sobald der junge Staatsbürger das waffenfähige Alter erreicht hatte, sollte er als Vaterlandsvertheidiger ins Heer eingestellt, sobald er im Waffenwerk geschult war und die nöthige militärische Tüchtigkeit unter der Fahne erlangt hatte, seinem bürgerlichen Berufe wiedergegeben und später nur noch im Kriegsfalle zur Vertheidigung des Landes, im Frieden aber nur noch so oft, als es seine Erhaltung in der Kriegstüchtigkeit erforderte, zu kriegerischen Uebungen einberufen werden.

Auf diesen Grundzügen beruhte die allgemeine Wehrpflicht, wie sie zuerst in Preußen eingeführt und 1814 durch ein Gesetz geregelt wurde. Es schien dabei gerecht,

daß derjenige Theil der Kriegsmacht, welcher im Frieden sich unter der Fahne befand und durch Einberufung der in den letzten Jahren ausgebildeten Mannschaften, der Reservisten, auf die volle Kriegsstärke gebracht wurde, auch zuerst ins Feld rücke, während die schon in früheren Jahren ausgebildeten älteren Mannschaften, welche ja großentheils ihren eignen Herd mit Weib und Kind daheim hatten, zunächst zur Besetzung des eignen Landes und der Festungen dienen und nur zur Aushülfe außerhalb der Landesgrenzen verwendet werden sollten.

Im Hinblick auf seine langgestreckten Grenzen und die Getheiltheit seines Gebietes in zwei unzusammenhängende Hälften beruhte die Aufrechterhaltung der Sicherheit des Staates auf der Zuverlässigkeit eines gutgeschulten, ausreichend starken und von tüchtigen Offizieren geführten Heeres. Die Stärke der bewaffneten Macht, welche ein Staat aufzustellen hat, hängt mehr als von seiner Einwohnerzahl von seiner geschichtlichen Entwickelung und seiner geographischen Lage ab.

Es leuchtet ein, daß England bei seiner insularen Lage, trotz seiner ungefähr gleichen Einwohnerzahl mit Preußen, ein viel weniger starkes Landheer zu unterhalten nöthig hatte, als der preußische Staat bei seinen gefährdeten Landesgrenzen. Ebenso klar ist es, daß Preußen bei seiner Großmachtsstellung und seinem geschichtlichen Beruf trotz seiner geringeren Einwohnerzahl ein beinahe eben so starkes Heer zur Verfügung haben mußte wie Frankreich oder Oesterreich, und daß Rußland wegen seiner dreimal so großen Einwohnerzahl nicht etwa auch ein dreimal so starkes Heer zu unterhalten brauchte wie Preußen. Für das deutsche Reich mit seiner einheitlichen Wehrverfassung hat sich in diesen Verhältnissen zwar einiges zum Besseren geändert, aber immer noch ist Deutschland durch seine Lage wie durch seine Geschichte genöthigt, für die Unterhaltung einer hinlänglich starken Heeresmacht verhältnißmäßig viel größere Opfer zu bringen als seine Nachbarstaaten.

Wie bekannt, ist auf Grund der in den Jahren 1813—1815 erprobten und nach den Kriegsjahren im Wesentlichen beibehaltenen Einrichtungen zwischen dem stehenden Heere, d. h. den unter der Fahne befindlichen Leuten nebst den zugehörigen Reserve-Mannschaften, und der Landwehr, von welcher im Frieden nur kleine Stämme bestehen bleiben, zu unterscheiden.

Die Erfahrung lehrte, das eine zwei- bis dreijährige Dienstzeit bei der Fahne zur Erlangung der Kriegsfertigkeit ausreichend sei. Das Gesetz bestimmte daher, daß jeder waffenfähige Preuße für wehrpflichtig erklärt werden und vom 20. bis 23. Jahre unter der Fahne, vom 23. bis 25. in der Reserve des stehenden Heeres, vom 25. bis 39. Jahre aber in der Landwehr, in welcher man an einem ersten und zweiten Aufgebot festhielt, dienen solle.

Aber auch wer das rüstigste Mannesalter von 20 bis 39 Jahren schon überschritten, oder wer es noch nicht völlig erreicht hatte, sollte von der Pflicht nicht ausgeschlossen sein, im Nothfalle für die Vertheidigung von Haus und Heerd einzustehen. Alle waffenfähigen Leute vom 17. bis 49. Lebensjahre, die nicht im stehenden Heere oder in der Landwehr dienten, bildeten den Landsturm. Wenn das Heer dem Feinde keinen Widerstand mehr zu leisten vermochte, wenn er über die Landesgrenzen gedrungen sei, dann sollten in allen Städten und Dörfern die Sturmglocken anschlagen, dann sollte der Landsturm sich erheben mit den Waffen, die sich boten, im Nothfall mit Sensen und Dreschflegeln, um den Feind zu beunruhigen, zu überfallen, ihm das Vordringen im Lande zu erschweren, ihm den Aufenthalt in demselben auf jede Weise zu verleiden und ihn durch einen Volkskampf mit all seinen Schrecken und Gefahren womöglich zum Rückzuge zu nöthigen.

Durch das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht, wie es 1813 und 1815 als eine der schönsten Errungenschaften der Befreiungskriege in Preußen eingeführt ward und seitdem bis zum Jahre 1860 unter nur unwesentlichen Veränderungen fortbestand, wurde die Wehrpflicht zu einem nationalen Ehrenrecht erhoben und das Waffenhandwerk damit geadelt. Die Wehrpflicht galt von da ab als eine Ehrenpflicht. Alle entehrenden Strafen, die früher den Soldatenstand in den Augen des Bürgers verächtlich gemacht hatten, waren aufgehoben; nicht nur der Offizier, sondern auch der gemeine Mann empfand es jetzt als eine Ehre,

die Uniform, „den Rock des Königs“, tragen zu dürfen. Hand in Hand mit der Aufhebung der entehrenden Strafen ging die Abschaffung veralteter Vorurtheile bei der Armee. Nicht Adel und Geburt allein sollten fortan zur Erlangung von Offiziersstellen berechtigen, auch den Bürgerlichen sollte die militärische Laufbahn mit gleichem Recht offen stehen, wenn sie durch Tapferkeit vor dem Feinde, durch wissenschaftliche und praktische Tüchtigkeit im Frieden sich hervorthaten. Thatsächlich freilich blieb eine gewisse Bevorzugung des Adels bei der Besetzung namentlich der höheren militärischen Befehlshaberstellen immer noch bestehen, aber die volle Gleichberechtigung war wenigstens anerkannt, und die Erreichung eines hohen Zieles stand nun auch auf diesem Gebiete jedem tüchtigen und strebsamen Manne offen.

Werfen wir nach diesen einleitenden Bemerkungen einen Blick auf die Lebensweise und die Anschauungen, wie sie besonders im zweiten, dritten und vierten Jahrzehnt in den verschiedenen militärischen Kreisen die herrschenden waren.



Offiziere begrüßen den inspizirenden General.

Der Offizierstand. Die letzten Kriegsjahre hatten arge Verheerungen unter der deutschen Manneskraft angerichtet, und da es damals wie heute in der preußischen Armee dem Offizier als Ehrenpflicht galt, den Seinen voran mit dem Degen in der Faust sich allen Gefahren auszusetzen, so waren in der langen Reihe blutiger Schlachten der Freiheitskriege die Offiziere der meisten Regimenter decimirt worden, ja, einzelne Truppentheile hatten fast alle ihre alten Offiziere verloren. Um die entstandenen Lücken auszufüllen, war man oft genöthigt gewesen, die Anforderungen in Bezug auf allgemeine und militärische Bildung an die zum Offiziersrang zu Befördernden bedeutend niedriger zu stellen, als es bis dahin geschehen war, und so fanden sich nach Abschluß des Friedens im Offizierstande der preußischen Armee zahlreiche Personen, die ihrer Stellung nicht gewachsen waren, und die zudem durch ihr Auftreten nicht dazu beitrugen, ihrem Stande nach außen hin die frühere

Achtung zu bewahren. An eine sofortige Entlassung solcher Leute war nicht wohl zu denken; dieselben hatten sich zumeist durch Muth und Tapferkeit in den Schlachten des Freiheitskrieges hervorgethan, und es wäre ein übler Lohn für ihre dem Vaterlande geleisteten Dienste gewesen, hätte man sie jetzt ohne Weiteres ihrer Stellungen entheben wollen. Die Zahl derjenigen, welchen man im Civildienst eine angemessene Versorgung bieten konnte, war doch immerhin nur eine beschränkte, und so konnte dem vor Augen liegenden Uebel nur allmählich gesteuert werden. Vor Allem ließ es sich die Regierung angelegen sein, durch Verbesserung und Vermehrung der Militärbildungsanstalten für eine gründliche wissenschaftliche und technische Vorbildung des jüngeren Nachwuchses zu sorgen, und der segensreiche Einfluß dieser Maßregel, die mit Aufwendung bedeutender Mittel durchgeführt wurde, verfehlte denn auch nicht, sich schon nach wenigen Jahrzehnten geltend zu machen.

Unter den in den Jahren von 1813 bis 1815 zu Offizieren Beförderten befanden sich, wie es nach den zahlreichen Opfern, welche der Krieg gefordert hatte, nicht anders zu erwarten war, sehr viele Bürgerliche, ja, in den ersten Jahren nach dem Friedensschluß war das bürgerliche Element im Offizierstande überwiegend. Die trotz des ausgesprochenen Grundsatzes der Gleichstellung aller Stände gerade im Militärwesen besonders stark hervortretende Vorliebe für den Adel wirkte indeß bald darauf hin, daß mehr und mehr der Adel im Offizierstande, vornehmlich und zuerst bei der Kavallerie und der Garde, sich wieder geltend machte. Die außerordentlich langsame Beförderung — ein Sekondleutnant mit 15 bis 20 Dienstjahren war damals keine Seltenheit — schreckte zudem die bürgerlichen Kreise mehr und mehr von dem Betreten der militärischen Laufbahn zurück, und ein von oben her geflissentlich genährter Geist der Exklusivität unter den adligen Offizieren machte die Stellung ihrer bürgerlichen Kameraden, namentlich wenn ihnen nicht sehr bedeutende materielle Hülfsmittel zu Gebote standen, zu einer nicht eben sehr angenehmen.

Leben und Auftreten der Offiziere war in der Zeit, von welcher wir hier sprechen — und das besonders in den kleineren Garnisonstädten — vielfach ein ganz anderes und weniger würdevolles als heutzutage. Der Ideeninhalt jener Kreise war, wie das bei der meist unzureichenden Bildung der jüngeren und selbst der älteren Offiziere nicht Wunder nehmen konnte, vielfach ein sehr beschränkter; die Unterhaltung drehte sich selten um etwas anderes als um die Aeußerlichkeiten des Dienstes, Uniformveränderungen, Avancements u. dergl., daneben mit Vorliebe um Pferde, Hunde und Jagd. Jeder hörte nur das Echo seines lieben „Ich", erfuhr nichts neues und vergaß leider auch nichts altes. Der Luxus, welchen sich heutzutage der Offizierstand, wenigstens zu einem guten Theile, erlaubt, war damals etwas Unbekanntes oder gehörte zu den seltenen Ausnahmen. Der Offizierstisch war ein höchst einfacher, Wein und gar Champagner kam selbst in größeren Garnisonsplätzen selten zum Vorschein, höchstens gelangte einmal bei dieser oder jener besonders festlichen Gelegenheit eine Bowle auf den Tisch. Damit soll und kann jedoch keineswegs gesagt werden, daß etwa die Tugend der Enthaltsamkeit in den militärischen Kreisen jener Zeit eine besonders günstige Stätte gefunden hätte; im Gegentheil, es wurde auch hier im Genusse geistiger Getränke, freilich weniger edler Art, Erkleckliches geleistet, und oft wurden in der dadurch erzeugten überheiteren Stimmung die tollsten Streiche ausgeführt, bei denen vielfach die äußere Würde des Standes nicht eben gewahrt wurde. Eine andere große Gefahr für den Offizierstand jener Zeit lag in der Gewohnheit des Hazardspielens, dem von den meisten Offizieren trotz aller dagegen erlassenen strengen Verbote mit großer Leidenschaft nachgehangen wurde, und dem nicht selten Ruin an Gesundheit, Vermögen und Ehre folgte.

Pflege des Gamaschendienstes. In dienstlicher Beziehung machte sich bald nach dem Friedensschluß in vielen Regimentern wieder das alte Unwesen, ein starres Festhalten am Buchstaben des Reglements, ein Spielen mit Kleinigkeiten geltend; es trat das Bestreben, den einzelnen Soldaten zu einer willenlosen Maschine auszubilden, kurz der „Gamaschendienst" mit allen seinen Unarten und Nachtheilen zu Tage. Erst einige Jahrzehnte

später, als der Einfluß des jüngeren, auf den zahlreichen inzwischen entstandenen Militärbildungsanstalten gründlich vorgebildeten Nachwuchses im Offizierstande Einfluß gewann, wurden auf das thatkräftige Betreiben des Prinzen von Preußen, des jetzigen deutschen Kaisers, in der Ausbildung des Militärs allmählich die Bahnen eingeschlagen, die zu so glänzenden Erfolgen geführt und die im Wesentlichen noch heute Geltung haben. Wir kommen gelegentlich der Besprechung der preußischen Militärreorganisation eingehender auf diesen Punkt zurück.

In weit höherem Maße als heutzutage waren damals, namentlich für jüngere Leutnants, die alljährlich stattfindenden Inspizirungen der kleineren Garnisonen durch die Regimentskommandeure und andere höhere Befehlshaber Ereignisse, denen mit Bangen entgegen gesehen ward. Um sich nichts zu vergeben, hielten die höheren Vorgesetzten, welchen diese Inspizirungen oblagen, in der Regel die Subaltern-Offiziere in unnahbarer Entfernung von sich.



In einem preußischen Kasernenhofe (1830). Zeichnung von A. Beck.

Selbst mit den Bataillonskommandeuren stand der inspizirende General nicht immer in kameradschaftlicher Beziehung; nach dem Kriege war eben das Bindeglied echter Kameradschaftlichkeit dahingeschwunden. Kannte man indessen den Herrn General in seinen Eigenheiten genauer, so verlief die Sache ganz leidlich. Mit Eifer wurden entsprechende Nachforschungen angestellt. Man vernahm von befreundeten Kameraden, ob der Hochgebietende auf blankgeputzte Knöpfe größeres Gewicht legte oder auf den Haarschnitt oder auf Haltung des Daumens bei der Zügelführung oder auf rechtwinklige Fußstellung u. s. w. — und hiernach traf man dann seine Anstalten; in dem fraglichen Punkte wurde das Menschenmögliche geleistet, der Herr General war befriedigt und leichter geneigt, über diese und jene Schwächen und Mängel in der Ausstattung und Ausbildung der betreffenden Truppe hinwegzusehen. Von wirklicher Bedeutung und wirklichem Erfolg waren unter solchen Umständen dergleichen Inspektionen meistens nicht, denn was heute eingeführt oder tonangebend geworden war, das wanderte oft schon binnen wenigen Monaten wieder in die

Rumpelkammer, um nach Jahr und Tag von Neuem aufzutauchen und in den Himmel erhoben zu werden.

Das kameradschaftliche Band, geschlungen in den Befreiungskriegen mit seinen hehren Zielen, war, trotzdem bei seinem Bestande weder der Subordination noch dem militärischen Ernste Abbruch geschehen war, locker geworden, so daß längere Zeit hindurch der Subaltern-Offizier in seinem Vorgesetzten in der Regel nichts als ein Schreckgespenst sah, und es bedurfte nach manchem Prüfungsjahre einer neuen vaterländischen Erhebung, um es neu und hoffentlich für immer fest zu knüpfen.

In gesellschaftlicher Hinsicht spielte der Offizierstand jener Zeit trotz mancher ihm anhaftenden Mängel — zu denen auch der jetzt glücklicherweise mehr und mehr verschwindende, damals aber in voller Blüthe stehende sogenannte „Leutnantsjargon“ zu rechnen ist — im Wesentlichen dieselbe Rolle wie heute. Fand irgendwo auf dem Lande bei einem reichen Gutsbesitzer eine Festlichkeit, ein Ball statt, so durften eine Anzahl Leutnants aus der nächsten Garnison als flotte Tänzer und muntere Gesellschafter nicht fehlen, und gelang es einmal dem Vorstande des bürgerlichen Kasinos einer kleinen Stadt, die Offiziere der Garnison zur Theilnahme an einer Ballfestlichkeit zu gewinnen, so war die Freude, namentlich unter den Damen, allgemein; der bunte Rock imponirte damals wie heute der Damenwelt meist mehr als der feierliche schwarze Frack. Selbst von den benachbarten kleinen Fürstenhöfen erhielten hin und wieder Offiziere, natürlich vorzugsweise adlige Offiziere, Einladungen zu dieser oder jener Hoffestlichkeit, deren Glanz sie durch ihre Anwesenheit erhöhen sollten. War nun ein tüchtiger Reitersmann zu einer solchen Gelegenheit geladen, so mußten freilich nicht selten noch weite Wege zu Pferde zurückgelegt werden. Sich als Kavallerieoffizier die Bequemlichkeit eines Wagens zu gestatten, lag nicht im Sinne jener Zeit, auch widersprach dem vielfach insbesondere zur Winterzeit die Mangelhaftigkeit der Wege; noch entschiedener aber redete die Knappheit des Kassenbestandes mit.

Der Unteroffizierstand. Hatte das Kriegsleben, wie wir hier gesehen haben, dem Offizierstande manche unlauteren Elemente beigemischt, so war dies in noch höherem Maße bei dem Unteroffizierstande der Fall. Zum Theil ohne jede Bildung, dazu dem Trunke ergeben, roh und brutal gegen ihre Untergebenen und nicht selten auffässig und widerspenstig gegen die Vorgesetzten, entsprachen die wenigsten von ihnen den erhöhten Anforderungen, die man nach der Umwandlung des Heeres aus einem Söldnerheer in ein nationales Heer an sie zu stellen hatte. Aber mehr und mehr erkannte man die Wichtigkeit des Einflusses dieser unmittelbaren Vorgesetzten des gemeinen Mannes auf die Haltung der ganzen Truppe, und es erschien demnach eine Reinigung des Unteroffizierstandes von den ungeeigneten Elementen dringend geboten. Freilich durfte man mit den Entlassungen nicht zu schnell vorgehen; denn wenn es auch unter den gemeinen Soldaten an altgedienten tüchtigen Leuten nicht fehlte, so standen doch bei einer plötzlichen Beförderung allzu vieler neuer Kräfte zu dem immerhin verantwortlichen Posten mancherlei Unzuträglichkeiten zu befürchten. So beschränkten sich denn die Entlassungen zunächst auf die durchaus unbrauchbaren Elemente. Hielt ein Unteroffizier wenigstens auf Ordnung und Regelmäßigkeit im Dienst, und wußte er die ihm unterstellte Korporalschaft gleichfalls dazu anzuhalten, so drückten die Vorgesetzten gern ein Auge zu und sahen über manche Schwächen hinweg. Immerhin aber war die Zahl der Entlassenen eine große, die Zahl derjenigen dagegen, für welche sich im Civildienst, bei der Post und der Steuerverwaltung, Versorgungen finden ließen, eine nur beschränkte, ganz abgesehen davon, daß viele der Betroffenen kaum diejenige Bildung besaßen, welche zur Ausfüllung auch des bescheidensten, niedrigsten Postens erforderlich war, und so konnten der Mehrzahl bittere Enttäuschungen nicht erspart werden.

Waren doch gerade die Einen mit Rücksicht auf die ihnen in Aussicht stehende Civilversorgung in den Heeresdienst eingetreten, die Anderen nach Ablauf ihrer Dienstzeit in demselben verblieben, und jetzt, da sie die Berechtigung zur Versorgung sich erworben zu haben

oder eine solche für die nächste Zeit in Aussicht zu haben vermeinten, jetzt wurden sie, die inzwischen der bürgerlichen Thätigkeit sich entfremdet, des früher von ihnen betriebenen Erwerbes sich entwöhnt hatten, ohne Entschädigung entlassen! Wiewohl sie selbst nicht frei von Schuld an diesem ihrem Geschick waren, so lag in der Maßregel doch eine große Härte für sie. Einige wenige vom Glück Begünstigte mochten sich in eine bürgerliche Existenz vielleicht wieder hineinfinden, der Mehrzahl gelang das jedenfalls nicht, und diese mehrten nun die Zahl der unzufriedenen Elemente, die unter dem Einfluß auch noch anderer gleichzeitiger Uebelstände mehr und mehr zu wachsen begann.

Wenn nun aber jene allerdings nothwendige Maßregel manche Härten mit sich führte und viele der tapferen Kämpfer des Freiheitskrieges recht schwer traf, so muß andrerseits anerkannt werden, daß der erstrebte Zweck, die Weckung und Erhaltung eines besseren Geistes in der Armee, wirklich durch sie erreicht worden ist. Die Regimenter hatten damals eine große Zahl von Kapitulanten, d. h. über die Zeit ihrer Dienstpflicht hinaus Dienende; in den ersten Jahren nach dem Friedensschluß beschränkte sich die Zahl der neu einzustellenden Rekruten oft auf nur 15—20 Leute für das Regiment. Die Folge davon war, daß Niemand zum Unteroffizier befördert werden konnte und durfte, der nicht eine mindestens sechs- bis achtjährige tadellos geführte Dienstzeit hinter sich hatte. Solche Leute waren dann freilich unbedingt zuverlässig und übten auf die Haltung der ihnen untergebenen Mannschaften einen tiefeingreifenden, fördernden Einfluß aus. Daß bei so geringen Aussichten auf ein schnelles Avancement die Zahl der Kapitulanten eine so große war, hatte seinen Grund vor Allem in den ungünstigen Zeitverhältnissen, der durch mehrfache Mißernten herbeigeführten außerordentlichen Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse und dem dieser gegenüber unverhältnißmäßig geringen Geldersatz für Arbeit. Unter solchen Umständen verblieben jene Leute gern in der jedenfalls gesicherten, wenngleich keineswegs sonderlich angenehmen Stellung, welche der Soldatenstand ihnen bot, und ohne höheren Ehrgeiz, oder doch ohne Aussicht auf Befriedigung desselben, wurden sie meist alt und grau in den gewohnten Verhältnissen. Unter den Wachtmeistern der Kavallerie befanden sich noch in den vierziger Jahren eine Menge Leute, die schon während der Feldzüge von 1813 bis 1815 mit Auszeichnung gedient hatten, und denen deshalb, um ihnen wenigstens eine äußerliche Anerkennung zutheil werden zu lassen, die Berechtigung zugestanden wurde, außerhalb des Dienstes die Interimsuniform der Offiziere zu tragen. Uebrigens war, wenigstens in den ersten Jahren nach dem Friedensschluß, auch dem Staate damit gedient, daß es nie an Wiedereintretenden fehlte; denn so lange die neue Wehrverfassung, namentlich in den neuen Provinzen, sich noch nicht vollständig eingelebt hatte — und darüber mußten naturgemäß noch immer eine Reihe von Jahren vergehen —, so lange konnte es ihm nur willkommen sein, wenn ihm in diesen Leuten ein altgedienter und unbedingt zuverlässiger Stamm des Heeres erhalten blieb. Später allerdings machten sich andere Rücksichten geltend; das Bedürfniß, im Kriegsfalle ein möglichst großes Heer aufstellen zu können, erforderte es, die gesammte waffenfähige Jugend des Landes zum Dienste auszubilden, also alljährlich möglichst viele neue Rekruten einzustellen, und da mußte denn die Zahl der in den einzelnen Regimentern zu duldenden Kapitulanten mehr und mehr beschränkt werden.

Die Landwehr. Während somit bei dem stehenden Heere eine stetige und den Verhältnissen angemessen schnelle Fortentwicklung zum Bessern zu bemerken war, trat die Unzulänglichkeit der ursprünglichen Landwehreinrichtungen in den Jahrzehnten nach den napoleonischen Kriegen je länger je mehr besorgnißerregend zu Tage, und die schlimmen Erfahrungen bei den Mobilmachungen in den Jahren 1830, 1849, 1850 und 1859 rechtfertigten die schon früh aufgetauchten Befürchtungen und Mahnungen einzelner preußischer Generale. Auch mochte sich die Bevölkerung der neuerworbenen westlichen Provinzen mit dem Institut der Landwehr nicht so rasch befreunden, als dies von Seiten der in Willfährigkeit und Gehorsam erzogenen Bewohner der Stammlande geschehen war. Selbst Blücher, der doch

1813 gerade mit der Landwehr einige seiner schönsten Siege erfochten hatte, war weiterhin in Bezug auf die von ihr zu erwartenden Leistungen etwas bedenklich geworden, namentlich erschien ihm der Zustand der Landwehrreiterei, die bei Ligny weit hinter seinen früher gehegten Erwartungen zurückgeblieben war, besorgnißerregend. Es beschäftigte ihn die Sache in solchem Maße, daß er noch im Juli 1816 von Karlsbad aus, wo er sich damals zur Kur aufhielt, die Generale von Borstell, Oppen und Zieten aufforderte, ihm ein schriftliches Gutachten über ihre Wahrnehmungen in Betreff der Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit der Landwehr unter den bestehenden Einrichtungen einzureichen. Borstell konnte nicht umhin, das Ueberwiegen ungenügend ausgebildeter Landwehrkavalleristen zu bestätigen, und sein Bericht stimmte so sehr mit den Befürchtungen des alten Marschalls überein, daß dieser das Gutachten seines Kriegskameraden, begleitet von einem langen Schreiben, am 24. März 1817 dem Könige behändigen ließ. —

Man hat zu keiner Zeit in Preußen das Testament Friedrichs des Großen vergessen, in welchem dieser, fünf Jahre nach dem siebenjährigen Kriege, der Mittel gedachte, durch welche der komplizirte Organismus seiner Armee im Gange zu erhalten und dieselbe in ihren einzelnen Gliedern weiter zu bilden sei. Aber welche Veränderungen hatte er selbst in dieser hochwichtigen Verordnung gegenüber seinen früheren Fundamentalgrundsätzen gutheißen müssen! In gleicher Lage befanden sich jetzt Diejenigen, welche nach dem zweiten Pariser Frieden Einfluß auf die Fortentwicklung des Heeres zu üben berufen waren, wie Gneisenau, Knesebeck, Haacke, Boyen, Krusemark, Clausewitz, Müffling u. A.; sie hatten alle Ursache, sich der weisen Lehren des großen Kriegsfürsten zu erinnern. Wie zur Zeit des großen Königs war es bei dem Ausbruch des Entscheidungskampfes von 1813 unerläßlich gewesen, Alles an Alles zu setzen. Nunmehr, nachdem das hohe Ziel erreicht war, galt es — freilich unter möglichster Schonung der Kräfte des erschöpften Landes — das Errungene zu sichern. Indessen ging die Verbesserung der Landwehreinrichtungen nicht so schnell und leicht von statten wie die entsprechenden Maßregeln beim stehenden Heere. Die Landwehr, die österreichische sowol als die preußische, hatte während der Kriegsjahre Tüchtiges geleistet und in einzelnen Kämpfen sogar die Entscheidung herbeigeführt; aber die Politiker der Metternich'schen Schule sahen in ihr nichts mehr und nichts weniger als ein „demokratisches" Institut, nach dem zu greifen die Noth des Augenblickes gedrängt, dessen man sich aber so schleunigst als möglich zu entledigen habe. Demnach war in Oesterreich die Landwehr bald nach Beendigung des Krieges wieder aufgehoben worden. In Preußen hatte man sie zwar beibehalten, aber es fehlte auch hier, wo es durch den Einfluß des zunehmend unselbständiger werdenden Hardenberg in der Politik allmählich Gewohnheit wurde, jedem leisen Anstoße von Wien aus zu folgen, nicht an Leuten, welche die Abschaffung der Landwehr gern gesehen hätten. Auch hier ward von Vielen die Landwehr für ein Institut gehalten, dessen Fortbestand in einem wohl organisirten Staate mindestens Bedenken erregen müsse, und unter den damit zusammenhängenden Verdächtigungen hatte selbst Gneisenau, der treue Gehülfe Scharnhorsts bei der Begründung der Landwehr, zu leiden. Daß unter solchen Umständen von einer Fortbildung des Bestehenden nicht viel die Rede sein konnte, bedarf keiner Erwähnung; die einsichtigen preußischen Generale, die an der Nothwendigkeit der Landwehreinrichtungen festhielten, hatten ohnehin Mühe genug, ihrer Meinung gegenüber der Abneigung jener politischen Kreise insoweit Geltung zu verschaffen, daß wenigstens von der gänzlichen Abschaffung der Landwehr abgesehen ward.

Daß bei späteren Mobilmachungen die Mängel der auf solche Weise in ihrer Entwicklung zurückgehaltenen Landwehreinrichtungen immer fühlbarer zu Tage traten, wurde bereits erwähnt; erst seit der Mitte des Jahrhunderts, seitdem der Prinz von Preußen, der jetzige Kaiser Wilhelm, auf das Militärwesen maßgebenden Einfluß gewann, wurde, nachdem die früheren Vorurtheile mehr und mehr geschwunden waren, auch die Verbesserung der Landwehreinrichtungen kraftvoll in Angriff genommen, und bei der großen Armee-Reorganisation

von 1861 fand dann auch die Landwehr in dem Organismus der preußischen Armee den ehrenvollen Platz, der ihr gebührte.

Blüchers Heimgang. Steins Tod. Als Blücher zum zweiten Male Paris als Sieger verließ, stand er im Beginn seines vierundsiebzigsten Lebensjahres. Es waren dem Helden, der, nachdem die Befreiung des Vaterlandes gelungen war, seine militärischen Aemter niedergelegt hatte, nur noch drei Lebensjahre beschieden. Er verweilte in dieser Zeit abwechselnd in Berlin, auf seinem Gute Kriblowitz in Schlesien und in Breslau, auch nahm er einige Male einen mehrwöchentlichen Aufenthalt in Karlsbad. Mit seiner Gesundheit ging es sichtlich abwärts. Einmal that er den Ausspruch: „Der Staat hat keine bessere Konstitution wie ich: im Kriege sind wir frisch und gesund, aber im Frieden werden wir lahm." — Ingrimm erregte es ihm, daß die „Diplomaten und Federfuchser", die es bewirkt hatten, daß Elsaß und Lothringen nicht an Deutschland zurückgegeben worden war, jetzt schon wieder in den neu eröffneten Berathungen in Wien die Oberhand gewannen.

Man beeiferte sich, den Helden, wo er sich blicken ließ, mit Ehrenbezeigungen zu überhäufen; er aber unterließ es bei solchen Gelegenheiten nie, auf die großen Verdienste der Männer, die ihm mit Rath und That beigestanden hatten, zu verweisen. Auf einem ihm zu Ehren gegebenen Gastmahle geschah es, daß er das ihm gespendete Lob in folgender wahrhaft köstlicher Weise ablehnte. Sich erhebend, äußerte er, man habe viel zu seinem Lobe gesagt, aber das Beste vergessen. Alles Angeführte sei doch nichts gegen das, was er noch und zwar sogleich thun wolle, und was ihm Keiner nachzuthun vermögend sein werde: er wolle seinen eigenen Kopf küssen! — Niemand wußte, wo das hinaus wollte. Da trat er zu Gneisenau und küßte ihn unter herzlicher Umarmung.

Auch des trefflichen Scharnhorst, der früher Blücher gegenüber Gneisenau's Stelle vertreten und dem feurigen Heldengreise mit weisem Rathe zur Seite gestanden hatte, gedachte Blücher zum öfteren. In der Loge „zu den drei Weltkugeln" in Berlin schloß er eine Lobrede auf Scharnhorst mit den Worten: „Bist du gegenwärtig, Geist meines Freundes, mein Scharnhorst, dann sei du selber Zeuge, daß ich ohne dich nichts würde vollbracht haben!"

Die mecklenburgische Landesversammlung, die beschlossen hatte, ihrem berühmten Landsmanne ein Denkmal in seinem Geburtsorte Rostock zu errichten, ehrte ihn noch durch ein Festmahl im großherzoglichen Schlosse Doberan. In seiner Erwiederung auf den ihm gewidmeten Trinkspruch äußerte Blücher: „Gott hat es mir, einem Mecklenburger, gelingen lassen, mitzuhelfen, daß die Welt befreit wurde von dem Sklavenjoche eines Tyrannen. Das ist nun geschehen — aber mir ist mehr gelungen. Was ich unter allen Verhältnissen meines Lebens tief im Herzen bewahrte, und was ich mit innigster Sehnsucht zu erreichen wünschte, das ist nun erreicht. Ich bin nun froh und frei in dem Lande, wo ich geboren ward, wo ich meine Knabenjahre verspielte, wo die Gebeine meiner braven Eltern ruhen. Gott, du weißt es, wie ich mich darnach gesehnt habe, zu beten an ihrem Grabe, ehe auch ich mein Grab fülle! Dank dir, nun kann, nun werde ich es! Gern ruhte ich an ihrer Seite, wenn vielleicht bald mein Auge sich schließt. Doch ich wünsche nichts mehr. Zu viel habe ich schon erreicht, mehr als ich verdiene. Mein Herz gehört euch. Liebt mich wieder; bleibt, wie ich euch finde, treu eurem Gott und der Wahrheit, treu eurem Fürsten, so bleibt ihr euch selbst treu!"

Auch die Bürgerschaft von Rostock drang in den Fürsten, ein Festmahl von der Stadt auf dem Rathhause anzunehmen. Einer der Theilnehmer, der Kammerherr von Preen, berichtete über den Verlauf des Festmahls an Goethe, mit dem er wegen der Ausführung des Denkmals in brieflichem Verkehr stand. Er hob die eigenthümliche Gabe der Beredsamkeit Blüchers hervor und schloß mit den Worten: „Der innere Gehalt seiner durch eine aufrichtige Herzlichkeit und eine auch den Helden zierende Bescheidenheit so ausgezeichneten Reden stimmte die Freude dieses Tages zum höchsten Enthusiasmus." —

Blücher verrichtete an der Grabstätte seiner Eltern, die in der Peterskirche ruhen, sein Gebet und besuchte darnach das Haus, in welchem er das Licht der Welt erblickt hatte.

Auf der Straße erwartete ihn ein schlichter Alter, der ihm als ehemaliger Spielgeselle bezeichnet ward. Blücher erinnerte sich seiner sofort, begrüßte und umarmte ihn. Als aber Jener ihn „Durchlaucht" anredete, sagte er in seiner herzlichen und derben Weise: „Bist du ein Narr geworden, oder glaubst du, ich sei einer? Ich denke, wir nennen uns wie ehemals!"

Im Jahre 1819 traf Blücher mit dem Fürsten Schwarzenberg, dessen Bedächtigkeit ihn oft fast zur Verzweiflung gebracht hatte, in Karlsbad zusammen. Hier, wo Kühnheit oder Zaudern Bedeutung für den beendeten Krieg nicht mehr hatten, verkehrten die beiden Feldherren in bestem Einvernehmen. Blücher rühmte dem österreichischen Feldherrn in einem Trinkspruche sogar nach: „er habe drei Monarchen in seinem Lager gehabt und doch zu schlagen verstanden!" — Und Schwarzenberg lud seinen Kriegsgefährten für die zweite Hälfte des August zu einem Besuche nach seiner böhmischen Herrschaft Worlick ein.



Blücher und Schwarzenberg begrüßen sich in Karlsbad.

Aber die Tage des Helden waren gezählt. Auf Kriblowitz zurückgekehrt, fühlte er, daß die Stunde des Abschieds nahe sei. Sah er Besorgnis in den Blicken seiner Hausgenossen, so tröstete er sie heiteren Sinnes. Sein Leibarzt Bieske rieth ihm, Wein und stärkende Nahrungsmittel zu sich zu nehmen. „Wozu hinhalten, was geschehen muß?" entgegnete er. „Lindern Sie mir meine Schmerzen und erleichtern Sie mir das Sterben, das ist Alles, um was ich bitte. Der Tod kommt mir erwünscht und findet mich jederzeit bereit." Zu seinem Adjutanten, dem Grafen Nostiz, sagte er eines Tages: „Nicht wahr, mein lieber Nostiz, Sie haben Manches von mir gelernt; jetzt sollen Sie auch von mir lernen, wie man mit Ruhe stirbt." — Auf dem Wege von Kriblowitz nach Knauth standen drei schöne Linden — dort, bestimmte er, solle man ihn ohne jegliches Gepränge begraben. Der König ließ ihm durch einen Adjutanten seinen Besuch anmelden. „Ich sterbe gern", sagte er zu dem Adjutanten, „denn ich bin nichts mehr nutz; sagen Sie dem Könige, daß ich

treu für ihn gelebt habe und treu für ihn sterbe." Am nächsten Tage kam der König, dem ans Krankenbette Gefesselten tröstende Worte spendend. Bewegt war der Abschied. Mit nassen Augen bestieg der König den Wagen; er wußte, daß er den Heldengreis heut zum letzten Male gesehen habe.

Der 12. September 1819 war angebrochen; der Leibarzt vermuthete, daß Blücher diesen Tag nicht überleben werde. Es fand ein Manöver in der Nähe von Kriblowitz statt. Kleingewehrfeuer und eine starke Kanonade waren im Schlosse zu hören. Des Sterbenden Züge verklärten sich, er richtete frohe Blicke gen Himmel, als wolle er danken, daß sein Einzug in jene Welt von Klängen begleitet sei, die ihm in treuem Ringen für König und Volk so lieb und werth geworden waren. „Er winkte nach Einem und dem Andern", berichtet sein ihm treu anhängender Leibarzt, „drückte Jedem die Hand und nahm von Allen Abschied. Gegen vier Uhr Nachmittags wurden ihm Hände und Füße kalt, er faßte sich selber an den Puls und zeigte, daß er bald ausgelitten. Abends zehn Uhr schlug er plötzlich die Augen weit auf, that einen langsamen und tiefen Athemzug und — verschied. Eine feierliche Stille und Thränen in den Augen der in großer Zahl um das Sterbebett Versammelten bezeichneten die Liebe und Achtung Aller für den Geschiedenen — Preußens ruhmreicher Feldherr war nicht mehr." —

Die Kunde von dem Heimgang des Nationalhelden erregte im ganzen Vaterlande schmerzliche Theilnahme. Als Freiherr von Stein die Todesnachricht empfing, rief er tief bewegt aus: „Nun kann man nichts Gescheidteres thun, als sich aufs Ohr zu legen, um gleichfalls zu sterben."

So ehrenvoll solche Worte des großen Staatsmannes für den wackeren Blücher, seinen treuesten Kampfgenossen und Mitstreiter für Deutschlands Freiheit, Macht und Größe sind, so unverkennbar klingt auch aus denselben die tiefe Verstimmung des edlen deutschen Patrioten über die Enttäuschungen, welche ein grausames Geschick dem Lebenden bereitete, um erst lange nach seinem Tode die Früchte reifen zu lassen, zu denen er den Samen ausgestreut hatte. — „Nicht ihm war es beschieden, das glorreich hinausgeführt zu sehen, was er mit so richtigem Blicke als nothwendig erkannt, wofür er mit aller Energie seines Willens — leider immer vergeblich! — gekämpft hatte." Weder die Verhältnisse noch die Menschen waren damals dazu angethan. Und so mußte er, in seinen stolzesten Hoffnungen für Deutschland getäuscht, das was er noch vor Jahr und Tag für ausführbar erachtet, später selbst fallen lassen, seine weitausschauenden Pläne mißachtet und zur Seite geschoben sehen von verzagter Schwäche und Kleinlichkeit auf der einen, von bewußter Böswilligkeit und Ränkesucht auf der andern Seite. Und so hat er verstimmt und entmuthigt sich zurückgezogen aus dem öffentlichen Leben, und so ist er dahingegangen mit dem schmerzlichen, trost- und hoffnungslosen Blick auf das Deutschland, das er zwar aus äußerer Knechtschaft, nicht aber aus der inneren Verkommenheit und Zerrissenheit hatte retten können."

Stein hat nach dem Jahre 1815 an der größeren Politik keinen Antheil mehr genommen, aber auch in der Zurückgezogenheit des Privatlebens hat er nicht aufgehört, in patriotischem Sinne für Deutschland zu arbeiten und zu wirken. Im Jahre 1819 stiftete er eine „Gesellschaft für Deutschlands ältere Geschichte" und begann gleichzeitig an einer großen Sammlung von Geschichtsquellen zu arbeiten, und wenn heute die aus diesen Arbeiten hervorgegangenen Veröffentlichungen der „Monumenta Germaniae" zu den rühmlichsten Zeugnissen deutschen Fleißes und deutscher Gelehrsamkeit gehören, so gebührt dieser Ruhm als dem Anreger und Begründer des im edelsten Sinne patriotischen Werkes vor Allem dem Reichsfreiherrn vom Stein, der sich damit ein Denkmal errichtet hat — eben so schön und unvergänglich, ja vielleicht noch unvergänglicher als die ehernen Standbilder, welche — spät erst — in seiner Heimat, in Nassau, und an der Stätte seines Wirkens, in Berlin, die dankbare Nachwelt seinem Andenken gewidmet hat. — Auf seinem Schlosse Kappenberg in Westfalen, seinem Lieblingssitze, starb Stein am 29. Juli 1831: — „ein

Mann, demüthig vor Gott, hochherzig gegen Menschen, der Lüge und des Unrechts Feind, hochbegabt in Pflicht und Treue, unerschütterlich in Acht und Bann, des gebeugten Vaterlandes ungebeugter Sohn, in Kampf und Sieg Deutschlands Mitbefreier", — wie die Grabschrift zu Frücht ihn schildert. —

Kaum einen Monat später, am 23. August 1831, trug man auch den trefflichen Gneisenau, den wackeren Freund und Mitarbeiter jener Beiden, zu Grabe.

An verschiedenen Orten sind dem populärsten Helden der Befreiungskriege, dem „Marschall Vorwärts", Statuen errichtet. Das kurz nach dem Tode Blüchers in Rostock enthüllte, hierunten abgebildete Denkmal trägt die Widmung Goethe's:

„In Harren und Krieg,
in Sturz und Sieg,
bewußt und groß:
so riß er uns vom Feinde los."

Später wurde das prächtige Erzbild Blüchers in Berlin aufgestellt mit dem Widmungsworte: „Friedrich Wilhelm III. dem Fürsten Blücher von Wahlstatt." Auch Breslau ehrte den Helden durch Aufstellung einer Statue. Wie Blücher und Gneisenau, so wurde auch den meisten ihrer Kampfgenossen die verdiente äußere Anerkennung für ihre Verdienste um das Vaterland im vollsten Maße zutheil. Ausgezeichnet durch Titel und hohe Orden, vielfach mit werthvollen Schenkungen dotirt und durch Errichtung von Statuen in der Landeshauptstatt oder in der Hauptstätte ihres Wirkens geehrt, haben sie fast alle in hohen und ehrenvollen Stellungen im Dienste des Staates ihr Leben beschlossen. Zuerst schied der wackere Bülow aus ihren Reihen; kaum aus dem letzten Feldzuge in die Heimat zurückgekehrt und zum kommandirenden General in Ost- und Westpreußen ernannt, erlag er bereits am 25. Februar 1816 in Königsberg einer tödlichen Krankheit. Ihm folgte, nachdem inzwischen auch Blücher dahingegangen war, am 17. Februar 1823 der zum Feldmarschall und Generalkommandanten der Provinz Sachsen ernannte Graf Kleist von Nollendorf, und kaum ein Jahr später, am 20. Februar 1824, Graf Tauentzien von Wittenberg als Gouverneur von Berlin. Noch heute aber lebt in jedem patriotischen Herzen das Andenken an alle diese Helden fort.



Blücher-Denkmal in Rostock.



Ein preußischer Gutshof aus der Zeit von 1816—1820. Zeichnung von Ludwig Burger.

Rückblicke
auf Kultur und Leben nach 1815.

Vor Durchführung der Stein'schen Reformen war es der Adel, welcher vielfach den vom Staate angestellten Beamten Einfluß und bevorzugte Stellung streitig machte. So lange noch mit dem Rittergute die Patrimonialgerichtsbarkeit verbunden war, und der adlige Grundbesitzer über seine Hintersassen schaltete und waltete, ähnlich den souveränen kleinen Herren im Reich, so lange überragte naturgemäß sein Ansehen den dem Beamten gezollten Respekt. Dies war anders geworden, nachdem mit dem Jahre 1808, und zwar ohne irgend welche gesetzliche Entschädigung, die meisten Vorrechte des Adels in Wegfall gekommen waren.

Der Adel. Es schwanden danach auch so manche althergebrachte Begünstigungen, die der gänzlich veränderten Zeitströmung nicht mehr entsprachen. Dagegen währte zu Gunsten des Adels die Bevorzugung bei Besetzung von höheren und höchsten Staatsämtern, namentlich von Offizierstellen, noch fort, und dabei ist es, wenn schon in geringerem Umfange, auch bis heute geblieben. Es handelt sich dabei um Vorurtheile, die eine eigentliche Berechtigung nicht haben, mit denen aber, da sie thatsächlich bestehen und aller Wahrscheinlichkeit nach noch auf lange hin bestehen werden, immerhin gerechnet werden muß. Es wird der Adel, der Hauptträger des konservativen Elements in monarchisch regierten Staaten, von den Regierungen immer als eine ihrer vornehmsten Stützen angesehen werden.

ziehen doch auch die Fürsten den alten Erb- und Geburtsadel mit Vorliebe zu persönlichen Dienstleistungen in ihre Nähe, und werden doch bis zum heutigen Tage in den höchsten Kreisen für den diplomatischen Dienst wie für Alles, was zur Repräsentation des Staates gehört, Adelspersonen für geeigneter gehalten als Männer bürgerlichen Standes und Herkommens, und von den Vertheidigern der Nothwendigkeit einer bevorzugten Stellung des Adels dem Bürger- und Bauernstande gegenüber wird noch jetzt die Behauptung ins Feld geführt: es würde die Stellung des Königthums ohne ein Mittelglied zwischen ihm und dem Volke eine isolirte, diese eben darum aber ganz besonders geeignet sein, das Königthum bei Eintritt von Krisen zu gefährden.

Trotzdem machten in Preußen in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts verschiedene Umstände die äußere Stellung des Adels zu einer schwierigen. Hier begünstigten nicht, was beispielsweise von dem Adel in Oesterreich-Ungarn gesagt werden kann, großer Grundbesitz und, daraus hervorgehend, ein angestammter Reichthum die Geltendmachung seiner, zuweilen berechtigten, oft aber auch unberechtigten Ansprüche. Wie jetzt noch, residirte damals die hohe österreichisch-ungarische Aristokratie zur Winterzeit in der Kaiserstadt Wien in ihren prächtigen Palästen, und der Aufwand, den sie da machte, kam den Gewerben zu gute. Nur in der Sommerzeit verweilten die hochadligen Herrschaften auf ihren Gütern.

Anders in Preußen. Die mediatisirten Fürsten, Grafen und Herren am Rhein und in Westfalen, welche sich nach dem Frieden vom Jahre 1815 zum Theil sehr gegen ihre Neigung genöthigt gesehen hatten, unter des preußischen Adlers Fittichen Schutz zu suchen, hielten sich Jahre hindurch von Berlin fern. Die königliche Hauptstadt Berlin bildete damals noch bei weitem nicht in so hohem Grade den Mittelpunkt des Gesammtlebens des preußischen Staates, wie es von Wien in Bezug auf das Donaureich gesagt werden konnte. Für den schlesischen Adel war Breslau, für den ostpreußischen Königsberg, für die polnischen Adelsherren waren Posen und Krakau die standesgemäßen Residenzen. Ein guter Theil des Adels auch der preußischen Stammlande grollte noch immer wegen Entziehung der früher genossenen Vorrechte durch die verhaßten Reformen von 1808 und hielt sich schon deshalb von der Hauptstadt des Landes und vom Hofe fern. Nebenbei hatte er nur zu gute Gründe, der Bewirthschaftung seiner Güter persönlich die allergrößte Aufmerksamkeit zu widmen; denn diese hatten während des Krieges in hohem Grade gelitten und waren vielfach, namentlich auch infolge der eingetretenen Mißernten, stark verschuldet. Endlich fehlte es auch in den ersten Jahrzehnten nach dem Inkrafttreten der Reformen in den bäuerlichen Verhältnissen an der erforderlichen Einsicht, die erst den rechten Boden für die Selbstverwaltung bietet. Da geschah es denn wol, daß Gutsherren, mochten sie gleich den Neuerungen nicht hold sein, den Landleuten gewohnheitsmäßig die helfende Hand boten.

In den alten Provinzen des Kurbrandenburgischen Staates, vor Allem in den Marken und in Pommern, wo die Vergangenheit bereits ein festes Band zwischen dem Fürstenhause der Hohenzollern und den alten Adelsgeschlechtern gewoben hatte, welche herkömmlich und unausgesetzt dem Staate wie dem Hofe brauchbare Diener — zuverlässige Beamte und tüchtige Offiziere — geliefert, da hatte es sich noch als feststehende Sitte erhalten, den „Junker" möglichst früh, oft schon im zehnten Lebensjahre, in das Heer eintreten zu lassen, wo er dann, kaum zum Jüngling herangewachsen, zum Fähndrich und bald darauf zum Leutnant befördert wurde. Ging dem jungen Adligen die zum Kriegsdienst erforderliche Neigung oder körperliche Tüchtigkeit ab, so bequemte er sich, auf der Hochschule sich für die Beamtenlaufbahn vorzubereiten, in der ihm gleichfalls schnelle Beförderung und angesehene Stellung in sicherer Aussicht stand. — Diese Jahrhunderte alte Verbindung zwischen Fürstenhaus und Adel, vornehmlich dem Landadel, verlieh diesem ein besonderes Relief, indem sie die Achtung vor den Mitgliedern eines vom Landesherrn ersichtlich wohlgelittenen Geschlechts erhöhte. Die Gerechtigkeit gebietet, nicht unerwähnt zu lassen, daß aus den Reihen des preußischen Gutsadels ebenso viele tüchtige und hochberühmte Kriegsmänner

als vorzügliche und hochangesehene Staatsbeamte hervorgegangen sind. Daher hatte, gleichwie in früherer Zeit, noch in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts die Bezeichnung „Junker“ keineswegs einen so üblen Klang wie heutzutage; auch bestand bei den patriarchalischen Verhältnissen, welche, wennschon nicht mehr durch das Gesetz gutgeheißen, auf dem Lande herrschten, zumeist ein erträgliches, nicht selten sogar ein sehr gutes Verhältniß zwischen den Inhabern und Bewohnern des Herrenhauses und den zum Gute gehörenden Häuslern und Hintersassen. Der märkische und pommersche Adel hatte seinen Gutsangehörigen selten nur als herzloser Zwingherr gegenübergestanden. Keine unübersteigliche Schranke, wie in Frankreich vor der Revolution, trennte den ehemaligen Gebieter vom Dorfinsassen, vielmehr verbanden bis in die Zeiten des dreißigjährigen Krieges und der Schwedennoth zurückreichende Ueberlieferungen und Erinnerungen die lebenden Glieder des Gutshofes mit dem im Dorfe herangewachsenen Geschlecht. Waren es doch der Gutsherr und seine Junker, unter deren Führung der Bauer und seine Söhne in so manchen heißen Kämpfen, wie unter dem großen Kurfürsten so in neuerer Zeit im Befreiungskriege, mannhaft gestritten hatten. Selbst die allgemeine Wehrpflicht hat hierin im Wesentlichen nichts geändert.



Am Tische des Gutsherrn. Zeichnung von H. Lüders.

Die „Junker“. Erst später, als die herrschende Erregung von Jahr zu Jahr weitere Kreise zog, als die Wogen des Parteilebens höher gingen und zu entschiedener Stellungnahme auf der einen oder auf der anderen Seite drängten, als dann der feudal gesinnte Theil des erbgesessenen Adels den festen Kern der Rückschrittspartei bilden half, da wurde es anders — freilich nicht besser. —

Wenn wir gegenwärtig von „Landjunkern“ sprechen, so verstehen wir darunter im Allgemeinen solche Mitglieder des Hof- und Landadels, welche sich in möglichst strenger, oft bis zur Lächerlichkeit getriebener Absonderung von den gebildeten Kreisen des Bürgerthums gefallen, und statt in geistig anregender Gesellschaft ihre Tage lieber bei Spiel und Gelage unter Ihresgleichen oder hinter den Koulissen des Theaters verbringen, und die wegen ihres Mangels an Gemeinsinn zu den am wenigsten beliebten Gesellschaftskreisen gehören.

Gegen Ende des zweiten und im dritten Jahrzehnt begann der preußische Adel sich nach und nach aus seiner gedrückten finanziellen Lage zu erholen; immerhin war auch jetzt noch die Beihülfe, welche der Adelsherr dem etwa bei der Garde dienenden Sohne zu bieten

vermochte, zumeist wenig belangreich. Ein mehrwöchentlicher oder mehrmonatlicher Aufenthalt mit der Familie in der Hauptstadt oder in einem Badeorte erforderte entsprechende Ausgaben, dagegen nöthigte während des weitaus größten Theiles des Jahres das Landleben um so seltener zu besonderem Aufwande. Der Wechsel der Unterhaltung auf dem Lande beschränkte sich auf die Ausübung der Gastfreundschaft, die üblichen gegenseitigen Besuche, auf Begehung der gewohnten Feste zur Oster- und Pfingstzeit, zur Ernte und Kirmes, auf Jagdfreuden und was sonst Gebrauch und Sitte mit sich brachte. Die wenigen Honoratioren des Dorfes und der umliegenden kleinen Landstädte, der Pfarrer des Ortes und hier und da auch der Schulmeister gehörten zu den regelmäßigen Gästen im Herrenhause, und durften bei Schmausereien und kleinen Familienfestlichkeiten nicht fehlen.

In ihrem äußeren Auftreten unterschied sich die adlige Hausfrau gewöhnlich in nichts von wohlhabenden Bürgerfrauen; denn die Zeiten, in denen besondere Kleiderordnungen für den Adel und den reichen Bürgerstand nothwendig erschienen, waren längst vorüber. Wie sinn- und zwecklos solcherlei „Ordnungen“ zur Zeit gewesen waren, läßt sich am besten aus einem Schreiben erkennen, welches ein den hervorragendsten Kreisen angehöriger Adelsherr an seine Gemahlin richtete. „Wenn die Väter unserer Großstadt“, heißt es in demselben, „noch im fünfzehnten Jahrhundert den damaligen Schönen vorschreiben durften: „keine Dame darf mehr als vier Prachtkleider mitbringen, zwei von Sammet, die beiden andern gestickt oder sonst verziert“, wenn damals keine Jungfrau mehr als den bisher gewährten Zierrath an Gold, Silber Perlen und Seide tragen durfte, so braucht man, meine Liebe, dies jetzt keiner unserer Töchter zum Gesetz zu machen; denn womit sollte unser in Nothstand gerathener Adel den Aufwand für Gold, Silber und Perlenbesatz bestreiten, wenn ihm schon die Mittel fehlen zur herkömmlichen Repräsentation seines Hauses und Geschlechts?“ — Wenn derselbe ehrenwerthe Landjunker heute noch lebte, hätte er diesen Zusatz vielleicht noch erweitert und gesagt: „zumal da im Kleideraufwand nicht nur kein Vorzug mehr liegt, sondern die Gattin des reichen Bierbrauers oder Bäckers und die Hausehre des jüdischen Geldmäklers nur zu sehr geneigt und im Stande ist, es darin unseren ältesten und angesehensten Geschlechtern gleichzuthun, oder diese selbst zu übertreffen.“



Bürger in einem Bierlokale. (S. S. 36.)

Adelsbevorzugung. Unter König Friedrich Wilhelm IV. wurde versucht, Stellung und Ehren des Adels auf angestammten, wohlbefestigten Besitz zu gründen und letzteren durch Majoratseinrichtungen zu Gunsten bevorzugter Söhne sicher zu stellen, den übrigen männlichen Familiengliedern dagegen durch Verwendung im höheren Staats- und Militärdienst sich wiederum in erhöhtem Maße förderlich zu erweisen. Doch das Abendleuchten der Sonne

der Hofgunst verglühte in der Sorgenzeit nach 1848; die nachmals oktroyirte Verfassung enthält keine Bestimmungen in Bezug auf Bevorrechtung der Adelsgenossen. Sind nun aber auch, wie schon bemerkt, gegenwärtig im Heere noch die meisten Offizierstellen mit Adligen besetzt, so darf doch nicht unbeachtet gelassen werden, daß die Mehrheit unter ihnen aus Geburtsadligen, die sich durch Tüchtigkeit ausgezeichnet haben, und aus solchen aus dem Bürgerstande hervorgegangenen Offizieren besteht, denen für verdienstvolles Verhalten der Adel verliehen worden ist. Nach wie vor zieht es auch in unsern Tagen der Junker noch vor, in ein Garderegiment oder bei der Kavallerie einzutreten, wogegen bei der artilleristischen Waffe und im Ingenieurkorps unter den Offizieren das bürgerliche Element vorherrschend ist. Im Großen und Ganzen gewinnen wie auf allen Gebieten, so auch im Civil- und Militärdienst, fortgesetzt die Vorzüge der höheren Bildung an Geltung.

Mit der Beseitigung oder Einschränkung der bezeichneten Vorrechte haben sich mehr und mehr auch die Gegensätze verwischt, welche früher den Adel von den bürgerlichen Ständen schieden. Der weitaus größte Theil der adelsstolzen Herren ist zu der Erkenntniß gelangt, daß sich in unserer Zeit auf den Stammbaum allein hohe Ansprüche nicht mehr stützen lassen. Statt der früher gebräuchlichen, meist einseitigen und äußerlichen Hofmeisterbildung erfreut sich jetzt die jüngere Generation auf den trefflichen Gymnasien und Universitäten des Landes gründlicher Schulung und Bildung, und der gemeinsame Unterricht mit Schülern aller Stände fördert wirksam den Gemeinsinn und läßt jetzt schon bei den Knaben viele der Vorurtheile, in welchen ihre Vorfahren absichtlich befangen gehalten wurden, gar nicht mehr aufkommen. Bei stetiger Fortentwicklung dieser freieren und unbefangeneren Anschauungen steht zu erwarten, nicht etwa, daß die Institution des Adels als solche sobald eingehen, wohl aber, daß in den Trägern ererbter adliger Namen mehr und mehr der Wahn hinschwinden wird, dieses Erbe berechtige sie an und für sich, Männern bürgerlicher oder bäuerlicher Abkunft vorangestellt zu werden; der ererbte Name soll ihnen nur zum Sporne werden, sich durch eigene Kraft und Tüchtigkeit würdig zu zeigen, eingedenk des Dichterwortes:



In einer vorstädtischen Gartenwirthschaft. (S. S. 34).

„Was du ererbt von deinen Vätern hast, Erwirb es, um es zu besitzen!"

Bürgerliches Leben. In den bürgerlichen Kreisen entsprach das häusliche und öffentliche Leben dem Charakter jener ernsten Zeit nach 1815. Noch waren die während der Kriegsjahre gebrachten großen Opfer an Gut und Blut in frischem Gedächtniß. Handel und Wandel vermochten sich von dem schweren Schlage, der sie getroffen hatte, noch immer nicht recht zu erholen, und die darniederliegende Gewerbthätigkeit nahm gleichfalls nicht den wünschenswerthen Aufschwung, wozu die nach der Niederwerfung Napoleons begonnene

Verschleuderung der in der Zeit der Kontinentalsperre im Erzeugungslande massenhaft angesammelten englischen Waaren nicht zum wenigsten beitrug. Die Beschränkung auf das geringste Maß der Befriedigung von Bedürfnissen machte sich für alle Schichten der Gesellschaft als ein Gebot der Nothwendigkeit geltend, und so zeigt uns denn ein Blick auf das bürgerliche und namentlich das kleinbürgerliche Leben im ersten Drittheil unseres Jahrhunderts ein seltsam farbloses Bild, das aber gerade in seiner Nüchternheit und spießbürgerlichen Kleinlichkeit der aufmerksamen Beobachtung manche interessante Seite darbietet.

Der Berliner Weißbierphilister fand sein volles Genüge darin, am Stammtisch seiner „Tabagie“ mit Bekannten und Nachbarn die Vorkommnisse des Tages zu besprechen, über Gott und die Welt abzuurtheilen, über das Verhalten der Regierung und die Mißgriffe der Gemeindeverwaltung herzuziehen und in hergebrachter Weise „die guten alten Zeiten“ zu preisen.



Der Dustere Keller vorm Halle'schen Thore in Berlin (zu Anfang dieses Jahrhunderts).

Selten gingen in seiner Stammkneipe seine Genüsse über eine ihm vom Kellner der Tabagie oder der vorstädtischen Gartenwirthschaft kunstgerecht kredenzte „kühle Blonde“, der nur ausnahmsweise eine „Strippe“, d. h. ein Gläschen Kümmel, beigemischt ward, und einige Pfeifen heimischen Tabaks hinaus. — Vergebens hätte man damals unter den Linden oder in anderen Hauptstraßen Berlins nach einem jener glänzenden Restaurants und prunkenden Cafés, die sich jetzt dort eines neben das andere drängen, umhergeschaut.

Eine Anzahl behaglich eingerichteter, jedoch alles Schmuckes entbehrender Konditoreien und Weinstuben boten engeren Kreisen von Beamten, Künstlern und bürgerfreundlich gesinnten Offizieren zu gewissen Tagesstunden Versammlungsorte zur Pflege geselliger Anregung. Der Arbeitsmann, der Handwerksbursche oder der Tagelöhner suchte Erholung im wohlbekannten Keller, genoß hier im Kreise seiner Kameraden und anderer Personen aus dem Volke seine Butter-, Käse-, Wurstoder — wenn es hoch ging — Schinkenstulle zu einem Gläschen Anis, Kümmel oder „Korn“ und machte sich kein Gewissen daraus, zwei, drei und mehr Schnäpse „hinter die Binde“ zu gießen. —

In jener Zeit stand noch bei den Bewohnern von Kölln an der Spree als Erholungsort der Biertrinker der sogenannte „Dustere Keller“, gelegen am Fuße eines mit Bäumen bepflanzten Abfalls der „Tempelhofer Berge“ in hohen Ehren und wurde an schönen Sommertagen gerade von der besseren Gesellschaft mit Vorliebe besucht. Jetzt nimmt die Stelle, wo sonst ländliche Ruhe herrschte, ein volkreicher Stadttheil ein. —

Bei den Reisenden galt als ein Gasthof ersten Ranges der „König von Portugal“, der in der Häuserreihe sich befand, wo jetzt der Prachtbau der Börse steht. Solche palastartige Hotels, wie sie Berlin heute dutzendweise besitzt, waren damals noch unbekannt.

Noch sah man auf den Straßen die sogenannten Currende-Knaben, die „Chorrenne-jungen“, wie man in der Mark sagte, welche durch Singen geistlicher Lieder auf den Straßen sich ein paar Groschen verdienten, und die aus dem Stock der Vermächtnisse gekleidet wurden, welche zu ihren Gunsten gemacht waren, und aus deren Erträgniß sie bei ihrem Abgang aus der Schule mit einigen Thalern bedacht wurden. Die Berliner Stadtschule im Grauen Kloster und die Kölnische Stadtschule hatten jede ihre eigene Currende von 12 Schülern, jene waren in braune, diese in dunkelgraue Röcke gekleidet.



Berliner Currende im Jahre 1830.

Nur wenige reiche oder wohlhabende Familien hatten damals regelmäßige Empfangs-abende, doch fehlte es auch nicht an Vereinigungspunkten zur Pflege geistiger Interessen, wie sie z. B. von der Familie Markus Levin geboten wurden. Nach dieser Richtung standen ferner in Ansehen die Häuser der Mendelssohn, des jüdischen Arztes Herz, die schöngeistigen Kreise, in denen Varnhagen von Ense und seine geistvolle Gattin Rahel, Fr. Schleiermacher und seine edle Hausfrau Henriette geb. Herz, Wilhelm von Humboldt, Friedrich von Schlegel und andere hervorragende Vertreter des Wissens die natürlichen Mittelpunkte des geistigen Lebens jener Zeit bildeten, und in denen die aus-gezeichnetsten Männer und Frauen gesellige und geistig anregende Verbindungen unterhielten.

Das Verhältniß der Dienstleute im Hause war meist noch der guten alten Sitte ent-sprechend. Knechte und Mägde hatten noch nicht die landesübliche Tracht abgelegt, um, wie es heute vielfach geschieht, in der Entfaltung von Putz und Staat mit der Herrschaft zu wetteifern; Lehrlinge, Gesellen und Handlungsgehülfen speisten noch am Tische des Meisters und Prinzipals. Häufiger Wechsel im Dienste war unbekannt; galt es doch für einen Schimpf, es in einem „reputirlichen“ Hause nicht ein paar Jahre „ausgehalten“ zu haben. Bei sonntäglichen Ausflügen unterzogen sich Männer und Frauen gemeinsam der Pflicht, die Kinderwagen zu ziehen oder sich mit einem, ja zweien der „Rangen“ zu bepacken,

Als Berlin noch nicht zu den Großstädten und Fabrikplätzen ersten Ranges zählte, glich die Physiognomie des öffentlichen Lebens so ziemlich der des häuslichen. Es verlief Alles viel einfacher, und das Beispiel, welches der sparsame Monarch gab, entsprach auch noch auf lange hin den gedrückten Verhältnissen. Selbst die Hoffeste, die öffentlichen Belustigungen und militärischen Schaustellungen bewegten sich in der Regel innerhalb des Gebotes strengen Maßhaltens.

Der Hauptstädter war in Bezug auf Erholung außerhalb des Hauses schon „jöttlich verjnügt", wenn das Wetter seiner Sehnsucht nach frischer Luft und Waldesgrün oder Wiesenduft keinen Eintrag that. Nach den Baumgängen im Thiergarten strömte an den Sonn- und Feiertagen die nach Erholung schmachtende Menge. — Die von Friedrich I. herrührenden Anlagen dieses ausgedehnten Waldes, welcher schon in Schriftwerken des 16. Jahrhunderts als ein beliebter Ergehungspunkt bezeichnet wird, und dessen Baumwelt in der kurfürstlichen Zeit bis zu der Stelle sich ausdehnte, auf der heute das Zeughaus steht, fanden durch Friedrich Wilhelm III. eine dankenswerthe Pflege. Der Rheinländer Lenné, einer der berühmtesten Gartenkünstler seiner Zeit, ließ im Laufe von Jahrzehnten Brücken und Stege über Wässer führen, legte nach planvollen Zeichnungen Sammelbassins, Wege, Ruheplätze, Rotunden, Baumgrotten, Pavillons u. s. w. an und stellte an passenden Stellen Bildwerke auf. Mit der Verschönerung des großen Parks ging Hand in Hand die Vermehrung der sich hier darbietenden Vergnügungsgelegenheiten. Kaffee, Bier, Spirituosa und andere Getränke boten der „Kemperhof", der „Hofjäger" und die Bretterbuden der sogenannten „Zelte". Dorthin wanderten die Spaziergänger gemächlich auf Schusters Rappen, denn die Omnibus- und Droschkenfahrten gehörten im ersten Viertel unseres Jahrhunderts in Berlin noch nicht zu den Tagesbedürfnissen; sie labten sich an Speise und Trank, freuten sich der schönen Natur und der weniger schönen musikalischen Genüsse, welche von Straßensängern und Drehorgelspielern geboten wurden, vergnügten sich an heiteren Gesellschaftsspielen und kehrten oft erst spät Abends singend und scherzend in die Stadt und an den häuslichen Herd zurück. — Der an den Thiergarten sich anschließende zoologische Garten bestand damals noch nicht; er wurde erst im Jahre 1844 durch Friedrich Wilhelm IV. an Stelle der ehemaligen Fasanerie ins Leben gerufen. — Bis zur Stunde sind Thiergarten und Hasenhaide das Ziel sommerlicher Spaziergänge und Hauptsammelplätze des Berliner Volkslebens geblieben.

Die Volkstrachten begannen zu jener Zeit schon zu verschwinden, und die häßlichsten Moden von „über den Rhein her" drängten sich leider mehr und mehr bei uns ein. Die überall herrschende Geldnoth brachte es mit sich, daß Seide und Sammet und kostbares Pelzwerk seltener zu schauen war als vormals, doch erhielt sich die sogenannte „Boa", jenes schlangenartige Pelzgehänge, das um den Hals geschlungen ward, im ersten Drittel dieses Jahrhunderts und auch noch darüber hinaus auf der winterlichen Tagesordnung. — Der englische Kattun (von Cotton, Baumwolle) bildete damals noch einen Luxusartikel für die bürgerliche Frauenwelt. Die verführerischen Künste und Tändeleien des Rococo-Zeitalters waren während der Schreckensjahre der Revolution in Vergessenheit gerathen, und der Zopf hatte in der Zeit der napoleonischen Kriege seine Herrschaft eingebüßt. Die Schönen gingen nicht mehr in pseudo-antiken geschlitzten Gewändern, noch weniger sah man sie, wie Heine spottet:

„Im Reifrockputz mit Blumen reich verziert,
Schönpflästerchen auf den geschminkten Wangen,
In Schnabelschuh'n, mit Stickerei'n behangen,
Mit Thurmfrisur und wespengleich geschnürt."

Einförmig unschön reichte das faltenarme Frauenkleid kaum bis zu den Knöcheln, die noch immer hohe kurze Taille umschloß ein Gürtel mit stählerner, silberner, seltener mit goldener Schnalle; die Schuhe wurden durch schwarze, weiße oder rothe Kreuzbänder über dem Spann festgebunden. Ein unförmlicher, möglichst geschmackloser Hut bedeckte das Haupt, und zu dem häßlich sich emporgipfelnden Haargeflechte gesellte sich in der Regel eine Garnitur künstlicher, nicht lang herabhängender, vielmehr über und neben einander gebauschter Locken.

Große Shawltücher, Arbeitsbeutel mit dem unvermeidlichen Strickstrumpf, unschöne Regen- oder Sonnenschirme bildeten unumgänglich nöthige Requisiten; die Hände und ein Theil des Armes steckten in langen, fast bis zu den Ellbogen hinaufreichenden Handschuhen.

Das glatte und unbezopfte Haupt des Mannes ward entweder von einer Tuchmütze mit mächtigem Schirm oder von einem breitkrämpigen Filzhute bedeckt. Aus der offenen Weste lugte ein Brusteinsatz, das „Chapeau", hervor, und an der schweren Uhrkette baumelten zahlreiche Berlocks, Ringe, Petschafte und anderer Zierrath, auf dessen Reichhaltigkeit und Kostbarkeit die jungen und alten Stutzer jener Zeit sich viel zugute thaten. Stulpenstiefeln mit herabhängenden Struppen hielten sich als letzter Rest der sogenannten „Werthertracht" noch eine Zeit lang in Mode; später reichte die bald enge, bald weite Hose bis zu den Halbstiefeln oder Schuhen und wurde, namentlich von jungen Elegants, durch sogenannte „Stege" oft straff bis zum Platzen herabgezogen. Entsprechend der Würde, die er sich zu geben suchte, trug der Mann das lange spanische Rohr mit Knopf und Quaste als Sinnbild seiner häuslichen Oberherrlichkeit.



Kopfputz im ersten Drittel unseres Jahrhunderts.

Seine selbstbewußte Haltung wurde durch die steife Halsbinde und den in aufrecht stehenden Spitzen auslaufenden Stehkragen, „Vatermörder" genannt, der das Haupt zu kühnem Emporschauen nöthigte, nicht wenig gefördert. Das wichtigste Attribut des bescheiden einherschreitenden Spießbürgers bildete der dauerhaft gearbeitete weitbauschige Regenschirm, der „Berliner."

Die in Vorstehendem geschilderte Mode, wie sie im zweiten und dritten Jahrzehnt die herrschende war, hatte — „leider" darf man in diesem Falle nicht sagen — das Schicksal aller früheren und späteren Moden. Sie mußte nach verhältnißmäßig kurzem Bestande einer anderen Mode weichen, diese nach noch kürzerem Bestande wieder einer anderen — und wir sind endlich dahingekommen, womöglich in jedem Jahre unser Auge an eine neue, nicht selten der des Vorjahres geradezu entgegengesetzte Mode gewöhnen zu müssen.

Zu Pferd und zu Wagen. Von England her war die häßliche, thierquälerische Sitte des „Englisirens" der Rosse auch zu uns gedrungen und blieb längere Zeit bei uns „Mode". Apfelschimmel mit „Stumpfschwänzen" bildeten lange eine der Liebhabereien des Pferdebesitzers. Es wurde damals überhaupt viel mehr geritten als heutzutage. Die Mangelhaftigkeit der öffentlichen Verkehrs- und Beförderungsmittel, vornehmlich in den kleinen

Städten und auf dem Lande, nöthigte eine große Zahl von Beamten, Aerzten und Geschäftsleuten, sich einen Grauschimmel, Fuchs oder Rappen, bisweilen dazu auch ein einfaches „Wägelchen", zu halten. Zu Kutschwagen oder „Karossen", wie man jene damals nannte, verstiegen sich nur sehr reiche und vornehme Leute, und diese pflegten sich dann auch meist einen großen Bedienentenroß von Läufern, Vorreitern und Jägern in glänzenden Livreen zu halten, wenngleich auch hierin der Aufwand nach der Zeit der napoleonischen Kriege hinter dem vor denselben getriebenen weit zurückstand. Indessen sah man in jenen ersten Jahrzehnten herrschaftliche Auffahrten, glänzende Schlittenpartieen mit und ohne Musik- und Fackelbegleitung häufiger als heute. Solcher Prunk ist eben mehr und mehr aus der Mode gekommen; unsere heutige Damenwelt, dem Beispiel der Herren folgend, zieht es vor, ihr winterliches Vergnügen auf der Eisbahn zu suchen und im Schlittschuhlauf ihre Anmuth zu zeigen.

Das Fahren auf vielsitzigen Thorwagen, „Kremsern", in Gemeinschaft von Hausgenossen und Freunden aufs Land hinaus ward zu den begehrenswerthen „Plaisiren" gerechnet. Wohlhabende mietheten sich Chaisen. Viel seltener und meist nur bei besonderen Vorkommnissen und festlichen Gelegenheiten gestattete man sich den Besuch von Theater und Konzert; freilich zählte auch damals Berlin statt der jetzt allabendlich geöffneten 15 Theater deren kaum drei oder vier, und gediegene Konzerte fanden nicht entfernt so oft statt wie gegenwärtig.



Märkische Landleute.

Oeffentliche Bälle kannte man noch nicht; dagegen fehlte es nicht an geschlossenen Gesellschaften, Ressourcen und Kasinos, in denen die Honoratioren sich gegen Abend zu Kartenspiel und Unterhaltung einfanden, und wo auch hin und wieder der tanzlustigen Jugend Gelegenheit geboten ward, sich „köstlich zu amüsiren", während in den kleineren Städten sich die Handwerker namentlich an den sogenannten „Quartaltagen" gütlich thaten. Auch standen noch die Schützengesellschaften, die Zunftverbände und Gilden in Flor und begingen alljährlich die üblichen Feste und Umzüge. — An den althergebrachten Sitten des Eiersuchens der Kinder zu Ostern, des uralten Vogel- und Scheibenschießens auf dem mit Würfelbuden und Karoussels besetzten „Schützenplatze", des Martinsgansschmauses, des Kuchenbackens zu den hohen Feiertagen und vor Allem der echt deutschen Feier der Weihnachtszeit unter dem im Lichterschmuck prangenden grünen Tannenbaum ward und wird noch jetzt fast überall unverbrüchlich festgehalten.

Ländliche Zustände. Ein anderes Bild bietet sich uns dar, wenn wir die ländlichen Zustände des zweiten und dritten Jahrzehnts wie der ihnen nächstfolgenden ins Auge fassen. Es gewährt die Annahme nur einen schlechten Trost, daß den durch Jahre hindurch an das Elend gewöhnten Landbewohnern ihre Nothlage nur in geringem Maße zum Bewußtsein kam.

Orte, die nicht in empfindlicher Weise an der Hingabe von Gut und Blut mit betheiligt gewesen waren, mochte es im preußischen Staate kaum geben, dagegen standen in einzelnen Landstrichen, namentlich in den neu erworbenen westlichen Provinzen, die stattgehabten Verwüstungen nicht im Vergleich mit denjenigen, von denen z. B. die Provinzen Brandenburg, Preußen, Schlesien nnd Sachsen sich heimgesucht sahen. Hier ließ sich der Aufbau zerstörter und verfallener Kirchen, Pfarr- und Schulgebäude, Bauernhäuser, Ställe und Scheunen nur allmählich ermöglichen. So tief war der Wohlstand gesunken, daß erst gegen Ende des vierten Jahrzehnts die letzten sichtbaren Zeugen jener schweren Kriegszeiten verschwanden.

Doch auch in vielen Dörfern, welche von der ärgsten Kriegsnoth verschont geblieben waren, sah es übel genug aus. Infolge der während der Franzosenzeit eingetretenen Verwilderung schien jeder Gemeinsinn und jedes Verständniß für das, was nicht unmittelbar die eigene Person anging, abhanden gekommen zu sein.



Erntefestzug.

Die Dorfinsassen ließen sich kaum den baulichen Zustand des eigenen Hauses und der eigenen Scheune angelegen sein, geschweige denn, daß die Beschaffenheit der Pfarrhäuser und noch weniger, wo solche überhaupt vorhanden waren, der Schulhäuser ihnen Sorge gemacht hätte. Meist bedeckte diese ländlichen Bildungsstätten noch ein defektes Strohdach, der Kalkanstrich der Wände war herabgefallen; mochten auch scheibenlose Fenster schief in den Angeln hängen, Niemand dachte daran, das in Verfall Gerathene zu ersetzen.

Meist war die Dorfschenke das einzige in leidlichem Zustande sich befindende Haus im Orte. Hier saßen des Sonntags schon Vormittags nach der Predigt die Ortsinsassen um den Gasttisch und verbrachten ihre Zeit mit Kartenspiel, oder sie schoben draußen Kegel; in armen Dörfern fand man wohl auch die Gäste stumpf im Hinbrüten versunken. Es fehlte an anregender Aufmunterung. — War die geistige Beschränktheit, die politische Gleichgültigkeit und die Geringfügigkeit höherer Bedürfnisse im Allgemeinen schon im Bürgerstande erschreckend genug, wie sah es damit erst beim Bauer aus! —

Um die öffentlichen Zustände bekümmerte sich kaum Einer; als etwas Heilsames konnte die Gesinnungs- und Denkweise nicht angesehen werden, welche von dem immer mehr aufwuchernden Muckerthum mittels massenhaft verbreiteter Traktätchen erzeugt und gepflegt ward. Zusammenkünfte zur gemeinsamen Besprechung landwirthschaftlicher oder gar politischer Fragen, wie sie gegenwärtig selbst im geringsten Dorfe stattfinden, kannte man im ersten Drittel unseres Jahrhunderts eben nicht. Was über die Feldmark des Dorfes hinausging, existirte für den Landmann nicht. Fortschritte in Bezug auf Wohnlichmachung des Hauses, Bearbeitung des Bodens, Wahl zweckmäßiger Ackergeräthe, richtiger Verwerthung von Zeit und Kraft fanden nur sehr schwer und sehr langsam bei ihm Eingang; dabei herrschte vielfach noch dunkler Aberglaube unter der Bevölkerung.

Die ländlichen Volksfeste, die sich in neuerer Zeit mehr und mehr verlieren, waren damals noch nicht in Mißachtung gerathen; es wurden dieselben, namentlich in den westlichen Landestheilen, in denen unter den Bauern von Alters her mehr Wohlhabenheit herrschte als unter der ländlichen Bevölkerung der östlichen Provinzen, und auf welche die obige Schilderung deshalb auch nicht völlig zutrifft, mit gebührender Feierlichkeit begangen. Im Dorfe loderte zu Ostern noch das Osterfeuer, qualmte in der Johannisnacht die angezündete Pechtonne, zog die Jugend zu Pfingsten oder zur Kirmes hinaus nach dem Anger, um unter der aufgerichteten Maie zu tanzen; nach Schluß der Ernte aber bewegte sich unter Jubel und Musik der Zug der Schnitter, deren einer den bänderreichen Erntekranz trug, nach dem herrschaftlichen Gute, woselbst sie von dem Gutsherrn bewirthet und ihnen namentlich das sogenannte „Seckelbier" reichlich gespendet ward.

Der Tanz auf freiem Platze bildete am Abend den Hauptgenuß der Festfreude, und spät in der Nacht erst verklangen die letzten Hochs auf die Herrschaft und die letzten Töne der Musik.

Viele Bräuche bei Hochzeiten, Kindtaufen und Leichenbestattungen wurzelten vielfach in grobem Aberglauben und waren nicht selten in sinnlose Gewohnheiten ausgeartet. Es spielte noch der Rosmarinstengel bei jeglichem Feste seine langgewohnte Rolle. Noch jetzt pflückt ihn die Kirchengängerin, die vorzugsweise Rosmarin, Nelken und Levkoien zum Sträußchen bindet.

Nur in wenigen Gegenden läßt man heute noch, wie es damals im Anschluß an einen uralten heidnischen Gebrauch Sitte war, auf dem Acker ein Büschel Aehren stehen als „Vergodendeels Struuß", d. i. Wodans Antheil, und zieht unter Musik hinaus aufs Feld, um den Aehrenbund mit einem farbigen Bande zu umschlingen, über ihn hinwegzuspringen, ihn zu umtanzen, ihn dann aus einander zu zerren und ihn, nachdem ein neues Band angelegt, unter Absingung von Kirchenliedern ins Dorf zu schleifen. Die bei dieser Gelegenheit von Hof zu Hof gesammelten Gelder fanden ihre Verwendung bei Abhaltung eines abendlichen Tanzes. Dagegen war es damals und ist noch jetzt an vielen Orten üblich, das erste Viehaustreiben durch Mummerei und Scherz zu feiern, zu Fastnacht Gaben zu sammeln und zu Weihnachten den heiligen Christ auf einem Schimmel durchs Dorf zu senden.

Das Leben des märkischen Bauers war eintönig, farbloser geworden. Ein wie das andere Mal ging der Mann Sonntags ins Wirthshaus zu Bier und Branntwein; er spielte seinen „Schafskopf" oder schob Kegel, während die jungen Leute den Abend mit Tanz und Kurzweil verbrachten.

Die meist zweistöckigen und mit wenigen Ausnahmen in Fachwerk gebauten Häuser der Märker hatten im dritten Jahrzehnt, zumal bei den Wohlhabenderen, ihr früheres gemüthliches und behäbiges Aussehen wiedergewonnen. Die der Landstraße zugewendete Giebelfront schmückt wieder wie vordem ein Blumengärtchen, Kürbis und Bohnen umranken die Fenster, und drinnen an den Wänden hängen noch die vergilbten liebgewonnenen Bildnisse der Landesfürsten; da hüpft in der niedrigen Wohnstube das Rothkehlchen oder der Staar vom Tisch zur Ofenbank oder zum Spinde mit Trinkgefäßen, und neben dem Kachelofen fehlt selten der lederbeschlagene geräumige Großvaterstuhl. Bei den Bewohnern der Provinz herrscht noch fort die alte Biederkeit und das gastliche Wesen.

Aber auch hier waren bis in die vierziger Jahre hinein die Folgen der Kriegszeit noch nicht gänzlich überwunden, und nur wenige wohlhabende Gemeinden vermochten aus eigener Kraft die Mittel aufzubringen, um in Gemeindeangelegenheiten sich selbst zu helfen. Auch in kleinen Landstädten sah es nicht viel besser aus. Wenn es galt, den Bau eines Gemeinde- oder Rathhauses oder eines Schulgebäudes zu beschließen — da war guter Rath theuer. Das Schulhaus wurde in der Regel zugleich als Armen- oder Krankenhaus benutzt; zur Hälfte, ja oft zu drei Vierteln diente es existenzlosen Ortsarmen oder unversorgt gelassenen Invaliden zum Aufenthalt. Was dann noch übrig blieb, mußte zu dem aufs Nothdürftigste ausgestatteten Schullokale ausreichen; zu allerletzt kam die Lehrerwohnung in Betracht.

Die Regierung sah sich damals bestürmt von allen Seiten; umringt von Verlegenheiten in allen Zweigen der Verwaltung, vermochte sie nur das Allernächste und Dringendste in Angriff zu nehmen. In den Amtsstuben aber fehlte es vielfach noch an richtiger Beurtheilung der ortseigenthümlichen Zustände, daher auch an der Einsicht und Erkenntniß der Mittel, die Uebelstände zu heben. Der Zopf der Schreibstubenherrschaft hing noch lange am Rücken weit herunter, und auch die Kommunal-, Kreis- und Provinzialbehörden bedurften noch geraumer Zeit, um den Akten- und Perrückenstaub vollständig von sich zu schütteln.

Noth des Lehrerstandes. Das Vorhandensein der geschilderten Zustände macht die Noth des Lehrerstandes erklärlich. Nicht gering war die Zahl der Lehrer, deren Baareinnahme nicht über zwanzig Thaler als Jahresgehalt hinausging. Die Wohnung genügte kaum den allerbescheidensten Ansprüchen; zur Wohnstelle gehörte ein kleines Stück Gartenland. Der Lehrer erhielt seinen Mittagstisch der Reihe nach bei den Bauernfamilien und, falls er sich in Besitz einer Kuh zu setzen wußte, Weide und Winterfutter für dieselbe. Nach aktenmäßiger Angabe gab es im Jahre 1821 im preußischen Staate noch 323 Landschullehrer, die weniger als zehn Thaler, 857, die zwischen zehn und zwanzig, und 2287, die zwischen zwanzig und vierzig Thaler Gehalt bezogen. Da geschah es denn nicht selten, daß der Lehrer, um sich vor äußerster Noth zu schützen, Tagelöhnerarbeit verrichten mußte. Selbst bei den damaligen überaus mäßigen Lebensmittelpreisen und als nachher ein Gehalt von 250 Thaler schon als eine ansehnliche Besoldung erschien, vermochte der Lehrer mit dem lange zutreffenden Durchschnittsgehalt von 120 Thaler kaum die nothwendigsten Lebensbedürfnisse zu bestreiten. — Eine Besserung auf diesem Gebiete ist nur sehr langsam eingetreten, erst in den letztvergangenen beiden Jahrzehnten ist manches in der Sache geschehen, eine gründliche Besserung harrt noch der Ausführung. Der leiblichen Noth entsprach die geistige. Diese zu allererst zu heben wurden neue Seminare gegründet, bestehende erweitert, berühmten Förderern der Pestalozzi'schen Unterrichtsweise, unter denen in erster Reihe A. Diesterweg zu nennen ist, einflußreiche Wirkungskreise eröffnet. Um die Pflege und Hebung des Schulwesens machte sich besonders der Minister von Altenstein verdient. Preußen ward — von den Einen im lobenden, von den Andern im tadelnden Sinne — „das Land der Schulen und der Kasernen" genannt: die Folgezeit sollte darthun, wie weit der preußischen Verwaltung Lob oder Tadel gebühre.



Adolph Diesterweg.



Postchaise im Winterschnee.

Das Reisen vor fünfzig Jahren.

Hört Ihr das Mark und Bein durchdringende Signal der Eisenbahn? — Vor fünfzig Jahren wäre in einem kleinen Landstädtchen auf solch einen schrillen Pfiff die ganze ehrsame Insassenschaft zusammengelaufen! Noch hatte Niemand eine Vorstellung davon, daß sich der Dampf als machtvollstes Zugmittel zur Beförderung ganzer Wagenreihen verwenden lassen, daß diese seine Anwendung einen ununterbrochen sich steigernden Personen- und Güterverkehr zur Folge haben werde, daß hierdurch alltäglich Hunderttausende von Menschen aus allen Theilen unseres Erdballs zusammengeführt werden würden. — Mit Recht gilt die Lokomotive als ein Wahrzeichen der Gegenwart.

Welcher Unterschied zwischen dem Reisen jetzt und damals, zwischen Einrichtung und Leistungsfähigkeit der Verkehrs- und Beförderungsmittel unserer Zeit und derjenigen im ersten Drittel, ja fast in der ganzen ersten Hälfte unseres Jahrhunderts! Waren doch letztere in den ersten Jahrzehnten in dem Grade ungenügend, daß beispielsweise einmal der berühmte Staatsmann von Schön, als er noch Kammerassessor war, zehn Tage brauchte, um von Königsberg nach Berlin zu gelangen, wiewol ihm gestattet war, sich königlicher Vorspannpferde zu bedienen; — heute braucht der Reisende zur Zurücklegung desselben Weges im Kurierzug der Ostbahn kaum ebenso viele Stunden.

Freilich gab es damals der regelmäßig Reisenden nicht entfernt so viele wie gegenwärtig. Das weniger rege und rastlose Geschäftsleben jener Zeit stellte an die öffentlichen Verkehrseinrichtungen bei Weitem nicht die Anforderungen, welche heute oft über die schon erreichten großartigen Leistungen hinaus an dieselben gestellt werden, und weniger nothwendige

Reisen oder gar eine Besuchsreise nach einem entfernteren Orte konnte sich nur derjenige gestatten, der über viel Zeit und viel Geld zu verfügen hatte; denn das Reisen war damals im Vergleich zu den Kosten des Lebensunterhaltes unverhältnißmäßig theuer, selbst wenn der Reisende, auf die allerdings viel bequemere und schnellere Beförderung durch Extrapost verzichtend, sich dazu entschloß, all' den Beschwerden und Unannehmlichkeiten einer Reise in der gewöhnlichen Fahrpost sich auszusetzen. So wird es erklärlich, wenn damals das Extrapost-Reisen gewissermaßen zu einem Vorrecht, ja zu einem Erkennungszeichen der Reichen und Vornehmen wurde. „Ich will keine Eisenbahn in meinem Lande haben", äußerte gegen Ende der dreißiger Jahren König Ernst August von Hannover, als man bei ihm um Genehmigung zum Bau einer solchen nachsuchte, „ich will nicht, daß jeder Schuster und Schneider so rasch reisen kann wie ich!" In der That haben die Eisenbahnen zur Verbreitung menschlichen Fortschreitens und darauf gerichteter Ideen und Wünsche mehr beigetragen als alle Agitationen und Umtriebe der Heißsporne der Civilisation der Neuzeit.

Freilich ist seitdem, und gerade zumeist durch die Eisenbahnen, das Reisen im Allgemeinen zu einem recht nüchternen und farblosen Bilde verblichen.

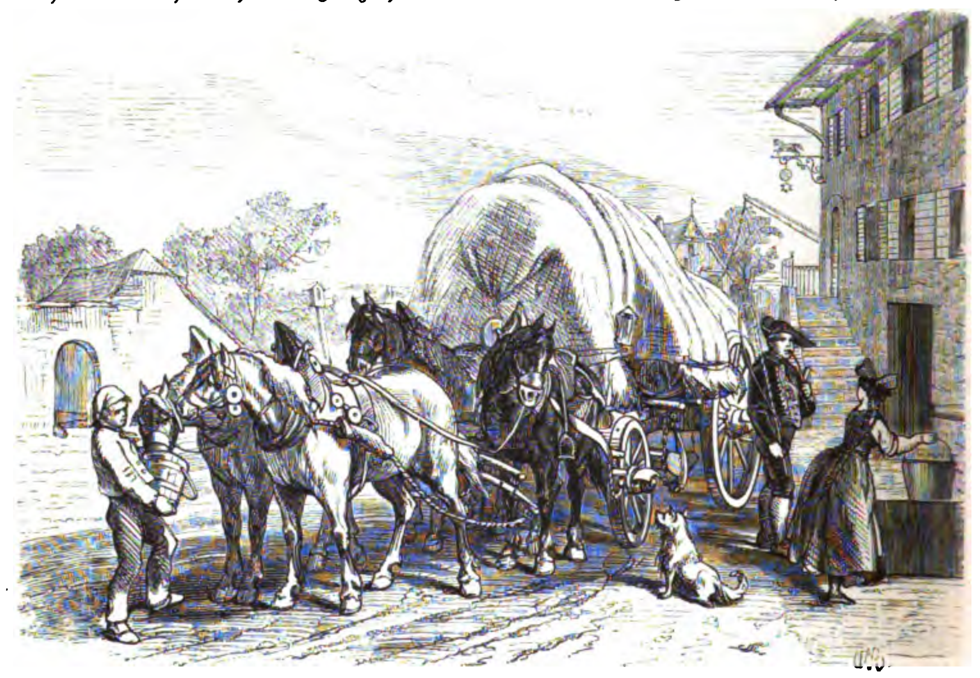
Vor fünfzig Jahren, in der Periode der Extraposten, reiste der Glückliche, dem seine Mittel solches erlaubten, am liebsten mit „eigenem Geschirr" oder mit „unterlegten" Postpferden. Die große Mehrzahl der Reisenden aber sah sich, wenn der Weg für Schusters Rappen zu lang und zu beschwerlich war, oder wenn eine passende „Reisegelegenheit" sich nicht darbieten wollte, auf das Fortkommen in dem schwerfälligen Postwagen angewiesen. Da galt es denn, darauf gefaßt zu sein, tagelang eingepfercht zwischen vielleicht widerwärtigen Personen sitzen zu müssen — mußte man doch froh sein, wenn man überhaupt weiter befördert wurde! Häufig genug, namentlich zur Zeit der großen Messen, waren alle Plätze tagelang vorher schon belegt, und nicht immer vermochte es dann die Postverwaltung, die nöthige Zahl von sogenannten „Beichaisen" und den dazu gehörigen Gespannen zu stellen, um alle sich Meldenden zu befördern. Da hieß es denn oft mehrere Tage warten, wenn nicht etwa eine sogenannte „Retour" in den Einkehrhäusern der Frachtfuhrleute ausfindig zu machen war, oder wenn nicht, was gewiß nur in seltenen Fällen zutraf, der Baarbestand im Geldbeutel des ungeduldigen Reisenden ausreichte zur Beschaffung einer Extrapost.

In der Jugendzeit unserer Großväter galt eine Reise, zumal nach einem entfernteren Orte, noch für ein Unternehmen, das vorher reiflich überlegt sein wollte. Veranlaßte doch schon eine Fahrt nach der nächsten Großstadt oder einem nur wenige Meilen entfernten Orte Bedenken und tagelange Vorbereitungen.

Selten würdigt der Mensch, was ihm mühelos überkommen ist! Noch heute hört man über unnöthige Belästigung des reisenden Publikums durch Polizei- und Steuerbehörden klagen, und doch, wie ruhig und unbehelligt vermag man jetzt zu reisen im Vergleich zu jener Zeit, in welcher die Polizei in jedem paß- und ausweislosen Fremden einen Uebelthäter, wol gar einen politischen Verbrecher zu wittern nur zu geneigt war, als noch jeder der 36 deutschen Groß- und Kleinstaaten durch Schlagbaum und Grenzwächter sich gegen den anderen absperrte und, je kleiner sein Territorium, um so strenger und eifriger die Polizeigewalt darin handhabte. Welche Schererei und Zeitversäumniß verursachte nicht schon die Erlangung eines Passes, ohne welchen sich Niemand auf die Reise zu begeben wagte. Doch ward letzteres nicht so schwer empfunden, denn man kannte noch nicht die Losung: Zeit ist Geld! Mochte man nun mit „eigener Equipage" reisen oder eine „Reisegelegenheit" benutzen: der Zurüstungen gab's kein Ende. In dem Wagenkasten durfte zureichender Mundvorrath nicht fehlen, in den Seitentaschen nicht das geladene Terzerol, eben so wenig Stahl, Feuerstein und Zündschwamm (die uns jetzt unentbehrlich scheinenden Streichhölzer kamen erst im dritten und vierten Jahrzehnt allgemeiner in Gebrauch) und die nöthigen Beleuchtungsgegenstände. Denn mit der Sicherheit der Landstraßen war es nicht immer gut bestellt, wie aus dem Untersuchungsprozeß gegen den sogenannten „Postgrafen" zu ersehen, der

Anfangs der zwanziger Jahre längere Zeit von sich reden machte und manchen Postwagen, manche Extrapostkutsche ausrauben konnte, ehe man des verschmitzten Gauners habhaft ward — Auch war es bei Extrapostfahrten rathsam, mittels Laufzettel dafür zu sorgen, daß in den Ausspannorten die benöthigte Anzahl von Pferden in Bereitschaft gehalten ward, da ein unfreiwilliger Aufenthalt in den meist nichts weniger als eleganten und behaglichen Warteräumen der Posthalterei wahrlich nicht zu den Annehmlichkeiten der Reise zählte.

Noch in den dreißiger Jahren boten die Landstraßen, vornehmlich im westlichen Deutschland, ein viel bunteres, lebensvolleres Bild als heute. Die Blütezeit des Frachtfuhrwesens und des Extrapost-Reisens englischer Vornehmer war noch nicht vorüber. An den Schritt vor Schritt ihres Weges ziehenden Karavanen in der Regel vier- und sechsspänniger,



Halt des Frachtwagens.

nicht selten aber auch acht-, ja zehnspänniger Frachtwagen mit ihren derben, blinkend aufgeputzten Gäulen vorbei jagten hin und wieder sogar Vorreiter in prächtigen Livreen, die zwei-, vier-, ja sechsspännigen herrschaftlichen oder hochfürstlichen Equipagen, welche Mylord und dessen Familie und Dienerschaft aus England dem Rhein, der Schweiz oder Italien zuführten, gefolgt von meist übermäßig bepackten Reisekutschen, vorüber am gemächlich dahintrabenden Stellwagen oder Omnibus und den Chaisen der Lohnrößler, vorbei an den zum nächsten Markte fahrenden bäuerlichen Rüstwagen mit ländlichen Erzeugnissen, den bescheiden von Hunden gezogenen Milchwägelchen und den noch bescheidener von Menschenhand fortbewegten Schubkarren.

Der deutsche Frachtfuhrmann, auch Kärrner genannt, trug den in den deutschen Landen meist wohlbekannten blauen Kittel; Gespann und Gefährt zeigten fast überall den gleichen charakteristischen Typus. Der Gastwirth, noch mehr der Hausknecht, der mit diesen Leuten auf dem besten Fuße stand, kannte ihre Gewohnheiten und Liebhabereien und wußte sie jahraus jahrein an das bekannte Quartier zu fesseln. Der Großfuhrmann fuhr übrigens nicht etwa blos von einer mittleren Stadt zur anderen, nein — wenn das Frühjahr kam, verließ er seinen Wohnort und zog mit Wagen und Geschirr hinaus ins Reich, nahm Fracht an, wo und wie sie sich ihm darbot, um, wenn er sie abgeliefert hatte, neue Ladungen

(Rückgut) anzunehmen und weiter zu führen. Erst gegen Weihnachten begab er sich, wenn es sich thun ließ, wieder auf den Heimweg.

Wir haben beim Inbetrachtziehen des Reisens in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts so manchen Schattenseiten gegenüber nur sehr wenige Lichtseiten hervorzuheben. Vom rein praktischen Gesichtspunkte aus angesehen, sind die wenigen mehr idealen Vortheile des Reisens zur Zeit der Extraposten geradezu verschwindend klein gegenüber den Mängeln, die dem damaligen Verkehrswesen in seiner Schwerfälligkeit anhafteten.



Diligence im Posthofe.

Der „Reisende" par excellence — der Handlungsreisende, die stehende Figur unserer Bahnhöfe und Hotels, konnte davon „unerhörte" Dinge berichten, wiewohl er meist mit eigenen Pferden und in eigenem Wagen fuhr. Er gehörte in den alten guten Gasthäusern zu den willkommensten Gästen, denn er brachte aus allen Richtungen her Neuigkeiten mit und wußte alle aufgegriffenen Anekdoten geschickt zu verwerthen. Wie hätte ein solcher Mann nicht den Bewohnern so manchen Landstädtchens eine willkommene Erscheinung sein sollen? Um ihn saßen beim Schoppen bis tief in die Nacht hinein lauschende Hörer und ergötzten sich an seinen Mittheilungen. Besaß er die Gabe, durch Vortragen von Schnurren und Erzählung unerhörter Vorkommnisse und Neuigkeiten ihre besondere Heiterkeit oder ihren Beifall zu erregen, so nahmen sie gelegentlich wohl selbst einen auf ihre spießbürgerliche Existenz gemünzten derben Scherz mit in den Kauf und behielten den „netten Kerl" in gutem Gedächtniß.

Gewiß giebt es heute noch viele ältere Leute, welche das Verschwinden der Gemüthlichkeit und „Poesie des Reisens" — und verschwunden ist diese — bedauern, aber nur einseitige und befangene Lobredner der „guten alten Zeit" vermögen sich der Erkenntniß

zu verschließen, daß das Verlorengegangene reichlich, ja überreichlich aufgewogen wird durch dasjenige, was in der Gegenwart auf diesem Gebiete errungen worden ist.

Das Postwesen. Die Entwickelung des Postwesens als staatliches Institut hat in Deutschland und namentlich in Preußen in vieler Hinsicht einen ganz anderen Verlauf genommen als in den Nachbarländern, indem bei uns der Staat allmählich das gesammte Postwesen, Personen-, Brief- und Packetbeförderung, in seine Hand nahm, während in anderen Staaten, beispielsweise in Frankreich, die Packetbeförderung Privatunternehmungen überlassen blieb. So unterschied man denn auch beim preußischen Postbetriebe die Brief- und Fahrposten. In früherer Zeit wurden die Briefschaften und das leichtere Gepäck in ein Felleisen verschlossen, von Postreitern, später, bis zur Einführung der Eisenbahnen, in leichten einspännigen Postwagen, sogenannten Karriolen, von Ort zu Ort gebracht, während der Personentransport sowie der Versandt von größeren Packeten und nicht pressanten Gegenständen Sache der Fahrposten blieb. Wiewol die Eisenbahnen gegenwärtig in den Hauptverkehrsgebieten den gesammten Verkehr fast ausschließlich vermitteln, bestehen daneben immer noch, vorzüglich in den von Eisenbahnstraßen und Dampfschiffahrtsrouten entfernter liegenden Orten, Fußboten-, Reit- und Karriolposten, welche letztere auch in größeren Städten mit ihren zahlreichen Postämtern zur Vermittlung des sogenannten Stadtpostverkehrs dienen. Doch hat sich der Gebrauch von Extraposten wie überhaupt die Inanspruchnahme der Post für den Personenverkehr außerordentlich verringert; nur in einzelnen weniger geschäftsreichen Gegenden, und auch hier meist nur auf kurzen Strecken, ist der Postwagen von dem Dampfroß noch nicht verdrängt worden. — Die sogenannte Estafettenpost (die Weiterbeförderung von wichtigen und eiligen Nachrichten und Briefschaften durch reitende Postillone) hat seit der Erweiterung des Telegraphennetzes, dem in neuester Zeit noch die Rohrpost und Telephonverbindungen zur Seite getreten sind, meist aufgehört.

Vor fünzig Jahren, als die Posthalterei noch ein sehr einträgliches Geschäft bildete, verlieh besonders in kleineren Orten die Stelle eines Postmeisters, Posthalters oder Postverwalters ein gewisses Ansehen. Der Gerichts- oder Amtsvorsteher, der Geistliche und sein Vikarius, der Arzt und der Apotheker, der Postmeister und der Obersteuerbeamte, der Bürgermeister und erste Senator zählten zu den Honoratioren des Ortes. Das Post- oder Waldhorn, so recht eigentlich das Merkmal des fahrenden und reitenden Postpersonals, war überall gern gesehen und gehört und gilt bis zur Stunde zu den willkommenen Tageserscheinungen. Vor fünfzig Jahren aber gehörte der Postillon, „der Schwager", zu den populärsten Figuren, und erst nach ihm rangirte in der Volksgunst der „Kondukteur" oder „Wagenmeister". — Zu bemerken ist noch, daß die allbekannte orangene Postfarbe, das „Postgelb", zuerst unter König Friedrich I. aufkam, indem derselbe aus besonderer Vorliebe für seine oranische Erbschaft zunächst an den Uniformen der Postbeamten orangefarbene Aufschläge anbringen ließ; später erhielt das gesammte Betriebsmaterial der Post die gleiche Farbe.

Der besonderen Verdienste des Generalpostmeisters von Nagler um die Entwickelung des preußischen Postwesens wurde bereits an früherer Stelle gedacht. Erst unter ihm nahm dasselbe, nachdem es gegenüber dem Postwesen anderer Länder, namentlich Englands, lange Zeit weit zurückgeblieben war, einen gedeihlichen Aufschwung, und dieser ist dann auch nach der gänzlichen Umgestaltung des Postverkehrs durch die später an geeigneter Stelle zu besprechende Einführung der Eisenbahnen ein stetiger gewesen. Heute aber ist es ein unbestrittener Ruhm der preußischen Postverwaltung, in Bezug auf Zweckmäßigkeit ihrer Einrichtungen und Schnelligkeit und Sicherheit des Verkehrs das irgend Mögliche zu leisten. Selbst über die Grenzen des eigenen Landes hinaus hat sie im Laufe des letzten Jahrzehnts ihre Fürsorge erstreckt; die Begründung des Weltpostvereins mit seinen außerordentlichen Erleichterungen für den schriftlichen und telegraphischen Verkehr verdanken wir in erster Linie dem unermüdlichen Streben der Männer, welche zur Zeit an der Spitze unserer Postverwaltung stehen.



Bundestagspalais mit dem Blick auf das Eschenheimer Thor.

Zweites Buch.

Beginn der Reaktion.

Die Friedenshoffnungen, welche die Fürsten und Völker Europas erfüllten, als mit dem Falle Napoleons der verheerende Kampf beendigt war, welcher seit mehr als zwei Jahrzehnten mit nur kurzen Unterbrechungen das europäische Festland, kaum einen einzigen Staat desselben verschonend, durchtost hatte, gingen nur zum Theil in Erfüllung. Den Frieden zwar, sogar einen recht langen Frieden, hat das Jahr 1815 den Staaten Europas gebracht, aber nur den ohnehin schon durch die allgemeine Erschöpfung bedingten Frieden nach außen, den Frieden innerhalb der europäischen Staatenfamilie, nicht den Frieden in den einzelnen zu derselben gehörenden Staaten. Mit Aufbietung der letzten Kräfte und unter unerhörten Opfern hatten die verbündeten Nationen Frankreich überwunden, indeß nur den in Napoleon verkörperten Auswüchsen der französischen Revolution, nicht den Grundsätzen derselben hatte nach der Auffassung der kämpfenden Völker, weniger freilich ihrer Fürsten, der Kampf gegolten. Die Kaiserin Katharina von Rußland hatte beim Ausbruch der französischen Revolution den Ausspruch gethan, das einzige Mittel, die Ausbreitung der Grundsätze derselben zu verhindern und bürgerlichen Unruhen innerhalb der einzelnen Staaten vorzubeugen, sei, die Völker mit Krieg zu beschäftigen und durch Erregung der nationalen Leidenschaften die socialen zurückzudrängen. Das Mittel, theils mit Absicht und Bewußtsein, theils unter dem Druck der nachfolgenden Ereignisse unfreiwillig in Anwendung gebracht, hatte sich in der That bewährt, jedoch dies galt nur für

eine gewisse Zeit. Ein zwanzigjähriger Kampf hatte alle Kräfte an Gut und Blut erschöpft, und nun folgte demselben mit seinem aufregenden Wechsel von Glück und Unglück, von Sieg und Niederlage eine lange Periode der Ruhe nach außen, während welcher die vom Kampflärm nur zeitweilig übertäubten socialen Leidenschaften mit um so größerer Stärke wieder erwachten, weil die Völker im Verlaufe des glücklich beendeten Krieges mehr oder minder zum Bewußtsein der ihnen innewohnenden Kraft gelangt waren und durch die dargebrachten Opfer ein begründetes Recht auf die Befriedigung ihrer Wünsche erlangt zu haben glaubten. Diese Wünsche steigerten sich in dem Maße, als nach dem Friedensschluß auf Seiten der meisten Regierungen das Bestreben zu Tage trat, die Regungen des erwachten Volksgeistes nach Möglichkeit einzudämmen und die Unterthanen, die man in der Stunde der Noth mit glänzendem Erfolge zu thätiger Selbsthilfe aufgerufen hatte, wieder in die unselbständige Stellung zurückzudrängen, die sie nach der Anschauung namentlich der am starren Absolutismus festhaltenden österreichischen Regierung und ihres Hauptvertreters, des Fürsten Metternich, in einem wohlgeleiteten Staatswesen einnehmen mußten.

Die aufgenöthigte Ruhe und Unthätigkeit wurde namentlich von der in den Stürmen der Revolutionskriege herangewachsenen Jugend drückend empfunden; jedes diese Ruhe und Unthätigkeit unterbrechende Ereigniß, vielleicht selbst einen neuen auswärtigen Krieg, hätte man in diesen Kreisen mit Freuden willkommen geheißen. Aber infolge der schweren Opfer, welche der kaum beendete Kampf gefordert hatte, waren die Nationen sozusagen an den Frieden gebunden: alle Staaten und deren Regierer hatten während der Dauer dieses opferreichen Kampfes soviel gelitten, daß sie den Frieden um jeden Preis zu erhalten bestrebt waren. Doch die von der französischen Revolution ausgehende und in dem nachfolgenden Ringen genährte Bewegung war zu stark, zu nachhaltig, um trotz aller darauf hinzielenden Bemühungen der Regierungen wieder einzuschlummern, und der Thatendrang der erregten Jugend wandte sich deshalb, da er zu seiner Entfaltung nach außen hin keine Gelegenheit fand, dem inneren Staatsleben zu. Die äußere Freiheit war errungen und zur Zeit von Feinden nicht bedroht, daher suchte man in dem Kampfe um die innere Freiheit, um die Erringung von wohlverdienten und versprochenen, aber hier aus übergroßer Vorsicht und Bedenklichkeit, dort geradezu aus absolutistischen Gelüsten vorenthaltenen Volksrechten die Befriedigung des Ehrgeizes, oder besser, man ließ sich von der hohen und aufrichtigen Begeisterung für das zu Erringende um so leichter — freilich oft zu ungestüm und allzuweit — hinreißen, weil damit zugleich die Aussicht auf Befriedigung des jugendlichen Ehrgeizes sich darbot.

Ehe noch in den nachfolgenden Jahren die Schwarzseherei und Demagogenriecherei in Deutschland wie eine böse Krankheit den Staatskörper ergriff, hatte sich der schon genannte Minister Ludwig's XVIII., Fürst Talleyrand, über die Zustände in unserem Vaterlande ausgesprochen, insbesondere auf die mannichfachen Gährungsstoffe hingewiesen, welche sich, wie er wähnte, bereits nach allen Seiten hin verbreitet haben sollten. Schon Mitte Oktober 1814 schrieb er an König Ludwig XVIII.: „Nicht wie bei uns in Frankreich vor fünfundzwanzig Jahren beherrscht hier der Jacobinismus die mittleren und unteren Klassen, sondern er hat sich der höchsten Kreise und des Reichsadels bemächtigt. Diejenigen, welche durch die Auflösung des Reichs und infolge der Rheinbundakte sich von Herrschern zur Klasse von Unterthanen herabgedrückt sahen, ertragen mit Verdruß die Herrschaft Derjenigen, die noch vor Kurzem in Wirklichkeit oder doch ihrer Meinung nach Ihresgleichen waren. Auch sie sind Unzufriedene und möchten eine Ordnung umstürzen, die ihren Stolz empört; sie hätten nichts dagegen, alle einzelnen Regierungen durch eine einzige ersetzt zu sehen. Mit ihnen im Bunde befinden sich die Gelehrten der Universitäten und die von ihren Theorien erfüllte Jugend; sie sind es ganz besonders, welche die Kleinstaaterei für die Urheberin aller der Leiden halten, welche sich über Deutschland ergossen haben, für die Urheberin aller Kriege, deren beständiger Schauplatz dieses Land geworden ist.

Die Einheit Deutschlands ist ihr Ruf, ihr Glaube, ihre Religion — ein fanatisches Verlangen, das selbst einige der noch gegenwärtig regierenden Fürsten ergriffen hat. Diese Einheit aber, von der ja Frankreich nichts zu befürchten hätte, wenn ihm das linke Rheinufer und Belgien gehörte, würde gegenwärtig die bedenklichsten Folgen für Frankreich haben" u. s. w.

Wenn auch nicht alle die hier zusammengedrängten Befürchtungen allseitig auf Wahrheit beruhen, so viel scheint jedoch gewiß, daß über die Grenzen Deutschlands hinaus sich Besorgnisse geltend machten, Deutschland könnte Erschütterungen entgegengehen, wenn etwa die bisher nur örtlich gährenden Elemente in Fluß gerathen und in Bewegung gesetzt werden und die Verschmelzung mit anderen Interessen anstreben sollten. „Wer kann wissen", fragten sich die damaligen Gewalthaber, „wo der einmal gegebene Anstoß innehalten wird?" — Und so kam es denn, daß die Bewegung, von der Deutschland in der That sich mehrfach ergriffen zeigte, nach mehr als einer Seite hin auch außerhalb Deutschlands für eine durchaus nicht unbedenkliche angesehen wurde.

Nachdem wir dies vorausgeschickt haben, halten wir es für unerläßlich, zur besseren Klarlegung des Nachfolgenden noch einige Worte über das Wesen und wenig ruhmreiche Wirken und Vollbringen des deutschen Bundestags folgen zu lassen. Ein freundliches Bild ist es — leider! — nicht, das wir unsern Lesern vorzuführen haben.

Der Bundestag zu Frankfurt a. M. Im Sommer des Jahres 1816 hatte in dem in der Eschenheimer Gasse zu Frankfurt a. M. gelegenen Palaste des Fürsten von Thurn und Taxis, der vormaligen Residenz des Fürst Primas, der Abgesandte Oesterreichs, Graf Buol-Schauenstein, sich niedergelassen. Ihm war der ständige Vorsitz am Bundestage übertragen, und es sollten nun in einem Saale des von da ab „Bundespalais" genannten Gebäudes die Sitzungen der Staatenvertreter Deutschlands abgehalten werden.

Schon aus dieser ersichtlichen Bevorzugung des österreichischen Gesandten glaubten die Frankfurter den Schluß ziehen zu dürfen, daß Oesterreich wieder obenan stehe. Die es wohl meinten mit der Wiederaufrichtung Deutschlands, hatten leider nur zu recht, als sie klagten, Preußen habe sich nur deshalb aufgeopfert, damit Metternich um so bequemer die Früchte so riesiger Anstrengungen zu Gunsten des Absolutismus — zunächst für Oesterreich — pflücke! Da durfte sich denn Niemand verwundern, wenn Graf Buol-Schauenstein selbstbewußt, der preußische Gesandte von der Golz dagegen, von der preußischen Regierung nicht mit dem wünschenswerthen Nachdruck unterstützt und zudem durch körperliche Leiden in seiner Arbeitsfreudigkeit und Energie beeinträchtigt, finster und verdrießlich dareinschaute.

Mit Recht nennt Heinr. v. Treitschke die deutsche Bundesakte „die unwürdigste Verfassung, welche je einem großen Kulturvolke von einheimischen Herrschern auferlegt wurde". Von Kaiser und Reich sang und sprach das Volk; bei der Nennung des Deutschen Bundes hat niemals ein deutsches Herz höher geschlagen. Die wichtigsten Bestimmungen der Bundesakte, deren Inhalt jedem deutschen Patrioten das oben erwähnte Urtheil gerechtfertigt erscheinen lassen muß, sind dem Leser bekannt; hier haben wir noch Einiges nachzutragen.

Die Bundesversammlung oder der weitere Rath sollte zusammentreten, wenn es sich um Abänderung oder Erweiterung der Verfassung und Grundgesetze des Bundes, um organische Bundeseinrichtungen handelte. Oesterreich und die fünf Königreiche hatten „im Plenum" je vier Stimmen, Baden, Kurhessen, Großherzogthum Hessen, Holstein und Luxemburg je drei, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin und Nassau je zwei, die übrigen Staaten je eine Stimme; im Ganzen waren es 69 Virilstimmen, d. h. einzelnen Stimmführern zustehende Stimmen. — Der engere Rath bereitete die der Entscheidung des Plenums zu unterbreitenden Gesetzentwürfe vor; von ihm wurden auch die eigentlichen Bundesregierungsgeschäfte besorgt. Von den 17 Stimmen, die hier entschieden, besaßen Oesterreich und die fünf Königreiche, Baden, die beiden Hessen, Dänemark wegen Holstein und die Niederlande wegen Luxemburg je eine, also zusammen 11 Virilstimmen, während die übrigen Bundesstaaten zu Kurialstimmen, d. h. in Gruppen von zwei bis sechs Staaten,

die je eine Stimme hatten, vereinigt wurden. In der engeren Versammlung entschied die einfache Stimmenmehrheit; in der weiteren mußte, wollte die Mehrheit sich geltend machen, dieselbe über mindestens zwei Drittel der Stimmen verfügen können. In beiden war jedoch volle Einstimmigkeit nöthig, wenn es sich um Annahme oder Veränderung von Grundgesetzen, um organische Bundeseinrichtungen, um die Rechte einzelner Staaten (in ihrer Eigenschaft als selbständige Bundesmitglieder) oder endlich um Religionsangelegenheiten handelte. —

Diese letztere Bestimmung war die unheilvollste von allen, denn sie erschwerte jede gründliche Ausbesserung am Bau des Deutschen Bundes, ja machte sie fast unmöglich. Es war mit derselben dem Deutschen Bunde das berüchtigte Veto des polnischen Reichstages eingeimpft worden. Oesterreich und die kleineren vier Königreiche, von denen feststand, daß vorzugsweise sie sich den Einheitsideen Preußens entgegenstemmen würden, hatten es in der Macht, jeden von Berlin ausgehenden Verbesserungsantrag sofort — es gehörte nur ein einziges „Nein" dazu — zu Falle zu bringen.

Im Sinne des eigentlichen Zweckes des Bundes, welcher die Erhaltung der äußeren wie inneren Sicherheit Deutschlands zur gemeinschaftlichen Hauptaufgabe erhob, waren selbstverständlich untersagt alle einseitigen Unterhandlungen mit Reichsfeinden sowie Bündnisse, die das Vaterland gefährdeten.

Enthielt auch die Bundesakte manche zweckmäßige Artikel, so war dagegen, wie aus Obigem erhellt, dafür gesorgt, daß dieselben gar nicht zur Anwendung gelangen oder doch eine solche Auslegung erfahren konnten, daß ein Berufen auf sie wenig Erfolg versprach. Dahin gehörte jene Reihenfolge besonderer Bestimmungen in Bezug auf Errichtung landständischer Verfassungen in sämmtlichen Bundesstaaten (Art. 13 u. fg.) und die schon oben angezogene Zusicherung, gemäß welcher die Verschiedenheit der christlichen Religionsbekenntnisse einen Unterschied im Genusse der bürgerlichen und politischen Rechte nicht nach sich ziehen sollte. Mehr noch den Charakter der Verheißungen trugen die Artikel, welche den Unterthanen der deutschen Bundesstaaten jene Grundrechte zusicherten, die sich auf Freizügigkeit, Preßfreiheit und freie Schiffahrt auf den deutschen Strömen bezogen (Art. 18).

„Es entstand", sagt A. F. H. Schumann, „statt eines Bundesstaates der Deutsche Staatenbund. Nicht allein eine schwache, sondern eine sehr schlimme Seite bildeten in dieser Urkunde die Art. 10, 13 und 18. Indem nämlich der erste derselben lautete: „Das erste Geschäft der Bundesversammlung nach ihrer Eröffnung wird die Abfassung der Grundsätze des Bundes und dessen organischer Einrichtungen in Beziehung auf auswärtige und innere Verhältnisse sein", wird das eigentliche Grundgesetz selbst, das Jedermann erwartete, und nach welchem das Vaterland leben, wachsen, groß und gewaltig werden sollte, erst wieder in Aussicht gestellt! — Statt des wirklichen Grundgesetzes erhielt man eine kraft- und saftlose Verweisung auf die Zukunft. Man war also nicht weiter als im Anfange — das Grundgesetz wird demnächst kommen! — Die Hoffnung dazu war sehr gering. Deutschland hatte seine bewährtesten Männer nach Wien geschickt; diese hatten getagt, gesucht, gestritten und — im Grunde — nichts erreicht. War viel Aussicht da, daß weitere Versuche im Kreise der Bundesversammlung, die sich voraussichtlich dem in Wien gewonnenen Muster anschließen mußte, besser ausfallen könnten? Eine Menge der begründetsten Hoffnungen der Deutschen schwebten fortan nur in der Luft an dünnen Fädchen, die dann auch fast sämmtlich von den Stürmen der folgenden Jahre zerrissen wurden."

Hören wir, wie der alte Patriot Stein über das Verfassungswerk urtheilte. „Jedermann", sagte er in einer dem Kaiser Alexander überreichten Denkschrift, „der sein Vaterland liebt und dessen Glück und Ruhm wünscht, ist berufen, zu untersuchen, ob der Inhalt dieser Urkunde der Erwartung der Nation entspricht . . . . Unsere Gesetzgeber haben an Stelle des alten Deutschen Reiches mit einem Haupte, mit gesetzgebender Versammlung, Gerichtshöfen — einer innern Einrichtung, die ein Ganzes bildete — einen Deutschen Bund gesetzt, ohne Haupt, ohne Gerichtshöfe, schwach verbunden zur gemeinsamen

Vertheidigung. Die Rechte des Einzelnen sind durch nichts gesichert, als durch die unbestimmte Erklärung, „daß es Landstände geben solle“, ohne daß etwas über deren Befugnisse festgestellt ist, und durch eine Reihe Grundsätze über die Rechte jedes Deutschen — worunter man die Habeascorpusakte, die Abschaffung der Leibeigenschaft (sie bestand noch in Mecklenburg) ausgelassen — welche durch keine schützenden Einrichtungen verbürgt werden.“

Freilich darf man die Verhältnisse, wie sie damals lagen, nicht außer Acht lassen. Die alte Selbstsucht der großen und kleinen Staatenlenker ließ ein Aufgeben der erlangten Souveränität zu Gunsten eines machtvollen Deutschen Reiches unter einem fürstlichen Oberhaupte nicht zu. Nur die Verbindung der deutschen Einzelstaaten zur Erhaltung des innern Friedens und womöglich zur Fernhaltung der allerschlimmsten Gegensätze ließ sich erreichen. Daher waren übertriebene Erwartungen von der politischen Wirksamkeit des Bundes von vornherein nicht am rechten Platze. In solchem Sinne trägt auch weniger die Bundesverfassung Schuld, wenn weitgehende Hoffnungen, geknüpft an die Leistungen einer deutschen Centralgewalt, unerfüllt blieben, als vielmehr die eigenartige Entwicklung sowie die geographisch-politischen Verhältnisse der deutschen Staaten zu einander, die im Hinblick auf so außerordentlich verschiedene Machtabstufungen und die noch mannichfacheren Ansprüche unlösbare Schwierigkeiten darboten.

Am meisten hat der obersten Centralbehörde ihre Machtlosigkeit, die nachmals meist für üblen Willen ausgelegt ward, geschadet. Bei selbst mäßigen Ansprüchen an seine Leistungskraft hat der Bundestag nicht einmal den Angehörigen der deutschen Staaten den nöthigen Schutz im Auslande zu gewähren vermocht; er hat sich ferner als unfähig erwiesen, die Einrichtung eines mit zureichenden Befugnissen ausgestatteten Bundesgerichtshofes und die Einsetzung einer mit faktischer Exekutive ausgerüsteten Centralgewalt für die Zeiten der Gefahr in den vielen Jahren seines Bestehens zu Stande zu bringen. Nicht minder berüchtigt ward weiterhin der schleppende Gang aller Verhandlungen infolge der langwierigen Instruktionseinholung, eines oft in Anwendung gebrachten Behelfes, um mißliebige Anträge im Sande verlaufen zu lassen.

Unter solchen Umständen mußten sich auch wohlgemeinte Bestimmungen der Bundesakte zur Sicherung der Interessen Deutschlands als ohnmächtig oder unzureichend erweisen, sobald die Selbstsucht der Bundesmitglieder, vornehmlich der Eigennutz jener Nachbarn ins Spiel kam, welche — als Inhaber ehemaliger Reichsgebiete — nur gezwungen dem Bunde angehörten. Als beispielsweise der König der Niederlande zu Gunsten seiner Holländer die Schiffahrt auf dem Rheine erschwerte, ja dessen Mündung zum Schaden der deutschen Schiffer verschloß, als vor vier Jahrzehnten der König von Dänemark anfing, gegen deutsche Sprache und Sitte in den Elbherzogthümern zu Felde zu ziehen — da verfuhren beide Monarchen unzweifelhaft wie Reichsfeinde — und dennoch! — erst im Sturmgebrause bewegter Zeiten raffte man sich vorübergehend auf und ließ den Dänen durch Exekutionstruppen an seine Pflichten erinnern! — Aber befriedigende Ergebnisse führte auch diese äußerste Kraftanstrengung nicht herbei.

Wenn Stein darüber grollte, daß den vom deutschen Volke gebrachten Opfern nur mit „Vertröstungen auf die Zukunft“ begegnet worden sei, so überkam auch viele andere patriotisch gesinnte Männer das gleiche Gefühl bitterer Enttäuschung. Mit den später noch entschiedener hervortretenden volksfeindlichen Regierungsgrundsätzen durchaus nicht einverstanden, verlieh Stein seinem Verdrusse bei verschiedenen Gelegenheiten energischen Ausdruck. Daher kam es, daß der edle Reichsfreiherr die ihm gebührende Stellung im Staatsdienste nicht fand, sondern daß er, wie schon erwähnt, verstimmt den Rest seiner Tage auf seinen Gütern in Nassau und Westfalen verbrachte.

Reaktion und Verfolgungszeit. Der Unhold des Rückschritts hatte seine „dunkelmitternächtigen Schwingen“ immer weiter über Deutschland ausbreiten können! Fortgesetzten

Zuflüsterungen gelang es, das Gemüth des Königs Friedrich Wilhelm III., das seit dem Jahre 1806 von so vielen und schweren Erschütterungen heimgesucht worden war, mit der Besorgniß zu erfüllen, es glimme unter der Asche, und der revolutionäre Brand, der in Frankreich nur mühsam gedämpft worden sei, könne leicht auch in Deutschland ausbrechen. Ja, wie wir aus Metternich's Memoiren wissen, sprach dieser dem Könige gegenüber die Befürchtung aus, daß auf den deutschen Universitäten, vornehmlich auf den preußischen, das Volk geradezu zur Revolution erzogen werde. Dem Unwesen der damals schon hervorgetretenen deutschen „Burschenschaft“ könne daher gar nicht rasch genug gesteuert, dem Unfug des Turnwesens nicht entschieden genug ein Ende gemacht werden. Daraus erwuchs nun des Königs Zögern in Bezug auf Verwirklichung der vor dem Kriege gemachten Verheißungen. Natürliche Folge war, daß jetzt wirklich Unzufriedenheit im Volke entstand, und daß die übereifrige Staatspolizei, welche sich bemühte, wohlberechtigte nationale Wünsche niederzuhalten, schließlich auch das Hervortreten unberechtigter Bestrebungen zu denunziren hatte. Diejenigen preußischen Adelshäupter, eine zahlreiche, dem immer schwächer werdenden Ministerium gegenüber an Macht und Geltung stetig gewinnende Hofpartei und eine Zahl von hochgestellten, einflußreichen Beamten, denen schon die Reformen Stein's ein Greuel gewesen waren, fanden nunmehr ihre besten Verbündeten in der Staatskanzlei zu Wien. Die Feinde der Volksfreiheit in und außerhalb Berlins gewannen rasch Fühlung mit einander. Die durch Stein und Hardenberg zeitweilig in den Hintergrund gedrängten Verehrer bureaukratischer Allmacht durften sich in der trüben Bundestagsluft wieder eifrig regen, und so bildete sich in aller Stille eine vielvermögende Rückschrittspartei, welche dem Könige durch ihre Helfer und Helfershelfer ununterbrochen und von den verschiedensten Seiten ausgehend Eindrücke beizubringen wußte, die der Fortentwicklung des Staatswesens im freiheitlichen Sinne nur ungünstig sein konnten.

Zugleich wurde Bedacht darauf genommen, auf Erstarkung des Absolutismus durch Benutzung der Presse hinzuwirken. Friedrich von Ancillon gab eine Schrift über Souveränität und Staatsverfassung heraus, in der er die Forderungen des Volkes als unberechtigt abwies, die Rechte der alten Stände vertheidigte und es als Pflicht und Recht des Herrschers hinstellte, das Volk nach eigenem bestem Ermessen, bei Leibe aber nicht nach einem Pflichten und Rechte begrenzenden Statut, also nach einer Verfassung, zu regieren. Ancillon, der als Prediger und Gelehrter zu Ruf gelangt war, wußte als Erzieher des Kronprinzen seinen Einfluß geltend zu machen. Welcher Art die Eindrücke waren, die seine staatsrechtlichen Darlegungen auf den Letzteren hervorbrachten, sollte die Folgezeit lehren. —

Eine Schrift viel üblerer Art noch, die den Titel „Ueber politische Vereine“ führte, gab der Geheimrath Schmalz heraus. Sie griff in gehässigster Weise die freisinnige patriotische Partei an, behauptete, inmitten derselben sei ein geheimer politischer Bund, der sich auch „Deutscher Bund“ nenne, entstanden, welcher den Zweck verfolge, Throne und Altäre zu stürzen. Die Gesinnungen der edelsten Männer verdächtigend, hieß es in derselben: „Wie vormals die Jacobiner die Menschheit, so spiegeln diese Tugendbündler die Deutschheit vor, um uns der Eide vergessen zu machen, wodurch wir Jeder seinem Fürsten verantwortlich sind. Wenn Jahrtausende aus den Deutschen nicht ein Volk machen konnten, wenn von jeher Sachsen und Reich, Welfen und Waiblinger, Union und Ligue Deutschland zerrissen, so oft solche Art von Einheit zwischen Deutschen versucht worden, so ist doch Geschichte und Pflicht von ihnen gleich gering geachtet worden. Deutschland wird groß und herrlich aufblühen, wenn die Fürsten es echt deutsch mit dem Deutschen Bunde meinen, als mit einer heiligen Eidgenossenschaft, wozu gemeinsames Interesse sie wirklich verbindet. Aber jene Menschen wollen durch den Krieg Deutscher gegen Deutsche Deutschland Eintracht bringen, durch bittern gegenseitigen Haß Einheit der Regierung gründen und durch Mord und Plünderung altdeutsche Zucht und Redlichkeit vermehren.“ — Es sei, hieß es weiter, eine Verblendung, von Führern des Volkes zu reden und zu

behaupten, diese hätten die Volksbegeisterung geweckt. Vielmehr verhalte sich die Sache so, daß das Volk nur dem Befehle seines Königs Gehorsam geleistet habe und zu den Waffen geeilt sei, gerade so, wie man bei Feuerlärm aus Bürgerpflicht zum Löschen der Feuersbrunst eile, weshalb denn auch alle die sogenannten volksthümlichen Gesetze und Freiheitsverheißungen aus den letzten Jahren unverbindlich seien und in ihrer Ausführung und Erfüllung sogar das Staatswohl schädigen würden.

Das war eine Schrift nach dem Herzen der reaktionären Partei, und der Herr Geheimrath Schmalz ward mit Beifallsbezeigungen überschüttet.

Der „Deutsche Bund", von dem Schmalz im Eingange seiner Schrift spricht, war selbstverständlich etwas Anderes als die von den deutschen Fürsten unter gleichem Namen geschlossene Verbindung: es war ein geheimer Verein, der vor der Zeit des Krieges entstanden, bei Ausbruch desselben aber von seinen Begründern als aufgelöst erklärt worden war. Schmalz behauptete nun, wie wir sehen, dieser geheime Bund bestehe noch fort, und seine Tendenz gehe dahin, Throne und Altäre zu zerstören.

Ein Gleiches war schon vor dem Auftreten des Geheimrathes Schmalz von dem Hofrath Janke auf Weisung des Staatsrathes von Bülow, in dessen Bureau Jener arbeitete, behauptet worden. Janke hatte in einer Abhandlung ein Schreckbild von diesem Bunde aufgestellt, und es war den Feinden des Volkes gelungen, diese Abhandlung in die Hände des Königs zu spielen. Mit welchen Empfindungen der König die Janke'schen „Enthüllungen" gelesen haben mag, läßt sich ermessen, wenn man erwägt, daß der Verfasser sich darin u. A. zu folgender Behauptung verstieg: „Der Mitglieder des Bundes Zweck war, im Stillen eine Macht gegen Frankreich zu bilden. Mit der Zeit jedoch bildete sich unter ihnen die Idee der Begründung einer Republik aus, in welcher Freiheit und Gleichheit herrschen und „wahre Rechtswohlfahrt" befördert werden sollte. Menschen aus allen Ständen und Verhältnissen wurden aufgenommen. Jeder gehörte nach der Aufnahme der jungen Republik als freier Bürger an, Eidgenosse genannt." — So der von Bülow instruirte Hofrath. —

„Meine Zeit in Unruhe!" — Wer diesen Weheruf des Königs, insofern er sich auch auf die Zeit nach dem Kriege bezog, zumeist verschuldete, das kann heut keinem ruhigen Beurtheiler jener Zustände zweifelhaft sein. Der König, von früher Zeit an unter dem Eindrucke stehend, daß die politische Bewegung, die in Frankreich ihren Anfang genommen hatte, allem monarchischen Wesen feindlich sei, mußte sich entsetzen ob solcher Enthüllungen, die für wahr zu halten er von dem Polizeiminister von Wittgenstein mit Eifer und Geschick vorbereitet ward. Die Schlange Revolution, lange verkörpert in der Gestalt Napoleon, hatte ihm des Leides so viel zugefügt, und nachdem nun dem Ungethüm das Haupt abgeschlagen war, vermeinte er sie zischeln zu hören im eigenen Lande, und es gelang das böse Werk, in ihm den schmerzlichen Glauben zu erwecken, daß viele der Streiter von 1813 bis 1815, namentlich viele der „Rufer zum Streit", im Grunde genommen nicht für, sondern gegen seinen Thron gekämpft und gewirkt hätten, für dessen Beseitigung die Zeit nach erlangtem Frieden in Aussicht genommen sei! —

Ja, die Schlange zischelte im Lande, und sie war dem Könige näher, als er es vermuthete; sie trieb ihr Wesen in jener heuchlerischen Partei, die die Rolle des Warners spielte, um — für sich Vortheile einzuheimsen. Wahrlich, es gehörte auch vielfach zum Schicksal des Königs Friedrich Wilhelm, „bedient von Sklaven zu sein". Diese Sklaven des Eigennutzes schonten weder das Herz eines von Hause aus so redlichen Königs, noch hatten sie Achtung vor den edelsten berechtigten Empfindungen, Wünschen und Erwartungen eines braven Volkes, das kurz zuvor thatsächlich seine Liebe und Treue dem Könige in so großartiger Weise dargethan hatte.

Die reaktionäre Partei war inzwischen bemüht, dem Pamphlet des Geheimrathes Schmalz die größtmögliche Verbreitung zu geben. Es geschah dies durch Einsendung

von Recensionen an Zeitungen, durch die zugleich neue Beschuldigungen gegen die freisinnige Partei ausgesprochen wurden. So hieß es in der „Spener'schen Zeitung": „Nie haben wenige Blätter wol so wichtige und große Wahrheiten enthalten, wie diese Bemerkungen über die immer und immer sichtbaren Spuren politischer Vereine in Deutschland und das Hochgefährliche und Hochschädliche ihrer Tendenz, die Systeme der Regierung zu leiten und die Staatspest demagogischer Grundsätze über Deutschland zu verbreiten. — Sehr richtig setzten, als im sechzehnten Jahrhundert gleich neuerungs- und revolutionssüchtige Menschen ohne Vaterland und Herd politische Vereine stifteten, Kaiser und Reich durch die Reichs-Exekutions-Ordnung fest, daß diese Menschen, oder, wie sie in den Reichsakten genannt werden, „dieses Gesindel und Vergadderer", sofort zur Haft gebracht und gestraft werden sollten, und daß die Reichsstände diese Vergadderungen, „ehe solches Feuer überhand nehme, ihres besten Vermögens abwenden, trennen und fürkommen sollten". Es scheint beinahe, als wollten unsere politischen Vereine wegen dieses Gesetzes noch in der zehnten Generation an den deutschen Fürsten sich rächen."

So ward das System der Verdächtigungen schamlos erdacht und fortgesetzt und die Beamtenwelt aufgestachelt, mit dem Auge des Mißtrauens umherzuschauen.

Die deutschen Bundesbrüder. Wie verhielt sich aber in Wirklichkeit die Sache mit dem geheimen „Deutschen Bunde"? Der als pädagogischer Schriftsteller weit bekannte Wilh. Harnisch, welcher Mitglied des Bundes war, erzählt in einer nach seinem 1865 erfolgten Tode veröffentlichten Schrift Folgendes über seine Entstehung: „Im Sommer 1810 fesselte ein Nervenfieber Jahn an das Krankenbett. Die Genesung schritt langsam vor, und in dieser stillen Zeit entwickelte er den Freunden, die ihn besuchten, den Gedanken, daß man sich im Geheimen gegen die Feinde des Vaterlandes, die Franzosen und deren Anhänger, zusammenthun und mit vereinter Kraft die Mittel zur Bekämpfung derselben herbeischaffen, namentlich aber die Jugend zum Befreiungswerke heranbilden müsse. Allmählich brachte er diese Gedanken zu Papier und las sie Vertrauten vor. Dieselben standen längst schon in Vieler Herzen, aber jetzt bekamen die Vielen einen gemeinschaftlichen Halt, und jeder suchte den Gedanken in die That umzusetzen. Es bildete sich eine große Fechtbodengesellschaft, welcher Leute aus höheren Ständen, Kaufleute, Künstler, Beamte, Lehrer und Offiziere, angehörten, und die nicht blos Uebung in den Waffen im Auge hatten. Im Frühling 1811 eröffnete Jahn seine Turnanstalt in der Hasenhaide bei Berlin und zu gleicher Zeit ein Schwimminstitut am Unterbaum. Schon vorher aber waren seine engeren Freunde zu der geheimen Gesellschaft zusammengetreten, zu der ihm die Idee auf dem Krankenbette gekommen war. An einem Herbstabend 1810 stand in später Stunde ein Kreis von Männern unter hohen dunklen Bäumen in abgelegener Gegend auf den Höhen bei Berlin, weihte sich im Andenken an frühere Vaterlandsfreunde, die Gut und Blut ihrem Volke und dessen Herrschern gewidmet hatten, der Befreiung des Vaterlandes vom französischen Joche und schlossen so einen „Deutschen Bund". — Nur Haß gegen die Franzosen und ihre Anhänger, wie der Entschluß, Alles für das Vaterland zu thun, vereinigte Alle. Bei dem Gedanken an die Einheit Deutschlands ist es damals Niemand von uns in den Sinn gekommen, an eine Republik oder eine verwandte Staatsform zu denken." Harnisch erzählt darauf noch, daß viele Mitglieder des Deutschen Bundes in die Lützow'sche Freischar eingetreten seien.

Hören wir noch zwei Aussagen über den Deutschen Bund, die (später) vor Gericht durch Eide erhärtet wurden. Der Chef des Generalstabes Graf v. d. Gröben sagte (im Februar 1820) aus: „Im Jahre 1811 machte mich ein junger Offizier mit dem damaligen Lehrer Friesen bekannt, den ich gleich auf den ersten Blick liebgewann. Nachdem wir uns über die Noth der damaligen Zeit ausgesprochen, fragte mich Friesen, ob ich über das, was er mir jetzt mittheilen werde, schweigen würde? Ich gab darauf mein Wort. Hierauf machte er mir bekannt, daß er sich mit einigen Anderen verbunden habe, unter

allen Bedingungen, selbst für den Fall, daß Preußen das unglückliche Schicksal von Spanien erleiden sollte (Entfernung des Königs und des Hohenzollernschen Hauses durch Napoleon), mit Liebe und Treue an dem Könige festzuhalten und Leib und Leben daran zu setzen, das Joch der Franzosen abzuschütteln; daß man aber bis zu jenem Punkte unserer Selbsterhebung Alles anwenden wolle, um das Vertrauen auf die wohlbekannten, im Stillen getroffenen weisen Maßregeln unserer Regierung, welches allerdings seit den unglücklichen Jahren 1806 und 1807 sehr gesunken wäre, durch besonnene, aufmunternde Reden wieder zu beleben, die nicht geübten gebildeten Stände in den Waffen zu üben; daß man aber deshalb über dieses Vernehmen zu ihrem Zusammentritt ein unbedingtes Stillschweigen beobachten müsse, weil die Schritte eines jeden braven Mannes von französischen Spionen beobachtet würden. — Gegen diesen mir vorgelegten Zweck und die einfachen, unschuldigen Mittel konnte ich nicht das Allergeringste einwenden, ja ich freute mich sogar, das wieder zu finden, was ich selbst gefühlt und in mir beschlossen hatte." — Und die gerichtliche Aussage des Hauptmanns der Landwehr Professors Turte lautet: „Ich erinnere mich noch genau, daß in den letzten Tagen vor der Abreise zum Heere, ich glaube am 11. Februar 1813, in Friesen's Zimmer Jahn sagte: „Nun lebt wohl! es ist jetzt Alles aus, thue Jeder seine Schuldigkeit, unser Gelübde ist abgethan!" —



Jahn, Luden, Oken. Zeichnung von L. Burger.

So war die Verbindung geartet, die Schmalz als vaterlandsverrätherisch denunzirte. Treffliche Männer, unter ihnen Schleiermacher, Koppe, F. Rühs, L. Wieland, Krug, erhoben sich, um die Verleumdung zurückzuweisen. Nachdem Schleiermacher in einer Gegenschrift mit den Waffen des Spottes den Denunzianten verdientermaßen gezüchtigt, wendet er sich mit Ernst der Gesammtlage zu, rückweisend auf die Erhabenheit der Zeit, die man eben durchlebt, erinnernd an die Hingabe, in der von Fürst und Volk gewetteifert worden sei, und vergleicht damit das herzlose, verachtungswürdige Gebahren der heuchlerischen Partei, die sich nun hervorgewagt und Unkraut unter den Weizen gesäet habe, um für sich Vortheile zu ernten. „Der König erklärte seine und seines Volkes Sache für Eins und unzertrennlich, und wer hat es nicht gefühlt, daß sie mehr gewesen ist als die flüchtige Aufregung eines erhöhten Augenblicks, deren man sich bald schämt, wenn Ruhe und Besonnenheit zurückkehren! Nach der Rückkehr des so lang Entbehrten wie herzlich Ersehnten soll das Erste, was ihm entgegenkommt, nun jenes Argwohn erregende Nattergezisch sein, und mit höllischer Kunst soll ein verdunkelnder Flor gebreitet werden über

die allgemeine Freude? Statt der herzlichen, im Gefühle großer Thaten und einer großen Zeit innigen Freudigkeit, womit er das große Werk anheben wollte, alle Theile seines Reiches inniger zu verschmelzen, unbeschadet ihrer Eigenthümlichkeit sie mit einem noch kräftigeren, lebendigeren Gefühl der großen Einheit zu beglücken, statt dessen soll das theure Haupt des Königs umwölkt werden durch geheime nagende Sorgen, ob seine großen und weisen Absichten nicht selbstsüchtige und zerstörungssüchtige Feinde haben in seinem Volke? . . . Wir haben in zwei Kriegen dem französischen konskribirten, korrumpirten, knechtischen Kaiserheer ein Heer gegenübergestellt, aus dem Kerne des Volkes gebildet und dessen Tugend und Kraft darstellend, ein Heer, das größtentheils neu und ungeübt, aber wie Minerva aus Jupiters Haupt hervorsprang, ein Heer, das durch Muth, Gehorsam und Zucht sich und das Volk ehrte. Dieses Heer kehrt nun zurück und denkt sich zu freuen der vaterländischen Fluren, der heimischen Liebe und Treue, und das Erste, was es vernimmt, sind Schimpfreden auf das Volk, mit welchem es sich so innig und Eins fühlt!"

Die Schmalzgesellen. So ward des Königs Herz von Mißtrauen und Unwillen gegen seine treuesten Anhänger erfüllt; der Denunziant Schmalz war als einer der Treuesten der Treuen dargestellt worden, der, da er um seiner loyalen Gesinnung willen von den Rottengeistern die boshaftesten Schmähungen zu erdulden habe, durch ein Zeichen der königlichen Huld belohnt zu werden verdiene! — Diese Huld sprach sich denn auch alsbald in der Gestalt eines Ordens aus, den der König dem Geheimrath Schmalz verlieh.

Das war für die freisinnige Partei ein nur zu deutlich redendes Zeichen, daß ihre Gegner sich des Herzens des Königs bemächtigt hatten. Die Patrioten sahen die gute vaterländische Sache auf dem Spiele stehen, und Hardenberg ward von Stein, Humboldt und Anderen beschworen, doch noch in der letzten Stunde Alles daran zu setzen, die Partei, der jenes Werk gelungen, wieder zurückzudrängen. Aber dazu besaß Hardenberg die Kraft nicht mehr, ja, er erhob sich nicht einmal zu einem ernsten Versuche. Es handelte sich um eine hehre Sache, um das Recht und den Frieden eines edlen Volkes, um den Frieden eines edelgesinnten Monarchen, um Wahrung der heiligen Bande, die Thron und Volk umschlungen hielten. Alle hehren vaterländischen Güter aber standen dem Kanzler minder hoch als das Verlangen, seinen Posten zu behalten. Er hielt dafür, daß ihm nichts übrig bleibe, als mit der reaktionären Partei stillschweigend Frieden zu schließen.

Wie anders würde in seiner Stellung ein Mann von echter Königstreue gehandelt haben! Wahrlich, an dem Unglück, das für König und Volk im Anzuge war, trägt außer jener Partei und der feindlichen Partei im Auslande Fürst Hardenberg die größte Schuld. Er hoffte seine Feinde zu versöhnen — sie wurden nur noch kühner und begannen zu erwägen, wie lange ihm noch Frist zu stellen sei. — „Hardenberg hat", äußerte damals Hannes, „eine Schlappe hingenommen, nun wird man ihm eine nach der andern bieten, und er wird eine nach der andern hinnehmen. Um jeden Preis hätte er diesen Streich auf die Gegner zurückschleudern müssen; er wird es bitter bereuen, dies versäumt zu haben!" —

Gegen die „Schmalzgesellen", wie man den Geheimrath Schmalz und seinen Anhang nannte, spann der Kampf sich fort in der Presse. Wie es von Schleiermacher geschehen war, wurden auch von anderen Personen eindringliche Worte gesprochen. Es sei hier an das bekannte Wort Blücher's erinnert: „Der Staat hat keine bessere Konstitution als ich: im Kriege sind wir frisch und gesund, aber im Frieden werden wir lahm." — Die reaktionäre Partei begann zu fürchten, die Weiterführung des Streites möchte, falls ihn etwa der König Schritt für Schritt verfolge, ihrer gewonnenen Geltung Abbruch thun. Dies führte zu dem Entschluß, die Gegner mundtodt zu machen.

In den Polizeiberichten ward nun dem Könige gesagt, daß der antimonarchische Geist, den der treugesinnte Geheimrath Schmalz als solchen gekennzeichnet habe, in Schriften aller Art sein Wesen treibe, daß er den beregten Gegenstand benutze, für seine Sache Propaganda zu machen, und daß die wachsende Agitation in sich erweiternden Kreisen

aufs Aeußerste schädlich wirke. Das Nähere über die Schliche und Wege, die eingeschlagen wurden, den König auch für den neuen Plan zu gewinnen, ist verhüllt geblieben, das Ergebniß jedoch, zu dem die Verleumder es brachten, sagt mehr als Alles. Dieses Ergebniß war eine Kabinets-Ordre (6. Januar 1816), die jede Fortführung des Streites in Druckschriften über den von Schmalz behandelten Gegenstand (politische Vereine) bei Geld-, resp. Gefängnißstrafe untersagte. — Auch der im Sinne des edelsten Patriotismus wirkende, von Görres herausgegebene „Rheinische Merkur“ war auf die Liste der Blätter gestellt, die zu beseitigen seien. Zwar nur mit der Feder, aber doch auch, ähnlich wie Fichte, Schleiermacher, Arndt u. A. unter schweren Gefahren, da auch er längere Zeit für den Korsen erreichbar gewesen war, hatte Görres für Preußen und gegen Frankreich gekämpft, und nun er nichts mehr und nichts weniger wollte, als was kurze Zeit vorher verheißen worden war, ward er, wie es anderen redlichen Patrioten geschah, von den Rückschrittsleuten als revolutionärer Brandstifter verdächtigt. Die Censurbestimmungen bestanden noch; aber in der Zeit, in der die Presse dazu gedient hatte, die Volksbegeisterung zu schüren, waren jene Bestimmungen als nicht vorhanden betrachtet worden.

Jetzt nun ward verlangt, dem „Merkur“ den Zaum der Censur anzulegen. Görres rechnete darauf, daß Hardenberg, der ihm die besten Zusagen gemacht hatte, ihn schützen werde. Wie mußte es ihn nun mit Staunen und Erbitterung erfüllen, als sein Blatt auf Weisung von Berlin unter strenge Censur gestellt und ihm bedeutet wurde, daß für den Fall der Fortführung desselben in dem bisherigen Geiste seine gänzliche Unterdrückung in Aussicht genommen sei. Für Görres stand damit zugleich die Stelle des Direktors des öffentlichen Unterrichts in der Rheinprovinz auf dem Spiele. Aber durch Lug und Trug wollte er weder die Fortdauer des Blattes sichern, noch sich im Amte erhalten. Er schrieb in unveränderter Weise weiter, und die Folge war, daß der „Merkur“ wirklich unterdrückt wurde. Dreimal rief er in Eingaben Hardenberg um Abhülfe an. Dieser fand jedoch, daß er zur Zeit Besseres zu thun habe, als einem tüchtigen und redlichen Patrioten, dessen Wirken er gebilligt hatte, beizustehen, daher auf jene Rufe eine Antwort von ihm nicht erfolgte. Statt, wie auf der Wiener Konferenz zugesagt worden war, „die Presse auf freisinniger Grundlage zu regeln“, griff man zu den verhaßtesten Bestimmungen der Censur zurück. Es geschahen nun arge Dinge. Selbst ein Blücher blieb nicht unbehelligt. So ward u. A. in Berlin der Druck eines von Brentano zu Ehren Blücher's verfaßten Gedichtes von dem Staatsrath Ancillon um deswillen untersagt, weil es auf die Melodie „Heil dir im Siegerkranz“ gesungen werden sollte, „welche Melodie nur für den König und das königliche Haus bestimmt sei.“ — Dieser Vorgang gab in greller Weise Kunde von dem in der reaktionären Partei mächtig gewordenen Hasse gegen einen Mann, den man für einen Hauptvertreter der freisinnigen Partei ansah. Auch einem solchen Gebaren gegenüber schwieg Hardenberg.



Friedrich von Ancillon.

Hatte man bisher in liberalen Kreisen an dem guten Willen des Königs, sein gegebenes Wort einzulösen und eine zeitgemäße Verfassung zu verleihen, nicht gezweifelt, vielmehr die Schuld an der bisherigen Verzögerung einzig und allein den Umtrieben der bitter gehaßten Rückschrittspartei beigemessen, so wurden nach den letzterwähnten Vorgängen,

die ja allerdings ganz dazu angethan waren, solche Meinungen zu erwecken, zahlreiche Stimmen laut, welche den König als mit jener Partei im vollständigen Einvernehmen stehend bezeichneten. Freilich mit Unrecht. Man muß allerdings zugeben, daß der König allem Verfassungswesen durchaus nicht sympathisch gegenüberstand. Um dies zu verstehen, wolle man Folgendes in Betracht ziehen. Wol auf keinem Gebiete der Geschichtsschreibung ist schwerer gesündigt worden, als auf dem der Beurtheilung fürstlicher Personen. Fürsten sind in den Augen Vieler gefeiete Personen, denen man mit Tadel um Leibes- und Lebenswillen nicht nahetreten darf. Bei Beurtheilern solcher Art versteht es sich von selbst, daß in einem Konflikt zwischen Fürst und Volk das Volk im Unrechte ist. Diese verkehrte Weise des Urtheils hat zu dem entgegengesetzten, eben so verkehrten Verfahren, zu dem der bedingungslosen Verherrlichung des Volkes auf Kosten der Fürsten, geführt. Festigkeit, Besonnenheit und ungetrübte Achtung vor der Wahrheit vermögen es allein, den das wogende Gebiet der Geschichte durchwandernden Beobachter auf der Bahn zu erhalten, die im Urtheil zwischen Scylla und Charybdis hindurchführt. Der Fürst ist auch nur ein Mensch; aber wenn wir um deswillen Anstand nehmen, ihn nach der in Rom erfundenen und in Byzanz vervollkommneten Methode der Vergöttlichung von vornherein heilig zu sprechen, so wollen wir uns andererseits auch hüten, ihn mit weniger Rücksicht zu beurtheilen, als dies von uns gegenüber anderen höher gestellten Menschen geschieht.

Halten wir diese Bahn bei der Beurtheilung Friedrich Wilhelm's inne, so werden wir leicht oben angegebenen Zweck bezüglich des Erkennens der Ursachen, die in ihm Abneigung gegen das Verfassungswesen erzeugt hatten, erreichen. Als Ludwig's XVI. Haupt fiel, war Friedrich Wilhelm zweiundzwanzig Jahre alt. Wir wissen, wie begeistert die französische Revolution von Anhängern der Freiheit in Deutschland begrüßt ward. Konnte sie gleiche Empfindungen in einem Prinzen, dem Erben eines absoluten Thrones, erzeugen, zumal von dem Beginn der Zeit an, in welcher die Umsturzmänner Frankreichs auch die auswärtigen Throne bedrohten und den Königsmord als Universal-Heilmittel gegen alle gesellschaftlichen Uebel empfahlen? Wahrlich, von einem Inhaber oder Erben eines absoluten Thrones Sympathien für diesen politischen Wettersturm zu verlangen, wäre eine Unbilligkeit gröbster Art. Die Bewegung bedrohte, bezüglich der fürstlichen Personen, Güter, die von jenen — in wie weit mit mehr oder minder Recht, bleibe dahingestellt — als legitimes Erbtheil mit derselben Zuversichtlichkeit betrachtet wurden, mit welcher der Bettler seinen ererbten Bettelstab als ihm von Gottes und Rechts wegen angehöriges Eigenthum ansieht. — In dem Jahrhundert vor Friedrich Wilhelm III., ja, da hatten auch absolute Herrscher mit dem revolutionären Feuer gespielt, sofern es ihnen in Theaterstücken, in staatsphilosophischen Darlegungen oder bei dem Hin und Her geistreicher Tischgespräche von ungefähr in den Wurf gekommen war. Wie anders seit der Zeit, da die Revolution von der Theaterbühne und aus dem fürstlichen Speisesaal auf die Bühne des Lebens getreten war! Seitdem war fortgesetzt ernster in Betracht gezogen worden, welche Wohlthaten das Volk der absoluten Machtfülle zu verdanken gehabt hatte; und wenn auch bei Inhabern und Erben von Thronen die Selbsttäuschung eine große Rolle spielte, ein Thron war vorhanden, an dem Freund und Feind erkennen mußte, daß von ihm seit langer Zeit fast ohne Unterbrechung eine Fülle leiblicher und geistiger Wohlthaten sich niedergesenkt hatte — der Thron der Hohenzollern, dessen Inhaber dermalen Friedrich Wilhelm III. war. — Ward dies von der Mehrheit des Volkes als gerechter Richterspruch der Geschichte angesehen — wie durfte es da verwundern, daß Friedrich Wilhelm in besonders hohem Grade unter der Macht dieses Spruches stand, daß seine Sympathieen dem absoluten Herrscherthume zugewandt blieben, und er nach erstrittenem Frieden solchen Einwirkungen sich leicht zugänglich erwies, die mit dem Schein der Berechtigung auf Abweisung der Betheiligung des Volkes an der Regierung durch verfassungsmäßige Vertretung gerichtet waren.

Antipathie gegen das Verfassungswesen. Aber seine Antipathie gegen das Verfassungswesen bestimmte den König keineswegs, seine dem Volke gegebenen Verheißungen als nicht vorhanden anzusehen; seiner schlichten, streng rechtlichen Denkungsart entsprechend, hielt er sich vielmehr nach wie vor für gebunden, jene Verheißungen zu erfüllen; nur die Entscheidung über das Maß des zu Gewährenden und über den Zeitpunkt, in welchem die Umwandlung des absolutistischen in ein konstitutionelles Regierungssystem ohne Gefährdung des Wohles des Gesammtstaates erfolgen könne, glaubte er ganz und voll seiner freien Entschließung, seiner königlichen Machtvollkommenheit vorbehalten zu müssen. In dieser Hinsicht wollte er nicht gedrängt, nicht „genirt" sein, und wenn dies dennoch geschah, schritt er mit Strenge und oft selbst mit Härte gegen die ungestümen Dränger und ihren Anhang ein. Wie fern es dem Könige lag, die Verfassungsfrage gänzlich ruhen zu lassen, das zeigte sich offenkundig, als am 20. Mai 1817 der neugebildete Staatsrath eröffnet und aus dessen Mitte alsbald ein Ausschuß von 22 Mitgliedern zur Berathung und Bearbeitung der Verfassungsangelegenheiten gebildet wurde. Friedrich Wilhelm nahm an der Förderung dieser Angelegenheit persönlich den lebhaftesten Antheil, und auf seine Anregung hin beschloß denn auch jener Ausschuß, eine Kommission von drei Männern, Altenstein, Klewitz und Beyme, zunächst in die Provinzen zu entsenden, um sich über die alten ständischen Verfassungen zu orientiren, mit einflußreichen Männern aller Stände in Verbindung zu treten und sich mit ihnen über die Organisation und die Art und Weise der Wirksamkeit der neu zu bildenden Provinzialstände zu berathen.

Die Verfassungsfrage schien also endlich in Fluß gekommen zu sein, die Vaterlandsfreunde schauten mit neuen Hoffnungen in die Zukunft, die Rückschrittspartei schien den Boden unter den Füßen verloren zu haben. Welch ein Segen, wenn der Uebergang des absoluten Staates in den Verfassungsstaat zu jener Zeit sich voll und ganz vollzogen hätte! Wie viel des Leides wäre in diesem Falle dem wohlmeinenden Könige und mehr noch seinem Nachfolger erspart geblieben! Aber gerade in diesem scheinbar so günstigen Augenblick traten Ereignisse ein, die das bereits Gewonnene mit einem Schlage wieder in Frage stellten und die Erreichung des angestrebten Zieles in weite Ferne rückten.

Die Burschenschafter. Das, was Eingangs dieses Abschnittes von der Stimmung und den Bestrebungen der deutschen Jugend im Allgemeinen gesagt wurde, das galt vorzugsweise und vor Allem von der studirenden Jugend an den deutschen Universitäten. Die Jahre der schmachvollen Erniedrigung und die ihnen folgenden der glorreichen Erhebung Deutschlands hatten das deutsche Nationalgefühl in diesen Kreisen mächtig geweckt. Ein freies, einiges Deutschland, das schwebte den an der großen vaterländischen Vergangenheit sich begeisternden Jünglingen als das mit allen Mitteln zu erstrebende Ziel vor, dessen Verwirklichung nach dem großartigen Aufschwunge in den Jahren des Freiheitskampfes nicht lange mehr auf sich warten lassen könne. Wir wissen, wie herbe die mit der ganzen Glut jugendlicher Begeisterung Hoffenden enttäuscht wurden, und wie die Enttäuschung zu bitterer Verstimmung, zu düsterer und unklarer politischer Schwärmerei führte. —

Schon vor den Freiheitskriegen waren von einflußreichen Männern Versuche zu Vereinigungen der Studirenden zu sogenannten „Burschenschaften" gemacht worden, deren Aufgabe es sein sollte, im Gegensatze zu dem rohen Treiben der damals in ihrer Blüte stehenden und in Spiel und wüsten Gelagen ihre Befriedigung suchenden Landsmannschaften deutsche Gesinnung zu pflegen und sittlichen Ernst zu erwecken. Wie hehr standen jenen Landsmannschaften die neugestifteten Burschenschaften gegenüber, die von der heiligen Lohe der Vaterlandsliebe durchglüht waren! Die Burschenschaften, Verbrüderungen deutscher Studenten aus allen deutschen Staaten, gaben der beweglichen, unternehmungslustigen und thatkräftigen Jugend das, was ihr nicht fehlen darf, wenn sie gedeihen soll: hohe wissenschaftliche und sittliche Ziele. Fleiß, um dem Vaterlande durch Kenntnisse zu nützen, und reiner Wandel gehörten zu den ersten Pflichten der Mitgliedschaft. Der Wahlspruch der Verbindung lautete:

„Gott, Freiheit, Ehre, Vaterland!" Aeußere Erkennungszeichen waren: der deutsche Rock und ein Band mit den Farben Roth, Schwarz, Gold. Wäre nicht durch die oben geschilderten reaktionären Kreise Verleumdung ausgesäet, Mißtrauen und Verfeindung erregt worden, hätte man den Burschenschaften in den Häuptern der freisinnigen Partei Fries, Oken, Luden, Kieser 2c. ihre natürlichen Führer belassen, so möchte das jugendliche Feuer wol in rechten Bahnen geblieben und ihm eine gesegnete Einwirkung auf das Volk gesichert gewesen sein. Als man aber jene allverehrten Lehrer und Führer der Jugend, jene wahrhaften Patrioten zu verdächtigen und zurückzusetzen begann, und als die Schatten dieser Vorgänge die Idealwelt der Jugend verfinsterten, da war es unzweifelhaft vorauszusehen, daß Ausartungen nicht ausbleiben würden.

Nachdem inzwischen die Burschenschaften an den einzelnen Universitäten fortgesetzt an Anhang und Einfluß gewonnen hatten, hielten es im Jahre 1817 die Führer derselben für zeitgemäß, die getrennten Vereinigungen zu einer großen, allgemeinen deutschen Burschenschaft zusammenzufassen und dadurch den Bestrebungen derselben noch mehr Nachdruck zu geben. Die Jenenser Burschenschaft, welche sich als die älteste des größten Ansehens erfreute, nahm die Sache in die Hand. Der 18. Oktober, der vierte Jahrestag der großen Völkerschlacht und in jenem Jahre zugleich das dreihundertjährige Jubelfest der Reformation, wurde zu diesem Zweck ausersehen. Die Doppelfeier der Befreiung von inneren und äußeren Banden sollte verschönert werden „durch die erste freudige und freundschaftliche Zusammenkunft deutscher Burschen", die eben eine feste und innige Verbindung aller Burschenschaften zu gemeinsamem Streben anzubahnen bestimmt war. Demgemäß erging von Jena aus an alle protestantischen Universitäten und vor Allem an die an denselben studirenden Burschenschafter die Aufforderung, an der auf althistorischem Boden, auf der Wartburg, abzuhaltenden Feier des 18. Oktober Theil zu nehmen. Fast alle folgten dem Ruf und entsandten eine größere oder kleinere Anzahl von Kommilitonen, um sie bei der Feier zu vertreten, zu der sich denn auch in der That an 500 Studenten, der Mehrzahl nach natürlich Jenenser, an dem gedachten Tage auf der Wartburg vereinigten; außerdem waren auch eine Zahl älterer Freunde der studirenden Jugend der an sie ergangenen Einladung gefolgt.

Das Fest trug von vornherein einen ernsten religiösen Charakter, und wenn ja hier und da dem Unmuth über die Vereitelung so vieler schöner Hoffnungen in jugendlichem Feuer ein allzu heftiger Ausdruck gegeben wurde, so ließen es Universitätslehrer, die sich an dem Feste betheiligten, an Mahnungen zur Besonnenheit nicht fehlen. „Bewahrt euch vor dem Wahne", sagte Professor Oken in einer Ansprache, „als wäret ihr es, auf denen Deutschlands Sein, Dauer und Ehre beruht. Deutschland beruht auf sich selbst, auf dem Ganzen. Jede Menschenklasse ist ein Glied an dem Leibe, der Staat heißt, zu dessen Erhaltung Jeder blos so viel beiträgt, als ihm sein Standort gestattet. Ihr habt nicht zu überlegen, was im Staat geschehen oder nicht geschehen soll; nur das geziemt euch zu überlegen, wie ihr einst im Staate handeln sollt und wie ihr euch würdig dazu vorbereitet!"

Aber der junge Wein schäumte über. — Gegen den Geheimen Rath Schmalz, der sich durch seine oben geschilderten Denunziationen gründlich verhaßt gemacht hatte, und gegen seine Partisanen, die „Schmalzgesellen", hielt der Student Riemann, dessen Brust mit dem eisernen Kreuze geschmückt war, eine donnernde Rede, die mit den Worten schloß: „Verderben und Haß Allen, die in niedriger, schmuziger Selbstsucht das Gemeinwohl vergessen, die ein knechtisches Leben einem Grabe in freier Erde vorziehen, die lieber im Staube kriechen, als frei und kühn ihre Stimme erheben gegen jegliche Unbill, die, um ihre Erbärmlichkeit und Halbheit zu verbergen, unserer heiligsten Gefühle spotten, Begeisterung und vaterländischen Sinn und Sitten für leere Hirngespinnste, für überspannte Gedanken eines krankhaften Gemüths ausschreien! Ihrer sind noch Viele; möchte bald die Zeit kommen, wo wir sie nicht mehr nennen dürfen!"

Für den Abend hatte eine Zahl von Studenten eine besondere Kundgebung verabredet. Fackeln tragend begaben sie sich in einem Zuge auf den Wartberg, hier einen Kreis um einen Scheiterhaufen bildend, der in Brand gesetzt wurde. Student Maßmann, der Dichter des Liedes: „Ich hab' mich ergeben", erinnerte in einer Rede an die That Luther's vor dem Elsterthore zu Wittenberg. „Höllische Schriften habe er verbrannt — hier solle nun ein Gleiches geschehen!" — Darauf überantwortete er eine Anzahl Broschüren, unter ihnen einige von Schmalz und Janke, den Kodex der Gensdarmerie von Kamptz, die deutsche Geschichte von Kotzebue, sodann ein Werk Ancillon's über Souveränität und Staatswissenschaften den Flammen.



Zug der Turner auf die Wartburg.

Endlich wurden auch noch eine Schnürbrust, wie sie damals vielfach preußische Offiziere trugen, ein österreichischer Korporalstock und ein Haarzopf „Insignien einer sklavischen Zeit" verbrannt. Letzteres zielte auf den Kurfürsten von Hessen, von dem nicht nur alle Gesetze und Verordnungen, sondern auch die meisten der Gebräuche und Trachten der vornapoleonischen Zeit — unter letzteren auch die Tracht des Haarzopfes — wieder eingeführt worden waren. Der Angriff auf den Hessenfürsten würde nicht viel zu besagen gehabt haben, denn sein unwürdiges Gebaren nach der Rückkehr in sein Land hatte ihn zum Gegenstande allgemeinster Mißachtung gemacht; aber es waren von den Festtheilnehmern die Regierungen der beiden mächtigsten Staaten Deutschlands verhöhnt worden, es war durch die Nachahmung der Verbrennung der päpstlichen Bulle zu erkennen gegeben, daß man gewillt sei, den Kampf gegen den Absolutismus aufzunehmen. Ancillon gehörte zu den Verfemten, und der einflußreiche Mann, dessen Schrift mit den Worten:

„Fröhne du fortan dem Fürsten der Hölle!“ nun ins Feuer geschleudert wurde, war früher der Erzieher des Kronprinzen gewesen und zur Zeit dessen vertrauter Freund. Dies Verfahren gegen Ancillon, dessen Grundanschauungen er theilte, war vielleicht die erste empfindliche Kränkung, die der Kronprinz aus dem Lager der liberalen Partei empfing.

Das Theatralische und Aufregende der ganzen Scene befriedigte natürlich die jungen Brauseköpfe in hohem Grade — an das unheilvolle Nachspiel, welches nach Lage der Dinge kommen mußte, dachten die Wenigsten. — Trotz Alledem aber bot das Wartburgfest im Ganzen wenig von dem bedrohlichen Charakter, den später die berüchtigte Untersuchungs-Kommission in der Absicht auswitterte, für die Verirrungen einiger übersprudelnder Köpfe die Blüte der gesammten studirenden Jugend büßen zu lassen.

Einer der bereits früher Verfolgten, Professor Görres, hatte Jahr und Tag vorher schon eindringlich gemahnt, sich ja zu hüten, etwas erst hervorzurufen, was man irrthümlicher Weise als bereits vorhanden ausgebe: demagogisches Wesen! — Jetzt war es da! —

Es begannen sich nunmehr, da infolge jener Vorfälle bei der Wartburgfeier alsbald mit Maßregelungen und strenger polizeilicher Beaufsichtigung gegen die Burschenschafter wie überhaupt gegen die ihres ungebundenen Tones wegen den meisten Regierungen, dem Könige Friedrich Wilhelm sogar persönlich mißliebigen Studenten vorgegangen wurde, innerhalb dieser Kreise Geheimbünde zu bilden....

Noch vor dem Wartburgfeste war von dem in Jena weilenden russischen Staatsrathe Stourdza im Auftrage des Kaisers Alexander eine Schrift herausgegeben worden, worin er, der Fremdling, in der Weise des Geheimrath Schmalz die berechtigten Wünsche und Bestrebungen der deutschen Patrioten als Ausgeburten revolutionärer Gesinnung dargestellt hatte. Jenenser Studenten sandten ihm Forderungen zu, worauf er kläglich betheuerte: „er habe die Schrift auf Befehl Alexander's gedacht, geschrieben und ausgeführt, woraus sich ergebe, daß er nicht der eigentliche Verfasser derselben sei.“ —

Man ließ den erbärmlichen Gesellen laufen, dagegen richtete sich der ganze Ingrimm auf den deutschen Schriftsteller August von Kotzebue, der in seinem literarischen Wochenblatte Stourdza's Schmähschrift auf das deutsche Volk verherrlicht hatte, und dem zu gleicher Zeit nachgesagt ward, daß er dem Kaiser Alexander von Rußland Berichte über die politischen Verhältnisse in Deutschland einsende und dafür einen Gehalt bezöge. Einige in unrechte Hände gelangte Berichte, der Oeffentlichkeit übergeben, stellten es außer Zweifel, daß Staatsrath von Kotzebue, der in Rührstücken so eifrig die Tugend verherrlicht hatte, für Geld Schergen- und Spionirdienste zum Schaden seines eigenen Volkes verrichtete!

Zu einer der Verbindungen der Burschenschafter, welche sich die Vereinigung der „Unbedingten“ nannte, gehörte der in Jena studirende Karl Sand aus Wunsiedel, ein wackerer, sittlich unbescholtener Jüngling. Ihm erschien es zum Heile des Vaterlandes unerläßlich, den Verräthern durch ein Gericht, ausgeübt an einem der Ihrigen, ein Halt zuzurufen. Er begab sich nach Mannheim, dem damaligen Aufenthaltsorte Kotzebue's, verschaffte sich Zugang zu ihm und stieß ihm mit den Worten: „Hier, du Verräther des Vaterlandes!“ den Dolch ins Herz. Darauf brachte er sich selbst einen Stich in die Brust bei und eilte auf die Straße mit dem Rufe: „Hoch lebe mein Vaterland!“ Dann kniete er nieder und stieß sich mit den Worten: „Ich danke dir, Gott, für diesen Sieg!“ zum zweiten Male den Dolch in die Brust, ohne sich jedoch tödlich zu treffen. Im Gefängnisse geheilt, ward er — fünfviertel Jahre nach begangener That — mit dem Schwerte hingerichtet. Er starb freudigen Muthes.

Der schlimme Eindruck, den die That Sand's bei den Regierungen und in den ihnen nahestehenden Kreisen gemacht hatte, wurde noch erhöht, als kurze Zeit darauf eine zweite That ähnlicher Art die Gemüther in Aufregung versetzte, die, wenngleich mit jener nicht oder wenigstens nur sehr entfernt im Zusammenhange stehend, doch den Schein einer weitverzweigten gefährlichen Verschwörung zu erwecken nur zu geeignet war.

Von einem jungen Apotheker, Karl Löhning, wurde nämlich am 1. Juli 1819 in Schwalbach ein Mordversuch auf den ebenso wie Kotzebue allgemein verhaßten russischen Staatsrath Ibell ausgeführt. Derselbe schlug glücklicherweise fehl; Karl Löhning gab sich im Gefängniß selbst den Tod. In ganz Deutschland, auch in den freisinnigsten Kreisen, erregten die in unseliger Verblendung begangenen Thaten Sand's und Löhning's wo nicht Unwillen, so doch tiefes Bedauern. Nur ganz vereinzelt wurden Stimmen laut, wie die des Turnvaters Jahn, der dieselben, diesmal leider unter Verkennung der thatsächlichen Verhältnisse, mit den berühmtesten Freiheitsthaten der Geschichte, mit Cäsar's und Geßler's Ermordung in Vergleich stellte — der wackere Freiheitsmann hat die freimüthige Aeußerung seiner Ansicht mit schwerer Kerkerhaft büßen müssen.



Verbrennung der Schnürbrust und des Zopfes am 18. Oktober 1817.

Aber auch schon Kundgebungen wohlberechtigten Bedauerns für die beiden Unglücklichen erregten bei den Regierungen den Verdacht revolutionärer Gesinnung und führten zu Maßregelungen und Verfolgungen ihrer Urheber. Der bereits mehrfach genannte Görres, welcher den Ausspruch gethan hatte, ganz Deutschland mißbillige zwar jene Thaten, aber es billige die Motive derselben, konnte sich nur durch schleunige Flucht nach Straßburg der ihm drohenden Verhaftung entziehen; der Professor der Theologie an der Universität zu Berlin, de Wette, hatte einen Trostbrief an die Mutter des unglücklichen Sand geschickt: er wurde in ungnädigster Form seines Amtes entsetzt. Auch die beiden Welcker, Professoren in Bonn, hatten unter den aus gleichen Gründen entspringenden Verdächtigungen und Verfolgungen schwer zu leiden.

„In Berlin“, erzählt Varnhagen von Ense, der, obgleich ein Vertrauter des Staatskanzlers Fürsten Hardenberg, selbst zeitweilig zur Untersuchung gezogen worden war,

„fühlte man sich auf unsicherem, unterhöhltem Boden; überall sah man altdeutsche Tracht, die Turner und Burschenschafter waren im ganzen Lande ausgebreitet, man wußte, daß es geheime Vereine gab, und glaubte sie mächtig und furchtbar. Was hindert, fragten die Aengstlichen, daß plötzlich hundert Mörder aufgeboten werden, sobald die geheimen Oberen den Befehl geben?" — „Doch", berichtet Varnhagen weiter, „als die Besinnung allmählich zurückkehrte, war sie begleitet von den Gefühlen des Hasses, der Rache, von dem Eifer, Alles niederzutreten, was mit solchen Thaten auch nur im Entferntesten zusammenhing."

Die Demagogenhetze. Damit begann eine traurige Zeit, die der Verfolgung der sogenannten „Demagogen". Den Regierern, vornehmlich aber den Dunkelmännern in den deutschen Landen, bangte vor demselben Geiste, der unser theures Vaterland erst wenige Jahre vorher aus den Banden der Fremdherrschaft erlöst hatte. Aber man drangsalirte nicht nur die leicht entzündbare junge Welt — bewährten, hochverdienten Männern erging es nicht besser; sie wurden den Staatenlenkern erst lästig, darauf verdächtig. Alles, was im bürgerlichen Leben, in Handel und Wandel und auf den Gebieten der wissenschaftlichen Forschung nach Freiheit verlangte, ward für gefährlich gehalten und verfemt. Auf Grund niedriger Angebereien erfolgte eine Menge Verhaftungen. Mit den Studirenden litten und duldeten Jahrzehnte lang eine große Anzahl ausgezeichneter Universitätslehrer, darunter die redlichsten und besten Männer der Wissenschaft.

„Es war ein Irrthum", äußerte der edle Schleiermacher von der Kanzel herab zu seiner Gemeinde, „als wir hofften, nach dem Frieden behaglich ausruhen zu können; jetzt ist eine Zeit gekommen, wo nicht selten sogar schuldlose Männer verfolgt werden, nicht nur um ihrer Handlungen willen, sondern auch, weil man bei ihnen böse Absichten und Entwürfe voraussetzt. Der tapfere Christ aber soll nicht müde werden und trotz Gefahr und Verfolgung der Tugend und Wahrheit treu bleiben." — Eines der am meisten bedauerten Opfer jener unheilvollen Zeit war der wackere, zuverlässige Arndt. — Sein Gönner und Freund, der Reichsfreiherr vom Stein, ließ sich, wie uns bekannt, nicht selten zu ungestümer Heftigkeit hinreißen, wenn seine großartigen Entwürfe zu Gunsten der Einheit und Größe Deutschlands unerwarteten Widerstand fanden. Da war es Arndt's Mäßigung, welcher er allein eine besänftigende Einwirkung gestattete. Und dieser besonnene Mann, im Jahre 1818 erst in einer seine Verdienste hervorhebenden Zuschrift des Staatskanzlers Hardenberg zum Professor in Bonn ernannt, ward — heut erscheint es kaum glaublich — bereits zwei Jahre später wegen seiner der Freiheit und den Rechten des Volkes zugewandten Gesinnung in Untersuchung gezogen und Jahre lang verfolgt. Mehrere Stellen im vierten Bande seines Werkes „Geist der Zeit" wurden angezogen, um die gefährliche Denkungsart des Verfassers darzuthun. Man klagte den Ehrenmann der Theilnahme an geheimen Gesellschaften an, und obgleich während einer achtzehnmonatlichen Untersuchung nicht der geringste Beweis für die erhobenen Anschuldigungen erbracht ward, blieb es doch bei seiner Entsetzung vom Amte. Mit männlicher Würde ließ der Gekränkte alle Unbill über sich ergehen; aber der Schmerz über die erzwungene Unthätigkeit in den fruchtbarsten Mannesjahren lähmte und zerbröckelte in ihm die bisher so rastlos schaffende Kraft.

Auch der treue Freund der Burschenschafter, der wackere Jahn, war den Rückschrittsmännern von jeher ein Dorn im Auge. Derselbe übte in den Jahren 1816 bis 1818 über die Herzen der Jugend eine außerordentliche Gewalt; die Studirenden sahen zu ihm empor wie zu einem Hort und Helden. Auf dem Turnplatze brach Groß und Klein in Jubel aus, sobald er nur von fern erblickt ward. Mit Andacht hingen die Knaben und Jünglinge an seinen Lippen, wenn er, an Vorgänge aus der deutschen Geschichte anknüpfend, erhebende Worte an sie richtete. Zwei Winter hindurch hielt er in Berlin Vorträge über deutsches Volksthum, die häufig durch stürmischen Beifall unterbrochen wurden. Man brachte ihm Ständchen und Lebehochs, die Universitäten Jena und Kiel ehrten ihn durch Doktordiplome,

das Ministerium unterstützte seine Bestrebungen. Angezogen durch seinen Ruf, strömten wandernde Turner — die Turnfahrten, welche gleichzeitig mit dem Turnen aufgekommen waren, standen damals in voller Blüte — von allen Enden dem Berliner Turnplatze zu. Dieses freie Gebaren der deutschen Jugend, welche ihre Kräfte fühlte und sie gebrauchen gelernt hatte, verdroß die Feinde lebensfrischer Regungen.

Aber noch größeren Anstoß nahmen die Dunkelmänner an dem Thun Jahn's und seiner Schüler, nachdem Sand seine unglückliche That vollbracht. Daran sollte der selbstständige oder — wie man damals sagte — der unbändige Geist, der sich in der deutschen Jugend rege, schuld sein und die Wurzel allen Uebels im Turnwesen stecken. Als nun im Herbst 1818 Klagen über das Treiben einiger schlesischer Turnlehrer in Berlin einliefen, hießen die Minister die Gelegenheit willkommen, und es ward das Schließen der Turnplätze und die Entfernung des einen mißliebigen Lehrers angeordnet. Die edle Turnerei mußte nun, so gut wie geächtet, aus den Schulen in einzelne Gärten und Anstalten flüchten; Turnvater Jahn aber wurde bald darauf den „gefährlichen Subjekten" beigezählt. Zwar erwiesen sich die gegen ihn gerichteten Anklagen als falsch, dennoch wurde der eine Zeit lang sogar in Ketten gelegte Volksmann erst sechs Jahre nach seiner Einkerkerung freigesprochen. Zum Genusse seiner Freiheit gelangte er dadurch freilich nicht, wol aber hatte er, wie er 1844 schmerzerfüllt klagte, hinlänglich Muße gefunden, unter der Aufsicht einer argwöhnischen Polizei „die schwere und harte Kunst zu üben, sich selbst um seine Zeit zu betrügen". Seines Lebens ist dieser getreue Vorkämpfer für Deutschlands Ehre nie wieder so recht froh geworden.

Aus jenen Zeiten schöner, aber schon in ihrer Blüte vernichteter Jugendhoffnungen stammt das so lange hochgehaltene Sinnbild deutscher Einheit, die schwarz-roth-goldene Fahne, die irrthümlicher Weise für das Banner unserer ehemaligen deutschen Kaiser galt. Ihre Farben sind aber niemals Reichsfarben gewesen. — Staatsgefährlich waren die Jugendträume, die sich an dieses Banner knüpften, durchaus nicht, so wenig wie die von Studirenden, jungen Beamten und Künstlern geschlossenen geheimen Verbindungen. Mögen auch einzelne der jungen Leute Berührungen mit liberalen Männern des nachbarlichen Frankreich nicht gemieden haben, Verbrüderte der Verschwörer im Auslande, etwa der Carbonari in Italien, waren sie sicherlich nicht; am allerwenigsten ist an eine so nahe Verbindung mit fremden Geheimbünden zu denken, um die von reaktionärer Seite mit Eifer verbreitete Behauptung als begründet erscheinen zu lassen: die jugendlichen Schwärmer trügen sich mit dem Plane, einen Zusammensturz aller staatlichen Verhältnisse herbeizuführen. Aber Fürst Metternich und seine Helfershelfer thaten, als glaubten sie an dergleichen Verdächtigungen.

Die Teplitzer Konferenzen und Karlsbader Beschlüsse. Unmittelbar nach dem Attentate Löhning's, noch im Juli des Jahres 1819, begab sich Metternich nach dem bekannten Badeort Teplitz in Böhmen, wo sich damals König Friedrich Wilhelm und zugleich mit ihm sein Staatskanzler Fürst Hardenberg zum Kurgebrauch aufhielten. Hatte schon die That Sand's bei Beiden die schwersten Bedenken und Befürchtungen für die Zukunft aufsteigen lassen, so hatte jenes zweite Attentat, das, wie gesagt, als mit dem ersten in engem Zusammenhang stehend betrachtet wurde, dieselben aufs Höchste gesteigert, und der leitende Minister Oesterreichs begegnete daher keinen Schwierigkeiten, fand vielmehr williges Gehör, als er dem König Vorschläge bezüglich eines gegen die „demagogischen Umtriebe" gerichteten gemeinsamen energischen Vorgehens von Bundes wegen unterbreitete. Zur gemeinsamen Berathung über die in diesem Sinne einzuleitenden Schritte wurden alsbald durch ein preußisch-österreichisches Einladungsschreiben die deutschen Mittelstaaten aufgefordert, eine in Karlsbad abzuhaltende Konferenz zu beschicken, die denn auch bereits im August desselben Jahres daselbst eröffnet ward. Hierbei trat nun, was den Eingeweihten schon längst kein Geheimniß mehr war, mit voller Deutlichkeit zu Tage, daß es Metternich mehr als um die Bekämpfung jener freiheitlichen Regungen in den Kreisen der deutschen Jugend um ein Einschreiten gegen die „konstitutionellen Anwandlungen" der Regierungen

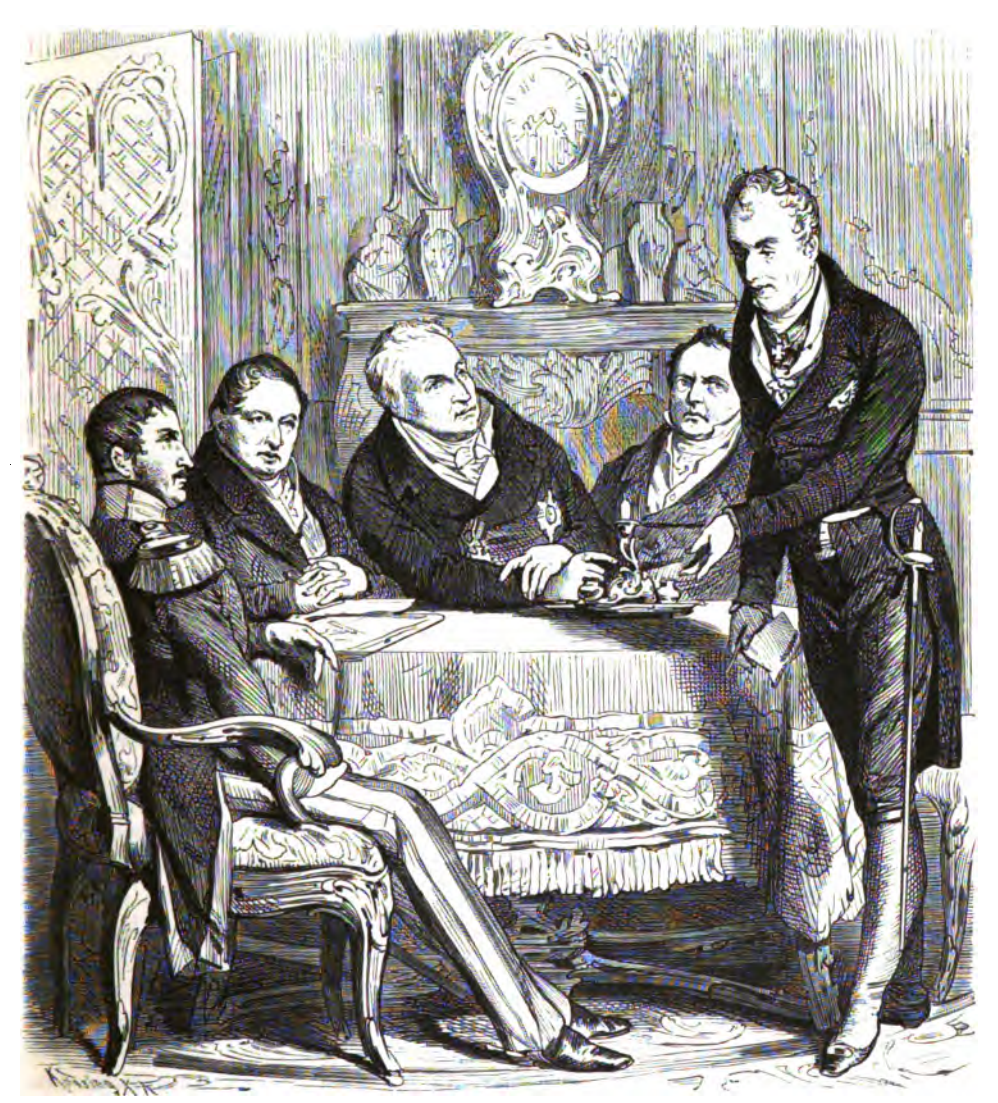
der einzelnen kleinen Bundesstaaten zu thun war, indem er befürchtete, es möchte, falls die Fürsten jener Lande letzteren Verfassungen verliehen, das von ihnen gegebene „böse Beispiel“ bei den Mittelstaaten, ja wol gar in Preußen ansteckend wirken. Die an Unklarheit allerdings nichts zu wünschen übrig lassende Fassung des Artikels 10 der Bundesakte: daß alle Staaten des Bundes ständische Verfassungen erhalten sollten, mußte den Vorwand dazu bieten. Die Ministerkonferenz wurde aufgefordert, diesem Artikel, der doch nicht so ohne Weiteres gestrichen werden konnte — was Metternich freilich wol am liebsten gesehen hätte — eine authentische Auslegung zu geben. Daß diese Auslegung in streng monarchischem Sinne erfolgte, bedarf in Hinweis auf die obwaltenden Verhältnisse keiner besonderen Bekräftigung; indessen wurde darin doch nicht so viel erreicht, wie Metternich gewünscht haben mochte. Dagegen einigte sich die Konferenz über strenge, gegen die Universitäten, gegen die Presse und vor Allem gegen die sogenannten „demagogischen Umtriebe“ gerichtete Maßnahmen. Die Lehrfreiheit der Universitäten sollte wesentlich beschränkt, die Burschenschaften und zugleich die Turnvereine sollten aufgelöst, alle Universitäten von besonderen Regierungsbeamten, Kuratoren, überwacht und beaufsichtigt werden. Die kurze Zeit aufgehoben gewesene oder wenigstens sehr milde gehandhabte Censur sollte wieder eingeführt und verschärft und endlich, um der allerdings nur in der Phantasie der Herren Minister vorhandenen großen Verschwörung auf die Spur zu kommen, eine „Central-Untersuchungsbehörde“ mit dem Sitze in Mainz eingesetzt werden. — So weit die Beschlüsse der Karlsbader Konferenz, die, kaum gefaßt, von dem durch Schreckensberichte aus dem In- und Auslande eingeschüchterten und ängstlich gemachten Bundesrath alsbald bestätigt wurden und in ihrer mit sonst bei den Geschäften des Bundesrathes ungewohnter Eile betriebenen Ausführung zu jenen beklagenswerthen Vorgängen und Zuständen führten, die wir in den wesentlichsten Zügen bereits oben dem Leser vorgeführt haben.

Uebelwollende aller Schattirungen gewannen nun freie Bahn. Wer irgend einem gut angeschriebenen Herrn nicht gefiel, den brauchte man nur von einem einflußreichen Spione, deren es genug gab, verdächtigen zu lassen, und nur zu bald fand sich ein Grund, den Mißliebigen hinter Schloß und Riegel zu bringen. Die Geschichte dieser Verfolgungen, welche länger als drei Jahrzehnte — wenn auch später nicht mehr mit der alten Gehässigkeit — fortgesetzt wurden, füllt viele Seiten in den Geschichtsbüchern unseres Jahrhunderts.

Tüchtige Jünglinge in großer Zahl büßten in jahrelanger Haft die rasch zerronnenen Träume ihrer Vergangenheit und sie verloren Jugend, Gesundheit und frischen Lebensmuth. Viele wackere Männer wurden dem erwählten Berufe entrissen, gefangen gehalten, oder sie aßen landesflüchtig während eines guten Theiles ihres Lebens das bittere Brot der Verbannung. Jedes freie Wort ward verpönt, weiterhin die Censur noch mehr verschärft, die Preßfreiheit selbst da unterdrückt, wo man sie bisher noch geduldet hatte.

Die Reaktion, die in solcher Weise innerhalb der Einzelstaaten des Bundes in vollen Gang kam, suchte nun der österreichische Staatskanzler auch in die Politik des Bundes einzuführen; der Einfluß der beiden Großstaaten sollte erweitert, gewisse diesen letzteren nach der Bundesakte zustehende Befugnisse sollten beseitigt, oder doch beschränkt werden. Aber hier stieß Metternich auf unerwartete Schwierigkeiten. Zwar sah Preußen, das infolge seiner Machtstellung von den österreichischen Reaktionsgelüsten nichts zu fürchten hatte, in voller Ruhe den nach wie vor vor Allem gegen die konstitutionellen oder konstitutioneller Gesinnungen verdächtigen Regierungen gerichteten Bestrebungen Metternich's zu; allein von Seiten der Mittelstaaten erhob sich lebhafter Widerstand, der, von dem König Wilhelm von Württemberg geleitet, durch dessen nahe verwandtschaftliche Beziehungen zu dem russischen Zaren erhöhten Nachdruck erhielt; denn auch den Kaiser Alexander begann allgemach der überwiegende Einfluß des österreichischen Staatskanzlers zu beunruhigen, und er ergriff daher gern die Gelegenheit, durch einen nicht mißzuverstehenden Wink demselben zu verstehen zu geben, daß er eine ernstliche Antastung der Selbständigkeit der

deutschen Mittelstaaten nicht dulden wolle. Das Selbstgefühl der mittelstaatlichen Regierungen wurde natürlich durch die erfolgreiche Einmischung des Zaren zu ihren Gunsten beträchtlich gehoben und machte sich auf den nunmehr behufs gemeinschaftlicher Revision der Bundesverfassung anberaumten Wiener Konferenzen aufs Nachdrücklichste geltend, um so nachdrücklicher, weil die Haltung der beiden Großstaaten ihnen die dankbare Rolle als Vorkämpfer für eine freiere Gestaltung der deutschen Verhältnisse zu spielen erlaubte.



Friedrich Wilhelm III. in Berathung mit den Staatskanzlern **Metternich** und **Hardenberg**, sowie den Ministern **Wittgenstein** und **Bernstorff**. Zeichnung von Ludwig Burger.

Der Zustimmung und moralischen Unterstützung aller freisinnigen Kreise sicher, die über die ihren Bestrebungen zu Grunde liegenden partikularistischen Gelüste hinwegsahen, erschienen nun gerade die Mittel- und Kleinstaaten als die Repräsentanten des reinen Deutschland, im Gegensatz zu den mit fremden Elementen versetzten beiden Großstaaten. Wie wenig letztere Behauptung in Bezug auf Preußen der Wirklichkeit entsprach, ist bekannt.

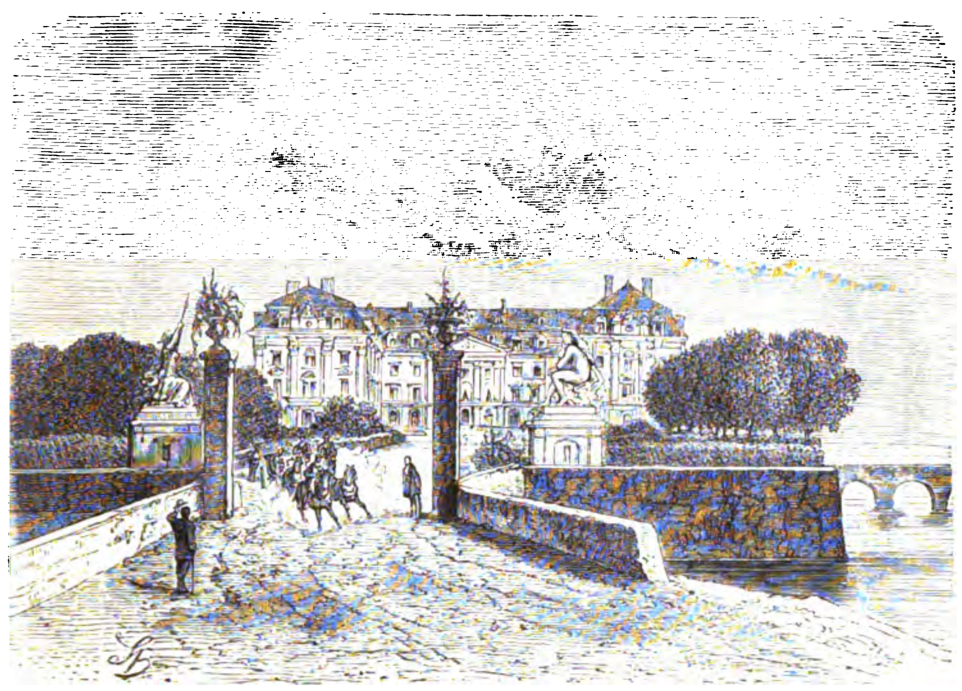
Die Wiener Schlußakte. Unter dem 15. Mai 1820 erschien als Ergebniß der neuen Konferenzen die sogenannte Wiener Schlußakte. Die Befugnisse des Bundesrathes als Exekutivbehörde wurden, ganz nach dem Wunsche Metternich's, allerdings erheblich beschränkt, aber zugleich ward den Mittel- und selbst den Kleinstaaten die Genugthuung, daß ihre Befugnisse nicht nur aufs Neue feierlich anerkannt, sondern sogar nicht unbeträchtlich erweitert wurden. Der die Verfassungsfrage der Einzelstaaten betreffende Art. 13 der Bundesakte, der sich nicht hatte beseitigen lassen, wurde dahin erläutert, daß die zu verleihenden Verfassungen weder die Souveränität des Landesherrn antasten, noch Bestimmungen enthalten dürften, die gegen das für alle Theile verbindliche Bundesgesetz verstießen.

Das führt uns zu der preußischen Verfassungsfrage zurück, deren Entwicklung wir in dem Augenblick aus dem Auge ließen, als die Attentate Sand's und Löhning's den Verfassungsfeinden ein Agitationsmittel an die Hand gaben, wie sie es wirksamer sich kaum hätten wünschen können. In der That schien es unmittelbar nach jenen Vorfällen eine Zeit lang, als solle in jener Frage ein vollständiger Stillstand eintreten; denn die im Verfassungsausschuß sitzenden aufrichtig liberalen Männer, wie Wilhelm von Humboldt, der Kriegsminister von Boyen und der Großkanzler von Beyme, die zeitweilig nahe daran gewesen waren, die Oberhand zu gewinnen, vermochten jetzt gegen den sich überall mächtig regenden Geist des Rückschritts, weil sie an dem Staatskanzler von Hardenberg den Rückhalt verloren hatten, nicht mehr mit Erfolg anzukämpfen. Die gleichsam hinter ihrem Rücken gefaßten Karlsbader Beschlüsse verleideten ihnen vollends ihre Stellung, und müde der nutzlosen Arbeit und der Anfeindungen, welcher sie sich ausgesetzt sahen, nahmen sie mit dem Ende des Jahres 1819 ihre Entlassung. Das Schicksal der Verfassung schien damit besiegelt.

Um so mehr überraschte es daher, als durch eine offizielle Kundgebung der Ansicht entgegengetreten wurde, als sei die Aufgabe des Verfassungsausschusses überhaupt als beendigt anzusehen. Diese Kundgebung erhielt noch größeres Gewicht, als der König am 17. Januar 1820 die in späteren Jahren vielfach angezogene Verordnung ergehen ließ, daß hinfort nur mit Bewilligung der zu bildenden Reichsstände neue Staatsschulden aufgenommen werden dürften. In der That begannen denn auch von Neuem die Arbeiten des Verfassungsausschusses, an denen sich Hardenberg mit lebhaftem Eifer betheiligte. Aber die Zeit dieses Staatsmannes, der sich selbst durch seine haltlose Politik während der letztverflossenen Jahre um Ansehen und Einfluß gebracht hatte, war um; die neuen Entwürfe, die er dem Verfassungsausschuß vorlegte, erschienen der inzwischen allmächtig gewordenen Reaktionspartei als zu freisinnig, und da dieser, allerdings nicht in ihrer extremsten Richtung, auch der Kronprinz, der spätere König Friedrich Wilhelm IV., beigezählt werden durfte, hielt es nicht schwer, ihren Wünschen Geltung zu verschaffen. Unter einem geeigneten Vorwande wurde dem Staatskanzler die ganze Angelegenheit aus der Hand genommen, eine neue, wesentlich reaktionäre Verfassungskommission mit beschränkter Vollmacht — dieselbe erstreckte sich nur auf die Ausarbeitung von Entwürfen zu Provinzialverfassungen der einzelnen Provinzen — gebildet, und aus dem Schoße derselben gingen denn auch nach verhältnißmäßig kurzer Zeit die einzelnen Provinzialverfassungen hervor, mit deren im Jahre 1823 und 1824 erfolgter Verleihung die preußische Verfassungsfrage vorläufig ihren Abschluß erreichte.

Hardenberg's Tod. Fürst Hardenberg erlebte das Zustandekommen dieser Verfassungen nicht mehr; schwer verstimmt durch die erlittene Zurücksetzung und zudem mehr und mehr von körperlichen Leiden geplagt, verbrachte er die letzten freudlosen Tage seines Lebens in Genua, wo er am 26. Novbr. 1822 starb. Es liegt etwas Tragisches in dem Vorgange, daß es diesem Manne, welcher im Beginne seiner Laufbahn für sein Vaterland Großes und Unvergängliches geleistet hatte, nicht vergönnt war, in gleich ruhmvoller Weise sein Leben zu beschließen. — Dem äußeren Fall war bei dem Fürsten-Staatskanzler das Hinschwinden des sittlichen Haltes vorangegangen, den er in dem Maße verloren hatte, in welchem er in Sinnlichkeit und Genußsucht gesunken war.





Schloß Brühl bei Köln.

Die neuen Provinzen. — Die Provinzialstände und ihre Thätigkeit.

Ehe wir näher auf das Wesen und die Wirksamkeit der also zu Stande gekommenen Provinzialverfassungen eingehen, haben wir, zumal in Hinsicht auf den in Verwaltungsfragen noch heute vielfach hervorgehobenen Unterschied zwischen den alten und den sogenannten neuen Provinzen des preußischen Staates, die damals herrschenden und maßgebenden politischen und sozialen Verhältnisse der Provinzen, namentlich der neu erworbenen, in Betracht zu ziehen.

Man würde sich sehr täuschen, wenn man glauben wollte, daß die der Erhebung des deutschen Volkes auf dem Fuße folgende Erschlaffung und Versunkenheit unserer Nation einzig doch nur Folge der Unzufriedenheit über die Behandlung der Kernfragen des damaligen öffentlichen Lebens seitens der Regierung, oder Folge des Verdrusses über so manche schwer zu beseitigende Mißstände gewesen sei. Das Volk in seiner großen Mehrheit war gewiß nicht viel anders als seine Regierer: es krankte noch immer an den früheren Zuständen, die durch die Revolutionszeit und die ihr nachfolgende Napoleonische Epoche nur zum Theil hatten hinweggeräumt werden können. Noch immer bestand der Unsegen der Viel- und Kleinstaaterei und das widerwärtige Schalten des Polizeistaates; die Bevorzugung des Adels war nur auf dem Papiere beseitigt, und ebenso wurde noch immer die freie Entfaltung von Handel und Verkehr durch das Vorwalten der verderblichsten Ansichten auf diesem Gebiete gehindert und gehemmt. Freilich hatten aber alle diese Uebelstände schon seit Jahrzehnten, zum Theil seit Jahrhunderten und zwar unter stillschweigender Duldung der Staatsbürger bestanden. Andererseits befände man sich aber doch vollständig auf dem Irrwege, wenn man glauben wollte, daß der beschränkte und nur auf die nächsten häuslichen und lokalen Interessen gerichtete Blick hauptsächlich in den kleinen Staaten seinen Boden gehabt habe — eher möchte das Gegentheil der Fall sein. Gerade in den kleinen Staaten hatte die Napoleonische Gewaltherrschaft manche wohlthätige Wandlungen

zur Folge gehabt; die Geltendmachung engherziger Anschauungen, das Hegen und Pflegen kleinlicher Kirchthurmsinteressen war in den größeren deutschen Staaten zu jener Zeit kaum weniger, ja vielleicht mehr noch vorherrschend als in den kleineren. Wollen wir einem Wort des Fürsten Bismarck volle Giltigkeit zugestehen, so wäre ja nirgends der Partikularismus tiefer eingewurzelt als gerade in Preußen. Aber in den Jahren nach den Befreiungskriegen ist von den damaligen Liberalen alle Schuld an dem eingetretenen Stillstand in der Weiterentwicklung unseres nationalen Lebens auf die Regierungen gewälzt worden, deren Mitverschuldung sich freilich nicht leugnen läßt.

Stadt und Land. Das Volk in Preußen hatte sich so mannhaft und tapfer bewährt, ihm war man geneigt, das Verdienst hinsichtlich der großen Errungenschaften allein oder doch in erster Reihe zuzuschreiben. In Wirklichkeit aber stand es doch etwas anders. Allerdings zeigten sich unsere deutschen Regierungen vielfach entmuthigt, weil sie sich, unter dem Einflusse des Bundestages oder vielmehr der diesen mehr oder weniger beherrschenden deutschen Vormacht, Oesterreichs, stehend, außer Stande fühlten, das nothwendige Gute einzuführen und das Böse zu verhindern; ja sie waren selbst eine Zeit lang bereit, manche freiheitliche Zugeständnisse zu machen, und jedenfalls haben sie sich nicht erst zum konstitutionellen Prinzip bekehrt, als dies zum Losungswort der gebildeten und fortgeschritteneren Kreise geworden war, denen in erster Linie doch die Vortheile der vollzogenen großen Umwandlungen zugefallen wären. Aber gerade die einfach bürgerlichen Kreise konnten sich auf lange hinaus noch nicht von dem alten Zunftzopf und Schlendrian losreißen, und die große Menge in Stadt und Land klammerte sich krampfhaft an das Althergebrachte an — just wie die Väter. Das Volk geberdete sich noch partikularistischer als die Regierungen, und wenn es angegangen wäre, würde jeder Einzelne, um einen treffenden Ausdruck Karl Braun's zu gebrauchen, sich am liebsten seinen eigenen König gehalten haben unter der Bedingung, daß dieser bei ihm seine Reitstiefel oder seine Uniformstücke machen lasse. So kam es, daß nicht nur Stadt gegen Stadt, Provinz gegen Provinz und Ländchen gegen Ländchen Front machte, sondern daß sich auch Stadt und Land streng von einander abschlossen und in dieser Abgeschlossenheit eines das andere zu übervortheilen suchte. Es geschah gewissermaßen „auf allgemeines Verlangen“, daß nicht nur „zum Schutz der nationalen Arbeit“ Deutschland lange Zeit hindurch wie mit einer chinesischen Mauer umschlossen, sondern sogar „zum Schutz der lokalen Interessen“ innerhalb seiner eigenen Grenzen von einer Unzahl kleinerer „chinesischer Mauern“ durchzogen wurde.

Damals galt den Zünftigen schon die Hausnähterei fast als Verbrechen; das Waschen außer dem Hause wurde mit scheelen Augen angesehen, und ließ sich gar irgend ein Kleinstädter in der benachbarten größeren Residenz einen Rock machen, so war er der Feme seiner Mitbürger sicherlich verfallen. Wie würden erst die braven Kleinbürger erschrocken sein, wenn sie das klappernde Getöse der zahllosen Nähmaschinen hätten ahnen können, welche fünfzig Jahre später fast in allen deutschen Häusern sich eingebürgert haben! Bei solcher Kleinlichkeit und Engherzigkeit der Ansichten herrschte natürlich in diesen Kreisen ein entsetzliches Pfahlbürgerthum. Innerhalb der eigenen Kommune spielte so ein einigermaßen wohlhabender Schneider, zumal wenn er etwa gar Stadtverordneter war oder den Ehrgeiz hatte, es werden zu wollen, eine gar gewichtige Rolle und machte durch kleinliche Nörgeleien den Vätern der Stadt das Leben nach Möglichkeit sauer; aber damit hatte sein Interesse, seine wirklich aufrichtige Antheilnahme an den öffentlichen Vorgängen auch ihr Ende. Wollte man Worte für Thaten gelten lassen, so war der deutsche Kleinbürger und Handwerker jener Zeit allerdings ein ausgemachter Demokrat, so daß man sich nicht darüber wundern darf, daß ein Jahrzehnt später die ganze Polizeimacht auf Weg und Steg, daß Stadt und Dorf den „gefährlich“ gewordenen Handwerksburschen nachspürten, welche, wenngleich vom Geist der Zeit angekränkelt, jedenfalls für weit gefährlicher gehalten wurden, als sie es waren. Vieles, was heute Wirklichkeit ist, Gewerbefreiheit und Freizügigkeit

und sonstige werthvolle wirthschaftliche Güter, war während der zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts noch nicht einmal in der Theorie vorhanden. Die überkommene Ausschließlichkeit der Zünfte, die kastenartige Gliederung der Handels- und Gewerksverbände führte zu gegenseitiger Anfeindung und Verfolgung und wurde den davon Betroffenen durch den überall herrschenden Polizeidruck noch empfindlicher, so daß man es schließlich für das Beste hielt, sich stillschweigend mit dem Unabänderlichen abzufinden. Daß in den allerdings nicht sehr zahlreichen Nachbarstaaten, wo Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, richtige politische und wirthschaftliche Anschauungen seit längerer oder kürzerer Zeit Platz gegriffen, die Werthschätzung dieser Güter, trotz aller mit ihnen verbunden gewesenen Umgestaltungen und jähen Umwälzungen, sich behaupten konnte — sich dessen zu erinnern, fiel selten Einem ein.



Ansicht von Danzig.

In Frankreich, das während eines halben Jahrhunderts wol zwanzigmal seine Verfassung und fünfmal seine Dynastie gewechselt hatte, waren unter allen jenen Wandlungen die Grundsätze der Gewerbefreiheit und der Freizügigkeit unangetastet geblieben. Damit daß die Deutschen allein für unreif erachtet wurden, dieselben freiheitlichen Einrichtungen, welche allen aufstrebenden Staaten zum Segen gereichten, zu ertragen, daß seitens der Regierungen und der Regierten noch Jahrzehnte lang an diesem Wahne festgehalten werden konnte — haben sich die deutschen Staatsbürger und ihre Regierungen gegenseitig sozusagen das ärgste Armuthszeugniß ausgestellt. Leider war freilich unter den damals am Ruder stehenden deutschen Staatsmännern von freiheitlicher Richtung nicht einer klug, entschlossen und mächtig genug, um die Nation, wenn nöthig, selbst gegen ihren eigenen Willen, auf volkswirthschaftlich heilbringende Pfade zu leiten. Mit welchen Schwierigkeiten es verbunden war, gerade auf diesem Gebiete den ersten Schritt zu thun, das zeigt

deutlicher als alles Andere die in einem der nächsten Abschnitte zu behandelnde Geschichte der Gründung des deutschen Zollvereins, die Preußen, allerdings nicht ausschließlich aus rein wirthschaftlichem Interesse, in die Hand genommen hatte, die es aber erst nach unendlichen Mühen, nach Ueberwindung scheinbar unübersteiglicher Schwierigkeiten zu gedeihlichem Ausgang zu führen vermochte.

Dies vorauszuschicken, schien uns zur rechten Würdigung der Zustände im gesammten deutschen Staatsleben, vornehmlich aber auch zum Verständniß der in den neu erworbenen Provinzen obwaltenden Verhältnisse unerläßlich. Werfen wir nunmehr einen Blick auf jede einzelne dieser noch heute sogenannten „neuen Provinzen".

Preußens Entschädigungen. Durch den Wiener Kongreß war Preußen als Entschädigung für die verlorenen Provinzen und die im Befreiungskriege gemachten außerordentlichen Anstrengungen die Hälfte des Königreichs Sachsen, des Großherzogthums Posen nebst der Stadt Danzig, zu den früheren westfälischen Besitzungen mehrere neue, zu dem ehemaligen Königreich Westfalen gehörige, ferner das Großherzogthum Berg, das Herzogthum Jülich, der größere Theil der ehemals kurkölnischen und kurtrierischen Lande, Schwedisch-Pommern sammt Rügen und endlich der Rückempfang des Fürstenthums Neuenburg zugesprochen worden. Aus der Mannichfaltigkeit dieses Länderzuwachses und der so verschiedenartigen Lebensgewohnheiten, Ansprüche und Bedürfnisse ihrer Bevölkerungen macht sich einerseits die vorsichtig-unsichere Haltung der Regierung, andererseits die in den ersten Jahren nach 1815 bei jeglicher Gelegenheit hervortretende Abneigung und Mißstimmung ihrer Bewohner erklärlich. Es kam in letzter Beziehung noch hinzu, daß es sich um einen Uebergang von Bewohnerschaften handelte, die mit ihren bisherigen Verhältnissen gerade nicht unzufrieden gewesen waren.

Konnte es doch auch bezüglich der Charaktereigenheiten der Bewohner der alten und der neuen Provinzen kaum größere Gegensätze geben! Fassen wir nur einmal den Charakter der gemüthlichen, an Ordnung und Zucht gewöhnten Sachsen und Thüringer ins Auge, und dann wieder dort am Rhein der leichtlebigen, an das patriarchalische Walten des Krummstabes gewöhnten Rheinländer, denken wir weiterhin an die Bewohner der Ostseeküste, welche bisher das schwedische Regiment keineswegs als eine aufgedrungene Fremdherrschaft empfunden hatten, und erinnern wir uns endlich an die tief eingewurzelte Abneigung der Polen gegen alles deutsche Leben und Wollen! In der heute gut preußischen Stadt Danzig sprach man noch lange nach 1815 von dem tyrannischen Joche, welches der verhaßte Preuße der ehemaligen selbständigen Hansestadt auferlegt habe! —

Die wichtigste und in ihrer Eigenart und eigenartigen Zusammensetzung bemerkenswertheste unter den neuen Provinzen ist die Rheinprovinz, daher wollen wir dieser zuerst unsere Aufmerksamkeit zuwenden.

Die Rheinprovinz. Das Grenzland Rheinpreußen wird im Süden, auf der rechten Seite des vaterländischen Stromes, von den Ausläufern des Westerwaldes, wozu auch das Siebengebirge gehört, auf der linken Seite desselben von dem Hunsrück durchzogen; weiter gen Norden wird es von dem rauhen und öden Eifelgebirge, der hohen Veen und einem Seitenzuge der Ardennen durchschnitten. — Während die Bewohner der Eifel und des Sauerlandes unter Schweiß und Mühe dem Boden kaum die nothwendigsten Lebensbedürfnisse abzuringen vermögen, sind die Thäler des Rheins, der Mosel und der Nahe überaus fruchtbar. Hier reift in Fülle die Traube und gedeiht prächtiges Obst, und wo Wein und süße Frucht nicht gebaut und gezogen werden, zeugen wogende Korn- und Weizenfelder von dem Segen und Reichthum des Bodens.

Kann es da Wunder nehmen, wenn sich der Rheinländer dem Lebensgenusse leichter und fröhlicher hingiebt als etwa der schwerfällige Bewohner von Pommern? Das fröhliche Rheinland ist so recht die Stätte, wo Gesangs- und Volksfeste gedeihen. Wie sehr auch, um nur ein Beispiel anzuführen, die Karnevalsbelustigungen an anderen Orten, namentlich

in neuerer Zeit, zu Ehren gekommen — unerreicht steht der Kölner Karneval da, vielleicht der in seiner Art großartigste in ganz Europa! — Wer die herrliche Reise von Bingen nach Köln ausgeführt, wer an Bord des schnell dahineilenden Dampfbootes das sagenreiche Rheinthal mit seinen Ruinen, Schlössern, alten Kirchen und Baudenkmälern, mit seinen Weingeländen und den heiteren Bewohnern der Rheinufer geschaut hat, den wird man auf den wesentlichen Unterschied nicht hinzuweisen brauchen, der sich zwischen der hier lebenden Bevölkerung und den Bewohnern Posens sowie der Marken auf den ersten Blick kundgiebt. Fleiß und Betriebsamkeit des Volkes finden hier, von einzelnen kleineren Landstrichen abgesehen, allerorten in seltenem Maße ihre Rechnung.



Karneval in Köln.

Reich ist das Land an Mineralien aller Art und besonders an „schwarzem Golde", der werthvollen Steinkohle, während von dreißig und einigen Mineralquellen, welche dem Boden entspringen, ein guter Theil sich eines europäischen Rufes erfreut. Industrie und Fabrikthätigkeit hatten sich zum Theil bereits damals zu hoher Blüte entwickelt, namentlich die Baumwollengarn- und Zeugfabrikation im Wupperthale, die Seidenspinnerei und Weberei in Krefeld und Umgegend, die Tuchfabrikation im Aachener Bezirk. Hochberühmt sind die Klingen-, Eisen- und Stahlwaaren von Solingen und Remscheid, die Leinwandweberei der Gladbacher Gegend, die Lederfabrikation zu Malmedy und Vith, die Nadelfabrikation zu Aachen, Burtscheid und Stolberg.

Zur Zeit des Uebergangs der Rheinlande an Preußen ernährten die Schiffahrt und die Fischerei viel mehr Menschen als heute. Damals durchfurchten noch nicht Hunderte von Dampfbooten den vaterländischen Strom; als Reisegelegenheit diente das sogenannte „Marktschiff", das wöchentlich zwei oder drei Mal von Mainz nach Köln fuhr, und zahllose

Kahn- und Bootführer besorgten den Uferverkehr. Eine Menge Flöße fuhren — selbst von der Donau und vom Main her — hinab nach den Niederlanden und lieferten ein gut bezahltes Bauholz, vorzüglich aber ein gesuchtes Schiffbaumaterial; — die Rheinschiffahrt würde noch von viel größerem Belang gewesen sein, wenn nicht Zölle und lokale Erschwerungen ihrer Entwicklung im Wege gestanden hätten; machten doch die Zollbeamten und die Flußpolizei von Baden, Bayern, Hessen und Preußen dem geplagten Schiffer das Leben nach Möglichkeit sauer.

Unter den Provinzen der preußischen Monarchie ist die Rheinprovinz die westlichste und umfaßt ein Gebiet von 487 Quadratmeilen. Da sie bereits im Jahre 1815 gegen 2,300,000 Einwohner ernährte, so ist sie mit Recht immer den am besten bevölkerten Theilen des Königreiches beigezählt worden. In der Hauptsache setzt sie sich zusammen aus den Gebieten, über welche früher die geistlichen Kurfürsten von Köln und Trier herrschten, ferner aus eingetauschten Ländereien nassau-oranischer Fürsten sowie einer Anzahl Standesherrschaften, so Neuwied, Fürstenberg, Aremberg, Wittgenstein, Solms, Wildenburg 2c., den Gebieten der Reichsstädte Wetzlar und Aachen, Bezirken von Limburg und Theilen vormals französischer Departements (Rhein-Mosel, Wesel, des Forsts und Saar); Jülich, Kleve und Berg und einige Herrschaften, wie Homburg, Neustadt, Gimborn, befanden sich schon vor 1806 im Besitze von Preußen.

Als im Jahre 1806 der Rheinbund gestiftet wurde, waren auf Napoleon's Gebot aus vom ehemaligen Reichsgebiet abgetrennten rheinländisch-westfälischen Gebieten zwei neue Herrschaften, das Großherzogthum Berg und das Königreich Westfalen, gebildet und dem Rheinbunde zugesellt worden. Die schnell wechselnden Schicksale des letztgenannten Staates, des ephemeren Westfalens, sind dem Leser in der Hauptsache bekannt; es erübrigt also nur, vorübergehend auch einen Blick auf die Zustände des andern für kurze Zeit französisch-deutschen Fürstenthums zu werfen, über welches Murat, der Schwager Napoleon's, als Joachim Großherzog von Berg herrschte oder auch nicht herrschte, da der berühmte Reitergeneral sich während der Kriegsperiode fast ununterbrochen im Gefolge des Weltenstürmers befand und an seiner Stelle ihm meist durch seinen Herrn und Gebieter oktroyirte Beamte schalten und walten ließ.

Schon zu jener Zeit, als Bayern dort zeitweilig Fuß gefaßt hatte, war Düsseldorf Regierungssitz gewesen, von wo aus Kurfürst Maximilian Joseph nach bayerisch-gemüthlicher Weise seine niederrheinischen Lande regiert hatte. Nachdem der Imperator den Kurfürsten wegen dessen Verdienste um Aufrichtung der Napoleonischen Herrschaft in Deutschland zum König von Bayern befördert und mit ansehnlich vergrößertem Landbesitz ausgestattet hatte, waren gegen Arrondirungen in Süddeutschland die niederrheinisch-bayerischen Besitzungen an das Großherzogthum Berg gelangt. Dasselbe erstreckte sich nun, nachdem es außerdem durch die nassau-oranischen Grafschaften Siegen, Dillenburg, Diez und Hadamar, sowie durch die dazwischen liegenden reichsritterschaftlichen Gebiete vergrößert worden war, von der Ems und Ruhr den Rhein entlang bis zur Sieg und Lahn.

Mainz, Köln und Bonn nebst den zugehörigen Gebieten waren von vornherein unmittelbar zu Frankreich geschlagen worden, während andere Städte, wie Koblenz und Düsseldorf, Hauptorte des Großherzogthums Berg bildeten. Kassel war, wie wir wissen, die Hauptstadt des Königreichs Westfalen, Frankfurt gehörte dem in Aschaffenburg residirenden Fürsten Primas von Dalberg, dem Stimmführer Napoleon's im Rheinbunde.

Nach der Erhebung Murat's zum König von Neapel wurde, wie bekannt, das Großherzogthum Berg im Jahre 1810 zugleich mit anderen Gebietstheilen, unter ihnen nicht unbeträchtliche Stücke des Königreichs Westfalen, dem französischen Kaiserreiche einverleibt.

Wiewol gerade in den Rheinlanden am meisten das Wort gehört wurde: „unter dem Krummstabe ist gut wohnen“, wiewol auch im Laufe des achtzehnten Jahrhunderts von Seiten verständiger und aufgeklärter Kirchenfürsten manches Löbliche zum Besten ihrer Unterthanen

geschehen war, so lag hier doch noch viel mittelalterlicher Staub, Schutt und Moder aufgehäuft, dessen Hinwegräumung Napoleon nach der Einverleibung jener Gebiete in Frankreich mit gewohnter Energie in Angriff nahm. Alle Frohnden, Zehnten und sonstige Feudalabgaben wurden unentgeltlich aufgehoben und durch eine gerecht vertheilte Grundsteuer ersetzt; eine Menge von unnützen und schädlichen Privilegien kam in Wegfall, die Leibeigenschaft, das Lehnswesen wurden beseitigt. Durch die am 1. Januar 1810 erfolgte Einführung des nachmals immer mehr gewürdigten Napoleonischen Gesetzbuches, des „Code Napoléon", war die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens verfügt worden — es hatte freilich die Verfügung zunächst nur auf dem Papiere Geltung. Die Civilehe aber wurde sofort eingeführt, religiöse Duldung zum Gesetz erhoben. Ebenso waren die Klöster, die geistlichen und Ritterorden aufgelöst und die Ausübung politischer, bürgerlicher und wirthschaftlicher Rechte unabhängig gemacht worden von dem konfessionellen Bekenntniß.*)



Blick nach Düsseldorf vom Hofgarten aus.

Das Losungswort der früheren kleinstaatlichen Willkürwirthschaft: „Schlägst du meinen Juden, so schlag' ich deinen Juden", war gar bald in Mißkredit gerathen; Monopole und sonstige Hemmnisse in Handel und Wandel waren verschwunden; die Schlagbäume, welche bislang alle paar Stunden dem freien Verkehr den Weg versperrten, sanken nieder, sobald die kaiserlichen Behörden ins Amt traten; mit dem Anschluß der Rheinlande an Frankreich erreichten mit einem Male alle die bisherigen Zollplackereien ihre Endschaft.

Infolge der Entschiedenheit, mit welcher die Napoleonischen Beamten die Ausrottung langjähriger kleinstaatlicher Uebelstände sich angelegen sein ließen, fehlte es, zumal neben dem vielen Guten auch manches Schlechte und Drückende eingeführt wurde, dem neuen Regiment nicht an Widersachern aller Art. Viel böses Blut machte die strenge Durchführung der Edikte des Franzosenkaisers in Betreff der Kontinentalsperre, noch mehr Verdruß aber erregte die ganz unleidliche französische Spionirwirthschaft, vornehmlich das Treiben

*) Es war der „Code Napoléon" jedoch nicht allenthalben zur Geltung gekommen; in den ostrheinischen Landestheilen des Regierungsbezirks Koblenz galt das deutsche Recht, in Theilen des Regierungsbezirks Düsseldorf das preußische Landrecht.

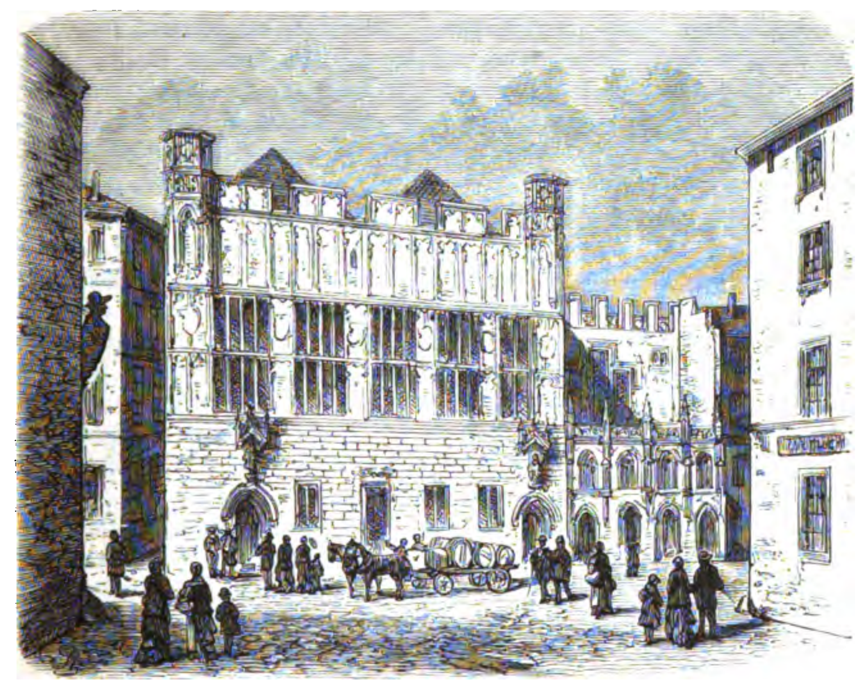
der französischen Postbeamten, welche an Stelle der Thurn und Taxis'schen Beamten getreten waren und nun ungescheut die verhaßten Polizeischergen des Imperators in ihrem Getriebe unterstützten. Am schlechtesten bei all diesen Wandlungen waren die zum größten Theil in österreichische Dienste getretenen Mitglieder des rheinisch-westfälischen Adels davongekommen; sie wußten ein Liedchen zu singen von der Willkürherrschaft Napoleon's, dessen Vertreter zudem in der Wahl ihrer Behelfe durchaus unbedenklich und nicht im mindesten skrupulös waren.

Gebaren der Napoleonischen Präfekten. Trotz alledem aber blieb es eine ausgemachte Sache, daß infolge des allerdings straffen und wol auch mehr oder weniger willkürlichen, aber im Großen und Ganzen doch wohlthätigen Schaltens der Sendboten des kaiserlichen Willens die Bewohner der französischen Rheinlande in materieller Hinsicht in vieler Beziehung emporgekommen waren. Zeigte ja einmal einer der auf dem Throne belassenen oder neu zum Throne beförderten Rheinbundsfürsten Neigung, der Weisung des Oberherrn zuwider und nach seinem eigenen Belieben zu verfahren, so wußte der Protektor des Rheinbundes gar bald ein deutliches Wort zu sprechen und seinen Anordnungen flugs Nachachtung und Gehorsam zu verschaffen. War man nun auch in den Rheinlanden mit manchen von den neuen Einrichtungen recht sehr unzufrieden, so wußte man doch andererseits die erlangte Verkehrsfreiheit, welche überall als eine große Wohlthat empfunden wurde, sehr wohl zu schätzen; noch lange Zeit danach versicherten die Leute, die Weinproduzenten hätten niemals bessere Geschäfte gemacht, nie höhere Preise erzielt als während des Napoleonischen Regimes, da ihnen für das edle Erzeugniß ihrer Weinberge ein großer und zahlungsfähiger Markt eröffnet gewesen sei.

Die französischen Präfekten hatten es sich, soweit das mit den nicht enden wollenden Forderungen ihres Herrn und Gebieters vereinbar war, angelegen sein lassen, allerorten den Wohlstand der Bevölkerung zu heben, und zugleich gewannen die Rheinländer, des Druckes der Feudal- und Priesterherrschaft entledigt, bald ein gewisses Selbstbewußtsein. Die Zeiten waren dahin, in denen die Unterthanen „in Demuth erstarben", wenn sie ihren Namen unter irgend eine Eingabe oder Vorstellung setzten. Die französischen Präfekten ertheilten, wenn auch meist kurz angebunden, einem Jeden die nachgesuchte Audienz just auch in demselben Sälchen, wo früher der „Prinz von Oranje" oder irgend ein anderer Duodezfürst die „allerunterthänigste Aufwartung seiner treugehorsamst ersterbenden Beamten und Unterthanen" entgegengenommen hatte. Wenn Napoleon seine Leute gut bezahlte und ihnen sonsthin in vielen Dingen freie Hand ließ, so erwartete er dagegen von ihnen tüchtige Leistungen und in allen wesentlichen Dingen den pünktlichsten Gehorsam, und so kam es, daß die Kürze und Sicherheit des französischen Geschäftsganges bald auch die Widerstrebendsten mit manchen Härten desselben versöhnte.

Der Uebergang der Rheinprovinz unter das preußische Scepter vollzog sich daher nicht so leicht wie jener der meisten übrigen neugewonnenen Landestheile. Wir haben schon in Vorstehendem erwähnt, aus welch mannichfachen Herrschaften und Elementen das werthvolle Grenzland Preußens nach Westen zu sich zusammenfügte. Wenn heute diese Provinz unter denjenigen Landen, die sich mit Recht einer gut deutschen Gesinnung rühmen, mit obenan steht, so war das in den ersten Jahren nach dem zweiten Pariser Frieden sicherlich nicht der Fall. Mochte es auch immerhin noch eine gute Anzahl Nassauer, Kölner, Kurtrierer, Westfalen, Sauerländer ꝛc. geben, die, wie es 1808 vielfach hieß, „lieber türkisch als französisch" sein wollten, so war damit doch keineswegs eine deutsche Gesinnung ausgesprochen. Gewiß sehnte sich der größte Theil der Einwohnerschaft der westlichen Mark, der von Jülich, Kleve und Berg mehr nach der Wiederkehr der Oranier, als nach der Einkehr der preußischen Herrschaft. Die Bewohner rühmten sich wol, holländisch oder nassauisch oder etwas Aehnliches zu sein, — ihrer deutschen Herkunft waren die allerwenigsten eingedenk.

Nicht viel besser stand es in anderen Gauen der Rheinprovinz; auch hier wäre jedes andere Regiment freudiger begrüßt worden, als das überaus unpopuläre, ja gefürchtete Preußens, wenngleich sich keineswegs behaupten läßt, daß die Leute etwa während der kurzen Zeit französischer Herrschaft gute Franzosen geworden wären. Denn so wenig sich die französischen Präfekten die Mühe hatten verdrießen lassen, die nöthig werdenden wohlgemeinten und in der Hauptsache zudem segensreichen Neuerungen dem Volke mit der Zeit genehm zu machen, so war ihnen dies keineswegs überall gelungen. Trotz aller aufgewandten gütlichen und gewaltthätigen Mittel war der Zopf des Herkommens schwer zu entfernen gewesen; es hatte das Unterste zu oberst gekehrt werden müssen, um die Rheinländer mit Frankreich in einigermaßen ersprießliche Beziehungen zu bringen und der Ueberzeugung bei ihnen Eingang zu verschaffen, daß ein ungehinderter Verkehr mit einem großen Verbrauchsgebiet den Wohlstand rascher und nachhaltiger zu fördern geeignet sei, als die Gunst eines geistlichen Hofes und die Macht des Krummstabes dies vermocht hatte.



Der Gürzenich in Köln.

Kölner Zustände. Nicht mit Unrecht hieß zu Anfang unseres Jahrhunderts der Rhein die „Pfaffengasse Deutschlands“; ließ sich doch mit einem gewissen Stolze sogar Köln das „deutsche Rom“ nennen. In Wirklichkeit war diese Stadt damals eine Art Paradies der Priester und der Bettler, aber — wie ein zeitgenössischer Memoirenschreiber sagt — die „Hölle der Menschen“. — Von 150,000 Einwohnern, die Köln im Mittelalter zählte, war es unter dem Krummstab auf 40,000 herabgekommen. Noch zur Zeit des Ueberganges des kurkölnischen Gebiets an Frankreich zählte man daselbst 58 wohlbesetzte und reich dotirte Klöster, nämlich 17 Männer- und 41 Frauenklöster. Vor der Franzosenzeit durfte dort kein Jude übernachten, und es war kein Protestant vor Mißhandlungen sicher. Wenn es früher sprichwörtlich hieß, „reich wie ein Kölner Tuchmacher“, so hatte dort die ehemals so blühende Industrie längst aufgehört, es gab dort keinen selbstbewußten Gewerbstand mehr. Unter den 40,000 Einwohnern der Stadt befanden sich nicht weniger als 12,000, welche der Almosen bedürftig oder als Bettler bekannt waren.

Ein Umblick in der einst so ansehnlichen Stadt bot Unerwartetes und Abschreckendes in Hülle und Fülle. Die Gassen waren schmuzig und verrottet, die verfallenen Stadtmauern schlossen eine Menge unbewohnte Steintrümmer ein. Dazwischen breiteten sich Kohl- und Weingärten aus, untermischt von Hütten aus Lehm und Stroh, wie man sie nicht schlechter auf dem unwirthlichen Westerwalde fand. In diesen, durch Misthaufen und Pfützen unterbrochenen Straßen trieb sich ein frecher Pöbel umher, dessen Unwissenheit und Rohheit sprichwörtlich geworden war. Dieses Volk, das sich noch immer selbstbewußt auf seine Eigenschaft als „Kölner" etwas zugute that, wußte nichts davon, durch welche Umstände die Vaterstadt so herabgekommen, wußte nicht, daß es hauptsächlich die fortwährenden Streitigkeiten und Uneinigkeiten zwischen dem Stadtregiment und den Erzbischöfen und späterhin der religiöse Fanatismus gewesen waren, die das stetige Herabsinken der einst so blühenden Stadt verschuldet hatten.

Was in dieser Beziehung von Köln galt, das galt in gewissem Sinne für einen großen Theil der Rheinprovinz überhaupt. Eine Art Verlotterung des Lebens war in den Rheinlanden eine allgemein bemerkbare Erscheinung. War doch das patriarchalische Regiment der ehemals reichsunmittelbaren Fürsten wie der zahllosen kleineren Grafen und Herren nicht um ein Jota besser als das Treiben der geistlichen Großen, ja nicht selten noch viel schlimmer, denn beispielsweise unter den Kurfürsten von Mainz gab es in der That manchen erleuchteten und mit aufrichtiger Theilnahme für das geistige und leibliche Wohl seiner Unterthanen sorgenden Herrn.

Ganz andern Schlages als das Gros der mit dem Eintritt der französischen Herrschaft meist alsbald ihrer Stellungen und Würden enthobenen Beamten der kleineren und größeren rheinisch-westfälischen Potentaten von 1804 waren die kaiserlichen Präfekten und deren Gefolge von Präfekturbeamten. Es waren zum Theil wirklich erleuchtete und welterfahrene Männer, welche namens des französischen Imperators während der Dauer der französischen Herrschaft das Regiment in den annektirten Landen zu führen hatten. Karl Braun, der bekannte Verfasser der „Bilder aus der deutschen Kleinstaaterei", theilt uns in einem seiner Essays, welchem wir in der vorstehenden Schilderung im Wesentlichen gefolgt sind, einige besonders bemerkenswerthe Stellen aus dem Erlasse eines solchen Beamten aus der Zeit der Fremdherrschaft mit. Es heißt darin unter Andern:

„Neben der Unbeschränktheit bei Erzeugung und Verfeinerung der Produkte ist Leichtigkeit des Verkehrs und Freiheit des Handels, sowol im Innern als mit dem Auslande, ein nothwendiges Erforderniß, wenn Industrie, Gewerbfleiß und Wohlstand gedeihen sollen, zugleich aber auch das natürlichste, wirksamste und bleibendste Mittel, sie zu befördern... Es ist unrichtig, wenn man glaubt, es sei für den Staat vortheilhaft, Sachen dann noch selbst oder im Inlande zu verfertigen, wenn man sie im Auslande wohlfeiler kaufen kann. Die Mehrkosten, welche die eigene Verfertigung verursacht, sind rein verloren und hätten, wären sie auf ein anderes Gewerbe angelegt, reichhaltigen Gewinn bringen können. Es ist eine schiefe Ansicht, man müsse in solchem Falle das Geld im Lande zu behalten suchen und lieber nicht kaufen. Hat der Staat Produkte, die er ablassen kann, so kann er sich auch Gold und Silber kaufen und es münzen lassen. — *Es ist nicht gerade nothwendig, den Handel zu begünstigen, er muß nur nicht erschwert werden.* — Der Regierungen Augenmerk muß also vor Allem dahin gehen, die Gewerbe- und Handelsfreiheit soviel als möglich zu befördern und darauf Bedacht zu nehmen, daß die verschiedenen Beschränkungen, denen sie noch unterworfen ist, abgeschafft werden." — Viele dieser Beamten sind in den Rheinlanden lange in gutem Andenken verblieben.

Wiederkehr der Kleinstaaten- und Polizeiwirthschaft. Die Mehrzahl der Kleinstaaten in Deutschland war im Jahre 1815 in ihrer früheren Pracht und Herrlichkeit wiederhergestellt worden. Die Potentaten hatten nun nichts Eiligeres zu thun, als selbst die tüchtigsten und brauchbarsten der bisherigen „Diener der Fremdherrschaft" zu entlassen

und an allen ihren Grenzen die kaum entfernten Schlagbäume und Zollschranken wieder aufzurichten; doch waren ihre Haus- und Landesfarben das äußerlich sichtbare Zeichen ihrer wiedererlangten Souveränität, deren Zurschautragen unter dem Rheinbundsprotektor ihnen ausdrücklich versagt geblieben war.

Jetzt freuten sie sich, des gestrengen Herrn und Gebieters wieder ledig zu sein. — Aber neben manchem leider verkannten Guten hatte ihnen Napoleon auch eine böse Erbschaft hinterlassen: die künstlich gepflegte Treibhauspflanze einer lebensunfähigen Industrie. Um die englischen Waaren und Erzeugnisse wirklich nachhaltig vom Kontinent zu verdrängen, hatte man Einheimische zur Errichtung von Fabriken, welche jene Erzeugnisse ersetzen sollten, ermuthigt. Als nun aber mit der Aufhebung der Kontinentalsperre die so lange künstlich oder gewaltsam zurückgehaltenen englischen Waaren das europäische Festland förmlich überfluteten und wegen der leicht erklärlichen Aufhäufung großer Vorräthe fast unter dem Werthe losgeschlagen wurden, da vermochte die kaum ins Leben getretene einheimische Industrie dieser Sturmflut nicht zu widerstehen. Die Fabrikation war nie recht lebensfähig gewesen und stürzte nun, als man ihr die künstlichen Stützen entzog, deren sie sich auf Kosten des Staates und der Konsumenten erfreut hatte, zum größten Theile zusammen. Dazu trat noch die von den zurückkehrenden oder des bisherigen Zwanges entledigten Landesherren alsbald in Angriff genommene Wiederherstellung einer Menge polizeilicher, zünftlerischer und sonstiger Erschwerungen auf dem Gebiete des handwerklichen Erwerbs wie der industriellen Arbeit, und die natürliche Folge war rasch überhandnehmende Verarmung, so daß sich Viele, die den Zusammenhang nicht begriffen, die Rückkehr Napoleon's und der Kriegszeiten geradezu herbeisehnten.

Die drückenden Folgen der Mißernten im Jahre 1817 und 1818 vergrößerten das allgemeine Unbehagen; an sich schon schlimm, wurde die Lage durch die Unterbindung des Verkehrs noch außerordentlich verschlimmert. An der östlichen Grenze Deutschlands kostete das Korn nicht die Hälfte von Dem, was man am Rhein dafür bezahlte. Zwar that die preußische Regierung ihr Möglichstes, um durch umfangreiche Aufkäufe von Ostseegetreide die Noth in den neuerworbenen westlichen Landestheilen zu mildern und sich damit zugleich etwas mehr Sympathien bei der dortigen Bevölkerung zu erwerben; aber diese Staatshülfe konnte doch, zumal die Regierung von allen Seiten mit Anforderungen bestürmt wurde, nur einem verschwindenden Bruchtheil der Nothleidenden zugute kommen. Die Unzuträglichkeiten der Kleinstaaterei und die Schädlichkeit des Systems der staatlichen und lokalen Absperrung traten hier so recht deutlich zu Tage. Ueberfluß und Mangel vermochten sich nicht einmal im Innern Deutschlands auszugleichen; der freie Verkehr der Rheinbundszeit war dahin — der Zollverein sollte erst zwei Jahrzehnte später ins Leben treten. So saßen denn die Rheinländer hinter ihren Schlagbäumen und nagten am Hungertuche. Ein Franzose machte damals die allerdings grausame, aber im Wesentlichen das Richtige treffende Bemerkung: „Die Deutschen sitzen in kleinen Kasten mit eisernen Gittern wie die Menageriethiere; sie können nicht mit einander verkehren, sondern nur einander hören, wenn sie vor Hunger sich gegenseitig anbrüllen."

Eine wohlgeleitete Presse, die, mit den heimischen Verhältnissen vertraut, in maßvoller Weise die ganze Größe der Drangsal darlegen und Vorschläge zur Abhülfe hätte machen können, gab es nicht; wenn ja einmal irgendwo ein freies Wort gesprochen wurde, so vermochten es die überängstlichen, schwarzsehenden und überall staatsfeindliche Regungen witternden Regierungsbeamten nicht einmal zu ertragen. In welcher Weise der in den Rheinlanden damals hochverehrte rheinische Patriot J. J. Görres in Koblenz davon betroffen wurde, haben wir oben bereits kurz angedeutet. Als dieser in dem von ihm herausgegebenen „Rheinischen Merkur" verschiedene Mißgriffe des Gouvernements und die gedrückte Stimmung der rheinländischen Bevölkerung in allerdings unliebsamer Weise zur Sprache gebracht hatte, war er der Regierung wie so viele Andere als Demagoge

verdächtig geworden, und seine im Jahre 1820 erschienene Schrift: „Deutschland und die Revolution" bot den geeigneten Anlaß, mit polizeilicher Verfolgung gegen ihn vorzugehen. Daß Görres sich der drohenden Kerkerhaft durch schleunige Flucht nach Straßburg zu entziehen wußte, wurde bereits erwähnt. Von dort wandte er sich später nach der Schweiz und weiterhin nach München, wo er, der frühere Gegner des Katholizismus und glühende Verherrlicher der französischen Revolution, sich in einen eifrigen Schleppträger der ultramontanen Geistlichkeit verwandelte und als Herausgeber der „Historisch-politischen Blätter" zu bedenklichem Rufe gelangte.

Kein Wunder, wenn im Hinblick auf die dargelegten Verhältnisse die leichter erregbaren als zu beschwichtigenden Rheinländer trotz aller auch ihnen von der französischen Herrschaft nicht ersparten Opfer sich bald fast allgemein nach derselben zurücksehnten. Doch war das nicht anders in der Rheinpfalz, wo in vielen bisher französisch gewesenen Städtchen sogar in den dreißiger Jahren noch mehr französisch als deutsch gesprochen ward. Verdrossen sahen sie nur die Schattenseiten des neuen Regiments; unter dem Eindruck dieser verschlossen sie sich der Würdigung dessen, was es Gutes bereits bewirkt hatte und noch zu vollbringen im Begriff stand, und nur widerwillig ließen sie die Maßnahmen der Einverleibung in ein ihnen von vornherein unsympathisches Staatsgefüge über sich ergehen. Dazu kam, daß gerade in der ersten Zeit nach Besitznahme der neuen Provinz preußischerseits Mißgriffe unterliefen, die, anfänglich entschuldbar und fast unvermeidlich, leider wenige Jahre später durch neue und größere wieder in unliebsame Erinnerung gebracht wurden. Vor Allem war die später eintretende Verfolgung der besten Männer des Landes, sobald sie in den Geruch entschiedener Freisinnigkeit gelangten oder durch Unabhängigkeitssinn verdächtig erschienen, nicht dazu angethan, die ohnehin widerstrebenden Elemente der Bevölkerung mit dem neuen Regiment auszusöhnen. —



J. J. Görres.

Noch manches Jahrzehnt sollte darüber hingehen, ehe sich die Rheinländer in die neuen Zustände hineinfinden konnten. Eine so andauernde Widerwilligkeit, an der ja zu einem Theile auch die ersten unangenehmen Eindrücke schuld sein mochten, wird erklärlich, wenn wir uns der außerordentlichen Verschiedenheit des Landes in Bezug auf Lage, Bodenbeschaffenheit, Nachbarschaft und geschichtliche Entwicklung, in Bezug auf Leben, Charakter und Beschäftigungsweise seiner Bewohner gegenüber den Zuständen in den Stammprovinzen des preußischen Herrscherhauses erinnern, wo zudem der Protestantismus herrschte, während in den Rheinlanden die Mehrzahl der Bewohner sich zum Katholizismus bekannte.

Noch in der Regierungszeit Friedrich Wilhelm's IV. zeigte sich die Rheinprovinz vielfach recht ungefügig und unbequem; namentlich wurde gerade von hier aus immer lauter und dringender der Ruf nach endlicher Herstellung verfassungsmäßiger Zustände erhoben und auf Erfüllung der gegebenen Zusage hinsichtlich der Gewährung von Volksrechten gedrungen. Andererseits ist aber auch nicht zu verkennen, daß vorzugsweise in der Rheinprovinz die meisten Schwierigkeiten zu Tage getreten waren, als man nach 1815 die Lösung der Verfassungsfrage in Angriff zu nehmen beabsichtigte. —

Rascher und unter geringeren Schwierigkeiten ging die Einverleibung der übrigen neugewonnenen Landestheile und ihre feste Einfügung in den preußischen Staatsorganismus von statten.

Provinz Sachsen. — Der Preußen zugesprochene Theil des Königreichs Sachsen betrug 367 ½ Quadratmeilen mit 864,000 Einwohnern. Schon während der Kriegsstürme des Jahres 1815 waren hier preußischerseits manche Verbesserungen im Innern vorgenommen worden. Die folgende Friedenszeit wurde von Friedrich Wilhelm benutzt, der neuen Provinz alle Wohlthaten einer guten, wohlgeordneten und wohlwollenden Verwaltung und jede Unterstützung zur Hebung ihres Wohlstandes zutheil werden zu lassen. Da hier besonders starke provinzielle Eigenthümlichkeiten nicht zu überwinden waren, so bequemten sich die Bewohner den preußischen Einrichtungen leichter an und gingen viel schneller und vollständiger als die Rheinländer in den Gesammtstaat Preußen auf.

Provinz Pommern. Auch die Bewohner des ehemaligen Schwedisch-Pommern und der Insel Rügen fanden sich um so rascher in die neuen Verhältnisse, als sie mit ihren preußisch-pommerschen Nachbarn immer im innigsten Verkehr gestanden und seit Jahrhunderten mit ihnen so manche Stürme, Freud' und Leid durchlebt hatten.



Bewohner der Provinz Sachsen.

Provinz Posen. Anderes nehmen wir wahr, wenn wir unsere Blicke auf Posen richten, das früher einen Theil von Großpolen bildete. Bei der ersten Theilung Polens 1772 gelangte der sogenannte Netze-Distrikt, bei der zweiten 1793 der übrige Theil von Posen an Preußen; dieser und der ganze südliche von der Weichsel bis Warschau sich hinziehende, bei der dritten Theilung Polens von Preußen erworbene Landstrich wurde „Südpreußen“ genannt. Seit 1807 zu dem Herzogthum Warschau gehörig, fiel Posen auf Grund der Kongreßakte wieder an Preußen zurück.

Die Provinz hat einen Flächeninhalt von 536 Quadratmeilen und zählte im Jahre 1815 etwa 1,125,000 Einwohner. Das Land ist im Allgemeinen eben, zum Theil fruchtbar, vornehmlich an beiden Seiten der Warthe, im Netze- und Obrabruche. Der Boden liefert Getreide, Hülsenfrüchte und Flachs, die beträchtlichen Waldungen Holz in Menge. Die Industrie lag in den ersten Jahrzehnten nach der Besitzergreifung des Landes vollständig im Argen und war über die ersten schwachen Anfänge ihrer Entwicklung kaum hinaus. — Am widerhaarigsten unter den Bewohnern zeigte sich der zahlreiche Adel, dessen kleinster Theil reich und dessen größter durch üble Wirthschaft verkommen und verarmt war. Wie viel auch hier durch Preußen zur Hebung des Verkehrs und zur Förderung der Volksbildung geschehen ist, so geringe Anerkennung hat die preußische Verwaltung gerade in diesem Theile des Königreiches geerntet; doch würde man sich sehr täuschen, wenn man glauben wollte, daß die große Masse des Volkes sich unmittelbar nach dem Uebergang des Landes an Preußen so ablehnend verhalten hätte, wie dies heut zu Tage

infolge des üblen Einflusses des katholischen Klerus der Fall ist. — Damals empfing die gleiche Gastlichkeit den polnisch-, wie den deutschredenden Nachbar; und wenn sich Veranlassung bot, eine Hochzeit oder eine sonstige Feierlichkeit im Hause des Polen mit zu begehen, so nahm der deutsche Stadtbürger oder Gutsherr oder ländliche Nachbar gern und zumeist auch als gern gesehener Gast daran Theil; auch haben sich die polnischen Regimenter in Schleswig-Holstein wie in Böhmen und Frankreich an Tapferkeit und Zuverlässigkeit ihren deutschen Waffenbrüdern durchaus ebenbürtig erwiesen.

Wenn nun, wir wiederholen es, die Spannung zwischen Polen und Deutschen in den ersten Jahrzehnten keineswegs in der gegenwärtigen Schroffheit bestand, die Polen aber dennoch ungeneigt sich zeigten, so ganz in den preußischen Staat aufzugehen, vielmehr fortfuhren, die derzeitigen Zustände als abänderliche zu betrachten, so liegt dies in der Geschichte und in dem Charakter dieses Volkes nicht weniger als in den obwaltenden Verhältnissen begründet.



Flissen und Dschimken auf der Weichsel.

Rußland war damals noch nicht in dem Maße abgeschlossen, wie es heute der Fall ist, und die Bewohner der preußisch-polnischen und russisch-polnischen Landestheile standen mit einander in lebhaftem, ziemlich ungehindertem Verkehr. Das benachbarte, unter dem russischen Scepter stehende Königreich Polen erfreute sich aber bereits seit 1818 einer Art Landesvertretung, es besaß eine selbständige Verwaltung, die vollkommene Unabhängigkeit seiner Gerichte war ausgesprochen worden, und ein Vicekönig führte an Stelle des Zaren das Regiment im Lande. Freilich fand Alexander I. infolge der sich stetig steigernden Forderungen der mit dem Gewährten bald nicht mehr zufriedenen Polen schon nach wenigen Jahren Anlaß, die gemachten Bewilligungen zu bereuen, doch bestand immerhin die verliehene Verfassung bis zur Mitte des dritten Jahrzehnts ziemlich unangetastet fort, während in Preußen die Verheißungen von Kalisch fortgesetzt unerfüllt blieben. Kein Wunder also, wenn die polnischen Bewohner der Provinz Posen nach Warschau hin ihre Blicke gerichtet hielten und den Stammesbrüdern unter russischem Scepter größere Sympathien zuwendeten als der preußischen Bureaukratie.

So sah es in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts in den neugewonnenen Provinzen des preußischen Staates aus. Werfen wir nun noch einen flüchtigen Blick auf die Zustände, die sich unmittelbar nach den verheerenden Kriegsjahren in den preußischen Stammlanden herausgebildet hatten.

Wol die größten Opfer bei Abschüttelung der Fremdherrschaft hatte die Provinz Preußen gebracht. Und doch erholte man sich hier trotzdem verhältnißmäßig rascher als anderswo von den Bedrängnissen der Kriegsjahre. Hier stand der schöpferische und unermüdlich thätige Minister von Schön an der Spitze der Verwaltung.



Polnische Bauernhochzeit.

Die Erfahrungen, die er schon als jüngerer Beamter in der Provinz gemacht hatte, standen dem landeskundigen Staatsmann wegeebnend zur Seite, und es gelang ihm, die während des letzten Jahrzehnts völlig ausgesogenen und verarmten Landestheile zu einer Kulturhöhe empor zu bringen, deren bis heute die Landesbewohner eingedenk geblieben sind, und welche, in Anbetracht des meist unfruchtbaren Bodens des Landes, für andere Provinzen ein nachahmungswürdiges Beispiel darstellte.

Auch in dem viel heimgesuchten Schlesien waren Wunden genug zu heilen. Die beim Beginn der Revolutionskriege eben in gedeihlichem Aufblühen begriffen gewesene Gewerbeindustrie, vornehmlich die Garnspinnerei und Leinwandweberei, vermochte sich nur mühsam wieder zu erholen, ebenso die Verarbeitung der Wolle sowie der Betrieb des Bergbaues; auch Viehzucht und Ackerbau lagen in dem erschöpften Land vielfach danieder. Doch waren, hauptsächlich wol infolge der reichen natürlichen Hülfsquellen des größeren Theiles der Provinz und unter dem Einfluß einer wohlgeordneten Verwaltung, welche der unter dem früheren Minister von Hoym üppig emporgewucherten Korruption

gründlich ein Ende gemacht hatte, die hier herrschenden Zustände noch verhältnißmäßig erträglich zu nennen. Ein frischerer Sinn und ein richtiges Verständniß für die in den Tagen der Noth angebahnten Reformen hatten sich zunächst erst in Breslau zu regen begonnen, wo auch ein regeres Geistesleben Platz gegriffen und die Pflege von Kunst und Wissenschaft in dem gebildeten Bürgerstande, namentlich in den Patrizierfamilien der Provinzialhauptstadt, eine Stätte gefunden hatte. Im Uebrigen lebte, wie der Bürger nur zu seinesgleichen hielt, auch der Landadel ziemlich abgeschlossen für sich, nicht zum Vortheil seiner Entwicklung, da in dem engen Kreise, in welchem er sich bewegte, sein Gesichtskreis nur zu häufig ein beschränkter blieb.

Der Bauernstand war in seiner großen Mehrheit stumpfsinnig und schwerfällig und keineswegs sich allseitig der Vortheile bewußt, die ihm aus der Befreiung von der früheren Erbunterthänigkeit erwachsen mußten. Doch hatte — eine Erscheinung, die seit der Einführung der neuen, jedes waffenfähige Landeskind zum Militärdienst heranziehenden preußischen Wehrverfassung je länger je mehr zu Tage trat — bei einem großen Theile gerade der Landbevölkerung die im Heeresdienste durchgemachte strenge Schule bereits ihren wohlthätigen Einfluß zu äußern begonnen; gar Manchen hatte sie aus seiner Trägheit aufgerüttelt und durch die Erweckung der schlummernden Geisteskräfte ein neues, belebendes Element unter die bisher in stumpfer Gleichgültigkeit dahin lebende große Masse des Landvolkes gebracht.

Der Leser, welcher der vorstehenden Schilderung der Zustände und Stimmungen in den neugewonnenen Provinzen mit Aufmerksamkeit gefolgt ist, wird nunmehr in der Lage sein, selbst zu ermessen, welche Schwierigkeiten sich der Ausarbeitung und Verleihung einer einheitlichen, den verschiedenartigen Ansprüchen aller Theile des preußischen Staates entsprechenden Reichsverfassung entgegenstellten; er wird, wenn er zudem den Charakter des Königs Friedrich Wilhelm III. und seine fast peinliche Gewissenhaftigkeit, nichts zu thun, von dessen wohlthätigem Erfolg für seine Staaten er nicht auf das Allerbestimmteste überzeugt war, in Betracht zieht, es begreiflich finden, wenn dieser unter dem Einfluß einer immer entschiedener zur Geltung gelangenden Rückschrittspartei wieder und immer wieder vor dem entscheidenden Schritte zurückschreckte und die endliche Erfüllung seines Versprechens, an welches er sich gleichwol bis an sein Lebensende gebunden hielt, schließlich seinem Nachfolger auf dem Throne überließ. Es soll damit allerdings keineswegs gesagt werden, daß die Ueberwindung aller jener Schwierigkeiten, die sich der Verleihung einer einheitlichen Reichsverfassung entgegenstellten, unmöglich gewesen wäre.

Zieht man noch in Betracht, welche Mühe man fortgesetzt von außenher aufwandte, das Verfassungswerk zu hintertreiben und seine Förderer zu verdächtigen, wie man von Wien aus sich in den unziemlichsten Ausdrücken gegen die wortgetreuen Fürsten erging, was Alles dem Könige hinterbracht wurde — Gentz durfte es wagen, von dem verehrungswürdigen Großherzog Karl August von Sachsen-Weimar als dem „Oberburschen von Weimar“ zu sprechen, auch das Thun des Königs Wilhelm von Württemberg ward in Wien stark beargwöhnt —, so wird man Friedrich Wilhelm's Zögern, seine gegebene Zusage zu erfüllen, um so eher begreiflich finden. Metternich selbst schürte gelegentlich persönlicher Unterredungen mit dem Könige die in dessen Seele glimmenden Verdachtsfunken zu Flammen an. Es ward demselben mit Feinheit auseinander gesetzt, wohin die Verfassungsfreunde, Revolutionäre und Demagogen steuerten, daß aber sicherlich die Vereinigung Deutschlands in „einen einzigen, nicht in seine Bestandtheile getrennten Körper“ — das Ziel und die Grundlage der Verbrüderung der deutschen Umsturzmänner — die Fürstenmacht in ihren Grundfesten erschüttern müsse. Wenn es Metternich nach und nach gelungen war, sich des ganzen Denkens und Trachtens des Kaisers Alexander zu bemächtigen, darf es da Wunder nehmen, daß König Friedrich Wilhelm ebenfalls bereitwilliger sein Ohr den Vorstellungen eines Mannes öffnete, der sich rühmen durfte,

„ganz Europa zu regieren"? Der König kann freilich trotzdem nicht von der Mitschuld an dem Nichtzustandekommen der Verfassung, an der Nichterfüllung seiner Zusage freigesprochen werden. Leider fuhr er fort, seinem Volke zu mißtrauen und den Schwarzsehern unter den Diplomaten und seinem Hofadel mehr Glauben zu schenken, als es für des Landes Zukunft heilsam war. Er räumte ein zu großes Gewicht den unberechtigten Ansprüchen einer Partei ein, die mit der Verweisung auf altes Herkommen ein gewisses Anrecht auf Bevorzugung begründen zu können glaubte.

Immerhin war, wie die Verhältnisse lagen, zögernde Vorsicht bei der Verleihung einer Verfassung für den Gesammtstaat Preußen gerechtfertigt; denn der Staat, welcher seiner Mission, die Einheit Deutschlands zu begründen, nachkommen wollte, mußte vor Allem selbst ein geschlossenes Staatsganze bilden. Für die verschiedenen Staatsglieder, für Altmärker und Sachsen, Westfalen und Rheinländer, Schlesier und Polen gab es zunächst nur einen einigenden Mittelpunkt — das Königthum der Hohenzollern. Eine gemeinsame Volksvertretung konnte an den großen Aufgaben des Staats erst dann erfolgreich mitwirken, wenn durch eine einheitliche, zielbewußte Verwaltung und auf dem Wege der Volkserziehung die Pfade geebnet waren. Aber jene durchaus angemessene Vorsicht artete in diesem Falle in schädliche Schwäche aus, und in dieser Schwäche, nicht in einem bewußten Zurücktreten des Königs, welcher — wir müssen es immer wiederholen — von vornherein mit dem ernsten Willen, sein Versprechen einzulösen, erfüllt war, liegt dessen Verschulden. Die Rückschrittspartei, welche einen kaum zu überschätzenden Rückhalt an dem Leiter der österreichischen (und bis zu einem gewissen Punkte der europäischen) Politik hatte, verstand es die Schwäche des Königs nur zu wohl zu benutzen und auszubeuten, und so war es gekommen, daß Preußen statt der verheißenen einheitlichen Reichsverfassung nur Provinzialverfassungen — und auch diese nur mit sehr beschränktem Wirkungskreis — für die einzelnen Provinzen erhielt, daß Preußen noch ein volles Vierteljahrhundert unfertige und nach keiner Seite hin völlig befriedigende Zustände sich gefallen lassen mußte, bis endlich unter Stürmen und Unruhen das Jahr 1848 die Erfüllung Dessen brachte, was bei entschiedenem Wollen in Ruhe und Frieden und in angemessenerer Form schon viele Jahre früher dem preußischen Volke hätte gewährt werden können und müssen.



Oberschlesische Trachten.

Die Provinzialverfassung.

Wir haben das Zustandekommen der Provinzialverfassung bis zum Augenblick ihrer Veröffentlichung und formellen Einführung verfolgt, wir haben auch der lebhaften Antheilnahme des Kronprinzen, des späteren Königs Friedrich Wilhelm IV., an der Ausarbeitung derselben gedacht. Es erübrigt nur noch, einen Blick auf ihre wesentlichsten Bestimmungen sowie auf ihre Wirksamkeit, die nach dem oben Gesagten allerdings nur eine sehr beschränkte und geringfügige sein konnte, zu werfen.

Die Verleihung der Provinzialverfassung für die Mark Brandenburg, die Niederlausitz, die Provinzen Preußen und Pommern sammt Rügen erfolgte, nach den vorgängigen allgemeinen Gesetzen vom 5. Juni und den besonderen Bestimmungen vom 1. Juli, am Geburtstage des Königs, am 3. August 1823; am 27. März 1824 wurde sie dann auch für die übrigen Landestheile, für Schlesien, Glatz und die Oberlausitz, für die Rheinprovinz sowie für die Provinzen Sachsen, Posen und Westfalen veröffentlicht und eingeführt. Die verordneten Provinzialstände setzten sich zusammen aus drei Ständen, nur in Schlesien, Sachsen, Westfalen und der Rheinprovinz aus vier Ständen, und zwar bei drei Ständen aus den Standesherren (Fürsten und Herren und Ritterschaft), den Städten und dem bäuerlichen Stande, wogegen bei vier Ständen sich Standesherren und Ritterschaft getrennt hielten. Die Wahl zu diesen Provinzialständen erfolgte auf sechs Jahre, mit der Bestimmung, daß alle drei Jahre die Hälfte der Gewählten ausscheiden sollte. Bei dem Bauernstande war die Wahl eine indirekte. Die Provinziallandtage sollten alle zwei Jahre einberufen werden, insofern hinreichende Veranlassung dazu vorlag. Der Vorsitzende jedes Provinziallandtages war der Landtagsmarschall, der gleich seinem Stellvertreter von dem Monarchen aus den Abgeordneten des ersten Standes für die Zeit vom Beginn des Landtages bis zu der Eröffnung des nächstfolgenden ernannt wurde. Die Mittelsperson zwischen dem König und den Ständen war der königliche Landtagskommissarius. Die Mitglieder und Abgeordneten aller Stände einer Provinz verhandelten über die ihnen vorgelegten Gegenstände gemeinschaftlich. In solchen Fällen aber, wo die Interessen der Stände einander gegenüber traten, fand eine Sonderung in Theile statt, sobald zwei Drittheile der Stimmen eines Standes, welcher sich durch den Beschluß der Mehrheit verletzt glaubte, darauf drang. Es verhandelte dann die Versammlung nicht mehr in ihrer Gesammtheit, sondern nach einzelnen Kurien. — Die Abgeordneten erhielten Reiseentschädigung und Diäten.

Die Provinzialstände, welche das gesetzmäßige Organ zur Kundgebung der Wünsche und Bedürfnisse der verschiedenen Stände in jeder Provinz bildeten, hinterließen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit, die schon von den Zeitgenossen als sehr gering angeschlagen wurde, kaum Nennenswerthes in der Erinnerung des nachfolgenden Geschlechts. Sie konnten sich auch schon um deswillen des rechten Vertrauens im Lande nicht erfreuen, weil die Sitzungen nicht öffentlich waren, und weil Das, was aus ihren Verhandlungen durch den Druck bekannt gemacht wurde, der Oberaufsicht des königlichen Landtagskommissarius unterlag. Auch Das, was die zur Berathung wichtiger Regierungsvorlagen von dem Landtagsmarschall, sowie für die Geschäfte der laufenden Verwaltung von dem Landtage selbst bestellten Ausschüsse zu Stande brachten, genügte nicht, um das Institut der Provinzialstände populärer zu machen und in besseren Kredit zu bringen. — Dabei bestanden in der Altmark, der Kur- und Neumark laut Verordnung (vom 17. August 1825), in der Niederlausitz (vom 18. November 1826), in der Oberlausitz (laut Provinziallandtagsabschied vom 2. Juni 1827), in Pommern (vom 17. August 1825) besondere Kommunallandtage, welche, ähnlich wie die Provinziallandtage zusammengesetzt, alljährlich in Sachen der Kommunalangelegenheiten berietheen, namentlich die Geschäfte der Landarmen-, Taubstummen-

und Irrenanstalten, des Feuerversicherungs-, des Grund-Steuer- und Schuldenwesens wahrzunehmen und — unter gewissen Beschränkungen — auch selbst zu verwalten hatten.

Weiterhin wurden in einzelnen landräthlichen Kreisen der Monarchie in den Jahren 1825—1828 **Kreisstände** eingeführt. Hierbei war jeder Besitzer einer Standesherrschaft oder eines landtagsfähigen Ritterguts des Kreises zur Stimmenabgabe berechtigt; die Städte und Landgemeinden aber waren auf dem Kreistage durch Deputirte vertreten. Vorsitzender der Versammlung war der **Landrath**, welcher die Kreisstände wenigstens einmal im Jahre zusammenzuberufen hatte, wogegen die Kreisstände Antheil nahmen an den Wahlen der Landrathsamtskandidaten, was in einzelnen Kreisen durch die Rittergutsbesitzer allein, in anderen Landestheilen durch die gesammten Kreisstände bewirkt wurde. Die Wählbarkeit znm Landrathsamt war vom Besitze eines gewissen Grundeigenthums abhängig. In den östlichen Provinzen konnten nur Rittergutsbesitzer dazu gewählt werden, während in Westfalen und den Rheinlanden sich die Wahl auch auf andere notable und geschäftskundige ländliche Grundbesitzer richten konnte.

Aus der Reihe der drei vorgeschlagenen Kandidaten ernannte der König jedesmal einen. — Den Kreisversammlungen war endlich die Wahl der Kreisdeputirten, der Amtsgehülfen und Stellvertreter des Landraths übertragen worden, welche gleichfalls aus Grundbesitzern zu erküren waren und außerdem in ihren Aemtern von der Regierung bestätigt werden mußten. Auch die Kreistagsbeschlüsse wurden veröffentlicht, doch bedurften sie zu ihrer Durchführung in der Regel der Genehmigung der Regierung. Die Kreisstände waren bei allen auf die Kreisbedürfnisse sich beziehenden Abgaben, Leistungen und Naturaldienften zu hören. Dieselben prüften ferner die Rechnungsvorlagen über alle hierzu verwendeten Gelder, wählten die zur Verwaltung der Kreiskommunalangelegenheiten erforderlichen Beamten u. s. w.

Die **Gemeindeverfassung** für die preußische Monarchie trat erst in den sechziger Jahren ins Leben. — Die Wahrnehmung der Interessen der Städte erfolgte durch den resp. die Bürgermeister oder den theils besoldeten, theils unbesoldeten **Magistrat** und die die Thätigkeit derselben in allen wichtigeren Angelegenheiten kontrolirende **Stadtverordnetenversammlung**. Auch hier war die Wahl auf sechs Jahre giltig; alle zwei Jahre hatte ein Drittheil der Mitglieder auszuscheiden, und die Ausscheidenden waren durch neue Wahlen zu ersetzen. Die Stadtverordneten beschlossen über alle Gemeindeangelegenheiten, soweit dieselben nicht ausschließlich dem Magistrat oder dem Bürgermeister überwiesen waren.

Damals bestand noch hinsichtlich der **Verfassung der Landgemeinden** die Einrichtung, daß die Rittergüter zur Bildung von selbständigen, den Gemeinden gleich zu achtenden **Gutsbezirken** berechtigt waren. In den östlichen Provinzen und in Westfalen nahm der Gemeindevorsteher, Schulze, Amtmann oder Dorfrichter, die ländlichen Angelegenheiten wahr unter Mitwirkung einer **Gemeindeversammlung**, deren Mitglieder gleichfalls auf. sechs Jahre gewählt wurden.

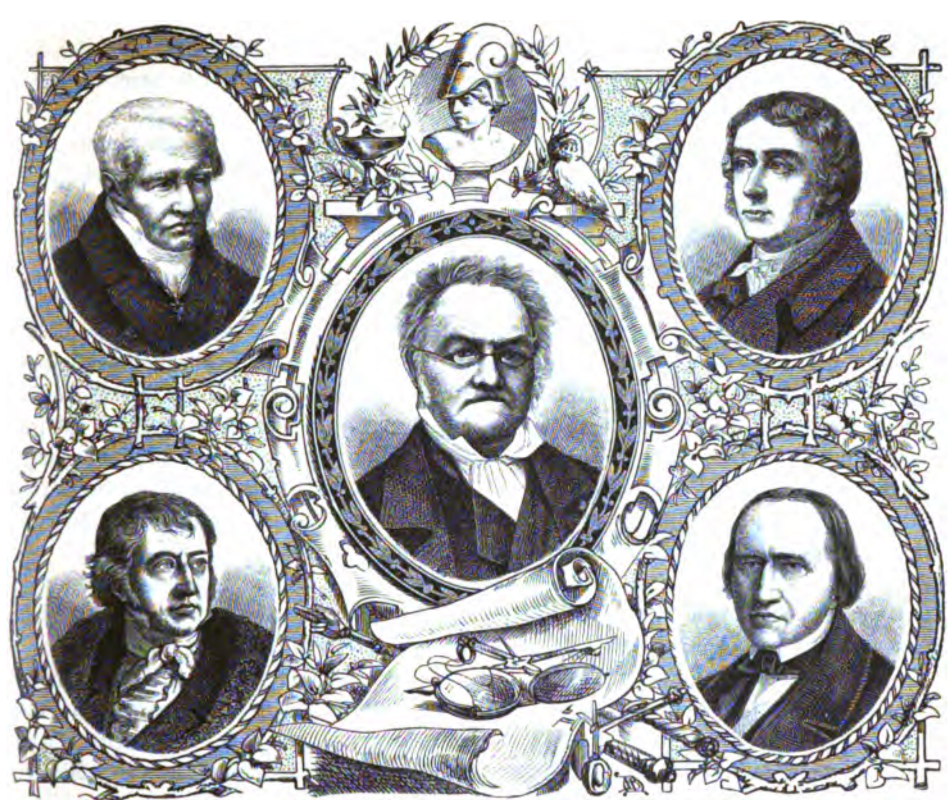
Man sieht hieraus, daß es an Interessenvertretung der Stände und selbst an einer allgemeinen Vertretung der Provinzialinteressen im Grunde nicht gefehlt hat. Aber im Großen und Ganzen waren Land und Leute an Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten noch zu wenig gewöhnt; das Interesse, welches den gegenwärtig bestehenden Landtagen entgegen gebracht wird, fehlte in höchst bedauerlicher, aber sehr wohl erklärlicher Weise den Provinziallandtagen, so daß sich auf deren Wirksamkeit bedeutungsvollere Rückblicke nicht thun lassen. Ausschlaggebendes vermochten diese schon wegen ihrer beschränkten Befugnisse und ihres eingeengten Geschäftsganges nicht zu leisten. Im Allgemeinen gelangten sie überhaupt über den schon betonten Gesichtspunkt der Interessenvertretung nicht hinaus, und daß es dabei — zumal mit Rücksicht auf die höchst ungleichmäßige Vertheilung der Stimmen und die einseitige Bevorzugung des grundbesitzenden Adelsstandes — an scharfen

Gegensätzen nicht gefehlt hat, bedarf kaum der Erwähnung. Das Vorwiegen des Adels in den Provinziallandtagen war in der That so übermäßig stark, daß schließlich die freisinnigeren bürgerlichen und auch die bäuerlichen Kreise, der vergeblichen Arbeit müde, sich mehr und mehr der Theilnahme an den unerquicklichen Verhandlungen enthielten und in der Erwartung einer besseren Zeit, welche auch ihnen volle Genugthuung widerfahren lassen werde, der bei geschlossenem Auftreten ohnehin stets den Ausschlag gebenden Adelsvertretung nur zu viel freies Spiel ließen.

Trotz der Vorenthaltung einer allgemeinen Reichsverfassung blieb die preußische Staatsverwaltung — Dank der Energie und Tüchtigkeit ihrer hervorragendsten Leiter, die, wenngleich in Verfassungsfragen reaktionär gesinnt, doch um die materielle Hebung des Landes und seiner Bewohner mit eifriger Sorge erfüllt waren — an Leistungsfähigkeit hinter den konstitutionell regierten Staaten in Mittel-, Süd- und Westdeutschland nicht zurück, was wir bereits mehrfach hervorhoben. Im Gegentheil, gerade in letzteren, wo Verfassungskämpfe und kleinliche Streitigkeiten zwischen den Regierungen und den Landesvertretungen sich an der Tagesordnung hielten, fanden manche Verbesserungen, die in Preußen — freilich ohne der Regierung von Seiten der in gerechtem Unmuth verharrenden Bevölkerung großen Dank einzutragen — mit regem Eifer in Angriff genommen wurden, langsamer oder gar nicht Eingang.

Jene durch die mangelnde Gewohnheit der Handhabung konstitutioneller Rechte erklärlichen und entschuldbaren unfruchtbaren Verfassungsstreitigkeiten und Konflikte in den mittel- und süddeutschen Staaten gaben denn auch den Verächtern der konstitutionellen Staatsform nur zu bald scheinbar begründeten Anlaß, dieselbe als einen lästigen und unnützen „Luxus oder Prunk des modernen Staatslebens“ zu bezeichnen, als „ein dem Volke überlassenes politisches Spielzeug“, das man höchstens „als Sicherheitsventil zur Ablenkung von Mißvergnügen aller Art“ gelten lassen dürfe. So viel aber steht, wie die Folgezeit lehrte, fest, daß Diejenigen schließlich Recht behielten, welche immer wieder darauf zurückkamen, daß das Volk nun einmal jenen „Prunk“ durchaus nicht entbehren wolle, daß es denselben keineswegs als eine Last ansähe, und daß für eine Einrichtung, welche von den Bayern, Schwaben, Badensern, Sachsen, Hessen und Thüringern ertragen und gern ertragen wurde, wahrlich auch der deutsche Michel am Rhein, in der Mark, Pommern, Schlesien und Preußen nicht zu schwach sein werde. In parlamentarischen Kämpfen, meinten die Verfassungsfreunde, werde er zuverlässig auch seine Vollkraft darthun; habe sich der preußische Staatsbürger tüchtig und würdig zum Ertragen einer Wehrverfassung gezeigt, welche den Unterthanen fortwährend außerordentliche Opfer auferlege, so dürfte er wol auch als werth und reif zur Uebung der Pflichten und Rechte verfassungsmäßiger Zustände anzusehen sein.

Daß nach der Verleihung der Provinzialverfassungen noch ein volles Vierteljahrhundert dahinging, ehe dem preußischen Volke in seiner Gesammtheit das Erstrebte zutheil wurde, ist weiter oben bereits angedeutet worden. Es war eine schwere Zeit für die Freiheitsfreunde, und Mancher von ihnen hat während derselben, an der Möglichkeit des Erfolges verzagend, auf die Erfüllung seiner Hoffnungen verzichtet, Mancher ist unter den unausgesetzten Verdächtigungen und Verfolgungen der Fahne untreu geworden, die er als Jüngling in Begeisterung hoch gehalten hatte. Aber Viele haben auch im Jahre 1848 als gereifte Männer wieder in erster Reihe gestanden; sie bildeten den festen Kern und Mittelpunkt, um welchen sich die zahlreichen Gleichgesinnten der jüngeren Generation scharten, sie waren es, welche der entscheidenden Bewegung jenes Jahres den idealen Charakter wahrten.



Alexander von Humboldt. Karl Ritter. Berthold Georg Niebuhr.
Georg Wilhelm Friedrich Hegel. Friedrich Karl von Savigny.

Drittes Buch.

Wiederaufblühen von Kunst und Wissenschaft unter Friedrich Wilhelm III.

Zu Beginn der Friedenszeit nach 1815 sangen noch laut aus stolz geschwellter Brust die Freiheitsdichter, deren Weisen unsere Krieger in den Kampf begleitet hatten; begeistert durch die Thaten des Volkes in Waffen, durch die mit bewunderungswürdigem Heldenmuth erfochtenen Siege über den Cäsar des Jahrhunderts erwarteten sie das Eintreten einer neuen Aera herrlichster Geistesblüten unseres Volkes, welches endlich nach langer Erniedrigung im Kampfe um die Freiheit sich selbst wiedergefunden. Der Höhepunkt des zweiten klassischen Zeitalters der deutschen Dichtkunst war damals bereits vorüber. Schiller war todt, der ihm geistesverwandte und Großes verheißende Theodor Körner war auf dem Felde der Ehre gefallen, der alternde Goethe besaß nicht mehr jene Fülle genialer poetischer Schaffenskraft, der wir seine Meisterwerke, die Zierden der deutschen, zugleich Muster für alle Literaturen, zu danken haben; aber noch schwelgte das nachgeborene Geschlecht im Hochgenuß der ihm in den letzten Jahrzehnten überkommenen literarischen Schätze. Gelang es auch den poesiereichen Strebern des zweiten Decenniums, auf kurze Frist das vorwiegende Interesse von den unvergänglichen Schöpfungen unserer Dichterfürsten abzulenken und ihren eigenen Produktionen zuzuwenden, so währte doch die Bevorzugung der „romantischen Schule“, auf deren Wirken und Treiben wir an anderer Stelle eingehender zurückkommen, nur bis

zu den Tagen der Ernüchterung, die leider nur zu bald als Folge der unbefriedigenden Gestaltung der politischen Zustände in unserem Vaterlande an die Stelle des durch den Freiheitskampf geweckten begeisterungsvollen Aufschwunges trat.

Dem deutschen Schriftenthum war gerade Dasjenige zu statten gekommen, was man, nur dem äußeren Scheine folgend, als ein nationales Unglück zu betrachten geneigt war; wirklich ist es auch von mancher Seite als ein solches hingestellt worden. Wir meinen das kühle und ablehnende Verhalten Friedrich's II. gegenüber dem Aufleuchten des Genius der deutschen Dichtkunst, dessen Einwirkung während der Regierung des großen Königs bereits Geist und Herz aller gebildeten Kreise des deutschen Volkes bewegte. Aber gerade dieser königlichen Ungunst verdankt, wie neuerdings einer unserer vornehmsten Historiker dargelegt hat, unser Schriftenthum seine freiheitliche Entfaltung. Die Gleichgiltigkeit jenes ruhmreichen Königs gegen die deutsche Literatur ist freilich auch neben Anderem die Ursache gewesen, daß es unseren Geistesheroen so schwer fiel, den preußischen Staat und sein Volk entsprechend zu würdigen und zu verstehen. Von Goethe wissen wir aus seinem bekannten, auch von uns citirten Ausspruch, daß er die segensreiche Einwirkung der Großthaten des preußischen Volkes unter seinem einzigen König auf die Erweckung einer höheren, edleren Richtung im deutschen Schriftenthum erkannte.

Der Kultus des Schönen und Erhabenen hatte längst auch in Preußen begonnen, ja auch hier war ihm, wie im übrigen Deutschland, von auserlesenen Kreisen zeitweilig mehr Theilnahme und Pflege zugewendet worden, als den vaterländischen Interessen.

Wie unter Friedrich dem Großen, der bald nach dem Schlusse des Siebenjährigen Krieges die Welt durch großartige Pracht- und Nützlichkeitsbauten überraschte, so brach auch unter Friedrich Wilhelm III., trotz der Verlegenheiten und Schwierigkeiten nach der alle Kräfte des Staates nahezu aufzehrenden Kriegsperiode, für die Künste und ihre Meister, für die Wissenschaft und ihre Vertreter 1815 eine bessere Zeit an. Mit der allmählichen Hebung des Wohlstandes im Lande begann schon bald nach dem Frieden ein gewisser gewerblicher Wetteifer sich zu zeigen, welcher, von Jahr zu Jahr reger werdend, nach dem Inslebentreten des Zollvereins die preußische Hauptstadt binnen wenigen Jahrzehnten zu einem Weltindustrieplatz erhob. Nachdem die Ordnung und Regelung des Finanzwesens in erleuchtetem Geiste gelungen und des Königs haushälterisches Beispiel in Hinsicht auf Beschränkung der Ansprüche an das Leben allseitig gute Früchte getragen, erweiterte sich mit dem wiederkehrenden Wohlstande allgemach auch der Gesichtskreis des Bürgers; er stellte größere Anforderungen an das Leben, und an Stelle der bisherigen Bedürfnißlosigkeit durften Komfort und Luxus und vor Allem die jene befördernden und veredelnden schönen Künste ihr Haupt wieder erheben.

Die Tonkunst ist in unserer Zeit die am meisten populär gewordene Kunst; sie ist als die jüngste der Neuzeit vielleicht die größte Errungenschaft seit den schönen Tagen der Kunstblüte Griechenlands. — Die Musik auf dem Theater, oder die Oper und das Singspiel, wie man sie heute kennt, ist im Grunde ein Kind des achtzehnten Jahrhunderts, und wir haben einzelne Phasen der Entwicklung des Theaters in dieser Richtung bereits früher kennen gelernt. Schon im vorigen Jahrhundert hatten die kunstliebenden Kreise, namentlich einzelne Höfe, die Musik in ihren verschiedenen Kunstformen, vor Allem als Oper, begünstigt; es war jedoch fast ohne Ausnahme die italienische Musik, die sich dieser Gunst erfreute, der diese Pflege zugute kam. Erst nachdem eine ganze Reihe hervorragender, zum Theil unübertroffener deutscher Tonmeister, voran Gluck, Haydn, Mozart, Beethoven, nebenbei auch Winter und Weigl, die deutsche Tonkunst auf dem Theater zu hohen Ehren gebracht hatten, bildete sich auch in der Folgezeit die deutsche Musik und die deutsche Oper durch Karl Maria von Weber's volksthümliche Weisen, durch Spohr's Anmuth und Gediegenheit und weiterhin durch die preiswürdigen Leistungen von Meistern wie Marschner, Kreutzer, Lortzing und Mendelssohn nach den verschiedensten

Seiten hin aus. In der Zeit aber, von welcher wir hier vorzugsweise sprechen, lebte vor Allem der Name **Spontini's**, der damals als Generalmusikdirektor in Berlin den Taktstock schwang, in dem Munde aller Musikkenner und Musikfreunde. Keine seiner späteren Opern, wie „Ferdinand Cortez“, „Nurmahal“ 2c., hat freilich den Erfolg seiner ersten, schon im ersten Decennium dieses Jahrhunderts entstandenen großen Oper „Die Vestalin“ überholt; fast alle sind heute vergessen, aber seiner Zeit erfreute er sich viele Jahre hindurch einer außerordentlichen Beliebtheit, ja er galt Vielen als erste Größe. Erst im dritten Jahrzehnt verdrängten Weber's melodiöse und liederreiche Werke, „Freischütz“, „Oberon“ und später „Euryanthe“, die bis dahin zu sehr begünstigte Muse Spontini's aus dem Vordergrund der Bühne, und sie trat gänzlich zurück, als **Rossini** durch seinen „Barbier von Sevilla“ und „Wilhelm Tell“, **Bellini** durch seine einschmeichelnden Opernweisen in „Romeo und Julia“, vornehmlich aber durch seine „Norma“ die Gunst der Zuhörer gewann, als **Meyerbeer's** imposante Opern und glänzende Ausstattungsstücke sowie **Auber's** reizvolle, den nationalen Freiheitsdrang anspornende „Stumme von Portici“ die musikalische Welt elektrisirten.



Gasparo Spontini.

Die Hausmusik. Zu der Zeit, als unsere großen Dichter und Sänger den gleichzeitig wirkenden Musikern, oft Künstlern ersten Ranges, kaum vorübergehende Beachtung zutheil werden ließen, war die Musik schon die liebste Hausgenossin gerade jener Kreise, in denen die feinere ästhetische Bildung noch nicht Eingang gefunden hatte, und nicht wenige Künstler von Bedeutung haben in der Hausmusik den ersten Grund zu ihrer Größe gelegt. Wie Wenige denken doch, wenn sie die Werke Klopstock's, Lessing's, Goethe's, Herder's, Schiller's zur Hand nehmen, an die für die Kultur- und Kunstgeschichte so hohe Bedeutung der fast gleichzeitig wirkenden Tondichter!

In derselben Zeit, in der die Geister vorzugsweise nach Hellas und Rom schweiften, um sich in den Blütenhallen klassischer Dichtkunst zu ergehen, in derselben Zeit schufen der Großmeister der geistlichen Musik, **Johann Sebastian Bach**, und der Meister der weltlichen Musik, **Josef Haydn**, ihre unvergänglichen Werke und erweckten und nährten durch dieselben in den weitesten Kreisen den Sinn für und die Freude an der Musik, deren Pflege, wenn diese sich von Einseitigkeit und Ausschließlichkeit frei hält, auf Kultur und Gesittung der Völker den heilsamsten Einfluß übt und allezeit üben wird.

Im Gegensatz zur Bühne, wo das sinnberauschende Zusammenspiel des Gesangs und des Orchesters seine Stätte findet, ist auf dem Gebiete der Hausmusik vor Allem das Klavier dasjenige Instrument, dessen Klänge sozusagen die musikalische Umgangssprache repräsentiren. Schon in der Zeit, die wir hier betrachten, war es das Lieblingsinstrument der musikliebenden Kreise geworden, nur hier und da machten ihm ausnahmsweise wol auch Violine und Cello, Flöte und Guitarre den Rang noch streitig.

Die Kulturgeschichte kennt keine Epoche, in welcher die Musik in gleichem Umfange, wie es in unserer Zeit der Fall ist, das häusliche Leben sowie die Oeffentlichkeit beherrscht hätte. Seit Jahrzehnten wird die Musik fast ausnahmslos in jeder gebildeten Familie eifrig, oft übereifrig gepflegt, ja sie beeinträchtigt nur zu häufig die Beschäftigung mit der schönen Literatur und beherrscht fast ausschließlich diejenigen Kreise, in denen die feinere ästhetische Bildung noch nicht Eingang gefunden hat. Die Musik, namentlich die Hausmusik, ist, zumal seit der Wiederbelebung des Volksgesanges, so recht eigentlich die Domäne der höherstrebenden bürgerlichen, weniger der vornehmen Kreise.

Das Theater. Je weniger die Hausmusik von der vornehmen Gesellschaft gepflegt ward, um so mehr wendete sich das Interesse der Hofkreise, überhaupt der höheren Gesellschaft, dem Theater zu. — Auch für die Schauspielkunst war im vorigen Jahrhundert in Preußen eine neue Aera angebrochen, seitdem die wandernden Theater sich zum Theil in ständige Hof- und städtische Theater verwandelt hatten. Große Fortschritte sind seitdem, Dank der Wirksamkeit Schröder's in Hamburg, Dalberg's in Mannheim, Goethe's und Schiller's in Weimar, Iffland's und Brühl's in Berlin, Klingemann's in Hannover, Tieck's in Dresden, Immermann's in Düsseldorf, gemacht worden. — Bereits im vorigen Jahrhundert begann die bahnbrechende Wirksamkeit August Wilhelm Iffland's, welcher als Direktor des Nationaltheaters schon 1796 nach Berlin berufen und dort als Generaldirektor der königlichen Schauspiele am 22. Dezember 1814 verstorben ist. Seine Leistungen in dieser seiner Eigenschaft, sowie als Theaterdichter, vornehmlich als Sittenmaler, sind unvergessen. Ihm wird eine große Menschenkenntniß und mit Recht eine bis in die geringfügigsten Umstände gehende Bekanntschaft mit den Erfordernissen des Theaters nachgerühmt. Er war es auch, welcher den großen Ludwig Devrient nach Berlin zog, ohne denselben als Nebenbuhler seines Ruhmes zu fürchten, und uneigennützig genug war, ihn zugleich als Denjenigen zu bezeichnen, welcher ihn dereinst zu ersetzen vermöchte. Seitdem gehörte Ludwig Devrient der Berliner Bühne an und blieb sein Leben lang der gefeierte Liebling des Publikums. Leider aber war ihm, der in seiner genialen Ungebundenheit auf die Schonung seines Körpers zu wenig Bedacht nahm, ein früher Tod beschieden — er starb am 30. Dezember 1832. Auch der Nachfolger Iffland's in der Oberleitung der königlichen Theater, Graf Karl Paul Brühl, entwickelte als Theaterintendant eine so ernste, selbst das Kleinste nicht ausschließende Thätigkeit, daß zum guten Theil mit auf seine Direktionszeit die hohe Stellung des Schauspiels in Berlin zurückzuführen ist.

Vorwiegend wurden auf der Berliner Bühne natürlich die unsterblichen Meisterwerke unserer deutschen wie der hervorragendsten ausländischen Klassiker aufgeführt; es standen die Dramen Goethe's, Schiller's und Lessing's, daneben die eben damals durch die vorzügliche Uebersetzung von Schlegel und Tieck dem deutschen Volke zugängig gemachten Dramen und historischen Schauspiele des großen Briten Shakespeare, ferner die Lustspiele Molière's, die romantischen Schauspiele Calderon's und Moreto's in erster Linie auf dem Repertoire. Aber auch den zum Theil recht bedeutenden dramatischen Leistungen der gleichzeitig lebenden Theaterdichter wurde die verdiente Berücksichtigung zutheil; unter diesen Letzteren waren es, außer dem bereits oben erwähnten August Wilhelm Iffland, Kotzebue, Heinrich v. Kleist, Houwald, Zacharias Werner, Müllner, Raupach, auch Auffenberg, Ferdinand Raimund, Bauernfeld und die Birch-Pfeiffer, denen die Gunst des Publikums zugewandt war und lange Zeit zugewandt blieb.

Der König erwies sich als ein Freund des Theaters und er begünstigte Schauspiel und Oper gleichmäßig. Allerdings fehlte es ihm, wie für die Kunst überhaupt, so auch für die höhere Schauspielkunst und die Kunst dramatischer Dichtung an der rechten Begeisterung; aber andererseits wußte er den großen Einfluß einer gut geleiteten mustergiltigen Bühne in der Hauptstadt und als Schmuck derselben das Ballet sehr wohl zu schätzen,



Meister der deutschen Schauspielkunst.

und er ließ es sich deshalb angelegen sein, die tüchtigsten und hervorragendsten Kräfte auf diesem Gebiete nach Berlin zu ziehen und dauernd an die Hofbühne zu fesseln. Er stellte, soweit die zeitweilig sehr beschränkten Mittel des Staates es gestatteten, den Leitern des hauptstädtischen Theaterwesens bereitwillig diejenigen Summen zur Verfügung, welche erforderlich waren, dasselbe auf der Höhe der Zeit zu erhalten.

Seit Berlin seine Anziehungskraft in immer steigendem Maße auf das emporstrebende Geschlecht der Künstler zu äußern begann, mehrten sich die Talente ersten und zweiten Ranges, welche in der preußischen Residenz Ehren und Vortheile zu finden erwarteten, und denen eine schaulustige Menge von Kunstkennern und Kunstfreunden von Nah und Fern im Opern- wie im Schauspielhaus reichen Beifall zujauchzte.

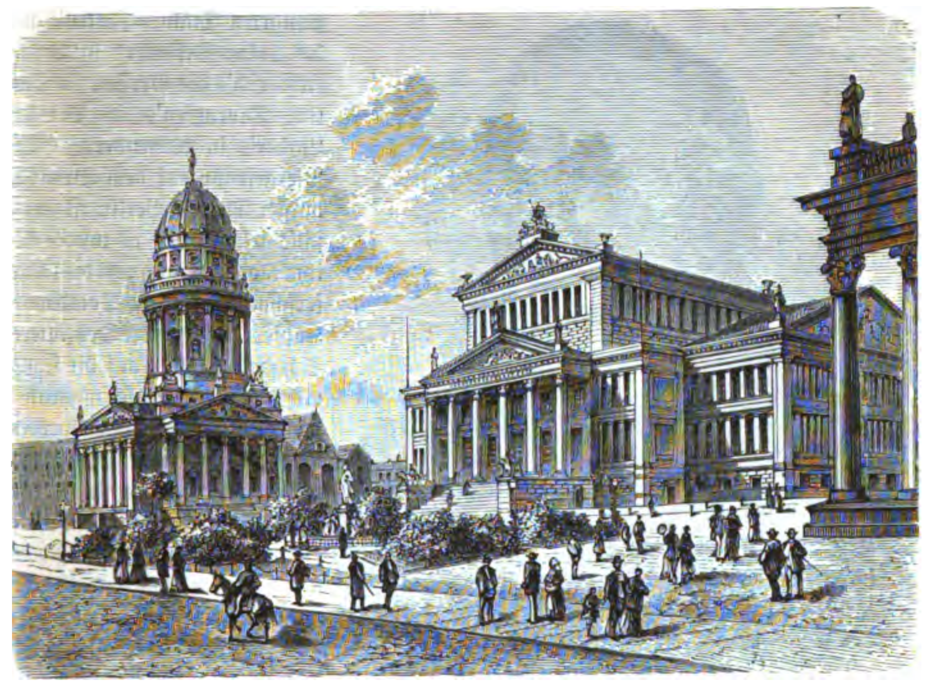
Mit freudigem Stolze nannte der Berliner, wenn die Wiener ihr Hofburgtheater und dessen glänzende Repräsentanten rühmten, aus der Reihe der vornehmsten Darsteller Berlins: Ludwig Angely, Fritz Beckmann, Franz Höppé, Moritz Rott, Karl Seydelmann, Wilh. Stich, A. W. Hesse, Joseph Wagner, Theodor Döring, Ludwig Dessoir, die Schauspielerfamilie Unzelmann (Ferd. und Karl Wolfgang, sowie Auguste und Bertha Unzelmann) u. A.; unter den ausgezeichneten Schauspielerinnen waren es: Karoline Bauer, Charlotte Birch(-Pfeiffer), Minona Frieb-Blumauer, Henriette Collet, Auguste Crelinger, Charlotte von Hagn, Karoline Jäger, Bertha Stich, Friederike Werdy u. A., sodann die viel beliebten Sänger: K. Ad. Bader, H. Blumauer, Fr. Eunicke, die Familie Formes, J. G. Grünbaum, Franz Jäger, Aug. Kindermann, Ed. Mantius, die dramatischen Sängerinnen: Karoline Berchet, Henriette Bertha Carl, Amalie Hänel, August Krüger, Rahel Rietz, Pauline von Schätzel, Johanna Schulz, Henriette Sontag, Karoline Seidler, sowie die Familie Wranitzki, endlich die Familien Elßler und Taglioni, aus welchen die berühmtesten Solotänzerinnen unseres Jahrhunderts (Fanny und Therese Elßler sowie die beiden Marien Taglioni) hervorgingen, denen einer der gepriesensten Dichter unserer Zeit nachrühmte, sie hätten durch den Tanz die Musik mit dem Aether vermählt.

Um dieselbe Zeit kleidete sich die preußische Landeshauptstadt Berlin auch äußerlich in ein stattlicheres Gewand. Von der Meisterhand einer Zahl hochbegabter Bildhauer und Baumeister entworfen und gefertigt, entstanden zum Schmuck der Residenz zahlreiche Prachtbauten und eine Reihe von Denkmälern zur Erinnerung an die Großthaten der Männer, deren Namen für alle Zeiten in den preußischen Geschichtsbüchern verzeichnet stehen. — Hier nun scheint es am Platze, der Entwicklung des Kunstlebens dieser Epoche in Deutschland und namentlich in Preußen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Malerei. Seit Winckelmann durch seine Hinweisungen auf die mustergiltigen Erzeugnisse der Kunst des klassischen Alterthums und Lessing durch seine scharfsinnigen kritischen Untersuchungen ein neues Verständniß, vorzugsweise auf dem Gebiete der alle Zeit unübertroffenen griechischen Kunst, angebahnt hatten, machte sich erst leise und allmählich, bald aber mit urkräftiger Gewalt in allen Kreisen der Künstlerschaft eine verjüngende Strömung bemerkbar, die schnell auch verwandten Richtungen neues, vielverheißendes Leben verlieh.

Noch vor Ablauf des vorigen Jahrhunderts hatte der Schleswiger Asmus Carstens durch seine gewaltigen Kompositionen dargethan, daß er dem Studium der Kunstschöpfungen der Vergangenheit nicht vergebens obgelegen, und seine Nachfolger J. A. Koch, Reinhart, Schick, Wächter und Andere trugen, indem sie die gleichen Bahnen einschlugen, zur Wiederbelebung der arg verkümmerten Malerei in Deutschland das Ihrige bei. Zugleich hatte um den Anfang unseres Jahrhunderts in Rom eine neue Aera für die Bildhauerei begonnen, als Canova, Meister Bertel Thorwaldsen und weiterhin Dannecker u. A. den Lorber um ihre Schläfen winden durften. — In Rom war es, wo damals ein kunstsinniger deutscher Fürstensohn, Kronprinz Ludwig von Bayern, in diesen Kreis hochbegabter

Künstler eintrat, deren Schaffen eine neue, glänzende Kunstepoche einleitete. Zurückgekehrt in die Heimat, erwarb sich der feinsinnige Wittelsbacher Ludwig nach seiner (1825) erfolgten Thronbesteigung als einer der hervorragendsten Förderer der Kunst den Namen des „Künstlerkönigs". Unter ihm ward München der Mittelpunkt einer neuen Kunstperiode in Deutschland; unter seinem Schutze entfalteten sich Bildhauerei, Malerei und Baukunst zur schönsten Blüte. König Ludwig I. von Bayern ist in der That als der Schöpfer des neuen München anzusehen. Seine geläuterten Kunstanschauungen wurden maßgebend bei der Reorganisation der Akademie der Künste, sowie bei Errichtung jener Prachtbauten, welche das heutige München schmücken, so bei der Allerheiligen- und der Ludwigskirche, der Basilika, der Bibliothek, dem Universitätsgebäude, der alten und neuen Pinakothek, der Aukirche, auch der Walhalla bei Regensburg u. s. w. Er verstand es wie Wenige, zur Ausführung aller dieser Prachtbauten die rechten Leute heranzuziehen.



Das Schauspielhaus in Berlin.

Vom Könige selbst angeregt und in ihren Bestrebungen gefördert, leisteten hier in freudigem Wettstreit wahrhaft Großes und Unvergängliches die Architekten: Leo von Klenze, Friedrich von Gärtner, Josef Daniel Ohlmüller, Ludwig Lange ꝛc., die Bildhauer Ludwig Schwanthaler, Max Widnmann, Friedr. Brugger, Johann Halbig u. A. m., unter den Malern vor Allem Karl Rottmann, die beiden Heß, Peter von Cornelius, Wilh. von Kaulbach, Ludw. Schnorr von Carolsfeld und Moritz Schwind.

In Preußen hatte das Kunstleben am Hofe einen eigentlichen Mittelpunkt nicht gefunden. Einmal war es mit den materiellen Mitteln knapp bestellt, daher Friedrich Wilhelm III. den Kunstbestrebungen, die im Drange der Zeiten ohnehin nur geringe Pflege hätten finden können, keine bedeutende Unterstützung zuzuwenden vermochte; fürs Andere wiesen ihn weder Neigung, noch Charakter und Lebensanschauungen auf dieselben hin. Er war sich überdies der Unzulänglichkeit des eigenen Urtheils in Kunstfragen zu sehr bewußt, als daß er sich hätte zu dem Versuche veranlaßt sehen sollen, in der anregenden

Weise, wie es von dem König Ludwig von Bayern zu rühmen war, mit der Künstlerschaft zu verkehren, die bereits auch in Berlin eine große Zahl namhafter, ja hervorragender Vertreter zählte. Gleichwol aber brachte der König wie der Schauspielkunst so auch den bildenden Künsten ernste Werthschätzung entgegen und ließ es sich angelegen sein, die Kunstthätigkeit in der Hauptstadt nach Kräften zu fördern. Im hellsten Lichte zeigte sich die königliche Fürsorge bei der Gründung der Berliner **Kunstmuseen**, die wir alsbald näher zu besprechen haben werden.

Der hervorragendste und bedeutendste unter den zu Anfang unseres Jahrhunderts in Berlin wirkenden Künstlern war der Bildhauer und nachmalige Direktor der Akademie der Künste **Joh. Gottfried Schadow**. Um ihn, als um ihren natürlichen Mittelpunkt, scharte sich die Künstlerschaft der Hauptstadt, wie auch aus seiner Schule eine Zahl hochbedeutender, zum Theil noch heute wirkender Künstler hervorgegangen ist. Unter seinen bekanntesten und hervorragendsten Werken seien nur genannt die meisterhaft ausgeführten Statuen Zieten's und des „alten Dessauer" in Berlin, Friedrich's des Großen in Stettin, Tauentzien's in Breslau, Luther's in Wittenberg. Das Viergespann auf dem Brandenburger Thor zu Berlin ist gleichfalls sein Werk; es wurde von ihm modellirt und von dem Kupferschmied Jurg in Potsdam in Kupfer getrieben. Des älteren Schadow Einfluß auf die Kunstrichtung jener Zeit kann gar nicht hoch genug angeschlagen werden; war er doch einer der Ersten, die es wagten, dem manierirten Idealismus des achtzehnten Jahrhunderts eine kräftige, mit edlem Stil verbundene Charakterdarstellung entgegenzusetzen. — In gleichem Geiste wirkte sein Sohn, der Historienmaler **Friedr. Wilh. von Schadow** — der in Rom unter **Cornelius**, **Overbeck** und **Führich** seine Studien gemacht hatte — als Direktor der Kunstakademie zu Düsseldorf, wo sich bald die fähigsten Schüler um ihn sammelten. Er ist als Gründer der Düsseldorfer Kunstschule anzusehen. Unter seiner Leitung bildeten sich Meister wie: **Lessing**, **Hübner**, **Sohn**, **Hildebrandt**, **Schirmer**, **Prayer**, **Schrödter**, **Reinick**, **Stilke**, **Daege**, **Rethel**, **Kretzschmer** und viele Andere. — **Christian Rauch** ist der Meister, welcher zu Berlin in würdigster Weise in Johann Gottfried Schadow's Fußstapfen trat. Auch er hatte aus dem nie versiegenden Born der Kunstheimat Rom jene Begeisterung geschöpft, welche ihn zu unsterblichen Leistungen befähigte. Indem er die Kunstaufgabe seiner Zeit von der idealen Seite erfaßte, wußte er mit der schönen Formgebung zugleich die höchste Naturwahrheit zu verbinden. Eines seiner gepriesensten Werke ist das Denkmal zur Erinnerung an Preußens unvergeßliche Königin Luise im Mausoleum zu Charlottenburg; höchsten Liebreiz athmend liegt die Marmorgestalt der Königin neben ihrem Gatten auf einem Ruhebett, wie im Schlummer. Weitere Meisterwerke schuf **Rauch** in den Jahren 1815—1822 in den Standbildern der



Johann Gottfried Schadow.

Feldherren Scharnhorst und Bülow; auch das Kolossalbild des Fürsten Blücher, welches 1827 in Breslau enthüllt wurde, ist sein Werk. Seinen Antheil hatte Rauch auch an den zwölf Statuen, welche, in Eisen gegossen, das Nationaldenkmal auf dem Kreuzberge bei Berlin schmücken. Außerdem entstammen seinem Atelier eine ganze Reihe wundervoller Gebilde, unter denen die Viktorien aus Marmor für die Walhalla bei Regensburg mit obenan stehen. Sein berühmtestes Werk, die Reiterstatue Friedrich's des Großen unter den Linden zu Berlin, krönt dieses thätige und von wunderbaren Erfolgen begleitete Künstlerleben.

Unter Denjenigen, welche neben den genannten Künstlern auf einem andern Gebiete, dem der Baukunst, dazu beitrugen, Berlin allmählich zu einem bedeutsamen Mittelpunkt des Kunstlebens in Preußen zu machen, ragt hervor Karl Friedrich Schinkel, der in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts, namentlich seit seiner Ernennung zum Generaldirektor der königlichen Bauten, in der preußischen Hauptstadt eine tiefeingreifende und unvergeßliche Wirksamkeit entfaltete. Seinen Ruf begründete dieser geniale Architekt und hervorragende Zeichner durch das Gebäude der neuen Königswache in Berlin, das neue Schauspielhaus daselbst, ferner durch die neue Schloßbrücke und viele andere Bauten. Zahlreiche, theils von ihm selbst, theils nach seinen Entwürfen erbaute Schlösser, Landhäuser, Kirchen und öffentliche Gebäude verkünden noch heute auch außerhalb Berlins das Lob des Meisters, dem im Jahre 1855 auf dem nach ihm benannten Platze in der Hauptstadt ein wohlverdientes Denkmal errichtet wurde.



Friedrich Wilhelm von Schadow-Godenhaus.

Wenn auch Friedrich Wilhelm nicht den ausgesprochenen Sinn für Architektur besaß, wie sein in dieser Richtung außerordentlich begabter Sohn und Nachfolger, so blieb es doch immerhin bedeutsam, daß gerade in der Periode, als die Nachwehen vieljähriger Bedrängnisse noch lange nicht überwunden waren, durch jenen Monarchen die Errichtung einer großen Anzahl denkwürdiger Bauten und Kunstwerke geplant, begünstigt und gefördert wurde. Dabei ist freilich zu bedauern, daß der größte Theil der Ideen und Pläne zu hervorragenden Werken des genialen Schinkel in den Mappen dieses unermüdlichen Meisters liegen, und daß unter denselben gerade hoch bedeutsame Entwürfe unausgeführt blieben. Aber der von ihm ausgestreute Same ging nicht verloren.

Vom Hofe gefördert, regte sich unter den Zeitgenossen und Schülern Schinkel's: W. Stier, H. Strack, Aug. Stüler, J. H. Fr. Hitzig, K. Th. Ottmer, Ernst Zwirner u. A., sowie unter den Mitbewerbern eines G. Schadow und Chr. Rauch: August Kiß, Friedr. Drake, Fr. Tieck, Ludw. Wichmann, A. Wolff, E. Wolff, Schievelbein u. A. ein fröhlicher Wettstreit. — Viel Tüchtiges, ja Glänzendes ging aus den Ateliers der Maler K. F. L. Becker, K. Beckmann, K. Begas, Blechen, A. Brendel,

E. Daege, L. Elsholz, Gropius, A. Henning, v. Klöber, W. Krause, K. Krüger, Kretzschmer, Ch. Metz, W. Schirmer, K. W. Wach, C. Wichmann und vieler Anderer hervor.

Den Berliner Kunstmuseen widmen wir am Schluß dieses Abschnittes einen kurzen Bericht. Die Errichtung derselben war — neben der Gründung der Universität — die bedeutendste schöpferische Friedensthat Friedrich Wilhelm's III. Die Kunstsammlungen, bereits vom Großen Kurfürsten begonnen, von dem prunkliebenden König Friedrich I. sorgsam gepflegt und erweitert, dann wieder unter seinem Sohne, dem sparsamen Soldatenkönig Friedrich Wilhem I., arg vernachlässigt — ein großer Theil der Münzsammlung wurde auf seinen Befehl eingeschmolzen, ein Dutzend werthvolle Büsten gegen eine Anzahl „langer Kerle“ vertauscht — hatten unter Friedrich dem Großen einen neuen, ungeahnten Aufschwung genommen. Mit bedeutendem Kostenaufwande hatte der große König viele werthvolle Neuerwerbungen gemacht, auch bereits zur Aufnahme der bedeutend vermehrten Gemäldesammlung den großen Prachtsaal der Gemäldegalerie in Sanssouci einrichten lassen. Auch von Friedrich Wilhelm II. waren die Sammlungen beträchtlich vermehrt worden. Dieselben hatten bereits einen solchen Umfang erreicht, daß Friedrich Wilhelm III. vom Beginn seiner Regierung an mit dem Plane umging, alles Vorhandene ordnen und in einem großen allgemeinen Kunstmuseum vereinigen zu lassen. Die unglücklichen Kriegsjahre verhinderten die Ausführung dieses Planes, aber kaum war der Friede geschlossen, als man ihn sofort von Neuem ernstlich ins Auge faßte. Während durch zahlreiche werthvolle Erwerbungen die Sammlungen wiederum beträchtlich vermehrt wurden, beschäftigte man sich zugleich mit Projekten zum Bau eines Museums am Lustgarten. Wiederum war es Wilhelm von Humboldt, der sich um das endliche Zustandekommen desselben besonders verdient machte, neben ihm Bunsen und der Konsul Bertholdi in Rom, sodann der Professor Niebuhr und Schinkel. Letzterem wurde dann auch nach Hinwegräumung mannichfacher Schwierigkeiten der Bau übertragen, der während der Jahre 1824—1828 vollendet wurde; im Sommer 1830 konnte das Museum eröffnet werden. Die Entwürfe zu den Wandgemälden, welche, unter Cornelius' Leitung al fresco ausgeführt, die Vorhalle dieses Prachtbaues schmücken, hatte noch Schinkel gefertigt. Doch hatten die Kunstsammlungen bereits einen außerordentlichen Umfang erreicht: allein aus den königlichen Schlössern konnten auf Veranlassung des Königs etwa 1200 Gemälde und gegen 400 antike Skulpturen in das Museum übergeführt werden, und da fortgesetzt neue hinzuströmten, so fehlte es bald an Raum für ihre Aufstellung. Noch unter Friedrich Wilhelm III. traten daher Pläne zum Bau des „Neuen Museums“ ins Leben. Unter seinem Nachfolger wurde dasselbe von Schadow und Stüler ausgeführt. Seit Erweiterung des alten Kunsttempels und dessen Ausbau — das mit den berühmten



Christian Daniel Rauch.

und in ihrer Art fast unvergleichlichen Wandgemälden von Kaulbach geschmückte Treppenhaus gehört zu den epochemachenden Kunstschöpfungen unserer Zeit — wird das Schinkel'sche Museum meist das „Alte", der von Stüler herrührende Neubau das „Neue Museum" genannt. Aber auch dieses Gebäude erwies sich bald als zu eng, und so entstand unter Kaiser Wilhelm I. in der Nachbarschaft des Museums, und wie dieses von dem Architekten Heinrich Strack in klassischem Stil erbaut, die „Nationalgalerie", mit der Bestimmung, die Werke neuerer Meister aufzunehmen, während die älteren Gemälde und Skulpturen, vor Allem die überaus reichhaltige Sammlung der Gipsabgüsse, in dem Doppelbau des Museums verblieben. Für die kunstgewerblichen und einen Theil der ethnographischen Sammlungen wurde ein besonderer Bau, das „Gewerbemuseum", ausgeführt; das prachtvolle, außerordentlich reich ausgestattete Gebäude ist vor Kurzem seiner Bestimmung übergeben worden. Mögen nun auch die Museen einzelner anderer Länder noch reichere Kunstschätze besitzen, so ist doch sicherlich nirgends in gleich kurzer Zeit so Großes auf diesem Gebiete erreicht worden wie in Preußen, „und" — so heißt es in einem Bericht über das im Jahre 1880 in einfach würdiger Weise gefeierte fünfzigjährige Jubiläum des Berliner (Alten) Museums — „die Nation kann fürwahr stolz sein auf das, was die hohenzollernschen Fürsten und eine glänzende Reihe hervorragender wissenschaftlicher und Kunst-Größen auch in dieser Beziehung zum Ruhme des Vaterlandes und zur Hebung seiner Kultur geschaffen haben."



Victoria von Rauch.

Die Universitäten. Die Eigenart der deutschen Universitäten beruht im Innern in der glücklichen Vereinigung von Fach- (Berufs-) Hochschule und Akademie, nach außen aber in der Vermittlung der Gegensätze zwischen einer staatlichen Einrichtung und einer selbständigen Korporation. Die gewährleistete Lehrfreiheit gestattet den Universitätslehrern, über ihren Berufskreis hinaus den Wissenschaften zu leben und dieselben zu lehren. Im Hinblick auf die Verbindung, in welcher durch das Bindeglied der philosophischen sämmtliche Fakultäten mit einander stehen, zeigt die deutsche Universität den Charakter einer gesammtwissenschaftlichen Hochschule.

Während noch im vorigen Jahrhundert die deutschen Universitäten ganz selbständige Körperschaften bildeten und mit allerlei Privilegien ausgestattet waren, haben sie heute zum größten Theil die letzteren eingebüßt und sind in den Organismus der Unterrichts- und Bildungsanstalten des Staates eingereiht worden. Als solche stehen sie auch unter der Oberaufsicht und Leitung des Staates.

Gegenwärtig hat der Staat, wie vordem die Kirche, triftige Gründe, die Universitäten in das Bereich der Staatszwecke hineinzuziehen; einerseits weil sie die Vorschulen für Heranbildung eines tüchtig geschulten Beamtenstandes sind, andererseits weil man, den großen Einfluß der Wissenschaften auf das gesammte öffentliche Leben wohl beachtend, verhüten wollte, daß jener Einfluß sich, etwa unter der Aegide der Kirche, zu einer einseitigen, den Staatszwecken entgegengesetzten feindlichen Richtung geltend mache. Erfordert doch die Rücksicht auf die Gesammtwohlfahrt gebieterisch, dafür zu sorgen, daß die Universitäten nicht als Mittel zu Parteizwecken mißbraucht werden, wie es in Frankreich und Belgien leider der Fall ist. Daher werden die deutschen Universitäten größtentheils vom Staate erhalten. Ohne eine solche Unterstützung würden auch, bei den heute an sie gestellten hohen Anforderungen, die meisten Universitäten, trotz der zu ihren Gunsten bestehenden ansehnlichen Stiftungen, kaum bestehen können. — In allen deutschen Staaten ist das Recht der Universitäten auf freie Forschung und Lehre, also Lehr- und Lernfreiheit, durch die Verfassungen garantirt, wodurch allein jeder wissenschaftlichen Richtung und Ueberzeugung freie Bahn geöffnet ist. Die deutschen Professoren sind hinsichtlich ihrer Lehrthätigkeit und Unterrichtsmethode keinem Vorgesetzten verantwortlich, ihre wissenschaftliche und schriftstellerische Thätigkeit außerhalb ihres Lehrberufes ist keiner Aufsicht und Bevormundung unterworfen; dagegen sind sie an die organischen Statuten und Einrichtungen gebunden, auf welche sich das Entstehen und Bestehen der einzelnen Hochschulen gründet.


Karl Friedrich Schinkel.

Als Preußen seine Befreiung vom französischen Joche vorbereitete, bewies seine Regierung durch Gründung der Berliner Hochschule im Jahre 1810 (Vergl. II. S. 472) die richtige Schätzung geistig belebender Elemente. Während der höchsten Nothlage hat wol kaum jemals ein anderer Staat erfolgreicher eine Läuterung aus dem tiefsten Innern heraus unternommen. Das Sorgenkind einer drangvollen Zeit hat die an dasselbe geknüpften Hoffnungen erfüllt, Dank der oben angeführten, den deutschen Universitäten gestatteten Selbständigkeit, der Lehr- und Lernfreiheit, welch' letztere den Studirenden die freie Wahl der Universität und der Vorlesungen überläßt, und außerdem auch der akademischen Freiheit, der Zulassung eines gewissen zwanglosen geselligen Zusammenlebens der Studenten.

Bereits im Jahre 1817 war die Vereinigung der sehr gesunkenen Universität zu Wittenberg mit der rasch wieder aufgeblühten Hochschule zu Halle a/S. vor sich gegangen. Auch dem wissenschaftlichen und dem neu erwachten Kunstleben der Rheinprovinz hatte man Rechnung getragen durch Gründung der Universität zu Bonn im Jahre 1818 sowie durch Förderung des Strebens Wilhelm von Schadow's, unter dessen Leitung die Malerakademie zu Düsseldorf zu erfreulichem Gedeihen sich entfaltete.

Neben vielen Anderen haben besonders drei Geistesheroen unseres Jahrhunderts, ein Jeder in seiner Weise, an der Verwirklichung der an die Gründung der Berliner Hochschule geknüpften Hoffnungen eifrig und erfolgreich mitgearbeitet — wir meinen die hervorragenden drei Zierden der Berliner Universität: D. F. Schleiermacher, F. K. v. Savigny und B. G. Niebuhr, zu denen sich später noch G. W. Fr. Hegel gesellte.

Wenn unter den Koryphäen der Wissenschaft und der deutschen Gelehrsamkeit zu Berlin Alexander von Humboldt gewissermaßen der ganzen Welt angehört — nennen ihn doch die Franzosen den Ihrigen und zählen ihn ihren vorzüglichsten Prosaikern bei — so kam Schleiermacher's Wirken, dessen wir eingehender an verschiedenen Orten dieses Werkes bereits gedacht, hauptsächlich seinem Vaterland zugute. Sein Einfluß als Lehrer an der Berliner Hochschule kann nicht hoch genug geschätzt werden. Er hat nicht allein durch Lehre und Schrift eine neue Entwicklungsphase der Theologie eingeleitet, indem alle bedeutenden Theologen unserer Zeit durch seine Gedankenschule gegangen sind und von ihm „den Stoß zu einer ewigen Bewegung des Geistes" empfangen haben; er hat auch mittelbar auf die ganze gebildete protestantische Welt und auf die kirchlichen Bestrebungen im Einzelnen eine höchst wohlthätige Einwirkung ausgeübt, deren Früchte mehr und mehr hervortreten und ihrer Reife entgegengehen. Von nicht zu übersehender Bedeutung war dabei der Umstand, daß der große Kirchenlehrer die Stadt, welche die protestantische Hauptstadt des künftigen Deutschlands werden sollte, durch seine Wirksamkeit zum geistigen Ausgangspunkt aller fortschreitenden kirchlichen Bestrebungen erhob.


Friedrich August Stüler.

Stand er auf dem Katheder, vor sich die aus allen Gauen Deutschlands zuströmende Jugend, so sah sich seine Zuhörerschaft von der großen Art seines Denkens und Glaubens unwillkürlich gefesselt, und mit Andacht folgte sie dem tiefsinnigen Forscher durch alle Gebiete des Geistes. Der Glanz und Ruhm der Universität zu Berlin war nicht zum kleinsten Theil sein Verdienst; hatte er doch auch vor Allem ihre Gründung befürwortet und dazu beigetragen, daß sie ein Herd der deutschen, der befreienden Wissenschaft wurde. — Nicht weniger Großes verdankte die neue Universität der anregenden Wirksamkeit Barthold Georg Niebuhr's, dessen römisches Geschichtswerk von geradezu bahnbrechender Bedeutung geworden ist. Ebenso gebührt diesem tiefgelehrten, freilich gegen Ende seines Lebens nicht mit der Zeit fortgeschrittenen Manne das Zugeständniß eines guten Antheils an dem Gedeihen der Universität zu Bonn, schon durch seine Vorlesungen über klassische Alterthumswissenschaft. Er hat durch dieselben weit über die Grenzen Deutschlands hinaus zur Vertiefung dieses Studiums hingeleitet.

Ebenso hoch ist die nach einer anderen Richtung hin gleichfalls epochemachende Thätigkeit Friedrich Karl v. Savigny's, des Hauptes der historischen Rechtsschule, anzuschlagen. Im Jahre 1803 war sein treffliches Werk: „Das Recht des Besitzes" erschienen, und

der Ruf, welchen er sich durch dasselbe erworben hatte, führte ihn als einen der ersten Gelehrten von Bedeutung im Jahre 1810 an die neu errichtete Hochschule zu Berlin. Schon im folgenden Jahre trat ihm in Karl Friedr. Eichhorn ein würdiger Genosse zur Seite, der Savigny's wissenschaftliche Bestrebungen insofern theilte, als er dessen historische Methode auch auf das germanische Recht anwandte und hierdurch das Wirken des gelehrten Erforschers und Kenners des römischen Rechts als Lehrer des deutschen Rechts in hervorragender Weise ergänzte.

Es war im Jahre 1814, als Anton Justus Thibaut, derselbe geistreiche Rechtslehrer, welcher Savigny's gediegenes und berühmtes Werk „Das Recht des Besitzes“ sofort als Meisterwerk begrüßt hatte, mit patriotischem Eifer die Abfassung eines bürgerlichen Gesetzbuches für ganz Deutschland forderte.



Das (Schinkel'sche) Alte Museum in Berlin.

Gegen dieses Verlangen richtete sich nun Savigny mit seiner berühmten und oft genannten Schrift: „Vom Beruf unserer Zeit zur Gesetzgebung“, in welcher er unserer Zeit diesen Beruf durchaus abspricht. Im folgenden Jahre erschien sein hochbedeutendes Werk: „Das römische Recht im Mittelalter“; ihm folgte später sein Hauptwerk: „Das System des heutigen römischen Rechts“. Das Werk ist unvollendet; es war bis zum achten Bande fortgeführt, als der berühmte Rechtslehrer am 25. Oktober 1861 im dreiundachtzigsten Lebensjahre in Berlin verstarb.

Seit 1817 Mitglied des Staatsrathes und seit 1819 Mitglied des Revisionshofes für die Provinzen des rheinischen Rechts, gelangte Savigny unter Friedrich Wilhelm IV., zu dessen Lehrern er gehört hatte, in Bezug auf die Gesetzgebungsaufgaben zu maßgebendem Einfluß. Jedoch ist seine Stellung, namentlich als Minister der Gesetzgebungsabtheilung, keine beneidenswerthe gewesen. Savigny's Bedeutung lag überwiegend auf rein wissenschaftlichem Gebiet; in seiner gesetzgeberischen und politischen Thätigkeit hatte er vielfache Anfechtungen zu erfahren. Die liberale Zeitströmung trat immer mächtiger und offener hervor und stellte Anforderungen an die Gesetzgebung, die Savigny weder erfüllen konnte noch wollte. Es darf deshalb nicht Wunder nehmen, wenn seinen gesetzgeberischen

Leistungen große Erfolge nicht nachgerühmt werden können. Die Bewegung des Jahres 1848 drängte ihn bald nachher ganz aus dem öffentlichen Leben zurück.

In wissenschaftlicher Beziehung bedeutete der Name Savigny die wissenschaftliche Reaktion gegen den Rationalismus des neunzehnten Jahrhunderts, und in dieser Beziehung ist sein Andenken unvergänglich. „Man kann gegenwärtig juristisch kaum noch anders denken, als auf dem Boden, den Savigny geebnet hat."

Eine andere überaus einflußreiche Berühmtheit unter den Gelehrten der Berliner Universität war der am 27. Aug. 1770 zu Stuttgart geborene **Georg Wilh. Friedr. Hegel**. Von Haus aus Theologe, bildete doch seit 1800 die Philosophie, welche damals nach kurzer Herrschaft des Kant'schen Kritizismus einem Umschwunge entgegeneilte, den Inbegriff seines Denkens und den Hauptgegenstand seiner Arbeiten. Sein „System der Wissenschaft" entwickelte er erst in Jena zur Klarheit; es machte, als es 1807 erschien, infolge seiner frischen und anregenden Darstellung berechtigtes Aufsehen. In Nürnberg entstand seine „Wissenschaft der Logik" und in Heidelberg (1817) seine „Encyklopädie der philosophischen Wissenschaften". Seit 1818 lehrte er an Fichte's Stelle an der Hochschule zu Berlin. Von da ab begann seine Philosophie in Deutschland, namentlich in Preußen, zu größerer Bedeutung zu gelangen, und eine Menge Zuhörer strömten ihm zu. Begünstigt durch den Minister **von Altenstein**, sah er mit Befriedigung, wie seine Anhänger sich einer Anzahl akademischer Lehrstühle in Preußen bemächtigten. —



D. F. Schleiermacher.

Hegel stand im Mittelpunkte einer weit verbreiteten Schule als hochgefeierter Lehrer, und er war gerade mit einer neuen Ausgabe seiner „Logik" beschäftigt, als er — im November 1831 — plötzlich der Cholera erlag.

Wie es Kant, Fichte, Schelling gethan, so hatte auch Hegel den ewigen Vernunftgehalt im Christenthum in dessen historischen und symbolischen Formen nachzuweisen gesucht. Seine Philosophie hatte zu seinen Lebzeiten für politisch-konservativ und kirchlich gegolten; die Weiterentwickelung seiner Lehre wurde aber später als staatsgefährlich und irreligiös angesehen und schon bald nach Eintreten der später zu besprechenden „Kölner Wirren" verfolgt; weiterhin ward der Name „Hegelianer" und gar „Junghegelianer" von dem starrgläubigen Professor Leo in Halle sogar als Schimpf- und Spottname gebraucht! —

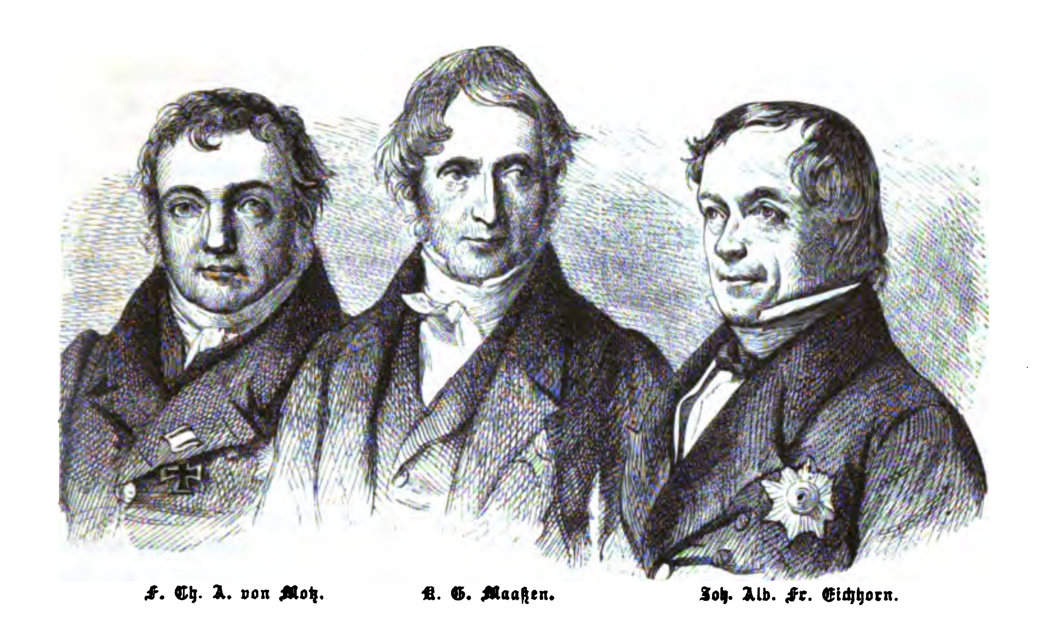
Auch der große Geograph **Karl Ritter**, der Begründer der vergleichenden Erdkunde (geboren zu Quedlinburg am 7. August 1779), im Jahre 1820 nach Berlin berufen, bildete eine der Zierden der neuen Universität. Mit der Einführung seiner Methode und Auffassung des Studiums der Geographie beginnt eine neue Epoche in der Geschichte der geographischen Wissenschaften. In zahlreichen Werken hat er die Resultate seiner

Forschungen und Studien niedergelegt; viele derselben, vor Allem sein vielbändiges, leider unvollendet gebliebenes Hauptwerk „Erdkunde im Verhältniß zur Natur und Geschichte des Menschen“ werden zu allen Zeiten als Denkmale deutscher Wissenschaft und Forschung hochangesehen dastehen. Dabei verstand es Ritter in hohem Grade, auf seine Schüler und Zuhörer — er war außer an der Universität auch an der Kriegsschule thätig — durch die lebendige Art seiner Darstellung einzuwirken; man kann von ihm wol sagen, daß er es war, von dem der Sinn für die Erdkunde an der Universität überhaupt erst geweckt wurde. In seinem ersten Kolleg hatte er keine regelmäßigen Zuhörer, nur einige Hospitanten, im zweiten Semester kam einer, im dritten Semester hatte er drei Zuhörer — einige Jahre später zählten die Hörer nach Hunderten. Und was für Männer hat er zu Schülern gehabt! Wir wollen nur nennen: Moltke, Roon, Canstein, Sydow, Daniel, Klöden, Barth, Kiepert und Petermann!

Ganz begreiflich ist's, daß solche Geistesfürsten die Arena ihres Wirkens zur Höhe ihrer eigenen geistigen Bedeutung emporhoben. Neben den Genannten aber und mit und nach ihnen konnte sich in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts und darüber hinaus die Berliner Universität noch einer langen, glänzenden Reihe von hochangesehenen Vertretern aller Zweige des Wissens rühmen, die hier ihre Schüler aus allen Gegenden Deutschlands um sich versammelten und den Grund zu einem großartigen Aufschwung des wissenschaftlichen Lebens in Deutschland und namentlich in Preußen legten. Wir nennen unter Vielen hier nur noch die Sprach- und Geschichtsforscher Boeckh, Bopp, Gebrüder Grimm, Pertz, Fr. v. Raumer, Leop. v. Ranke; die Naturforscher und Aerzte L. v. Buch, Ehrenberg, Link, die beiden Ideler, Mitscherlich, Heinr. Rose, Schubert, Heine, Hufeland, Rust, Dieffenbach und wie alle jene Sterne am Firmament deutscher Wissenschaft heißen mögen. Noch unter der Regierung Friedrich Wilhelm's III. stieg die Berliner Universität ihrer wissenschaftlichen Bedeutung nach zur ersten in Deutschland empor.

Nachhaltiger Eifer brachte auch das Schulwesen in Preußen zu immer höherer Entwicklung. In verhältnißmäßig kurzer Zeit wurden 70 neue theils königliche, theils städtische Gymnasien zur Hebung und Verbreitung des höheren Unterrichts gestiftet. Auch das Volksschulwesen wurde in so trefflicher Weise umgestaltet und verbessert, daß es schon damals unter der Regierung des fürsorglichen Königs ein Vorbild für ganz Deutschland wurde. Immer werden aus dieser Periode der Vorherrschaft erleuchteter Erziehungsgrundsätze und ihrer unverkümmerten Wirksamkeit die Namen der Pädagogen Friedrich und Ernst Gedike, Aug. Herm. Niemeyer, Chr. Fr. Gutsmuths, Gust. Fr. Winter, C. Dav. Ilgen, A. F. Bernhardi, Joh. Friedrich Herbart, K. Ch. Gottl. Zerrenner, Wilhelm Harnisch, Fr. Adolf Diesterweg, Fr. Ed. Beneke ehrenvoll genannt werden. —

Es ist ein freundliches und erhebendes Bild, das wir auf den vorstehenden Blättern dem Leser haben vorführen können, doppelt freundlich und erhebend im Gegensatz zu der gleichzeitigen Dürre und Oede auf politischem Gebiet, und mit gerechtem Stolz darf jeder Vaterlandsfreund auf die großartigen Leistungen hinblicken, die das preußische Volk, von seinem Herrscherhause in königlicher Weise gefördert und unterstützt, auf wissenschaftlichem und künstlerischem Gebiet in dem vorliegenden Zeitraum zuwege gebracht hat.



F. Ch. A. von Motz. K. G. Maaßen. Joh. Alb. Fr. Eichhorn.

Viertes Buch.

Gründung des Zollvereins.

Dem freundlichen und erhebenden Bilde, das wir hinsichtlich des Aufschwungs von Kunst und Wissenschaft im preußischen Staate während der ersten vier Jahrzehnte unseres Jahrhunderts dem Leser vorführen konnten, haben wir auf den nachfolgenden Blättern ein gleich freundliches und erhebendes zur Seite zu stellen — die Gründung des Zollvereins, eine wahrhafte Großthat Preußens in einer an politischen Ruhmesleistungen so überaus armen Periode der deutschen Geschichte.

Waren schon die politischen Zustände, welche sich nach der kümmerlichen Wiederherstellung und Neugestaltung des Deutschen Reiches auf der morschen Grundlage der Bundesverfassung in unserem Vaterlande herausgebildet hatten, nichts weniger als erfreulich, so sah es auf den Gebieten der Erwerbsthätigkeit, des Handels und der Industrie in jenen ersten Jahren nach der Neuordnung der deutschen Verhältnisse geradezu trostlos aus.

Das frühere Deutsche Reich hatte, wie in vielen anderen Einrichtungen, so auch hinsichtlich der Handels- und Verkehrsverhältnisse und namentlich des Zollwesens einen ganz wüsten Zustand hinterlassen, und die soeben ausgesprochene Anerkennung der fast vollständigen und uneingeschränkten Souveränität der Fürsten und Herren von einigen dreißig deutschen Mittel- und Kleinstaaten war zunächst nicht geeignet, dem hier herrschenden Unwesen zu steuern. Im Glanze ihrer neuerrungenen Machtvollkommenheit sich sonnend, waren jene Potentaten vor der Hand wenig geneigt, innerhalb ihrer Staaten und Stäätchen auch nur auf den kleinsten Theil der einem Souverän zustehenden Rechte und Privilegien zu verzichten, und doch mußten sie das, wenn anders nicht die ohnehin in mehr als einer Hinsicht das Gemeinwohl schädigende politische Zerrissenheit Deutschlands den wirthschaftlichen Ruin unseres Vaterlandes herbeiführen sollte.

Unausbleiblich erschien derselbe in jener Periode. Bald nach dem Sturze des ersten Napoleon entstand, hervorgerufen durch den harten Druck der Kriegsjahre und jetzt durch die plötzliche Aufhebung der Kontinentalsperre auf ihren Höhepunkt und zum Ausbruch gebracht, eine schwere Krise, die infolge der gleichzeitig in empfindlichster Weise sich fühlbar

machenden Verminderung des Umlaufes an baarem Gelde um so gefährlichere Gestalt annahm. Die Handelssperre, so schwer sie auch anfänglich auf Deutschland wie auf allen von ihr betroffenen Ländern gelastet haben mochte, war doch an manchen Orten der deutschen Fabrikation zugute gekommen; die fast sichere Aussicht auf lohnenden Absatz hatte trotz des drückenden Geldmangels den Unternehmungsgeist mächtig gereizt, und zahlreiche Fabriken waren in vielen Gegenden Deutschlands, namentlich Preußens, entstanden. Jetzt, nach der Aufhebung der Sperre, schloß das inzwischen mächtig erstarkte und zudem durch massenhafte Ueberproduktion auf schnellen und deshalb billigen Absatz seiner Waare angewiesene England bald jeglichen Mitbewerb aus, und schneller Niedergang und selbst gänzliche Arbeitseinstellung einer großen Zahl der neu gegründeten einheimischen Fabriken ergab sich als natürliche Folge.

Gerade infolge seiner Absperrung vom europäischen Festlande hatte das thatkräftige, handels- und seetüchtige britische Volk alle Kräfte angespannt, um durch Eroberung des außereuropäischen Weltmarktes sich schadlos zu halten, und es sorgte nun, nach wiederhergestelltem Frieden, auch für den Bedarf unseres Welttheils, vornehmlich an Gewebestoffen. Das während der Kriegszeit erlangte Uebergewicht Englands auf industriellem Gebiet stützte sich auf die seit Watt's genialer Erfindung bereits in größerem Umfange zur Anwendung gelangte Dampfkraft, sowie auf die seit dem Anfang unseres Jahrhunderts sehr bedeutend entwickelte britische Maschinentechnik. Namentlich brachte die ziemlich gleichzeitig erfundene und schnell durch eine Reihe von Verbesserungen zu großartiger Leistungsfähigkeit entwickelte Spinnmaschine einen außerordentlichen Aufschwung der englischen Baumwollenindustrie zu Wege und sicherte Großbritannien auf lange Zeit hin die Vorherrschaft auf diesem hochwichtigen Gebiete des Manufakturwesens wie auch des Maschinenbaues. Dazu gesellte sich bald darauf als ein weiteres überaus förderfames Moment das gleich schnell und unaufhaltsam sich weiter entwickelnde Eisenbahnwesen, das, gleichfalls zuerst in England in weiterem Umfange den Verkehrszwecken dienstbar gemacht, das Uebergewicht des Inselreichs vollends besiegelte. — Noch gegenwärtig beschäftigt beispielsweise die Baumwollenindustrie in Großbritannien mehr als 4000000 Menschen, während außerhalb Englands insgesammt nur ca. 1500000 Menschen in diesem Fabrikationszweige Beschäftigung finden.

Es hieße nun allerdings die thatsächlichen Verhältnisse verkennen, wenn man das lange Daniederliegen der deutschen Industrie der englischen gegenüber einzig und allein dem Unwesen der deutschen Kleinstaaterei zur Last legen und nicht auch die in Großbritanniens geographischer Lage und in seiner ganzen Entwicklung begründete Begünstigung in Betracht ziehen wollte; immerhin aber trifft jenes kleinstaatliche Unwesen ein sehr wesentlicher, vielleicht der wesentlichste Theil der Schuld. Waren doch im deutschen Bundesgebiete neue Zollverhältnisse entstanden, die dem Ausland fast durchgehends Handelsfreiheit gewährten, während die einzelnen deutschen Staaten, ja selbst innerhalb dieser Staaten wiederum einzelne Bezirke, durch ein komplizirtes und mit aller Strenge durchgeführtes System von Schutz- und Finanzzöllen sich gegen einander absperrten! Ein längeres Fortbestehen dieser widernatürlichen Zustände mußte voraussichtlich den wirthschaftlichen Ruin Deutschlands herbeiführen.

Zollschranken und Prohibition nach innen, Blindheit gegenüber der Schutzlosigkeit nach außen: darin gipfelte noch gegen Ende des zweiten Jahrzehnts die Weisheit der Regierungen der großen und kleinen Staaten. Gründliche Reformen konnten aus den oben angedeuteten Gründen von den Kleinstaaten nicht wohl ausgehen; waren doch deren Oberhäupter in der ersten Zeit nach 1815 nur zu geneigt, gerade in der eigenmächtigen Handhabung des Polizei- und Zollwesens ein hervorragendes äußeres Merkmal souveräner Machtvollkommenheit zu erblicken. Von dieser Seite ließ sich also auf dem Gebiete des nationalen Verkehrslebens wenig, ja fast nichts hoffen.

Der in vielen der deutschen Kleinstaaten herrschende relative Wohlstand ließ zudem auch in finanzieller Hinsicht den Zollanschluß an eine der beiden Großmächte auf den ersten Blick nicht begehrenswerth erscheinen. Die gänzliche Zerrüttung der österreichischen Finanzen war schon seit langer Zeit eine bekannte Thatsache, und auch die Verhältnisse Preußens gaben hin und wieder zu ungeheuerlichen Vorstellungen Anlaß. Mit dem Maßstabe, den man an die niedrigere Kultur von Ost- und Westpreußen anzulegen hatte, maß man die wirthschaftlichen Zustände von ganz Norddeutschland, und ein Bewohner der alten Kaiserkrönungsstadt Frankfurt a. M. dünkte sich ein Prinz gegen die „Hungerleider von Preußen". Zur Unkenntniß von Land und Leuten, zur Nichtbeachtung des Umschwungs im norddeutschen Königreiche gesellte sich noch die alte Abneigung, welche in Oesterreich und einem Theile von Süddeutschland dem preußischen Staate gegenüber herrschend war.

Dem erschöpften Preußen traute damals Niemand jene wunderbare Lebenskraft und Gesundheit zu, welche vorhanden sein mußte, um sich wenige Jahre nach einem so überaus erschöpfenden Kriege zu einer zweiten, diesmal friedlichen, aber dennoch nicht minder bedeutenden Großthat aufzuraffen und, „nachdem es dem Vaterlande die Fahne der Befreiung vorgetragen, nunmehr vor demselben das Banner deutscher Handelsgröße zu entfalten und als Schirmmacht der deutschen Fabrikation und Gewerbthätigkeit aufzutreten." Um sich hinsichtlich der Umstände, unter welchen dieser bedeutsame Fortschritt stattfand, zurecht zu finden, müssen wir uns vor Allem jene Periode vergegenwärtigen, in welcher jahrelange Kriege sowie der Druck der Fremdherrschaft alle physischen und geistigen Kräfte von Deutschland erschöpft, die große Mehrzahl der Bürger ihrer patriotischen Tugenden beraubt, mit einem Worte unser Vaterland sittlich und bürgerlich tief herabgebracht hatten. Nach dem endlich wiedergewonnenen Frieden überwog das Bedürfniß nach Ruhe und Erholung jede höhere Regung, und so konnten die Regierungen jener Zeit ungescheut thun oder auch unterlassen, was sie wollten.



Adam Smith.

Besonders im Westen Deutschlands hatten die Verkehrsverhältnisse im Zeitalter der Mauthschranken und Schlagbäume eine Gestalt angenommen, für die uns der Ausdruck fehlt. Die Verkehrsbeschränkungen äußerten sich überaus empfindlich in unaufhörlichen Plackereien, denen die Handeltreibenden ausgesetzt waren, und die nur zu oft in blutige Raufereien ausarteten, welche die Schützer des Gesetzes gegenüber den Verächtern desselben zu bestehen hatten. Beispielsweise fanden in dem Winkel zwischen Main, Neckar und Rhein, an den Grenzen von Hessen, welches seine Zollgrenzen gegen sieben größere und kleinere Staaten zu wahren hatte, sogar nicht selten blutige Kämpfe zwischen den Schmugglern und Waldfrevlern einerseits und den Vertretern der Staatsgewalt, den Zollwächtern und den sie unterstützenden militärischen Streifcorps sowie dem Forstschutzpersonale andererseits statt. Nur geringes Verständniß

hinsichtlich Dessen, was zur Hebung von Handel und Verkehr noth that, waltete in den maßgebenden Kreisen und leitete die Anschauungen der Regierer wie der Regierten. Und weil man einmal gewohnt war, auf dem Felde der Politik Preußen entgegenzutreten, so glaubte man ihm auch in Bezug auf die beabsichtigte Förderung des wirthschaftlichen Fortschreitens den Weg verlegen zu müssen.

Adam Smith und seine Nachfolger. Eine Einigung und festere Zusammenschließung auf wirthschaftlichem Gebiete stellte sich aber bereits gegen Ende des zweiten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts für alle Diejenigen, denen die Förderung der Wohlfahrt nicht nur der eigenen engeren Heimat, sondern zugleich des deutschen Gesammtvaterlandes am Herzen lag, als unerläßliche Nothwendigkeit dar. Längst hatte man in diesen Kreisen sich davon überzeugt, daß die Anerkennung und Beobachtung der Gesetze, welche der Gestaltung des allgemeinen Güterlebens zu Grunde liegen, von höchster Wichtigkeit geworden sei; man hatte eingesehen, daß die Gesetzmäßigkeit der Erscheinungen auf jenem Gebiete ihre Rückwirkung auf alle Verhältnisse des Staates und seiner Glieder äußern und somit von nachhaltigem Einfluß auf den steigenden Wohlstand des Landes sein müsse.

Den ersten Anstoß zu diesem großen Umschwung auf dem Gebiete der Volkswirthschaftslehre (der Nationalökonomie) hatte der Engländer Adam Smith gegeben, der in seinem im Jahre 1776 zuerst veröffentlichten Werk: „Die Quelle des Wohlstandes der Völker" — Inquiry into the nature and causes of the wealth of nations — das bisher giltige sogenannte physiokratische System als einseitig und in seinen Konsequenzen ungerecht verwarf und als einzige Quelle aller Güter die menschliche Arbeit bezeichnete. Daran knüpfte er den Beweis, daß, bei rechter Benutzung der Naturkräfte hinsichtlich der Erzeugung der Güter, die gewerbliche Arbeit wie der Handel ebenso produktiv seien wie die Bebauung des Bodens, und daß daher der Landbau, der Handel und die Industrie vom Staate gleichmäßige Förderung zu beanspruchen hätten. Er verlangte dabei von der Staatsverwaltung nichts weiter, als daß sie die Schranken, welche der freien Entfaltung der Betriebsamkeit, des Handels und der Gewerbthätigkeit entgegenstehen, beseitige und daß sie weder in die Produktion noch in die Konsumtion selbst eingreife oder dieselben gar zu regeln, ihnen bestimmte Bahnen anzuweisen unternehme.

Erst seit dieser Zeit kann im Grunde von einer rationellen Staatswirthschaft die Rede sein, und die schnelle und in großartigem Umfange eingetretene Zunahme des nationalen Wohlstandes in denjenigen Staaten, in welchen man sich dieser besseren Erkenntniß nicht verschloß, lieferte den besten Beweis für die Richtigkeit der neuen Theorie. Aber auch die Lösung der Frage, woher der Staat die ihm nothwendigen Mittel zur Förderung so mannichfacher Zwecke am füglichsten zu nehmen habe, ist durch sie dem Ziele um einen bedeutsamen Schritt näher geführt worden.

Was Adam Smith nicht in allen Theilen wissenschaftlich genügend begründet oder gleichmäßig durchgeführt hatte, ist in der Folgezeit von seinen Anhängern und Nachfolgern verbessert, ergänzt und deutscherseits vor Allem durch Männer wie Chr. Jakob Kraus, Karl Heinrich Hagen, Joh. Gottfr. Goßmann vertieft worden; neben ihnen haben sich viele andere gleichgesinnte deutsche, englische und französische Denker — J. St. Mill, Whately, Say, M. Chevalier, Fr. Bastiat u. A. — um die weitere Ausbildung der Adam Smith'schen Wirthschaftstheorie verdient gemacht. Selbst Gegner von ihm, wie David Ricardo, Adam Müller u. A., zu denen in gewissem Sinne auch der alsbald näher zu erwähnende Friedr. List zu zählen ist, haben durch Bekämpfung seines Systems nur zu einer strengeren Prüfung und allgemeineren Anerkennung desselben Anlaß gegeben.

Friedrich List. Deutschland verdankt die praktische Erfassung der durch die Volkswirthschaftslehre gestellten Aufgaben demselben weitschauenden Geiste, welcher zu einer Zeit, in der man in Deutschland wie in allen übrigen Staaten des europäischen Festlandes für die Idee eines großen, umfassenden Eisenbahnnetzes nur ein spöttisches Kopfschütteln hatte,

bereits die hohe Wichtigkeit eines solchen für alle Gebiete des Verkehrslebens erkannte. Wir meinen den Schwaben Friedrich List, aus Reutlingen gebürtig. Seine auf die Einführung der Eisenbahnen in Deutschland gerichteten Bestrebungen, auf die wir an anderer Stelle eingehender zurückkommen werden, fallen erst in eine spätere Zeit, aber schon früh fand er als württembergischer Verwaltungsbeamter und Mitglied der württembergischen Kammer Gelegenheit, für eine aufgeklärtere Handels- und Verkehrspolitik einzutreten; und wenn er sich auch dadurch zunächst nicht den Dank seines Landes und noch viel weniger den seiner Regierung erwarb, so waren seine Bemühungen doch keineswegs erfolglos. Die Regierungen der süddeutschen Staaten wurden durch dieselben veranlaßt, dem Gedanken einer eventuellen Zolleinigung, vorerst freilich nur unter sich, näher zu treten.

Im Wesentlichen von den Grundlehren der Adam Smith'schen Wirthschaftslehre ausgehend, bekämpfte Friedrich List zwar die letzten Folgerungen derselben, namentlich ihren scharf ausgeprägten Kosmopolitismus, dem er die Idee eines nationalen Wirthschaftssystems gegenüberstellte; aber er erkannte doch zugleich, daß der Grundsatz der Nationalität auf jeden einzelnen der etwa dreißig deutschen Bundesstaaten nicht anzuwenden sei, und er trat deshalb für die Einigung Deutschlands zu einem oder allenfalls zu zwei oder drei Zollgebieten ein. Diese sollten dann allerdings eine nationale Zollpolitik treiben, d. h. sie sollten unter Verwerfung des von Adam Smith festgehaltenen Gedankens vollständiger und uneingeschränkter Handelsfreiheit durch Ausschließung oder wenigstens starke Erschwerung der Konkurrenz des Auslandes der zur Zeit arg daniederliegenden deutschen Industrie und Erwerbsthätigkeit aufmunternd unter die Arme greifen. Dadurch, so meinte er, werde dieselbe, auf gesicherter Grundlage sich entwickelnd, in kurzer Zeit im Stande sein, auf dem Weltmarkte mit den industriellen und gewerblichen Leistungen anderer durch Natur und langjährige gesunde Entwicklung mehr begünstigter Nationen erfolgreich zu konkurriren.


Friedrich List.

Ob nun dieser Gedankengang des württembergischen Nationalökonomen der richtige war, ob er den damaligen Verhältnissen und Bedürfnissen Deutschlands entsprach, das läßt sich heute schwer entscheiden. Die Stimme Friedrich List's verhallte in seiner engeren Heimat sowie in Süddeutschland. Vom Norden Deutschlands, von Preußen, sollte die Zusammenschließung der deutschen Staaten zu einem einheitlichen Zoll- und Handelsgebiet ausgehen. Preußen gründete den Zollverein, und es war nur natürlich, daß die Männer, welche hier das große Werk in die Hand nahmen und glücklich und glänzend zu Ende führten, in Hinsicht der Zollpolitik ihre eigene Ueberzeugung zur Geltung brachten und den Grundsatz der Handelsfreiheit auf die Fahne des Zollvereins schrieben.

Und wer wollte verkennen, daß unter diesem Banner Großes erreicht worden ist? Wer wollte leugnen, daß unter der Herrschaft dieses Grundsatzes, dem der deutsche Zollverein und nach ihm das Deutsche Reich bis vor wenigen Jahren treu geblieben ist, die deutsche Industrie und Erwerbsthätigkeit einen großartigen, ungeahnten Aufschwung genommen hat? War der seither eingetretene Rückschlag in den Mängeln des Freihandelsprinzips, in der Unmöglichkeit seiner ferneren Anwendung auf die deutschen Verhältnisse begründet? War dadurch allein ein Zurückgreifen auf das sogenannte nationale Wirthschaftssystem, also im Wesentlichen auf das System Friedrich List's, bedingt?

Wir müssen uns die Erörterung dieser hochbedeutsamen Fragen für den Schluß des Bandes vorbehalten; erst an der Hand der großen, weltgeschichtlichen Ereignisse, die inzwischen eingetreten sind und nicht nur auf die politischen, sondern auch auf die Erwerbs- und Verkehrsverhältnisse Deutschlands von Grund aus umgestaltend gewirkt haben, läßt sich die Beantwortung derselben unternehmen.

Wenden wir uns nach diesen einleitenden Bemerkungen der Geschichte des Entstehens des preußisch-deutschen Zollvereins, seines allmählichen Anwachsens und seines segensreichen Wirkens zu.

Daß eine Zolleinigung Deutschlands in irgend einer Gestalt wünschenswerth, ja unerläßlich sei, um dem Unwesen kleinstaatlicher Zollpolitik zu steuern, das unmittelbar nach dem Sturze der Napoleonischen Herrschaft überhand genommen hatte und nachgerade unerträglich geworden war, das hatte schon die Bundesakte anerkannt. Der Artikel 19 derselben setzte fest, daß „die Bundesglieder sich vorbehalten, bei der ersten Zusammenkunft der Bundesversammlung in Frankfurt wegen des Handels und Verkehrs zwischen den verschiedenen Bundesstaaten, sowie wegen der Schiffahrt nach Anleitung der auf dem Kongreß in Wien angenommenen Grundsätze in Berathung zu treten." Aber der Bundesrath war nicht nur in politischer, sondern auch in jeder andern Hinsicht mit Unfruchtbarkeit geschlagen, und weder in der ersten noch in einer der folgenden Zusammenkünfte kam es zu einer ernstlichen Erörterung der Zollfrage; ja die meisten der Herren Vertreter am Bundestage schienen sich nur ungern der Existenz des Artikel 19 zu erinnern. Das hatte auch seinen guten Grund.

Abneigung des Bundesrathes gegen einen Zollverband. Wir deuteten bereits oben an, daß die thatsächlich bestehende und allgemein bekannte Zerrüttung in den Finanzen Oesterreichs und die freilich irrthümliche, aber gleichfalls allgemein verbreitete Annahme von dem gänzlichen Daniederliegen der Finanzkraft Preußens den deutschen Kleinstaaten den Zollanschluß an eine der beiden Großmächte Deutschlands schon aus materiellen Gründen wenig begehrenswerth erscheinen ließ. Dazu gesellte sich die schon frühzeitig in den auf ihre Souveränität eifersüchtigen kleinstaatlichen Regierungen entstandene und von Oesterreich Preußen gegenüber geflissentlich genährte Befürchtung von möglichen politischen Folgen einer Zolleinigung mit dem norddeutschen Königreiche. Kein Wunder also, wenn die meisten dieser Regierungen ihre Vertreter am Bundestage dahin instruirten, einer Erörterung der Zollfrage in dem angedeuteten Sinne nach Möglichkeit aus dem Wege zu gehen, ja womöglich jeden Versuch zu einer solchen zu hintertreiben. Und das konnte ihnen auch nicht schwer fallen.

Oesterreich, das seinen Schwerpunkt schon längst nicht mehr in Deutschland hatte, zeigte aus erklärlichen Gründen von vornherein für eine deutsche Zolleinigung kein Interesse, und Preußen, wo allerdings der Gedanke an eine solche schon mehr und mehr Boden zu gewinnen begann, ließ es sich zunächst angelegen sein, die dem Handel und der Industrie des eigenen Landes geschlagenen Wunden durch Geltendmachung freisinniger und erleuchteter Grundsätze zu heilen, die erschöpfte Steuerkraft des Landes zu heben und das Defizit aus seinen Finanzen zu entfernen, um dann, wenn es wirklich etwas zu bieten habe, mit um so größerem Nachdruck seine Stimme zur Geltung zu bringen. So schwiegen denn auch die preußischen Vertreter, und infolge dessen sah sich die badische Regierung, die einzige in

Süddeutschland, welche freien Blickes die Vortheile einer deutschen Zolleinigung würdigte, mit ihren auf die endliche Lösung der Zollfrage gerichteten Vorschlägen allein.

Nach mehrfachen vergeblichen Versuchen, den Gegenstand ernstlich zur Sprache zu bringen, ließ dieselbe eine von dem badischen Staatsrath Nebenius ausgearbeitete Denkschrift dem Bundesrath überreichen, in welcher die Zusammenschließung aller deutschen Staaten, mit Ausnahme Oesterreichs, zu einem einheitlichen Zollgebiet befürwortet wurde. Zu diesem Zwecke sollte der Bundesrath die Angelegenheit mit Energie betreiben, alle bestehenden deutschen Zollgesetze sollten beseitigt und auf Grund sorgfältiger Erwägung der in Betracht kommenden Verhältnisse ein neues, einheitliches Zollgesetz von Bundeswegen eingeführt werden. Aber eben hieran scheiterte der Vorschlag. Zwar sprach sich die Kommission, welcher die Vorberathung desselben zufiel, für seine Ueberweisung an das Plenum des Bundesrathes aus, aber ein fast allgemeines Hohnlächeln der hohen Versammlung soll die einzige Antwort auf diesen Antrag gewesen sein. Wol in richtiger Selbsterkenntniß seiner Wesenlosigkeit und Ohnmacht hielt es der Bundesrath für lächerlich, ihm eine derartige Kraftäußerung zuzumuthen, und ohne überhaupt erst in weiteren Kreisen bekannt geworden zu sein, verschwand die Nebenius'sche Denkschrift von der Tagesordnung. Die einzige Folge derselben war die Aufnahme einer nichtssagenden Vertröstung in die Wiener Schlußakte vom Jahre 1820, in welcher (Artikel 65) ausgesprochen wurde: „Die in den besonderen Bestimmungen der Bundesakte Artikel 16, 18, 19 zur Berathung der Bundesversammlung gestellten Gegenstände bleiben derselben, um durch gemeinschaftliche Uebereinkunft zu möglichst gleichförmigen Verfügungen darüber gelangen zu können, zur fernerweiten Bearbeitung vorbehalten."


Karl Friedr. Nebenius, badischer Staatsrath.

Die Nebenius'sche Denkschrift blieb, wie bemerkt, damals größeren Kreisen unbekannt. Erst 1833, also zu einer Zeit, in welcher der preußisch-deutsche Zollverein schon längst gegründet, ja seine Entwicklung nahezu vollendet war, wurde jene Denkschrift durch einen Neudruck der Vergessenheit entrissen, und alsbald bemächtigte sich ihrer der partikularistische Kleingeist, der längst nur widerwillig das große Verdienst, welches sich Preußen durch sein selbstthätiges, entschiedenes Vorgehen in der Zollvereinsfrage erworben, anerkannt hatte. Nicht Preußen, so hieß es nun, sei das Verdienst zuzuschreiben, zu dem großartigen Gedanken einer deutschen Zolleinigung die erste erfolgreiche Anregung gegeben zu haben, sondern als der Vater des Zollvereinsgedankens sei der genannte badische Staatsmann Nebenius zu feiern. Bei der allgemeinen Stimmung in Süddeutschland wurde es den Verbreitern dieser Ansicht nicht schwer, derselben in weitesten Kreisen, ja schließlich in Preußen selbst und bis in die neueste Zeit hinein Anerkennung zu schaffen. Erst kürzlich hat Heinrich von Treitschke durch eingehende Untersuchungen unwiderleglich nachgewiesen, daß dem Staatsrath Nebenius wohl die Anerkennung gebührt, die Frage, ob überhaupt

eine deutsche Zolleinigung wünschenswerth sei, in befürwortendem Sinne erörtert zu haben, daß dagegen die Ehre, die Lösung der deutschen Zollfrage auf demjenigen Wege, der allein zum Erfolg führen konnte, angeregt und thatkräftig durchgeführt zu haben, nicht ihm, sondern der preußischen Regierung und innerhalb derselben vor Allem dreien um die preußische Finanzverwaltung auch sonst hochverdienten Männern, F. Ch. A. v. Motz, Karl Georg Maaßen und J. A. Friedrich Eichhorn gebührt.

Es wurde bereits weiter oben erwähnt, daß die preußische Regierung, ehe sie die Lösung der deutschen Zollfrage in die Hand nahm, in richtiger Erkenntniß Dessen, was noth that, vor Allem die Mißstände im eigenen Lande zu beseitigen bestrebt war. Denn nicht nur die kleineren Staaten brüsteten sich mit ihrer Zollhoheit, sondern es gab auch innerhalb der größeren Gebiete — Preußen nicht ausgenommen — noch innere Zollgrenzen. So war der preußische Staat bis 1816 durch mehr als sechzig verschiedene Zollschranken belästigt, abgesehen davon, daß jede einzelne Stadt ihre besondere „Accise“ hatte. Der erste Schritt zur Abhülfe dieses Uebelstandes geschah am 11. Juni 1816, indem Preußen sämmtliche Wasser-, Provinzial- und Binnenzölle in seinen alten Provinzen beseitigte. Diese theilweise Entfesselung des Verkehrs hatte die günstigsten Folgen und ermuthigte zu weiterem Vorgehen.

Noch nicht zwei Jahre waren seit jenem ersten bahnbrechenden Akte verflossen, als ein zweiter folgte. Durch ein Gesetz vom 26. Mai 1818 wurde die preußische Monarchie zu einem einzigen, einheitlichen Handels- und Verkehrsgebiete gestaltet. Hiernach erlangte die inländische Industrie durch eine angemessene, jedoch immerhin mäßige äußere Besteuerung des Handels und des Verbrauchs fremder Erzeugnisse den wünschenswerthen Schutz; sämmtliche Zollstellen für ein- und ausgehende Waaren wurden an die Grenzen verlegt und fernerhin gestattet, alle fremden Natur- und Industrieprodukte von einem nach dem andern Staate ein-, alle inländischen Erzeugnisse des Bodens und der Industrie auszuführen. Die sonach gesetzlich ausgesprochene Handelsfreiheit sollte den behufs Abschluß von Handelsverträgen mit anderen Staaten zu pflegenden Verhandlungen zur Grundlage dienen, daher Erleichterungen, welche preußischen Handeltreibenden von anderen Staaten geboten würden, entsprechend erwiedert, dagegen Beschränkungen des freien Verkehrs durch angemessene Gegenmaßregeln vergolten werden.

Neue Handelsverträge. Auf dieser Grundlage schloß nun Preußen nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit mit mehreren Staaten, als Dänemark, Großbritannien, Mecklenburg-Schwerin, Schweden und Norwegen, den Vereinigten Staaten von Nordamerika sowie mit Brasilien, Handelsverträge ab, deren segensreicher Einfluß auf die Erleichterung des Verkehrs sich schnell fühlbar machte und der preußischen Industrie zugleich ein großes Absatzgebiet erschloß, das mit ihrem allmählichen Aufblühen mehr und mehr an Wichtigkeit gewinnen mußte.

Die Kundgebung wahrhaft erleuchteter Grundsätze auf dem Gebiet des wirthschaftlichen Lebens beruhte in Preußen auf der Ueberlieferung aus schweren Tagen; sie waren in den Regierungskreisen bereits seit 1808 vorherrschend gewesen. Es ist gewiß von hohem Interesse, zu erfahren, welche Stellung zu den damals schon vielfach erörterten Fragen des allgemeinen Güterlebens jene Männer eingenommen haben, welchen die Aufgabe zugefallen war, ihr Vaterland nach der furchtbaren Katastrophe des Jahres 1806 wieder emporrichten zu helfen. Vornehmlich der unbefangenen staatsmännischen Einsicht, den volkswirthschaftlich richtigen Anschauungen jener Patrioten ist es zu danken, daß es in Preußen unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen gelang, auf friedlichem Wege und ohne Erschütterung der königlichen Autorität den Uebergang von den erstarrten Satzungen des alten ständischen Feudalstaates zu unserer heutigen, auf der Grundlage der staatsbürgerlichen Gleichheit beruhenden Gesellschaftsordnung zu bewirken, deren Aufrichtung in Frankreich Ströme von Blut gekostet hat.

Theodor von Schön, der bewährte Mitarbeiter des Freiherrn vom Stein, der geistige Haupturheber des denkwürdigen Fundamentalgesetzes über die Aufhebung der Erbunterthänigkeit, hatte bereits im Jahre 1808 eine deutsche Bearbeitung eines von Lord Lauderdale herrührenden nationalökonomischen Werkes veröffentlicht, welches mit außerordentlicher Klarheit die Grundlehren der Volkswirthschaft darlegt. Die Bearbeitung schließt mit den Worten: „Jedes Hinderniß, das dem Handelsverkehr gesetzt wird, hemmt die Vermehrung des Wohlstandes sowol dadurch, daß es den Gewerbfleiß des Landes, von dem es ausgeht, unterdrückt, als auch durch den Erfolg, den dieser Zwang auf den Gewerbfleiß des Landes hat, das man unterdrücken will."

So entschieden im Geiste des Freihandels sprach sich auf Grund eingehender volkswirthschaftlicher Studien ein hochverdienter preußischer Minister aus zu einer Zeit, in welcher die Durchführung der Kontinentalsperre möglich war, wo noch nicht „der König Dampf und die Zauberfee Elektrizität" mit unlöslichen Banden zu allseitigem Segen die verschiedenen Staaten tausendfältig verknüpften.

Solche Ueberzeugungen waren denn auch in den preußischen Regierungskreisen im Großen und Ganzen lebendig geblieben, und von ihnen geleitet, nahmen bald nach der Durchführung der preußischen Zollgesetzgebung von 1818 die Männer, welche zur Zeit in Preußen an der Spitze der Regierung standen, und speziell diejenigen, denen die Leitung des Finanzwesens oblag, den Versuch, durch selbstthätiges Vorgehen und zwar durch Sonderverhandlungen mit den Regierungen der einzelnen deutschen Bundesstaaten Das zu erreichen, was durch die Vermittlung der machtlosen deutschen Centralgewalt nicht zu erreichen war. Wir sahen bereits, wie wenig Erfolg die Bemühungen des auf eigene Hand gegen den Willen seiner Regierung vorgehenden Württembergers Friedrich List hatten, und wie selbst die wohlgemeinten Vorschläge des im Einverständniß oder vielmehr im Auftrage seiner Regierung eine deutsche Zolleinigung befürwortenden badischen Staatsraths Nebenius nur mit Geringschätzung seitens der hohen Bundesbehörde aufgenommen wurden. Nicht viel besser erging es einem wackeren Thüringer Kaufmann, E. G. Arnoldi in Gotha, dessen unermüdlichen Mahnungen es gelungen war, zu einer Eingabe an die deutsche Centralbehörde die Unterschriften von mehr als 5000 mitteldeutschen Fabrikanten und Gewerbtreibenden zusammenzubringen. Auch diese Eingabe, obgleich von einzelnen mitteldeutschen Regierungen, die sich der Erkenntniß der Unhaltbarkeit der bestehenden Zustände nicht länger verschließen konnten, eifrig befürwortet, wurde einfach ad acta gelegt.

In Berlin schritt man, unbeirrt durch die bisherigen eher abschreckenden als ermuthigenden Wahrnehmungen, mit Uebergehung des Bundesraths durch Sonderverhandlungen mit den einzelnen Bundesstaaten dazu, den Plan, einen preußisch-deutschen Zollverein auf Grundlage der preußischen Zollgesetzgebung zu gründen, feste Gestalt annehmen zu lassen. Männer wie J. Alb. Friedrich Eichhorn und K.G. Maaßen gingen eifrig an die Arbeit. Noch war freilich eine gewisse Unsicherheit aus dem preußischen Finanzwesen nicht ganz verschwunden, noch ließ ein alljährliches Defizit das Ergreifen einer kühnen Handelspolitik bedenklich erscheinen. Darin lag wol auch der Grund, daß die genannten Männer bei der Begründung des Zollvereins zunächst an dem Grundsatz festhalten zu müssen glaubten, nur mit den unmittelbaren Nachbarn in Zollverbindung zu treten, nur „von Grenze zu Grenze" vorzuschreiten. In Verfolg dieses Grundsatzes knüpften sie zunächst mit denjenigen Staaten, deren Gebiet ganz oder doch zum größten Theil von Preußen umklammert wurde, Unterhandlungen an, und da inzwischen, wie bereits bemerkt, einzelne der mitteldeutschen Regierungen zu der richtigen Erkenntniß Dessen, was ihren Landen noth that, gelangt waren, auch das energische Vorgehen Preußens ihnen nicht wol eine andere Wahl ließ, kamen diese Verhandlungen schnell in dem erwünschten Sinne zum Abschluß.

Die ersten Anfänge des Zollvereins. Bereits am 25. Oktober 1819 trat Schwarzburg-Sondershausen in das preußische Zollgebiet ein, und bald folgten die

Fürstenthümer Anhalt, Waldeck, Hessen-Homburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Sachsen-Weimar, Anhalt-Bernburg, Lippe-Detmold und Mecklenburg-Schwerin, zum Theil ganz, zum Theil nur für ihre von Preußen umklammerten Gebietstheile, die sogen. Enklaven, dem gegebenen Beispiel. Allerdings hatten einige derselben nur nach schwerem Widerstreben, einige sogar nur dem nach Erschöpfung aller anderen Mittel auf sie ausgeübten Zwange sich fügend, sich dazu entschlossen. Gegen Zahlung einer jährlichen, nach der Bevölkerungszahl zu berechnenden Abfindungssumme verpflichteten sich die Regierungen dieser Staaten, die Erhebung von Zöllen an ihren Grenzen — soweit dieselben mit der preußischen Grenze zusammenfielen — aufzugeben und den freien Verkehr zwischen Preußen und ihren Landestheilen zu gestatten.

Dieser bedeutende wirthschaftliche Fortschritt rief freilich bei einzelnen süddeutschen Regierungen und namentlich am Bundestage Mißstimmung hervor, und die Entrüstung fand in den Konferenzen der Jahre 1819 und 1820 diplomatischen Ausdruck. Aber hier wie anderwärts mußte der Verdruß vor der überzeugenden Sprache vollzogener Thatsachen schweigen.

Um so eifriger ließen es sich diejenigen süd- und mitteldeutschen Regierungen, die in den Zollvereinsbestrebungen Preußens hinter der Verfolgung wirthschaftlicher Interessen einen politischen, auf die Beschränkung der kleinstaatlichen Souveränität gerichteten Hintergrund zu erblicken glaubten, angelegen sein, die weitere Ausdehnung des preußisch-deutschen Zollvereins nach Möglichkeit zu hintertreiben. Nach dem von Preußen immer noch festgehaltenen Grundsatz, nur „von Grenze zu Grenze" vorzuschreiten, sollte nun zunächst Kurhessen an die Reihe kommen. Aber der Kurfürst, wol der unfähigste und sicher der böswilligste unter den zur Zeit regierenden deutschen Fürsten, wies die an ihn ergehende Aufforderung zum Eintritt in das preußische Zollgebiet auf das Bestimmteste ab, und das mit so glücklichem Erfolge begonnene Werk der deutschen Zolleinigung schien dadurch plötzlich ins Stocken zu gerathen. Eichhorn und Maaßen schreckten mit Rücksicht auf die noch immer nicht vollständig gehobene Unsicherheit im preußischen Finanzwesen vor dem Einschlagen einer wirklich kühnen Handelspolitik, vor dem Brechen mit dem einmal angenommenen Grundsatze zurück. Maaßen's Gedanken gingen überhaupt über das Gebiet der Staats- und Volkswirthschaft, das er allerdings mit Meisterschaft beherrschte, nicht hinaus, und Eichhorn vermochte sich von den Ideen des friedlichen österreichisch-preußischen Dualismus niemals ganz loszuwinden. Der Gedanke an die möglichen politischen Folgen einer deutschen Zolleinigung unter Preußens Führung lag beiden Männern vollständig fern; ihnen war der Zollverein nichts weiter als eine Vereinigung der verschiedenen völlig gleichberechtigten deutschen Staaten zu rein wirthschaftlichen Zwecken, und die Wahrnehmung, daß man trotzdem den preußischen Zollvereinsbestrebungen in Mittel- und Süddeutschland politische Motive unterschob, war, namentlich was Eichhorn anbetraf, ganz geeignet, ihm das Weiterstreben in der eingeschlagenen Richtung zu verleiden.

Süddeutsche Bestrebungen. Inzwischen waren, um nicht nur mit Worten, sondern auch mit Thaten dem preußischen Zollverein entgegenzuwirken, die Vertreter mehrerer süddeutschen Regierungen bereits 1821 in Darmstadt und 1823 in Frankfurt zu Verhandlungen über die Gründung eines süddeutschen Zollvereins zusammengetreten. Dieselben verliefen resultatlos; nur die beiden hohenzollernschen Fürstenthümer traten in den württembergischen Zollverband ein. Indessen ließ man sich dadurch nicht entmuthigen. Im Jahre 1825 fanden erneute Verhandlungen Württembergs mit Kurhessen, Darmstadt, Baden und Bayern statt; auch diese blieben zwar zunächst ohne positives Ergebniß, doch wurden bereits die Grundlagen für eine spätere Verständigung gefunden. Die Gründung eines süddeutschen Zollvereins schien nahe bevorstehend.

F. Ch. A. von Motz. Um diese Zeit trat in das preußische Ministerium der Mann ein, dem Deutschland das Zustandekommen des Zollvereins auf der allein möglichen Grundlage

des Anschlusses aller deutschen Staaten (mit Ausnahme Oesterreichs) vor allen anderen zu verdanken hat. F. Ch. A. von Motz, seit 1818 Regierungspräsident in Erfurt, seit 1824 Oberpräsident von Sachsen und in diesen hohen Stellungen als tüchtiger und umsichtiger Beamter vielfach erprobt, wurde gegen Ende des Jahres 1825 an Stelle des unbedeutenden Ministers von Klewitz zum preußischen Finanzminister ernannt. Binnen kurzer Zeit befreite er in dieser Stellung durch umsichtige kräftige Maßnahmen die preußische Finanzwirthschaft von dem beständigen Defizit und beseitigte damit das hauptsächlichste Hinderniß einer entschiedeneren Finanzpolitik. Zugleich brach Motz in richtiger Würdigung der thatsächlichen Verhältnisse mit dem bisher festgehaltenen Grundsatz, nur mit dem unmittelbaren Nachbar in Zollverbindung zu treten; in der Erkenntniß, daß das Zustandekommen eines in sich abgeschlossenen und alle süddeutschen Staaten umfassenden süddeutschen Zollvereins die Schwierigkeit der Verschmelzung aller deutschen Landestheile — immer mit Ausschluß Oesterreichs — zu einem einheitlichen Zollgebiet bedeutend erhöhen müsse, eröffnete er über das widerstrebende Kurhessen hinweg bereits 1826 Unterhandlungen mit Darmstadt, das denn auch unter den ihm gebotenen günstigen Bedingungen durch Vertrag vom 14. Februar 1828 in den preußischen Zollverein eintrat.

Der wichtige erste Schritt zur Erreichung des Erstrebten war damit geschehen, und gerade diesen ersten wichtigen Schritt mit Erfolg gethan zu haben, ist eben Motz' Verdienst; der allmähliche Anschluß auch der übrigen süddeutschen Staaten war nun kaum mehr als eine Frage der Zeit.

Die bayerisch-württembergische Zolleinigung und der mitteldeutsche Handelsverein. Zwar traten um eben diese Zeit — Anfang des Jahres 1828 — Württemberg und Bayern und die beiden Hohenzollern nun doch zu einem süddeutschen Zollverein zusammen, aber die erstrebte weitere Ausdehnung desselben gelang nicht; denn die Mehrzahl der mitteldeutschen und etliche der norddeutschen Staaten, Sachsen, Kurhessen, Nassau, die Thüringer Herzog- und Fürstenthümer, dann Hannover, Braunschweig, Hessen-Homburg, Oldenburg, Bremen, Frankfurt a/M. bildeten einen besonderen, ausgesprochener Maßen gegen Preußen gerichteten Verband, den sogenannten „Mitteldeutschen Handelsverein"; aber gerade diese Zersplitterung machte das Bestehen des einen wie des anderen auf die Dauer unmöglich.

Dieser Erkenntniß konnten sich denn auch die süddeutschen Regierungen nicht lange verschließen, und dem unermüdlich der Erreichung seines Zieles nachstrebenden preußischen Finanzminister gelang es kurz vor seinem Tode, der ihn im Jahre 1831 leider zu früh seinem Wirkungskreise entriß, die Verhandlungen über den Zollanschluß Bayerns und Württembergs im Wesentlichen zum Abschluß zu bringen. — Vorher schon hatte sich Kurhessen dem preußisch-darmstädtischen Zollbündniß beigesellt.

Zum Nachfolger des verdienstvollen Motz wurde der bisherige Generalsteuerdirektor K. Georg Maaßen, der sich, wie erwähnt, schon in dieser seiner Stellung um die Verwirklichung des Zollvereinsgedankens gleichfalls verdient gemacht hatte, ernannt, und unter seiner vollständig im Geist seines Vorgängers weitergeführten Verwaltung ging das große Werk schnell seiner Vollendung entgegen.

Beitritt von Bayern, Württemberg und Sachsen zum preußisch-deutschen Zollverein. Am 4. März 1833 fand der förmliche Beitritt Bayerns und Württembergs zum preußisch-deutschen Zollverein statt, im Mai desselben Jahres erklärte auch das Königreich Sachsen seinen Anschluß, und ziemlich gleichzeitig schlossen sich auch die zu einem engeren Bunde zusammengetretenen acht kleineren thüringischen Staaten — der „mitteldeutsche Handelsverein" hatte sich infolge des Austritts Kurhessens aufgelöst — dem Zollverbande an. Am 1. Januar 1834 konnte das große Werk als gelungen angesehen werden. Der große preußisch-deutsche Zollverein hatte sich, das Gebiet von 18 deutschen Staaten und über 7000 Quadratmeilen mit 23 Millionen Einwohnern umfassend, zunächst auf die Dauer von acht Jahren — bis zum Jahre 1842 — konstituirt.

Schon im nächstfolgenden Jahre traten ihm ferner bei **Hessen-Homburg, Baden** und **Nassau**, 1836 **Frankfurt a/M.**, 1838 **Waldeck**. —

Die nordwestdeutschen Staaten Hannover, Oldenburg, Braunschweig und Lippe, die zu einem besonderen Verein, dem sogenannten Steuerverein, sich zusammengethan hatten, lehnten zwar vorläufig die Aufforderung zum förmlichen Eintritt noch ab, aber auch sie wirkten zur Unterdrückung des Schmuggels und zu besserer Abrundung des Zollgebiets mit.

Was die **politische** Bedeutung der Zolleinigung betrifft, so war sich von allen den Männern, welche ihr Zustandekommen angestrebt und gefördert hatten, eigentlich nur Motz derselben bewußt. In einer Denkschrift, welche er im Juni 1829 dem Könige überreichte, werden Wichtigkeit und Vortheile der von Preußen mit den süd- und mitteldeutschen Staaten „abgeschlossenen oder noch abzuschließenden" Zoll- und Handelsverträge ausführlich erörtert. Da heißt es unter Anderm: „Wenn es staatswissenschaftliche Wahrheit ist, daß Zölle nur die Folge politischer Trennung der verschiedenen Staaten sind, so muß es auch Wahrheit sein, daß Einigung dieser Staaten zu einem Handels- und Zollverbande zugleich auch Einigung zu einem und demselben politischen System mit sich führt." Und die Denkschrift schließt: „In dieser auf gleichem Interesse und natürlicher Grundlage ruhenden und sich nothwendig in der Mitte von Deutschland erweiternden Verbindung wird erst wieder ein in Wahrheit verbündetes, von innen und von außen festes und freies Deutschland unter dem Schutz und Schirm von Preußen bestehen. Möge nur das noch Fehlende weiter ergänzt und das schon Erworbene mit umsichtiger Sorgfalt noch weiter ausgebildet und festgehalten werden!" — Es dürfte sich in der That unter allen Aeußerungen deutscher Staatsmänner aus jener Zeit nicht leicht eine zweite finden, die so entschieden mit dem friedlichen Dualismus bricht, die so energisch die Nothwendigkeit der Loslösung Deutschlands von Oesterreich betont, die so deutlich die Hoffnung auf die dereinstige Führerschaft Preußens in dem auf neuer, fester Grundlage zu errichtenden Deutschen Reich durchblicken läßt. Und diese Hoffnung war vollauf berechtigt.

Mit Genugthuung dürfen wir sagen, daß durch den großen Dienst, welchen Motz und seine Mitarbeiter und Nachfolger durch Verwirklichung des Zollvereinsgedankens Deutschland erwiesen, das Einheitsbedürfniß, dessen Befriedigung der Bund dem deutschen Volke versagt hatte, wenigstens auf dem Gebiet der materiellen Interessen wesentlich gefördert worden ist. Die Rückwirkung auf das rein politische Gebiet konnte nicht ausbleiben, und so ist gerade durch die Begründung des Zollvereins dem fortlebenden deutschen Einheitsgedanken ein mächtiger Vorschub geleistet worden.

Es ist überaus lehrreich, hier des Verhaltens zu gedenken, dessen sich einzelne machtlose Bundesglieder, Kleinstaaten wie Nassau und Frankfurt a. M., gegenüber einem Fortschritte in der Entwicklung Deutschlands befleißigten, der als der bedeutendste seit den Tagen der Reformation von allen denkenden deutschen Männern erkannt worden ist. Bemüht, sich dem Andrange Preußens zu entziehen, tastete Frankfurts hoher Senat wie ein vom Schwindel Ergriffener um sich, und da er Niemand fand, der ihm in seinen Nöthen einen Anhaltspunkt gewähren mochte, so richteten die wohlweisen Häupter des Senats ihre wirren Blicke übers Meer und schlossen 1832 mit England einen Zoll-, Handels- und Schiffahrtsvertrag (!) auf zehn Jahre, basirt auf gegenseitige Freiheit des Verkehrs, der Schiffahrt und der Niederlassung sowie auf der Gleichstellung der Staatsangehörigen. Es erscheint kaum glaublich, aber es ist deswegen nicht weniger wahr, daß man britischen Landeskindern Rechte einräumte, die man gleichzeitig den deutschen Brüdern, welche sich auf dem kaum 2 Quadratmeilen großen Gebiet der Freien Stadt Frankfurt niederlassen wollten, auf das Hartnäckigste verweigerte. — Kein Zweifel besteht darüber, daß hierdurch die Freie Reichsstadt in eine Stellung gerathen war, die bei längerem Bestande ihr kleines, inmitten des Zollvereins gelegenes Gebiet in ein privilegirtes Schmuggeldepot für englische, französische und andere fremde Erzeugnisse verwandelt haben würde.

Diese Großmannssucht Frankfurts und sein vaterlandsloses Gebaren hatte schon im vorigen Jahrhundert sich kund zu geben begonnen. In den Jahren 1794 und 1795, als die französischen Revolutionsheere die Gebiete des Rheins und Mains überschwemmten, hatte der Frankfurter Partikularismus es durch Geld und gute Worte bis zu einem geheimen Separatabkommen mit der französischen Republik gebracht und seine eigene Neutralität sowie die Freundschaft Frankreichs um die Vergleichssumme von 1,400,000 Francs erkauft. Wie damals, so waren auch in den dreißiger Jahren alle Vorstellungen patriotisch denkender Männer, sich nicht zur eigenen Schande an das Ausland anzulehnen, vergeblich, noch weniger fruchtete die Mahnung, nicht nur ausschließlich Frankfurter Interessen zu pflegen, sondern auch an das große Ganze, an Deutschland, zu denken. Alle diese Stimmen verhallten: die eingesetzte Kommission erklärte, daß man durchaus nichts von den „preußischen Plackereien" wissen wolle, der Anschluß an das „preußische Mauthsystem" verletze das innerste Lebensprinzip der Freien Stadt.

Ebenso ablehnend verhielt sich Nassau, welches 1835 mit Frankreich einen Zollvertrag für die Dauer von fünf Jahren abschloß, ein Beispiel, das nachzuahmen sich später Mecklenburg bewogen fand. — Durch diesen wunderbar ausgebüftelten Ausweg suchten sich die kleinen Machthaber „aus den Schlingen einer deutschen Handelsvereinigung" zu ziehen, die, weil sie von Preußen ausging, ihnen doppelt bedenklich erschien.

Allen mit den rheinischen Verhältnissen Vertrauten sind die Folgen, welche aus diesen kleinstaatlichen Lächerlichkeiten und Zerrereien entstanden, wohl bekannt. Hessen setzte sich gegen Ende des vierten Jahrzehnts auf den Kriegsfuß gegen Nassau, und in mitternächtiger Stunde lief ein Geschwader gegen den oranischen Nachbar aus, um eine nassauische Rheinstrecke durch Versenkung von Quadern in den „freien deutschen Strom" für die Schiffahrt unbrauchbar zu machen. Jahrelang währte der hieraus erwachsene Streit und Hader, bis sich die Hessen endlich bequemen mußten, das rheinische Flußbett Nassau's wieder zu reinigen. — Nicht viel besser erging es der „Freien Stadt" Frankfurt. Rings von Zolllinien umgeben, blieb ihr allein die Richtung nach dem gleichgesinnten Nassau und die dahin führende Wasserstraße offen. Unter diesen Umständen blühte das auf der andern Seite des Mains liegende hessische Städtchen Offenbach immer ersichtlicher empor. Während Frankfurts Zwischenhandel und Meßverkehr in wenigen Jahren unsäglich litt, wurden in der hessischen Fabrikstadt und zwar von Frankfurter Kaufleuten selbst Kellerräumlichkeiten und Magazine zum Behuf des Meßbezugs und zur Unterbringung von Meßwaaren gemiethet.

Im Oktober 1834 verlangte eine von tausend Bürgern unterzeichnete Bittschrift den beschleunigten Beitritt Frankfurts zum Zollverein, welcher nun doch am 2. Januar 1836 erfolgte. — Heute, nach vierzig Jahren, schüttelt gewiß selbst ein Stockfrankfurter über die damals befolgte Krämerpolitik der weisen Stadtoberhäupter den Kopf. — Wir haben dieses Beispiel etwas weitläufiger vorgeführt, weil es nothwendig erscheint, dem gegenwärtigen Geschlechte die Thorheiten und Verirrungen einer früheren Generation vorzuhalten, damit es im Stande sei, die Errungenschaften der Gegenwart um so unbefangener zu würdigen.

Anschluß Hannovers. Oldenburg und Braunschweig verblieben bis 1841 beim „Nordwestdeutschen Steuerverein", während Hannover sich erst im Jahre 1854, und auch dann nur gegen Gewährung ansehnlicher Vergünstigungen, dem Zollverein anschloß.

Damit war das große Werk gelungen, die Mehrzahl der deutschen Staaten war wenigstens auf einem Gebiete, dem des Wirthschaftslebens, wieder wirklich geeinigt, ein gemeinsames Band, das Band gemeinsamer Interessen, umschloß wieder den größten Theil des deutschen Vaterlandes, und schon jetzt erkannten Alle, die es aufrichtig wohlmeinten mit Deutschland, daß es nur darauf ankomme, das geschlungene Band allmählich fester und fester zu ziehen und es durch neue Bande zu verstärken, um auf diesem Wege das angestrebte Ziel, die Wiederaufrichtung Deutschlands zu einem einheitlichen, mächtigen Reiche, würdig seines Volkes und seiner Geschichte, zu erreichen. Freilich stand neben diesen

Wohlmeinenden die große Zahl Derer, welche ohne Verständniß für das Wohl Deutschlands, oder in selbstsüchtiger Verfolgung eigennütziger Interessen demselben absichtlich entgegenarbeitend, dem neugegründeten Zollverein auch nach seinem Zustandekommen noch unablässig Hindernisse in den Weg legten, und die lose Verfassung des zunächst ohnehin nur auf die Dauer weniger Jahre geschlossenen Zollbundes machte ihnen das leicht genug.

Die Zollvereinskonferenz. Eine ständige Verwaltungsbehörde besaß der Zollverein leider nicht. Die periodisch zusammentretende Zollvereinskonferenz, beschickt von den dem Vereine angehörenden Staaten, konnte während der Dauer der einzelnen Vertragsperioden die allernothwendigsten Veränderungen nur sehr schwer oder richtiger niemals durchsetzen. Bei einzelnen süd- und mitteldeutschen Staaten bestand die Besorgniß vor den centralisirenden Sonderbestrebungen Preußens noch immer fort. Dies hatte die preußische Regierung veranlaßt, in die Zollvereinsverträge die Bestimmung aufzunehmen, daß während der Dauer der einzelnen Vertragsperioden nur durch einstimmigen Beschluß aller Vertreter bei den Konferenzen eine Aenderung in den Statuten des Vereins herbeigeführt werden könne, und diese Einstimmigkeit war natürlich nur in den seltensten Fällen zu erreichen. Dem gegenüber konnte es fast als ein Vortheil gelten, daß der Zollverein nur auf einen periodischen Zeitraum von zwölf Jahren, bei seinem Zustandekommen sogar vorläufig für alle betheiligten Staaten ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt ihres Eintritts nur bis zum Jahre 1842 abgeschlossen wurde; damit hatte es die preußische Regierung in der Hand, den Zollverein jeweilig zu kündigen und auf Grundlage neuer, als nothwendig sich erweisender Bestimmungen die kleineren Staaten zur Verlängerung desselben einzuladen. Die mögliche Gefahr der gänzlichen Auflösung des Zollvereins bei einer solchen Gelegenheit glaubte man in den preußischen Regierungskreisen, und zwar mit Recht, nicht fürchten zu müssen, indem die segensreichen Folgen der Zolleinigung schon in den ersten Jahren ihres Bestehens so deutlich zu Tage getreten waren, daß die süddeutschen Staaten sich der Erkenntniß nicht verschließen konnten, ihr Austritt aus dem Verein sei nur unter schwerer Schädigung ihrer materiellen Interessen zu bewirken. Die wirthschaftliche Zukunft der kleinen mitteldeutschen Staaten, deren Lage Preußen im Nothfalle das Mittel wirksamer Repressivmaßregeln an die Hand gab, hing geradezu vom Fortbestand des Zollvereins ab.

Verlängerung der Zollvereinsverträge. So ging denn auch, als im Jahre 1842 der Zeitpunkt für die Kündigung resp. Verlängerung der Verträge herangekommen war, die letztere trotz der Umtriebe Oesterreichs und der zahlreichen preußenfeindlichen Elemente in den übrigen Bundesstaaten ohne besondere Schwierigkeiten von statten, und die Fortdauer des Zollvereins war auf weitere zwölf Jahre gesichert. — Die Schwierigkeiten, welche nach Ablauf dieser zweiten Vertragsperiode zu Tage traten und zur Auflösung des preußisch-deutschen Zollvereins zu führen drohten, haben wir später zu behandeln.

Vergegenwärtigen wir uns in Folgendem kurz die segensreichen Folgen, von welchen nicht nur auf materiellem, sondern auch auf politischem Gebiete das Zustandekommen des Zollvereins, der ewig denkwürdigen Schöpfung des zu einem Theile bewußt, zum andern Theile unbewußt seiner hohen Bestimmung entgegengehenden Preußens, begleitet war.

Als im Jahre 1834 zuerst achtzehn deutsche Staaten zu einem Zollbunde sich zusammenfanden, da folgten sie dem Prinzip des Freihandels. Man ging von der Ueberzeugung aus, daß die Herstellung völlig freien Verkehrs unter einander Allen zum Segen gereichen werde. Seit jener Zeit ist der Gedanke der deutschen Einheit mit dem Gedanken der Handelsfreiheit eng verbunden geblieben, alle Phasen hindurch, welche die Geschicke der Nation durchzumachen hatten. Die auf der Grundlage freien Verkehrs erwachsene wirthschaftliche Einigung ist die mächtigste Vorkämpferin für die politische Einigung geworden, und die namentlich seit Beginn der sechziger Jahre mit Entschiedenheit verfolgten freihändlerischen Bestrebungen waren fort und fort von der nationalen Bewegung getragen. Diese enge, wechselseitige Förderung war auch in der Natur der Dinge begründet.

Für die freie Bewegung des Verkehrs konnte es nicht leicht eine hemmendere Fessel geben als die legislative Souveränität einiger dreißig Landesregierungen. Jede Reform, welche auf materiellem Gebiete die gesetzgeberische Regelung von den Einzelnen auf die Vereinigung übertrug, schuf zugleich eine Erleichterung für den Verkehr. Diese ganze Richtung entsprach ja auch nur der dem Freihandel innewohnenden Tendenz, die Eintracht zu fördern, indem dieser den gesicherten friedlichen Austausch von Leistungen und Gütern zwischen Angehörigen aller Nationen, wie viel mehr also zwischen den einzelnen Stämmen desselben Volks, als Ideal erstrebt.

Natürlich konnte bei der Gründung des Zollvereins der Grundsatz völliger Handelsfreiheit in Anbetracht der wirthschaftlichen Verhältnisse Deutschlands nicht alsogleich auf allen Gebieten zur Geltung gebracht werden. Für einzelne wenige Artikel, wie Salz und Spielkarten, wurden aus finanziellen Gründen sogar die in Preußen schon früher bestandenen Einfuhrverbote aufrecht erhalten, und zahlreiche andere Gegenstände, namentlich solche des allgemeinen Gebrauchs, blieben einem allerdings sehr mäßigen Eingangszoll unterworfen, weil die Erträge der direkten Besteuerung trotz der anerkannten Vorzüglichkeit des preußischen Klassensteuersystems zur Deckung der steigenden Bedürfnisse des Staates allein nicht ausreichten. Zudem waren einzelne Zweige der deutschen Industrie vorderhand eines gewissen Schutzes noch dringend bedürftig, und diesen wurde derselbe denn auch durch Freigebung der Einfuhr des Rohmaterials, soweit dasselbe im Inlande nicht erzeugt wurde, und durch einen Schutzzoll gewährt, dessen mäßige Höhe jedoch von vornherein jede unberechtigte Uebertheuerung des Konsumenten durch den inländischen Fabrikanten ausschloß. Ein solcher Schutzzoll mußte denn auch gerade wegen seiner mäßigen Höhe doppelt segensreich wirken, denn die Konkurrenz des Auslandes blieb in gewissen Grenzen bestehen, und die heimische Industrie — namentlich die Gewebeindustrie, der Bergbau und die bereits im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts durch den Chemiker Achard eingeführte, aber erst in den dreißiger Jahren zu größerer Bedeutung gelangte Rübenzuckerfabrikation kommen hier in Betracht — sah sich geradezu gezwungen, nur gute und preiswerthe Erzeugnisse zu liefern, um sich auf dem inländischen Markte zu behaupten und womöglich auch im Auslande lohnende Absatzgebiete zu erobern. Ein unablässiges Streben nach Verbesserung und Vereinfachung der Fabrikationsweisen war die natürliche Folge, und dies gab wiederum Anlaß zu einem großartigen Aufschwung auf dem Gebiete des Maschinenbaues, dem sich nunmehr die tüchtigsten Kräfte in großer Zahl zuwandten. Bald drängte eine wichtige Erfindung die andere, immer neue, schneller und billiger als die bisherigen arbeitende Maschinen wurden ersonnen und hergestellt, und nach wenigen Jahrzehnten hatte die deutsche Industrie diejenige einer Reihe europäischer Länder vielfach überflügelt und trat der hochentwickelten englischen Industrie nahezu ebenbürtig zur Seite.

Der Raum gestattet uns leider nicht, an der Hand der Statistik die Fortschritte und das Emporblühen der einzelnen Industriezweige im Gebiet des Zollvereins im Einzelnen zu verfolgen. Nur Zahlen sind es, welche die Statistik uns an die Hand giebt, aber beredter, als Worte es zu thun vermögen, zeugen diese Zahlen von dem erfreulichen und für jedes patriotische Herz erhebenden Aufschwung, welchen der Zollverband, die endlich nach schweren Zeiten glücklich zu Stande gekommene Einigung des deutschen Vaterlandes zur Verfolgung gemeinsamer Ziele und Interessen, auf allen Gebieten der Industrie und des Handels zuwege brachte. Binnen wenigen Jahrzehnten verdoppelte, ja verdreifachte sich die Produktion, der Werth der Ein- und Ausfuhr in den meisten Industriezweigen, überall bot sich dem Kapital eine gewinnbringende Anlage, dem fleißigen und tüchtigen Arbeiter ausreichende und lohnende Beschäftigung.

Mehr und mehr trat in den Städten wie auf dem flachen Lande ein gewisser bescheidener Wohlstand zu Tage, der auch äußerlich in dem erhöhten Verbrauchsvermögen des Volkes, in der stärkeren Nachfrage in Konsum- und Luxusartikeln seinen Ausdruck fand.



Berlin, nach einer Abbildung gegen Ende der dreißiger Jahre.

Erblühen Berlins als Handels- und Fabrikplatz. Wie nicht anders zu erwarten, kamen die Segnungen der Zolleinigung in erster Linie auch der preußischen Hauptstadt, dem Vorort des Zollvereins, zugute. Berlin, dessen Industrie und Handel bis zum Jahre 1830 nicht gerade hervorragend genannt werden konnten, erblühte nach und nach zu einer Fabrikstadt und einem Verkehrs- und Handelsplatz ersten Ranges. Das Aufkommen des Eisenbahnwesens, dessen Entwicklung in Deutschland und speziell in Preußen wir an anderer Stelle eingehend zu besprechen haben werden, die Entstehung eines ausgebreiteten Eisenbahnnetzes, dessen Fäden naturgemäß in der Hauptstadt des Landes, in Berlin, zusammenliefen, erhöhten dessen Bedeutung für Industrie und Handel und schufen die Grundlage, auf welcher wir diese Stadt, die noch im Anfang unseres Jahrhunderts kaum 200,000 Einwohner zählte, im letzten Viertel desselben zu der Millionenstadt unserer Tage heranwachsen sahen.

Daß ein unter so großen Schwierigkeiten zu Stande gekommenes Werk wie der Zollverein von bedeutenden Mängeln nicht frei sein konnte, liegt klar zu Tage und ist auch weiter oben bereits angedeutet worden; aber gerade darin, daß der Zollverein troß der ihm anhaftenden Mängel so außerordentlich segensreich wirkte, liegt ein Beweis mehr für die Nothwendigkeit seiner Begründung, für die völlige Unhaltbarkeit der Zustände, wie sie auf wirthschaftlichem Gebiet der Zusammensturz des Reiches, die Auflösung Deutschlands in einige Dutzend von einander nahezu unabhängiger Sonderstaaten geschaffen hatte. Daß das Band, welches der Zollverein um die demselben zugehörigen Staaten schlang, äußerlich kein sehr festes war, daß die beschränkte Vertragsdauer, die Forderung der Einstimmigkeit bei allen wichtigen Beschlüssen den kleinstaatlichen Sondergelüsten manche Hinterthür offen ließ und den Feinden und Gegnern des Zollbundes bequeme Angriffspunkte bot, wurde ebenfalls weiter oben bereits ausgeführt. Aber zum wenigsten ebenso hemmend für die volle Entfaltung der segensreichen Wirkungen des Zollvereins war ein zweites: der Mangel einer einheitlichen Währung. Wol wurden hier und da vereinzelte Stimmen laut, die auf die Nothwendigkeit hinwiesen, dem unglaublichen Wirrwarr im Münzwesen der deutschen Bundesstaaten durch einheitliche Regelung desselben ein Ende zu machen. Indeß die Schwierigkeiten eines solchen Unternehmens schienen selbst den preußischen Staatsmännern zu groß; auch sie schreckten davor zurück, sich ernstlich mit einer Angelegenheit zu beschäftigen, deren glückliche Erledigung eine unendlich viel größere Selbstlosigkeit der kleinstaatlichen Regierungen zur nothwendigen Voraussetzung hätte haben müssen, als man nach den bisherigen Erfahrungen erwarten durfte. Das Recht der Ausprägung eigener Münzen mit dem landesherrlichen Bildniß und Wappenschild hat zu allen Zeiten als eines der vornehmsten Prärogative selbstherrlicher Fürsten gegolten; gewiß wäre es damals, wo noch nicht eine erstarkte öffentliche Meinung den einzelstaatlichen Souveränitätsdünkel in Schranken hielt, vielen der kleinen deutschen Bundesfürsten geradezu wie eine Versündigung gegen die angestammte Souveränität erschienen, neben dem landesherrlichen Bildniß auf dem Avers der Landesmünzen ein fremdes Wappenschild, und sei es auch das des Zollvereins, zu dulden. Das erkannten denn auch die Begründer und Leiter des Zollvereins, und so ließ man es, in der Hoffnung auf bessere Zeiten, im Münzwesen vorderhand bei den bestehenden mißlichen Zuständen bewenden.

Trostlose Verschiedenartigkeit der Münzverhältnisse. Wie dieselben beschaffen waren, welche Buntschedigkeit und Zerrissenheit auf dem Gebiete des Münzwesens in den zum Zollverein gehörenden Staaten herrschte, möge der Leser selbst aus einer Zusammenstellung der gegen Ende der sechziger Jahre im Zollvereinsgebiet in Umlauf befindlichen Münzen beurtheilen. Da gab es zunächst an Silbermünzen Thaler, und zwar Zweithalerstücke und Einthalerstücke von verschiedenstem Feingehalt und Gepräge, an Münzen der Thalerwährung $^2/_3$, $^1/_2$, $^1/_3$, $^1/_4$, $^1/_5$, $^1/_6$, $^1/_8$, $^1/_{12}$, $^1/_{15}$, $^1/_{30}$, $^1/_{60}$ Thalerstücke, darunter sogar im Werthe unter den angegebenen Nennwerth herabgesetzte Stücke, und zwar $^1/_3$ Thalerstücke zu 6 Silbergroschen und $^1/_6$ Thalerstücke zu 3 Silbergroschen. An Münzen der süddeutschen

Guldenwährung waren vorhanden: 2 Guldenstücke, 1 Guldenstücke, 1/2 Guldenstücke, 30 Kreuzerstücke, 15 Kreuzerstücke, 6 Kreuzerstücke, 3 Kreuzerstücke, 1 Kreuzerstücke, ferner badische 100 und 10 Kreuzerstücke, Kronenthaler, Konventionsmünzen des 20 Guldenfußes, an Silbermünzen kurfürstlich und königlich sächsischen Gepräges 1/6, 1/12, 1/15, 1/24, 1/48 Thalerstücke, Achtpfenniger, Dreier, Einpfenniger, an Silbermünzen schleswig-holsteinischen Gepräges 1/1, 2/3, 1/3, 1/6, 1/12, 1/24 Speziesthaler, Zweisechslingstücke, an älteren Silbermünzen hannoverschen Gepräges Kasseneindrittel- und Zweidrittelstücke, an Münzen mecklenburgischer Währung 2 und 1 Markstücke, 12, 8, 4, 2, 1, 1/2, 1/4 Schillingstücke, an Münzen hamburgischer Kurantwährung 2 und 1 Markstücke, 8, 4, 2, 1, 1/2 und 1/4 Schillingstücke, an Münzen lübeckischer Währung 3, 2 und 1 Markstücke, 8, 4, 2 und 1 Schillingstücke, während an Landeskupfermünzen existirten in der Thalerwährung 4, 3, 2 und 1 Pfennigstücke, hessische 8, 6, 4 und 2 Hellerstücke, preußisch-posensche 3 Kupfergroschen (zu 6 preuß. Pfennigen) und 1 Kupfergroschen (zu 2 Pf.), ferner kurfürstlich und königl. sächsische 5, 3, 2, 1 1/2 und 1 Pfennigstücke, hannoversche 2 und 1 Pfennigstücke, in süddeutscher Währung 1, 1/2 und 1/4 Kreuzerstücke, in mecklenburgischer Währung 5, 3, 2, 1 1/2 und 1 Pfennigstücke. Gold, in Gestalt von Louis-, Max-, Wilhelm- und Friedrichs'dor sowie Dukaten und Goldmünzen ausländischen Gepräges, war nur in verschwindend geringer Menge im Umlauf und diente, da infolge des stets schwankenden Kurses eine genaue Werthbestimmung fast nur mit dem Kurszettel und der Goldwage in der Hand auszuführen war, gleichfalls nicht zur Erleichterung des Verkehrs.

Dem hierdurch wie durch den lockeren Zusammenhang der Glieder des Zollvereins bedingten Uebel langsamer und oft gefährdeter Weiterentwicklung hat erst die Stiftung des Norddeutschen Bundes wirksame Abhülfe gebracht, welcher, durch Verträge mit den süddeutschen Staaten aus Deutschland ein geschlossenes Zoll- und Handelsgebiet schaffend, an die Stelle der alten, nur durch Regierungsbevollmächtigte gebildeten Generalzollkonferenz einen Bundesrath als Vertreter der Regierungen und ein Zollparlament zur Vertretung des Volks konstituirte, zugleich aber eine bessere Regelung des Stimmverhältnisses festsetzte. Erhielt infolge dessen der Zollverein eine weit größere Beweglichkeit in seiner Gesetzgebung wie Verwaltung, so ging er doch schon wenige Jahre darauf bei Gründung des neuen Reiches in die politische Verfassung Deutschlands mit auf. Die wirthschaftliche Einheit des deutschen Zoll- und Handelsgebietes, außerhalb dessen Zollinie nur einige Freihäfen (Hamburg, Altona, Bremerhafen nebst Geestemünde) bestehen, ist jetzt ebenso unkündbar, wie die politische Einheit der Nation in dem als Deutsches Reich nunmehr bestehenden Bundesstaat. Die Funktionen des Präsidiums sind von der Krone Preußens auf den deutschen Kaiser, das Gesetzgebungsrecht ist auf den Bundesrath und den Reichstag gemeinschaftlich übergegangen. So hat das heutige Deutsche Reich den Abschluß der so lange neben dem alten Deutschen Bunde herlaufenden preußisch-deutschen Bestrebungen, aus den Bestandtheilen des heutigen Deutschland ein einheitliches Verkehrsgebiet zu schaffen, vollzogen.

Im Hinblick auf die Stiftung des deutschen Zollvereins, dessen Errichtung ihm als ein sprechendes Zeugniß für den Preußen innewohnenden Geist galt, that Paul Pfizer in einer 1842 erschienenen Schrift folgenden prophetischen Ausspruch: „Erst wenn Deutschland, als ein wahrer Bundesstaat mit Preußen durch organische Verbindung Eins geworden, nicht mehr der geheime Zankapfel zwischen Oesterreich und Preußen sein kann, ist eine dauernde Freundschaft des letzteren mit dem ersteren möglich. Erst wenn in Oesterreich jede Feindschaft gegen Deutschlands innere Freiheit aufhört, wird in Deutschland die alte Zuneigung zu dem verbrüderten, verwandten Reiche erwachen; erst wenn das neue Deutschland alle Kraft aufbietet, Oesterreich nach jener Seite stark zu machen, wo es so schüchtern auftritt und wohin doch alle Stimmen seiner Zukunft rufen, wird aus dem Bunde von Deutschland mit Oesterreich all das Heil erwachsen, das man vom jetzigen Deutschen Bund vergebens erwartet." —



Aachen.

Fünftes Buch.

Die Julirevolution, ihre Vorwehen und ihre Folgen.

Wir haben in den vorhergehenden Abschnitten die trotz mancherlei Störungen und Trübungen im Großen und Ganzen doch segensreiche innere Entwicklung des preußischen Staates bis zum ersten vorläufigen Abschluß der Verfassungsfrage verfolgt; wir haben gesehen, welchen sichern Blick, welche Thatkraft und Energie die Regierung der norddeutschen Großmacht in der Zollvereinsfrage an den Tag legte. Sehen wir jetzt zu, wie sich in dem gleichen Zeitraum das Verhältniß Preußens zu den auswärtigen Mächten gestaltete, welche Rolle es in der sogenannten großen Politik Europa's, die allerdings gerade damals recht kleinlicher Natur war, spielte. Zu solchem Zwecke werden wir zunächst die mehr oder weniger bedeutsamen Ereignisse, welche in den Nachbarländern sich abspielten, die Bewegungen und Regungen, welche wie ein Nachhall der sturmbewegten Revolutionszeit allenthalben das europäische Festland durchzitterten, in knapper Skizzirung dem Leser vorzuführen haben.

Bei den Verhandlungen des Wiener Kongresses hatte man zwar Frankreich einen sehr bedeutsamen Einfluß zugestanden und ihm auch nach dem Kriege der hundert Tage verhältnißmäßig große Schonung angedeihen lassen und unverdientes Wohlwollen erwiesen; dieses Wohlwollen hatte aber im Grunde mehr dem alten „legitimen“ Königshause der Bourbonen, als dem französischen Volke gegolten. Letzteres erschien den vier alliirten Mächten Preußen, Oesterreich, Rußland und England als gefährlicher Revolutionsanstifter

immer noch verdächtig. Selbst nach dem zweiten Pariser Frieden hielten die alten Widersacher deshalb an dem unter dem Kriegslärm von 1814 geschlossenen und gegen Frankreich gerichteten Schutzbündniß von Chaumont fest, wie ja auch die Besorgniß vor dem Ausbruch neuer Unruhen in Frankreich zu der Bestimmung des zweiten Pariser Friedens Anlaß gegeben hatte, einzelne Gebietstheile des Landes bis zum Jahre 1820 von einem verhältnißmäßig starken Heere der verbündeten Sieger besetzt zu halten. Nach dem Wortlaut des Friedensvertrages sollte die feindliche Besatzung die richtige Zahlung der Kriegskostenentschädigung von 700 Mill. Francs gewährleisten, ihr eigentlicher Zweck war jedoch die Verhinderung des Ausbruchs neuer Unruhen oder wenigstens ihrer weiteren Ausbreitung.

Allein der Gang der Ereignisse in Frankreich nach 1815 rechtfertigte die Besorgniß der Verbündeten durchaus nicht. Ueberraschend schnell faßte das bourbonische Regiment wieder festen Fuß, ja die nach dem verliehenen konstitutionellen Grundgesetz, der Charte, gewählte Kammer bot das seltsame Schauspiel einer Volksvertretung, welche, monarchischer gesinnt als die Regierung, ja als der König selbst, die möglichst schnelle Beseitigung aller verliehenen freiheitlichen Institutionen und die Wiederherstellung der unbeschränkten absoluten Königsmacht verlangte. Halb gezwungen gab der König dieser reaktionären Strömung, die in seinem Bruder, dem Grafen Karl von Artois, ihren festen Mittelpunkt gefunden hatte, nach, und unter einem neu ernannten Ministerium begann nun eine Rückwärtsbewegung ohne Gleichen, die sich jedoch durch die übereifrige Verfolgung ihrer Ziele schnell genug selbst ihr Grab grub. Der dem rothen Schrecken der Revolutionszeit an Furchtbarkeit kaum nachstehende „weiße Schrecken" der Reaktion forderte zahlreiche Opfer. Der König sah sich schließlich genöthigt, durch Auflösung der überkönigstreuen Kammer — mit einem treffenden Witzworte hatte er sie „la chambre introuvable", eine Kammer, wie sie sonst nirgends zu finden sei, genannt — dem Unwesen ein Ende zu machen. Die Neuwahlen gaben einer gemäßigten, aber immer noch durchaus königstreuen Partei in der Kammer die Majorität, ein aus tüchtigen Männern gleicher Gesinnung gebildetes Ministerium nahm die Regierung in die Hand, und Frankreich schien auf dem besten Wege, unter der neubefestigten Herrschaft der Bourbonen das Muster eines wohlgeordneten Staatswesens im Metternich'schen Sinne zu werden. Unter diesen Umständen beschlossen die vier verbündeten Großmächte auf einem — diesmal auf preußischem Boden, in Aachen — im Jahre 1818 zusammengetretenen Kongreß, die Okkupationstruppen aus Frankreich zurückzuziehen und dasselbe in ihren Bund aufzunehmen, der nun als der Bund der fünf Großmächte der undankbaren Aufgabe sich unterzog, Europa zu überwachen und unbequeme freiheitliche Regungen und gefahrdrohende Strömungen niederzuhalten, Revolutionsversuche womöglich im Keime zu ersticken und unter strengster Beachtung des Prinzips der „Legitimität" überall die Grundsätze der heiligen Allianz zur Geltung zu bringen. Selbst England hatte diesmal, wenigstens der Form nach, seinen bisherigen Widerstand gegen die nunmehr im weitesten Umfange ins Leben tretende Interventions- und Vermittlungspolitik aufgegeben.

Stellung Preußens im Bunde der Großmächte. Welche Stellung nahm nun Preußen in diesem Bunde der fünf Großmächte ein? Der Kongreß, welchem diese Verbindung ihre Entstehung verdankte, hatte auf preußischem Boden, in Aachen, stattgefunden, von dem König von Preußen waren dort die Kaiser von Oesterreich und Rußland und die Vertreter Frankreichs und Englands als Gäste empfangen worden. Von besonders maßgebendem Einflusse Preußens auf den Gang der Verhandlungen war jedoch nichts zu merken gewesen. Dem von der preußischen Regierung unmittelbar nach 1815 genommenen kräftigen Anlauf zur Bethätigung ihrer Großmachtsstellung hatte es an nachhaltiger Energie gefehlt. Es gelang dem gewandten und unablässig nach Erweiterung des österreichischen Einflusses strebenden österreichischen Staatskanzler, den alternden, je länger je mehr Ruhe und Bequemlichkeit liebenden Fürsten Hardenberg in das Fahrwasser der österreichischen

Politik hineinzuziehen und ihn gleichsam ins Schlepptau zu nehmen. Bereits im Jahre 1818, zur Zeit als jener Kongreß in Aachen stattfand, war von einer Selbständigkeit Preußens in der auswärtigen Politik kaum mehr die Rede. Ruhm gab es in der Politik der Großmächte in den zwanziger und dreißiger Jahren freilich nicht zu ernten, und die passive Rolle, welche Preußen damals nach außen hin spielte, hat ihm, Alles in Allem gerechnet, nicht gerade zum Nachtheil gereicht, seine reservirte Haltung nach Außen ist vielmehr seiner innern Entwicklung eher zugute gekommen. Blühte es doch gerade in jener Zeit ersichtlich wieder auf, und die Erfolge, welche es eben damals auf dem Gebiete der Zollpolitik verzeichnen konnte, ließen Klarsehende erkennen, daß in ihm noch ein tüchtiger Kern vorhanden sei, wohlgeeignet, zu Preußens und zu Deutschlands Wohl sich herrlich und nachhaltig zu entfalten.



Eine Versammlung des Geheimbundes der Carbonari. Zeichnung von Ludwig Burger.

Dem Zustande des Gedeihens, der sich bei Entfesselung aller Kräfte zu allgemeinem und dauerndem Wohlbefinden gestaltet, war Preußen vorderhand freilich noch fern. Seine bedauerliche Unselbständigkeit Oesterreich gegenüber trat übrigens nicht nur im Verhältniß zu den äußeren Nachbarn, sondern auch in seinem Verhältniß zum Deutschen Bunde unverkennbar zu Tage, und diese Unselbständigkeit wuchs mit den Jahren und ging zeitweilig so weit, daß allen Ernstes einmal der Gedanke angeregt werden konnte, die preußische und die österreichische Gesandtschaft am Bundestage in eine zu verschmelzen. Das trug natürlich seine bitteren Früchte. Anfänglich suchte man österreichischerseits Preußen durch allerlei unbedeutende Gefälligkeiten und durch scheinbares Entgegenkommen — z. B. in der Zollvereinsfrage — zu täuschen; später, als man am Ziele zu sein wähnte, als Preußen alle Sympathien im Bunde und alle Achtung, welche es als Großstaat zu beanspruchen hatte, verscherzt zu haben schien, zog man plötzlich ganz andere Saiten auf. Man muthete Preußen Schritt für Schritt

Demüthigungen der ärgsten Art zu, die zurückzuweisen, es sich nicht aufzuraffen vermochte, bis es endlich mit dem Tage von Olmütz bei seiner tiefsten Erniedrigung Oesterreich gegenüber ankam.

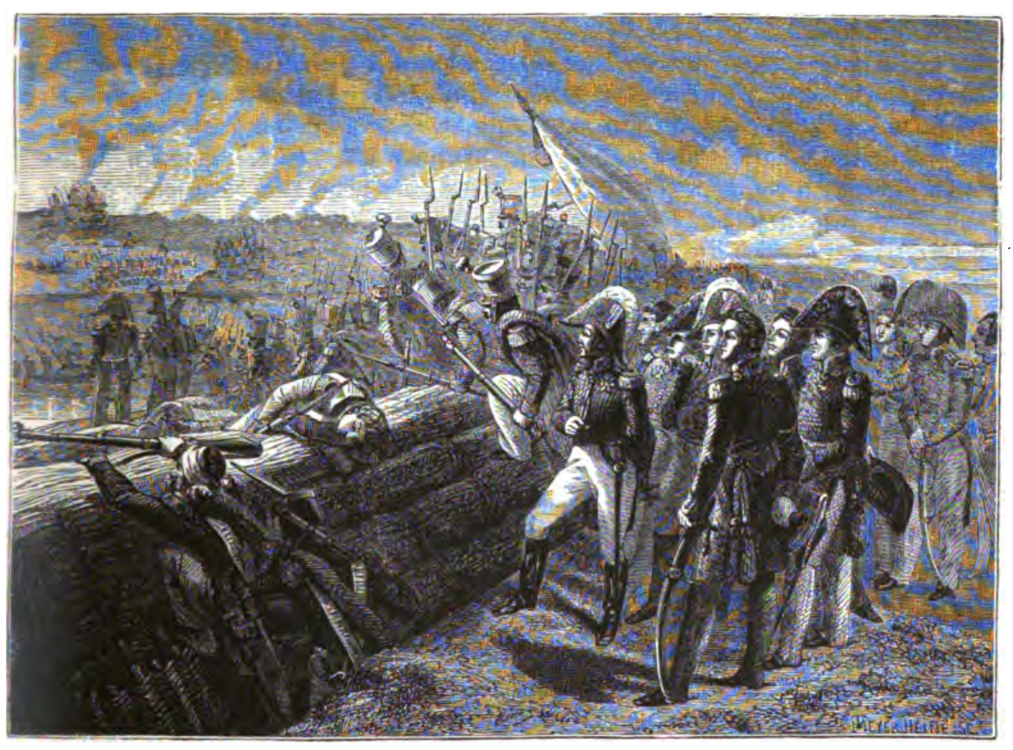
Die Kongresse zu Aachen, Laibach und Verona. Doch kehren wir zu dem Aachener Kongreß und seinen Ergebnissen zurück. Der während jener Zusammenkunft zu Stande gebrachte Bund der fünf Großmächte fand gar bald Gelegenheit zur Bethätigung der von ihm ausgesprochenen Absichten und zwar zunächst in Italien.

Die nach dem Sturz der Napoleonischen Herrschaft zurückgekehrten alten Regentenfamilien hatten, in dem Wahne befangen, es ließen sich ohne Weiteres ein paar Jahrzehnte aus der Erinnerung der Völker streichen, wieder an die früheren Zustände angeknüpft, und hierdurch in ihren von jeher vielumstrittenen und zerrissenen Landen geradezu unhaltbare Zustände hervorgerufen. Das Einheitsverlangen war durch den unter Napoleon auf kurze Zeit wieder aufgelebten Namen des „Königreichs Italien" mächtig geweckt worden. Das Volk vermochte die freiheitlichen Einrichtungen, deren es sich, wenn auch vielfach nur dem Scheine nach, unter französischer Herrschaft erfreut hattte, nicht so schnell zu vergessen. Ueberall brachen Unruhen und Aufstände aus, in gefahrdrohender Weise zuerst in Neapel und Sizilien, wo es dem Volke bei Gelegenheit einer Militärverschwörung gelang, von König Ferdinand I. eine freisinnige Verfassung zu ertrotzen. Das Beispiel wirkte zündend in ganz Italien. Was im Süden gelungen war, das werde sich, wie man meinte, auch anderwärts erreichen lassen! Ueberall gährte es; es war nicht abzusehen, wohin die Bewegung, wenn sie erst einmal zu vollem Ausbruch kam, führen konnte.

Oesterreich erblickte damals noch in Oberitalien einen der Schwerpunkte seiner Macht und glaubte sich daher durch jene Vorgänge in seinen innersten Lebensinteressen bedroht. Diese zu schützen, erschien ihm bewaffnetes Einschreiten gegen Süditalien als das geeignetste Mittel. Aber da es das Gehässige eines solchen Schrittes nicht auf sich allein nehmen mochte, leitete es Verhandlungen ein, die darauf hinzielten, seine Sache zur Sache Europa's zu machen, um den Schein zu erwecken, als handle es als Mandatar Europa's oder wenigstens der die Geschicke desselben leitenden Großmächte. Es wurde ihm auf dem im Jahre 1820 nach Troppau berufenen Kongreß namens der heiligen Allianz der Auftrag ertheilt, gegen die revolutionären Uebergriffe einzuschreiten. Nicht so willig wie Preußen und Rußland erwiesen sich Frankreich und England; letzteres erhob seine warnende Stimme, erklärte aber in Gemeinschaft mit Frankreich schließlich, Einsprache nicht erheben zu wollen, falls Oesterreich mit bewaffneter Hand gegen Süditalien vorgehe und weitere Schritte thue, um Ruhe und Ordnung auf der Halbinsel zu befestigen. Im Anschluß an den Kongreß zu Troppau erfolgte im Jahre darauf (1821) die Eröffnung des Kongresses zu Laibach, zu welchem auch der König Ferdinand I. von Neapel eingeladen wurde. Unschwer gelang es, ihn, der als Bourbone ohnehin von Jugend auf die Lehren der strengsten Legitimität eingeathmet hatte, zu bewegen, mit Rücksicht auf die Beschlüsse der Monarchen und ihre Kriegsbereitschaft die ihm vom Volke abgetrotzte Verfassung in seinem Lande für aufgehoben zu erklären.

Oesterreich gegen die Aufstände in Italien. Wie nicht anders zu erwarten, brach der Aufstand alsbald in hellen Flammen aus; die Aufständischen unter General Pepe wurden jedoch von den schnell heranrückenden Oesterreichern bei Rieti entscheidend geschlagen. Letztere besetzten Neapel, und Ferdinand I. schritt nun mit blutiger Strenge gegen seine Widersacher, vor Allem gegen den verhaßten und fast über ganz Italien ausgebreiteten Geheimbund der „Carbonari" ein. Auch in Sizilien wurde der Aufstand mit österreichischer Hülfe niedergeschlagen. Die überraschend schnell erfolgte Bewältigung der konstitutionellen Bewegung im Königreich Neapel gab auch in den anderen italienischen Staaten der reaktionären Strömung neue Kraft; überall beeilte man sich, die etwa schon gemachten freiheitlichen Zugeständnisse zurückzunehmen. Bald herrschte unter dem Blinken der österreichischen Bajonete die Ruhe des Kirchhofs im Lande. Die Politik Metternich's triumphirte; Oesterreichs Wille gebot in ganz Italien, als sei dasselbe eine einzige österreichische

Provinz geworden. Aber das Feuer glimmte unter der Asche. Zwar ließ es sich zunächst Oesterreich angelegen sein, das materielle Wohl des Landes nach Möglichkeit zu fördern, allein der unerhörte geistige Druck, den es auf das Volk ausübte, wurde dadurch nicht weniger fühlbar, und es bedurfte daher nur eines Anlasses, wie ihn die französische Julirevolution von 1830 bot, um die Bewegung von Neuem auflodern zu lassen. Auch diesmal gelang es den österreichischen Heeren, dieselbe einzudämmen; aber die Freiheit und Einigkeit Italiens blieb seitdem das Losungswort, sowol für die große Masse des Volkes, als auch vornehmlich für die besten und edelsten Geister der Nation. Unablässig haben sie dafür gekämpft und gerungen, bis es endlich — in neuerer Zeit — unter der Gunst der Verhältnisse einem kleinen, aber kraftvoll entwickelten und vor Allem echt nationalen Staate unter einem starken Fürstengeschlechte gelang, das ersehnte Ziel aller Patrioten zu verwirklichen und den Einheitsstaat Italien herzustellen.



Die Wegnahme des Trocadero durch den Herzog von Angoulême. Nach Paul Delaroche.

Einem zu Laibach gefaßten Beschlusse gemäß trat im Jahre 1822 ein neuer Kongreß in **Verona** zusammen. Wiederum erschienen persönlich die beiden Kaiser von Rußland und Oesterreich mit dem Könige von Preußen, während England und Frankreich hervorragende Vertreter sandten. Wieder galten die Berathungen der Ruhe und Ordnung Europa's und der Unterstützung der Sache des legitimen Königthums, das man jetzt an einer andern Stelle, in Spanien, schwer bedroht sah.

Frankreich gegen die spanische Bewegung. Hier hatte nach dem Sturze Napoleons der zurückkehrende König Ferdinand VII., von der Bevölkerung enthusiastisch begrüßt, ohne Widerstand zu finden bereits im Jahre 1814 die von den Cortes im Jahre 1812 gegebene Verfassung aufgehoben und das absolute Königthum wiederhergestellt. Aber der König selbst und vor Allem die königliche Partei vermochten nicht diejenige Mäßigung zu bewahren, welche unter solchen Umständen am Platze gewesen wäre.

Mit unbarmherziger Strenge und Grausamkeit wurde gegen die Gegenpartei vorgegangen; der Zurückrufung der Jesuiten ins Land folgten die Wiederbelebung der Inquisition, die Wiederherstellung der Tortur und andere gehässige Maßregeln. Dies führte, wie nicht anders zu erwarten stand, zu Verschwörungen und Rebellionen, die im Jahre 1820 unter Führung des Generals Quiroga und des Obersten Riego eine solche Ausbreitung erlangten, daß dem in die Enge getriebenen König nichts übrig blieb, als abzudanken oder die geforderte Wiederherstellung der Verfassung von 1812 zu bewilligen. Er wählte das Letztere, nahm aber den freiheitlichen Institutionen gegenüber eine so verdächtige Haltung ein, daß die argwöhnischen Cortes ihn streng überwachten und ihn schließlich sogar in einer Art Gefangenschaft hielten, während gleichzeitig rings im Lande ein wilder Bürgerkrieg zwischen der Verfassungspartei und den Anhängern des absoluten Königthums entbrannte.

Das war es, was die in Verona versammelten Monarchen und Vertreter der fünf Großmächte besorgt auf Spanien blicken und sie den Entschluß fassen ließ, auch hier zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung einzuschreiten und des bedrängten Königthums sich anzunehmen. Wieder erhoben die englischen Minister gegen eine solche Absicht ihre warnende Stimme; sie blieben jedoch diesmal ganz allein. Frankreich oder vielmehr die französische Regierung, der diesmal aus naheliegenden Gründen die ausführende Rolle zugedacht war, nahm den Plan begierig auf. Bereits am 7. Mai des folgenden Jahres (1822) überschritt ein gegen 100,000 Mann starkes französisches Heer die spanische Grenze und drang, ohne ernstlichen Widerstand zu finden, gegen Madrid vor, während die Anhänger der Verfassungspartei, den König mit sich führend, sich nach Cadiz zurückzogen. Dieser Platz mußte sich jedoch nach dreimonatlichem Widerstande ergeben, und die Cortes und ihr Anhang, soweit es ihnen nicht gelungen war, über die Grenze zu entkommen, unterwarfen sich. Der König kehrte im Triumphe nach seiner Hauptstadt zurück und stellte unter dem Schutze der französischen Bajonete das uneingeschränkte Königthum in seinem vollen Umfange wieder her. — Während so im Süden und Südwesten Europa's die heilige Allianz im Wesentlichen ihr Ziel erreicht und ihren Grundsatz, daß den Forderungen der Legitimität nach Möglichkeit Rechnung zu tragen sei, Geltung verschafft hatte, waren im Südosten des Erdtheils Verhältnisse eingetreten, welche die Aufrechthaltung dieses Grundsatzes auf eine schwere Probe stellten und zugleich das bisher bestandene Einvernehmen der fünf Großmächte zu erschüttern drohten.

Der Aufstand der Griechen gegen die türkische Gewaltherrschaft. Durch die Beschlüsse des Wiener Kongresses und die wohlwollende Haltung Rußlands ermuthigt hatte das unter dem jahrhundertelangen und je länger je mehr unerträglich gewordenen Joch der Türken schmachtende Volk der Griechen sich von Neuem erhoben, um mit den Waffen in der Hand im Kampf auf Leben und Tod sich die staatliche und religiöse Freiheit zu erkämpfen. Mehrere frühere Versuche zu dem gleichen Zweck waren kläglich gescheitert; diesmal schien das Glück den Griechen günstiger zu sein. Unter furchtbaren, namentlich von Seiten der Türken verübten Greueln hatte der Kampf begonnen; trotz der türkischen Uebermacht war es den unter heldenmüthigen Führern mit der Wuth der Verzweiflung kämpfenden Griechen gelungen, bedeutende Vortheile, namentlich zur See, zu erringen, von einem großen Theile des griechischen Gebietes die Türken zu verjagen und die Kräfte der Pforte nahezu zu erschöpfen. Mit Bewunderung und Theilnahme sah die gebildete Welt Europa's diesem Kampfe zu; überall bildeten sich griechenfreundliche Vereine, welche die wackeren Freiheitskämpfer mit Geld und Waffen unterstützten, und zahlreiche Freiwillige widmeten dem ausharrend streitenden Hellenenvolk ihre Kräfte. Aber seine Mittel reichten doch nicht aus, den Sieg zu erringen und keine der großen Mächte rührte sich, um den christlichen Glaubensgenossen, deren Kräfte sich immer mehr erschöpften, wirksame Unterstützung zu gewähren. Selbst Rußland, der Erbfeind der Türkei, verharrte in vorsichtiger Zurückhaltung.

Die Besorgniß der Großmächte vor den unabsehbaren Folgen, welche eine Einmischung in die griechisch-türkische Streitfrage möglichenfalls nach sich ziehen konnte, war allerdings nur allzu sehr berechtigt und doch erwies sich ihr Eintreten in die Verwicklung, je mehr sich dieselbe schürzte, umsomehr als eine nicht länger von der Hand zu weisende Nothwendigkeit. Das Jahr 1825 brachte den Umschwung. Dem Rufe seines Oberherrn folgend sandte Mehemed Ali, der energievolle Pascha von Aegypten, unter seinem Sohn Ibrahim Pascha ein starkes, gut disziplinirtes Heer und eine wohl ausgerüstete Flotte den Türken zu Hülfe, die nun mit erneutem Eifer den Kampf gegen die Griechen aufnahmen, denselben mehrere wichtige Plätze entrissen, einen furchtbaren Vernichtungskrieg auf der griechischen Halbinsel begannen und sich anschickten, durch Einnahme der wichtigen Festung Missolunghi, welche zu Wasser und zu Lande belagert wurde, den Widerstand der „Rebellen“ vollends zu brechen. Immer offener trat in ganz Europa die Theilnahme für das bedrohte Hellenenvolk, dem im Fall seiner gänzlichen Unterwerfung ein furchtbares Schicksal bevorstand, zu Tage; aber immer wieder gelang es der österreichischen Politik, eine ernstliche Einmischung der Mächte zu verhindern. Da starb am 1. Dezember 1825, müde eines Lebens, das ihm nur selten volle Befriedigung gewährt hatte, Kaiser Alexander I. von Rußland, ohne direkte Nachkommenschaft zu hinterlassen, und mit Uebergehung seines ältern Bruders Konstantin, der bereits vorher freiwillig auf die Nachfolge Verzicht geleistet hatte, bestieg Nikolaus I. den Thron des Zarenreiches. Wir werden uns mit der Person dieses Herrschers, der von 1825—1855 regierte und namentlich auf die preußische Regierung einen tiefgehenden, vielfach unheilvollen Einfluß ausübte, im Verlaufe unserer Darstellung noch eingehender zu beschäftigen haben: hier kommt für uns zunächst seine Haltung in der griechischen Frage in Betracht.

Nikolaus brach sofort mit der von seinem Bruder in letzterer Zeit befolgten Politik des Beharrens oder besser der Unselbständigkeit. Allem westeuropäischen Wesen infolge seiner einseitigen, streng soldatischen Erziehung abgeneigt und fremden Einflüssen bei der Starrheit seines Charakters nicht leicht zugänglich, fühlte sich Nikolaus vor Allem als Russe; das Ziel der nationalen russischen Politik aber war von lange her die Gewinnung eines möglichst weitgehenden Einflusses auf der Balkanhalbinsel. Dorthin lenkten sich jetzt auch seine Blicke. Die österreichische Regierung erkannte mit Schrecken, wie der Herrscher Rußlands sich anschickte, angeblich zu Gunsten Griechenlands, in Wirklichkeit aber zum Vortheile des rechtgläubigen Zarenreiches gegen die Türken einzuschreiten. Für Oesterreich war es eine Lebensfrage, die Festsetzung Rußlands in den unteren Donauländern zu verhindern. Auf einen Krieg mit Rußland durfte es aber Oesterreich bei dem unbefriedigenden Zustande seines Heerwesens und der Zerrüttung seiner Finanzen nicht ankommen lassen, und so blieb ihm nur übrig, ungesäumt Verhandlungen einzuleiten, um die drohende russische Einmischung wenigstens hinauszuschieben.

Die Lage der Griechen war inzwischen eine verzweifelte geworden. Nach beispiellos heldenmüthiger Vertheidigung war Missolunghi gefallen; gelang es jetzt den Türken, noch einige kräftige Schläge zu führen, so war der griechische Aufstand vollends niedergeworfen, die Streitkräfte der Pforte wurden dann frei und konnten sämmtlich im Norden verwendet werden, und den Russen wurde dann vielleicht die Einmischung verleidet. Eine solche Berechnung der österreichischen Staatsmänner erwies sich jedoch als hinfällig; über den Kopf der österreichischen Diplomaten hinweg schloß die englische Regierung, an deren Spitze seit dem tragischen Ende des eifrigen Anhängers der Metternich'schen Politik, Lord Castlereagh, der sich selbst das Leben genommen hatte, der griechenfreundlich gesinnte Lord Canning stand, eine Vereinbarung mit Rußland. In London und Petersburg verpflichtete man sich, gemeinsam zu Gunsten der Griechen einzuschreiten, die Pforte zur Anerkennung einer bedingten Selbständigkeit des griechischen Volkes nöthigenfalls mit Waffengewalt zu zwingen und zu diesem Zwecke eine kombinirte Flotte nach den griechischen Gewässern zu entsenden.

Zur Wahrung seiner eigenen Interessen trat diesem Abkommen nachträglich auch Frankreich bei, während Preußen, welches in dieser Frage ganz unbetheiligt war, auf Seiten Oesterreichs verharrte und mit diesem den beabsichtigten gewaltsamen Eingriff in die inneren Angelegenheiten und die Rechte eines legitimen Fürsten — denn ebenso wie die übrigen Monarchen Europa's mußte auch der Sultan ja als ein solcher gelten — verurtheilte.

Untergang der türkisch-ägyptischen Flotte. Eine aus englischen, russischen und französischen Schiffen gebildete Flotte unter dem Befehl des englischen Admirals Codrington lief Anfang Oktober im Hafen von Navarino an der Südwestspitze des Peloponnes ein, wo kurz zuvor die vereinigte ägyptisch-türkische Flotte angelegt hatte. An bestimmte Instruktionen nicht gebunden, verlangte Admiral Codrington unter Androhung von Gewalt die Einstellung der Feindseligkeiten auf der griechischen Halbinsel und stellte, um seiner Drohung Nachdruck zu geben, am 20. Oktober seine Flotte in Schlachtordnung auf. Die Türken weigerten sich, der kategorischen Aufforderung Folge zu geben: noch ehe die Verhandlungen förmlich abgebrochen waren, fielen von Seiten des türkischen Flaggenschiffes die ersten Schüsse, und es begann der Kampf, der den ganzen Nachmittag, den Abend und die Nacht hindurch währte und mit der fast vollständigen Vernichtung der an Zahl der Schiffe und Geschütze weit überlegenen türkischen Seemacht endigte. Nur wenige türkische Schiffe entrannen dem Verderben.

Der russisch-türkische Krieg. Es war zum Kampfe gekommen, ohne daß es die Mächte eigentlich recht gewollt hatten. Der erste Schlag war gleich ein entscheidender gewesen, und der Lauf der Dinge nun nicht mehr aufzuhalten. Der Sultan wüthete gegen die an der Vernichtungsschlacht von Navarino betheiligten Mächte, namentlich gegen Rußland, und die Maßregeln, welche er ergriff, um letzteres seinen Zorn fühlen und entgelten zu lassen, nöthigten Nikolaus I. oder gaben ihm vielmehr erwünschten Anlaß, am 26. April 1828 der Pforte eine förmliche Kriegserklärung zugehen zu lassen. Der Krieg wurde gleichzeitig in Europa und in Asien mit der Belagerung der zahlreichen und starken türkischen Grenzfestungen eröffnet; nach zum Theil sehr hartnäckiger Vertheidigung fielen die wichtigsten derselben in die Gewalt der Russen, die nun unter Führung des tapfern Generals Diebitsch, eines geborenen Schlesiers, den Balkan überschritten und sich gewissermaßen mittels Handstreichs der zweiten Hauptstadt des türkischen Reiches, Adrianopel, bemächtigten (28. August 1829). Im Hinblick auf sein durch den harten Krieg bedenklich geschwächtes Heer, auch in Berücksichtigung des Umstandes, daß Oesterreich, Frankreich und Großbritannien zu erkennen gaben, daß sie ernstlich willens seien, sich der Verwirklichung etwaiger russischer Eroberungspläne zu widersetzen, verstand sich Nikolaus dazu, mit dem Sultan in Friedensverhandlungen sich einzulassen. So kam am 14. September der Friede von Adrianopel zu Stande. Die Pforte erkannte in demselben zunächst die bedingte Unabhängigkeit Griechenlands als eines tributpflichtigen Schutzstaates an, jedoch forderte die sogleich nach dem Friedensschlusse eröffnete Londoner Konferenz die vollständige Freiheit und Unabhängigkeit Griechenlands unter einem von den europäischen Großmächten zu erwählenden König, und auch darin mußte der Großherr (24. April 1830) willigen. Die griechische Königskrone wurde zunächst dem Prinzen Leopold von Koburg angeboten; dieser (der spätere König von Belgien) schlug sie jedoch aus, weil ihm der Umfang des neuen Königreiches zu klein bemessen schien. Er sah voraus, daß die Griechen auch fernerhin das Ziel ihres Ehrgeizes, die Freiheit aller griechischen Stämme, anstreben würden. Die Erreichung dieses Zieles konnte freilich im Hinblick auf die unzureichende Macht des jungen Staates nur als frommer Wunsch angesehen werden. Neue Wirren brachen infolge jener Ablehnung in dem herrenlosen, von Parteien zersetzten Lande aus. Endlich ließ sich ein jüngerer Sohn des Königs Ludwig I. von Bayern zur Uebernahme der Krone bereit finden. Mit 3500 Mann bayerischer Truppen landete der Prinz Otto am 30. Januar 1833 in Nauplia, mit Jubel begrüßt von einem großen Theil der Bewohner des wieder aufathmenden Landes.

Otto, König von Griechenland. Die Krone, welche der bayerische Prinz sich hatte aufs Haupt setzen lassen, ward für ihn zu einer Dornenkrone. Nur zu bald zeigte es sich, wie richtig der staatskluge Leopold von Koburg die Wünsche und naturgemäßen Ziele des griechischen Volkes beurtheilt hatte. Erst nahezu ein halbes Jahrhundert später ist es dem Berliner Kongreß gelungen, den von der Londoner Konferenz mit der zu engen Begrenzung des griechischen Territoriums begangenen Fehler gutzumachen.

Während jener Vorgänge im Südosten Europa's hatten im Westen, in Frankreich, die Dinge eine andere Gestalt gewonnen und waren schnell einer Entscheidung entgegen gegangen. König Ludwig XVIII. hatte, wie wir wissen, um dem maßlosen Treiben der Reaktion ein Ende zu machen, eine Neuwahl der Kammern angeordnet und ein gemäßigtes Ministerium zur Leitung der Regierung berufen. Diesem würde es vielleicht gelungen sein, nach und nach die Gemüther zu beruhigen, wenn nicht infolge der im Jahre 1820 stattgefundenen Ermordung des Herzogs von Berry, eines Neffen des Königs, die Reaktionspartei wieder ans Ruder gelangt wäre und sich der ministeriellen Gewalt bemächtigt hätte. Es gelang ihr, den König in maßgebender Weise zu beeinflussen. Eine Folge davon war die oben erwähnte Einmischung Frankreichs in die spanischen Wirren gewesen, die, beim Volke unpopulär, in erster Linie reaktionären Zwecken gedient hatte. Man hoffte eben, nach Unterwerfung der Anhänger der konstitutionellen Freiheit in Spanien um so leichter mit den Unzufriedenen im eigenen Hause fertig zu werden. Ein ernstes Vorgehen gegen letztere erachtete man für um so unerläßlicher, weil seit dem im Jahre 1821 erfolgten Tode Napoleon's die sogenannte „napoleonische Idee" wieder mächtig um sich zu greifen und die bonapartistische Partei sich eifrig zu regen begann.

Tod Ludwig's XVIII. Ludwig XVIII. starb bereits am 16. November 1824, und sein Bruder bestieg als Karl X. den Thron. Von jeher war dieser, wie wir wissen, der bewegende Mittelpunkt der Reaktionsbestrebungen gewesen. Alsbald wurden gegen die verbürgten Freiheiten verderbliche Maßregeln eingeleitet und die erlangten Volksrechte nach Möglichkeit verkümmert; die Preßfreiheit ward angetastet, die Censur über die politischen Blätter in unerträglicher Weise verschärft, am 30. April 1827 die Nationalgarde aufgelöst und ein Ministerium eingesetzt, dessen hochadlige Mitglieder, Polignac und Konsorten, zu den bei der Masse der Bevölkerung mißliebigsten Personen gehörten.

Solche Maßregeln waren nicht dazu angethan, die tiefgehende Erregung des Volkes, namentlich des mittlern Bürgerstandes, zu beschwichtigen, und auch der im Uebrigen sehr populäre und im Interesse von ganz Europa durchaus erwünschte Krieg gegen die seeräuberischen Barbareskenstaaten an der nordafrikanischen Küste, in dessen schnellem und glücklichem Verlaufe Algier von den Franzosen erobert und zur französischen Provinz gemacht wurde, vermochte dieses nicht. Nur rechtzeitige Nachgiebigkeit und Anerkennung der berechtigten Forderungen des Volkes hätte den Sturm noch beschwören können. Allein dazu vermochte sich Karl X., welcher unter dem Einfluß seiner Rathgeber mit unbeugsamer Starrheit an den Grundsätzen des alten französischen Königthums festhielt, nicht zu entschließen, und so geschah es, daß das Geschick des französischen Königshauses der Bourbonen schnell seinem Verfalle entgegen ging.

Die Ordonnanzen. Im vollsten Einverständniß mit dem Könige und im Bunde mit der zu übermäßigem Einfluß gelangten Geistlichkeit wagte es Ende Juli 1830 das Ministerium (das zehnte seit Rückkehr der Bourbonen), durch die berüchtigten „Ordonnanzen", gegen deren Rechtsgiltigkeit 44 namhafte Publizisten und rechtskundige Männer gleich nach Erlaß derselben feierlich Verwahrung einlegten, die Freiheit der Presse zu suspendiren, die Wahlkammern aufzulösen und eine neue Wahlordnung zu oktroyiren.

Anfänglich lagerte infolge dieser Maßregeln über den Bewohnern von Paris eine dumpfe Betäubung, und unheimliche Ruhe herrschte in der Hauptstadt und ihrer Umgebung. Bald aber änderte sich die Physiognomie derselben. Von Verhöhnung und von Zusammenstößen

mit der Gendarmerie kam es bald zu offenen, ernstlichen Gewaltakten. Das Militär mußte herangezogen werden, der Kampf in den Straßen von Paris begann. Noch nicht lange hatte er gewährt, als 18,000 Mann der Nationalgarden sich den Aufständischen anschlossen; bald darauf folgte ihnen sogar ein Theil des Militärs.

Vergebens hatte man noch in letzter Stunde den König bestürmt, durch Zurücknahme der Ordonnanzen und durch die Bewilligung einiger gerechter Forderungen des Volkes den Sturm zu beschwören. Er zögerte — und als er sich endlich doch dazu entschloß, war es zu spät. Die Volksmassen hatten den Louvre erstürmt — ganz Paris stand unter Waffen.



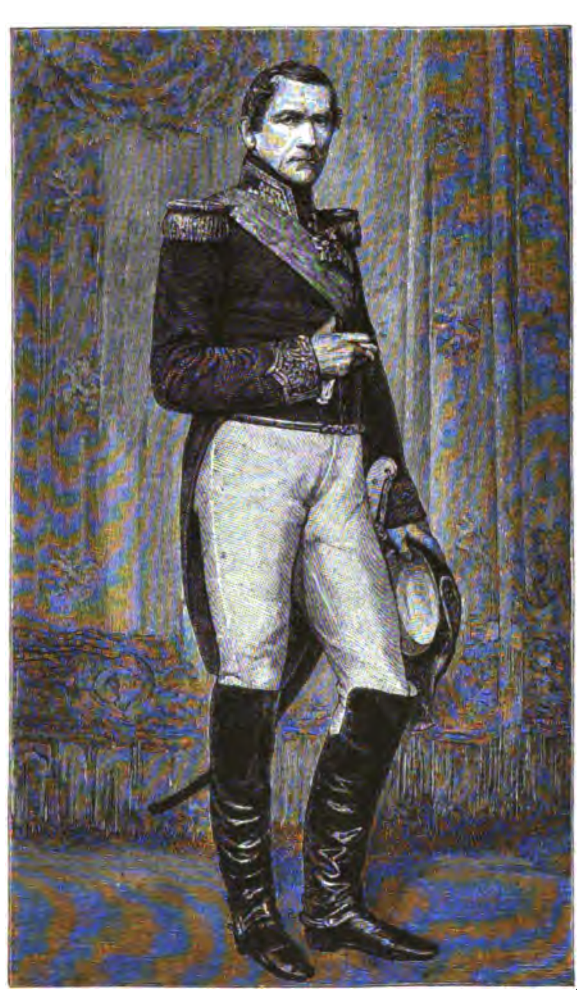
Erstürmung des Louvre.

Am 30. Juli schon war der Sieg der Revolution entschieden. Karl X., des Thrones für verlustig erklärt, leistete nach kurzem Widerstreben zu Gunsten seines rechtmäßigen Nachfolgers (des zehnjährigen Henri von Artois, Graf von Chambord, Sohn des im Jahre 1820 ermordeten Herzogs von Berry) auf die Krone Verzicht und begab sich (am 16. August) nach England. Am 6. November 1836 starb er in Görz.

Louis Philipp, König der Franzosen. Der Vetter des Königs, Louis Philipp, Herzog von Orleans, ein Sohn des aus der Revolutionszeit von 1792 berüchtigten Philipp Egalité, welcher es verstanden hatte, sich bei dem einflußreichsten Theile des Bürgerstandes beliebt zu machen, wurde mit der Regentschaft für den unmündigen Nachfolger Karl's X. betraut, bald darauf aber unter gänzlicher Beiseiteschiebung dieses Letzteren zum Könige der Franzosen ausgerufen. Allein trotz seiner Vorsicht und Schlauheit und trotz mancher bürgerlichen Tugenden, die ihm sogar den Namen des „Bürgerkönigs“ eintrugen,

vermochte auch er sich nicht dauernd in der Volksgunst und auf dem Throne zu behaupten. Eine im Wesentlichen vom Bürgerthum (Bourgeoisie) ausgehende Revolution hatte ihn auf denselben erhoben; nach nahezu achtzehnjähriger Regierung wurde er durch die Pöbelvolution von 1848 gestürzt, deren Ursachen und Folgen wir an einer andern Stelle dieses Buches genauer in Betracht ziehen werden.

Losreißung Belgiens von Holland. Wichtiger als die Julirevolution und ihre unmittelbaren Wirkungen in Frankreich selbst waren ihre weiteren Folgen, welche fast in allen Staaten Europa's, auch in Deutschland, sich bemerkbar machten und hier zu schnell unterdrückten Unruhen oder bedenklicheren Aufständen, dort sogar zu vollständigen Umwälzungen und neuen Staatenbildungen führten. Ein Schauplatz der letzteren waren zuerst die Niederlande.



Leopold I., König der Belgier.

Hier hatte der Wiener Kongreß aus zwei Völkern von zum Theil verschiedener Abstammung, Sprache und Konfession ein Staatsganzes, die „Vereinigten Niederlande", gebildet, dessen südliche Hälfte, Belgien, obwol an Umfang und Bevölkerungszahl der nördlichen, Holland, überlegen, sich gegen letztere zurückgesetzt sah. Schon lange hatte es infolge dessen in Belgien gegährt, und als nun die Nachricht von der Julirevolution nach Brüssel gelangte, brach auch hier der Aufstand aus. Mit den Waffen in der Hand forderten die Belgier Trennung von Holland. Energisch schritt die Regierung ein. An mehreren Orten, namentlich in Brüssel, kam es zu heftigen Kämpfen, aber die Aufständischen blieben meist siegreich, und ihr Sieg wurde vollständig, als ein zu ihrer Unterstützung herbeigeeiltes französisches Heer die Holländer aus den von ihnen noch festgehaltenen belgischen Plätzen, schließlich auch aus Antwerpen, vertrieb. Die Unabhängigkeit Belgiens war damit errungen. Zunächst wurde ein Waffenstillstand mit Holland abgeschlossen und auf den belgischen Thron Herzog Leopold von Sachsen-Koburg, der, wie wir wissen, kurz zuvor die ihm angetragene griechische Krone ausgeschlagen hatte, berufen. Mit Bewilligung der Londoner Konferenz nahm er die Berufung an und fand nun als Leopold I. in dem neuen Staate während einer langen, gesegneten Regierungsthätigkeit (1831—1865) reiche Gelegenheit, seine außerordentliche Befähigung zum Regenten zu bekunden. In treuem Festhalten an der dem Lande verliehenen freisinnigen Verfassung gelang es ihm, sein Königreich zu hoher Blüte emporzubringen und sich

die Liebe seiner Unterthanen in seltenem Maße zu erwerben. Sein Nachfolger Leopold II. führt seit seiner Thronbesteigung die Regierung in dem gleichen Sinne weiter, und die fünfzigjährige Jubelfeier der Unabhängigkeitserklärung Belgiens legte ein beredtes Zeugniß ab von der Liebe und Verehrung, welche das freie belgische Volk seinem erkorenen Herrscherhause immer entgegenbringt.

Nicht minder heftig, aber weniger glücklich in seinem Verlaufe und in seinen Folgen für die Betheiligten, war der Aufstand, welcher, gleichfalls infolge der Nachricht von dem Gelingen der Julirevolution, im Osten Europa's, in Polen, zum Ausbruch kam.

Die polnische Revolution. In einer der freisinnigen Anwandlungen, wie sie ihn bisweilen überkamen, hatte Kaiser Alexander den zu seinem weiten Reiche gehörenden polnischen Gebietstheilen eine gewisse nationale Selbständigkeit, ja sogar eine Art ständischer Verfassung verliehen. Die Polen jubelten ihm zu, und gern nahm Alexander I. die ihm dargebrachten Huldigungen entgegen. Als nun aber die auf Grund der Verfassung gewählten Kammern zusammentraten und von ihren Rechten Gebrauch zu machen begannen, als sie mit Vorstellungen und Beschwerden sich an den Selbstherrscher aller Reußen wandten, da wurde diesem die Sache gar schnell unbequem, und er bereuete es, dem unruhigen Polenvolke in einer schwachen Stunde gewährt zu haben, was er seinen eigenen Unterthanen vorenthalten zu müssen meinte. Doch die Verfassung war einmal verliehen, und der Zar scheute sich, sie ohne Weiteres aufzuheben, zumal da es dem strengen Regiment seines launischen Bruders Konstantin, des in der Landeshauptstadt Warschau residirenden obersten Militärbefehlshabers von Polen, die ungestümen Freiheitsdränger im Zaume zu halten und Ausschreitungen zu verhüten gelang. Auch Alexander's Nachfolger, Nikolaus I. beseitigte nicht mit einem Schlage die Verfassung, so verhaßt sie ihm auch war. Aber er nahm Bedacht, eines der verliehenen Rechte nach dem andern stillschweigend zu beseitigen, und bald war auf diesem geräuschlosen Wege die Verfassung und die Selbständigkeit Polens zu einem leeren Schemen herabgedrückt. Ueberall gährte es in dem Königreiche. Die Polen, die eine Zeit lang wol der Hoffnung gelebt hatten, es werde an Stelle der ihnen von Alexander eingeräumten bedingten Selbständigkeit unter dessen Nachfolger ihre volle Selbständigkeit zur Wahrheit werden, mußten bald nur zu deutlich sehen, wie jetzt gerade das Gegentheil eintrat. Nikolaus I. trug sich unverkennbar mit der Absicht, das Land zu „russifiziren“, es ganz in Rußland aufgehen zu lassen, und es konnte daher nicht Wunder nehmen, wenn die Polen, wie immer ihre Kräfte überschätzend, die erste einigermaßen günstige Gelegenheit benutzten, noch einmal mit den Waffen in der Hand einen Versuch zur Erlangung ihrer Freiheit und nationalen Selbständigkeit zu machen.

Wie eine Bombe in ein gefülltes Pulverfaß fiel unter solchen Umständen die Kunde von dem Gelingen der französischen Julirevolution in die herrschende Erregung. Schon am 29. November kam es zu tumultuarischen Auftritten. Mehrere russische Generale fielen der Volkswuth zum Opfer, in Warschau ward das Zeughaus erstürmt und das Volk mit 15,000 Gewehren bewaffnet. Wilder Aufruhr tobte durch die Straßen der Hauptstadt.

Kurzsichtig genug hielt Großfürst Konstantin den ausgebrochenen Aufstand für eine „polnische Schlägerei“, verließ, „um die Polen ihre Streitigkeiten unter sich ausmachen zu lassen“, mit der Besatzung die Hauptstadt und machte ungefähr eine Meile von derselben Halt. Als sich aber nach einigen Tagen die mit ihm ausgezogenen polnischen Regimenter in Bewegung setzten und nach Warschau zurückkehrten, um dort mit den Aufständischen gemeinsame Sache zu machen, erkannte der Großfürst seinen verhängnißvollen Irrthum, aber die rechte Zeit, des Aufstandes Herr zu werden, war nun verstrichen, und Konstantin sah sich genöthigt, eiligst zu flüchten. Hinter ihm erhob sich das ganze Land.

Eine provisorische Regierung ernannte den General Joseph Chlopicki zum Oberbefehlshaber und Diktator. Unbeschreiblicher Jubel begrüßte die ersten Erfolge. Aber bald sollte dem leichtgewonnenen Spiele der bittere Ernst folgen.



General Skrzynecki von polnischen Truppen begrüßt. Zeichnung von Ludwig Burger.

Der russische Feldmarschall Graf Diebitsch-Sabalkanski — er hatte sich den ihn ehrenden Beinamen im Türkenkriege verdient — rückte in Polen ein, und es gelang ihm mit überlegenen Streitkräften, dem polnischen Heere unter seinen kühnen, aber wenig umsichtigen Führern Radziwill und Skrzynecki bei Grochow und Ostrolenka blutige Niederlagen beizubringen. Da aber unter dem hartnäckigen Widerstande der Polen auch die Russen schwer gelitten hatten, da ferner um diese Zeit der Großfürst Konstantin und General Diebitsch der Cholera, die damals zum ersten Male ihren verheerenden Rundgang durch Europa antrat, erlagen, so war die Lage Polens noch keineswegs eine verzweifelte.

Allein selbst in dieser Stunde der höchsten Gefahr, in der Einigkeit vor allen Dingen am Platze gewesen wäre, vermochte die sprichwörtliche polnische Zwietracht nicht zu ruhen, und so gelang es dem zum Oberbefehlshaber ernannten russischen Feldmarschall Paskewitsch-Eriwanski, neue Erfolge zu erringen. Warschau wurde am 8. September 1831 mit Sturm genommen, die Reste des polnischen Heeres traten theils über die preußische, theils über die österreichische Grenze und wurden hier entwaffnet; mit Modlin und Zamosk fielen die letzten Bollwerke. — Polen war verloren. „Finis Poloniae" ertönte es von Neuem aus allen polnischen Klageliedern; die tapferen Söhne des niedergeschmetterten Volkes wurden fortan in russische Regimenter gesteckt, der Einführung der griechisch-katholischen Religion wurde jeglicher Vorschub geleistet, die polnische Sprache mußte, wo es nur gehen wollte, mehr und mehr der russischen weichen. Polen war fortan nichts mehr als eine russische Provinz.

Folgen des polnischen Aufstandes. Durch den polnischen Aufstand sah sich unmittelbar auch Preußen berührt. Die Gefahr, daß jener Aufstand sich auch auf die zu Preußen gehörigen Gebietstheile des ehemaligen Königreichs Polen ausdehnen könne, lag ziemlich nahe. Das Heer war infolge dessen in jenen Gegenden auf den Kriegsfuß gesetzt worden, im Uebrigen hatte Preußen im eigenen Interesse sowol als in dem des mit dem preußischen Königshause verschwägerten Zaren eine bewaffnete Neutralität beobachtet und dadurch den Russen ihren Sieg nicht unwesentlich erleichtert. Leider forderten die getroffenen militärischen Maßregeln schwere Opfer. Neben zahlreichen Offizieren und Mannschaften des längs der Grenze aufgestellten Heeres fiel auch der kurz zuvor zum Feldmarschall ernannte und zur Zeit an die Spitze dieses Heeres berufene Graf Gneisenau gleich seinem russischen Kollegen als ein Opfer der Cholera, der „Feldmarschallskrankheit", wie er sie noch auf dem Sterbebette scherzend nannte.

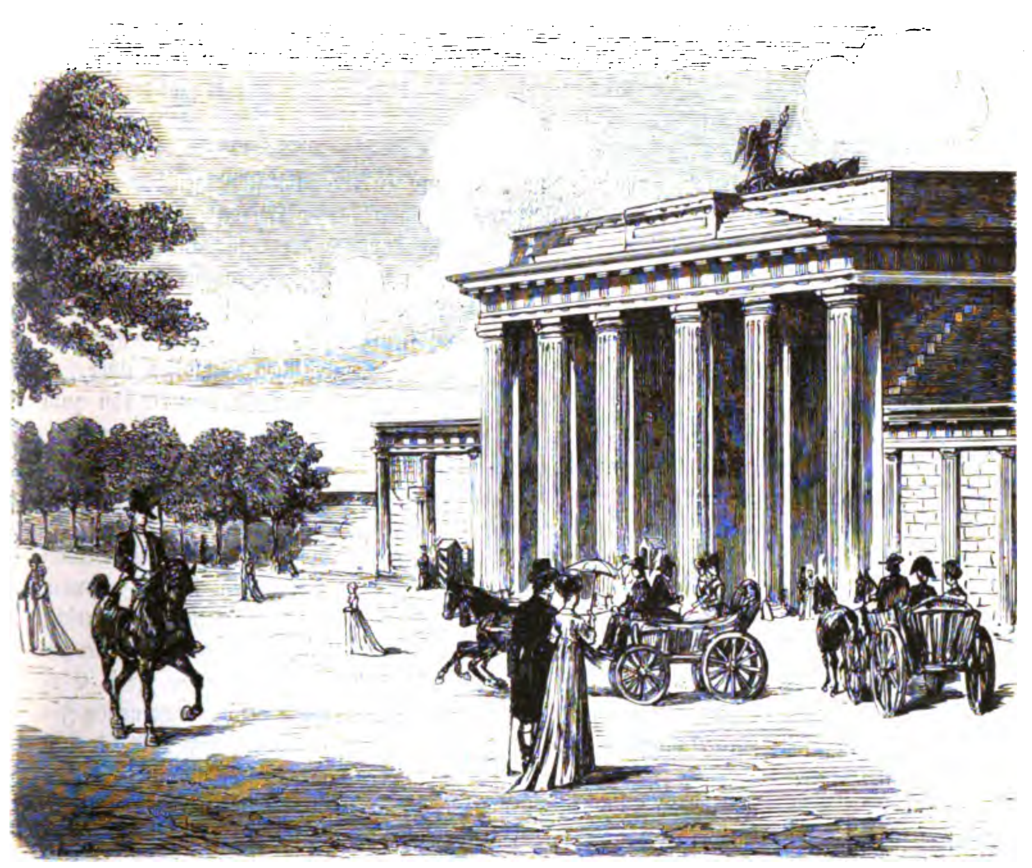
Die mittelbaren Folgen des polnischen Aufstandes für Preußen werden wir weiter unten im Zusammenhange zu betrachten haben. Schließen wir jetzt unsere Rundschau über die der französischen Revolution vorangehenden oder ihr unmittelbar folgenden Unruhen und Regungen in Europa mit einem Blick auf England, wo unter ihrem Einfluß trotz des heftigen Widerstrebens König Wilhelm's IV. die freisinnige Partei der Whigs ans Ruder kam. Durch die hochbegabten und energischen Führer derselben ward eine Reihe längst nothwendiger Reformen ins Werk gesetzt und das Land hierdurch steigendem Gedeihen entgegengeführt.

Auch in Portugal gingen wichtige Wandlungen vor sich. Hier stürzte ein Aufstand die Partei der Absolutisten unter dem verhaßten Dom Miguel und es gelangte Donna Maria da Gloria auf den konstitutionellen Thron, während in der Schweiz gleichfalls unter der Einwirkung der französischen Revolution von 1830, die freiheitliche Kantonalverfassung den reaktionären Bestrebungen gegenüber sich festigte und stärkte. Die Einwirkung der Julirevolution auf unser eigenes Vaterland, auf Deutschland und vornehmlich auf Preußen, und die hier gerade mehr als anderwärts verwickelten Verhältnisse werden wir nun eingehender in Betracht ziehen.



Preußische Geschichte. III. Zeichnung von Ludwig Burger.

Friedrich Wilhelm III. und Kaiser Nikolaus bei den Manövern von Kalisch.



Vor dem Brandenburger Thor.

Sechstes Buch.

Nachwehen der Julirevolution in Deutschland und Preußen. — Friedrich Wilhelm's III. letzte Lebensjahre.

Auch in Deutschland, namentlich in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten, gab die Kunde von dem Gelingen der französischen Julirevolution zu Unruhen und ärgerlichen Auftritten Anlaß; schon im August und September kam es in den meisten deutschen Hauptstädten zu Aufständen und Tumulten, die vorwiegend darauf hinausgingen, von den betreffenden Landesfürsten die Verleihung freisinniger oder die freisinnigere Handhabung bereits verliehener Verfassungen zu verlangen. Diese Tumulte, zumeist von jugendlichen Brauseköpfen angestiftet und ohne festen Rückhalt in der breiten Masse des Volkes, hätten nun zwar wenig zu bedeuten gehabt; aber Hand in Hand mit ihnen gingen die Bestrebungen ernster, freisinniger Männer, die in den Kammern, in der Presse, in Versammlungen ihre Stimme erhoben und, wie in Frankreich, verlangten, „daß die Charte eine Wahrheit werde." Wir wissen ja, wie die unter österreichischem Einfluß stehende Bundespolitik der zwanziger Jahre die Tendenz verfolgt hatte, das Verfassungsleben in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten mehr und mehr einzuengen und deren Regenten dahin zu treiben, daß sie, zum Theil sogar gegen ihre eigene Neigung, die dem Volke zustehenden Rechte und karg genug zugemessenen Freiheiten noch verkürzten. Hiergegen richteten sich

vor Allem die Tumulte auf den Straßen und die heftigen Auftritte in den Kammern, die denn auch durch weise Mäßigung auf der einen und guten Willen auf der andern Seite meist zum erwünschten Ziele führten, so in Bayern und Sachsen, in Baden und Hessen, in Hannover und einigen anderen deutschen Staaten.

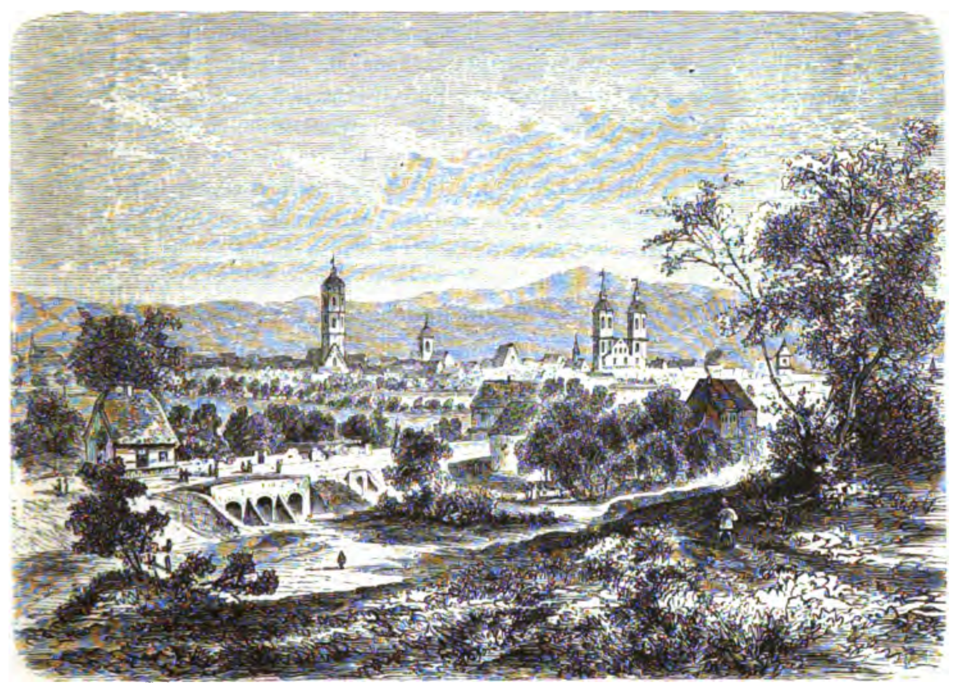
Nur in **Braunschweig** steigerte sich die Bewegung zu einer vollständigen Revolution. Dort regierte seit 1823 ein offenbar regierungsunfähiger Fürst, Herzog Karl, welcher, obwol er mit eigenen Augen in Paris den Sturz des Thrones der Bourbonen 1830 mit angesehen hatte, sich zu keinerlei Reformen, die doch in seinem Ländchen mehr als anderwärts nöthig waren, herbeilassen wollte. Die Bewegung kam infolge dessen zum Ausbruch. Von Zusammenrottungen auf den Straßen und öffentlicher Beschimpfung des Herzogs ging die aufgeregte Menge zu förmlicher Belagerung des herzoglichen Schlosses über.

Der Landesherr entfloh, das wüthende Volk stürmte den Palast, äscherte ihn zum großen Theil ein und ersuchte den in preußischem Militärdienst stehenden, aber auf die Kunde von den Unruhen in Braunschweig herbeigeeilten jüngeren Bruder des Herzogs, den Prinzen Wilhelm die Regierung des Landes zu übernehmen. Nach Lage der Umstände glaubte der Letztere dem Rufe Folge leisten zu müssen. Um Schlimmerem vorzubeugen, bestätigte auch Herzog Karl seinen Bruder als Regenten; als er aber nach Wiederherstellung der Ruhe daran dachte, selbst wieder die Zügel der Regierung zu ergreifen, sah er sich vom Volke zurückgewiesen. Ein bewaffneter Versuch mißlang vollständig, und selbst die deutsche Bundesversammlung, an die er sich nun wandte, konnte in Anbetracht der vom Herzog Karl an den Tag gelegten notorischen Regierungsunfähigkeit nicht umhin, jede Einmischung abzulehnen und die durch die „Braunschweiger Revolution" geschaffenen neuen Zustände stillschweigend anzuerkennen. — Unter der langjährigen, im Großen und Ganzen glücklichen Regierung des Herzogs Wilhelm, welcher als der letzte Welfenfürst in Deutschland noch heute den braunschweigischen Thron inne hat, ist das Land zu gedeihlicher Entwicklung emporgekommen. Sein vertriebener Bruder, Herzog Karl, ist nach einem vielbewegten, wenig rühmlichen Leben im Jahre 1875 in Genf gestorben.

In **Hannover**, das damals noch durch Vermittlung des viel angefeindeten Grafen E. Fr. H. Münster von England aus regiert wurde, hatte die Kunde von der französischen Revolution eine heftige Gährung der Gemüther hervorgerufen. Das Volk war des erdrückenden, nur eigennützige Interessen verfolgenden Adelsregimentes satt; es verlangte eine umsichtige, wohlwollende Regierung im eigenen Lande und eine wirksamere Vertretung des Volkes als bisher. Zunächst gelang es, durch vorbeugende Maßregeln den offenen Ausbruch von Unruhen zu verhindern; im Stillen gährte es jedoch fort, und als nun aus dem kleinen Nachbarlande, aus Braunschweig, die Kunde von dem glücklichen Verlaufe der freiheitlichen Bewegung herüberdrang, brach auch in Hannover die Erregung in hellen Flammen aus, jedoch nicht, wie anderwärts in der Landeshauptstadt, sondern in der freundlichen Universitätsstadt Göttingen, die man allerdings mit einigem Rechte die geistige Hauptstadt des Landes nennen durfte. Denn hier sammelten sich um einen Kreis ausgezeichneter Forscher und Denker aus allen Bereichen der Wissenschaft, um Männer wie Dahlmann, Ewald, Gauß, Gervinus, Gebrüder Grimm, Heeren, Herbart, Mitscherlich, Ottfried Müller, Stromeyer, Weber u. A., alljährlich viele Hunderte von begeisterten Hörern aus allen Theilen Deutschlands, und die glückliche Vereinigung freien studentischen Lebens und Treibens mit dem Geiste ernsten, wissenschaftlichen Strebens machte die Göttinger Universität zu einer der beliebtesten und besuchtesten in Deutschland. — Hier kam nun am 8. Januar 1831 die Bewegung zum Ausbruch. Die städtischen Behörden, eingeschüchtert durch die feurigen Erklärungen jugendlicher Heißsporne, mit denen ein Theil der Bürgerschaft gemeinschaftliche Sache machte, verloren den Kopf und räumten den „Aufständischen" das Feld. Eine Nationalgarde wurde gebildet, und ein neuer Gemeinderath oder richtiger ein Ausschuß von Bürgern und Studenten trat zusammmen,

Erstere von Dr. Ebeling und Dr. Seidenstücker, Letztere von dem damals vielgenannten Dr. Rauschenplatt geführt. Auch die Landgemeinden der Umgegend wurden von der Bewegung ergriffen; sie forderten vor Allem Aufhebung der lästigen Zehnten und Herabsetzung der drückenden Steuern. Durch nach Göttingen entsandte Deputationen erklärten sie sich bereit, für die Erreichung der gemeinsamen Ziele nach Kräften mit eintreten zu wollen. Aber der Rausch der Jugend und der Landbevölkerung währte nicht lange; er verflog, als die Regierung die bewaffnete Macht marschiren ließ.

Durch schleunige Maßregeln wurde der trotz aller Versicherungen des Gegentheils ziel- und zwecklose Putsch im Keime erstickt. Nach Besetzung der Stadt durch Truppen unter General von dem Bussche verschwanden über Nacht die schwarz-roth-goldenen Fahnen und Bänder und mit ihnen die Personen, welche sich zu weit vorgewagt hatten.



Göttingen.

Noch weniger als in der Stadt dachte man auf dem Lande an ernstlichen Widerstand: das Erscheinen einer Abtheilung Husaren genügte zur vollständigen Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in Göttingens ländlicher Umgebung.

Zum Glück für Hannover faßte König Wilhelm IV. den Göttinger Putsch als das auf, was er wirklich war, als einen Akt der Unbesonnenheit und des jugendlichen Uebermuthes, der zwar an seinen Urhebern und Leitern mit Strenge zu bestrafen, für den man aber im Uebrigen das ganze Land nicht büßen lassen dürfe. Durch mehrere aus verschiedenen Theilen Hannovers bald danach an ihn entsendete Deputationen von den wahren Zuständen und Bedürfnissen des Landes unterrichtet, entließ er den mißliebigen Grafen Münster (1831), übertrug seinem Bruder, dem wohlwollenden und freisinnigen Herzog Adolph Friedrich von Cambridge als Vizekönig die Verwaltung und verlieh den Hannoveranern in einem neuen Staatsgrundgesetz eine verhältnißmäßig freisinnige Verfassung. Sein 1837 erfolgter Tod und die dadurch bedingte Thronbesteigung Ernst August's, Herzogs von Cumberland, stellte leider das kaum Gewonnene wieder in Frage; wir werden uns später mit dem erfolgten schmählichen Verfassungsbruch und seinen Folgen eingehender zu beschäftigen haben.

Ueber die Urheber und Leiter des Göttinger Putsches, deren man habhaft geworden war, erging ein strenges Gericht. Seidenstücker und Ebeling wurden zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt, jedoch — und mit ihnen auch die übrigen Betheiligten — im Jahre 1843 begnadigt.

In **Kurhessen**. Aehnlich gestaltete sich der Verlauf der Bewegung in Kurhessen. Auch hier glaubte sich das Volk berechtigt, eine größere Betheiligung an der Regierung fordern zu dürfen. Hatte doch der Kurfürst Wilhelm II. bisher das Land wie eine Domäne betrachtet, aus der möglichst viel für seinen eigenen Säckel herauszuschlagen sei. Da den ersten Kundgebungen starre Abweisung zu Theil ward, so bewaffneten sich die Bürger der Hauptstadt, umstellten das kurfürstliche Schloß und nöthigten durch ihre drohende Haltung den Landesherrn eine Deputation aus ihrer Mitte zu empfangen. Der Kurfürst versprach denn auch, eine Verfassung zu verleihen und er hielt in der That Wort; doch die neuen Zustände mißfielen ihm gar bald derartig, daß er seine Residenz verlegte, Kassel verließ und seinen ihm gleichgesinnten Sohn Wilhelm zum Mitregenten annahm. Hierauf begab er sich auf Reisen, in der Hoffnung, Umstände eintreten zu sehen, die es ihm möglich machen würden, die kaum verliehene Verfassung wieder zu beseitigen. Seine Geduld sollte auf keine zu lange Probe gestellt werden.

In **Baden**, wo das konstitutionelle Regiment sich am festesten eingewurzelt hatte, gelangte die durch die französische Revolution wachgerufene Erregung nur in den Kammerverhandlungen zum Ausdruck. Die liberale Mehrheit der zweiten Kammer, von hervorragenden Männern wie Karl von Rotteck und Karl Theodor Welcker, den eigentlichen Begründern des modernen Liberalismus, geleitet, glaubte die günstige Gelegenheit zur Anbahnung von Reformen einzelner Verfassungsbestimmungen im liberalen Sinne benutzen zu müssen; zahlreiche Anträge in dieser Richtung wurden gestellt und erlangten zum Theil, trotz des heftigen Widerspruches der reaktionären ersten Kammer, die Genehmigung der Regierung. Aber während es sich bei den bisher geschilderten Unruhen und Bewegungen fast ausschließlich um Abstellung lokaler Mißstände gehandelt hatte, ging man in Baden einen Schritt weiter und brachte auch die deutschen Zustände zur Sprache.

Beginn der deutschen Einheitsbestrebungen. Ein von Karl Th. Welcker entworfener und von einer großen Anzahl liberaler Abgeordneten mit unterzeichneter Antrag auf Betreibung durchgreifender Reformen in der Bundesverfassung und Schaffung einer allgemeinen deutschen Volksvertretung neben dem Bundesrath wurde der Kammer zur Beschlußfassung vorgelegt und trotz des Widerspruches der diesem Antrage an sich nicht feindlichen, aber unter dem Druck der österreichischen Reaktionspolitik stehenden Regierung zur Berathung gestellt. Aber selbst die Mehrzahl der liberalen Mitglieder der Kammer glaubte dem Umstande, daß die Regierung nicht handeln könne, wie sie wolle, daß für dieselbe eine eingehende Besprechung jenes Antrags höchst peinlich, ja gefährlich sein möchte, Rechnung tragen zu müssen; sie stimmte deshalb mit der konservativen Minorität, und die weitere Verhandlung des Antrages wurde abgelehnt. Daß dieser Beschluß nicht der innersten Empfindung der Kammermehrheit entsprach, daß er nur unter dem Druck der Umstände zu Stande gekommen war, stand außer Frage; Jeder empfand dies, und diesem Gefühl gab auch der Vorsitzende der Kammer, der obengenannte Karl von Rotteck, bei der Verkündigung des ablehnenden Beschlusses in kurzen Worten treffenden Ausdruck. „Der Antrag“, sagte er, „geht also nicht zu weiterer Berathung an die Abtheilungen der Kammer, aber er geht an die Abtheilungen des deutschen Volkes. Berichterstatter wird die freie Presse sein, und das große Parlament der öffentlichen Meinung wird über ihn zu Gericht sitzen.“ —

Die breite Masse des deutschen Volkes indessen griff den hier zum ersten Male an bedeutsamer Stelle öffentlich angeregten Gedanken der deutschen Einheit bei Weitem nicht so schnell und energisch auf, wie der eifrige und verdienstvolle liberale Parteiführer es

vorausgesetzt hatte. Die nach der langen und opferreichen Kriegszeit eingetretene Erschlaffung war, ähnlich wie in Preußen, auch in den übrigen Theilen Deutschlands in den dreißiger Jahren noch keineswegs überwunden. In den Bierstuben wurde über das herrschende System zwar weidlich geschimpft, aber um durch thatkräftiges Eintreten in das politische Leben selbst eine Besserung der unerfreulichen Zustände anbahnen zu helfen, dazu war bei der damals im Großen und Ganzen noch recht mangelhaften Volksbildung der Bauer und der ländliche Arbeiter zu beschränkt, der Städter zu träge und in übertriebener Loyalität meist auch zu furchtsam. Ließ doch die hohe Obrigkeit, die in ihrer materiellen Abhängigkeit von der Regierung fast überall nur zu geneigt war, sich zum blinden Werkzeug derselben herzugeben, mit echt deutschem Pflichteifer nicht leicht eine Gelegenheit vorübergehen, ihren amtlichen Einfluß zu Gunsten der jeweiligen Regierungspolitik geltend zu machen und alle mißliebigen Regungen, wo es anging, im Keime zu ersticken. Dem gegenüber besaß das deutsche Bürgerthum jener Tage nicht entfernt den Unabhängigkeitssinn, welcher es, unbeschadet seiner treuen Anhänglichkeit an den Landesherrn und an die in Deutschland einzig mögliche monarchische Staatsform, heute auszeichnet und sich als kräftiges Bollwerk gegen vorübergehende reaktionäre Anwandlungen der Regierungen erweist. So kam es, daß, wie die liberalen Ideen überhaupt, so auch insbesondere der Gedanke der deutschen Einheit in der Masse des Volkes nur ganz vereinzelt festen Fuß faßte. Erst die Reihe von Ereignissen, deren Zeugen und Miterleber die meisten unserer Leser gewesen sind, hat den deutschen Volksgeist von dem Druck befreit, der so lange auf ihm lastete. Zu ungeahnt glänzender Verwirklichung gelangte nun dadurch alles Das, was wol den Meisten unbewußt geblieben, so Vielen nur in den unbestimmten Formen eines angenehmen Traumbildes erschienen war und nur sehr Wenigen als das zu erstrebende Ziel lebhaft genug vor Augen gestanden hatte.

Die Besorgniß, daß die französische Julirevolution Deutschland in kriegerische Verwicklungen führen möchte, hatte anfänglich die deutsche Bundesregierung in Athem gehalten und ihre Aufmerksamkeit von den Vorgängen in Deutschland mehr oder weniger abgelenkt. Indessen jene Besorgniß schwand bald; die im Wesentlichen von den wohlhabenden Kreisen des Bürgerthums beherrschte Partei, welche Louis Philipp auf den Thron gehoben hatte, theilte die eitle Selbstüberhebung der niederen französischen Volksklassen keineswegs, und ebensowenig wie diese Politiker hatte Louis Philipp ein Interesse daran, es zu kriegerischen Abenteuern mit dem Auslande kommen zu lassen. — Wie er sich schon darin als vorsichtiger Bürger und kluger Hausvater bethätigte, daß er bei seiner Thronbesteigung seine ausgedehnten Besitzungen durch Uebertragung derselben an seine Söhne vom Kronbesitz sorgfältig schied, so behielt er auch als König seine Privatinteressen, die Mehrung und Sicherung seines beweglichen und unbeweglichen Besitzes, stets fest im Auge; denn er war sich der Unsicherheit des Bodens, auf dem sein Thron stand, vollauf bewußt und hielt es daher für rathsam, sich bei Zeiten auf alle Möglichkeiten vorzubereiten. Er verdiente eben mit Recht in mehr als einer Hinsicht den Namen „Bürgerkönig".

Den Interessen Deutschlands entsprach natürlich die friedliche Entwicklung der Dinge in Frankreich gleichfalls. Es war nur zu bedauern, daß die deutschen Regierungen den äußern Frieden sich nicht besser zu Nutze machen zu können meinten, als durch energisches und oft rücksichtsloses Einschreiten gegen die freiheitlichen Regungen im eigenen Lande und die hier und da auftauchenden Einheitsbestrebungen. Nun waren zwar die Unruhen und aufständischen Bewegungen, welche, wie wir sahen, im Anschluß an die Julirevolution in den Hauptstädten der meisten deutschen Staaten ausgebrochen waren, mit einer einzigen Ausnahme gänzlich unblutig und ungefährlich verlaufen und schnell unterdrückt worden, während in jenem einzigen Ausnahmefalle, in Braunschweig, die Berechtigung der glücklich durchgeführten Revolution zu augenscheinlich war, als daß man von Bundes wegen dagegen hätte einschreiten können. Aber die deutsche Bundesregiernng mochte doch bei etwaiger

weiterer Ausbreitung der freiheitlichen Bewegung Schlimmeres befürchten: der oben erwähnte in der badischen Kammer gestellte Antrag auf Schaffung einer deutschen Volksvertretung neben dem Bundestage schlug dem Fasse vollends den Boden aus, und die Herren vom Bundesrath ließen es sich nun in gemeinsamer Arbeit mit außerordentlichen Bevollmächtigten der besonders reaktionären Regierungen angelegen sein, in Bundes- und Konferenzbeschlüssen, in öffentlichen und geheimen Rundschreiben die Einzelregierungen auf den gefährlichen Geist, der in Deutschland herrsche, aufmerksam zu machen und dringend zum kräftigen Einschreiten gegen denselben zu ermahnen. Die wenigen freisinnigen Regierungen vermochten sich den mit großer Mehrheit gefaßten Beschlüssen nicht zu widersetzen, und die anderen griffen um so lieber zu den empfohlenen Maßnahmen, weil der Bundesrath, der ja ohnehin nicht unpopulärer werden konnte als er es schon war, im Grunde die Verantwortlichkeit dafür übernahm und durch seine Beschlüsse den Einzelregierungen ganz erwünschte Handhaben zur Durchführung derselben in die Hand gab, so daß nicht sie, sondern in erster Linie den Bundesrath das Gehässige jener Maßregeln traf.


Karl von Rotteck. (Zu S. 140.)

Verschärfung der Censur. So wurden denn überall in Deutschland die bekannten Karlsbader Beschlüsse von 1819 und die Bestimmungen der Wiener Schlußakte von 1820 wieder in Erinnerung und in strengere Ausführung gebracht, das Sammeln von Unterschriften zu Adressen politischen Inhalts an den Bund wurde verboten, die in letzter Zeit weniger streng gehandhabte Censur wurde wieder verschärft und eine Anzahl der den Reaktionären besonders verhaßten Zeitungen und Zeitschriften verboten. Letztere Maßregel war indeß leichter verhängt, als energisch und erfolgreich durchgeführt. Die meisten der betroffenen Blätter fuhren im Geheimen fort zu erscheinen, und ihr Leserkreis, der vorher ein mehr oder minder beschränkter gewesen war, erweiterte sich, da ihnen ja durch die Verhängung des Interdikts eine Bedeutung zugesprochen wurde, die sie in den meisten Fällen gar nicht besaßen. Die große Masse des deutschen Volkes hatte, wie bereits mehrfach hervorgehoben wurde, den liberalen Ideen und vor Allem dem Gedanken der deutschen Einheit bisher ziemlich theilnahmlos, ja fast gleichgiltig gegenüber gestanden; der Kreis, in welchem jener Gedanke lebendig war und in Schrift und Wort vertreten wurde, ging im Wesentlichen nicht über die ihren Jugendschwüren und patriotischen Hoffnungen treu gebliebenen alten Burschenschafter hinaus, denen hier und da einige unklare Schwärmer, Advokaten und junge Literaten, sich angeschlossen hatten. Jetzt erst, als der Bundesrath gegen diese Wenigen in so Aufsehen erregender Weise einzuschreiten für gut fand, wurde die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf ihre Thätigkeit hingelenkt.

Liegt es nun schon von vornherein im Charakter des Volkes, vornehmlich des deutschen, dem Unterdrückten und Verfolgten seine Sympathie zuzuwenden, so mußte das in dem vorliegenden Falle natürlich in erhöhtem Maße eintreten. Bisher hatte man in den

breiteren Schichten der Bevölkerung, namentlich in den Städten, trotz alles Räsonnirens über die trostlose Wirthschaft des Bundesraths noch niemals dem Gedanken Raum gegeben, daß man auch einmal selbst Hand anlegen könne zur Herbeiführung besserer Zustände — jetzt aber, beim Bekanntwerden der bisher fast unbeachtet gebliebenen Bestrebungen jener Männer, konnte auch der Gleichgiltigste sich nicht mehr verhehlen, daß dieselben, zumeist wenigstens, das praktisch Vernünftige ihrer Ideen und Forderungen für sich hatten, und daß auf dem von ihnen eingeschlagenen Wege in der That eine Besserung der unerquicklichen Zustände in den deutschen Gauen zu erhoffen sei. Von dieser Erkenntniß bis zum selbstthätigen Eintreten in die von Jenen angebahnte Bewegung war nur ein Schritt, und daß dieser Schritt schon damals von Vielen gethan wurde, somit die Maßregeln des Bundesraths gerade das Gegentheil von Dem bewirkten, was sie bewirken sollten, das sollte nur zu bald in unliebsamster Weise erkennbar werden.

Ermuthigt durch die schnell wachsende Theilnahme weiterer Kreise des Bürgerthums forderten die Herausgeber und Vertrauten der von den bundesräthlichen Censurmaßregeln betroffenen Zeitungen und Zeitschriften (der „Deutschen Tribüne", des „Westboten", der „Zeitschwingen" u. a.) unter der Hand ihre Gesinnungsgenossen und auch fernerstehende Freunde ihrer Sache zur Theilnahme an einer öffentlichen Kundgebung gegen die Beschlüsse und Maßregeln des verhaßten Bundesraths auf. Der Gedanke fand Anklang: es geschah, nachdem die nöthigen Vorbereitungen getroffen waren, das Erforderliche, um die Aufmerksamkeit noch weiterer Kreise zu erregen, und so strömte denn am 27. Mai 1832, dem Jahrestage der Verleihung der bayerischen Verfassung (1818), eine zahlreiche Menschenmenge aus Nah und Fern, vornehmlich aus Süddeutschland, in dem Dörfchen **Hambach** bei Neustadt in der bayerischen Rheinpfalz zusammen, das man seiner abgeschlossenen Lage wegen zum Schauplatz der zu veranstaltenden Demonstration auserkoren hatte.



Karl Theodor Welcker. (Zu S. 140.)

Das Hambacher Fest. Wol die Mehrzahl Derjenigen, welche sich, sei es aus Neugierde, sei es aus Theilnahme für die liberale Sache zu dieser Versammlung, dem später sogenannten „Hambacher Fest", eingefunden, hatten von dem, um was es sich dabei handelte, gar keine rechte Ahnung. Eine in den Schranken der Mäßigung sich haltende Meinungsaussprache gegen das freiheitsfeindliche Schalten der Bundesregierung hatte man erwartet; allein es gelang den zahlreichen Heißspornen und radikalen Parteileuten — denen sich eine beträchtliche Zahl der infolge des unterdrückten polnischen Aufstandes nach Deutschland geflüchteten und hier als Freiheitshelden gefeierten Polen und auch einige Franzosen angeschlossen hatten — dem Fest einen radikal-demokratischen, ja fast republikanischen Anstrich zu geben. Die Worte der wenigen zur Besonnenheit und Mäßigung mahnenden Redner wurden von den zu Gewaltsamkeiten und offenem Aufstande aufreizenden Brandreden der Radikalen übertäubt, und da bei derartigen Vorgängen die große Menge stets Denen, welche den Mund am vollsten nehmen, am meisten Gehör zu schenken geneigt ist, so ertönte sogar hier und da der Ruf nach Waffen. So schien in der That die Möglichkeit nicht

ausgeschlossen, daß das Hambacher Fest zum Ausgangspunkt einer gewaltsamen Erhebung, zunächst im südlichen Deutschland, werden könne. Allein schon am nächsten Morgen stellte sich bei den meisten der Theilnehmer die Ernüchterung ein; die radikalen Ideen waren noch zu wenig in die Massen eingedrungen, um dieselben länger als ein paar aufgeregte Stunden hindurch zu beherrschen, und halb beschämt zogen die Festgenossen von dannen. Hier und da versuchten zwar Einzelne, in der Heimat ähnliche Kundgebungen in Scene zu setzen, aber der Anklang, den sie damit fanden, war ein überaus geringer. Selbst in Bayern, wo die dem Süddeutschen heimatsgewohnte politische Kannegießerei von jeher eine Hauptstätte gefunden hatte, verlief trotz der in einzelnen Städten abgehaltenen lärmenden Volksversammlungen die ganze Bewegung so ziemlich im Sande, und nur bei den Pfälzern in der näheren Umgebung von Hambach blieb eine stärkere Erregung zurück, die hier und da zu Thätlichkeiten und offener Auflehnung gegen die Behörden führte.

Daß der Bundesrath solchem nur zu deutlich gegen ihn gerichteten Gebaren nicht ruhig zusehen würde, war von vornherein anzunehmen; daß aber diese sonst so träge Behörde so schnell und energisch einschreiten würde, wie es diesmal geschah, das ging über alle Erwartung hinaus.

Einschreiten des Bundes. Zunächst wurde die bayerische Regierung veranlaßt, die Unruhen in der Pfalz, zu deren Beilegung die heimische Polizeimacht vollständig genügt hätte, in demonstrativer Weise mit Waffengewalt und starkem Militäraufgebot zu unterdrücken, und kein Geringerer als der Held von Hanau, der bayerische Feldmarschall Fürst Wrede, wurde dazu ausersehen, diese wenig ruhmreiche Expedition, bei der es nicht viel Lorbern zu verdienen gab, mit seinem Namen zu decken. Noch viel weiter über das Ziel hinaus gingen die Maßregeln, welche man von Bundes wegen gegen die vermeintlichen Ursachen der radikalen Bestrebungen ergreifen zu müssen glaubte. Unter diesen stand nach Meinung der Herren vom Bundesrathe der Konstitutionalismus, das parlamentarische System in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten obenan. Fast ausschließlich gegen die Ständeversammlungen und Volksvertretungen waren denn auch die Beschlüsse und Verordnungen gerichtet, welche der Bundesrath unter dem 28. Juni den deutschen Einzelregierungen bekannt gab. Damit der in den Kammern in so unbequemer Weise sich regende Geist des Widerspruchs nicht ansteckend auf weitere Kreise wirke, sollte die bisher gestattete Oeffentlichkeit ihrer Verhandlungen beschränkt und dieselben von einer vom Bundesrath zu ernennenden Centralkommission beaufsichtigt und überwacht werden. Ein Kammerbeschluß, der in irgend einer Weise der Souveränität des Landesfürsten zu nahe trete oder ihn und seine Regierung an der Erfüllung bundesmäßiger Pflichten zu behindern geeignet sei, müsse von vornherein für ungiltig erklärt werden. Erdreiste sich gar eine Volksvertretung, durch Verweigerung der zur Fortführung der Staatsverwaltung nothwendigen Steuern einen Druck auf die Landesregierung ausüben zu wollen, so behalte sich der Bundesrath vor, aus eigener Machtvollkommenheit, auch ohne besondere Aufforderung, mit Gewaltmitteln dagegen einzuschreiten. Zugleich wurde eine strenge Verschärfung der Censur und Aufhebung der in einzelnen Ländern zu Recht bestehenden freisinnigen Preßgesetze verfügt. Damit noch nicht genug, erging acht Tage später ein zweiter Erlaß, welcher alle politischen Vereine, Versammlungen und Feste mit dem Interdikt belegte, das Tragen von Bändern, Kokarden und anderen Abzeichen, das Aufstecken der schwarzrothgoldenen Fahne und ähnliche „verdächtige“ Kundgebungen verbot und den Behörden die strengste Beobachtung der bei dem bunten Durcheinander der Kleinstaaten ohnehin schon überlästigen Paßvorschriften gegen Einheimische und Fremde zur Pflicht machte.

Die Aufnahme, welche diese von übertriebener Aengstlichkeit und Revolutionsfurcht diktirten Erlasse des Bundesraths bei den Einzelregierungen fanden, war eine verschiedenartige. Die meisten benutzten eifrig die günstige Gelegenheit, durch rücksichtslose Durchführung derselben den unbequemen Widerstand der Kammern zu brechen. Wo die letzteren sich nicht

gutwillig fügten, kam es meist schnell zum Konflikt, dem die Auflösung folgte. Den Regierungen fiel es dann nicht schwer, durch Anwendung geeigneter Mittel die Wahl einer willfährigen Kammer durchzusetzen. Nur wenige Regierungen traten den Verfügungen des Bundesraths entgegen, oder sie fügten sich denselben wenigstens nur insoweit, als es, um unangenehme Konflikte zu vermeiden, unerläßlich erschien. So namentlich in Baden, wo die selbst auf dem Standpunkt eines gemäßigten Liberalismus stehende Regierung sich nur schweren Herzens und dem Zwange weichend zur theilweisen und möglichst schonenden Durchführung der vom Bundesrath verfügten reaktionären Maßnahmen entschloß.

Verhalten der Liberalen. Es war ein Irrthum, wenn man am grünen Tische zu Frankfurt glaubte, durch Gewaltmaßregeln den Liberalismus erfolgreich bekämpfen zu können.



Das Hambacher Fest. Zeichnung von Ludwig Burger.

Durch seine unwürdige Haltung hatte sich das unfruchtbare und unfähige Bundesregiment dermaßen verhaßt und verächtlich gemacht, daß die im Liberalismus verkörperte Opposition gegen dasselbe nunmehr im Volke immer festeren Boden gewann. Mochten auch immer Einzelne über die eigentlichen Ziele der Partei, zu welcher er sich, sei es offen, sei es stillschweigend, bekannte, im Unklaren sein — die überwiegende Mehrheit gerade der gebildeten Bevölkerung des westlichen und südwestlichen Deutschlands war liberal, und es würde trotz aller bundesräthlichen Maßregeln die freisinnige Partei mit der Hoffnung auf den endlichen Sieg ihrer Sache in die Zukunft haben blicken können, wenn sie sich zu einheitlichem, besonnenem Vorgehen zu entschließen vermocht hätte. Das geschah leider nicht. Eine zwischen den gemäßigten und den radikalen Elementen der Partei schon seit Jahren bestehende Spannung hatte sich durch die Ereignisse nach der Julirevolution bedenklich verschärft. Männer wie Jordan, Rotteck, Welcker, Itzstein, Mittermayer u. A., welche als die eigentlichen Begründer des Liberalismus, unbeschadet ihrer festen Ueberzeugungstreue, doch stets den Verhältnissen Rechnung zu tragen und nur auf dem Wege

gesetzmäßigen Vorgehens die Grundsätze ihrer Partei zur Anerkennung zu bringen bestrebt waren, hatten das radikale und theilweise sogar revolutionäre Treiben jüngerer Parteigenossen wie Rauschenplatt, Wirth, Ebeling, Siebenpfeifer, Eisenmann u. A. m. entschieden gemißbilligt und sich stets gegen das Zusammengehen mit den polnischen und französischen Revolutionsmännern ausgesprochen. Aus diesem Grunde hielten sie sich auch von den zahlreichen geheimen Gesellschaften, dem Preßverein und dem Hambacher Fest fern. Infolge des unerwartet energischen Vorgehens der Bundesregierung suchten nun zwar die Radikalen, von welchen jene Männer sehr mit Unrecht als gesinnungsuntüchtige, politische Leisetreter verleumdet und verdächtigt worden waren, die entstandene Spaltung wieder auszugleichen und eine feste Vereinigung mit den Gemäßigten anzubahnen. Da diese Letzteren aber aus guten Gründen auf ihrer Forderung unbedingt gesetzlichen Vorgehens und Fernhaltung aller geheimen, revolutionären Verbindungen von der auch ihnen erwünschten Vereinigung aller liberalen Elemente beharrten, so zerschlugen sich die Verhandlungen, und das unerfreuliche Ergebniß derselben war die offene Gegnerschaft der beiden Gruppen. Die Folgen dieser Entzweiung blieben nicht aus, und wenn auch die Radikalen, welche dieselbe in erster Linie verschuldet hatten, am härtesten von ihnen getroffen wurden, so mußten doch auch hier, wie so oft, die Unschuldigen mit den Schuldigen leiden: bei den unerhörten Verfolgungen, welche nach dem alsbald zu erzählenden Frankfurter Attentat in Scene gesetzt wurden, machte man zwischen den radikalen Anstiftern desselben und ihren gemäßigten, sich streng auf dem Boden des Gesetzes haltenden Gesinnungsgenossen kaum einen Unterschied, und viele wackere Männer haben mit langjähriger Kerkerhaft büßen müssen, was sie stets gemißbilligt, stets widerrathen und mit Aufbietung ihres ganzen Einflusses — leider vergeblich — zu verhindern gesucht hatten.

Während nun infolge der Spaltung im liberalen Lager die Gemäßigten sich vorsichtig zurückhielten, dem vom Bundesrath wie von den Einzelregierungen ausgeübten Zwange, soweit sie es unbeschadet ihrer Ueberzeugungstreue thun konnten, sich fügten und deshalb meist nur im Stillen und auf rein geistigem, wissenschaftlichem Gebiet für die liberale Sache wirkten, wurden die Radikalen durch das rücksichtslose Vorgehen des Bundesraths geradezu zu weitergehenden Schritten gedrängt. Dieselben hatten sich überdies bereits so weit vorgewagt und den Mund schon so voll genommen, daß ein Zurückweichen nur unter Aufgebung der eigenen politischen Persönlichkeit, nur unter Verzichtleistung auf jede fernere Bedeutung im politischen Leben möglich gewesen wäre. Würden die Parteiführer es vermocht haben, in richtiger Erkenntniß ihrer politischen Unfertigkeit sowie der Undurchführbarkeit ihrer radikalen Reformpläne sich zu solchem Verzicht zu entschließen, so hätte die liberale Bewegung einen ruhigeren, weniger gewaltsamen, vielleicht auch schnelleren Verlauf genommen, als es thatsächlich der Fall gewesen ist. Aber den Radikalen fehlte es an solcher Selbstlosigkeit, und da sie sich bei den gegen alle gefährlichen und verdächtigen Elemente in Scene gesetzten Verfolgungen schließlich sogar in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht sahen, reifte in ihnen der Entschluß, kurzerhand Alles an Alles zu wagen und einen gewaltsamen Umsturz des Bestehenden zu versuchen. Glückte ihr Versuch, gelang es, die Bundesregierung in Frankfurt zu sprengen und eine andere Centralregierung — in welcher Form, darüber war man sich selbst noch nicht klar — auszurufen, dann, so hofften sie, würden sich auch die Gemäßigten an der Bewegung betheiligen, ja es würden ihre Führer sich an die Spitze derselben stellen. Diese Hoffnung stand aber auf schwankendem Boden. Die Zahl der Radikalen, welche die monarchische Staatsform für Gesammtdeutschland sowohl wie für die deutschen Einzelstaaten als eine Nothwendigkeit erkannten, war nur eine geringe, und auch sie waren insofern unter sich uneinig, als von den Einen der König Wilhelm von Württemberg, von Anderen der König Ludwig von Bayern, von dritter Seite wiederum der wohlmeinende Großherzog Leopold von Baden allein würdig und berufen angesehen ward, an die Spitze der Nation zu treten.

Der Mehrzahl der „Entschiedenen" aber schwebte die Auflösung des Deutschen Bundes in eine Föderativrepublik als das zu erstrebende Ziel vor, und zur Errichtung einer solchen hätten die Führer der gemäßigten Partei, namentlich Männer wie Rotteck, Welcker und Jordan ihren Beistand und ihren Namen sicherlich niemals hergegeben.

Ebensowenig wie auf Mitwirkung dieser Männer durften die Radikalen auf die Mithülfe der Massen und weniger noch auf die des Militärs rechnen. Wol war es durch eifrige Agitation gelungen, hier und da das städtische Proletariat, in einzelnen Bezirken sogar die ländliche Bevölkerung aufzuwiegeln und zu Gewaltsamkeiten geneigt zu machen, und selbst unter dem Militär hatte man einige wenige Anhänger gewonnen, namentlich in Frankfurt und in Württemberg, wo ein Lieutenant Koseritz die Agitation lebhaft betrieb. Aber nur schwere Selbsttäuschung auf Seiten der Radikalen konnte aus diesen vereinzelten Erfolgen die Hoffnung herleiten, im entscheidenden Augenblicke das ganze Volk und wol gar auch das Heer hinter sich zu haben. Ganz sicher war man nur eines größeren Theiles der Studentenschaft der meisten süd- und mitteldeutschen Universitäten und des persönlichen Anhanges einzelner radikaler Parteiführer; möglich, daß längeres Zuwarten, zu dem insbesondere Koseritz rieth, den Anhängerkreis im Volk und namentlich im Heer erweitert hätte; wahrscheinlich, wenigstens in weiterem Umfange, ist auch dieses nicht.

Das Frankfurter Attentat. Nun war die Sache in den ersten Monaten des Jahres 1833 bereits so weit gediehen und so viel davon in die Oeffentlichkeit gedrungen, daß jede Verzögerung für die radikalen Parteiführer unmittelbar verderblich werden konnte, und so wurde denn in den letzten Märztagen beschlossen, am Abend des 3. April loszuschlagen, und zwar gleichzeitig auf mehreren Punkten. Den Hauptschlag galt es natürlich in Frankfurt, dem Sitze des Bundesrathes, zu führen, diesen letzteren zu sprengen, seine verhaßtesten Mitglieder gefangen zu nehmen und eine provisorische Regierung einzusetzen, die einstweilen mit Hülfe der mit Beschlag zu belegenden Rothschild'schen Kassen die Regierungsgeschäfte führen sollte, bis die gleichzeitigen Erhebungen in Mainz, Stuttgart, Mannheim und Karlsruhe überall, wie man hoffte, den Sieg der Radikalen entschieden und diese zu Herren der Situation gemacht haben würden.

Wie bei der allgemeinen Unfertigkeit und Zerfahrenheit nicht anders zu erwarten, kam in Württemberg und Baden die Erhebung nicht rechtzeitig und infolge dessen überhaupt nicht zu Stande; in Frankfurt nahm sie den kläglichen Verlauf, den sie in Anbetracht ihrer unklaren und unmöglichen Ziele nehmen mußte. Pünktlich um halb zehn Uhr Abends am 3. April setzten sich hier zwei Haufen Studenten, Arbeiter und Gewerbsgehülfen, vornehmlich Hanauer Goldarbeiter und Turner, nebst einer Anzahl Polen — fast ausschließlich junge Leute — unter Führung des in polnische Uniform gekleideten Rauschenplatt und des polnischen Majors Michailowski gegen die Hauptwache und die Konstablerwache in Bewegung. Als Erkennungszeichen dienten den Aufständischen schwarz-roth-goldene Schärpen, als Waffen führten sie Dolche, Pistolen, Degen und französische Musketen. Der beiden Wachen Herr zu werden, kostete bei der geringen Besatzung derselben nur geringe Mühe; die überrumpelten Mannschaften flohen, ihrer Wenige wurden verwundet oder gefangen genommen und die auf der Hauptwache als politisch verdächtig in Gewahrsam gehaltenen Personen befreit. Unterdessen aber hatte die von dem bevorstehenden Ausbruch des Komplots rechtzeitig unterrichtete oberste Militärbehörde in Frankfurt hinlängliche Streitkräfte zusammengezogen, um den Aufstand rasch und energisch niederzuwerfen. Starke Truppenabtheilungen rückten gegen beide Wachen heran und gewannen dieselben im Sturme wieder. Aus den Gebäuden verdrängt, setzten die Aufständischen auf offener Straße den Widerstand gegen das Militär fort, und auf Frankfurts Hauptstraße, der Zeil, kam es zu einem kurzen, aber lebhaften Handgemenge. Vom Thurme des Domes dröhnten dumpf die Schläge der Sturmglocke; aber die schnell zusammengelaufene gaffende Menge begnügte sich mit Zurufen und Lärmen und stob nach allen Seiten auseinander, als Einige aus ihrer Mitte durch zufällig

einschlagende Kugeln getödtet oder verwundet wurden. Der Beistand aus den Reihen der Bürgerschaft blieb aus, das Häuflein der Aufständischen schmolz mehr und mehr zusammen, und so blieb den enttäuschten Kämpfern, als das inzwischen zu großer Uebermacht angewachsene Militär nach mehreren Gewehrsalven zum Bajonnetangriff überging, nichts übrig, als das Feld zu räumen und sich in die angrenzenden Seitenstraßen zu zerstreuen. Eine ernstliche Verfolgung von Seiten der Truppen fand nicht statt; die Befehlshaber der Militärmacht wußten eben nicht, wie klein die Zahl ihrer Gegner war, zumal die zusammengelaufene Volksmenge eine genaue Schätzung derselben unmöglich machte.

Die Truppen zählten 5 Todte und 15 Verwundete; auf der andern Seite waren der Student Julius Kübner aus Wunsiedel und der Weißbinder Hankelmann gefallen; außerdem zählten die Aufständischen eine Zahl Leichtverwundeter. Die geschilderten Vorgänge drängten sich in die kurze Zeitspanne von kaum einer Stunde zusammen; bald nach elf Uhr herrschte in der Stadt allenthalben bereits wieder die größte Ruhe.

Ganz unblutig verlief eine Zusammenrottung von 70—80 Landleuten aus der Umgegend, die sich verabredetermaßen an demselben Abend unter Vortragung des Symbols der Bewegungszeit, der schwarz-roth-goldenen Fahne, und mit einem Trompeter an der Spitze nach Frankfurt zu in Bewegung gesetzt hatten, um den Aufstand in der Stadt zu unterstützen. Sie trafen zu spät ein und fanden bei ihrem Erscheinen am Friedberger Thor dasselbe geschlossen und die Wachen verstärkt. Unverrichteter Sache kehrten sie zurück, ließen aber unterwegs ihren Grimm an einem Zollhaus aus, das sie nach Verjagung der Beamten und Vernichtung der Papiere vollständig ausplünderten, um nach dieser Heldenthat alsbald aus einander zu laufen.

Eine Verfolgung der Aufständischen hatte, wie bemerkt, nicht stattgefunden, jedoch in der Nacht noch begannen die Polizeibehörden eine rege Thätigkeit zu entfalten, und es gelang ihnen, einige der Führer des Komplots, den Dr. med. Bunsen, den Dr. jur. Neuhof u. A. festzunehmen, während es den Studenten Bernhard Lizius aus Aschaffenburg, L. von Rochau, dem spätern ausgezeichneten Historiker, Wilhelm Obermüller, Ernst Matthäi, Eduard Fries und verschiedenen Anderen gelang, zu entfliehen. Der als Mitglied des deutschen Zollparlaments im vorigen Jahrzehnt öfters genannte Kaufmann Karl Pfretzschner aus Kronach gehörte zwar nicht zu den eigentlichen Führern des Komplotes, er nahm aber als junger Student an dem Frankfurter Putsch lebhaften Antheil. Wie er, wurde ein anderer, vielfach genannter Liberaler jener Zeit, der berühmte Arzt Dr. Schönlein, gleichfalls in die Hochverrathsuntersuchung verwickelt. Irrthümlicher Weise beschuldigte man ihn der Theilnahme an dem Attentate; er gehörte jedoch nicht zu den Mitwissenden, noch weniger zu den Anstiftern. In Frankfurt hatte er sich nur einer ärztlichen Konsultation wegen damals aufgehalten.

Nach unendlich langer Voruntersuchung durch die Frankfurter Behörden wurde die juristische Fakultät der Universität Tübingen zum Rechtsspruch über die in Haft befindlichen Theilnehmer an dem Attentat angerufen. Das von der gelehrten Körperschaft mit Ruhe und Unbefangenheit gefällte Urtheil befriedigte — obwol es durchaus nicht übermäßig milde war — die hochgebietenden Herren vom Bundestage keineswegs. Es berücksichtigte mit vollem Recht die Jugendlichkeit der meisten der Angeschuldigten und die große Leichtigkeit der Verführung in einer politisch erregten Zeit; auch rügte es die ungebührliche Verschleppung der Untersuchung. Der Spruch lautete gegen zehn Theilnehmer auf lebenslängliche, gegen einen auf fünfzehnjährige, gegen einen andern auf zwölfjährige, gegen einen dritten auf sechsjährige, gegen zwei auf sechsmonatliche Zuchthausstrafe; zwei hatten in Irrenhäusern untergebracht werden müssen. Doch gelang es einer Anzahl der Verurtheilten, aus den Gefängnissen zu entweichen; so u. A. dem Dr. Gustav Körner, welchem in Amerika, wohin er sich begeben, eine glänzende Laufbahn bevorstand. (Er bekleidete 1862 den Posten eines Gesandten der Vereinigten Staaten in Madrid.)

Sturm auf die Konstablerwache in Frankfurt a. M. Zeichnung von Ludwig Burger.

Betheiligung des Militärs. Die in Frankfurt und im Anschluß daran auch anderwärts eingeleiteten Untersuchungen brachten manches schwere Verschulden zu Tage; sie klärten aber auch darüber auf, wie gering im Gegensatz zu den Befürchtungen überängstlicher Behörden der Anklang war, den die Absichten und Pläne einer Anzahl jugendlicher Brauseköpfe in weiteren Kreisen des Volkes und namentlich beim Militär gefunden hatten. Es fehlte allerdings auch in den Armeen nicht an unzufriedenen und den reaktionären Regierungen verdächtigen Elementen — es waren jedoch nur Einzelne, welche sich bis zur Theilnahme an politischen Geheimbünden, und außerordentlich Wenige, welche sich bis zu offener Auflehnung hatten hinreißen lassen. Gerade am Sitze der Bundesgewalt hatte sich freilich das Militär gegen die liberalen und selbst radikalen Bestrebungen nicht ganz ablehnend verhalten, und bei länger fortgesetzter Agitation hätte es den Radikalen wol gelingen können, einen Theil der Frankfurter Bundestruppen zu sich herüberzuziehen. Bei Unterdrückung des Putsches hatten die Truppen zwar, wie wir gesehen haben, den Anordnungen der obersten Militärbehörde willig Folge geleistet, aber ein bald darauf in der Frankfurter Schützenkompagnie gereiftes und eben noch rechtzeitig entdecktes Komplot zur Befreiung der Aprilgefangenen ließ ihre Zuverlässigkeit in bedenklichem Lichte erscheinen. Infolge dessen mußten sich die Frankfurter dazu bequemen, eine für die Sicherheit der Bundesbehörden als nöthig erachtete Besatzung aus preußischen und österreichischen Truppen in ihre Mauern aufzunehmen.

Insoweit die Behörden gegen die Theilnehmer und Mitschuldigen des Frankfurter Attentats und andere unmittelbar Kompromittirte energisch vorgingen, ließ sich vom rechtlichen Standpunkte aus kein Vorwurf als etwa in einzelnen Fällen der einer übermäßigen Strenge der Urtheile und Strafen gegen sie erheben. Aber der Bundesrath wie die Einzelregierungen gingen sehr viel weiter; sie maßen die streng auf dem Boden des Gesetzes sich haltenden Bestrebungen des gemäßigten Liberalismus mit dem an die gesetzwidrigen Bestrebungen der Radikalen angelegten Maße. Jeder Liberale war, falls sich in seinen mündlichen Aeußerungen oder in seinen Schriften auch nur der geringste Anhaltspunkt für eine Anklage finden ließ, mit Verhaftung bedroht. Um nun alle diese Untersuchungen, deren Leitung den Regierungen der Einzelstaaten zustand, besser übersehen, kontroliren und gleichsam in ein System bringen zu können, wurde auf Metternich's Betreiben durch Bundesbeschluß vom 20. Juni eine Centralbehörde geschaffen, welcher die Aufgabe zufiel, alle gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit in Deutschland gerichteten Anschläge, Bestrebungen und geheimen Verbindungen zu verfolgen und vor den ordentlichen oder außerordentlichen Gerichten der Einzelstaaten zur Aburtheilung und Bestrafung zu bringen.

Errichtung der Centraluntersuchungskommission. Eine eigene Rechtsprechung stand dieser aus je einem von den Regierungen von Preußen, Oesterreich, Bayern, Württemberg und Hessen ernannten Mitgliede zusammengesetzten Behörde, die schon in der Bundesrathssitzung vom 8. August als konstituirt verkündet werden konnte, nicht zu. Schon dieser Umstand erscheint geeignet, den Vorwurf zu entkräften, als habe die Untersuchungskommission auf eigene Hand durch sogenannte agents provocateurs zum Schein politische Verschwörungen angezettelt, um dadurch einzelne weniger kompromittirte als verdächtige Personen den Behörden zu dem Zwecke in die Hände zu liefern, durch die gerichtliche Untersuchung weiteres Material in die Hände zu bekommen. Solche gehässigen Anschuldigungen des Wirkens einer selbstverständlich höchst unpopulären Behörde lagen in jener ohnehin erregten Zeit nur zu nahe. Im Einzelnen hat es vielleicht an übergroßem Eifer nicht gefehlt, und es mögen feile Kreaturen sich wol zu unwürdigen Spionsdiensten hergegeben haben und diese auch hin und wieder zum Schaden Unschuldiger in Anspruch genommen worden sein.

Mit echt deutscher Gründlichkeit, wenn auch nicht immer mit der wünschenswerthen Beschleunigung, gab sich die neue Centralbehörde der Lösung ihrer Aufgabe hin, die ihr freilich vielfach erschwert wurde; die Regierungen der deutschen Einzelstaaten waren zwar

fast ausnahmslos durchaus damit einverstanden, durch energisches Vorgehen die unbequemen liberalen Regungen und Bestrebungen zu bekämpfen; aber die meisten achteten eifersüchtig darauf, ihrer einzelstaatlichen Souveränität nichts zu vergeben und von ihrer eigenen Polizeigewalt möglichst wenig an die Bundesbehörde abzutreten. Trotz solcher hemmenden Gegenbestrebungen brachte die Untersuchungskommission jedoch immer noch hinlängliches Material zusammen, um in ihren Berichten an den Bund die radikale Bewegung als keineswegs erloschen, vielmehr als unter der Asche fortglimmend darzustellen und damit zu immer neuen Polizeimaßregeln Anlaß zu geben. Erst gegen Ende der dreißiger Jahre ging ihr nach und nach der Stoff aus; der mit allen Mitteln durchgeführten Reaktion war es gelungen, jede freisinnige Regung oder vielmehr jedes äußere Hervortreten einer solchen fast überall zu unterdrücken, und als im Jahre 1840 bei der Thronbesteigung Friedrich Wilhelm's IV. eine Amnestie für alle wegen politischer Vergehen von den preußischen Gerichten Verurtheilten verkündigt wurde, da war allen weiteren Untersuchungen vollends der Boden entzogen. Metternich's Bestreben, die provisorische Centralbehörde zu einer ständigen Bundesinstitution zu erheben, scheiterte an dem Widerspruch Preußens, und so wurde dieselbe im Jahre 1842 formell auf unbestimmte Zeit nur vertagt, in Wirklichkeit aber für immer aufgelöst.

Die Schergen der Reaktion. Der oben erwähnte Umstand, daß den Centralbehörden keine eigene Rechtsprechung zustand, daß vielmehr die Angeschuldigten oder Verdächtigen von den Behörden der Einzelstaaten, denen sie angehörten, zur Verantwortung gezogen wurden, macht es erklärlich, daß bei der Zumessung der Strafen für die gleichen Vergehen die denkbar größte Ungleichheit obwaltete. Während in einzelnen Staaten die Gerichte mit Besonnenheit und Milde ihre Urtheile fällten, überboten sich die Gerichte anderer Staaten in Bezug auf Verhängung schwerster Strafen. So mußten in Kurhessen bewährte Patrioten wie Professor Jordan und Dr. Oetker wegen ihrer Ueberzeugungstreue jahrelang in Gefängnissen schmachten, wo sie zeitweilig gleich schweren Verbrechern behandelt wurden; so wurden in der Pfalz und in Bayern anerkannte Volksfreunde zum Tode verurtheilt, um dann zu langjährigen Festungsstrafen „begnadigt“ und dadurch unschädlich gemacht zu werden, unter ihnen der Würzburger Professor Gottfr. Eisenmann, welcher in der Feste Oberhaus bei Passau Gesundheit und Lebensmuth einbüßte. Auf Denen, welche es nicht über sich gewinnen konnten, soweit sich zu erniedrigen, um vor dem Bilde des Königs Abbitte zu leisten, lastete der Arm der „unbarmherzigen Gerechtigkeit“ um so schwerer; gar Mancher ging körperlich oder geistig zu Grunde, und nicht Wenige verfielen der Verzweiflung und endeten im Wahnsinn; Andere wiederum legten Hand an sich, wie der wackere Pfarrer Weidig, der mit dem Blute seiner geöffneten Adern an die Kerkermauern Darmstadts schwere Anklagen gegen seinen Peiniger, den grausamen Untersuchungsrichter Georgi, niederschrieb. Auch in Preußen, wo die Reaktion obenauf gekommen war und rücksichtslos schaltete, mußte eine Anzahl trefflicher Männer schwer dafür leiden, daß sie für die Anerkennung der unveräußerlichen Rechte des Volkes mit eingetreten waren. Nicht weniger als 38 Todesurtheile wurden von dem in Gemeinschaft mit einer besonderen Ministerialkommission die Untersuchungen führenden preußischen Kammergericht gefällt. Die Verurtheilten wurden theils zu lebenslänglicher, theils zu dreißigjähriger Zuchthausstrafe begnadigt. Aber welche gehässigen Quälereien sie als Gefangene zu erleiden hatten, in welcher Weise sie gepeinigt und „drangsalirt“ wurden — wer hat das nicht in des plattdeutschen Dichters Fritz Reuter wehmüthig-humoristischer Schilderung: „Ut mine Festungstid“ gelesen? Auch ihn hatte die Demagogenhetze in zu nahe Berührung mit der Staatsanwaltschaft gebracht, auch er war wegen Theilnahme an einer verfemten Studentenverbindung, trotzdem er aus derselben längere Zeit vorher schon freiwillig ausgeschieden war, zum Tode verurtheilt und hierauf zu langjähriger Zuchthausstrafe begnadigt worden. Die Erfahrungen und Leiden seiner siebenjährigen, bis 1840 währenden Gefängnißzeit haben

ihm den Stoff zu dem genannten Meisterwerke geliefert. Die schlimmste Zeit der Verfolgungen erlangte, wie bereits erwähnt, ihren Abschluß, als Friedrich Wilhelm IV. bei seinem Regierungsantritt im Jahre 1840 einen allgemeinen Strafnachlaß für alle wegen politischer Verbrechen und Vergehen Verurtheilten erließ.

Wir haben uns etwas weitläufiger über diese Zeit der Unruhen und Verfolgungen verbreitet, weil später die entschiedener noch hervortretende Reaktion unter Verkennung oder Verleugnung des wahren Zusammenhanges die geschilderten, im Ganzen unbedeutenden Ruhestörungen von meist nur lokaler Bedeutung zu gefährlichen Aufstandsthaten aufgebauscht und sich darauf etwas zugute gethan hat, weitere Angriffe auf die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch die Energie, mit welcher sie auf strengste Ahndung der stattgehabten Ruhestörungsversuche gedrungen, verhütet zu haben. Die Strenge hat damals in der That geleistet, was nur zu erwarten war, aber nicht Beruhigung, sondern Versumpfung in den Gemüthern der Menge hervorgerufen. Daß nicht wenige der damals Verurtheilten und Verfolgten nach der Wiederkehr besserer Zustände ihrem Vaterlande zur Ehre und zur Zierde gereicht oder, im Falle sie ihm den Rücken gewendet und sich nach so schmerzlichen Erfahrungen zur Rückkehr in dasselbe nicht zu entschließen vermochten, auf fremdem Boden ein rühmliches Wirken entfaltet und hohe Ehrenstellen sich errungen haben, zeigt, daß die Reaktion in ihrer Verfolgungswuth und blinden Revolutionsfurcht sich nicht fähig erwies, den guten Kern von der rauhen Schale zu unterscheiden, daß es ihr an Scharfblick gebrach, die Spreu vom Weizen zu sondern.

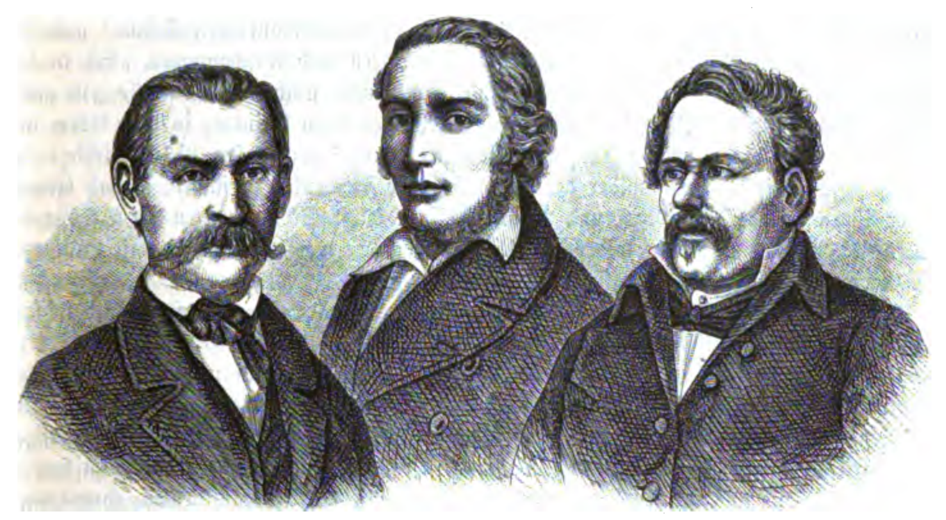


Fritz Reuter.

Welche Zustände die Revolutionsfurcht in Oesterreich und in den zu seiner Gefolgschaft gehörenden deutschen Mittel- und Kleinstaaten gezeitigt hatte, wie es kam, daß hier in jeder freisinnigen Kundgebung, in jeglichem Versuche einer Aenderung des Bestehenden, mochte es auch noch so verrottet und lebensunfähig sein, eine Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und eine mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfende staatsfeindliche Bestrebung erblickt wurde — das haben wir an anderer Stelle bereits berührt.

Aber wie lagen die Dinge in Preußen? Wenn wir gegenüber der damaligen Verfolgungssucht uns der Milde und Gerechtigkeitsliebe des so wohlmeinenden Königs Friedrich Wilhelm III. erinnern und uns fragen, wie in jenen Tagen es möglich gewesen, daß von den Regierungsorganen so viel Härte und so wenig Ein- und Nachsicht hat in Anwendung gebracht werden können, so müssen wir versuchen, Blicke in die Seele des Monarchen, sowie in die Volksseele zu thun. Es ist leider nicht in Abrede zu stellen, und wir haben schon darauf hingewiesen, daß gerade dieser König, der so vielfache Proben treuester Anhänglichkeit von seinen Unterthanen empfangen, zu denselben nicht das volle Vertrauen hat gewinnen können. Mag auch der Hauptgrund zu seinem Mangel an Vertrauen in den

Erinnerungen des Königs an die blutigen Tage der Revolutionszeit gewurzelt haben, mag das krampfhafte Aufzucken der Leidenschaften der in ihren Hoffnungen getäuschten Völker im dritten Jahrzehnt eher zu Vorsicht und Zurückhaltung als zu entgegenkommenden Schritten hingeleitet haben: ein anderer nicht unwesentlicher Umstand verdient immer wieder hervorgehoben zu werden, nämlich die schon früher erwähnte außerordentliche Verschiedenheit der je nach den provinziellen Bedürfnissen aufgestellten Forderungen in Hinsicht der erwarteten verfassungsmäßigen Rechte. Dazu trat jenes geduldige Beharren, ja gleichgültige Zuwarten des Volkes, wurzelnd in engbegrenztem, selten über die nächste Umgebung hinausreichendem Gesichtskreise; dann die Gewöhnung an Selbstbeschränkung eines in Tagessorgen aufgewachsenen Geschlechts, das zu geduldiger Hinnahme jeglicher Unbill während der Franzosenzeit sich gezwungen gesehen hatte. Solche unerquickliche Zustände herrschten in gleich hohem Grade weder in Süddeutschland noch in den von der Natur reichlicher bedachten Rheinlanden, die den Druck der Fremdherrschaft weniger empfunden hatten und nicht in eine für Alle so drangvolle Nothlage gerathen waren.



S. Jordan. Friedr. Ostker. G. Eisenmann.

Fiel ein richtiges Erwägen der Umstände, welche in Preußen der Verleihung einer Verfassung im Wege standen, im Lande selbst schwer genug, so war eine Würdigung dieser Verhältnisse außerhalb des Königreiches erst recht nicht zu erwarten. Um uns in dieser Beziehung zu orientiren, müssen wir bis in die „Zeiten der Aufklärung“ zurückgehen, als deren Hauptrepräsentanten unter den Mächtigen Europa's wir Friedrich den Großen kennen gelernt haben. Hätte man überall so einsichtsvoll an einem allmählichen Uebergang aus feudalen Staatsgrundlagen in zeitgemäße Formen gearbeitet, wie es von dem großen Preußenkönige geschah, so wäre es wahrscheinlich nirgends zu Erschütterungen gekommen, wie die schon drei Jahre nach Friedrich's des Großen Tode über Frankreich und bald danach über den größten Theil Europa's hereinbrechende Revolution solche hervorrief. Leider wurden in Deutschland die Lehren des welterschütternden Ereignisses nicht in dem wünschenswerthen Maße beherzigt. Bedauerlicherweise war auch in Preußen schon bald nach seinem Beginn das Reformwerk Stein's ins Stocken gerathen. Statt in richtiger Erkenntniß der Nothwendigkeit verfassungsmäßiger Zustände sich der ernsten und schweren Arbeit ihrer Anbahnung und Einführung zu unterziehen, erschien es bequemer, das innere Bedürfniß zeitgemäßer Reformen einfach zu leugnen und, wie früher so auch jetzt, die sogenannte „Aufklärung“, welcher man alle politischen Ausschreitungen in Frankreich und darüber hinaus zur Last legte, zu

ausgeschlossen, daß das Hambacher Fest zum Ausgangspunkt einer gewaltsamen Erhebung, zunächst im südlichen Deutschland, werden könne. Allein schon am nächsten Morgen stellte sich bei den meisten der Theilnehmer die Ernüchterung ein; die radikalen Ideen waren noch zu wenig in die Massen eingedrungen, um dieselben länger als ein paar aufgeregte Stunden hindurch zu beherrschen, und halb beschämt zogen die Festgenossen von dannen. Hier und da versuchten zwar Einzelne, in der Heimat ähnliche Kundgebungen in Scene zu setzen, aber der Anklang, den sie damit fanden, war ein überaus geringer. Selbst in Bayern, wo die dem Süddeutschen heimatsgewohnte politische Kannegießerei von jeher eine Hauptstätte gefunden hatte, verlief trotz der in einzelnen Städten abgehaltenen lärmenden Volksversammlungen die ganze Bewegung so ziemlich im Sande, und nur bei den Pfälzern in der näheren Umgebung von Hambach blieb eine stärkere Erregung zurück, die hier und da zu Thätlichkeiten und offener Auflehnung gegen die Behörden führte.

Daß der Bundesrath solchem nur zu deutlich gegen ihn gerichteten Gebaren nicht ruhig zusehen würde, war von vornherein anzunehmen; daß aber diese sonst so träge Behörde so schnell und energisch einschreiten würde, wie es diesmal geschah, das ging über alle Erwartung hinaus.

Einschreiten des Bundes. Zunächst wurde die bayerische Regierung veranlaßt, die Unruhen in der Pfalz, zu deren Beilegung die heimische Polizeimacht vollständig genügt hätte, in demonstrativer Weise mit Waffengewalt und starkem Militäraufgebot zu unterdrücken, und kein Geringerer als der Held von Hanau, der bayerische Feldmarschall Fürst Wrede, wurde dazu auserseheu, diese wenig ruhmreiche Expedition, bei der es nicht viel Lorbern zu verdienen gab, mit seinem Namen zu decken. Noch viel weiter über das Ziel hinaus gingen die Maßregeln, welche man von Bundes wegen gegen die vermeintlichen Ursachen der radikalen Bestrebungen ergreifen zu müssen glaubte. Unter diesen stand nach Meinung der Herren vom Bundesrathe der Konstitutionalismus, das parlamentarische System in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten obenan. Fast ausschließlich gegen die Ständeversammlungen und Volksvertretungen waren denn auch die Beschlüsse und Verordnungen gerichtet, welche der Bundesrath unter dem 28. Juni den deutschen Einzelregierungen bekannt gab. Damit der in den Kammern in so unbequemer Weise sich regende Geist des Widerspruchs nicht ansteckend auf weitere Kreise wirke, sollte die bisher gestattete Oeffentlichkeit ihrer Verhandlungen beschränkt und dieselben von einer vom Bundesrath zu ernennenden Centralkommission beaufsichtigt und überwacht werden. Ein Kammerbeschluß, der in irgend einer Weise der Souveränität des Landesfürsten zu nahe trete oder ihn und seine Regierung an der Erfüllung bundesmäßiger Pflichten zu behindern geeignet sei, müsse von vornherein für ungiltig erklärt werden. Erdreiste sich gar eine Volksvertretung, durch Verweigerung der zur Fortführung der Staatsverwaltung nothwendigen Steuern einen Druck auf die Landesregierung ausüben zu wollen, so behalte sich der Bundesrath vor, aus eigener Machtvollkommenheit, auch ohne besondere Aufforderung, mit Gewaltmitteln dagegen einzuschreiten. Zugleich wurde eine strenge Verschärfung der Censur und Aufhebung der in einzelnen Ländern zu Recht bestehenden freisinnigen Preßgesetze verfügt. Damit noch nicht genug, erging acht Tage später ein zweiter Erlaß, welcher alle politischen Vereine, Versammlungen uud Feste mit dem Interdikt belegte, das Tragen von Bändern, Kokarden und anderen Abzeichen, das Aufstecken der schwarzrothgoldenen Fahne und ähnliche „verdächtige“ Kundgebungen verbot und den Behörden die strengste Beobachtung der bei dem bunten Durcheinander der Kleinstaaten ohnehin schon überlästigen Paßvorschriften gegen Einheimische und Fremde zur Pflicht machte.

Die Aufnahme, welche diese von übertriebener Aengstlichkeit und Revolutionsfurcht diktirten Erlasse des Bundesraths bei den Einzelregierungen fanden, war eine verschiedenartige. Die meisten benutzten eifrig die günstige Gelegenheit, durch rücksichtslose Durchführung derselben den unbequemen Widerstand der Kammern zu brechen. Wo die letzteren sich nicht

gutwillig fügten, kam es meist schnell zum Konflikt, dem die Auflösung folgte. Den Regierungen fiel es dann nicht schwer, durch Anwendung geeigneter Mittel die Wahl einer willfährigen Kammer durchzusetzen. Nur wenige Regierungen traten den Verfügungen des Bundesraths entgegen, oder sie fügten sich denselben wenigstens nur insoweit, als es, um unangenehme Konflikte zu vermeiden, unerläßlich erschien. So namentlich in Baden, wo die selbst auf dem Standpunkt eines gemäßigten Liberalismus stehende Regierung sich nur schweren Herzens und dem Zwange weichend zur theilweisen und möglichst schonenden Durchführung der vom Bundesrath verfügten reaktionären Maßnahmen entschloß.

Verhalten der Liberalen. Es war ein Irrthum, wenn man am grünen Tische zu Frankfurt glaubte, durch Gewaltmaßregeln den Liberalismus erfolgreich bekämpfen zu können.



Das Hambacher Fest. Zeichnung von Ludwig Burger.

Durch seine unwürdige Haltung hatte sich das unfruchtbare und unfähige Bundesregiment dermaßen verhaßt und verächtlich gemacht, daß die im Liberalismus verkörperte Opposition gegen dasselbe nunmehr im Volke immer festeren Boden gewann. Mochten auch immer Einzelne über die eigentlichen Ziele der Partei, zu welcher er sich, sei es offen, sei es stillschweigend, bekannte, im Unklaren sein — die überwiegende Mehrheit gerade der gebildeten Bevölkerung des westlichen und südwestlichen Deutschlands war liberal, und es würde trotz aller bundesräthlichen Maßregeln die freisinnige Partei mit der Hoffnung auf den endlichen Sieg ihrer Sache in die Zukunft haben blicken können, wenn sie sich zu einheitlichem, besonnenem Vorgehen zu entschließen vermocht hätte. Das geschah leider nicht. Eine zwischen den gemäßigten und den radikalen Elementen der Partei schon seit Jahren bestehende Spannung hatte sich durch die Ereignisse nach der Julirevolution bedenklich verschärft. Männer wie Jordan, Rotteck, Welcker, Itzstein, Mittermayer u. A., welche als die eigentlichen Begründer des Liberalismus, unbeschadet ihrer festen Ueberzeugungstreue, doch stets den Verhältnissen Rechnung zu tragen und nur auf dem Wege

gesetzmäßigen Vorgehens die Grundsätze ihrer Partei zur Anerkennung zu bringen bestrebt waren, hatten das radikale und theilweise sogar revolutionäre Treiben jüngerer Parteigenossen wie Rauschenplatt, Wirth, Ebeling, Siebenpfeifer, Eisenmann u. A. m. entschieden gemißbilligt und sich stets gegen das Zusammengehen mit den polnischen und französischen Revolutionsmännern ausgesprochen. Aus diesem Grunde hielten sie sich auch von den zahlreichen geheimen Gesellschaften, dem Preßverein und dem Hambacher Fest fern. Infolge des unerwartet energischen Vorgehens der Bundesregierung suchten nun zwar die Radikalen, von welchen jene Männer sehr mit Unrecht als gesinnungsuntüchtige, politische Leisetreter verleumdet und verdächtigt worden waren, die entstandene Spaltung wieder auszugleichen und eine feste Vereinigung mit den Gemäßigten anzubahnen. Da diese Letzteren aber aus guten Gründen auf ihrer Forderung unbedingt gesetzlichen Vorgehens und Fernhaltung aller geheimen, revolutionären Verbindungen von der auch ihnen erwünschten Vereinigung aller liberalen Elemente beharrten, so zerschlugen sich die Verhandlungen, und das unerfreuliche Ergebniß derselben war die offene Gegnerschaft der beiden Gruppen. Die Folgen dieser Entzweiung blieben nicht aus, und wenn auch die Radikalen, welche dieselbe in erster Linie verschuldet hatten, am härtesten von ihnen getroffen wurden, so mußten doch auch hier, wie so oft, die Unschuldigen mit den Schuldigen leiden: bei den unerhörten Verfolgungen, welche nach dem alsbald zu erzählenden Frankfurter Attentat in Scene gesetzt wurden, machte man zwischen den radikalen Anstiftern desselben und ihren gemäßigten, sich streng auf dem Boden des Gesetzes haltenden Gesinnungsgenossen kaum einen Unterschied, und viele wackere Männer haben mit langjähriger Kerkerhaft büßen müssen, was sie stets gemißbilligt, stets widerrathen und mit Aufbietung ihres ganzen Einflusses — leider vergeblich — zu verhindern gesucht hatten.

Während nun infolge der Spaltung im liberalen Lager die Gemäßigten sich vorsichtig zurückhielten, dem vom Bundesrath wie von den Einzelregierungen ausgeübten Zwange, soweit sie es unbeschadet ihrer Ueberzeugungstreue thun konnten, sich fügten und deshalb meist nur im Stillen und auf rein geistigem, wissenschaftlichem Gebiet für die liberale Sache wirkten, wurden die Radikalen durch das rücksichtslose Vorgehen des Bundesraths geradezu zu weitergehenden Schritten gedrängt. Dieselben hatten sich überdies bereits so weit vorgewagt und den Mund schon so voll genommen, daß ein Zurückweichen nur unter Aufgebung der eigenen politischen Persönlichkeit, nur unter Verzichtleistung auf jede fernere Bedeutung im politischen Leben möglich gewesen wäre. Würden die Parteiführer es vermocht haben, in richtiger Erkenntniß ihrer politischen Unfertigkeit sowie der Undurchführbarkeit ihrer radikalen Reformpläne sich zu solchem Verzicht zu entschließen, so hätte die liberale Bewegung einen ruhigeren, weniger gewaltsamen, vielleicht auch schnelleren Verlauf genommen, als es thatsächlich der Fall gewesen ist. Aber den Radikalen fehlte es an solcher Selbstlosigkeit, und da sie sich bei den gegen alle gefährlichen und verdächtigen Elemente in Scene gesetzten Verfolgungen schließlich sogar in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht sahen, reifte in ihnen der Entschluß, kurzerhand Alles an Alles zu wagen und einen gewaltsamen Umsturz des Bestehenden zu versuchen. Glückte ihr Versuch, gelang es, die Bundesregierung in Frankfurt zu sprengen und eine andere Centralregierung — in welcher Form, darüber war man sich selbst noch nicht klar — auszurufen, dann, so hofften sie, würden sich auch die Gemäßigten an der Bewegung betheiligen, ja es würden ihre Führer sich an die Spitze derselben stellen. Diese Hoffnung stand aber auf schwankendem Boden. Die Zahl der Radikalen, welche die monarchische Staatsform für Gesammtdeutschland sowohl wie für die deutschen Einzelstaaten als eine Nothwendigkeit erkannten, war nur eine geringe, und auch sie waren insofern unter sich uneinig, als von den Einen der König Wilhelm von Württemberg, von Anderen der König Ludwig von Bayern, von dritter Seite wiederum der wohlmeinende Großherzog Leopold von Baden als allein würdig und berufen angesehen ward, an die Spitze der Nation zu treten.

Der Mehrzahl der „Entschiedenen“ aber schwebte die Auflösung des Deutschen Bundes in eine Föderativrepublik als das zu erstrebende Ziel vor, und zur Errichtung einer solchen hätten die Führer der gemäßigten Partei, namentlich Männer wie Rotteck, Welcker und Jordan ihren Beistand und ihren Namen sicherlich niemals hergegeben.

Ebensowenig wie auf Mitwirkung dieser Männer durften die Radikalen auf die Mithülfe der Massen und weniger noch auf die des Militärs rechnen. Wol war es durch eifrige Agitation gelungen, hier und da das städtische Proletariat, in einzelnen Bezirken sogar die ländliche Bevölkerung aufzuwiegeln und zu Gewaltsamkeiten geneigt zu machen, und selbst unter dem Militär hatte man einige wenige Anhänger gewonnen, namentlich in Frankfurt und in Württemberg, wo ein Lieutenant Koseritz die Agitation lebhaft betrieb. Aber nur schwere Selbsttäuschung auf Seiten der Radikalen konnte aus diesen vereinzelten Erfolgen die Hoffnung herleiten, im entscheidenden Augenblicke das ganze Volk und wol gar auch das Heer hinter sich zu haben. Ganz sicher war man nur eines größeren Theiles der Studentenschaft der meisten süd- und mitteldeutschen Universitäten und des persönlichen Anhanges einzelner radikaler Parteiführer; möglich, daß längeres Zuwarten, zu dem insbesondere Koseritz rieth, den Anhängerkreis im Volk und namentlich im Heer erweitert hätte; wahrscheinlich, wenigstens in weiterem Umfange, ist auch dieses nicht.

Das Frankfurter Attentat. Nun war die Sache in den ersten Monaten des Jahres 1833 bereits so weit gediehen und so viel davon in die Oeffentlichkeit gedrungen, daß jede Verzögerung für die radikalen Parteiführer unmittelbar verderblich werden konnte, und so wurde denn in den letzten Märztagen beschlossen, am Abend des 3. April loszuschlagen, und zwar gleichzeitig auf mehreren Punkten. Den Hauptschlag galt es natürlich in Frankfurt, dem Sitze des Bundesrathes, zu führen, diesen letzteren zu sprengen, seine verhaßtesten Mitglieder gefangen zu nehmen und eine provisorische Regierung einzusetzen, die einstweilen mit Hülfe der mit Beschlag zu belegenden Rothschild'schen Kassen die Regierungsgeschäfte führen sollte, bis die gleichzeitigen Erhebungen in Mainz, Stuttgart, Mannheim und Karlsruhe überall, wie man hoffte, den Sieg der Radikalen entschieden und diese zu Herren der Situation gemacht haben würden.

Wie bei der allgemeinen Unfertigkeit und Zerfahrenheit nicht anders zu erwarten, kam in Württemberg und Baden die Erhebung nicht rechtzeitig und infolge dessen überhaupt nicht zu Stande; in Frankfurt nahm sie den kläglichen Verlauf, den sie in Anbetracht ihrer unklaren und unmöglichen Ziele nehmen mußte. Pünktlich um halb zehn Uhr Abends am 3. April setzten sich hier zwei Haufen Studenten, Arbeiter und Gewerbsgehülfen, vornehmlich Hanauer Goldarbeiter und Turner, nebst einer Anzahl Polen — fast ausschließlich junge Leute — unter Führung des in polnische Uniform gekleideten Rauschenplatt und des polnischen Majors Michailowski gegen die Hauptwache und die Konstablerwache in Bewegung. Als Erkennungszeichen dienten den Aufständischen schwarz-roth-goldene Schärpen, als Waffen führten sie Dolche, Pistolen, Degen und französische Musketen. Der beiden Wachen Herr zu werden, kostete bei der geringen Besatzung derselben nur geringe Mühe; die überrumpelten Mannschaften flohen, ihrer Wenige wurden verwundet oder gefangen genommen und die auf der Hauptwache als politisch verdächtig in Gewahrsam gehaltenen Personen befreit. Unterdessen aber hatte die von dem bevorstehenden Ausbruch des Komplots rechtzeitig unterrichtete oberste Militärbehörde in Frankfurt hinlängliche Streitkräfte zusammengezogen, um den Aufstand rasch und energisch niederzuwerfen. Starke Truppenabtheilungen rückten gegen beide Wachen heran und gewannen dieselben im Sturme wieder. Aus den Gebäuden verdrängt, setzten die Aufständischen auf offener Straße den Widerstand gegen das Militär fort, und auf Frankfurts Hauptstraße, der Zeil, kam es zu einem kurzen, aber lebhaften Handgemenge. Vom Thurme des Domes dröhnten dumpf die Schläge der Sturmglocke; aber die schnell zusammengelaufene gaffende Menge begnügte sich mit Zurufen und Lärmen und stob nach allen Seiten auseinander, als Einige aus ihrer Mitte durch zufällig

einschlagende Kugeln getödtet oder verwundet wurden. Der Beistand aus den Reihen der Bürgerschaft blieb aus, das Häuflein der Aufständischen schmolz mehr und mehr zusammen, und so blieb den enttäuschten Kämpfern, als das inzwischen zu großer Uebermacht angewachsene Militär nach mehreren Gewehrsalven zum Bajonnetangriff überging, nichts übrig, als das Feld zu räumen und sich in die angrenzenden Seitenstraßen zu zerstreuen. Eine ernstliche Verfolgung von Seiten der Truppen fand nicht statt; die Befehlshaber der Militärmacht wußten eben nicht, wie klein die Zahl ihrer Gegner war, zumal die zusammengelaufene Volksmenge eine genaue Schätzung derselben unmöglich machte.

Die Truppen zählten 5 Todte und 15 Verwundete; auf der andern Seite waren der Student Julius Kübner aus Wunsiedel und der Weißbinder Hankelmann gefallen; außerdem zählten die Aufständischen eine Zahl Leichtverwundeter. Die geschilderten Vorgänge drängten sich in die kurze Zeitspanne von kaum einer Stunde zusammen; bald nach elf Uhr herrschte in der Stadt allenthalben bereits wieder die größte Ruhe.

Ganz unblutig verlief eine Zusammenrottung von 70—80 Landleuten aus der Umgegend, die sich verabredetermaßen an demselben Abend unter Vortragung des Symbols der Bewegungszeit, der schwarz-roth-goldenen Fahne, und mit einem Trompeter an der Spitze nach Frankfurt zu in Bewegung gesetzt hatten, um den Aufstand in der Stadt zu unterstützen. Sie trafen zu spät ein und fanden bei ihrem Erscheinen am Friedberger Thor dasselbe geschlossen und die Wachen verstärkt. Unverrichteter Sache kehrten sie zurück, ließen aber unterwegs ihren Grimm an einem Zollhaus aus, das sie nach Verjagung der Beamten und Vernichtung der Papiere vollständig ausplünderten, um nach dieser Heldenthat alsbald aus einander zu laufen.

Eine Verfolgung der Aufständischen hatte, wie bemerkt, nicht stattgefunden, jedoch in der Nacht noch begannen die Polizeibehörden eine rege Thätigkeit zu entfalten, und es gelang ihnen, einige der Führer des Komplots, den Dr. med. Bunsen, den Dr. jur. Neuhof u. A. festzunehmen, während es den Studenten Bernhard Lizius aus Aschaffenburg, L. von Rochau, dem spätern ausgezeichneten Historiker, Wilhelm Obermüller, Ernst Matthäi, Eduard Fries und verschiedenen Anderen gelang, zu entfliehen. Der als Mitglied des deutschen Zollparlaments im vorigen Jahrzehnt öfters genannte Kaufmann Karl Pfretzschner aus Kronach gehörte zwar nicht zu den eigentlichen Führern des Komplotes, er nahm aber als junger Student an dem Frankfurter Putsch lebhaften Antheil. Wie er, wurde ein anderer, vielfach genannter Liberaler jener Zeit, der berühmte Arzt Dr. Schönlein, gleichfalls in die Hochverrathsuntersuchung verwickelt. Irrthümlicher Weise beschuldigte man ihn der Theilnahme an dem Attentate; er gehörte jedoch nicht zu den Mitwissenden, noch weniger zu den Anstiftern. In Frankfurt hatte er sich nur einer ärztlichen Konsultation wegen damals aufgehalten.

Nach unendlich langer Voruntersuchung durch die Frankfurter Behörden wurde die juristische Fakultät der Universität Tübingen zum Rechtsspruch über die in Haft befindlichen Theilnehmer an dem Attentat angerufen. Das von der gelehrten Körperschaft mit Ruhe und Unbefangenheit gefällte Urtheil befriedigte — obwol es durchaus nicht übermäßig milde war — die hochgebietenden Herren vom Bundestage keineswegs. Es berücksichtigte mit vollem Recht die Jugendlichkeit der meisten der Angeschuldigten und die große Leichtigkeit der Verführung in einer politisch erregten Zeit; auch rügte es die ungebührliche Verschleppung der Untersuchung. Der Spruch lautete gegen zehn Theilnehmer auf lebenslängliche, gegen einen auf fünfzehnjährige, gegen einen andern auf zwölfjährige, gegen einen dritten auf sechsjährige, gegen zwei auf sechsmonatliche Zuchthausstrafe; zwei hatten in Irrenhäusern untergebracht werden müssen. Doch gelang es einer Anzahl der Verurtheilten, aus den Gefängnissen zu entweichen; so u. A. dem Dr. Gustav Körner, welchem in Amerika, wohin er sich begeben, eine glänzende Laufbahn bevorstand. (Er bekleidete 1862 den Posten eines Gesandten der Vereinigten Staaten in Madrid.)



Sturm auf die Konstablerwache in Frankfurt a. M. Zeichnung von Ludwig Burger.

Betheiligung des Militärs. Die in Frankfurt und im Anschluß daran auch anderwärts eingeleiteten Untersuchungen brachten manches schwere Verschulden zu Tage; sie klärten aber auch darüber auf, wie gering im Gegensatz zu den Befürchtungen überängstlicher Behörden der Anklang war, den die Absichten und Pläne einer Anzahl jugendlicher Brauseköpfe in weiteren Kreisen des Volkes und namentlich beim Militär gefunden hatten. Es fehlte allerdings auch in den Armeen nicht an unzufriedenen und den reaktionären Regierungen verdächtigen Elementen — es waren jedoch nur Einzelne, welche sich bis zur Theilnahme an politischen Geheimbünden, und außerordentlich Wenige, welche sich bis zu offener Auflehnung hatten hinreißen lassen. Gerade am Sitze der Bundesgewalt hatte sich freilich das Militär gegen die liberalen und selbst radikalen Bestrebungen nicht ganz ablehnend verhalten, und bei länger fortgesetzter Agitation hätte es den Radikalen wol gelingen können, einen Theil der Frankfurter Bundestruppen zu sich herüberzuziehen. Bei Unterdrückung des Putsches hatten die Truppen zwar, wie wir gesehen haben, den Anordnungen der obersten Militärbehörde willig Folge geleistet, aber ein bald darauf in der Frankfurter Schützenkompagnie gereiftes und eben noch rechtzeitig entdecktes Komplot zur Befreiung der Aprilgefangenen ließ ihre Zuverlässigkeit in bedenklichem Lichte erscheinen. Infolge dessen mußten sich die Frankfurter dazu bequemen, eine für die Sicherheit der Bundesbehörden als nöthig erachtete Besatzung aus preußischen und österreichischen Truppen in ihre Mauern aufzunehmen.

Insoweit die Behörden gegen die Theilnehmer und Mitschuldigen des Frankfurter Attentats und andere unmittelbar Kompromittirte energisch vorgingen, ließ sich vom rechtlichen Standpunkte aus kein Vorwurf als etwa in einzelnen Fällen der einer übermäßigen Strenge der Urtheile und Strafen gegen sie erheben. Aber der Bundesrath wie die Einzelregierungen gingen sehr viel weiter; sie maßen die streng auf dem Boden des Gesetzes sich haltenden Bestrebungen des gemäßigten Liberalismus mit dem an die gesetzwidrigen Bestrebungen der Radikalen angelegten Maße. Jeder Liberale war, falls sich in seinen mündlichen Aeußerungen oder in seinen Schriften auch nur der geringste Anhaltspunkt für eine Anklage finden ließ, mit Verhaftung bedroht. Um nun alle diese Untersuchungen, deren Leitung den Regierungen der Einzelstaaten zustand, besser übersehen, kontroliren und gleichsam in ein System bringen zu können, wurde auf Metternich's Betreiben durch Bundesbeschluß vom 20. Juni eine Centralbehörde geschaffen, welcher die Aufgabe zufiel, alle gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit in Deutschland gerichteten Anschläge, Bestrebungen und geheimen Verbindungen zu verfolgen und vor den ordentlichen oder außerordentlichen Gerichten der Einzelstaaten zur Aburtheilung und Bestrafung zu bringen.

Errichtung der Centraluntersuchungskommission. Eine eigene Rechtsprechung stand dieser aus je einem von den Regierungen von Preußen, Oesterreich, Bayern, Württemberg und Hessen ernannten Mitgliede zusammengesetzten Behörde, die schon in der Bundesrathssitzung vom 8. August als konstituirt verkündet werden konnte, nicht zu. Schon dieser Umstand erscheint geeignet, den Vorwurf zu entkräften, als habe die Untersuchungskommission auf eigene Hand durch sogenannte agents provocateurs zum Schein politische Verschwörungen angezettelt, um dadurch einzelne weniger kompromittirte als verdächtige Personen den Behörden zu dem Zwecke in die Hände zu liefern, durch die gerichtliche Untersuchung weiteres Material in die Hände zu bekommen. Solche gehässigen Anschuldigungen des Wirkens einer selbstverständlich höchst unpopulären Behörde lagen in jener ohnehin erregten Zeit nur zu nahe. Im Einzelnen hat es vielleicht an übergroßem Eifer nicht gefehlt, und es mögen feile Kreaturen sich wol zu unwürdigen Spionsdiensten hergegeben haben und diese auch hin und wieder zum Schaden Unschuldiger in Anspruch genommen worden sein.

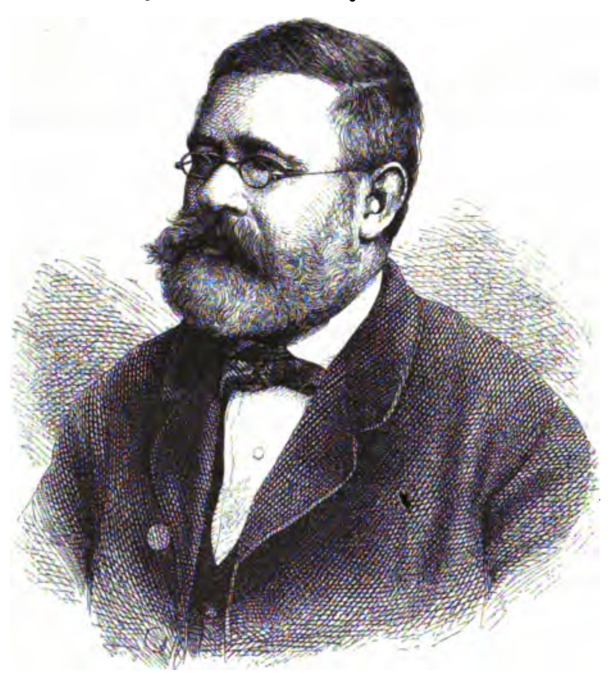
Mit echt deutscher Gründlichkeit, wenn auch nicht immer mit der wünschenswerthen Beschleunigung, gab sich die neue Centralbehörde der Lösung ihrer Aufgabe hin, die ihr freilich vielfach erschwert wurde; die Regierungen der deutschen Einzelstaaten waren zwar

fast ausnahmslos durchaus damit einverstanden, durch energisches Vorgehen die unbequemen liberalen Regungen und Bestrebungen zu bekämpfen; aber die meisten achteten eifersüchtig darauf, ihrer einzelstaatlichen Souveränität nichts zu vergeben und von ihrer eigenen Polizeigewalt möglichst wenig an die Bundesbehörde abzutreten. Trotz solcher hemmenden Gegenbestrebungen brachte die Untersuchungskommission jedoch immer noch hinlängliches Material zusammen, um in ihren Berichten an den Bund die radikale Bewegung als keineswegs erloschen, vielmehr als unter der Asche fortglimmend darzustellen und damit zu immer neuen Polizeimaßregeln Anlaß zu geben. Erst gegen Ende der dreißiger Jahre ging ihr nach und nach der Stoff aus; der mit allen Mitteln durchgeführten Reaktion war es gelungen, jede freisinnige Regung oder vielmehr jedes äußere Hervortreten einer solchen fast überall zu unterdrücken, und als im Jahre 1840 bei der Thronbesteigung Friedrich Wilhelm's IV. eine Amnestie für alle wegen politischer Vergehen von den preußischen Gerichten Verurtheilten verkündigt wurde, da war allen weiteren Untersuchungen vollends der Boden entzogen. Metternich's Bestreben, die provisorische Centralbehörde zu einer ständigen Bundesinstitution zu erheben, scheiterte an dem Widerspruch Preußens, und so wurde dieselbe im Jahre 1842 formell auf unbestimmte Zeit nur vertagt, in Wirklichkeit aber für immer aufgelöst.

Die Schergen der Reaktion. Der oben erwähnte Umstand, daß den Centralbehörden keine eigene Rechtsprechung zustand, daß vielmehr die Angeschuldigten oder Verdächtigen von den Behörden der Einzelstaaten, denen sie angehörten, zur Verantwortung gezogen wurden, macht es erklärlich, daß bei der Zumessung der Strafen für die gleichen Vergehen die denkbar größte Ungleichheit obwaltete. Während in einzelnen Staaten die Gerichte mit Besonnenheit und Milde ihre Urtheile fällten, überboten sich die Gerichte anderer Staaten in Bezug auf Verhängung schwerster Strafen. So mußten in Kurhessen bewährte Patrioten wie Professor Jordan und Dr. Oetker wegen ihrer Ueberzeugungstreue jahrelang in Gefängnissen schmachten, wo sie zeitweilig gleich schweren Verbrechern behandelt wurden; so wurden in der Pfalz und in Bayern anerkannte Volksfreunde zum Tode verurtheilt, um dann zu langjährigen Festungsstrafen „begnadigt" und dadurch unschädlich gemacht zu werden, unter ihnen der Würzburger Professor Gottfr. Eisenmann, welcher in der Feste Oberhaus bei Passau Gesundheit und Lebensmuth einbüßte. Auf Denen, welche es nicht über sich gewinnen konnten, soweit sich zu erniedrigen, um vor dem Bilde des Königs Abbitte zu leisten, lastete der Arm der „unbarmherzigen Gerechtigkeit" um so schwerer; gar Mancher ging körperlich oder geistig zu Grunde, und nicht Wenige verfielen der Verzweiflung und endeten im Wahnsinn; Andere wiederum legten Hand an sich, wie der wackere Pfarrer Weidig, der mit dem Blute seiner geöffneten Adern an die Kerkermauern Darmstadts schwere Anklagen gegen seinen Peiniger, den grausamen Untersuchungsrichter Georgi, niederschrieb. Auch in Preußen, wo die Reaktion obenauf gekommen war und rücksichtslos schaltete, mußte eine Anzahl trefflicher Männer schwer dafür leiden, daß sie für die Anerkennung der unveräußerlichen Rechte des Volkes mit eingetreten waren. Nicht weniger als 38 Todesurtheile wurden von dem in Gemeinschaft mit einer besonderen Ministerialkommission die Untersuchungen führenden preußischen Kammergericht gefällt. Die Verurtheilten wurden theils zu lebenslänglicher, theils zu dreißigjähriger Zuchthausstrafe begnadigt. Aber welche gehässigen Quälereien sie als Gefangene zu erleiden hatten, in welcher Weise sie gepeinigt und „drangsalirt" wurden — wer hat das nicht in des plattdeutschen Dichters Fritz Reuter wehmüthig-humoristischer Schilderung: „Ut mine Festungstid" gelesen? Auch ihn hatte die Demagogenhetze in zu nahe Berührung mit der Staatsanwaltschaft gebracht, auch er war wegen Theilnahme an einer verfemten Studentenverbindung, trotzdem er aus derselben längere Zeit vorher schon freiwillig ausgeschieden war, zum Tode verurtheilt und hierauf zu langjähriger Zuchthausstrafe begnadigt worden. Die Erfahrungen und Leiden seiner siebenjährigen, bis 1840 währenden Gefängnißzeit haben

ihm den Stoff zu dem genannten Meisterwerke geliefert. Die schlimmste Zeit der Verfolgungen erlangte, wie bereits erwähnt, ihren Abschluß, als Friedrich Wilhelm IV. bei seinem Regierungsantritt im Jahre 1840 einen allgemeinen Strafnachlaß für alle wegen politischer Verbrechen und Vergehen Verurtheilten erließ.

Wir haben uns etwas weitläufiger über diese Zeit der Unruhen und Verfolgungen verbreitet, weil später die entschiedener noch hervortretende Reaktion unter Verkennung oder Verleugnung des wahren Zusammenhanges die geschilderten, im Ganzen unbedeutenden Ruhestörungen von meist nur lokaler Bedeutung zu gefährlichen Aufstandsthaten aufgebauscht und sich darauf etwas zugute gethan hat, weitere Angriffe auf die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch die Energie, mit welcher sie auf strengste Ahndung der stattgehabten Ruhestörungsversuche gedrungen, verhütet zu haben. Die Strenge hat damals in der That geleistet, was nur zu erwarten war, aber nicht Beruhigung, sondern Versumpfung in den Gemüthern der Menge hervorgerufen. Daß nicht wenige der damals Verurtheilten und Verfolgten nach der Wiederkehr besserer Zustände ihrem Vaterlande zur Ehre und zur Zierde gereicht oder, im Falle sie ihm den Rücken gewendet und sich nach so schmerzlichen Erfahrungen zur Rückkehr in dasselbe nicht zu entschließen vermochten, auf fremdem Boden ein rühmliches Wirken entfaltet und hohe Ehrenstellen sich errungen haben, zeigt, daß die Reaktion in ihrer Verfolgungswuth und blinden Revolutionsfurcht sich nicht fähig erwies, den guten Kern von der rauhen Schale zu unterscheiden, daß es ihr an Scharfblick gebrach, die Spreu vom Weizen zu sondern.

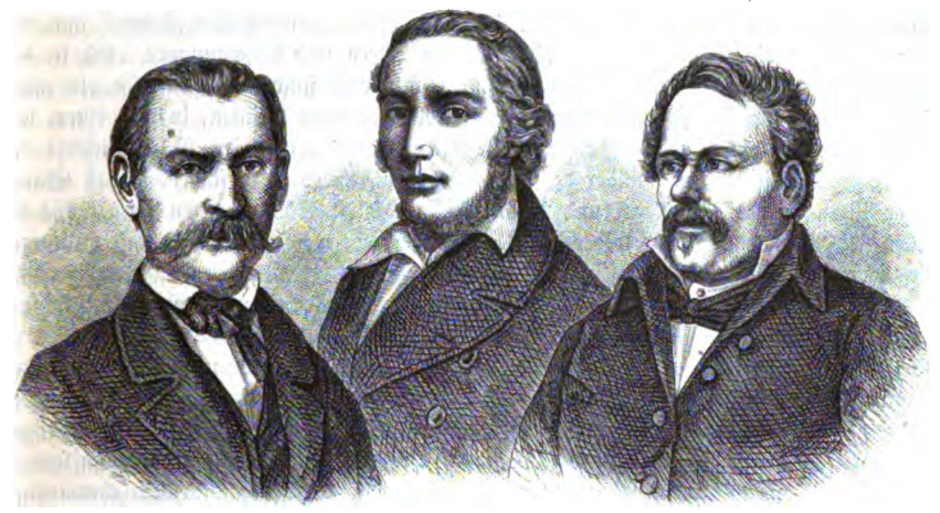


Fritz Reuter.

Welche Zustände die Revolutionsfurcht in Oesterreich und in den zu seiner Gefolgschaft gehörenden deutschen Mittel- und Kleinstaaten gezeitigt hatte, wie es kam, daß hier in jeder freisinnigen Kundgebung, in jeglichem Versuche einer Aenderung des Bestehenden, mochte es auch noch so verrottet und lebensunfähig sein, eine Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und eine mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfende staatsfeindliche Bestrebung erblickt wurde — das haben wir an anderer Stelle bereits berührt.

Aber wie lagen die Dinge in Preußen? Wenn wir gegenüber der damaligen Verfolgungssucht uns der Milde und Gerechtigkeitsliebe des so wohlmeinenden Königs Friedrich Wilhelm III. erinnern und uns fragen, wie in jenen Tagen es möglich gewesen, daß von den Regierungsorganen so viel Härte und so wenig Ein- und Nachsicht hat in Anwendung gebracht werden können, so müssen wir versuchen, Blicke in die Seele des Monarchen, sowie in die Volksseele zu thun. Es ist leider nicht in Abrede zu stellen, und wir haben schon darauf hingewiesen, daß gerade dieser König, der so vielfache Proben treuester Anhänglichkeit von seinen Unterthanen empfangen, zu denselben nicht das volle Vertrauen hat gewinnen können. Mag auch der Hauptgrund zu seinem Mangel an Vertrauen in den

Erinnerungen des Königs an die blutigen Tage der Revolutionszeit gewurzelt haben, mag das krampfhafte Aufzucken der Leidenschaften der in ihren Hoffnungen getäuschten Völker im dritten Jahrzehnt eher zu Vorsicht und Zurückhaltung als zu entgegenkommenden Schritten hingeleitet haben: ein anderer nicht unwesentlicher Umstand verdient immer wieder hervorgehoben zu werden, nämlich die schon früher erwähnte außerordentliche Verschiedenheit der je nach den provinziellen Bedürfnissen aufgestellten Forderungen in Hinsicht der erwarteten verfassungsmäßigen Rechte. Dazu trat jenes geduldige Beharren, ja gleichgültige Zuwarten des Volkes, wurzelnd in engbegrenztem, selten über die nächste Umgebung hinausreichendem Gesichtskreise; dann die Gewöhnung an Selbstbeschränkung eines in Tagessorgen aufgewachsenen Geschlechts, das zu geduldiger Hinnahme jeglicher Unbill während der Franzosenzeit sich gezwungen gesehen hatte. Solche unerquickliche Zustände herrschten in gleich hohem Grade weder in Süddeutschland noch in den von der Natur reichlicher bedachten Rheinlanden, die den Druck der Fremdherrschaft weniger empfunden hatten und nicht in eine für Alle so drangvolle Nothlage gerathen waren.



S. Jordan. Friedr. Osther. G. Eisenmann.

Fiel ein richtiges Erwägen der Umstände, welche in Preußen der Verleihung einer Verfassung im Wege standen, im Lande selbst schwer genug, so war eine Würdigung dieser Verhältnisse außerhalb des Königreiches erst recht nicht zu erwarten. Um uns in dieser Beziehung zu orientiren, müssen wir bis in die „Zeiten der Aufklärung" zurückgehen, als deren Hauptrepräsentanten unter den Mächtigen Europa's wir Friedrich den Großen kennen gelernt haben. Hätte man überall so einsichtsvoll an einem allmählichen Uebergang aus feudalen Staatsgrundlagen in zeitgemäße Formen gearbeitet, wie es von dem großen Preußenkönige geschah, so wäre es wahrscheinlich nirgends zu Erschütterungen gekommen, wie die schon drei Jahre nach Friedrich's des Großen Tode über Frankreich und bald danach über den größten Theil Europa's hereinbrechende Revolution solche hervorrief. Leider wurden in Deutschland die Lehren des welterschütternden Ereignisses nicht in dem wünschenswerthen Maße beherzigt. Bedauerlicherweise war auch in Preußen schon bald nach seinem Beginn das Reformwerk Stein's ins Stocken gerathen. Statt in richtiger Erkenntniß der Nothwendigkeit verfassungsmäßiger Zustände sich der ernsten und schweren Arbeit ihrer Anbahnung und Einführung zu unterziehen, erschien es bequemer, das innere Bedürfniß zeitgemäßer Reformen einfach zu leugnen und, wie früher so auch jetzt, die sogenannte „Aufklärung", welcher man alle politischen Ausschreitungen in Frankreich und darüber hinaus zur Last legte, zu

verurtheilen und zu bekämpfen. Es wurden nach 1815 alle freisinnigen Männer nach und nach aus ihren Aemtern verdrängt und in Staat und Kirche, in Schule und Literatur immer entschiedener die reaktionäre Gegenströmung begünstigt und nach Kräften gefördert. Letzteres gelang um so leichter, weil auf dem Gebiete der Literatur ein zu erwartender Rückschlag wirklich erfolgt war. Als hellstrahlender Morgenstern, Andacht erweckend, war Klopstock am Himmel des großen deutschen Literaturtages aufgegangen. Dann hatte in den Schöpfungen eines Lessing, Wieland und Herder, eines Goethe und Schiller, Kant, Pestalozzi u. A. ununterbrochen helles Licht geleuchtet; die Sonne war bis zu ihrem Höhenpunkte gestiegen. Der Tag hatte lange gewährt, es fehlte zu seinem Abschluß die Abendröthe. Sie blieb nicht aus: die romantische Poesie trat auf. Ueberreizt von dem langdauernden Lichte sehnten Vieler Augen sich nach Bildern der Dämmerung, bei denen sich träumen und Athem schöpfen ließ nach den Anstrengungen des heißen Tages. Nun begann ein weltentzogenes, „die Sinne umfangendes“ Schwärmen bis tief in die „mondbeglänzte Zaubernacht“ hinein; „sanfte Still' und Nacht, sie wurden Tasten süßer Harmonie.“

Die Zeit der Romantik. Gehen wir von dem Bilde zur Sache über. Die Literaturhistoriker berichten uns, daß die Dichter der sogenannten „romantischen Schule“ aus Abneigung gegen die Aufklärung und die modernen Ideen und Anschauungen „sich in das Mittelalter und in die religiöse Mystik und Mythologie flüchteten“, daß sie „in gänzlicher Mißkennung des Zeitgeistes und der Volksbestrebungen meinten, in dem Aber- und Wunderglauben einer geistig armen Zeit und in der thatenlosen Beschaulichkeit des Morgenlandes einen Damm wider den Unglauben der Freidenker zu finden, ja daß Einige, unter ihnen Friedrich Schlegel und Adam Müller, selbst Schutz suchten im Schoße der allein selig machenden Kirche wider die Vermessenheit der menschlichen Vernunft und gegen die Neuerungssucht eines beweglichen Geschlechts.“

Es waren Schwärmer, deren Träumerei die reaktionäre Staatskunst alsbald in ihre Kreise zog, um sie für ihre Zwecke auszunutzen. Man sah in ihnen brauchbare Werkzeuge, die Aufmerksamkeit des Volkes von den beunruhigenden Zeit- und Streitfragen der Gegenwart hinweg in die Vergangenheit mit ihren mehr patriarchalischen Zuständen hinzulenken. Und in der That griffen auch die Romantiker in ihren poetischen Schöpfungen mit Vorliebe in das Zeitalter zurück, wo noch, wie man wähnte, im Ritterthum und in der Kirche Poesie und Leben Eines gewesen, wo noch die alten Staatsformen, ehrwürdige, unbeschränkte Königsherrschaft und unbedingte Vasallentreue für die feststehenden Symbole der Monarchie und ihrer Ehre, Würde und Größe galten, nach deren Wiederherstellung und Uebertragung in die Gegenwart die der Reaktion zugethanen Staatsmänner in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts und noch darüber hinaus ein ausgesprochenes Verlangen trugen. So erträumte sich erst die Phantasie eine Welt, und dann schwärmte man für diese, und die Träumer bildeten sich ein, jene erträumte Welt könne und müsse wieder Wirklichkeit werden. Hierbei wiederholte sich aber eine in der Entwicklung des deutschen Lebens schon mehrfach vorgekommene Erscheinung: das Schwärmen für ein erträumtes Gut zog Personen in die erregte Strömung, welche, eifrig suchend, wirkliche Schätze fanden, da sie, anstatt nur zu träumen, mit deutscher Treue nach wirklichen Schätzen forschten.

Diese Art Romantiker, auf welche das Vaterland stolz sein kann, eine Schar echter Geistesritter, hatte auf ihre Fahnen statt der verschwommenen Devise der romantischen Schwärmgeister das bedeutungsvolle Wort gesetzt: „Wiederbelebung der Dichtwerke vergangener Jahrhunderte und Bereicherung des Nationalgeistes mit den Schätzen früherer Zeiten und Völker!“ Und wahrlich, einen großartigen Reichthum von Schätzen haben diese Romantiker in ihren Uebertragungen geboten. Der tiefsinnige und prophetische Dante wurde in Deutschland heimisch. Es folgten aus Italien Petrarca, Ariosto, Tasso, aus Spanien Cervantes, Calderon, aus England Shakespeare, „das Muster universaler Weltpoesie“.

Herder, Rückert und Andere erschlossen uns den Orient; es wurden die „Edda“ und

andere nordische Dichtungen ins Deutsche übertragen, und auch aus dem griechischen Alterthum herrliche literarische Schätze gehoben und dem deutschen Volke zugänglich gemacht. Dem deutschen Geiste entsprang aus all diesen Bestrebungen reiche Anregung; so sahen sich auch die Brüder Jakob und Wilhelm Grimm, die ruhmreichen Begründer altdeutscher Sprach- und Literaturwissenschaft, von der Romantik zu ihren folgenreichen Forschungen in der alten Mythenwelt und zur Sammlung echter Volksmärchen angeregt, in welchen dem Sinne des Romantikers die „Blaue Blume", das Ziel der Dichtersehnsucht, damals erblühte.

Eines aber fehlte fast durchgehends den Romantikern: die Theilnahme für das gegenwärtige Geschlecht, der gute Wille, Leid und Freud des Vaterlandes mitzutragen, an der Besserung der politischen und sozialen Verhältnisse der Heimat unverdrossen mitzuarbeiten. Vollständig aufgehend in ihren literarischen Bestrebungen und durch dieselben der modernen, auf freiheitliche Entwicklung und rege Theilnahme am politischen Leben gerichteten Zeitströmung entfremdet, konnten sie auch das weite Kreise erfüllende Mißbehagen über die herrschende politische Oede nicht theilen; die Reaktion nahm sie und sie nahmen die Reaktion in Schutz und verscherzten sich dadurch vollends die — von ihnen übrigens auch nicht angestrebte — Gunst des eigentlichen Volkes, mit dem sie überhaupt nur wenige oder gar keine Berührungspunkte hatten. Ihr Leserkreis und damit ihre Wirksamkeit war im Wesentlichen auf das speziell literarisch gebildete Publikum beschränkt, und darum täuschte sich auch die Reaktion in ihrer Erwartung von dem Einfluß, den die Romantiker auf den Volksgeist ausüben würden; gerade sie wären die Letzten gewesen, denen es hätte gelingen können, die herrschende und beständig zunehmende Unzufriedenheit zu bannen. Aus dem gleichgültigen Verhalten des Volkes gegenüber den poetischen Erzeugnissen der Romantiker darf man jedoch durchaus nicht den Schluß ziehen, es habe in den breiteren Volksschichten überhaupt an dem Bedürfniß geistiger Anregung gefehlt. Das Volk fand vielmehr seine Befriedigung nicht in den Gefühlsüberschwenglichkeiten der Romantiker, sondern in den unvergänglichen Meisterwerken der deutschen Klassiker, deren segensreicher Einfluß eben damals durch mannichfache buchhändlerische Unternehmungen, vornehmlich durch Veranstaltung wohlfeiler Ausgaben, gefördert ward. Gegenüber den jeder realen Grundlage entbehrenden phantastischen Träumereien der Romantiker begünstigte das Volk das Historische, das Nationale, das ihm in den formvollendeten Leistungen seiner Klassiker viel mehr als bisher entgegentrat und das es um eben diese Zeit auch in den Erzählungen eines Wilhelm Hauff, Heinr. Zschokke, Carl Spindler und in den klassischen Werken eines W. Shakespeare, eines Walter Scott, F. Cooper und anderer ausländischer Dichter und Schriftsteller schätzen und bewundern lernte. Von der Vorliebe für das Historische in der Dichtkunst bis zu dem Verlangen, auch die Gegenwart und die die Gegenwart bewegenden brennenden Zeit- und Streitfragen in poetischer Form behandelt zu sehen, war nur noch ein Schritt; wo aber in weiteren Kreisen des Volkes ein solches Verlangen vorhanden ist, da pflegt es auch an Geistern nicht zu fehlen, welche, nach der Gunst der Menge verlangend, bewußt oder unbewußt demselben nachzukommen suchen.

Den äußeren Anstoß zu diesem neuen Umschwung auf dem Gebiete der Literatur bot die Julirevolution in Paris. Dieses Ereigniß, dessen politische Ergebnisse für Europa wie auch speziell für Deutschland wir dem Leser im Zusammenhange vorgeführt haben, hatte zur weiteren Folge auch das Emporkommen einer neuen literarischen Strömung, die den wohlthätigen Einfluß, den sie eine Zeit lang auf die Weiterentwicklung der deutschen Literatur ausübte, leider zum großen Theil durch verwerfliche Ausartung wieder aufhob.

Das junge Deutschland. Nachdem der Thron der älteren Linie der Bourbonen gestürzt und damit eines der Hauptwerke der heiligen Allianz in Trümmer gegangen war, erhob sich in Deutschland eine Schar literarischer Kämpfer, welche, auf die in weiten Kreisen herrschende Stimmung sich stützend, ihre Geschosse auf die mit den Aristokraten und Regierungen verbundenen Romantiker richteten, hauptsächlich angeregt durch Heine's geistvolle Schriften.

An der Spitze dieser Kämpfer, die man als das „junge Deutschland“ bezeichnete, standen außer Heine besonders L. B. Börne, K. Gutzkow, G. Kühne, H. Laube, L. Wienbarg u. A. „Sie haben“, sagt von ihnen G. Weber, „noch ehe ihr jugendlicher Geist zu voller Reife und Klarheit gekommen, die alte Religion des Geistes, welche die Menschheit achtzehn Jahrhunderte in ihren Schmerzen getröstet, durch „das neue Evangelium der Wiedereinsetzung des Fleisches“ zu verdrängen gesucht.“ —

Auch dafür, daß hierdurch ein edles Volk in eine neue schwere Gefahr gerieth, ist jene verwerfliche Staatskunst eines Metternich mit verantwortlich! Doch sie erntete das Gegentheil von Dem, was sie gewollt. Die Verfolgung durch das herrschende Polizeisystem kam den Schriften des jungen Deutschland zugute. Angriffe auf dieses System erschienen dem Volke wie eine Genugthuung. Wer dem bestehenden Regimente den Krieg erklärte, ward gefeiert, ohne daß man fragte, wie es sonst um seine sittlichen Grundsätze stehe; erlitt ein solcher Kämpfer Verfolgung, so schmückte ihn der Heiligenschein des Märtyrerthums, und man las seine Schriften um so eifriger. Die Zustände verschlimmerten sich noch dadurch, daß sich die Kirche in oft unangemessener Weise in Mitleidenschaft gezogen sah. Der Geistlichkeit ward zugemuthet, insofern Polizeidienste zu verrichten, als man ihr die Aufgabe stellte, einen Geist bannen zu helfen, der im Grunde wesentlich politischer Natur war. Hierdurch erniedrigte man die Kanzel, und infolge dessen galten vielfach Priesterrock und Polizeirock für gleich hassenswerth, die Kirche aber verlor an Einfluß, ein Verlust, der wiederum den gefährlichen Lehren des „jungen Deutschland“ zugute kam.

Die Gemäßigten waren ohne Halt, ohne Führer; die Massen standen auf Seiten der extremen Parteien. Zusehends verminderte sich der Anhängerkreis der Romantiker; bald hingen die Mittelklassen und die Mehrheit der gebildeten Welt den Tagesschriftstellern an, welche den Grundsätzen des jungen Deutschlands huldigten; kämpften diese doch gegen den Absolutismus, welcher infolge der unerfüllt gelassenen Verheißungen thatsächlich abgedankt hatte und schon deshalb eine äußere Berechtigung seines Fortbestandes nicht mehr geltend machen konnte. Das Recht zur Antheilnahme an der Weiterbildung des Staatslebens hatte unser Volk bei der heldenmüthigen Abschüttelung der französischen Zwangsherrschaft durch opferwillige Hingabe von Gut und Blut errungen. Sein nächster bester Rechtstitel auf Mitwirkung bei Wahrung seiner eigensten Interessen mittels berufener Vertreter durfte in der stetig gewachsenen geistigen Empfänglichkeit und Tüchtigkeit und in der zweifelsohne von Jahr zu Jahr erkennbarer hervortretenden größeren Selbständigkeit erkannt werden. Hierzu kam die Thatsache, daß der Uebergang der alten in die moderne Monarchie sich längst schon dem Wesen nach dadurch vollzogen hatte, daß König Friedrich Wilhelm III. durch Genehmigung der großen Reformen unter Stein und Hardenberg die Freiheit der Person und des Eigenthums, d. h. die volle Anerkennung und Berechtigung des Staatsbürgers, ausgesprochen hatte. In diesem Sinne und Geist hatten Staatsmänner und Minister wie von Schön in der Provinz Preußen, von Bassewitz in Brandenburg, von Schönberg in Schlesien, von Klewitz in Sachsen und vor Allen Philipp von Vincke in Westfalen als Oberpräsidenten überaus segensreich zu wirken verstanden. Aber gerade durch die beharrliche Weigerung, in Gestalt einer Verfassung dem Volke als sein Recht zuzugestehen, was es, den Ueberlieferungen des Herrscherhauses gemäß, längst als Wohlthat genoß — gerade dadurch empfingen die für das vierte und fünfte Dezennium unseres Jahrhunderts charakteristischen öffentlichen Zustände ihr Gepräge.

Wie ernstlich der König es sich auch angelegen sein ließ, die Staatsmaschine stetig in gutem Gange zu erhalten, Verbesserungen aller Art in der Verwaltung zu veranlassen, Fortschritte im Kriegswesen und in Rücksicht auf Handel und Verkehr zu begünstigen: jedem Andringen gegenüber, dem Freiheitsbedürfniß des Volkes Zugeständnisse zu machen, verhielt er sich auch in späteren Jahren und bis an sein Lebensende ablehnend. Die Verheißung der Verleihung einer Verfassung für den Gesammtstaat blieb unerfüllt.



Aus der Zeit des jungen Deutschland.

Wir wissen aus dem Vorhergegangenen, daß es dem König zu energischem persönlichen Eingreifen an der nöthigen Entschlossenheit gebrach. In neuester Zeit hat sich nun auch noch aus den veröffentlichten Aufzeichnungen Hardenberg's ergeben, daß bei dem Monarchen kein rechtes Verständniß und noch weniger irgend welche Sympathien für die Bestrebungen der Neuzeit vorhanden waren; vor einem entschiedenen Bruche mit der Vergangenheit schreckte er geradezu zurück. Seinem nüchternen Sinne widerstrebte überhaupt Alles, was sich auf lebhaftes Hoffen und unsicheres Erwarten gründete. Im Hinweis auf eine leicht erregbare, ihm näherstehende Person äußerte er einmal: „Das ist auch Einer von den Herren, die zwar eine ganz lobenswerthe Passion für eine gute Sache haben; aber das ganze Land wimmelt von solchen werthen Passionen, und diese haben es zu Grunde gerichtet; es ist meine Pflicht, ihnen Ruhe und Kälte entgegen zu setzen. Doch würde ich vielleicht ebenso denken wie sie, wenn ich nicht höhere Pflichten hätte." —

Mit Dem, was ihm für „höhere Pflicht" galt und was er als Verantwortlichkeit eines Regenten ansah, nahm Friedrich Wilhelm III. es so ernst wie nur irgend ein Fürst vor und nach ihm. Er hielt sich berufen, die ganze Last der Verantwortlichkeit auf seinen Schultern zu behalten, ja, je älter er ward, um so mehr widerstrebte es ihm, dem Volke irgend welche Antheilnahme an der Regierung zuzugestehen und damit in eine Theilung der Regierungsgewalt einzuwilligen. Sein Wahlspruch blieb der gleiche, wie bisher: „Alles für das Volk, nichts durch das Volk".

Auch hierbei machte sich zu einem Theile unausgesetzt der leidige Einfluß Oesterreichs und Rußlands geltend. Die Regierung handelte eben nur gemäß den auf den Kongressen von 1815—1824 genehmigten Grundsätzen der heiligen Allianz, wenn sie, selbst die berechtigtsten Forderungen des Volkes ablehnend, im Wesentlichen in dem bisher geübten „aufgeklärten Despotismus" beharrte. Daß es diesem letzteren gelang, mit Hülfe eines vorzüglichen Beamtenstandes und einer vortrefflich gehandhabten Staatspolizei das Land — abgesehen von einigen unbedeutenden Unruhen — vor den Erschütterungen und Nachwehen der Revolution des Jahres 1830 zu bewahren, kann ihm zu besonderem Ruhme freilich nicht angerechnet werden. — Bei verfassungsmäßigen Zuständen wäre in Anbetracht des besonnenen Charakters des preußischen Volkes mit geringerem Polizeiaufgebot und mit weniger Härte sicherlich dasselbe erreicht worden.

„In der Geschichte Preußens ist nichts zu bemänteln, und ehrliche Forschung führt in den meisten Fällen zur Erkenntniß, daß Preußens Staatskunst selbst in schwachen Zeiten besser war als ihr Ruf" — so schreibt Heinrich v. Treitschke, und diesem Urtheil des bewährten Historikers werden auch wir uns anschließen können, nachdem wir die Schattenseiten und die allerdings weniger zahlreichen, aber glänzenden Lichtseiten des preußischen Staatslebens in dieser Periode uns vergegenwärtigt haben. Was geirrt worden, weiß längst alle Welt; dafür sorgten schon die mißgünstigen Nachbarn und fast eben so sehr die Tadelsucht des preußischen Volkes. Nachdem aber in unseren Tagen die Entwicklung von Jahrhunderten endlich einen Abschluß gefunden, lassen sich leichter die Fäden des verworrenen Gewebes verfolgen, dessen dichte Maschen in der Zeit ihres Entstehens selbst das Urtheil Klarschauender trübten.

Während auf dem politischen Gebiete eine Erhebung im vaterländischen Sinne angestrebt wurde, erfolgte diese auch nach der religiösen Seite hin. Der Rationalismus, von dem Stein sagte, daß er „seiner Natur nach wandelbar, wohl belehrende Vorträge halte, aber nicht auf die Gemüther tiefer zu wirken vermöge, weil das unstete Gemüth wahre Befriedigung nur in den Lehren der Offenbarung finde", war von dem Mittelpunkte der Intelligenz ausgegangen. Auch der Rationalismus diente der sittlichen Läuterung des Menschen, indem er danach strebte, eine Versöhnung der Kirche mit der Geistesbildung, wie sich solche seit zwei Jahrhunderten entwickelt hatte, herbeizuführen.



Kirchliche Zustände.

Die Art und Weise, wie Schleiermacher das Christenthum auffaßte und seinen beseligenden Inhalt in Predigten darlegte, hatte ihm schon bei seinem ersten Auftreten in Berlin heftige Feindschaften zugezogen und seine Versetzung nach der kleinen Landstadt Stolpe zur Folge gehabt. Von dort im Jahre 1807 als Professor und Universitätsprediger nach Halle berufen, erwarb er sich durch sein Verhalten während der sorgen- und prüfungsreichen Zeit der französischen Fremdherrschaft so viele Verehrer unter den Patrioten, daß er 1809 als Prediger an der Dreifaltigkeitskirche zu Berlin erwählt und bestätigt, im folgenden Jahre zum Professor an der neugegründeten Berliner Universität und bald darauf zum Mitglied der Akademie der Wissenschaften daselbst ernannt wurde. Indeß hatte die alte Gehässigkeit der Gegner des begeisterten Priesters und Vaterlandsfreundes nur zeitweilig geruht; sie flammte von Neuem auf, als Schleiermacher, dem Drange seines Herzens folgend, mit einer neuen Kundgebung hervortrat, die den Zweck verfolgte, Diejenigen, die sich von der Kirche abgewandt hatten, derselben wieder zuzuführen. Es geschah dies in seinen „Reden über die Religion", einer „den Gebildeten unter ihren Verächtern" gewidmeten Schrift, in der er sowol Denen, die mit einer das Herz kalt lassenden Aufklärung sich beholfen, als auch den Anhängern einer geistesarmen Rechtgläubigkeit das eigentliche Wesen der Religion gleichsam von Neuem offenbarte. Mit brennender Glut des Herzens hatte er das Buch verfaßt, das durch die Neuheit seiner Anschauungen wie ein zündender Blitzstrahl in das Bewußtsein der Zeitgenossen einschlug. Staunend und betroffen vernahmen aus solchem Munde nun die feinen und klugen Geister, denen es genügt hatte, in den Zaubergärten der Kunst und der Wissenschaften sich zu ergehen, die Mahnung, daß der Religion, die ihnen seither so einförmig, so geistlos erschienen war, die wichtigste Stelle im innersten Wesen des Menschen gebühre, wie auch, daß dieselbe, tief im Gefühle wurzelnd, Alles, was menschlich schön und gut sei, zu umschließen und zu durchdringen vermöge. Bestrebt, die Kirche mit dem hohen Stande der Bildung seiner Zeit zu versöhnen, legte Schleiermacher eindringlich dar, daß nur da von wirklicher Bildung die Rede sein könne, wo diese auf religiösem Grunde ruhe, und daß die Kirche sich nicht der freien Wissenschaft absperren, sondern sich ihr erschließen müsse. „Hinweg", rief er, „mit dem Kartenhaus der leeren Begriffe, der Formeln und Glaubenssätze, mit denen man jetzt die Seelen abspeist und abschreckt; die Religion ist das Tiefste und das Unbegreiflichste, das Gefühl für das Unendliche und unsere Abhängigkeit von ihm, welches jeder Mensch in seinem Innern trägt!"

Schleiermacher. Man darf wol behaupten, daß kein Werk bezeichnender geworden ist für den Umschwung in diesem Jahrhundert, als Schleiermacher's „Reden über die Religion". Sie wurden als Programm einer neuen Theologie angesehen, zu welcher während vier Jahrzehnten sich die Mehrzahl der protestantischen Geistlichen in Deutschland freudig bekannte. — Der genannten Schrift ließ Schleiermacher bald darauf eine ähnliche, „Monologe", folgen, die von gleich weitgreifender Wirkung war.

Versöhnt schienen Wissenschaft und Kirche. Der Gebildete konnte wieder fröhlich glauben, und der Fromme durfte sich wieder der Früchte der Bildung erfreuen. Alle die Forschungen und Bestrebungen Schleiermacher's und seiner Schüler und Nachfolger waren in solchem Sinne auf die Befreiung und Erneuerung der Kirche gerichtet und haben den Anbruch eines neuen Zeitraumes für dieselbe angezeigt und heraufgeführt.

Die Union. Seit Schleiermacher im Jahre 1803 zuerst einem Zusammentreten der Lutheraner und Reformirten das Wort geredet hatte, gab sich das Verlangen nach einer innigen Verbrüderung der den verschiedenen Bekenntnissen angehörigen Protestanten fortgesetzt lebhafter kund, und sie fand ihre Verwirklichung in der sogenannten **Union**, für die in Nassau bereits ein Vorbild gegeben worden war. Für das preußische Volk war eine Union der beiden seither getrennten Kirchen von besonderer Bedeutung, weil hier lutherische und reformirte Gemeinden dicht neben einander existirten.

Als nun mit dem Jahre 1817 die dreihundertjährige Jubelfeier der Reformation alle deutschen Herzen in Bewegung brachte und allüberall festliche Vorbereitungen zum Gedächtniß des großen Tages getroffen wurden, verkündete König Friedrich Wilhelm III. für Preußen die langersehnte Vereinigung der beiden Religionsgemeinschaften, die fortan in einer allgemeinen „evangelischen Kirche" aufgehen sollten. — Was wollte er mit der Union? Es liegt die Antwort in seinem königlichen Worte klar ausgesprochen. Er strebte, zur Geltung zu bringen das Tragen und Vertragen, die Duldsamkeit, das Wahrheitsuchen in der Liebe; er wollte zur Anerkennung gebracht sehen das Beiseitestellen des Außerwesentlichen hinter der Hauptsache im Christenthum, worin beide Parteien Eins waren. Er behauptete von der Gemeinsamkeit, die er herzustellen beflissen war, „sie liege im Geiste des Protestantismus." Trefflich sagt uns, welche Bewandtniß es mit dem „Geiste des Protestantismus" habe, W. Müller: „Das ist nicht blos ein kirchlicher, das ist ein **weltgeschichtlicher** Geist; der weltgeschichtliche Geist ist schon im ersten Christenthum, durch den es im Widerspruch gegen die alte eine neue Welt schafft; der weltgeschichtliche Geist in der Reformation, durch den ihre Kirchenverbesserung zugleich die Bande zerreißt, in die Unklarheit und Unwahrheit auf allen Gebieten die Geister und das Leben geschlagen hatte; aber auch der weltgeschichtliche Geist, aus welchem die großen Dichter und Denker an der Schwelle dieses Jahrhunderts schöpften, welche mit ihren Werken, die Worte, und mit ihren Worten, die Werke waren, in nicht minder gewaltigen Umwälzungen den Boden der Neuzeit geschaffen haben." — Das war der Geist, in welchem das königliche Wort wurzelte, welches zur Union, einer herrlichen Blüte christlichen Lebens, führte.

Aber waren denn die Gegner des Friedenswerkes gänzlich überwunden? Mit nichten! Sie regten sich in einzelnen lutherischen Gemeinden. Sie begannen zu schüren, ähnlich wie in den Zeiten, in denen der Satanas Verketzerung den Samen ausstreute, der zu den unseligen Bluternten des Dreißigjährigen Krieges führte. Unter den Gegnern der Union war einer der eifrigsten **Klaus Harms** in Kiel, dessen Angriff auf literarischem Gebiete von Schleiermacher siegreich abgeschlagen ward. Seine lichtvolle Darlegungen trugen wesentlich dazu bei, die große Menge über die weisen Absichten des Königs und über die innere Bedeutung der Union aufzuklären, und das von ihm in scherzhafter Wendung gegen den Kieler Heißsporn eingestreute Wort: „Rosen auf den Weg gestreut und des **Harms** vergessen!" erwies sich als berechtigt.

In Berlin ging man bezüglich der von Vielen gewünschten Vereinigung dem Lande mit gutem Beispiele voran. Die Berliner Geistlichkeit, zu einer Synode zusammenberufen,

beschloß, sich in ihrer Gesammtheit an einer Feier des Abendmahls nach einem Ritus zu betheiligen. Die Ausführung erfolgte am 30. Oktober in der neu ausgebauten Nikolaikirche. Nach feierlichem Gottesdienste empfingen 63 Geistliche beider Konfessionen, die Doktoren und Professoren der Theologie an der Universität, die Mitglieder des Konsistoriums, außerdem noch viele hohe Staatsbeamte, die Direktoren und Lehrer der Gymnasien, die Mitglieder des Magistrats, die Stadtverordneten u. s. w. in Berlin gemeinschaftlich das Abendmahl.

Damit war ein schönes Werk gesichert, denn nun fand überall im Lande Nachfolge statt, und die Gegnerschaft war zu unbedeutend, um in Betracht gezogen zu werden.

Einführung der Agende. Der König war hocherfreut über das Gelingen seines lange gehegten Planes. Er meinte nun auf der betretenen Bahn weiter vorwärts gehen zu können; aber er vergriff sich diesmal in dem Mittel. Es erschien ihm angemessen, daß eine gemeinsame Agende von allen unirten Kirchen gebraucht werde, und er selbst arbeitete eine solche Agende aus, die auf seinen Befehl in den Garnisongemeinden und Militärinstituten eingeführt, den Konsistorien aber mit dem Bemerken zugesandt wurde, daß der König ihre allgemeine Einführung wünsche. — Dagegen erhob sich Widerstand. Wie eifrig auch von Seiten hoher kirchlicher und weltlicher Beamten dahin gearbeitet wurde, die Annahme der Agende im ganzen Lande durchzusetzen, so ergab sich doch im Jahre 1825, daß von den 7782 evangelischen Kirchen des Landes 2439 im Widerstande beharrten.

Nun meinte der König mit Strenge vorgehen zu müssen. Ein Ministerialreskript sagte den Geistlichen, sie hätten entweder die neue Agende anzunehmen oder sich der alten, mit landesherrlicher Genehmigung eingeführten zu bedienen, keineswegs aber solle (wie es seit längerer Zeit der Fall gewesen) fernerhin die Ordnung des Gottesdienstes der Willkür der Geistlichen überlassen sein.

Gegen diese Verfügung nun erhob sich ein weit ernsterer Widerstand, als es der bisher in der Angelegenheit der Agende zu Tage getretene gewesen war. Der Magistrat von Berlin und zwölf der angesehensten Berliner Geistlichen (unter ihnen auch Schleiermacher) erklärten, die Agende um deswillen nicht annehmen zu können, weil sie einseitig den theologischen Standpunkt der Reformatoren des sechzehnten Jahrhunderts festhalte, während doch der evangelische Glaube durch Forschungen frommer und erleuchteter Theologen der letzten drei Jahrhunderte ein tiefer eindringender und inhaltreicherer geworden sei. Schleiermacher und seine Gesinnungsgenossen unter den Berliner Geistlichen sprachen weiterhin (1826) gegen den Minister von Altenstein die Bitte aus, sich bei dem Könige dahin verwenden zu wollen, daß die Annahme der neuen Agende der Ueberzeugung jeder Gemeinde anheimgestellt bleibe; sei dies jedoch nicht zu erreichen, so würde nichts übrig bleiben, als die zweite Bitte, daß der König geruhe, das unter so freudigen Aussichten geschlossene gesegnete Band der Union wieder aufzulösen.

Welche Bitterniß für den König, in Bezug auf einen seiner Lieblingspläne Widerstand bei Männern zu finden, wie Schleiermacher deren einer war! Aber er war in seinem Eifer in der Angelegenheit der Agende offenbar zu weit gegangen. Was er wollte, war eine Art Uniformirung der gottesdienstlichen Handlung, und in dieser Sache hatten die Gegner Recht, wenn sie sagten, er taste die Glaubens- und Lehrfreiheit an, indem er den Glaubensinhalt der Kirche nach seinem Ermessen formulire und, wie von Schleiermacher nachgewiesen war, einenge. — Es kam durch gegenseitiges Nachgeben zu einem Ausgleich, und die veränderte Agende gelangte 1829 in den Kirchen Berlins zur Einführung. Das Land folgte der Hauptstadt nach; nur einzelne Gemeinden (namentlich war dies in Schlesien der Fall) beharrten auch jetzt noch in ihrem Widerstande.

Die Altlutheraner. Diese Widerstrebenden vereinten sich zu einer besondern Sekte und nannten sich Altlutheraner. Auch ihnen wäre bezüglich der Agende volle Freiheit zu gönnen gewesen; allein es darf nicht übersehen werden, daß ihr Kampf über die Agende hinweg gegen die Union selbst gerichtet war. Darin lag wol hauptsächlich der Grund,

daß der König mit Strenge gegen sie vorging, indem er einige ihrer eifernden Häupter verhaften ließ. Die Folge war, daß eine nicht unbeträchtliche Zahl altlutherischer Familien auswanderte. Als letztere Angelegenheit eines Tages von ungefähr an der königlichen Tafel berührt ward, sagte der König: „Unerhört in einem Lande, wo Religions- und Gewissensfreiheit herrscht! Aber die Freiheit ist nicht Zügellosigkeit, welche alle Ordnung aufhebt und allen Gehorsam verweigert. Die wahre Freiheit liegt im Gesetz und seinen Vorschriften; wer diese beachtet, ist ein Freier; wer aber seinen Phantasien und den Lüsten der Willkür folgt, ein Sklave, ohne es zu wissen. Thut mir leid, daß es so gekommen ist; das habe ich nicht gewollt. Ich und die Behörden haben sich alle Mühe gegeben, die Fanatiker zu gewinnen. Die bethörten Leute nennen sich Altlutheraner! Was würde Luther, wenn er noch lebte, dazu sagen! Möge es ihnen aber wohlergehen!"

Der Gustav-Adolf-Verein. In diese Zeit fällt die Gründung des Gustav-Adolf-Vereins oder richtiger des „Evangelischen Vereins der Gustav-Adolf-Stiftung". Dieser gegenwärtig weit über Deutschlands Grenzen hinaus verbreitete und überall höchst segensreich wirkende Verein verdankt seinen Ursprung der Erinnerungsfeier an die Schlacht bei Lützen auf dem Schlachtfelde daselbst am 6. November 1832. Der Beschluß, dem großen Schwedenkönige ein würdiges Denkmal zu setzen und zu diesem Zweck durch das ganze protestantische Deutschland eine sogenannte Sechsersammlung zu veranstalten, erweckte in dem Superintendenten Großmann in Leipzig den Gedanken, jenes Denkmal in Gestalt eines evangelischen Vereins zu wohlthätigen kirchlichen Zwecken zu errichten. Obschon von der preußischen und schwedischen Regierung unterstützt, entwickelte sich doch der von Chr. G. L. Großmann gestiftete Verein bis 1841 nur sehr langsam.

In diesem Jahre am 31. Oktober trat der Prälat Karl Zimmermann in Darmstadt mit einem „Aufruf an die protestantische Welt" zu Gunsten der gleichen Sache hervor, der allgemein zündete. Im September 1842 gelang es, den älteren sächsischen Verein mit dem von Zimmermann angeregten zu verschmelzen.

Zweck des Vereins ist „die Vereinigung der Glieder der protestantischen Kirche, um die Noth der Glaubensbrüder in und außer Deutschland, welche der Mittel des kirchlichen Lebens entbehren und deshalb in Gefahr sind, der Kirche verloren zu gehen, nach Kräften zu heben, sofern sie im eigenen Vaterland ausreichende Hülfe nicht erlangen können". In demselben Jahre traten die von dem Basler Pfarrer Legrand gestifteten „protestantischen Hülfsvereine" der Schweiz jenem Vereine bei, der von da ab unausgesetzt einen raschen und erfreulichen Aufschwung nahm und bald auch erfolgreich mit der Bildung von Frauenzweigvereinen vorgehen konnte. Seit dem Jahre 1861 ist selbst in Oesterreich die Bildung von Zweigvereinen gestattet. Der Verein hat durch Erbauung von Kirchen, Kapellen und Schulen, besonders in den evangelischen Gemeinden katholischer Länder, durch Aussendung von Reisepredigern und alle Arten von Unterstützungen im Einzelnen überaus Großartiges geleistet und darf mit Recht als einer der festen Mittelpunkte des Protestantismus und als eine sichere Schutzwehr betrachtet werden gegenüber den Gefahren, welche den Protestantismus und namentlich seine in der Diaspora lebenden Bekenner von mehr als einer Seite bedrohen.

Kampf zwischen Staat und Kirche.

Dem Könige war es, wie wir aus dem Vorhergehendem gesehen haben, nicht beschieden, eine vollständige Versöhnung der Gegensätze auf dem Gebiete des protestantischen Glaubens zu Stande zu bringen; größere Prüfungen noch waren ihm in Bezug auf eine andere Seite des Kirchenwesens vorbehalten, Prüfungen, die ihm in hohem Grade seine spätere Lebenszeit verbitterten. In den letzten Jahren des vierten Dezenniums — zugleich den letzten Regierungsjahren Friedrich Wilhelm's III. — hob in Preußen ein erbitterter Kampf zwischen der Staatsmacht und der katholischen Kirchengewalt an.

Weder von der Reformation noch von der Revolution war die Frage bezüglich der Grenze zwischen der Staatsgewalt und der Kirchengewalt endgiltig gelöst worden. Der Westfälische Friede hatte allerdings die Zwischenwand, welche die protestantischen und katholischen Glaubensgenossen schied, entfernt, aber die bürgerliche Stellung der Einzelnen blieb vom Religionsbekenntnisse abhängig. Im Einklang hiermit verstand auch der Protestantismus lange Zeit unter Gewissensfreiheit nur die Verwerfung der katholischen Grundlehren.

Die Kurfürsten von Brandenburg nahmen in den Zeiten nach der Reformation den Standpunkt des Augsburger Religionsfriedens ein, ohne jedoch von dem ihnen danach zustehenden Rechte, das Religionsbekenntniß ihres Landes zu bestimmen, in der gewaltsamen Weise Gebrauch zu machen, wie dies von den katholischen Reichsständen geschah. Schon im Jahre 1593 erhielt die nach Jülich abgeordnete brandenburgische Gesandtschaft als Instruktion mit auf den Weg, „den Religionsfrieden nicht zu gefährden und Jeden bei seinem Glaubensbekenntniß zu belassen." Mit der Annahme der reformirten Lehre seitens des Kurfürsten Johann Sigismund im Jahre 1613 wurde die Forderung der Duldung zwischen den Lutheranern und den Calvinisten, welche beide mit gleichem Hasse sich verfolgten, eine durch die Politik geradezu gebotene Zweckmäßigkeitsmaßregel. Von weiterer Bedeutung für die Haltung der Hohenzollern in dieser Frage wurde die Erwerbung der Jülich-Kleve'schen Lande, in welchen alle drei Konfessionen, die katholische und die beiden evangelischen, neben einander vertreten waren. Dieser Umstand sowie die politischen Zustände jener Zeit nöthigten die Hohenzollern zu einer neutralen Stellung, wenn anders sie des dauernden Besitzes der Lande sicher sein wollten. Sie kamen daher den bei ihrer Erwerbung übernommenen Verpflichtungen auch gewissenhaft nach und hielten sich in dem Kampfe, den die verschiedenen Religionsgenossenschaften unter sich mit höchster Erbitterung führten, von jeder einseitigen Parteinahme vorsichtig fern.

Die Aufgabe, die Autorität des Staates der Kirche gegenüber und innerhalb derselben die Gleichberechtigung der Konfessionen zu wahren, ging um die Mitte des siebzehnten Jahrhunderts auf den Großen Kurfürsten über. Wiewol von Herzen protestantisch, stellte derselbe doch das Wohl des Staates höher als konfessionelle Rücksichten. So hatte er in den Friedensverhandlungen von Oliva sich der livländischen Katholiken gegen die lutherischen Schweden eifrig angenommen; die Mennoniten, Arianer und Sozinianer in seinen Landen erfreuten sich gleicherweise des landesherrlichen Schutzes. Schon in seinem im Jahre 1664 aufgesetzten Testament hatte er verordnet, daß die Geistlichen und andere Personen bei ihren Kirchen, Klöstern, Präbenden, Renten und Einkommen geschützt werden sollten, aber er verlangte nicht minder von den Priestern, den Staatsgesetzen zu gehorchen und sich nicht in weltliche Händel zu mischen. Selbst als der unleidliche Fanatismus des benachbarten katholischen pfalzgräflich-neuburgischen Regiments den Kurfürsten zu Repressalien nöthigte, sah er in denselben nach seinen eigenen Worten nur „ein von ihm wider seinen Willen zur Hand genommenes Gegenmittel", auf dessen fernere Anwendung er schon im folgenden Jahre wieder verzichtete, als infolge seines energischen Auftretens den Evangelischen des Nachbarlandes wenigstens einige Zugeständnisse gemacht wurden.

Schwieriger gestalteten sich die kirchlichen Verhältnisse in Bezug auf die katholischen Polen in der Provinz Preußen. Die Duldsamkeit des Großen Kurfürsten war hier so überraschend zu Tage getreten, daß das Gerücht entstehen konnte, er sei im Herzen katholisch gesinnt, ja, dieses Gerücht gewann dadurch noch einen Schein der Wahrheit, daß er um die Zeit, in der König Ludwig XIV. das Edikt von Nantes aufhob, die Protestanten eines Dorfes im Schwiebuser Kreise, welche ihn um Anstellung eines evangelischen Geistlichen ersucht hatten, abschläglich beschied und dieselben anwies, dem im Dorfe angestellten katholischen Pfarrer den „schuldigen Respekt und Gebühr" zu erweisen.

Dies geschah zu einer Zeit, wo die Mißhandlungen der Evangelischen in Spanien, Italien und Polen gewissermaßen zu einem nationalen Zeitvertreib ausgeartet waren.

Freilich darf gegenüber der Ausschließung der Evangelischen von allen politischen und bürgerlichen Rechten in Frankreich und in Oesterreich wie überhaupt in den meisten streng katholischen Ländern nicht unerwähnt bleiben, daß im protestantischen Norden, in England, Holland, Dänemark und Schweden, wie nicht minder in den protestantischen Theilen des südlichen Deutschland und ebenso in der Schweiz, die Katholiken damals ähnlicher Weise vom Vollgenusse der bürgerlichen Rechte ausgeschlossen waren.

Welche andere Haltung der Große Kurfürst den Konfessionen gegenüber beobachtete, ist dargelegt worden. Unter seinem Nachfolger, König Friedrich I., änderte sich hierin nichts, wiewol diesem die offene Feindschaft des Papstes Clemens XI., welcher die Anerkennung der preußischen Königswürde unter einer Flut von Schmähungen verweigerte und den König einen Usurpator nannte, dies eben nicht leicht machte. Nur vorübergehend griff Friedrich I. gegenüber den Gewaltthätigkeiten katholischer Nachbarn, des Kurfürsten von der Pfalz und Anderer, und dann stets nur für kleinere Gebiete, zu Repressalien.

Der zweite preußische König, Friedrich Wilhelm I., ebenfalls der reformirten Kirche angehörend, wollte absolut keinen Unterschied gemacht wissen zwischen Reformirten und Lutheranern, indem er sagte, er halte dafür, daß diese eben so gut selig werden könnten als jene, und er fügte in seiner derben Weise hinzu, es rühre die Feindschaft zwischen den Konfessionsverwandten „nur von den Stänkereien der Geistlichen her". In seiner Duldsamkeit ging er so weit, daß er die in der Grafschaft Lingen bisher aufrecht erhaltene Beschränkung hinsichtlich der Erbschaftsverhältnisse bei den Katholiken aufhob, was freilich von der andern Seite in Bezug auf gleich billige Maßnahmen nicht erwidert wurde. Verstieg doch der Kölner Magistrat sich in seiner Unduldsamkeit so weit, daß er dem preußischen Residenten nicht einmal gestattete, für seine eigene Person und in seinem eigenen Hause sich einen evangelischen Gottesdienst einzurichten. Erst als auf Betreiben der Jesuiten der katholische Klerus die Verlesung des vorgeschriebenen Kirchengebetes für den protestantischen König verweigerte, griff dieser zu Repressalien, die jedoch in schonendster Form ausgeführt wurden. Um zu einer festen Regelung der Beziehungen zum katholischen Klerus sowie zum römischen Stuhl zu gelangen, wünschte der König die Ernennung eines päpstlichen Vikars, in welchem die katholischen Unterthanen seiner Lande ihr gemeinsames kirchliches Oberhaupt erblicken sollten. In seiner haushälterischen Weise gedachte er dadurch zugleich zu verhindern, daß die Gebühren für Weihen, Visitationen und Dispensationen an auswärtige geistliche Würdenträger gelangten, also außer Landes gingen.

In Preußen bestand mithin schon lange vor der französischen Revolution die Praxis religiöser Duldung, und das friedliche Zusammenleben der Bekenner verschiedenen Glaubens erfuhr unter dem aufgeklärten Regimente Friedrich's des Großen erst recht keinerlei Störung. Doch war die Gleichberechtigung der christlichen Konfessionen in Preußen nicht durch ausdrückliche Gesetzesvorschriften gewährleistet. Eine praktische Bedeutung mußten jedoch mit der Zunahme der katholischen Bevölkerung im Osten und Westen der Monarchie die Konfessionsunterschiede in solchen Dingen erlangen, die zugleich eine weltliche und geistliche Seite darboten. Dahin gehört vornehmlich das Institut der Ehe und in der gemischten Ehe die konfessionelle Erziehung der Kinder. Trotz aller zahlreichen Beweise von Duldsamkeit seitens des hohenzollerschen Regentenhausens hat dieses noch nie — wenigstens nie auf lange Zeit — ein gleich wohlwollendes Verhalten seitens der römischen Partei zu erlangen vermocht, vielmehr ist bis zum heutigen Tage durch die Ultramontanen in bald mehr, bald weniger heftiger Weise immer wieder versucht worden, gegen die Regierung der protestantischen Vormacht Front zu machen und derselben Verlegenheiten zu bereiten.

Im ersten Viertel unseres Jahrhunderts war die Haltung der katholischen Geistlichkeit dem Staate und den übrigen Religionsgemeinschaften gegenüber eine ausnahmsweise friedliche und entgegenkommende; das Zeitalter der Aufklärung war auch an der katholischen Kirche nicht gänzlich spurlos vorübergegangen. Auch sie hatte sich veranlaßt gesehen, dem

Zeitgeiste einige Konzessionen zu machen, wohl erkennend, daß trotziges Beharren zu unrechter Zeit ihr ernstliche Verlegenheiten bereiten konnte.

Dem Wesen der französischen Revolution hatte der Plan entsprochen, die Kirche dem Staate völlig unterzuordnen und ihr gewissermaßen nur den Werth und die Bedeutung eines einzelnen Rades im gesammten Organismus des öffentlichen Gesellschaftskörpers zuzugestehen. Die gründliche und dauernde Durchführung eines solchen Planes scheiterte an dem zähen Widerstande, den die katholische Geistlichkeit bei aller Nachgiebigkeit in Einzelfragen den gegen ihr Lebensprinzip gerichteten Bestrebungen entgegensetzte. Immerhin aber hatte Napoleon den römischen Päpsten, die sich ihm widersetzten, deutlich dargethan, wie mißlich es mit ihrem Bannspruch und mit ihrem Widerstande in einer Zeit stand, in der sich die Völker aus der Bevormundung und von der Ausbeutung durch eine engherzige Priesterschaft bereits befreit hatten. Zum Theil infolge der Nachwirkung dieses Verhaltens des französischen Regiments spürte man auch bei uns noch länger als ein Jahrzent nach dem Erlöschen der Napoleonischen Aera nur wenig Ueberhebung der katholischen Geistlichkeit. Im Gegentheil; mit Ehrfurcht wurden stets die Namen einer Anzahl edler und hochherziger katholischer Priester von Seiten ihrer Glaubensgenossen wie der Protestanten genannt. Unvergessen bleibt aus der Zeit des ersten Drittels dieses Jahrhunderts das Wirken und die Duldsamkeit wahrhafter Seelenhirten, unter ihnen die Bischöfe Sailer, Wittmann, des edlen Freiherrn von Wessenberg, des Fürstbischofs Grafen Sedlnitzky, des Erzbischofs Grafen Spiegel u. A. Unter den Auspizien dieser Ehrenmänner entwickelte sich auch eine recht heilsame Thätigkeit auf dem Gebiete der katholischen Gelehrsamkeit. Wir gedenken hier nur der Gelehrten Hermes, v. Hirscher, Hug, Möhler, Schmidt, Staudenmeier und des trefflichen Jugendschriftstellers Christoph v. Schmid. Jene Kirchenhäupter und Lehrer gehörten eben zu Denen, welche bei aller Anhänglichkeit an ihre Religion doch das Wohl des Vaterlandes und den Frieden der Welt höher stellten als den Glanz und die Herrlichkeit der Priesterherrschaft. Ihnen galt das Christenthum wirklich als Herzenssache und ein Bisthum nicht als Ruhebett trägen Genusses, vielmehr als ein heiliges Amt, das im Namen des Erlösers zum Heile der Gläubigen zu verwalten sei. Damals erinnerte nichts an verschärfte Glaubensgegensätze. Die Bekenner der verschiedenen christlichen Religionsgemeinschaften lebten friedlich neben einander, schlossen unbehelligt Ehebündnisse, halfen sich beim Baue neuer christlicher Gotteshäuser u. s. w.

Ach, — jene Zeit gegenseitiger Duldung ist dahin, — und seit Jahren lautet wieder das Feldgeschrei: „Hie Kaiser und Reich — hie Papst und Rom!"

Wie in der evangelischen Kirche, so und sogar in noch stärkerem Maße hatte auch in der katholischen Kirche das nach der stürmischen Revolutionszeit und dem begeisterungsvollen Aufschwung der Freiheitskriege mit Lebhaftigkeit wieder erwachende religiöse Bedürfniß des Volkes den Anstoß zu einer starken Bewegung unter der Geistlichkeit gegeben. Dem ihn von jeher innewohnenden Herrschaftstriebe folgend, war der katholische Klerus mit dem höheren Einfluß, den ihn der fromme Zug der Zeit über die Gemüther der Menschen hatte wiedergewinnen lassen, nicht zufrieden; sein Streben war auf Erringung der vollen Autonomie und Unabhängigkeit dem Staate, namentlich dem protestantischen Staate gegenüber gerichtet.

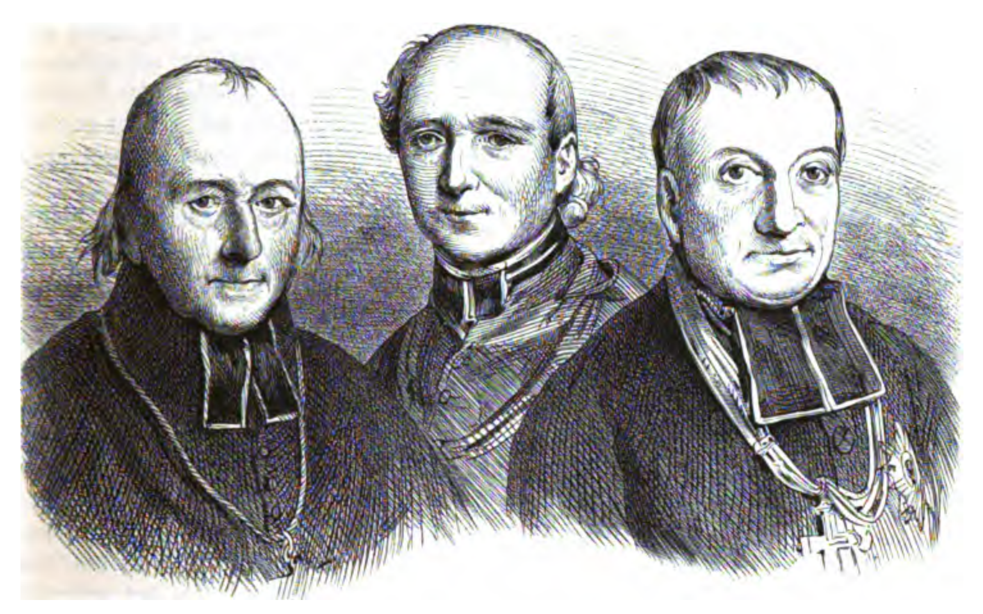
König Friedrich Wilhelm III. hatte es sich seit seiner Thronbesteigung angelegen sein lassen, den religiösen Frieden in seinem Lande nach Kräften zu fördern. Wie er als Protestant in schlichter Frömmigkeit der positiven Richtung seines Bekenntnisses zugethan war, so nahm er auch seinen katholischen Unterthanen gegenüber den alten Autoritätsglauben der katholischen Kirche in Schutz, hielt sich von jeder Begünstigung einer die Ehelosigkeit der Geistlichkeit bekämpfenden neukatholischen Sekte in Schlesien, wie der auf freisinnig-nationalem Standpunkt stehenden Partei der sogenannten Hermesianer in den Rheinlanden sorgfältig fern und veranlaßte sogar, daß in Bonn, ihrem Hauptsitze, die Anstellung eines orthodox katholischen Professors erfolgte, um neben der freisinnigen auch die orthodoxe

Lehre nicht unvertreten zu lassen. Die katholischen Bisthümer wurden reich dotirt, neue Stellen für katholische Geistliche geschaffen und diese vom Staate angemessen besoldet, die Erbauung von Kirchen und Schulen durch Gewährung staatlicher Beihülfe wurde gefördert und unterstützt: kurz, der Katholizismus und seine Bekenner hatten sich von Seiten des protestantischen Staates und des protestantischen Königs einer Fürsorge zu erfreuen, die selbst der Papst als wunderbar — doch für einen katholischen Fürsten seinen protestantischen Unterthanen gegenüber nicht als nachahmenswerth zu bezeichnen sich veranlaßt fand.

Die Kölner Wirren. Bei seiner wohlwollenden Haltung in Bezug auf die Forderungen des Katholizismus durfte und mußte aber Friedrich Wilhelm III. mit um so größerem Rechte darauf bestehen, daß die katholische Geistlichkeit sich keinerlei Uebergriffe erlaubte, welche geeignet seien, die staatlichen Pflichten und Rechte der katholischen Unterthanen zu beeinträchtigen oder gar die protestantische Bevölkerung zu kränken und zu erbittern. Um ersteres zu verhüten, wurden die Bildungsanstalten für den katholischen Klerus staatlicher Leitung oder wenigstens staatlicher Beaufsichtigung unterstellt und die Anstellung der Geistlichen von der Genehmigung der Regierung abhängig gemacht, Letzteren das Recht zugesprochen, gegen willkürliche Entscheidung ihrer Oberen bei der Regierung Beschwerde einzulegen. Berührungen der katholischen Kirchengewalt mit Protestanten kamen am häufigsten in Eheangelegenheiten vor. Die Frage der gemischten Ehen war in den östlichen Provinzen Preußens in einer dem Bedürfniß entsprechenden Weise schon durch das preußische Landrecht erledigt worden, welches bestimmte, daß die aus einer gemischten Ehe hervorgehenden Kinder dem Bekenntniß des Vaters folgen sollten, und daß unter dieser stillschweigenden Voraussetzung jede Mischehe von den betreffenden Geistlichen einzusegnen sei. Demgemäß war verfahren worden. In den preußischen Rheinlanden dagegen, in denen das Landrecht nicht galt, kam es öfter vor, daß katholische Geistliche die kirchliche Einsegnung einer Mischehe verweigerten, wenn der protestantische Theil sich nicht in bindender Form zur katholischen Erziehung der Kinder verpflichtete. Das gab zu Beschwerden bei der Regierung Anlaß, und als derartige Beschwerden im Anfange der zwanziger Jahre sich häuften, verfügte der König, um bedenklicheren Folgen vorzubeugen, durch Kabinetsordre vom 17. August 1825 die Einführung der erwähnten Bestimmung des Landrechtes auch für die westlichen Provinzen der Monarchie. Die geistlichen Oberhirten und in den altpreußischen Rheinlanden auch die niederen Geistlichen standen dieser Verfügung nicht unbedingt feindlich gegenüber, dagegen setzten ihr die Geistlichen in den neupreußischen Gebieten am Rhein offenen Widerstand entgegen, den die Bischöfe und Erzbischöfe bei aller Geneigtheit, den Frieden aufrecht zu erhalten, nicht mit Gewalt zu brechen vermochten, wollten sie sich nicht der Gefahr einer Zurechtweisung durch den Papst aussetzen. Auf die dringenden Vorstellungen der preußischen Regierung entschlossen sich dieselben jedoch, den Papst um endgiltige Regelung der Streitfrage zu ersuchen, und, nachdem preußischerseits der Gesandte am päpstlichen Hofe Chr. Josias v. Bunsen mit entsprechenden Vollmachten versehen war, begannen im Jahre 1828 die bezüglichen Verhandlungen.

Inzwischen hatte aber die reaktionäre Strömung, welche die weltliche Politik der Zeit beherrschte, auch auf die geistliche Politik der Kurie ihre Rückwirkung zu äußern begonnen. Die Jesuiten und die Partei der Ultramontanen waren zu bestimmendem Einfluß gelangt, und kaum war (im Februar 1829) nach dem Ableben des milden und versöhnlichen Leo XII. der entschiedenere Pius VIII. an seine Stelle getreten, so geriethen die vier Monate früher eröffneten Verhandlungen ins Stocken. Selbst ein energisches Ultimatum der preußischen Regierung vermochte dem Papste Pius VIII. nichts als nur das Zugeständniß abzunöthigen, daß bei Mischehen ohne Verpflichtung zur katholischen Erziehung der Kinder die Geistlichen gehalten sein sollten, auf Verlangen die sogenannte „passive Assistenz“ zu gewähren, d. h. der Eheschließung beizuwohnen, ohne derselben den kirchlichen Segen zu ertheilen, und daß die solchermaßen geschlossenen Ehen Giltigkeit und für die Stellung des katholischen

Theils innerhalb der Kirche keine nachtheiligen Folgen haben sollten. Dieses Zugeständniß, das gegen den in den altpreußischen Rheinlanden seither herrschend gewesenen Gebrauch einen offenbaren Rückschritt bezeichnete, konnte der preußischen Regierung nicht genügen, und der preußische Gesandte erhielt den Auftrag, weitergehende Zugeständnisse vom Papste zu verlangen. Da wurde durch den Tod Pius' VIII. der päpstliche Stuhl aufs Neue erledigt, und es gelang den Jesuiten und Ultramontanen, die Wahl des unduldsamen Gregor XVI. zum Papste durchzusetzen. Damit war die kirchliche Streitfrage zum offenen Konflikt gediehen, denn Gregor XVI. hielt die Zugeständnisse seines Vorgängers schon für zu weitgehend; die Fortführung der Verhandlungen mit dem Papste erwies sich als nutzlos und vergeblich, und Bunsen wurde deshalb im Jahre 1834 von Rom abberufen, um, wenn thunlich, mit den deutschen Bischöfen ein Einvernehmen herbeizuführen, das auf Grund der Zugeständnisse Pius' VIII. den begründeten Forderungen des Staates wie auch der katholischen Bevölkerung Gerechtigkeit widerfahren lasse. Dieser Versuch gelang über Erwarten.



Erzbischof Clemens Aug. v. Droste-Vischering. Erzbischof von Dunin. Erzbischof Graf Spiegel zum Desenberg.

Die Bischöfe von Köln, Trier, Münster und Paderborn trafen mit der Staatsregierung ein Uebereinkommen, wodurch sie sich gegen gewisse Zugeständnisse des Staates, unter den die Zusage der baldigen Aufhebung der in den Rheinlanden noch aus der französischen Zeit her zu Recht bestehenden Civilehe in erster Reihe stand, zu einer durchaus liberalen Auffassung und Handhabung der von Pius VIII. in einem päpstlichen Breve gemachten Zugeständnisse verpflichteten. Zwar fanden sie bei der von Rom aus aufgehetzten niederen Geistlichkeit hier und da Widerstand, im Großen und Ganzen schienen jedoch die kirchlichen Verhältnisse in Preußen auf Grund dieses Abkommens sich allseitig befriedigend gestalten zu wollen.

Der **ultramontanen Partei** war mit dieser Entwicklung der Dinge natürlich nicht gedient; unablässig wurde von Rom, von Belgien und von Bayern aus in den preußischen Rheinlanden gehetzt und gewühlt; der bald darauf erfolgende Tod zweier der hervorragendsten Vertreter der versöhnlichen Richtung, der greisen Erzbischöfe Spiegel in Köln und Hommer in Trier, kam den Bestrebungen der Römlinge in hohem Maße zugute, und ein folgenschwerer Fehler, den die preußische Regierung bei der Neubesetzung des Kölner Bischofssitzes beging, gab ihnen vollends das Heft in die Hände. Für diesen Bischofssitz

wurde nämlich der Generalvikar und Weihbischof von Münster, Freiherr **Clemens August von Droste-Vischering**, ausersehen, der zwar von jeher einer der eifrigsten Gegner der versöhnlichen Richtung gewesen war, wegen seines mittelalterlich-frommen Lebenswandels aber an dem damaligen Kronprinzen von Preußen, dem späteren König Friedrich Wilhelm IV., einen eifrigen Gönner und Fürsprecher gefunden hatte. Nachdem er auf eine Anfrage seitens der Regierung sich bereit erklärt hatte, an das päpstliche Breve Pius' VIII. vom Jahre 1830 und an die von seinen Vorgängern auf Grund desselben getroffene Vereinbarung sich halten zu wollen, wurde er von dem Kölner Domkapitel gewählt und darauf von der Regierung bestätigt.

Erzbischof von Droste-Vischering. Kaum hatte der neue Erzbischof sein Amt angetreten, als er auch seine wahre Gesinnung herauskehrte und offen auf die Seite der entschiedenen Römlinge trat. In einer gewundenen Erklärung suchte er die von ihm eingegangene Verpflichtung als nicht bestehend hinwegzuleugnen, stieß alle Erlasse und Verordnungen seines Vorgängers um und nöthigte die ihm untergebenen Geistlichen zum schriftlichen Verzicht auf ihr Beschwerderecht bei der preußischen Regierung. Das konnte sich die letztere unmöglich bieten lassen; nach vergeblichen Versuchen, den streitbaren Erzbischof auf gütlichem Wege zur Erfüllung seiner Verpflichtungen anzuhalten, sah sie sich genöthigt, die Ausführung der gegen das Staatsgesetz verstoßenden Verordnungen desselben mit Gewalt zu verhindern. Das nahm der Erzbischof wahr, sich seinen Priestern und dem Volke gegenüber als Märtyrer der katholischen Kirche und als Vertheidiger der Freiheit derselben gegen die Anfeindungen der Regierung hinzustellen; großartige regierungsfeindliche Demonstrationen wurden in Scene gesetzt, und um Schlimmerem vorzubeugen, sah sich die Regierung gezwungen, den Erzbischof aus seiner Diözese zu entfernen und in der Festung Minden zu interniren, wo er übrigens mit der größten Rücksicht und Schonung behandelt wurde.

Die Folgen waren vorauszusehen. Trotz der klarsten Beweise, daß die preußische Regierung nur nothgedrungen und in Vertheidigung ihrer Rechte den Schritt gethan habe, brach auf die Kunde von der Verhaftung des Kölner Erzbischofes bei den von der Geistlichkeit beherrschten orthodoxen Katholiken ein Sturm der Entrüstung gegen dieselbe los. Verrath an der Kirche, Beeinträchtigung des freien Glaubens — mit solchen und ähnlichen auf die Erregung der Massen berechneten Schlagwörtern wurde in der Tagespresse, in zahllosen Flugschriften und Broschüren ein förmlicher Sturmlauf auf die Regierung eröffnet, die zwar das gute Recht, aber nicht die geeigneten Vertheidiger desselben auf ihrer Seite hatte. Der Versuch, den Papst von der Nothwendigkeit des gethanen Schrittes zu überzeugen und durch Verhandlungen mit ihm den Sturm zu beschwören, mißglückte vollständig. Gregor XVI. behandelte den zu diesem Zwecke wieder nach Rom zurückgekehrten preußischen Gesandten in der verletzendsten Weise, weigerte sich schließlich, ihn zu empfangen, erklärte in einer Allokution, die in allen katholischen Ländern verbreitet wurde, die von ihm überhaupt niemals förmlich anerkannten Zugeständnisse seines Vorgängers als nicht mehr bindend und tadelte in heftigen Ausdrücken das Verhalten derjenigen deutschen Kirchenfürsten, welche durch Anerkennung der berechtigten Forderungen des Staates eine Versöhnung der Gegensätze herbeizuführen bestrebt gewesen seien.

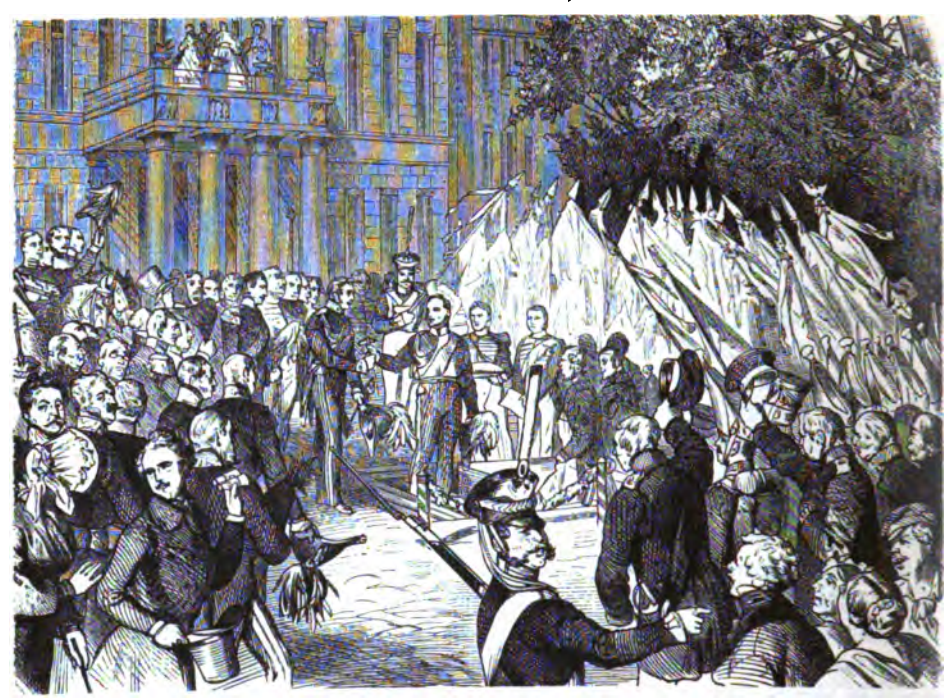
Die Haltung der preußischen Regierung, welche selbst nach dieser unzweideutigen päpstlichen Kundgebung noch den Weg nachgiebigen Einlenkens betreten zu dürfen glaubte, hatte schließlich zur Folge, daß auch in den östlichen Landestheilen, wo bisher die gesetzliche Regelung der Frage der gemischten Ehen von den katholischen Geistlichen nicht angefochten worden war, der Geist des Widerspruches sich zu regen begann.

Martin von Dunin. Der Erzbischof von Posen und Gnesen suchte bei der vorgesetzten Staatsbehörde um die Erlaubniß nach, das die passive Assistenz statt der kirchlichen Einsegnung als Norm für Mischehen, ohne das Gelöbniß katholischer Erziehung der Kinder, festsetzende Breve Pius' VIII. in seinem Sprengel zu veröffentlichen, obwol dasselbe

zunächst nur für die rheinischen Lande Giltigkeit hatte. Die nachgesuchte Erlaubniß wurde dem Erzbischof natürlich verweigert; trotzdem schritt derselbe zur Veröffentlichung und wurde deshalb nach Erhebung der Anklage von dem zuständigen Gerichte zur Amtsentsetzung und zu sechsmonatlicher Haft verurtheilt. Letztere wurde ihm durch königliche Gnade erlassen und statt der Amtsentsetzung nur die vorläufige Suspension ausgesprochen, daran aber die Bedingung geknüpft, daß der Erzbischof, der einem amtlichen Rufe nach der Hauptstadt gefolgt war, bis auf Weiteres seinen Aufenthalt in Berlin nehme und in seine Diözese nicht zurückkehre. In der Milde und Nachsicht der Regierung eine Schwäche derselben sehend, glaubte jedoch Dunin, es aufs Aeußerste ankommen lassen zu dürfen, verließ heimlich Berlin und erschien wenige Tage später in Posen.

Jetzt war aber die Geduld des Königs und der Regierung erschöpft: der Erzbischof wurde verhaftet und nach der Festung Kolberg abgeführt, und als darauf die niedere Geistlichkeit seiner Diözese das Volk aufzuregen und eine förmliche Kirchentrauer in Scene zu setzen begann, wurde ihr bedeutet, daß jede Widersetzlichkeit die Vorenthaltung der staatlichen Einkünfte nicht nur für den Betreffenden, sondern für die ganze Diözese nach sich ziehen werde. Dieses Mittel wirkte. Die Geistlichkeit fügte sich, allerdings nur insoweit, daß sie von offener Auflehnung sich fern hielt. Auch die Kurie wurde durch diesen energischen Schritt der Regierung etwas nachgiebiger gestimmt und ermöglichte die Wiederanknüpfung von Verhandlungen hinsichtlich der Hauptfrage wegen der gemischten Ehen. Zur endgiltigen Lösung kam dieselbe jedoch unter Friedrich Wilhelm III. nicht mehr. Von beiden Seiten lenkte man zwar etwas ein, aber da der König sich entschieden weigerte, die beiden Erzbischöfe von Köln und Posen dem Verlangen der Kurie gemäß in ihre Diözesen zurückkehren zu lassen, kam ein eigentliches Einvernehmen nicht zu Stande. Der Staat wie die Kirche hielten an ihren Hauptforderungen fest, und nur mit Mühe gelang es, in dem beständigen Streit der Gegensätze den offenen Ausbruch von Feindseligkeiten zu verhindern, bis endlich unter Friedrich Wilhelm IV., im Wesentlichen freilich auf Kosten der Staatsgewalt, der religiöse Friede wieder hergestellt wurde.

Letzte Lebenstage Friedrich Wilhelm's III. Während seiner langen Regierungszeit, in welcher das Volk durch gemeinschaftliches Erleben tiefsten Leides wie höchster Erhebung mit seinem Monarchen gleichsam verwachsen, in welcher durch unzählige innige Berührungspunkte das Band zwischen ihm und seinem Volke ein immer engeres und festeres geworden war, hatte Friedrich Wilhelm III. sich nicht als ein glanzvoller Herrscher, wohl aber als ein maßvoller Verwalter des Regentenamtes, vor Allem aber niemals als der engherzige Vertreter eines bestimmten Systems erwiesen. Seine Gewohnheit, Alles durch die eingesetzten Behörden erledigen zu lassen und nur in seltenen Ausnahmefällen von der ihm als absolutem König zustehenden Machtvollkommenheit Gebrauch zu machen, ließ ihn dem Volke gegenüber nur als den Vollstrecker der bestehenden Gesetze erscheinen. — Weil nun der König mehr als sorgender Haus- und Landesvater denn als Herrscher vor sein Volk und in die Oeffentlichkeit trat, wurden auch die Fehler seiner Regierung weniger ihm selbst als seiner Umgebung zur Last gelegt. In seiner Person bot er der Gesinnung wie dem Thun nach ein Muster aller Bürgertugenden dar. In der Uebung dieser Eigenschaften wußte sich das Volk eins mit ihm; es hatte Proben genug empfangen, wie gerecht und einsichtsvoll der königliche Herr auf seine Seite trat, wenn ja einmal Angehörige der bevorzugten Stände es sich beikommen ließen, den schlichten Bürger mit Ueberhebung und Anmaßung oder gar mit Geringschätzung zu behandeln. Mit rückhaltloser Strenge, zuweilen in gerechtem Zorn, wies er solche Ungebühr zurück und ließ auch dem Geringsten seiner Unterthanen die verdiente Achtung und seinem Wirken die gebührende Werthschätzung widerfahren.



Grundsteinlegung zum Denkmal Friedrich's des Großen.

Der Tod Friedrich Wilhelm's III.

Ein instinktives Gefühl sagte es dem Volk, daß der König an dem System der Selbstherrschaft nicht aus persönlichen Gründen festgehalten hatte, sondern daß es seine hauptsächlich in den Eindrücken der Jugend und in den herben Prüfungen der ersten Regentenjahre wurzelnde Ueberzeugung war, daß dem Wohl des Landes mit der Einführung weiterer Reformen nicht gedient sei; und wenn diese Ueberzeugung auch den veränderten Zeitverhältnissen gegenüber vielleicht nicht die richtige war, so war sie doch ehrenhaft, und das Volk ließ sich deshalb trotz mancher unerfüllt gebliebenen Verheißungen und Erwartungen in der treuen Liebe und Hingebung zu seinem Herrscher niemals auch nur einen Augenblick beirren. „Unser König meint es gut mit seinem Volke, und seiner Gesinnung nach ist er ein rechter Vater des Vaterlandes" — diese Ueberzeugung stand unerschütterlich fest bei Hoch und Niedrig, bei Reich und Arm, und zwar nicht nur in den altpreußischen Stammlanden, sondern auch in den neu erworbenen Landestheilen am Rhein, deren Bewohner trotz mancherlei Abneigung und Widerstreben gegen die preußische Regierung den preußischen König schon nach wenigen Jahren ehren und lieben gelernt hatten. Wer des Vaterlandes Drangsal mit erlebt hatte, ward wunderbar bewegt, wenn er des Königs Angesicht erblickte. Schien es doch, als sei von jenem Weh der Vergangenheit ein guter Theil in dem Gemüthe des Königs zurückgeblieben; es spiegelte sich noch ab in den Zügen des Angesichts, ein sprechender und darum tiefe Bewegung hervorrufender Beweis dafür, wie sehr dieser Fürst mit und für das Vaterland gelitten hatte! — Die Alten würden gesagt haben, er habe das Gorgonenhaupt geschaut. — Die Sonnenblitze der Siege hatten die durch Jahre gefesteten Eindrücke nicht zu verwischen vermocht. Ueberdies waren gleich nach den Siegestagen neue schwere Sorgen aufgetaucht, hatten den König begleitet, wenn er des Abends sich zur Ruhe legte, und hatten ihn wieder starr angeschaut, wenn er am Morgen seine Augen öffnete. „Meine Zeit in Unruhe!" — Dieser Schmerzensruf ertönt noch aus seinem Testamente.

Die im Volke in langen Jahren festgewurzelte Gewißheit, in seinem Herrscher einen gerechten Schutzherrn zu haben, prägte sich deutlich in dem nicht selten hervorgetretenen Drange aus, seinen Monarchen mit dem Ehrennamen des „Gerechten" zu preisen.

Daß die sonst so tadellustigen Berliner einem Monarchen besonders zugethan blieben, welcher so beharrlich den Volkswünschen sein Ohr verschloß, ehrt sie gewiß nicht weniger als den König selbst. „Es ist", heißt es in der Berliner Chronik von A. Streckfuß, „ein merkwürdiges Ding um die Liebe eines Volkes zu seinem Fürsten. Viele gekrönte Häupter streben mit allen möglichen Kunstgriffen nach derselben und können sie nicht erwerben; andere thun nichts dazu und erhalten sie doch. So König Friedrich Wilhelm III. Er, der schweigsame, in sich gekehrte Monarch, der jedes öffentliche Auftreten scheute, der — im Gegensatze zu früherer Zeit — so selten noch mit dem Volke in nähere Berührung trat, der durch seine abgebrochene, oft hart klingende Redeweise leicht den Einen oder den Andern zurückstieß, dessen Regierungsmaßregeln seit dem Jahre 1815 so mancherlei Anlaß zur Unzufriedenheit geboten hatten: — er war beliebt, wie wenige Fürsten seiner Zeit."

Wir haben hier nachzutragen, daß Friedrich Wilhelm, dem in seiner Ehe mit der unvergeßlichen Königin Luise ein inniges Familienleben zum Bedürfniß geworden war, nach dem Tode jener und nach der Verheirathung seiner drei Töchter die zunehmende Vereinsamung schwer empfand und deshalb nach eingehenden Besprechungen mit seinen geistlichen und weltlichen Berathern zu einer zweiten Ehe sich entschloß. Am 9. November 1824 reichte er in Gegenwart weniger Zeugen in der Schloßkapelle zu Charlottenburg der Gräfin Auguste von Harrach, die er einige Jahre zuvor in Teplitz kennen gelernt hatte, die Hand zum Bunde, über den Bischof Eylert den Segen sprach. Die Ehe war eine morganatische; die königliche Gemahlin wurde als „Fürstin von Liegnitz" und „Gräfin von Zollern" dem Hofe vorgestellt. Der Umstand, daß die Fürstin von Liegnitz, ebenso wie die Gemahlin des Kronprinzen — eine bayerische Prinzessin — zum Katholizismus sich bekannte, ließ anfänglich hier und da bei der protestantischen Bevölkerung der preußischen Stammlande die Befürchtung entstehen, daß katholische Anwandlungen im Anzuge seien, zumal man solche auch in der neuen Liturgie, deren Einführung dem Könige so sehr am Herzen lag, zu finden glaubte. Aber bald stellte sich die Grundlosigkeit dieser Befürchtungen heraus. Die Fürstin von Liegnitz hat auf die Entschließungen des Königs in religiöser und politischer Beziehung nie irgend welchen Einfluß geübt; nur als liebende Gattin und sorgende Lebensgefährtin stand sie ihrem Gemahl in den herannahenden Tagen des Alters zur Seite. Hochbetagt ist sie im Jahre 1873 gestorben.

Das erste Merkmal, daß König Friedrich Wilhelm III., den man so lange ungebeugt und in voller männlicher Gesundheit zu sehen gewohnt war, wol hinfälliger geworden sein könne, als man dies hinsichtlich des schon seit März (1840) eingetretenen Unwohlseins vermuthete, gab sich am 3. Mai kund, als der König früh acht Uhr nach Potsdam gefahren war, um die erste sonntägliche Kirchenparade über das erste Garderegiment zu Fuß abzuhalten. Er erschien nicht, wie sonst, im Lustgarten. Man sah ihn nur, wie gewohnt, in Ueberrock und Mütze an den Fenstern des sogenannten Etrurischen Eckzimmers im Schlosse, von wo aus er sich den Vorbeimarsch der Potsdamer Truppen — zum letzten Male — anschaute. Von dieser Zeit ab hieß es immer bestimmter, der König sei ernstlich krank, und diese Befürchtung schien sich zu bestätigen, als er am 1. Juni der Grundsteinlegung zu dem Monument Friedrich's des Großen nicht in Person beiwohnte, sondern nur aus dem bekannten Eckfenster seines Palais den Feierlichkeiten zusah, welche nach seinen Wünschen und Anordnungen der Prinz Wilhelm leitete. Der Prinz hatte angeordnet, daß auch, und zwar im Geleit der Flügelkompagnien, die Fahnen der Potsdamer Garnison bei der Feierlichkeit gegenwärtig sein sollten. Als der König dies in dem ihm zur Genehmigung vorgelegten Entwurfe las, äußerte er zur Fürstin von Liegnitz: „Die können nur gleich zu meiner Beerdigung hierbleiben!" —

Das Befinden des Königs hatte sich gegen Ende Mai in der That in solchem Grade verschlimmert, daß man glaubte, der Kaiserin von Rußland, seiner Tochter, davon Mittheilung machen zu müssen. Am 3. Juni traf die Königstochter in der Hauptstadt ein. Als der Kronprinz, der die Absicht hatte, seiner Schwester bis Küstrin entgegen zu reisen, am 2. Juni im Palais erschien, um sich von dem Vater zu verabschieden, hielten es die Aerzte für ihre Pflicht, ihn, den Thronerben, über den bedenklichen Stand der Krankheit des Königs aufzuklären. Da er auch eine königliche Ordre vorfand, durch die er mit der Führung der Staatsgeschäfte betraut ward, so stand er von der Ausführung der Reise ab.

Die Nachrichten, welche sich über den Stand der Krankheit des Landesvaters verbreiteten, riefen in der Bevölkerung große Aufregung hervor. Des Königs Befinden bildete das allgemeine, ja das einzige Stadtgespräch. Vom frühen Morgen bis in die Nacht hinein stand vor dem königlichen Palais eine dichtgedrängte Volksmenge. Wer aus dem Palais kam, der sollte auch Auskunft geben, wie es dem hohen Kranken ergehe; das Volk kümmerte sich dabei nicht um Rang und Stand. Die Prinzen wurden so gut befragt, wie die Bedienten.

Am ersten Pfingstfeiertag, es war am 7. Juni, lauteten die Nachrichten fast hoffnungslos.

Treu harrte seine Gemahlin, die Fürstin von Liegnitz, bei dem Sterbenden aus; sie dankbar anblickend hielt der König ihre Hände umschlossen. Kaiser Nikolaus von Rußland war am Morgen des 7. Juni eingetroffen und sogleich an das Sterbelager seines Schwiegervaters geeilt.

Gegen 1 Uhr erklärten die Aerzte, daß der König nur noch wenige Stunden zu leben habe. Tiefbewegt und erschüttert nahmen die Angehörigen des Königshauses Abschied von dem Sterbenden. Noch erkannte er alle seine Theuren, die nach und nach an das Lager traten. — Zwanzig Minuten nach drei Uhr hauchte er seinen letzten Athemzug aus.

Es mochte Nachmittags gegen vier Uhr sein, als der sonst beim Volke nicht sehr beliebte Fürst Wittgenstein aus dem Palais unter die harrenden Massen trat. Er wurde sofort umringt und gefragt, aber zu antworten vermochte er nicht. Statt dessen bedeckte er mit dem Taschentuch die thränenfeuchten Augen und hob die Hand zum Himmel empor.

Die Tausende vor dem Palais verstanden die Geberde — es war die Todesbotschaft.

Es war ein guter Mann geschieden, der schwer an der Last der Krone getragen hatte. Sein zweiundvierzigjähriges Walten auf dem Throne war eine von Licht und Schatten, wie die Zeit selbst, wunderbar gemischte Regierung, deren Ergebniß im Ganzen und Großen für Preußen heilsam gewesen ist. Die höchsten und edelsten Regententugenden hatten den Monarchen ausgezeichnet, vor Allem eine bei unumschränkten Herrschern nicht gerade häufig bemerkte Selbstbeherrschung, eine große Festigkeit in wesentlichen, eine entgegenkommende Nachgiebigkeit in nebensächlichen Dingen. Was ihn aber in der Nachwelt Urtheil immer hoch halten wird, das ist der unvergeßliche Antheil, den er an der Befreiung Preußens und Deutschlands von der Fremdherrschaft genommen hat.




Zweiter Theil.
Regierungszeit Friedr. Wilhelms IV.
1840–1860



Erstes Buch.

Aufgaben der Zeit.

Der dem Ableben eines Herrschers folgende Wechsel in der Regierung pflegt in Staaten, deren öffentliche Einrichtungen — gleichviel ob im Sinne des Absolutismus oder iu dem freiheitlicher Institutionen — im Wesentlichen abgeschlossen sind, eine Veränderung in der Lage des Ganzen meist nicht herbeizuführen. Wie in der Türkei und in den meisten asiatischen Reichen ein festbegründeter Absolutismus jeden Wechsel in der Person des Herrschers überlebt, ebenso vermag in England, dem Musterstaate parlamentarischen Lebens, ein Thronwechsel die zwischen den Rechten der Krone und des Volkes einmal gezogene Grenze nicht wesentlich zu verschieben. Ganz anders liegt die Sache in Staaten, deren Regierungsformen noch in der Entwicklung begriffen sind, und deren Lenker in dem Streben, diese Entwicklung in ruhige, sichere Bahnen zu leiten, mit den starren Anhängern des Alten auf der einen und mit den andrängenden Forderungen emporstrebender Geister auf der andern Seite zu kämpfen haben.

Der preußische Staat stand in einer derartigen Bewegung, als König Friedrich Wilhelm III. die Augen schloß. Die Nothwendigkeit, das Volk als solches in irgend einer Form an der Leitung der Staatsgeschäfte theilnehmen zu lassen, war von dem heimgegangenen König selbst erkannt und anerkannt worden. Mit der Einführung des wesentlichsten Inhalts der Stein-Hardenberg'schen Reformvorschläge war der erste Schritt zur Verwirklichung des als richtig und nothwendig Erkannten geschehen; durch das mehrerwähnte Anleihegesetz vom Jahre 1820 hatte Friedrich Wilhelm III. die Ausführung seines Versprechens gewissermaßen auch äußerlich gewährleistet, und mit der Einberufung von Provinziallandtagen hatte er endlich den einzelnen Provinzen die Rechte oder wenigstens einen Theil der Rechte gewährt, die, wenn man an dem Wortlaut der königlichen Verheißung festhielt, der Gesammtstaat beanspruchen durfte. Und der Gesammtstaat durfte nicht nur diese Rechte beanspruchen, sondern er beanspruchte sie in der That. Zwar gab es in Preußen eine große und einflußreiche Partei, welche das Verlangen des Volkes nach

freiheitlichen Institutionen hinwegzuleugnen oder wenigstens als nicht so dringend darzustellen suchte, daß nicht ruhig und ohne gewaltsame Störungen befürchten zu müssen, in dem bisherigen System weiter regiert werden könnte. Aber die Anhänger dieser Partei übersahen, daß man auf die Ausführung des unterbliebenen Werkes, auf die Verleihung einer Verfassung für den preußischen Gesammtstaat nur deshalb weniger gedrungen, weil man den König Friedrich Wilhelm III. mit zunehmendem Alter als einer vergangenen Periode angehörig betrachtet hatte; sie übersahen, daß vor Allem die unbegrenzte und unerschütterliche Liebe des Volkes gerade zu diesem Herrscher es gewesen war, die in weiteren Kreisen heftige Ausbrüche des Unmuths über die unerfüllt gebliebenen Verheißungen nicht hatte aufkommen lassen, und daß endlich auch eine eifrige und zuverlässige Polizei und strenge Aufsicht im Heer wie im Beamtenthum das Ihrige dazu beigetragen hatten, den Drang der Geister nach zeitgemäßeren Regierungsformen zurückzudrängen und das freie Wort niederzuhalten. Aber unter dem wachsenden Druck verinnerlichte sich das vorwärts treibende Volksbewußtsein nur immer mehr, um zur geeigneten Zeit desto unwiderstehlicher hervorzubrechen. Von Jahr zu Jahr fiel der Vergleich der inneren Lage Preußens mit derjenigen der verfassungsmäßig regierten Staaten ungünstiger für das erstere aus, allerdings nicht in Bezug auf materiellen Wohlstand und erfreuliche Regsamkeit in Kunst und Wissenschaft, wohl aber in Bezug auf Geltung und Selbständigkeit des Staatsbürgers und rege Betheiligung des Volkes am politischen Leben. Mit Eifer und Interesse verfolgte man nach den dürftigen Berichten, welche darüber zu bringen den Zeitungen verstattet war, den Gang der Kammerverhandlungen in Frankreich und Belgien nicht minder wie die in den größeren süddeutschen Staaten, und immer wieder fragte man sich: „Warum werden uns, die wir den Bewohnern jener Staaten an Intelligenz doch gewiß ebenbürtig sind, politische Rechte vorenthalten, die auszuüben jene für reif erachtet werden?" — Die Antwort, die man sich selbst auf diese Frage gab, war fast immer die gleiche, insofern wenigstens, als Alle sich sagten: „Die in trüben Lebenserfahrungen und besonderen Charaktereigenschaften wurzelnde vorsichtige Bedächtigkeit unseres Königs ist in erster Reihe mit daran schuld. Aber unser König meint es gut mit dem Vaterlande; halten wir ihm darum sein Zögern zugute und erwarten wir von einer jüngeren Kraft, erhoffen wir von dem Thronfolger die Erfüllung unserer berechtigten Hoffnungen und Wünsche!"

So berechtigt nun auch die auf freiere Institutionen im Staate und am letzten Ende auf eine allgemeine Reichsverfassung abzielenden Wünsche und Hoffnungen der großen Mehrheit des preußischen Volkes unzweifelhaft waren — besaß das Volk irgendwelche Gewähr dafür, die Erfüllung derselben von Friedrich Wilhelm IV. erwarten zu dürfen? Es muß dies verneint werden. Es ward eben auf guten Glauben hin gewünscht und gehofft. In kleineren, mit den Empfindungen und Anschauungen des neuen Königs vertrauteren Kreisen schien man freilich die Dinge nüchterner anzusehen und war, während die große Mehrheit des Volkes jubelnd einer neuen Aera entgegensah, auf Enttäuschungen, auf Irrungen, ja auf Zerwürfnisse gefaßt.

Friedrich Wilhelm IV. war am 15. Oktober 1795 geboren, seine erste Jugendzeit fällt also in jenen zehnjährigen Frieden, den Preußen, nachdem es von dem Kampfe gegen die französische Revolution zurückgetreten, durch den Baseler Vertrag sich gesichert hatte. Die Ruhe, deren sich das Land inmitten des ringsumher fast ununterbrochen tosenden Kriegslärms erfreute — man ahnte ja damals noch nicht, daß es nur die Ruhe vor dem Sturme war — gestattete es, der ersten Erziehung des jugendlichen, von der Natur mit den reichsten Gaben ausgestatteten Prinzen ganz besondere Sorgfalt zuzuwenden. Auf den Rath des Kanzlers Niemeyer wurde der Professor Rudolf Delbrück aus Magdeburg als Erzieher desselben berufen, und mit ganzer Seele gab sich dieser der hohen und ehrenvollen Aufgabe hin, die der lebendige und empfängliche Sinn des Knaben zugleich zu einer angenehmen und dankbaren machte. Mit überraschender Schnelligkeit eignete sich der

junge Prinz die ersten Elemente des Wissens an und brachte auch den im neunten Lebensjahre begonnenen ernsteren Studien ungewöhnliches Verständniß und regen Eifer entgegen; namentlich widmete er sich mit dem lebhaftesten Interesse der Geschichte und Geographie, und eine glaubensfreudige Frömmigkeit begann sich schon früh in ihm zu regen.

Die Unglücksjahre 1806 und 1807 kamen heran, und als neuer, strenger Lehrmeister trat die eigene bittere Erfahrung an die Seite des Kronprinzen. Aus der französischen Umsturzregierung, die er aus dem Grunde seines Herzens zu verabscheuen gelernt hatte, war im natürlichen Verlaufe der Dinge eine nur auf das Recht der Waffen sich stützende Gewaltherrschaft geworden, der auch Preußen nicht zu widerstehen vermochte. Mit wenigen wuchtigen Schlägen sah der Knabe den diese letzte Phase der Revolution in sich verkörpernden gewaltigen Korsen das Reich seines Vaters zertrümmern und den königlichen Eltern wie dem verstümmelten Vaterlande unerhörte Demüthigungen auferlegen. Er sah Thränen, die außer den Familiengliedern Niemand gewahrte; vor ihm erschollen Weherufe der Eltern, die außer den nächsten Angehörigen nur Gott vernahm. Damals war der Kronprinz zwölf Jahre alt, und als die Mutter an gebrochenem Herzen starb und des Vaters Angesicht gleichsam vor Schmerz erstarrte, zählte er vierzehn Jahre. —

Waren solche Eindrücke der ersten Jugendzeit jemals zu verwischen? Gewiß nicht, und um so fester mußten daher im Herzen des heranwachsenden Jünglings die Lehren Derjenigen Wurzel fassen, umsomehr mußte er sich auch auf dem Gebiete der Literatur zu Denjenigen hingezogen fühlen, welche dem vorwärts drängenden, nach Neuem verlangenden Geist der Zeit den Geist des Beharrens entgegensetzten und nur in der Wiederbelebung oder allenfalls in der historischen Weiterentwicklung der alten Ordnungen und Einrichtungen in Staat und Gesellschaft das Heil erblickten gegenüber den auf gewaltsamen Umsturz des Bestehenden gerichteten Bestrebungen der neuen Zeit.

Mit dem Jahre 1809 übernahm an Delbrück's Stelle der weltgewandte spätere Staatsrath Joh. Friedr. Ancillon die oberste Leitung der Erziehung des Kronprinzen, um, selbst ein tüchtiger Historiker und mit der politischen Geschichte des Staates der Hohenzollern innig vertraut, in Gemeinschaft mit den hervorragendsten Vertretern der verschiedenen Wissenszweige den Thronfolger auf seinen dereinstigen hohen Beruf vorzubereiten. Auch die bisher vernachlässigte militärische Ausbildung desselben wurde unter der Leitung tüchtiger Militärgouverneure eifrig gefördert, ohne freilich bei allem Eifer und aller Hingabe seinerseits eine besondere Vorliebe für den Soldatenstand in ihm zu erwecken.

Für die Entwicklung des Urtheils und der Anschauungen des Kronprinzen über Politik und Staatskunst sind die Jahre von 1809—13 von weittragender Bedeutung gewesen. Nicht mit Unrecht hat Leopold von Ranke daran erinnert, daß Ancillon in jenen erregten Tagen, da die französische Revolution mit der Vereinigung der drei verschiedenen Stände des Reiches zu dem einen die Volkssouveränität repräsentirenden Stande ihren ersten bedeutsamen Schritt that, in Versailles anwesend war. Vielleicht ließ ihn eine Verwechslung von Ursache und Wirkung darin nicht den ersten Schritt der bereits fertigen Revolution, sondern das Signal zum Ausbruch derselben erblicken; vielleicht, wahrscheinlich sogar, ist aus dieser Ueberzeugung des Lehrers das unerschütterliche und für ihn so verhängnißvolle Festhalten seines königlichen Schülers an dem Gedanken der ständischen Repräsentation zu erklären. Daß Männer, wie die schon genannten Savigny und Niebuhr, die mit ihrem ganzen Denken und Empfinden der Vergangenheit angehörten, als Lehrer des Kronprinzen in Geschichte, in Rechts- und Staatswissenschaft diese Vorliebe desselben für das Alte, das historisch Gewordene nur noch verstärken mußten, liegt auf der Hand, und diese Vorliebe mußte zur Begeisterung werden, als die die gleichen Ziele verfolgende und ihrer Tendenz wie ihrer Form nach den vorgefaßten Neigungen des Kronprinzen durchaus entsprechende Poesie der Romantiker auf sein empfängliches und leicht erregbares Gemüth zu wirken begann.

Die Kriegsstürme von 1813 und 1814 führten den jetzt im achtzehnten Lebensjahre stehenden Kronprinzen an der Seite seines königlichen Vaters ins Feld, wo er Gelegenheit fand, in der Schlacht bei Großgörschen und in mehreren Treffen auf französischem Boden das natürliche Erbe jedes Hohenzollern, Muth und Unerschrockenheit in der Gefahr, zu bethätigen, mit den hervorragendsten Feldherren und Staatsmännern der Zeit in nähere Berührung zu treten, neue Erfahrungen zu sammeln und neue Eindrücke in sich aufzunehmen. Wilhelm von Humboldt schrieb aus dem Hauptquartier: „Der Kronprinz ist beständig beim Könige, er entwickelt sich aufs Allerbeste und behält stets seine naive Fröhlichkeit inmitten seiner sehr ernsten Theilnahme an den kriegerischen Ereignissen.“ — An dem Feldzuge des Jahres 1815 vermochte er zu seinem Bedauern nicht mehr theilzunehmen. Als er auf dem Kriegsschauplatze eintraf, war der entscheidende Schlag bereits gefallen. Nach Berlin zurückgekehrt, widmete er sich, mit den hervorragendsten Männern der Kunst und Wissenschaft einen fast ununterbrochenen anregenden Verkehr unterhaltend, von Neuem einige Jahre lang eifrigen Studien. Einer seiner Lehrer, Niebuhr, ließ sich folgendermaßen über ihn aus: „Ich freue mich, wenn der Tag kommt, zu ihm zu gehen. Alle die herrlichen Gaben, womit die Natur ihn so reichlich ausgestattet hat, entfalten sich vor mir. — Ich habe nie eine schönere Jünglingsnatur gesehen.“ Zum Manne mit weit über das Gewöhnliche hinausreichenden Kenntnissen und Fähigkeiten auf den verschiedensten Gebieten herangereift, betheiligte er sich dann mit lebhaftem Interesse an den unter Leitung des Fürsten Metternich und des Kaisers Alexander von Rußland stattfindenden Konferenzen, deren Zweck dahin ging, sich über Unterdrückungsmaßregeln Namens der Heiligen Alliance zu verständigen. Hier war es, wo in dem Kronprinzen jene aufrichtige Verehrung für die Person und jene weitgehende Bewunderung für die Staatsklugheit Metternich's sich festsetzte, die selbst die späteren Ereignisse während seiner Regierung kaum zu erschüttern vermochten. Wie hätte aber auch der Altmeister damaliger Staatsweisheit nicht bestimmend auf den jungen Prinzen einwirken sollen! Die früh empfangenen Eindrücke waren nur zu sehr geeignet, ihn für die freiheitsfeindliche Restaurationspolitik, welche selbst die bescheidensten und gerechtesten Forderungen ablehnte und in den Konferenzen zu Wien, Aachen, Karlsbad, Laibach und Verona ihre Pyrrhussiege feierte, um so empfänglicher zu stimmen.



Ernst Moritz Arndt.

Und den Grundsätzen dieser Politik nicht minder wie seinen persönlichen Neigungen entsprach es denn auch, daß er, vom Vater zu thätiger Theilnahme an den Staatsgeschäften berufen und zum Leiter und Vorsitzenden der sogenannten Verfassungskommission ernannt,

die Berufung von Provinzialständen statt der ursprünglich in Aussicht genommenen Reichsstände durchsetzte und jeden Gedanken an die Schaffung einer nicht ständisch gegliederten, aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen eigentlichen Volksvertretung noch entschiedener als selbst sein Vater von sich wies.

Aber dieses grundsätzlichen Gegensatzes zwischen seinen eigenen Wünschen und Zielen und denen des Thronfolgers war sich das Volk in seiner großen Mehrheit zunächst kaum bewußt. Der erste, wenn auch kleine Schritt zur Ueberführung des absoluten in einen Verfassungs-Staat war mit der Schaffung der Provinzialstände doch immerhin gethan; diese Provinzialstände, das wußte man, waren das eigenste Werk des Kronprinzen, der ihren Berathungen und Verhandlungen fortgesetzt das lebhafteste Interesse entgegenbrachte: mußten unter solchen Umständen nicht Diejenigen, welche den inneren Zusammenhang der Dinge nicht kannten, von dem Thronfolger, wenn er einmal zur Regierung komme, noch weitere Zugeständnisse, noch weiteres Entgegenkommen erwarten? Mußten bei einem Vergleich des Kronprinzen mit seinem Vater, der, unbeschadet der Liebe des Volkes zu Letzterem, weitaus zu des Ersteren Gunsten ausfiel, die höchsten Erwartungen nicht auch sonst gerechtfertigt erscheinen?



Jakob Ludwig Karl Grimm und Wilhelm Karl Grimm.

Ein schöner, stattlicher Mann in der Vollkraft des Lebens, reich ausgestattet mit allen Gaben des Geistes und des Körpers, geistreich und witzig, von ungewöhnlichen Kenntnissen auf vielen, von gründlichen auf fast allen Gebieten des Wissens und der Kunst, ein glänzender Redner, von Idealen und hochfliegenden Plänen erfüllt und von dem Ehrgeiz beseelt, dereinst einen glänzenden Platz in der Reihe der Hohenzollernfürsten einzunehmen — so stand er dem Volke vor Augen, das ihn jubelnd und hoffnungsfreudig begrüßte, als er am 7. Mai 1840 den Thron seiner Väter bestieg. — Die ersten Wochen und Monate der Regierung des neuen Königs waren auch ganz dazu angethan, diese Hoffnungen und Erwartungen gerechtfertigt erscheinen zu lassen und das Volk in der hohen Meinung von seinem Herrscher zu bestärken.

Regierungsantritt. Eine allgemeine Amnestie für alle wegen ihres politischen Verhaltens Verurtheilten und Verfolgten wurde angekündigt und gab — leider vielfach zu spät — eine große Zahl tüchtiger Männer nach jahrelanger schwerer Kerkerhaft dem Leben und der Freiheit wieder; der Mitbegründer der preußischen Heeresorganisation und frühere Kriegsminister v. Boyen, wegen seines politischen Freisinnes in Ungnade gefallen und 1819 verabschiedet, wurde wieder in den aktiven Dienst berufen und bald darauf an Stelle des verstorbenen Rauch zum Kriegsminister ernannt; E. M. Arndt wurde wieder in seine Bonner Professur eingesetzt; der Turnvater Jahn wurde von der strengen Polizeiaufsicht, unter der er in dem ihm als Wohnort angewiesenen Freiburg a. d. Unstrut lange Jahre hindurch

gelebt hatte, befreit; der Sprachforscher H. F. Maßmann, der als Student an der Wartburgfeier hervorragend betheiligt gewesen war, und die beiden Brüder Jakob und Wilh. Grimm, welche zu jenen „Göttinger Sieben" gehört hatten, die wegen ihres energischen Auftretens gegen den noch zu besprechenden hannover'schen Verfassungsbruch ihrer Aemter entsetzt worden waren, wurden als Lehrer an die Universität zu Berlin berufen. Daß daneben auch Männer von extrem kirchlicher und antiliberaler Richtung, wie der Staatsrechtslehrer Friedrich Jul. Stahl und der als früherer kurhessischer Minister bei allen Liberalen übelberüchtigte Hans Daniel Ludwig Hassenpflug, zu hohen und einflußreichen Stellungen im preußischen Staatsdienst gelangten, daß in der näheren Umgebung Friedrich Wilhelm's IV. nach wie vor Männer wie Eichhorn, Rochow, Thile und Radowitz, denen man mit mehr oder weniger Berechtigung Frömmelei vorwarf und die man als Träger unklarer mittelalterlicher Ideen über Staat und Staatsverwaltung bezeichnete, den ersten Platz behaupteten, das verstimmte zwar, aber es wurde in Anbetracht jener anderen Berufungen übersehen und entschuldigt; schien doch auch das freie Wort der Dichter und Denker am Königsthron wieder eine Stätte gefunden zu haben. — Mehr aber noch war es des Königs persönliches Auftreten, seine Offenheit, der hinreißende Schwung seiner Beredsamkeit, wodurch er in der ersten Zeit seiner Regierung die Herzen seiner Unterthanen gewann und über Preußens und selbst über Deutschlands Grenzen hinaus Aufsehen, ja Bewunderung erregte. Die warmherzigen Ansprachen an die ihn zu seiner Thronbesteigung beglückwünschenden Deputationen, die tiefempfundenen Worte, mit welchen er das Testament seines Vaters veröffentlichte, Alles das zündete, und geradezu begeisternd wirkten die Reden, mit denen er bei der Huldigungsfeier in Königsberg und Berlin vor sein Volk trat.

Die Huldigung in Königsberg fand am 10. September statt. Die Bevölkerung der Provinz leistete durch ihre nach Ständen geordneten Vertreter den Eid der Treue, und eine nach Tausenden zählende Menge füllte den Schloßhof, um Zeuge der feierlichen Handlung zu sein. Als dieselbe beendet war, erhob sich der König von seinem Thron, und mit erhobener Rechten ein gerechtes, treues und christliches Regiment gelobend und den Segen des Höchsten auf seine Regierung, auf sein Volk und auf das theure Vaterland herabflehend, sprach er die begeisterten und begeisternden Worte: „Bei uns ist Einheit an Haupt und Gliedern, an Fürst und Volk, im Großen und Ganzen herrliche Einheit des Strebens aller Stände nach einem schönen Ziel: nach dem allgemeinen Wohl in heiliger Treue und wahrer Ehre. So wolle Gott unser preußisches Vaterland sich selbst, Deutschland und der Welt erhalten, mannichfach und doch Eins; wie das edle Metall, aus vielen Erzen zusammengeschmolzen, nur ein einziges, edles ist, keinem Roste unterworfen, als allein dem verschönernden der Jahrhunderte!"

Zur Feier der gemeinsamen Huldigung der übrigen Provinzen und der Hauptstadt des Landes waren zum Geburtstage des Königs, dem 15. Oktober 1840, aus allen Landestheilen Deputationen und Abgesandte in Berlin eingetroffen. Ritterschaft und Geistlichkeit huldigten zuerst in den inneren Räumen des Schlosses, dann trat Friedrich Wilhelm auf die auf dem Schloßplatze errichtete Throntribüne, um die Huldigung von Stadt und Land entgegenzunehmen. Nicht eine sogenannte glorreiche Regierung mit Geschützesdonner und Posaunenton dürfe man von ihm erwarten, sprach er zu dem versammelten Volke; in Frieden mit der Welt, in der Furcht Gottes und in Liebe gegen die Menschen wolle er sein Regiment führen, mit offenen Augen, wenn es den Bedürfnissen seiner Völker, mit geschlossenen, wenn es der Gerechtigkeit gelte. Dazu müsse er aber auch der Mitwirkung seiner Unterthanen in Liebe und Treue sicher sein, denn die Wege der Könige seien thränenreich und thränenwerth, wenn Herz und Geist ihrer Völker ihnen nicht hülfreich zur Hand gehen. „Ich will", rief er, „vor Allem dahin trachten, dem Vaterlande die Stelle zu sichern, auf welche es die göttliche Vorsehung durch eine Geschichte ohnegleichen erhoben hat, auf welcher Preußen zum Schilde geworden ist für die Sicherheit und für die Rechte Deutschlands.

Am Tage der Huldigung. Nach dem Gemälde von Franz Krüger.

Frau v. Paalzow. P. v. Cornelius. Dieffenbach. Schönlein. Meyerbeer. A. v. Humboldt. L. Tieck. Schinkel. Rauch. Die Brüder Grimm.

In der Begeisterung meiner Liebe zu meinem herrlichen Vaterlande, zu meinem in Waffen, in Freiheit und in Gehorsam geborenen Volke richte ich an Sie, meine Herren, in dieser ernsten Stunde die ernste Frage: Können Sie, wie ich hoffe, so antworten Sie im eigenen Namen, im Namen Derer, die Sie entsendet haben! — Ritter, Bürger, Landleute, und von den hier Gescharten Alle, die meine Stimme vernehmen, ich frage Sie, wollen Sie mit Herz und Geist, mit Wort und That und ganzem Streben, in der heiligen Treue der Deutschen, in der heiligeren Liebe der Christen mir beistehen, Preußen zu erhalten, wie ich es soeben der Wahrheit entsprechend bezeichnete, wie es bleiben muß, wenn es nicht untergehen soll? Wollen Sie mir helfen und beistehen, die Eigenschaften immer herrlicher zu entfalten, durch die Preußen mit seinen nur vierzehn Millionen den Großmächten der Erde beigesellt ist? nämlich Ehre, Treue, Streben nach Licht, Recht und Wahrheit, Vorwärtsschreiten in Altersweisheit zugleich und in heldenmüthiger Jugendkraft? Wollen Sie in diesem Streben mich nicht verlassen, sondern treu mit mir ausharren durch gute wie durch böse Tage? O, dann antworten Sie mir mit dem schönsten Laute der Muttersprache, antworten Sie mir ein ehrenhaftes „Ja'!" — Die Antwort des Volkes glich einem brausenden Jubelsturme, der hie und da in ein donnerndes „Hurrah" überging. Die Ableistung des Huldigungseides seitens der Deputationen, welche an den Stufen des Thrones die vorgelesene Eidesfomel sprachen, beschloß die Feier.

Voll gewaltiger Wirkung durchzog der Eindruck dieser Rede ganz Preußen und Deutschland. Die Art und Weise, wie der neue König von der Theatertribüne auf dem Schloßplatze zum Volke gesprochen, erinnerte an die schönen Zeiten alten deutschen Lebens, in denen Fürst und Volk ihre wichtigsten Angelegenheiten gemeinsam unter freiem Himmel beriethen. Und wer das lebendige Wort aus königlichem Munde vernommen, der fühlte sich angeweht und fortgerissen von dem warmen Hauche vaterländischer Begeisterung, von welcher es getragen ward, und es bedurfte vieler Enttäuschungen und trüber, sehr trüber Erfahrungen, um den Eindruck desselben ganz und gar zu verwischen.

Beziehungen zum Auslande. Zur Zeit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelm's IV. waren die Aussichten auf Erhaltung eines dauernden Friedens keineswegs so günstig, daß er schon damals jene zuversichtlichen Worte hätte sprechen können, „nicht eine sogenannte glorreiche Regierung mit Geschützesdonner und Posaunenton dürfe man von ihm erwarten". Im Gegentheil, die Gefahr einer kriegerischen Verwicklung lag eben damals recht nahe. Wir müssen um des Zusammenhanges willen etwas weiter zurückgreifen.

Die orientalische Frage, als deren letzte Phase wir den Unabhängigkeitskampf Griechenlands und den Russisch-türkischen Krieg von 1828—29 kennen gelernt haben, war zu Anfang der dreißiger Jahre in ein neues Stadium getreten. Durch seine Erfolge im Kampfe der Türkei gegen Griechenland zu ehrgeizigen Plänen aufgestachelt und die augenblickliche Schwäche der Pforte benutzend, hatte Mehemed Ali, der Pascha von Aegypten, mehrere wichtige Provinzen des Türkischen Reiches, unter ihnen auch Syrien, besetzt; die ihm entgegengestellten türkischen Heere wurden geschlagen, und das Heer des Vizekönigs war im Jahre 1833 in Kleinasien unaufhaltsam vorgedrungen, bereits Konstantinopel bedrohend. In ihrer Noth wandte sich die fast wehrlose Pforte an Rußland um Beistand, und bereitwillig ergriff Kaiser Nikolaus die günstige Gelegenheit zur Durchführung seiner auf unumschränkte Herrschaft im Schwarzen Meere gerichteten Pläne, die er im Jahre 1829 nur ungenügend zu verwirklichen vermocht hatte. Die russische Flotte lief ins Mittelmeer ein, ein beträchtliches russisches Heer wurde bei Skutari gelandet, und Rußland schien auf dem besten Wege, denjenigen maßgebenden Einfluß in Konstantinopel zu gewinnen, den es schon so lange eifrig erstrebt und den in ihrem Interesse zu hintertreiben die Westmächte ebenso eifrig bemüht gewesen waren. Letztere hielten es unter solchen Umständen für geboten, nun auch ihrerseits einzuschreiten. Namentlich bot England Alles auf, die Absichten Rußlands bei der Pforte zu verdächtigen; dies gelang: der Sultan Mahmud erklärte sich zu weitgehenden Konzessionen Mehemed Ali gegenüber bereit und schloß mit ihm den von

den Westmächten vermittelten Frieden von Kutahija (6. Mai 1833). Ohne Widerspruch zu erheben, zog Rußland in Befolgung einer klugen Politik sein Heer und seine Flotte zurück. — Mußte es nicht jetzt erst recht der Pforte als ihr wohlwollender Beschützer erscheinen? —



Helmut von Moltke. (Porträt aus dem Jahr 1833.)

Dieselbe zögerte denn auch nicht, in dem Vertrage von Unkiar-Skelessi (8. Juli 1833) ein Schutz- und Trutzbündniß auf acht Jahre mit ihm abzuschließen. Durch dasselbe machte sich der Sultan verbindlich, keinem fremden Kriegsschiffe die Durchfahrt durch die Dardanellen zu gestatten. Rußland hatte damit erreicht, was es wollte: seine Flotte beherrschte das Schwarze Meer, sein Einfluß war maßgebend in Konstantinopel.

Den Westmächten blieb jetzt die Wahl, zur Wahrung ihres eigenen Einflusses entweder die Türkei gleichfalls gegen Mehemed Ali in Schutz zu nehmen, und also, trotz aller Verschiedenheit der Absichten, mit Rußland äußerlich Hand in Hand zu gehen, oder auf die Seite des Paschas von Aegypten zu treten und dadurch die Macht der Pforte trotz des russischen Beistandes vollständig lahm zu legen. Oesterreich und Preußen entschieden sich sofort, England nach einigem Widerstreben für das erstere, Frankreich, das seine Absichten auf die Herrschaft im Mittelmeere am besten mit Hülfe des Aegypters durchführen zu können meinte, für das letztere. Von Frankreich aufgestachelt, erhob sich nun Mehemed Ali von Neuem gegen die Türkei, die im Vertrauen auf die inzwischen begonnene Reorganisation ihrer Wehrkraft durch preußische Offiziere — auch unser greiser Schlachtenlenker Graf Moltke befand sich unter ihnen — mit Zuversicht dem siegreichen Ausgange des Krieges entgegensah. Doch der Aegypter zeigte sich diesmal noch überlegen: sein tapferer Sohn Ibrahim schlug die ihm entgegengesandten türkischen Truppen bei Nissib am Euphrat am 24. Juni 1839, vierzehn Tage darauf ging die ganze türkische Flotte durch Verrath ihres Führers zu Mehemed Ali über, und die Pforte war wieder einmal vollständig wehrlos. Um das Unglück voll zu machen, starb um eben diese Zeit der energische Sultan Mahmud, und sein schwacher, kaum sechzehnjähriger Sohn Abdul Medschid trat an seine Stelle. Es galt nun zu bewirken, daß sich die Türkei nicht abermals Rußland in die Arme werfe; dies zu erreichen, erklärten England, Oesterreich und Preußen die Regelung der orientalischen Frage für eine gemeinsame Angelegenheit der Großmächte. Rußland fügte sich dieser Erklärung, trat von dem Vertrage von Unkiar-Skelessi freiwillig zurück und schickte im Herbst 1839 einen Vertreter zu der Londoner Konferenz, auf der im Gegensatz zu Frankreich, die Zurückweisung der weitgehenden Ansprüche Mehemed Ali's und somit die Erhaltung des derzeitigen Besitzstandes der Pforte beschlossen wurde.

Bedrohung der Rheingrenze. In Frankreich, wo im März 1840 der später so berühmt gewordene Staatsmann Adolph Thiers das Ministerium übernommen hatte, schlug man gewaltig Lärm über diese „Eigenmächtigkeit“ der vier Großmächte, wie man es nannte, und drohte mit einem allgemeinen europäischen Kriege. Die französische Mittelmeerflotte wurde verstärkt, Paris stark befestigt, ein Kredit von 100 Millionen für Rüstungszwecke von der Volksvertretung bewilligt, in den Kammern, in der Presse, in öffentlichen Versammlungen rasselte man gewaltig mit dem Säbel, und schon setzten sich auf dem geduldigen Papier die französischen Bataillone und Geschütze in Bewegung nach der Rheingrenze, an welche man den Krieg gegen die verbündeten Gegner Frankreichs zunächst zu verlegen gedachte. Aber der erwartete Erfolg dieser Drohungen blieb aus. In der orientalischen Politik verharrten die vier verbündeten Großmächte im Bewußtsein ihrer Uebermacht unbeirrt auf dem eingeschlagenen Wege. Während Frankreich durch Ansammlung der preußischen Streitmacht in den Rheinlanden und durch Aufstellung eines starken, marschbereiten russischen Heeres an der russischen Westgrenze eingeschüchtert wurde, gingen russische, englische und türkische Truppen und Flotten gemeinsam gegen Mehemed Ali vor. Nachdem sie ihm mehrere schwere Niederlagen beigebracht hatten, nöthigten sie ihn zu fluchtähnlichem Rückzug aus den besetzten Provinzen und diktirten ihm darauf den Frieden. Der ehrgeizige Vasall der Pforte sah sich genöthigt, allerdings nur zum Schein, sich dem Sultan bedingungslos zu unterwerfen; er verlor Syrien und Arabien, mußte die türkische Flotte zurückerstatten, blieb aber auf Englands Verwendung, das sich dadurch am besten die für seinen Handel wichtige Straße von Suez zu sichern meinte, erblicher Pascha von Aegypten. Um Rußland zufrieden zu stellen, machten sich die Großmächte aus freien Stücken verbindlich, die Straße von Konstantinopel nicht mit ihren Kriegsschiffen zu befahren — eine geringe Abschlagszahlung auf die russischen Forderungen, die im Interesse der Erhaltung des Friedens vorläufig genehmigt wurde. — Die orientalische Frage war weder vertagt, noch gelöst; der „kranke Mann“ konnte auf kurze Zeit wieder frei aufathmen.

Aber begierig wartete seitdem Rußland auf den günstigen Augenblick, den Patienten von Neuem einer womöglich noch radikaleren Kur zu unterwerfen.

Preußen war an diesen orientalischen Wirren nur mittelbar, eigentlich nur im Interesse der Wahrung seiner Großmachtsstellung, der Deutsche Bund als solcher überhaupt nicht betheiligt, und doch waren die im Verlaufe derselben eintretenden Ereignisse, namentlich die kriegerische Haltung Frankreichs und der dort in allen Tonarten erhobene Ruf: „Nach dem Rhein! Nach dem Rhein!" für Preußen wie für das gesammte Deutschland von hoher Bedeutung. Mit elementarer Kraft regte sich zum ersten Male seit den Freiheitskriegen wieder das deutsche Nationalgefühl, das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller deutschen Stämme, die Erkenntniß der Nothwendigkeit treuen und festen Zusammenstehens in der Stunde der Gefahr.

Unvergeßlich ist Jedem, der sich jener erregten Zeit erinnern kann, die Bewegung, welche ganz Deutschland von seinen nordischen Meeresküsten bis zu den Alpen und bis zu den Ufern der Adria durchzitterte, als die Franzosen Miene machten, unsern schönsten vaterländischen Strom zu bedrohen; unvergeßlich die Begeisterung, mit welcher Jung und Alt, Hoch und Niedrig in die zündenden Kriegsgesänge der Dichter einstimmte und vor Allem in das Becker'sche Rheinlied:

„Sie sollen ihn nicht haben,
Den freien deutschen Rhein,
Bis seine Flut begraben
Des letzten Manns Gebein!" —



Max Schneckenburger.

So klang es auf Wegen und Stegen im Norden und im Süden des deutschen Vaterlandes, und auch Max Schneckenburger's „Wacht am Rhein" entstand in jenen Tagen, konnte jedoch wegen Mangels einer zündenden Melodie noch nicht zu der historischen Berühmtheit gelangen, welche ihr dreißig Jahre später zutheil wurde. — Die nationale Begeisterung in Deutschland und die gleichgiltige Haltung der übrigen Großmächte den Drohungen Frankreichs gegenüber verfehlten ihre Wirkung auf die französische Regierung und vor Allem auf König Louis Philipp nicht: das zum Kriege drängende Ministerium Thiers wurde entlassen, ein besonnenes, friedliebendes Ministerium unter Guizot's Leitung trat an seine Stelle und lenkte die Politik Frankreichs wieder in friedliche Geleise. Für Preußens und Deutschlands Zukunft aber war es ein hoher Gewinn, nicht nur, daß das deutsche Nationalgefühl überhaupt wieder erwacht war, sondern vor Allem, daß Preußen in den Augen aller Unbefangenen als der Hort Deutschlands in der Stunde der Gefahr dagestanden, daß alle Unbefangenen gesehen hatten, wie an der Spitze Deutschlands nur Preußen die Wacht am Rhein übernehmen konnte, während Oesterreich im Orient seine eigenen, weitab liegenden Interessen verfolgte. Gerade in den freisinnigen Kreisen des deutschen Vaterlandes verschloß man sich am wenigsten dieser Erkenntniß, gerade sie brachten den Versuchen Friedrich Wilhelm's IV., eine Besserung der deutschen Heeresverfassung herbeizuführen und die Wehrkraft des Bundes straffer und einheitlicher zu organisiren, die meisten Sympathien entgegen. Umsomehr war es zu bedauern, daß die Entwicklung der inneren Angelegenheiten Preußens, namentlich in Hinsicht der Verfassungsfrage, nicht denjenigen Verlauf nahm, der geeignet gewesen wäre, ihm die Sympathien dieser freisinnigen Kreise auch sonst zuzuwenden und zu erhalten.

Die Verfassungsfrage. Das Streben nach politischer Selbständigkeit, welches nach der Thronbesteigung Friedrich Wilhelm's IV. in Preußen immer lebhafter sich kundgab, darf nicht als vereinzeltes Merkmal jener Zeit, sondern es muß in seinem innigen Zusammenhange mit der ganzen auf eine freiere Bewegung in allen wichtigeren Lebensgebieten hinarbeitenden inneren Entwicklung unseres Volkes betrachtet werden. Zwei Zeitströmungen waren es besonders, die mit der Forderung einer freieren Auffassung des Staatslebens in den Vordergrund traten: der Kampf um die Freiheit des Gewissens und das allgemeine Ringen nach Verbesserung der äußeren Lage des Einzelnen. Wie verschieden auch auf den ersten Blick in ihrem Wesen, in Mitteln und Zielpunkten diese bedeutsamen Erscheinungen sich zeigten, so lag ihnen doch ein gemeinsamer Trieb zu Grunde, der sich in dem Stichworte des Tages: „Gleiche Aufklärung, gleiche Freiheit!" mehr oder minder klar aussprach. Mochten auch die Einen das Licht bei der Finsterniß suchen, die Anderen das höchste Gut in sinnlichem Wohlbehagen erblicken, ja mochten Viele den Freibrief der Würde des Menschen vor der ganzen erschaffenen Welt nur in maßloser Willkür verkörpert sehen: offenbar lag jenem unverstandenen Drange die Ahnung zu Grunde, daß alle Menschen dasselbe Anrecht auf eine menschenwürdige Gestaltung ihres Daseins, auf freie Lebensbethätigung haben, und daß, wie verschieden auch die natürlichen Gaben und Verhältnisse sind, das Ziel für Alle das gleiche ist. Auf dem Wege hierzu aber sah man als nächstgegebene Vorbedingungen des zu erstrebenden Heils sowol die Belebung des Volksgeistes als auch die Kräftigung des nationalen Verbandes an, d. h. die Verwirklichung freierer Staatsgrundsätze nach innen und einer wachsenden Machtstellung nach außen. Man glaubte deshalb auf einen Souverän, der durch Betonung aller idealen Geistesinteressen und der warmen Hingebung an das gesammte deutsche Vaterland seinen Regierungsantritt in glanzvoller Weise besiegelt hatte, um so stärkere Hoffnungen setzen und von ihm eine glückliche Lösung der großen Zeitfragen erwarten zu dürfen.

Man glaubte das, und die Wenigsten bedachten dabei, daß Friedrich Wilhelm IV. bereits mit ganz bestimmten vorgefaßten Meinungen und Anschauungen den Aufgaben seiner Zeit gegenübertrat, daß er also diese Aufgaben auch nur in *seinem* Sinne auffassen und in *seinem* Sinne zu lösen versuchen werde. Als Romantiker in großem Stile vermied er zwar die aus zügellosem Schaltenlassen der Phantasie hervorgehenden Irrungen und Fehler der romantischen Schule, um sich vor Allem an ihre treffliche Devise: „Bereicherung des Nationalgeistes mit den Schätzen früherer Zeiten und Völker", zu halten; aber innerhalb des großen Kreises der königlichen Anschauungen kam auch ein schwärmerischer Sinn für die mittelalterliche Welt zur Geltung, und die Gefahr, daß dieser die Thätigkeit und das Wirken Friedrich Wilhelm's IV. als Staatsleiter beeinflussen, daß der König das politische Leben der Feudalzeit in die Gegenwart zu übertragen versuchen und somit eine entschieden ablehnende Haltung den Forderungen der Zeit gegenüber einnehmen werde — diese Gefahr lag um so näher, weil auch die ernsten Studien Friedrich Wilhelm's unter dem Einflusse seiner Lehrer vorwiegend auf die Erkenntniß und auf die Würdigung der Vergangenheit gerichtet gewesen waren. — Vorerst freilich wirkte des Königs Genialität und seine Redfertigkeit wahrhaft blendend. Eine überreiche Welt gab sich in ihnen kund, deren dunkle Punkte erst nach und nach erkennbar werden sollten.

Die Provinzialstände. Allgemein gab man sich bei der Thronbesteigung Friedrich Wilhelm's IV. der Hoffnung hin, derselbe werde aus den Provinzialverfassungen, die er mit einem gewissen Stolze als sein eigenstes Werk betrachtete, allmählich eine konstitutionelle Verfassung für den Gesammtstaat sich entwickeln lassen, zumal man glaubte, in der vorgesehenen Zusammenberufung *ständischer Ausschüsse* aus allen Provinzen zur Berathung und Begutachtung solcher Gesetzentwürfe der Regierung, welche die Interessen des ganzen Landes betrafen, schon den ersten, wenn auch schwachen, Anlauf zu einer solchen Verfassung erkennen zu dürfen. Diejenigen Provinziallandtage, in denen nicht die reaktionären

Strömungen die Oberhand hatten, säumten denn auch nicht, mit ihren Anliegen und Wünschen an die Regierung heranzutreten. Aber damit begann auch die lange Reihe der Enttäuschungen: Anträge, wie diejenigen auf durchgehende Oeffentlichkeit der Stadtverordnetensitzungen, auf vermehrte Vertretung der Stadt- und Landgemeinden der Ritterschaft gegenüber, auf zeitgemäße Veränderungen in der Wahlordnung und ähnliche mehr, wurden rundweg abgelehnt; einem Antrage auf Gewährung von Preßfreiheit wurde nur insoweit nachgegeben, daß eine Milderung des Censurgesetzes von 1819 erfolgte. Noch entmuthigender wirkte die Aufnahme, welche ein aus Anlaß der bevorstehenden Huldigungsfeier von dem Königsberger Kaufmann Heinrich gestellter und vom Provinziallandtage Ost- und Westpreußens fast einstimmig angenommener Antrag bei dem Könige fand. Die preußischen Stände beschlossen nämlich, an Stelle der Bestätigung der ihnen verliehenen Privilegien unter Berufung auf die Verordnung Friedrich Wilhelm's III. vom 22. Mai 1815 die Errichtung von allgemeinen Reichsständen zu erbitten, als deren Vorstufe man die Provinzialstände bisher aufgefaßt habe. Die Antwort des Königs auf diese Kundgebung war milde und freundlich gehalten, aber der tiefgehende Gegensatz zwischen den königlichen Anschauungen und den Wünschen und Bestrebungen des Volkes trat in derselben deutlich zu Tage. Eine allgemeine Landesvertretung, erklärte Friedrich Wilhelm, könne er im Hinblick auf die Eigenart des deutschen Charakters, auf die Stammesverschiedenheiten der Bevölkerung seiner Lande und auf so mancherlei geschichtliche Ueberlieferungen dem Wohle seines Volkes nicht für entsprechend erachten; aber er sei bereit und entschlossen, die auf historischen Ueberlieferungen beruhende Institution der Provinzialstände um so sorgfältiger zu pflegen und zu entwickeln, ihren Wirkungskreis zu erweitern und dadurch die allmähliche Heranbildung einer nationalen, historisch gewordenen Verfassung zu befördern.

Diese Antwort des Königs ging den Ständen am 9. September zu. Sie enthielt keine Zusage, aber auch keine unbedingte Ablehnung, und als er am nächsten Tage bei der Huldigung die begeisterten Worte sprach: „Bei uns ist Einheit an Haupt und Gliedern, an Fürst und Volk, im Großen und Ganzen herrliche Einheit" — da glaubte man dies doch auf eine einheitliche Vertretung des Volkes durch Reichsstände deuten zu dürfen.

Es war dies ein Irrthum. Ein königlicher Erlaß vom 4. Oktober wies diese Auffassung ausdrücklich zurück, und bei der Huldigung in Berlin sprach Friedrich Wilhelm IV. offen seine Ansicht dahin aus, daß Preußen, wenn es Bestand haben und nicht untergehen wolle, vorderhand bleiben müsse, wie es sei, also eine unumschränkte Monarchie.

Der glanzvolle Gesammteindruck jener Festtage hatte damals die Menge über die eigentliche Bedeutung jener Worte nicht sogleich zur vollen Klarheit gelangen lassen; aber das in jener Anschauung abgespiegelte Idealbild des Königs sollte, nachdem die erste freudige Aufregung sich gelegt hatte, immer klarer und schärfer hervortreten. Eine Stimme aus jener Zeit zeichnete dieses Bild, welches den Souverän als Abbild des himmlischen Regimentes darstellt, u. A. mit folgenden Zügen: „Der Herrscher von Gottes Gnaden trägt seine Krone zu Lehn und regiert unter dem Bewußtsein, nur Gott für sein Regiment verantwortlich zu sein. Wie man nun zu Gott nur beten kann, aber nichts fordern darf, so dürfen auch dem Könige nur Wünsche vorgetragen werden, und der Regierung des Königs, die ein Abglanz der göttlichen Regierung sein soll, steht es frei, zu gewähren oder zu versagen. Als Stützen des Thrones, als Gehülfen im Regiment, als Vorbilder des Gehorsams stehen dem Könige in richtiger Stufenfolge von der Höhe des Thrones bis zum niedrigsten Unterthan die Stände zur Seite. Kirchenfürsten, weltliche Fürsten, Grafen, Ritter müssen jeder nach der Stufenfolge seines Standes nach unten hin regieren und zugleich die Freude des Gehorsams nach oben hin bekunden."

Aber wo war das Volk, von welchem man voraussetzen durfte, daß es sich zum Gegenstande der Uebertragung eines derartigen Ideals eignen würde? Das preußische Volk wahrlich nicht, denn in ihm hatte die Idee des Staatsbürgerthums bereits staatliche

Anerkennung gefunden, in ihm lebte noch der Geist eines Friedrich des Großen, welcher den Fürsten nicht als Herrn und Eigenthümer des Staates, sondern umgekehrt als dessen ersten Diener hingestellt hatte. Wie hätte es also gelingen können, in dem preußischen Volke den Sinn für jene eben geschilderte, aber nicht einmal in den gepriesensten Zeiten des Mittelalters wirklich herrschend gewesene veraltete Welt- und Staatsanschauung zu beleben? Es war unmöglich, mochten sich auch gewisse Darlegungen, wie es z. B. in den Schriften Ancillon's und durch den Lobredner des Patrimonialstaates L. von Haller geschehen war, immerhin mit staatsphilosophischem Gewande umkleiden.

Der König freilich mit seinem Herzen voll Liebe schien wohlbefähigt, große Eindrücke hervorzurufen. Aber je größer diese Eindrücke waren, um so erklärlicher war auch der allgemeine Unmuth darüber, daß gerade in der Hauptfrage der Zeit der König dem Verlangen des Volkes gegenüber sich so durchaus ablehnend verhielt. Das Volk mochte und konnte sich für ständische Institutionen nicht erwärmen; es konnte das Nationale, das Historische, das der König in ihnen zu sehen glaubte, nicht herausfinden; sie erschienen ihm zum mindesten ebenso willkürlich, ebenso unhistorisch wie dem Könige eine wirkliche Verfassung, eine wirkliche Vertretung des Volkes nach französischem Muster. Eine solche verlangte man aber, zu dem Verlangen nach einer solchen fühlte das Volk sich berechtigt, und von diesem Verlangen wäre es auch dann wol kaum zurückgewichen, wenn Friedrich Wilhelm schneller und energischer, als es geschah, die verheißene Weiterbildung und Weiterentwicklung der Provinzialstände und ihrer Wirksamkeit ins Werk gesetzt hätte.

Indeß auch damit zögerte der König. Zwar berief er schon 1842 die vereinigten Ausschüsse aller Provinzialstände des Landes nach Berlin und legte ihnen eine Reihe von für die ganze Monarchie bestimmten Gesetzentwürfen zur Berathung und Begutachtung vor, auch trug er sich schon damals mit dem Gedanken, späterhin zu gleichem Zwecke alle Provinzialstände in ihrer Gesammtheit zu einem Vereinigten Landtage zu berufen, aber über allem vorsichtigen Bedenken und Erwägen in Bezug auf unbedeutende, zum Theil kleinliche Fragen vermochte er sich zu einem schnellen, entscheidenden Schritte nicht zu entschließen.

Immer dringender ließen sich inzwischen die mahnenden Stimmen Derjenigen vernehmen, die von Anbeginn der Regierung Friedrich Wilhelm's IV. in Schrift und Wort, ja selbst in begeisterten Liedern und Gedichten ihm zugerufen hatten, der Stimme des Volkes sein Ohr nicht zu verschließen, sich der Zeitströmung zu bemächtigen, um sie zum Heil und Segen des engeren wie des weiteren Vaterlandes in die rechten Bahnen zu leiten, und nicht nutzlos dem rollenden Rade in die Speichen zu greifen, um hinterher doch unfreiwillig seiner Spur folgen zu müssen. Schon im Anfange des Jahres 1841 waren in Königsberg zwei Flugschriften erschienen. In der ersten: „Woher und Wohin?" ward in ruhig gemessener Weise dargethan, daß die Richtung, welche Preußen seit Friedrich dem Großen genommen, und die Gesittung, welche es erreicht habe, eine Reichsverfassung erforderten, und daß der Augenblick gekommen sei, eine solche zu geben. Man könne und dürfe das Volk nicht mehr als eine willenlose Masse ansehen, die den Machthabern blindlings zu gehorchen habe; diese Zeit sei einmal vorüber und lasse sich nicht mehr zurückbannen. Die Schrift schloß mit der Mahnung: „Die Zeit der sogenannten väterlichen oder patriarchalischen Regierung, für welche das Volk aus einer Masse Unmündiger besteht und sich beliebig leiten und führen lassen soll, läßt sich nicht mehr zurückführen. Wenn man die Zeit nicht nimmt, wie sie ist, das Gute daraus nicht ergreift und es in seiner Entwicklung fördert, dann straft die Zeit."

Wäre doch diese Mahnung gewürdigt worden, zumal sie von einem Manne kam, der sich als einen der Treuesten der Treuen bewährt hatte! Der Oberpräsident von Preußen, H. Th. v. Schön, war der Verfasser dieser Schrift. Er erhielt seine Entlassung. — Entschiedener noch wirkte die andere Broschüre unter dem Titel: „Vier Fragen". Mäßig in der Form, aber unerbittlich in der Logik, faßte der Autor derselben das, was Schön

als ein Gebot der Klugheit und politischen Nothwendigkeit hingestellt und empfohlen hatte, als ein gutes Recht auf, welches sich das Volk durch seine Kraft und Ausdauer in den Befreiungskriegen erworben habe. Die vier Fragen waren: 1) Was wünschten die preußischen Stände? — 2) Was berechtigte sie dazu? — 3) Welcher Bescheid ward ihnen? — 4) Was bleibt ihnen zu thun übrig? — Und die Antworten lauteten: Zu 1: Sie wünschten Theilnahme der Bürger am Staat. — Zu 2: Das Bewußtsein eigener Mündigkeit und ihre bereits am 22. Mai 1815 erfolgte Mündigsprechung berechtigten sie dazu. — Zu 3: Als Bescheid ward ihnen Anerkennung ihrer treuen Gesinnung, Abweisung der gestellten Anträge und vertröstende Hinweisung auf einen unbestimmten Ersatz. — Zu 4: Dem gegenüber bleibt ihnen nichts übrig, als das, was sie bisher als Gunst erbeten, nunmehr als klar erwiesenes Recht in Anspruch zu nehmen. — Trotz eines schnell erlassenen Verbotes fand diese Flugschrift die weiteste Verbreitung und erregte durch ihre kühne Sprache in Preußen sowie auch außerhalb Preußens berechtigtes Aufsehen.



Friedrich Wilhelm Josef von Schelling.

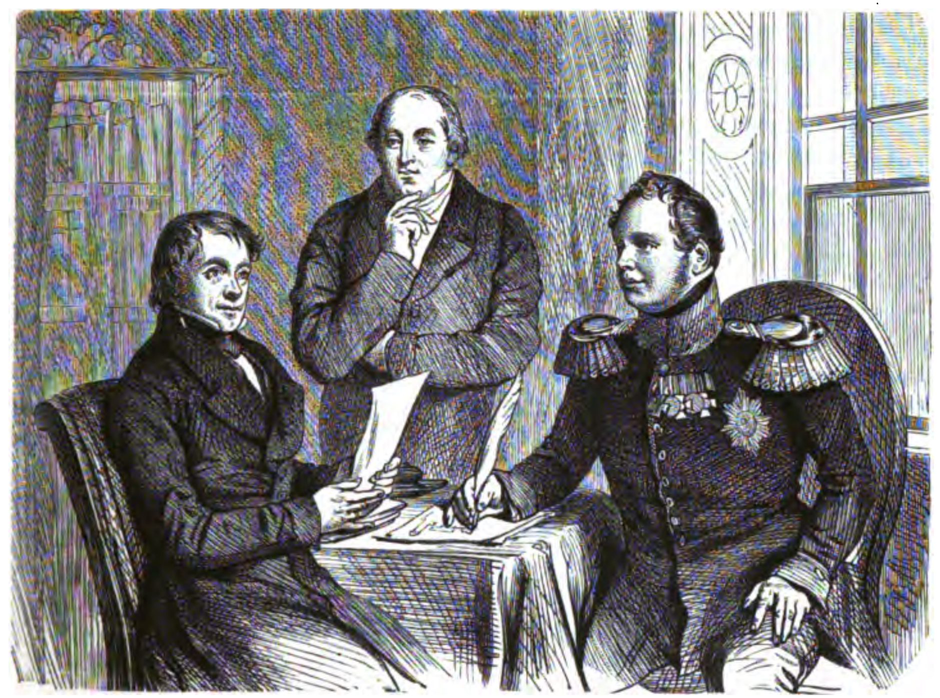
Der König fühlte sich durch die „Vier Fragen“ und ihre Beantwortung persönlich aufs Tiefste verletzt und ließ sich, als das Kammergericht zu Berlin den wegen „Majestätsbeleidigung, Hochverrath und unehrerbietigen Tadels der Bundesgesetze“ zur Verantwortung gezogenen Verfasser, Dr. Johann Jakoby aus Königsberg in Preußen, in letzter Instanz freisprach, zu dem bedenklichsten aller Schritte verleiten, die ein Monarch unter solchen Umständen thun darf: er erließ eine Verordnung, welche die Unabhängigkeit des Richterstandes zu gefährden drohte und eine Zahl von Richtern zur Niederlegung ihrer Aemter veranlaßte, nachdem schon vorher infolge der erregten Aeußerung des Königs, daß er in solchen Fragen das Amt von der Person nicht trennen könne, der Präsident des Kammergerichts, von Grolmann, aus seiner Stellung freiwillig ausgeschieden war. — Friedrich Wilhelm IV. war durchdrungen von der Ueberzeugung, nur dem Wohle seines Staates und seiner Unterthanen zu dienen, indem er dem ungestümen Drange nach einer so unvermittelten Neuerung, wie die Einführung einer Verfassung nach französischem Muster in dem streng monarchischen preußischen Staate es sein würde, mit allen Kräften sich widersetzte. Er übersah, daß im Leben der Völker ein Jahr nicht immer nur ein Jahr, ein Jahrzehnt nicht immer nur ein Jahrzehnt ist, daß in einem Jahrzehnt sich das Ergebniß der Entwicklung eines ganzen Jahrhunderts zusammendrängen kann, und daß er in einer solchen Zeit beschleunigter Entwicklung lebte. Nichts lag dem Könige ferner als persönliche Herrschaftsgelüste. Er war sich der reinsten und edelsten Absichten bewußt; seine in der Erziehung und in eigenen Erfahrungen wurzelnde Auffassung des Königthums, vom historischen wie vom christlichen Standpunkte betrachtet, ließ es ihm als sein Recht, ja als seine Pflicht erscheinen, der Wohlfahrt seines Volkes auf dem Wege zu dienen, den er als den besten erkannt hatte.

Aber diesem Rechtsbewußtsein des Königs stand das ebenso starke Rechtsbewußtsein der großen Mehrheit seines Volkes gegenüber; und wie es zu gehen pflegt, wo zwei im Recht zu sein glauben, so auch hier: die Gegensätze zwischen König und Volk verschärften sich immer mehr, und immer mehr gingen Beider Wege aus einander. Je ungestümer das Volk drängte, um so fester beharrte Friedrich Wilhelm auf seinem Standpunkte, und je weniger wählerisch das Volk in der Wahl seiner Mittel wurde, um so mehr griff auch Friedrich Wilhelm zu Mitteln, wie sie ihm als König zur Geltendmachung seiner Ansicht zur Verfügung standen. — Den oben erwähnten beiden Flugschriften und den wiederholten Petitionen um Einführung von Reichsständen setzte der König endlich bei Gelegenheit eines Empfanges in Breslau die schroffe und gereizte Erklärung entgegen: „Die Einführung von Reichsständen sei, wie eine fünfundzwanzigjährige Erfahrung ihm gezeigt habe, unzweckmäßig, und keine Macht der Erde solle sie ihm abzwingen!"

Des vergeblichen Mahnens und Zurufens müde, gingen Männer wie G. Herwegh, R. Prutz, F. Freiligrath, F. Dingelstedt, Hoffmann v. Fallersleben und Andere, die den König bei seinem Regierungsantritte jubelnd und hoffnungsfreudig begrüßt hatten, in das Lager der Opposition über, wogegen sich der König immer ausschließlicher mit Männern von extremer kirchlicher und politischer Richtung umgab. Der wol rechtskundige, aber bei aller Gelehrsamkeit doch einseitige Eichhorn, dem Frömmelei nachgesagt ward, erhielt an Stelle des freisinnigeren Ministers v. Altenstein das Kultusministerium, der mystische Philosoph Schelling ward nach Berlin berufen, um die Hegel'sche Richtung zu bekämpfen. Und als nun von verschiedenen Seiten nicht nur die Regierungsthätigkeit und die Regierungsorgane Friedrich Wilhelm's IV. zum Gegenstande gehässiger Angriffe gemacht wurden, als man namentlich nach dem bedauernswerthen Vorgange Heinrich Heine's und einiger anderen Dichter und Schriftsteller der jungdeutschen Schule selbst an der Person des Königs und an seinem Privatleben mit schnödem Spotte sich zu vergreifen wagte, da griff auch dieser zu dem letzten und äußersten Mittel, zu polizeilichen Maßregelungen nach Metternich'schem Stile, von denen zunächst Georg Herwegh und Hoffmann von Fallersleben, der Dichter der „unpolitischen Lieder", etwas später zwei süddeutsche Volksmänner, J. A. von Itzstein und Karl Theodor Welcker, welche eine Reise nach Norddeutschland zu Agitationszwecken benutzten, betroffen wurden.

Mehrere Jahre lang wurde in dieser Weise mit Mitteln, die den großen Aufgaben der Zeit gegenüber doppelt kleinlich erschienen, der Kampf fortgesetzt, und dieser Kampf wirkte wahrhaft verderblich. Ursprünglich vielversprechende und zum Besten des Staats leicht ausnutzbare Kräfte schlugen in das Gegentheil um. Es kam nicht zu gewaltsamen Ausbrüchen, dagegen nahm die Aufregung den Charakter einer dumpfen und beängstigenden Gährung an. Allerdings war aus ihr selbst eine irgendwie bedeutende Erschütterung des bestehenden Staatswesens nicht zu befürchten, wohl aber war die Besorgniß begründet, daß ein Anstoß von außen, der bei dem Vorhandensein der leidenschaftlichen Parteikämpfe in Frankreich über kurz oder lang unvermeidlich schien, genügen möchte, auch in Preußen die Unzufriedenheit zu jähem Ausbruch zu bringen.

Rascher als bei dem mehr zur Heiterkeit hinneigenden Sinne Friedrich Wilhelm's IV. zu erwarten stand, verbitterte und verfinsterte sich sein Gemüth. Immer mehr gefiel er sich darin, den ihm allenthalben entgegentretenden Widerstand „als einen Ausfluß des bösen Prinzips in der Welt" zu betrachten. Und in der That, ein eigener Unstern schien über allen Maßnahmen dieses Monarchen zu walten, der mit so freudigen Hoffnungen und mit hehrem Wohlmeinen in sein Herrscheramt eingetreten war: der unerfreuliche Gang der inneren Politik hatte ihm, der von den besten Absichten beseelt war, die Herzen seiner Unterthanen entfremdet; auf einem andern, auf dem kirchlichen Gebiete, war völlige Ergebnißlosigkeit das Resultat aller auf die Hebung des religiösen Lebens abzielenden Bestrebungen des wahrhaft frommen Monarchen.



Friedrich Wilhelm IV., Bunsen und Eichhorn.

Die kirchlichen Angelegenheiten.

In der Milde seines Herzens glaubte Friedrich Wilhelm IV. schon bald nach seinem Regierungsantritte jene Maßnahmen gegen die widerspenstigen katholischen Kirchenhäupter aufheben zu müssen, zu welchen sein Vater sich genöthigt gesehen hatte. Er entließ sowol den Erzbischof von Köln, Droste zu Vischering, als den Erzbischof von Posen und Gnesen, Martin von Dunin, aus der Haft, dabei, wie man annahm, jenem romantischen Zuge seiner Seele folgend, der zur mittelalterlichen oder, wie auch gesagt wird, zur „katholischen Weltanschauung" hinneigte.

Aussöhnung mit der katholischen Kirche. Die natürlichen Folgen dieser auch nachmals offenbarten nachgiebigen Gesinnung konnten nicht ausbleiben; der Katholizismus begann auch in Deutschland, wie in dem übrigen Europa, eine überraschende Macht zu entfalten. Neue Klöster wurden gegründet, Vereine zur Verbreitung römischer Gesinnung gestiftet; der Ultramontanismus bemühte sich ohne Scheu und gar bald mit Erfolg, die Weltherrschaft des „unfehlbaren" Stellvertreters Christi „im Reiche Gottes" wieder aufzurichten. Ueberall bearbeiteten seine Sendboten, voran die Jesuiten, die rechten Kreise, das Land nach allen Richtungen durchziehend, predigend und neue Erfolge vorbereitend. Bald beherrschte mittels abgeschlossener Konkordate das Papstthum die Regierungen, und seine Ansprüche steigerten sich fortan in erschreckendem Maße. Eine neue Aera des Romanismus war angebrochen. Das Schlimmste aber gegenüber solchen Fortschritten des Katholizismus blieb die Schwäche und Unklarheit des protestantischen Bewußtseins und die von oben her begünstigten hierarchischen Gelüste, der Konfessionalismus und Separatismus, und daran scheiterten auch vor Allem die auf Herstellung eines allgemeinen kirchlichen Friedens und auf Regeneration des Protestantismus gerichteten Bestrebungen Friedrich Wilhelm's IV.

Errichtung des preußisch-englischen evangelischen Bisthums in Jerusalem. Die Gründung des preußisch-englischen Bisthums in Jerusalem bald nach dem Regierungsantritte des Königs hatte eine den Erwartungen desselben ganz entgegengesetzte Aufnahme gefunden, nachdem man die näheren Bedingungen dieser Stiftung kennen gelernt.

Wesentlichen Einfluß auf die Entschließungen des Königs in kirchlichen Angelegenheiten übte jener Karl Josias Freiherr von Bunsen aus, den wir in der Zeit des Kirchenkonflikts als preußischen Gesandten am päpstlichen Hofe kennen gelernt haben. Eine italienische Reise, die Friedrich Wilhelm IV. als Kronprinz unternahm, hatte ihn mit diesem Manne in nähere Berührung gebracht, und aus dieser ersten Begegnung entwickelte sich infolge zahlreicher Anknüpfungspunkte in den politischen und religiösen Anschauungen Beider in der Folge ein fast freundschaftliches Verhältniß. Doch fehlte es, namentlich in der Frage der Organisation und Verfassung der protestantischen Kirche, auch nicht an Gegensätzen in den Ansichten des Königs und seines Berathers. Bunsen war einer der Hauptvertreter der sogenannten Vermittlungstheologie: dem Rationalismus und der ungezügelten Freiheit in der Kirche gleich fern stehend wie der starrgläubigen, herrschsüchtigen Orthodoxie, dachte er sich die Wiederbelebung des religiösen Lebens in ganz anderer Weise gefördert, vertieft. Er suchte und fand die Grundlage der christlichen Kirche in der Gemeinde. Nicht die Priester sollten herrschen, sondern das christliche Volk selbst sollte sich fortan seiner religiösen Angelegenheiten annehmen. Wie einst im Anfange des Christenthums in den Tagen der Apostel die Gläubigen selbst den eigentlichen Kern und das Wesen der Kirche gebildet hatten, wie Luther und die anderen Reformatoren es gewollt und theilweise durchgeführt, daß die christliche Gemeinde zur Selbstregierung gelange und thätigen Antheil an Allem nehme, was dazu gehöre, so forderte Bunsen für die eigentliche Gemeinde ihr gutes, altes Recht zurück. Er erkannte, daß die Kirche auf der Stelle stehen geblieben sei, welche sie sich vor dreihundert Jahren unter schweren Kämpfen errungen hatte, und wie nothwendig es sei, den Ausbau ihrer Verfassung und den Wiederaufbau ihres zerfallenden Gemeinschaftslebens aufzunehmen und gemäß den Anforderungen der Zeit zu Stande zu bringen. Er erkannte, daß es damit hohe Zeit sei, wenn nicht das kirchliche Leben und die religiöse Gesittung des protestantischen Deutschland ernstlich Schaden leiden solle; er erkannte, daß an jedem einzelnen Orte, in jeder Provinz und in ganz Deutschland der christliche Laienstand mit in die Arbeit am Neubau der kirchlichen Zukunft eintreten müsse, wenn nicht die theuersten Errungenschaften der Reformation verloren gehen sollten. Denn die Kirche ist nicht etwa blos eine Lehranstalt für das unreife Geschlecht, wie viele Protestanten meinen, sie ist auch nicht eine Zwangsanstalt, eine allmächtige Priesterschaft, welche die Gedanken und Gewissen der Menschen bändigen und beschwichtigen soll: sie ist und soll sein das innerste Heiligthum eines Volkes, an dem Alle gleiches Recht haben; sie ist und soll sein die Burg der Freiheit und des Friedens; sie ist eine Gemeindekirche und keine Priesterkirche. Gemeindekirche — dies Wort sagt Alles, wenn recht verstanden; sie findet ihre Vollendung in einer freien Organisation, welche in der Nationalkirche gipfelt, die überall in Synoden ihre Angelegenheiten selbständig ordnet.

Der Oberkirchenrath. Friedrich Wilhelm IV. dagegen verlegte den Schwerpunkt des Kirchenregiments in den von ihm geschaffenen Oberkirchenrath. Leider war, da die einseitigen Lutheraner in demselben bald zu entscheidendem Uebergewicht gelangten, von hier aus eine Regeneration und eine Weiterentwicklung des Protestantismus im Sinne der fortschreitenden Zeit nicht zu erwarten. Allerdings hofften der König und seine Berather das Beste von der Wirksamkeit der unter dem Einflusse Bunsens eingeführten und 1843 zuerst zusammenberufenen Kreis- und Provinzialsynoden und noch mehr Heilsames von dem Zusammentreten der großen General- oder Landessynode, die das Werk der Kirchenverfassung krönen sollte: aber diese Synoden, in welchen die freisinnigen Elemente vielfach die Oberhand behaupteten, gingen nach der Ansicht des strenggläubigen Königs bald

zu weit, ihre Beschlüsse wurden nicht sanktionirt, und so diente auch diese Institution nicht dazu, ein Gegengewicht gegen etwaige Ueberschreitungen der obersten Kirchengewalt zu bilden, vielmehr die einseitigen rückläufigen Bestrebungen derselben indirekt zu unterstützen.

Alsbald begann denn auch die Geistlichkeit an dem mühsam zu Stande gebrachten Werk der Union zu zerren. Jeder Pfarrer glaubte sich berufen, seine Ansichten in die Gemeinde hineinzutragen. Auf einzelnen Synodalversammlungen beschlossen die Geistlichen sogar, die Bezeichnung als „evangelische Gemeinde" fallen zu lassen und den Unionsritus aufzuheben.

Leider sollte der für solche Wendung mitverantwortlichen romantischen Neigung des Königs, welche mehr das Ansehen der Offenbarung und den positiven Glauben als die freie Forschung begünstigte, auch sein Verhalten gegenüber den extremen Parteien innerhalb der evangelischen Kirche selbst entsprechen; diese Parteien machten sich auf dem Boden des Protestantismus als orthodoxe Richtung, die sich streng an die wörtliche Auffassung des biblischen Textes hält, und als antirationalistische Strömung geltend. Der Anspruch auf freiere Auslegung als ein Recht der menschlichen Vernunft ward zurückgewiesen. Allerdings hatte auch Friedrich Wilhelm III., obwol er in der von ihm geschaffenen Union eine Vereinigung zwischen Lutheranern und Reformirten erstrebt und dadurch sich über spitzfindige Glaubensunterschiede gestellt hatte, vielfach eine gewisse persönliche Vorliebe für die orthodoxe Richtung durchblicken lassen. Doch hatte er der in Preußen thatsächlich von jeher geduldeten Lehrfreiheit wesentliche Hindernisse nicht entgegengesetzt; ja er hatte in seiner unmittelbaren Nähe, in Berlin, eine philosophische Schule unbehelligt sich entwickeln lassen, welche den äußersten Gegensatz zu allem positiven Christenthum bildete. Es scheint ihn der weise Grundsatz geleitet zu haben, einzelne, wenn auch bedenkliche Bewegungen des Geistes, sobald sie nur das allgemeine Wohl nicht unmittelbar bedrohten, sich selbst und dem läuternden Einfluß der Zeit zu überlassen. In diesem Sinne hatte sein Minister Stein vom Altenstein, der mehrfach schon genannte Förderer allgemeiner Bildung in Preußen, sich meist damit begnügt, nach beiden Seiten hin dem Uebermaße zu steuern, ohne selbst Partei zu ergreifen. Friedrich Wilhelm IV., von Herzen ebenso wohlwollend, aber in Bezug auf Doktrinen ausschließlicher als sein Vater, glaubte Wahrheit und Recht nur in bestimmten Formen enthalten und ließ seinen Kultusminister Eichhorn, welcher ehemals für einen Freund des Fortschrittes gegolten hatte, andere Wege einschlagen. Die große Idee der Humanität, welche nicht dem Christenthum, wohl aber einer engherzigen Auffassung desselben widerstrebt und seit Wiederbelebung der Wissenschaften die heutige Gesammtbildung so wesentlich gehoben hat, sollte unter Eichhorn's Führung einem einseitigen kirchlichen System untergeordnet werden und dieses die Wissenschaft „zur Umkehr" nöthigen. Diese verderbliche Richtung machte sich nicht allein in der protestantischen Kirche durch Begünstigung einer übertriebenen, freie Forschung und Gewissensfreiheit beschränkenden Strenggläubigkeit, sondern auch auf allen Stufen des öffentlichen Unterrichts, sogar bei Besetzung einzelner Lehrstühle der Universität durch fanatische Verfechter mittelalterlicher Staats- und Kirchenlehren, wie Professor Julius Stahl, geltend. Es wurden in dieser Beziehung schon auf dem ostpreußischen Landtage von 1843 herbe Klagen erhoben.

Bei Gelegenheit der dritten Säkularfeier der Königsberger Universität im Jahre 1844 gab sich die Unzufriedenheit über die Eichhorn'sche Verwaltung noch lauter in den Reden einiger Professoren kund, was von dem anwesenden Könige als ein mittelbarer Angriff auf sich angesehen und von ihm mit Unwillen zurückgewiesen wurde.

Der heilige Rock zu Trier. Gewiß den schroffsten Gegensatz zu jenen Kundgebungen bei der Jubelfeier einer protestantischen Universität, an welcher der größte Denker neuerer Zeit gewirkt hatte, bildete eine kirchliche Schaustellung in Trier, die innerhalb der katholischen Kirche Preußens eine Spaltung und vorübergehend große Besorgnisse erregte. Im August 1844 wurde in der Hauptkirche zu Trier der Verehrung der Gläubigen eine Reliquie, „der heilige Rock", dargeboten, ein nahtloses Gewand, das nach einer aus dem

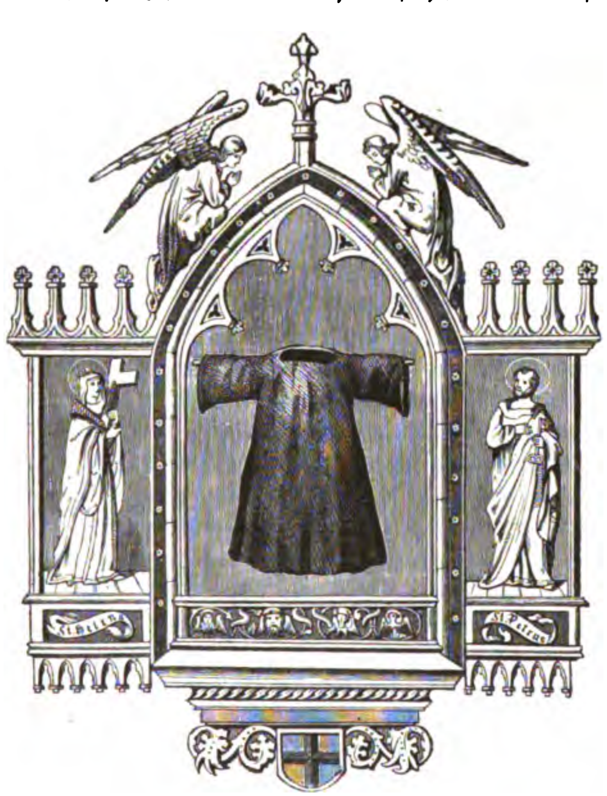
Mittelalter herrührenden Sage vom Heiland während der letzten Jahre seiner irdischen Laufbahn getragen worden sein sollte. Jene kirchliche Feier würde, ungeachtet des Zuströmens von mehr als einer halben Million Menschen, an sich keine außerordentliche Aufmerksamkeit erregt haben, da von Zeit zu Zeit Aehnliches in allen katholischen Ländern geschieht, hätten nicht Unruhe und Erregung damals in den Gemüthern gelegen. Sie kamen bei dieser Gelegenheit zum Ausbruch und verliehen einem sogenannten Absagebrief, der von einem jungen Geistlichen in Schlesien, **Johannes Ronge***), an den Bischof **Arnoldi** von Trier gerichtet wurde, eine ungewöhnliche Wichtigkeit, und es bildete sich durch den Abfall einer Anzahl aufgeklärter Katholiken von ihrer Mutterkirche eine neue Religionsgesellschaft, die der sogenannten „**Deutschkatholiken**“, welcher freilich eine große Zukunft nicht erblühte.

Religiöse Bewegungen. Es scheint, daß außerhalb des Katholizismus und des Protestantismus eine selbständige religiöse Gestaltung für die Dauer nicht auf hinlängliche Kraft zum Fortgedeihen rechnen könne. Auch die neue Sekte erlangte nur insofern vorübergehende Bedeutung, als ihr ähnliche Bestrebungen innerhalb der evangelischen Kirche zur Seite traten. Die sogenannten „freien Gemeinden“, zu welchen sich die „Lichtfreunde“ oder Anhänger des Rationalismus gesellten, entsprangen, gleich jenen katholischen Sekten, aus dem Widerspruche gegen die übertriebenen Folgerungen positiver Lehren und deren Begünstigung seitens der Regierung. Im Grunde übertrugen sie nur die Unruhe und Verwirrung, welche schon reichlich auf dem politischen Boden der Zeit wucherten, auf das kirchliche Gebiet, ja unter dem kirchlichen Sektenwesen lag wesentlich der politische Parteigeist verborgen. Man durfte im Allgemeinen annehmen, daß die Rationalisten, damals besonders von Volkspredigern wie Leberecht **Uhlich** und G. Ad. **Wislicenus** geführt, sich zum Konstitutionalismus oder zur Demokratie bekannten, während die Orthodoxen und Pietisten, unter denen sich der Berliner Professor E. W. **Hengstenberg** durch zelotischen Eifer hervorthat, dem Absolutismus anhingen und deshalb vor den Augen des Königs besondere Gnade fanden. Die Begünstigung von oben herab, welche den Anhängern der letztgenannten extremen Richtung zu Theil wurde, konnte einer Versöhnung der verschiedenen Glaubensmeinungen nicht förderlich sein; sie erzog vielmehr eine Anzahl ehrgeiziger und unbefriedigter Theologen, welche, anstatt in ihrem Kreise zu trösten und zu erbauen, manchem stillen Gemüthe empfindlichen Schaden zufügten und edle Herzen tief verwundeten.

Fast zu spät wurde ein nur provisorisches Auskunftsmittel gefunden, welches in dem Patent vom 30. März 1847 über die Bildung neuer Religionsgesellschaften dem religiösen Zwangsrecht des Staates die Spitze abbrach. Dieser Erlaß gewährte Allen, welche sich in ihrem Gewissen nicht dem Glauben ihrer Kirche anschließen konnten und deshalb zu einer besonderen Religionsgesellschaft vereinigen wollten, den freien Austritt unbeschadet ihrer bürgerlichen Rechte, und er verband hiermit die Einführung einer bürgerlichen Beglaubigung der Geburten, Heirathen und Sterbefälle. Es war aber doch nur ein Nothbehelf, der weniger den Stempel gesetzlicher Sanktion der Glaubensfreiheit als den Charakter der Duldung an sich trug, und der die gewährte Vergünstigung obenein an die Bedingung knüpfte, daß die anzuerkennenden neuen Religionsvereine sich dazu verpflichteten, „Ehrfurcht gegen die Gottheit, Gehorsam gegen die Gesetze, Treue gegen den Staat zu pflegen und sittlich gute Gesinnungen zu wecken.“ Letztere Vorsichtsmaßregel hatte ihren guten Grund, da die frei zu veranstaltenden Versammlungen zu ausgesprochenen religiösen Zwecken nicht selten zur Erörterung allgemeiner politischer wie sozialer Mißstände benutzt worden waren. Durch öffentliche Reden sogenannter „Volksbeglücker“ bei derartigen Gelegenheiten ward der natürliche Drang nach Verbesserung der äußeren Lage dem niederen Volke immer mehr zum Bewußtsein gebracht, welches aus den empfangenen Lehren nur zu leicht den Trieb, seine Ueberzeugungen auch äußerlich geltend zu machen, ziehen konnte.

*) Als eigentlicher Urheber und Verfasser des Briefes gilt ein Graf Reichenbach.

Wirksamkeit der Synoden. Es wurde weiter oben vorübergehend der Kreis- und Provinzialsynoden gedacht und dabei erwähnt, daß dieselben hauptsächlich unter dem Einfluß Bunsen's als Vertreters der sogenannten Vermittlungstheologie von Friedrich Wilhelm IV. eingeführt und 1843 zuerst zusammenberufen wurden, um über die bestehenden Mängel der kirchlichen Zustände und ihre Abstellung zu berathen. Die freisinnigeren Elemente waren auf diesen Synoden meist sehr zahlreich vertreten, aber, gestützt auf die Autorität der Regierung und der obersten Kirchenbehörden, wußte sich die strenggläubige, frömmelnde Richtung, auch wo sie in der Minderheit war, so entschieden geltend zu machen, daß der eigentliche Zweck der Synoden dadurch vollkommen vereitelt wurde. Es wurden hier von der orthodoxen Partei verschiedener Anträge auf Ueberwachung des Lehrbegriffs und Beaufsichtigung der Lehrer durch die Geistlichen gestellt — bedenkliche Versuche, ein dem Wesen des Protestantismus fremdes Zwangsrecht der kirchlichen Behörden über die weltlichen Gemeindeglieder einzuführen. Der lebhafte Widerspruch, den solche Vorgänge erregten, fand nicht blos in mit großer Energie vorgetragenen Klagen der Rationalisten, Lichtfreunde und freien Gemeinden, sondern sogar in unmittelbaren Beschwerdeschriften Ausdruck, welche der Berliner Magistrat und nach ihm die städtischen Behörden von Breslau und Königsberg der Regierung einreichten. Aber diese und ähnliche Kundgebungen hatten nur fruchtlose Erörterungen und verletzende Abweisungen zur Folge, da der König, der innerhalb der Landeskirche an den alten Symbolen unbedingt festhielt und in der Anzweiflung ihrer bindenden Kraft eine Gefahr für diese Landeskirche erblickte, persönlich für die Partei der Strenggläubigen eintrat. So kam es, daß auch die 1846 zu Berlin abgehaltene Generalsynode das Versöhnungswerk durch eine neue Kirchenverfassung gerade nicht förderte; herrschte doch unter den Gläubigen selbst nur geringes Einverständniß über die Grenzen der Kirchenzucht und die Mittel zur wirksamen Herstellung des kirchlichen und staatlichen Friedens.



Der heilige Rock zu Trier. (Zu S. 194.)

Evangelische Konferenz. Die Landessynode. Als die Frage bezüglich einer allgemeinen Kirchenversammlung des Landes angeregt wurde, dachte sich der König die Stellung letzterer immer nur in seiner ausschließenden Weise. Er sah die Synoden nicht als die Vertreter der Kirche gegenüber den kirchlichen Behörden an, etwa nach Analogie konstitutioneller Kammern, sondern als selbständige Körper mit Vertretung der Kirche nach außen; ihre Mitglieder sollten daher nicht durch Wahl, sondern auf Grund eines Kirchenamtes oder höheren Auftrages berufen werden. Ihm schien die Idee eines theologischen

Herrenhauses vorzuschweben, darauf berechnet, den Akten des Kirchenregiments einen höheren Glanz zu verleihen und sie mit dem Schein einer höheren Nothwendigkeit zu umgeben. Es kam jedoch die beabsichtigte allgemeine Landessynode nicht zusammen, da eine später zunächst aus vierzig Vertrauensmännern im Herbst 1846 berufene „Evangelische Konferenz" die Nothwendigkeit einer Synode nicht anerkannte, vielmehr dem herrschenden Kirchenregiment volle Autorität für Regelung der damals brennenden Fragen, der liturgischen Reform und Ordnung der Ehefrage, zusprach.

Ausgehend von dem Gedanken einer Neugestaltung der Kirche aus sich selbst durch eine konstituirende Landessynode war man im Grunde über die Schaffung eines Oberkirchenrathes nicht hinausgekommen. Allerdings ward von der berathenden Landessynode viel Staub aufgewirbelt; doch auch die Ergebnisse der evangelischen Konferenz zeigten sich ungenügend, und schließlich war man wieder zu dem landesherrlichen Verordnungsrecht in kirchlichen Angelegenheiten hingeleitet worden.

Was mit so großen Hoffnungen ins Werk gesetzt worden war, mußte zunächst als vollkommen gescheitert betrachtet werden, und selbst die mühsamen Errungenschaften früherer Tage drohten bei dem allgemeinen Zerfall in Mitleidenschaft gezogen zu werden. — Alle Irrthümer des Monarchen wurzelten in dessen Ueberzeugung, daß der positive, in Bekenntnissen formulirte Glaube von der äußerlichen Kirche, dem Kirchenregimente, genährt und wieder belebt werden könne und müsse, und er erkannte an, daß kirchliche Formen nur so lange ihre spezifische Bedeutung behalten, als sie selbst das Ergebniß einer im Gemüth der Menschen wirksamen Gläubigkeit sind.

Eigenthümlicher Weise meinte er dennoch, das strenge, feststehende Bekenntniß durch die Kirche sicher stellen zu können, während das mit Recht gepriesene Werk König Friedrich Wilhelm's III., die zur Thatsache gewordene Union, wesentliche Verschiedenheiten in den beiden protestantischen Hauptbekenntnissen bereits seit längerer Zeit zugelassen, ja solche möglichst ausgeglichen hatte. Auf diesem Punkte beharrte in Preußen die freisinnige Unionspartei. Sie zählte in den größeren Städten unter der Geistlichkeit wol eifrige Vertreter, schien dagegen in den ländlichen Kreisen allmählich aussterben zu wollen, weil die Toleranz jener sowol von der Regierung als von den Patronen ländlicher Gemeinden kurzweg mit Aufklärung und Irrlehre in Zusammenhang gebracht und dadurch verdächtigt wurde.

Wortführer jener, oft auch als „evangelisch" bezeichneten Partei waren in Berlin die Prediger Jonas, Pischon und Sydow. Vor 1848 wegen ihrer wissenschaftlichen Tüchtigkeit und ihrer Wirksamkeit allgemein geachtet, mußten dieselben nothwendig an Geltung verlieren, als man später versuchte, die Märzbewegung lediglich als eine Folge der Gottlosigkeit hinzustellen. Als nach 1848 die Grundzüge der Gemeindeordnung bekannt gemacht waren, forderten die Vertreter dieser Richtung von dem Oberkirchenrath die ausdrückliche Erklärung, daß die Bekenntnisse, sowol die alten wie die reformatorischen, nur als ehrwürdige Zeugnisse der Schriftauslegung ihrer Zeit zu betrachten seien. Daß hierauf nicht eingegangen werden würde, ließ sich voraussehen. Im Laufe der Zeit ging diese freisinnige Partei noch mehr zurück. Die neben dieser zur Geltung gelangte kirchliche Unionspartei, welche zwar den Gegensatz der in der evangelischen Kirche vereinigten Bekenntnisse nicht wieder belebt zu sehen wünschte, aber an einem übernatürlichen Standpunkt in der Lehre festhielt und das geistliche Element in der Kirchenverfassung zu einem maßgebenden Einfluß über die Gemeinde hinaus erheben wollte, vertheidigte das landesherrliche Regiment aus Nützlichkeitsgründen; ihr durfte auch der König, wenigstens nach vielen Beziehungen hin, beigezählt werden, gewiß so weit, als die Erhaltung der Union selbst in Frage kam. Mit dem Standpunkte jener Kirchenmänner sind später die Grundzüge der neuen Gemeindeordnung in Einklang gebracht worden.

Beziehungen zu Gesammtdeutschland.

Nicht nur in Preußen war Friedrich Wilhelm's IV. Thronbesteigung als Vorbote eines neuen Zeitabschnittes angesehen und lebhaft begrüßt worden, auch im übrigen Deutschland hatte sich bei seinem Regierungsantritt eine freudige Erregung aller Derjenigen bemächtigt, die es wohl meinten mit dem gemeinsamen großen Vaterlande und denen Deutschlands Wohl und Gedeihen höher stand, als die kleinlichen Sonderinteressen — oder was man dafür ansah — seiner einzelnen Glieder. In dem Verlangen, daß der nationale Verband, den Preußen mit so glänzendem Erfolg auf wirthschaftlichem Gebiete zu befestigen sich bestrebte, sich auch auf andere Gebiete, beispielsweise auf eine einheitliche Gesetzgebung, auf Volksvertretung und die damit zusammenfallenden staatlichen Grundlagen ausdehnen möchte, begegneten sich die Wünsche aller patriotischen Herzen Preußens und anderer deutschen Länder. Schien doch, wie schon bemerkt, nach Allem, was über Friedrich Wilhelm IV. vor seiner Thronbesteigung in weiteren Kreisen bekannt geworden war, gerade er der Mann zu sein, der, an der Spitze des mächtigsten deutschen Bundesstaates stehend, es vermöge, die innere Festigung und Kräftigung Deutschlands auf nationaler Grundlage in Vollzug zu setzen und die nationalen Bestrebungen in die rechten Bahnen zu leiten. Schon durch seine Erziehung und das Beispiel seiner Eltern war er von volksthümlicher, deutscher Sinnesart. Er fühlte sich als Deutscher und gehörte mit seinen Vorzügen und Mängeln, vor Allem aber mit seinen Jugenderinnerungen unserem Volke von ganzem Herzen an. Erglüht für deutschen Sinn und deutsches Wesen, brachte er ein warmes Gefühl für des großen deutschen Vaterlandes Wohlfahrt und Gedeihen im Innern, für seine Macht und sein Ansehen nach außen mit auf den Thron. Sein freudiges Eintreten in die nationale Bewegung, welche unmittelbar nach seiner Thronbesteigung die Bedrohung des Rheinstromes durch den französischen Nachbar in Deutschland wachgerufen hatte, seine aufrichtige Begeisterung, wenn er bei feierlichen Anlässen des gemeinsamen deutschen Vaterlandes gedachte, Alles das schien die Hoffnungen Derjenigen zu rechtfertigen, die von ihm ein kraftvolles Eingreifen in die Lösung der deutschen Einheitsfrage erwarteten. Mancherlei Enttäuschungen, vor Allem die nur zu bald hervortretende Abneigung des Königs, seinem eigenen Lande eine den Forderungen der Zeit auch nur einigermaßen entsprechende Verfassung zu verleihen, stimmten zwar diese Erwartungen bedeutend herab; aber von Neuem und in verstärktem Maße wurden dieselben durch eine glänzende Feier rege gemacht, zu welcher der Beginn des Ausbaues des Kölner Domes Gelegenheit gab.

Das Kölner Dombaufest. Von den rheinischen Ständen war beschlossen worden, diesen in früheren Jahrhunderten begonnenen, dann aber unfertig liegen gebliebenen Riesenbau seiner Vollendung entgegenzuführen, und Friedrich Wilhelm IV. hatte das Protektorat über den Bau, in dem er gleichermaßen ein frommes wie ein nationales Werk sah, übernommen. Bei der feierlichen Einweihung desselben am 4. September 1842 gab er dieser seiner idealen Auffassung in einer schwungvollen Rede begeisterten Ausdruck, indem er unter dem Jubel der zu vielen Tausenden herbeigeströmten Festtheilnehmer — auch eine Zahl deutscher Fürsten befand sich unter ihnen — den Ausbau des erhabenen Gotteshauses als ein glückverheißendes Wahrzeichen für den Neubau des gemeinsamen deutschen Vaterlandes erklärte. „Deutschland baut diese Thore", rief er begeistert aus — „so mögen sie für Deutschland durch Gottes Gnade die Thore einer neuen, großen Zeit werden! Der Geist, der diese Thore baut, ist derselbe, der vor neunundzwanzig Jahren unsere Ketten brach, die Schmach des Vaterlandes, die Entfremdung dieses Ufers wandte; es ist der Geist der Einigkeit und Kraft: ihm mögen die Kölner Dompforten Thore des herrlichsten Triumphes werden! Der Dom von Köln, das bitte ich von Gott, rage über diese Stadt, rage über Deutschland, über Zeiten reich an Menschenfrieden, reich an Gottesfrieden, bis an das

Ende der Tage!“. — Ein Trinkspruch des Königs Wilhelm von Württemberg auf das gemeinsame große Vaterland und ein anderer des österreichischen Erzherzogs Johann auf die Einigkeit unter den deutschen Fürsten und Völkern erhöhten noch den gewaltigen Endruck, den jene Worte hervorbrachten.

Aber nur zu bald zeigte es sich, daß man die Tragweite derselben überschätzt, daß die begeisterten Anhänger des deutschen Einheitsgedankens in ihrer Hoffnungsfreudigkeit ihnen einen Sinn untergeschoben hatten, der weit über das hinausging, was Friedrich Wilhelm IV. damit auszusprechen beabsichtigt hatte; nur zu bald ward es erkennbar, daß Friedrich Wilhelm IV. zwar von dem aufrichtigen Wunsche, Deutschland seinen früheren Glanz, sein Ansehen und seine Bedeutung wiedergewinnen zu sehen, beseelt war, daß aber ein wirksames Eingreifen in die Lösung der Einheitsfrage von seiner Seite nicht zu erwarten stehe. Bei seinen vorherrschend der Vergangenheit zugewendeten Neigungen übersah der Monarch entweder die außerordentliche Veränderung, welche im Wesen der Nation vorgegangen war, oder er mochte ihr Geltung nicht zuerkennen. Freilich war auch er sich dessen bewußt, daß eine anderweitige Organisation des Bundes, daß ein festerer nationaler Verband unter den einzelnen Staaten unerläßlich sei, wenn nicht Deutschland über kurz oder lang auseinander fallen und ein Ganzes zu sein aufhören sollte; freilich empfand auch er, daß Preußens Stellung innerhalb der neu zu schaffenden Organisation eine wesentlich stärkere und maßgebendere sein müsse als bisher, und daß zur Erlangung dieser maßgebenderen Stellung außer dem durch die Gründung des Zollvereins gewonnenen materiellen Einfluß auch ein von ihm ausgehender vermehrter moralischer Einfluß auf das übrige Deutschland erforderlich sei. Aber wie dieser moralische Einfluß zu gewinnen und zu sichern sei, darüber gingen die Ansichten Friedrich Wilhelm's IV. und die derjenigen deutschen Männer, welche ihre vaterländischen Hoffnungen auf Preußen gesetzt hatten, weit auseinander. Alle Freunde des norddeutschen Großstaates befanden sich in dem Punkte im Einverständniß, daß nur ein einziger Weg zu jenem Ziele führe: die Gewinnung des Vertrauens des Volkes durch ein großgedachtes und energisch durchgeführtes nationales Programm. Dieses Programm konnte nur auf Anerkennung und Verwirklichung der alle gebildeten Kreise durchdringenden Idee größerer Einheit und Kräftigung beruhen, und der zu diesem Ziele hinleitende Weg führte auf die nicht länger zu verkennende Nothwendigkeit der Gewährung größerer politischer Freiheiten, vor Allem für Preußen selbst. Den Widerstand oder Groll einzelner deutscher Machthaber brauchte man in dem Falle nicht zu fürchten, wenn man die öffentliche Meinung von ganz Deutschland zum Rückhalt hatte; die widerstrebenden Fürsten wären von ihren Unterthanen zu dem Mittelpunkte des allgemeinen Vertrauens hingedrängt worden, wenn Preußen, alle bisherigen Bedenken bei Seite lassend, entschlossen auf der Bahn volksthümlicher Entwicklung dahinschritt und, die kleinen norddeutschen Staaten unter seinem Banner sammelnd, Deutschlands Schicksal zu seinem eigenen machte, in Deutschlands Größe die Grundbedingung seiner eigenen Macht erblickte. Vor Allem freilich mußte der Staat, der die Einheit Deutschlands begründen wollte, selbst ein geschlossenes Staatsganzes bilden. Aber Preußens Konsolidirung nach innen war ja trotz zahlreicher Schwierigkeiten unter der langen Regierung Friedrich Wilhelm's III. in befriedigender Weise vor sich gegangen, und wenn auch Friedrich Wilhelm IV. vielleicht mit einigem Recht das Machtverhältniß Preußens noch nicht für so gesichert halten mochte, um alsbald gebietend und mit voller Energie in die deutschen Verhältnisse einzugreifen, so hätte er doch immerhin, wofern er einen wirklichen Einfluß gewinnen wollte, wenigstens durch die Macht des Beispiels einen merklichen Druck auszuüben vermocht. Wäre in Preußen eine nationale Entwicklung von oben her begünstigt und eine ernstgemeinte Landesvertretung wenigstens angebahnt worden, so hätte der König einen guten Theil von ganz Deutschland für sich gewonnen, und es hätte ihm dies ein solches Uebergewicht gesichert, daß er, trotz des Widerstrebens einzelner Fürsten, ganz naturgemäß zur Oberleitung der deutschen Interessen gelangt

wäre. Aber davon vermochte sich Friedrich Wilhelm IV. nicht zu überzeugen, gerade in diesem wichtigsten Punkte verschloß er auch den wohlmeinendsten Mahnungen sein Ohr. Dem Geist der Zeit fern stehend, betrachtete er den Drang nach verfassungsmäßigen Staatsformen als aus revolutionären Gelüsten hervorgehend, bekämpfte ihn und arbeitete damit unwillkürlich der Erfüllung seiner eigenen Hoffnungen und Wünsche entgegen, die im Grunde doch auch auf die Hebung und Stärkung des gemeinsamen deutschen Vaterlandes gerichtet waren.



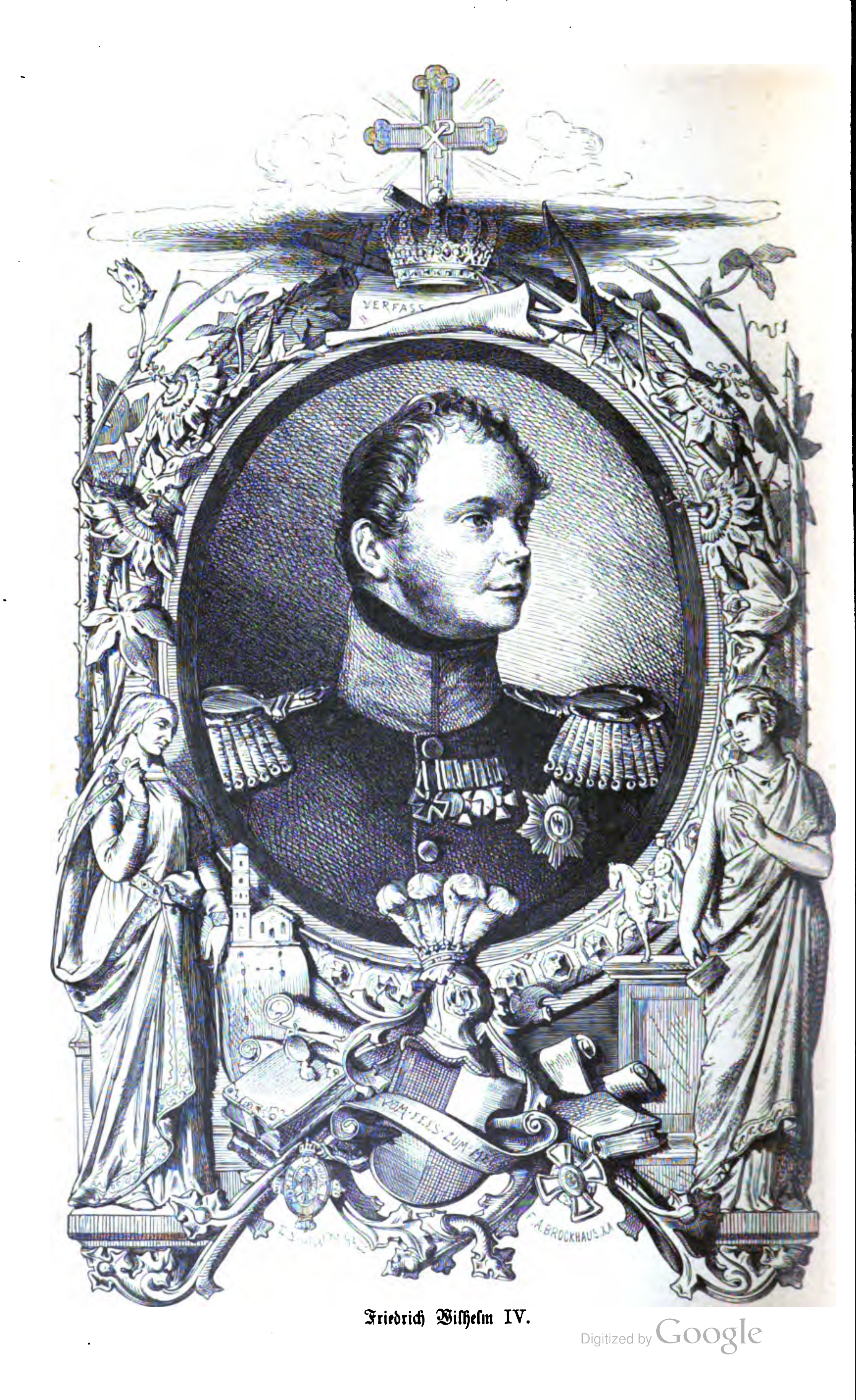
Kölner Dombaufest.

Die Einigung Deutschlands hoffte und wünschte Friedrich Wilhelm IV., wie gesagt, sich von selbst vollziehen zu sehen, unter keinen Umständen aber war er gewillt, zu Gunsten dieser Einigung irgend etwas zu thun, was nicht zuvor die Zustimmung sämmtlicher deutschen Fürsten und vor Allem Oesterreichs gefunden habe, das ihm noch immer als die natürliche Vormacht Deutschlands galt. Eine solche Vorbedingung schloß aber bei den durch die unselige Bundesorganisation mehr denn je entwickelten centrifugalen Neigungen der Beherrscher der deutschen Mittel- und Kleinstaaten jede Möglichkeit einer festen Einigung

Deutschlands durch Preußen und zu Gunsten Preußens nahezu aus. Das erkannte Fürst Metternich, der seit dem im Jahre 1835 erfolgten Tode des Kaisers Franz als Minister des schwachen Kaisers Ferdinand I. die österreichische Politik womöglich noch unumschränkter leitete als bisher, und deshalb trat er auch den Vorschlägen der preußischen Regierung, welche auf Grund des bestehenden Bundesverhältnisses eine festere Organisation, wenigstens in Bezug auf das Militärwesen, eifrig befürwortete, keineswegs grundsätzlich ablehnend entgegen. Vielleicht hielt er es für rathsam, dem unbequemen Einheitsdrange des deutschen Volkes damit wenigstens ein scheinbares Zugeständniß zu machen, zumal er es in der Hand hatte, durch seinen noch immer maßgebenden Einfluß im Bundesrath praktische Folgen dieses Vorschlages zu verhüten. Aber mit solchen scheinbaren Zugeständnissen, denen sich allerdings auch einzelne wirkliche Verbesserungen, Censurerleichterungen u. dgl., beigesellten, war das deutsche Volk nicht mehr zufrieden zu stellen.

Stimmung in Deutschland. Immer mächtiger begannen sich von Jahr zu Jahr durch unser ganzes Vaterland, sowol im öffentlichen wie im Privatleben, die Schwingen einer neuen Zeit zu regen. Auf Katheder und Bühne, in Versammlungen wie in der Presse erhob sich der Ruf nach freieren Verfassungsformen und nach Einigung der deutschen Nation. In einer Versammlung von Gelehrten im Saale des „Römer" zu Frankfurt a. M. erregte Ludwig Uhland allgemeine Begeisterung, als er auf die Kaiserbilder an den Wänden hinwies und sagte, es sei ihm, als ob die alten Kaiser aus dem Rahmen heraus unter die Versammlung treten wollten, um sie zur Thatkraft anzufeuern.

Man verlangte vom Bundestage unverhohlen statt des Gegenwirkens von Regierungsabgesandten eine Verständigung durch anerkannte Vertreter des Volkes und seiner wahren Interessen; man begriff auch im deutschen Süden, daß die Ständekammern der Mittel- und Kleinstaaten zu ohnmächtig seien, um die großen Fragen der Gegenwart zu lösen. Hier und da in Süddeutschland, namentlich von Seiten der wieder mächtig anwachsenden radikalen Partei, wurde zwar der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die preußische Regierung durch ihr Beharren im Absolutismus sich des Rechtes, bei der Neugestaltung Deutschlands ein entscheidendes Wort mitzusprechen, freiwillig begeben habe und der Süden deshalb auf eigene Hand die erforderliche Neugestaltung vornehmen müsse; aber die besonnenen Liberalen bewahrten sich doch die nöthige Ruhe und Unbefangenheit des Urtheils, um zu erkennen, daß ohne Preußens Mitwirkung eine Neugestaltung Deutschlands überhaupt unmöglich sei. Mit Aufmerksamkeit, ja mit Spannung verfolgten sie deshalb die weitere Entwicklung der preußischen Verfassungsfrage, denn mit Recht sagten sie sich, daß selbst die kraftvollste Regierung dem immer mächtiger werdenden allgemeinen Drängen des Volkes gegenüber auf die Dauer nicht auf ihrem einseitigen Standpunkte werde beharren können. Sie sahen voraus, daß aus dem Scheinkonstitutionalismus der provinzialständischen Vertretungen über kurz oder lang mit Naturnothwendigkeit und selbst gegen den Willen des Königs ein wirklicher Konstitutionalismus sich entwickeln werde, und wenn dies geschehen, damit das Haupthinderniß einer Neugestaltung Deutschlands unter preußischer Führung gefallen sei; dann, so hofften sie, werde Friedrich Wilhelm IV. auch die Nothwendigkeit der vollzogenen Thatsache anerkennen und, von dem Beifall des ganzen deutschen Volkes getragen, voll und ganz in die auf Deutschlands Einheit hinzielende nationale Bewegung eintreten. — Sehen wir nun zu, inwieweit und auf welchem Wege diese auch von der Mehrzahl der freisinnigen preußischen Patrioten getheilten Voraussetzungen und Erwartungen sich erfüllten.



Friedrich Wilhelm IV.



Abgeordnete des preußischen Landtages.
Johann Jacoby. J. D. H. Temme. v. Saucken-Tarputschen.
Fürst F. Lichnowsky. Georg v. Vincke. Heinrich Simon.

Die Provinzialstände und der „Vereinigte Landtag".

Wir haben die Entwicklung der preußischen Verfassungsfrage bis zu dem Augenblick verfolgt, in welchem Friedrich Wilhelm IV. die regelmäßige Einberufung der Provinzialstände in zweijährigen Zwischenräumen angeordnet und die Bildung von Ausschüssen bestimmt hatte, welche nicht nur die Geschäftsführung der einzelnen Provinziallandtage erleichtern, sondern auch zu größeren Versammlungen vereinigt werden sollten, um ihren Rath über allgemeine Landesangelegenheiten abzugeben. Auf den 18. Oktober 1842 wurden die Vereinigten Ausschüsse zum ersten Male nach Berlin berufen, aber ihre Verhandlungen hatten nur ein negatives Resultat. Der einzige Antrag von Bedeutung, welcher ihnen zur Berathung und Begutachtung vorgelegt wurde, war derjenige auf Bewilligung einer staatlichen Zinsengarantie für einen von Privatunternehmern auszuführenden Eisenbahnbau. Aber gerade diesem Antrage gegenüber glaubte die Versammlung den konstitutionellen Standpunkt wahren zu müssen, und sie berief sich auf ihre mangelnde Befugniß, über denselben abzustimmen, da eine Zinsengarantie im Wesentlichen nichts Anderes als eine Reichsanleihe sei, und über eine solche Beschluß zu fassen nach der königlichen Verordnung von 1820 nur den Reichsständen zustehe, als welche die Vereinigten Ausschüsse der Provinziallandtage nicht zu betrachten seien. Solchen Vorstellungen gegenüber sprach sich der König unumwunden dahin aus, daß er in den Mitgliedern der ständischen Körperschaften in der That nicht Repräsentanten „oberflächlicher Meinungen und Tageslehren", sondern nur unabhängige Rathgeber und Vertreter ihrer eigenen Standesinteressen erblicke, daß er aber die Entscheidung über die Zusammensetzung und über die Machtbefugnisse der in jener Verordnung erwähnten reichsständischen Versammlung seiner eigenen königlichen Machtvollkommenheit vorbehalten müsse.

Eine solche Erklärung, die der im Volke allgemein verbreiteten Auffassung geradezu zuwider lief, war nur zu geeignet, den oppositionellen Geist im Lande und in den provinzialständischen Versammlungen zu verstärken. Der Widerspruch zwischen dem Geist der Zeit und der Anschauung des Königs trat rückhaltslos schon auf den Provinziallandtagen von 1843 hervor. In Posen gewann die nationale Opposition die Oberhand und gab sich in Forderungen kund, deren Verwerfung vorausgesehen werden konnte und die nur in der Absicht verlautbart wurden, den Zwiespalt, der die Nationalpartei von der Regierung trennte, recht scharf hervorzuheben. In Ostpreußen verlangte man eine Erweiterung der Befugnisse der Vereinigten Ausschüsse und für dieselben das Recht, selbständige Anträge stellen zu dürfen. Auch wurden daselbst Beschwerden über die Beschränkung der Gewissens- und Lehrfreiheit, über hierarchische Bestrebungen eines Theiles der protestantischen Geistlichkeit, sowie über die Begünstigung der pietistischen Richtung von oben vorgebracht. Der rheinische Landtag stellte an die Regierung die Forderung, das Institut der Vereinigten Ausschüsse in Reichsstände, und zwar mit den Befugnissen zu verwandeln, welche diesen durch die königliche Verordnung vom 22. Mai 1815 zuerkannt worden seien. Die Regierung hatte den Landtagen den Entwurf zu einem neuen Strafgesetzbuch vorlegen lassen, aber es fand derselbe weder in Posen, noch in den Rheinlanden Anklang. In den am 30. Dezember erschienenen Landtagsabschieden wurden alle mit dem herrschenden System nicht übereinstimmenden Anträge der Provinzialstände verworfen. Nur in Brandenburg und Pommern zeigten die Stände, wie gewöhnlich, eine vollkommene Uebereinstimmung mit den Ansichten der Regierung, während in Schlesien, Sachsen und Westfalen wenigstens Anträge auf zeitgemäße Fortbildung der Staatsformen gestellt wurden.

Den Provinzialständen konnte von vornherein nirgends die Bedeutung einer Volksvertretung im mäßigsten Sinne des Wortes zuerkannt werden. Sie waren in der That nur Vertreter bevorzugter Gesellschaftsklassen. Die Stimmung der Landestheile, welchen sie angehörten, ließ sich deutlich aus dem Inhalt der vornehmlich von den größeren Städten der Provinzen ausgegangenen Petitionen erkennen. Derartige Eingaben waren in einem Jahre allein bei dem schlesischen Landtage 225, bei dem pommerschen 70, beim westfälischen 120 und bei dem preußischen sogar 450 eingelaufen. Unter den Gegenständen, auf welche sich die Petitionen bezogen, sind in erster Linie hervorzuheben: die Oeffentlichkeit der ständischen Verhandlungen; eine allgemeine Volksvertretung durch Reichsstände, wenigstens eine vermehrte Wirksamkeit der ständischen Ausschüsse; die Erweiterung der den Städten und der Bauernschaft bewilligten Vertretung; die Theilnahme der Universitäten wie überhaupt eine größere Betheiligung der Intelligenz an den Provinziallandtagen; die Anordnung, daß eine einfache Stimmenmehrheit anstatt der bisher erforderten zwei Drittel der Stimmen zu giltigen Beschlüssen der Stände hinreiche, und daß der Vorsitzende der Landtagskommission nicht mehr ausschließlich aus dem Adel ernannt werde. Weiterhin ward um Freigebung des Petitionsrechts, um Oeffentlichkeit der Stadtverordnetenversammlungen, um Preß- und Lehrfreiheit, um Gleichstellung der Juden sowie um Aufhebung der befreiten Gerichtsstände gebeten. Dann ward die Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung, die Einführung eines öffentlichen und mündlichen Strafverfahrens und von Geschworenengerichten, die Beschleunigung der Gesetzrevision, insbesondere der Gesinde-, Gewerbe-, Hypotheken- und Wechselordnung, die Vermittlung eines womöglich für den ganzen Zollverein gleichen Handels- und Wechselrechts, die wirksame Beschützung der Gewerbthätigkeit und die Förderung derselben durch Handelsverträge mit überseeischen Staaten, die Ermäßigung des Brief- und Packetportos, die durchgängige Kasernirung des Militärs, die völlige oder theilweise Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer und überhaupt eine den unteren Klassen zugute kommende Steuerrevision u. s. w. befürwortet.

Man erkennt aus diesen Wünschen jener Zeit, wie weit und tiefgreifend schon damals das Bedürfniß nach Umgestaltung der Zustände im Staats- und Gemeindeleben empfunden

wurde. Den Höhepunkt der Forderungen bildete aber die von der freisinnigen Partei ununterbrochen wiederholte Erinnerung an eine reichsständische Volksvertretung und deren beschließende Theilnahme an der Gesetzgebung.



Die Mitglieder der Herrenkurie aus dem Königshause.

1. Prinz Heinrich Wilhelm Adalbert. 2. Prinz Friedrich Karl Alexander. 3. Prinz Friedrich Heinrich Albrecht. 4. Prinz Friedrich Wilhelm Georg Ernst. 5. Friedrich Wilhelm Ludwig, Prinz von Preußen. 6. Prinz Friedrich Wilhelm Ludwig Alexander. 7. Prinz Friedrich Karl Nikolaus. 8. Prinz Friedrich Wilhelm Karl. 9. Prinz Friedrich Wilhelm Ludwig. 10. Prinz Friedrich Wilhelm Waldemar.

Unter solchen Umständen lag es dem Könige am Herzen, die alte ständische Herrlichkeit noch einmal in vollem Glanze vor Augen zu führen und dabei durch sein persönliches Auftreten mit überzeugender Beredsamkeit die Herzen aller „Wohlgesinnten“ und die

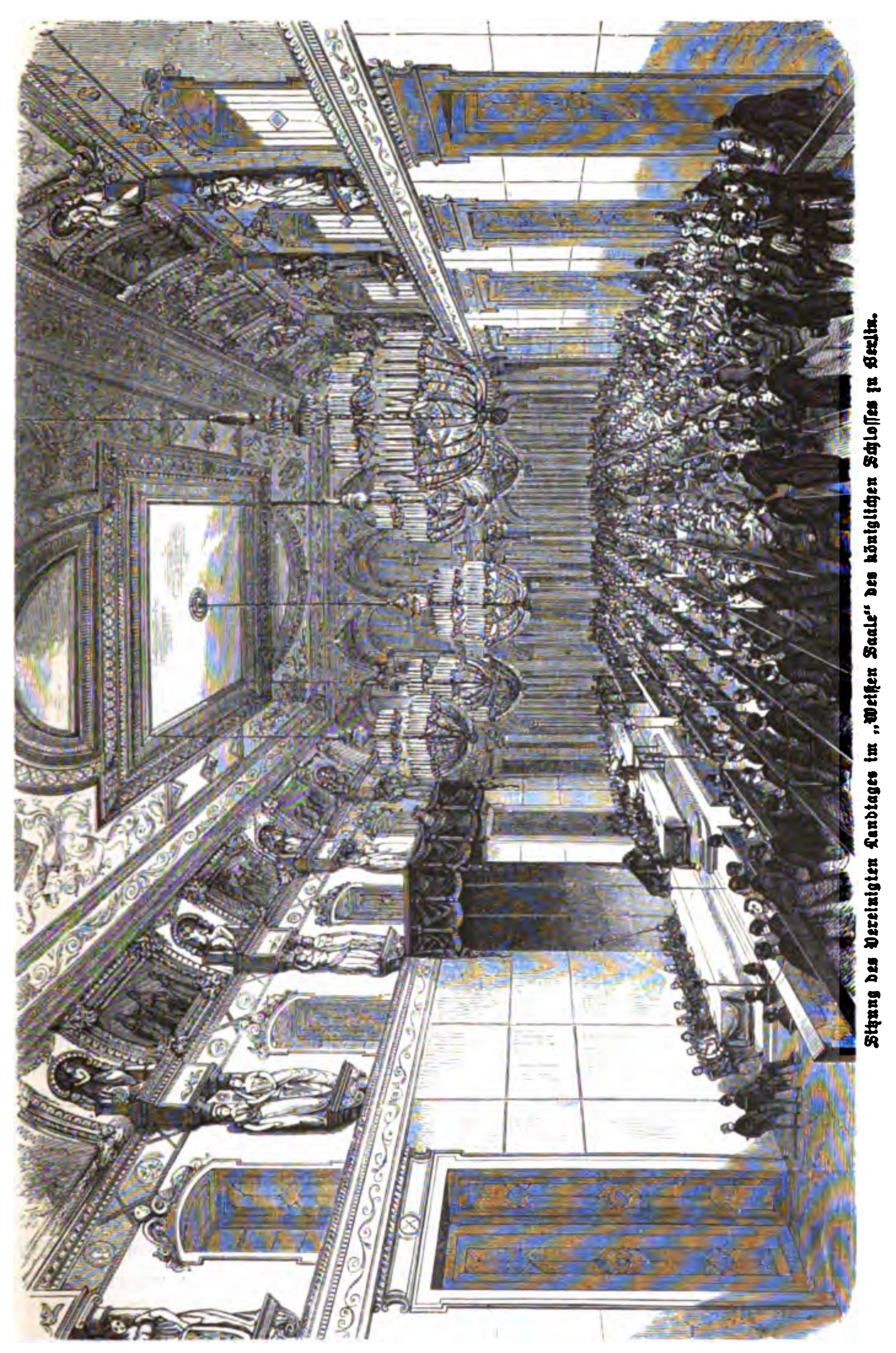
Meinung der Intelligenz für sich zu gewinnen. In solchem Sinne erließ er am 3. Februar 1847 das Patent, welches die Provinzialstände sämmtlicher acht Provinzen unter dem Namen des „Vereinigten Landtags der Monarchie" nach der königlichen Hauptstadt berief.

Der Vereinigte Landtag. Am 11. April 1847 sollte diese erste Versammlung der ständischen Vertreter der preußischen Gesammtmonarchie eröffnet werden. Da ging noch einmal eine freudige Bewegung durch einen großen Theil der preußischen Bevölkerung; Viele glaubten in dem neuen Staatsorgane eine Stätte geschaffen, an welcher die Wünsche des Volkes doch vor dem Throne zum Ausdruck gelangen könnten, und überließen sich dem Wahne, daß der Vereinigte Landtag berufen sei, mehr eine Einleitung als einen Abschluß des Verfassungswerkes zu bilden. Andere wieder nahmen das Patent in ungünstigem Sinne auf und stimmten einer Flugschrift zu, in welcher Heinrich Simon aus Breslau unter dem Titel „Annehmen oder Ablehnen?" den Vereinigten Landtag als eine ungenügende Erfüllung der königlichen Verheißung vom Jahre 1815 und im Widerspruche mit dem Gesetz vom 7. Januar 1820 stehend darstellte. Immerhin knüpften sich nicht geringe Hoffnungen an den Umstand, daß zum ersten Male die Vertreter des Staates zu gemeinschaftlicher Arbeit an der Wohlfahrt des Volkes vereinigt sein sollten; auch wollte man abwarten, welche Stellung der König thatsächlich zu dem Landtage einnehmen werde.

Die demselben zugesprochenen Befugnisse waren sehr eingeschränkt: bei Einführung neuer oder Erhöhung bestehender Steuern und bei Abschließung von Staatsanleihen sollte seine Zustimmung erforderlich sein, in allem Uebrigen, namentlich in der Gesetzgebung, sollte er als Beirath der Krone nur die Regierungsvorlagen begutachten. Daneben sollten die vereinigten ständischen Ausschüsse bestehen bleiben und alle vier Jahre zusammentreten; auch wurde eine aus den Provinzialständen zu wählende Deputation zu dem Zwecke, die Verwaltung des Staatsschuldenwesens zu beaufsichtigen, angeordnet, diese Kontrole also dem Landtage selbst entzogen. Ueberdies sollten nur bei der Beschlußfassung über Steuer- und Anleihevorlagen alle Mitglieder des Vereinigten Landtags in einer Versammlung tagen; über alle anderen Vorlagen sollte die Berathung in zwei Kurien, der Herrenkurie und der Ständekurie, gesondert stattfinden. Zu ersterer sollten die volljährigen Prinzen des königlichen Hauses, die früher reichsunmittelbaren Fürsten und Standesherren und die Vertreter gewisser Stifter und Körperschaften gehören; letztere sollte die Abgeordneten der Ritterschaft, der Städte und Landgemeinden umfassen.

Die Zusammensetzung der Versammlung war eine außerordentlich glänzende. Jede Provinz hatte eine Anzahl freisinniger Männer abgeordnet, welche auch in den politischen Kämpfen der Folgezeit noch oft einen hervorragenden Platz auf der Tribüne und der Ministerbank einnahmen. Vor Allen glänzten die Rheinlande und Westfalen durch ausgezeichnete Redner, unter ihnen Beckerath, Camphausen, Hansemann, Freiherr Georg von Vincke; aus Pommern erschienen Graf Schwerin, aus Preußen A. von Auerswald, von Saucken-Tarputschen, aus Schlesien Milde als muthige Vorkämpfer der Liberalen. Auf der anderen Seite zählte das unumschränkte Königthum die ergebensten Anhänger, zunächst in der Herrenkurie; voran die Prinzen und Standesherren, darunter insbesondere Fürst Lichnowsky, der vom König zum Landtagsmarschall ernannte Fürst Solms-Hohensolms-Lich, ferner Graf von Arnim-Boitzenburg; sodann in der Dreiständekurie (Ritterschaft, Stadt- und Landgemeinden) vorzugsweise die pommersche und altmärkische Ritterschaft mit Vertretern wie von Rochow, von Thadden-Triglaff, von Puttkamer, von Wedell, Otto von Bismarck u. A. Bald aber sollte sich zeigen, daß die verfassungsfreundliche freisinnige Partei über eine sehr entschiedene Mehrheit verfügte. Die fast durchgängig der Opposition angehörigen Abgeordneten der Rheinprovinz, Westfalens und Ostpreußens bildeten den festen Kern, um welchen sich die auf den Provinziallandtagen bisher nicht zur Geltung gekommenen Liberalen der anderen Provinzen gruppirten, und das numerische Uebergewicht dieser so entstandenen liberalen Partei gewann durch ihr

unverkennbares, auf dem guten Recht und auf der allgemeinen Volksstimme beruhendes moralisches Uebergewicht noch eine erhöhte Bedeutung.



Sitzung des Vereinigten Landtages im „Weißen Saale“ des königlichen Schlosses zu Berlin.

Nach einem feierlichen Gottesdienst wurde der Landtag am 11. April im Weißen Saale des Schlosses mit allem Glanz des alten Königthums durch den König in Person mit einer Thronrede eröffnet. Unter Vorantragung des Reichspaniers und der übrigen

Reichsinsignien beschritt Friedrich Wilhelm IV. den Thron; ehrerbietig und voll gespannter Erwartung erhob sich die Versammlung, um seinen Worten zu lauschen. Der König sprach nach seiner Gewohnheit frei, er sprach lange und vortrefflich, aber wiederum ganz als absoluter Herr. Vor Allem hob er in seiner Anrede hervor, wie er nunmehr nach Gewährung des Rechtes der Steuerbewilligung, des Beirathes bei der Gesetzgebung und des Petitionsrechtes den Bau der ständischen Freiheiten als vollendet ansehe, und feierlich bezeichnete er sich als den Erben einer ungeschwächten Krone, die er ungeschwächt auch seinen Nachfolgern zu bewahren habe. „Es ist Gottes Wohlgefallen gewesen", rief er aus, „Preußen durch das Schwert groß zu machen, durch das Schwert des Krieges nach außen, durch das Schwert des Geistes nach innen, aber wahrlich nicht des verneinenden Geistes der Zeit, sondern des Geistes der Ordnung und Zucht. Wie im Feldlager nur ein Wille gebieten darf, so können dieses Landes Geschicke, soll es nicht augenblicklich von seiner Höhe herabfallen, nur durch einen Willen gelenkt werden." Keiner Macht der Erde, fuhr er fort, solle es je gelingen, ihn zu bewegen, das natürliche, durch innere Wahrheit so mächtig machende Verhältniß zwischen Fürst und Volk in ein konventionelles, konstitutionelles umzuwandeln; nie werde er zugeben, daß sich zwischen den Herrgott im Himmel und das preußische Volk ein beschriebenes Blatt, gleichsam als zweite Vorsehung, eindränge, um die alte, heilige Treue zu ersetzen! Hierauf warnte er vor dem finsteren Geiste des Verderbens, der in einem Theile der Presse herrsche, und vor den durch die Zeit gereiften argen Früchten, die als Verstimmung, Mißtrauen und schmähliche Einschüchterung seitens des Liberalismus überall aufträten. Gedenkend der Verirrungen auf kirchlichem Gebiete legte er stehend mit gehobener Rechten das Bekenntniß ab: „Ich und mein Haus, Wir wollen dem Herrn dienen!"

„Wohlan denn", so schloß er seine Ansprache, — „Durchlauchtige, Edle Fürsten, Grafen und Herren, liebe und getreue Stände von Ritterschaft, Städten und Landgemeinden! Gehen Sie mit Gott an Ihre Arbeit. Sie werden sich durch diese ganze wichtige Zeit unseres Beisammenseins, während ganz Europa auf Sie blickt, als echte Preußen zeigen und künftig durch alle Abstufungen unserer ständischen Versammlungen sich immerdar als echte Preußen bewähren. Dann bleibt auch, glauben Sie mir, das Eine, was noth thut, nicht aus: nämlich „Gottes Segen, an dem Alles gelegen". Er wird sich aus unserer Einmüthigkeit in einem breiten Strom auf dieses und die kommenden Geschlechter, auf das ganze herrliche deutsche Vaterland ergießen, in einem Strom, an welchem es sich gut und sicher wohnen läßt, wie an den wohlverwahrten Ufern der segenspendenden großen Wasser dieser Erde. Und nun noch einmal aus der Fülle meines Herzens: Willkommen!"

Gegenüber der bestimmt ausgesprochenen Willensmeinung des Königs hatten die Liberalen auf dem Landtage einen schweren Stand. „Zwischen uns sei Wahrheit", hatte der König den Ständen zugerufen, und „Vertrauen erweckt Vertrauen" sei seine königliche Hoffnung. Gleichwol war die nothwendige Grundlage eines friedlichen Zusammenwirkens von Krone und Ständen bei der Verschiedenheit ihrer Ziele schwer zu finden; überall stand der königliche Wille als unerschütterliches Hinderniß entgegen. So lag die Bedeutung der Reden weniger in praktischen Zielen als in dem Eindrucke ihrer Verhandlungen auf die Gemüther außerhalb des Hauses. Doch überließ man sich der Hoffnung, daß die entschieden ausgesprochene Willensmeinung der großen Mehrheit des Landtags eine Aenderung in dem vom Könige angenommenen Regierungssystem hervorbringen werde, und daß der Versuch deshalb geboten sei, von dem Boden der eingeräumten Rechte aus ein wahrhaftes Verfassungsleben zu erringen.

In solchem Sinne beschloß man zunächst, in einer als Antwort auf die Thronrede zu überreichenden Adresse an den König ehrerbietige Bedenken gegen mehrere Punkte des Patentes vom 3. Februar geltend zu machen. Insbesondere sollte zu verstehen gegeben werden, daß dem Vereinigten Landtag als Ganzem die Aufsicht über das Staatsschulden-

wesen gebühre, und daß die Stellung dieses Landtages als einer reichsständischen Versammlung zur Zeit nicht entsprechend gewürdigt sei. Die Grundsätze, welche bei Berathung der durch Beckerath und A. von Auerswald entworfenen Adresse seitens der liberalen Redner geltend gemacht wurden, fanden im Volke allgemeinen Beifall; die Adresse selbst wurde vom Landtag mit 487 gegen 107 Stimmen angenommen, sogar die anwesenden Mitglieder des königlichen Hauses — mit alleiniger Ausnahme des Prinzen Wilhelm — hatten sich für die Adresse erklärt.

In seiner Erwiderung auf die Adresse betonte der König sein Festhalten an den im Patent ausgesprochenen Grundsätzen, erkannte aber die Möglichkeit einer Weiterentwicklung an und gab dem Verlangen nach regelmäßig wiederkehrenden Sitzungsperioden des Vereinigten Landtages wenigstens insoweit nach, als er denselben jedenfalls innerhalb der nächsten vier Jahre von Neuem einzuberufen versprach.

Eine solche Antwort konnte die liberale Partei unmöglich befriedigen. Dieselbe beharrte bei ihrer Erklärung, daß der Berechtigung des Volkes zu einer freien ständischen Verfassung und Volksvertretung noch nicht Genüge geleistet und daß auch mit der Einberufung des Vereinigten Landtages die königliche Verheißung von 1815 und 1820 noch nicht erfüllt sei. Unter solchen Umständen entsprachen die Verhandlungen des Landtages in ihrem Fortgange weder den Wünschen der Regierung, noch denen des Landes. In einzelnen Punkten gab zwar die Regierung den Wünschen der Versammlung Gehör, in zahlreichen anderen aber ging sie unbekümmert um dieselben ihre eigenen Wege. Es war vorauszusehen, daß es zum Bruch kommen mußte: zwei wichtige Finanzvorlagen gaben den äußeren Anlaß zu demselben. Die Regierung legte dem Landtage zwei Gesetzentwürfe vor, den einen über eine Anleihe von dreißig Millionen Thalern zur Herstellung einer Eisenbahnverbindung zwischen Berlin und Königsberg, den andern über Gewährung einer Staatsgarantie für die Landrentenbanken. Diese Kreditanstalten sollten den bäuerlichen Grundbesitzern die Zahlung der Geldentschädigungen, welche sie behufs Erlangung völlig freien Besitzes noch an die früheren Grundherren zu entrichten hatten, erleichtern und dazu beitragen, die unter Stein und Hardenberg begonnene Neugestaltung des ländlichen Eigenthums rascher zu vollenden. Wiewol nun diese aus freisinnigem Geiste geborene Maßregel an sich die vollste Billigung gerade der liberalen Parteien verdiente und fand, verhielt sich doch die Opposition des Landtages ihr gegenüber ablehnend, und zwar wesentlich aus dem von Vincke geltend gemachten Grunde, daß der Vereinigte Landtag, so lange er noch nicht alle ihm gebührenden Befugnisse einer reichsständischen Vertretung besitze, auch nicht in der Lage sei, irgend welche Garantie, selbst hinsichtlich der an sich nützlichen Landrentenbanken, auszusprechen. Dem gegenüber erklärten die Regierungsvertreter, daß es sich bei diesem Antrage überhaupt nicht um die nothwendige Zustimmung, sondern nur um das Gutachten der Ständevertretung handle, da eine Zinsgarantie keine Anleihe sei — eine unvorsichtige Erlärung, denn sie forderte geradezu zu offenem Widerstande heraus. Um ihre auf solche Weise bestrittenen Rechte zu wahren, lehnte die liberale Mehrheit nun auch die Anleihevorlage zum Bau der Ostbahn rundweg ab, so augenscheinlich das materielle Interesse war, welches der Staat und namentlich die Provinz Ostpreußen an der Herstellung dieses Schienenweges hatte. — An ein gedeihliches Zusammenwirken zwischen Regierung und Landtag war nach diesem Zwischenfall nicht mehr zu denken. Noch einmal beantragte die liberale Partei, der König möge auf die Bildung der Vereinigten Ausschüsse als einer die Rechte des Landtages beeinträchtigenden Institution verzichten. In einer königlichen Botschaft vom 24. Juni lehnte Friedrich Wilhelm IV. diesen Antrag ab und forderte zur Wahl dieser Ausschüsse und der Mitglieder der Staatsschuldendeputation auf. Die Wahl wurde vollzogen, aber mehr als fünfzig Abgeordnete der entschiedensten Richtung hatten dieselbe verweigert, mehr als hundertundfünfzig hatten unter Protest gewählt, und in ungnädiger Form wurde am 26. Juni der Landtag aufgelöst. Verstimmt kehrte die Mehrzahl

der Abgeordneten in ihre Heimat zurück. Der tiefe Gegensatz zwischen dem König und seinem Volke hatte sich noch verschärft, verschärft in einem Augenblicke, in welchem rings am Horizont bald hier bald dort aufflammende Blitze das Nahen eines Sturmes verkündigten.

Unruhen und Wirren. Erwachen des Nationalgefühls und immer entschiedeneres Verlangen nach Gewährung und Anerkennung der Rechte des Volkes, das waren die Ursachen und zugleich die äußerlich sichtbar hervortretenden Symptome der Gährung, welche überall in Europa nur des geeigneten Anlasses harrte, um hier mehr, dort weniger gewaltsam sich Bahn zu brechen. In Italien und in Ungarn, in Böhmen und in der Schweiz, in Polen und Schleswig-Holstein, überall machte sich seit dem Beginn der vierziger Jahre eine stets wachsende nationale Bewegung bemerkbar, die, vom Liberalismus getragen und gefördert, auch ihrerseits dem Liberalismus zugute kam und von diesem bei seinen anderweitigen Bestrebungen ausgiebig verwerthet wurde. Allerdings überschritten die liberalen Parteien dabei mehrfach die durch die gegebenen Verhältnisse gezogenen Grenzen, indem sie ihre Theilnahme und ihre Sympathien auch solchen nationalen Bewegungen zuwendeten, die unmittelbar gegen Deutschland oder einzelne deutsche Bundesstaaten gerichtet waren. Dazu gehörte vor Allem die von der polnischen Emigration angezettelte, im Februar 1846 in verschiedenen Bezirken des ehemaligen Königreichs Polen zum Ausbruch gelangte Erhebung. In den preußisch-polnischen Gebietstheilen kam dieselbe freilich infolge der Wachsamkeit der preußischen Polizei über das Stadium des Versuches nicht hinaus; bei Gelegenheit der letzten entscheidenden Zusammenkunft wurden Ludwig von Mieroslawsky, der Leiter des Aufstandes, und mit ihm eine große Zahl hervorragender Parteihäupter aus Posen und Westpreußen verhaftet. — In dem Freistaate Krakau dagegen, dem letzten Rest der alten Polenherrlichkeit, entwickelte sich die Bewegung unter Führung eines Dr. Tyssowsky zu einer vollständigen Revolution, die zu ihrer Unterdrückung das gemeinsame bewaffnete Einschreiten Oesterreichs, Rußlands und Preußens nöthig machte und die Einverleibung des Freistaates in Oesterreich zur Folge hatte.

Auch in Galizien nahm der Aufstand eine bedrohliche Gestalt an, doch gelang es der österreichischen Regierung, ihn ohne große Anstrengung zu unterdrücken, wenngleich nicht auf sehr ehrenvolle Art und Weise. Unter stillschweigender Billigung der Behörden erhob sich das unter Frohndiensten schwer leidende Landvolk ruthenischer Nationalität und griechischen Glaubens mit der ganzen Wuth lange verhaltenen Hasses gegen den polnisch-katholischen Gutsadel, metzelte mehrere Hunderte von Edelleuten unter Greueln aller Art nieder und zerstörte und verbrannte zahlreiche Edelhöfe. Die berechtigte Entrüstung über ein solches Verfahren stärkte die in den liberalen Parteien ohnehin schon vorhandenen Sympathien mit dem unglücklichen, allerdings durch eigene Schuld unglücklichen Polenvolke; man sprach von Mißbrauch der Gewalt, als die russische Regierung die Rädelsführer des Aufstandes, der auch in den russisch-polnischen Gebietstheilen ausgebrochen, aber mit eiserner Strenge im Keime unterdrückt worden war, zum Tode oder zu lebenslänglicher Zwangsarbeit in den Bergwerken Sibiriens verurtheilte; man verfolgte mit Spannung und aufrichtiger Theilnahme den gegen den gefangenen Mieroslawsky und seine Anhänger eingeleiteten „großen Polenprozeß" in Berlin und warf auch der preußischen Regierung übergroße Härte vor, obgleich diese die gefällten Todesurtheile nicht vollziehen ließ, sondern auf dem Wege der Gnade in längere Gefängnißstrafen verwandelte. Man verschloß sich der Erkenntniß, daß die Theilung Polens eine historische Nothwendigkeit gewesen war, und daß deshalb die betheiligten Regierungen in ihrem Rechte waren, wenn sie der vollzogenen Thatsache gegenüber gegen die Empörer die Strenge des Gesetzes walten ließen; man war geneigt, die verurtheilten polnischen Patrioten als Märtyrer einer guten und gerechten Sache zu betrachten, und mehr als einmal wurde in liberalen Parteiversammlungen namentlich von Seiten der Radikalen die Forderung der Wiederherstellung eines unabhängigen Königreichs Polen erhoben und fand williges Gehör.

Aber trotz Alledem war die Theilnahme für Polen und sein Geschick nur bei verhältnißmäßig Wenigen eine aufrichtige und durch die Rücksicht auf anderweitige Ziele und Bestrebungen unbeeinflußte; die große Mehrheit des deutschen Volkes verhielt sich der Polenfrage gegenüber ziemlich kühl und ablehnend, um mit um so größerer Begeisterung in eine andere, die schleswig-holsteinische Frage, einzutreten und seine volle und berechtigte Sympathie und Theilnahme dem bedrohten deutschen Bruderstamm in den Nordmarken des Vaterlandes zuzuwenden. Dort hatte König Christian VIII. von Dänemark, welcher Herzog von Schleswig-Holstein und in dieser Eigenschaft zugleich deutscher Bundesfürst war, am 8. Juli 1846 seinen berüchtigten „offenen Brief“ erlassen, durch welchen er Schleswig und den größten Theil von Holstein als untrennbar mit Dänemark verbunden erklärte. — Die schleswig-holsteinische Frage war im Grunde ein Erbfolgestreit. Nach dem dänischen Herkommen ist auch die weibliche Linie zur Thronfolge berechtigt, nach schleswig-holsteinischem aber nur die männliche. Der Sohn des Königs Christian VIII. von Dänemark hatte keine Nachkommen. Es stand daher der Verlust von Schleswig-Holstein für Dänemark in Aussicht. Christian VIII. setzte deshalb fest, daß beim Aussterben der Manneslinie seines Stammes seine an Prinz Friedrich von Hessen vermählte Schwester, beziehentlich deren Sohn Friedrich die Herzogthümer erben sollte. Dieser Uebertragung des Erbfolgerechts auf die weibliche Linie widersetzte sich Schleswig-Holstein und hielt an dem Erbfolgerechte des nächsten Agnaten, des Herzogs Christian von Augustenburg, fest. — Holstein war deutsches Bundesland, Schleswig nicht. Dennoch bestimmte ein altes Grundgesetz die Zusammengehörigkeit beider Herzogthümer. Während der König-Herzog Holstein seinem dänischen Reiche einzuverleiben beabsichtigte, hoffte man in Schleswig durch den Eintritt in den Deutschen Bund aus dem Verbande mit Dänemark los zu kommen.

Damit begann eine böse Zeit der Verfolgung und Unterdrückung in den beiden Erbherzogthümern. Der deutschen Sprache, vornehmlich in den Schul- und Gerichtsstuben, und den deutschen Gewohnheiten ward der Krieg erklärt, die alten verbrieften Rechte des Landes wurden schmählich mißachtet.

Diese Verletzung des Rechts rief zunächst in Schleswig-Holstein, bald aber auch im ganzen deutschen Vaterlande eine gewaltige Entrüstung wach. Das unter dem Einfluß der heftigen Erregung entstandenes Lied: „Schleswig-Holstein meerumschlungen“ wurde in kurzer Zeit zum Nationalhymnus, in welchen jeder für deutsches Recht Erglühte begeistert einstimmte; die gesammte deutsche Presse ohne Unterschied des Parteistandpunktes trat für die Zusammengehörigkeit der beiden Herzogthümer mit Deutschland ein. In einer Fülle von Broschüren und Flugschriften wurde die Frage vom Standpunkt des Rechts, der Politik und der Geschichte aus fast ausnahmslos in dem gleichen Sinne erörtert, und zahlreiche Adressen und Zustimmungserklärungen wurden von Versammlungen und Vereinen wie von einzelnen hervorragenden Personen aus allen größeren Städten Deutschlands an die ihre deutsche Nationalität vertheidigenden schleswig-holsteinischen Stände gerichtet. Die öffentliche Meinung von ganz Deutschland unterstützte die Bewohner der Nordmarken in ihrem passiven Widerstande gegen die dänische Anmaßung und erwartete von dem deutschen Bundestage eine entschiedene Vertretung der Rechte der Bewohner jener Grenzgebiete, nöthigenfalls ein energisches Einschreiten zum Schutze der bedrohten Stammesgenossen. Aber die Ohnmacht und Hülflosigkeit der deutschen Bundesgewalt den Einzelregierungen gegenüber zeigte sich bei dieser Gelegenheit in vollem Lichte. Obwol mehrere Bundesfürsten sich mit Wärme für die nationale Sache erklärten, kam schon am 17. September 1846 ein Bundestagsbeschluß zu Stande, der in einer gewundenen Erklärung jedes Einschreiten der Bundesgewalt als durch die Verhältnisse nicht geboten vorderhand ablehnte und damit die in ihrer Nationalität bedrohten Herzogthümer sich selbst überließ. Auf eigene Hand die Rolle des thatkräftigen Beschützers und die mit derselben verbundenen Gefahren zu übernehmen, fand zunächst keine der deutschen Einzelregierungen den Muth.

Inzwischen nahm in den Herzogthümern die Erregung der Gemüther mehr und mehr einen bedenklichen Charakter an — was sollte erst werden, wenn der sechzigjährige König und sein kinderloser Sohn mit Tode abgingen? — Christian VIII. starb am 20. Januar 1848, also gerade in einer ganz besonders aufgeregten Zeit. Sein Sohn Friedrich VII. verlieh seinen gesammten Landen eine freie Verfassung, in der Erwartung, dadurch auch die nationale Abneigung der deutschen Herzogthümer zu beschwichtigen. Die Stände Schleswig-Holsteins protestirten jedoch, und es kam zum Bruch, dessen Folgen wir weiter unten eingehender zu behandeln haben werden.

Allerorten wuchs in Deutschland die Mißstimmung. Widerwille und Haß gegen die überall als Folge des Metternich'schen Systems zur Herrschaft gelangte Polizeiwirthschaft, die über eingebildete dynastische Interessen die wahren Interessen der Nation vernachlässigte, hatte sich der Bevölkerung bemächtigt; der umsichgreifende Unmuth fand in geheimen Besprechungen, noch mehr aber in den begierig gelesenen Erzeugnissen der freisinnigen Presse, welche sich trotz aller Aufsicht und Verfolgung verbreiteten, reiche Nahrung. Immer bedenklicher äußerte sich die oppositionelle Erregtheit im Volke, und da allgemach ein Theil der Beamtenwelt ebenfalls von derselben mit ergriffen ward, leistete auch die Verwaltungsmaschine nicht mehr, was man von ihr gewohnt war. Ueberdies gelang es auch dem größten Eifer nicht immer, dem Widerspruchsgeiste in allen seinen Wendungen beizukommen. Selbst den rücksichtslosesten Censoren entgingen bei ihrem Aufsichtsgeschäfte viele dem Volke verständliche oppositionelle Beziehungen und Anspielungen. Das große Publikum lernte „zwischen den Zeilen lesen", und da las denn die Erregtheit vielfach Uebleres noch heraus, als die Autoren selbst im Sinne gehabt hatten.

In Preußen erwartete kein Verständiger mehr die naturgemäße Fortentwicklung des Vereinigten Landtages zu einer wirklichen Reichsvertretung. In Aergerniß erregender Weise erweiterte sich die Kluft zwischen Volk und Herrscher, und wenn sich auch nach einem am 26. Juni 1844 auf Friedrich Wilhelm IV. aus Privatrache erfolgten Mordversuche die in allen Kreisen des Volkes tief eingewurzelte Liebe zum angestammten Herrscherhause aufs Neue kundbar gemacht hatte, so brachte doch der wachsende Widerstand das unumschränkte Königthum in eine immer noch schwieriger werdende Lage. Ein schriller Mißton durchzitterte das innerste Leben der Nation. Hier Uebermuth und Druck der Gewalt nach unten, dort schmerzvolles Entsagen und Aufgeben des Vaterlandes, das zur Uebersiedlung nach anderen Ländern den Anstoß gab; hier Unduldsamkeit und Zwang, dort völlige Preisgebung religiöser Ueberlieferungen; hier ohnmächtiges Ankämpfen gegen festgegründete Ordnungen, dort Schwärmerei für unerreichbare Ideale: — so äußerte sich die Sturm- und Drangperiode des zum Freiheitsgefühl erwachenden Deutschlands.

Aber über den Tiefgang dieses Dranges blieben Diejenigen im Unklaren, welche in Preußen am Steuerruder des schwankenden Staatsfahrzeuges standen. Sie schienen zu glauben, diese fieberhafte Erregung gehe sie nichts an, wiewol fast überall in Deutschland die gleiche Mißstimmung herrschte. Es gährte in den unteren Schichten des Volkes, und die allgemeine Mißernte des Jahres 1847 mit ihren schweren Folgen für die ärmere Bevölkerung förderte diese Gährung. In den konstitutionell regierten Mittel- und Kleinstaaten hatte sich außerdem die nach dem Frankfurter Attentat mit rücksichtsloser Gewalt unterdrückte liberale Strömung seit dem Beginn der vierziger Jahre wieder mächtig geltend gemacht und vielfachen Regierungsmißgriffen gegenüber zu einer Erregung geführt, die den Keim gewaltsamen Ausbruches in sich trug und jedenfalls schwer ins Gewicht fallen mußte, sobald durch einen geeigneten Anlaß von außen her der Anstoß zu einer beschleunigten Entwicklung der deutschen Verhältnisse gegeben wurde.

Auf die Gefahr hin, in einzelne Wiederholungen zu verfallen, wollen wir nunmehr die Entwicklung des Verfassungswesens in den Mittel- und Kleinstaaten Deutschlands dem Leser im Zusammenhange vorführen.

Verfassungszustände und Wirren in den konstitutionellen Königreichen und Kleinstaaten Deutschlands.

Bayern. Dank der volksfreundlichen Gesinnung des Königs Maximilian Josef war in Bayern die durch Artikel XIII der Bundesakte allen Ländern Deutschlands gewordene Verheißung der Verleihung einer Verfassung früher und in weiterm Umfange als in anderen deutschen Ländern in Erfüllung gegangen, und schon bei den Verhandlungen des ersten Landtages war eine erfreuliche parlamentarische Gewandtheit der Abgeordneten zu Tage getreten Freilich hatte gegenüber der Freisinnigkeit der zweiten Kammer die erste Kammer, die der Reichsräthe, nur zu oft Widerspruch erhoben, sobald es sich um einen wesentlichen Fortschritt handelte; doch war so viel erreicht worden, daß wenigstens im Staatshaushalt eine bessere Wirthschaft Platz griff. Bis zu dem im Jahre 1825 erfolgten Tode Maximilian Josef's war es zwischen der Regierung und der Volksvertretung zu keinem ernstlichen Konflikt gekommen; auch unter seinem Nachfolger Ludwig I. schien es eine Zeit lang, als werde nunmehr die Fortentwicklung des geistigen und politischen Lebens in Bayern in freiheitlichem Sinne zu einem stetigen Aufschwung gelangen, besonders nachdem von dem Könige bald nach seiner Thronbesteigung die theilweise Aufhebung der bis dahin noch giltigen strengen Censurvorschriften verfügt worden war.



König Ludwig I. von Bayern.

Die französische Juli-Revolution oder vielmehr deren Einwirkung auf die deutschen Regierungen brachte indessen die fortschreitende Bewegung zuerst ins Schwanken und weiterhin zum völligen Stillstand. Um die Uebermacht der Opposition in der zweiten Kammer zu brechen, machte nun die Regierung von ihrem Rechte der Urlaubsverweigerung in Bezug auf Abgeordnete aus dem Beamtenstande ausgedehnten Gebrauch; durch ein neues Preßgesetz wurde die Censur wieder verschärft, und der dadurch herbeigeführte beständige Zwiespalt zwischen den drei Faktoren der Gesetzgebung ließ die gehegten großen Erwartungen, mit welchen der Landtag von 1831 seine Sitzungen begonnen hatte, nicht zur Verwirklichung kommen. Die hierdurch wachgerufene Mißstimmung im Lande steigerte sich schnell, bis sie in dem erwähnten Hambacher Feste und anderen ähnlichen lärmenden Kundgebungen ihren Höhepunkt erreichte. Diese Ausschreitungen nicht minder wie das beständige Drängen der obersten Bundesbehörde veranlaßten die bayerische Regierung, nun auch ihrerseits ohne Scheu reaktionäre Bahnen einzuschlagen. Die hervorragendsten Führer der Opposition mußten entweder das Land verlassen oder wie Behr, Volkhard u. A. vor dem Bildnisse des Königs knieend Abbitte leisten, wollten sie anders nicht, wie Eisenmann, mit langjähriger

schwerer Kerkerhaft ihre Ueberzeugungstreue büßen. Der mit allen Mitteln durchgeführten Reaktion gelang es damals, hier wie in ganz Deutschland den öffentlichen Geist verstummen zu machen; erst Ende des vierten Jahrzehnts begann sich die liberale Strömung wieder zu regen, nachdem im Jahre 1837 mit der Berufung des Staatsrathes von Abel zum Ministerpräsidenten jene „Abel'sche Mißwirthschaft" begonnen hatte, die als solche zu so traurigem Nachruhm gelangte. Auf den katholischen Klerus und seinen gerade in Bayern stets sehr mächtigen Einfluß sich stützend, wußte sich zwar das Abel'sche Ministerium durch Beeinflussung der Wahlen und durch Verfälschung des Ausdrucks des Volkswillens in der Regel eine gefügige Kammermehrheit zu sichern; aber es bedurfte eines fortgesetzt sich verstärkenden geistigen Druckes, um die stetig wachsende liberale Opposition niederzuhalten. Der König, der für die Kunst entschieden mehr Sinn und Verständniß hatte als für das Regieren, bekümmerte sich wenig um die im Lande herrschende Stimmung; das Ministerium setzte bei der Volksvertretung regelmäßig die Bewilligung der sehr hohen Summen durch, welche die Ausführung der Kunstschöpfungen, mit denen Ludwig I. die bayerische Hauptstadt schmücken ließ, wiederholt erforderlich machte, und durfte dafür in anderen Dingen nach Belieben schalten und walten. So wurde es möglich, daß der für alle auch nur halbwegs freisinnigen Elemente je länger je mehr unerträgliche Zustand bis zum Jahre 1846 fortdauern konnte. In diesem Jahre trat dann ganz plötzlich ein Umschwung ein, zu welchem seltsame Vorgänge den Anstoß gaben.

Eine spanische Tänzerin, Lola Montez mit Namen, war nach München gekommen und hatte den König bald dermaßen zu fesseln gewußt, daß er sie zum Verdruß des Volkes sogar auf seine Entschließungen in ernsten Staatsangelegenheiten Einfluß gewinnen ließ, den sie alsbald aus persönlichen Gründen gegen die ihr abgeneigte katholische Geistlichkeit sowie gegen das Ministerium Abel geltend machte. Dieses, inzwischen ohnehin so gut wie unhaltbar geworden, nahm die günstige Gelegenheit zu einem wenigstens äußerlich ehrenvollen Rückzuge wahr. Es widersetzte sich der vom König beabsichtigten Erhebung der Tänzerin in den bayerischen Adelsstand und wurde infolge dessen am 13. Januar 1847 entlassen. Das an seine Stelle tretende gemäßigt-liberale Ministerium Zu-Rhein vermochte sich jedoch nicht lange zu behaupten; schon im November desselben Jahres mußte es seine Entlassung nehmen, weil es dem die Ehre des Landes immer mehr kompromittirenden Gebahren der königlichen Favoritin nicht beistimmen wollte und konnte. Jetzt wurde der liberale Fürst von Oettingen-Wallerstein zur Bildung eines Ministeriums berufen. Im Interesse der liberalen Sache glaubte sich das von ihm gebildete Ministerium entschließen zu müssen, dem Wunsche des Königs zu willfahren: die Tänzerin wurde zur „Gräfin von Landsfeld" erhoben und eine ihrer Kreaturen, der Staatsrath Berks, trat in das Ministerium ein. Dies führte zu lärmenden Demonstrationen der Münchener Bevölkerung, welche einen bedrohlichen Charakter annahmen, als eine beabsichtigte Trauerfeier für den am 7. Februar 1848 gestorbenen älteren Görres polizeilich verhindert und bald darauf wegen vorgekommener Reibungen in der Studentenschaft die Schließung der Münchener Hochschule auf ein halbes Jahr verfügt wurde. Die übermüthige königliche Maitresse, ja der König selbst wurden auf offener Straße insultirt, und als Letzterer sich endlich doch zur Verweisung der ehemaligen Tänzerin aus München entschloß, erwies sich dies als ungenügend, der hervorgerufenen Bewegung Einhalt zu thun. — Die inzwischen eingetretene Pariser Februarrevolution fand durch die fast täglich stattfindenden Gassentumulte und Bierkrawalle den Boden in der bayerischen Hauptstadt wohl vorbereitet und verlieh alsbald auch dieser ursprünglich aus rein persönlichen Verhältnissen hervorgegangenen Bewegung einen allgemein politischen Charakter.

Württemberg. Die Einführung der Verfassung im Königreich Württemberg war am 25. September 1819 erfolgt. Die bereits 1815 zusammenberufenen alten Stände hatten von einer Verfassung nichts wissen wollen; auf der Wiederherstellung des alten

Ständewesens beharrend, hatten sie den von König Friedrich vorgelegten Entwurf und ebenso die von seinem Nachfolger Wilhelm I. herrührenden Verfassungsvorschläge abgelehnt. Erst am 13. Juli 1819 hatten wieder angeknüpfte Verhandlungen zwischen Regierung und Ständen zu einer Einigung und am 25. September zur Verkündigung der erwähnten Verfassung geführt. Bis zum Jahre 1828 waren nun zahlreiche wichtige Gesetze zur Ausführung gelangt und die guten Beziehungen zwischen Regierung und Volksvertretung selten gestört worden; das Jahr 1830 führte aber auch hier eine wesentliche Aenderung herbei. Die immer mehr erstarkende liberale Opposition verlangte die beschleunigte Einführung weitergehender Verbesserungen und die Erfüllung früherer Verheißungen, während die Regierung, da sie sich trotz ihrer Volksfreundlichkeit der reaktionären Strömung der Zeit nicht ganz zu entziehen vermochte, eine Anzahl liberaler Blätter unterdrückte und sogar mehrere Deputirte wegen „demagogischer Umtriebe" verurtheilen oder von der Kammer ausschließen ließ. Aber es gelang hier nicht wie in Bayern, die Opposition vollständig mundtodt zu machen, vielmehr zog man in der Kammer nach wie vor wiederholt die Frage der Wahl- und Preßfreiheit und die einer Reform der Bundesverhältnisse in den Kreis der Berathung. Es war für die Regierung um so schwieriger, gegen diese letztere Forderung noch länger anzukämpfen, weil nicht Wenige unter den Anhängern des deutschen Einheitsgedankens sich mehr oder weniger offen mit der Hoffnung trugen, den als volksfreundlich bekannten und seit den Befreiungskriegen beliebten König Wilhelm I. dereinst an der Spitze des wieder geeinigten Deutschlands zu sehen. Namentlich die süddeutsche Jugend brachte seinen Namen gern mit dem Traumgebilde eines Nachfolgers der Hohenstaufen in Verbindung; doch scheint es, als habe dem Könige selbst der Gedanke an eine solche Möglichkeit durchaus fern gelegen.

Ohne zu einem eigentlichen Konflikt mit der Regierung zu führen, brachten doch die Verhandlungen der späteren Landtage den Liberalen mancherlei Enttäuschungen, die um so schwerer empfunden wurden, weil willkürliche Eingriffe der Beamtengewalt mehrfach vorkamen und namentlich die Handhabung der Censur zu begründeten Beschwerden Anlaß bot. Als darauf in der Kammer immer von Neuem Anträge auf Befreiung der Presse von dem erdrückenden Zwange gestellt wurden, ließen sich endlich die Minister zu der Erklärung herbei, daß sie beim Bundesrathe die nöthigen Schritte thun würden, bessere Zustände zu schaffen. Durch ein solches halbes Zugeständniß ließ sich aber die herrschende Mißstimmung nicht beseitigen, vielmehr durchdrang dieselbe immer weitere Schichten der Bevölkerung und machte sich, zumal auch in Württemberg die Folgen der allgemeinen Mißernte des Jahres 1846 schwer fühlbar wurden, sogar in Tumulten Luft. Unter solchen Umständen fand denn auch hier die Pariser Februarrevolution des Jahres 1848 einen wohlvorbereiteten Boden.

Baden. Lange Zeit hat Baden als ein Hort freiheitlicher Entwicklung in Deutschland gegolten. Die Stände waren hier zum ersten Male im April 1819 zusammengetreten; da aber wegen eingetretener Reibungen mit den Ministern die Auflösung der zweiten Kammer erfolgt war, so hatten auch die von derselben gestellten Anträge auf Preßfreiheit, Einführung von Geschwornengerichten, Abschaffung aller Fronden und Zehnten und ähnliche mehr zunächst nur angeregt werden können. Die späteren Versammlungen waren auf jene Forderungen zurückgekommen und hatten außerdem Verantwortlichkeit der Minister und Verbesserung der Gemeindeverfassung im Sinne größerer Selbständigkeit verlangt. Wiewol die Regierung in versöhnlicher Form diese Anträge entgegennahm und auch einen Theil derselben bewilligte, fehlte es doch auch nicht an Konflikten. So wurde der dritte Landtag plötzlich entlassen und das Verhalten der Kammern wegen der Verweigerung der von der Regierung für das Militär geforderten Summen öffentlich streng getadelt. Jedenfalls aber hatte das Verfassungsleben im badischen Volke schneller als anderswo Wurzel gefaßt; schon auf den ersten Landtagen waren Männer wie Winter, Rotteck, Wessenberg, Duttlinger, Liebenstein u. A. als gewandte und zielbewußte Parlamentarier hervorgetreten.

Dem kinderlosen Großherzog Ludwig folgte am 30. März 1830 ein wohlwollender, volksfreundlicher Fürst, Leopold I., unter dessen Regierung ein frisches konstitutionelles Leben sich entwickeln zu wollen schien. Gewaltsame Auftritte und politische Demonstrationen als Folge der französischen Julirevolution gab es daher in Baden nicht, nur in der Kammer fanden etwas erregte Scenen ab und zu statt. Die Regierung kam ernsteren Verwicklungen zuvor: ein Gesetz, das, wenn auch ohne Schwurgerichte, wenigstens in inneren Angelegenheiten ziemlich vollständige Preßfreiheit gewährte, ward kurz vor Jahresschluß 1831 zu Stande gebracht und in Baden wie in ganz Deutschland mit lautem Jubel begrüßt. Aber die bundestägliche Reaktion legte Verwahrung gegen dieses Gesetz ein, weil es „den Preßverfügungen des Bundestages als widersprechend befunden worden", und gegen ihren Willen mußte sich die Regierung zu bedeutenden Einschränkungen bequemen. — Die seit dieser Zeit von Itzstein, Welcker, Rotteck u. A. unausgesetzt um so energischer erhobene Forderung freisinniger Preßgesetze war deshalb weniger gegen die badische Regierung als gegen den Bundesrath gerichtet, dessen unfruchtbares und unbefriedigendes Wirken in der badischen Kammer mehrfach in erregten Debatten zur Sprache gebracht wurde.



Bernhard August von Lindenau. (S. 216.)

Erst als im Jahre 1840 nach dem Tode des beliebten Staatsministers Winter der bisherige badische Bundestagsgesandte von Blittersdorff das Ministerium übernahm und seine reaktionären Neigungen zur Geltung zu bringen suchte, verschlechterte sich die Stellung der Kammern der Regierung gegenüber in bedauerlicher Weise. Trotz aller Anstrengungen gelang es dem Ministerium nicht, das Uebergewicht der liberalen Partei in der zweiten Kammer zu beseitigen. Mit großer Heftigkeit protestirte die Opposition gegen die freiheitsfeindlichen Bestrebungen der Regierung und ebenso gegen die Beschränkung der Wahlfreiheit; aber das Ministerium beharrte auch nach dem Ausscheiden Blittersdorff's, welcher sich gegen Ende des Jahres 1843 auf seinen Posten als Bundestagsgesandter nach Frankfurt zurückbegab, auf seinem Standpunkt, und so verschärfte sich in dem jahrelangen Kampfe der Gegensatz zwischen der Regierung und der Volksvertretung und dem dieser anhängenden Volke immer mehr. — Weitere Spannung erwuchs aus der deutsch-katholischen Bewegung, die auch in Baden stark um sich griff und von der Regierung bekämpft wurde, während die Kammern volle Gleichberechtigung für die neue Sekte verlangten.

Fortwährend gedrängt, entschloß sich die Regierung endlich im Februar 1846 dazu, zur Auflösung der Kammern zu schreiten; aber die Ausführung dieses Beschlusses steigerte nur die Bewegung im Lande. Als wiederum die Opposition siegreich aus den Neuwahlen hervorging, gab die Regierung den nutzlosen Widerstand auf. Der konstitutionell gesinnte Staatsrath Beck wurde in das Ministerium berufen, und der neu eröffnete Landtag konnte ohne Bruch zu Ende geführt werden. Die freisinnigere Haltung der Regierung, die von ihr vorbereiteten inneren Reformen und ihre energischen Schritte beim Bundestage behufs

Abschaffung der Censur führten zu einer Beruhigung der Gemüther; es war anzunehmen, daß die nächsten Ergänzungswahlen der Regierung eine Mehrheit im Landtage sichern würden. In diese Anfänge eines besseren Einvernehmens zwischen Regierung und Ständen fiel die Botschaft von dem Ausbruch der Februarrevolution in Paris.

Hessen. In dem benachbarten Hessen war durch den Großherzog Ludwig I. im Mai 1820 eine landständische Verfassung bewilligt worden. Dieselbe war jedoch erst etwas später ins Leben getreten, da sich die Regierung genöthigt gesehen hatte, zunächst mit den einberufenen Ständen ein Uebereinkommen wegen des neuen Staatsgrundgesetzes zu treffen. Der erste und zweite Landtag hatte unter freundlichem Einvernehmen zwischen Regierung und Volksvertretung eine bemerkenswerthe gesetzgeberische Thätigkeit entwickelt. Eine ernstliche Verstimmung trat zuerst ein, als der dritte Landtag wegen des zu hohen Budgets und wegen des Zustandes des Staatsschuldenwesens Beschwerde erhob. Nach dem Regierungsantritt Ludwig's II. fanden dann unerquickliche Erörterungen über die Civilliste und die Privatschulden des Großherzogs statt, und auch die an anderer Stelle bereits geschilderten trostlosen Zustände im Zollwesen führten zu ernstlichen Klagen in der Kammer, die nur allzu begründet waren. Infolge der Grenzsperre im Fürstenthum Hanau waren Unruhen ausgebrochen, die sich nach den angrenzenden Theilen des Großherzogthums Hessen fortpflanzten, so daß selbst ein standrechtliches Verfahren angeordnet werden mußte.



Johann Adam von Itzstein.

In Hessen blieben die Nachwirkungen der Julirevolution von 1830 ebenfalls nicht aus. Die wegen demagogischer Umtriebe eingeleiteten Untersuchungen, welche meist mit Freisprechung der Angeklagten geendigt hatten, erzeugten eine tiefgehende Mißstimmung, welche namentlich in Rheinhessen beim Durchzug der polnischen Flüchtlinge zu lärmenden Demonstrationen führte. Wegen dieser Vorgänge wurden die Volksversammlungen beschränkt oder verboten, und es wurde gegen die politischen Vereine streng vorgegangen. Letzteres veranlaßte den fünften Landtag zur Stellung von Anträgen, deren wichtigster die Herstellung der Preßfreiheit zum Ziele hatte.

Die Mißstimmung erhielt auch hier neue Nahrung, als nach Auflösung des mißliebigen Landtags der Geheime Staatsrath Jaup, Regierungsrath von Gagern und andere volksthümliche Männer pensionirt wurden. — Auf dem folgenden Landtag befand sich trotz zahlreicher Urlaubsverweigerungen an Staatsdiener die Opposition noch immer in der Majorität. Es kam in den Sitzungen fortwährend zu unerquicklichen Erörterungen; und als infolge des Frankfurter Putsches Pfarrer Weidig, Apotheker Trapp und eine Anzahl Gießener Studenten und Bürger verhaftet und wegen demagogischer Umtriebe in Untersuchung genommen wurden, griff die bisher nur in einzelnen Kreisen herrschende Mißstimmung auch in der Masse des Volkes um sich. Besonders richtete sich das allgemeine Verdammungsurtheil gegen das rücksichtslose Verfahren des Untersuchungsrichters Georgi,

welcher die eingezogenen Angeschuldigten in einer Weise bedrängte, daß selbst regierungsfreundliche Männer daran Anstoß nahmen. Fast das ganze Land stellte sich auf die Seite der Angeschuldigten, zumal deren hochverrätherische Theilnahme an dem Frankfurter Attentat keineswegs für erwiesen galt, und ihr energisches Eintreten für eine Besserung der deutschen Verhältnisse mit nichten als ein Verbrechen angesehen wurde. Pfarrer Weidig gab sich im Gefängnisse selbst den Tod; gegen die anderen Verhafteten wurde zumeist auf harte und langjährige Zuchthaus- und Festungsstrafen erkannt. Milderte der Großherzog auch die verhängten Strafen in sehr umfassender Weise, so hielt man doch selbst das verringerte Maß derselben noch für ein ungerechtes, schon im Hinblick auf die häßlichen Vorgänge während der Untersuchung.

Die Ordnung des Privatschuldenwesens des Großherzogs sowie manche andere das Interesse des Staatsoberhaupts berührende Vorgänge hatten unangenehme Erörterungen zwischen dem Minister Du Thil, einem Schleppenträger Metternich's, und der Kammeropposition zur Folge gehabt. Wol ließen sich trotz dieser Zwistigkeiten auch mancherlei Fortschritte in Bezug auf Gesetzgebung und Verwaltung verzeichnen, doch war die frühere politische Regsamkeit aus dem Ständesaal gewichen.

Auch in Hessen führte das Umsichgreifen des Deutschkatholizismus zu mancherlei Unzuträglichkeiten, wiewol die Regierung keineswegs dieser Bewegung grundsätzlich feindlich gegenüberstand. — Weiteren Anlaß zur Aufregung gab der Bevölkerung die Einführung des neuen Civilgesetzbuches, welches die rheinische Institution, vornehmlich durch Aufhebung der Civilehe, bedrohte. Heinrich von Gagern war es, welcher durch Wort und Schrift für die rheinische Gerechtsame energisch eintrat und hierdurch Land und Volk zu erneuter politischer Regsamkeit veranlaßte. Der im Dezember 1847 zusammengetretene Landtag ließ erwarten, daß die Opposition mit überwiegender Stärke und in geistiger Ueberlegenheit der Regierung gegenübertreten würde.

So standen die Dinge, als Ende Februar 1848 die Bewegung von Westen auf Deutschland hinüberzuwirken begann und die thätigsten hessischen Patrioten, wie Gagern, Wernherr, Franck, in Verbindung mit dem Badenser Bassermann u. A. den Antrag auf Nationalvertretung des deutschen Volkes aufnahmen und ihn bald nachher dahin erweiterten, daß die Leitung der inneren und äußeren Angelegenheiten Deutschlands womöglich in die Hand der preußischen Regierung gelegt werde.

Sachsen. Später als in den bisher genannten deutschen Bundesstaaten wurde in Sachsen eine eigentliche Verfassung eingeführt. Unter dem wohlmeinenden Regiment des greisen Königs Friedrich August hatte man sich mit der gelegentlichen Einberufung der alten Stände begnügt. Am 5. Mai 1827 war Friedrich August gestorben, und sein ebenfalls schon hochbetagter Bruder Anton war ihm in der Regierung gefolgt. Daß auch dieser nicht aus eigenem Antriebe dem Lande eine Konstitution verleihen würde, war vorauszusehen; und doch machte sich das allgemeine Verlangen nach verfassungsmäßigen Zuständen immer dringender bemerklich, namentlich als die Kunde von der französischen Julirevolution, wie überall in Deutschland, so auch in Sachsen eine starke liberale Strömung zur Geltung brachte. Durch Entfernung mißliebiger Räthe, durch Gestattung der Bürgerbewaffnung sowie durch Verheißung wichtiger Reformen suchte die Regierung die Aufregung der Gemüther zu beschwichtigen; allein solche halben Zugeständnisse reichten dazu nicht aus, jedenfalls vermochten sie Zusammenrottungen und lärmende Auftritte in Leipzig und mehreren anderen Städten des Landes nicht zu verhindern. Der König verschloß sich nun nicht länger der Nothwendigkeit, weitergehende Bewilligungen eintreten zu lassen. Die alten Stände wurden zum letzten Male zusammenberufen, um den Entwurf einer Verfassung auf konstitutioneller Grundlage zu berathen, und diese am 4. September 1832 als Staatsgrundgesetz verkündet. Unter dem Vorsitzenden des Gesammtministeriums, dem trefflichen Bernh. Aug. von Lindenau, folgten rasch hinter einander die Städteordnung, die

Ablösungs- und Gemeindeeintheilungsgesetze, die Errichtung einer Landrentenbank, und auch in der Folgezeit fehlte es nicht an wohlthätigen Verbesserungen hinsichtlich der Rechtspflege und der Landesverwaltung. Namentlich kam die Veröffentlichung des Staatshaushaltes und die Kontrole desselben durch die Stände den Finanzen und dem allerdings längst schon eines wohlverdienten Rufes genießenden Kredit Sachsens zugute. Auch die Gewerbthätigkeit erfreute sich von Jahr zu Jahr größeren Aufschwungs, zumal Sachsen in Deutschland der erste Staat war, welcher den Bau von Eisenbahnen in größerem Maßstabe unternahm. Im vierten Jahrzehnt gab sich andauernd in den meisten Beziehungen zwischen den Kammern und der Regierung ein praktischer, verständiger Geist kund. Nur erwuchsen damals schon — und später mehr noch — aus dem Umstande, daß sich das Königshaus des protestantischen Landes zum Katholizismus bekannte, mancherlei Irrungen und Unzuträglichkeiten.

Im Jahre 1836 starb König Anton, und sein Neffe Friedrich August, welcher schon seit 1830 als Mitregent die Regierungsgeschäfte größtentheils ganz selbständig geführt hatte, gelangte auf den Thron, ohne daß dadurch das Regierungssystem eine Veränderung erlitten hätte. Aber auch unter diesem Regenten fehlte es nicht an mancherlei Verstimmungen; die Preßzustände, der hannöversche Verfassungsbruch, die Ausbreitung des Deutschkatholizismus sowie das Hervortreten der sogenannten „Lichtfreunde" führten zu vielfachen Erörterungen und Beschwerden. Die Erregung in den Gemüthern wurde durch im ganzen Lande verbreitete Gerüchte von geheimen Umtrieben der Jesuiten nur allzu sehr bestärkt. Man glaubte wahrzunehmen, daß die Regierung gegen freiere Bestrebungen des Protestantismus zu streng, gegen die Uebergriffe von katholischer Seite aber zu nachsichtig verfahre. Der Verdacht freiheitsfeindlichen Einflusses richtete sich leider auf den Bruder des Königs, Prinz Johann, so wenig auch dieser warme Freund der Künste und Wissenschaften, dessen große Verehrung für Dante überall bekannt war, Anlaß dazu gegeben hatte. Bei einer Musterung, die der Prinz als Kommandant der sächsischen Bürgerwehren über die Bürgergarde in Leipzig abhielt, kam jener unberechtigte Argwohn zu recht peinlichem Ausdruck. Am Abend dieses Tages (12. August 1845) versammelte sich eine lärmende Menge vor dem Absteigequartier des Prinzen. Das herbeigerufene Militär, statt den Platz einfach zu räumen und das Volk auseinander zu treiben, ließ sich zu übereiltem, durchaus nicht ausreichend gerechtfertigtem Gebrauch der Waffe hinreißen. Bei seinem Zusammenstoß mit den Massen kamen zahlreiche Verwundungen vor, ja es blieben nach mehreren Gewehrsalven verschiedene Personen zum Tode getroffen auf dem Platze, und zwar waren dies meist notorisch Unbetheiligte. Hierdurch wurde eine allgemeine Erbitterung der Bürger hervorgerufen, und dieselbe hielt leider auch längere Zeit an, da die Regierung sich mit dem scharfen Einschreiten des Militärs vollkommen einverstanden erklärte und auf



Ernst August, König von Hannover.

die Beschwerden der Bürgerschaft Leipzigs in der erhofften Weise nicht einging, auch bei ihrer ablehnenden Antwort den rechten versöhnenden Ton verfehlte und weiterhin bei Gelegenheit in den Kammerverhandlungen die verlangte Sühne zurückwies.

Ueberhaupt befriedigte der Landtag von 1845 die Erwartungen nicht. Schon während desselben, mehr aber noch nach demselben begann eine rückläufige Bewegung, welche durch die politische Abspannung im Volke nur zu sehr begünstigt wurde. Darunter hatten die Zeitungen, namentlich einige sehr beliebte Lokalblätter, sehr zu leiden, während dem regierungsfreundlichen religiös-politischen „Volksblatte“ Nachsicht und Gunst der Regierung zutheil ward. In dem nächstfolgenden Jahre des Nothstandes und der Theuerung verminderte sich im Volke noch mehr das Interesse, welches man bisher den politischen Tagesfragen zugewendet hatte. Mächtig aber wirkten dennoch auch auf Sachsen die Ereignisse des Jahres 1848 ein. Die in Leipzig seit den erwähnten Vorgängen nie ganz erloschene Erregung brach sofort wieder in hellen Flammen aus und verbreitete sich über das ganze Land.

Hannover. In Hannover war, um wenigstens dem Wortlaute nach den Zusicherungen der Bundesakte zu entsprechen, im Jahre 1819 ein „allgemeiner Landtag“ einberufen worden, welcher aber weder in seiner Zusammensetzung noch in seinen Befugnissen auch nur den bescheidensten Wünschen der Bevölkerung zu entsprechen vermocht hatte. Erst unter dem Einflusse der französischen Julirevolution hatte man den Volkswünschen durch Verleihung der Verfassung von 1833 Rechnung getragen. Vier Jahre darauf, im Jahre 1837, starb König Wilhelm IV. von England ohne Hinterlassung männlicher Erben, und da nach englischem Herkommen seine Nichte Viktoria das nächste Anrecht auf den Thron hatte, in Hannover aber die weibliche Linie zur Thronfolge nicht berechtigt war, hörte die seit der Thronbesteigung Georg's I. (1714) bestandene Personalunion zwischen beiden Ländern damit auf, und der Bruder Wilhelm's IV., Herzog Ernst August von Cumberland, ein starrköpfiger Tory, gelangte auf den hannöverschen Thron. Dieser begann sein Regiment damit, die in anerkannter Wirksamkeit bestehende Verfassung von 1833 aus eigener königlicher Machtvollkommenheit aufzuheben und die alte Scheinverfassung von 1819 wieder herzustellen. Wir haben schon des heftigen und berechtigten Widerstandes gedacht, den diese gewaltsame Maßregel im ganzen Lande fand, aber auch im übrigen Deutschland war der Eindruck des schmählichen Verfassungsbruches ein außerordentlich lebhafter, ja er trug nicht unwesentlich dazu bei, die seit den Demagogenverfolgungen und den reaktionären Beschlüssen der Ministerkonferenzen zu Wien im Jahre 1834 auf Deutschland lastende Schwüle zu durchbrechen und der liberalen Bewegung von Neuem einen kräftigen Anstoß zu geben.

Von den Kammern der meisten deutschen Mittel- und Kleinstaaten wurden dringende Petitionen an den Bundestag gerichtet und derselbe zum Schutz der hannöverschen Verfassung angerufen; aber die hohe Bundesbehörde erklärte sich für inkompetent und lehnte jedes Einschreiten ab, den geringen Rest des Vertrauens, welchen sie noch in Deutschland genoß, damit vollständig untergrabend. Umsomehr fand es bei Alt und Jung Beistimmung und Bewunderung, als die „Göttinger Sieben“, die Professoren Dahlmann, Albrecht, Weber, Gebrüder Grimm, Gervinus und Ewald, welche zu den Koryphäen deutscher Wissenschaft zählten, den Eid auf die oktroyirte Verfassung verweigerten, „weil es ihnen als Lehrern der Jugend am wenigsten gezieme, mit Eiden zu spielen.“ Vom König Ernst August wurde der am 19. November eingereichte und von allen freisinnigen Kreisen mit Begeisterung begrüßte Protest dieser deutschen Ehrenmänner damit erwidert, daß sie ohne Urtheil und Rechtsspruch ihrer Aemter entsetzt, Dahlmann, die Gebrüder Grimm und Gervinus sogar des Landes verwiesen wurden.

Die auf Grund der alten Verfassung zusammengetretene Ständeversammlung schob die Erörterung der im Schoße derselben angeregten Kompetenzfrage mit klugem Bedacht zweimal hinaus, und in den folgenden Versammlungen hatten wiederholte Besprechungen nur das unerfreuliche Resultat, daß die Sache auf sich beruhen blieb.

Viele der einflußreichsten Mitglieder der Opposition verließen nun den Ständesaal, und die Versammlungen wurden immer bedeutungsloser. Die Beunruhigung im Lande aber ward dadurch begreiflicher Weise nicht geringer. — Alle unterdessen stattgehabten Versuche, die Verfassung vom Jahre 1833 wieder herzustellen, und die zu diesem Behufe von verschiedenen Fakultäten herangezogenen Gutachten brachten die Streitfrage nicht zu einem Abschluß. Niemand wußte im Grunde so recht, welche Verfassung im Lande gelte.

Die Regierung erkannte wol das Mißliche ihrer Lage, aber die zur Versöhnung unternommenen Schritte verfehlten ebenso ihren Zweck, wie die gegen den Bürgermeister Joh. K. B. Stüve von Osnabrück und den Stadtdirektor Rumann in Hannover angeordneten Untersuchungen. Gefügiger zeigte sich die im Jahre 1841 eröffnete Ständeversammlung, bei deren Wahl alle entschiedenen Regierungsgegner ferngehalten worden waren. Der Verfassungsstreit ruhte jetzt; die Bevölkerung war ermüdet von dem langen erfolglosen Kampfe, während die Regierung sich eifrig bemühte, durch materielle Verbesserungen im Lande das geschehene Unrecht vergessen zu machen. Mancherlei geschah zu Gunsten des Volksschulwesens, und mit Eifer ging man an den Bau von Eisenbahnen. Es wurden der nächstfolgenden Ständeversammlung ein neues Gewerbegesetz wie auch Verbesserungsvorschläge in Bezug auf die Rechtspflege vorgelegt; in der Verfassungsfrage aber beharrte die Regierung auf ihrem ablehnenden Standpunkte. Bezeichnend dafür ist ein Reskript des Königs, welches das Verlangen beider Kammern nach Oeffentlichkeit ihrer Verhandlungen dahin beschied, daß man nach reiflicher Ueberlegung die Oeffentlichkeit der Verhandlungen niemals gestatten könne. Noch im Januar 1848 wurden die Turnvereine verboten, es wurde eine polizeiliche Beaufsichtigung der Liedertafeln und Lesevereine angeordnet — endlich machte die Pariser Februarrevolution der heillosen Rechtsverkümmerung auch in Hannover ein Ende.

Die deutschen Kleinstaaten. Die Julirevolution von 1830 hatte auch auf die Bestrebungen und die lauten Kundgebungen der Bewohner der kleineren Staaten Deutschlands ermuthigend eingewirkt. Den meisten derselben waren bereits früher schon mehr oder weniger ihren Bedürfnissen entsprechende Verfassungen verliehen worden; jetzt traten auch diejenigen von ihnen, in denen dies noch nicht der Fall war, in den Kreis der verfassungsmäßig regierten Staaten ein. Die kleineren Verhältnisse, in denen sich hier Alles bewegte, brachten naturgemäß einen ruhigeren Gang der Entwicklung mit sich, als in den größeren deutschen Bundesstaaten; nicht zum Wenigsten trug auch das wohlwollende Eingehen der meisten der kleinen Fürsten und Landesherren auf die berechtigten Wünsche ihrer Unterthanen dazu bei, daß ihren Ländern und Ländchen ernste Verfassungskämpfe und tiefgreifende Wirren erspart blieben.

Indessen können bei einer Beurtheilung der damaligen Gesammtlage Deutschlands die mittel- und norddeutschen Kleinstaaten kaum mit in Betracht kommen. Von ihnen abgesehen, hatte sich in den vierziger Jahren überall eine Bewegung vorbereitet, welche nur eines geeigneten Anstoßes bedurfte, um zum Ausbruch zu kommen und je nach Umständen den Charakter einer mehr oder minder gewaltsamen Revolution anzunehmen. Ziel dieser Bewegung war nicht nur eine freiere Gestaltung des Verfassungslebens in den Einzelstaaten, sondern, obwol dem oberflächlichen Blick weniger erkennbar, fast mehr noch die Neugestaltung Deutschlands auf der Grundlage politischer und wirthschaftlicher Einheit, womöglich mit einem starken und mächtigen Oberhaupt an der Spitze, das nach dem Urtheil vorurtheilsfreier Patrioten nur der König von Preußen sein konnte — allerdings nicht der absolutistische, sondern der konstitutionelle und aufrichtig konstitutionell regierende König von Preußen.

Allein Friedrich Wilhelm IV. verharrte auf seinem Standpunkte, und es blieb ihm das Verständniß für die stattgefundenen oder die noch sich vorbereitenden Wandlungen verschlossen. Wie einst die Sibylle an den stolzen Tarquinius, so trat der Genius des Jahrhunderts vergebens an ihn heran: er fand den Preis zu hoch, welcher für die Erschließung der Räthsel der Zeit gefordert wurde.

Hochherzig, reich an glänzenden Eigenschaften des Geistes, war Friedrich Wilhelm IV. gleichwol nicht berufen, die großen Aufgaben der Zeit zur Lösung zu bringen. Gewiß liebte er sein Volk aus vollem königlichen Herzen, aber er verlangte dafür kindlichen Gehorsam und Ehrfurcht für sein angestammtes „Königthum von Gottes Gnaden", während seine Unterthanen sich immer mehr als freie Staatsbürger fühlten; er wollte seinem Volke aus königlicher Gnade und nach eigenem Ermessen freisinnige Staatseinrichtungen gewähren, welche die Mehrheit des Volkes jedoch als ureigene Rechte in Anspruch nahm; er machte die christliche Weltanschauung zum leitenden Grundsatz seiner Regierungsthätigkeit und erkannte in kirchlicher Gläubigkeit die Grundbedingung des sittlichen Fortschritts, während die öffentliche Meinung Kirchenzwang und Uebergriffe der geistlichen Gewalt immer entschiedener verurtheilte; er trug in sich ein warmes, begeistertes Herz für „ein herrliches, in lebendiger Gliederung einiges Deutschland" und dachte sich ein wiedererstandenes Deutsches Reich als Hort christlichen Glaubens, christlicher Sitte und Bildung, während im Volke die Einheit als Bürgschaft für die Freiheit galt.

So vermochte er für seine hochsinnigen Plänen nicht die Würdigung und den Beifall seines Volkes zu finden und sah sich durch den Widerstand desselben allmählich auf Bahnen gedrängt, die er aus eigenem freien Antriebe wol niemals betreten hätte.

Friedrich Wilhelm IV. war, was selbst seine Bewunderer eingestehen, kein Mann der kühnen That. Wäre es ihm beschieden gewesen, schon bei seiner Thronbesteigung als Regent an die Spitze eines festgeordneten konstitutionellen Staatswesens zu treten, so hätte er in der Regierung und Leitung desselben vielleicht Großes geleistet. Aber die Zeit des Werdens und Entstehens, in welche die erste Zeit seiner Regierung fiel, diese unruhige Zeit mit ihrem Gähren und Schäumen ließ die auf ruhige, friedliche Weiterentwicklung gerichteten Bestrebungen Friedrich Wilhelm's IV. nicht zur Geltung kommen. Daher jener beständige Zwiespalt zwischen dem Wollen und dem Vollbringen des Königs, daher jener Kontrast zwischen dem unerfreulichen Gange der preußischen Politik im Innern und nach außen und dem erfreulichen und erhebenden Fortschritte aller dem Parteigetriebe entrückten Werke des Friedens, deren Förderung der für alles Schöne und Edle begeisterte Monarch sich allezeit angelegen sein ließ.

Wir behalten uns vor, diese Seite der Regierungsthätigkeit Friedrich Wilhelm's IV. an anderer Stelle näher ins Auge zu fassen, um hier, gleichsam an der Schwelle eines neuen bedeutsamen Abschnittes der preußisch-deutschen Geschichte, einen kurzen Rückblick auf die Veränderungen und Verbesserungen zu werfen, durch welche in Preußen seit 1815 das Heer, der Träger und die Stütze der preußischen Größe, auf die Lösung der großen Aufgaben vorbereitet worden war, welche die nächste Zukunft ihm vorbehielt.

Fortschritte im Militärwesen.

Friedrich Wilhelm IV. war ein Friedensfürst im eigentlichsten Sinne des Wortes, und doch sind unter seiner Regierung, und zwar gerade im Verlaufe des fünften Jahrzehnts, wesentliche Fortschritte in der Entwicklung und Stärkung des preußischen Wehrwesens gemacht worden.

Die außerordentlichen Anstrengungen, welche Preußen in den Befreiungskriegen gemacht hatte, um das drückende Joch des Franzosenkaisers abzuschütteln, äußerten in den nächstfolgenden Friedensjahren ihren Rückschlag insofern, als man in dem Bestreben, die Wunden des Krieges möglichst schnell zu heilen, sich bei allen Staatsausgaben der größten Sparsamkeit befleißigen mußte, und deshalb knauserte und knickerte, wo man nur konnte. Zunächst mußten militärischerseits die in der Zeit der Noth zusammengerafften Truppen ein festes Gefüge erhalten, wenn sie den an ein geordnetes und allezeit zuverlässiges stehendes Heer zu stellenden Anforderungen genügen sollten.

Aus dem vorhandenen Menschenmaterial wurden allmählich neue Regimenter gebildet.

Zum Glück und zum Vortheil für die Stärke und Volksthümlichkeit des preußischen Wehrwesens vergaß man dabei auch die Landwehr nicht, und es ward dieser in der höchsten Noth und Gefahr geschaffenen Truppe, nicht ohne den heftigen Widerspruch der politischen Reaktion, eine feste Organisation und eine ehrenvolle gesetzliche Existenz gegeben.

Bei allen diesen Neueinrichtungen sah man sich freilich durch den Mangel an ausreichenden Geldmitteln nicht selten auf das Empfindlichste eingeschränkt und behindert. Dies machte sich nicht nur in der ganzen Ausrüstung und Verwaltung des Heeres fühlbar, sondern äußerte auch auf den Geist desselben einen schädigenden Einfluß. Der frische, belebende Hauch, welcher zur Zeit der Befreiungskriege die preußische Armee durchdrungen hatte, war ohnedem nach und nach immer mehr geschwunden.



Prinz Wilhelm, Kommandirender des Gardecorps (vor 1840).

Man verfiel, was wir schon an anderer Stelle weiter ausgeführt haben, in eine geisttödtende Pedanterie und ließ den Geist vollständig von der Form beherrschen — in der Regel die Ausgeburt langer Friedensjahre. Nirgends ließ sich ja eine ernstlich drohende Kriegswolke am politischen Horizonte erblicken. Die französische Julirevolution, die polnischen und belgischen Unruhen hatten zwar vorübergehend an den nur schlummernden Zeitgeist gemahnt, schließlich aber nur die Mächte der heiligen Allianz enger mit einander verbunden. Den Herrschern Preußens, Rußlands und Oesterreichs bot sich Gelegenheit, wiederholt ihre friedlichen Gesinnungen und die Gefühle persönlicher Freundschaft durch Zusammenkünfte kundzugeben. So sah man während der Septembertage des Jahres 1835 in dem seiner Zeit viel genannten Lustlager bei Kalisch russische und preußische Truppen

zu einem Corps vereint. Friedrich Wilhelm III. und sein kaiserlicher Schwiegersohn konnten hier eine Woche lang sich in gehobener Stimmung der Freude über die Vorzüge und Tüchtigkeit ihrer Truppenkörper, vornehmlich auch über die Leistungen der beiderseitigen Reiterregimenter hingeben. Es waren eine Menge Sachverständiger und Neugieriger aus allen Welttheilen zu den militärischen Paraden und Manövern, bei denen die Söhne des Königs mehrmals russische Abtheilungen unter ihrem Befehle hatten, eingetroffen. Man besang sich gegenseitig in begeisterten Hymnen; brüderlich umschlungen durchwandelten der donische Kosak und der brandenburgische Kürassier, mit einem Glas „Wuttki“ sich zutrinkend, die Lagergassen; ohne daß Einer des Andern Sprache verstand, sagten sie doch sehr verständlich: „Arm in Arm mit dir, so fordr' ich mein Jahrhundert in die Schranken!“ Erstaunt blickten die Zuschauer auf die gleichmäßige und ausgezeichnete Ausbildung der Russen und Preußen; Alles klappte wie bei einer Maschine; selbst die Kanonenschüsse begleiteten taktgemäß die Freudenlieder! Man wußte nicht, sollte man mehr die genaue Ausführung der Manöver oder die vortreffliche Haltung der einzelnen Soldaten bewundern.

Nur wenig Hellsehende erkannten damals, daß solche stattliche Paradebilder, solche vortreffliche Dressur einen thönernen Boden hatte, der beim Erwachen des Zeitgeistes über kurz oder lang schnell einstürzen müsse. Und diese Wenigen blieben ungehört bei dem betäubenden Jubel solcher Schaufeste, die der Welt glauben machten, der Soldat sei nur da, um auf das Strammste gedrillt und für große Paraden ausgebildet zu werden.

Erst mit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelm's IV. und dem gleichzeitigen energischen Eingreifen seines Bruders Wilhelm, des späteren Prinzregenten, in die Angelegenheiten des Heeres trat hierin eine wohlthätige Aenderung ein. Es entsprach der romantischen Sinnesrichtung des geistreichen Monarchen, daß zunächst für die Vertheidiger des Thrones und des Vaterlandes ein ihrem edlen Berufe entsprechendes, unwillkürlich an die Zeit der Eisenritter erinnerndes Aeußere geschaffen wurde. An Stelle des schwerfälligen und den Kopf wenig schützenden Tschakos ließ der König nach antiken Mustern einen Helm, die sogen. „Pickelhaube“, herstellen, der bald als allgemeine Kopfbedeckung mit geringen Ausnahmen bei der Armee eingeführt wurde, während zugleich ein kleidsamer Waffenrock die bisherige enge Montur, bequeme Beinkleider die Gamaschen 2c. verdrängten. Auch das Lederzeug zum Tragen von Seitengewehr, Patronentasche und Tornister wurde praktischer und gefälliger eingerichtet. Ein Hauptfortschritt geschah aber in der Ausrüstung der Infanterie durch Einführung des späterhin so berühmt gewordenen Zündnadelgewehrs, mit welchem im Jahre 1828 der geschickte Kunstschlosser Dreyse an die Oeffentlichkeit getreten war, und welches von dem Jahre 1840 an allmählich die alleinige Handfeuerwaffe in der preußischen Armee wurde. Wie einst mit der allgemeinen Wehrpflicht, so betrat Preußen auch mit diesem schnellfeuernden Hinterlader als erste unter den europäischen Großmächten eine ganz neue Bahn. — Scheinbar war es nur eine neue Waffe, um die es sich handelte, aber sie brachte einen neuen Geist mit sich, denn ihr Gebrauch verlangte einen geistig selbstthätigen Soldaten, den das alte Steinschloßgewehr und das bisherige Exerzierreglement nicht vorausgesetzt hatten. Dieses letztere, ohnehin überlebt, war mit der Einführung der neuen Waffe vollends unhaltbar geworden; zunächst erhielt deshalb die Infanterie ein neues, das dem Streben nach geistiger Selbständigkeit des Soldaten Rechnung trug und dem zerstreuten Gefecht und der taktischen Verwendung der Kompagniekolonne besondere Bedeutung beilegte.

Nicht minder groß waren die Fortschritte, welche das ziemlich gleichzeitig eingeführte neue Exerzierreglement für die Kavallerie mit sich brachte. Tüchtige Reitergenerale, wie der „alte Wrangel“, Roth von Schreckenstein u. A., sorgten dafür, daß man die Beweglichkeit und Manövrirfähigkeit dieser schneidigen Waffe durch Einführung geeigneter Formen erhöhte, wenngleich es doch noch manches Jahrzehnt dauern sollte, ehe die preußische Kavallerie wieder ganz auf der Höhe der Situation stand und sich der Fridericianischen Vorbilder würdig zeigte.



Die preußische Armee in der neuen Uniformirung. Zeichnung von A. Beck.

Husar. (Trompeter.) — Armeegendarm. — Landwehrulan. — Flügeladjutant. — General. — Garde-Landwehrmajor. — Linieninfanterie. Kaiser Alexander-Gardegrenadiere.

Bei der fortschreitenden Vervollkommnung der Handfeuerwaffen lag es nahe, auch den Geschützen eine erhöhte Trefffähigkeit auf weitere Entfernungen zu verleihen. In den sachverständigen Kreisen beschäftigte man sich eifrig mit den nach dieser Richtung aufgetauchten Vorschlägen, und die Frage, ob glatte oder gezogene Geschütze vorzuziehen seien, nachdem Krupp 1846 mit dem ersten Dreipfünder aus Gußstahl zu Stande gekommen war, blieb jahrelang auf der Tagesordnung. Doch wurden erst mit dem Jahre 1851 in Preußen Versuche mit gezogenen Geschützen angestellt. Bisher schien das für die Rohre der Feldgeschütze allgemein angewandte Material, die Bronze, vermöge ihrer Weichheit nicht im Stande zu sein, die Form der Züge auf länger hin zu bewahren; auch hielt man andere Geschosse für erforderlich, da die eiserne Granate nicht so willig den Zügen folgen wollte, als das bleierne Geschoß in den Handfeuerwaffen. — Von Napoleon III. ging die große Umwandlung aus, und seine während des italienischen Krieges zur Anwendung gelangten gezogenen Sechspfünder nach dem System la Hitte machte allen bisherigen Bedenken ein Ende; die Fortschritte in der Eisenindustrie, vornehmlich in der Gußstahlerzeugung, beförderten im folgenden Jahrzehnte die neue Aera des Geschützwesens in Preußen infolge der großartigen Leistungen des rasch zur höchsten Blüte emporgestiegenen Krupp'schen Etablissements in Essen. — Eine Folge dieses unausgesetzten Strebens war, daß die jährlichen Manöver aus Schaugeprängen mehr und mehr Lern- und Lehrstätten für Offiziere und Soldaten wurden. Jene lernten die Truppen gebrauchen und lehrten ihnen, so gut dies im Frieden zu zeigen war, was der Krieg vom Soldaten fordert.

Die militärische Rechtspflege und das Verwaltungswesen des Heeres wurden gleichfalls den Forderungen der Zeit entsprechend umgeformt und haben seitdem vielfach fremden Heeren zum Muster gedient.

Den Traditionen des Hohenzollernhauses gemäß standen der König und die königlichen Prinzen, unter ihnen besonders der ritterliche Prinz Wilhelm, mit voller Thätigkeit an der Spitze des Heeres, sorgten mit allen Kräften für das Wohl ihrer Offiziere und Soldaten und wußten eine gute Gesinnung und vortreffliche Disziplin durch gerechtes Lob und strengen Tadel zu nähren und zu erhalten. Wie zu den Zeiten des großen Friedrich bildete das Heer somit bald wieder den festen und unerschütterlichen „rocher de bronce“, an welchem die Wogen der Revolution, welche demnächst das Land durchbrausten, machtlos zerschellen sollten.



Dragoner, Garde du Corps und Gardekürassiere.



Zweites Buch.

Das Revolutionsjahr 1848.

Der Winter des Jahres 1847 auf 1848 neigte sich seinem Ende zu. Da kam in den letzten Februartagen des Jahres 1848 aus Frankreich plötzlich die Kunde, daß hier das königliche Regiment gestürzt und am 24. Februar wieder die Republik ausgerufen sei. — Die Julirevolution des Jahres 1830, welche den „Bürgerkönig“ Louis Philipp auf den Thron gehoben hatte, war von den besser situirten Kreisen des Bürgerthums ausgegangen. Auf diese glaubte sich deshalb das Julikönigthum stützen, den Wünschen und Interessen dieser Kreise glaubte es in erster Linie dienen zu müssen, und es that dies durch eine im Wesentlichen friedfertige Politik nach außen, nach innen aber durch eine Gesetzgebung und Verwaltung, welche das Kapital mehr als billig begünstigte, indem es ihm einen Einfluß einräumte, dessen rücksichtslose Ausnutzung in den niederen Schichten der Bevölkerung bald Unmuth und Erbitterung erzeugte. Wenn auch das Bürgerthum die intellektuelle Urheberschaft des Dynastiewechsels im Jahre 1830 für sich in Anspruch nehmen durfte, so hatte das niedere Volk doch auch das Seinige dazu gethan, die Bourbonen zu stürzen, daher es sich für berechtigt hielt, wenigstens einige Rücksichtnahme auf seine Wünsche und Interessen von Louis Philipp zu beanspruchen.

Die Pariser Februarrevolution. Die durch die ablehnende Haltung der Regierung hervorgerufene Mißstimmung und Unzufriedenheit wurde durch überzeugte Republikaner und durch ehrgeizige Abenteurer, die bei einem neuen Umsturz nichts zu verlieren hatten, aber Vieles zu gewinnen hofften, kräftig genährt und geschürt und förmlich in ein System gebracht, das als Sozialismus und Kommunismus weiterhin auch andere Völker in Mitleidenschaft zog. Aber auch die dem Julikönigthum feindlichen monarchischen Parteien, die Anhänger der Bourbonen und die Bonapartisten, förderten und unterstützten die unruhige Bewegung. Die unzweifelhafte Niederlage, welche die französische Politik bei der versuchten

Lösung der orientalischen Frage im Jahre 1840 erlitten hatte, vermehrte die Zahl der Regierungsgegner und rief sogar auch im Heere eine schnell überhand nehmende Unzufriedenheit wach. Bald schon kam es hier und da, vor Allem natürlich in Paris, zu lärmenden Auftritten und Kundgebungen; überall bildeten sich Klubs und Vereine, welche, ihre republikanischen Bestrebungen zunächst hinter dem Rufe nach Reform des Wahlrechts und Abdankung des verhaßten Ministeriums Guizot verbergend, durch Veranstaltung von öffentlichen Umzügen und sogenannten Reformbankets dafür sorgten, daß die Massen in Aufregung gehalten und auf Ausübung von Gewaltsamkeiten vorbereitet wurden. Als die Regierung, die zu lange die Bewegung unterschätzt hatte, endlich im Januar 1848 die Abhaltung von Reformbankets verbot, war es zu spät; die Aufregung hatte bereits einen zu hohen Grad erreicht, die drohende Form des Verbots forderte zum Widerstande heraus. Die Abhaltung eines auf den 22. Februar angesagten großen Reformbankets ward zwar verboten; — dennoch versammelten sich am festgesetzten Tage Tausende auf dem Festplatze, hörten die aufreizenden Reden einiger Heißsporne der extremsten Richtung mit an und zogen dann lärmend und in beunruhigender Haltung vor das Gebäude der Deputirtenkammer. Von einem schnell herbeigeeilten Reiterregiment angegriffen, stoben sie zwar auseinander, aber heftige Drohungen und Verwünschungen wurden laut, und hier und da begann man bereits Barrikaden zu errichten. Am Morgen des 23. brachen die Unruhen mit erneuter Heftigkeit aus, die Nationalgarden zeigten Neigung, mit den aufgeregten Massen sich zu verbrüdern, und Guizot, der jetzt die ganze Größe der Gefahr erkannte, bat, um die Dynastie zu retten, um seine Entlassung, die ihm auch sofort ertheilt wurde. Mit Blitzesschnelle verbreitete sich die Kunde davon unter den Volksmassen, und vieltausendstimmiger Jubel erhob sich auf allen Straßen und Plätzen. Die große Mehrheit der tumultuirenden Menge hätte wol noch gern den Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht vermieden; man erwartete von dem Könige, daß er einsichtig genug sein werde, nunmehr berechtigten Wünschen nachzukommen. Aber versagen wollte man es sich wenigstens nicht, der Erbitterung gegen Guizot durch eine feindselige Kundgebung vor dem Hause des Verhaßten Luft zu machen. Bei dieser Gelegenheit fiel — ob aus Versehen oder in böswilliger Absicht abgefeuert, ist nicht aufgeklärt worden — ein Schuß aus den Reihen des Volkes, worauf der zum Schutz aufgestellte starke Militärposten, der sich bedroht glaubte, in verhängnißvoller Uebereilung auf die dichtgedrängte Masse eine volle Salve abgab, durch welche gegen fünfzig Menschen niedergestreckt wurden. Mit Wuthgeschrei stoben die Massen auseinander: das Zeichen zum gewaltsamen Ausbruch des Sturmes, der bereits beschworen zu sein schien, war gegeben. Binnen wenigen Stunden tobte auf allen Straßen und Plätzen ein Kampf, dessen Ausgang bei der wilden Erregung des Volkes und der Widerwilligkeit des größten Theiles der Truppen kaum zweifelhaft sein konnte. Am nächsten Morgen stellten auf Befehl des neuen Ministeriums die Truppen nach schweren Verlusten das Feuer ein, und es erschien gleichzeitig ein Manifest, welches Erfüllung der Volkswünsche verhieß. Aber diese Verheißung genügte jetzt nicht mehr; die Massen verlangten die Abdankung des Königs, weil er auf sein Volk habe schießen lassen, und sie trafen Anstalten zur Erstürmung der Tuilerien. Von seinen Rathgebern gedrängt, erklärte Louis Philipp seine Verzichtleistung auf den Thron zu Gunsten seines Enkels, des Grafen von Paris, und begab sich mit seiner Familie und dem größten Theil seiner angesammelten Schätze nach St. Cloud und von dort auf den Weg nach England; nur sein von ihm mit der Führung der Regentschaft für den noch unmündigen Grafen von Paris betrauter zweiter Sohn, der Herzog von Nemours, und die Mutter jenes Kindes, die Herzogin Helene von Orleans, blieben in Paris zurück, um die Rechte des Thronfolgers zu wahren.

Die zweite Republik. Der erstrebte Zweck ward jedoch nicht erreicht: die nach wüsten Auftritten im Sitzungssaal der Deputirtenkammer und im Stadthause konstituirte provisorische Regierung, Dupont de l'Eure, Lamartine, Garnier Pagès, Arago, Ledru Rollin,

Louis Blanc und Armand Marrast, war nicht gewillt, ihre Macht an den unmündigen Prinzen oder dessen Stellvertreter abzutreten, und noch an demselben Tage, dem 24. Februar, wurde die Republik ausgerufen, deren Schicksale wir an anderer Stelle und in anderem Zusammenhange verfolgen werden, um uns hier zunächst den Folgen des bedeutsamen und so unerwarteten Ereignisses für Deutschland und vor Allem für Preußen zuzuwenden.

Rückwirkungen auf Deutschland. Wahrhaft elektrisirend wirkte die durch den eben erfundenen elektrischen Telegraphen verbreitete Kunde von der französischen Februarrevolution in den deutschen Staaten, in denen der revolutionäre Zündstoff sozusagen bereits in der Luft lag. Zwölf Tage vor dem Ausbruch derselben in Paris hatte Bassermann in der badischen Kammer den dringlichen Antrag gestellt, die Regierung möge für die Schaffung einer deutschen Volksvertretung neben dem Bundesrathe eintreten. „Die Abneigung der deutschen Nation gegen ihre oberste Behörde in Vertrauen zu verwandeln“, sagte er, seinen Antrag begründend, „ist der Fürsten dringendste Aufgabe. Mögen sie es zeitig thun! An der Seine wie an der Donau neigen sich die Tage.“ — Ja, freiwillig, zur rechten Zeit und mit Maß zu geben, dabei Dank zu ernten und den Frieden zu erhalten, statt später gezwungen über das Maß hinaus zu bewilligen, ohne dann den erregten Heißhunger stillen zu können, das wäre echte Regierungsweisheit gewesen. — Aber wie in Frankreich, so kam auch in Deutschland die Erkenntniß des Richtigen zu spät. Die deutschen Regierungen hatten die neue Umwälzung in Frankreich nicht vorausgesehen oder doch jedenfalls ihren so schnellen Ausbruch nicht erwartet, und so pochte auf dem deutschen Boden die Revolution an, ehe daselbst irgend etwas zu ihrer Abwehr vorbereitet worden war. Schon einige Tage nach der Vertreibung Louis Philipp's fand in Baden eine stürmische Volksversammlung statt, in der eine wirkliche Volksvertretung am Deutschen Bunde, Volksbewaffnung, Preßfreiheit und Einführung von Schwurgerichten gefordert ward. In richtiger Würdigung der für das Grenzland Baden doppelt drohenden Gefahr bewilligte die Regierung jene Forderungen, ebenso die am 1. März in einer erregten Sitzung der zweiten Kammer gestellten Anträge auf Aufhebung der mißliebigen Bundesbeschlüsse, auf politische Gleichstellung aller Bekenntnisse, Vereidigung des Militärs auf die Verfassung, Ministerverantwortlichkeit, Aufhebung aller noch bestehenden Feudallasten, Steuerreform im Sinne der Gleichheit, Schutz der Arbeit und Aenderung des Ministeriums. Gleiche und ähnliche Forderungen wurden in den nächsten Tagen auch in anderen deutschen Bundesstaaten, im Großherzogthum Hessen, in Württemberg, in Nassau, etwas später auch in Hannover, in Kurhessen und in Oldenburg erhoben und meist ohne Widerstand bewilligt; überall wurden die bisher verfolgten und gemaßregelten Führer der liberalen Partei in die Ministerien und hohen Regierungsämter berufen: Welcker wurde zum badischen Bundestagsgesandten in Frankfurt ernannt, F. Römer und Paul Pfizer nahmen in Württemberg, Joh. B. Stüve in Hannover, Heinrich v. Gagern im Großherzogthum Hessen die Ministersitze ein, und Professor L. von der Pfordten, Advokat Karl Braun und Stadtrath M. Oberländer ersetzten das bisherige reaktionäre Ministerium in Sachsen.

Daß sich solche tief eingreifenden Wandlungen nicht in aller Ruhe vollzogen, daß es dabei, namentlich in den Residenzstädten, zu mehr oder minder argen Tumulten kam, lag in der Natur der Sache begründet, doch wurden ernstere Zusammenstöße des Volkes mit der bewaffneten Macht durch die rechtzeitige Nachgiebigkeit der Regierungen meist vermieden; auch in Bayern, wo der König anfänglich entschlossen schien, dem Aufruhr zu trotzen und den gegen seine eigene Person gerichteten Demonstrationen mit Waffengewalt zu begegnen, wurden im letzten Augenblick die Volkswünsche erfüllt. Aber König Ludwig vermochte sich in die veränderte Lage der Dinge nicht zu finden: schon am 20. März legte er die Krone zu Gunsten seines Sohnes Maximilian's II. freiwillig nieder, um fern von den für ihn freudlosen Regierungsgeschäften ausschließlich der Kunst und ihrer Pflege die letzten Jahre seines Lebens zu widmen.

Mit Windeseile hatte sich die revolutionäre Bewegung über das südliche und mittlere Deutschland verbreitet, und es war von ihr gleichsam im Fluge errungen worden, wonach die besten Kräfte der Nation in jahrzehntelangem Kampfe vergeblich gestrebt hatten. Von den Fürsten und Regierungen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten waren ihren Unterthanen nicht nur weitgehende Rechte und Freiheiten bewilligt worden, sie hatten auch das überall laut gewordene Verlangen nach einer deutschen Volksvertretung am Bunde ausdrücklich als berechtigt anerkannt, hatten sich verpflichtet, für dieses Verlangen nach Maßgabe ihrer Kräfte zu wirken, und waren damit eingetreten in die auf die Einheit Deutschlands hinzielenden Bestrebungen des deutschen Volkes. Denn eine deutsche Volksvertretung, ein deutsches Parlament, was konnte es Anderes bedeuten als die Umwandlung Deutschlands aus einem Fürstenbunde in einen Völkerbund, aus einem Staatenbunde in einen Bundesstaat? Selbst wenn, wie anzunehmen, nicht alle jene Fürsten es mit ihren Zusagen ernstlich meinten, war damit immerhin schon viel erreicht, wenn auch nicht so viel, wie die Führer der liberalen Bewegung in ihrer patriotischen Begeisterung zu glauben schienen. Wirkliche Bedeutung und dauernde Folgen konnte die Bewegung ja doch erst dann haben, wenn auch die beiden deutschen Großmächte, oder wenigstens die eine im eigentlichen Sinne deutsche Großmacht, nämlich Preußen, sich derselben anschloß; erst dann konnte aus dem Aufflackern patriotischen Wollens die stetige Flamme sich entwickeln, aus welcher der deutsche Einheitsgedanke gereinigt und geläutert hervor und seiner Verwirklichung entgegen gehen konnte. Das übersahen jedoch die Liberalen Süd- und Mitteldeutschlands. In ihrem Siegesjubel hielten sie sich für die Herren der Lage und glaubten ohne die Hülfe Oesterreichs und Preußens, ja allenfalls selbst im Widerspruch mit beiden, die Verwirklichung des nationalen Gedankens in ihre eigene Hand nehmen zu können.

Das deutsche Vorparlament. Am 5. März fanden sich ihre hervorragendsten Vertreter, einundfünfzig an der Zahl, in Heidelberg zusammen und wählten nach stürmischen Berathungen einen „Siebener-Ausschuß“, der alsbald die Mitglieder der Ständeversammlungen aller deutschen Staaten zum 30. März zu einer Zusammenkunft in Frankfurt am Main aufforderte, um dort als Vorparlament über eine neue Verfassung für Gesammtdeutschland zu berathen. Die Ohnmacht der obersten Bundesbehörde verschaffte diesem einseitigen Vorgehen einen scheinbaren Erfolg. Um wenigstens den Schein seiner Autorität zu wahren, lenkte der Bundesrath plötzlich in nationale Bahnen ein, ertheilte den Einzelregierungen die durch die vollzogene Thatsache überflüssig gewordene Erlaubniß, die Censur aufzuheben, erkannte die so lange verfolgten Farben schwarz-roth-gold als die deutschen Bundesfarben an und forderte die Regierungen zur Entsendung von Vertrauensmännern auf, die in Gemeinschaft mit den Mitgliedern des Bundesraths über nöthig erscheinende Aenderungen der Bundesverfassung berathen sollten. Die Regierungen entsprachen bereitwillig dieser Aufforderung, und bald trafen als ihre Abgesandten eine Anzahl von Männern in Frankfurt ein, deren Namen sich zum Theil auch bei den Liberalen eines guten Klanges zu erfreuen hatten. Aber selbst ihre Theilnahme an den in Frankfurt eröffneten Berathungen vermochte das tiefe Mißtrauen des deutschen Volkes gegen seine oberste Behörde nicht zu zerstreuen. Eher mochte man noch von den gleichzeitig zwischen den verschiedenen Regierungen direkt angeknüpften Verhandlungen günstige Ergebnisse erwarten, zumal da auch Preußen an diesen Verhandlungen theilnahm und durch Radowitz einen Bundesreformplan in Wien überreichen ließ, der auf einem allgemeinen Fürstenkongreß berathen werden sollte und zu dem auch der österreichische Staatskanzler Metternich seine Zustimmung gab. Am 25. März sollte dieser Fürstenkongreß in Dresden eröffnet werden; aber durch den Lauf der Ereignisse wurde auch dieser Plan überholt; der einmal ins Rollen gekommene Fels stürzte rascher weiter, als man in Wien und in Berlin es erwartet hatte; die revolutionäre Bewegung hatte an den Grenzen der beiden deutschen Großstaaten nur einen kurzen Halt gemacht, um dann auch diese mit verdoppelter Gewalt zu überfluten.

Der Wiener Aufstand. Zunächst kam es in Wien zu einem blutigen Aufstand. Hier hatte sich trotz, oder richtiger wegen des Metternich'schen Systems der Niederhaltung der revolutionäre Zündstoff am stärksten angehäuft, und hier äußerte sich auch die dadurch vorbereitete Erschütterung in besonderer Heftigkeit. Selbst sehr konservative Männer waren des allmächtigen Regiments, das Metternich an der Spitze der bedeutungslosen Staatskonferenz im Namen des willenlosen Kaisers führte, mehr als überdrüssig, und die Revolution, die nach mehrtägigen Gährungen am 13. März in Wien zum Ausbruch kam, trug deshalb keineswegs einen blos demokratischen Charakter. Selbst die weitgehendsten Zugeständnisse hätten den verhaßten Staatskanzler nicht zu halten vermocht; einstimmig verlangte das Volk, durch das bewaffnete Einschreiten des Militärs aufs Höchste erbittert, Metternich's Abdankung und begnügte sich, als diese erzwungen war, vorläufig mit verhältnißmäßig geringfügigen Bewilligungen. Wichtiger fast als für Oesterreich selbst war der siegreiche Ausgang des Wiener Aufstandes für das übrige Deutschland: die Niederlage des Absolutismus in dem österreichischen Kaiserstaate, dem stärksten Bollwerk desselben, und das endgiltige Abtreten seines starrsten Vertreters, des Fürsten Metternich, vom politischen Schauplatz durfte mit Recht als ein Erfolg von entscheidender Wirkung für die Zukunft unseres gesammten Vaterlandes gelten. Für Oesterreich selbst war die Wiener Revolution nur das Vorspiel einer Bewegung, die bald die vielgestaltige habsburgische Monarchie in ihren Grundfesten erschüttern sollte; für Deutschland war sie eine Bürgschaft für den dauernden Erfolg der im Süden und Westen begonnenen Bewegung, die erst durch den Eintritt der deutschen Großmächte in dieselbe zu rechter Bedeutung gelangen konnte. Denn dem österreichischen Einfluß entzogen, lenkte jetzt auch die preußische Regierung in freisinnige und nationale Bahnen ein — leider zu spät, um dafür volle Anerkennung zu finden, zu spät auch, um jene tief bedauerlichen Vorgänge zu verhüten, die einen so finstern Schatten auf den freiheitlichen und nationalen Aufschwung jener Tage geworfen haben.

Der 18. März in Berlin. Nachdem schon am 2. März die preußische Regierung den erwähnten Bundesreformplan in Wien eingereicht und die Ausschreibung eines deutschen Fürstenkongresses zur Berathung desselben durchgesetzt hatte, erschien am 7. März in einer Ankündigung der preußischen Staatszeitung das erste Anzeichen dafür, daß auch in der inneren Politik Preußens ein Umschwung im freiheitlichen Sinne sich endlich vorbereite. Die Regierung hatte sich bisher geweigert, die regelmäßige Zusammenberufung des Vereinigten Landtages zuzusagen. Der Landtagsausschuß tagte zur Zeit in Berlin und beschäftigte sich mit der Begutachtung eines neuen Strafgesetzbuches. Die Staatszeitung berichtete nun, der König sei in Person am 6. März in der Schlußsitzung des Ausschusses erschienen und habe erklärt, die Forderung des Volkes in Gnaden zu gewähren, den Vereinigten Landtag nämlich regelmäßig alle zwei Jahre einberufen zu wollen. In den Augen des Königs war dies ein sehr weitgehendes Zugeständniß, aber wie weit stand diese Gewährung hinter den Forderungen zurück, welche auf die Kunde von den neuesten Vorgängen in Frankreich und in den Bundesländern jäh aufgeschossen waren, und welche durch die mit jedem Postzuge eintreffenden neuen Nachrichten fortwährend gesteigert wurden! Nun trafen gar die ersten censurfreien Zeitungen aus Baden ein — Blätter ohne Censur, Blätter am Baume der Freiheit! — Das jüngere Geschlecht vermag sich kaum eine Vorstellung von dem Eindruck zu machen, den die censurfreien Zeitungsnummern an sich schon hervorbrachten. Beseligt reichte sie Einer dem Andern; es war, als ob ein heller Schimmer aus dem Reiche der Freiheit, das Schenkendorf so schön besungen, das Schiller gefeiert, das alle unsere großen Dichter und Denker gepriesen, für das so viele Edle gelitten hatten, auf ihnen ruhte. Was die Blätter enthielten, ward als Evangelium betrachtet. Und sie schwollen ja über von erfüllbaren und unerfüllbaren Volkswünschen, und sie hatten Schlag auf Schlag zu berichten von dem erfolgreichen Vorgehen kühner Volksfreunde und dem ängstlichen Nachgeben der Fürsten und Minister, von denen kurz zuvor noch die bescheidensten Wünsche des Volkes

beharrlich zurückgewiesen worden waren! — An demselben Tage, an welchem der Staatsanzeiger obige Nachricht brachte, ward unter den Zelten im Thiergarten in Berlin eine Volksversammlung abgehalten, in der über die an die Regierung zu stellenden Forderungen debattirt und der Beschluß gefaßt wurde, in Form eines Gesuches die Volkswünsche dem Könige zu unterbreiten. Am nächsten und den folgenden Tagen wanderten Tausende nach demselben Zusammenkunftsort. Die entworfene Adresse an den Monarchen ging in ihren Forderungen nicht über das hinaus, was man im Großherzogthum Baden bereits bewilligt hatte. Da die beabsichtigte Absendung einer Deputation nach dem königlichen Schlosse polizeilich untersagt worden war, so wurde das Schriftstück an geeigneten Orten zur Sammlung von Unterschriften öffentlich aufgelegt.

Dem König persönlich widerstrebte die Annahme einer solchen Eingabe, und er äußerte sich mißfällig über derartige Kundgebungen. — Nun kamen neue aufregende Meldungen, diesmal aus Wien: Demonstrationen der Bürger und Studenten, nach leichtem Kampf erzwungene Zugeständnisse, Abdankung des verhaßten Staatskanzlers — Nachrichten, welche begreiflicherweise die revolutionäre Stimmung in Berlin nicht besänftigten, sondern verstärkten. Aus Breslau, aus Königsberg, aus Erfurt wurden Unruhen und Tumulte gemeldet; auch in Berlin gewöhnte man sich mehr und mehr an den Gedanken einer gewaltsamen Erhebung, zumal alle Anzeichen, namentlich die Besetzung des Schlosses und wichtiger Punkte der Stadt mit Militär und Geschützen, dafür sprachen, daß die Regierung auf das Aeußerste gefaßt war. Um dieses Aeußerste zu verhüten, sandte der Berliner Magistrat Abgeordnete an den König, die ihm vorstellten, daß die Erregung des Volkes in der That eine allgemeine, nicht blos, wie man in den Hofkreisen anzunehmen scheine, eine von Abenteurern und Aufwieglern künstlich genährte sei. Die Deputation empfahl dem Monarchen die Erfüllung der Volkswünsche in dringlichster Weise. Friedrich Wilhelm IV. gab jedoch eine ausweichende Antwort und verwies auf die Entscheidung des Vereinigten Landtages, den er auf den 27. April einberufen habe. Niedergeschlagen kehrten die Abgeordneten aus dem Schlosse zurück; eine solche Antwort war ja nur zu geeignet, die Erbitterung noch zu steigern! Nach sechs Wochen sollte der Vereinigte Landtag zusammentreten, um dann — wer konnte wissen, wie viel Zeit dazu gehörte? — Entscheidungen zu treffen über Maßregeln, deren Grundzüge man noch nicht einmal kannte! — Ueberall waren von den Regierungen bestimmte Zugeständnisse gemacht worden; Gleiches begehrte man unter allen Umständen auch in Berlin, und mit jeder Stunde verstärkte sich dieses Verlangen, denn durch alle Thore strömten von nah und fern unruhige Elemente herzu, fast jeder Bahnzug brachte Deputationen aus den verschiedenen Städten des Landes, namentlich vom Rhein, alle im Wesentlichen das begehrend, was in den übrigen Bundesstaaten bewilligt worden war, alle von tiefgehender Aufregung der Bevölkerung berichtend. Am 17. März kamen Deputirte aus Köln nach Berlin und erklärten den Ministern, unter den Bewohnern der Rheinprovinz werde die Neigung wach, von Preußen abzufallen, falls die Regierung im Widerstande gegen die Volkswünsche beharre. Der König, dem über diese Vorgänge fortgesetzt Bericht erstattet wurde, konnte sich, nachdem er selbst einigen der Deputationen Audienz ertheilt hatte, das Bedenkliche der Lage nicht länger verhehlen. Schon war es hier und da in der Stadt zu Reibereien zwischen Volk und Militär gekommen, selbst Blut war geflossen; mit jeder Stunde ließ sich bei fernerem Zögern ein ernster Zusammenstoß befürchten, dessen Folgen nicht abzusehen waren.

Unter solchen Umständen entschloß sich Friedrich Wilhelm zum Nachgeben: In der Nacht vom 17. zum 18. genehmigte er einen Erlaß, welcher den Landtag statt auf den 27. bereits auf den 2. April einberief und zugleich allen berechtigten Volkswünschen Erfüllung verhieß: Aufhebung der Censur, Bundesreform im Sinne festerer Einheit, Volksvertretung neben dem Bundesrath, Einführung konstitutioneller Verfassungen in allen Bundesstaaten, wo solche noch nicht bestanden. Noch ehe dies bekannt geworden war,

fanden am Morgen des 18. März wiederum größere Bürgerversammlungen statt, in denen man über einen Massenzug nach dem königlichen Schlosse berieth, um dem Könige unmittelbar die Forderungen des Volkes vorzutragen. Der Inhalt der Forderungen ging auf Entlassung des Ministeriums Bodelschwingh-Eichhorn-Thiele, auf Einführung einer freisinnigen Verfassung und auf Bürgerbewaffnung; das Verlangen nach Einsetzung einer wirksameren Centralgewalt stand damals noch in zweiter Reihe. Eine vom Könige angenommene Deputation brachte dem Volke eine in der Hauptsache zustimmende Antwort und die Nachricht von der Unterzeichnung des erwähnten Erlasses, dessen Veröffentlichung soeben vorbereitet werde. Mit lautem Jubel wurde diese Nachricht begrüßt; derselbe steigerte sich noch, als wenige Stunden später der Erlaß wirklich erschien und auf Straßen und Plätzen unter freudigem Zuruf der Menge laut vorgelesen wurde. Nicht in drohender Haltung, sondern in freudigster Stimmung und unter Hochrufen auf den König zogen nun um die Mittagsstunde Scharen auf Scharen nach dem Schloßplatz. Von tausendstimmigem Jubel begrüßt, erschien Friedrich Wilhelm zweimal auf dem Balkon des Schlosses, um in begeisterten Worten die Verheißungen des Erlasses zu wiederholen. Dann forderte der Minister von Bodelschwingh die Menge zum Auseinandergehen auf — das Volk in seiner freudigen Erregung achtete nicht darauf. Von dem Offizier der verstärkten Schloßwache wurde die Aufforderung wiederholt — auch jetzt leistete die Menge derselben keine Folge, dagegen erhob sich vereinzelt der Ruf nach Zurückziehung des Militärs. Der Ruf fand Anklang; die Reibereien und mehrfachen Zusammenstöße mit den Soldaten während der letztvergangenen Tage waren noch nicht vergessen, und „Militär fort! Militär fort!“ riefen bald Hunderte, bald Tausende von Stimmen. Das Verlangen, daß der König sich ganz dem Schutze seines Volkes anvertrauen möge, fand tausendstimmiges Echo. Aber der König glaubte diesem Wunsche nicht Folge leisten zu dürfen; er meinte, das Zurückziehen des Militärs in diesem Augenblicke würde die Bedeutung eines unehrenhaften Rückzuges desselben gewinnen, und einen solchen, erklärte er, könne er seinen Truppen nicht zumuthen.

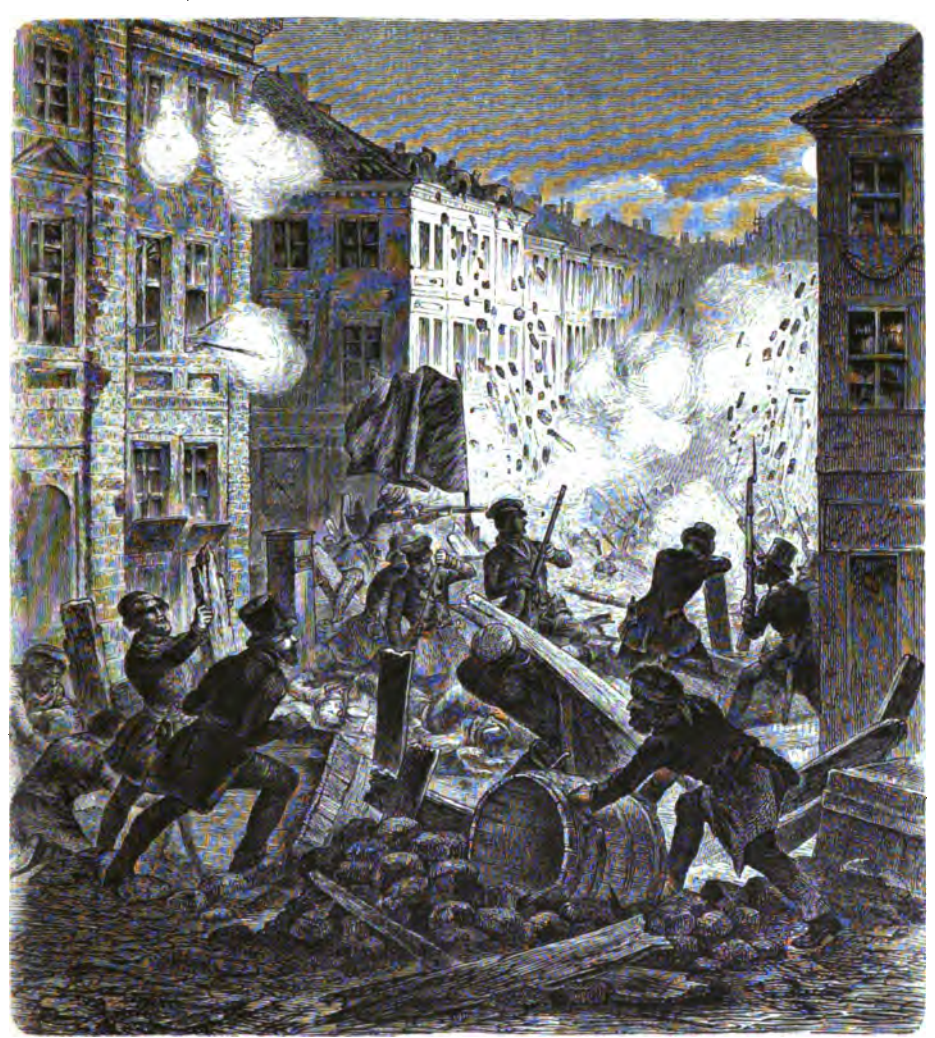
Es war gegen drei Uhr Nachmittags; die eben noch so freudige Aufregung begann in Erbitterung umzuschlagen. Von den unter der Menge befindlichen wenig zahlreichen unruhigen Elementen, welchen mit dem bisherigen friedlichen Gang der Dinge nicht gedient war, und die vielleicht gar in der Hoffnung nach Berlin geeilt waren, in der erwarteten Revolution eine Rolle zu spielen, wurde diese Erbitterung kräftig geschürt, und immer lauter und stürmischer erscholl der verhängnißvolle Ruf. Die eben noch so friedliche Scene drohte in Tumult auszuarten, und die Führer der Truppen mochten es deshalb für gerathen halten, durch langsames Zurückdrängen der Massen vom Schloßplatz und Zerstreuung derselben weitere Unruhen zu verhüten. Eine Abtheilung Gardedragoner setzte sich von der Stechbahn her in Bewegung, aus dem Schloß rückte ein Bataillon des Kaiser Franz-Grenadierregiments hervor und trieb, nach der Langen Brücke abschwenkend, leider ohne die durch die Umstände gebotene schonende Rücksicht, unter Trommelschlag und mit gefälltem Bajonnet die Menge vor sich her. In diesem Augenblick fielen aus den Reihen der Soldaten zwei Schüsse. Ob Zufall oder Absicht sie veranlaßte, ist bis heute unaufgeklärt geblieben; aber das Volk in seiner Gereiztheit erblickte darin das Zeichen zu einem absichtlich heraufbeschworenen Kampfe. Mit dem Rufe: „Verrath! Man schießt auf das Volk! Zu den Waffen!“ stob die Menge nach allen Seiten aus einander; durch alle Straßen wurde dieser Ruf wiederholt, und binnen wenigen Stunden waren aus Wagen, Karren, Tonnen, selbst Möbeln, welche man zu den Fenstern hinauswarf, gegen 200 Barrikaden errichtet; die Waffenläden wurden erbrochen und geplündert, Steine wurden auf die Dächer geschleppt, ja die Zwischenwände der Häuser wurden durchbrochen, um geschützte Verbindungswege herzustellen. Mit Aexten und Brechstangen bewaffnet zogen die Arbeiter aus den Fabriken herbei und besetzten die Barrikaden; französische und polnische Abenteurer, Studenten und Literaten verschafften sich als Führer Gehör. Noch wurden erst vereinzelte

Schüsse gewechselt; noch wurden von hüben und drüben Versuche gemacht, den ernsten Kampf zu verhindern. Vergebens! Mit Hohngeschrei beantwortete das Volk das auf Befehl des Königs erfolgte Aufstecken einer weißen Fahne mit der Inschrift: „Mißverständniß!" auf der Langen Brücke. Auch der König, so schmerzlich es ihm war, gegen sein eigenes Volk kämpfen zu müssen, vermochte sich unter den obwaltenden Umständen nicht zu entschließen, dem von einer Abordnung der angesehensten Berliner Bürger dringend ausgesprochenen Wunsche Folge zu leisten, das Militär zurückzuziehen und sich rückhaltlos dem Schutze des Volkes anzuvertrauen.

So begann gegen fünf Uhr Nachmittags ein auf beiden Seiten mit höchster Erbitterung geführter ernster Kampf, um fast ohne Unterbrechung bis zum nächsten Morgen zu währen. Die Stärke des Militärs betrug ungefähr 14,000 Mann mit einer Artillerie von 36 Kanonen. Trotz heftiger Gegenwehr des Volkes gelang es den Truppen, Schritt für Schritt Boden zu gewinnen, die Barrikaden zu nehmen und die Häuser, aus denen geschossen worden war, zu stürmen. Gegen sieben Uhr hatte das vordringende Militär die Königsstraße und ihre Umgebung bis zum Alexanderplatz, den Werder und die Friedrichsstadt bis zur Leipziger Straße besetzt. Noch einmal versuchte jetzt der König, dem selbst die Nachrichten von den Erfolgen der Truppen keine Genugthuung, sondern nur bitteren Schmerz bereiteten, durch eine wohlmeinende Proklamation: „An Meine lieben Berliner!" dem Kampfe Einhalt zu thun; — mit Hohn wurde dieselbe zurückgewiesen. Den von einer Bürgerdeputation aufs Neue ausgesprochenen Wunsch, das Militär möge zurückgezogen werden, wies der König auch seinerseits — und, nachdem es so weit gekommen war, mit Recht — als unerfüllbar zurück. Der Kampf tobte weiter; es war eine furchtbare Nacht. Unaufhörlich knatterte das Gewehrfeuer, heulten die Sturmglocken von den Thürmen; dazwischen krachte der Donner der Geschütze; vieltausendstimmiges Geschrei der Kämpfenden war weithin zu vernehmen. Aber wenngleich das Militär, mit Schußwaffen und Munition reichlich versehen, gegen die meist ungenügend bewaffnete Menge sich überall im Vortheil befand, fühlte es sich infolge des anstrengenden Dienstes der letzten Tage doch schließlich erschöpft, während das vielleicht auf Zuzug von außen rechnende Volk in seiner Aufregung nicht zu ermatten schien.

Der König, hiervon in Kenntniß gesetzt, ertheilte gegen 3 Uhr Nachts den Befehl, zunächst nicht weiter angreifend vorzugehen. Es trat damit eine Art Waffenstillstand ein. Von Neuem begaben sich Deputationen von Bürgern nach dem Schlosse; ihre dringenden Vorstellungen, vor Allem aber der überaus schmerzliche Eindruck des Bürgerkampfes auf das bekümmerte Herz des Königs bestimmten jetzt diesen, den Befehl zur Rückkehr des Militärs in die Kasernen zu geben und eine beruhigende Proklamation an das Volk zu erlassen. Noch fielen hier und da vereinzelte Schüsse, da verbreitete sich in den ersten Morgenstunden des 19. März wie ein Lauffeuer die Kunde durch die Stadt, der König habe die Zurückziehung des Militärs angeordnet, habe die Bürgerbewaffnung bewilligt und das bisherige Ministerium entlassen. Und in der That, bereits gegen 9 Uhr setzten sich die Truppen in Bewegung und zogen — freilich nur infolge eines Mißverständnisses, wie es hieß — langsam den Thoren zu. Zugleich erschien die erwähnte Proklamation: allen Wünschen des Volkes wurde Erfüllung verheißen, der König stellte sich unter den Schutz der Bürger seiner Hauptstadt, eine königliche Verordnung ernannte die gemäßigt freisinnigen Grafen Adolf Heinrich von Arnim-Boitzenburg und von Schwerin-Putzar zu Ministern. Die Revolution hatte gesiegt — gesiegt wenigstens in dem Sinne, daß sie für den Augenblick alle ihre Forderungen durchsetzte; aber es war ein Sieg, der für die Sieger nicht minder verhängnißvoll werden sollte als für die besiegte — infolge ihrer Nachgiebigkeit im unrechten Augenblick besiegte Regierung. Denn heute, wo wir im Genuß des Errungenen den Ereignissen jener Tage unbefangen gegenüberstehen, dürfen wir es wol aussprechen: der König beging einen Fehler, indem er in jenem Augenblick die Truppen zurückzog, vorausgesetzt natürlich — und wir dürfen das mit Recht voraussetzen —, daß er entschlossen war,

an den Verheißungen des in der Nacht vom 17. zum 18. unterzeichneten Patentes unverbrüchlich festzuhalten, sie auch nach der gewaltsamen Niederwerfung des Aufstandes getreulich zu erfüllen. Schwere Demüthigungen wären dann ihm und seiner Krone erspart geblieben, und auch dem Wohle des preußischen, ja des deutschen Volkes wäre mit der Einführung der Verfassung, welche man jetzt mit einigem Recht erkämpft zu haben glaubte, auf dem natürlichen Wege eines freien, königlichen Entschlusses besser gedient gewesen.



Barrikadenkampf am Rathhaus. Nach A. Kirchoff.

Die Ereignisse der nächsten Stunden und Tage sollten dem Könige, die Ereignisse der nächsten Wochen und Monate sollten dem Lande dies zeigen.

Erfolge der Schilderhebung. Während die Truppen, deren treue soldatische Pflichterfüllung in dem ihnen naturgemäß widerstrebenden, weil gegen die eigenen Brüder gerichteten Kampfe gerechte Anerkennung verdient, auf verschiedenen Wegen die Stadt verließen, spielte sich vor dem Königsschlosse eine Scene ab, die, unentschuldbar selbst durch die Erregung des Augenblicks, einen unverlöschlichen Makel auf die trotz häßlicher Ausschreitungen im Grunde doch ideale, weil ideale Ziele verfolgende Bewegung der Berliner Märztage geworfen hat. Die Zahl der auf Seiten des Volkes gefallenen Opfer des

Kampfes war nicht gering; nach glaubwürdigen Berichten betrug sie, den Verlust des Militärs überragend, weit über zweihundert. Die Mehrzahl der Leichen wurde alsbald nach beendetem Kampf in die nächsten Kirchen geschafft und vor den Altären niedergelegt, eine Zahl derselben aber zu einem schändlichen Triumphzuge gemißbraucht, zu dem fanatische Revolutionsmänner eine aufgeregte Menge zu bewegen gewußt hatten. Auf offenen Bahren wurden die Leichname auf den Schloßhof getragen, und stürmisch und drohend erscholl von der wilden Rotte der Ruf nach dem Könige. Er erschien, die halb ohnmächtige Gemahlin am Arme, auf der innern Galerie; entsetzt und erschüttert blickte er auf dieses grauenhafte Bild des Bürgerkrieges nieder. Drohworte und Schmähungen wurden unten laut: da stimmte plötzlich eine Stimme den Choral an: „Jesus, meine Zuversicht"; das bessere Gefühl trug bei der Menge den Sieg davon über das Rachebedürfniß, zu dessen so unedler Befriedigung sie sich hatte verleiten lassen, und Alle stimmten ein in die fromme Weise. Des Königs Kraft war gänzlich gebrochen; wankenden Schrittes trat er vom Balkon zurück. Auch die Menge zerstreute sich, nachdem das Lied geendet, vielleicht unter dem Eindruck der Vorstellung, daß sie durch die Art und Weise, wie sie den König gedemüthigt, zugleich sich und der Sache, der sie diente oder zu dienen glaubte, viel, sehr viel vergeben habe. „Wenn man die Revolution als eine Tragödie betrachtet, so muß man in dieser grausamen und unedlen Leichenparade vor dem König von Preußen, der sich unter den Schutz seines Volkes gestellt hatte, die tragische Schuld erblicken, mit welcher die Berliner Revolution sich befleckte. Die Nemesis derselben konnte nicht ausbleiben, und sie ist nicht ausgeblieben" — — so schreibt einer der entschiedensten Freiheitsmänner jener Tage. Im Uebrigen ging dieser erste Tag nach dem Kampfe ohne ärgere Auftritte vorüber. Das Schloß war, in der Gewalt des Volkes, ebenso das Zeughaus und alle wichtigen Gebäude der Stadt. Aber nirgends gab sich ein Laut kund, der gegen die Monarchie gerichtet gewesen wäre; eine republikanische Schilderhebung hätte in Berlin sowie in den treuen preußischen Stammlanden niemals Anklang gefunden.

Zur Beruhigung der Gemüther trug es wesentlich bei, daß auf Anordnung des Königs der Prinz von Preußen zugleich mit den Truppen die Stadt verlassen hatte, um sich zunächst nach Potsdam zu begeben. Seine bekannte Energie und ein Zusammentreffen zufälliger Umstände — der Prinz hatte kurz vor den verhängnißvollen Märztagen in dienstlichen Angelegenheiten nach den Rheinlanden gehen sollen, seine Abreise war aber plötzlich verschoben worden — ließen ihn dem Volke als den eigentlichen Veranlasser des bewaffneten Einschreitens der Truppen erscheinen. Sein Palais in Berlin, auf hier und da auftauchende aufregende Gerüchte hin von einer tumultuirenden Menge mit Brand und Zerstörung bedroht, konnte nur dadurch geschützt werden, daß man auf die Vorderfront mit großen Buchstaben das Wort „Nationaleigenthum" schrieb.

Inzwischen waren alle Wachen in der Stadt von bewaffneten Studenten und der schnell organisirten und der Oberleitung des Polizeipräsidenten Minutoli unterstellten Bürgerwehr bezogen worden; auch das Ministerium Arnim-Schwerin hatte sich durch den Eintritt von Männern wie von Auerswald, von Rohr, Bornemann und Kühne in dasselbe konstituirt, und schon am nächsten Tage erschien, von dem Gesammtministerium unterzeichnet, ein königliches Amnestiedekret, welches Niederschlagung aller Anklagen wegen politischer Vergehen ankündigte und Verzeihung allen Denen zusagte, die wegen politischer Vergehen und Verbrechen verurtheilt worden waren. Auch den wegen ihrer Betheiligung am Aufstande von 1846 in Berlin gefangen gehaltenen Polen gab diese Amnestie die Freiheit wieder. Im Triumphe wurden die als Freiheitshelden Gepriesenen vom Volke durch die Straßen geleitet. Ihr Haupt, Mieroslawski, hielt mehrere Ansprachen und proklamirte unter dem Beifall der Menge die Nothwendigkeit der Verbrüderung der deutschen und der polnischen Nation und der Wiederaufrichtung eines freien, unabhängigen Polenreiches als Vormauer gegen Rußland, den Hort des Absolutismus. Die Furcht vor

Rußland und seinem absolutistischen Einfluß war damals selbst in den Kreisen besonnener Liberalen stark verbreitet. Schon vor der Berliner Revolution hatte man von einem geheimen russisch-preußischen Bündniß zur Aufrechterhaltung des unumschränkten Königthums vielfach gesprochen; jetzt tauchten ähnliche Gerüchte auf: der Prinz von Preußen, der bereits Vorbereitungen zu seiner beschlossenen Reise nach England traf, ziehe, hieß es, an der Spitze russischer Truppen heran; der König hingegen sinne auf Flucht, um sich dem Einfluß der hauptstädtischen Bevölkerung zu entziehen und sich Rußland in die Arme zu werfen.



Des Königs Ansprache an die Professoren und Studenten Berlins. Zeichnung von Ludwig Burger.

Die herrschende Erregung ließ selbst das Unwahrscheinlichste Glauben finden; neue gewaltsame Auftritte standen zu befürchten. Um dem vorzubeugen, bewogen die Rathgeber des Königs diesen zu einem bedeutsamen Schritt.

Umzug des Königs. Am Morgen des 21. März wurde eine Proklamation verbreitet, in welcher verkündet ward, der König habe sich zur Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesammtvaterlandes gestellt und werde als Führer und Herzog der in Freiheit geeinigten deutschen Nation noch an demselben Tage vor sein Volk treten. So geschah es. In Uniform mit schwarz-roth-goldener Binde erschien Friedrich Wilhelm gegen Mittag zu Pferde auf dem Schloßplatze; in seiner Begleitung befanden sich die anwesenden Prinzen und die Minister mit dem gleichen Abzeichen; vor ihm her ward eine schwarz-roth-goldene Fahne getragen. Lauter Jubel des Volkes begrüßte ihn. „Es ist keine Usurpation von mir", redete er die Menge an, „wenn ich mich zur Rettung der deutschen Freiheit und Einheit

berufen fühle. Ich schwöre zu Gott, daß ich keinen Fürsten vom Throne stoßen will, aber Deutschlands Einheit und Ehre will ich schützen. Sie muß geschirmt werden durch deutsche Treue auf den Grundlagen einer aufrichtigen konstitutionellen Verfassung." Der König hielt nun einen Umritt durch mehrere Straßen und sprach noch einige Male in gleicher Weise; doch wies er den hier und da erschallenden Ruf: „Es lebe der Kaiser von Deutschland!" mit Entschiedenheit zurück. An demselben Tage noch erschien ein Aufruf von ihm: „An mein Volk und die deutsche Nation!" der im Wesentlichen den Inhalt jener Ansprachen zum Zweck ihrer weiteren Verbreitung wiedergab und mit den Worten schloß: „Ich habe die deutschen Farben angenommen und mich und mein Volk unter das ehrwürdige Banner des Deutschen Reiches gestellt. Preußen geht fortan in Deutschland auf." Dieser letztere Satz, später vielfach mißverstanden und namentlich in Süddeutschland heftig angefochten, fand in Berlin lebhaften Anklang, wie überhaupt das Auftreten des Königs an diesem Tage bei der Berliner Bevölkerung den günstigsten Eindruck machte. Vielleicht als eine Nachwirkung desselben war es zu betrachten, daß die am 22. März erfolgende feierliche Bestattung der auf den Barrikaden Gefallenen ohne Störungen in vorwiegend weihevoller und versöhnlicher Stimmung von statten ging. Vor der neuen Kirche auf dem Gensdarmenmarkt war ein kolossaler Katafalk aufgerichtet, der 183 Särge trug. Mehr als 30,000 Personen bildeten das Trauergeleit, voran der Berliner Magistrat, die Geistlichkeit aller Konfessionen und zahlreiche Deputationen von Behörden und Vereinen aus Berlin und aus den Provinzen. Nachdem von dem Bischof Neander und anderen Geistlichen Weihreden gehalten worden waren, setzte sich unter dem Geläute aller Glocken und dem ergreifenden Gesange des Domchors der Zug in Bewegung. Als er am Schlosse anlangte, trat der König auf den mit Trauerflaggen und einer deutschen Fahne geschmückten Balkon. Die Fahnen wurden zum Gruß gesenkt, der König nahm den Helm ab und verweilte auf dem Balkon, bis die Särge vorüber waren. Auf einer Anhöhe im Friedrichshain wurden die — wie der Staatsanzeiger sagte — „heldenmüthigen Opfer eines tief zu beklagenden, durch ein Zusammentreffen unglücklicher Zufälle, Gerüchte, Mißverständnisse und Irrungen entstandenen Kampfes" der Erde übergeben. Ein gutes Theil der Erbitterung und Leidenschaft wurde mit ihnen begraben; diese Todtenfeier bildete den versöhnenden Abschluß einer Reihe von aufregenden, tragischen Vorfällen, welche, wie man auch über ihre Bedeutung und Rechtmäßigkeit urtheilen mag, eine entscheidende Wendung in der innern Entwicklung des preußischen Staates zwar nicht herbeigeführt haben, aber eine solche entscheidende Wendung doch bezeichnen.

Allein während in dem Verhältniß der großen Mehrheit des Volkes zum Könige sich seit diesem Tage allmählich wieder die alte Herzlichkeit und Innigkeit geltend machte, wollte die Erbitterung und der Argwohn des Volkes gegen den Prinzen von Preußen auch nach dessen am 22. März erfolgter Abreise nach England sich nicht legen. Vergebens hatte Friedrich Wilhelm selbst bei seinem Umritt am 21. März die Vertheidigung des durch „bösliche Gerüchte" verleumdeten Bruders unternommen, der „Soldat durch und durch sei und den biedersten und offensten Charakter besitze, aber es nicht verstehe, der Masse zu schmeicheln und sich dadurch beliebt zu machen"; vergeblich hatte er sein Ehrenwort gegeben, daß sein Bruder „unschuldig sei an allen Handlungen, deren er von einigen Böswilligen bezichtigt werde"; vergeblich hatte er darauf verwiesen, daß sein Bruder ja jenes Patent vom 18. März mit unterzeichnet und sich dadurch doch auch für die Erfüllung der Verheißungen desselben mit verbindlich gemacht habe. Die Leidenschaft war zu sehr erregt und wurde von Seiten der Radikalen fortwährend zu planmäßig geschürt, als daß diese sehr berechtigte Vertheidigung hätte Eindruck machen können. Wieder und immer wieder erging sich die radikale Presse in maßlos heftigen Ausfällen gegen den Prinzen — wieder und immer wieder wurden die schwersten Verleumdungen und Verdächtigungen gegen ihn in Umlauf gesetzt. Auch seine nach einer zweimonatlichen Abwesenheit auf den Antrag der Minister

erfolgte Zurückberufung vermochte in der ersten Zeit nicht viel darin zu ändern; erst spät, dann aber auch im vollsten Maße, sollte dem viel Verkannten die Genugthuung zutheil werden, seinen klaren, von Vorurtheilen ungetrübten Blick für die wahren Interessen des preußischen und des gesammten deutschen Volkes, sein patriotisches Wünschen und Streben und sein festes und energisches Eintreten für das als richtig Erkannte nach Verdienst gewürdigt zu sehen.

Die wirkliche Stellung des Prinzen von Preußen zur Verfassungsfrage wird jedenfalls am besten durch eine Veröffentlichung gekennzeichnet, zu welcher sich in dem Widerstreit der Meinungen ein Mann veranlaßt fand, der, unabhängig nach allen Seiten und im Rufe freisinniger Anschauungen stehend, für sein auf jahrelangem persönlichen Verkehr mit dem Thronfolger beruhendes Urtheil eine hervorragende Geltung in Anspruch nehmen durfte. Dieser, Major von Vincke auf Olberndorf in Schlesien, schrieb damals Folgendes:

„Der Wahrheit zu Ehren und um grundlose Befürchtungen womöglich zu beseitigen, legt hier ein Mann öffentlich Zeugniß ab, der dem Prinzen nahe genug gestanden hat, um ihn zu erkennen, der aber auch durch seine Vergangenheit den Beweis geliefert hat, daß er weder um Hofgunst, noch um Volksgunst buhlt.

„Es ist wahr, daß der Prinz früher und noch bei der Thronbesteigung des Königs (Friedrich Wilhelm's IV.) der konstitutionellen Regierung abhold war. Seine vorzugsweise militärische Erziehung, sein strenger Sinn für Ordnung und Regelmäßigkeit machten ihn zum entschiedenen Vertheidiger des altpreußischen Militär- und Polizeistaates, wie er sich unter der Regierung des hochseligen Königs Friedrich Wilhelm's III. gebildet hatte. Nur in der Aufrechterhaltung desselben, gemildert durch strenge Gesetzlichkeit und Humanität, sah er, aus voller Ueberzeugung, das Wohl des Vaterlandes. Er hielt es für eine heilige Pflicht der Regierung, an dem Ererbten, dem Ueberlieferten so lange festzuhalten, bis das Neue auf eine unzweifelhafte Weise seine Berechtigung dargethan habe, das Alte zu verdrängen und an dessen Stelle die Zeit zu beherrschen. Die Erscheinungen in anderen Staaten, in denen Konstitutionen bestanden, ohne — sei es, weil sie unter äußerem Drucke oder innerer Unredlichkeit der Regierung litten — segensreiche Früchte zu tragen, sowie die im Ministerium wie bei Hofe herrschenden Ansichten der Haller-Metternich'schen Schule bestärkten ihn in dieser Richtung.

„Die mit der Thronbesteigung des jetzigen Königs erwachende geistige Bewegung überzeugte jedoch allmählich den Prinzen, daß weitere Schritte zur Entwicklung der ständischen Verfassung nöthig waren. Er selbst äußerte sich einst: ‚Wer in dem Streben der Völker, ihre Zustände zu verbessern, Revolutionen sieht, der macht erst Revolutionen; es ist Pflicht der Regierung, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und sie zu leiten.' So seine Grundansicht — nur über das dieser Bewegung zu gebende oder ihr anzulegende Maß herrschte Unbestimmtheit.

„Als man 1846 ernstlich daran ging, allgemeine Reichsstände einzuführen, widerstand der Prinz lange dem durch das Patent vom 3. Februar 1847 eingeführten mittelalterlichen System — der Schöpfung einer am 18. März beseitigten Partei. Er wollte eine weit freisinnigere Verfassung mit zwei Kammern und periodischer Wiederkehr, ohne Ausschüsse und sonstige Auswüchse. Als er aber nach langem innern Kampfe jenes Patent unterschrieben, betrachtete er es als einen Akt, welcher, weil er einmal zum Gesetz geworden, erst vollständig ausgeführt werden müßte, ehe er verändert werden dürfe. Seit sechs Jahren gestattete mir der Prinz, ihm mündlich und schriftlich meine liberalen Ansichten von den Bedürfnissen der Zeit offen auszusprechen. Ich habe stets ein offenes Ohr gefunden. Eine wunderbare Fügung leitete mich zu einer mehrere Stunden langen Unterredung mit ihm, unmittelbar vor seiner Einschiffung in Hamburg. Dort sprach er es tief bewegt aus, wie er stets nach seiner innersten Ueberzeugung und nach tiefem Pflichtgefühl gehandelt, daß er aber vollkommen anerkenne, wie die Zeit eine andere und das alte

System unmöglich geworden, daher er offen und ehrlich allem Dem beitrete, was der König im Interesse der Volksfreiheit der neueren Zeit thun und vereinbaren würde, und daß er auch bereit sei, dies bei geeigneter Gelegenheit öffentlich auszusprechen. Er äußerte den Wunsch, an diesem neuen Werke mitzuarbeiten, und den Vorsatz, an dem Neuen dann ebenso festzuhalten, wie er das Alte vertheidigt. Psychologisch ist es mir sehr erklärlich, daß ein fester, ehrenhafter Charakter, wenn er die neue Zeit wahrhaft erkannt hat, dieser neuen Richtung sich mit derselben Energie und Aufrichtigkeit hingeben kann, wie er bisher an der alten gehangen. Lebhaft steht mir noch der Unwille vor Augen, mit welchem der Prinz den Gedanken zurückwies, daß er jemals gleich den Stuarts oder den Bourbons die Waffen gegen sein Vaterland führen oder fremde Mächte dazu aufmuntern könnte. Nach meiner festen Ueberzeugung wird der Prinz, nachdem er mit gewohntem Fleiß und ihm eigener Ausdauer die neue Verfassung und das neue Verhältniß des konstitutionellen Königthums aufgefaßt hat, in seiner ganzen Gewissenhaftigkeit der kräftigste, sicherste Träger desselben sein."

Wie werden uns mit dem in diesem Sinne zu Gunsten des Prinzen später erfolgten Umschwung in der öffentlichen Meinung, mit seinen Ursachen und mit seinen Folgen in anderem Zusammenhange eingehend zu beschäftigen haben und wenden uns jetzt den weiteren Vorgängen in Berlin zu, wo es von Neuem schwerer, wenn auch unblutiger Kämpfe bedurfte, um die Folgen der Zwitterstellung zu überwinden, in welche das Königthum durch seine sozusagen freiwillige Niederlage im Kampfe gegen die Revolution gerathen war.

Ministerium Camphausen. Das Ministerium Arnim-Boitzenburg hatte nicht vermocht, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen, und der König, welcher damit zugleich auch den Rheinlanden entgegenkommen wollte, beauftragte am 29. März den liberalen Präsidenten der Kölnischen Handelskammer, Ludolf Camphausen, mit der Bildung eines neuen Ministeriums, in welches David Hansemann aus Aachen für die Finanzen, A. v. Auerswald für das Innere, General v. Reyher für das Kriegswesen und zwei Mitglieder aus dem alten Ministerium, Graf Maximilian Schwerin-Putzar und Heinrich v. Arnim eintraten. Die neuen Regierungsmänner stellten, dem konstitutionellen Prinzip entsprechend, vor Allem den König außerhalb des Parteikampfes, indem sie selbst die Verantwortlichkeit für die königlichen Entschließungen übernahmen, und machten sich sodann über das Wahlgesetz für die Volksvertretung schlüssig, welches dem gemäß der königlichen Zusage am 2. April noch einmal — zum letzten Male — zusammentretenden Vereinigten Landtage zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollte. Die zahlreichen konservativen Mitglieder desselben setzten den freisinnigen Anträgen des Ministeriums und ihrer liberalen Kollegen keinen ernstlichen Widerstand, der übrigens auch vergeblich gewesen wäre, entgegen; eine fast einstimmig beschlossene Adresse gab dem Dank des Vereinigten Landtages für die königlichen Bewilligungen Ausdruck, und ein Wahlgesetz wurde genehmigt, welches jedem unbescholtenen Preußen, der das vierundzwanzigste Lebensjahr vollendet hatte, das Wahlrecht für die demnächst vorzunehmende Wahl der preußischen Volksvertretung zugestand. Inzwischen aber war der Bundesrath durch den weiter unten im Zusammenhange zu verfolgenden Gang der Ereignisse am 30. März zu dem Beschlusse gedrängt worden, die Bundesregierungen zur sofortigen Vornahme der Wahl von Nationalvertretern — je einen auf 70,000 Seelen — aufzufordern, damit es sich ermöglichen lasse, am Sitze der Bundesversammlung „zwischen den Regierungen und dem Volke das deutsche Verfassungswerk zu Stande zu bringen." Da nähere Bestimmungen über den Wahlmodus nicht gegeben waren, ließ Friedrich Wilhelm IV. diese Wahl durch den Vereinigten Landtag vornehmen, mußte dieselbe jedoch alsbald wieder umstoßen, weil wenige Tage später jener Bundesbeschluß dahin abgeändert wurde, daß nicht auf je 70,000, sondern auf je 50,000 Seelen ein Vertreter — und zwar durch unmittelbare Volkswahlen — gewählt werden sollte. Am 10. April erfolgte der Schluß des Vereinigten Landtages, und alsbald wurden die Wahlen für die preußische und zugleich

für die deutsche Nationalversammlung ausgeschrieben, von denen erstere am 24. Mai in Berlin, letztere am 18. Mai in Frankfurt eröffnet werden sollte.

Ehe wir nun den weiteren Verlauf der Dinge in Preußen verfolgen, empfiehlt es sich, einen Blick auf die Ereignisse im übrigen Deutschland zu werfen, wo nach den schnell und leicht errungenen Siegen des Liberalismus in den Einzelstaaten die deutsche Frage in den Vordergrund getreten war, die man mit idealer Begeisterung auf der einen, mit rücksichtsloser Gewalt und unter gänzlicher Nichtachtung der gegebenen Verhältnisse auf der andern Seite ihrer Lösung entgegenzuführen suchte.

Beschluß des Siebener-Ausschusses. Das Vorparlament. Der aus der Heidelberger Versammlung vom 5. März hervorgegangene Siebener-Ausschuß hatte, wie erwähnt, auf den 30. März alle Mitglieder deutscher Ständeversammlungen zu einer Zusammenkunft in Frankfurt eingeladen, um dort als Vorparlament über die zur Sicherung der liberalen Errungenschaften in den Einzelstaaten und ihrer Uebertragung auf das Bundesverhältniß zu ergreifenden Maßregeln zu berathen. Das zu diesem Zwecke von dem Ausschuß entworfene Programm forderte neben ausreichenden Bürgschaften für die Aufrechterhaltung der nationalen Freiheiten ein Bundeshaupt mit verantwortlichem Ministerium, einen Senat der Einzelstaaten nebst Volkshaus aus Urwahlen, ferner ein einheitliches deutsches Heerwesen, einheitliche diplomatische Vertretung und Einheit des Zollwesens und der Rechtspflege. Gegenüber solchem Vorgehen der Volksfreunde hatte der Bundestag nicht unthätig bleiben wollen und seinerseits den gleichfalls bereits erwähnten Beschluß gefaßt, die deutschen Regierungen zur Entsendung von Vertrauensmännern aufzufordern, welche — je einer für jede der 17 Stimmen im engeren Rathe der Bundesversammlung — dieser letzteren bei der Revision der deutschen Verfassung mit gutachtlichem Beirath zur Seite stehen sollten.

Inzwischen war jene Proklamation vom 21. März, durch welche der König von Preußen für die Tage der Gefahr die Leitung der Geschicke Deutschlands übernahm, im Süden bekannt geworden, ohne jedoch irgendwo Befriedigung und Zustimmung zu erregen. Nicht nur die Regierenden legten Protest ein gegen die von Friedrich Wilhelm IV. angekündigte Führerschaft Deutschlands, auch das Volk verhielt sich ihr gegenüber durchaus ablehnend. Den Einen war Preußen zu lange im Absolutismus verharrt, um jetzt in dem auf konstitutioneller Grundlage neu zu einigenden Vaterlande auf diese Führerschaft Anspruch erheben zu dürfen, den Anderen hatte die schwankende Haltung Friedrich Wilhelm's IV. der Berliner Revolution gegenüber und seine Demüthigung vor dem Pöbel der Hauptstadt das durch frühere Vorgänge ohnehin bereits erschütterte Vertrauen geraubt. Mancherlei Vorurtheile gegen Preußen, die in Süddeutschland von jeher bestanden hatten und wol auch geflissentlich genährt worden waren, trugen gleichfalls dazu bei, das „Aufgehen Preußens in Deutschland“ nicht als etwas besonders Wünschenswerthes erscheinen zu lassen, zumal nach der landläufigen Vorstellung das „Aufgehen Preußens in Deutschland“ mit dem Aufgehen Deutschlands in Preußen, kurz mit der „Verpreußung“ Deutschlands ziemlich gleichbedeutend erschien. Solchen Vorurtheilen gegenüber hatten Diejenigen einen schweren Stand, welche, mit den gegebenen Verhältnissen rechnend, es erkannten, daß nur unter preußischer Führung eine Neueinigung Deutschlands möglich sei. Nur mit vorsichtiger Zurückhaltung durften sie, wenn sie nicht jeden Einfluß auf die Massen zu verlieren Gefahr laufen wollten, ihren preußenfreundlichen Standpunkt vertreten; nur durch schwerwiegende Zugeständnisse vermochten sie später eine knappe Mehrheit der deutschen Nationalvertretung für den Beschluß zu gewinnen, die Führerschaft in Deutschland auf Preußen zu übertragen.

Das am 31. März unter dem Vorsitz des Heidelberger Professors Mittermaier in der Paulskirche in Frankfurt zusammentretende Vorparlament ließ es, um nicht vorzeitig einen Konflikt heraufzubeschwören und das unzweifelhafte Ansehen, welches es trotz

seiner zweifelhaften Existenzberechtigung im deutschen Volke genoß, dadurch zu verscherzen, zunächst dabei bewenden, den republikanischen Heißspornen gegenüber, die sich namentlich aus Baden in beträchtlicher Zahl eingefunden hatten, den monarchischen Standpunkt für Deutschland und die deutschen Einzelstaaten zu wahren, ohne die Frage, wer als Oberhaupt an die Spitze Deutschlands zu berufen und welche Rechte und Befugnisse diesem Oberhaupt zuzusprechen seien, einer ernsteren Erörterung zu unterziehen. Im Uebrigen ging das Vorparlament trotz des monarchischen Standpunktes seiner Mehrheit von dem Grundsatze der Volkssouveränetät aus: nicht auf dem natürlichen Wege der Vereinbarung mit den deutschen Fürsten sollte die Verfassung für das neue Deutschland geschaffen werden, sondern das neue Deutschland sollte beschließen, von wem und nach welchen Grundgesetzen es regiert werden wolle, und dieser Volksbeschluß sollte auch für die Fürsten bindend sein. Das Organ des Volkswillens sollte eine aus allgemeinen und direkten Wahlen hervorgegangene deutsche Nationalversammlung mit einem Vertreter für je 50,000 Seelen sein, und als Minimum der Grundrechte des deutschen Volkes, als Minimum der deutschen Freiheit, folgende Sätze anerkannt werden: Gleichstellung im Genuß der politischen Rechte ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses; Trennung der Kirche vom Staate; volle Preßfreiheit; freies Vereinigungsrecht; Petitionsrecht; eine freie Landesverfassung mit entscheidender Stimme der Volksabgeordneten und Verantwortlichkeit der Minister; streng gerechtes Maß der Steuerpflicht nach der Steuerkraft; Gleichheit der Wehrpflicht und des Wehrrechtes; gleiche Berechtigung aller Bürger zu Gemeinde- und Staatsämtern; allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht; Lehr- und Lernfreiheit; Schutz der persönlichen Freiheit; Schutz gegen Justizverweigerung; Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege und Schwurgerichte in Strafsachen; ein volksthümliches Kreditsystem mit Ackerbau- und Arbeitskreditkassen; Schutz der Arbeit, um Arbeitsfähige vor Mangel zu bewahren, Erwerblosen genügende Beschäftigung zu verschaffen und die Verfassung des Gewerbe- und Fabrikwesens den Bedürfnissen der Zeit anzupassen; sodann unentgeltlicher Schulunterricht für alle Klassen, Gewerbe und Berufe und endlich Anerkennung des Auswanderungsrechtes und Ordnung des Auswanderungswesens überhaupt als einer durchaus nothwendigen nationalen Angelegenheit.

Wahl des permanenten (Fünfziger-) Ausschusses. Nach Feststellung dieser Grundzüge für die zukünftige deutsche Reichsverfassung und nachdem man sich über die Zusammensetzung der zu wählenden konstituirenden Nationalversammlung schlüssig gemacht und außerdem einen permanenten Ausschuß von 50 Mitgliedern eingesetzt hatte, welcher zum Bundestage in nähere Beziehungen treten und vor Allem eine allgemeine Volksbewaffnung veranlassen sollte, ging die Notabelnversammlung des Vorparlaments am 4. April auseinander.

Der Bundesrath hatte ebensowenig wie die deutschen Einzelregierungen das Vorparlament anerkannt, und doch wurde er durch die Beschlüsse desselben fast widerstandslos mit fortgerissen. Er erklärte sich damit einverstanden, daß die Wahlen zu der auch von ihm ausgeschriebenen deutschen Nationalversammlung nach dem vom Vorparlament beschlossenen freisinnigen Wahlmodus vorgenommen werden sollten; er trat ferner dem Beschlusse des Vorparlaments, daß Schleswig-Holstein, Ost- und Westpreußen und die deutschen Theile des Großherzogthums Posen in den Bund aufzunehmen seien, rückhaltlos bei, hob alle seit den Karlsbader Beschlüssen von ihm erlassenen Ausnahmegesetze auf, ersuchte Preußen, den Schleswig-Holsteinern gegen die Dänen Beistand zu leisten, erkannte den aus dem Vorparlament hervorgegangenen Fünfziger-Ausschuß als zu Recht bestehend an und machte nur den einen allerdings bedeutsamen Vorbehalt, daß die Feststellung des deutschen Verfassungswerkes nicht einzig und allein der konstituirenden deutschen Nationalversammlung überlassen, sondern daß den Berathungen derselben ein von ihm und seinem Beirathe zu vereinbarender Verfassungsentwurf zu Grunde gelegt werden sollte.

Daß fünfhundert Männer, die ohne jedwedes Mandat nur auf gegenseitige Einladung hin nach Frankfurt zusammengekommen waren, so tiefgehende Beschlüsse nicht nur fassen,

sondern auch ihre fast widerstandslose Anerkennung seitens des Bundesrathes durchsetzen konnten, zeugte von dem außerordentlich starken Rückhalt, welchen das Vorparlament im deutschen Volke hatte. Daß dasselbe in seinen Beschlüssen über das wirklich Erreichbare nicht allzuweit hinausgegangen war, daß es vor Allem das monarchische Prinzip für Gesammtdeutschland wie für die Einzelstaaten mit Entschiedenheit gewahrt hatte, machte der Besonnenheit der Führer und der ihnen folgenden Mehrheit der Versammlung alle Ehre. An Versuchen, dieselbe zu revolutionären, republikanischen Kundgebungen hinzureißen, hatten es die in derselben ziemlich zahlreich vertretenen Republikaner, an ihrer Spitze Fr. Hecker, G. Struve, Dr. Zitz u. A., nicht fehlen lassen; aber mit sehr bedeutender Mehrheit war ihr Antrag, das Vorparlament für permanent, dieses selbst für die konstituirende Nationalversammlung zu erklären, abgelehnt worden, und um die gut monarchische Gesinnung ihrer Mehrheit noch nachdrücklicher zu bethätigen, hatte die Versammlung in den Fünfziger-Ausschuß keinen einzigen Republikaner gewählt.

Der Aufstand in Baden. Die republikanische Partei, durch ihre beständigen Mißerfolge im Vorparlament und durch die vollständige Ablehnung aller ihrer Anträge enttäuscht und gereizt, nahm diese letztere, der nicht unbedeutenden Zahl ihrer Vertreter gegenüber allerdings sehr empfindliche Zurücksetzung zum Anlaß, um mit einer scharfen Gegenerklärung aus der Versammlung auszutreten und auf eigene Hand eine republikanische Schilderhebung in Scene zu setzen. Der geeignetste Schauplatz für ein solches Unternehmen war Baden, dessen Bevölkerung, von republikanischen Agitatoren schon seit Wochen bearbeitet, sich in Gährung befand und auf das Zeichen der Führer mit Leichtigkeit, zum Theil ohne es zu wissen und zu wollen, dem Aufstande zugetrieben wurde. Bald stand ein guter Theil des badischen Oberlandes in lichten Flammen. Zum Glück zeigte diesmal der drohenden Gefahr gegenüber der Bundesrath eine ungewohnte Energie; er gewährte schnell und reichlich die Hülfe, um welche in Voraussicht der kommenden Dinge die badische Regierung schon im März ihn ersucht hatte, und so gelang es, des Aufstandes in kurzer Zeit Herr zu werden. Es wurden schnell Truppen zusammengezogen, und an die Spitze eines Corps, dessen Kern hessen-darmstädtische Regimenter bildeten, trat General Friedrich v. Gagern, der vorher in niederländischen Diensten gestanden hatte. Er zwang am 20. April die Freischaren, bei Kandern Stand zu halten, ward aber bei einer persönlichen Unterhandlung mit den Aufwieglern, die er angeknüpft hatte, um Frieden herbeizuführen, verrätherischer Weise erschossen.

Die erzürnten Soldaten rächten seinen Tod und trieben die Freischaren in die Flucht; auch die nachziehenden Arbeiterkolonnen wurden in die Niederlage mit verwickelt. Gleichzeitig besetzten bayerische Truppen Konstanz und machten dort der republikanischen Schilderhebung ein Ende. Die Aufstandsversuche in den nördlichen Theilen des Landes, namentlich in Offenburg und Mannheim, wurden schon im Keime erstickt.

Ringen in den schleswig-holstein'schen Landen und in Polen. Dieser klägliche Ausgang des Aufstandes konnte nur dazu dienen, die Ohnmacht der republikanischen Partei klar zu legen. Während aber im Südwesten die Kopflosigkeit der Volksführer und die Unbotmäßigkeit der irregeleiteten Menge dem deutschen Namen nicht gerade Ehre machten, entspann sich im Norden ein edles und für das deutsche Nationalgefühl rühmliches Ringen gegen die Vergewaltigung der Herzogthümer Schleswig und Holstein und für deren Befreiung von dem Joche der Dänen, welchen Vorgängen wir später eine eingehende Betrachtung widmen werden. Hier sei nur Folgendes erwähnt: Nachdem der Bundestag Preußen zum Einrücken in die Nordmarken aufgefordert hatte, ward von ihm Madai als Gesandter für Schleswig-Holstein zugelassen. Preußen kam dem Verlangen des Bundestags nach, und in raschem Siegeslaufe drang im Mai General von Wrangel bis nach Jütland vor. Zu gleicher Zeit aber bekam Preußen auch im eigenen Hause zu thun und mußte, während ein Theil seines Heeres ruhmvoll für die in ihrer nationalen Freiheit bedrohten Herzogthümer focht, einen andern Theil desselben aufbieten, um eine im Großherzogthum Posen ausgebrochene revolutionäre Bewegung niederzuschlagen.

Von jeher hatten die deutschen Liberalen, namentlich der vorgeschrittenere Theil derselben, den Polen eine weit über das berechtigte Maß hinausgehende Sympathie entgegengebracht. Von demokratischen Parteiversammlungen war wiederholt die Wiederherstellung des alten Polenreiches gefordert und die Theilung desselben in den schärfsten Ausdrücken mißbilligt, von der Berliner Revolution waren die durch sie aus der Gefängnißhaft befreiten Führer früherer polnischer Aufstände als Helden gefeiert worden, in Scharen hatten polnische Flüchtlinge, aus aller Herren Ländern durch Deutschland nach ihrer Heimat zurückgekehrt, hier den stets unter der Asche glimmenden Funken der nationalen Begeisterung wieder einmal zur hellen Flamme angefacht. Jetzt oder nie glaubten die Polen, namentlich diejenigen der preußisch-polnischen Landestheile, den Augenblick gekommen, ihre nationale Selbständigkeit wiederzuerlangen. Und in der That lagen die Verhältnisse derartig, daß sie durch maßvolles und besonnenes Vorgehen Vieles hätten erreichen können. Die preußische Regierung war zu weitgehenden Zugeständnissen bereit; das Vorparlament in Frankfurt hatte ausdrücklich nur für den deutschen Theil des Großherzogthums Posen die Aufnahme in den Bund, für den rein polnischen die Selbstständigkeit gefordert.

Aber wie schon so oft, ging das von seinem verhängnißvollen Größenwahn noch immer nicht geheilte polnische Volk auch diesmal in seinen Forderungen zu weit und verscherzte sich dadurch auch das wirklich Erreichbare. Alle Beschwichtigungsversuche seitens der preußischen Regierung erwiesen sich als vergeblich. In den Bezirken mit gemischter Bevölkerung entbrannte ein erbitterter Kampf Mann gegen Mann; nur energisches Einschreiten und blutige Strenge konnten hier helfen, wenn man nicht die deutsche Bevölkerung — und diese zählte ja zu den besten und rührigsten Bürgern des preußischen Staates — der Wuth und Grausamkeit der Polen preisgeben wollte. Von allen Seiten rückten preußische Truppen in den aufständischen Gebietstheilen vor. Die Polen glaubten es auf einen Kampf ankommen lassen zu können.

Von fanatischen Geistlichen angefeuert, von heruntergekommenen Edelleuten geführt, hatte sich das Landvolk mit Büchsen und gerade aufgerichteten geschliffenen Sensen, den alten Waffen der polnischen Cosseniere, in verschanzten Lagern zu Xions, Mieloslaw, Wreschen und Schroda gesammelt. Die Leitung des Aufstandes hatte wiederum der am 20. März durch die Berliner Revolution aus dem Gefängniß befreite Mieroslawski in seine nicht gerade glückliche Hand genommen. Nach den Gefechten am 29. April bei Xions und Tags darauf bei Mieloslaw, wo Mieroslawski sich rühmen durfte, dem General von Pfuel gegenüber das Schlachtfeld behauptet zu haben, wurden die Aufständischen von den preußischen Kolonnen unter den Generalen von Wedell und Brandt gegen die russische Grenze gedrängt, wo Kosaken die Kette gezogen hatten. Zwischen zwei Uebeln das kleinere wählend, streckten sie bei Brody vor den Preußen die Waffen. Die preußische Regierung ließ mit Rücksicht auf die immer noch nicht ganz erloschenen politischen Sympathien der deutschen Liberalen eine fast übergroße Milde walten. Die Führer der Bewegung benutzten die durch eine allgemeine Begnadigung ihnen wieder geschenkte Freiheit, um an anderen Orten die Leitung des Widerstandes gegen die preußische Regierung in die Hand zu nehmen, so insbesondere Mieroslawski, dem wir kurze Zeit darauf an der Spitze eines zweiten badischen Aufruhrs im Kampfe gegen preußische Truppen begegnen.

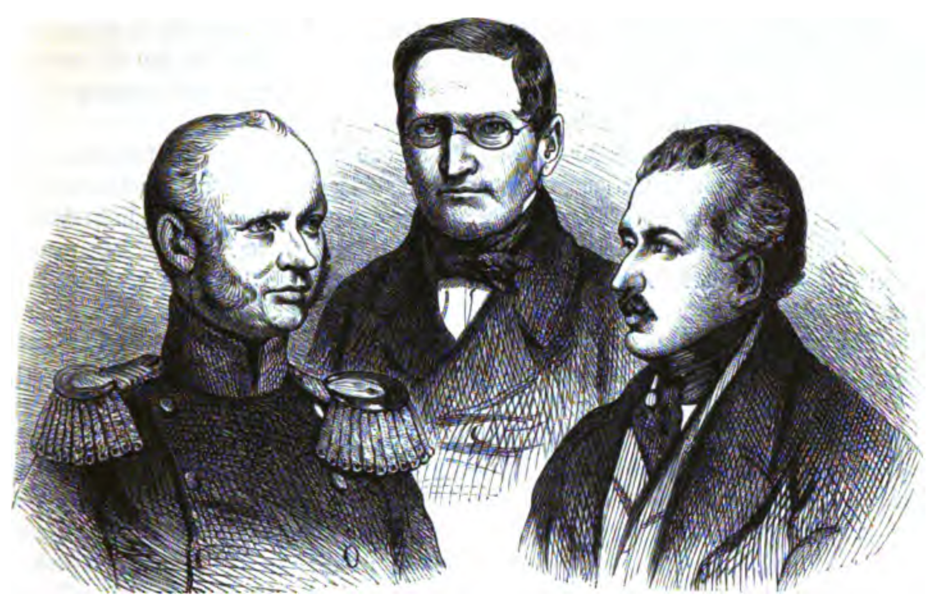
Die konstituirende preußische Nationalversammlung. Inzwischen hatte sich die allgemeine Aufmerksamkeit in Preußen hauptsächlich den Wahlen zur Nationalversammlung zugewendet, welche eine neue preußische Landesverfassung mit der Krone vereinbaren sollte. Diese am 22. Mai vom König mit einer Thronrede eröffnete Versammlung vereinte in sich die verschiedenartigsten Elemente. Die Mehrzahl gehörte allerdings den der verfassungsmäßigen Monarchie zugethanen Mittelparteien an; aber gerade diesen Mittelparteien fehlten die einsichtigen Führer, da die besten und bewährtesten Politiker dieser Richtung der gleichzeitig in Frankfurt tagenden deutschen Nationalversammlung angehörten oder als Minister ihren

Parteistandpunkt nicht mit der nöthigen Energie vertreten konnten. Die wenigen Konservativen, welche nur in der äußeren Form Zugeständnisse zu machen, im Wesentlichen aber für die Wiederherstellung der früheren Zustände einzutreten entschlossen waren, kamen vorerst nicht in Betracht. Die demokratische Linke dagegen, welche das Königthum als gewissermaßen schon beiseite geschoben betrachtete und einseitig eine von der Krone unbedingt anzunehmende Verfassung zu entwerfen beabsichtigte, gelangte, obwol an Zahl nur über eine starke Minderheit verfügend, bald zu entscheidendem Einfluß, da sie sich auf die noch immer heftig erregte hauptstädtische Bevölkerung stützen konnte und in ihren Reihen Männer wie Johann Jacoby, G. Viktor von Unruh und Leo Waldeck als zielbewußte Führer sich hervorthaten. Schon in dieser Zusammensetzung der Versammlung lag der Keim zu ernsten Verwicklungen, und das Eintreten derselben wurde dadurch befördert, daß der König trotz seines Einlenkens in die Bahnen des Konstitutionalismus aus seiner Abneigung gegen das liberale Regiment und dessen doch immerhin sehr maßvolle Vertreter, die Minister, durchaus kein Hehl machte. Die Stellung des Ministeriums war infolge dessen eine außerordentlich schwierige: an dem Könige, dem Träger der Krone, hatten sie nicht den festen Rückhalt, dessen sie zur Durchführung ihres Programms bedurften, und die Mittelparteien, die ihren Standpunkt theilten, waren führerlos und geriethen mehr und mehr unter die Herrschaft der Radikalen. Trotzdem boten die Minister Alles auf, um dem Könige die ihm nach ihrer Ueberzeugung zustehenden Rechte zu wahren, und es gelang ihren Bemühungen, wenigstens in entscheidenden Fragen eine wenn auch knappe Mehrheit der Nationalversammlung für ihre Anträge zu gewinnen. Es wurde beschlossen, an den König eine in versöhnlichem Sinne gehaltene Adresse als Antwort auf seine Thronrede zu richten, und ein rücksichtslos gehässiger Antrag der Demokraten, den Kämpfern des 18. März im Namen des Vaterlandes den Dank der Versammlung zu votiren, wurde zurückgewiesen. Aber infolge der durch die Hetzereien der Heißsporne immer heftiger werdenden Gährung der hauptstädtischen Bevölkerung, die bereits vor Drohungen und selbst vor Thätlichkeiten gegen Abgeordnete und Minister nicht mehr zurückschreckte, lichtete sich die Schar der Getreuen des Ministeriums immer mehr. Ein am 15. Juni vom Pöbel in Scene gesetzter erfolgreicher Sturm auf das Zeughaus, der sich bei etwas mehr Umsicht wol hätte verhindern lassen, machte die Stellung des Ministeriums endlich völlig unhaltbar.

Neuer Ministerwechsel. Dem Beispiele des Kriegsministers Graf Canitz folgend, nahmen auch die übrigen Minister ihre Entlassung; nur Hansemann blieb und trat neben Karl Rodbertus, Milde (dem bisherigen Vorsitzenden der Kammer) und General Roth von Schreckenstein in das unter R. von Auerswald's Vorsitz neu gebildete Ministerium ein. Diesem gelang es, durch energische Maßregeln — die seither trefflich sich bewährende Einrichtung der Schutzmannschaft verdankt ihm ihre Entstehung — die Ruhe in Berlin wieder herzustellen und auch in die Kammerverhandlungen nach Ueberweisung des Verfassungsentwurfs in eine vorberathende Kommission einen ruhigeren Gang zu bringen. Aber die unerfreuliche und unrühmliche Wendung, welche eben damals die Dinge in Schleswig-Holstein nahmen, und die gleichzeitigen Vorgänge in Frankfurt, dem Sitz der deutschen Nationalversammlung, über die wir weiter unten im Zusammenhange zu berichten haben, erschütterten seine Stellung, und ein bedauerlicher, von der demokratischen Partei energisch ausgebeuteter Zwischenfall nöthigte in seinen Folgen auch das neue Ministerium nach kurzer Amtsführung zum Rücktritt.

Die Vorgänge in Berlin waren nämlich auch auf die Provinzen nicht ohne Rückwirkung geblieben. Vielfach hatten Reibereien zwischen Militär und Volk stattgefunden und auf beiden Seiten eine Erbitterung erzeugt, die nur eines geeigneten Anlasses bedurfte, um zu blutigen Zusammenstößen zu führen. Zu einem solchen war es am 11. Juli in Schweidnitz gekommen, wo das Militär auf die aufsässige Bürgerwehr Feuer gegeben und eine Anzahl von Bürgern tödlich verletzt hatte. Erneute Volksaufläufe in den Straßen

Berlins und stürmische Scenen in der Kammer waren die Folge; die demokratische Partei stellte den Antrag, daß ein ministerieller Erlaß den Offizieren jedes bewaffnete Einschreiten gegen das Volk unbedingt untersage, und da in der erklärlichen Erregung des Augenblicks auch ein großer Theil der gemäßigten Partei diesem Antrage beitrat, gelangte derselbe mit beträchtlicher Majorität zur Annahme. Aber mit vollem Recht verweigerte Friedrich Wilhelm IV. auf das Entschiedenste seine Zustimmung; er konnte das Heer, das ihm Treue geschworen, die feste und allezeit zuverlässige Stütze der preußischen Monarchie, nicht gleichsam zum Werkzeug der augenblicklich herrschenden politischen Partei werden lassen, und beauftragte die Minister, jenen Antrag als absolut unausführbar zurückzuweisen. Allein die Kammermehrheit beharrte bei ihrem Beschluß und forderte stürmisch seine sofortige Vollziehung, der Pöbel lärmte und tobte vor dem Sitzungssaale, selbst die Berliner Bürgerwehr nahm eine drohende Haltung an. Unfähig, den Sturm zu beschwören, und von der Entschlossenheit des Königs, in diesem Punkte unter keinen Umständen nachzugeben, überzeugt, erbaten die Minister ihre Entlassung. Dieselbe wurde gewährt, und der König, von der Nothwendigkeit, andere Bahnen einzuschlagen, durchdrungen, that den ersten Schritt zum „Bruch mit der Revolution“, wie er es nannte, indem er unter dem Vorsitz des Generals von Pfuel ein vorwiegend aus altpreußischen Beamten — Dönhoff, Eichmann, Bonin — zusammengesetztes Ministerium berief und den kurz zuvor aus Schleswig-Holstein zurückgekehrten General von Wrangel zum Oberbefehlshaber der Truppen in der Mark ernannte. Aber das neue Ministerium erfüllte die Erwartungen nicht, welche der König und die allmählich wieder auflebende reaktionäre Partei in dasselbe gesetzt hatten. Seine Unbeliebtheit und sein gänzlicher Mangel an Energie raubten ihm jede Autorität und jeden Einfluß in der Kammer, in der die Demokratie, insbesondere bei der eben beginnenden Berathung des Verfassungsentwurfes, mit Anträgen durchdrang, die unter den früheren Ministerien schwerlich Aussicht auf Annahme gehabt hätten: — Aufhebung des Adels und aller nicht mit einem Amt verbundenen Titel und Orden, Streichung der Worte „von Gottes Gnaden“ vor dem Königstitel und Aehnliches mehr. Aufregende Nachrichten aus Wien, wo inzwischen die Revolution in schnellem Wechsel neue Siege gefeiert und neue Niederlagen erlitten hatte und endlich mit rücksichtsloser Gewalt niedergeschlagen worden war, verschlimmerten die Lage. Der Pöbel setzte eine förmliche Belagerung des Schauspielhauses, in welches inzwischen die Sitzungen der Nationalversammlung verlegt worden waren, in Scene; wüste und unheimliche Gestalten, für deren Typus die Bezeichnung „Bassermann'sche Gestalten“ — nach der lebhaften Schilderung derselben durch den eben damals im Auftrage des Reichsministeriums in Berlin weilenden Badenser Fr. Dan. Bassermann also genannt — zum geflügelten Worte wurde, zogen durch die Straßen der Stadt und droheten die nicht blindlings der Demokratie folgenden Abgeordneten zu massakriren oder gar das ganze Sitzungslokal zu vernageln und danach in Brand zu stecken, falls dem auf die Kunde von den Vorgängen in Wien von der demokratischen Partei gestellten Antrage nicht Folge gegeben werde. Dieser Antrag forderte nichts Geringeres als das nöthigenfalls bewaffnete Einschreiten der preußischen Regierung zu Gunsten der Wiener Revolutionäre. Die Annahme desselben hätte eine neue Katastrophe auch in Berlin bedeutet; er wurde abgelehnt. Der Pöbel drohte das Schauspielhaus zu stürmen; nur mit Mühe vermochte die Bürgerwehr zum Schutze der Abgeordneten sich der Eingänge zu bemächtigen. Aber wirkungslos blieb der Terrorismus der Massen auf die Versammlung dennoch nicht: die Anrufung der Reichshülfe gegen die siegreiche Reaktion in Wien wurde beschlossen; selbst der Vorsitzende des Ministeriums stimmte dafür. Allein mit der Durchsetzung dieses unsinnigen Beschlusses hatte die extreme Demokratie ihren letzten Sieg gefeiert. Wo mit solchen Waffen gekämpft wurde, durfte auch der König nicht zögern, zu den äußersten ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu greifen, um das gestörte Gleichgewicht der Gewalten im Staate wieder herzustellen.



Fr. Wilhelm Graf von Brandenburg. Otto von Manteuffel. Joseph von Radowitz.

Ministerium Brandenburg-Manteuffel. Das Ministerium Pfuel wurde zum Rücktritt veranlaßt, und unter dem Einfluß der Kunde von der vollständigen Niederwerfung der Wiener Revolution vollzog sich jetzt auch in Berlin eine entscheidende Wendung, indem Friedrich Wilhelm IV. Anfang November dem General Graf Brandenburg, einem nahen Verwandten des königlichen Hauses, die Bildung eines neuen Ministeriums übertrug. Die radikale Partei gab ihrer Entrüstung darüber lärmenden Ausdruck; selbst die gemäßigtsten Liberalen fühlten sich durch den in so schroffer Form vollzogenen Bruch mit dem parlamentarischen System, welches ein aus der Mehrheit der Volksvertretung hervorgegangenes oder wenigstens dem politischen Standpunkt dieser Mehrheit entsprechendes Ministerium fordert, peinlich berührt. So geschah es, daß die Kammer mit großer Mehrheit beschloß, eine Deputation aus ihrer Mitte an den König zu senden, um ihm vorzustellen, daß man unter den obwaltenden Umständen einem Ministerium Brandenburg nur mit Mißtrauen begegnen könne, und sowol der Besorgniß Ausdruck zu geben, daß dessen Einsetzung zu neuen und ärgeren Unruhen führen werde, wie auch dem Wunsche der Kammer, es möchte Sr. Majestät gefallen, ein volksthümlicheres Ministerium einzuberufen. Der König, der sich nach einigem Zögern bereit erklärte, die Deputation zu empfangen, war fest entschlossen, nicht nachzugeben, und eine arge Taktlosigkeit seitens eines Mitgliedes der Deputation war nicht geeignet, ihn in seinem Entschlusse schwankend zu machen. Als er sich nach Entgegennahme der ihm von dem Sprecher der Deputation überreichten Adresse stillschweigend zum Gehen gewandt und auf die Frage des mehrfach erwähnten, der Deputation angehörenden Dr. Johann Jakoby: „Wollen Ew. Majestät uns nicht weiteres Gehör schenken?“ mit einem scharfen „Nein!“ geantwortet hatte, ließ Jener sich zu der selbst durch die Erregung des Augenblicks unentschuldbaren Entgegnung hinreißen: „Es ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!“

In ungnädigster Form ließ deshalb Friedrich Wilhelm durch seinen Adjutanten der Deputation bedeuten, daß sie entlassen sei, bestätigte am nächsten Tage die Berufung des neuen Ministeriums und verfügte, sobald sich dasselbe durch den Eintritt Adalbert v. Ladenberg's als Kultusminister und des Generals v. Strotha als Kriegsminister, sowie des Freiherrn Otto v. Manteuffel als Minister des Innern vervollständigt hatte, unter dem 9. November die Vertagung der Kammer.

Verlegung der Kammer nach Brandenburg. Zugleich wurde die Verlegung des Sitzes derselben von Berlin nach Brandenburg angeordnet, woselbst sie am 27. desselben Monats von Neuem zusammentreten sollte, um dort, dem Einflusse der unruhigen Berliner Bevölkerung entzogen, ihre Berathungen zu Ende zu führen.

Da eine anerkannte Verfassung noch nicht bestand und die zur Vereinbarung einer solchen einberufene Nationalversammlung durch die Vertagung ihrer Berathungen und die Verlegung ihres Sitzes an der Ausübung der ihr übertragenen Befugnisse nicht verhindert wurde, konnte von einem Verfassungsbruch, einem Staatsstreich, welchen die radikale Partei in der königlichen Verordnung zu erblicken glaubte, eigentlich nicht die Rede sein; gleichwol beschloß eine bedeutende Mehrheit der Kammer, jene Verordnung für ungesetzlich und nicht zu Recht bestehend zu erklären, weder die Vertagung noch die Verlegung als giltig anzuerkennen und die Verhandlungen in Berlin fortzusetzen. Die Minister protestirten; die wenigen unbedingten Anhänger der Regierung verließen den Sitzungssaal; ein von mehreren Liberalen der gemäßigten Richtung gestellter Antrag, die Versammlung möge aus eigener Machtvollkommenheit ihre Vertagung und Verlegung nach Brandenburg beschließen, wurde verworfen und Angesichts der drohenden Möglichkeit militärischen Einschreitens — General von Wrangel näherte sich mit einer starken Truppenmacht der Hauptstadt — der Beschluß gefaßt, je nach der von dem Präsidenten bestimmten Zeit und an dem von ihm erwählten Orte zur Fortsetzung der Berathungen zusammenzutreten. Bereits am Vormittag des nächsten Tages zog Wrangel mit mehreren Regimentern in Berlin ein, umstellte das Schauspielhaus, in welchem seit dem frühesten Morgen die Mitglieder der Kammer zu einer Sitzung versammelt waren, und ließ es nach der unter Protest erfolgten Vertagung derselben militärisch besetzen. Eine Proklamation an die hauptstädtische Bevölkerung, deren energische Fassung die Hitzköpfe und Lärmmacher einschüchterte und bei den Besonnenen, die des aufregenden Treibens der letzten Wochen ohnehin herzlich satt waren und „Ruhe um jeden Preis“ herbeisehnten, eher Befriedigung als Unwillen erzeugte, mahnte zur Ruhe und Besonnenheit, und schnell folgten dann die weiteren Maßnahmen. Am 11. wurde die Bürgerwehr, ohne daß von ihrer Seite Widerstand versucht ward, entwaffnet und für aufgelöst erklärt, am 12. der Belagerungszustand über die Hauptstadt verhängt und am 15. auf Grund desselben die Nationalversammlung, welche inzwischen in verschiedenen Lokalen zusammengetreten war, durch militärisches Einschreiten aufgehoben. Zuvor hatten sich die Abgeordneten noch in aller Eile zu der Erklärung vereinigt, das Ministerium Brandenburg sei nicht berechtigt, Steuern zu erheben und Staatsgelder zu verwenden, bis die Versammlung wieder in Berlin ihre Pflichten erfüllen könne. Dieser Steuerverweigerungsbeschluß, den selbst das Deutsche Parlament in Frankfurt für ungesetzlich erklärte, hatte jedoch weder in Berlin noch sonst im Lande praktische Folgen. Der natürliche Rückschlag auf das aufregende Treiben der letzten Zeit, eine gewisse Ermattung und Erschlaffung und das damit verbundene bestimmte Verlangen nach Ruhe, machte sich, wie bemerkt, fast überall geltend. Die seßhafte Berliner Bevölkerung fügte sich fast mit stillem Behagen unter das straffe Regiment, welches Wrangel als Kommandant von Berlin übte, und selbst die unruhigen Massen ließen sich schnell mit der neuen Lage der Dinge versöhnen, zumal Wrangel es verstand, der energischen Ausführung seiner Aufgabe die Würze des Humors beizumischen, für den der Berliner bekanntlich ganz besonders empfänglich ist.

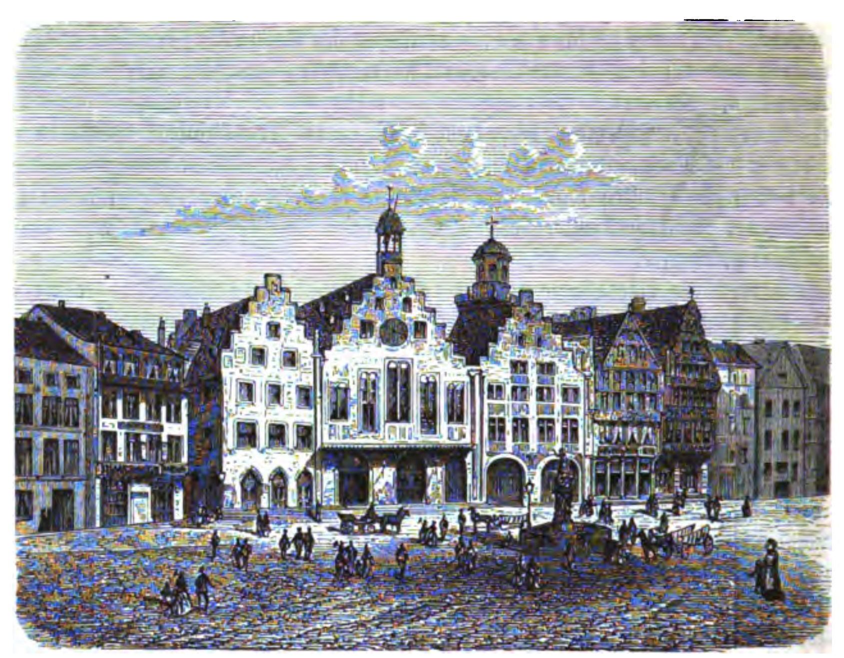
Unversöhnlich blieben zunächst nur die Parteiführer der Demokratie außerhalb und innerhalb der Nationalversammlung. Einige der Letzteren fanden sich ein paar Tage nach der Wiedereröffnung der Kammer in Brandenburg daselbst zu den Sitzungen ein und stellten am 1. Dezember die Beschlußfähigkeit der Versammlung her; jedoch die Haltung der Majorität, welche dem bisherigen Präsidenten v. Unruh gleichsam den Gehorsam aufkündigte, veranlaßte sie sofort wieder auszutreten. Eine beschlußfähige Anzahl von Abgeordneten war nun nicht mehr zusammenzubringen, und nach unerquicklichen Streitigkeiten

über die Geschäftsordnung zwischen den zur rücksichtslosen Ausbeutung der Lage entschlossenen Reaktionären und den den Rechtsstandpunkt vertretenden gemäßigt Liberalen mußte sich die Versammlung vertagen. Aber ehe noch der für die Wiedereröffnung der Verhandlungen festgesetzte 7. Dezember herankam, machte der König allem Streit damit ein Ende, daß er die Nationalversammlung, weil sie unter den obwaltenden Umständen ihre Aufgabe doch nicht erfüllen könne, am 5. Dezember kurzer Hand für aufgelöst erklärte und aus eigener Machtvollkommenheit eine konstitutionelle Verfassung für den preußischen Gesammtstaat octroyirte.

Die octroyirte Verfassung vom 5. Dezember. Diese Verfassung lehnte sich in allen Hauptpunkten an den von der Verfassungskommission der Nationalversammlung vorberathenen Waldeck'schen Entwurf an und nahm, soweit angängig, auch auf die wichtigsten Beschlüsse des Deutschen Vorparlaments zu Frankfurt bezüglich der Grundrechte Rücksicht. Nur einige wenige Paragraphen verriethen den Charakter der Verfassung als einer octroyirten, doch war deren Abänderung durch die neu zu wählenden Kammern, denen sie zur Prüfung und Annahme vorgelegt werden sollte, keineswegs ausgeschlossen. Alles in Allem genommen war die Verfassung durchaus freisinnig und durfte wol als eine vollständige Erfüllung der dem Volke gemachten königlichen Verheißungen angesehen werden. Jedem der drei Faktoren der Gesetzgebung, der Krone, der aus engeren Wahlen hervorgehenden ersten und der aus allgemeinen und geheimen Volkswahlen hervorgehenden zweiten Kammer, gestand sie in Gesetzgebungs- und Besteuerungsangelegenheiten ein absolutes Veto zu; dem Könige war die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, die Entscheidung über Krieg und Frieden u. A. m. ausschließlich vorbehalten, ihm war ferner die Befugniß zugesprochen, behufs Vornahme von Neuwahlen die Kammer jederzeit aufzulösen und in dringenden Fällen Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen zu können, für die jedoch die nachträgliche Genehmigung durch die Volksvertretung nachzusuchen sei.

Da es wegen der erforderlichen Vorbereitungen nicht wol möglich war, die neue Kammer früher als gegen Ende Februar des nächsten Jahres einzuberufen — der 26. wurde für ihren Zusammentritt festgesetzt — so erließ Friedrich Wilhelm IV. auf Grund jener letzteren Bestimmung inzwischen eine Reihe wichtiger Gesetze, für die er auf die ungetheilte Zustimmung gerade der freisinnigen Kreise meinte rechnen zu dürfen. Mehr noch ließ es sich der König angelegen sein, die gemäßigt Liberalen mit der neuen Lage der Dinge zu versöhnen, indem er aus ihren Reihen zwei Männer von bekanntem politischen Namen, August von der Heydt und Rintelen, zum Eintritt in das Ministerium Brandenburg berief. Der durch dieses Zugeständniß angestrebte Zweck wurde erreicht. Bei allen Wohlgesinnten und Verständigen im Lande herrschte Befriedigung darüber, daß der Strom der Bewegung in die Bahn friedlicher Entwicklung hinübergeleitet war; was noch zu wünschen übrig blieb, hoffte man auf dem Wege gütlicher Verständigung mit der Regierung zu erreichen. Nur die vorgeschrittene Demokratie verharrte in ihrer Erbitterung. Zwar war augenblicklich, gegenüber der Regierungsgewalt, ihre Niederlage vollständig; sie gab jedoch die Hoffnung auf einen neuen Umschwung zu ihren Gunsten nicht auf und setzte alle Hebel in Bewegung, um bei den bevorstehenden Neuwahlen zur zweiten Kammer das verlorene Feld wieder zu gewinnen.

Vorerst war indessen die preußische Verfassungsfrage zu einem gewissen Abschluß gediehen, und wie in anderen deutschen Staaten nahm auch in Preußen während der nächsten Monate die deutsche Frage ungleich stärker als das Mehr oder Minder von errungenen oder noch zu erringenden politischen Freiheiten und staatsbürgerlichen Rechten die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch.



Der „Römer“ zu Frankfurt a. M.

Das Deutsche Parlament zu Frankfurt a. M.

Wir hatten, um zunächst ein einheitliches und zusammenhängendes Bild von dem Verlaufe des Verfassungsstreites in Preußen zu geben, die Entwicklung der deutschen Frage nur bis zu dem Augenblicke verfolgt, in welchem das Vorparlament in Frankfurt nach Erledigung der Aufgabe, die es sich gestellt hatte, und nach Uebertragung seiner allerdings zweifelhaften Befugnisse an einen Fünfziger-Ausschuß auseinanderging, während das deutsche Volk sich zu den Wahlen für die Deutsche Nationalversammlung vorbereitete, die das begonnene Werk zu gedeihlichem Ende führen sollte. Bis zu diesem Zeitpunkte müssen wir jetzt zurückgreifen.

Unter erhebender, echt nationaler Begeisterung, noch ungetrübt durch Parteizwecke und kleinliche Sonderinteressen, wurden fast ausnahmslos in allen deutschen Ländern die Wahlen zur verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung vollzogen. Alte Erinnerungen an Deutschlands einstige Größe stiegen gleichsam aus dem Grabe auf, und instinktmäßig empfand selbst die große Menge des Volkes ihre Bedeutung.

Gegen 330 von den gewählten 586 Abgeordneten der deutschen Nation fanden sich am 18. Mai, dem Eröffnungstage des Deutschen Parlaments, zu Frankfurt im Kaisersaal des „Römer“ genannten Rathhauses zusammen. Es gehörten dieser von unbegrenzten Hoffnungen getragenen Versammlung die edelsten und begabtesten Männer aller deutschen Gaue an, von denen nicht Wenige ihre ganze Jugendkraft dem jetzt von Allen gemeinschaftlich erstrebten Ziele gewidmet hatten und nun von dem Gedanken sich erhoben fühlten, die sehnsuchtsvollen Träume ihrer Jugendtage in Wirklichkeit zum Besten des großen Ganzen sich umwandeln zu sehen.

Eröffnung des Parlaments zu Frankfurt a. M. Namen von Männern, welche als Geschichtsschreiber, Staatsgelehrte oder Volksmänner durch langjähriges Wirken sich den Ehrennamen von „Vorkämpfern für die unveräußerlichen Rechte des Volkes“ erworben hatten und verdientermaßen eines hohen Rufes genossen, wie Arndt, Auerswald,

Beckerath, Camphausen, Dahlmann, Droysen, Heinrich v. Gagern, Gervinus, Matthy, Mittermaier, v. Radowitz, v. Raumer, Welcker u. v. A., glänzten in den Reihen der Auserwählten der deutschen Nation; neben ihnen fehlte es freilich auch an solchen Männern nicht, deren Wahl die aufgeregte Zeitstimmung und die unreifen, ja unreinen Bestrebungen ihrer Wähler erkennen ließ, Anhänger des Umsturzes aller staatlichen Ordnung. Aber den Grundton der weit überwiegenden Mehrzahl bildete das allgemeine Verlangen nach Einigung aller deutschen Volksstämme unter festgegründeten Staatsformen, welche im Innern die Freiheit, nach außen die Würde und das Ansehen des deutschen Volkes zu sichern vermöchten.

Vom Römer begaben sich die Abgeordneten in feierlichem Zuge unter Kanonendonner und Glockengeläute und lautem Jubel der Menge nach der Paulskirche, welche zur Abhaltung ihrer Sitzungen dem Deutschen Parlamente überwiesen worden war, und erklärten sich dort für konstituirt.

Heinrich von Gagern, erster Präsident. Mit entscheidender Mehrheit wurde Heinrich von Gagern, dessen Persönlichkeit, Charakter und Erfahrungen ihn als langjähriges freisinniges Mitglied der hessen-darmstädtischen zweiten Kammer und der großherzoglich hessischen Regierung vor Allen zu dem schwierigen Amte befähigten, zum Präsidenten der Versammlung erwählt, deren Mehrheit damit den Entschluß kundgethan, auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse zu beharren und für Deutschland und seine Einzelstaaten den einzig möglichen Standpunkt der konstitutionellen Monarchie zu vertreten. Aber leider entsprach, wie sich bald herausstellte, diesem Wollen nicht das Vollbringen, dem vorgesteckten Ziele nicht der zur Erreichung desselben eingeschlagene Weg. Je länger, je mehr gab sich die Versammlung über ihren Beruf und über ihre thatsächliche Macht einer verhängnißvollen Selbsttäuschung hin. Statt den natürlichen Weg der Vereinbarung mit den bestehenden Gewalten einzuschlagen, hielt man mit doktrinärer Beharrlichkeit die Fahne der Volkssouveränität hoch empor und glaubte für den Reichstag ausschließlich das Recht der Aufrichtung und Feststellung der Reichsverfassung beanspruchen zu dürfen. Auch sonsthin wurden verhängnißvolle politische Fehler gemacht. Außer über die Verfassung glaubte man auch über alle sonstigen deutschen Angelegenheiten nicht nur berathen, sondern endgiltig entscheiden zu dürfen. Ganz besonders nachtheilig aber zeigte es sich, daß man, die Feststellung des Grundgesetzes, der Verfassung des Deutschen Reiches einer späteren Zeit vorbehaltend, mit deutscher Gründlichkeit zunächst über die Grundrechte des deutschen Volkes berieth. Hinweisend darauf, daß es an einem den Berathungen zu Grunde zu legenden Verfassungsentwurf fehle, redeten gerade die extremen Parteien der Hinausschiebung der Entscheidung über die zukünftige Gestaltung Deutschlands das Wort, weil sie inzwischen auf einen Umschlag zu Gunsten der von ihnen verfolgten Ziele hofften. Von den 17 Vertrauensmännern, welche man beim Ausbruch der Bewegung in Deutschland dem Bundesrathe beigegeben hatte, war allerdings unter Gagern's Leitung ein Verfassungsentwurf ausgearbeitet und vorgelegt worden. Derselbe hatte aber weder beim Bundesrath noch bei der Mehrheit der deutschen Regierungen Anerkennung gefunden, und die Nationalversammlung griff deshalb zu dem vom Bundesrath freilich auch nicht anerkannten Beschlusse des Vorparlaments zurück, dahin lautend, daß die Feststellung des Verfassungswerkes dem konstituirenden Deutschen Parlament zu überlassen sei. Nun aber schlug sie, wie bemerkt, theils wegen der Schwierigkeit der Herstellung des Werkes an sich, theils unter dem Einfluß der schon erwähnten Parteien jenen verkehrten Weg ein: sie berieth über die zukünftigen Freiheiten und Rechte des deutschen Volkes, ehe die Verfassung, auf welcher allein diese ruhen konnten, festgestellt war; sie errichtete einen Oberbau ohne genügendes Fundament, nicht bedenkend, daß der Versuch, ein festes Fundament nachträglich unterzuschieben, sich als ein vergeblicher erweisen, und daß bei diesem vergeblichen Versuche auch der Oberbau selbst in Stücke gehen könne.

Die provisorische Centralgewalt. Der Bundesrath hatte es trotz der dringenden Mahnung seines Beirathes unterlassen, aus sich heraus eine Exekutivbehörde zu errichten, und so stand er nun ohne Organ sowie ohne energische, einheitliche Vertretung der konstituirenden Nationalversammlung gegenüber. Er versuchte es zwar, durch weitestes Entgegenkommen ein freundliches Verhältniß mit dem Deutschen Parlament anzubahnen, begrüßte dasselbe als eine „neue Größe“ und bot ihm, „aufrichtig huldigend dem Geist der neuen Zeit“, die Hand zum Willkommen; aber die Nationalversammlung ertheilte darauf nicht einmal eine Antwort und nahm das, was der Bundesrath unterlassen hatte, die Schaffung einer vorläufigen Centralgewalt, in ihre eigene Hand. Nachdem der Verfassungsausschuß ernannt und am 27. Mai der Beschluß gefaßt worden war, daß alle einzelstaatlichen Verfassungen, auch die — wie die preußische — noch in Vorbereitung befindlichen, nur innerhalb der zu schaffenden Reichsverfassung Giltigkeit haben sollten, begannen um Mitte Juni die diesbezüglichen Berathungen. Mehr als vierzig Anträge wurden gestellt, und die widersprechendsten Ansichten und Wünsche in siebentägigen stürmischen Verhandlungen zu Tage gefördert. Während die demokratische Partei einem Ausschusse der Nationalversammlung die vollziehende Gewalt übertragen wissen wollte, und die Konservativen für die Anerkennung eines der regierenden deutschen Fürsten als des provisorischen Reichsstatthalters eintraten, ergingen sich die Mittelparteien in den verschiedenartigsten Vorschlägen, von welchen Dahlmann's Antrag, ein Bundesdirektorium von drei durch die deutschen Regierungen zu ernennenden und von der Versammlung zu bestätigenden Mitgliedern zu errichten, die meiste Beachtung verdiente. Aber eine Mehrheit hat auch dieser Vorschlag nicht gefunden.



Paulskirche in Frankfurt a. M.

Erzherzog Johann, Reichsverweser. Endlich, als die Verhandlungen stürmisch wurden und die Leidenschaften im Widerstreit der Parteien noch immer mehr sich erhitzten, that Gagern, wie er selbst sagte, einen „kühnen Griff“ und empfahl in einer eindrucksvollen Rede der Versammlung, die provisorische Centralgewalt selbst zu schaffen und zu diesem Behufe einen Reichsverweser zu wählen, nicht einen regierenden Fürsten, aber einen Mann fürstlichen Herkommens, nicht verantwortlich, aber von verantwortlichen Ministern umgeben, unabhängig vom Bundesrath, der selbstverständlich aufzulösen sei, aber mit der Befugniß ausgestattet, sich, so oft als es nöthig erscheine, mit Bevollmächtigten der Einzelstaaten ins Einvernehmen zu setzen. Als man nach zwei weiteren Sitzungstagen voll stürmischer Debatten zur Abstimmung schritt, zeigte es sich, daß der Präsident nicht vergeblich gesprochen hatte: mit großer Mehrheit wählte die Nationalversammlung am 29. Juni den Erzherzog Johann von Oesterreich zum Reichsverweser. Die Wahl eines Mannes, dem, wenn auch fälschlich, der Trinkspruch: „Kein Oesterreich, kein Preußen, ein einiges Deutschland, fest wie seine Berge!“ in den Mund gelegt worden war, erregte in dem nach Wiederkehr der Ruhe und Befestigung der gelockerten Ordnung verlangenden

deutschen Volke aufrichtige Freude, weil man damit einen geeigneten Herrscher über das Ganze erlangt zu haben glaubte. Noch am Tage der Wahl erließ die Bundesversammlung ein Schreiben an den Erzherzog mit der Erklärung, sie sei schon vor seiner Wahl von den Regierungen der einzelnen Bundesstaaten ermächtigt gewesen, sich für ihn auszusprechen. Bereits am 6. Juli erklärte sich der Erzherzog zur Annahme der Wahl bereit. Ueberall, wo er auf seiner Reise nach Frankfurt sich öffentlich zeigte, jubelnd begrüßt, langte der sehnlichst Erwartete am 12. Juli am Sitze der Centralgewalt an und begab sich alsbald in das Parlament und darauf in die Bundesversammlung. Hier nahm er eine Adresse entgegen, worin ihm Namens der deutschen Regierungen die Ausübung ihrer sämmtlichen Befugnisse und Pflichten übertragen und zugleich die freiwillige Auflösung des Bundesrathes, der seine bisherige Thätigkeit als beendet ansehe, mitgetheilt wurde. Bei der Wahl seiner Minister trug der Reichsverweser unter sorgfältiger Ausschließung aller radikalen oder auch nur radikal angehauchten Elemente dem gemäßigt liberalen Standpunkt des die Mehrheit der Nationalversammlung vertretenden Centrums, der sogen. „Casino-Partei", Rechnung. **Anton v. Schmerling** und **J. G. M. Heckscher**, der **Fürst von Leiningen** und **Robert von Mohl**, ebenso General **von Peucker**, **Arnold Duckwitz** und **Hermann von Beckerath** waren zumeist bekannte Altliberale, zum Theil der konservativen Partei nahestehend; **Mevissen**, **Mathy** und Friedr. Daniel **Bassermann**, die als Staatssekretäre Mitglieder der neuen Regierung wurden, gehörten im Wesentlichen derselben Richtung an.



Heinrich von Gagern.

In Preußen, vornehmlich in den alten Provinzen, sah man zwar mit einiger Mißstimmung in der Ernennung des Reichsverwesers eine gewisse Unterordnung des verehrungswürdigen preußischen Königshauses unter einen habsburgischen Prinzen; indessen ließ es sich Friedrich Wilhelm IV. selbst angelegen sein, durch wohlwollendes Entgegenkommen sein vorläufiges Einverständniß mit der neuen Ordnung der Dinge in Deutschland zu bekunden.

Das Dombaufest in Köln am 16. August gab dazu äußerlich den Anlaß. Zur Beiwohnung desselben fuhr auf Einladung des Königs der Erzherzog mit einer Deputation deutscher Abgeordneten auf festlich geschmückten Schiffen den Rhein hinab nach der alten Hauptstadt der Rheinlande, von der freudig bewegten Bevölkerung überall jubelnd bewillkommnet. Die Auserkorenen der deutschen Nation herzlich begrüßend, sprach Friedrich Wilhelm, auf den ehrwürdigen Meisterbau vergangener Jahrhunderte hinweisend, in beredten Worten von den Baumeistern am Werke der deutschen Einheit, und wenn er auch in seine Rede die an die Abgeordneten gerichtete Mahnung hineinflocht, man möge nicht vergessen, daß es in Deutschland angestammte Fürsten gebe, und daß auch er zu denselben gehöre, so schien doch jeder Mißton in der allgemeinen Begeisterung zu verklingen, und die Hoffnung auf Wiedererstehung des Reiches in seiner ehemaligen Macht und Größe erfüllte

nochmals Aller Herzen. — Inzwischen war die konstituirende Nationalversammlung ihrer eigentlichen Aufgabe näher getreten und hatte den vom Ausschuß vorberathenen Abschnitt von den deutschen Grundrechten zu bearbeiten begonnen, während jeder Versuch einer Verständigung in der Oberhauptsfrage vorderhand aussichtslos schien.

Es mangelte in letzterer Beziehung allen möglichen Vorschlägen, als einheitlicher Spitze (sei es Erbkaiser, Wahlkaiser oder Präsident), Dualismus von Oesterreich und Preußen, wie auch Trias, beziehentlich Dreistaatenbund oder Direktorium von Oesterreich, Preußen und Bayern rc., die nöthige Stimmenmehrheit. Die Vertheidiger des einen oder des anderen Modus hofften im Stillen, daß während der Berathung der Grundrechte ein günstiger Umschlag in den Ereignissen zu Gunsten ihrer Ansichten eintreten werde. Sie hatten sonach auch kein Interesse daran, die Feststellung der Grundrechte besonders zu beschleunigen, und da die Leidenschaftlichkeit, namentlich der extremen Parteien, nicht weniger aber auch die auf Unkenntniß der parlamentarischen Formen beruhende Schwerfälligkeit der Versammlung ohnehin einem raschen Tempo der Berathungen entgegenstand, so verging unter erregt geführten Debatten fast ein halbes Jahr, ehe dieselben ihren Abschluß fanden und damit wenigstens ein Theil — allerdings, wie die Dinge damals lagen, nur ein unwesentlicher Theil — der Aufgabe der konstituirenden Versammlung erledigt war.

Daß die durch den bisherigen Gang der Ereignisse entschieden in den Hintergrund gedrängte radikale Partei eine so lange Zeit bloßer Scheinthätigkeit des Parlaments nicht unbenutzt vorübergehen lassen, daß sie die Ungeduld des positive Ergebnisse statt fruchtloser Verhandlungen erwartenden deutschen Volkes zu ihrem Vortheile auszubeuten versuchen würde, war bei ihrer Rührigkeit leicht vorauszusehen. Die radikalen Volksbeglücker griffen, um zu ihrem Ziele zu gelangen, zu geradezu verwerflichen Mitteln. Ohne zu bedenken, daß sie durch ihr Vorgehen die Sache der Freiheit, der sie doch dienen wollten, nur in Verruf brachten, ließen sie trotz übler Erfahrungen und herber Enttäuschungen nicht davon ab, die niederen Volksklassen zu plan- und zusammenhangslosen Aufständen oder zu vereinzelten Tumulten von Neuem aufzureizen, und verschiedene, den Gegensatz der Parteien noch verschärfende Zwischenfälle kamen ihnen dabei trefflich zu statten.

Waffenstillstand von Malmoe. Den ersten Anlaß zu erneuten Ausbrüchen roher Volkskraft gab die unerfreuliche Wendung der Dinge in Schleswig-Holstein, vor Allem der am 26. August zwischen Preußen und Dänemark abgeschlossene Waffenstillstand von Malmoe. Die Kunde von diesem Waffenstillstande, dessen Ursachen und Wirkungen wir im nächsten Abschnitte eingehend erörtern werden, war, wie wir gesehen, auch in Berlin nicht wirkungslos vorübergegangen; aber ungleich stärker und heftiger war die Entrüstung, die sie am Sitz der Nationalversammlung hervorrief. Hier loderte der Unmuth in lichten Zornesflammen auf. Dahlmann, ein ernster Altliberaler und von jeher Verfechter des Rechtes der meerumschlungenen Lande, erklärte geradezu Deutschlands Ehre durch diesen Vertrag für schwer verletzt und forderte dessen Ungiltigkeitserklärung durch die Nationalversammlung. Da jedoch diese zu einem solchen Beschlusse schwerlich das Recht und zur Durchführung desselben bestimmt nicht die Macht hatte, so kündigte das Reichsministerium für den Fall der Annahme des Dahlmann'schen Antrages seinen Rücktritt an.

Trotzdem ging am 5. September mit geringer Mehrheit der Antrag durch, und nach parlamentarischem Herkommen hätte nun Dahlmann an die Spitze eines neuen Ministeriums treten müssen. Aber da er, der strenge Altliberale, sich der radikalen Partei nicht in die Arme werfen wollte und andrerseits seine eigentlichen Parteigenossen auf ihrem Standpunkte beharrten, kam ein solches Ministerium nicht zu Stande. Die früheren Minister nahmen deshalb ihre Thätigkeit wieder auf und führten eine neue Abstimmung über den Antrag Dahlmann's herbei. Dieselbe fiel zu ihren Gunsten aus: mit geringer Mehrheit wurde diesmal der Beschluß vom 5. September aufgehoben und die Giltigkeit des Vertrages anerkannt.

In der Masse der Bevölkerung, welche, nur ihrem Gefühle folgend, von ihrem engeren Gesichtskreise aus die wenn auch bedauerliche doch unumgängliche Nothwendigkeit dieses zweiten Beschlusses nicht erkannte, erregte das Nachgeben der Nationalversammlung einen Sturm der Entrüstung, und den demokratischen und republikanischen Parteiführern fiel es deshalb nicht schwer, den schon an Tumult gewöhnten Massen zu offenem Aufstande die Waffen in die Hand zu drücken. Auf den Straßen und in den Wirthshäusern ward heftig hin und her gestritten, wobei man sich vielfach bis zur Bedrohung des Reichstags verstieg. In einer zahlreich besuchten Volksversammlung, die am 17. September, dem Tage nach jener zweiten Abstimmung, auf der Pfingstweide zu Frankfurt stattfand, verlangten mehrere Brauseköpfe, daß man mit der üblen Wirthschaft durch Einsetzung der Republik gründlich ein Ende mache, ja einzelne Abgeordnete forderten mehr oder weniger direkt zu offenem Kampfe auf; sie brandmarkten diejenigen Mitglieder der Nationalversammlung, welche sich für den Waffenstillstand erklärt hatten, als Vaterlandsverräther; ja einer der Volksredner rief unter Beifallsgeschrei: „Jetzt wollen wir endlich Fraktur schreiben!“ Aber auch den Radikalen wuchs die Bewegung bald über den Kopf; die republikanischen Parteiführer bemächtigten sich derselben zur Erreichung weitergehender Absichten, die darauf hinausliefen, das Parlament zu sprengen und die Republik zu proklamiren.



Erzherzog Johann von Oesterreich.

Das Reichsministerium aber rief zum Schutze der Nationalversammlung einige Bataillone Oesterreicher und Preußen aus dem benachbarten Mainz herbei. Diese besetzten den Eingang zur Paulskirche und verjagten die Helden der Gasse von den Barrikaden. Zum Glück erheischte der kurze Kampf innerhalb der Mauern der Stadt keine zahlreichen Opfer; nur außerhalb der anmuthigen Mainstadt ging ein gräßliches Drama in Scene.

Zwei preußische Mitglieder des Parlamentes, der General H. A. E. von Auerswald und der wenig beliebte konservative Fürst Lichnowski, wollten nach einem Spazierritt ihren Weg durch die Stadtgärten zurücknehmen.

Ermordung von Auerswald's und Lichnowski's. Von heillosem Gesindel, das eben von den Barrikaden verjagt worden war, wurden die beiden Reiter meuchlings überfallen und ermordet. Diese Schandthat rief nothwendigerweise strenge Maßregeln seitens des Reichsverwesers, u. A. die zeitweilige Verhängung des Belagerungszustandes über die Stadt Frankfurt, hervor. Von einer Verständigung zwischen der gemäßigt liberalen und der äußersten radikalen Partei konnte fortan nicht mehr die Rede sein.

Aber auch in allgemein politischer Beziehung war diese Blutthat von schwerwiegenden Folgen. Die Nationalversammlung hatte gegen den Ueberfall des Pöbels nur durch militärisches Einschreiten geschützt werden können und mußte sich überzeugen, daß sie nicht mehr darauf rechnen durfte, das Volk im Rücken zu haben; wol aber ließ sich eine verstärkte

Militärmacht bei etwaigen Zerwürfnissen zwischen den Regierungen und der Centralgewalt oder dem Parlament am Ende ebenso gut auch gegen letzteres verwenden. Insofern hatte sich die Lage der Dinge entschieden nicht zum Vortheil der Volksvertretung geändert.

Die deutsche Frage. Von nicht geringer Tragweite für den Bestand und die Wirksamkeit der deutschen Nationalversammlung zeigte sich aber vor Allem das Verhalten ihrer verschiedenen Parteien gegenüber der Frage, wie das Verhältniß Oesterreichs zu dem neu zu konstituirenden Reiche zu gestalten sei. In der großen Partei Derjenigen, welche ernstlich an eine Wiedererhebung Deutschlands in seiner alten Machtfülle glaubten, mußte die immer mehr sich geltend machende Nothwendigkeit, das mächtige, „an Siegen und an Ehren reiche" Oesterreich auszuschließen, allerdings schmerzliche Empfindungen erregen. Aber Oesterreich, wie immer sein Heil von der Gunst unvorherzusehender Zwischenfälle erwartend, zögerte und zögerte, sich über seine Stellung zur deutschen Frage klar auszusprechen, und das Wort Beckerath's: „Das Warten auf Oesterreich bedeutet das Sterben der deutschen Einheit!" schien sich bewahrheiten zu wollen. Immer mehr brach sich deshalb die Ueberzeugung Bahn, daß ein gesundes deutsches Volksleben in dem neu zu gründenden Bundesstaate nur dann erblühen könne, wenn man überhaupt davon absehe, den österreichischen Kaiserstaat mit seinen ausgedehnten Ländermassen und seinen vielfach, ja vorwiegend nichtdeutschen Interessen in denselben mit aufzunehmen. Die einsichtsvollsten Mitglieder der Nationalversammlung, ihr Präsident Heinrich v. Gagern an der Spitze, wirkten daher für die Bildung eines engeren Bundesstaates unter einem erblichen deutschen Kaiserthum und in einem freien, aber unauflöslichen Bundesverhältniß mit Oesterreich zu gegenseitigem Schutz und Trutz. Die unter Schmerling's Führung stehende Partei der sog. Großdeutschen wollte dagegen von einem Ausscheiden Oesterreichs aus dem neuen Reiche nichts wissen und meinte in dem Vorschlage des freien Bundesverhältnisses für die acht Millionen Deutschen des Kaiserstaates nur die „Bruderhand zum Abschied" zu sehen.

Als das größte Hinderniß für das endliche Gelingen des Verfassungsgesetzes und dessen Durchführung erwies sich die schwerwiegende Thatsache, daß man bei den Berathungen über die deutsche Verfassung den Regierungen keine unmittelbare Theilnahme verstattet hatte. Indem das Frankfurter Parlament die neue Ordnung der Dinge ganz selbständig und auf Grund der keineswegs von den deutschen Herrschern schon anerkannten Volkssouveränität regeln wollte und hierbei doch auf die rückhaltlose Annahme seines Werkes seitens der Regierungen rechnete, unterschätzte es in jeder Beziehung die Macht der bestehenden Gewalten.

Leider zu spät überzeugte man sich von dem begangenen Fehler. Die Welfen und Wittelsbacher wollten eben so wenig von einer Unterordnung unter das Kaiserthum der Hohenzollern wissen, wie der sächsische und fränkische Volksstamm dem preußischen den Vorrang zuerkennen mochte; Oesterreich, obgleich es mit seinen eigentlichen Absichten und Plänen immer noch zurückhielt, ließ doch mehr und mehr erkennen, daß es keineswegs Willens sei, seine alte Stellung und seinen bisherigen Einfluß in Deutschland aufzugeben. Die österreichische Regierung hielt noch an dem recht nebelhaften Gedanken eines großen mitteleuropäischen Reiches fest, in welchem die verschiedenen Nationen und Volksstämme des Kaiserstaates gleichberechtigt neben den deutschen Volksstämmen Platz finden sollten, und widersetzte sich daher lebhaft der Bildung eines einheitlichen engeren Bundesstaates unter preußischer Führung.

Die deutschen Grundrechte. Unter dem Drucke so widersprechender Strömungen und Einflüsse hatte das Frankfurter Parlament endlich im Dezember 1848 die Feststellung der deutschen Grundrechte zu Stande gebracht, deren wesentlichste Grundzüge in Gleichheit aller Deutschen vor dem Gesetz, Schutz der persönlichen Freiheit, allgemeiner Wehrpflicht, Vereinsrecht, Gleichberechtigung aller Kulte, Preßfreiheit, Schwurgerichten, Abschaffung der Feudallasten, der Todesstrafe 2c. bestanden. Aber obschon diese Bestimmungen am

21. Dezember 1848 als Gesetz vom Reichsverweser publizirt wurden, so zeigten sich doch die größeren Staaten, voran Oesterreich und Preußen, dann Bayern, Hannover und Sachsen nicht geneigt, des so mühsam zu Stande gekommenen Grundgesetzes sich anzunehmen.



Abgeordnete zum Vereinigten Landtage und zur Deutschen Nationalversammlung.

Mittermaier. Hansemann. Schwerin. R. v. Auerswald. Waldeck. Römer.
Dahlmann. Camphausen. v. Beckerath. Schulze-Delitzsch. Karl Welcker.

Damit trafen erschwerende Umstände zusammen. Es hatte sich inzwischen gerade in den beiden deutschen Großstaaten durch den Sieg der Regierungsgewalt über die radikalen Parteien ein bedeutungsvoller Umschwung der Dinge vollzogen. Es war derselbe, wie wir sahen, in Berlin in verhältnißmäßig milden Formen und ohne ernstliche Erschütterung

des festgefugten preußischen Staatswesens erfolgt. Anders in Oesterreich. In dem vielgestaltigen, aus den verschiedenartigsten und widerstrebendsten Elementen lose zusammengefügten Kaiserstaat hatten dagegen die Wirren einen geradezu den Bestand desselben gefährdenden Charakter angenommen, und dem gewaltsameren Ausbruch der Bewegung entsprachen auch die gewaltsameren Mittel zu ihrer Unterdrückung.

Wiener Zustände. Die geringen freiheitlichen Zugeständnisse, welche von der österreichischen Regierung nach den Wiener Märztagen dem Volke gemacht worden waren, hatten die Bevölkerung der habsburgischen Stammlande nur für den ersten Augenblick, diejenigen der nichtdeutschen Staaten, namentlich Italiens und Ungarns, überhaupt nicht befriedigt. Mit elementarer Gewalt war hier wie dort im unmittelbaren Anschluß an die Ereignisse in Wien die längst vorbereitete Revolution zum Ausbruch gekommen, deren Ziel die völlige Losreißung jener beiden Länder von Oesterreich war. Nicht der Energie der schlimmstenfalls zum Nachgeben entschlossenen Regierung, sondern nur dem selbständigen, energischen Vorgehen des tapferen kaiserlichen Feldherrn Grafen Radetzky war es zuzuschreiben, daß der erste zielbewußte Versuch Italiens, sich seine politische Selbständigkeit und staatliche Einheit zu erringen, scheiterte und mit zehnjähriger, noch schwererer Unterdrückung gebüßt werden mußte. Als nun aber die im Rathe des Kaisers allein maßgebende reaktionäre Partei sich anschickte, diesen ihrerseits unverdienten Sieg nach Kräften auszubeuten und dem verhaßten liberalen Regiment, zu dessen Gewährung man sich nach erneuten Unruhen in Wien hatte verstehen müssen, ein jähes Ende zu bereiten, raffte die demokratische Partei in der österreichischen Hauptstadt alle verfügbaren Kräfte zu einem entscheidenden Schlage zusammen. Es war natürlich, wenn auch nicht eben patriotisch, daß sie sich dabei auf die Ungarn zu stützen suchte, die, von jeher Gegner des österreichischen Absolutismus, soeben einen erbitterten Kampf gegen die kaiserliche Regierung begonnen hatten, in deren Auftrag Jellachich, der Banus von Kroatien, mit großer Heeresmacht in die Länder der Stephanskrone eingefallen war. Um diesen zu unterstützen, sollten einige verfügbare Regimenter aus Wien nach Ungarn abgehen, aber der von den Demagogen bearbeitete Wiener Pöbel widersetzte sich der Ausführung dieser Maßregel; am 6. Oktober kam es zu einem heftigen Straßenkampfe, und da ein Theil der Besatzung selbst meuterte, siegte die Empörung, und eine blutige Schandthat, die Ermordung des Kriegsministers Latour, der nicht wie die übrigen Minister rechtzeitig geflohen war, bildete das Nachspiel des Kampfes. Die österreichische Hauptstadt war in den Händen der Aufständischen; der Kaiser aber, der sich auf das treue Landvolk und auf die gesammte slavische Bevölkerung des Reiches stützen konnte, war diesmal zum Aeußersten entschlossen. Mit allen verfügbaren Truppen zog der zum Oberbefehlshaber ernannte Fürst Windischgrätz von Norden und, vor den siegreichen Ungarn zurückweichend und von ihnen verfolgt, Jellachich von Osten her gegen Wien. Trotzdem beschloß die in der Stadt verbliebene Bevölkerung Widerstand zu leisten, bestärkt durch die beifälligen Kundgebungen der Berliner Nationalversammlung und des Frankfurter Parlaments. Zwei der beliebtesten Mitglieder des letzteren, Robert Blum und Julius Fröbel, begaben sich sogar nach Wien, um den Aufständischen Namens der demokratischen Partei ihre vollste Sympathie zu bezeugen. Aber weder ihre Worte und Versicherungen, noch die im Auftrage des Reichsministeriums durch Welcker und Mosle beim Kaiser gemachten Vermittelungsversuche vermochten das Unvermeidliche zu verhindern. Nachdem Jellachich am 30. Oktober wenige Meilen vor Wien die ihn verfolgenden Ungarn siegreich zurückgeschlagen, zogen nach erbittertem Kampfe und kurzer Beschießung der Stadt die kaiserlichen Truppen in Wien ein, über dessen Bevökerung, soweit sie am Aufstande sich betheiligt hatte, ein strenges Strafgericht erging.

Robert Blum's und Messenhauser's Erschießung. Der Führer des Aufstandes, Messenhauser, und zahlreiche Andere büßten ihren Widerstand mit dem Tode. Die mitgefangenen Frankfurter Abgeordneten Fröbel und Robert Blum wurden ohne Rücksicht auf

ihre Eigenschaft als Parlamentsmitglieder ebenfalls vor ein Kriegsgericht gestellt. Letzterer, weil er als Hauptmann an der Spitze einer Abtheilung der Wiener Nationalgarde am Kampfe theilgenommen hatte, wurde zum Tode verurtheilt und am 8. November auf der Brigittenau bei Wien erschossen; er fiel als eines der am meisten beklagten Opfer jener blutigen, „tollen“ Zeit.

Ganz Deutschland erregte dieser Fall, am höchsten gingen natürlich die Wogen der Erregung am Sitze des Parlaments. Wäre auf dem Wege ordentlicher Untersuchung das allerdings anfechtbare Verhalten Blum's geprüft und ihm die verwirkte Strafe durch Richterspruch zuerkannt worden, so hätte sich damit das Rechtsgefühl in Deutschland wol ausgesöhnt; aber die schonungslose Weise, in welcher das Militärregiment in Oesterreich ohne Rücksicht auf den besonderen Fall seine Gewalt ausübte, rief bei den Einen Schrecken hervor, bei vielen Anderen erzeugte sie grimmen Haß. Allein vergebens führte das Deutsche Parlament über die Hinrichtung eines Reichsvertreters in Wien Beschwerde. Auch in Berlin war den Abgesandten, welche der Mißbilligung des Frankfurter Parlaments über das dort gleichzeitig erfolgte Vorgehen gegen die preußische Nationalversammlung Ausdruck gegeben hatten, von der Regierung zwar die Zusicherung ertheilt worden, daß sie sich nach wie vor an ihre Märzverheißungen gebunden erachte; im Uebrigen aber hatte die Regierung nicht angestanden, ihnen zu erkennen zu geben, daß sie nicht gesonnen sei, dem Frankfurter Parlament eine Einwirkung auf ihre Entschließungen einzuräumen. Nicht minder machtlos erwies sich die Frankfurter Nationalversammlung, als sie wohlberechtigte Klagen bei der schweizerischen Eidgenossenschaft vorbrachte, weil diese die wiederholten Einfälle der Struve'schen Freischaren nicht energisch verhindert habe. Hier wie dort wurde die Vertretung der deutschen Nation kaum angehört, und noch weniger fanden ihre Forderungen Beachtung.



Robert Blum.

Der Reichsverweser, nur der Schatten eines Oberhauptes, stand an der Spitze eines Reiches, das eben noch geschaffen werden sollte, und danach war auch die Macht seines Ministeriums angethan. Die Centralgewalt lebte dahin, ohne Heer, ohne Schatz, ohne Anerkennung ihrer Gesandten im Auslande, außer Stande, etwas Durchgreifendes auszurichten oder dem Willen der Nation Achtung zu verschaffen.

Die Stellung des Reichsverwesers war in der That noch viel ohnmächtiger, als es die der letzten deutschen Kaiser aus dem Hause Habsburg gewesen war, da er im Grunde über gar nichts Eigenes zu gebieten hatte. Von dem Reichskriegsminister war zwar an sämmtliche Bundestruppen der Befehl ergangen, dem Erzherzog Johann am 6. August durch Paraden und Hochrufe zu huldigen; aber nur in einigen Kleinstaaten war man jenem Befehle nachgekommen. Die einzige wirkliche Macht, der Oberbefehl über die Truppen, war ausschließlich in der Hand ihrer Souveräne verblieben.

Erst jetzt zeigte es sich so recht, welche kostbare Zeit das Parlament mit der Feststellung der deutschen Grundrechte, die ohne eine allseitig anerkannte Reichsverfassung doch in der Luft schwebend blieben, vergeudet hatte. Als man endlich energisch daran ging, Versäumtes durch bessere Benutzung der Zeit einzubringen, schmolz gegenüber der Frage, ob Oesterreich in dem neuen Bunde verbleiben solle oder nicht, die ohnehin unsichere Mehrheit der Reichsversammlung nur noch mehr zusammen, und immer feindseliger begegneten sich die Mitglieder der sogenannten „großdeutschen" Partei, welche von einem deutschen Bundesstaat ohne Oesterreich nichts wissen wollten, und diejenigen der „kleindeutschen" Partei, welche den Ausschluß Oesterreichs und die Errichtung eines engeren Bundes befürworteten, an dessen Spitze natürlich nur Preußen treten konnte. Oesterreich hatte die ungetrennte Einheit aller seiner Länder erklärt; entweder mußte man den Kaiserstaat in seiner Gesammtheit in das neue Deutsche Reich aufnehmen oder sich für die Konstituirung eines Deutschland ohne Oesterreich (also auch ohne die deutsch-österreichischen Provinzen) entscheiden.

So kam es, daß nach langem, leidenschaftlichem, täglich sich erneuerndem bitterem Hader erst in den Tagen vom 13. bis 25. Januar 1849 die Hauptaufgabe der Nationalversammlung, die Reichsverfassung, zur Erledigung gelangte, und auch dies nur auf dem Wege des Kompromisses mit blos vier Stimmen Majorität!

Die deutsche Reichsverfassung. In 197 Paragraphen enthielt diese Reichsverfassung sieben Hauptartikel, welche das Reich, die Reichsgewalt, das Reichsoberhaupt, den Reichstag, das Reichsgericht, die Grundrechte des deutschen Volkes, die Verfassungsgewähr 2c. betrafen.

Das Deutsche Reich sollte hiernach aus den bisherigen deutschen Bundesstaaten bestehen; der österreichische Kaiserstaat war also nicht namentlich ausgeschlossen, jedoch war Alles so gestellt, als ob er nicht mehr dabei wäre, und daß er auch nicht dabei bleiben konnte. Mit Rücksicht darauf hatte Heinrich von Gagern dem Erzherzog Reichsverweser ein von allen Reichsministern abgefaßtes Programm vorgelegt, dessen wesentlicher Inhalt darauf hinauslief, daß Deutschland sich als Bundesstaat konstituire, Oesterreich sich aber daran nicht betheilige, daß vielmehr das Verhältniß des Kaiserstaates zu dem neuen Reich künftigen Vereinbarungen vorbehalten bleibe. Der Reichsverweser wurde gebeten, dahin zu streben und von seinem Standpunkte aus darauf hinzuwirken, jene Konstituirung der beiden Staatenkörper in politischer und materieller Beziehung zu vermitteln. Oesterreich sei demzufolge zu bestimmen, der Ordnung der deutschen Verhältnisse keinerlei Hindernisse in den Weg zu legen, namentlich für den Fall, daß man den Inhaber der preußischen Krone als erbliches Oberhaupt an die Spitze von Deutschland stelle. Es empfehle sich, eine Gesandtschaft zu dem Zwecke nach Olmütz oder Wien abzuordnen, um freundschaftliche und bundgenössische Beziehungen zu Oesterreich zu pflegen, über die in Frankfurt vorherrschend und maßgebend gewesenen Anschauungen Aufklärung zu geben und den Abschluß des vorgeschlagenen Schutz- und Trutzbündnisses auf ewige Zeiten vorzubereiten.

Die Reichsverfassung übertrug an die Central-Reichsgewalt die auswärtige Vertretung mit dem Rechte, Staatsverträge zu schließen, dann die Leitung der Kriegsmacht nebst der Entscheidung über Krieg und Frieden, endlich die Beschaffung der finanziellen Hülfsmittel aus den Reichszöllen, den Matrikularbeiträgen der Einzelstaaten und den außerordentlichen Reichssteuern. Sie bestimmte die Einsetzung eines unabhängigen Reichsgerichts zur Entscheidung aller Streitigkeiten zwischen Regierungen und Ständen, zwischen den Regierungen unter einander, sowie zwischen diesen und der Reichsgewalt. Der Reichstag sollte aus einem zur Hälfte von den Regierungen, zur Hälfte von den Ständen der Einzelstaaten erwählten Staatenhause mit sechsjähriger Erneuerungsperiode und einem aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Volkshause mit dreijähriger Erneuerungsperiode bestehen. Gegen die Beschlüsse des Reichstages hatten die besonnenen Altliberalen dem

Reichsoberhaupt ursprünglich ein unbedingtes Einspruchsrecht einräumen wollen; aber sie waren mit dieser Forderung nicht durchgedrungen: die Radikalen, soweit sie für die neue Reichsverfassung mit eintraten, hatten es durchgesetzt, daß ihm nur ein suspensives, ein aufschiebendes Veto eingeräumt wurde.

Eben darin bestand aber auch einer der hauptsächlichsten Mängel der Frankfurter Reichsverfassung, denn auf Grund derselben besaß jetzt auch die künftige permanente Reichsgewalt nicht die erforderliche Macht, um sich Achtung und Gehorsam zu verschaffen. Sie war nicht vermögend, einer etwaigen neuen Revolution mit der Kraft, welche im Gesetze liegt, zu begegnen; es schien vielmehr Alles darauf angelegt, eine künftige Umwälzung zu begünstigen, insbesondere die Möglichkeit der Einführung der Republik auf gesetzlichem Wege offen zu halten. War doch nicht einmal der Bestand der Verfassungsform gesichert, indem man dem Kaiser selbst in Bezug auf Verfassungsänderungen nur ein suspensives Veto zugestanden hatte. Ferner war es offenbar ein Mißstand, daß man den souveränen Fürsten, bez. den Regierungen der Einzelstaaten, keine organisch eingreifende Thätigkeit bei der Reichsregierung eingeräumt hatte. Sie konnten wol Bevollmächtigte an den Kaiser senden, aber über die Grenzen von deren Befugnissen stand nichts fest; sie waren dagegen, wenn sie zusammenhielten, im Stande, einen fast unantastbaren „geheimen Bundestag" wieder aufleben zu lassen.

Daß durch den Paragraph 2 der Reichsverfassung das Verbleiben Oesterreichs bei Deutschland unmöglich gemacht worden war, erschien vom Standpunkte der praktischen Vernunft aus in Anbetracht der immer unverhüllter hervortretenden Absicht der österreichischen Regierung, selbst nichts zu opfern und allen Gewinn für sich allein in Anspruch zu nehmen, durchaus gerechtfertigt. Aber viele aufrichtige deutsche Patrioten vermochten sich damals von der Nothwendigkeit dieses Radikalmittels noch nicht zu überzeugen; ihnen erschien die Ausschließung von acht bis neun Millionen Deutsch-Oesterreichern wie eine an allen deutschen Stammesbrüdern verübte Gewaltthat, und mißmuthig, weil ihre — praktisch doch gewiß unerfüllbare — Forderung unerfüllt geblieben war, wandten sie sich von dem Verfassungswerke ab, dem sie sonst trotz seiner zahlreichen Fehler und Mängel freudig zugestimmt haben würden.

Wir haben diese Fehler und Mängel oben besprochen. In der unpraktischen Art und Weise der Begründung des Aufbaues des neuen Reiches und in der Feststellung einer nur zu sehr anfechtbaren, daher schwer durchzuführenden grundlegenden Verfassung zeigten sich so recht die verhängnißvollen Nachwehen der Niederhaltung des öffentlichen Geistes und der Verhinderung der Staatsbürger an der Wahrnehmung und Förderung ihrer ureigensten Interessen. Und dieselbe Erscheinung nach der anderen, noch viel verantwortlicheren Seite hin wird sich uns aufdrängen, wenn wir im nächsten Abschnitt sehen werden, wie ohne Stütze im Volke auch die Regierungen nicht das leisten konnten, was sie gern mochten und was man nach den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln von ihnen erwarten durfte. Nicht zum Wenigsten lag darin der Grund für die unerfreuliche und unrühmliche Wendung in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, der wir jetzt, zum Theil zurückgreifend, unsere volle Aufmerksamkeit zuwenden wollen. Ihren Einfluß und ihre Rückwirkung auf die Ereignisse in Berlin und Frankfurt a. M. in Betracht zu ziehen, haben wir bereits mehrfach Anlaß gehabt.



General von Wrangel in Schleswig.



Auszug der schleswig-holsteinischen Turner und Studenten.

Schleswig-holsteinische Wirren.

Eifrig, aber ohne Erfolg hatten die Schleswig-Holsteiner gegen die im „Offenen Briefe" des Königs Christian VIII. enthaltenen Zumuthungen protestirt. Des Königs Sohn und Nachfolger Friedrich VII., der am 20. Januar 1848 als der letzte männliche Sproß seines Hauses den Thron bestieg, ertheilte den um eine gemeinsame konstitutionelle Verfassung für beide Herzogthümer und um den gleichzeitigen Eintritt auch Schleswigs in den Deutschen Bund ansuchenden schleswig-holsteinischen Ständen den Bescheid, daß er an dem bisherigen Verhältniß Holsteins zum Deutschen Bunde nichts zu ändern beabsichtige, daß er auch beiden Herzogthümern eine freisinnige Verfassung zu verleihen gesonnen sei, daß er dagegen auf der festen Einverleibung Schleswigs in den dänischen Gesammtstaat bestehen und dieselbe allen Protesten zum Trotz durchführen werde. Die Hoffnung des Königs, durch das Versprechen einer freisinnigen Verfassung seine deutschen Lande mit dem ihnen zugedachten Geschick zu versöhnen, ging nicht in Erfüllung. Die Herzogthümer waren durchaus nicht Willens, für ein an und für sich werthvolles politisches Geschenk ihr gutes Recht aufzugeben, zumal bei der Stimmung der in Dänemark zur Zeit am Ruder befindlichen Partei der sogenannten „Eiderdänen" die völlige Einverleibung Schleswigs in Dänemark mit der Preisgabe der Nationalität dieses zum weitaus größten Theile rein deutschen Gebietes gleichbedeutend war. Sie erhoben sich zu offenem Widerstande; aus den bewährtesten Führern der deutschen Partei, Prinz Friedrich von Augustenburg-Noer, W. H. Beseler, Graf Friedr. Reventlow-Preetz u. A., ward eine provisorische Regierung gebildet und die Unabhängigkeit von Dänemark ausgesprochen. Nicht vergebens

hatten die Herzogthümer bei diesem kühnen Schritt auf das willige Entgegenkommen und den thatkräftigen Beistand der deutschen Fürsten und Völker gerechnet. Das deutsche Vorparlament in Frankfurt beschloß die Aufnahme Schleswigs in den Deutschen Bund, ganz Deutschland jubelte diesem Beschlusse Beifall zu, und mit dem gleichzeitigen Versprechen militärischer Hülfe wurde er vom Bundesrath bestätigt. Inzwischen hatte sich bereits König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, an den die provisorische Regierung sich ebenfalls gewandt, mit großer Wärme für das Recht der Herzogthümer ausgesprochen und ihnen auf eigene Hand bewaffneten Beistand zugesagt. Jetzt wurde Preußen von Bundes wegen die Wahrung der bedrohten Interessen Schleswig-Holsteins übertragen und zu diesem Zwecke auch das von den kleineren norddeutschen Bundesstaaten Hannover, Oldenburg, Braunschweig 2c. zu stellende IX. Bundescorps mobil gemacht und dem Oberbefehl des kommandirenden preußischen Generals unterstellt. Auch die Herzogthümer selbst rüsteten mit Macht gegen den alten Widersacher, umsomehr, da die Dänen, die Errichtung der provisorischen Regierung als offene Kriegserklärung ansehend, durch schleunige Besetzung des streitiges Gebietes dem Einmarsch der preußischen und der Bundestruppen zuvorzukommen suchten. Die im Lande stehenden schleswig-holsteinischen Truppen erklärten sich fast ausnahmslos für die nationale Sache und stellten sich der provisorischen Regierung zur Verfügung, und begeistert griff namentlich die Landbevölkerung überall zu den Waffen; aber dem gut geschulten und trefflich ausgerüsteten dänischen Heere vermochten die um wenige reguläre Regimenter gescharten undisziplinirten Massen einen erfolgreichen Widerstand nicht zu leisten. Nur kurze Zeit wehten in den Städten und Festungen nördlich der Eider, in Flensburg und Schleswig, die schleswig-holsteinischen Fahnen; vor den mit Uebermacht andringenden und von der Seeseite her durch die Flotte kräftig unterstützten dänischen Truppen mußten die ungenügend organisirten Streitkräfte der vereinigten Provinzen überall zurückweichen. In dem blutigen Treffen bei Bau am 9. April, wo 15,000 Dänen den nur wenig über 7000 Mann starken schleswig-holsteinischen Truppen gegenüberstanden, wurden letztere nach rühmlicher Gegenwehr, wobei sich namentlich das Corps der Kieler Turner und Studenten auszeichnete, unter großen Verlusten geschlagen und fast völlig zersprengt, und ihr Rückzug an die Eider brachte fast ganz Schleswig in die Hände der Dänen. Aber ihres leicht errungenen Erfolges sollten diese nicht lange froh werden; denn in Eilmärschen rückten jetzt unter dem Oberbefehl Graf Wrangels und der Generäle v. Möllendorf und v. Bonin die preußischen und, geführt von dem hannöverschen General Hugh Halkett, die Truppen des IX. Bundescorps heran, während gleichzeitig ganze Scharen von Freiwilligen aus allen Theilen des deutschen Vaterlandes unter dem begeisterten Gesang des Schleswig-Holstein-Liedes nach den bedrohten Nordmarken strömten und sich in die gelichteten Glieder der schleswig-holsteinischen Freiheitskämpfer einreihen ließen.

Wrangel's Siegeszug. Den Kern der unter Wrangel's Oberbefehl stehenden Truppen bildeten die preußischen Garden, von denen nicht allein um der Sache des Bruderstammes willen, sondern auch im Hinblick auf den Verlauf des Berliner Straßenkampfes mit wahrer Begeisterung der Befehl zum Marsch nach Schleswig aufgenommen worden war. Schon in den ersten Tagen des April hatten das Kaiser Franz- und das Kaiser Alexander-Gardegrenadierregiment diesen Marsch angetreten; bald waren ihnen das Gardeschützenbataillon und andere Truppentheile der Garde nebst einigen Linienregimentern und der nöthigen Kavallerie und Artillerie gefolgt, und am 20. April war das gesammte für den Feldzug mobil gemachte preußische Corps in Stärke von 13,000 Mann mit 22 Geschützen an der Eider vereinigt. Das inzwischen ebenfalls eingetroffene IX. deutsche Bundescorps, etwa 9000 Mann mit 28 Geschützen, schloß sich ihm an, ebenso das durch Einberufung aller Reserven und den Eintritt zahlreicher Freiwilligen auf 7500 Mann mit 24 Kanonen angewachsene schleswig-holsteinische Corps, so daß Wrangel, als er am 21. April den Oberbefehl über die gesammte deutsche Streitmacht übernahm, über ein zuverlässiges Heer von 30,000 Mann

mit mehr als 60 Geschützen verfügte. Dieser Truppenzahl hatten die Dänen zunächst allerdings nur wenig mehr als 15,000 Mann mit 32 Geschützen gegenüber zu stellen, aber das dänische Heer hatte einen starken Rückhalt an der Flotte, die bei der geographischen Gestaltung des Kriegsschauplatzes in die Kämpfe des Landheeres fast überall kräftig mit eingreifen konnte, so daß dem gegenüber die numerische Ueberlegenheit der preußisch-deutschen Streitmacht wesentlich an Bedeutung verlor. In der Bewaffnung stand das dänische Heer ohnehin nicht hinter seinem Gegner zurück; gezogene Gewehre gab es, außer bei dem preußischen Gardeschützenbataillon, weder dort noch hier. Dagegen zogen die preußischen Truppen zum ersten Male in der neuen oder doch wesentlich veränderten Ausrüstung und Uniformirung ins Feld; die preußische „Pickelhaube" sollte in Schleswig-Holstein ihre erste Feuerprobe bestehen.



Friedrich Heinrich Ernst Graf v. Wrangel.

Noch am selben Tage, an welchem er den Oberbefehl übernahm, führte Wrangel sein Heer über die Eider; zwei Tage später kam es zum Kampfe. Am Ostersonntage, den 23. April, wurden die Dänen durch preußische und schleswig-holsteinische Truppen aus dem festen Danewerk vertrieben, und am 24. schlug General Halkett, dessen Hannoveraner mit rühmlicher Tapferkeit fochten, ihre Nachhut bei Oeversee. Während die Dänen sich nun schleunigst nach Sundewitt und Alsen unter den Schutz ihrer Flotte zurückzogen, besetzten die Sieger Schleswig und Flensburg und rückten dann weiter gegen Jütland vor. Ueberall wichen die Dänen zurück. Am 2. Mai überschritt Wrangel die jütische Grenze, und noch am selben Tage öffnete ihm die von den Dänen aufgegebene Festung Fridericia (die beinahe 200 Jahre früher, 1658, schon einmal in die Gewalt eines Wrangel gefallen war, der sie jedoch erstürmte) freiwillig die Thore.

Mit der erzwungenen Räumung Schleswigs durch die Dänen wäre der eigentliche Zweck des Krieges erreicht gewesen, wenn die Dänen die vollzogene Thatsache hätten anerkennen und die billigen Bedingungen der Sieger annehmen wollen. Aber im Vertrauen auf ihre Flotte und auf das Eingreifen mächtiger Freunde zeigten sie sich dazu wenig geneigt. Mehr, als sie verloren hatten, konnten sie nicht verlieren, und absichtlich zogen sie deshalb den Krieg in die Länge. Sie erklärten die norddeutschen Küsten, zu deren Schutz leider nicht ein einziges brauchbares Kriegsschiff vorhanden war, in Blokadezustand, kaperten eine größere Zahl deutscher Handelsschiffe und fügten dadurch dem Handelsverkehr Norddeutschlands schweren Schaden zu. Dies zu verhindern gab es, da man wegen Mangels einer Flotte dem Gegner nicht direkt zu Leibe gehen konnte und vereinzelte kleinere Waffenerfolge wenig ins Gewicht fielen, nur ein Mittel, und der energische preußische Oberbefehlshaber säumte nicht, von demselben Gebrauch zu machen. In einer geharnischten Erklärung

drohte Wrangel, ganz Jütland zu besetzen und es so lange als Pfand zu behalten, bis Dänemark sich dazu verstehen werde, das Recht der Herzogthümer anzuerkennen, und er fügte die Drohung hinzu, daß von jetzt ab für jedes weggenommene deutsche Schiff ein jütisches Dorf niedergebrannt werden solle. Um zu erkennen zu geben, wie ernst es ihm mit der Sache sei, rückte er weiter in Jütland vor und schrieb eine Kriegskontribution von 3 Millionen Thalern aus.

Ganz Deutschland jubelte diesem energischen Vorgehen Beifall zu; mit Zuversicht rechnete man auf das schleunige Nachgeben der Dänen. Inzwischen aber hatten Letztere mit Erfolg ihre guten Freunde und Nachbarn bearbeitet, und diese waren für sie thätig gewesen. England, dessen leitender Minister Lord Palmerston anfänglich einer Theilung Schleswigs das Wort geredet hatte, ließ sich durch den Hinweis auf die durch die preußische Besetzung Jütlands angeblich bedrohten Interessen Englands bald ganz in das Lager der Dänen hinüberziehen, und Rußland, dessen selbstbewußter und ehrgeiziger Soldatenkaiser Nikolaus Deutschland und besonders Preußen gegenüber den hohen Gönner zu spielen liebte und als starrer Anhänger des Despotismus die „revolutionäre Erhebung" der Herzogthümer ohnehin nicht mit freundlichen Augen betrachtete, nahm gleichfalls eine Preußen feindliche Haltung ein. Die auswärtigen Mächte sahen in dem Kampfe in Schleswig-Holstein mehr einen preußisch-dänischen, als einen deutsch-dänischen Krieg, dessen Erfolge daher auch in erster Linie Preußen zugute kommen müßten. Daß Preußen, für den Fall der vollständigen Losreißung der Herzogthümer von Dänemark, dieselben wenigstens in militärischer Hinsicht von sich abhängig machen werde, lag allerdings nahe. Der Zar fürchtete nun, durch eine so bedeutende Erstarkung der norddeutschen Großmacht, welche zudem soeben ihre Umwandlung in einen Verfassungsstaat vollzog, einen Theil seines bisherigen Uebergewichts zu verlieren; er hatte es ohnehin übel vermerkt, daß Preußen in den Krieg gegen Dänemark eingetreten war, ohne ihn, den gewaltigen Selbstherrscher aller Reußen, um Erlaubniß gebeten zu haben, und so vereinigte jetzt, dem energischen Vorgehen Wrangel's gegenüber, die russische Regierung ihren Widerspruch mit demjenigen Englands.

Räumung Jütlands. Eine von den Botschaftern der beiden Großmächte an Wrangel gerichtete Aufforderung, Jütland zu räumen, war natürlich erfolglos; mit Entrüstung wies der General ein solches Ansinnen von sich. Allein einige Tage später, Ende Mai, erhielt er den gleichen Befehl aus Berlin. Nun mußte er sich in das Unvermeidliche fügen und seine siegreichen Truppen aus Jütland zurückziehen, während ein Schrei des Schreckens und des Ingrimms durch die deutsche Presse ging und Hohn und Spott aus fremdländischen Journalen erscholl.

Den gemeinsamen Vorstellungen Englands und Rußlands hatte Friedrich Wilhelm IV. keinen Widerstand entgegenzusetzen gewagt; da Preußen gerade in diesen Tagen eine schwere innere Krisis durchmachte, wünschte er eine ernste Verwicklung mit zwei der mächtigsten Staaten Europa's um jeden Preis zu vermeiden. Die Berliner Demokratie stand auf der Höhe ihrer Macht; eine neue Revolution schien nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit zu liegen, und der König mochte sich durch einen Bruch mit Rußland nicht des einzigen Bundesgenossen berauben, den er im schlimmsten Falle — aber auch nur im schlimmsten Falle! — zum Schutze der Monarchie anrufen konnte, falls diese etwa ernstlich bedroht werden sollte. Gerade in den Kreisen der Radikalen wäre ein Krieg Preußens gegen Rußland keineswegs unpopulär gewesen, ein Grund mehr für Friedrich Wilhelm IV., diesen Krieg um jeden Preis zu vermeiden und in der schleswig-holsteinischen Frage lieber bis an die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit zu gehen, umsomehr als das unruhige Treiben in der Hauptstadt die Nähe und Verfügbarkeit größerer Truppenmassen ihm täglich wünschenswerther erscheinen ließ.

So war denn an Wrangel der Befehl ergangen, Jütland und die nördlichen Distrikte von Schleswig zu räumen, während gleichzeitig der General v. Below nach Malmö entsendet wurde, um dort unter schwedischer Vermittlung die in London abgebrochenen Verhandlungen über einen Waffenstillstand mit Dänemark wieder aufzunehmen.

Währenddessen säumten die Dänen nicht, sich den Rückzug Wrangel's zu Nutze zu machen; sie besetzten alsbald die von den Preußen geräumten Gebietstheile, drangen sogar in Schleswig wieder ein und belästigten und beunruhigten von ihrem Schlupfwinkel Alsen aus das Halkett'sche Corps, welches im Sundewitt Aufstellung genommen hatte. Es gelang ihnen sogar, durch das siegreiche Gefecht bei Nübel am 28. Mai dieses Corps zum Rückzuge zu nöthigen; doch wurde diese Niederlage der deutschen Waffen durch den mit preußischer Hülfe bei Düppel am 5. Juni errungenen Sieg wieder gut gemacht, und die Dänen wurden von Neuem auf Alsen zurückgeworfen. Etwas länger vermochten sich diese in den nach dem Abzuge Wrangel's besetzten nördlichen Grenzgebieten Schleswigs zu halten, da Wrangel, an seine Instruktion gebunden, hier nicht angreifend gegen sie vorgehen konnte, wodurch auch das noch unter seinem Oberbefehl stehende Halkett'sche Corps zur Unthätigkeit genöthigt war. Als nun aber die Dänen die deutschgesinnten Bewohner der von ihnen wiederbesetzten Gebiete ihre Theilnahme am Kampfe schwer entgelten ließen und sie auf alle Weise bedrängten, da beschlossen in edler Begeisterung die aus allen deutschen Gauen herbeigeeilten freiwilligen Kämpfer, den bedrohten Stammesbrüdern auf eigene Hand Hülfe zu bringen.

Von der Tann's Streifzug. An die Spitze dieser freiwilligen Scharen war der tapfere und ritterliche bayerische Oberstleutnant von der Tann getreten — derselbe, der später als Generalleutnant seine süddeutschen Landsleute so wacker gegen die Franzosen geführt hat. — Mit Fünfhundert der Seinigen, die dem geliebten Führer mit blindem Vertrauen folgten, eilte dieser nach Nordschleswig und griff bei Hoptrup die den Deutschen der Zahl nach fast zehnfach überlegenen Dänen mit solchem Ungestüm an, daß dieselben in wilder Verwirrung mit Zurücklassung zahlreicher Gefangener und mehrerer Geschütze über die Grenze flohen. Ganz Schleswig, mit Ausnahme der Insel Alsen, befand sich jetzt wieder in deutschen Händen; aber der Heldenkampf, der diesen Erfolg errungen hatte, sollte ein vergeblicher gewesen sein.

Die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Preußen und Dänemark, in Malmö an den weitgehenden Ansprüchen dieses letzteren Staates anfänglich gescheitert, waren nach kurzer Unterbrechung in der Nähe der jütischen Grenzstadt Kolding wieder aufgenommen worden und führten hier am 19. Juli zu dem vorläufigen Abkommen von Bellevue, in welchem, von England und Rußland fortwährend gedrängt, Preußen den dänischen Forderungen im Wesentlichen seine Zustimmung ertheilte und sich zum Abschluß eines dreimonatlichen Waffenstillstandes behufs ungestörter Weiterführung der Verhandlungen bereit erklärte. — Am Sitze der Deutschen Nationalversammlung und der provisorischen Reichsgewalt, in deren Namen Preußen den Krieg gegen Dänemark geführt und jetzt auch jenes Abkommen getroffen hatte, nahm man die Kunde von demselben mit Entrüstung auf, und dem Andringen des Parlamentes gegenüber konnte auch das Reichsministerium nicht umhin, zu erklären, daß nöthigenfalls ohne Preußens Mitwirkung nur mit Bundestruppen der Krieg weitergeführt werden müsse. Die Mobilisirung einer Anzahl süddeutscher Regimenter und die mit patriotischem Eifer betriebenen Sammlungen von freiwilligen Beiträgen zur Begründung einer deutschen Flotte schienen dieser Erklärung Nachdruck geben zu sollen, aber praktischen Erfolg hatte vorerst weder das Eine noch das Andere. Die Erkenntniß, daß es unmöglich sei, ohne Preußens Mitwirkung in den fernen Nordmarken dauernde Erfolge zu erringen, vielleicht auch der geheime Einfluß Oesterreichs, welches unter der Hand mit England und Rußland gemeinsame Sache machte, bestimmten den Reichsverweser, dem Abkommen von Bellevue seine wenigstens der Form nach nothwendige, in der Sache allerdings ganz gleichgiltige Zustimmung zu ertheilen, ohne daß die kriegerischen Rüstungen in Süddeutschland eingestellt wurden, welche der dort von Neuem hell aufflammende Patriotismus, namentlich der liberalen Parteien, gebieterisch forderte. Dänemark dagegen wollte der deutschen Centralgewalt ein Recht des Einspruches oder der Mitwirkung bei den alsbald in Malmö von Neuem aufgenommenen Verhandlungen überhaupt nicht zuerkennen, und

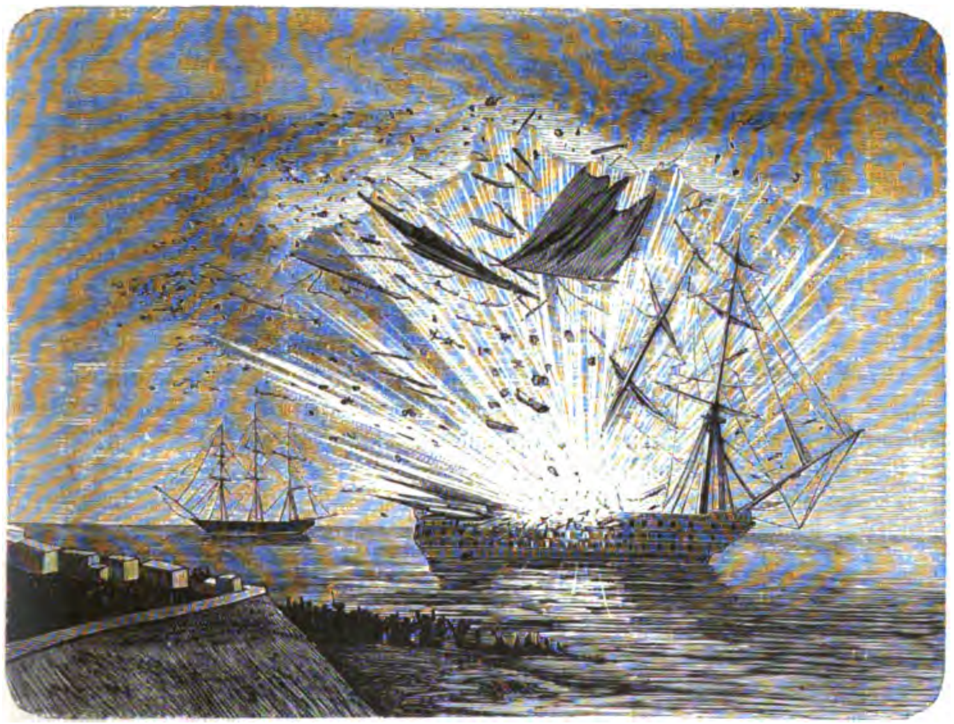
der zu denselben entsendete Vertreter des Reichsministeriums mußte, da Preußen seine Zulassung zu den Verhandlungen nicht durchzusetzen vermochte, unverrichteter Sache nach Frankfurt zurückkehren. Es lag im Interesse Dänemarks, den Krieg in Schleswig-Holstein als einen ausschließlich preußisch-dänischen zu behandeln. Denn Preußen, durch das beständige Drohen und Drängen Rußlands und Englands sozusagen mürbe gemacht und an kühnen Entschließungen durch seine schweren Verfassungskämpfe gehindert, war entschieden leichter zur Annahme selbst demüthigender Bedingungen zu bewegen, als das Reichsministerium, das sich dem Einfluß des in seiner Mehrheit von deutsch-nationalen Leidenschaften bewegten Parlamentes nicht ganz entziehen konnte. Daß die Reichsgewalt zu einem nachträglichen wirksamen Veto gegen einseitige Abmachungen zwischen Preußen und Dänemark vorerst nicht die Macht besaß, lag klar auf der Hand, und diesen Umstand beutete Dänemark durch die Ausschließung des Reichsvertreters von den weiteren Verhandlungen klug für sich aus.

Waffenstillstand von Malmö. Vollständig allein stehend, die eigene Kraft unterschätzend und vor dem Appell an die nationale Begeisterung des gesammten deutschen Volkes zurückschreckend, weil diese nationale Begeisterung in und mit der Revolution zu Tage getreten war, beugte sich Preußen dem Willen der Dänemark unterstützenden Großmächte, indem es am 26. August den Waffenstillstand zu Malmö unterzeichnete. Die Bedingungen desselben gingen zu Gunsten Dänemarks noch über die des Abkommens von Bellevue hinaus; schon die von drei auf sieben Monate verlängerte Dauer desselben — bis 1. April 1849 — war für Dänemark ein wesentlicher Gewinn, weil es bei einem etwaigen Wiederbeginn der Feindseligkeiten im Winter auf den Beistand seines besten Bundesgenossen, der Flotte, hätte verzichten müssen. Im Uebrigen entsprachen die Bedingungen in der Hauptsache dem Inhalt des bekannten „Offenen Briefes“. Alle Beschlüsse der provisorischen schleswig-holsteinischen Regierung zu Rendsburg wurden für ungiltig erklärt, die schleswig'schen Truppen von den holsteinischen getrennt und in Schleswig zurückgelassen, während letztere wieder ihrer Heimat zuzogen und zum größten Theile alsbald entlassen werden mußten. An Stelle der aufgelösten Nationalregierung wurde für beide Herzogthümer eine gemeinschaftliche Regierungsbehörde eingesetzt, deren Mitglieder zur Hälfte Preußen, zur Hälfte Dänemark ernannte; der Vorsitz in derselben wurde dem dänisch gesinnten Karl v. Moltke übertragen. Daß Dänemark nicht ohne Sträuben auch seinerseits auf die Besetzung Schleswigs mit dänischen Truppen verzichtet hatte, war unter solchen Umständen ein Zugeständniß von mindestens zweifelhaftem Werth; viel wichtiger war es, daß Preußen die Aufrechterhaltung der schleswig-holsteinischen Thronfolgeordnung durchzusetzen wußte und dadurch bei dem bevorstehenden Aussterben der männlichen Linie des dänischen Regentenhauses wenigstens die Möglichkeit offen hielt, dereinst unter günstigeren Verhältnissen eine anderweitige, Deutschlands und Preußens würdigere Lösung der schleswig-holsteinischen Frage herbeizuführen.

Welchen Eindruck die Kunde von dem Malmö'er Waffenstillstand in Berlin und Frankfurt hervorrief, wie er vom Deutschen Parlament anfänglich abgelehnt und Angesichts der Unmöglichkeit, das Geschehene ungeschehen zu machen, hinterher dennoch anerkannt wurde, wie diese nachträgliche Anerkennung zu einer republikanischen Schilderhebung am Sitze der Reichsgewalt den äußeren Anlaß gab, Alles das haben wir bereits ausführlich besprochen. Der Abschluß des definitiven Friedens, als dessen Grundlage die Bestimmungen des Waffenstillstandes zu gelten hatten, war weiteren Verhandlungen vorbehalten; man durfte also noch hoffen, für Deutschland und für Schleswig-Holstein günstigere Bedingungen zu erzielen, zumal die Zugeständnisse, welche Dänemark in Malmö erlangt hatte, zu der thatsächlichen Macht des kleinen Staates ganz außer Verhältniß standen. Aber die Dänen schienen das nicht zu empfinden. Im Vertrauen auf ihre mächtigen Beschützer glaubten sie bei der Unfertigkeit der politischen Zustände in Deutschland noch mehr begehren zu dürfen. Ehe noch die Friedensverhandlungen recht in Gang gekommen waren, kündigten sie, im Februar 49, den Waffenstillstand, um die Entscheidung noch einmal auf das Schwert zu stellen.

Des Zusammenhanges und der besseren Uebersichtlichkeit wegen lassen wir die inzwischen in ein entscheidendes Stadium getretene weitere politische Entwicklung in Deutschland vorerst beiseite liegen, um in Kürze den Verlauf auch des zweiten und dritten schleswig-holsteinischen Feldzuges und den nach dem unglücklichen Ausgange des letzteren erfolgten vorläufigen Abschluß der schleswig-holsteinischen Frage dem Leser vorzuführen.

Zweiter Feldzug. Die Dänen hatten während des Waffenstillstandes mit Eifer ihre Rüstungen betrieben und konnten am 1. April 1849 mit einer bedeutend verstärkten Armee auf dem Kriegsschauplatze erscheinen; aber auch die deutsche Centralgewalt, die diesmal die Oberleitung des von Reichswegen zu führenden Krieges übernahm, hatte sich alsbald nach der Kündigung des Waffenstillstandes durch Dänemark redlich bemüht, dem übermüthigen Feinde eine starke und kriegstüchtige Armee entgegenzustellen.



Auffliegen des „Christian VIII."

Das dem Oberbefehl des preußischen Generals v. Prittwitz unterstellte Bundesheer, in dem nun fast alle deutschen Länder, am stärksten Preußen, Sachsen und Bayern, vertreten waren, übertraf mit seinen 45,000 Mann das dänische um mehr als das Doppelte, doch ließ wieder die große Küstenausdehnung des Kriegsschauplatzes und die deshalb nöthige Aufstellung beträchtlicher Truppenmassen zur Bewachung des Strandes gegen die Unternehmungen der dänischen Flotte die numerische Ueberlegenheit des deutschen Bundesheeres wesentlich an Bedeutung verlieren. Die kleine schleswig-holsteinische Marine und die inzwischen allerdings in den ersten Anfängen ins Leben getretene, aber noch völlig ohnmächtige deutsche Seemacht konnten gegen die dänische nichts Ernstliches unternehmen.

Seesieg von Eckernförde. Erstürmung der Düppeler Schanzen. Dennoch wurde der Krieg vom Jahre 1849 mit einem glänzenden Seesiege eröffnet. Ungehindert durch die noch an der schleswig'schen Grenze stehenden Bundestruppen waren die Dänen am 2. April von Alsen aus in Schleswig eingedrungen und hatten hier die Düppeler Schanzen besetzt. Ein gleichzeitiger Angriff von der Seeseite aus auf Eckernförde sollte

die Operationen der Landmacht unterstützen. Am frühen Morgen des 5. April fuhren zwei dänische Schiffe, das Linienschiff „Christian VIII." mit 84 Kanonen und die Fregatte „Gefion" mit 46 Kanonen, in die Bucht von Eckernförde ein und begannen die dort aufgestellten schleswig-holsteinischen Strandbatterien mit zusammen zwölf Geschützen zu beschießen. In der Hitze des Kampfes wagten sich die beiden Schiffe zu nahe an den Strand, rannten sich fest und wurden nun von den Schleswig-Holsteinern und einer später eintreffenden nassauischen Batterie in ein so energisches und wirksames Kreuzfeuer genommen, daß der „Christian VIII." mit seiner Besatzung von 250 Mann in die Luft flog und die „Gefion" die Segel streichen und sich ergeben mußte. Mit Begeisterung und freudigem Stolz vernahm man in Deutschland die Kunde von diesem Siege, und mit gehobenem Muth und Siegeszuversicht gingen die Bundestruppen dem Feinde entgegen, verstärkt durch die schleswig-holsteinische Armee, die während des Winters von 1848 auf 1849 durch den preußischen General von Bonin neu geordnet und zu erhöhter Kriegstüchtigkeit gebracht worden war. Die Dänen, die es nicht wagten, dem mit überlegenen Kräften andringenden Gegner in offenem Felde Stand zu halten, zogen sich in die Schanzen von Düppel zurück. Aber auch hier war ihres Bleibens nicht. Am 13. April wurden die nach allen Regeln der Feldbefestigungskunst angelegten Schanzen erstürmt; der Sieg der Bundestruppen war ein so vollständiger, daß die Dänen nur mit genauer Noth unter dem Schutze des Kreuzfeuers aus der Festung Sonderburg und aus den Kanonenboten vom Meere her nach Alsen entkamen. Da gleichzeitig der linke Flügel des Reichsheeres die ihm gegenüber stehenden feindlichen Scharen erfolgreich zurückwarf, war wieder einmal ganz Schleswig in den Händen der Deutschen, und dem Einmarsch in Jütland stand nichts mehr im Wege. Jetzt erwachte aber von Neuem die Eifersucht Englands und Rußlands, denen sich diesmal auch Frankreich anschloß, und wiederum ward Einspruch gegen ein weiteres Vordringen des Siegers erhoben. Trotzdem wurde die jütische Grenze überschritten. Am 20. April nahm die schleswig-holsteinische Armee Kolding und am 23. April und 7. Mai erfocht sie gemeinschaftlich mit der Hauptarmee bei Kolding und Gudsöe zwei Siege.

Nach dem Falle des erstgenannten Platzes zogen sich die Dänen auf Fridericia zurück; die Schleswig-Holsteiner und ein Theil der Reichsarmee folgten ihnen und umlagerten die Festung, und mit dem andern Theil der Reichsarmee, vornehmlich aus Preußen bestehend, rückte General v. Prittwitz, ohne auf Widerstand zu stoßen, bis nach Aarhuus vor. Inzwischen hatte Preußen im Hinblick auf den Zerfall der deutschen Centralgewalt sich veranlaßt gesehen, die Oberleitung des Krieges in seine Hand zu nehmen, jedoch ohne zu einer energischen Fortführung desselben sich entschließen zu können. Der immer drohender werdenden Sprache Rußlands und Frankreichs gegenüber ertheilte die preußische Regierung dem General v. Prittwitz den Befehl, vorerst nicht weiter angreifend vorzugehen. Das ihm gegenüberstehende dänische Heer unter General Rye benutzte die dem preußischen Oberbefehlshaber auferlegte Unthätigkeit, um sich zur See über Fünen nach Fridericia zu begeben und sich mit der Besatzung dieser Festung zu einem vernichtenden Schlage gegen die schleswig-holsteinische Belagerungsarmee zu verbinden. In der Nacht zum 6. Juli gelangte dieser Plan zur Ausführung. Ein wohlvorbereiteter und von Rye kräftig unterstützter Ausfall aus Fridericia führte zu einer entscheidenden Niederlage der Belagerer und nöthigte sie unter schweren Verlusten — 3000 Mann und 28 Kanonen — zu schleunigem Rückzuge.

Ein muthiger Entschluß Preußens hätte Alles wieder gut machen können, aber es kam nicht zu einem solchen. Zum zweiten Male beugte sich Preußen unter den Willen der Großmächte, zum zweiten Male schloß es einen erniedrigenden Waffenstillstand mit einem Gegner, den es mit wenigen vernichtenden Schlägen hätte zu Boden werfen können.

Waffenstillstand und Frieden zwischen Dänemark und Preußen. Unter englischer und russischer Vermittlung kam dieser Waffenstillstand, dem bald ein noch schlimmerer Friede

folgen sollte, am 16. Juli zu Stande. Vergebens weigerten sich die schleswig-holsteinische Statthalterschaft und die Landesversammlung, die verhängnißvollen Abmachungen desselben anzuerkennen; vergebens sprach die inzwischen zu völliger Ohnmacht herabgesunkene deutsche Reichsgewalt ihr Wort, indem sie am 4. August die getroffene Uebereinkunft für ungiltig erklärte. Die Bestimmungen des Waffenstillstandes traten in Kraft. Schleswig wurde für die Dauer desselben von einer „Landesverwaltung" regiert, die aus einem Deutschen, einem Dänen und einem Engländer bestand, und erhielt in seiner nördlichen Hälfte schwedische, in seiner südlichen preußische Truppen zur Besatzung. Holstein blieb deutsches Bundesland und behielt bis auf Weiteres seine nationale Regierung. Die Dauer des Waffenstillstandes, dem auch die holsteinische Landesverwaltung wohl oder übel beizutreten sich genöthigt sah, war auf nahezu ein Jahr, bis zum Juni 1850, festgesetzt. Aber der Gedanke, daß sie bei dem in Aussicht stehenden Frieden sich selbst überlassen und dann von den Dänen einer noch schmählicheren Behandlung als vorher ausgesetzt werden würden, ließ die Schleswig-Holsteiner nicht ruhen und feuerte sie zu erneuten Anstrengungen an, um nöthigenfalls mit bewaffneter Hand der Ausführung unerträglicher Friedensbestimmungen sich zu widersetzen.

Dritter Feldzug. Das kleine schleswig-holsteinische Heer hatte sich schon in den Kämpfen von 1849 in Hinsicht auf seine Tüchtigkeit bei vielen Gelegenheiten dem dänischen ebenbürtig gezeigt; jetzt, während des Waffenstillstandes, wurde seine neue Ausrüstung und vollständige Ausbildung mit um so größerem Eifer betrieben, weil alle Wahrscheinlichkeit dafür sprach, daß bei einem abermaligen Ausbruch des Krieges die Herzogthümer auf sich allein angewiesen sein würden. Das schleswig-holsteinische Heer zählte 1850 bei Beginn der Feindseligkeiten 25,000 Mann mit 84 Geschützen. Einen empfindlichen Verlust erlitt diese vom besten Muthe beseelte Armee, als wenige Monate vor Eröffnung des Krieges der Schöpfer und Oberbefehlshaber derselben, General v. Bonin, und sämmtliche preußische Offiziere, mit Ausnahme derjenigen, die in schleswig-holsteinische Dienste übertreten wollten, von dem preußischen Kriegsministerium zurückberufen wurden. Manche Veränderungen in der Organisation, welche der neu ernannte Befehlshaber, General v. Willisen, kurz vor dem Kriege noch einführte, wirkten nicht günstig, und es begannen schon damals die Hoffnungen, welche sich an die Thätigkeit und die Person des neuen Oberbefehlshabers knüpften, sich zu verringern. Doch gelang es ihm, von der hingebendsten Opferwilligkeit der Bevölkerung unterstützt, das Heer allmählich bis auf nahezu 30,000 Mann zu verstärken, zu deren Einübung und Führung von nah und fern Offiziere in großer Zahl, unter ihnen auch mehrere preußische, freiwillig herbeieilten. — Das dänische Heer unter General v. Krogh bestand bei diesem dritten Waffengange aus 38,000 Mann mit 96 Kanonen.

Nachdem im Juni 1850 der Friede zwischen Preußen und Dänemark zu Berlin abgeschlossen war, räumten die preußischen Truppen Schleswig. Erfolglos protestirten die Schleswig-Holsteiner gegen Vergewaltigung durch den Stärkeren und Nichtachtung alter Gerechtsame. Die Dänen rückten von Norden in Schleswig ein, und nun überschritt auch das schleswig-holsteinische Heer unter General v. Willisen die schleswig'sche Grenze, um in einem letzten Verzweiflungskampfe den Versuch zu machen, aus eigener Kraft der dänischen Fremdherrschaft ein Stück deutsches Land zu entreißen, das in seinen Rechten und in seiner Selbständigkeit zu schützen Deutschland in seiner Uneinigkeit nicht die Macht und Preußen in seiner Selbstunterschätzung und übergroßen Bedenklichkeit nicht den Muth gehabt hatte.

Aber bald schwanden auch die letzten Hoffnungen, welche die Schleswig-Holsteiner an die Begabung des gelehrten Militärs, den sie sich zu ihrem Führer erkoren, geknüpft hatten. Die von Willisen geführte schleswig-holsteinische Armee erlitt am 25. Juli 1850 bei Idstedt unweit Schleswig eine schwere Niederlage und mußte bis hinter die Eider zurückweichen. Da erschien am 2. August das „Londoner Protokoll" und verkündete den Willen der Großmächte. England, Rußland, Frankreich, Schweden erklärten sich für den dänischen Einheitsstaat; Oesterreich hatte das Abkommen mit unterzeichnet, vorbehaltlich der Rechte

des Deutschen Bundes, den es eben damals zu neuem Scheinleben zu erwecken sich bemühte. Dieses Verfügen über ein deutsches Land, ohne auf die Wünsche der Bevölkerung irgendwie Rücksicht zu nehmen, brachte die Männer der deutschen Nordmarken zur Verzweiflung. Sie waren entschlossen, lieber den Kampf bis zum Aeußersten fortzusetzen, als sich der dänischen Willkür zu unterwerfen.

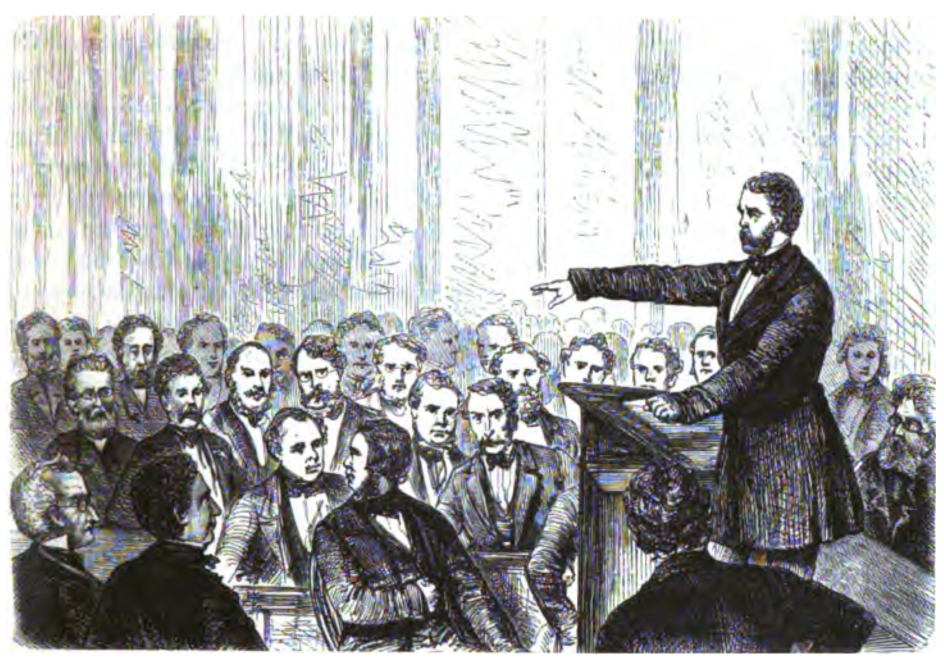
Doch auch Willisen's Nachfolger, der General v. Horst, vermochte trotz der Tapferkeit der Schleswig-Holsteiner bei Friedrichstadt und Missunde die verlorene Position in Schleswig nicht zurückzuerobern.

Inzwischen hatte Oesterreich über seine Widersacher in Italien und Ungarn triumphirt, und es gelüstete ihm danach, das verlorene Ansehen „im Reiche" wieder zu gewinnen. Zunächst benutzte es die wiedererlangte Macht dazu, in Deutschland das erste Wort zu führen und dem kleinen Bundesgliede im Norden Deutschlands Frieden zu gebieten. Als dieses jedoch das Recht, über sich und seine Zukunft selbst zu verfügen, sich nicht verkümmern lassen wollte, blieb es nicht bei Einschüchterungsversuchen. Zum Unglück zeigte sich Preußen in der folgewichtigen Konferenz zu Olmütz nachgiebig bis zur Schwäche. Der österreichische Minister Fürst Schwarzenberg brachte den preußischen Kollegen v. Manteuffel dahin, einer Entwaffnung der Herzogthümer zuzustimmen. Demzufolge erschienen österreichische Truppen an den Gestaden der Ostsee, besetzten das deutsche Bundesland Holstein und machten durch ihr Einschreiten dem allerdings aussichtslosen Kampfe ein Ende.

Die schleswig-holsteinische Armee wurde aufgelöst; viele ihrer Offiziere trugen ihr deutsches Herz über den Ozean und nahmen Dienste in Brasilien oder bei der nordamerikanischen Union. Die mit Dänemark nun einen Gesammtstaat bildenden Herzogthümer mußten es über sich ergehen lassen, mit gebundenen Händen den Dänen überliefert zu werden. Das Londoner Protokoll wurde jetzt von allen Großmächten unterzeichnet, und, um alle Erbstreitigkeiten zu beseitigen, Prinz Christian von Sonderburg-Glücksburg und seine männlichen Nachkommen als dereinstige Thronfolger für die Regierung der dänischen Gesammtmonarchie anerkannt.

Dänemark frohlockte über die Schwäche des Deutschen Bundes, die ihm gestattete, allen gegebenen Versprechungen und den abgeschlossenen Verträgen zum Hohn in Schleswig-Holstein die alte Willkürherrschaft fortzusetzen. Aber der Tag der Vergeltung sollte kommen! Preußen hatte diesmal dem Andringen Oesterreichs nachgegeben; als es jedoch unter günstigeren Verhältnissen die schleswig-holsteinische Frage zum dritten Male in die Hand nahm und Oesterreich geschickt in seine nordische Politik zu verflechten wußte, da mußten, wie wir bald sehen werden, die österreichischen Bajonnete ihm helfen, dem neu zu gründenden Norddeutschen Bunde die Herzogthümer zu erobern.





Im preußischen Landtage. Nach H. Lüders.

Drittes Buch.

Ablehnung der Kaiserkrone und Fall der Reichsverfassung.

Die Reichsverfassung, welche das Deutsche Parlament in Frankfurt im Januar 1849 festgestellt hatte, ließ die Oberhauptsfrage vorläufig formell noch unentschieden, wenngleich durch die einzelnen Bestimmungen derselben klar und deutlich ausgesprochen war, daß das neu zu gründende Reich ein deutsches Reich sein und an seine Spitze ein deutscher Fürst treten sollte, der unter den obwaltenden Verhätnissen natürlich kein anderer als der König von Preußen sein konnte. Daß im Frankfurter Parlament eine Mehrheit für eine solche Verfassung zu Stande gekommen war, dazu hatte das Vorgehen Friedrich Wilhelm's IV. in der preußischen Verfassungsfrage nicht zum Wenigsten beigetragen. Das nach langem Schwanken und Zögern erfolgte energische Eingreifen des Königs zur Wiederherstellung der Ordnung in der preußischen Hauptstadt, die Ernennung eines konservativen Ministeriums und die Auflösung der von der radikalen Mehrheit beherrschten Nationalversammlung hatte manche der konservativen Partei nahestehende Parlamentsmitglieder Preußen geneigter gemacht. Andererseits waren aber durch die freiwillige Verleihung einer ziemlich freisinnigen, ja zum Theil demokratisch angehauchten Verfassung zahlreiche Mitglieder der radikaleren Parteirichtungen mit der preußischen Regierung ausgesöhnt und der preußenfreundlichen Mittelpartei zugeführt worden. Diese, ohnehin schon ziemlich stark, wuchs dadurch zu einer wenigstens in der Hauptfrage einigen Mehrheit an. Schon im Dezember 1848 hatte sich diese Verschiebung der Parteien im Frankfurter Parlament vollzogen und durch einen bedeutsamen Ministerwechsel auch äußerlich ihren Ausdruck gefunden, indem an Stelle Schmerling's, des Führers der österreichisch-großdeutschen Partei, der Führer der preußisch-kleindeutschen Partei und bisherige Präsident der Nationalversammlung, Heinrich v. Gagern, den Vorsitz im Reichsministerium

übernahm, während er im Präsidium der Nationalversammlung durch einen treuen Gesinnungsgenossen, Professor Simson, ersetzt wurde. Oesterreich, durch seine inneren Wirren und einen gleichzeitigen Thronwechsel — am 2. Dezember 1848 hatte der regierungsmüde Kaiser Ferdinand I. zu Gunsten seines Neffen, des 18jährigen Franz Joseph, die Krone niedergelegt — an energischem Eingreifen in die deutschen Angelegenheiten verhindert, hatte diesen Umschwung im Frankfurter Parlament nicht abzuwenden vermocht. Als es jetzt, durch die inzwischen im Innern errungenen Erfolge der Regierungsgewalt ermuthigt, gegen die ihm natürlich höchst unliebsame Verfassung Einspruch erhob, war es zu spät. Zwar stellten sich, während Preußen mit seiner Meinungsäußerung zurückhielt, Bayern, Württemberg, Sachsen und Hannover entschieden auf die Seite der österreichischen Regierung, aber das schroffe Vorgehen derselben, die Berufung eines allgemeinen österreichischen Reichstages nach Kremsier, die Oktroyirung einer Verfassung für die österreichische Gesammtmonarchie und die Erklärung derselben als festen Einheitsstaat veranlaßte eine Anzahl von Abgeordneten des Parlaments, welche bisher der großdeutschen Partei angehört hatten, unter Welcker's Führung zu der kleindeutschen Partei überzutreten, weil sie ihren deutschen Patriotismus ihrer großdeutschen Lieblingsidee nicht zum Opfer bringen wollten. Die Aussichten der kleindeutschen Partei waren dadurch von Neuem wesentlich gestiegen. Mit Ausnahme Oesterreichs und der vier Königreiche hatten sich bis Ende Februar die Regierungen sämmtlicher deutschen Bundesstaaten, wenn auch mit einigen Vorbehalten, für den Verfassungsentwurf vom Januar erklärt. Preußen hatte zwar eine solche Erklärung noch nicht abgegeben, wohl aber war es bereit, vorbehaltlich der Rechte des österreichischen Kaiserstaates, die Leitung eines engeren deutschen Bundes zu übernehmen, und man durfte der kleindeutschen Partei des Frankfurter Parlaments keine allzu große Hoffnungsseligkeit vorwerfen, wenn sie diese Erklärung in ihrem Sinne deutete und sich der endlichen Zustimmung Preußens zu dem Grundgedanken des Verfassungsentwurfes, einem deutschen Einheitsstaate ohne Oesterreich, versichert hielt. Und doch war das ein Irrthum. Der Gedanke, daß Oesterreich gegen seinen Willen aus dem neu zu errichtenden Bundesstaate ausgeschlossen oder daß die widerstrebenden Mittelstaaten zum Eintritt in denselben, zur theilweisen Abtretung ihrer Souveränitätsrechte an ein von ihnen nicht freiwillig anerkanntes Oberhaupt gezwungen werden könnten, lag Friedrich Wilhelm IV. durchaus fern. Indem er sich zur Leitung eines engeren deutschen Bundes bereit erklärte, gedachte er dadurch nur die an sich machtlosen kleineren Staaten zu einem größeren Ganzen zusammenzufassen, um etwaigen zu weit gehenden Ansprüchen Oesterreichs mit mehr Nachdruck entgegentreten zu können, und selbst dabei setzte er die freiwillige Zustimmung nicht des Volkes und seiner Vertreter, sondern der betreffenden Fürsten als nothwendige Vorbedingung voraus. Die Zugeständnisse, welche Friedrich Wilhelm IV. halb freiwillig, halb gezwungen der Revolution gemacht hatte, hatten seine tiefgewurzelte Ueberzeugung von dem Gottesgnadenthum des fürstlichen Berufes in nichts zu erschüttern vermocht. Die Führerschaft oder gar die Krone, zu deren Annahme Friedrich Wilhelm IV. sich hätte bewegen lassen, konnte kein Parlament, keine Volksvertretung, keine Nationalversammlung ihm bieten; nur gefürstete Häupter, nur Seinesgleichen konnten sie ihm antragen, nur aus deren Händen durfte er sie, wenn das Wohl des Vaterlandes es gebot, nach seiner Ueberzeugung entgegennehmen. In vertrauten Briefen aus jener Zeit sprach Friedrich Wilhelm IV. diese seine Ueberzeugung rückhaltlos aus, und selbst in persönlichen Unterredungen mit ihm näher stehenden Männern, auch mit Mitgliedern des Parlaments, ließ er dieselbe deutlich genug durchblicken. Aber in der Frankfurter Nationalversammlung glaubte man solchen gelegentlichen Aeußerungen kein entscheidendes Gewicht beilegen zu sollen; man hoffte bis zum letzten Augenblick auf die Umstimmung Friedrich Wilhelm's IV., wenn ein endgiltiger Beschluß der Vertretung des deutschen Volkes vorliegen werde, einen deutschen Einheitsstaat ohne Oesterreich zu schaffen und die ausübende Gewalt in demselben in die Hände

des Königs von Preußen niederzulegen. In diesem Sinne stellte Welcker am 12. März in der Frankfurter Nationalversammlung folgenden Antrag: „Die gesammte deutsche Reichsverfassung, wie sie jetzt — nach den Beschlüssen im Januar und den inzwischen festgestellten Ergänzungsanträgen der Verfassungskommission — vorliegt, wird durch einen einzigen Gesammtbeschluß der Nationalversammlung endgiltig angenommen. Die in der Verfassung festgestellte erbliche Kaiserwürde wird dem Könige von Preußen übertragen. Die sämmtlichen deutschen Fürsten werden eingeladen, großherzig und patriotisch mit diesem Beschluß übereinzustimmen und seine Verwirklichung nach Kräften zu fördern. Es wird eine große Deputation der Nationalversammlung abgesendet, um Sr. Majestät dem Könige von Preußen die Wahl zum deutschen Erbkaiser anzuzeigen. Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich, als Fürst der deutsch-österreichischen Lande, und die Brüderstämme in diesem Lande sind zum Eintritt in den deutschen Kaiserstaat und seine Verfassung jetzt und zu aller Zeit eingeladen." Die rückhaltlose Annahme dieses Antrages durch eine entschiedene Mehrheit der Nationalversammlung hätte ohne Zweifel ein schweres Gewicht in die Wagschale geworfen und den Bestrebungen der kleindeutschen Partei einen starken moralischen Rückhalt gegeben, aber es gelang eben nicht, ihn durchzusetzen. Die Verfassung, für welche im Januar eine Mehrheit sich gefunden hatte, ließ die Frage der Erblichkeit der Würde des zu wählenden deutschen Oberhauptes zunächst noch unentschieden und räumte diesem der Volksvertretung gegenüber nur ein suspensives Veto ein. Daß solche Beschränkungen die Annahme der Kaiserwürde für den König von Preußen von vornherein unmöglich machten, lag für Jeden, der sehen wollte, jetzt klar auf der Hand. Mit Fug und Recht hatte deshalb die Verfassungskommission des Parlaments in ihren Ergänzungsanträgen vom 2. März die Erblichkeit und das absolute Veto von Neuem gefordert. Beides zu bewilligen, konnten sich aber diejenigen Parlamentsmitglieder der radikalen Parteirichtungen, welche für die Verfassung vom Januar gestimmt hatten, nicht entschließen, und so brachten sie durch ihr Zurücktreten den Welcker'schen Antrag zum Fall. Schweren Herzens mußten sich deshalb die Führer der Mittelpartei zu einem Kompromiß entschließen: gegen das Zugeständniß der Erblichkeit ließen sie die Forderung des absoluten Vetos fallen, verpflichteten sich, die so in demokratischem Sinne veränderte Verfassung auch dem König von Preußen gegenüber, falls dieser zum Kaiser gewählt werde, unbedingt aufrecht zu erhalten, und brachten dadurch von Neuem eine wenn auch schwache Mehrheit auf ihre Seite. Bei den neuen Abstimmungen ward nun mit geringer Majorität die Uebertragung der Würde des deutschen Oberhauptes an einen regierenden deutschen Fürsten und die Erblichkeit der Würde durchgebracht, so daß man, nachdem auch der Kaisertitel mit einer Majorität von 24 Stimmen angenommen worden war, am 28. März zur Kaiserwahl schreiten konnte. Nahezu vollzählig waren die Mitglieder des Parlaments zu dem feierlichen Akte erschienen; gespannt harrte eine dichtgedrängte Menge auf den Tribünen des Sitzungssaales und vor den Eingängen desselben des Ausfalls der Wahl. Er entsprach der allgemeinen Erwartung; 290 Abgeordnete stimmten für den König von Preußen, 248 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung. Mit einer Mehrheit von 42 Stimmen war Friedrich Wilhelm IV. zum Deutschen Kaiser erwählt, und Kanonendonner und Glockengeläut verkündeten alsbald das Ereigniß, das alle patriotischen deutschen Herzen mit freudigen Hoffnungen begrüßten. Aller Streit und Hader schien beendet; das große Werk der Einigung Deutschlands schien gelungen, schien von Erfolg gekrönt.

Die Minorität von 248 Abgeordneten, welche sich bei der Kaiserwahl der Abstimmung enthalten hatten, bestand etwa zur Hälfte aus Oesterreichern, die trotz ihrer deutschen Sympathien als treue Unterthanen ihres angestammten Herrscherhauses natürlich nicht anders handeln konnten, als sie gethan. Ihnen hatten sich die Mehrzahl der bayerischen und sächsischen Abgeordneten, auch viele Württemberger angeschlossen; den Rest bildeten vornehmlich Ultramontane und extreme Radikale aller deutschen Bundesländer, Preußen

drohte Wrangel, ganz Jütland zu besetzen und es so lange als Pfand zu behalten, bis Dänemark sich dazu verstehen werde, das Recht der Herzogthümer anzuerkennen, und er fügte die Drohung hinzu, daß von jetzt ab für jedes weggenommene deutsche Schiff ein jütisches Dorf niedergebrannt werden solle. Um zu erkennen zu geben, wie ernst es ihm mit der Sache sei, rückte er weiter in Jütland vor und schrieb eine Kriegskontribution von 3 Millionen Thalern aus.

Ganz Deutschland jubelte diesem energischen Vorgehen Beifall zu; mit Zuversicht rechnete man auf das schleunige Nachgeben der Dänen. Inzwischen aber hatten Letztere mit Erfolg ihre guten Freunde und Nachbarn bearbeitet, und diese waren für sie thätig gewesen. England, dessen leitender Minister Lord Palmerston anfänglich einer Theilung Schleswigs das Wort geredet hatte, ließ sich durch den Hinweis auf die durch die preußische Besetzung Jütlands angeblich bedrohten Interessen Englands bald ganz in das Lager der Dänen hinüberziehen, und Rußland, dessen selbstbewußter und ehrgeiziger Soldatenkaiser Nikolaus Deutschland und besonders Preußen gegenüber den hohen Gönner zu spielen liebte und als starrer Anhänger des Despotismus die „revolutionäre Erhebung" der Herzogthümer ohnehin nicht mit freundlichen Augen betrachtete, nahm gleichfalls eine Preußen feindliche Haltung ein. Die auswärtigen Mächte sahen in dem Kampfe in Schleswig-Holstein mehr einen preußisch-dänischen, als einen deutsch-dänischen Krieg, dessen Erfolge daher auch in erster Linie Preußen zugute kommen müßten. Daß Preußen, für den Fall der vollständigen Losreißung der Herzogthümer von Dänemark, dieselben wenigstens in militärischer Hinsicht von sich abhängig machen werde, lag allerdings nahe. Der Zar fürchtete nun, durch eine so bedeutende Erstarkung der norddeutschen Großmacht, welche zudem soeben ihre Umwandlung in einen Verfassungsstaat vollzog, einen Theil seines bisherigen Uebergewichts zu verlieren; er hatte es ohnehin übel vermerkt, daß Preußen in den Krieg gegen Dänemark eingetreten war, ohne ihn, den gewaltigen Selbstherrscher aller Reußen, um Erlaubniß gebeten zu haben, und so vereinigte jetzt, dem energischen Vorgehen Wrangel's gegenüber, die russische Regierung ihren Widerspruch mit demjenigen Englands.

Räumung Jütlands. Eine von den Botschaftern der beiden Großmächte an Wrangel gerichtete Aufforderung, Jütland zu räumen, war natürlich erfolglos; mit Entrüstung wies der General ein solches Ansinnen von sich. Allein einige Tage später, Ende Mai, erhielt er den gleichen Befehl aus Berlin. Nun mußte er sich in das Unvermeidliche fügen und seine siegreichen Truppen aus Jütland zurückziehen, während ein Schrei des Schreckens und des Ingrimms durch die deutsche Presse ging und Hohn und Spott aus fremdländischen Journalen erscholl.

Den gemeinsamen Vorstellungen Englands und Rußlands hatte Friedrich Wilhelm IV. keinen Widerstand entgegenzusetzen gewagt; da Preußen gerade in diesen Tagen eine schwere innere Krisis durchmachte, wünschte er eine ernste Verwicklung mit zwei der mächtigsten Staaten Europa's um jeden Preis zu vermeiden. Die Berliner Demokratie stand auf der Höhe ihrer Macht; eine neue Revolution schien nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit zu liegen, und der König mochte sich durch einen Bruch mit Rußland nicht des einzigen Bundesgenossen berauben, den er im schlimmsten Falle — aber auch nur im schlimmsten Falle! — zum Schutze der Monarchie anrufen konnte, falls diese etwa ernstlich bedroht werden sollte. Gerade in den Kreisen der Radikalen wäre ein Krieg Preußens gegen Rußland keineswegs unpopulär gewesen, ein Grund mehr für Friedrich Wilhelm IV., diesen Krieg um jeden Preis zu vermeiden und in der schleswig-holsteinischen Frage lieber bis an die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit zu gehen, umsomehr als das unruhige Treiben in der Hauptstadt die Nähe und Verfügbarkeit größerer Truppenmassen ihm täglich wünschenswerther erscheinen ließ.

So war denn an Wrangel der Befehl ergangen, Jütland und die nördlichen Distrikte von Schleswig zu räumen, während gleichzeitig der General v. Below nach Malmö entsendet wurde, um dort unter schwedischer Vermittlung die in London abgebrochenen Verhandlungen über einen Waffenstillstand mit Dänemark wieder aufzunehmen.

Währenddessen säumten die Dänen nicht, sich den Rückzug Wrangel's zu Nutze zu machen; sie besetzten alsbald die von den Preußen geräumten Gebietstheile, drangen sogar in Schleswig wieder ein und belästigten und beunruhigten von ihrem Schlupfwinkel Alsen aus das Halkett'sche Corps, welches im Sundewitt Aufstellung genommen hatte. Es gelang ihnen sogar, durch das siegreiche Gefecht bei Nübel am 28. Mai dieses Corps zum Rückzuge zu nöthigen; doch wurde diese Niederlage der deutschen Waffen durch den mit preußischer Hülfe bei Düppel am 5. Juni errungenen Sieg wieder gut gemacht, und die Dänen wurden von Neuem auf Alsen zurückgeworfen. Etwas länger vermochten sich diese in den nach dem Abzuge Wrangel's besetzten nördlichen Grenzgebieten Schleswigs zu halten, da Wrangel, an seine Instruktion gebunden, hier nicht angreifend gegen sie vorgehen konnte, wodurch auch das noch unter seinem Oberbefehl stehende Halkett'sche Corps zur Unthätigkeit genöthigt war. Als nun aber die Dänen die deutschgesinnten Bewohner der von ihnen wiederbesetzten Gebiete ihre Theilnahme am Kampfe schwer entgelten ließen und sie auf alle Weise bedrängten, da beschlossen in edler Begeisterung die aus allen deutschen Gauen herbeigeeilten freiwilligen Kämpfer, den bedrohten Stammesbrüdern auf eigene Hand Hülfe zu bringen.

Von der Tann's Streifzug. An die Spitze dieser freiwilligen Scharen war der tapfere und ritterliche bayerische Oberstleutnant von der Tann getreten — derselbe, der später als Generalleutnant seine süddeutschen Landsleute so wacker gegen die Franzosen geführt hat. — Mit Fünfhundert der Seinigen, die dem geliebten Führer mit blindem Vertrauen folgten, eilte dieser nach Nordschleswig und griff bei Hoptrup die den Deutschen der Zahl nach fast zehnfach überlegenen Dänen mit solchem Ungestüm an, daß dieselben in wilder Verwirrung mit Zurücklassung zahlreicher Gefangener und mehrerer Geschütze über die Grenze flohen. Ganz Schleswig, mit Ausnahme der Insel Alsen, befand sich jetzt wieder in deutschen Händen; aber der Heldenkampf, der diesen Erfolg errungen hatte, sollte ein vergeblicher gewesen sein.

Die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Preußen und Dänemark, in Malmö an den weitgehenden Ansprüchen dieses letzteren Staates anfänglich gescheitert, waren nach kurzer Unterbrechung in der Nähe der jütischen Grenzstadt Kolding wieder aufgenommen worden und führten hier am 19. Juli zu dem vorläufigen Abkommen von Bellevue, in welchem, von England und Rußland fortwährend gedrängt, Preußen den dänischen Forderungen im Wesentlichen seine Zustimmung ertheilte und sich zum Abschluß eines dreimonatlichen Waffenstillstandes behufs ungestörter Weiterführung der Verhandlungen bereit erklärte. — Am Sitze der Deutschen Nationalversammlung und der provisorischen Reichsgewalt, in deren Namen Preußen den Krieg gegen Dänemark geführt und jetzt auch jenes Abkommen getroffen hatte, nahm man die Kunde von demselben mit Entrüstung auf, und dem Andringen des Parlamentes gegenüber konnte auch das Reichsministerium nicht umhin, zu erklären, daß nöthigenfalls ohne Preußens Mitwirkung nur mit Bundestruppen der Krieg weitergeführt werden müsse. Die Mobilisirung einer Anzahl süddeutscher Regimenter und die mit patriotischem Eifer betriebenen Sammlungen von freiwilligen Beiträgen zur Begründung einer deutschen Flotte schienen dieser Erklärung Nachdruck geben zu sollen, aber praktischen Erfolg hatte vorerst weder das Eine noch das Andere. Die Erkenntniß, daß es unmöglich sei, ohne Preußens Mitwirkung in den fernen Nordmarken dauernde Erfolge zu erringen, vielleicht auch der geheime Einfluß Oesterreichs, welches unter der Hand mit England und Rußland gemeinsame Sache machte, bestimmten den Reichsverweser, dem Abkommen von Bellevue seine wenigstens der Form nach nothwendige, in der Sache allerdings ganz gleichgiltige Zustimmung zu ertheilen, ohne daß die kriegerischen Rüstungen in Süddeutschland eingestellt wurden, welche der dort von Neuem hell aufflammende Patriotismus, namentlich der liberalen Parteien, gebieterisch forderte. Dänemark dagegen wollte der deutschen Centralgewalt ein Recht des Einspruches oder der Mitwirkung bei den alsbald in Malmö von Neuem aufgenommenen Verhandlungen überhaupt nicht zuerkennen, und

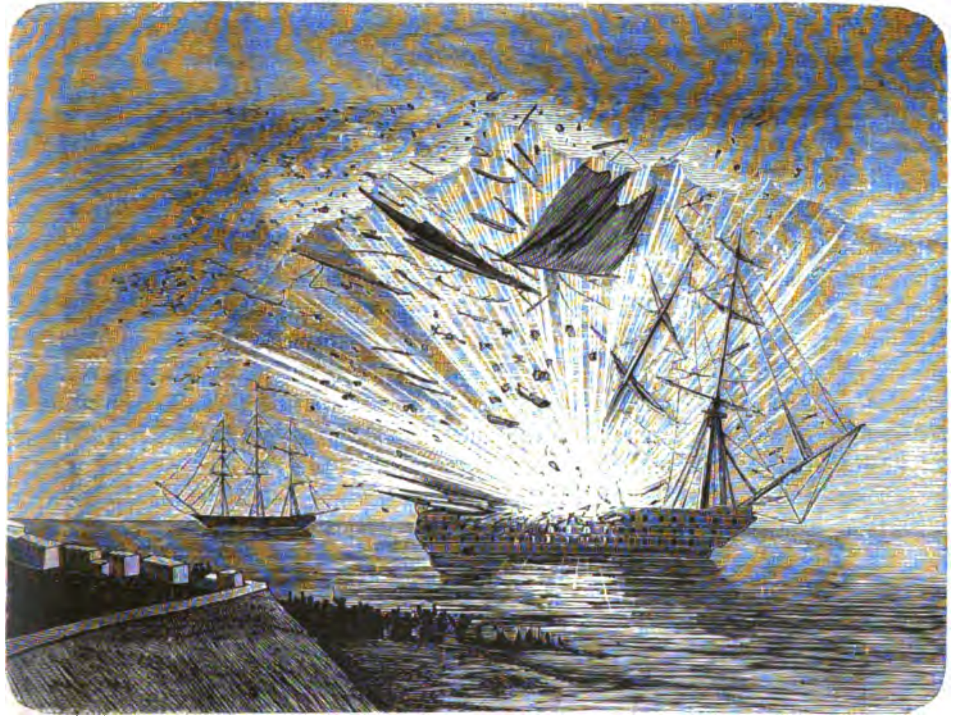
der zu denselben entsendete Vertreter des Reichsministeriums mußte, da Preußen seine Zulassung zu den Verhandlungen nicht durchzusetzen vermochte, unverrichteter Sache nach Frankfurt zurückkehren. Es lag im Interesse Dänemarks, den Krieg in Schleswig-Holstein als einen ausschließlich preußisch-dänischen zu behandeln. Denn Preußen, durch das beständige Drohen und Drängen Rußlands und Englands sozusagen mürbe gemacht und an kühnen Entschließungen durch seine schweren Verfassungskämpfe gehindert, war entschieden leichter zur Annahme selbst demüthigender Bedingungen zu bewegen, als das Reichsministerium, das sich dem Einfluß des in seiner Mehrheit von deutsch-nationalen Leidenschaften bewegten Parlamentes nicht ganz entziehen konnte. Daß die Reichsgewalt zu einem nachträglichen wirksamen Veto gegen einseitige Abmachungen zwischen Preußen und Dänemark vorerst nicht die Macht besaß, lag klar auf der Hand, und diesen Umstand beutete Dänemark durch die Ausschließung des Reichsvertreters von den weiteren Verhandlungen klug für sich aus.

Waffenstillstand von Malmö. Vollständig allein stehend, die eigene Kraft unterschätzend und vor dem Appell an die nationale Begeisterung des gesammten deutschen Volkes zurückschreckend, weil diese nationale Begeisterung in und mit der Revolution zu Tage getreten war, beugte sich Preußen dem Willen der Dänemark unterstützenden Großmächte, indem es am 26. August den Waffenstillstand zu Malmö unterzeichnete. Die Bedingungen desselben gingen zu Gunsten Dänemarks noch über die des Abkommens von Bellevue hinaus; schon die von drei auf sieben Monate verlängerte Dauer desselben — bis 1. April 1849 — war für Dänemark ein wesentlicher Gewinn, weil es bei einem etwaigen Wiederbeginn der Feindseligkeiten im Winter auf den Beistand seines besten Bundesgenossen, der Flotte, hätte verzichten müssen. Im Uebrigen entsprachen die Bedingungen in der Hauptsache dem Inhalt des bekannten „Offenen Briefes“. Alle Beschlüsse der provisorischen schleswig-holsteinischen Regierung zu Rendsburg wurden für ungiltig erklärt, die schleswig'schen Truppen von den holsteinischen getrennt und in Schleswig zurückgelassen, während letztere wieder ihrer Heimat zuzogen und zum größten Theile alsbald entlassen werden mußten. An Stelle der aufgelösten Nationalregierung wurde für beide Herzogthümer eine gemeinschaftliche Regierungsbehörde eingesetzt, deren Mitglieder zur Hälfte Preußen, zur Hälfte Dänemark ernannte; der Vorsitz in derselben wurde dem dänisch gesinnten Karl v. Moltke übertragen. Daß Dänemark nicht ohne Sträuben auch seinerseits auf die Besetzung Schleswigs mit dänischen Truppen verzichtet hatte, war unter solchen Umständen ein Zugeständniß von mindestens zweifelhaftem Werth; viel wichtiger war es, daß Preußen die Aufrechterhaltung der schleswig-holsteinischen Thronfolgeordnung durchzusetzen wußte und dadurch bei dem bevorstehenden Aussterben der männlichen Linie des dänischen Regentenhauses wenigstens die Möglichkeit offen hielt, dereinst unter günstigeren Verhältnissen eine anderweitige, Deutschlands und Preußens würdigere Lösung der schleswig-holsteinischen Frage herbeizuführen.

Welchen Eindruck die Kunde von dem Malmö'er Waffenstillstand in Berlin und Frankfurt hervorrief, wie er vom Deutschen Parlament anfänglich abgelehnt und Angesichts der Unmöglichkeit, das Geschehene ungeschehen zu machen, hinterher dennoch anerkannt wurde, wie diese nachträgliche Anerkennung zu einer republikanischen Schilderhebung am Sitze der Reichsgewalt den äußeren Anlaß gab, Alles das haben wir bereits ausführlich besprochen. Der Abschluß des definitiven Friedens, als dessen Grundlage die Bestimmungen des Waffenstillstandes zu gelten hatten, war weiteren Verhandlungen vorbehalten; man durfte also noch hoffen, für Deutschland und für Schleswig-Holstein günstigere Bedingungen zu erzielen, zumal die Zugeständnisse, welche Dänemark in Malmö erlangt hatte, zu der thatsächlichen Macht des kleinen Staates ganz außer Verhältniß standen. Aber die Dänen schienen das nicht zu empfinden. Im Vertrauen auf ihre mächtigen Beschützer glaubten sie bei der Unfertigkeit der politischen Zustände in Deutschland noch mehr begehren zu dürfen. Ehe noch die Friedensverhandlungen recht in Gang gekommen waren, kündigten sie, im Februar 1849, den Waffenstillstand, um die Entscheidung noch einmal auf das Schwert zu stellen.

Des Zusammenhanges und der besseren Uebersichtlichkeit wegen lassen wir die inzwischen in ein entscheidendes Stadium getretene weitere politische Entwicklung in Deutschland vorerst beiseite liegen, um in Kürze den Verlauf auch des zweiten und dritten schleswig-holsteinischen Feldzuges und den nach dem unglücklichen Ausgange des letzteren erfolgten vorläufigen Abschluß der schleswig-holsteinischen Frage dem Leser vorzuführen.

Zweiter Feldzug. Die Dänen hatten während des Waffenstillstandes mit Eifer ihre Rüstungen betrieben und konnten am 1. April 1849 mit einer bedeutend verstärkten Armee auf dem Kriegsschauplatze erscheinen; aber auch die deutsche Centralgewalt, die diesmal die Oberleitung des von Reichswegen zu führenden Krieges übernahm, hatte sich alsbald nach der Kündigung des Waffenstillstandes durch Dänemark redlich bemüht, dem übermüthigen Feinde eine starke und kriegstüchtige Armee entgegenzustellen.



Auffliegen des „Christian VIII."

Das dem Oberbefehl des preußischen Generals v. Prittwitz unterstellte Bundesheer, in dem nun fast alle deutschen Länder, am stärksten Preußen, Sachsen und Bayern, vertreten waren, übertraf mit seinen 45,000 Mann das dänische um mehr als das Doppelte, doch ließ wieder die große Küstenausdehnung des Kriegsschauplatzes und die deshalb nöthige Aufstellung beträchtlicher Truppenmassen zur Bewachung des Strandes gegen die Unternehmungen der dänischen Flotte die numerische Ueberlegenheit des deutschen Bundesheeres wesentlich an Bedeutung verlieren. Die kleine schleswig-holsteinische Marine und die inzwischen allerdings in den ersten Anfängen ins Leben getretene, aber noch völlig ohnmächtige deutsche Seemacht konnten gegen die dänische nichts Ernstliches unternehmen.

Seesieg von Eckernförde. Erstürmung der Düppeler Schanzen. Dennoch wurde der Krieg vom Jahre 1849 mit einem glänzenden Seesiege eröffnet. Ungehindert durch die noch an der schleswig'schen Grenze stehenden Bundestruppen waren die Dänen am 2. April von Alsen aus in Schleswig eingedrungen und hatten hier die Düppeler Schanzen besetzt. Ein gleichzeitiger Angriff von der Seeseite aus auf Eckernförde sollte

die Operationen der Landmacht unterstützen. Am frühen Morgen des 5. April fuhren zwei dänische Schiffe, das Linienschiff „Christian VIII.“ mit 84 Kanonen und die Fregatte „Gefion“ mit 46 Kanonen, in die Bucht von Eckernförde ein und begannen die dort aufgestellten schleswig-holsteinischen Strandbatterien mit zusammen zwölf Geschützen zu beschießen. In der Hitze des Kampfes wagten sich die beiden Schiffe zu nahe an den Strand, rannten sich fest und wurden nun von den Schleswig-Holsteinern und einer später eintreffenden nassauischen Batterie in ein so energisches und wirksames Kreuzfeuer genommen, daß der „Christian VIII.“ mit seiner Besatzung von 250 Mann in die Luft flog und die „Gefion“ die Segel streichen und sich ergeben mußte. Mit Begeisterung und freudigem Stolz vernahm man in Deutschland die Kunde von diesem Siege, und mit gehobenem Muth und Siegeszuversicht gingen die Bundestruppen dem Feinde entgegen, verstärkt durch die schleswig-holsteinische Armee, die während des Winters von 1848 auf 1849 durch den preußischen General von Bonin neu geordnet und zu erhöhter Kriegstüchtigkeit gebracht worden war. Die Dänen, die es nicht wagten, dem mit überlegenen Kräften andringenden Gegner in offenem Felde Stand zu halten, zogen sich in die Schanzen von Düppel zurück. Aber auch hier war ihres Bleibens nicht. Am 13. April wurden die nach allen Regeln der Feldbefestigungskunst angelegten Schanzen erstürmt; der Sieg der Bundestruppen war ein so vollständiger, daß die Dänen nur mit genauer Noth unter dem Schutze des Kreuzfeuers aus der Festung Sonderburg und aus den Kanonenboten vom Meere her nach Alsen entkamen. Da gleichzeitig der linke Flügel des Reichsheeres die ihm gegenüber stehenden feindlichen Scharen erfolgreich zurückwarf, war wieder einmal ganz Schleswig in den Händen der Deutschen, und dem Einmarsch in Jütland stand nichts mehr im Wege. Jetzt erwachte aber von Neuem die Eifersucht Englands und Rußlands, denen sich diesmal auch Frankreich anschloß, und wiederum ward Einspruch gegen ein weiteres Vordringen des Siegers erhoben. Trotzdem wurde die jütische Grenze überschritten. Am 20. April nahm die schleswig-holsteinische Armee Kolding und am 23. April und 7. Mai erfocht sie gemeinschaftlich mit der Hauptarmee bei Kolding und Gudsöe zwei Siege.

Nach dem Falle des erstgenannten Platzes zogen sich die Dänen auf Fridericia zurück; die Schleswig-Holsteiner und ein Theil der Reichsarmee folgten ihnen und umlagerten die Festung, und mit dem andern Theil der Reichsarmee, vornehmlich aus Preußen bestehend, rückte General v. Prittwitz, ohne auf Widerstand zu stoßen, bis nach Aarhuus vor. Inzwischen hatte Preußen im Hinblick auf den Zerfall der deutschen Centralgewalt sich veranlaßt gesehen, die Oberleitung des Krieges in seine Hand zu nehmen, jedoch ohne zu einer energischen Fortführung desselben sich entschließen zu können. Der immer drohender werdenden Sprache Rußlands und Frankreichs gegenüber ertheilte die preußische Regierung dem General v. Prittwitz den Befehl, vorerst nicht weiter angreifend vorzugehen. Das ihm gegenüberstehende dänische Heer unter General Rye benutzte die dem preußischen Oberbefehlshaber auferlegte Unthätigkeit, um sich zur See über Fünen nach Fridericia zu begeben und sich mit der Besatzung dieser Festung zu einem vernichtenden Schlage gegen die schleswig-holsteinische Belagerungsarmee zu verbinden. In der Nacht zum 6. Juli gelangte dieser Plan zur Ausführung. Ein wohlvorbereiteter und von Rye kräftig unterstützter Ausfall aus Fridericia führte zu einer entscheidenden Niederlage der Belagerer und nöthigte sie unter schweren Verlusten — 3000 Mann und 28 Kanonen — zu schleunigem Rückzuge.

Ein muthiger Entschluß Preußens hätte Alles wieder gut machen können, aber es kam nicht zu einem solchen. Zum zweiten Male beugte sich Preußen unter den Willen der Großmächte, zum zweiten Male schloß es einen erniedrigenden Waffenstillstand mit einem Gegner, den es mit wenigen vernichtenden Schlägen hätte zu Boden werfen können.

Waffenstillstand und Frieden zwischen Dänemark und Preußen. Unter englischer und russischer Vermittlung kam dieser Waffenstillstand, dem bald ein noch schlimmerer Friede

folgen sollte, am 16. Juli zu Stande. Vergebens weigerten sich die schleswig-holsteinische Statthalterschaft und die Landesversammlung, die verhängnißvollen Abmachungen desselben anzuerkennen; vergebens sprach die inzwischen zu völliger Ohnmacht herabgesunkene deutsche Reichsgewalt ihr Wort, indem sie am 4. August die getroffene Uebereinkunft für ungiltig erklärte. Die Bestimmungen des Waffenstillstandes traten in Kraft. Schleswig wurde für die Dauer desselben von einer „Landesverwaltung" regiert, die aus einem Deutschen, einem Dänen und einem Engländer bestand, und erhielt in seiner nördlichen Hälfte schwedische, in seiner südlichen preußische Truppen zur Besatzung. Holstein blieb deutsches Bundesland und behielt bis auf Weiteres seine nationale Regierung. Die Dauer des Waffenstillstandes, dem auch die holsteinische Landesverwaltung wohl oder übel beizutreten sich genöthigt sah, war auf nahezu ein Jahr, bis zum Juni 1850, festgesetzt. Aber der Gedanke, daß sie bei dem in Aussicht stehenden Frieden sich selbst überlassen und dann von den Dänen einer noch schmählicheren Behandlung als vorher ausgesetzt werden würden, ließ die Schleswig-Holsteiner nicht ruhen und feuerte sie zu erneuten Anstrengungen an, um nöthigenfalls mit bewaffneter Hand der Ausführung unerträglicher Friedensbestimmungen sich zu widersetzen.

Dritter Feldzug. Das kleine schleswig-holsteinische Heer hatte sich schon in den Kämpfen von 1849 in Hinsicht auf seine Tüchtigkeit bei vielen Gelegenheiten dem dänischen ebenbürtig gezeigt; jetzt, während des Waffenstillstandes, wurde seine neue Ausrüstung und vollständige Ausbildung mit um so größerem Eifer betrieben, weil alle Wahrscheinlichkeit dafür sprach, daß bei einem abermaligen Ausbruch des Krieges die Herzogthümer auf sich allein angewiesen sein würden. Das schleswig-holsteinische Heer zählte 1850 bei Beginn der Feindseligkeiten 25,000 Mann mit 84 Geschützen. Einen empfindlichen Verlust erlitt diese vom besten Muthe beseelte Armee, als wenige Monate vor Eröffnung des Krieges der Schöpfer und Oberbefehlshaber derselben, General v. Bonin, und sämmtliche preußische Offiziere, mit Ausnahme derjenigen, die in schleswig-holsteinische Dienste übertreten wollten, von dem preußischen Kriegsministerium zurückberufen wurden. Manche Veränderungen in der Organisation, welche der neu ernannte Befehlshaber, General v. Willisen, kurz vor dem Kriege noch einführte, wirkten nicht günstig, und es begannen schon damals die Hoffnungen, welche sich an die Thätigkeit und die Person des neuen Oberbefehlshabers knüpften, sich zu verringern. Doch gelang es ihm, von der hingebendsten Opferwilligkeit der Bevölkerung unterstützt, das Heer allmählich bis auf nahezu 30,000 Mann zu verstärken, zu deren Einübung und Führung von nah und fern Offiziere in großer Zahl, unter ihnen auch mehrere preußische, freiwillig herbeieilten. — Das dänische Heer unter General v. Krogh bestand bei diesem dritten Waffengange aus 38,000 Mann mit 96 Kanonen.

Nachdem im Juni 1850 der Friede zwischen Preußen und Dänemark zu Berlin abgeschlossen war, räumten die preußischen Truppen Schleswig. Erfolglos protestirten die Schleswig-Holsteiner gegen Vergewaltigung durch den Stärkeren und Nichtachtung alter Gerechtsame. Die Dänen rückten von Norden in Schleswig ein, und nun überschritt auch das schleswig-holsteinische Heer unter General v. Willisen die schleswig'sche Grenze, um in einem letzten Verzweiflungskampfe den Versuch zu machen, aus eigener Kraft der dänischen Fremdherrschaft ein Stück deutsches Land zu entreißen, das in seinen Rechten und in seiner Selbständigkeit zu schützen Deutschland in seiner Uneinigkeit nicht die Macht und Preußen in seiner Selbstunterschätzung und übergroßen Bedenklichkeit nicht den Muth gehabt hatte.

Aber bald schwanden auch die letzten Hoffnungen, welche die Schleswig-Holsteiner an die Begabung des gelehrten Militärs, den sie sich zu ihrem Führer erkoren, geknüpft hatten. Die von Willisen geführte schleswig-holsteinische Armee erlitt am 25. Juli 1850 bei Idstedt unweit Schleswig eine schwere Niederlage und mußte bis hinter die Eider zurückweichen. Da erschien am 2. August das „Londoner Protokoll" und verkündete den Willen der Großmächte. England, Rußland, Frankreich, Schweden erklärten sich für den dänischen Einheitsstaat; Oesterreich hatte das Abkommen mit unterzeichnet, vorbehaltlich der Rechte

des Deutschen Bundes, den es eben damals zu neuem Scheinleben zu erwecken sich bemühte. Dieses Verfügen über ein deutsches Land, ohne auf die Wünsche der Bevölkerung irgendwie Rücksicht zu nehmen, brachte die Männer der deutschen Nordmarken zur Verzweiflung. Sie waren entschlossen, lieber den Kampf bis zum Aeußersten fortzusetzen, als sich der dänischen Willkür zu unterwerfen.

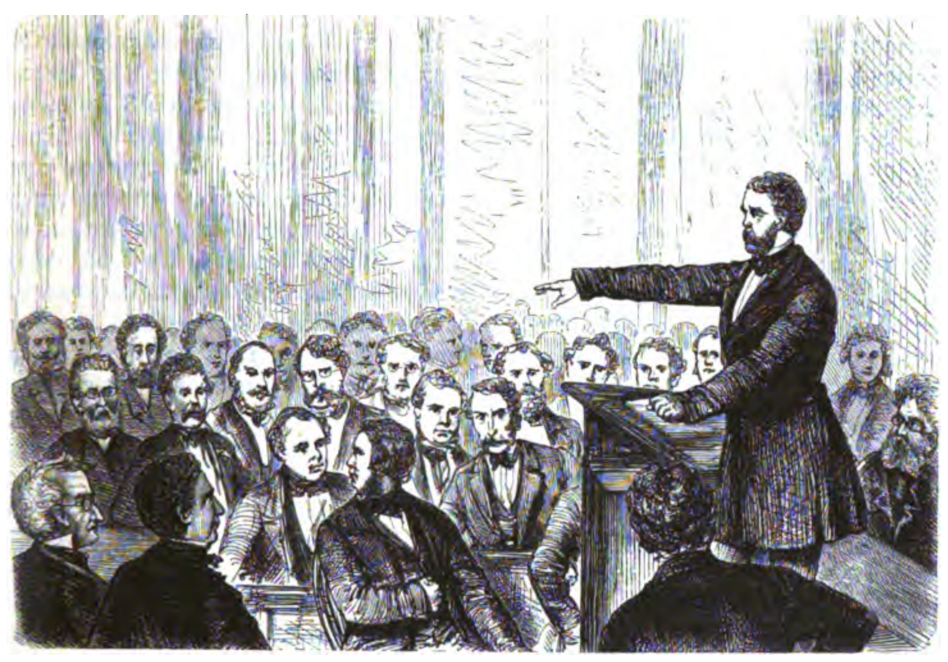
Doch auch Willisen's Nachfolger, der General v. Horst, vermochte trotz der Tapferkeit der Schleswig-Holsteiner bei Friedrichstadt und Missunde die verlorene Position in Schleswig nicht zurückzuerobern.

Inzwischen hatte Oesterreich über seine Widersacher in Italien und Ungarn triumphirt, und es gelüstete ihm danach, das verlorene Ansehen „im Reiche" wieder zu gewinnen. Zunächst benutzte es die wiedererlangte Macht dazu, in Deutschland das erste Wort zu führen und dem kleinen Bundesgliede im Norden Deutschlands Frieden zu gebieten. Als dieses jedoch das Recht, über sich und seine Zukunft selbst zu verfügen, sich nicht verkümmern lassen wollte, blieb es nicht bei Einschüchterungsversuchen. Zum Unglück zeigte sich Preußen in der folgewichtigen Konferenz zu Olmütz nachgiebig bis zur Schwäche. Der österreichische Minister Fürst Schwarzenberg brachte den preußischen Kollegen v. Manteuffel dahin, einer Entwaffnung der Herzogthümer zuzustimmen. Demzufolge erschienen österreichische Truppen an den Gestaden der Ostsee, besetzten das deutsche Bundesland Holstein und machten durch ihr Einschreiten dem allerdings aussichtslosen Kampfe ein Ende.

Die schleswig-holsteinische Armee wurde aufgelöst; viele ihrer Offiziere trugen ihr deutsches Herz über den Ozean und nahmen Dienste in Brasilien oder bei der nordamerikanischen Union. Die mit Dänemark nun einen Gesammtstaat bildenden Herzogthümer mußten es über sich ergehen lassen, mit gebundenen Händen den Dänen überliefert zu werden. Das Londoner Protokoll wurde jetzt von allen Großmächten unterzeichnet, und, um alle Erbstreitigkeiten zu beseitigen, Prinz Christian von Sonderburg-Glücksburg und seine männlichen Nachkommen als dereinstige Thronfolger für die Regierung der dänischen Gesammtmonarchie anerkannt.

Dänemark frohlockte über die Schwäche des Deutschen Bundes, die ihm gestattete, allen gegebenen Versprechungen und den abgeschlossenen Verträgen zum Hohn in Schleswig-Holstein die alte Willkürherrschaft fortzusetzen. Aber der Tag der Vergeltung sollte kommen! Preußen hatte diesmal dem Andringen Oesterreichs nachgegeben; als es jedoch unter günstigeren Verhältnissen die schleswig-holsteinische Frage zum dritten Male in die Hand nahm und Oesterreich geschickt in seine nordische Politik zu verflechten wußte, da mußten, wie wir bald sehen werden, die österreichischen Bajonnete ihm helfen, dem neu zu gründenden Norddeutschen Bunde die Herzogthümer zu erobern.





Im preußischen Landtage. Nach H. Lüders.

Drittes Buch.

Ablehnung der Kaiserkrone und Fall der Reichsverfassung.

Die Reichsverfassung, welche das Deutsche Parlament in Frankfurt im Januar 1849 festgestellt hatte, ließ die Oberhauptsfrage vorläufig formell noch unentschieden, wenngleich durch die einzelnen Bestimmungen derselben klar und deutlich ausgesprochen war, daß das neu zu gründende Reich ein deutsches Reich sein und an seine Spitze ein deutscher Fürst treten sollte, der unter den obwaltenden Verhätnissen natürlich kein anderer als der König von Preußen sein konnte. Daß im Frankfurter Parlament eine Mehrheit für eine solche Verfassung zu Stande gekommen war, dazu hatte das Vorgehen Friedrich Wilhelm's IV. in der preußischen Verfassungsfrage nicht zum Wenigsten beigetragen. Das nach langem Schwanken und Zögern erfolgte energische Eingreifen des Königs zur Wiederherstellung der Ordnung in der preußischen Hauptstadt, die Ernennung eines konservativen Ministeriums und die Auflösung der von der radikalen Mehrheit beherrschten Nationalversammlung hatte manche der konservativen Partei nahestehende Parlamentsmitglieder Preußen geneigter gemacht. Andererseits waren aber durch die freiwillige Verleihung einer ziemlich freisinnigen, ja zum Theil demokratisch angehauchten Verfassung zahlreiche Mitglieder der radikaleren Parteirichtungen mit der preußischen Regierung ausgesöhnt und der preußenfreundlichen Mittelpartei zugeführt worden. Diese, ohnehin schon ziemlich stark, wuchs dadurch zu einer wenigstens in der Hauptfrage einigen Mehrheit an. Schon im Dezember 1848 hatte sich diese Verschiebung der Parteien im Frankfurter Parlament vollzogen und durch einen bedeutsamen Ministerwechsel auch äußerlich ihren Ausdruck gefunden, indem an Stelle Schmerling's, des Führers der österreichisch-großdeutschen Partei, der Führer der preußisch-kleindeutschen Partei und bisherige Präsident der Nationalversammlung, Heinrich v. Gagern, den Vorsitz im Reichsministerium

übernahm, während er im Präsidium der Nationalversammlung durch einen treuen Gesinnungsgenossen, Professor Simson, ersetzt wurde. Oesterreich, durch seine inneren Wirren und einen gleichzeitigen Thronwechsel — am 2. Dezember 1848 hatte der regierungsmüde Kaiser Ferdinand I. zu Gunsten seines Neffen, des 18jährigen Franz Joseph, die Krone niedergelegt — an energischem Eingreifen in die deutschen Angelegenheiten verhindert, hatte diesen Umschwung im Frankfurter Parlament nicht abzuwenden vermocht. Als es jetzt, durch die inzwischen im Innern errungenen Erfolge der Regierungsgewalt ermuthigt, gegen die ihm natürlich höchst unliebsame Verfassung Einspruch erhob, war es zu spät. Zwar stellten sich, während Preußen mit seiner Meinungsäußerung zurückhielt, Bayern, Württemberg, Sachsen und Hannover entschieden auf die Seite der österreichischen Regierung, aber das schroffe Vorgehen derselben, die Berufung eines allgemeinen österreichischen Reichstages nach Kremsier, die Oktroyirung einer Verfassung für die österreichische Gesammtmonarchie und die Erklärung derselben als festen Einheitsstaat veranlaßte eine Anzahl von Abgeordneten des Parlaments, welche bisher der großdeutschen Partei angehört hatten, unter Welcker's Führung zu der kleindeutschen Partei überzutreten, weil sie ihren deutschen Patriotismus ihrer großdeutschen Lieblingsidee nicht zum Opfer bringen wollten. Die Aussichten der kleindeutschen Partei waren dadurch von Neuem wesentlich gestiegen. Mit Ausnahme Oesterreichs und der vier Königreiche hatten sich bis Ende Februar die Regierungen sämmtlicher deutschen Bundesstaaten, wenn auch mit einigen Vorbehalten, für den Verfassungsentwurf vom Januar erklärt. Preußen hatte zwar eine solche Erklärung noch nicht abgegeben, wohl aber war es bereit, vorbehaltlich der Rechte des österreichischen Kaiserstaates, die Leitung eines engeren deutschen Bundes zu übernehmen, und man durfte der kleindeutschen Partei des Frankfurter Parlaments keine allzu große Hoffnungsseligkeit vorwerfen, wenn sie diese Erklärung in ihrem Sinne deutete und sich der endlichen Zustimmung Preußens zu dem Grundgedanken des Verfassungsentwurfes, einem deutschen Einheitsstaate ohne Oesterreich, versichert hielt. Und doch war das ein Irrthum. Der Gedanke, daß Oesterreich gegen seinen Willen aus dem neu zu errichtenden Bundesstaate ausgeschlossen oder daß die widerstrebenden Mittelstaaten zum Eintritt in denselben, zur theilweisen Abtretung ihrer Souveränitätsrechte an ein von ihnen nicht freiwillig anerkanntes Oberhaupt gezwungen werden könnten, lag Friedrich Wilhelm IV. durchaus fern. Indem er sich zur Leitung eines engeren deutschen Bundes bereit erklärte, gedachte er dadurch nur die an sich machtlosen kleineren Staaten zu einem größeren Ganzen zusammenzufassen, um etwaigen zu weit gehenden Ansprüchen Oesterreichs mit mehr Nachdruck entgegentreten zu können, und selbst dabei setzte er die freiwillige Zustimmung nicht des Volkes und seiner Vertreter, sondern der betreffenden Fürsten als nothwendige Vorbedingung voraus. Die Zugeständnisse, welche Friedrich Wilhelm IV. halb freiwillig, halb gezwungen der Revolution gemacht hatte, hatten seine tiefgewurzelte Ueberzeugung von dem Gottesgnadenthum des fürstlichen Berufes in nichts zu erschüttern vermocht. Die Führerschaft oder gar die Krone, zu deren Annahme Friedrich Wilhelm IV. sich hätte bewegen lassen, konnte kein Parlament, keine Volksvertretung, keine Nationalversammlung ihm bieten; nur gefürstete Häupter, nur Seinesgleichen konnten sie ihm antragen, nur aus deren Händen durfte er sie, wenn das Wohl des Vaterlandes es gebot, nach seiner Ueberzeugung entgegennehmen. In vertrauten Briefen aus jener Zeit sprach Friedrich Wilhelm IV. diese seine Ueberzeugung rückhaltlos aus, und selbst in persönlichen Unterredungen mit ihm näher stehenden Männern, auch mit Mitgliedern des Parlaments, ließ er dieselbe deutlich genug durchblicken. Aber in der Frankfurter Nationalversammlung glaubte man solchen gelegentlichen Aeußerungen kein entscheidendes Gewicht beilegen zu sollen; man hoffte bis zum letzten Augenblick auf die Umstimmung Friedrich Wilhelm's IV., wenn ein endgiltiger Beschluß der Vertretung des deutschen Volkes vorliegen werde, einen deutschen Einheitsstaat ohne Oesterreich zu schaffen und die ausübende Gewalt in demselben in die Hände

des Königs von Preußen niederzulegen. In diesem Sinne stellte Welcker am 12. März in der Frankfurter Nationalversammlung folgenden Antrag: „Die gesammte deutsche Reichsverfassung, wie sie jetzt — nach den Beschlüssen im Januar und den inzwischen festgestellten Ergänzungsanträgen der Verfassungskommission — vorliegt, wird durch einen einzigen Gesammtbeschluß der Nationalversammlung endgiltig angenommen. Die in der Verfassung festgestellte erbliche Kaiserwürde wird dem Könige von Preußen übertragen. Die sämmtlichen deutschen Fürsten werden eingeladen, großherzig und patriotisch mit diesem Beschluß übereinzustimmen und seine Verwirklichung nach Kräften zu fördern. Es wird eine große Deputation der Nationalversammlung abgesendet, um Sr. Majestät dem Könige von Preußen die Wahl zum deutschen Erbkaiser anzuzeigen. Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich, als Fürst der deutsch-österreichischen Lande, und die Brüderstämme in diesem Lande sind zum Eintritt in den deutschen Kaiserstaat und seine Verfassung jetzt und zu aller Zeit eingeladen." Die rückhaltlose Annahme dieses Antrages durch eine entschiedene Mehrheit der Nationalversammlung hätte ohne Zweifel ein schweres Gewicht in die Wagschale geworfen und den Bestrebungen der kleindeutschen Partei einen starken moralischen Rückhalt gegeben, aber es gelang eben nicht, ihn durchzusetzen. Die Verfassung, für welche im Januar eine Mehrheit sich gefunden hatte, ließ die Frage der Erblichkeit der Würde des zu wählenden deutschen Oberhauptes zunächst noch unentschieden und räumte diesem der Volksvertretung gegenüber nur ein suspensives Veto ein. Daß solche Beschränkungen die Annahme der Kaiserwürde für den König von Preußen von vornherein unmöglich machten, lag für Jeden, der sehen wollte, jetzt klar auf der Hand. Mit Fug und Recht hatte deshalb die Verfassungskommission des Parlaments in ihren Ergänzungsanträgen vom 2. März die Erblichkeit und das absolute Veto von Neuem gefordert. Beides zu bewilligen, konnten sich aber diejenigen Parlamentsmitglieder der radikalen Parteirichtungen, welche für die Verfassung vom Januar gestimmt hatten, nicht entschließen, und so brachten sie durch ihr Zurücktreten den Welcker'schen Antrag zum Fall. Schweren Herzens mußten sich deshalb die Führer der Mittelpartei zu einem Kompromiß entschließen: gegen das Zugeständniß der Erblichkeit ließen sie die Forderung des absoluten Vetos fallen, verpflichteten sich, die so in demokratischem Sinne veränderte Verfassung auch dem König von Preußen gegenüber, falls dieser zum Kaiser gewählt werde, unbedingt aufrecht zu erhalten, und brachten dadurch von Neuem eine wenn auch schwache Mehrheit auf ihre Seite. Bei den neuen Abstimmungen ward nun mit geringer Majorität die Uebertragung der Würde des deutschen Oberhauptes an einen regierenden deutschen Fürsten und die Erblichkeit der Würde durchgebracht, so daß man, nachdem auch der Kaisertitel mit einer Majorität von 24 Stimmen angenommen worden war, am 28. März zur Kaiserwahl schreiten konnte. Nahezu vollzählig waren die Mitglieder des Parlaments zu dem feierlichen Akte erschienen; gespannt harrte eine dichtgedrängte Menge auf den Tribünen des Sitzungssaales und vor den Eingängen desselben des Ausfalls der Wahl. Er entsprach der allgemeinen Erwartung; 290 Abgeordnete stimmten für den König von Preußen, 248 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung. Mit einer Mehrheit von 42 Stimmen war Friedrich Wilhelm IV. zum Deutschen Kaiser erwählt, und Kanonendonner und Glockengeläut verkündeten alsbald das Ereigniß, das alle patriotischen deutschen Herzen mit freudigen Hoffnungen begrüßten. Aller Streit und Hader schien beendet; das große Werk der Einigung Deutschlands schien gelungen, schien von Erfolg gekrönt.

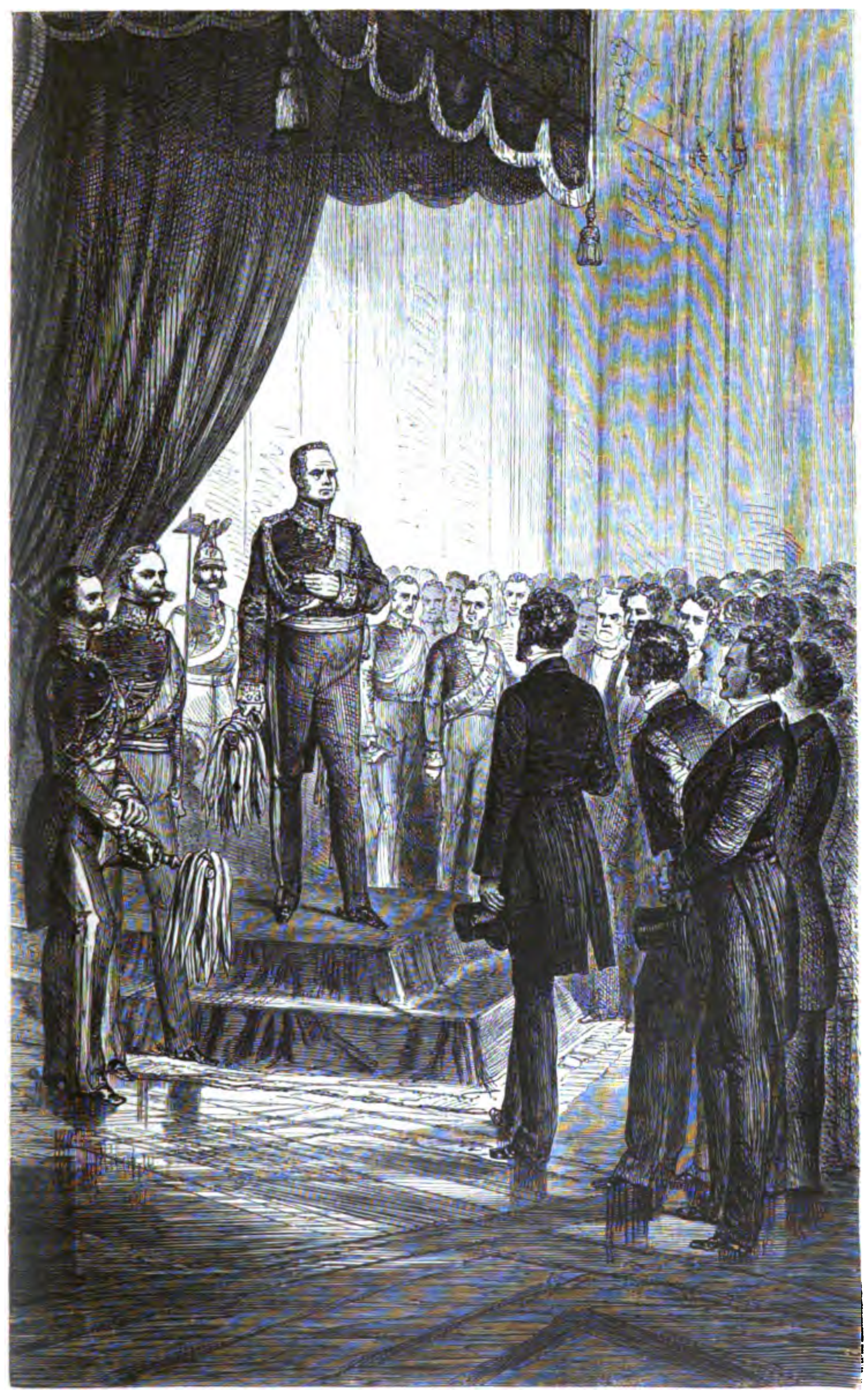
Die Minorität von 248 Abgeordneten, welche sich bei der Kaiserwahl der Abstimmung enthalten hatten, bestand etwa zur Hälfte aus Oesterreichern, die trotz ihrer deutschen Sympathien als treue Unterthanen ihres angestammten Herrscherhauses natürlich nicht anders handeln konnten, als sie gethan. Ihnen hatten sich die Mehrzahl der bayerischen und sächsischen Abgeordneten, auch viele Württemberger angeschlossen; den Rest bildeten vornehmlich Ultramontane und extreme Radikale aller deutschen Bundesländer, Preußen

nicht ausgeschlossen. Die ultramontane Partei erblickte in der Wahl des protestantischen preußischen Herrschers zum deutschen Reichsoberhaupte eine Bedrohung der katholischen Interessen; die extremen Radikalen verwarfen die Idee eines erblichen Kaiserthums, weil diese dem von ihnen festgehaltenen Grundsatz der Volkssouveränetät widersprach, den nöthigenfalls durch eine neue Revolution zur Geltung zu bringen sie die Hoffnung noch immer nicht aufgegeben hatten.

Ablehnung der Kaiserkrone durch den König von Preußen. Dem Erwählten der deutschen Nation die deutsche Kaiserkrone anzutragen, begab sich unmittelbar nach Vollziehung der Wahl eine Deputation von 33 Mitgliedern des Frankfurter Parlaments, an ihrer Spitze der Präsident Eduard Simson, nach Berlin. Ein rechtsgiltiger Mehrheitsbeschluß der deutschen Nationalversammlung, von welchem man eine Umstimmung des Königs noch immer erhoffte, lag jetzt vor; auch brachte man den romantischen Sinn Friedrich Wilhelm's IV. mit dem Stolz und dem Ehrgeiz des preußischen Volkes in Verbindung und meinte, daß eine warme patriotische Kundgebung der auf Grund der oktroyirten Verfassung seit dem 26. Februar in Berlin tagenden preußischen Kammern schließlich doch im Sinne der gehegten Wünsche wirken müsse. In der That wurden in beiden Kammern von liberaler Seite Adressen eingebracht, und es wurde fast einstimmig beschlossen, im Hinweis auf die drohenden Gefahren dem Könige die Wünsche des deutschen Volkes dringend ans Herz zu legen und ihn um die Uebernahme der Leitung der Geschicke des deutschen Gesammtvaterlandes zu bitten. Deputationen aus Braunschweig, Schleswig-Holstein und den Rheinlanden trafen gleichzeitig mit den Sendboten des Parlaments in der Hauptstadt ein.

Wol mochten in des Königs Seele in der letzten Stunde die verschiedensten Stimmungen einander begegnen, aber sie konnten seine Bedenken nicht beschwichtigen, sie vermochten nicht ihn in dem Entschlusse wankend machen, den er im Glauben an den göttlichen Beruf der Könige und in gewissenhafter Achtung der Rechte seiner deutschen Mitfürsten gefaßt hatte.

Am 2. April zogen die Botschafter aus Frankfurt als Ehrengäste in die preußische Hauptstadt ein. Am folgenden Tage wurden sie von Friedrich Wilhelm IV. im Beisein der sämmtlichen Prinzen des königlichen Hauses, der Minister und des Hofstaates im Rittersaale des Schlosses empfangen. Der König hieß sie mit der ihm natürlichen Herzlichkeit willkommen, hörte aufmerksam die bewegte Ansprache ihres Führers, des Präsidenten Simson, an und erwiderte hierauf mit fester Stimme: „In dem Beschlusse der Nationalversammlung, welchen sie mir überbringen, erkenne ich die Stimme der Vertreter des deutschen Volkes. Dieser Ruf giebt mir ein Anrecht, dessen Werth ich zu schätzen weiß. Er erfordert, wenn ich ihm folge, unermeßliche Opfer von mir; er legt mir die schwersten Pflichten auf .... Ich bin bereit, durch die That zu beweisen, daß die Männer sich nicht geirrt haben, welche ihre Zuversicht auf meine Hingebung, meine Treue, auf meine Liebe zum gemeinsamen deutschen Vaterlande stützen. Aber, meine Herren, ich würde dem Sinne des deutschen Volkes nicht entsprechen, ich würde Deutschlands Einheit nicht aufrichten, wollte ich, mit Verletzung heiliger Rechte und meiner früheren ausdrücklichen und feierlichen Versicherungen, ohne das freie Einverständniß der gekrönten Häupter und der Fürsten Deutschlands eine Entschließung fassen, welche für sie und die von ihnen regierten deutschen Stämme die entschiedensten Folgen haben müßte. An den Regierungen der einzelnen deutschen Staaten wird es daher jetzt sein, in gemeinsamer Berathung zu prüfen, ob die Verfassung dem Einzelnen wie dem Ganzen frommt, ob die mir zugedachten Rechte mich in den Stand setzen würden, mit starker Hand, wie ein solcher Beruf es fordert, die Geschicke des großen deutschen Vaterlandes zu leiten und die Hoffnungen seiner Völker zu erfüllen. Dessen aber möge Deutschland gewiß sein, und das, meine Herren, verkündigen sie in allen seinen Gauen: bedarf es des preußischen Schildes und Schwertes gegen äußere oder innere Feinde, so werde ich auch ohne Ruf nicht fehlen. Ich werde dann getrost den Weg meines Hauses und meines Volkes gehen, den Weg der deutschen Ehre und Treue."



Die Kaiserdeputation vor Friedrich Wilhelm IV. Zeichnung von H. Lüders.

Diese Antwort enthielt keine unbedingte Ablehnung, sie machte jedoch die Annahme von der freien Zustimmung der deutschen Regierungen und von weiteren Verhandlungen mit dem Parlamente abhängig. Aber im Ganzen war der Eindruck doch kein anderer, als ihn eine unbedingte Ablehnung hervorgebracht hätte, und niedergebeugt trat deshalb die Kaiserdeputation, deren Hinreise nach Berlin einem Triumphzuge geglichen hatte, den Rückweg nach Frankfurt an.

Friedrich Wilhelm IV. hatte in seiner ablehnenden Antwort vor Allem auf die mangelnde oder doch unzureichende Befugniß des Frankfurter Parlaments, ihm die alte, wahre, deutsche Kaiserkrone zu bieten, besonders Gewicht gelegt; aber er hatte auch, und das vielleicht noch mit größerem Recht, mit seinen Bedenken gegen die Mängel der Reichsverfassung nicht zurückgehalten, an welche diese Krone geknüpft sein sollte. Wol mochten selbst viele Mitglieder der Kaiserdeputation diese Bedenken theilen, aber Versprechungen in dieser Hinsicht zu machen war dieselbe, da sie sich an den Auftrag der Parlamentsmehrheit zu halten hatte, nicht in der Lage.

Daß für eine erneute Aenderung der Verfassung im Sinne Friedrich Wilhelm's IV. eine Mehrheit im Frankfurter Parlament sich finden würde, war kaum zu hoffen, umsoweniger, da die Gegner Preußens unzweifelhaft fest zusammenhielten; eher war sogar eine Sprengung der bisherigen Mehrheit zu befürchten, denn auf den ziemlich großen entschieden liberalen Bruchtheil derselben konnte die Bestreitung der Machtbefugniß des Parlaments durch Friedrich Wilhelm IV. und dessen verständliche Drohung am Schluß seiner Rede nicht wirkungslos bleiben. Aber damit war auch das Schicksal der deutschen Frage vorläufig entschieden. Das Schiff war gescheitert; nur das Wrack war im günstigsten Falle noch zu retten.

Preußen selbst unternahm diesen Versuch. Unmittelbar nach der Kaiserwahl hatte der Reichsverweser den Entschluß, sein Amt niederzulegen, zu erkennen gegeben, und daraufhin erklärte nun Preußen am 3. April den Bundesregierungen, daß es bereit sei, provisorisch an die Spitze eines Bundesstaates zu treten, der sich aus freiwillig beitretenden Staaten bilden und dessen Form davon abhängen werde, wie viele und welche Staaten sich an demselben betheiligen würden.

Man hoffte in Berlin auf den Anschluß aller deutschen Staaten außer Oesterreich. Aber dieses letztere setzte jetzt alle Hebel in Bewegung, um das, was es für sich nicht hatte erlangen können, für Preußen erst recht unmöglich zu machen.

Abberufung der österreichischen Abgeordneten. Am 5. April wurden von Wien aus die österreichischen Abgeordneten zum Austritt aus der Frankfurter Nationalversammlung aufgefordert, weil diese ihre Befugnisse überschritten habe, während gleichzeitig dem Erzherzog-Reichsverweser die geheime Weisung zuging, sein Amt vorerst noch nicht niederzulegen und unbekümmert um die Beschlüsse des Parlaments mit aller ihm zu Gebote stehenden Macht für die österreichischen Interessen zu wirken. Am 8. April protestirte dann die österreichische Regierung wiederholt gegen die Unterordnung des Hauses Habsburg unter eine von einem andern deutschen Fürsten zu handhabende Centralgewalt, lehnte die Theilnahme an Unterhandlungen auf Grundlage der preußischen Note vom 3. April entschieden ab und machte kein Hehl daraus, daß sie ihren ganzen Einfluß geltend machen werde, um die Absichten Preußens zu hintertreiben. Die Mitte April eingehenden Antworten der deutschen Bundesregierungen auf die preußische Note zeigten den Erfolg; Bayern, Sachsen und Hannover, ferner Hessen-Homburg und Liechtenstein stellten sich auf Oesterreichs Seite; Württemberg erkannte zwar die Reichsverfassung an, wollte aber von einem preußischen Kaiserthum nichts wissen, und selbst Baden erklärte sich nicht bedingungslos für Preußen, sondern machte weitere Vorbehalte für den mit Sicherheit vorauszusehenden Fall, daß auch andere deutsche Staaten außer Oesterreich dem von Preußen geplanten Bunde nicht beitreten würden.

Inzwischen hatte die Nationalversammlung in Frankfurt, wo der Einfluß der radikalen Parteien durch die Vorgänge der letzten Tage von Neuem erstarkt war, am 11. April beschlossen, an der unbedingten Annahme der Reichsverfassung vom 28. März seitens des Reichsoberhauptes festzuhalten.

Kämpfe zur Durchführung der Reichsverfassung. Nach dem Bekanntwerden der Antworten der deutschen Bundesregierungen auf die preußische Note wurde dieser Beschluß ausdrücklich erneuert; die Nationalversammlung glaubte die Annahme der Reichsverfassung durchsetzen zu können, mit oder ohne die Zustimmung der Regierungen. Am 30. April ermächtigte sie das Präsidium, ihren Sitz beliebig zu verlegen, und setzte in Erwartung des Austritts vieler Abgeordneten ihre Beschlußfähigkeit auf die Zahl von 150 Anwesenden herunter; am 4. Mai ging, allerdings mit nur zwei Stimmen Mehrheit, der Beschluß durch, das deutsche Volk zu Gunsten der Reichsverfassung aufzurufen und sofort die Wahlen zu einem Reichstage zu veranlassen, der sich am 15. August auf Grundlage der Reichsverfassung zu versammeln habe. Wenn Preußen nicht Theil nehme, so solle der Fürst des nächstgrößten deutschen Staates so lange als Reichsstatthalter eintreten, bis ein König von Preußen die Reichsverfassung anerkennen werde. Dieser Reichsstatthalter habe vor der Nationalversammlung den Eid auf die Reichsverfassung zu schwören, sodann sei der Reichstag zu eröffnen, und damit solle die Nationalversammlung aufgelöst sein. Am 7. Mai untersagte das preußische Ministerium die Ausführung dieses Beschlusses und erklärte, die Nationalversammlung habe ihre Befugnisse überschritten. Auch der Reichsverweser weigerte sich, ungeachtet des Drängens seiner Minister, einem so bedenklichen Vorgehen seine Zustimmung zu ertheilen.

Von radikalen Agitatoren, die schon seit Wochen namentlich das südliche und westliche Deutschland durchstreiften und überall die begreifliche Mißstimmung über so viele getäuschte Hoffnungen zu schüren und zu lichten Flammen anzufachen suchten, war dafür gesorgt worden, daß der Appell der Nationalversammlung an das deutsche Volk nicht wirkungslos blieb. Anfangs Mai begannen die Aufstände in Rheinbayern (Pfalz), in Dresden, Elberfeld und Iserlohn; auch in Breslau kam es zu einer unruhigen Erhebung. Am 13. Mai brach in Baden eine Militärempörung aus, und der Aufruhr ergriff bald das ganze Großherzogthum; überall erhoben sich die Massen, vorgeblich zur Durchführung der Reichsverfassung, während die Führer des Aufstandes von einer großen allgemeinen Revolution noch immer den Umsturz alles Bestehenden und die Einführung der Republik in Deutschland oder wenigstens in Süddeutschland erhofften.

Preußen gegen den Aufstand in Dresden. Unter solchen Umständen hielt Friedrich Wilhelm IV. den Augenblick für gekommen, sein Wort wahr zu machen, daß er auch ohne Ruf nicht fehlen werde, wenn es des preußischen Schildes und Schwertes gegen äußere oder innere Feinde bedürfe. Der Aufstand in Dresden, von dem Russen Bakunin mit einer Energie, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre, geleitet, hatte den König von Sachsen zur Flucht nach dem Königstein genöthigt. Von hier aus erbat er sich preußische Hülfe, und ohne Zögern gewährte ihm Friedrich Wilhelm IV. dieselbe. Mehrere preußische Bataillone wurden nach Dresden beordert, wo sie im Verein mit sächsischen Truppen nach erbitterten Straßenkämpfen vom 6.—9. Mai den Aufstand niederschlugen und die Bevölkerung von dem auf ihr lastenden Drucke befreiten.

In Frankfurt aber erregte die Nachricht, daß Preußen, ohne zuvor die Centralgewalt oder die Nationalversammlung befragt zu haben, gegen die Empörung in Dresden eingeschritten sei, einen Sturm der Entrüstung. Sogleich beschloß die Nationalversammlung, und zwar mit 188 gegen 147 Stimmen, diesem schweren „Bruch des Reichsfriedens“ von Seiten Preußens mit allen Mitteln entgegenzutreten und überall die freiheitlichen Bestrebungen gegen die Unterdrückung zu schützen; auch sollten Kommissäre nach Nürnberg zu einer großen Volksversammlung entsendet werden, „um die Volkserhebung auf dem Wege der Gesetzlichkeit zu erhalten.“

Nunmehr legte eine Anzahl (vornehmlich konservativer) Abgeordneter ihr Mandat für die Nationalversammlung nieder. Preußen rief am 14. Mai seine Abgeordneten aus der Paulskirche zurück, und zugleich erging eine kräftige Ansprache des Königs an das preußische Volk, in welcher die Unerläßlichkeit hervorgehoben ward, Ordnung und Gesetz in Deutschland wieder aufzurichten. In diesem Erlasse machte der König zugleich bekannt, daß seine Regierung mit den anderen Bundesregierungen nur zu dem Zwecke in Beziehungen getreten sei, das in Frankfurt begonnene Verfassungswerk einem guten Ende zuzuführen.

Durch ihre letzten Beschlüsse hatte sich die Frankfurter Nationalversammlung ihrer Existenzberechtigung selbst beraubt. Das liberale Reichsministerium Gagern entschlug sich aller weiteren Illusionen und wich am 16. Mai einem Ministerium der äußersten Rechten, mit welchem der Erzherzog-Reichsverweser, auch seinerseits den Bruch mit dem Parlament vollziehend, sich umgab. Drei Tage später spielte die Reichsversammlung einen Gegentrumpf aus, indem sie beschloß, „schleunigst“ — und zwar „womöglich“ aus der Zahl der regierenden Fürsten — einen Reichsstatthalter einzusetzen, der in erster Linie die Reichsverfassung zu beschwören habe. Damit sollte die bisherige Centralgewalt aufhören und auch die Nationalversammlung auseinander gehen. Dieser Beschluß ging aber selbst denjenigen Abgeordneten der gemäßigt liberalen Parteirichtung, welche bisher in der Hoffnung auf eine günstigere Wendung noch ausgeharrt hatten, zu weit. Am 20. Mai unterzeichneten 65 Mitglieder des Parlaments, unter ihnen Gagern, Arndt, Simson, Droysen, eine von Dahlmann verfaßte Austrittserklärung.



Karl Vogt. (Aus späterer Zeit.)

Man setzte nunmehr die Beschlußfähigkeit bis auf 100 Mitglieder herab, worauf an den folgenden Tagen abermals eine große Anzahl Mitglieder, darunter Welcker und Friedrich von Raumer, und ein Klub, welcher sich im Augsburger Hof zu versammeln pflegte, ausschieden. So schwand dem Parlament der Boden unter den Füßen. Noch versuchte es sein Heil am 26. Mai in einem zweiten von Uhland verfaßten „Aufruf an das deutsche Volk.“ Da aber die Haltung und Ohnmacht der Nationalversammlung, die seit dem 28. März sichtlich ihrer Auflösung entgegenschritt, ihr die Herzen Aller (mit Ausnahme der Demokraten) abwendig gemacht hatte, so blieb dieser Aufruf, durch dessen vom lautersten Patriotismus eingegebene Worte eine verlorene Sache nicht mehr zu retten war, ohne Wirkung und Erfolg.

Gegen Ende Mai riefen, dem Beispiel Preußens folgend, auch Sachsen und Hannover ihre Abgeordneten zurück. Inzwischen hatten sich, vom Großherzoge von Baden erbeten, Truppen zur Wiederherstellung der gestörten Ordnung nach Süddeutschland in Bewegung gesetzt. Als sie sich Frankfurt näherten, hielt sich der Rest der Nationalversammlung hier nicht mehr für sicher.

Das Rumpfparlament in Stuttgart und die Reichsregentschaft. Man beschloß deshalb am 30. Mai mit 71 gegen 64 Stimmen, den Sitz des Parlaments nach Stuttgart zu verlegen. Nur 105 Abgeordnete aus der Paulskirche, fast sämmtlich der äußersten Linken angehörend, fanden sich daselbst unter dem Vorsitz des Präsidenten Löwe-Calbe noch zusammen. Die Versammlung, das sogenannte „Rumpfparlament“, hoffte auf Ausbreitung des badischen und rheinpfälzischen Aufstandes nach Württemberg und Franken, ja sie war dermaßen in Selbsttäuschung befangen, daß sie darauf rechnete, die Regierung Württembergs werde denselben im Westen unterstützen. Wiewol schon Truppen zu dessen Niederwerfung sich sammelten, ernannte das Rumpfparlament am 6. Juni noch eine Reichsregentschaft (Franz Raveaux, Karl Vogt, H. Simon, Schüler von Zweibrücken und Becher aus Württemberg); weiterhin gefiel man sich darin, die Absetzung des Reichsverwesers in Frankfurt auszusprechen, die Aufbietung eines Reichsheeres und die Vorlage eines Finanzetats in der Höhe von fünf Millionen für die Monate Juni und Juli anzuordnen.



Franz Raveaux.

Da solche Beschlüsse mit der offenen Gutheißung der Revolution gleichbedeutend waren, untersagte der Minister Römer, derselbe, welcher für Einberufung des Vorparlamentes damals so eifrig gewirkt hatte und als Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung mit patriotischer Begeisterung für die Einigung Deutschlands eingetreten war, endlich am 17. Juni die Abhaltung von ferneren Sitzungen des Rumpfparlaments im Ständesaal der württembergischen Kammern. Als trotzdem für den folgenden Tag eine neue Sitzung im Reithause zu Stuttgart anberaumt wurde, ließ er — in Erwägung, daß die Kräfte von Württemberg nicht ausreichten, den Forderungen der von ihm freilich als Träger der Volkssouveränetät anerkannten Nationalversammlung zu genügen — die Zugänge zu demselben durch Militär sperren und die Einlaß Begehrenden schonend, aber entschieden zurückweisen. Dem Minister, der damit gleichsam seinem eigenen Werke den Todesstoß versetzen mußte, mag dieser Schritt schwere Ueberwindung gekostet haben, und schwere Vorwürfe von Seiten der extremen Parteien sind ihm nicht erspart worden; aber unbeschadet seiner Ueberzeugungstreue für die freiheitliche und nationale Sache durfte, ja mußte er diesen Schritt thun, dessen Unterlassung den Lauf der Dinge zwar nicht wesentlich geändert, aber jedenfalls die Opfer jener unglücklichen Zeit nutzlos vermehrt hätte.

Dem Rumpfparlament blieb unter solchen Umständen, da die beabsichtigte Verlegung desselben nach Karlsruhe durch das Einrücken der preußischen Truppen in die badische Hauptstadt vereitelt wurde, nur die Selbstauflösung übrig. Man einigte sich dahin, der Reichsregentschaft die Bestimmung über Zeit und Ort des Wiederzusammentritts zu überlassen, und ging auseinander. — So endigte eine Versammlung von Volksvertretern, welche die größten Hoffnungen erregt, die Erwartung selbst auf das Aeußerste gespannt, die jedoch

ihr Ziel dadurch verfehlt hatte, daß sie das Erreichbare verschmäht, den gegebenen Verhältnissen keine Rechnung getragen, die Zeit, in welcher die Herstellung eines Verfassungswerkes für das Deutsche Reich möglich gewesen, durch allerlei unfruchtbare Erörterungen über die Grundrechte des Volkes vergeudet, ihre Wurzel im Volke durch politische Parteigetriebe selbst vernichtet, endlich ihre Kraft vollkommen überschätzt und eine solche Verwirrung herbeigeführt hatte, daß ihrem letzten Ueberreste ein Schluß, welchen man als eine Gewaltmaßregel bezeichnen konnte, sogar noch als ein ehrenhafter Ausgang willkommen sein mußte.

Auf den Fortgang der inneren politischen Verhältnisse Preußens war diese Entwicklung der Dinge in Deutschland natürlich nicht ohne Einfluß geblieben. Zwar fehlte es namentlich unter dem preußischen Adel nicht an Männern, die, in den Vorurtheilen eines engherzigen Partikularismus befangen, in einer festeren Verbindung Preußens mit den übrigen deutschen Bundesstaaten kein Heil für das engere Vaterland erblickten; auch stellte Preußen zu den unversöhnlichen Parteien der Radikalen und Ultramontanen einen nicht unerheblichen Bruchtheil; aber die große Mehrheit des preußischen Volkes war doch von einem aufrichtigen deutschnationalen Patriotismus beseelt, und in allen Schichten desselben zeigte sich deshalb über die Ablehnung der deutschen Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm eine mehr oder minder tiefe Verstimmung. Den lebhaftesten Ausdruck fand dieselbe erklärlicher Weise in den beiden Kammern des Landtages, welche, wie erwähnt, auf Grund der im Dezember 1848 verliehenen Verfassung einberufen und am 26. Februar 1849 feierlich eröffnet worden waren.

Die Zusammensetzung der neugewählten Kammern zeigte noch die Schwankungen der Volksstimmung nach der vorherrschenden Zeitströmung. Die erste Kammer, welche außer dem seßhaften Grundadel und den größeren Industriellen die höhere Beamtenwelt, insbesondere die Oberpräsidenten, bez. Regierungspräsidenten, und die vormärzlichen Minister und Diplomaten in sich vereinigte, bot einen überwiegend bureaukratischen Charakter. Neben den Ministern aus der Zeit der konstituirenden Nationalversammlung, die ihren Sitz theils im rechten und linken Centrum, theils auf der Linken nahmen, traten jetzt zum ersten Male im parlamentarischen Leben zwei Männer, Professor Friedrich Julius Stahl und Gerichtspräsident Ernst Ludwig von Gerlach, auf, welche lange Zeit hindurch für die Orakel der heranwachsenden Reaktionspartei gelten sollten. Beide verstanden es, die auf romanisch-katholischem Boden entstandenen Anschauungen über Staat und Recht für den Bedarf der preußischen Reaktion zu verwerthen und den lokalen Zuständen des preußischen Staatslebens anzupassen. Hierbei gingen sie im Wesentlichen von einem Gemisch theokratischer, absolutistischer und feudalistischer Ideen aus, wie man sie in den Schriften des savoyischen Grafen Joseph de Maistre, des Franzosen Vicomte de Bonald und des Schweizers Albrecht von Haller findet, ohne daß es ihnen gelungen wäre, ihren Aussprüchen so starken Halt zu verleihen, wie ihn das fest zusammenknüpfende Band des Katholizismus gewährt. Durch den nothwendigen Zusatz lutherischer Orthodoxie konnte jener Mangel nicht verdeckt werden. Aber gerade diese Verengung und Verflachung des „Systems vom (sogenannten) christlich-germanischen Staat" verschaffte den betreffenden Anschauungen für den Augenblick um so leichtere Verbreitung.

In der zweiten Kammer hingegen sah man alle möglichen Parteischattirungen vertreten, deren äußerste Standpunkte auf der einen Seite durch hervorragende Volksführer aus der aufgelösten Nationalversammlung, wie v. Unruh, Waldeck, Temme, Jacoby &c., auf der andern durch Schildträger des alten Preußenthums, wie Graf Arnim-Boitzenburg, v. Kleist-Retzow, Graf Renard, v. Bodelschwingh, Otto v. Bismarck-Schönhausen u. A., bezeichnet wurden. Dazu hatten, um in Berlin nachhaltiger zu wirken, Männer wie Graf Max v. Schwerin, Freiherr Georg v. Vincke, Heinrich Simon aus Breslau, Ludwig Simon aus Trier u. A. der Paulskirche in Frankfurt

den Rücken gewandt, wo indessen namentlich die beiden Letztgenannten durch ihren zahlreichen Anhang immerhin noch genügenden Einfluß übten, um bei der zweiten Verfassungsberathung die Annahme der oben besprochenen demokratischen Aenderungen durchzusetzen.

Zunächst führte freilich die ernste Lage des Vaterlandes sowol die Konservativen als auch die gemäßigt Liberalen in dem einen Gedanken zusammen, der noch immer drohenden Revolution entgegenzutreten und, von der Verfassung vom 5. Dezember ausgehend, an dem Grundsatze der konstitutionellen Monarchie unter der erblichen Regierung des Hauses Hohenzollern festzuhalten.

Ernst war die Lage in der That. An den Gestaden der Ostsee, wo soeben Dänemark dem uneinigen Deutschland zum zweiten Male den Fehdehandschuh hingeworfen, an der Theiß, wo die Ungarn für die Unabhängigkeit ihres Vaterlandes kämpften, an den Ufern des Tessino, wo der kaiserliche Marschall Graf Radetzky sich mit den aufständischen Lombarden und den sardinischen Heeren herumschlug, endlich auch in den gesegneten Gauen des Rheins und des badischen Oberlandes, wo die Männer mit Heckerhut und Hahnenfeder meinten, die demokratisch-soziale Republik ins Leben rufen zu können — ringsum an den Grenzen sah man Wetterleuchten und Waffenblitzen.

Während die beiden mächtigen Nachbarn im Osten und Westen scheelsüchtig auf die Entwicklung der Dinge in Deutschland blickten, hatte Oesterreich offen mit der Frankfurter Nationalversammlung gebrochen und ernste Bedenken gegen ein weiteres Vorgehen Preußens in der deutschen Frage zu erkennen gegeben. Im Innern Deutschlands, in Sachsen, Westfalen, Württemberg, glühte unter der Asche der Aufruhr; mit jedem Augenblicke mußte man gewärtig sein, die Lohe aufschlagen zu sehen.

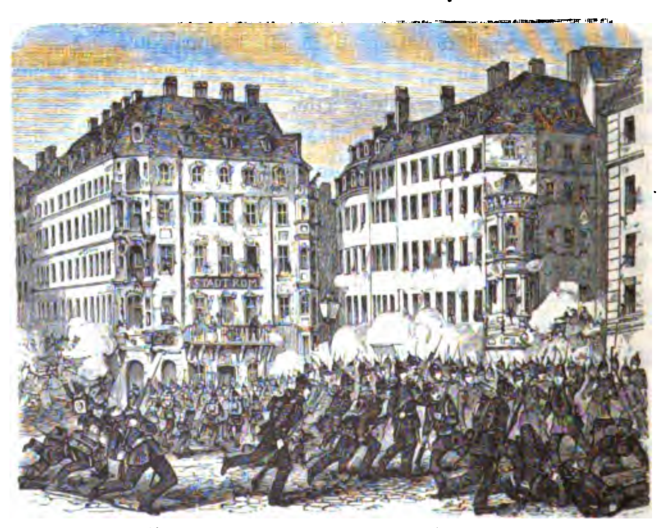
Gegen die von dieser Seite drohenden Gefahren einmüthig einzustehen, waren alle Mitglieder der preußischen Kammern entschlossen; aber wie Preußen am besten diesen Gefahren begegnen könne, wie es sich namentlich der wichtigsten, der deutschen Frage, gegenüber zu verhalten habe, darüber gingen die Ansichten der liberalen Partei und die der Konservativen weit auseinander. Letztere, die sich auch in der neuen Kammer noch entschieden in der Minderheit befanden, hielten es im Grunde für das Beste, daß der preußische Staat sich ganz auf sich selbst zurückziehe, jede Gemeinschaft mit den deutsch-nationalen Bestrebungen ablehne und nicht Deutschlands, sondern vor Allem Preußens Macht zu wahren und zu mehren suche. Die liberale Mehrheit dagegen war einig in der Ueberzeugung, daß das Wohl und Interesse Preußens von dem Wohl und Interesse des deutschen Gesammtvaterlandes nicht zu trennen sei, daß Preußen den Beruf und die Pflicht habe, die Leitung dieses Gesammtvaterlandes zu übernehmen, und daß es dabei selbst vor Gefahren nicht zurückschrecken dürfe, deren schließliche Ueberwindung seine eigene innere Kraft und Festigkeit verbürge. Der König selbst theilte im Grunde diese letztere Ansicht, aber seine unerschütterliche Ueberzeugung von dem Gottesgnadenthum des königlichen Berufes warf ein schweres Gegengewicht in die Wagschale. Auch zweifelte er wol nicht ernstlich an der dem preußischen Staatswesen innewohnenden Kraft, aber als Friedensfürst im eigentlichsten Sinne des Wortes schreckte er vor der ernstlichen Probe zurück, zumal da bei der feindseligen Haltung Oesterreichs diese Probe voraussichtlich in einem Bürgerkriege gemacht werden mußte. — An einflußreichen Personen in der Umgebung des Königs, welche diese seine Bedenken zu zerstreuen suchten, fehlte es nicht; was aber diesen nicht gelang, das war für die Kammern von vornherein ein aussichtsloses Bemühen und konnte nur dazu führen, den kaum gemilderten Gegensatz zwischen dem Monarchen und der Volksvertretung von Neuem zu verschärfen.

Allerdings erkannten selbst zahlreiche liberale Abgeordnete an, daß die Reichsverfassung, wie sie am 28. März vom Frankfurter Parlament beschlossen sei, nicht in allen Theilen ihren Ueberzeugungen entspreche; aber im Hinblick auf die Gefahr, daß bei längerem Zögern das mit so großen Hoffnungen begonnene Werk der deutschen Einigung

überhaupt scheitern könne, waren sie mit der Mehrheit zur Annahme dieser Verfassung entschlossen, um dadurch einen Druck auf die Entschließung des Königs auszuüben und auch ihn zur Annahme der Verfassung und damit zugleich zur Annahme der ihm gebotenen deutschen Kaiserkrone zu bewegen.

Wir wissen, daß dies nicht gelang. Aber selbst nach der ablehnenden Antwort, welche Friedrich Wilhelm IV. der Kaiserdeputation zutheil werden ließ, gab die liberale Mehrheit der zweiten Kammer noch nicht alle Hoffnung auf. Wiederholt kam es zu stürmischen Auftritten in den Sitzungen. In begeisterter Rede forderte vor Allem Georg v. Vincke die Minister auf, den Augenblick nicht vorübergehen zu lassen, da die Geschicke Deutschlands in die Hand Preußens gelegt seien, und unbekümmert um die Drohungen der Feinde und Neider Preußens sich getrost auf die öffentliche Meinung der großen Mehrheit des deutschen Volkes zu stützen. Am 21. April gab darauf der Minister Graf Brandenburg die Erklärung ab, daß die Minister sich außer Stande sähen, dem Könige die Annahme der Reichsverfassung und der deutschen Krone anzurathen; denn die Hoffnung, alle deutschen Staaten außer Oesterreich durch freiwilligen Beitritt zu einem Bundesstaate unter preußischer Führung zu verbinden, sei gescheitert, und die Weigerung der Nationalversammlung, die von der preußischen Regierung vorgeschlagenen Aenderungen der Reichsverfassung vorzunehmen, lasse die zwangsweise Durchführung derselben ohne Bürgerkrieg unmöglich erscheinen. „Ich erkenne die Macht der öffentlichen Meinung an", so schloß er seine denkwürdige Rede, „aber man darf nicht rücksichtslos das Schiff den Winden und Strömungen überlassen, sonst wird es niemals den sicheren Hafen erreichen — niemals, niemals, niemals!" Trotzdem lief das Ende der Debatten doch darauf hinaus, daß die Reichsverfassung mit 175 gegen 159 Stimmen anerkannt wurde. Im Stillen rechneten die Gegner der Regierung darauf, das Ministerium werde solchem Beschlusse gegenüber seine Entlassung nehmen. Sie hatten sich geirrt: die Minister blieben am Ruder, und die zweite Kammer, welche noch dazu kurze Zeit darauf den Antrag Waldeck's, die Fortdauer des Belagerungszustandes für ungesetzlich zu erklären, annahm, wurde Ende April aufgelöst.

Preußen hatte damit auch dem damals noch in Frankfurt tagenden Parlament seinen Absagebrief geschrieben; wenige Tage später erschienen preußische Truppen in Dresden, um den König von Sachsen in seine Hauptstadt zurückzuführen, und bald auch in Baden und in der Pfalz, um die dort ausgebrochenen Aufstände niederzuwerfen und die Wiederherstellung der Ordnung und der Herrschaft des Gesetzes zu bewirken.



Niederwerfung des Aufstandes in Dresden.
Erstürmung der Stadt Rom und Besetzung der Frauengasse.



Der Prinz von Preußen vor Rastatt. Zeichnung von L. Burger.

Preußen gegen die Umsturzbewegungen.

In Dresden war die Niederwerfung des Aufstandes ohne wesentliche Anstrengung gelungen; in Baden und in der Pfalz dagegen machte die weitaus größere Ausdehnung der Aufruhrsbewegungen und die Betheiligung eines Theiles der Landestruppen an denselben einen förmlichen Feldzug nöthig. Hier war, trotz des freisinnigen Entgegenkommens der Regierung und trotz des unrühmlichen Ausganges der ersten republikanischen Schilderhebung, die Gährung unter den Massen seit den Märztagen eigentlich nie zum Stillstand gekommen. Vergebens suchten besonnene Liberale, wie Welcker, Bassermann, Matthy u. A., die bethörte Menge dem Einfluß der republikanischen Agitatoren zu entziehen. Unablässig und mit wachsendem Erfolg wühlten und schürten diese in der Presse, in Versammlungen und namentlich in den neu gegründeten Volksvereinen weiter; es gelang ihnen sogar, in der Landesarmee eine nicht unbeträchtliche Zahl von Anhängern zu gewinnen und dadurch die Disziplin und Zuverlässigkeit jener bedenklich zu lockern. Zwar fehlte dieser republikanischen Agitation ein allseitig anerkannter, einflußreicher Führer wie Fr. Hecker, der nach dem Mißlingen des ersten badischen Aufstandes vom Schauplatz abgetreten und nach Amerika gegangen war, und den Männer wie Struve, Fickler, Brentano u. A., weil sie unter sich vielfach uneinig waren, nur theilweise zu ersetzen vermochten; dennoch war zu Anfang des Jahres 1849 für eine neue republikanische Schilderhebung Alles so weit vorbereitet, daß es für den Ausbruch derselben nur eines geeigneten Anlasses bedurfte. Ein solcher Anlaß war nun die Erklärung der Frankfurter Nationalversammlung vom 4. Mai, durch welche nach der Ablehnung der Kaiserkrone von Seiten Preußens das deutsche Volk zum Schutze und zur Durchführung der Reichsverfassung aufgerufen wurde.

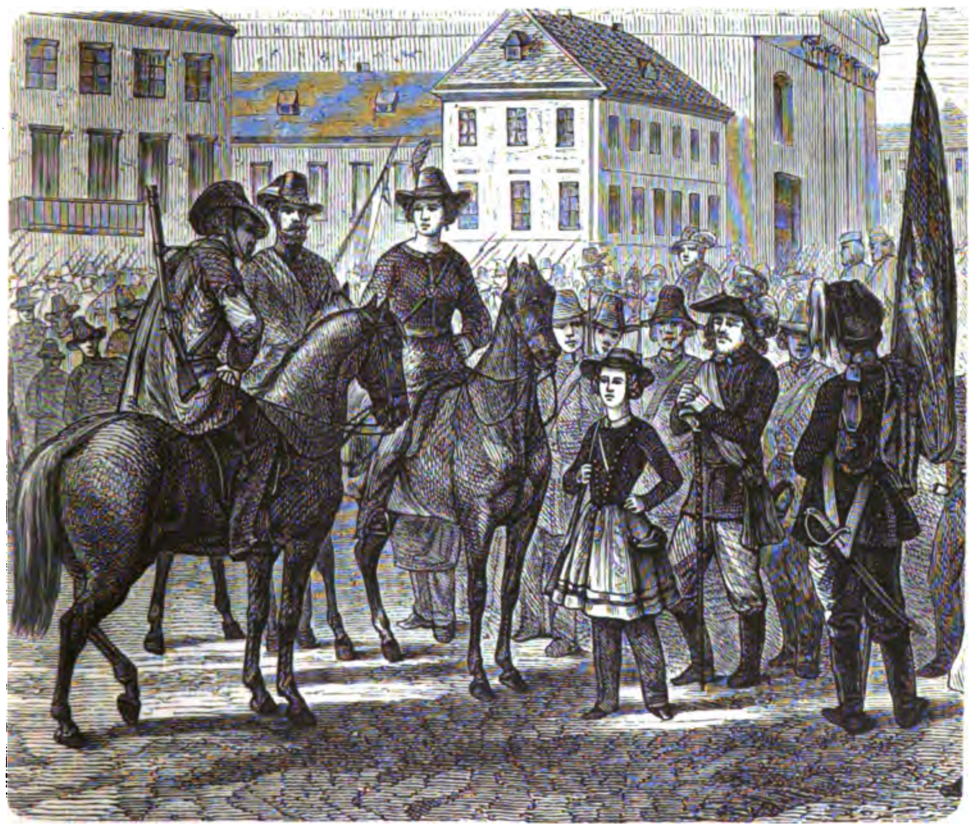
Die allgemeine Mißstimmung über den unerfreulichen Gang der deutschen Verfassungs- und Einigungsfrage ihren Zwecken dienstbar zu machen, fiel den auf jenen Aufruf sich stützenden republikanischen Führern jetzt nicht schwer. Am 9. Mai kam in Rastatt eine Militärrevolte zum Ausbruch, ähnliche Putsche folgten in den nächsten Tagen in anderen Städten Badens und der Pfalz, am 13. Mai erbrach und plünderte der Pöbel das Zeughaus zu Karlsruhe, und das Militär verbrüderte sich hier wie an anderen Orten mit den Volksmassen. Nur ein kleiner Theil der Armee, voran das Offiziercorps, blieb ihrem dem Landesherrn geleisteten Eide treu. Unter ihrem Schutze verließ der Großherzog, der sich in seinem Residenzschlosse nicht mehr sicher fühlte, die Hauptstadt des Landes und rettete sich unter die Kanonen von Germersheim und von dort nach dem Elsaß.



Struve. Mieroslawski. Brentano. Bönning. Hauptmann Greiner.
Nach einem zeitgenössischen Bilde.

Das gräßliche Schauspiel des Bürgerkrieges verbreitete sich jetzt über ganz Baden. Die alsbald unter dem Vorsitz des Advokaten Brentano gebildete provisorische Regierung, von der sofort eine konstituirende Versammlung, fast ausschließlich aus Republikanern bestehend, einberufen ward, verlegte ihren Sitz nach Karlsruhe. Nur mit Mühe vermochte Brentano die sofortige Absetzung des Großherzogs und die Ausrufung der Republik zu verhindern; dagegen wurde die Verbrüderung mit der Pfalz, wo gleichzeitig der Aufstand in hellen Flammen ausgebrochen war, beschlossen, und auch nach dem benachbarten Württemberg und nach Hessen suchten die Apostel des Umsturzes die Fackel des Aufruhrs zu tragen. Jedoch die großherzoglich hessischen Truppen blieben ihrem Landesherrn treu, ja sie rückten sogar in das aufständische Gebiet ein, besetzten die Bergstraße und die benachbarten Theile

der Pfalz und schlugen sich in kleinen Scharmützeln mit den Aufständischen, an deren Spitze die Polen Mieroslawski und Sznayde und von einheimischen Offizieren Blencker, Sigel u. A. standen, herum, vermochten es jedoch nicht, gegen die Uebermacht derselben energisch vorzugehen. Inzwischen hatte der Großherzog von Baden die machtlose deutsche Centralgewalt vergebens um Hülfe gebeten. Zwar ließen aus eigenem Antriebe Württemberg und Nassau einige Bataillone zu den großherzoglich hessischen Truppen stoßen und brachten auf diese Weise eine Art Reichsheer unter dem Oberbefehl des Generals Peucker zu Stande, aber von diesem allein ließ sich die Niederwerfung des Aufruhrs nicht erwarten. In letzter Stunde wandte sich deshalb der Großherzog von Baden im Verein mit den Regierungen der vom Umsturz zunächst bedrohten Nachbarländer an Preußen und ersuchte um bewaffneten Beistand.



Ankunft von Führern des badischen Aufstandes in Karlsruhe.
Nach einem zeitgenössischen Bilde.

In Rücksicht auf die täglich steigende Gefahr wurde dieser von Friedrich Wilhelm IV. bereitwillig zugesagt und daran nur die eine Bedingung geknüpft, daß nach Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in den betreffenden Ländern keine Preußen feindlich gesinnten Ministerien eingesetzt würden.

Des Königs Bruder, der Prinz von Preußen, wurde dazu ausersehen, den Wirren und der Zerrüttung im südwestlichen Deutschland ein Ende zu machen. Am 8. Juni erfolgte seine Ernennung zum Oberkommandirenden der preußischen Operationsarmee in Baden und in der Pfalz, und bereits am 13. Juni traf er, einem unterwegs auf ihn ausgeführten Attentat glücklich entgangen, bei seinem Corps ein, welches sich auf dem Marsche in der Richtung nach Kreuznach und Alzey befand. Dem gemeinsamen Vorgehen der Preußen und der Reichsarmee gegenüber hielten die Aufständischen in der

Pfalz nicht lange Stand. Schon nach dem ersten Zusammenstoße mit dem Feinde in den Gefechten bei Homburg und Annweiler war es möglich, Schlüsse auf den Verlauf des Feldzuges zu ziehen; die Aufständischen, deren Streitmacht damals auf 10,000 Mann mit acht Geschützen angenommen wurde, wußten ihre Kräfte ebenso wenig zu gebrauchen, als sie es verstanden, die Gunst des Terrains, das die Anwendung der Reiterei fast gänzlich ausschloß, auszunutzen.

Die am 17. Juni erfolgte Einnahme von Ludwigshafen konnte bereits als ein wichtiges Ergebniß gelten. Die provisorische Regierung der Pfalz hielt sich in Kaiserslautern nicht mehr für sicher und flüchtete nach Neustadt a. d. Haardt. Auch hier war ihr keine lange Rast gegönnt.

Niederwerfung des Aufstandes in der Pfalz. Die kriegerische Aktion in der Pfalz eilte rasch seinem Ende zu. Am 18. fand die Entsetzung der braven bayerischen Garnison von Landau statt, welche nicht allein von Freischaren, sondern auch von der unzuverlässigen Bürgerschaft vielfach bedroht und in Athem gehalten worden war; hierauf wurde die Umgegend von Germersheim von den Schwärmen der Freicorps gesäubert, und der bayerische General Fürst von Thurn und Taxis konnte nunmehr die der bayerschen Herrschaft wiedergewonnene Provinz besetzen.

Als die provisorische Regierung die Gefahr immer näher rücken sah, beeilte sie sich, ihre Kassenbestände und sich selbst in Sicherheit zu bringen, und das Volksheer rückte mit seinen Kanonen und einem unendlich langen Troß gleichfalls in Baden ein. Der Vortrab mit der Artillerie langte Mittags in Karlsruhe an, das etwa noch 6000 Mann starke Corps unter General Sznayde folgte am Abend; die Nachhut unter General v. Willich gelangte erst am Mittag des 19. zur Stadt. Bei letzterer befand sich auch Brentano, der Chef der Interimsregierung.

Bei den Bewegungen der Hauptarmee kam es am 20. zu einem unbedeutenden Zusammenstoß bei Wiesenthal, in welchem Prinz Friedrich Karl am Arme verwundet wurde. Am 21. fand ein ernsteres Treffen bei Waghäusel statt, das, Anfangs ungünstig für die Preußen, durch rechtzeitiges Eintreffen von Verstärkungen mit ihrem Siege und einer vollständigen Niederlage Mieroslawski's endete. Die Ueberbleibsel des geschlagenen Heeres suchten nach der Murg zu entkommen oder Rastatt zu gewinnen.

Unterdessen hatte auf dem Marsche nach Karlsruhe das badisch-pfälzische Volksheer Verstärkungen herangezogen, und ein bei der Landeshauptstadt gesammelter größerer Heerhaufe es versucht, zu demselben Zwecke den südwärts marschirenden Kameraden die Hand zu reichen. Die letztgenannte Truppe stieß am 23. Juni bei Upstadt auf das erste preußische Armeecorps, das sofort seine Richtung änderte, um dem Feinde im Rheinthal zuvorzukommen. So geschah es, daß jener Heerhaufen den vormarschirenden preußischen Kolonnen, bei welchen der Prinz sich befand, in den Weg gerieth und sich zum Kampfe genöthigt sah. Auch dieser endigte nicht zum Vortheil der Aufständischen. Aber trotz mehrfacher Niederlagen, und wiewol sie bisher immer nur in rückläufiger Bewegung sich befanden, hatten die Führer des Volksheeres den Muth noch nicht verloren. Sie hielten am 24. bei Neudorf und Bruchsal und am folgenden Tag bei Durlach, wenn auch ohne Erfolg, Stand. Noch immer 10,000 Mann stark, waren sie entschlossen, die schon durch ihre natürliche Beschaffenheit zur Vertheidigung geschaffene Murglinie unter Aufwendung aller Kräfte zu halten.

Einzug in Karlsruhe. Die provisorische Regierung sah sich jetzt genöthigt, zum dritten Male ihr Heil in der Flucht zu suchen. Dem Vordringen der Preußen nach Karlsruhe vermochte sie ein weiteres Hinderniß nicht mehr entgegen zu setzen, und suchte deshalb Sicherheit hinter den Mauern von Rastatt. Der Einzug der Sieger in die Hauptstadt erfolgte Mittags am 25. gegen 3 Uhr. Von einem glänzenden Gefolge umgeben, durchritt der Prinz von Preußen an der Spitze seiner Truppen die Straßen der wieder aufathmenden Residenz.

Aber mit der Besetzung von Karlsruhe war die Bewältigung des Aufstandes noch keineswegs bewirkt. Der Weitermarsch sämmtlicher Corps richtete sich nun auf Rastatt. — Bei der Bedeutung, welche dieses als Reichsfestung hatte, lag es auf der Hand, daß es den Aufständischen nicht gelassen werden durfte. Um so größer erschien das Wagniß, den Platz gegen einen trefflich ausgerüsteten und wohlgeführten Feind vertheidigen zu wollen. Nachdem Mieroslawski die Neckarlinie verloren, hätten die friedliebenden Einwohner Rastatts gewiß den Preußen lieber die Thore geöffnet, als einen nutzlosen Widerstand länger fortgesetzt. Allein die abtrünnige Soldateska, die bestimmt wußte, welches Schicksal ihr bevorstand, dachte trotz des geringen Vorraths an Munition und Proviant anders, und die von ihr gewählten Offiziere mußten ihren Untergebenen gehorchen.



Vertheidigung einer Schanze bei Kuppenheim durch die Badischen.

Am 28. Juni setzte sich die gesammte Operationsarmee in drei Kolonnen, das Gros unter der Führung des Prinzen von Preußen im Centrum, die Reichstruppen unter General v. Peucker auf dem linken und ein preußisches Corps unter dem General von der Groeben auf dem rechten Flügel, nach der Murglinie in Bewegung. Schritt für Schritt und unter beständigen Gefechten wurden die nur langsam weichenden Aufständischen zurückgedrängt. Noch am Abend gelangte General Peucker nach Rauenthal, dreiviertel Stunden unterhalb Rastatt. Wiewol arg bedrängt, gaben die Führer des Volksheeres den Tag noch nicht verloren. Sie vertheidigten vielmehr noch mehrere feste Punkte im Murgthale, vornehmlich die Schanzen bei Kuppenheim, mit Entschlossenheit und nicht ohne Erfolg; bis spät in die Nacht hinein war das Kleingewehrfeuer vernehmbar.

Am 29. Juni in aller Frühe fand ein neuer Angriff auf den nun in und um Rastatt von drei Seiten eingeschlossenen Feind statt. Siegesgewiß griffen die Preußen dessen feste Stellung im Niederwald und zugleich die Brücke von Kuppenheim an, doch gelang es den Aufständischen, ihnen den Sieg streitig zu machen. Erst am folgenden Tage (30. Juni) fiel die Entscheidung.

Von allen Seiten energisch angegriffen, vermochten die Badischen sich nicht länger in ihren Stellungen bei Kuppenheim zu behaupten. Mieroslawski und Sigel gaben die Sache,

der sie bisher gedient hatten, verloren und retteten, Rastatt sich selbst überlassend, sich und die Trümmer ihres Heeres in die Schweiz.

Fall von Rastatt. In Rastatt blieben infolge dessen nur etwas mehr als 5000 Mann zurück, deren Zahl sich schon in den nächsten Tagen durch zunehmende Desertion beträchtlich verminderte. Aber trotzdem und trotz bedenklicher Unruhen, die in der Stadt selbst ausbrachen, lehnten die Parteiführer, immer noch auf Entsatz hoffend, das Ansinnen des Generals von der Groeben, ihm den Platz zu übergeben, entschieden ab. Als infolge dessen die ernstliche Beschießung begann, suchte man zur Erwirkung günstiger Bedingungen für die Eingeschlossenen mit dem General Verhandlungen anzuknüpfen. Aber dieser forderte Ergebung auf Gnade und Ungnade. Nach kurzem Versuch, den Widerstand fortzusetzen, mußten sich die Belagerten zur Annahme der Forderung entschließen. Am 23. Juli verließen Volkswehr und Soldaten die Festung und streckten, auf Gnade und Ungnade sich ergebend, auf dem Glacis die Waffen.

Inzwischen waren auch die letzten noch im Felde stehenden Scharen der Aufständischen zersprengt, gefangen oder zum Uebertritt auf Schweizer Gebiet gezwungen worden. Die konstituirende Versammlung hatte sich schon längst aufgelöst Auch die provisorische Regierung hatte ihre Rolle ausgespielt; ihre hervorragendsten Mitglieder waren nach der Schweiz entkommen, nicht ohne zuvor die heftigsten Beschuldigungen gegen einander zu schleudern und Verrath am Vaterlande sich gegenseitig vorzuwerfen. Mit der Einnahme von Rastatt war die Zurückführung des Landes zur Ruhe und Ordnung so gut wie beendet, und zwar allein durch preußische Truppen; denn mit vollem Rechte hatte der Prinz von Preußen die gegen Ende des Feldzuges angebotene österreichische Hülfe zurückgewiesen, weil er nicht im Namen der deutschen Centralgewalt, sondern ausschließlich und allein im Namen Preußens den Feldzug unternommen habe und zu Ende zu führen gedenke.

Strenge Kriegsurtheile ergingen nun über die Führer und Leiter des Aufstandes und über die an demselben hervorragend betheiligten Personen, so weit man ihrer habhaft geworden war; manche mußten mit dem Leben, viele im Gefängniß oder in den Kasematten von Rastatt ihre politischen Verirrungen büßen. Zu den Ersteren gehörte u. A. Maximilian Dortu aus Potsdam, dann A. v. Trützschler aus Sachsen, Lindemann aus Heidelberg, der alte weißbärtige Bönning. Einigen der Verurtheilten gelang es, sich der Verbüßung der Strafe durch die Flucht zu entziehen, so dem Dichter Gottfr. Kinkel, den später seine Gattin und der Student Karl Schurz — der nachmalige amerikanische Staatsmann und Minister — aus dem Gefängniß befreiten. Viele am Aufstande Betheiligte, welche sich rechtzeitig in Sicherheit gebracht hatten, suchten und fanden zum Theil im Auslande, namentlich in Amerika, neue Wirkungskreise. Dorthin kehrte auch Fr. Hecker zurück, welcher, auf die Kunde von dem Aufstande nach Europa geeilt, Mitte Juli in Straßburg eingetroffen war, sich dort aber bald überzeugt hatte, daß wiederum bereits Alles verloren und auch sein Name nicht mehr im Stande sei, das Volk zu weiteren Opfern an Gut und Blut zu begeistern.

Der Großherzog von Baden, am 19. Juli in seine Hauptstadt zurückgeführt, that sein Möglichstes, um die schmerzlichen Wunden zu heilen, welche der unselige Aufstand seinem Lande geschlagen hatte, und schneller als anderwärts gelang dies dem wohlwollenden Regiment des edlen Monarchen und seines gleich trefflichen Nachfolgers.

Der Prinz von Preußen, mit Ehren und Auszeichnungen überhäuft, kehrte im Oktober nach Potsdam zurück. Zur Erinnerung an seinen ersten Sieg, dem bald größere und vor Allem schönere Siege folgen sollten, wurde auf Befehl des Königs eine von Kiß modellirte Statue des Erzengels Michael, der den Drachen tödtet, im Park von Babelsberg aufgestellt.

Der vollständige Bruch mit dem Frankfurter Parlament und die energische Mitwirkung der preußischen Truppen bei der Niederwerfung der Aufstände im südlichen und mittleren Deutschland hatte den schon bei der Ablehnung der Kaiserkrone von Friedrich Wilhelm IV.

ausgesprochenen Entschluß der preußischen Regierung bestätigt, fortan in der deutschen Frage ihre eigenen Wege zu wandeln und von ihrem eigenen Gesichtspunkte aus die Lösung des gestrandeten Einigungswerkes zu versuchen. Aber früher schon war, wie wir sahen, von Oesterreich ein ähnlicher Entschluß gefaßt worden. Auch die österreichische Regierung beabsichtigte, in der deutschen Frage ihre eigenen Pfade zu verfolgen, und diese mußten sich mit denen der preußischen Regierung nothwendig kreuzen. Preußen wollte die Stärkung Deutschlands, um der Uebermacht Oesterreichs ein Gegengewicht zu bieten; Oesterreich wollte die Schwächung Deutschlands und höchstens eine Stärkung der Mittelstaaten, um diese dann um so sicherer seinen Interessen dienstbar zu machen. Ein Wettkampf zwischen Oesterreich und Preußen mußte sich mit Nothwendigkeit daraus entwickeln, ein Wettkampf, der, anfänglich mit den heimtückischen Waffen der Diplomatie geführt, mit einer schweren, fast schmachvollen Niederlage Preußens begann, am letzten Ende aber mit den offenen und ehrlichen Waffen der realen Macht zu Gunsten des preußischen Staates und zum Heile der deutschen Sache um so ruhmvoller entschieden wurde.



Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Radetzky und König Viktor Emanuel.

Oesterreichische Siege über die Revolution. Ehe sich jedoch Oesterreich der Verfolgung seiner eigennützigen Pläne und Absichten in Deutschland voll und ganz hingeben konnte, mußte es mit den rebellischen Unterthanen seiner außerdeutschen Nebenländer fertig zu werden suchen. Das Glück war ihm dabei außerordentlich günstig. Das erste Jahr des italienischen Freiheitskampfes, den der als „das Schwert Italiens" gefeierte König Karl Albert von Sardinien mit mehr Begeisterung als Glück leitete, und dem anfänglich auch der nationalgesinnte Papst Pius IX. seine Unterstützung nicht versagte, hatte Dank der Tapferkeit des kaiserlichen Heeres unter dem Befehle des Grafen Radetzky mit einem die Niederlage der Italiener fast besiegelnden Waffenstillstande geendigt. Der Papst hatte sich darauf der nationalen Sache abgewendet, aber der ritterliche Karl Albert gab dieselbe noch nicht für verloren. Von Neuem stellte er sich im Beginn des Jahres 1849 an die Spitze des mit rühmlicher Hingebung und Begeisterung für seine nationale Freiheit und Unabhängigkeit eintretenden Volkes in Norditalien, aber von Neuem entschied das Kriegsglück zu Gunsten Oesterreichs. Der Sieg der Oesterreicher bei Novara am 23. März machte den ferneren Widerstand, den die Stadt Venedig und kühne Freischaaren unter der Führung Garibaldi's noch eine Zeit lang fortsetzten, vollkommen nutzlos, und

völlig gebrochen legte König Karl Albert die Krone nieder zu Gunsten seines gleichgesinnten Sohnes Viktor Emanuel, dem ein günstigeres Geschick die Befreiung und Einigung Italiens vorbehielt. Für den Augenblick aber sah sich dieser trotz des Opfermuthes seines Volkes, das auch jetzt noch den Kampf fortzusetzen entschlossen war, zum Waffenstillstand und bald darauf zum Frieden genöthigt, welcher die Macht und den Einfluß Oesterreichs in der Lombardei und in den italienischen Schutzstaaten Parma, Modena und Toscana wieder herstellte, das erschütterte Königreich Neapel von Neuem befestigte und als einen neuen Feind der Einigung Italiens unter einer kraftvollen nationalen Monarchie die Franzosen in das unglückliche Land führte, das eine mit erschreckender Rücksichtslosigkeit auftretende Reaktion mit ehernen Fesseln in seiner Ohnmacht festzuhalten suchte.

Unter der Führung Radetzky's hatten die österreichischen Heere in Italien mit Auszeichnung gefochten; seine Erfolge auf dem italienischen Kriegsschauplatze hatte sich Oesterreich unbestritten selbst errungen. Unrühmlich und durchaus nicht ehrenvoll war dagegen der Sieg Oesterreichs über den gleichzeitigen ungarischen Aufstand.

Die Ungarn hatten den jungen Thronfolger in Oesterreich, der im Dezember 1848 zur Regierung gelangte, wegen des Umschwunges der österreichischen Politik nicht anerkannt und den bisher gegen die aufsässigen Nebenländer der Stephanskrone geführten Krieg gegen Oesterreich und das Haus Habsburg selbst gerichtet, die Absetzung des letzteren und die Errichtung einer freien ungarischen Republik proklamirt. Mit der ganzen ungebändigten Wildheit des magyarischen Stammes folgten die Pußtenbewohner ihren Führern: Kossuth, Görgei, Klapka, Kiß u. A., in den Kampf und errangen nach einigen anfänglichen Niederlagen bald Siege auf Siege. Aber der übereilte Schritt der Proklamirung der Republik bot der österreichischen Regierung, die allein des Aufstandes nicht Herr zu werden vermochte, eine Handhabe, um den erbittertsten Feind aller republikanischen Bewegungen, den Kaiser Nikolaus von Rußland, zum hülfreichen Einschreiten zu bestimmen. Ein großes russisches Heer unter Fürst Paskiewitsch rückte in Ungarn ein, und diesem, nicht den Oesterreichern, ergab sich nach verzweifeltem Widerstande das ungarische Volksheer.

Mit einigem Recht durfte sich deshalb Nikolaus als den Ueberwinder Ungarns betrachten, das er mit dem Selbstgefühl des mächtigen Zaren gleichsam als großmüthiges Geschenk dem österreichischen Herrscherhause zurückgab. Damals glaubte sich Nikolaus der Dankbarkeit Oesterreichs auf lange Zeit versichert zu haben; zu spät sollte er einsehen, daß er durch den übel angebrachten Hochmuth des Siegers diesen Dank sich verscherzt hatte.



Transport gefangener Aufständischer.



Empfangsabend beim Präsidialgesandten.

Viertes Buch.

Wiedereinsetzung des Bundestages.

Die Kaiserkrone hatte Friedrich Wilhelm IV. abgelehnt, doch auf den leitenden Grundgedanken der Frankfurter Kaiserpartei, die festere Einigung Deutschlands unter preußischer Führung, war er bereitwillig eingegangen und hatte in diesem Sinne dem deutschen Volke aufs Neue Verheißungen gemacht, deren Verwirklichung wenigstens einen theilweisen Ersatz für Das, was man im Volke gewünscht und gehofft, zu bieten vermocht hätte. — Und wol konnte es anfänglich scheinen, als sei Preußen fest entschlossen, sie zu verwirklichen. Unentmuthigt durch den Mißerfolg der mehrerwähnten Note vom 3. April bei Oesterreich und den Mittelstaaten, trat die preußische Regierung gegen Ende desselben Monats mit neuen und bestimmteren Vorschlägen an die deutschen Regierungen heran. Die aus den Berathungen des Frankfurter Parlaments hervorgegangene Reichsverfassung sollte im Sinne größerer Kräftigung der Regierungsgewalt revidirt und dann auf Grund derselben, vorbehaltlich aller Rechte des österreichischen Kaiserstaates, die Errichtung eines engeren Bundes angestrebt werden. Unbedingten Einspruch erhob diesmal zunächst nur Oesterreich; alle Kleinstaaten und auch die Mittelstaaten, die sich durch das energische Einschreiten Preußens gegen die ihren Bestand gefährdenden Umsturzbewegungen wenigstens zu scheinbarem Entgegenkommen veranlaßt fühlten, erklärten sich zu weiteren Verhandlungen über die preußischen Vorschläge bereit und entsandten ihre Vertreter zu einer Konferenz, welche am 17. Mai 1849 in Berlin eröffnet wurde. Inzwischen aber hatten sich die

politischen Verhältnisse wiederum zu Gunsten Oesterreichs geändert. Von Rußland wurde dem Kaiserstaate bewaffneter Beistand zugesagt, die schnelle Niederwerfung des ungarischen Aufstandes stand also zu erwarten, und der österreichische Minister Fürst Schwarzenberg säumte deshalb nicht, alsbald in verstärktem Maße seinen Einfluß gegen Preußen geltend zu machen. Die Mittelstaaten aber waren von vornherein doch nur mit Widerstreben auf den preußischen Vorschlag eingegangen; jetzt, wenige Tage nach der Eröffnung der Berliner Konferenz, sagten sich Bayern und Württemberg offen von Preußen los und erklärten, daß sie ohne Oesterreichs Mitwirkung an weiteren Verhandlungen bezüglich der Bundesangelegenheit nicht theilnehmen würden. Auch Sachsen und Hannover wurden schwankend; doch zur Zeit noch mehr oder weniger auf Preußen angewiesen, scheuten sie vor einem offenen Bruche zurück.

Das Dreikönigsbündniß. Am 26. Mai 1849 schlossen Preußen, Sachsen und Hannover auf Grund des revidirten Verfassungsentwurfes, der einem alsbald nach Erfurt zu berufenden Reichstage zur Annahme vorgelegt werden sollte, das sogenannte „Dreikönigsbündniß“, in welchem Preußen als das Haupt des neuen Bundes anerkannt und ihm die ausschließliche Leitung der militärischen und diplomatischen Angelegenheiten desselben übertragen wurde, während über die gemeinsamen inneren Angelegenheiten ein Fürstenrath von sechs Stimmen und die beiden Kammern des Reichstages beschließen sollten. Das Zweckmäßigste und Natürlichste wäre nun gewesen, wenn Preußen ohne Verzug diesen Reichstag einberufen und dadurch den geschlossenen Bund alsbald in Wirksamkeit gesetzt hätte. Aber vergebens suchte der General Joseph von Radowitz, der dem Könige Friedrich Wilhelm IV. als Freund und Vertrauter von Jahr zu Jahr näher getreten und mehr als irgend ein anderer unter den leitenden Staatsmännern in die preußischen Bundesreformpläne eingeweiht war, den Monarchen zu diesem entscheidenden Schritte zu bewegen; vergebens hatten die Häupter der Frankfurter Kaiserpartei unter dieser Voraussetzung auf einer Zusammenkunft in Gotha sich alle verpflichtet, für das Zustandekommen und die Durchführung des preußischen Planes zu wirken. Friedrich Wilhelm IV. zögerte, da er die Hoffnung noch nicht aufgeben mochte, außer Sachsen und Hannover und den meisten deutschen Kleinstaaten auch Bayern und Württemberg für seine Pläne zu gewinnen und Oesterreich zum Aufgeben seines Widerstandes gegen dieselben zu bewegen.

Das Interim. Weder das Eine noch das Andere gelang trotz langer und langwieriger Verhandlungen; dagegen sah sich Friedrich Wilhelm IV. durch das Drängen der österreichischen Regierung genöthigt, mit dieser am 30. September ein vorläufiges Uebereinkommen, das sogenannte Interim, abzuschließen, durch welches nicht die preußischen, sondern die österreichischen Pläne ihrer Verwirklichung näher geführt wurden. Denn jene Abmachung hob die bisher durch den Reichsverweser und das Reichsministerium wenigstens dem Namen nach ausgeübte Centralgewalt auf und übertrug dieselbe ohne Anerkennung, ja selbst ohne Erwähnung des Dreikönigsbündnisses im Namen des Deutschen Bundes einer Viererkommission von zwei österreichischen und zwei preußischen Mitgliedern, was mit hinlänglicher Deutlichkeit auf die Absicht Oesterreichs hinwies, alles bezüglich der Neugestaltung des Bundes Geschehene als ungeschehen zu betrachten und einfach den alten Deutschen Bundestag vom Jahre 1815 wieder ins Leben zu rufen. Wer nicht absichtlich die Augen verschlossen halten wollte, mußte zu der Ueberzeugung gelangen, daß das Interim — welches übrigens erst im Dezember 1849 ins Leben trat — gegen das Dreikönigsbündniß gerichtet war. Wenn nun Preußen demselben trotzdem zugestimmt hatte, so konnte das entweder nur als ein Zugeständniß großer Schwäche Oesterreich gegenüber gelten, oder als ein Zeichen dafür, daß Preußen selbst es mit seiner Unionspolitik nicht gar so ernstlich meinte, daß es wenigstens nicht gewillt sei, seine ganze Kraft an die Durchführung derselben zu setzen. Selbst die Wahl des Generals von Radowitz in die Interimskommission — neben Bötticher von preußischer und Kübeck und Schönhals von

österreichischer Seite — vermochte daran nicht viel zu ändern. Daß Radowitz dem Unionsgedanken mit ganzer Seele anhänge, daß er zur Verwirklichung desselben seinen ganzen Einfluß einsetzen werde, erschien außer Frage; aber von der Person des Königs Friedrich Wilhelm IV., der doch schließlich den Ausschlag geben mußte, ließ sich das Gleiche nicht oder vielmehr nicht mehr behaupten.

Die Unmöglichkeit der vollständigen Durchführung der Union, die Beschränkung derselben auf die verhältnißmäßig kümmerliche Gestalt des Dreikönigsbündnisses, ließ den Eifer des Königs für das begonnene Werk, das unter den obwaltenden Umständen immer nur etwas Unvollkommenes, etwas Halbes sein konnte, mehr und mehr erkalten, und die mit jedem Tage erstarkende Reaktion und ihre einflußreichen Vertreter in der Umgebung des Königs ließen es an Bemühungen nicht fehlen, seine beginnende Gleichgiltigkeit gegen die Union zur Abneigung zu steigern und ihn für eine preußisch-partikularistische Politik unter festerer Anlehnung an Rußland und Oesterreich als die natürlichen Verbündeten der preußischen Monarchie zu gewinnen.

Berufung des Unionsparlaments nach Erfurt. Diese Bemühungen blieben nicht ohne Erfolg; bald mußte Radowitz seinen ganzen Einfluß bei Friedrich Wilhelm IV. aufbieten, um diesen bei dem Unionsgedanken festzuhalten und seine Zustimmung zu dem endlich am 19. Oktober 1849 gegen die Stimmen der sächsischen und hannöverschen Vertreter vom Verwaltungsrath des Dreikönigsbündnisses gefaßten Beschluß zu erlangen, durch welchen auf den 31. Januar 1850 die Wahlen zum Unionsparlament, dem Erfurter Reichstage, ausgeschrieben wurden.

Für Sachsen und Hannover bot dieser Beschluß den längst erwünschten Anlaß, ihren Austritt aus dem Dreikönigsbündniß vorzubereiten. Nur widerstrebend und unter der Einwirkung eines gewissen moralischen Zwanges hatten die genannten Staaten den Bündnißvertrag vom 26. Mai unterzeichnet, Sachsen sogar mit dem ausdrücklichen Vorbehalt: falls auch Bayern später beitreten werde. Preußischerseits hatte man in diesem Vorbehalt kein Arg gesehen, weil man damals die Hoffnung auf den Beitritt Bayerns selbst noch nicht aufgegeben hatte. Aber der sächsische Minister von Beust, der damals sein Intriguenspiel gegen Preußen begann, und der über die Stimmung am Münchener Hofe besser unterrichtet war, wußte es, daß der Beitritt Bayerns zum Dreikönigsbündniß schwerlich jemals erfolgen würde, und er wirkte sogar im Geheimen den preußischen Bemühungen eifrig entgegen. Nicht viel aufrichtiger erwies sich die hannöversche Regierung; auch sie wartete nur auf den günstigen Augenblick, um das Geschehene ungeschehen zu machen, und schon wenige Monate nach dem Abschluß des Dreikönigsbündnisses konnte man, auf die geheimen Eröffnungen der sächsischen und hannöverschen Staatsmänner gestützt, an den Nachbarhöfen die nahe bevorstehende Auflösung desselben mit ziemlicher Sicherheit und unverhohlener Schadenfreude vorhersagen. Diese Auflösung herbeizuführen, thaten jetzt, nach dem erwähnten Beschlusse des Verwaltungrathes, die sächsische und hannöversche Regierung den ersten offenen Schritt: sie versagten jenem Beschlusse ihre Bestätigung und riefen ihre Vertreter zurück, während zugleich Oesterreich durch einen energischen Protest gegen die Berufung des Erfurter Parlaments und die von demselben etwa zu fassenden Beschlüsse ihr Vorgehen kräftig unterstützte.

Aber gerade die Heftigkeit dieses Widerspruches schien diesmal den beabsichtigten Erfolg in das Gegentheil zu verwandeln: Friedrich Wilhelm IV. blieb fest; in Preußen und in den deutschen Kleinstaaten wurden die Wahlen zum Erfurter Parlament vollzogen, und am 13. Februar 1850 wurde die Eröffnung desselben auf den 20. März festgesetzt. Die Verwirklichung des Unionsgedankens, wenn auch nur in den engen Grenzen eines Bündnisses Preußens mit den deutschen Kleinstaaten, schien dadurch aufs Neue wesentlich gefördert, und ein an sich unbedeutendes, den Gegnern Preußens aber trotzdem höchst unbequemes Ereigniß konnte diesen Eindruck nur verstärken.

Die Einverleibung der beiden Fürstenthümer Hohenzollern. Schwur des Königs auf die Verfassung. Am 7. Dezember 1849 war ein Vertrag zu Stande gekommen, durch welchen kraft freiwilligen Uebereinkommens zwei der Kleinsten unter den Kleinen, die beiden in Schwaben gelegenen hohenzollernschen Fürstenthümer Hechingen und Sigmaringen mit zusammen 21 Quadratmeilen und 65,000 Einwohnern, dem preußischen Staate einverleibt wurden. Ungleich wichtiger und bedeutsamer für Preußen und mittelbar auch für die Aussichten der Union war es, daß Friedrich Wilhelm IV. am 6. Februar 1850 trotz des heftigen Widerstrebens der extremen Reaktionsmänner die allerdings vielfach verstümmelte und durchlöcherte preußische Verfassung in Gegenwart der Minister und der Volksvertretung feierlich beschwor und dadurch für Preußen und die seinem Schutze sich anvertrauenden Staaten den Konstitutionalismus als Staats- und Regierungsform anerkannte. Aber auch die bisher für Preußen so unerfreuliche auswärtige Politik schien in diesen Tagen eine der Verwirklichung der preußischen Unionspläne günstige Wendung zu nehmen. Die enge Annäherung zwischen Oesterreich und Rußland begann den Westmächten bedrohlich zu erscheinen, zumal die konservative Partei in Preußen ihr Möglichstes that, um auch Preußen in dieses Bündniß der streng monarchischen Ostmächte hineinzudrängen. Um dies zu verhüten, zeigten sich jetzt England und Frankreich einer Stärkung des preußischen Einflusses Oesterreich gegenüber nicht mehr ganz abgeneigt; von französischer Seite suchte man zu diesem Zwecke sogar ein förmliches Bündniß mit Preußen zu vermitteln, als dessen Preis von dem neuen Gewalthaber an der Seine freilich die Abtretung einiger deutschen Landstriche im Westen gefordert wurde. Friedrich Wilhelm IV. zeigte sich bei dieser Gelegenheit wieder einmal als wahrer Schützer der deutschen Interessen; er wies das dringend gestellte und mehrfach wiederholte Ansinnen kurzer Hand von sich, weil er als deutscher Fürst selbst um des unverkennbaren eigenen Vortheils willen zu einer Gebietsschmälerung des deutschen Gesammtvaterlandes nicht die Hand bieten wollte. Aber seine deutschen Mitfürsten, die in gleicher Lage nicht immer gleich uneigennützig gewesen waren, wußten ihm dafür wenig Dank: am 25. und 27. Februar 1850 vollzogen Hannover und Sachsen thatsächlich ihren längst vorbereiteten Austritt aus dem Dreikönigsbündniß, um sich im Verein mit Bayern und Württemberg dem österreichischen Kaiserstaate völlig in die Arme zu werfen.

Das Vierkönigsbündniß. Ein neuer Bundesvertrag, das sogenannte „Vierkönigsbündniß", wurde von den Mittelstaaten unterzeichnet und außer den deutschen Kleinstaaten auch Preußen und Oesterreich zum Eintritt in dasselbe aufgefordert. Den beiden Großmächten war bei der Leitung des neuen Bundes allerdings ein entscheidender Einfluß zugedacht: ein Direktorium von sieben Mitgliedern sollte die vollziehende Gewalt ausüben und diesem Direktorium eine zu je einem Drittheil von Preußen, Oesterreich und den übrigen deutschen Staaten zu beschickende Volksvertretung zur Seite gestellt werden. Aber wie die Dinge lagen, konnte die vorgeschlagene Neuordnung nur Oesterreich zugute kommen, das in allen entscheidenden Fragen sicher auf die Mehrheit der nichtpreußischen Stimmen und damit auf die völlige Zurückdrängung des preußischen Einflusses in Deutschland rechnen durfte.

Der energische österreichische Minister Fürst Felix Schwarzenberg säumte deshalb auch nicht, seine Zustimmung zu dem Vorschlage der Mittelstaaten zu geben. An der Forderung des Ministers, daß nicht nur Deutsch-Oesterreich, sondern die österreichische Gesammtmonarchie in den neuen Bund aufgenommen werden müsse, nahmen die Begründer desselben keinen ernstlichen Anstoß. Die preußische Regierung that allerdings Das, wozu sie vor Allem moralisch gezwungen war: sie lehnte ohne weitere Erörterungen und Verhandlungen den Beitritt Preußens zu dem Vierkönigsbündniß rundweg ab; aber dieser Ablehnung durch ein um so energischeres Vorgehen ihrerseits den gehörigen Nachdruck zu geben, dazu vermochte sie sich auch jetzt noch nicht zu entschließen, und öffnete dadurch auch dem Abfall der noch treu gebliebenen Kleinstaaten Thür und Thor. An Bemühungen, diesen Abfall zu beschleunigen, ließen es die Gegner Preußens ohnehin nicht fehlen; überall wurde

die preußenfeindliche Reaktion in ihren Bestrebungen ermuthigt und bestärkt, und schon im März 1850 war in einigen der noch zum Dreikönigsbündniß gehörenden Staaten, namentlich in Kurhessen, der Sieg derselben entschieden. Bezeichnend für die in den maßgebenden Kreisen Süddeutschlands herrschende Stimmung war vor Allem auch die Thronrede, mit welcher am 15. März der König von Württemberg die württembergischen Kammern eröffnete. Der deutsche Einheitsstaat, hieß es darin, sei ein Traumbild und das gefährlichste aller Traumbilder. Alle Wege, welche man nach diesem verkehrten Ziel eingeschlagen habe und noch einschlagen möchte, würden immer nur zum Gegentheil, d. h. zur Spaltung und Auflösung der Gesammtheit führen. Die wahre Stärke und Eintracht, die wahre Kultur und Freiheit der Nation beruhe im letzten Grunde auf der Erhaltung und Pflege der Eigenthümlichkeit und Selbständigkeit ihrer Hauptstämme. Gerade die Verkennung dieser Wahrheit zuerst in Frankfurt und dann in Berlin habe die gegenwärtige Spannung und Verwirrung herbeigeführt. Die unparteiische Geschichte werde es einst nicht verschweigen, welche Zwecke und Leidenschaften das Bündniß vom 26. März gestiftet hätten. Die Größe und Einigkeit der Nation habe nichts mit ihm gemein; es sei vielmehr ein künstlicher Sonderbundsversuch, auf den politischen Selbstmord der Gesammtheit berechnet.

Eröffnung des Erfurter Parlaments. Es waren also keine günstigen Aussichten, unter denen fünf Tage später, am 20. März, das Erfurter Parlament eröffnet wurde, und selbst der eigentliche Träger des Unionsgedankens, der zum königlichen Kommissar bei der Versammlung ernannte General v. Radowitz, schien unter diesem Eindrucke seine Eröffnungsrede zu halten. „Deutschland“, sagte er, „darf und muß fordern, daß ein wahrhaftes Gesammtwesen seine Glieder umschließe .... Einmal erweckt, ist der Geist nicht wieder zu bannen; er kann zeitweise schlummern, zumal wenn er sich eben in wildem Rausche kundgegeben, aber er wird immer wieder erwachen!“ In durchaus würdigen Worten wies dabei Radowitz den von der preußischen Regierung bereits mit der Abberufung ihres Gesandten beantworteten Angriff des Königs von Württemberg auf die Unionsbestrebungen zurück. „Ja, meine Herren“, so schloß er seine interessante und auch prophetische Rede, „die unparteiische Geschichte wird einst darüber richten, ob Preußen eine andere Leidenschaft dabei geleitet, als die Liebe zum großen deutschen Vaterlande, ob es einen andern Zweck dabei verfolgt hat, als den letzten Versuch zu machen, die Existenz der Einzelstaaten vor den Gefahren zu schirmen, welche die nächste jener historischen Krisen, die im Laufe der Zeiten nie ausbleiben, über sie verhängen wird!“

Die Zusammensetzung des Erfurter Parlaments war für eine energische Betreibung der Unionspolitik die denkbar günstigste. Demokraten und Reaktionäre waren in ihr nur in verschwindender Minderzahl vertreten; die überwiegende Mehrheit bestand aus erklärten Anhängern der Frankfurter Kaiserpartei, den „Gothaern“, wie sie nach ihrer erwähnten Zusammenkunft in Gotha im Juni 1849 jetzt genannt wurden. Die preußische Regierung hatte anfänglich das politische Programm dieser Partei gebilligt und die Bestrebungen derselben unterstützt und gefördert; aber während nun die Gothaer an diesem ihrem Programm festhielten und mit Recht festhielten, weil dieses allein eine ehrenvolle Lösung der Unionsfrage zu sichern vermochte, wagte die preußische Regierung jetzt, im entscheidenden Augenblicke, aus zaghafter Scheu vor der drohenden Haltung Oesterreichs und seines russischen Verbündeten dasselbe nicht mehr in seinem vollen Umfange zu vertreten. Der Einfluß des Generals v. Radowitz bei Friedrich Wilhelm IV. war wieder dem der reaktionären Hof- und Adelspartei unterlegen; unentschlossen schwankte der König zwischen beiden hin und her, und unfreiwillig und widerstrebend mußte sich der Schöpfer des Unionswerkes, um wenigstens den jähen Zusammenbruch desselben zu verhüten, zu schwerwiegenden Zugeständnissen an die Wünsche seines königlichen Herrn und Freundes entschließen. Der Austritt Sachsens und Hannovers aus dem Dreikönigsbündniß hatte eine theilweise Aenderung des der Union zu Grunde zu legenden Verfassungsentwurfes nöthig gemacht, und bei Vornahme

dieser Aenderung war der Verwaltungsrath von dem Grundsatze ausgegangen, der „Union“ — der Name wurde erst bei dieser Gelegenheit eingeführt — eine fast vollständige staatliche Selbständigkeit den übrigen deutschen Staaten und namentlich Oesterreich gegenüber zu wahren. Daran festzuhalten, trug jetzt Friedrich Wilhelm IV. aus Scheu vor einem offenen Bruche mit Oesterreich Bedenken. Auf seine Veranlassung mußte Radowitz im Verfassungsausschuß des Erfurter Parlaments beantragen, in dem entscheidenden Paragraph 10: „Der Unionsgewalt steht ausschließlich das Recht zu, Krieg und Frieden zu beschließen“, nicht nur das Wort „ausschließlich“ zu streichen, sondern auch den Zusatz hinzuzufügen: „Sie (die Unionsgewalt) übt dasselbe mit Vorbehalt der Rechte und Pflichten, welche der Union aus der etwa herzustellenden Verbesserung des Bundesverhältnisses vom 8. Juni 1815 erwachsen werden.“ Damit hörte freilich die Union auf, als eine europäische Macht gelten zu wollen; sie begnügte sich vielmehr mit der Möglichkeit, innerhalb des Deutschen Bundes rechtlich zu bestehen, und mit Fug und Recht sträubte sich deshalb die Gothaer Partei gegen die Annahme dieses Antrages. Da indessen Radowitz, wenn auch gegen seine eigenen Wünsche und Ueberzeugungen, Namens der preußischen Regierung auf diesem Verlangen bestehen mußte, so wurde nach längeren Verhandlungen ein von der weitesten Nachgiebigkeit der Parlamentsmehrheit zeugender Ausweg gefunden. Am 13. April wurde in der zweiten, am 17. in der ersten Kammer zunächst der ursprüngliche Verfassungsentwurf unverändert mit entscheidender Mehrheit angenommen, zugleich aber für die wichtigsten der gewünschten Aenderungen, wenn die preußische Regierung mit zwingenden Gründen die Nothwendigkeit derselben darlegen werde, die nachträgliche Genehmigung in Aussicht gestellt. Aber der preußischen Regierung schien selbst dieses weitgehende Zugeständniß nicht zu genügen; am 29. April wurde das Erfurter Parlament plötzlich vertagt — um niemals wieder zusammenberufen zu werden.

Der Augenblick für diese Vertagung konnte nicht ungünstiger gewählt sein. Am 1. Mai lief das zwischen Preußen und Oesterreich abgeschlossene Interim ab, und schon am 26. April hatte die österreichische Regierung durch einen bedeutsamen Schritt ihren Entschluß zu erkennen gegeben, nunmehr von Worten zu Thaten überzugehen und offen die preußischen Unionsbestrebungen zu bekämpfen.

Schritte zur Wiedereinsetzung des Bundestages. Gestützt auf seine Eigenschaft als Vormacht des alten Bundestages hatte Oesterreich durch ein vom genannten Tage datirtes Rundschreiben sämmtliche Bundesglieder zu einer außerordentlichen Bundes-Plenarversammlung auf den 10. Mai nach Frankfurt berufen, um „nach dem Fehlschlagen aller anderen Versuche“ Einleitungen zu einer Neugestaltung des alten Bundes zu treffen, einer Neugestaltung, die nach den nicht mißzuverstehenden Aeußerungen des österreichischen Ministers nur auf die Wiedereinsetzung des alten Bundestages *unter bedeutender Verstärkung des österreichischen Einflusses* hinauslaufen konnte. Gerade jetzt hätte Preußen fest bleiben, gerade jetzt hätte es die Vertagung des Erfurter Parlaments nicht vornehmen dürfen, um jenem Ansinnen gegenüber auch nur den Schein einer Nachgiebigkeit und Schwäche zu vermeiden, der auf die übrigen Unionsstaaten nachtheilig wirken konnte. Aber Friedrich Wilhelm IV., der leider längst alle Freudigkeit an dem begonnenen Werke verloren hatte, vermochte den Muth nicht zu finden, nöthigenfalls Gewalt gegen Gewalt zu setzen und die Anerkennung, welche mißgünstige Nachbarn im Vertrauen auf seine Nachgiebigkeit der Union versagten, durch entschiedenes und energisches Auftreten zu erzwingen.

Der Fürstenkongreß zu Berlin. Nicht von Preußen, sondern von dem *Herzog Ernst von Koburg-Gotha* ging der Vorschlag aus, die Unionsfürsten zu einem Fürstenkongreß zu berufen, um über eine gemeinsame Stellungnahme gegen die österreichische Anmaßung zu berathen. Einmal angeregt, wurde dieser Vorschlag allerdings auch von Friedrich Wilhelm IV. gebilligt, und am 8. Mai trat die Mehrzahl der Unionsfürsten und ihre Minister zu Berathungen in Berlin zusammen. Die Haltung der preußischen Regierung

auf diesem Kongreß war aber eine so energielose, daß bereits hier mehrere Kleinstaaten, allen voran Kurhessen, ihre Verbindung mit der Union zu lockern begannen; ja ein förmlicher Beschluß der Unionsstaaten vom 13. Mai gestattete sogar, den von Oesterreich ausgeschriebenen Frankfurter Kongreß zu beschicken, „um kein Mittel unversucht zu lassen, mit den anderen deutschen Regierungen wieder zu einiger Einigung zu gelangen und ihre Bereitwilligkeit zur Mitwirkung an der Reorganisation der deutschen Bundesverhältnisse zu bezeigen." Zwar vereinigte ein zweiter Beschluß die Unionsmitglieder zu der Erklärung, daß man gegen die Anerkennung des alleinigen österreichischen Präsidialrechtes, sowie auch gegen die Annahme sich verwahre, daß die Frankfurter Versammlung das Plenum des Bundestages repräsentire und als etwas Anderes denn als eine freie Konferenz deutscher Fürsten zu betrachten sei; aber die Nichtigkeit dieses Beschlusses sollte sich nur zu bald zeigen. Denn als Oesterreich und die Königreiche auf Grund desselben den Abgesandten der Unionsstaaten die Theilnahme an den Berathungen zu Frankfurt versagten, traten mehrere derselben, darunter Kurhessen und Mecklenburg-Strelitz, endgiltig aus der Union aus und gingen zu Oesterreich über. Bald tagten denn auch in Frankfurt wieder die Gesandten von zwölf Regierungen, nämlich von Oesterreich, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Kurhessen, Hessen-Homburg, Mecklenburg-Strelitz, Liechtenstein, Lippe, Dänemark (für Holstein und Lauenburg), den Niederlanden (für Luxemburg und Limburg), als ordentliche Plenarversammlung, und die Präsidialmacht lud am 14. August 1850 alle früheren Mitglieder des Deutschen Bundes ein, den nicht ausdrücklich aufgelösten, daher noch zu Recht fortbestehenden Bundestag von Neuem zu beschicken!

In Berlin war man dieser Wendung der Dinge aufmerksam gefolgt, und weil man in der Beschickung des wiederherzustellenden Bundestages nur eine Anerkennung der Vorherrschaft Oesterreichs erblicken konnte, lehnte die preußische Regierung in einer Denkschrift vom 25. August ihrerseits das gestellte Ansinnen ab, darauf verweisend, daß der Bundestag, welcher mit Zustimmung aller Bundesglieder aufgehoben, auch nur unter Einwilligung aller wiederhergestellt werden könne.

Wiederaufleben des Bundestages. Die österreichische Regierung indessen, die sich bereits einer fast übermüthigen Siegeszuversicht hinzugeben begann, hielt dafür, daß einem solchen Widerspruch Preußens kein Gewicht beizumessen sei. Am 2. September wurde auch der engere Rath des alten Bundestages von Neuem ins Leben gerufen und für denselben alle früheren Befugnisse, somit auch das Recht der obersten Leitung der gemeinsamen deutschen Angelegenheiten, in Anspruch genommen.

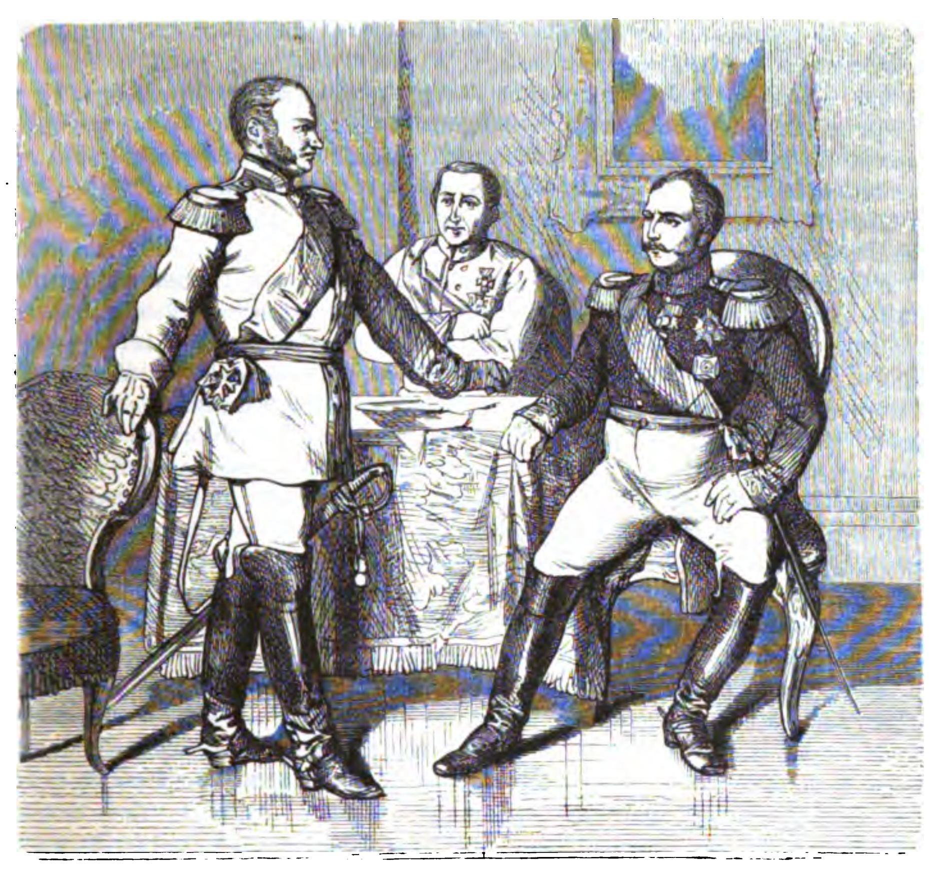
So drängte die Lage immer mehr zur Entscheidung. Vergebens hatte inzwischen der Prinz von Preußen, der als Freund und Förderer des Unionsgedankens mit Radowitz gegen die extremen Reaktionsmänner Hand in Hand ging, durch persönliche Bemühungen in Rußland und in England für Preußen und für die Union zu wirken gesucht. Beim Zaren hatte er kühle Zurückhaltung, in England nur laues Entgegenkommen gefunden, und zum Unglück wurde gerade jetzt durch die Verwicklungen in Schleswig-Holstein der Gegensatz zwischen Preußen und den genannten beiden Staaten aufs Neue verschärft. Preußen hatte, wie wir wissen, durch den im Juli 1850 mit Dänemark geschlossenen Frieden die schleswig-holsteinschen Herzogthümer sich selbst überlassen; aber die Unterwerfung derselben unter Dänemark mit Gewalt zu erzwingen, wie das Londoner Protokoll der Großmächte vom 2. August es verlangte, dazu wollte und konnte es sich nicht entschließen; es verweigerte trotz der Drohungen Rußlands zu jenen Abmachungen seine Unterschrift. Oesterreich war in diesem Punkte weniger bedenklich; es unterzeichnete das Londoner Protokoll, ließ dasselbe am 30. September durch den gefügigen Bundesrath bestätigen und schickte sich sogar an, die Rolle des „Friedensstifters" in den Herzogthümern allein zu übernehmen. Im Namen des Deutschen Bundes sollte dies geschehen; im Namen des Deutschen Bundes, obgleich diesen Preußen in seiner neuen Gestalt nicht anerkannte, und welcher also ohne diese Anerkennung

thatsächlich nicht rechtsbeständig war, sollten die Bestimmungen eines Protokolls durchgeführt werden, dem Preußen aus guten Gründen seine Zustimmung versagte! Damit noch nicht genug; selbst in die Rechte und Befugnisse, welche Preußen als der Vormacht der Union den Unionsstaaten gegenüber zustanden, glaubte Oesterreich und der von ihm abhängige Bundestag eingreifen zu dürfen, eingreifen zu sollen, um das österreichische Programm, die Erniedrigung Preußens, zur Durchführung zu bringen.

Die kurhessischen Wirren. Schon im März hatte sich, wie erwähnt, in Kurhessen ein bedeutsamer Umschwung der Dinge vollzogen. Das bisherige liberale Ministerium war entlassen und an seiner Stelle ein extrem rückschrittliches unter der Leitung Hassenpflug's, des verhaßtesten unter den reaktionären Staatsmännern jener Zeit, vom Kurfürsten einberufen worden. Das erstrebte Ziel war die Beseitigung der freisinnigen Verfassung. Aber die Kammern, obwol mehrmals aufgelöst, leisteten muthig Widerstand, die Beamten versagten dem neuen Ministerium ihre Dienste, selbst das Heer, dessen Offiziere fast ausnahmslos ihre Entlassung erbaten, wollte sich zum Werkzeug desselben nicht hergeben, und so aller Stützen beraubt, sahen sich der drohenden Empörung gegenüber der Kurfürst und sein verhaßter Minister im September genöthigt, das Land zu verlassen. Doch gaben sie ihre Sache deswegen noch nicht verloren. Daß die preußische Regierung, so sehr sie selbst der Reaktion huldigte, die offenbare Ungesetzlichkeit gutheißen oder gar mit Gewalt das sein gutes Recht vertheidigende Hessenvolk unter den Willen des Ministeriums Hassenpflug beugen werde, war nicht zu erwarten, aber an Oesterreich und den Bundestag durfte man sich vertrauensvoll wenden. Begierig ergriffen diese die günstige Gelegenheit, in einen Konflikt mit Preußen zu treten, und im weitesten Umfange wurde dem Kurfürsten die kaum erbetene bewaffnete Bundeshülfe zugesagt. Das war eine offene Herausforderung an die preußische Regierung. Kurhessen war allerdings thatsächlich aus der Union ausgeschieden, aber dem Namen nach gehörte es derselben noch an, und wenn irgend einer Macht, so stand nur Preußen, nicht aber dem Bundestag oder gar Oesterreich, das Recht zu, in Kurhessen zu interveniren. Kurhessen mit österreichischen oder Bundestruppen zu besetzen und für diese Besetzung die Zustimmung Preußens fordern, oder gar diese Zustimmung als selbstverständlich und unweigerlich vorauszusetzen, hieß Preußen eine Demüthigung ansinnen, die dieser innerlich so gesunde, so wehrkräftige Staat niemals über sich ergehen lassen durfte. Und doch fehlte es selbst in Preußen nicht an Männern, welche dieser Demüthigung das Wort redeten, welche sie hinzunehmen empfahlen, gleichsam als eine „Buße“ für die Zugeständnisse, welche der preußische Staat der Revolution gemacht habe. Der blinde Parteihaß war bei diesen Männern der äußersten Reaktion mächtiger als das Gefühl für die nationale Ehre. Aber noch einmal gelang es Radowitz und dem ihn kräftig unterstützenden Prinzen Wilhelm, den König dem Einflusse jener Männer zu entziehen. Am 26. September wurde Radowitz an Schleinitz' Stelle das Ministerium des Auswärtigen übertragen, die nöthigen Vorbereitungen zur Mobilisirung des preußischen Heeres wurden getroffen und die wichtigsten Etappenstraßen in Kurhessen von preußischen Truppen besetzt. Aber auch die Gegner Preußens schienen zum Aeußersten entschlossen. Auf einer Zusammenkunft des österreichischen Kaisers mit den Königen von Bayern und Württemberg zu Bregenz am 11. Oktober wurde die Waffenbrüderschaft der drei Staaten gegen jeden Feind, wer es auch sei, nachdrücklich betont, die Aufstellung eines großen Bundesheeres verabredet und alsbald an einige bayerische und württembergische Regimenter der Befehl ertheilt, sich zum Marsch nach Kurhessen in Bereitschaft zu setzen. Der Zusammenstoß schien jetzt unvermeidlich; aber wiederum schwankte in dem entscheidenden Augenblicke Friedrich Wilhelm IV. und rechtfertigte dadurch die Erwartungen seiner berechnenden Gegner, denen bei ihren kriegerischen Vorbereitungen selbst keineswegs wohl zu Muthe war. Um zur Verhütung des Bruderkrieges auch das letzte Mittel nicht unversucht zu lassen, beschloß der König die Vermittlung seines kaiserlichen Schwagers, des Zaren,

in Anspruch zu nehmen, von welchem er eine kräftige und wirksame Unterstützung der mehr als bescheidenen preußischen Forderungen erwarten zu dürfen glaubte. Der österreichische Minister, welcher die Stimmung am russischen Hofe genau kannte, hatte gegen das Schiedsrichteramt des Kaisers Nikolaus nichts einzuwenden.

Die Zusammenkunft in Warschau. Am 26. Oktober trafen in Warschau der Kaiser Franz Joseph und Prinz Karl, der Bruder Friedrich Wilhelm's IV., Ersterer von dem Fürsten Felix Joh. Friedr. von Schwarzenberg, Letzterer von dem Grafen Brandenburg begleitet, mit dem russischen Zaren zusammen, welcher bereitwillig die seinem Ehrgeiz schmeichelnde Rolle des Schiedsrichters übernommen hatte.



Die Zusammenkunft in Warschau.
Graf Brandenburg. Fürst Schwarzenberg. Kaiser Nikolaus.

Aber selbst die bescheidensten Forderungen Preußens fanden vor ihm keine Gnade. Vergebens erklärten sich die preußischen Vertreter namens der Regierung mit der Wiederherstellung des alten Bundes und dem Eintritt der österreichischen Gesammtmonarchie in denselben einverstanden, vergebens beschränkten sie ihre Forderungen auf die Theilnahme Preußens an der obersten Leitung des Bundes, die Anerkennung des rechtlichen Bestehens der Union innerhalb desselben und endlich — in den schwebenden Streitfragen — auf die Mitwirkung Preußens bei der Regelung der schleswig-holsteinischen und kurhessischen Angelegenheiten. Der Zar verhielt sich ablehnend, jedem Entgegenkommen abgeneigt. Friedrich Wilhelm IV. hatte ihm, dem Allmächtigen, in der schleswig-holsteinischen Frage zu trotzen gewagt, er hatte auch, entgegen seinen Mahnungen und Drohungen, den Konstitutionalismus in Preußen begründet; jetzt, wo sich die günstige Gelegenheit darbot, wollte er sich die

Genugthuung verschaffen, den preußischen Staat zur Beugung unter seinen Willen, zur Demüthigung vor Oesterreich zu zwingen. In den härtesten Ausdrücken ließ er sich über die preußische Regierung aus, die der Revolution gegenüber eine unverzeihliche Schwäche gezeigt habe; in verletzenden Worten wagte er sogar das persönliche Fernbleiben Friedrich Wilhelm's IV. von der Warschauer Zusammenkunft zu tadeln, zu welcher er, der Zar, ihn beschieden habe. Die gebührende Zurückweisung solcher Anmaßung hätte voraussichtlich den sofortigen Ausbruch des Krieges zur Folge gehabt. Die preußischen Vertreter konnten eine solche Verantwortung nicht auf sich nehmen, sie mußten schweigen; aber krank und gebrochen kehrte Graf Brandenburg am 1. November nach Berlin zurück. In seinen Fieberphantasien beständig nach Helm und Schwert verlangend, um gegen den Feind zu kämpfen, starb er nach fünftägigem Krankenlager — ein aufrichtiger Patriot, dem die Erniedrigung des Vaterlandes das Herz gebrochen.

Am 2. November fand eine entscheidende Sitzung des preußischen Ministeriums statt, um über die Ergebnisse der Warschauer Zusammenkunft und die nunmehr zu ergreifenden Maßregeln zu berathen. Freiherr von Manteuffel sprach für den Frieden, für die Beugung unter den Willen Oesterreichs und Rußlands; Radowitz dagegen, unterstützt von dem Prinzen von Preußen, bot alle seine Beredsamkeit auf, um die Ehre Preußens zu wahren, welches durchaus nicht nachgeben dürfe. Vergebens!

Manteuffel Ministerpräsident. Der König konnte sich zu dem letzten und äußersten Schritte nicht entschließen. Er entschied sich für Manteuffel's verhängnißvolle Politik; Radowitz erbat sich und erhielt seine Entlassung, und Manteuffel übernahm als Ministerpräsident den Vorsitz im Ministerium, in welchem jetzt nur noch ein oder zwei Anhänger des Unionsgedankens zu verbleiben wagten, um zur Stelle zu sein, falls noch im letzten Augenblick ein erneuter Umschwung eintreten sollte. An Oesterreich lag es nicht, wenn dieser Fall, so unwahrscheinlich er an und für sich war, nicht dennoch eintrat. Eine entgegenkommende Erklärung der preußischen Regierung vom 3. November, welche im Wesentlichen die Zustimmung derselben zu den Forderungen Oesterreichs enthielt, wurde in Wien als nicht genügend erachtet. Den österreichischen Staatsmännern war mit den Erfolgen auch der Uebermuth gewachsen; die Rüstungen in Süddeutschland wurden fortgesetzt, ein österreichisches Corps nach Schleswig-Holstein beordert, und es ward, ohne die weiteren Schritte Preußens abzuwarten, die Besetzung Kurhessens durch bayerische Truppen verfügt.

Das „Mißverständniß" von Bronzell. Das hieß aber selbst der Langmuth Friedrich Wilhelm's IV. zu viel zumuthen. Am 6. November wurde in Preußen die Mobilmachung angeordnet, die in Kurhessen stehenden preußischen Regimenter setzten sich in Bewegung, und am 8. November stand die Vorhut der beiderseitigen Streitkräfte bei Bronzell in der Nähe von Fulda einander gegenüber. Allein zum Kampfe kam es nicht. Nach wenigen Schüssen, denen nur das Pferd eines Trompeters — der historische „Schimmel von Bronzell" — zum Opfel fiel, zogen sich, höherer Weisung folgend, die Preußen zurück und setzten dem weiteren Vorrücken der „Strafbayern" keinen Widerstand entgegen. Manteuffel, gegen dessen Rath und Willen die Mobilmachung des preußischen Heeres erfolgt war, hatte sich nämlich beeilt, diese Maßregel in Wien nur als einen durch die Volksstimmung gebotenen Nothbehelf ohne ernstliche Bedeutung darzustellen und zugleich dem Befehlshaber der preußischen Truppen in Hessen selbst auf die Gefahr eines unehrenhaften Rückzuges hin jeden Kampf mit den Bayern zu untersagen.

Der Tag von Olmütz. Einem Staat, dessen leitender Minister also zu handeln vermochte, glaubten die Gegner keine Rücksicht mehr schuldig zu sein. Der österreichische Minister forderte den Verzicht Preußens auf die Union und die Entbindung der Unionsfürsten von ihren Verpflichtungen — durch den Mund Manteuffel's empfahl die preußische Regierung am 15. November den betheiligten Fürsten, aus der Union auszutreten und den Frankfurter Bundestag wieder zu beschicken. — Der österreichische Minister forderte drohend die

Zurückziehung aller preußischen Truppen aus Kurhessen binnen 48 Stunden — Manteuffel wagte nicht zu widersprechen und erbat, ja erbettelte von Schwarzenberg eine Zusammenkunft in Olmütz, um hier die vollständige Unterwerfung, die vollständige Demüthigung Preußens gleichsam zu Protokoll zu geben, zu besiegeln. Am 29. November fand diese Zusammenkunft statt. Manteuffel gab auch das Wenige preis, was Friedrich Wilhelm IV. als Bedingung für seine Unterwerfung gefordert hatte; er verzichtete auf Alles und Jedes, und es klang wie Hohn, als ihm der österreichische Minister endlich das nebensächliche Zugeständniß machte, daß ein preußisches Bataillon als Zeuge der Unterwerfung Kurhessens in Kassel zurückbleiben und daß die preußische Regierung die Einladung der deutschen Bundesfürsten zu den Konferenzen mit unterzeichnen dürfe, welche am 23. Dezember 1850 zur endgiltigen Regelung der deutschen Bundesfrage in Dresden eröffnet werden sollten.

Die Mißwirthschaft in Kurhessen. Der Schlichtung der kurhessischen und der schleswig-holsteinischen Wirren ganz nach dem Willen und Beschluß Oesterreichs stand nach diesen Abmachungen nichts mehr im Wege. Bereits am 27. November war der Kurfürst von Hessen unter dem Schutze der bayerischen Bajonnete in sein Land zurückgekehrt; jetzt schaltete er darin im Verein mit dem Ministerium Hassenpflug nach Lust und Belieben. Die mißliebigen Beamten, soweit sie nicht freiwillig zurücktraten, wurden theils entlassen und durch Kreaturen des Ministeriums ersetzt, theils durch Maßregelungen aller Art allmählich zur Unterwerfung genöthigt, und am 13. April wurde eine neue Verfassung dem Lande, dessen Bevölkerung sich inzwischen durch eine förmliche Massenauswanderung bedenklich gelichtet hatte, octroyirt, worauf die Einberufung der Stände erfolgte. Jedoch gingen selbst der konservativen ersten Kammer die rückschrittlichen Bestimmungen dieser Verfassung zu weit; dieselbe trat rechtsgiltig niemals in Kraft und wurde — allerdings erst nach einer jahrelang andauernden Mißwirthschaft — durch den ersten freiheitlichen Anstoß von außen wieder über den Haufen geworfen.

Die Oesterreicher in Schleswig-Holstein. Aehnlich gestalteten sich, wie es bereits an anderer Stelle hervorgehoben ward, die Dinge in Schleswig-Holstein. Die Oesterreicher rückten in das Land ein, die eingeborenen Truppen wurden entwaffnet, ganz Schleswig, einschließlich der Grenzfestung Rendsburg, wurde den Dänen überliefert und auch Holstein durch ein zweites Londoner Protokoll (vom 8. Mai 1852) bis auf seine dem Namen nach fortbestehende Zugehörigkeit zum Deutschen Bunde den Dänen vollständig preisgegeben.

Die Dresdener Konferenz. Nach den Abmachungen zu Olmütz konnte es so scheinen, als stehe der vollständigen Verwirklichung der österreichischen Vorherrschaft in Deutschland und zunächst der von Wien ausgehenden Pläne und Absichten in Bezug auf die Aenderung der deutschen Bundesverhältnisse nichts mehr im Wege. Indeß erwies es sich, daß die österreichischen Bevollmächtigten, welche in diesem Glauben am 23. Dez. 1850 zur Konferenz in Dresden eintrafen, sich dennoch in ihrer Annahme verrechnet hatten. Preußen war zwar zu den weitgehendsten Zugeständnissen bereit; aber in einer Frage, welche die politische Gestaltung des großen mitteleuropäischen Länderkomplexes betraf, glaubten auch die benachbarten Großmächte ein Wort mitreden zu dürfen. Kaum war daher Oesterreich mit seinem vom Fürsten Felix Schwarzenberg längst angedeuteten Plane, durch den Eintritt der österreichischen Gesammtmonarchie in den neu zu gründenden Deutschen Bund die übrigen Staaten desselben vollständig von sich abhängig zu machen, offen hervorgetreten, so erhob zunächst England gegen dieses Vorhaben einen energischen Protest. Frankreich schloß sich mit Hinweis auf die zu befürchtende Störung des europäischen Gleichgewichts ihm an, und selbst Rußland ließ in dieser Frage seinen treuen Verbündeten im Stich, weil es bei einem in der orientalischen Frage allezeit möglichen Zusammenstoß mit Oesterreich nicht zugleich auch ganz Deutschland und vor Allem Preußen gegen sich haben wollte. Der Lieblingswunsch der österreichischen Staatsmänner war damit gescheitert. Es blieb ihnen nur noch der Versuch übrig, auf krummen Pfaden einen Ersatz für Das zu erlangen, was sie auf geradem Wege

nicht zu erreichen vermocht hatten. Zu diesem Zwecke beantragten sie, die Stimmenzahl im engeren Rath des Bundes auf nahezu die Hälfte der früheren Zahl — von 17 auf 9 — zu vermindern. Von diesen neun Stimmen sollten Oesterreich und Preußen je zwei, den vier Königreichen je eine und den sämmtlichen anderen Staaten zusammen die einzige letzte Stimme zur Verfügung stehen. Der Zweck dieses Antrages lag klar zu Tage: die selbst nach der Auflösung der Union durch ihre Zugehörigkeit zum Zollverein von Preußen mehr oder weniger abhängigen Kleinstaaten sollten willenlos gemacht und es sollte dadurch in allen entscheidenden Fragen die Mehrheit der Stimmen für Oesterreich gesichert werden. Durch den Widerspruch Preußens und der bedrohten Kleinstaaten kam der Antrag selbstverständlich zu Fall, und müde der nutzlosen Arbeit verzichtete die Konferenz auf weitere Bemühungen, etwas Neues zu schaffen.

Wiedereinsetzung des Deutschen Bundestages. Das alte Bundesverhältniß vom Jahre 1815 wurde ohne wesentliche Aenderungen einfach wiederhergestellt; am 15. Mai 1851 löste sich die Konferenz auf, und bereits am 30. desselben Monats setzte sich die verrostete Maschine des seligen Bundestages langsam wieder in Bewegung.

Gewiß war eine solche Lösung der deutschen Frage an und für sich nichts weniger als erfreulich; aber nachdem durch überstürzende Hast auf der einen und zögernde, zaghafte Schwäche auf der andern Seite für den Augenblick die Gelegenheit, etwas wahrhaft Ehrenvolles, Großes und Dauerndes zu schaffen, verscherzt worden war, mußte diese Lösung für Preußen und mittelbar auch für ganz Deutschland doch noch als die günstigste gelten. Dauernden Schaden anzurichten, dazu war der mühsam zu kümmerlichem Scheinleben wiedererweckte Bundestag außer Stande; seine Wiedereinsetzung war, Alles in Allem genommen, in Ermangelung von Besserem und zur Verhütung von Schlechterem ein unschädlicher Nothbehelf. Es blieb die Hoffnung bestehen, daß ein Neubau, zu günstiger Stunde und nach dem Plane kundiger Meister in Angriff genommen und kraftvoll fortgeführt, doch noch zu einem besseren Ziele führen werde. Darüber konnten bei dem Widerstreben Oesterreichs und seiner süddeutschen Gefolgschaft und bei der noch lange unschlüssigen und unentschiedenen Haltung der preußischen Regierung freilich Jahre und Jahrzehnte vergehen — aber die Patrioten Deutschlands hatten die schwere Kunst des Ausharrens bereits üben gelernt, und sie hielten nun unerschütterlich fest an dem zuversichtlichen Glauben, das deutsche Einheitswerk endlich doch noch gelingen zu sehen, wie schwer und oft auch diese Zuversicht durch die rückschrittliche innere Politik des Bundes und der Einzelregierungen — die preußische nicht ausgenommen — auf die Probe gestellt wurde.





Wortführer der politischen und kirchlichen Reaktion.
Geh. Regierungsrath Wagener. Friedrich Julius Stahl.
Hans Hugo von Kleist-Retzow. Ernst Ludwig von Gerlach.
Ernst Wilhelm Hengstenberg.
Karl von Bodelschwingh. Heinrich von Mühler.

Fünftes Buch.

Die Reaktionszeit.

Je schwankender die Regierung Preußens in ihrer Politik nach außen aufgetreten war, um so stärker suchte sie im Innern des Landes, freilich zum Schaden des kaum aufgeblühten Verfassungslebens, ihre Kraft darzuthun. Der auf Grund der oktroyirten Verfassung einberufene Landtag war, wie wir wissen, am 27. April 1849 aufgelöst worden, weil die mehr und mehr in die Wege der Reaktion einlenkende Regierung sich mit ihm nicht verständigen konnte. Die „kleine aber mächtige Partei", welche sich unter der Leitung von Männern wie Wagener, Fr. Jul. Stahl, Hans Hugo v. Kleist-Retzow, Ernst Ludwig v. Gerlach, Ernst Wilhelm Hengstenberg u. A. um das Banner der Kreuzzeitung geschart hatte, war inzwischen unter der Einwirkung der sich drängenden Ereignisse am Hofe und bei der Regierung zu entscheidendem Einfluß gelangt und sah jetzt ihre Zeit gekommen, von diesem Einfluß den ausgiebigsten Gebrauch zu machen. Gewiß standen in den Reihen der Reaktion nicht wenige Männer, die aus ehrlicher Ueberzeugung den Konstitutionalismus und die durch denselben bedingte Beschränkung der königlichen Machtbefugnisse bekämpften; aber weitaus die meisten Mitglieder der Partei verfolgten unter dem Deckmantel der Königstreue ihre eigenen selbstsüchtigen Zwecke und Interessen, die Wiederherstellung abgeschaffter Standesvorrechte und Privilegien für Adel und Geistlichkeit und die Erweiterung des durch die Revolution und ihre Errungenschaften beschränkten Einflusses beider auf die große Masse des Volkes, namentlich in den ländlichen

Bezirken. Der König und die Regierung förderten und unterstützten diese Bestrebungen: der König, weil er die Verfassung vom 5. Dezember längst als ein übereiltes und zu weit gehendes, ja das Staatswohl gefährdendes Zugeständniß an die Revolution betrachtete und deshalb die von der Reaktionspartei freiwillig angebotene Hülfe zu ihrer gründlichen „Revision“ willkommen hieß, die Minister, weil sie zumeist selbst aus den Reihen der Reaktion hervorgegangen waren und mit einigem Recht in der Bekämpfung des Liberalismus die Aufgabe erblickten, zu der sie berufen waren. Zu einer Revision der Verfassung im Sinne größerer Stärkung der Regierungsgewalt hätten zwar auch die gemäßigt liberalen Parteien vielleicht noch die Hand geboten, aber den über alles Maß hinausgehenden Forderungen der Reaktion wollten und konnten sie nicht nachgeben; gegen diese hielten sie mit den radikalen Parteien fest zusammen. Nun stand aber den verschiedenen liberalen Parteirichtungen zusammengenommen unzweifelhaft die große Mehrheit der Wahlstimmen des preußischen Volkes zur Verfügung, und da die durch die oktroyirte Verfassung gewährleistete Form der allgemeinen und geheimen Volkswahlen eine Beeinflussung der Wähler in größerem Umfange nicht wohl zuließ, so war auf eine reaktionäre Mehrheit in den Kammern vorerst nicht zu rechnen. Dem Rathe der reaktionären Heißsporne, die verliehene Verfassung aus eigener königlicher Machtvollkommenheit aufzuheben oder doch von Grund aus zu ändern, nachzukommen, dazu war Friedrich Wilhelm IV. nicht zu bewegen. Aber ebensowenig konnte er sich leider dazu entschließen, sich auf die liberalen Mittelparteien zu stützen und damit den einzigen richtigen Weg zu einer alle Theile befriedigenden Lösung der Verfassungsfrage einzuschlagen. So blieb nur übrig, ein Mittel anzuwenden, durch welches das Gehässige eines offenen Verfassungsbruches vermieden und dennoch im Wesentlichen das erwünschte Ziel erreicht wurde. Für ein solches Mittel entschied sich die Regierung.

Revision der Verfassung. Am 30. Mai 1849 erschien eine königliche Verordnung, durch welche, unter Aufhebung des verfassungsmäßigen Systems der allgemeinen und geheimen Volkswahlen, für die demnächst vorzunehmenden Landtagswahlen das System der sogenannten indirekten Dreiklassenwahlen eingeführt wurde. Da für den preußischen Landtag dieses Wahlsystem noch heute besteht, genügt es, dasselbe in Kürze zu charakterisiren. Die Wähler eines jeden Bezirks werden nach ihrer Steuerkraft in drei Klassen geschieden; jede dieser drei Klassen, die aus den wenigen Höchstbesteuerten zusammengesetzte erste, die bei weitem zahlreichere zweite und die die große Mehrheit aller Wahlberechtigten umfassende dritte Klasse, wählen gleich viele Wahlmänner, und diese erst wählen die Abgeordneten, so daß auf die Wahl jedes der Letzteren ein Wähler der ersten Klasse oft ebenso viel Einfluß ausübt wie hundert und noch mehr Wähler der dritten Klasse. Noch einschneidender fast als diese ungleichmäßige Vertheilung des Wahlrechts wirkte die gleichzeitig verfügte und ebenfalls auch heute noch bestehende Oeffentlichkeit der Wahl. In Zeiten heftiger politischer Erregung, wie sie damals bestanden, wurde dadurch der Beeinflussung der Wähler durch die Behörden und durch ihre natürlichen Vorgesetzten Thür und Thor geöffnet, und die sonstigen Maßnahmen der preußischen Regierung des Jahres 1849 ließen es nicht zweifelhaft erscheinen, daß dieselbe von ihrer Macht den ausgiebigsten Gebrauch zu machen entschlossen sei; denn eben damals begannen bereits die gehässigen Maßregelungen gegen bekannte liberale Parteiführer, und eben damals war bereits ein unwürdiger, weil jeder Begründung entbehrender Hochverrathsprozeß gegen Waldeck eingeleitet worden. Auf einem Parteitage zu Köthen beschlossen deshalb die vorgeschrittenen liberalen Parteien, den aussichtslosen Kampf überhaupt zu vermeiden und durch Wahlenthaltung gegen das neue Wahlgesetz zu protestiren.

Die Reaktion hatte dadurch von vornherein gewonnenes Spiel. Die Wahlen fielen durchaus in ihrem Sinne aus; nur wenige gemäßigte Altliberale fanden neben den bedingungslosen Anhängern der Reaktion einen Platz in den neuen Kammern des preußischen Landtages. Die angestrebte „Revision“ der Verfassung konnte nun ungestört vor sich gehen;

Regierung und Kammermehrheit wetteiferten in der Stellung von Anträgen auf Streichung oder durchgreifende Aenderung der einzelnen Verfassungsartikel, und mit Ausnahme einiger extrem reaktionärer Forderungen, welche die Regierung selbst abzulehnen für gut befand, wurde Alles bewilligt. Das neue Wahlgesetz wurde anerkannt, die Preßfreiheit stark beschränkt, die Errichtung von besonderen Gerichtshöfen für politische Verbrechen und eine wesentlich reaktionäre Neugestaltung der ersten Kammer wurde gutgeheißen, und endlich auch das wichtigste Recht jeder Volksvertretung, das der Steuerbewilligung, durchlöchert, indem die ursprünglich nur provisorische Bestimmung, daß die bestehenden Steuern — bis zur vollständigen Regelung der Verfassungsfrage — fortzuerheben seien, endgiltig in den Wortlaut der Verfassung aufgenommen wurde. Der preußische Landtag konnte also hinfort nur neue Steuern bewilligen, einmal bewilligte aber ohne Zustimmung der Krone niemals aufheben oder verweigern, sondern nur, auf das Ausgabenbewilligungsrecht gestützt, ihre Verwendung überwachen und kontroliren.

Doch die Männer der Kreuzzeitungspartei waren damit noch keineswegs befriedigt. Nach ihrer Meinung durfte der König auch die revidirte Verfassung, die „Charte Waldeck“, wie man sie verächtlich nannte, nicht anerkennen, weil sie dem Volke noch immer gewisse Rechte einräumte. Das Volk hatte aber nach der Auffassung der Reaktionsmänner nur zu gehorchen; Rechte sollte nur der König haben und — selbstverständlich! — der Adel, der sich, den ererbten Anschauungen entsprechend, als weit über dem Volke stehend betrachtete. Allein im Rathe des Königs überwogen diesmal die Stimmen derjenigen Männer, welche, konservativ im besten Sinne des Wortes, nicht im bedingungslosen Rückschritt alles Heil des Staates erblickten, sondern, allerdings innerhalb bescheidener Grenzen, für ein langsames aber stetiges Fortschreiten im Sinne der Zeit und ihrer Forderungen eintraten. Die Zahl dieser wirklich konservativen Männer war damals in Preußen der Uebermacht der Rückschrittspartei gegenüber nur klein, aber die in der Bildung begriffene Partei hatte einen mächtigen und einflußreichen Förderer an dem Prinzen von Preußen, und auch dem Könige persönlich nahestehende Männer, wie Bunsen und Radowitz, suchten in ihrem Sinne auf Friedrich Wilhelm IV. einzuwirken. In der Verfassungsfrage waren ihre Bemühungen von Erfolg.

Schwur des Königs auf die Verfassung. Am 31. Januar 1850 wurde die Verfassung, wie sie aus den Kammerverhandlungen vom 7. August 1849 bis Ende Januar 1850 hervorgegangen war, von Friedrich Wilhelm IV. als Staatsgrundgesetz verkündigt und, wie bereits an anderer Stelle erwähnt, am 6. Februar in Gegenwart der Minister und beider Häuser des Landtages feierlich beschworen.

Die Geschichte der inneren Kämpfe, die seit den königlichen Verheißungen von 1815 begonnen und sich schließlich zu der Revolution des Jahres 1848 zugespitzt hatten, schien damit ihren Abschluß gefunden zu haben. Die königliche Gewalt war wiederum hergestellt, nachdem sie in einer Reihe von Oktroyirungen, Verordnungen, eigenmächtigen Gesetzesänderungen ihre Stärke dargethan und jede Vorstellung eines ihr zugefügten Zwanges in den Anschauungen der Zeitgenossen beiseite gedrängt hatte. Friedrich Wilhelm IV. konnte sagen, daß ihm nichts abgetrotzt worden, daß er Alles freiwillig gegeben, daß sein Schwur auf die Verfassung aus freier Entschließung hervorgegangen sei.

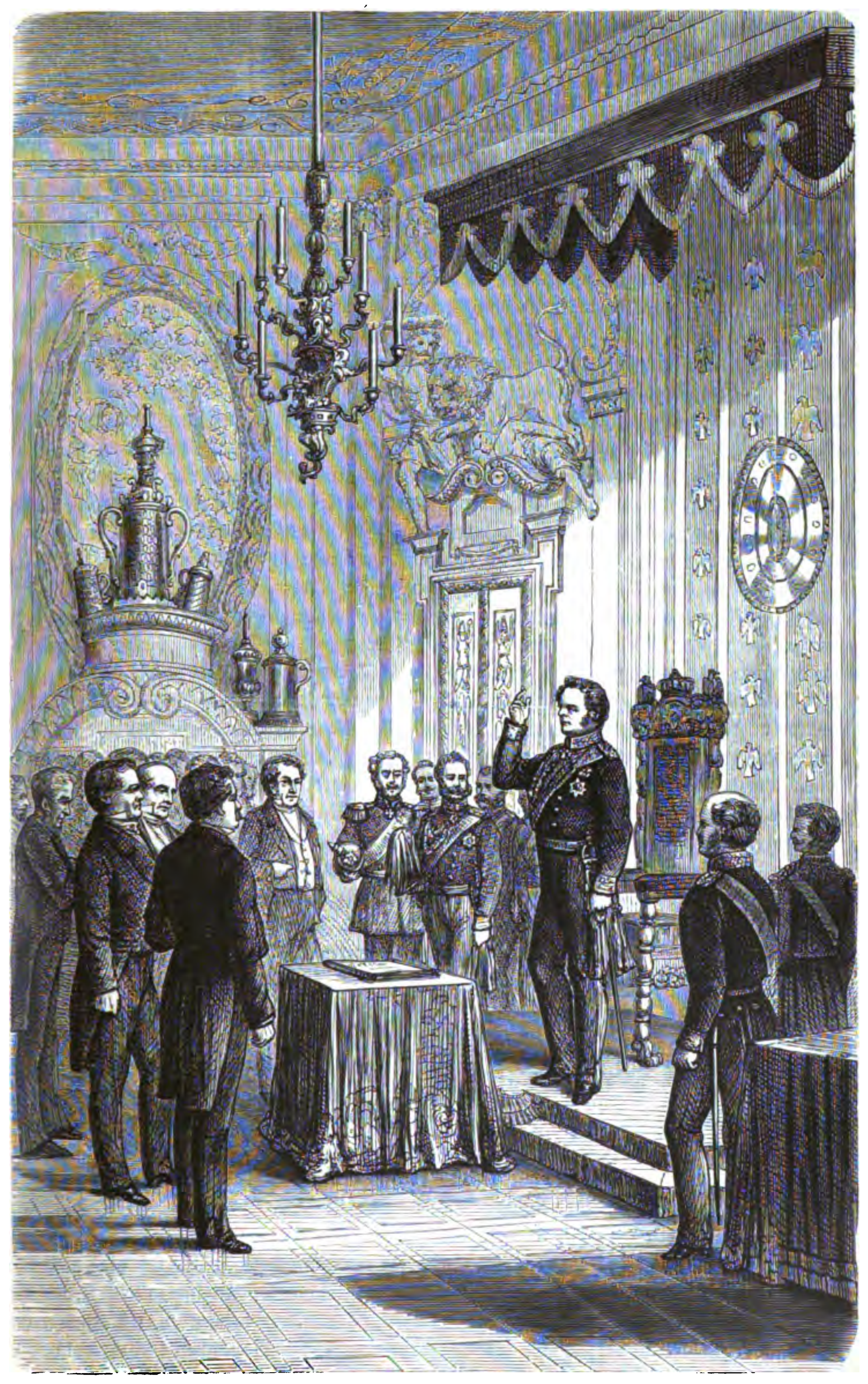
Wer jedoch die Worte des Königs hörte, wie er den Bestand des neuen Grundgesetzes „von der Hoffnung weiterer Verbesserungen, von der Möglichkeit, damit zu regieren“, abhängig machte, wie er seinen, den Ständen der alten Monarchie gegebenen Huldigungseid als fortwirkend bezeichnete, wie er seinen Schwur *nur für sich allein* zu leisten erklärte, der konnte darüber nicht im Zweifel bleiben, mit welchen Gesinnungen er den Rittersaal am 6. Februar 1850 betreten hatte. Aber, wie dem auch sein mochte, die Verfassung war jedenfalls in Preußen begründet, und die Denkungsart Friedrich Wilhelm's IV. bürgte dafür, daß er das, was er feierlich beschworen hatte, auch halten werde. Der Wunsch des Monarchen, auf gesetzlichem Wege, d. h. unter Zustimmung der Volksvertretung, noch weitere

nachträgliche Aenderungen der Verfassung vorzunehmen, war damit freilich keineswegs ausgeschlossen, und es gelangte derselbe durch die nach dem Tode des Grafen Brandenburg erfolgte Erhebung Manteuffel's zum Ministerpräsidenten und die Berufung des extrem reaktionären Herrn F. W. H. v. Westphalen in das preußische Ministerium auch äußerlich zum Ausdruck. Aber so bereitwillig und entgegenkommend sich der König den Reaktionsbestrebungen zeigte, so lange dieselben innerhalb der einmal durch die Verfassung gezogenen Grenzen sich hielten, ebenso entschieden hielt er an dem Standpunkte der Gesetzlichkeit fest und wies jede Versuchung, einen Verfassungsbruch zu begehen, von sich.

Der Staatsstreich Napoleon's III. Aufhebung der Verfassung in Oesterreich. An Vorbildern, ja selbst an direkten Aufforderungen zu einem solchen fehlte es leider nicht. Am 2. Dezember 1851 vollzog der kühne Abenteurer, welcher aus den trüben Wellen der Februarrevolution zum Präsidenten der französischen Republik emporgestiegen war, den Staatsstreich, der ihn zum unumschränkten Herrn des Landes machte, und am 31. Dezember desselben Jahres folgte der junge österreichische Kaiser Franz Joseph seinem Beispiel, hob die dem österreichischen Gesammtstaate verliehene Verfassung ohne Weiteres auf und ersetzte sie durch schwächliche Einzelverfassungen der verschiedenen Kronländer und einen nach reaktionären Grundsätzen zusammengesetzten Reichsrath, der im Bunde mit der Geistlichkeit nicht nur die Auswüchse, sondern auch die zahlreichen segensreichen Errungenschaften der Revolution in kurzer Zeit gründlich beseitigte. Die Mehrzahl der Fürsten der deutschen Mittel- und Kleinstaaten beeilte sich, ein Gleiches oder doch ein Aehnliches zu thun, und Oesterreich und der Bundesrath nöthigten ihnen dabei ihre Hülfe geradezu auf. Die zumeist schon vor der Revolution verliehenen Verfassungen ohne Weiteres aufzuheben, ging hier allerdings nicht wohl an, aber um so eifriger war man bestrebt, wenigstens die der Revolution zugestandenen freisinnigen Aenderungen wieder rückgängig zu machen. Durch wiederholte Auflösungen, durch Beschränkung des Wahlrechts und offene Beeinflussung der Wahlen, endlich, wo das nicht half, durch Drohung mit Bundesexekution wurde das erstrebte Ziel fast überall erreicht; das ermattete und ermüdete Volk gab seinen Widerstand auf, und unter der Zustimmung der endlich zu Stande gebrachten gefügigen Kammern wurden dann auf scheinbar gesetzlichem Wege die Verfassungen derartig revidirt und geändert, daß von einigen derselben, insbesondere von der mecklenburgischen, schließlich nur noch der Name übrig blieb.

Beschränkung des Wahlrechts, Beeinflussung und Einschüchterung der Wähler und ähnliche Mittel hatte man zwar, wie wir sahen, auch in Preußen nicht verschmäht, um die Verfassung in reaktionärem Sinne umzugestalten; aber jede fremde Einmischung in die inneren Verfassungsangelegenheiten Preußens hatte Friedrich Wilhelm IV. entschieden zurückgewiesen und endlich die zwar vielfach verstümmelte und durchlöcherte, aber immerhin noch erträgliche Verfassung feierlich beschworen.

Dem moralischen Ansehen und Einfluß Preußens in Deutschland war dieser letztere Schritt des Königs entschieden zugute gekommen, und der offene Verfassungsbruch in Oesterreich konnte dieses Ansehen nur noch steigern. Die österreichische Regierung glaubte nun im eigenen Interesse den Versuch machen zu müssen, die sozusagen verfassungsmäßige Reaktion in Preußen zu einer verfassungswidrigen zu steigern, mit anderen Worten, auch den König von Preußen zu einem offenen Verfassungsbruch zu bewegen. Der österreichische Kaiser richtete deshalb an Friedrich Wilhelm IV. die von dem russischen Zaren unterstützte Aufforderung, auch seinerseits die von ihm verliehene Verfassung zu beseitigen. Aber unter Verweisung auf seinen den Kammern geleisteten Eid lehnte Friedrich Wilhelm IV. ein solches Ansinnen entschieden von sich ab. Die Verfassung, welche er beschworen habe, sei allerdings auch seiner Ueberzeugung nach im monarchischen Sinne noch vielfach änderungs- und verbesserungsbedürftig, aber nicht durch einen Eidbruch, sondern nur auf dem gesetzlichen Wege, unter freier Zustimmung der Kammern, wolle er diese Aenderungen und Verbesserungen herbeizuführen suchen.



Friedrich Wilhelm IV. leistet den Schwur auf die Verfassung.

Die derzeitige Zusammensetzung der preußischen Kammern ließ die freie Zustimmung derselben zu allen, auch den weitgehendsten Aenderungen der Verfassung freilich zweifellos erscheinen, ja die reaktionäre Mehrheit arbeitete selbst auf einen Verfassungsbruch hin, wenigstens auf einen Verfassungsbruch in verhüllter Form. Nach ihrem Plane sollten allmählich so tiefgreifende Aenderungen der einzelnen Verfassungsbestimmungen vorgenommen werden, daß schließlich das ganze Gefüge der Verfassung dadurch erschüttert werde. Die Aufhebung derselben, so meinte man, werde sich dann von selbst als nothwendig herausstellen, und die passende Gelegenheit, das verhaßte konstitutionelle System zu beseitigen und die Rückkehr zu den vormärzlichen Zuständen mit ihren dem Adel und der Geistlichkeit so günstigen ständischen Einrichtungen ins Werk zu setzen, sei dann gefunden.

Diesen neuesten Plänen der Reaktion, deren letztes Ziel er jedoch nicht durchschaute, stand Friedrich Wilhelm IV. anfänglich durchaus nicht abgeneigt gegenüber; aber die ernsten Mahnungen seines Bruders, des Prinzen von Preußen, mit denen Bunsen, Radowitz und andere bewährte Freunde des Königs die ihrigen vereinten, ließen ihn noch rechtzeitig die schiefe Ebene erkennen, auf welcher ihn die Reaktionäre schließlich wider seinen Willen zum Verfassungsbruch zu drängen gedachten. Er versagte daher jenen Plänen seine Mitwirkung, ohne jedoch auf fernere Versuche zur gründlichen Umgestaltung der Verfassung in reaktionärem Sinne damit Verzicht zu leisten. Die Unmöglichkeit erkennend, ihr letztes Endziel zu erreichen, suchte die Rückschrittspartei nun wenigstens das irgend Erreichbare für sich in Sicherheit zu bringen, und das war unter den obwaltenden Umständen noch immer viel, sehr viel.

Vor Allem kam es jetzt der Reaktion, insbesondere ihren energischen Vertretern in der preußischen Regierung darauf an, wenigstens in der Gesetzgebung zu dem alten Ständewesen zurückzukehren, dem Adel seinen früheren übermächtigen Einfluß wieder zu sichern und in der Verwaltung den Schwerpunkt in die Hand gefügiger Beamten zu legen. Nach allen diesen Richtungen hin hatte die Verfassung, wie sie vom Könige beschworen worden war, dem Geiste der neuen Zeit Rechnung getragen. Sie hatte die Standesvorrechte des Adels aufgehoben und die Gleichheit aller Preußen vor dem Gesetze anerkannt. Sie ordnete die Abschaffung des Lehnswesens und der ländlichen Gerichtsherrlichkeit an; sie beseitigte das ständische Element aus der gesammten Vertretung des Landes sowie aus den Vertretungen der Gemeinden, aus den Kreis-, Bezirks- und Provinzialverbänden, indem sie nach dem Grundsatze der Selbstverwaltung der Allmacht der Bureaukratie einen hemmenden Damm entgegensetzte; sie sprach endlich die Verantwortlichkeit aller Beamten aus und ließ ihre gerichtliche Verfolgung bei Uebergriffen zu. Alle diese Grundbestimmungen wurden nacheinander durch die Bestrebungen der herrschenden Partei entkräftet. Der verfassungsmäßigen Abschaffung aller Standesvorrechte wurde als einer zu allgemeinen Norm jede besondere Bedeutung abgesprochen. Die feudale Gliederung des ländlichen Grundbesitzes suchte man durch die gesetzliche Zulassung von Familienfideikommissen zu retten, welche beim Adel beliebter denn je wurden und auch bei reichen Bürgerlichen als Vorbereitung für den Adelstand in Gebrauch kamen. An Stelle der verfassungsmäßig verbürgten Organisation der Gemeinden und der höheren Verbände bestrebte man sich, die alten Kreis- und Provinziallandtage wieder herzustellen und schließlich eine erste Kammer in Gestalt des jetzigen Herrenhauses einzuführen, obwol man dadurch offenbar mit der naturgemäßen und geschichtlichen Entwicklung Preußens in einen entschiedenen Widerspruch gerieth.

Bekanntlich hatte der Gedanke, den Staat von unten auf zu kräftigen und ihm durch Betheiligung der Bürger an der Gemeinde- und Provinzialverwaltung alle befähigten Kräfte zuzuführen, schon 1808 Eingang in die Gesetzgebung gefunden. In ihm allein hatten die hervorragenden Staatsmänner jener Zeit die Rettung vor dem drohenden Untergange erblickt, und entwickelten daraus die Städteordnung vom 19. November 1808, welche zunächst den größeren Stadtgemeinden eine durchgreifende Selbständigkeit auch sogar gegenüber der Staatsverwaltung einräumte, „um durch die Theilnahme an der Verwaltung bei

den Bürgern Gemeinsinn anzuregen und zu erhalten". Konnte man in gleicher Weise hinsichtlich der Dorfgemeinden nicht damals schon eine Gliederung von Verbänden größerer Landestheile durch Wahlkörperschaften herstellen, so suchte man wenigstens eine bessere Zukunft vorzubereiten mittels einer agrarischen Gesetzgebung, welche nicht nur die Erbunterthänigkeit aufhob und das ländliche Grundeigenthum entlastete, sondern auch die hemmenden Gemeinschaften löste, die freie Arbeit förderte und hierdurch dazu beitrug, einen vermögenden, intelligenten Bauernstand heranzubilden.

Die in solchem Sinne versuchte Heranziehung landständischer Vertreter zur Mitwirkung bei den Geschäften der Centralbehörden hatte unter der Ungunst der politischen Verhältnisse nicht zu dem erwünschten Ziele geführt; die Macht der Behörden war schließlich bis zu einer Alles überwuchernden Amtsstubenherrschaft gesteigert worden, und diese war seither neben den wesentlich auf den Einfluß des Adels gegründeten Provinzial- und Kreisständen einer segensreichen ländlichen Gemeindeordnung immer hinderlicher in den Weg getreten. Die verwirrende Mannichfaltigkeit in den bestehenden rechtlichen Verhältnissen auf dem Lande, wo meist noch eine unsichere Ueberlieferung an Stelle des Gesetzes herrschte, und wo fast jedes Dorf nach eigenen unbestimmten, meist nur den Amtsstuben bekannten Regeln verwaltet wurde, hatte das Ihrige dazu beigetragen. Unter solchen Umständen war vor Allem das Recht der Kreistage, Ausgaben zu beschließen und dazu alle Kreisangesessenen heranzuziehen, als ein schwerer Mißstand zu Tage getreten. Denn da in jenen Versammlungen der Adel und die mit ihm Hand in Hand gehenden Vertreter des Großgrundbesitzes über die Mehrzahl der Stimmen verfügten, so zogen bei der Vertheilung der Kreislasten und bei der Verwendung der eingezogenen Gelder im öffentlichen Interesse die beiden anderen Stände in der Regel den Kürzeren.

Die Verfassung gewährleistete nun durch ihren Art. 105 eine für den ganzen Staat im Wesentlichen gleichmäßige Organisation der Gemeinden, Kreise und Provinzen auf Grund selbständiger Wahlkörperschaften, und zur Ausführung dieser Grundsätze waren, der Verfassung auf dem Fuße folgend, bereits am 11. März 1850 eine neue Gemeindeordnung und eine Provinzialordnung erlassen worden.

Sie beseitigten den Wirrwarr in den Dorfverwaltungen und verwirklichten die Aufhebung der Gutsobrigkeit und der gutsherrlichen Polizei; sie führten Wahlversammlungen für die Kreis- und Provinzialverbände ein und brachten mit einem Worte die großen Gedanken von 1808 zur Ausführung, indem sie Preußen aus einem losen Verbande einzelner Provinzen in einen organisch einheitlichen Staatsverband hinüberführten.

Aufhebung der neuen Gemeinde- und Provinzialordnungen. An diese neuen und zeitgemäßen Ordnungen setzte nun die Reaktion vor Allem ihre Hebel an, indem sie die beiden Gesetze für revolutionäre Ausgeburten erklärte und in ihrem Programm zum „Bruche mit der Revolution" dieselben an die Spitze der Proskriptionsliste stellte. Den König ohne Weiteres um die Zurücknahme der betreffenden Verordnungen anzugehen, hielt man nicht für gerathen. Aber der Minister von Westphalen glaubte auch ohne eine solche förmliche Zurücknahme die Kraft der Gesetze untergraben und die thatsächliche Wiederherstellung der alten Zustände allmählich vorbereiten zu können.

Die Durchführung der Gemeindeordnung mußte selbstverständlich einige Zeit in Anspruch nehmen, und erst dann konnten die Vertretungen der höheren, der Kreis- und Provinzialverbände, gebildet werden. Darauf gründete der Minister seinen Plan. Die Einführung der Gemeindeordnung vorläufig verschiebend, ließ er auf Grund seiner Vollmacht zur Ernennung der intermistischen Behörden für die erst noch zu bildenden Provinzialstände die alten Provinziallandtage, welche er als vorläufig noch rechtsbeständig erklärte, zusammentreten, ohne auf die zahlreichen Proteste gegen diese Maßregel irgend welche Rücksicht zu nehmen. Nachdem so der Boden vorbereitet war, erzielte er im Jahre 1852 eine königliche Verordnung, welche die Einführung der neuen Gemeinde- und Provinzialordnung

überhaupt vertagte, und ein Jahr darauf setzte er es durch, daß auf Grund eines entsprechenden Kammerbeschlusses die neuen Ordnungen auch gesetzlich aufgehoben und die alten Städteordnungen, Landgemeinde-, Kreis- und Provinzialverfassungen wiederhergestellt wurden. Eine anderweitige gesetzliche Regelung wurde dabei zwar verheißen. Doch nur in Bezug auf die Städteordnung erfolgte in den nächsten Jahren die Erfüllung dieser Verheißung; die endgiltige Feststellung der neuen Kreis- und Provinzialordnungen hat sich unter beständigen Parteikämpfen bis in die Gegenwart hingezogen.

Von Neuem war der Staat in zwei sich gegenüberstehende Theile, Stadt und Land, zerklüftet; die neue Städteordnung sicherte auch in den Städten, namentlich den kleineren, den Staatsbehörden einen überwiegenden Einfluß auf die städtischen Angelegenheiten, und das Land war wie früher in kleine lose Splitter zertrümmert, über welche das Landrathsamt und die Gutsherrschaft nur zu eigenmächtig verfügten. Das ganze Gemeindeleben ward aus seinem kaum angebahnten engeren Zusammenhange mit dem Staatsleben gelöst, die alte ständische Ordnung zwischen die Gemeinden und die Volksvertretung gedrängt, und die Herrschaft der zwiefachen Reaktion des Junkerthums und des Beamtenthums schien, für die nächste Zeit wenigstens, fest begründet.

Die gleichzeitig erfolgte Aenderung der Zusammensetzung der ersten Kammer des Landtages und ihre Umgestaltung zu dem noch heute bestehenden „Herrenhause“ schien diese Erfolge vollends zu sichern. Nach der oktroyirten Verfassung vom Jahre 1848 sollten die Mitglieder der ersten Kammer nach einer Art von beschränktem Wahlsystem gewählt werden, und das erste preußische Herrenhaus — damals führte es noch nicht diesen Namen — war auf diesem Wege gebildet worden. Bei den Verhandlungen über die Verfassungsänderungen, welche in der Zeit vom August 1849 bis Januar 1850 zwischen der Regierung und dem reaktionären Abgeordnetenhause vereinbart worden waren, war auch die Zusammensetzung der ersten Kammer zur Sprache gekommen, aber ein volles Einvernehmen über diesen Punkt war nicht zu erzielen gewesen; die Verfassung, welche der König im Februar 1850 beschwor, setzte gleichfalls noch eine aus Wahlen hervorgehende erste Kammer voraus, wobei nur das Wahlrecht zu Gunsten des Adels noch weiter beschränkt und dem Könige außerdem die Befugniß zugesprochen war, eine bestimmte Zahl von Personen aus besonderem Vertrauen zu lebenslänglichen Mitgliedern der ersten Kammer zu berufen. Der Adel konnte mit diesem Arrangement, das ihm in der ersten Kammer ein fast unerschütterliches Uebergewicht sicherte, wohl zufrieden sein, und er war es in der That und zwar in dem Maße, daß er sich sogar trotz seiner sonstigen Loyalitätsbetheuerungen lebhaft widersetzte, als der König bald darauf eine anderweitige, wesentlich von der Krone abhängige Zusammensetzung der ersten Kammer in Anregung brachte. Einen irgendwie begründeten Anlaß zu solchem Widerspruch hatte der Adel freilich nicht. Der Gedanke, den Einfluß des Adels in der ersten Kammer zu Gunsten des Bürgerthums zu beschränken, lag dem Könige durchaus fern; er wollte nur in der äußeren Form eine Anerkennung der höheren Macht der Krone auch dem Adel gegenüber, dessen Wortführer die historischen Rechte der alten erbgesessenen Familien, „die zum Theil älter seien als die Rechte der Hohenzollern in der Mark“, oft allzu energisch betont hatten, zum Ausdruck bringen.

Die neue Zusammensetzung des Herrenhauses. Die Mehrheit der Kammer hatte in anderen Punkten zu weit nachgegeben, um in diesem einen dem Willen des Königs dauernden Widerstand entgegensetzen zu können, und durch ein Gesetz vom 7. Mai 1853 stellte man endlich die Entscheidung über die künftige Zusammensetzung der ersten Kammer dem freien Ermessen des Königs anheim. Die Wählbarkeit für die Mitglieder derselben wurde jetzt vollständig aufgehoben; den volljährigen Prinzen des königlichen Hauses und den im Laufe der Zeit mediatisirten Fürsten und Standesherren wurde das Recht der lebenslänglichen resp. erblichen Mitgliedschaft zugesprochen, doch stand dem Könige die Befugniß zu, auch andere Personen in beliebiger Zahl zu lebenslänglichen Mitgliedern zu

ernennen. Des Weiteren wurde aber auch gewissen Standes- und Familienvereinigungen, den Grafenverbänden und den Verbänden des alten und befestigten Grundbesitzes in den verschiedenen Landestheilen, das Recht verliehen, je einen Vertreter dem Könige zur Berufung in die erste Kammer zu präsentiren, und das gleiche Recht erhielten endlich auch die drei protestantischen Domstifter, die sechs Universitäten und einige zwanzig von den wichtigeren Städten des Landes. Die Vertretung des Bürgerthums war also der des Adels gegenüber eine äußerst geringfügige; abgesehen von der nunmehr nothwendigen königlichen Bestätigung für seine Vertreter in der ersten Kammer hatte der Adel bei dem Tausche, dem er sich anfänglich so lebhaft widersetzt hatte, von Neuem entschieden gewonnen, und die Bestimmung, daß die nunmehrige Zusammensetzung der ersten Kammer nur durch ein Gesetz geändert werden könne, sicherte ihm auch für die Zukunft seinen Gewinn. Am 12. Oktober 1854 wurde durch königliche Verordnung die neue erste Kammer einberufen, am 30. Mai 1855 wurde ihr, gleichfalls durch königliche Verordnung, der ihrer Zusammensetzung in der That am meisten entsprechende Name „Herrenhaus" beigelegt, welcher ihr denn auch bis heute verblieben ist.

Daß dieses Herrenhaus nur unter außergewöhnlichen Verhältnissen, wie sie in den fünfziger Jahren in Preußen bestanden, ein entscheidendes Gewicht in die Wagschale des politischen Lebens werfen konnte, stand freilich in Anbetracht seiner Zusammensetzung außer Frage, denn für seine Beschlüsse konnte es unmöglich jene moralische Bedeutung in Anspruch nehmen, welche den Beschlüssen einer aus regelmäßig wiederkehrenden Wahlen hervorgehenden Versammlung von Volksvertretern naturgemäß innewohnt. Wie überall, wo eine so tiefe, fast unübersteigliche Kluft die beiden Kammern der Volksvertretung trennt, mußte in Zeiten normaler Entwicklung der Einfluß der ersten Kammer dem der volksthümlicheren zweiten Kammer gegenüber entschieden in den Hintergrund treten, und auch in Preußen werden wir diesen natürlichen Umschwung im gegebenen Augenblick sich vollziehen sehen.

Zunächst war davon allerdings nichts zu merken. Seinen Beruf, einen Theil der Landesvertretung zu bilden, völlig verkennend, betrachtete sich das Herrenhaus als vollständig außerhalb des Volkes stehend, als eine Staatsgewalt für sich, und setzte den ganzen Einfluß, über den es in den ersten Jahren seines Bestehens verfügte, zu Gunsten der ständischen Reaktion ein, die eben damals eine solche Unterstützung dringend brauchte.

Reaktion des Beamtenthums. Der Kampf gegen die Revolution und ihre Errungenschaften hatte im Beginn der Reaktionszeit alle Anhänger der Reaktion, unbeschadet ihrer verschiedenen Sonderbestrebungen, zusammengeführt; sobald aber das gemeinsame Hauptziel erreicht war, begannen sich die Wege der bisherigen Bundesgenossen allmählich zu scheiden. Die beiden Richtungen, in welchen diese Scheidung erfolgte, waren durch die besonderen Verhältnisse und durch die historische Entwicklung des Staatslebens in Preußen von vornherein vorgezeichnet: als die Reaktion des Junkerthums läßt sich die eine, als die Reaktion des Beamtenthums die andere am kürzesten bezeichnen. Das Junkerthum pochte auf das historische Recht, auf die altüberlieferten Vorrechte und Privilegien des Adels, und wollte diese durch die Reaktion dem Volke gegenüber zur Geltung und Anerkennung bringen; das Beamtenthum dagegen stützte sich auf das geschriebene, auf das in Gesetzen und Verordnungen niedergelegte Recht und bekämpfte durch seine Reaktion den durch die Revolution angeregten Selbstverwaltungstrieb. Aber auch hierin verleugnete sich nicht das den preußischen Beamtenstand von jeher besonders auszeichnende Gefühl für Gerechtigkeit; denn während das Junkerthum nicht nur dem Volke, sondern auch dem Gesetze gegenüber eine Ausnahmestellung für sich in Anspruch nahm, wollte das Beamtenthum oder wenigstens dessen energische Vertreter ihm eine solche Ausnahmestellung nicht zuerkennen. In diesem Punkte platzten die anfänglich verhüllten Gegensätze schließlich auf einander, und ein Aufsehen erregender Vorfall ließ diese Gegensätze auch äußerlich zu Tage treten.

Tod Hinckeldey's im Duell. Im Jahre 1850 war einer der eifrigsten Vertreter des altpreußischen Beamtenthums, K. L. F. von Hinckeldey, zum preußischen Generalpolizeidirektor und Polizeipräsidenten in Berlin ernannt worden. Schroff und rücksichtslos, aber energisch und gerecht, erfreute er sich zwar nicht der Beliebtheit, aber wenigstens der verdienten Anerkennung beim Volke, während ihn andererseits die Regierung als eine feste Stütze ihrer reaktionären Bestrebungen betrachtete. Allein die gerechte Strenge, welche der neue Polizeipräsident ohne Unterschied des Standes gegen Alle und Jeden zur Anwendung brachte, ward in den Gesellschaftskreisen der Junkerpartei bald sehr übel bemerkt, und ein Hauptvertreter des Junkerthums (der oben schon genannte Herr von Gerlach, von dem auch der angeführte Ausspruch „Die Rechte des Adels in der Mark seien älter als die der Hohenzollern" herrührte) rief dem Herrn von Hinckeldey durch die Kreuzzeitung höhnend zu, er möge sich daran genügen lassen, sich um die „Reinlichkeit" Berlins zu bekümmern! — Die Junker beanspruchten eben, auch in der Uebung solcher Gewohnheiten, welche mit den gesetzlichen Anordnungen in offenbaren Widerspruch traten, nicht behelligt zu werden. — Der unberechtigte Unwille des Junkerthums steigerte sich bald zur Erbitterung, und ein, wie es hieß, absichtlich heraufbeschworener peinlicher Zwischenfall hatte endlich zur Folge, daß Hinkeldey durch ein bekanntes Mitglied jener Kreise, Herrn von Rochow-Plessow, zum Zweikampf herausgefordert wurde. Herr von Hinckeldey fiel in diesem Duell, Herr von Rochow wurde bald nach Antritt seiner Strafhaft vom Könige begnadigt, und der Zwiespalt zwischen Beamtenthum und Junkerthum schien dadurch zu Gunsten des letzteren geschlichtet. Aber der Minister von Westphalen, welcher als berufener Leiter der ständischen Reaktion zugleich auch die Spitze der Beamtenhierarchie bildete, hatte längst die Gefährlichkeit dieser inneren Gegensätze erkannt und suchte nun zwischen beiden Strömungen zu vermitteln und durch entsprechende Maßregeln gleichzeitig das Interesse beider zu fördern.

Beeinflussung der städtischen Verwaltungen durch Regierung und Landräthe. Nach dem Fall der Gemeinde- und Provinzialordnung wurde, wie schon oben erwähnt, der Bureaukratie mit Hülfe der neuen Städteordnung eine ausgedehnte Gewalt über das Städtewesen, vornehmlich über die innere städtische Verwaltung, eingeräumt. An Stelle des Bezirksrathes, welcher als Aufsichtsbehörde bis dahin aus der Wahl der Gemeinden hervorging, traten nun Regierungsbeamte, welche zu wichtigen Beschlüssen der Gemeinden ihre Genehmigung zu ertheilen hatten, ja in Streitigkeiten zwischen Stadtverordneten und Magistrat endgiltig entscheiden und selbst die Wahl der Magistratsmitglieder beeinflussen durften. Infolge dessen sahen sich die Behörden vom Minister angewiesen, bei den Wahlen zu Stadtämtern vor Allem die politische Gesinnung des zu Wählenden ins Auge zu fassen, und es übte dadurch die Regierung einen empfindlichen Zwang auf die Besetzung der leitenden Stadtkollegien aus. In der Verwaltung der ländlichen Gemeinden wußte sich die Junkerpartei für dieses der Bureaukratie gemachte Zugeständniß auch ihrerseits schadlos zu halten. Hier wurde die Gutsherrlichkeit und vor Allem die gutsherrliche Polizeigewalt wieder hergestellt. Die Gutsherren wurden mit der Aufsicht, ja gewissermaßen mit der Herrschaft über die Landgemeinden ausgerüstet und erhielten das Recht, die Schulzen und Ortsrichter zu ernennen, die gleichzeitig ihnen, der Gemeinde und dem Staat den Eid der Treue zu schwören hatten. Die Beaufsichtigung durch den Landrath, der meist selbst dem Kreise der Gutsherren angehörte, von diesen gewählt und dem Könige zur Bestätigung präsentirt wurde, bot für die Verhinderung eines etwaigen Mißbrauchs der gutsherrlichen Gewalt wenig Gewähr.

Die kirchliche Reaktion. Langsamer und zunächst weniger augenscheinlich hervortretend als die Erfolge der ständischen und der Beamtenreaktion, aber noch tiefer und vor Allem nachhaltiger die Wohlfahrt des Volkes schädigend waren endlich die Erfolge der kirchlichen Reaktion, die als dritte im Bunde mit der der geistlichen Hierarchie von jeher eigenen Energie die günstige Gelegenheit benutzte, um auch ihrerseits auf ihrem besondern Felde eine reiche Ernte zu halten. Die weitgehenden Zugeständnisse, welche Friedrich Wilhelm IV.

zum Theil auf Kosten der Staatsgewalt, der katholischen Geistlichkeit gemacht hatte, ließen auch der evangelischen Orthodoxie eine größere kirchliche Machtfülle begehrenswerth erscheinen, so sehr auch Kirchenzucht und Kirchenzwang dem evangelischen Geiste widerstrebt. Allerdings ließ sich nicht verkennen, daß gerade durch seine strenge Kirchenzucht der Katholizismus in Preußen ein zu der Zahl seiner Bekenner außer Verhältniß stehendes Uebergewicht zu erlangen drohte, welches durch die entgegenkommende Haltung Friedrich Wilhelm's IV. nicht nur den berechtigten, sondern auch den unberechtigten Forderungen der katholischen Geistlichkeit gegenüber noch mehr gefördert wurde. Eine große Zahl von neuen Klöstern wurde im Lande gegründet, und erfolgreich betrieben auch die katholischen Geistlichen, namentlich in den Bezirken mit gemischter Bevölkerung, das Werk der Bekehrung. Dem gegenüber verlangte die evangelische Orthodoxie auch für ihre Geistlichkeit eine bedeutende Erweiterung ihrer Machtbefugnisse. Die aufrichtige Frömmigkeit des Königs hatte sich mit zunehmendem Alter desselben mehr und mehr der orthodoxen Richtung zugewandt, Hauptvertreter derselben in seiner Umgebung übten auf ihn einen tiefgehenden Einfluß aus, und so vermochte die Orthodoxie mancherlei Bestrebungen durchzusetzen, insofern solche nicht, wie beispielsweise in der Ehescheidungsfrage, über alles Maß hinausgingen und deshalb an dem Widerspruch der Regierung und der Kammern scheiterten, obwol im Uebrigen die reaktionäre Mehrheit der letzteren derartigen Bestrebungen keineswegs abgeneigt gegenüberstand. Es trat dies namentlich auf dem Gebiete des Unterrichtswesens deutlich zu Tage. Nach der Verfassung sollte das Unterrichtswesen durch ein Gesetz geregelt werden, aber unbekümmert um diese Bestimmung nahm der im Jahre 1850 an Ladenberg's Stelle zum Unterrichtsminister ernannte Otto von Raumer — im Einverständniß mit der Geistlichkeit und unter stillschweigender Billigung der Kammern — die Neuregelung desselben in seine eigene Hand. Für Preußen, welches im Verhältniß zu anderen Staaten, wie z. B. Oesterreich, nicht von der Natur mit reicher fließenden Hülfsquellen gesegnet und deshalb um so mehr auf die Nutzbarmachung der inneren geistigen Kräfte seiner Bewohner zur Lösung seiner nationalen Aufgaben angewiesen ist, mußte in dem Volksunterricht eine ganz wesentliche Förderung des Staatslebens erblickt werden. Ein guter Elementarunterricht befreit die Menge von Vorurtheilen und schlechten Gewohnheiten, macht sie fähig, die Ergebnisse der Wissenschaft sich anzueignen und zu verwerthen, und giebt bei richtigem Erkennen der Kräfte der Natur die Methode an die Hand, die Arbeit zu erleichtern. Der Staat gewinnt aber an der Schule nur dann eine heilsame Grundlage, und sie gestaltet sich ihm nur in dem Falle zu einer Quelle von Macht und Einfluß, wenn durch sie Nützliches geschaffen wird, thatkräftige Bürger erzogen werden. Dagegen wird sie eine Quelle des Uebels, wenn sie der Jugend nicht die ihr gebührende geistige Nahrung reicht, oder wenn sie gar die jungen Seelen schädigt. Der auferlegte Zwang, daß jeder Staatsbürger seine Kinder in den Unterrichtsfächern der Elementarschule unterrichten lassen muß, wirkt nur dann heilsam und erscheint gerechtfertigt, wenn der Unterrichtsstoff zweckdienlich gewählt ist; er wirkt dagegen in dem Maße verderblich, in welchem die Wahl eine unzweckmäßige ist. Mit gutem Grunde stellte daher die Verfassung, welche jenen Zwang in Art. 21 vorschrieb und durch Erklärung der Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichtes (Art. 25) die Steuerkraft der Bürger für diesen Zweck wesentlich in Anspruch nahm, für Regelung des Unterrichtswesens gesetzliche Bürgschaften in Aussicht.

Die Regulative. Herr von Raumer setzte sich aber selbst an die Stelle der gesetzgebenden Gewalt; er legte kein Unterrichtsgesetz vor, sondern erließ am 1. Oktober 1854 jene drei viel besprochenen, fast möchte man sagen berüchtigten Regulative für den Unterricht am Seminar, für die Vorbereitungs- und für die evangelischen Elementarschulen. Selbst wenn diese Regulative, welche den Schulplan, die Lehrmethode sowie die Unterrichtsgegenstände bis in die kleinsten Einzelheiten feststellen, von besserem Geiste beseelt gewesen wären, hätten sie doch als Gesetzentwurf vorgelegt und vom König und den

Kammern sanktionirt werden müssen. — Was auf den Hochschulen durch Heranziehung fortschrittsfeindlicher Professoren oder sonstwie gefügiger Lehrkräfte seit Jahren vorbereitet worden war, die Absperrung geistesfreier Strömungen, das sollten die Regulative nun in die Volksschule übertragen helfen. Sie beginnen zu solchem Zwecke mit pädagogisch unhaltbaren Voraussetzungen, vertheilen in ungenügender Weise die Lehrgegenstände und schreiben einen zweckwidrigen Lehrstoff und eine verderbliche Unterrichtsmethode vor. In diesem Sinne wurde der Elementarunterricht derart regulirt, daß die Schüler an nutzbringenden Kenntnissen kaum über genügendes Lesen und Schreiben sowie über die vier Spezies des Rechnens hinauskamen, dagegen viel biblische Geschichte, Gebete, geistliche Lieder und Sprüche, Katechismussätze, Sonntagsevangelien u. s. w. wörtlich auswendig zu lernen hatten. Von allgemeiner Geschichte, Literatur, den Grundzügen der Grammatik, schriftlichen Aufsätzen war wenig die Rede, derartige Bildungsmittel wurden sogar für die Seminare bedeutend beschränkt und Ersatz dafür in Andachtsübungen und im Bibellesen gefunden.

Längst war der Reaktion die von Diesterweg und anderen freisinnigen Schulmännern vertretene pädagogische Richtung, die Anleitung zu selbständigem Denken, die Erziehung zu bewußter Selbstthätigkeit, ein Dorn im Auge. — Der Eifer, mit welchem diese Volkserzieher die Befreiung der Schule von der Beeinflussung und Beaufsichtigung durch die Geistlichkeit befürworteten, hatte bereits dahin geführt, daß sie als erklärte Feinde der Religion, des Christenthums und als Verführer der Jugend bezeichnet wurden. Der Kultusminister durfte wol glauben, durch sein verhängnißvolles Vorgehen den Intentionen seines königlichen Herrn am besten zu entsprechen, denn schon bei den Konferenzen der im Februar 1849 in Berlin versammelten Seminarlehrer hatte Friedrich Wilhelm IV. denselben zugerufen: „All das Elend, das im verflossenen Jahre über Preußen hereingebrochen, ist Ihre, einzig Ihre Schuld, die Schuld der Afterbildung, der irreligiösen Menschenweisheit, die Sie als echte Weisheit verbreiten, mit der Sie den Glauben und die Treue in den Gemüthern meiner Unterthanen ausgerottet und deren Herzen von mir abgewandt haben.“ — Diese Beschuldigung war in so schroffer Form wenigstens entschieden unverdient; die eigene tiefe Religiosität und das lebhafte Verlangen, dieselbe auch in den weitesten Schichten des Volkes möglichst gepflegt und verbreitet zu sehen, hatten den König zu weit geführt. Aber jene Worte waren einmal gesprochen, und der wesentliche Inhalt der Schulregulative mochte sich mit ihnen wohl vertragen. Sie wurden behufs ihrer Durchführung wiederholt den Bezirksregierungen sowie den Lehrern zu strengster Nachachtung anempfohlen. Diesterweg und seine Gesinnungsgenossen wurden nach Befinden gemaßregelt oder aus ihren Stellungen verdrängt, die gehorsamen Werkzeuge der Reaktion dagegen belohnt und befördert und dadurch auch auf demjenigen Gebiete, welches Lauterkeit und Festigkeit der Gesinnung ganz besonders fordert, auf dem Gebiete des Unterrichts und der Erziehung, um reaktionärer Zwecke willen ein unwürdiges Streberthum begünstigt und großgezogen. Aber „wer die Schule hat, hat die Zukunft“, sagten sich die Männer der Reaktion. Für den Augenblick war es ihnen gelungen, ihre Ideen zur Herrschaft zu bringen; die vollständige Durchführung der Reaktion auch in der Schule sollte diese Herrschaft zu einer dauernden machen, sie fest begründen.

Alle Vorbedingungen zur Erfüllung dieses Wunsches schienen vorhanden, als plötzlich und unerwartet durch eine schwere Erkrankung des Königs und die infolge dessen nothwendige Berufung des Prinzen von Preußen zur Regentschaft ein vollständiger Umschwung der Dinge herbeigeführt wurde.

Wir werden uns mit der Vorgeschichte und mit den Folgen dieses Umschwungs alsbald näher zu beschäftigen haben, doch müssen wir, um dem Gange der Ereignisse zu folgen, zunächst von der inneren Politik Preußens auf die gleichzeitige Gestaltung der auswärtigen Beziehungen des Staates zu Deutschland und zu Europa unsere Aufmerksamkeit lenken.



Sechstes Buch.

Preußen, Deutschland und Europa.

Die Niederlage, welche die auswärtige Politik Preußens in Olmütz erlitten hatte, war durch die Schwäche der preußischen Staatsleitung, nicht durch die Schwäche des preußischen Staates verschuldet worden, und sie hatte deshalb auch die Stellung Preußens und das Gewicht seines Einflusses in Deutschland und in Europa nur vorübergehend zu erschüttern vermocht. Für eine zunächst nur kleine, aber trotz aller Anfeindungen und Verfolgungen fast täglich wachsende und erstarkende Partei war und blieb Preußen die Vormacht Deutschlands, zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des deutschen Gesammtvaterlandes und — so sehr augenblicklich der äußere Schein dagegen sprach — zur endlichen Verwirklichung des deutschen Einheitsgedankens berufen; und diesen Beruf des preußischen Staates auch den politischen Gegnern desselben zum Bewußtsein zu bringen, erwies sich die beständige Weiterentwicklung des preußisch-deutschen Zollvereins und sein mit jedem Jahre erkennbarer hervortretender segensreicher Einfluß auf allen Gebieten des Handels und Wandels im deutschen Vaterlande als sehr geeignet.

Erweiterung und Erneuerung des Zollvereins. Nach Ablauf der ersten achtjährigen Vertragsperiode des Zollvereins im Jahre 1841 waren demselben, wie bereits an anderer Stelle kurz erwähnt, auch die nordwestdeutschen Staaten außer Hannover beigetreten, so daß nunmehr Deutschland, außer Oesterreich, Hannover und einigen Kleinstaaten, ein einheitliches Zoll- und Steuergebiet bildete. Der Anschluß Hannovers war um deswillen nicht zu Stande gekommen, weil dieser Staat mit Rücksicht auf seine Lage und seine Verkehrsbedingungen über den nach der Einwohnerzahl zu berechnenden Durchschnittsantheil an den Zollerträgnissen hinaus eine besondere Entschädigung und außerdem für eine Reihe von Artikeln eine beträchtliche Herabsetzung des Zollsatzes gefordert hatte. Ganz unberechtigt waren diese Forderungen vom hannoverischen Standpunkt aus nicht, denn die Lage des Landes am Meer und seine vielfachen Beziehungen zu England brachten

gerade hier einen verhältnißmäßig starken Verbrauch von ausländischen Erzeugnissen mit sich. Die besondere Entschädigung glaubte man aber der Gleichmäßigkeit halber nicht gewähren zu dürfen, und jeder Herabsetzung der seit 1834 vielfach erhöhten und zum Theil neu eingeführten Zölle widerstrebten namentlich die süddeutschen Mitglieder des Zollvereins sehr entschieden. Für die westlichen Provinzen des preußischen Staates wäre der Eintritt Hannovers in den Zollverband im Verkehrsinteresse allerdings sehr wünschenswerth gewesen, aber so lange, wenn auch auf beträchtlichen Umwegen, ihre Verbindung mit den östlichen Provinzen durch Kurhessen und die thüringischen Staaten gesichert war, konnte man auf Hannover immerhin verzichten. Anders freilich mußte sich die Lage gestalten, wenn etwa nach dem Ablauf der zweiten Vertragsperiode im Jahre 1853 die Erneuerung der Verträge bei den thüringischen Staaten, namentlich bei Kurhessen, auf Schwierigkeiten stieß, und dieser Fall schien jetzt eintreten zu sollen. Wiewol der Anschluß Oesterreichs an den Zollverein wegen der bunten Zusammensetzung seiner Gebietstheile und wegen der großen Verschiedenheit ihrer wirthschaftlichen Interessen kaum möglich erschien, hatte man in Wien die friedliche Errungenschaft der preußischen Staatskunst doch von jeher mit Neid und Mißgunst betrachtet. Da indessen die materiellen Vortheile, welche den süd- und mitteldeutschen Staaten die Zollvereinigung bot, zu offenkundig waren, als daß man auf eine gewaltsame Sprengung derselben hätte rechnen können, so hatten die einsichtigeren unter den österreichischen Staatsmännern schon seit der Mitte der vierziger Jahre an der Beseitigung der Hindernisse gearbeitet, welche dem Beitritt Oesterreichs zum Zollverein im Wege standen. Zu einem Theile war ihnen dies auch gelungen, und die großdeutsche Partei des Frankfurter Parlaments hatte sich bereits allen Ernstes mit der gleichen Frage beschäftigt. Doch waren Verhandlungen bezüglich der noch fortbestehenden Hindernisse ohne Ergebniß verlaufen. Nachdem aber die preußischen Unionsbestrebungen und deren anfänglicher Erfolg aufs Neue gezeigt hatten, wie fest namentlich die kleineren Staaten durch den Zollverein an Preußen gekettet waren, glaubte die österreichische Regierung zur Erreichung ihres Zieles einen neuen Anlauf nehmen zu müssen. Um den auf der Zollvereinigung beruhenden Einfluß Preußens zu brechen, sollte die Aufnahme Oesterreichs in dieselbe erzwungen oder aber die Sprengung derselben mit allen Mitteln ins Werk gesetzt werden. Der Sieg, welchen die österreichische Staatskunst in der deutschen Frage über Preußen davongetragen hatte, die Wiederaufrichtung des von Oesterreich gänzlich abhängigen Bundestages und die Hineinziehung der süddeutschen Staaten in das österreichische Interesse ließen diesen Versuch jetzt nicht mehr ganz aussichtslos erscheinen. Der Bundestag unterstützte bereitwillig die von österreichischer Seite nunmehr offen ausgesprochene Forderung der Aufnahme Oesterreichs in den Zollverein, und auch die süddeutschen Staaten und einige der mitteldeutschen, darunter Kurhessen, ließen sich schließlich bereit finden, die Aufnahme Oesterreichs in den Zollverein oder wenigstens den Abschluß eines die spätere Aufnahme vorbereitenden Handelsvertrages zur Bedingung ihres ferneren Verbleibens im Zollverein nach bevorstehendem Ablauf der zweiten Vertragsperiode (1853) zu machen. Sie rechneten dabei freilich mit Sicherheit auf das Nachgeben Preußens; eine etwaige Auflösung des Zollvereins hätte für sie nothwendig die schwersten wirthschaftlichen Nachtheile zur Folge haben müssen, und die für den schlimmsten Fall von Oesterreich in Aussicht gestellte Bildung eines besonderen süddeutschen Zollbundes unter Führung Oesterreichs konnte bei der notorischen Zerrüttung der Finanzen dieses Staates erst recht nichts Verlockendes für sie haben. Ihre Hoffnung auf das schließliche Nachgeben Preußens stützten die süddeutschen Staaten vor Allem auf den Umstand, daß zur Zeit die einzige Verbindungsstraße zwischen den östlichen und den westlichen preußischen Provinzen durch Kurhessen führte, daß also durch die etwaige Auflösung des Zollvereins der preußische Staat wieder in zwei getrennte Verkehrsgebiete zerfallen mußte. Durch einen geschickten Schachzug des preußischen Handelsministers von der Heydt wurde aber diese Hoffnung gründlich vereitelt.

Sobald nämlich Oesterreich mit seinen Plänen hervorgetreten war, hatte der Minister — das einzige freisinnige Mitglied des preußischen Ministeriums — unter der Hand mit der hannöverschen Regierung Verhandlungen angeknüpft, die bekannten Forderungen derselben, eine besondere Entschädigung und gewisse Zugeständnisse in Tariffragen, im Wesentlichen bewilligt und auf Grund dieser Bewilligungen einen Vertrag zu Stande gebracht, durch welchen sich Hannover nach dem Ablauf der zweiten Vertragsperiode des Zollvereins zum Eintritt in denselben verpflichtete. Die Verbindung der östlichen Provinzen Preußens mit den westlichen war somit auf alle Fälle gesichert, ja die neue Verbindung war noch besser und bequemer als die durch Kurhessen, und Preußen hatte den süd- und mitteldeutschen Staaten gegenüber vollkommen freie Hand gewonnen. In letzteren Staaten war man anfänglich über diese neue und unerwartete Wendung der Dinge nicht wenig entrüstet; aber die unberechtigte Entrüstung machte bald einer sehr berechtigten Besorgniß Platz, als Preußen für den Fall von Weiterungen seitens der süddeutschen Staaten mit der Auflösung des Zollvereins drohte. Die thüringischen Staaten und die Staaten des „nordwestdeutschen Steuervereins", welche letztere die Forderungen Hannovers von jeher unterstützt hatten, beeilten sich nunmehr, auf Grund der neuen Bestimmungen ihren Vereinsvertrag mit Preußen zu erneuern, worauf auch die süddeutschen Staaten die erste beste Gelegenheit zu friedlichem Einlenken wahrnahmen. Von preußischer Seite wurde ihnen dieses Einlenken durch ein scheinbares Zugeständniß erleichtert, denn jetzt, da Preußen die Bedingungen diktiren konnte, standen dem Abschluß eines preußisch-österreichischen Handelsvertrages keine ernstlichen Bedenken mehr im Wege.

Preußisch-österreichischer Handelsvertrag. Am 19. Februar 1853 kam ein solcher zu Stande, und wenn auch durch denselben die österreichischen Wünsche nur zum allergeringsten Theil erfüllt und vor Allem die weiteren Verhandlungen über den Beitritt Oesterreichs zum preußisch-deutschen Zollverein auf eine unbestimmte Zukunft verschoben wurden, so war doch wenigstens die Form gewahrt: die Forderung der süddeutschen Staaten, daß der Zollverein wenigstens einen Handelsvertrag mit Oesterreich abschließe, war — allerdings in den denkbar bescheidensten Grenzen — erfüllt. Insgesammt erklärten dieselben nun ihre Bereitwilligkeit, den Zollvereinsvertrag mit Preußen auf weitere zwölf Jahre, bis 1865, zu erneuern. Am 4. April 1853 wurden die Verträge vollzogen. Die Vereinigung Deutschlands mit alleiniger Ausnahme Oesterreichs, Mecklenburgs und der Hansastädte zu einem einheitlichen Zoll- und Verkehrsgebiete war gelungen; dem Schein der Einheit, welchen Oesterreich durch die Wiedereinsetzung des Bundestages geschaffen hatte, stand die wirkliche, lebenskräftige Einheit des Zollvereins, das Werk Preußens, gegenüber. Welcher von beiden Schöpfungen die Zukunft gehörte, das zu entscheiden war bei ungetrübtem Blick und unbefangenem Urtheil nicht schwer.

Es war um so weniger schwer, da der Bundestag kurz zuvor durch einen seiner Beschlüsse wieder einmal den klaren Beweis geliefert hatte, daß ihm jeder gute Wille und jedes Verständniß für die Pflege selbst der dringendsten gemeinsamen Interessen des deutschen Vaterlandes durchaus abging.

Auflösung der deutschen Flotte. Aus Veranlassung der schleswig-holsteinischen Verwicklungen war der Gedanke angeregt worden, eine gemeinsame deutsche Flotte zu begründen. In ganz Deutschland hatte dieser hoffnungsreiche Gedanke lebhaften Anklang gefunden; mit patriotischem Eifer waren überall freiwillige Beiträge gesammelt worden, und auch die deutschen Regierungen, Oesterreich ausgenommen, hatten willig den auf sie entfallenden Antheil einer vom deutschen Parlament zu diesem Zwecke ausgeschriebenen Summe von drei Millionen Thalern beigesteuert. Die auf diese Weise zu Stande gebrachte Flotte war allerdings nur unbedeutend, sie bestand im Ganzen aus achtzehn, meist kleineren Fahrzeugen mit wenig über 200 Kanonen, und ihrer Flagge fehlte bis dahin die Anerkennung der auswärtigen Staaten; aber es war doch immerhin ein Anfang.

Daß mit der Wiedereinsetzung des Bundestages auch das Eigenthumsrecht an der deutschen Flotte von der früheren Centralbehörde auf diesen überging, war eigentlich selbstverständlich. Aber die reaktionäre Mehrheit des Bundesraths schien auch die gemeinsame deutsche Flotte als eine lästige Errungenschaft der Revolution zu betrachten, die es verdiene, möglichst schnell wieder beseitigt zu werden; es ward die fernere Unterhaltung derselben von Bundes wegen abgelehnt, und da ein vermittelnder Vorschlag Preußens, gegen entsprechende Entschädigung einem neu zu begründenden preußisch-deutschen Flottenverein das vorhandene Flottenmaterial zu übergeben, an der Eifersucht Hannovers scheiterte, so wurde am 2. April 1852 die völlige Auflösung der Flotte beschlossen. Am 18. August desselben Jahres erfolgte im Auftrage des Bundesraths durch den oldenburgischen Staatsrath Hannibal Fischer die öffentliche Versteigerung der Flotte — ein unwürdiges Schauspiel, demüthigend für Deutschland und den Hohn und Spott des Auslandes herausfordernd.

Anlage des Seehafens im Jahdebusen. Preußen suchte den schweren Mißgriff des Bundesrathes in seinen weiteren Folgen nach Möglichkeit unwirksam zu machen; bei jener Versteigerung ging ein großer Theil der Flotte, darunter der „Barbarossa“ und die in Eckernförde erbeutete dänische „Gefion“, für eine verhältnißmäßig geringfügige Summe in preußischen Besitz über, um den Kern einer preußischen Flotte zu bilden. Diese nahm weiterhin unter der Leitung des Prinzen Adalbert einen zwar langsamen, aber stetigen Aufschwung und vermochte bald nicht nur dem preußischen, sondern auch dem gesammten deutschen Handel wenigstens einen nothdürftigen Schutz zu gewähren, namentlich nachdem auf Grund eines noch im Jahre 1853 mit Oldenburg abgeschlossenen Vertrages die Anlage eines geeigneten Hafens auch in der Nordsee (im Jahdebusen) ausgeführt war.

Mit der neuen Periode der inneren preußisch-deutschen Politik, welche gegen Ende des Jahres 1851 begann und die sich durch den Scheinsieg Oesterreichs auf dem rein politischen und dem wirklichen, folgenschweren Sieg Preußens auf dem wirthschaftlichen und materiellen Gebiet am besten kennzeichnet, fiel eine neue Periode der gesammten europäischen Politik zusammen. Dem langen Zeitraum, in welchem der Gang der europäischen Politik wesentlich durch die heilige Alliance bestimmt worden, war die kurze, aber sturmbewegte Periode der Revolutionsjahre gefolgt, in welcher die Völker gegen jene Alliancepolitik sich erhoben hatten, um den sie beengenden und bedrückenden Zwang derselben von sich abzuschütteln. Dieser Versuch war nach einem anfänglichen kurzen Erfolg im Wesentlichen gescheitert; mit verhältnißmäßig geringfügigen Zugeständnissen war die heilige Alliance als Siegerin aus dem erbitterten Kampfe hervorgegangen. Was aber den Völkern nicht gelungen war, das nahmen jetzt, in der neuen, mit dem Jahr 1851 beginnenden Periode die Staaten in Angriff: Sprengung der heiligen Alliance und gänzliche Neugestaltung der politischen Verhältnisse Europa's, das waren die Aufgaben, deren Lösung in dieser Periode begonnen und nach der einen Seite mit Erfolg durchgeführt, nach der anderen wenigstens vorbereitet wurde.

Französische Zustände. Da der eigentliche Anstoß zu dieser Bewegung von Frankreich ausging, so haben wir zunächst diesem Lande, das wir mitten in den Stürmen der Februarrevolution verließen, unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Die provisorische Regierung, welche nach der Vertreibung des Königs Louis Philipp an die Spitze Frankreichs getreten war, hatte mit anerkennenswerther Energie die Leitung der Geschäfte in die Hand genommen und war in der That eifrig bestrebt, einer geordneten republikanischen Staatsverfassung zum Siege und zur Anerkennung zu verhelfen. Die große Mehrheit der Pariser Bevölkerung, deren politischer Wankelmuth sich auch in dem neuesten Wechsel der Staatsform schnell zurecht fand und vor Allem Ruhe und Wiederherstellung der Ordnung wünschte, stand dabei entschieden auf ihrer Seite, die Anhänger der verschiedenen monarchischen Parteien hatten vorläufig ihr Spiel verloren gegeben, und nur ein Gegner, unter den obwaltenden Umständen freilich der Gefährlichste von allen, der

Pöbel, blieb noch zu bekämpfen. Infolge der sozialen Mißwirthschaft unter dem Bürgerkönigthum hatten die Ideen des Sozialismus und Kommunismus in den niederen Schichten der hauptstädtischen Bevölkerung die weiteste Verbreitung gefunden, die Anhänger derselben hatten sich zu einer großen und festgeschlossenen Partei organisirt, und diese Partei glaubte jetzt nach dem Siege der Revolution die Zeit zur Verwirklichung ihrer Pläne und zur Erreichung ihrer unmöglichen Ziele gekommen. Die provisorische Regierung suchte zunächst durch weitestes Entgegenkommen die ungestümen Forderer zu beschwichtigen. Das „Recht auf Arbeit" wurde anerkannt, Nationalwerkstätten wurden eröffnet und Millionen über Millionen auf diese Weise für sinn- und zwecklose Arbeiten oder gar für den Müßiggang nutzlos hingeworfen. Inzwischen waren die Wahlen zur Nationalversammlung vollzogen worden und, wie nicht anders zu erwarten, im Sinne der Ordnungspartei ausgefallen. Die Sozialisten und Kommunisten hatten in dem neugebildeten republikanischen Ministerium — Bastide, Crémieux, Cavaignac — und in dem geschäftsführenden Ausschuß der Nationalversammlung — Lamartine, Garnier-Pagès, Arago, Marie und Ledru Rollin — keinen Vertreter, und die Republik in Frankreich schien auf den Weg einer ordnungsmäßigen Entwicklung geleitet.

Ein erster Versuch der Sozialisten, die neue Regierung und die Nationalversammlung zu sprengen, mißlang und hatte nur strenge Maßregeln gegen die Umsturzpartei und ihre Führer zur Folge; besonders der energische Cavaignac drang auf rücksichtslose Unterdrückung der sozialistischen Umtriebe und vor Allem auf Schließung der Nationalwerkstätten, in denen er mit vollem Rechte den eigentlichen Herd jener Umtriebe erblickte. Das Gefährliche dieses letzteren Schrittes war nicht zu verkennen, aber nach einigem Zögern raffte sich die Regierung zu dem entscheidenden Entschlusse auf und begann die Werkstätten zu schließen und die Arbeiter zu entlassen. Da ertönte die Aufruhrtrommel in den Arbeitervierteln, die rothe Fahne ward entfaltet, Straßen und Plätze bedeckten sich mit Barrikaden. Und nun wiederholte sich das alte Spiel: Parteien, die weder auf Seiten der Aufständischen, noch auf Seiten der Regierung standen, unterstützten dennoch jene, um den Sturz der letzteren bewirken zu helfen. In dem gegenwärtigen Falle waren es die Legitimisten und die Bonapartisten, die dem Aufruhr Geld und Waffen zukommen ließen. Die ganze Größe der Gefahr erkennend, übertrug die Nationalversammlung dem Kriegsminister General Cavaignac bis zur vollständigen Niederwerfung des Aufstandes die Diktatur. Mit rücksichtsloser Energie ging der General vor, und in einem viertägigen mörderischen Straßenkampfe (22.—26. Juni 1848), der mehr als 10,000 Arbeitern und Soldaten das Leben kostete, ward der Aufruhr bewältigt. Der Sieger wurde zum Ministerpräsidenten ernannt, die ausgedehntesten Vollmachten wurden ihm und seinem Ministerium übertragen, eine erbitterte Reaktion gegen die überwundene Partei und ihre Vertreter wurde in Scene gesetzt, und die zahlreichen Nachwahlen für die konstituirende Nationalversammlung brachten eine wesentlich konservative Mehrheit in die Kammer, welche die neue Staats- und Verfassungsform des Landes endgiltig regeln sollte. — Hervorragende Staatsmänner, unbedeutende Parteihelden waren in ihr vereinigt, alle Parteirichtungen, die monarchischen selbstverständlich nur in kleinen Minoritäten, waren in ihr vertreten, und auch der Bonapartismus war mit mehreren Vertretern, sogar mit einem Louis Napoleon Bonaparte in Person, auf dem Kampfplatze erschienen.

Louis Napoleon Bonaparte! Dieser Name hatte seine Zauberkraft bei den Franzosen noch immer nicht verloren, der Name allein wog eine große Partei auf, und mit Mißtrauen und Besorgniß standen die überzeugten Republikaner einem Manne gegenüber, den Paris und fünf andere Wahlkreise des Landes nur auf seinen Namen hin zu ihren Vertreter erkoren hatten.

Nur zu bald sollte es sich zeigen, wie berechtigt dieses Mißtrauen gegen den Napoleoniden und die Besorgniß gewesen war.

Louis Napoleon Bonaparte war als dritter Sohn des Königs Ludwig von Holland und der Hortense Beauharnais am 20. April 1808 geboren. Nachdem nach der Thronentsagung seines Vaters im Jahre 1810 die Ehe desselben geschieden worden war, verlebte der Prinz seine Jugend in Arenenberg in der Schweiz bei seiner Mutter. Diese, eine lebhafte, begabte und ehrgeizige Frau, die mit glühender Begeisterung das Andenken des gestürzten Kaisers pflegte, entzündete bei ihren Söhnen dieselbe Verehrung und erfüllte ihre jungen Seelen mit dem einen Gedanken: sie seien berufen, die angestammte Glorie des Hauses Bonaparte wieder aufzurichten. Bei dem jüngsten Sohne, Karl Ludwig, gestaltete sich dieser Gedanke zur unerschütterlichen Ueberzeugung, nachdem er durch den Tod seines älteren Bruders und des Herzogs von Reichstadt das Haupt der napoleonischen Familie geworden war. Er nannte sich von da ab Louis Napoleon, und während er nach vorübergehender Theilnahme an dem unglücklichen Aufstandsversuch im Kirchenstaate im Jahre 1831 sich eifrig militärischen und staatswissenschaftlichen Studien widmete, war sein Sinnen und Denken unablässig darauf gerichtet, den Thron der Julimonarchie zu stürzen, um als Erbe des ersten Napoleon an die Spitze Frankreichs zu treten.

Ein erster, im Jahre 1836 in Straßburg unternommener Versuch, eine Militärempörung anzuzetteln und mit Hülfe derselben das Ziel seines Ehrgeizes zu erreichen, scheiterte gänzlich. Der junge Verschwörer gerieth in Gefangenschaft, wurde indessen von Louis Philipp begnadigt, nachdem er sich feierlich verpflichtet hatte, Europa zu verlassen und Frankreich nicht wieder zu beunruhigen. Nach kurzem Aufenthalt in Nordamerika kehrte er jedoch auf die Nachricht von einer schweren Erkrankung seiner Mutter nach Arenenberg zurück, wurde aber auf die Forderung der Regierung des Bürgerkönigs von der Schweizer Regierung ausgewiesen, worauf er sich nach England begab. Unterdessen hatte Louis Philipp unvorsichtiger Weise durch die Gestattung der feierlichen Ueberführung der Asche des ersten Napoleon von St. Helena nach dem Invalidendom in Paris die Sympathie für das Andenken des „großen Kaisers“ wieder entflammt, und der Napoleonismus wagte es, sich von Neuem zu regen. Jetzt hielt der ehrgeizige „Erbe des Kaisers“ die Zeit für gekommen, einen neuen Versuch zur Verwirklichung seiner Träume zu unternehmen. Aber noch stand das Bürgerkönigthum auf einigermaßen festen Füßen. Das mit fast lächerlichem Pathos in Scene gesetzte „Attentat von Boulogne“ (6. August 1840) nahm einen noch kläglicheren Ausgang, als der vier Jahre früher erfolgte Straßburger Putsch. Louis Napoleon, wiederum festgenommen, wurde diesmal vom Staatsgerichtshof in Paris zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurtheilt. Nach sechsjähriger Gefängnißhaft zu Ham gelang es ihm jedoch, als Maurergeselle verkleidet zu entkommen und — im Mai 1846 — den schützenden Boden Englands zu erreichen.

Kaum zwei Jahre darauf vertrieben die Pariser den König Louis Philipp, und alsbald erschien Louis Napoleon in der Hauptstadt, um für seine Ideen und Pläne Anhänger zu werben. Der Erfolg, den er errang — er wurde einmal in Paris und dreimal in den Provinzen zum Mitglied der Nationalversammlung erwählt — hatte seinen Erwartungen nicht genügend entsprochen, und er kehrte wieder nach England zurück, um auf eine für ihn günstigere Wendung der Dinge zu warten.

Bald genug sollte eine solche eintreten. Der Sieg des Generals Cavaignac über den kommunistischen Aufstand schaffte der neuen konservativ-republikanischen Regierung in der Arbeiterbevölkerung von Paris einen unversöhnlichen Feind, während die berechtigte Furcht vor der Wiederkehr ähnlicher Unruhen die seßhafte Bevölkerung der Hauptstadt und der Provinzen mit dem Verlangen nach Einsetzung einer festen und energischen Regierungsgewalt erfüllte. Das Eine wie das Andere kam Louis Napoleon zugute, die dem nationalen Ehrgeiz schmeichelnden Erinnerungen, welche sich an seinen Namen knüpften, thaten das Uebrige — die Nachwahlen im September 1848 brachten ihm ein sechsfaches Mandat für die konstituirende Nationalversammlung.

Jetzt nahm Louis Napoleon die Wahl an, und während er durch wohlklingende Phrasen wie: „Mein Name ist das Symbol der Ordnung, der Vaterlandsliebe und des Ruhmes; er wird nimmermehr die Wirren der Heimat vermehren helfen!“ — das Mißtrauen der ehrlichen Republikaner zu beschwichtigen suchte, hielt er sich auch nach der andern Seite den Weg offen, indem er hinzufügte: „Ich hege keinen Ehrgeiz; wenn das Volk mir indessen Pflichten auferlegt, werde ich sie zu erfüllen wissen.“ Der Beschluß der Nationalversammlung, daß der auf je vier Jahre zu berufende Präsident der französischen Republik durch allgemeine Volksabstimmung gewählt werden sollte, noch mehr aber verschiedene Mißgriffe der republikanischen Regierung und ihres Hauptes, des Generals Cavaignac, ebneten dem ehrgeizigen Napoleoniden den Weg zur Erreichung seiner ferneren Ziele; und eine eifrige und geschickte, vor keinem Mittel zurückschreckende Agitation that das Uebrige.

Louis Napoleon, Präsident der zweiten französischen Republik. Mit einer geradezu verblüffenden Majorität von 6½ Millionen Stimmen gegen 1½ Millionen, die General Cavaignac zufielen, wurde Louis Napoleon am 10. Dezember 1848 zum Präsidenten der zweiten französischen Republik gewählt. Allerdings waren jene 6½ Millionen nur zum allergeringsten Theil die Stimmen von überzeugten Anhängern des Bonapartismus. Aus blindem Haß gegen Cavaignac und die von ihm geführte republikanische Ordnungspartei hatten ihn die Männer des Umsturzes gewählt; derselbe Grund und zugleich der irrthümliche Glaube, daß der mit Unrecht als „unbedeutend“ geltende Napoleonide im geeigneten Augenblicke leicht wieder zu beseitigen sein werde, hatte die Legitimisten und Orleanisten für ihn zu stimmen bewogen, und die große Masse der Gleichgiltigen und Theilnahmlosen endlich war durch die Geistlichkeit zu seinen Gunsten ins Feld geführt worden und hatte den Ausschlag gegeben. Dieses für den Uneingeweihten anscheinend durch nichts gerechtfertigte Eingreifen der Geistlichkeit hatte seinen guten Grund in geheimen Versprechungen, welche von Louis Napoleon dem eben damals durch die italienische Revolution und ihren anfänglichen Erfolg im Kirchenstaat aus Rom vertriebenen Papst Pius IX. gemacht worden waren. Die Erfüllung seiner Zusagen gab dem nunmehrigen Präsidenten zugleich die erwünschte Gelegenheit zu einer ersten kriegerischen Aktion und zur Einleitung einer vielgeschäftigen auswärtigen Politik, durch welche er die Aufmerksamkeit der unruhigen Bevölkerung Frankreichs von den inneren Angelegenheiten abzulenken und für seine weit ausschauenden Pläne freieres Spiel zu gewinnen gedachte.

Papst Pius IX. war nach Gaeta geflüchtet, in Rom die Republik zum Siege gelangt, die weltliche Herrschaft des Papstes als beseitigt erklärt, Garibaldi zum Oberfeldherrn der Republik ernannt worden. Plötzlich vernahm die staunende Welt: das republikanische Frankreich schicke sich an, in Rom „die Ordnung wieder herzustellen“ — d. h. den Papst zurückzuführen und das herrschende republikanische Regiment zu stürzen. Das Letztere offen auszusprechen, durfte Napoleon der republikanischen Mehrheit der französischen Nationalversammlung gegenüber allerdings nicht wagen; als Aufgabe des Generals Oudinot, der mit einer französischen Truppenabtheilung nach dem Kirchenstaat entsendet wurde und am 24. April 1849 in Civita Vecchia landete, war vielmehr die friedliche Vermittelung zwischen dem Papste und der römischen „Schwesterrepublik“ verkündet worden. Aber zu einer solchen friedlichen Vermittelung bot weder der Papst noch die republikanische Regierung in Rom die Hand. Dem Befehl Louis Napoleon's folgend, schritt nun Oudinot zum Angriff auf die ewige Stadt. Doch tapfer wehrten sich die Römer unter der geschickten Führung Garibaldi's, und mehrmals wurden die stürmenden Franzosen unter starken Verlusten zurückgeworfen. Die französische Nationalversammlung hatte anfänglich das bewaffnete Einschreiten Oudinot's gegen die römische Republik entschieden gemißbilligt; jetzt, nach den erlittenen Schlappen, trug die französische Nationaleitelkeit den Sieg über alle republikanischen Bedenklichkeiten davon. Unter Zustimmung der Nationalversammlung wurde der Kampf fortgesetzt, bis die republikanischen Vertheidiger Roms sich genöthigt sahen, den der

Uebermacht gegenüber nutzlosen Widerstand aufzugeben. Die Franzosen setzten sich in den Besitz der Stadt, der Papst kehrte zurück und übernahm wieder die weltliche Herrschaft über den Kirchenstaat, mußte sich aber verpflichten, fortan auf seine Kosten eine französische Besatzung „zu seinem Schutze“ in Rom zu behalten.

Das Einschreiten Frankreichs in Italien hatte die neue französische Regierung mit den auswärtigen Mächten zum ersten Male in nähere Berührung gebracht, und mit großem Geschick suchte Louis Napoleon die angeknüpften Beziehungen weiter zu verfolgen. Die französische Besetzung Roms und die bis zu einem gewissen Grade aufrichtige Begünstigung der Bestrebungen des Königs von Sardinien waren, wenn auch in verhüllter Form, gegen Oesterreich und dessen übermächtigen Einfluß in Italien gerichtet, und da um deswillen der Eintritt von Verwicklungen mit Oesterreich für möglich erachtet werden mußte, hielt es Louis Napoleon für rathsam, sich, um für alle Fälle gesichert zu sein, nach einem geeigneten Bundesgenossen umzusehen. Die gleichzeitigen Verwicklungen in Deutschland, die preußischen Unionsbestrebungen und deren Bekämpfung durch Oesterreich, sollten ihm als Handhabe dabei dienen.

Gegen Ende des Jahres 1849 entsandte er einen seiner Vertrauten, Fialin von Persigny (später Herzog), nach Berlin, um dem Könige Friedrich Wilhelm IV. die Unterstützung Frankreichs in der Unionsangelegenheit anzubieten, wenn ihm dafür eine Gebietserweiterung am Rhein auf Kosten Bayerns oder eines anderen süddeutschen Staates in sichere Aussicht gestellt werde. Friedrich Wilhelm IV. lehnte, wie wir wissen, ein solches Ansinnen rundweg ab; trotzdem wurde dasselbe von dem Sendboten in dringendster Form wiederholt, und erst nach längerem Aufenthalt in Berlin ließ sich Persigny von der Aussichtslosigkeit seiner Bemühungen überzeugen. Daß im Uebrigen die vorsichtigen Eröffnungen des französischen Gesandten über eine in Frankreich zu begründende starke Regierung am Berliner Hofe sympathisch berührt hatten, vermochte Louis Napoleon für das Scheitern seines auf eine förmliche Alliance mit Preußen gerichteten Endzweckes nicht ausreichend zu entschädigen. Er suchte nun bei Oesterreich einzulenken und durch den Vorschlag einer gründlichen „Revision der Landkarte von Europa“ den österreichischen Ministerpräsidenten Fürst Schwarzenberg für sich zu gewinnen. Nach seinem Plane sollte Frankreich die Rheingrenze und Belgien erhalten, Oldenburg und Hannover sollten an Preußen, die Moldau und die Walachei an Oesterreich fallen, Rußland endlich sollte durch Gebietserweiterungen in der Türkei und in Kleinasien schadlos gehalten werden. Allein Oesterreich glaubte damals noch den Schwerpunkt seiner Macht in Deutschland suchen zu müssen; die Moldau und die Walachei, deren Besitzergreifung außerdem zum Bruche mit Rußland hätte führen müssen, schienen der österreichischen Regierung keine entsprechende Entschädigung zu sein gegenüber dem Gebietszuwachs, welchen Louis Napoleon für Frankreich in Anspruch nahm, und auch aus Wien mußte schließlich der französische Unterhändler unverrichteter Sache heimkehren.

Die wiederholten Versuche Louis Napoleon's, auf die eine oder andere Weise zu einer Gebietserweiterung für Frankreich zu gelangen, standen mit seinen auf die Veränderung der Verfassung des Landes gerichteten ehrgeizigen Plänen in innigem Zusammenhange. Als Emporkömmling, ohne glänzende persönliche Vorzüge und ohne festgewurzelte Sympathien in den Herzen der großen Mehrheit des französischen Volkes, glaubte er zunächst irgendwelche äußere Erfolge erringen zu müssen, um, auf diese gestützt, als würdiger Nachfolger des ersten Napoleon vor der Nation dazustehen und mit seiner Person verknüpfte Hoffnungen auf weiteste Befriedigung der nationalen Eitelkeit zu erregen. Bisher war ihm auf der von ihm betretenen Bahn wenig gelungen, wol aber hatte er sich die für ihn werthvolle Gewißheit verschafft, daß die monarchischen Mächte um den Preis des Umsturzes der republikanischen Regierungsform in Frankreich der Begründung eines zweiten napoleonischen Kaiserreiches nicht ernstlich widerstreben würden, und diese Gewißheit ließ ihn trotz der erlittenen diplomatischen Mißerfolge das Ziel seines Ehrgeizes um so

energischer verfolgen. Die fehlenden großen Thaten mußte er freilich vorerst durch große Worte und noch größere Versprechungen ersetzen; aber indem er sich mit diesen ganz und gar auf das niedere Volk, auf das Heer und auf die Geistlichkeit stützte, gelang es ihm bald, einen weitverbreiteten und wohlorganisirten Anhang zu gewinnen, den die ehrlichen Republikaner mit bangen Befürchtungen täglich wachsen sahen, ohne ihrerseits erfolgreich dagegen ankämpfen zu können. Seine verfassungstreue Gesinnung unzählige Male betheuernd und durch seine Regierungsführung auch scheinbar bethätigend, ließ Napoleon seinen republikanischen Gegnern kein recht wirksames Agitationsmittel in Händen, und wohl oder übel mußten sich diese schließlich mit der Hoffnung trösten, daß die Republik stark genug sein werde, die Präsidentschaftsperiode Louis Napoleon's, die verfassungsmäßig im Mai 1852 ihr Ende erreichte, zu überdauern, wonach er, gleichfalls verfassungsmäßig, nicht wieder gewählt werden durfte. Ob sich freilich auf Grund der bezüglichen Verfassungsbestimmung die Wiederwahl des von der republikanischen Partei jetzt schon gefürchteten Prätendenten erfolgreich verhindern lassen werde, mußte in Anbetracht seines großen Anhanges bereits zweifelhaft erscheinen. Aber Louis Napoleon beschloß, es auf diese Probe doch nicht erst ankommen zu lassen, vielmehr durch einen entscheidenden Schritt allen Möglichkeiten zuvorzukommen und, Alles an Alles setzend, entweder als Hochverräther zu enden oder zu dem Ziele seines Ehrgeizes, zum Kaiserthron, zu gelangen.



Louis Napoleon.

Der 2. Dezember 1851. Der 2. Dezember 1851 ward zur Ausführung des von ihm geplanten Staatsstreiches bestimmt. Nachdem er wenige Tage zuvor im Sitzungssaale der Kammer erschienen war und hoch und theuer gelobt hatte, die Verfassung und die Gesetze des Landes, falls sie von irgendwelcher Seite bedroht würden, nöthigenfalls mit Einsetzung seines Lebens zu vertheidigen, veranstaltete er am Abend des 1. Dezember in seiner Amtswohnung im Elysée eine große Festlichkeit. Auch die Häupter der republikanischen Partei waren zu derselben erschienen. Um Mitternacht ging die Gesellschaft ahnungslos auseinander; nur die Getreuesten unter den Anhängern und Vertrauten Louis Napoleon's, Morny, Maupas, Fleury, St. Arnaud u. A., blieben zurück, und in der Frühe des nächsten Morgens war der Staatsstreich vollzogen. Die republikanischen Parteiführer waren während der Nacht verhaftet, die Straßen von Paris militärisch besetzt worden. Eine Proklamation des Präsidenten verkündete der Bevölkerung, daß ein neues Ministerium gebildet und daß die Nationalversammlung aufgelöst sei, weil sie den Frieden und die Wohlfahrt des Landes gefährde, daß ferner der Präsident im Interesse des Vaterlandes eine durchgreifende Revision der Verfassung nach seinen Vorschlägen und eine zehnjährige Verlängerung seiner Präsidentschaftsperiode für erforderlich erachte und zu diesen Maßregeln die freie Zustimmung des französischen Volkes erwarte.

Die erste Wirkung des Staatsstreiches war lähmende Bestürzung, von welcher die Bevölkerung ergriffen ward; erst am folgenden Tage, am 3. Dezember, erhoben sich die Republikaner zu bewaffnetem Widerstande. Nach dreitägigem entsetzlichen Blutvergießen wurde der Aufstand niedergeschlagen, durch glänzende Versprechungen die große Masse des Volkes geködert, durch Einkerkerung und Verbannung wurden die letzten Gegner unschädlich gemacht, und bei der allgemeinen Volksabstimmung am 21. Dezember ging in Erfüllung, was in solchem Umfange selbst die Anstifter der Umwälzung kaum erwartet haben mochten: Louis Napoleon Bonaparte wurde von 7 Millionen Franzosen auf fernere zehn Jahre zum Präsidenten der französischen Republik erwählt. Die weitgehenden Machtbefugnisse, welche die neue Verfassung ihm zusprach, machten ihn thatsächlich schon jetzt zum unumschränkten Herrscher des Landes, und es war wenig mehr als ein auf den äußeren Effekt berechnetes Schauspiel, als er ein Jahr später durch ein zweites Plebiscit sich zum erblichen Kaiser der Franzosen ernennen ließ.

Napoleon III., Kaiser der Franzosen. Am 22. November 1852 wurde diese Abstimmung vollzogen; gegen 8 Millionen Franzosen stimmten mit „Ja", nur wenige Hunderttausend mit „Nein", und am 2. Dezember 1852 wurde dem Lande verkündet, daß Napoleon III., von Gottes Gnaden und durch den Willen des Volkes Kaiser der Franzosen, den Thron Frankreichs bestiegen habe.

Ohne besondere Weiterungen wurde das zweite französische Kaiserreich von allen Mächten Europa's anerkannt; die Großmachtsstellung Frankreichs war eben nicht zu bestreiten, die legitimen Königshäuser hatten, eines nach dem andern, zur Regierung des Landes sich unfähig erwiesen, und ein straffes monarchisches Regiment in Frankreich, mochte dasselbe auch von einem Emporkömmling gehandhabt werden, erschien dem monarchischen Europa immerhin wünschenswerther als eine fest begründete französische Republik. Aber den Emporkömmling als ein gleichberechtigtes Mitglied der europäischen Fürstenfamilie anzuerkennen, dazu vermochte sich die Mehrzahl der Souveräne nicht zu entschließen, wenn auch nur der Zar von Rußland so weit ging, ihm im brieflichen Verkehr die sonst unter Souveränen übliche Anrede zu versagen. Wiederholte Versuche Napoleon's, mit einem der größeren europäischen Fürstenhäuser durch eine Heirat in verwandtschaftliche Beziehungen zu treten, hatten keinen Erfolg, und selbst unter den Regenten der deutschen Kleinstaaten fand sich keiner, der sich dazu hätte entschließen können, eine Prinzessin seines Hauses dem Abenteurer von Straßburg und Boulogne zur Gemahlin zu geben. Im Bewußtsein seiner thatsächlichen Macht wußte sich Napoleon jedoch über diese Mißachtung hinwegzusetzen.

Am 29. Januar 1853 vermählte er sich mit einer durch große Schönheit ausgezeichneten Spanierin von vornehmem Herkommen, Eugenie Montijo, Gräfin von Teba, die am 16. März 1856 dem Lande einen Thronerben schenkte.

„Das Kaiserreich ist der Friede!" Die napoleonische Dynastie schien also von Neuem begründet. Die wichtige Frage war jetzt, welche Stellung sie Europa gegenüber einnehmen werde. Nach den Worten Napoleon's freilich sollte und konnte das zweite Kaiserreich nur friedliche Ziele verfolgen; l'empire c'est la paix!" das wiederholte der Kaiser bei jeder ihm passend erscheinenden Gelegenheit. Aber die thatsächlichen Verhältnisse machten für Napoleon nicht ein ruhiges, friedliches Regiment, sondern eine starke und vielbewegte auswärtige Politik zur Nothwendigkeit. Glanz, Ruhm und Befriedigung ihrer nationalen Eitelkeit mußte er durch seine Regierung den Franzosen bieten, wenn er die Hauptstützen seiner Macht, die große Masse des Volkes und das Heer, auf die Dauer an sich fesseln wollte, und Macht und Einfluß mußte er sich in Europa gewinnen, um dadurch die fehlende Legitimität seines Herrscherthums zu ersetzen. Noch bestand in Europa das Uebergewicht der heiligen Alliance, die, im Kampf gegen den ersten Napoleon begründet, mittelbar auch gegen ihn, seinen Nachfolger, gerichtet war.

Daß die monarchischen Ostmächte, die, zwischen zwei Uebeln das kleinere wählend, das zweite Kaiserreich anerkannt hatten, jederzeit bereit sein würden, den Sturz desselben zu Gunsten einer legitimen französischen Monarchie zu begünstigen, darüber konnte sich Napoleon III. unmöglich täuschen, und naturgemäß mußte deshalb seine Politik darauf gerichtet sein, den überwiegenden Einfluß der Ostmächte auf die politische Gestaltung Europa's zu untergraben, die alten Allianzen aus dem Jahre 1815 zu sprengen und die Verträge aus jener Zeit zu vernichten. „Theile und herrsche!" — diesen ersten Grundsatz der Politik seines Oheims gedachte auch Napoleon III. zu befolgen.

Auf eine günstige Gelegenheit, die Kraft und Wirksamkeit dieses Grundsatzes zu erproben, brauchte er nicht lange zu warten.

Der Krimkrieg. Die Ereignisse der Jahre 1848 und 1849 hatten die Stellung Rußlands, namentlich Oesterreich gegenüber, wesentlich gestärkt, und der Zar Nikolaus glaubte deshalb jetzt mit besserer Aussicht auf Erfolg als vor fünfundzwanzig Jahren die Lösung der orientalischen Frage im russischen Sinne in Angriff nehmen zu können. Nikolaus hatte von jeher für Rußland die Eigenschaft des Haupterben des „kranken Mannes" beansprucht und vor Allem auf die Donaufürstenthümer seine Blicke gerichtet. Hier stießen freilich russische Interessen mit österreichischen hart aufeinander; insofern Ungarn jedoch wesentlich durch die Intervention Rußlands dem habsburgischen Kaiserstaate erhalten worden war, glaubte Nikolaus bezüglich der orientalischen Frage auf dankbares Entgegenkommen Oesterreichs zu Gunsten seiner Pläne rechnen zu dürfen. Mit England meinte er sich auf Kosten Frankreichs leicht auseinandersetzen zu können, der Zustimmung Preußens fühlte er sich sicher, und das alleinstehende Frankreich glaubte er nicht fürchten zu müssen; es schien ihm also nur des entscheidenden Schlages gegen den kranken Mann zu bedürfen, um diesem vollends den Garaus zu machen und dann die Theilung der Erbschaft, natürlich mit dem Löwenantheil für Rußland, in Ruhe und Frieden vorzunehmen.

Ein Vorwand zu Zerwürfnissen mit der Pforte ließ sich leicht finden; aus Anlaß einer unbedeutenden kirchlichen Streitfrage forderte Nikolaus vom Sultan, daß er das Schutzrecht Rußlands über alle christlichen Unterthanen der Türkei und das Vorrecht der griechisch-katholischen Kirche den übrigen christlichen Bekenntnissen gegenüber vertragsmäßig anerkenne. Von Frankreich bestärkt, wies der Sultan Abdul Medschid dieses Verlangen zurück, ein starkes russisches Heer rückte infolge dessen am 2. Juli 1853 in die Donaufürstenthümer ein, der Krieg wurde erklärt und nach längerer Unthätigkeit auf beiden Seiten mit der Seeschlacht von Sinope (30. November 1853) eröffnet, in welcher die völlige Vernichtung der gesammten türkischen Flotte durch den russischen Admiral Nachimoff erfolgte. Die Haltung der Westmächte und selbst Oesterreichs dem russischen Vorgehen gegenüber entsprach indessen durchaus nicht den Erwartungen des Zaren. England glaubte sich durch die drohende Verwirklichung der russischen Pläne, welche auch die Besetzung Konstantinopels in sich schlossen, aufs Aeußerste gefährdet; es lehnte alle Anerbietungen Rußlands ab, ihm reichliche Entschädigungen zutheil werden zu lassen, und suchte eine Annäherung an Frankreich, das gleiche oder ähnliche Interessen im Orient zu vertreten hatte. Napoleon ergriff die günstige Gelegenheit zum Abschluß eines französisch-englischen Bündnisses mit beiden Händen; die beiderseitigen Kriegsflotten und ein beträchtliches Landungsheer wurden nach den türkischen Gewässern entsendet, am 12. März 1854 ein Bündnißvertrag mit der Pforte abgeschlossen, am 28. desselben Monats der Krieg erklärt und zugleich eifrig daran gearbeitet, auch die unmittelbaren Nachbarn Rußlands, Preußen und Oesterreich, in das Bündniß der Westmächte hineinzuziehen.

Oesterreichs und Preußens Haltung. Oesterreich schenkte den Vorstellungen derselben Gehör. Den Dank der österreichischen Regierung für seine Mitwirkung bei der Niederwerfung des ungarischen Aufstandes hatte sich Nikolaus, wie wir wissen, durch den übel angebrachten Hochmuth des Siegers längst verscherzt, die russische Besetzung der

Donaufürstenthümer lief den österreichischen Interessen im Orient schnurgerade entgegen, und es konnte Oesterreich also nur erwünscht sein, wenn es ihm, auf das westmächtliche Bündniß gestützt, gelang, den Rückzug der Russen aus den Donaufürstenthümern zu erzwingen. Bis zu diesem Punkte war auch Preußen den gemeinsamen Plänen Oesterreichs und der Westmächte geneigt. In zwei Verträgen vom 20. und 28. April 1854 garantirten sich Preußen und Oesterreich gegenseitig den Besitz ihrer deutschen und außerdeutschen Gebiete für den Fall, daß eines von ihnen im Einverständniß mit dem andern zur Wahrung deutscher Interessen vorgehen sollte, und es war hiernach Preußen Oesterreich gegenüber zu bewaffnetem Beistand verpflichtet, falls Rußland der österreichischen Forderung der Räumung der Donaufürstenthümer nicht nachkomme, oder dieselbe zum Anlaß nehme, die österreichischen Lande mit Krieg zu überziehen. — Vergeblich hatte Rußland den Abschluß dieses Vertrages zu hintertreiben gesucht, vergeblich in Preußen die extreme Reaktionspartei, welche den Zaren als den mächtigen „Hort der konservativen Interessen“ in allen Tonarten feierte, zu dem gleichen Zweck alle Hebel ihres Einflusses in Bewegung gesetzt: das unmittelbare Interesse Oesterreichs und das mittelbare Interesse Preußens geboten den Abschluß dieses Bündnisses. Die Folgen desselben zeigten sich alsbald: Rußland räumte auf Oesterreichs Forderung im Juli 1854 die Donaufürstenthümer, wo sich die russischen Heere, namentlich bei der vergeblichen Belagerung von Silistria, ohnehin nicht gerade mit Lorbern bedeckt hatten, und es erklärte, die Zusammenziehung des österreichischen Heeres nicht als eine kriegerische Drohung ansehen zu wollen. Damit war, soweit Oesterreich und Preußen in Betracht kamen, allen billigen Forderungen genügt.

Inzwischen aber hatten sich unter französischem Einfluß die Absichten der Westmächte auf die vollständige Demüthigung Rußlands gerichtet, um, wenn diese erfolgt sei, nach eigenem Belieben eine Reihe wichtiger Umgestaltungen der politischen Verhältnisse Europa's herbeiführen zu können. Um den Preis der bedeutenden Vortheile, die Oesterreich dabei in Aussicht gestellt wurden, schien der damalige Leiter der auswärtigen Politik, Graf Buol-Schauenstein, durchaus nicht abgeneigt, sich der Aktion der Westmächte anzuschließen, wobei man allerdings in Wien annahm, Preußen werde sich dafür gewinnen lassen, Oesterreich die Flanke zu decken.

Von Neuem begannen deshalb die Versuche, Preußen in die russenfeindliche Politik der Westmächte hineinzuziehen. Allein Friedrich Wilhelm IV. widerstrebte es, durch entschiedene Parteinahme einen allgemeinen europäischen Krieg unvermeidlich zu machen. Die weitgehenden Pläne und Absichten der Westmächte, namentlich Frankreichs, erschienen ihm ohnehin beinahe schon revolutionär, und er hielt es deshalb im Interesse Preußens für rathsamer, sich die „Freiheit des Handelns“ zu bewahren und Rußland nicht als einen übelwollenden Feind zu behandeln, sondern sich an ihm einen leidlich guten Nachbar und einen wohlmeinenden Freund für die Zukunft zu erhalten.

Die Zurückhaltung Preußens nöthigte auch Oesterreich, trotz des am 2. Dezember 1854 mit den Westmächten abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisses, in einer vorherrschend passiven Zuschauerrolle zu verharren, und den Westmächten, denen sich inzwischen zu Oesterreichs Unbehagen allerdings das anspruchsvolle Königreich Sardinien angeschlossen hatte, blieb nun nichts Anderes übrig, als allein den Kampf mit Rußland zu bestehen.

Die Belagerung von Sebastopol. Der veränderte und erweiterte Zweck, welchen die Westmächte bei der Fortsetzung des Krieges gegen Rußland im Auge hatten, der Rückzug der russischen Heere aus den Donaufürstenthümern und die Schwierigkeit, ihnen durch die sumpfigen Steppen der Dobrudscha zu folgen, hatten seit der Mitte des Jahres 1854 eine gänzliche Verlegung des Kriegsschauplatzes zur Folge. Auf Betreiben Napoleons wurde beschlossen, die Russen in ihrer Hauptstellung am Schwarzen Meere, auf der Halbinsel Krim, anzugreifen und sie durch die Einnahme und Besetzung der starken Seefestung Sebastopol zur Annahme derjenigen Bedingungen zu zwingen, welche die Westmächte ihnen vorzuschreiben

gedachten. Mitte September begann in Eupatoria die Ausschiffung der für den Krimfeldzug bestimmten Truppen: 35,000 Franzosen unter Marschall St. Arnaud — der bald darauf an der Cholera starb und durch den Marschall Canrobert ersetzt wurde — 24,000 Engländer unter Lord Raglan und 8000 Türken unter Omer Pascha, denen sich später noch 12,000 Sardinier unter Lamarmora anschlossen. Die Vertheidigung Sebastopols leitete Fürst Mentschikoff, unterstützt von Graf Todleben und Fürst Gortschakoff. Die Landung der Verbündeten hatte Mentschikoff nicht zu verhindern gesucht; erst bei ihrem weiteren Vorrücken gegen die Festung Sebastopol stellte er sich ihnen an der Alma entgegen. Nur die Uebermacht der Verbündeten verschaffte diesen den Sieg; die Russen hatten mit 35,000 Mann gegen 60,000 das Möglichste geleistet. Jetzt zogen sie sich nach Sebastopol zurück und trafen Anstalten zur Vertheidigung des Platzes. Die Belagerung und Beschießung desselben konnte nur von der Landseite aus erfolgen, da die schmale Hafeneinfahrt von den Russen durch Versenkung zahlreicher Schiffe gesperrt worden war.

Von der Bucht von Balaklawa aus, die ihnen die Zufuhr sicherte, rückten nun die Verbündeten von Süden her gegen die Festung Sebastopol vor und begannen am 9. Oktober die Belagerungsarbeiten. Zwei von der Feldarmee unterstützte Ausfälle der Russen wurden in den Schlachten bei Balaklawa am 25. Oktober und bei Inkerman am 5. November 1854 unter schweren Opfern blutig zurückgewiesen, worauf die Belagerer sich vor der Festung eingruben, um für weitere Unternehmungen den kommenden Frühling abzuwarten. Inzwischen rafften Kälte, Krankheit und Entbehrungen während des rauhen Winters namentlich bei den kriegsungewohnten und meist schlecht verpflegten Engländern Tausende hin; doch hatten auch die Franzosen und die Türken schwer zu leiden, und die Ankunft des sardinischen Hülfsheeres in den ersten Monaten des Jahres 1855 war deshalb den Verbündeten aufs Höchste willkommen.

Tod des Kaisers Nikolaus. Aber ehe es noch zu neuen Kämpfen kam, trat ein Ereigniß ein, welches auf den weiteren Gang der Dinge nicht ohne Einfluß bleiben konnte. Tief erschüttert durch das Mißlingen seiner hochfliegenden Pläne starb Kaiser Nikolaus ganz unerwartet am 2. März 1855, und sein Sohn folgte ihm als Alexander II. in der Regierung. Friedenshoffnungen begannen sich nun zu regen, Oesterreich lockerte seine Verbindung mit den Westmächten, ein Kongreß trat in Wien zusammen. Der neue Zar war als friedliebend bekannt, aber die von den Westmächten an ihn gestellten Forderungen konnte er vorerst trotzdem nicht annehmen. In einem Manifest verkündete er seinen Völkern, daß er der Politik seines Vaters treu bleiben werde; der Krieg, der schon so große Opfer gekostet hatte, mußte fortgesetzt werden. Am 17. Juni wurden die Kriegsoperationen nach Eroberung einiger Außenwerke Sebastopols durch die Verbündeten mit einem Sturm auf den Malakoff, den Schlüssel der Festung, eröffnet. Das Unternehmen war verfrüht; mit schweren Verlusten wurden die Franzosen und Engländer zurückgeschlagen. Dagegen vermochten auch die Russen nichts auszurichten, als sie zwei Monate später mit ihrer Feldarmee den Versuch machten, die hart bedrängte Festung zu entsetzen. Die Schlacht an der Tschernaja, 18. August, endete für sie mit einer furchtbaren Niederlage. Inzwischen hatten die Verbündeten mit unsäglicher Mühe in dem harten Felsboden ihre Angriffslinien bis hart an die russischen Hauptwerke vorgeschoben; die Schlacht an der Tschernaja befreite sie von der Nothwendigkeit, einen Theil ihrer Truppen gegen die russische Feldarmee zu verwenden, und die Tage von Sebastopol waren jetzt gezählt. Nach einer mehrtägigen furchtbaren Kanonade wurde am 8. September 1855 gleichzeitig von den Franzosen unter dem neuen Oberbefehlshaber Pelissier und dem tapfern Mac Mahon, sowie von den Engländern unter Lord Simpson der Sturm auf den Malakoff und auf den großen Redan eröffnet. Die Engländer wurden zurückgeschlagen, dagegen gelang es den Franzosen, den Malakoff unter schweren Einbußen zu erstürmen, worauf die Russen sich genöthigt sahen, das nunmehr wehrlose Sebastopol zu räumen.

Der Fall von Sebastopol. Der entscheidende Schlag war erfolgt, und das Verlangen nach Frieden machte sich nun überall geltend, am stärksten in Frankreich, dessen Kaiser alle seine Ziele erreicht, ja durch den für Frankreich doppelt ruhmvollen Ausgang des Krimkrieges seine kühnsten Hoffnungen übertroffen sah. Die Nutzlosigkeit ferneren Widerstandes erkennend, da nach dem Fall von Sebastopol Oesterreich wieder ganz entschieden auf die Seite der Westmächte getreten war, bot Alexander II. die Hand zum Frieden. Eine Vorversammlung in Wien beschloß, auf einem Kongresse zu Paris die Bestimmungen desselben endgiltig zu regeln. „Kommt es wirklich zum Frieden", hatte schon im Dezember 1854 der damalige preußische Bundestagsgesandte von Bismarck an den Freiherrn von Manteuffel geschrieben, „so ist es ein großer Gewinn für uns, daß wir in der Zeit nach diesem Frieden in bessere Beziehungen treten, dagegen Oesterreich und die „Bamberger" — d. h. die Regierungen der deutschen Königreiche und etliche süddeutsche Kleinstaaten, welche kurz vorher sich in Bamberg über ihre Haltung den zwei deutschen Großmächten gegenüber verständigt und durch Noten an dieselben ihren Standpunkt kundgegeben hatten — „in schlechteren zu Rußland stehen, als vor dem Kriege. Der Tag der Abrechnung bleibt nicht aus, wenn auch etliche Jahre darüber hingehen." — Und in der That: er blieb nicht aus.

Friede von Paris. Bei dem vorherrschenden Friedensbedürfnisse wurden die Verhandlungen während des Ende Februar 1856 zusammengetretenen Kongresses ohne störende Zwischenfälle gefördert und bereits am 30. März wurde von den Vertretern aller betheiligten Mächte der Pariser Friede unterzeichnet. Alles eroberte Gebiet ward gegenseitig zurückgegeben; Rußland verlor nur einen unbedeutenden Landstrich in Bessarabien, es mußte die Festung Kars an der türkisch-russischen Grenze in Kleinasien den Türken wieder überlassen und dem Protektorat über die Donaufürstenthümer entsagen. Dagegen ward ihm die allerdings bitter empfundene Verpflichtung auferlegt, fortan im Schwarzen Meere Arsenale und befestigte Plätze nicht mehr zu errichten und dort nicht mehr Kriegsschiffe zu halten als die Türkei. Die Schifffahrt auf der Donau wurde für frei erklärt, die Dardanellen sollten in Friedenszeiten für alle nicht türkischen Kriegsschiffe geschlossen bleiben. Endlich wurde der Türkei als einem der Bestandtheile des europäischen Staatensystems die Theilnahme an demselben zuerkannt, und der Besitzstand und die Unabhängigkeit des osmanischen Reiches von den sechs christlichen Mächten garantirt.

Ungleich wichtiger als diese schriftlich festgestellten Ergebnisse des dreijährigen Krieges waren für ganz Europa und namentlich für Frankreich die anderweitigen Folgen desselben. Die Heilige Alliance, in erster Reihe gegen die Napoleoniden gerichtet, war gesprengt, Rußland und Oesterreich bis zur Unversöhnlichkeit verfeindet, letzteres mit Preußen gespannt, weil sich dieses dem Vorgehen gegen Rußland nicht hatte anschließen wollen. Frankreichs Armee hatte sich unter der Führung der kaiserlichen Feldherren Ruhm über Ruhm erkämpft, die nationale Eitelkeit des französischen Volkes war befriedigt, die Macht und der Einfluß Frankreichs in Europa war durch Napoleon auf eine Höhe gebracht worden, wie nie zuvor seit den Tagen des ersten Kaiserreiches.

Der Schwerpunkt der europäischen Politik hatte sich vom Osten nach dem Westen verschoben; ohne den geringsten räumlichen Machtzuwachs errungen zu haben, war Frankreich wieder der Mittelpunkt des europäischen Staatensystems geworden, und in den Händen seines Beherrschers, dem eben damals, in den Tagen des Pariser Kongresses, seine Gemahlin einen Sohn und Erben schenkte, liefen für die nächste Zeit alle Fäden der höheren und niederen Politik Europa's zusammen.

Den großen Erfolgen Frankreichs gegenüber erschien Preußen fast gedemüthigt. Die Neutralitätspolitik, für die es sich während des Krimkrieges entschieden hatte, sollte, wie Bismarck richtig vorhergesehen hatte, erst später ihre Früchte tragen; für den Augenblick brachte sie aber dem Lande nach außen hin manche Verlegenheiten. Es hatte unter seinen mächtigen Nachbarn keinen zum Freunde gewonnen, stand somit vereinsamt unter ihnen.

Selbst von den Verhandlungen des Pariser Kongresses hätten namentlich England und Oesterreich die preußischen Vertreter gern ausgeschlossen, und gerade Napoleon war es, der die gleichsam schlummernde Bedeutung Preußens noch am richtigsten würdigte. Auf seine Veranlassung wurde die preußische Regierung noch nachträglich zur Theilnahme an dem Kongresse eingeladen und Freiherr von Manteuffel sowie Fürst Hatzfeld am 30. März als Vertreter Preußens zur Mitunterzeichnung des Pariser Friedens zugelassen.



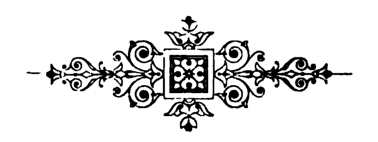
Erstürmung des Malakoff am 8. September 1855.

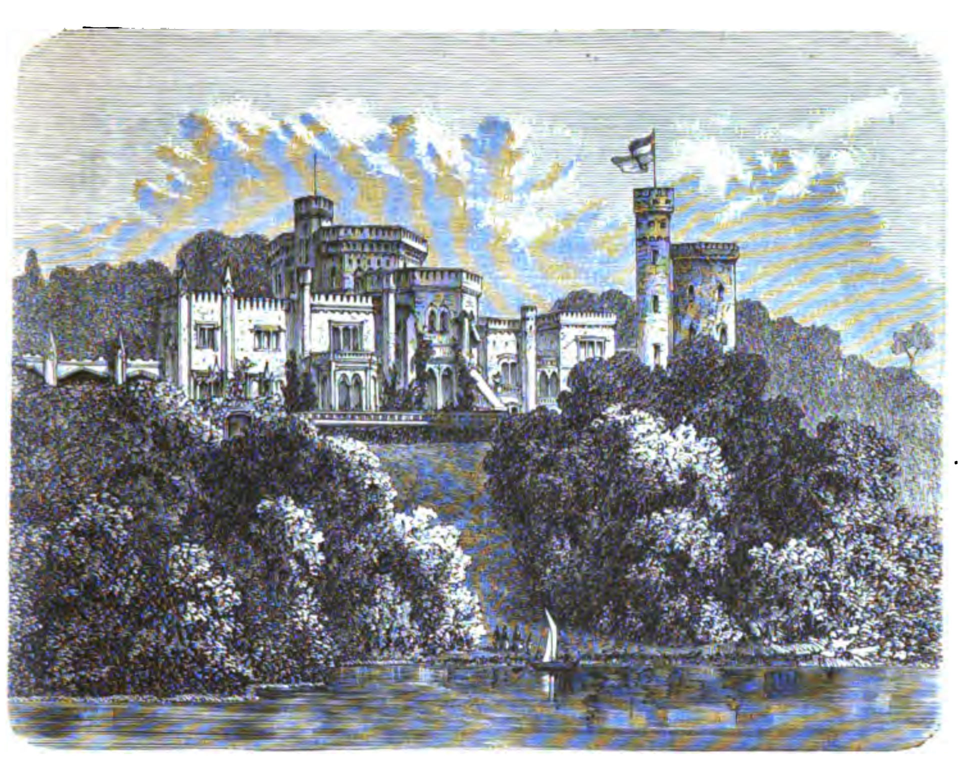
Es wurde bereits hervorgehoben, daß der Grundgedanke der preußischen Politik während des Krimkrieges in Bezug auf das staatliche Interesse Preußens das Richtige traf: für den offenen Anschluß an Rußland durfte sich Preußen nicht entscheiden, wenn es seine deutsche Stellung nicht aufgeben wollte, und ebensowenig durfte es sich mit Rücksicht auf zukünftige Möglichkeiten Rußland zu seinem entschiedenen Feinde machen. Doch läßt sich trotzdem nicht leugnen, daß die energielose Art und Weise der Durchführung dieses politischen Grundgedankens der Großmachtsstellung Preußens wenig würdig war. Als völlig verfehlt aber muß der Versuch Manteuffel's betrachtet werden, in einer Frage von ganz untergeordneter Bedeutung, in der sogenannten „Neuenburger Angelegenheit", das Versäumte gleichsam nachzuholen und in dieser eine Energie zu entwickeln, welche hier weit über das Ziel hinausschoß, während sie bei jener früheren Gelegenheit weit besser am Platze gewesen wäre.

Die Neuenburger Angelegenheit. Hierbei handelte es sich im Grunde nur um eine Ehrensache. Wie bekannt, waren während des spanischen Erbfolgekrieges — im Jahre 1707 — die beiden Fürstenthümer Neufchâtel und Valengin durch Erbschaft an Preußen gefallen. Infolge der Februarrevolution hatte das kleine Ländchen, das seiner geographischen

Lage nach und seit dem Wiener Kongresse auch staatsrechtlich einen Theil der Schweiz bildete, sich von Preußen losgesagt und sich vollends mit der Schweizer Eidgenossenschaft vereinigt. Friedrich Wilhelm IV., der für sein kleines Fürstenthum in der Schweiz eine besondere Vorliebe hegte, hatte diesen Abfall schwer empfunden, ohne jedoch in den Stürmen der nächsten Jahre sein unbestreitbares Besitzrecht an dem so entfernt liegenden Gebiete geltend machen zu können. Andrerseits aber waren auch, namentlich in den höheren Kreisen der Bevölkerung desselben, dem preußischen Königshause treue Anhänger verblieben, welche die Erneuerung des alten Verhältnisses herbeiwünschten. Von diesen „Royalisten" geschürt, brach nun in der Nacht vom 2. zum 3. September 1856 ein Aufstand in der Stadt Neuenburg (Neufchâtel) zu Gunsten Preußens aus; das Schloß ward von einer Schar von Preußenfreunden überfallen, und die Mitglieder der in den Augen der konservativen (preußischen) Partei revolutionären, aber von der obersten Centralgewalt der Schweiz gestützten und als gesetzlich oder doch als faktisch bestehend anerkannten Regierung wurden verhaftet. Jedoch schon am zweiten Tage wurden die Royalisten von Freischärlern aus den radikalen Theilen des Kantons und auch durch eidgenössische Truppen überwältigt. Die schweizerischen Behörden behandelten die Unterlegenen als Empörer und leiteten ein gerichtliches Verfahren gegen sie ein. Preußen dagegen forderte die augenblickliche Freilassung der Gefangenen und drohte — das große Preußen der kleinen Schweiz! — im Weigerungsfalle mit Krieg. Ein solcher Krieg erschien natürlich ganz unmöglich. Das Recht Preußens wurde freilich von Niemand bestritten; noch im Jahre 1852 hatten es die europäischen Mächte ausdrücklich anerkannt; da aber diesem Recht kein wirkliches staatliches Interesse an der Geltendmachung desselben zur Seite stand, wäre ein freier Verzicht Preußens die würdigste Lösung der Streitfrage gewesen. Zu einem solchen wollte sich jedoch die preußische Regierung nicht entschließen. Falls Preußen seine Drohung ausführte, lag die Möglichkeit des Ausbruchs eines großen Krieges nahe, und eine Konferenz der benachbarten Mächte trat deshalb im Jahre 1857 zur Regelung der Angelegenheit zusammen. Während der Berathungen wurde die Nothwendigkeit einer Verzichtleistung Preußens im Interesse des europäischen Friedens anerkannt und auf Betreiben Napoleon's III. ein Ausgleich vermittelt. Die gefangenen Royalisten wurden von der Schweiz bedingungslos freigegeben, der König von Preußen entsagte darauf gegen Zuerkennung einer Entschädigung von einer Million Thalern seinen Souveränetätsrechten auf Neuenburg und behielt nur den Fürstentitel von diesem Lande als eine historische Erinnerung bei. Der spätere Verzicht Friedrich Wilhelm's IV. auf die ihm zugesprochene Geldentschädigung machte den Fehler einigermaßen wieder gut, den die preußische Regierung damit begangen hatte, daß sie nicht freiwillig und rechtzeitig das durch die Verhältnisse Gebotene that und dadurch den Schein eines ihr angethanen Zwanges vermied.

Die Erledigung der Neuenburger Angelegenheit war der letzte Akt der auswärtigen Politik Preußens, an welchem Friedrich Wilhelm IV. als König Antheil nahm. Im Oktober 1857 wurde er durch seine bereits an anderer Stelle erwähnte Erkrankung an der Weiterführung der Regierungsgeschäfte verhindert. An seinen Bruder und verfassungsmäßigen Nachfolger, den Prinzen von Preußen, trat die Pflicht heran, zunächst die Stellvertretung und, da die Krankheit des Monarchen sich leider als unheilbar erwies, nach einiger Zeit die Regentschaft zu übernehmen.





Schloß Babelsberg.

Siebentes Buch.

Der Prinz von Preußen als Prinz-Regent.
Die neue Aera.

Weit mehr als der augenblicklichen Gunst der Umstände hatte die Reaktion ihr Emporkommen und ihre Erfolge dem Einflusse zu verdanken, welchen sie in den letzten Regierungsjahren Friedrich Wilhelm's IV. auf den schneller geistig als körperlich alternden Monarchen auszuüben vermochte, und nicht ohne bange Befürchtung sahen deshalb die Männer des Rückschritts in die Zukunft, als im Sommer des Jahres 1857 bei dem Könige die ersten Anzeichen einer Krankheit sich bemerklich machten, die ihn zur weiteren Fortführung der Regierungsgeschäfte unfähig zu machen drohte. Den Bruder und designirten Nachfolger Friedrich Wilhelm's IV. durfte die Reaktion nicht zu ihren Gönnern zählen; man wußte, daß der Prinz von Preußen, kraftvoll und energisch als Mann, offenen Auges für die Forderungen der Zeit, das freie Urtheil durch nichts getrübt, sich niemals zum Werkzeug einer politischen Partei, am allerwenigsten der Reaktionspartei, hergeben werde; man wußte, daß ein etwa nöthig werdender Regierungswechsel zugleich einen Systemwechsel bedingte, und man hatte Grund zu der Annahme, daß dieser Systemwechsel einer freieren Richtung auf allen Gebieten des staatlichen Lebens zugute kommen werde.

Noch schneller, als man erwartet und gefürchtet hatte, trat in der Krankheit des Königs eine entscheidende Wendung ein; schon im Oktober 1857 erklärten die Aerzte, daß seine vollständige Zurückziehung von allen Regierungsgeschäften geboten sei. Nach dem Wortlaut der Verfassung hätte nun alsbald der Prinz von Preußen durch ein Gesetz zur Regentschaft berufen werden müssen; aber das Ministerium und sein reaktionärer Anhang

in den Kammern suchten das Unerwünschte so lange wie möglich aufzuschieben, und aus schonender Rücksicht für seinen erkrankten königlichen Bruder, dessen Wiedergenesung wenigstens noch nicht völlig ausgeschlossen war, gab auch der Prinz von Preußen einer anderweiten Regelung seine Zustimmung, indem er am 23. Oktober vorerst nur als Stellvertreter die Regierungsgeschäfte übernahm. Als solcher fühlte er sich auch verpflichtet, zunächst mit dem bisherigen Ministerium weiter zu regieren und seine eigenen, von denen seines königlichen Bruders abweichenden Anschauungen nur soweit zur Geltung zu bringen, daß ohne offenen Bruch mit der bisher befolgten Politik der Reaktion gewissermaßen nur ein Stillstand geboten wurde.

Der Prinz von Preußen als Regent. Erst nach Ablauf eines ganzen Jahres, nachdem die zunächst nur auf drei Monate ertheilte Vollmacht zur Stellvertretung mehrmals verlängert und inzwischen jede Hoffnung auf Wiedergenesung des Königs geschwunden war, drang der Prinz auf eine endgiltige Ordnung der Regentschaftsfrage. Friedrich Wilhelm IV. erkannte jetzt selbst die Nothwendigkeit der von seinem Bruder befürworteten Maßregel; der widerstrebende Minister des Innern, Herr von Westphalen, wurde nun entlassen und am 7. Oktober 1858 durch eine königliche Verordnung der Prinz von Preußen zum Regenten ernannt. Der alsbald einberufene Landtag gab dieser Ernennung am 20. Oktober die verfassungsmäßig erforderliche Bestätigung, und der Prinz trat nun als Prinz-Regent unter eigener Verantwortlichkeit an die Spitze der preußischen Regierung. Am 26. Oktober leistete er den Eid auf die Verfassung, und wenige Tage später begann er seine Regententhätigkeit mit einem ersten bedeutsamen Schritt, indem er den als gemäßigt liberal bekannten Fürsten Anton von Hohenzollern-Sigmaringen mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragte. Das bisherige Ministerium nahm selbstverständlich seine Entlassung; die Zeit der Reaktion war zu Ende, eine neue Zeit, die „neue Aera“ der preußischen Politik brach an.

Vorgeschichte des Prinz-Regenten. Wir haben im Verlaufe unserer Darstellung bereits vielfach Gelegenheit gehabt, die Vorgeschichte des nunmehrigen Prinz-Regenten zu berühren und seiner politischen und militärischen Thätigkeit zu gedenken; doch wird es dem Leser willkommen sein, wenn wir ihm an dieser Stelle in gedrängten Zügen ein zusammenhängendes Lebensbild des Mannes vorzuführen versuchen, dem weiterhin für Preußen und für Deutschland so Großes und Unvergängliches zu vollbringen vergönnt war.

Friedrich Ludwig Wilhelm, unser greises Reichsoberhaupt, ward als der zweite Sohn Friedrich Wilhelm's III. und der edlen Königin Luise am 22. März 1797 zu Berlin geboren. In seiner frühesten Jugend machte er durch körperliche Schwächlichkeit mancherlei Befürchtungen rege, und dennoch sollte ihm nach einem wunderbaren Wechsel der Geschicke ein hohes Alter, wie wenigen Menschen, beschieden sein. Als über die preußische Monarchie die erschütternde Prüfungszeit hereinbrach, welche mit der Katastrophe von Jena begann, stand der Prinz im zehnten Lebensjahr, also in einem Alter, wo er die schmerzliche Bedeutung der Katastrophe und ihre Folgen für das Vaterland schon einigermaßen zu würdigen vermochte. Noch inmitten der Kriegsstürme, am Neujahrstag des Jahres 1807, wurde er in Königsberg zum Gardeoffizier ernannt, doch konnte er sich, da ihn auf der Flucht seiner Eltern nach Memel ein Nervenfieber befiel, in der ersten Zeit am praktischen Dienst nicht betheiligen und erhielt auch erst am 22. März 1807 das Fähnrichspatent. In Memel als Fähnrich der Leibcompagnie der von Friedrich Wilhelm III. aus den Stämmen der alten Garde errichteten neuen Garde zu Fuß zugetheilt, stand der Prinz am 3. Oktober 1807 bei einer Revue zum ersten Male in der Front und marschirte, nachdem er am 24. Dezember 1807 Sekondeleutnant geworden, im Januar 1808 mit seinem Bataillon nach Königsberg, wo er fortan an allen Uebungen desselben eifrig theilnahm, anhaltenden Fleiß kundgab und auch dem wissenschaftlichen Unterricht große Aufmerksamkeit zuwandte. Seine Erzieher und Lehrer, der als Militärschriftsteller

bekannte damalige Hauptmann und spätere General von Reiche, dann aber auch Joh. Friedr. Ferd. Delbrück und der Reorganisator der preußischen Volksschule, Karl Aug. Zeller aus Württemberg, haben ihm schnelles Auffassen, praktischen Verstand, Ordnungsliebe und einen ernsten und gesetzten Charakter nachgerühmt und dadurch das Urtheil der königlichen Mutter bestätigt, die in einem Briefe an ihren Vater die freudige Zuversicht aussprach, daß Prinz Wilhelm ganz wie sein Vater zu werden verspreche, einfach, bieder und verständig.

Mit der Rückkehr der königlichen Familie nach Berlin im Dezember 1809 marschirte auch die inzwischen zu einem Regiment formirte Garde zu Fuß, bei welcher Prinz Wilhelm stand, in Berlin und von da in ihre eigentliche Garnison Potsdam ein, und der Prinz widmete sich hier von Neuem eifrigen militärischen und wissenschaftlichen Studien. Im Sommer des Jahres 1810 wurden dieselben durch ein schmerzliches Ereigniß unterbrochen: am 19. Juli dieses Jahres stand der Prinz tief erschüttert am Sterbebett seiner unvergeßlichen Mutter.

Bald nach dem Beginn der Befreiungskriege erfolgte am 15. Juni 1813 die Ernennung des Prinzen zum Premierleutnant, doch mußte ihm die Erfüllung seines Wunsches, den Vater ins Feld zu begleiten, wegen seiner immer noch schwächlichen Gesundheit vorerst versagt werden. Als aber der König nach der entscheidenden Schlacht bei Leipzig am 30. Oktober zu seiner in Breslau weilenden Familie zurückkehrte, heftete er seinem zweiten Sohne unter gleichzeitiger Ernennung zum Kapitän die neu eingeführten Epauletten auf die Schultern und ertheilte ihm die von diesem freudig begrüßte Erlaubniß, an den zu erwartenden weiteren Kämpfen wenigstens für einige Zeit Theil zu nehmen.

Die ersten Eindrücke eines Gefechts empfing Prinz Wilhelm bei Gelegenheit des Uebergangs des Sacken'schen Corps über den Rhein in der Neujahrsnacht des Jahres 1814, welchem der König mit seinen beiden ältesten Söhnen beiwohnte. Seitdem blieb der Prinz, da entgegen den gehegten Befürchtungen sein Körper unter den Beschwerden des Krieges sich abhärtete und sichtlich erstarkte, während des ganzen Verlaufes des Feldzuges von 1814 an der Seite seines Vaters und nahm fast an allen kriegerischen Vorgängen Theil. Im siegreichen Gefecht bei Bar-sur-Aube (27. Februar) legte er eine solche Unerschrockenheit an den Tag, daß ihm der Kaiser Alexander von Rußland am 5. März das Georgenkreuz und sein Vater am 10. März — dem Geburtstage der Königin Luise und zugleich dem ersten Jahrestag der Stiftung des eisernen Kreuzes — diese höchste Auszeichnung während der Zeit des Befreiungskrieges verlieh. Weiter wohnte der Prinz im März den Gefechten bei Arcis-sur-Aube und bei La-Fère-Champenoise, sowie dem Kampfe vor Paris (31. März) bei. Nach seiner Ernennung zum Major (30. Mai) begleitete er den König nach England und der Schweiz und kehrte von dort im August nach Berlin zurück. Als der Prinz im Juni 1815 mit seinem Bataillon von Neuem nach Frankreich ausrückte, hatte inzwischen die große Entscheidungsschlacht bei Waterloo bereits stattgefunden, und der schnelle Siegeszug der Preußen nach Paris gab ihm zu weiteren Kriegsthaten keine Gelegenheit.

Die Muße der nächsten Jahre benutzte der Prinz, um sich vollständig in das Militärwesen einzuleben. Am 30. März 1817 zum Oberst ernannt, erhielt er nun auch Sitz und Stimme im Staatsrath, und bald darauf (7. Juni) ward ihm als Beweis der besondern Zufriedenheit des Königs mit seinen militärischen Leistungen das 7. Infanterieregiment, heute Königsgrenadiere, verliehen. Ein Jahr später erwies ihm auch der Kaiser Alexander von Rußland eine hohe militärische Auszeichnung, indem er ihn zum Andenken an den Tag von Bar-sur-Aube am 27. Februar 1818 zum Chef des Regiments Kaluga ernannte. In demselben Jahre rückte Prinz Wilhelm zum preußischen Generalmajor auf, als welcher er eine Gardeinfanteriebrigade und seit dem 1. Mai 1820 die 1. Gardedivision befehligte, bis er am 18. Juni 1825 mit dem Range eines Generalleutnants das Kommando über das dritte Armeecorps erhielt. Letzteres vertauschte er 1838 mit dem über das

Gardecorps, an dessen Spitze er nach seiner am 10. September 1840 erfolgten Ernennung zum General der Infanterie bis zum Jahre 1848 verblieb.

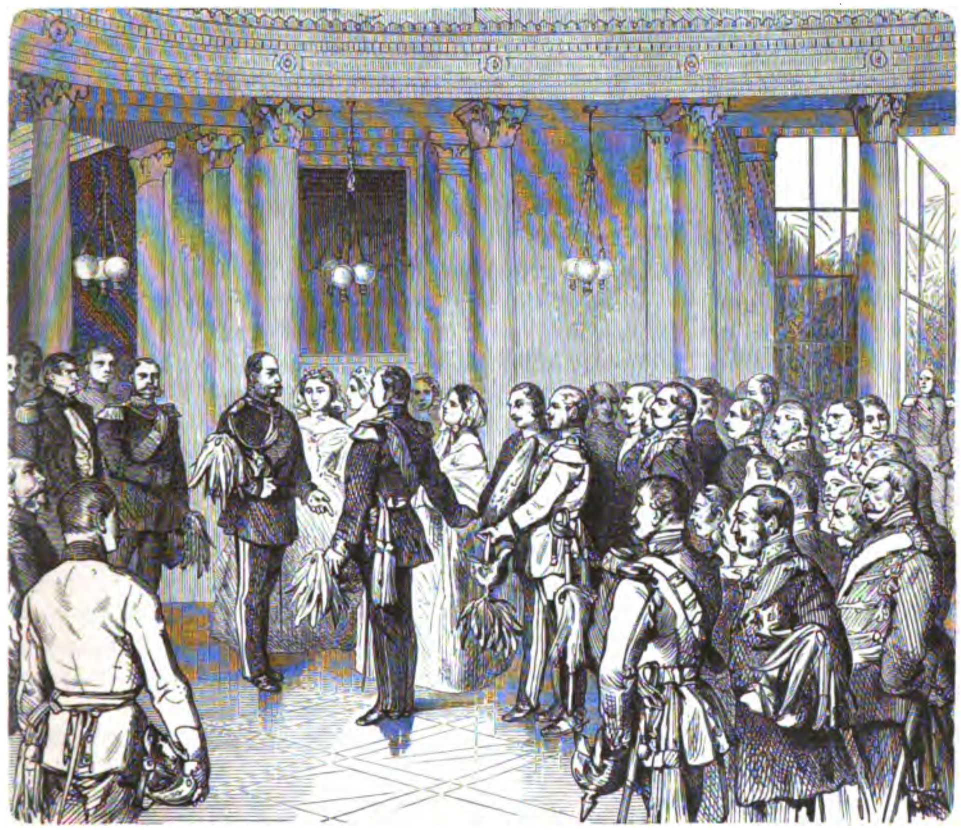
Außerdem wurde er theils mit der Leitung und dem Vorsitz in allen Kommissionen, welche neue Dienstreglements auszuarbeiten hatten, theils mit der vorübergehenden Führung von größeren Kavalleriemassen und mit der Anordnung von Manövern und Revuen, theils mit militärischen Missionen nach dem Ausland, so nach England und Rußland, betraut. Namentlich mit letzgenanntem Staate wurden seit der Verschwägerung des Zaren Nikolaus mit dem preußischen Königshause nicht nur in diplomatischer, sondern auch in militärischer Hinsicht enge Beziehungen unterhalten und die enge Waffenbrüderschaft der beiden Nationen gelegentlich sogar durch gemeinsame Revuen und Truppenschauen bethätigt (s. S. 221). Bei einer solchen Gelegenheit, als durch eine gemeinsame Truppenzusammenziehung bei Kalisch (1835) die Uebereinstimmung der preußischen mit der russischen Armee in Rücksicht auf Uniform, Organisation und Exerzitium geprüft werden sollte, fiel dem Prinzen von Preußen die Aufgabe zu, unvorbereitet ein sehr gemischtes Kavalleriecorps zu kommandiren und mit in den Gang des Gefechts eingreifen zu lassen, eine Aufgabe, welcher er gleich dem erfahrensten Reitergeneral genügte. Durch seine Theilnahme am praktischen Dienst wie an den organisatorischen und administrativen Geschäften der Armee, nicht weniger aber auch infolge der ihm vielfach gebotenen Gelegenheit, daheim und in den befreundeten Nachbarstaaten werthvolle praktische Erfahrungen zu sammeln, bildete sich der Prinz bald zum ersten Soldaten des preußischen Heeres aus, und schon damals legte er den ersten Grund zu der später von ihm durchgeführten Reorganisation, durch welche die preußische Armee auf die höchste Stufe der Vollkommenheit erhoben und zur ruhmvollen Durchführung der ihr vorbehaltenen großen Aufgaben in den Stand gesetzt wurde.

Vermählung des Prinzen Wilhelm. Am 11. Juni 1829 ging Prinz Wilhelm seinen Lebensbund mit der am 30. September 1811 geborenen Prinzessin Augusta von Sachsen-Weimar ein, deren Schwester Marie die Gemahlin seines jüngeren Bruders, des Prinzen Karl, war. Seine Gemahlin schenkte ihm am 18. Oktober 1831 den Prinzen Friedrich Wilhelm, den jetzigen Kronprinzen des Deutschen Reiches, und am 3. Dezember 1838 die Prinzessin Luise, seit 20. September 1856 Großherzogin von Baden. — Als voraussichtlicher Thronfolger seines kinderlosen Bruders, des Königs Friedrich Wilhelm IV., führte Prinz Wilhelm seit dem Tode seines Vaters (7. Juni 1840) den Titel „Prinz von Preußen". Die Thätigkeit, welche der Prinz in dieser Stellung als erster Unterthan und dereinstiger Nachfolger seines königlichen Bruders entfaltete, hing mit der allgemeinen Geschichte Preußens so innig zusammen und ist deshalb bei der Darstellung derselben auf den vorangehenden Blättern so eingehend von uns berücksichtigt worden, daß nur Weniges hinzuzufügen erübrigt.

Nach der Auflösung des preußischen Operationscorps, an dessen Spitze der Prinz so schnell und erfolgreich Ruhe und Ordnung in Süddeutschland wiederhergestellt hatte, wurde derselbe zum Militärgouverneur der Rheinprovinz und Westfalens ernannt und residirte seitdem mit seiner Familie in dem schönen Koblenz. An den politischen Vorgängen nahm er nur einen vorübergehenden Antheil, indem er im Verein mit dem General von Radowitz seinen Bruder zu einer energischen Förderung der Unionspolitik zu bewegen suchte. Nachdem diese jedoch an der Unentschlossenheit des Königs gescheitert und durch die unwürdige Schwäche des Ministers von Manteuffel die völlige diplomatische Niederlage des preußischen Staates in Olmütz besiegelt worden war, zog sich der Prinz von der politischen Thätigkeit zurück und widmete sich in Koblenz fast ausschließlich seinen militärischen Obliegenheiten.

Mit kurzen Unterbrechungen blieb er hier, inmitten eines beglückten Familienlebens und von der stets wachsenden Liebe und Verehrung der Bewohner der Rheinlande getragen, bis in das Jahr 1857 hinein.

Am 1. Januar dieses Jahres feierte er, nachdem er bereits am 1. März 1854 zum Generaloberst mit dem Range eines Feldmarschalls ernannt worden war, das fünfzigjährige Jubiläum seines Dienstes im preußischen Heere, und erst als die Erkrankung Friedrich Wilhelm's IV. seine Gegenwart in Berlin nothwendig machte, wandte er der schönen, durch ihn und seine Gemahlin noch vielfach verschönerten Rheinstadt Koblenz den Rücken, um mit der Stellvertretung für den erkrankten König die ernsten Pflichten des königlichen Berufes schon im voraus zu übernehmen.



Am Tage des fünfzigjährigen Dienstjubiläums des Prinzen von Preußen.

Zu den erwähnten Unterbrechungen seines Koblenzer Aufenthalts gehörte vor Allem eine Reise nach England, die er im Mai 1851 unternahm, um auf die Einladung der englischen Königin der feierlichen Eröffnung der ersten großen internationalen Weltausstellung in London beizuwohnen. Wahrscheinlich wurde bei dieser Gelegenheit der Gedanke einer engeren Verbindung der beiden Königshäuser von Preußen und Großbritannien angeregt. Am 11. Juni 1855 erfolgte die Verlobung des prinzlichen Sohnes, des jetzigen deutschen Kronprinzen, mit der Prinzeß Royal Viktoria von England, und am 25. Januar 1858 wurde unter freudigster Theilnahme des ganzen preußischen Volkes die Vermählung des hohen Paares gefeiert.

Schon während seines Aufenthalts in Koblenz befestigte sich in dem Prinzen mehr und mehr die Ueberzeugung, daß die preußische Regierung auf Bahnen wandele, die nicht zum Wohle des Staates führen konnten, und daß ihm dereinst die Aufgabe obliegen werde, dem verderblichen Parteiregiment der Reaktionäre ein Ende zu machen. Die Anhänger der Reaktion waren von der am „Hofe zu Koblenz“ herrschenden Stimmung bald unterrichtet

und suchten, was nicht offen vor Jedermanns Augen lag, sogar durch eine unwürdige Spionage zu erfahren. Ja, das Gebahren der Männer der Kreuzzeitungspartei, die einst den Prinzen von Preußen zu den Ihrigen zählen zu dürfen geglaubt und ihn überschwänglich gefeiert hatten, schlug schnell in das Gegentheil um, nachdem man aus seinem soldatisch offenen, aller Ueberstürzung, aber auch allem engherzigen Beharren feindlichen Verhalten die Ueberzeugung erlangt hatte, daß am Hofe des künftigen Herrschers die Reaktion und ihre Vertreter keine Stätte finden würden. Aengstlich suchte daher die lichtscheue Kamarilla, welche das Ohr des Monarchen umlagerte, jeden Einfluß des Prinzen von ihm fern zu halten, und wirklich gelang es ihr endlich, ein mehr oder weniger gespanntes Verhältniß zwischen Berlin und Koblenz hervorzurufen, welches den Prinzen tief verletzen mußte, ohne daß jedoch die Pietät des Letzteren gegen seinen regierenden Bruder dadurch wesentlich gestört worden wäre. Selbst bis in die Frage hinein, ob Stellvertretung, ob Regentschaft für den erkrankten König, machten sich, wie wir sahen, Mißtrauen und Uebelwollen der herrschenden Partei gegen den Prinzen geltend, und um ein ganzes Jahr wurde dadurch die Einsetzung der Regentschaft verschoben, bis endlich der König selbst seinen Bruder zur Uebernahme derselben berief.

Umschwung im Innern. Je eifriger die Reaktion der vollständigen, selbstverantwortlichen Uebernahme der Regierungsgeschäfte durch den Prinzen von Preußen widerstrebte, um so freudiger und vertrauensvoller wurde dieselbe von der großen freisinnigen Mehrheit des preußischen Volkes begrüßt, und die ersten, bereits kurz erwähnten selbständigen Maßnahmen des Prinz-Regenten rechtfertigten dieses Vertrauen im vollsten Maße. Schon die am 7. Oktober 1858 noch durch Friedrich Wilhelm IV. verfügte, aber mit Recht auf den Einfluß des Prinz-Regenten zurückgeführte Entlassung des bisherigen Ministers des Innern und seine Ersetzung durch einen verdienstvollen Verwaltungsbeamten, den Oberpräsidenten von Brandenburg, Ed. Heinrich von Flottwell, hatten sympathisch berührt und wurden als ein günstiges Vorzeichen für die von dem neuen Herrscher einzuschlagende politische Richtung angesehen. Das reaktionäre Gesammtministerium mochte sich freilich selbst durch diese Ernennung noch nicht zu einem freiwilligen Rücktritt bewegen lassen; es erbot sich sogar in einer an den Prinz-Regenten gerichteten Denkschrift zum Verbleiben im Amte, indem es für das Zustandekommen einer zuverlässigen Kammermehrheit bei den bevorstehenden Neuwahlen zum Landtage meinte Gewähr bieten zu können.

Aber nichts konnte das vorbestimmte Ende dieses Ministeriums abwenden. Die Kluft, welche das Andenken der Thaten desselben von der jetzigen Lage der Dinge schied, entging keinem Auge. An demselben Tage, an welchem die Wahltermine ausgeschrieben wurden, stand für die Eingeweihten der Gesammtcharakter des neuen Ministeriums schon fest, und am 3. November erging die Mittheilung des Regenten an den Ministerpräsidenten von Manteuffel, daß Fürst Anton von Hohenzollern-Sigmaringen mit der Bildung des neuen Ministeriums beauftragt sei.

Sämmtliche bisherigen Minister bis auf zwei im Rufe eines gewissen Freisinns stehende Mitglieder des Kabinets, von der Heydt (Handel und öffentliche Arbeiten) und Simons (Justiz), wurden entlassen, jeder in Gnaden unter Verleihung hoher Orden mit Titel und Rang eines Staatsministers, doch, wie die amtliche Formel besagte, ohne ihren Antrag. — Das neue Ministerium trug einen bedeutungsvollen Namen an der Spitze. Der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen vereinigte mit dem Ansehen eines Prinzen, welchen der Regent als „freundlich lieber Vetter“ anredete, das in den Augen des Volkes vielsagende Verdienst, zum Heile des Gesammtvaterlandes einer nichtigen kleinstaatlichen Souveränetät entsagt zu haben. Wie damals den deutschen Fürsten, so gab er jetzt, indem er den Posten eines Ministerpräsidenten annahm und den populären Erwartungen seinen Namen lieh, dem Adel Preußens ein Beispiel, in welcher Weise dieser den Rest seiner bevorzugten Stellung verwenden müsse, wenn er einen höheren Platz inmitten der Nation

beanspruchen und bewahren wolle. Auch die Wahl der Amtsgenossen des Fürsten konnte als eine glückliche gelten. Simons und von der Heydt hatten zwar als Mitglieder des früheren Ministeriums der Reaktion sehr weitgehende Zugeständnisse gemacht, aber sie waren doch als im Grunde freisinnige Männer bekannt; von Patow, der neue Finanzminister, galt seit seiner Mitwirkung bei der Gründung und Befestigung des preußisch-deutschen Zollvereins für einen Förderer der öffentlichen Wohlfahrt und erfreute sich infolge seiner unabhängigen Gesinnung, welche er der Reaktion gegenüber vielfach bethätigt hatte, allgemeiner Achtung; von Bethmann-Hollweg (Kultus und Unterricht) hatte die kirchliche Reaktion von jeher als entschiedener Gegner bekämpft; Eduard von Bonin (Krieg) war schon im früheren Kabinet seit 1852 Kriegsminister gewesen und 1854 zurückgetreten, weil er sich der russenfreundlichen Politik Manteuffel's nicht anschließen wollte.



Die Minister der neuen Aera.
M. A. v. Bethmann-Hollweg. — E. R. v. Patow. — A. G. A. v. Schleinitz.
Anton, Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen. — Eduard v. Bonin.

Auch Schleinitz (Auswärtiges) und Graf Pückler (Landwirthschaft) galten für verfassungstreue Männer der politisch gemäßigten Richtung. Die höchste Popularität aber verlieh dem neuen Ministerium als Mitglied desselben (ohne bestimmtes Portefeuille) Rudolf von Auerswald, der Ministerpräsident vom Jahre 1848 und Präsident der ersten Kammer im Unionsparlament; er war mit dem Prinz-Regenten persönlich befreundet und beim Volke außerordentlich beliebt.

Das also zusammengesetzte Ministerium war allerdings nicht eigentlich liberal zu nennen, wenigstens war es nur liberal im allerweitesten Sinne des Wortes; — aber gerade deshalb entsprach es am besten dem Bedürfniß der augenblicklichen Lage des Staates. Ein jäher Umsturz alles Bestehenden hätte eher Verwirrung als Segen gestiftet. Was dem Lande noth that, was allein die von der Reaktion angerichteten Schäden heilen konnte, ohne eine neue Krisis heraufzubeschwören, das waren langsame und allmähliche, aber stetige

Reformen, ein bedächtiger Fortschritt auf den bisher in Gesetzgebung und Verwaltung eingeschlagenen Wegen und vor Allem die vorsichtige Hinüberleitung des Staates in ein wirkliches, vor jeder Willkür gesichertes Verfassungsleben unter sorgfältiger Berücksichtigung der durch die Natur und durch die geschichtliche Entwicklung bedingten eigenartigen Verhältnisse der preußischen Monarchie. Und dazu war das neue Ministerium entschlossen, das betrachtete es als seine Aufgabe, und darin wußte es sich eins mit den Absichten und politischen Grundsätzen des Regenten, welche dieser in der ersten Sitzung des Gesammtministeriums am 8. November in einem ausführlichen Programm entwickelte.

Programm vom 8. November. Der Prinz-Regent führte an diesem Tage seinen Sohn in die Ministersitzung ein und sprach, nachdem er mit Schonung seine Nichtübereinstimmung mit verschiedenen ministeriellen Maßnahmen der letzten Zeit angedeutet, etwa Folgendes: „Wenn ich mich jetzt entschließen konnte, einen Wechsel in den Räthen der Krone eintreten zu lassen, so geschah es, weil ich bei allen von mir Erwählten dieselbe Ansicht traf, welche die meinige ist: daß nämlich von einem Bruche mit der Vergangenheit nun und nimmermehr die Rede sein solle. Es soll nur die sorgliche und bessernde Hand angelegt werden, wo sich Willkürliches oder gegen die Bedürfnisse der Zeit Laufendes zeigt. Sie Alle erkennen es an, daß das Wohl der Krone und des Landes unzertrennlich ist, daß die Wohlfahrt beider auf gesunden, kräftigen, konservativen Grundlagen beruht. Diese Bedürfnisse richtig zu erkennen, zu erwägen und ins Leben zu rufen, das ist das Geheimniß der Staatsweisheit, die sich von dem einen wie von dem andern Extrem gleich fern zu halten weiß.

„Unsere Aufgabe wird in dieser Beziehung keine leichte sein, denn im öffentlichen Leben zeigt sich seit Kurzem eine Bewegung, die, wenn sie theilweise erklärlich ist, doch andererseits bereits Spuren von absichtlich überspannten Ideen zeigt, denen durch unser ebenso besonnenes als gesetzliches und energisches Handeln entgegengetreten werden muß. Versprochenes muß man treu halten, ohne sich der bessernden Hand dabei zu entschlagen, nicht Versprochenes muthig verhindern. Vor Allem warne ich vor der oft gehörten Phrase, daß die Regierung sich fort und fort treiben lassen müsse, liberale Ideen zu entwickeln, weil sie sich andernfalls von selbst Bahn brächen. Gerade darauf bezieht sich, was ich vorhin Staatsweisheit nannte. Wenn in allen Regierungshandlungen sich Wahrheit, Gesetzlichkeit und Konsequenz ausspricht, so ist ein Gouvernement stark, weil es ein reines Gewissen hat, und mit diesem hat es ein Recht, allem Bösen kräftig zu widerstehen.

„In der Handhabung unserer inneren Verhältnisse, soweit sie vom Ministerium des Innern und der Landwirthschaft ressortiren, sind wir seit 1848 von einem Extrem zum andern geworfen worden. Von einer Kommunalordnung, die ganz unvorbereitet die Selbstverwaltung einführen sollte, sind wir zu den alten Verhältnissen zurückgedrängt worden, ohne den Forderungen der Zeit Rechnung zu tragen, was sonst ein richtiges Mittehalten bewirkt haben würde. Hieran allmählich die bessernde Hand einst zu legen, wird erforderlich sein; aber vorerst müssen wir bestehen lassen, was eben erst wieder hergestellt worden ist, um nicht neue Unsicherheit und Unruhe zu erzeugen, die nur bedenklich sein würde.

„Die Justiz hat sich in Preußen immer Achtung zu erhalten gewußt. Aber wir werden bemüht sein müssen, bei den veränderten Prinzipien der Rechtspflege das Gefühl der Wahrheit und der Billigkeit in alle Klassen der Bevölkerung eindringen zu lassen, damit Gerechtigkeit auch durch Geschworene wirklich gehandhabt werden kann.

„Eine der schwierigsten und zugleich zartesten Fragen, die ins Auge gefaßt werden muß, ist die kirchliche, da auf diesem Gebiete in der letzten Zeit viel vergriffen worden ist. Zunächst muß zwischen beiden Konfessionen möglichste Parität obwalten. In beiden Kirchen muß aber mit allem Ernst den Absichten entgegen getreten werden, die dahin abzielen, die Religion zum Deckmantel politischer Bestrebungen zu machen. In der evangelischen Kirche,

wir können es nicht leugnen, ist eine Orthodoxie eingekehrt, die mit ihrer Grundanschauung nicht verträglich ist, und die sofort in ihrem Gefolge Heuchler hat. Diese Orthodoxie ist dem segensreichen Wirken der evangelischen Union hinderlich in den Weg getreten, und wir sind nahe daran gewesen, sie zerfallen zu sehen. Die Aufrechthaltung derselben und ihre Weiterförderung ist mein fester Wille und Entschluß, unter billiger Berücksichtigung des konfessionellen Standpunktes, wie dies die dahin einschlagenden Dekrete vorschreiben. Um diese Aufgabe lösen zu können, müssen die Organe zu deren Durchführung sorgfältig gewählt und theilweise gewechselt werden. Alle Heuchelei, Scheinheiligkeit, kurzum alles Kirchenwesen als Mittel zu egoistischen Zwecken ist zu entlarven, wo es nur möglich ist. Die wahre Religiosität zeigt sich im ganzen Verhalten des Menschen; dies ist immer ins Auge zu fassen und von äußerem Gebaren und Schaustellungen zu unterscheiden. Nichtsdestoweniger hoffe ich, daß, je höher man im Staate steht, man auch das Beispiel des Kirchenbesuchs geben wird.

„Der katholischen Kirche sind ihre Rechte verfassungsmäßig festgestellt. Uebergriffe über diese hinaus sind nicht zu dulden.

„Das Unterrichtswesen muß in dem Bewußtsein geleitet werden, daß Preußen durch seine höheren Lehranstalten an der Spitze geistiger Intelligenz stehen und durch seine Schulen die den verschiedenen Klassen der Bevölkerung nöthige Bildung gewähren soll, ohne diese Klassen über ihre Sphären zu heben. Größere Mittel werden hierzu nöthig werden.

„Die Armee hat Preußens Größe geschaffen und sein Wachsthum erkämpft; ihre Vernachlässigung hat eine Katastrophe über sie und dadurch über den Staat gebracht, die glorreich verwischt worden ist durch die zeitgemäße Reorganisation des Heeres, welche die Siege des Befreiungskrieges bezeichneten. Eine vierzigjährige Erfahrung und zwei kurze Kriegsepisoden haben uns indeß jetzt aufmerksam gemacht, daß Manches, was sich nicht bewährt hat, zu Aenderungen Veranlassung geben wird. Dazu gehören ruhige politische Zustände und — Geld, und es wäre ein schwer zu bestrafender Fehler, wollte man mit einer wohlfeilen Heeresverfassung prangen, die deshalb im Momente der Entscheidung den Erwartungen nicht entspräche. Preußens Heer muß mächtig und angesehen sein, um, wenn es gilt, ein schwerwiegendes politisches Gewicht in die Wagschale legen zu können.

„Und so kommen wir zu Preußens politischer Stellung nach außen. Preußen muß mit allen Großmächten im freundschaftlichsten Vernehmen stehen, ohne sich fremden Einflüssen hinzugeben und ohne sich die Hände frühzeitig durch Traktate zu binden. Mit allen übrigen Mächten ein freundschaftliches Verhältniß zu unterhalten, ist geboten. In Deutschland muß Preußen moralische Eroberungen machen, durch eine weise Gesetzgebung bei sich, durch Hebung aller sittlichen Elemente und durch Ergreifung von Einigungselementen, wie der Zollverband es ist, der indeß einer Reform wird unterworfen werden müssen. — Die Welt muß wissen, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist.

„Ein festes und konsequentes, wenn es sein muß, energisches Verhalten in der Politik, gepaart mit Klugheit und Besonnenheit, muß Preußen das politische Ansehen und die Machtstellung verschaffen, die es durch seine materielle Macht allein nicht zu erreichen im Stande ist.“ —

So etwa lautete das Programm des Prinz-Regenten in seinen Haupttheilen. Nicht Alles, was es enthielt, fand sofort genügende Beachtung, u. A. dasjenige nicht, was über das Wehrwesen gesagt und worauf doch ganz besonders hingedeutet war. Augenblicklich erregten zwei Punkte besondere Befriedigung: für das Innere die Betonung einer gemäßigt liberalen Verwaltung, nach außen ein kräftiges Auftreten im national-deutschen Interesse.

Der Charakter des Prinz-Regenten bürgte dafür, daß seine Worte ehrlich und aufrichtig gemeint seien, und auch das Ministerium säumte nicht, seine Uebereinstimmung mit

diesen Grundsätzen auch durch die That zu beweisen. Die bessernde Hand an die Gesetzgebung der letzten Jahre zu legen, war freilich erst möglich, wenn die für die zweite Kammer des Landtages ausgeschriebenen Neuwahlen vollzogen waren, und darüber mußte naturgemäß noch einige Zeit hingehen, aber auf dem von der Reaktion in unverantwortlicher Weise ausgebeuteten Gebiete der Verwaltung bot sich den Ministern schon jetzt ein reiches Feld ersprießlicher Thätigkeit.

Ein lebhaftes Erwachen des öffentlichen Geistes war die erste und unmittelbare Folge des Eintritts der neuen Aera. Nicht in geschlossener Parteiorganisation, nicht einmal in improvisirten Vereinigungen, sondern in Einzelberichten und Vorschlägen brachen gerechtfertigte Wünsche hervor. Jeder kam für sich mit den ihn zunächst angehenden Anliegen; denn auch die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechtes war ja abhanden gekommen. Der Eine verlangte die Aufhebung einer Polizeiverordnung, ein Anderer die Zurückgabe einer durch Maßregelung entzogenen Konzession, noch Andere Gnade für einen politischen Gefangenen, Wiedereinsetzung in ein entzogenes Amt, Nachholung eines Avancements, Entschädigung für einen ungerechtfertigt zugefügten Nachtheil. Allgemein erwartete man Aufhebung der polizeilichen Verordnungsbefugniß, Amnestie, Entfernung willkürlich schaltender Beamten, Aufhebung der Schulregulative, Entfesselung des religiösen Gewissens. Je weniger verabredet und geordnet, je länger zurückgedrängt, um so eindringlicher erschienen jetzt die mannichfach vorgeführten Beschwerden. Und in der That begann der Grundzug der Verwaltung bald ein ganz anderer zu werden. Das Gefühl hiervon war allgemein, die Wirkung war gleichsam mit Händen zu greifen und von den Gesichtern der Beamten zu lesen. Auch manche direkte Kundgebung ließ dies erkennen. Es erfolgten Ernennungen und Entlassungen hoher Beamten; bisher Verfolgte wagten es, sich wieder zu rühren. Die Freigemeinden richteten sich von Neuem auf, nicht ohne Erfolg; Beispiele der Genugthuung an Private, Strafmilderungen wurden bekannt; Nachrichten solcher Art galten als günstige Zeichen. Das Ministerium ließ die Reformen bekannt werden, mit denen es umging; die jahrelang erhobenen Volksforderungen kamen fast alle der Reihe nach daran. Vorbereitungen wurden getroffen, um das Eherecht umzugestalten und durch einsichtsvolle Handhabung der für den Volksschulunterricht vorhandenen Bestimmungen den Bann der Regulative abzuschwächen. Mit Befriedigung sah man die lästige Ueberwachung der Bahnhöfe schwinden; der Minister des Innern ordnete Milderungen bei Beschlagnahme von Preßerzeugnissen an und sprach unverhohlen seine Zweifel gegen die Befugniß aus, Konzessionen zu den Preßgewerben im Verwaltungswege zu entziehen; er kündigte zugleich eine gesetzliche Regelung dieser Angelegenheit an und befahl, inzwischen keinen derartigen Akt zu vollziehen, ohne daß zuvor darüber an ihn berichtet worden. Daß es an mancherlei Schwankungen nicht fehlte, daß beispielsweise sogar die gesetzlich nicht mehr berechtigten und unter dem vorwiegenden Einflusse des reaktionär gesinnten Kleinadels stehenden Provinziallandtage auch von dem neuen Ministerium wieder einberufen wurden, wurde bei der allgemein verbreiteten Zufriedenheit mit der politischen Grundrichtung der Regierung kaum beachtet, es erweckte jedenfalls keine ernstlichen Zweifel und Bedenken. Das Volk erwartete eben, wie schon gesagt, von der neuen Regierung nur einen maßvollen Fortschritt, und selbst die überzeugungstreuesten Anhänger der alten Demokratie vom Jahre 1848 glaubten für den Augenblick nicht mehr fordern zu dürfen. Die Meisten derselben verzichteten im voraus auf ein durch die Neuwahlen zur zweiten Kammer für sie selbst in Aussicht genommenes Mandat; von Denjenigen unter ihnen, welche sich als Wahlkandidaten aufstellen ließen, wurden nur die Allerwenigsten gewählt, und der Wahlmännertag brachte den gemäßigt Liberalen, also den Anhängern des neuen Ministeriums, einen glänzenden Sieg: fast in allen Wahlkreisen des Landes waren ihnen große Mehrheiten zugefallen. Das schnell entworfene gemeinsame Programm, auf welches die Meisten der Gewählten sich verpflichtet hatten, stellte in maßvoller Form nur die dringendsten Bedürfnisse zusammen. An der Spitze desselben

stand das Bekenntniß wahrer Verfassungstreue, dann folgten als Forderungen: Sicherstellung der Wahlen durch Gesetze und gesetzliche Abgrenzung der Wahlbezirke; Selbstverwaltung in den Gemeinden und Erlaß einer hierauf hinzielenden Provinzial- und Kreisverfassung, Städte- und Gemeindeordnung; Wiederaufhebung der gutsherrlichen Polizei; Aufhebung der Grundsteuerfreiheit; gesetzliche Regelung der Ministerverantwortlichkeit; Revision des Preßgesetzes; Erlaß eines Unterrichtsgesetzes; thatsächliche Ausführung der Religionsfreiheit; Revision der Gesetze über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und der richterlichen Behörden. Es war hierunter auch nicht ein einziger Punkt, der nicht als unabweisbares Bedürfniß erprobt oder gar in der Verfassung ausdrücklich verbürgt oder versprochen und nur im Parteiinteresse der Reaktion ohne entschuldigenden Grund unausgeführt geblieben war.

Dieses letztere, das reaktionäre Parteiinteresse, wurde in der That durch jene Forderungen des gemäßigten Liberalismus nicht nur vorübergehend, sondern für immer gefährdet, um so mehr, da die für den Augenblick wichtigste Forderung, die Sicherung der Wahlen durch Gesetz und die gesetzliche Abgrenzung der Wahlbezirke, vom Prinz-Regenten bereits als berechtigt anerkannt worden war. Nur durch den schrankenlosen Mißbrauch des provisorischen Wahlgesetzes von 1849, welches der Willkür des jeweiligen Ministeriums Thür und Thor öffnete, hatte die reaktionäre Minderheit des Landes sich die Mehrheit und das Uebergewicht in der zweiten Kammer zu sichern vermocht; wurde dieses Uebergewicht durch gesetzliche Regelung der Wahlordnung einmal gebrochen, so war an die Wiederherstellung desselben vorerst nicht wieder zu denken, und die Reaktion mußte sich dann auf die Vertheidigung ihrer letzten festen Burg, des Herrenhauses, beschränken. Auch gegen dieses Sturm zu laufen, hielt der Liberalismus, entgegen den Befürchtungen des Kleinadels, zunächst nicht für geboten, ja im Beginn der Regentschaft wurde auf liberaler Seite die Herrenhausfrage fast geflissentlich unterdrückt. Man ging dabei von dem Gedanken aus, daß, sobald nur erst in der Verwaltung die Verfassung zur Wahrheit gemacht und in der Gesetzgebung die empfindlichsten Schäden beseitigt seien, das Einlenken in die Bahnen einer stetig fortschreitenden Entwicklung bei gegenseitigem Entgegenkommen von Regierung und Volksvertretung auf keine ernstlichen Schwierigkeiten stoßen, und daß vor dem Ernste einer mit der wirklichen Mehrheit der Landesbevölkerung Hand in Hand gehenden Regierung auch der Widerstand des Herrenhauses bald von selbst aufhören werde.

Leider sollte sich diese Voraussetzung nicht erfüllen. Die neue Regierung zeigte sich zwar von dem besten Willen beseelt, ihrer Aufgabe gerecht zu werden und mit der liberalen Mehrheit des Abgeordnetenhauses das beiderseits wünschenswerthe Einvernehmen aufrecht zu erhalten; aber einmal schritt unter dem Einfluß der gleichzeitigen, auch für Preußen bedeutsamen europäischen Verwicklung, welche wir alsbald in Betracht zu ziehen haben werden, die Reformarbeit auf dem Gebiete der inneren Gesetzgebung nur äußerst langsam vor, und sodann zeigte die neue Regierung der herrschend gewesenen Partei gegenüber eine übergroße Schonung und Rücksicht und ermuthigte dieselbe dadurch in ihrem Widerstande. Ohne sich geradezu dem Vorwurf einer gehässigen Opposition auszusetzen, vermochte daher das Herrenhaus die Ausführung der meisten zwischen Regierung und Volksvertretung vereinbarten freisinnigen Gesetzesänderungen und neuen Gesetze erfolgreich zu verhindern, sich vorbehaltend, in dem mit Sicherheit erwarteten günstigen Zeitpunkte sich plötzlich der in einer entscheidenden Frage von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses im Stich gelassenen Regierung als Stütze anzubieten und dadurch aufs Neue für längere Zeit die Herrschaft an sich zu reißen.

Wir werden uns mit der Vorgeschichte dieser Frage — sie betraf die von dem Prinz-Regenten längst geplante und vorbereitete Reorganisation des preußischen Heeres — mit ihrer Bedeutung für Preußen und Deutschland und mit den aus ihr sich ergebenden Verwicklungen und Wirrnissen weiter unten im Zusammenhang zu beschäftigen haben und wenden unsere Aufmerksamkeit jetzt zunächst der allgemeinen europäischen Lage zu.

Dieselbe war unmittelbar nach der Uebernahme der Regentschaft durch den Prinzen von Preußen wieder einmal in das Stadium einer entscheidenden Krisis getreten, und die preußische Regierung der neuen Aera hatte alsbald nach ihrem Amtsantritt Gelegenheit, zu zeigen, ob sie besser und rühmlicher als ihre Vorgängerin auch im Sturm das ihr anvertraute Staatsschiff zu steuern und nach dem vorgesteckten Ziele zu lenken verstehe.

Auswärtige Verwicklungen. Der unglückliche Ausgang des Freiheitskampfes im Jahre 1849 und die erbitterte Reaktion, durch welche Oesterreich im Norden und Neapel im Süden Italiens seitdem jede nationale Regung niederzuhalten suchten, hatte den Drang des italienischen Volkes nach Freiheit und Einigung nicht zu ersticken vermocht. Unbeirrt durch Verlockungen und Drohungen, hielt Viktor Emanuel, der junge Fürst des einzigen nationalen Staates auf der italischen Halbinsel, des Königreichs Sardinien, die Fahne der Freiheit und Unabhängigkeit hoch, und, unterstützt von Männern wie Massimo d'Azeglio und Graf Camillo Cavour, machte er sein Land und seine Dynastie zum Stützpunkt und Träger der italienischen Freiheits- und Einheitsbestrebungen. Namentlich Cavour, der seit dem Jahre 1852 als Ministerpräsident die Politik des sardinischen Königreichs leitete, lenkte diese gleichsam in ihm verkörperten Bestrebungen zu dem von Allen ersehnten Ziele. Mit glühender patriotischer Begeisterung, mit rastloser Thätigkeit und aufopfernder Hingebung und mit bewunderungswürdigem diplomatischen Geschick arbeitete dieser Staatsmann an dem Werke, das er sich als Lebensaufgabe vorgesetzt hatte. Geschickt jede Wendung der europäischen Politik benutzend, hatte er vor Allem danach gestrebt, dem kleinen sardinischen Königreiche mehr staatliche Wichtigkeit zu geben; er hatte mit den Regierungen von England und Frankreich Verbindungen angeknüpft, auch die Theilnahme Sardiniens am Krimkriege durchgesetzt und dadurch seinem Lande das Recht erwirkt, im Jahre 1856 als gleichberechtigtes Glied der europäischen Staatenfamilie an den Berathungen des Pariser Kongresses Theil zu nehmen. Hier hatte er für seine gegen Oesterreich gerichteten Beschwerden den günstigsten Boden gefunden; England und Frankreich, welche dem Kaiserstaate wegen seiner Haltung während des Krimkrieges ohnehin nicht wohlgesinnt waren, hatten die Klagen des sardinischen Ministers über den schrankenlosen Mißbrauch, welchen die österreichische Regierung in der Lombardei und in den italienischen Schutzstaaten mit ihrer augenblicklichen Gewalt treibe, für berechtigt erklärt, und Oesterreich war dadurch genöthigt worden, das reaktionäre Regiment in der Lombardei zu mildern und einen Theil seines Einflusses in den Schutzstaaten freiwillig aufzugeben. Aber nicht um die Milderung, sondern um die völlige Beseitigung der österreichischen Herrschaft in Italien war es Cavour und dem italienischen Volke zu thun. „Italien den Italienern!" das war und blieb die allgemeine Losung, auch nachdem der milde und wohlwollende Erzherzog Maximilian den rücksichtslos energischen Feldmarschall Radetzky als österreichischer Statthalter in der Lombardei ersetzt hatte. Aber während Cavour das Ziel seines Strebens mit Hülfe Napoleon's zu erreichen hoffte und diesen deshalb beständig zu weiterer thatkräftiger Theilnahme für Italien zu drängen suchte, drohte durch eine ruchlose Gewaltthat die national-republikanische Partei der Mazzinisten seine Pläne zu durchkreuzen.

Auch diese Partei hatte einst von dem republikanischen Frankreich das Heil Italiens erhofft. Aber das feindliche Einschreiten französischer Truppen gegen die republikanische Erhebung in Rom im Jahre 1849 und, mehr noch als dies, der Staatsstreich Napoleon's hatte die Hoffnungen der italienischen Republikaner zerstört und sie mit Haß und Verachtung gegen den Kaiser erfüllt. Die besonneneren Elemente der Partei hatten sich zwar, ihre republikanische Ueberzeugung opfernd, im Wesentlichen den auf die Begründung einer einheitlichen italienischen Monarchie gerichteten Bestrebungen Cavour's angeschlossen, aber die Gruppe der unversöhnlichen Radikalen war immer noch zahlreich genug, und diese beschlossen jetzt, den Kaiser Napoleon, der, entgegen früheren Gelöbnissen und Eiden, erst in Rom die Republik, dann die republikanische Verfassung in Frankreich vernichtet habe,

durch einen Meuchelmord (mit Sprenggeschossen oder Bomben) aus dem Wege zu räumen. Zum Glück mißlang der von Felix Orsini am 14. Januar 1858 unternommene Versuch und trug nun auch an seinem Theile dazu bei, Napoleon zu einem thatkräftigeren Vorgehen in der italienischen Frage zu bestimmen.

Cavour bei Napoleon III. Wenige Monate nach jenem Attentat beschied er den Grafen Cavour nach Plombières zu einer persönlichen Besprechung, und im tiefsten Geheimniß wurden hier die Vorbedingungen für den gemeinsamen Kampf Frankreichs und Sardiniens gegen Oesterreich verabredet. Daß Napoleon für seine Mitwirkung einen reellen Gewinn für Frankreich beanspruchte, war selbstverständlich, und da Cavour im Einverständniß mit König Viktor Emanuel um den Preis der Einigung Italiens unter dem sardinischen Scepter selbst schwere Opfer nicht scheute, kam schnell und ohne Schwierigkeit ein Einvernehmen zu Stande: dem Kaiser ward für den Fall des siegreichen Ausgangs des Kampfes die Abtretung von Savoyen und Nizza an Frankreich zugesichert. Diese Abmachungen wie überhaupt den eigentlichen Zweck der Unterredung hielt man vorerst geheim, denn Napoleon wollte, indem er von Neuem zu den Waffen griff, so uneigennützig wie im Jahre 1856 erscheinen; er wollte glauben machen, er kämpfe nur für eine „Idee". Eben deshalb suchte er auch die Schuld an dem Ausbruche des Krieges vor den Augen Europa's auf Oesterreich zu schieben, und die österreichische Regierung ließ sich durch den wohl angelegten Plan des Kaisers überlisten. Beim Empfange des diplomatischen Corps am Neujahrstage 1859 konstatirte Napoleon dem österreichischen Gesandten gegenüber „zu seinem lebhaften Bedauern", wie er sagte, die Möglichkeit eines Zerwürfnisses zwischen Frankreich und Oesterreich aus Anlaß der italienischen Frage. Zehn Tage später äußerte der König von Sardinien in der Thronrede, mit welcher er die Kammern eröffnete, „er vermöge es nicht, unempfindlich zu bleiben gegenüber dem Schmerzensschrei, der aus so vielen Theilen Italiens zu ihm dringe", und unmittelbar darauf erschien ein Vetter des französischen Kaisers, Prinz Napoleon Joseph Bonaparte, in Turin, um nach vorgängiger Unterzeichnung eines formellen Bündnißvertrages zwischen Frankreich und Sardinien auf Grund der Besprechungen von Plombières sich mit der sechzehnjährigen Prinzessin Clotilde, der Tochter Viktor Emanuel's, zu verloben. — Nun konnte es für Oesterreich nicht mehr zweifelhaft sein, daß man zum Kriege treibe, dessen Preis die Lombardei sammt Venetien sein solle, und daß Sardinien im Einverständniß mit Frankreich zum Kampfe sich rüste. Als infolge dessen die österreichischen Truppen zusammengezogen wurden und darauf Rußland einen Kongreß zur Entscheidung der italienischen Frage vorschlug, verlangte Oesterreich, gegenüber den Forderungen seiner Gegner, die auf das „Recht der Nationalität" sich stützten, daß von vornherein die Verträge von 1815 anerkannt würden. Da man sich dazu weder in Turin noch in Paris bereit erklärte, kam der Friedenskongreß gar nicht zu Stande. Oesterreich meinte nun, es sei klug, wenn es den Gegnern, die ja doch auf den Krieg lossteuerten, wenigstens nicht längere Zeit zu ihren Rüstungen lasse. Es verlangte daher in einem am 19. April an Sardinien gerichteten Ultimatum, ihm binnen drei Tagen die Zusage auf Abrüstung zu ertheilen. König Viktor Emanuel wies jedoch die Forderung zurück, worauf von Wien aus an die im lombardisch-venezianischen Königreich stehende österreichische Armee der Befehl erging, die sardinische Grenze zu überschreiten.

Der italienische Krieg von 1859. Damit war der von Napoleon schlau geschürte Konflikt so weit gediehen, daß ein Krieg bevorstand, in welchem Sardinien die Rolle des Ueberfallenen, Napoleon die des ritterlichen Freundes und Beschützers einem Bedrängten gegenüber spielen konnte.

Für die preußische Regierung war jetzt die Stunde gekommen, in der sie über den allgemeinen Gang der fernerhin zu befolgenden auswärtigen Politik eine folgenschwere Entscheidung treffen mußte. Sollte Preußen in dem bevorstehenden Kampfe mit seiner ganzen Kraft auf Oesterreichs Seite treten und durch den in diesem Falle wahrscheinlichen Sieg

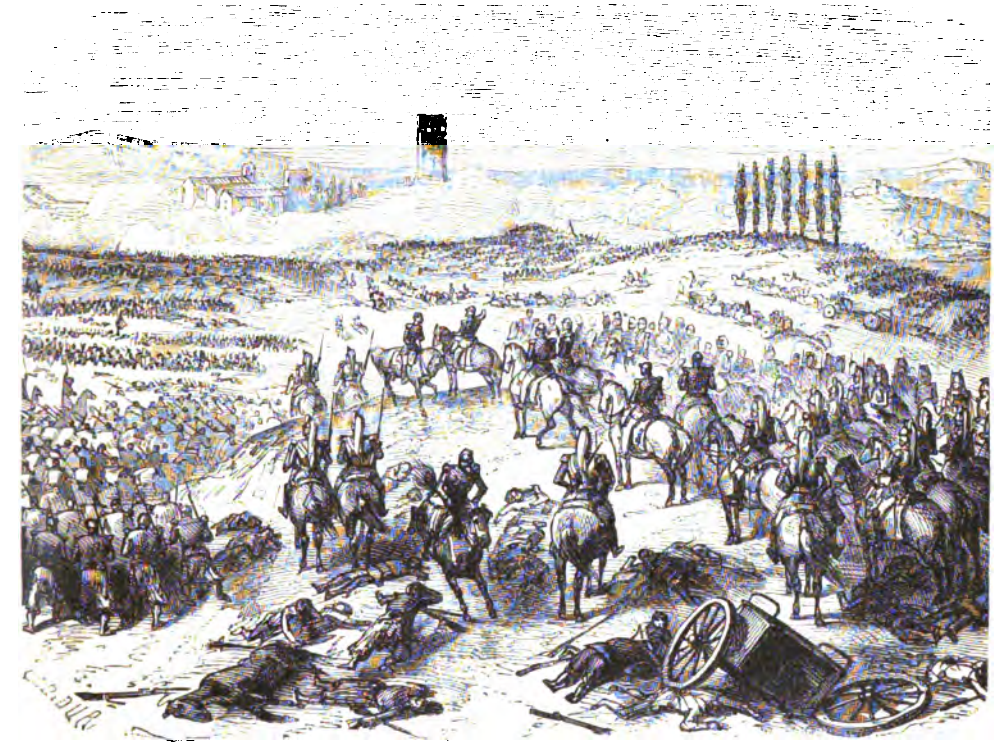
der österreichischen Waffen die Macht des Kaiserstaates nach außen, dadurch aber mittelbar auch seinen Einfluß in Deutschland stärken helfen? Oder sollte es an Frankreichs Seite gegen Oesterreich kämpfen, um als Preis des Sieges für Deutschland die deutsch-österreichischen Provinzen und für Preußen die Führerschaft in Deutschland zu gewinnen? Oder endlich sollte es Oesterreich sich selbst überlassen, solange nur österreichische Interessen in Frage kamen, und nur dann in den Kampf eingreifen, wenn durch den Verlauf desselben Deutschlands Ehre und Interessen bedroht würden und diese des Schutzes bedürften? Das Programm des Prinz-Regenten und des von ihm berufenen Ministeriums, wonach Preußen seinen Einfluß in Deutschland nur auf dem Wege moralischer Eroberungen erweitern sollte, wies unzweifelhaft auf die Ergreifung der letzteren Alternative hin; aber auch die beiden anderen fanden ihre Vertreter und Fürsprecher. Die Kreuzzeitungspartei und ihr reaktionärer Anhang waren selbstverständlich der Ansicht, daß nur ein bedingungsloses Zusammengehen mit Oesterreich der Stellung Preußens und seinem staatlichen Interesse entspreche, und in der Kreuzzeitung waren begeisterte Worte zu lesen, durch welche bewiesen werden sollte, daß es Preußens Pflicht sei, „in Gemeinschaft mit Oesterreich Deutschland am Po zu vertheidigen."

Richtiger wäre es gewesen, wenn man gesagt hätte, durch Preußens Beihülfe solle das lombardisch-venezianische Königreich am Rheine vertheidigt und die Hauptlast des Krieges Deutschland aufgebürdet werden. Die preußische Junkerpartei stand freilich mit ihrer irrigen Ansicht nicht allein. Ganz abgesehen von Oesterreich, welches Miene machte, als betrachte es die preußische Heeresfolge als selbstverständlich, war in den süddeutschen Mittel- und Kleinstaaten allgemein die Ansicht verbreitet, daß ganz Deutschland und also auch Preußen in dem bevorstehenden Kampfe auf Oesterreichs Seite stehen müsse. Frankreich, so hieß es, werde, getreu der napoleonischen Ueberlieferung, über kurz oder lang seine Eroberungsgelüste auch auf die Rheingrenze ausdehnen, und gelinge der erste Schritt, die beabsichtigte Niederwerfung und Demüthigung Oesterreichs, so werde von ihm damit der erste Schritt eines wohl vorbereiteten Planes ausgeführt sein, der den Krieg mit Deutschland zum Ausgangspunkte haben werde.

Eine gewisse Berechtigung ließ sich dieser Anschauung nicht absprechen, aber völlig unberechtigt war es, wenn man nun aus der zögernden Haltung Preußens den Schluß zog, dieses selbst stehe im geheimen Einverständniß mit Frankreich und werde unter Umständen selbst gegen französische Eroberungen am Rhein keinen Einspruch erheben, wenn es sich dadurch die Zustimmung Napoleon's zu seinen eigenen Plänen in Bezug auf die innere Umgestaltung Deutschlands sichern könne.

In Wahrheit lag der preußischen Regierung nichts ferner als dieses. Gewiß ließen es nicht nur die erwähnten politischen Erwägungen, sondern auch der unfertige Zustand des preußischen Heeres dem Prinz-Regenten wünschenswerth erscheinen, vorerst den Kampf mit Frankreich womöglich zu vermeiden und denselben, falls er unabwendbar sein sollte, durch eine hinhaltende Politik auf eine günstigere Zeit zu verschieben; jedoch zum Schutze und zur Vertheidigung wirklicher deutscher Interessen würde Preußen im Nothfalle sicherlich auch jetzt seine Wehrkraft aufgeboten haben. Ein Zusammengehen Preußens und Frankreichs vollends war so ganz und gar ausgeschlossen, daß sogar der preußische Bundestagsgesandte Otto v. Bismarck, gegen den bezeichnender Weise der Verdacht laut wurde, daß er einen radikalen Bruch mit Oesterreich befürworte, von Frankfurt abberufen und als preußischer Gesandter am russischen Hofe „kalt gestellt" wurde. Indessen beharrte auch andererseits die preußische Regierung fest auf ihrem einmal gefaßten Entschlusse. Vergeblich suchte der Erzherzog Albrecht, der sich am 14. April von Wien nach Berlin begab, dort zu bewirken, daß Preußen seine Armee am Rhein zusammenziehe und es dadurch Napoleon unmöglich mache, zur Unterstützung Sardiniens eine größere Streitmacht nach den lombardischen Ebenen abgehen zu lassen; vergeblich machte Hannover am Bundestage den

Versuch, einen Beschluß zu Gunsten des Hauses Habsburg durchzubringen und die Mobilmachung der gesammten Kriegsmacht des Bundes zu erwirken. Mit Recht erklärte dagegen Preußen, daß Deutschland vorerst auf keiner Seite bedroht sei, und forderte die Abweisung jenes Antrages, zumal Oesterreich, ohne sich zuvor an den Bundestag gewandt zu haben, den Krieg erklärt und seine Armee habe marschiren lassen. Da Preußen, wenn jener Antrag durchging, durch nichts gezwungen werden konnte, sich dem Beschlusse des Bundesrathes zu fügen, und da ohnehin die süddeutschen Regierungen die kriegerische Stimmung der Bevölkerung ihrer Staaten nicht so ganz und gar theilten, wurde der preußischen Forderung gemäß die Ablehnung des hannöverschen Antrages beschlossen.



Schlacht bei Solferino am 24. Juni 1859.

Magenta und Solferino. Inzwischen war der Kampf in Italien entbrannt, und die Oesterreicher, deren rühmliche Tapferkeit die schweren Fehler der obersten Heeresleitung nicht wieder gut machen konnte, erlitten am 4. Juni bei Magenta — wo sich auf französischer Seite besonders der Marschall Mac Mahon auszeichnete — eine Niederlage. Von Neuem wurde jetzt Preußen bestürmt, der bedrohten Vormacht des Deutschen Bundes seinen Beistand nicht zu versagen. Aber nach wie vor waren Regierung und Kammern darin einig, daß die Gefährdung des italienischen Besitzstandes Oesterreichs durchaus keine Gefährdung des Deutschen Bundes sei, daß Preußen durchaus nur die Pflicht habe, die deutschen Interessen zu wahren, und daß dieser Standpunkt geradezu bedinge, Oesterreichs Politik in Italien nicht zu unterstützen.

Die Lage Oesterreichs verschlimmerte sich indessen mit jedem Tage; Napoleon und Viktor Emanuel zogen triumphirend in Mailand ein, und ein zweiter vernichtender Schlag gegen die österreichischen Heere wurde vorbereitet. Jetzt — am 14. Juni — erfolgte auf Befehl des Prinz-Regenten in Preußen die Mobilmachung, und auch für das Bundesheer wurde auf preußischen Antrag die Mobilmachung beschlossen. Im Volke war man über

den eigentlichen Zweck dieser Kriegsrüstung getheilter Ansicht; während die Freunde Oesterreichs dieselbe als bedeutsames Zeichen eines plötzlichen Umschwungs zu Gunsten des Hauses Habsburg betrachteten und als solches mit Genugthuung begrüßten, wagten die Anhänger der eben damals wieder erstarkenden Partei, welcher der preußisch-deutsche Einheitsstaat als Ideal vorschwebte, sogar zu hoffen, Preußen werde den günstigen Augenblick benutzen, um in richtigem Erfassen seiner geschichtlichen Mission und im Hinblick auf den Sieg der nationalen Idee in Italien mit der Hand am Schwerte eine durchgreifende Aenderung der politischen Verfassung Deutschlands im Sinne des Einheitsgedankens herbeizuführen und zu einer ausgesprochen deutsch-nationalen Politik sich emporzuschwingen. Beide Anschauungen trafen nur halb das Rechte. Sich den Plänen Oesterreichs, die auf Aufrechthaltung und Verstärkung seiner Politik der Unterdrückung in Italien hinzielten, dienstbar zu erweisen, hatte Preußen abgelehnt; dagegen war es keineswegs gewillt, Oesterreich der Willkür seiner Feinde gänzlich preiszugeben. Nachdem es inzwischen am 24. Juni zur Entscheidungsschlacht von Solferino gekommen und auch diese für die österreichischen Waffen unglücklich ausgefallen war, erklärte sich daher Preußen zu bewaffneter Vermittlung bereit, begehrte dafür aber, daß, falls es dadurch in den Krieg verwickelt werde, der Deutsche Bund die gesammte deutsche Streitmacht unter seinen Oberbefehl stelle. Dieses Ansinnen entsprach jedoch den Plänen und Anschauungen der österreichischen Staatsmänner ganz und gar nicht, und auch im Bundesrath erklärten sich die Vertreter der meisten Mittelstaaten, allen voran der sächsische Gesandte Freiherr von Beust, sehr entschieden dagegen. Die Furcht, daß Preußen die selbständige Führung der gesammten deutschen Streitmacht nicht nur für den vorübergehenden Zweck, sondern dauernd für sich in Anspruch nehmen könne, war schließlich stärker als die Furcht vor einer Niederlage Oesterreichs im Kampfe gegen Napoleon; höchstens die Stellung eines dem Bundesrath verantwortlichen und von ihm abhängigen obersten Bundesfeldherrn dem Prinz-Regenten von Preußen zu übertragen, hätte die österreichisch-süddeutsche Partei sich allenfalls entschlossen. Da indessen mit bester Sicherheit vorauszusehen war, daß der Prinz-Regent von seiner berechtigten Forderung unter keinen Umständen abstehen werde, so hielten es die Leiter der österreichischen Politik für rathsamer, mit dem Feinde im Felde sich zu vertragen, als Preußen dazu zu verhelfen, als selbständige Macht an die Spitze von Deutschland zu treten. Diese Betrachtung fand eine Stütze in den Anschauungen Napoleon's, der sich geneigt zeigte, in dieser Sache Oesterreich entgegenzukommen.

Die Franzosen und Sarden waren zwar über die Oesterreicher siegreich gewesen; allein sie hatten ihre Siege mit außerordentlichen Opfern bezahlen müssen, und das Ziel des Krieges war noch lange nicht erreicht. Die Oesterreicher hatten am Mincio eine neue Stellung genommen und waren in derselben durch das berühmte Festungsviereck: Peschiera, Mantua, Verona und Legnano gedeckt. Somit stand die Durchführung des schwereren Theils des Krieges noch bevor, falls das Wort Napoleon's: „Italien frei bis zur Adria!“ Wahrheit werden sollte, und nun wurde Letzterer gleichzeitig durch die von Preußen zum Zweck bewaffneter Vermittlung vollzogene Mobilmachung beunruhigt!

Friede zu Villafranca. In Anbetracht dieser Lage ließ Napoleon dem Kaiser Franz Joseph einen Waffenstillstand anbieten; am 8. Juli wurde derselbe abgeschlossen, und bereits drei Tage später kam nach einer persönlichen Zusammenkunft der beiden Kaiser in Villafranca der provisorische Friede zu Stande, den Oesterreich damit erkaufte, daß es die Lombardei an Napoleon abtrat zu dem ausgesprochenen Zwecke, daß dieser sie dem Königreich Sardinien übergebe. Man hatte jene Form der Abtretung gewählt, um dem Kaiser von Oesterreich das darzubringende Opfer zu erleichtern, den Franzosen zu schmeicheln und Napoleon's Verdienste um Italien in einem um so glänzenderen Lichte erscheinen zu lassen.

Von welchem Grolle die österreichischen Staatsmänner gegen Preußen erfüllt waren, bezeugten offizielle Erklärungen, in denen offen gesagt wurde, man habe den ungünstigen

Frieden nur um deswillen annehmen müssen, weil man von Preußen im Stich gelassen worden sei! — Die Eingeweihten unter den deutschen Staatsmännern wußten wohl, daß Oesterreich aus Neid und Eifersucht gegen Preußen sich zum Frieden bequemt hatte, wie andererseits die Republikaner Italiens die Komödie, welche zu Ehren Napoleon's, des „Freundes und Wohlthäters Italiens", aufgeführt wurde, verlachten. Vielen gingen über den „uneigennützigen Freund Italiens" erst die Augen auf, als die zwischen ihm und Viktor Emanuel getroffenen geheimen Vereinbarungen enthüllt und Nizza und Savoyen Frankreich überantwortet wurden. Den Vorhaltungen der heimischen Opposition gegenüber erklärte Napoleon später, daß ihn die drohende Haltung Preußens veranlaßt habe, den Krieg in Italien so schnell abzubrechen.

Es war aber dabei noch ein Drittes mitwirkend gewesen. Der Krieg gegen Oesterreich hatte den nationalen Geist auch außerhalb Sardiniens entfesselt: der Ruf nach Einheit Italiens unter dem Scepter Viktor Emanuel's erscholl durch ganz Italien. Die Regenten von Toscana, Modena und Parma wurden vertrieben, und auch ein Theil des Kirchenstaates wurde von dem revolutionären Brande ergriffen. Das ging dem Kaiser Napoleon viel zu weit; denn ein einiges, starkes Italien entsprach durchaus nicht seinen politischen Berechnungen. Er hatte zwar für seine Politik selbst das nationale Recht angerufen, für Italien jedoch wollte er dasselbe nur insoweit zur Geltung gelangen lassen, als letzteres von Frankreich in Abhängigkeit erhalten bleibe, und so wurde denn in dem definitiven Frieden von Zürich (10. November 1859) festgesetzt, daß Italien in Zukunft einen Staatenbund unter dem Vorsitze des Papstes bilden solle.

Der Deutsche Bund, der sich so trefflich bewährt hatte, eine Nation in Schwäche zu erhalten, mochte hierbei dem Kaiser als Vorbild vorgeschwebt haben. Hinterher sollte es sich freilich bald genug zeigen, wie sehr er sich in der Hoffnung verrechnet hatte, es werde nach Abschluß des Krieges die Bevölkerung Italiens dem erwachten Einheitsdrange Zügel anlegen. Selbst Bologna entzog sich der päpstlichen Herrschaft und erklärte seinen Anschluß an Sardinien, und da Viktor Emanuel, der Zornesdrohungen aus dem Vatikan nicht achtend, den Bolognesen seinen Schutz zusagte, so folgte die ganze Romagna dem gegebenen Beispiel.

Viktor Emanuel, König von Italien. Auch das südliche Italien, das als „Königreich beider Sizilien" von seiner bourbonischen Dynastie nach bourbonischen Traditionen regiert wurde, trat unter dem Einfluß der Ereignisse im Norden in die nationale Bewegung mit ein. Die Reformen, zu welchen sich König Franz II. nach mehreren Aufstandsversuchen entschloß, vermochten dem Freiheits- und Einheitsdrange seiner Unterthanen nicht zu genügen. Ein kühner Zug nach Neapel, welchen der Freischarenführer Garibaldi von Sizilien aus auf eigene Hand unternahm, führte zu einer allgemeinen Erhebung, die wirklich nach der Flucht des Königs einen republikanischen Charakter anzunehmen drohte, aber durch die patriotische Haltung Garibaldi's und das rechtzeitige Eingreifen der sardinischen Regierung glücklich in die allgemeine Einheitsbewegung hinübergeleitet wurde. Durch allgemeine Volksabstimmung wurde im Oktober 1860 der Anschluß auch Neapels und Siziliens an das Königreich Sardinien nahezu einstimmig beschlossen, und am 14. März 1861 wurde Viktor Emanuel unter begeistertem Jubel des Volkes zum König von Italien ausgerufen. Ueber alles Erwarten schnell hatten sich die Hoffnungen der italienischen Patrioten verwirklicht. Ein einheitliches nationales Königreich, das mit Ausnahme Venetiens und des Kirchenstaates die gesammte italische Halbinsel umschloß, war aus der Vielheit unnatürlicher Staatenbildungen entstanden; das Recht der Nationalität, das in der freiheitlichen Bewegung der Revolutionsjahre den Völkern zum ersten Male klar zum Bewußtsein gelangt war, hatte in einem ersten bedeutungsvollen Siege seine volle Kraft dargethan und seine Ueberlegenheit nicht über die Legitimität als solche, wol aber über das von der Heiligen Alliance geschaffene Zerrbild der Legitimität bewiesen, und auch

für die Politik des übrigen Europa war fortan der nationale Gedanke das belebende und treibende Element. Sein siegreicher Durchbruch in Deutschland brachte einige Jahre später die nationale Bewegung im Westen unseres Erdtheils im Wesentlichen zum Abschluß; der Osten Europa's steht noch heute inmitten der gleichen Bewegung.

Die Rolle, welche in Italien das Königreich Sardinien gespielt hatte, war Deutschland gegenüber durch die Natur und durch die geschichtliche Entwicklung dem preußischen Staate überwiesen, und die preußische Regierung der neuen Aera hatte die Befolgung einer nationalen Politik in Deutschland wenigstens als ihre Aufgabe öffentlich anerkannt. Diese Aufgabe so energisch und rücksichtslos, so „revolutionär", wie es in Italien geschehen war, durchzuführen, trugen der Prinz-Regent und sein Ministerium indessen Bedenken. Man hielt damals noch an der Möglichkeit fest, auf dem Wege freiwilligen Uebereinkommens mit den deutschen Fürsten bald zum Ziele zu gelangen, und selbst auf diesem Wege glaubte man nicht gleich mit einem Male zu viel verlangen zu dürfen. Die Bundesreformpläne der preußischen Regierung beschränkten sich also, soweit sie offen zu Tage traten, zunächst auf eine durchgreifende Aenderung der Militärverfassung des Bundes.

Nun waren aber durch den patriotischen Aufschwung in Italien zur nationalen Einigung des Gesammtvaterlandes die gleichen Bestrebungen auch im deutschen Volke von Neuem mächtig belebt und gestärkt worden, und da die Ungeduld namentlich der norddeutschen Patrioten mit dem bedächtigen Gange der preußischen Politik nicht Schritt zu halten vermochte, so fand es lebhaften Anklang, als von einer Zahl hervorragender freisinniger Männer der Gedanke angeregt wurde, einen „Nationalverein" zu gründen, der als Ziel seiner Bestrebungen die Einigung Deutschlands zu einem einheitlichen, verfassungsmäßigen Gesammtstaate unter Preußens Führung offen auf seine Fahne schreibe und für die möglichst schnelle Erreichung dieses Zieles nach Kräften wirke.

Der Nationalverein. Die Männer, welche diesen Gedanken in Anregung brachten und sich dadurch ein bleibendes Verdienst um die Verwirklichung des deutschen Einheitsgedankens erwarben, wenn sie auch späterhin nicht zur unmittelbaren Mitwirkung berufen wurden, waren in erster Reihe der hannoversche Abgeordnete Rudolph v. Bennigsen, dann Metz aus Darmstadt, Lang aus Wiesbaden, Fries aus Weimar, Schulze aus Delitzsch, Löwe aus Calbe, Miquel aus Göttingen, Brater aus Nürnberg, Rießer aus Hamburg, v. Unruh aus Berlin, M. Veit aus Berlin, Reyscher aus Stuttgart, Karl Biedermann aus Leipzig und zahlreiche Andere. In freien Vorversammlungen, welche bald nach dem Friedensschluß von Villafranca in Eisenach und Frankfurt am Main stattfanden, wurde ein gemeinsames Programm entworfen, am 16. September 1859 der Nationalverein als solcher gegründet und alle freisinnigen patriotischen Deutschen zum Eintritt in denselben eingeladen. Als Zielpunkt wurde die Aufgabe bezeichnet, mit allen gesetzlichen Mitteln die materielle und geistige Kräftigung des großen gemeinsamen Vaterlandes zu betreiben, insbesondere dafür thätig zu sein, die auf Einigung zielenden Bestrebungen über ganz Deutschland zu verbreiten. Die kleindeutsche Tendenz, d. h. das Verlangen nach der preußischen Führung, zu welcher sich die norddeutschen Mitglieder des Vereins offen bekannten, war in dem gemeinsamen Programm mit einiger Zurückhaltung ausgesprochen; die genannten süddeutschen Mitbegründer des Vereins waren zwar gleichfalls von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Wiederaufrichtung eines starken, einigen Deutschen Reiches nur unter Preußens Führung und mit Ausschluß Oesterreichs möglich sei; aber die in Süddeutschland herrschende Abneigung gegen die „preußische Spitze", welche durch die Haltung Preußens während des italienischen Krieges eher gemehrt als gemindert worden war, ließ jene Zurückhaltung geboten erscheinen, wollte man nicht von vornherein darauf verzichten, dem Nationalverein auch in Süddeutschland einen größeren Anhängerkreis zuzuführen. Die Anerkennung der Reichsverfassung vom 28. März 1849 war für die große Mehrheit der süddeutschen Liberalen noch immer die Grundbedingung, an

welche sie ihre Mitwirkung und ihre Zustimmung zu weiterem Vorgehen in der deutschen Einheitsfrage knüpften, und der Nationalverein entschloß sich deshalb, die Anerkennung dieser Reichsverfassung in sein Programm aufzunehmen. Aber dieses Zugeständniß, zu welchem sich die norddeutschen Vereinsgenossen nur schweren Herzens entschlossen, trug nicht einmal die erwarteten Früchte: die süddeutschen Liberalen ließen sich dadurch über die wesentlich kleindeutsche Tendenz des Vereins nicht hinwegtäuschen und verharrten in ihrer ablehnenden Haltung, während andererseits Preußen, dem doch in erster Linie die Bestrebungen des Nationalvereins zugute kommen mußten, die Anerkennung der Reichsverfassung seitens desselben übel vermerkte und selbst das geringe Maß des Entgegenkommens und Wohlwollens, welches es ihm anfänglich gezeigt hatte, noch wesentlich verkürzte.

Für die preußische Regierung waren dabei allerdings noch andere Beweggründe mitbestimmend. Entschiedene Theilnahme für den Nationalverein und offene Begünstigung seiner Bestrebungen hätten die preußischen Bundesreformpläne in Süddeutschland vollends diskreditirt; der Prinz-Regent wünschte selbst den Schein zu vermeiden, als könne er jemals beabsichtigen, seinen deutschen Mitfürsten eine ihnen nicht genehme Aenderung der politischen Verfassung des Bundes aufzuzwingen, und er betonte sogar ausdrücklich, daß ihm die Einigkeit Deutschlands höher stehe als die politische Einigung, daß er vor Allem die Wehrkraft Deutschlands zu stärken und ihr gemeinsames festes Zusammenstehen gegen jeden äußeren Feind zu sichern bestrebt sei. Vollständig beseitigt wurde jedoch der einmal bestehende Argwohn gegen Preußen weder durch solche Versicherung, noch durch die kühle Zurückhaltung der preußischen Regierung dem Nationalverein gegenüber, und letzterer wurde von den meisten deutschen Regierungen auf das Heftigste angefeindet. Dem Ausschuß des Vereins war es vom Senate der Stadt Frankfurt a. M. untersagt worden, sich daselbst niederzulassen; in Hessen-Darmstadt wurden Untersuchungen gegen die an der Gründung des Vereins Betheiligten eingeleitet; in Kurhessen erschienen Bekanntmachungen, die eine Betheiligung an dem Verein geradezu untersagten; in Hannover wurden die Mitglieder von der Regierung verzeichnet, um dieselben, falls es sich bei ihnen etwa um Anstellungen, Gehaltsverbesserungen, Meldungen zu Leistungen irgend welcher Art für den Staat handeln sollte, zurückweisen zu können. Auch in Bayern, Württemberg und Sachsen griff man zu ähnlichen Maßnahmen, und nur die badische Regierung und vor Allem Herzog Ernst von Sachsen-Koburg-Gotha, in dessen Residenz der Nationalverein seinen ständigen Sitz nahm, ließen den patriotischen Bestrebungen desselben Gerechtigkeit widerfahren und wohlwollende Förderung zutheil werden.

Im deutschen Volke aber fanden die in Wort und Schrift verbreiteten Ideen des Nationalvereins begeisterten Anklang; seine Anfeindung und Verfolgung durch die Regierungen konnte es nicht verhindern, daß die Zahl seiner Anhänger namentlich in den Kreisen des unabhängigen Bürgerthums sich täglich vergrößerte, und daß auch von einem großen Theil der Beamtenwelt, die dem Verein nicht offen beitreten durfte, die Bestrebungen desselben insgeheim unterstützt und gefördert wurden. Allerdings war diese Anhängerschaft vorwiegend nur in Norddeutschland eine rückhaltlose und unbedingte. Die große Mehrheit der süddeutschen Patrioten vermochte ihre tief eingewurzelten partikularistischen Vorurtheile und ihre Abneigung gegen das straffe Preußenthum nicht völlig zu überwinden und schloß sich dem Nationalverein deshalb nur unter gewissen Bedingungen und Vorbehalten an oder trat zu demselben gar in einen scheinbaren Gegensatz; aber die entscheidende Hauptforderung, festere Einigung Deutschlands zu einem nach außen starken und mächtigen und im Innern nach freisinnigen Grundsätzen geleiteten Staatswesen, wurde im Norden wie im Süden des Vaterlandes mit gleichem Nachdruck erhoben.

Ministerzusammenkunft in Würzburg. Durch Verbote und polizeiliche Maßregeln, das erkannten die Leiter der mittel- und kleinstaatlichen Regierungen bald, war dieser wieder erwachte Einheitsdrang des deutschen Volkes nicht wirksam zu bekämpfen und niederzuhalten;

daher ward beschlossen, ihn, indem man ihn durch scheinbares Entgegenkommen in falsche Bahnen leite, unschädlich zu machen, oder wenigstens zu verhüten, daß er trotz aller bestehenden Abneigungen und Vorurtheile schließlich dennoch durch Preußen seine Verwirklichung finde. „Reform des Bundes nicht durch eine der Großmächte, sondern durch den Bundestag selbst“, so lautete die zu diesem Zwecke zuerst von dem sächsischen Minister Freiherrn von Beust ausgegebene Losung. Der Gedanke fand Anklang bei den mittelstaatlichen Regierungen. Auf einer Ministerzusammenkunft in Würzburg (21. November 1859), bei welcher sich neben Beust besonders die leitenden Minister von Bayern und Hessen-Darmstadt — von der Pfordten und von Dalwigk — als eifrige Verfechter des neuen Reformprojektes hervorthoten, wurden eine Reihe von Vorschlägen formulirt, durch welche der Einheitsdrang des deutschen Volkes befriedigt werden sollte. Einzelne dieser Vorschläge, einheitliche Rechtspflege, einheitliches System der Münzen, Maße und Gewichte u. s. w., entsprachen in der That dem Bedürfniß; aber gerade in dem entscheidenden Punkte, in der Frage der Aenderung der Militärverfassung des Bundes, blieben sie weit hinter dem zurück, was das deutsche Volk und in seinem eigenen und zugleich in Deutschlands Interesse Preußen zu fordern berechtigt war. Allein ungeachtet aller Vorstellungen und Mahnungen der preußischen Regierung zeigten sich die süddeutschen Bundesglieder in dieser Frage zu keinerlei wirklichen Zugeständnissen bereit, und da Preußen solche Zugeständnisse mit Recht zur Vorbedingung seiner Theilnahme an weiteren Bundesreformen machte, so verliefen die auf Grund der Würzburger Vorschläge gepflogenen Berathungen des Bundestages ohne nennenswerthe Ergebnisse.

Nach einer persönlichen Zusammenkunft des Prinz-Regenten mit dem Kaiser von Oesterreich in Teplitz (26. Juli 1860) wurden auf einer im August desselben Jahres zusammentretenden zweiten Würzburger Konferenz die Verhandlungen über die Militärfrage zwar noch einmal aufgenommen, aber auch hier wurde keine Einigung erzielt. Die Forderung Preußens, daß ihm die selbständige Oberleitung des norddeutschen Bundeskontingentes übertragen werde, während die beiden süddeutschen Armeecorps dem österreichischen Oberbefehl unterstellt werden sollten, stieß bei Oesterreich und den Mittelstaaten nach wie vor auf entschlossenen Widerstand. Die letzteren wollten das Recht des Bundesrathes, in einem von Bundes wegen geführten Kriege den Oberfeldherrn ernennen zu dürfen, nicht aufgeben; nur wenn ein solcher Krieg die Grenzen eines eigentlichen Bundeskrieges überschreite, sollte den beiden Großmächten die Ernennung eigener Oberbefehlshaber überlassen bleiben, jedoch unter Wahrung des gleichen Rechtes auch für die Mittelstaaten, die sich für diesen Fall die Vereinigung ihrer Kontingente zu einem besonderen Corps und die Ernennung eines besonderen Oberfeldherrn vorbehielten. Daß Preußen einer solchen Neuregelung der Militärverfassung, welche ihm nicht einmal über sein eigenes Heer freie Verfügung sicherte, unter keinen Umständen zustimmen konnte, stand außer Frage; und da andrerseits alle weiteren Versuche, die bestehenden Gegensätze zu vermitteln, aussichtslos erschienen, so zog sich die preußische Regierung ganz und gar zurück und betrieb mit um so größerem Nachdruck die von dem Prinz-Regenten längst geplante und vorbereitete Reorganisation des eigenen Heeres, um auf dieses gestützt nöthigenfalls allein und selbst im Widerspruch mit den anderen Bundesregierungen die der Würde Preußens und den wahren Interessen Deutschlands entsprechende Politik zu verfolgen. Die Popularität, deren sich die preußische Regierung der neuen Aera anfänglich auch in Süddeutschland erfreut hatte, ging darüber allerdings vollständig verloren. Geflissentlich wurde von den süddeutschen Preußenfeinden die Ansicht verbreitet, daß Preußen aus starrem Eigennutz die von der Würzburger Konferenz angeregten Bundesreformen hintertrieben habe, daß Preußen, ohne seinerseits irgend welche Zugeständnisse zu machen, über Deutschland herrschen wolle, und daß es zu diesem Zwecke möglichenfalls selbst vor einem Bündniß mit Napoleon nicht zurückschrecken werde, um sich gegen Ueberlassung der Rheingrenze an Frankreich einige deutsche Kleinstaaten

einzuverleiben. Ein solcher Verdacht hätte, wenn er begründet gewesen wäre, die preußische Führung in Deutschland freilich ein für alle Male unmöglich gemacht, denn trotz aller Gegensätze zwischen Nord und Süd war doch das nationale Gefühl mächtig genug, um in ganz Deutschland eine erfreuliche patriotische Entrüstung wachzurufen, als nicht in Preußen, sondern gerade in einem der preußenfeindlichen Mittelstaaten die Neigung zu einem eventuellen Anschluß an Frankreich sich offenbarte.

Der hannoversche Minister von Borries trat nämlich in der hannoverschen Kammer mit der Erklärung hervor, daß die Mittelstaaten, ehe sie Preußen an die Spitze Deutschlands gelangen ließen, sich lieber um Schutz an Frankreich wenden würden. Aber diese Erklärung war kaum in Deutschland bekannt geworden, als allenthalben die Kammern und auch die meisten Regierungen gegen eine solche vaterlandslose Gesinnung sich energisch verwahrten. Eine in Heidelberg zusammentretende Versammlung hervorragender Patrioten übernahm es, in einer von patriotischem Geiste getragenen Gegenerklärung der allgemeinen Entrüstung Ausdruck zu geben. „Das deutsche Volk", hieß es in dieser Erklärung, „ist entschlossen, keinen Fuß breit deutscher Erde unter fremde Botmäßigkeit gelangen zu lassen; immer näher rückt die Gefahr, mit welcher eine fremde Macht uns umstrickt; immer tiefer und weiter verbreitet sich die Erkenntniß, daß nur eine einheitliche Leitung der militärischen Kräfte und der auswärtigen Politik die Gefahr erfolgreich zu bekämpfen vermag. Der deutschen Regierung, die Angesichts dieser Gefahr mit mannhaftem Entschluß an der Spitze der im Parlament geeinten Nation für die Ehre, die Freiheit und die Macht des Vaterlandes in die Schranken tritt, wird das deutsche Volk mit Vertrauen die Vollmacht übertragen sehen, deren sie zur Lösung ihrer Aufgabe bedarf. Die deutsche Regierung dagegen, welche ihre Pflicht so schmachvoll vergessen würde, daß sie bei auswärtigen Mächten einen Rückhalt in Fragen der nationalen Entwicklung, bei feindlichen Mächten Hülfe suchte oder annähme zur Abwehr der Opfer, welche zu kraftvoller Bekämpfung dieser Feinde von ihr gefordert werden — eine solche Regierung wird dem öffentlichen Urtheil und dem Schicksal verfallen, das Verräthern gebührt."

Das war eine wohlverdiente Züchtigung für den welfischen Minister und seine Gesinnungsgenossen, zu denen sich leider auch König Georg V. von Hannover selbst bekannte, indem er unmittelbar darauf den Herrn von Borries in den Grafenstand erhob.

Auch die preußische Volksvertretung hatte sich jenem Protest angeschlossen, und der Prinz-Regent sprach sich darauf unter schonender Verurtheilung jenes Vorgehens der hannoverschen Regierung auch über seine Stellung zu Frankreich rückhaltlos aus. Er sei, sagte er, mit dem preußischen und mit dem gesammten deutschen Volke einig in der unerschütterlichen Treue für das gemeinsame Vaterland und in der lebendigen Ueberzeugung, das die Unabhängigkeit der Nation und die Unverletzlichkeit des vaterländischen Bodens Güter seien, vor deren Bedeutung alle inneren Fragen und Gegensätze zurücktreten müßten. Den gegen Preußen bestehenden Argwohn vermochten diese Worte freilich nicht völlig zu zerstreuen. Die politischen Gegensätze, welche der Prinz-Regent in seiner Erklärung berührt hatte, wurden gerade durch die Energie, welche die preußische Regierung in der Frage der Heeresreorganisation zu zeigen genöthigt war, immer mehr verschärft und drohten sogar das Anfangs so erfreuliche Verhältniß zwischen ihr und der Mehrheit der preußischen Volksvertretung zu stören und in das Gegentheil zu verwandeln. Der Einheitsdrang des deutschen Volkes und das lebhafter denn je erwachte Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit aller deutschen Stämme wurde dadurch allerdings nicht beeinträchtigt, aber zum Theil nach einer andern Richtung geleitet.

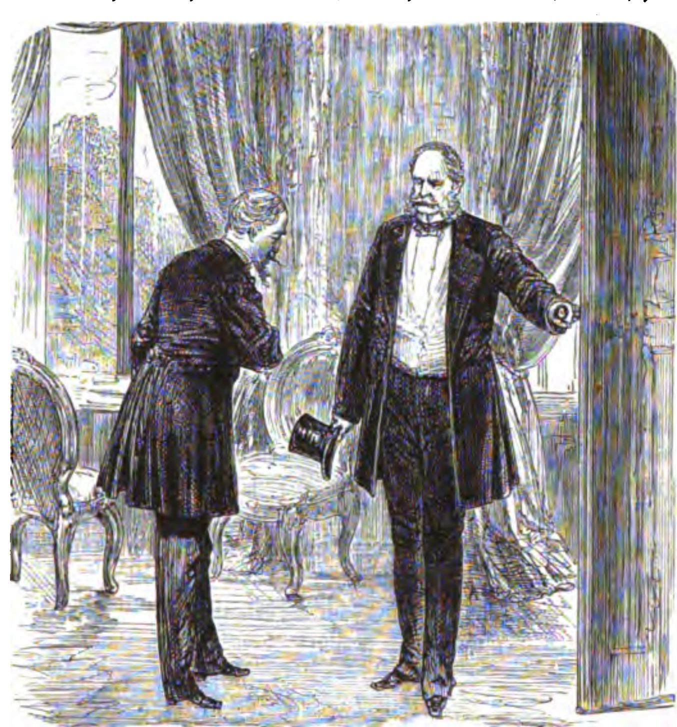
Stimmung zur Zeit des Schillerfestes. Selbst in Norddeutschland begannen sich Zweifel zu regen, ob die preußische Regierung sich wirklich ihres nationalen Berufes bewußt und die Lösung der ihr daraus erwachsenden Aufgaben zu unternehmen willens sei. Bei dem Schillerfest, das am 10. November 1859 durch ganz Deutschland mit erhebender

nationaler Begeisterung gefeiert wurde, bei den vielfachen Wanderversammlungen, Turner-, Sänger- und Schützenfesten, die in demselben und in den nächstfolgenden Jahren außerordentlich zahlreich stattfanden und immer und überall über ihren eigentlichen Anlaß hinaus zu deutsch-nationalen Kundgebungen sich gestalteten, begann die im Beginn der neuen Aera in Preußen starke und mächtige kleindeutsche Tendenz zu Gunsten der großdeutschen mehr und mehr zu schwinden und in den Hintergrund zu treten, und schon in der Wahl der Fest- und Versammlungsorte kam diese veränderte Stimmung vielfach zum Ausdruck. Die aufrichtigen Anhänger Preußens, die sich selbst durch den augenblicklichen Schein des Gegentheils in ihrem Glauben an die hohe Bestimmung des preußischen Staates nicht wankend machen ließen, hatten dem gegenüber einen schweren Stand. So energisch und willenskräftig sich die preußische Regierung in der Frage der Heeresreorganisation zeigte, so vorsichtig und zurückhaltend war und blieb sie mit ihrem nationalen Programm, und nachdem vollends der weiter unten ausführlicher zu besprechende politische Umschwung in Preußen im Sinne der Reaktion eingetreten und Regierung und Volksvertretung durch einen peinlichen Konflikt bis zur Unversöhnlichkeit verfeindet waren, da drohte selbst den ergebensten Freunden Preußens der Boden unter den Füßen zu schwinden, und ungehört oder unter dem Hohn und Spott der großen Mehrheit des deutschen Volkes verhallten die Stimmen Derjenigen, welche noch an ihrer Ueberzeugung festzuhalten und das deutsche Volk auf Preußen als den einzigen Hort seiner wahren Interessen hinzuweisen wagten.

Daß unter solchen Umständen die von der preußischen Regierung mehrfach wiederholten Versicherungen ihrer nationalen Gesinnung auch im Auslande nicht allzu ernst genommen wurden, war nicht zu verwundern. Napoleon erkannte besser als die große Zahl der deutschen Patrioten, die sich durch die politische Krisis in Preußen und durch die verlockenden Verheißungen Oesterreichs und der süddeutschen Regierungen täuschen ließen, daß das Ziel der preußischen Politik in der That ein starkes, einiges Deutschland sei; er erkannte aber auch, was die zur Zeit am Ruder befindliche preußische Regierung selbst noch nicht erkannte oder sich wenigstens nicht einzugestehen wagte, daß nämlich ein mehr oder weniger gewaltsamer Bruch zwischen Preußen und Oesterreich unvermeidlich sei, wenn das erstrebte Ziel jemals erreicht werden sollte. Die vollständige Erreichung dieses Zieles lief allerdings den französischen Interessen zuwider, aber seine theilweise Verwirklichung durch mäßige Stärkung Preußens und der Mittelstaaten und entsprechende Schwächung Oesterreichs mußte Napoleon nicht nur statthaft, sondern sogar wünschenswerth erscheinen, denn die völlige Theilung Deutschlands in drei von einander unabhängige Staatengebilde und damit die Verewigung seiner Ohnmacht und Schwäche wäre die nothwendige Folge gewesen.

Beziehungen zu Frankreich. Bis dahin konnte also Napoleon zugleich im eigenen Interesse die Bestrebungen Preußens unterstützen, und schon vor dem Ausbruch des lombardischen Krieges hatte er in der That einen ersten Annäherungsversuch an Preußen in diesem Sinne gemacht. Die preußische Regierung hatte sich, wie wir sahen, diesem Versuche gegenüber nicht schroff ablehnend, aber kühl zurückhaltend gezeigt; die sorgfältige Erwägung der preußischen wie der deutschen Interessen gebot einerseits die Vermeidung eines vorzeitigen Bruches mit Napoleon und wies andererseits zum Theil auf dieselben Wege hin wie die Rathschläge des Kaisers. Im entscheidenden Augenblicke aber hatte die preußische Regierung trotzdem kein Bedenken getragen, ihren eigenen Willen und Entschluß auch Frankreich gegenüber geltend zu machen. Nachdem dann durch die Art und Weise, wie Napoleon die Erfolge der französischen Waffen auf den lombardischen Ebenen ausnutzte und nicht minder durch das tägliche Erstarken der antibonapartistischen Opposition, das Napoleon zu einer vielgeschäftigen auswärtigen Politik drängte, die Gefahr einer aggressiven Wendung Frankreichs auch gegen Deutschland nahe gerückt war, konnte nur ein tief eingewurzeltes Vorurtheil oder gar absichtliche Verdächtigung gegen die preußische Regierung den Vorwurf erheben, daß sie eine franzosenfreundliche Politik verfolge, und die erwähnten offenen

Erklärungen des Prinz-Regenten hätten vollends jeden Argwohn in dieser Hinsicht beseitigen müssen. Das geschah nun, wie gesagt, leider nicht. Der von den entschiedenen Preußenfeinden absichtlich genährte Verdacht blieb bestehen, und auch Napoleon trug sich deshalb noch immer mit der Hoffnung, durch Unterstützung der nationalen Politik Preußens — in den Augen des Kaisers wie der Preußenfeinde in Deutschland war diese allerdings nicht so sehr eine nationale als vielmehr eine Eroberungspolitik — die Zustimmung der norddeutschen Großmacht zu französischen Gebietserweiterungen am Rhein — sei es in Belgien oder in Süddeutschland — zu erkaufen. Zu diesem Zwecke suchte er nunmehr eine persönliche Begegnung mit dem Prinz-Regenten zu Stande zu bringen. Dem standen allerdings, sowol was Napoleon als was den Prinz-Regenten anbetraf, mancherlei gewichtige Bedenken entgegen; der Verdacht, ja die Furcht, welche man in Oesterreich und in den süddeutschen Staaten Preußen gegenüber hegte, mußte durch eine solche Begegnung bestärkt und vermehrt werden und konnte, wenn der Prinz sich gegen die Vorschläge Napoleon's unbedingt ablehnend verhielt — was Napoleon allerdings nicht erwartete — dem Letzteren leicht arge Verlegenheiten bereiten.



Zusammenkunft des Prinz-Regenten von Preußen mit Napoleon III. in Baden-Baden.

Aber eben weil der Kaiser auf das Eingehen des Prinz-Regenten auf seine Pläne zuversichtlich gerechnet hatte, mochte er trotzdem auf die persönliche Begegnung nicht verzichten. Er ließ also dem Prinz-Regenten durch sein Ministerium seinem Wunsche bezüglich einer persönlichen Zusammenkunft Ausdruck verleihen und zugleich durch gefällige Federn verbreiten, daß, da bedauerlicher Weise von Böswilligen Gerüchte ausgestreut würden, die in Deutschland Besorgnisse zu erregen geeignet seien, der Kaiser in der erbetenen Zusammenkunft mit dem Prinz-Regenten diesen und damit zugleich das gesammte deutsche Volk von seinen friedlichen Absichten zu überzeugen wünsche. Folgte daraufhin der Prinz-Regent seiner Einladung, dann hatte Napoleon — so rechnete er wenigstens — unter allen Umständen gewonnenes Spiel: entweder kam das gewünschte Einvernehmen mit Preußen zu Stande, dann konnten auf Kosten Süddeutschlands die französischen Pläne verwirklicht werden; oder es kam nicht zu Stande, und dann konnte Napoleon schlimmsten Falls Preußen vor Deutschland schwer kompromittiren und sich dadurch im Norden für seine Absichten freie Hand schaffen. Aber der Prinz-Regent durchkreuzte diesen wohl angelegten Plan, indem er die Einladung des Kaisers zunächst mit einer offenen Erklärung beantworten ließ. „Allerdings", hieß es in derselben, „seien in Deutschland Besorgnisse vielfach verbreitet, daß die französische Politik eine aggressive Wendung gegen Deutschland einschlagen könne, und in dieser Beziehung scheine

eine freundliche Begegnung des französischen Kaisers mit dem Regenten von Preußen wohl geeignet, jene Bedenken zu beschwichtigen, wenn nicht zugleich der Verdacht bestände, daß Preußen sich im Einvernehmen mit Frankreich und gegen gewisse Zugeständnisse auf Kosten seiner deutschen Bundesgenossen vergrößern wolle; man dürfe sich nicht darüber täuschen, daß eine Zusammenkunft der beiden Regenten diesen Besorgnissen neue Nahrung geben möchte. Man wolle übrigens den Vorschlag des Kaisers trotzdem in Erwägung ziehen."

Zusammenkunft in Baden-Baden. Das war eine ziemlich deutliche Zurückweisung, aber Napoleon ließ dennoch einige Monate später die gleiche Einladung wiederholen. Diesmal nahm der Prinz-Regent dieselbe allerdings an, aber in einer Form und unter Bedingungen, die den eigentlichen Zweck, welchen Napoleon bei der Begegnung im Auge hatte, von vornherein vereitelten. Er beantwortete nämlich diese zweite Einladung Napoleon's mit der Mittheilung, daß er demnächst eine Zusammenkunft mit den Königen von Bayern und Württemberg in Baden-Baden haben werde, und daß bei dieser Gelegenheit die deutschen Souveräne daselbst gern den französischen Kaiser begrüßen würden.

Das war, wie gesagt, ein Strich durch Napoleon's Rechnung; aber er mußte gute Miene zum bösen Spiel machen, und er erklärte daher, er freue sich außerordentlich, daß ihm Gelegenheit geboten werde, die Versicherung friedlicher Gesinnung persönlich einer Zahl deutscher Fürsten ausdrücken zu können.

So fand denn Mitte Juni 1860 in Baden-Baden die Zusammenkunft statt, an der außer dem Prinz-Regenten und den Königen von Bayern und Württemberg zum Theil auf eigenen Wunsch, zum Theil auf besondere Einladung Preußens auch die Könige von Sachsen und Hannover, die Großherzöge von Baden, Sachsen-Weimar und Hessen-Darmstadt und der Herzog von Nassau Theil nahmen.

Die Begegnung der deutschen Fürsten mit Napoleon trug unter den obwaltenden Umständen natürlich einen durchaus formellen Charakter; der Prinz-Regent zeigte sich allen Annäherungsversuchen des Kaisers gegenüber äußerst zurückhaltend, und Napoleon erschöpfte sich in friedlichen Betheuerungen, ohne jedoch die Besorgnisse der deutschen Fürsten dadurch völlig zu zerstreuen. Unmittelbar nach seiner Abreise traten diese sogar zu erneuten Verhandlungen über Verbesserungen der Bundeskriegsverfassung zusammen; aber auch diese Verhandlungen führten zu keinem Resultat, und der Prinz-Regent wurde dadurch nur in seiner Ueberzeugung bestärkt, daß wenigstens die Wehrhaftigkeit Preußens um seiner selbst und um Deutschlands willen möglichst rasch verstärkt werden müsse.



Auf der Reise.



Die Reorganisationskommission.
Kriegsminister von Roon. General von Manteuffel. General von Wrangel. Der König.

Die preußische Heeresreorganisation.

Die schon an anderer Stelle dieses Buches (S. 220 ff.) besprochenen Aenderungen und Verbesserungen im preußischen Heerwesen, welche größtentheils auf Anregung und unter thätiger Mitwirkung des Prinzen von Preußen bereits in den dreißiger und vierziger Jahren zur Ausführung kamen, hatten die bestehende preußische Wehrverfassung zum Ausgangspunkt genommen und sich innerhalb derselben wesentlich auf Aeußerlichkeiten, auf ein festeres Zusammenwirken der verschiedenen Truppengattungen, auf Einführung neuer Exerzierreglements und einer zweck- und zeitgemäßen Ausrüstung und Bewaffnung des einzelnen Soldaten beschränkt. Aber die schleswig-holsteinischen Feldzüge und vor Allem die Mobilmachung des preußischen Heeres im Herbst des Jahres 1850 hatten erkennen lassen, daß auch die bestehende Wehrverfassung als solche einer durchgreifenden Reorganisation dringend bedürftig sei.

Schon während seines Aufenthalts in Koblenz hatte deshalb der Prinz von Preußen im Verein mit dem damaligen Generalstabschef des VIII. Armeecorps, von Roon, den Plan zu einer solchen Reorganisation in seinen Grundzügen entworfen und mit der Ausführung desselben den Anfang gemacht. Damals war es vornehmlich die Neubildung der Brigadeverbände durch Verschmelzung der Landwehr mit den Linienbrigaden, welche zunächst ins Auge gefaßt wurde. Es sollten hierdurch die engere Verbindung der Landwehr-Infanterieregimenter mit den Linienregimentern, das regere, lebendigere Interesse der

Linien für die Landwehr, sowie die Neuformation der Landwehr-Kavallerieregimenter erreicht werden. Aber diese und andere zweckdienliche Einrichtungen bildeten nur die Vorläufer zu größeren Reformen. Dieselben hatten sich infolge der Ereignisse des Jahres 1859 und infolge der durch sie bedingten Mobilmachung des preußischen Heeres von Neuem als Nothwendigkeit ergeben, und der Prinz-Regent, der als solcher nunmehr die volle Regierungsgewalt in Händen hatte, beschloß deshalb, sie so schnell und energisch wie möglich in ihrem vollen Umfange zur Ausführung zu bringen.

Aber das preußische Volk in seiner großen Mehrheit zeigte sich diesen Absichten abgeneigt und setzte denselben durch seine Vertreter im Abgeordnetenhause einen heftigen und unerwarteten Widerstand entgegen. Die Gegner der beabsichtigten Reorganisation der bestehenden Wehrverfassung gingen dabei von einer patriotischen Annahme aus, die von ihnen in gutem Glauben und in der That auch mit dem Schein der Berechtigung für unantastbar gehalten wurde. Im Jahre 1806 war die geschulte Armee geschlagen worden, im Jahre 1813 dagegen hatten die Landwehren, obwol durchweg nur kurze Zeit im Waffendienste geübt, Wunder der Tapferkeit verrichtet. Konnte ein Wehrsystem, durch welches so Großes vollbracht worden war, wirklich gar so mangelhaft und verbesserungsbedürftig sein? Im Volke mochte man das im Allgemeinen nicht glauben, ja man hatte aus diesem Grunde schon längst eine Abkürzung der nach 1815 wieder eingeführten dreijährigen aktiven Dienstzeit gefordert, da man für die nöthige Schulung des Heeres einen Zeitraum von höchstens zwei Jahren für völlig ausreichend hielt. Mit anderen Augen sah jedoch der Fachmann die Sache an. Die durch eine jahrelange harte Fremdherrschaft ungewöhnlich gesteigerte patriotische Begeisterung hatte die mangelhaft ausgebildeten Landwehrmänner von 1813 allerdings Bewunderungswürdiges leisten lassen, aber trotzdem waren doch, namentlich in den ersten Kämpfen des Befreiungskrieges, die Folgen der mangelnden Schulung vielfach zu Tage getreten, und erst mit der längeren Dauer des Krieges hatte sich die Landwehr denjenigen Grad militärischer Sicherheit erworben, der sie schließlich einer regelrecht ausgebildeten Truppe durchaus ebenbürtig machte. In weiteren Kreisen des Volkes aber hatte man dafür kein rechtes Verständniß und konnte es auch eigentlich nicht haben; hier sah man nur die blendenden Lichtseiten, ohne die nur dem kundigen Auge erkennbaren Schattenseiten zu bemerken, und so kam es, daß die weit aus einander gehenden Ansichten der Fachleute einerseits und der nur nach dem äußeren Schein urtheilenden Menge andererseits sich unvermittelt gegenüberstanden. Verbesserung des Wehrsystems, ja, das wollte man auf beiden Seiten, aber mit Mitteln, die einander völlig entgegengesetzt waren.

Die Volksauffassung war, zumal im Hinblick auf ihre Entstehung und Begründung, so erklärlich wie berechtigt. Es läßt sich deshalb dem preußischen Volke und seinen Vertretern kein Vorwurf daraus machen, daß von ihrer Seite so tapfer für das nach bestem Wissen als heilsam Erkannte gekämpft worden ist. Die auf aufrichtiger Ueberzeugung beruhende Haltung der Volksvertretung verdient um so weniger irgend welchen Tadel, weil selbst einzelne sachverständige und hochgestellte Militärs — so vor Allem der Kriegsminister von Bonin, der deshalb sogar von seinem Amte zurücktrat — sich nicht von dem Werth und von der Zweckmäßigkeit und am wenigsten von der Nothwendigkeit der vom Prinz-Regenten geplanten Reformen zu überzeugen vermochten.

Das Gesetz vom 3. September 1814 erklärte jeden Preußen für waffenpflichtig, und auf Grund desselben bestand damals das stehende Heer bei 13 Millionen Einwohnern aus 120,000 Mann, welche bei einer Dienstzeit von drei Jahren mit 40,000 Mann jährlich durch die Waffenschule zu gehen hatten, um dann als Reserve und Landwehr für die Kriegsvermehrung bereit zu sein. Das stehende Heer war nun seit 1815 nur unbedeutend erhöht worden, die Bevölkerung aber war in den langen Friedensjahren um mehr als 6 Millionen gewachsen. So wurde denn nach und nach das Grundgesetz der allgemeinen Wehrpflicht und damit die Grundlage der Macht Preußens zur Unwahrheit, denn ein

Drittheil von Denen, welche dienen konnten, diente nicht und konnte deshalb nicht einmal im Kriegsfalle zur Vertheidigung des Vaterlandes zu den Waffen berufen werden. Der Gedanke, jenes Grundgesetz wieder zur Wahrheit zu machen und dadurch zugleich die durch die theilweise Außerkraftsetzung desselben bedingte Ungerechtigkeit zu beseitigen und die Wehrhaftigkeit Preußens im eigenen und in Deutschlands Interesse zu kräftigen und zu stärken, das war das leitende Motiv in den militärischen Reformplänen des Prinz-Regenten.

Nach dem vorher erwähnten Gesetz vom 3. September 1814 trat der Militärpflichtige im 20. Lebensjahre in das stehende Heer ein, blieb drei Jahre unter der Fahne, war zwei weitere Jahre Reservist und trat schon von dem 25. Jahre bis zum 39. in die Landwehr ein, und zwar vom 25. bis zum 32. in das erste, vom 32. bis zum 39. in das zweite Aufgebot. Die Folge dieser Einrichtung war, daß, wenn die 150,000 Mann betragende Friedensstärke bei einer Mobilisirung auch nur theilweise auf Kriegsstärke gebracht werden sollte, immer bereits eine bedeutende Zahl von Landwehrmännern einberufen werden mußte, und daß dadurch doch viele verheirathete Männer ihren Familien und ihrem bürgerlichen Berufe entzogen wurden. Längst hatten Sachverständige auf die Uebelstände dieser Einrichtung hingewiesen. Sie zu beseitigen, die Kriegsstärke sogar noch zu erhöhen und dennoch der Gesammtheit des Volkes die Kriegslast nicht zu erschweren, sondern vielmehr zu erleichtern, gab es nur ein Mittel: Der Friedensstand des Heeres mußte verstärkt, also mehr junge Mannschaft zum aktiven Dienst einberufen, der Dienst in der Reserve verlängert, derjenige in der Landwehr dagegen verkürzt werden. Der neue Reorganisationsplan beruhte auf diesen Anschauungen. Auf Grund derselben sollte die Friedensstärke von 150,000 Mann auf etwa 213,000 erhöht werden, jährlich statt 40,000 Rekruten 63,000 ausgehoben, an der dreijährigen Dienstpflicht festgehalten, die Infanteriebataillone — zur Gewinnung weiterer Cadres — von 135 auf 253 erhöht, 18 neue Kavallerieregimenter errichtet, der Dienst in der Reserve von zwei auf vier Jahre verlängert, der Dienst in der Landwehr ersten Aufgebots dagegen von sieben auf vier, in der Landwehr zweiten Aufgebots von sieben auf fünf Jahre vermindert werden.

Neben den Landwehr-Stammbataillonen sollten behufs der Verstärkung die Ersatz-Escadrons der Kavallerieregimenter auch nach der Abrüstung zusammenbleiben, und aus den ersteren die neuen (kombinirten) Infanterieregimenter, aus einem Theile der letzteren aber die neuen Reiterregimenter zusammengesetzt werden. Auch die Jäger- und Pionierbataillone sollten verstärkt werden, die Artillerie wollte man zweckmäßiger organisirt wissen, der Train sollte zu einem Truppentheil des stehenden Heeres gemacht und den drei Unteroffizierschulen eine vierte hinzugefügt werden. Die Dienstpflicht in der Linie und in der Reserve betrug danach für die Folge zusammen sieben, die in der Landwehr neun Jahre; die Gesammtdienstpflicht war mit 16 Jahren erfüllt, während bisher dies erst in 19 Jahren erreicht wurde. Fortan genügte bei einem Kriege von geringerer Bedeutung die Heranziehung der Altersklassen vom 20. bis 27. Lebensjahre, mit anderen Worten die Verwendung von Linie und Reserve. Die Landwehr brauchte nicht mit ins Feld zu rücken; sie konnte meist zum Dienst in der Heimat verwendet und somit, wie es ihre Zusammensetzung aus meist verheiratheten Männern doppelt wünschenswerth machte, geschont werden.

Noch ehe der Prinz-Regent den preußischen Kammern seine Reorganisationspläne in aller Form als Gesetzentwurf vorgelegt hatte, waren die Einzelheiten derselben hinlänglich bekannt geworden, daß das Volk und seine Vertreter zu denselben Stellung nehmen konnten. Diese fiel, wie schon gesagt, wesentlich ablehnend aus. Man überschätzte die Opfer, welche die Reorganisation namentlich in pekuniärer Hinsicht natürlich forderte, gegenüber den Erleichterungen, welche sie durch gerechtere Vertheilung der Kriegslast und durch die den wirthschaftlichen Interessen besser entsprechende Heranziehung der verschiedenen Altersklassen der Gesammtheit des Volkes bot, und man setzte den Plänen des Prinz-Regenten die eigenen Vorschläge entgegen: Herabsetzung der aktiven Dienstzeit von drei auf zwei

Jahre, wodurch sich ohne Erhöhung des Friedenspräsenzstandes und des Militärbudgets das Hauptziel der Reorganisation, die Ausbildung zahlreicherer Mannschaft und damit die Erhöhung der Kriegsstärke, gleichfalls erreichen lasse. Nun hätten freilich die Minister, wenn sie rechtzeitig und energisch ihren starken Einfluß auf die Mehrheit des Abgeordnetenhauses zu Gunsten der Reorganisationspläne des Prinz-Regenten, an denen dieser unter allen Umständen festzuhalten entschlossen war, geltend machten, voraussichtlich wol diese Mehrheit zum Nachgeben bestimmt. Die am 3. Juli 1859 erfolgte Ersetzung des mehr konservativen Ministers des Innern, Herrn v. Flottwell, durch den entschieden freisinnigen Grafen von Schwerin-Putzar, den bekannten Führer der liberalen Partei auf dem Vereinigten Landtage von 1847, hatte allseitig den besten Eindruck gemacht. Das Gesammtministerium hatte durch seine Berufung einen entschiedeneren, ja gewissermaßen einen parlamentarischen Charakter erhalten, und die von demselben nachdrücklich geforderte Zustimmung zu den Reorganisationsplänen wäre deshalb trotz aller bestehenden Vorurtheile gegen dieselben wahrscheinlich nicht versagt worden. Aber sei es, daß die Minister ihren Einfluß auf die Mehrheit des Abgeordnetenhauses unterschätzten, sei es, daß sie selbst — wie der Kriegsminister von Bonin — von der unbedingten Nothwendigkeit der Reorganisation nicht durchdrungen waren, jedenfalls betraten sie diesen offenen Weg nicht, sondern suchten zunächst gleichsam auf einem Umwege den Absichten des Prinz-Regenten zu entsprechen, indem sie vorerst nur eine Verlängerung der im Juni 1859 angeordneten Kriegsbereitschaft forderten und auch durchsetzten, so daß die bei der Mobilmachung einberufenen Landwehren nur zum Theil entlassen und dadurch der Präsenzstand des Heeres thatsächlich erhöht wurde.

A. von Roon, Kriegsminister. Die Unsicherheit dieses Zustandes vermochte den nach energischer Förderung der Reorganisation verlangenden Prinz-Regenten nicht zu befriedigen; der Kriegsminister von Bonin, dessen Ansichten mit den Plänen des Prinz-Regenten sich nicht in Uebereinstimmung bringen ließen, wurde zum Rücktritt bewogen und am 5. Dezember 1859 durch den General von Roon ersetzt, der dem Prinz-Regenten bereits während seines Aufenthalts in Koblenz näher getreten war und durch seine umfangreichen wissenschaftlichen und Fachkenntnisse sowie durch sein Organisationstalent die Aufmerksamkeit desselben auf sich gezogen hatte.

Genau genommen hatte der Wechsel im Kriegsministerium lediglich einen technisch-militärischen Charakter, welchem eine politische Bedeutung gar nicht beizumessen war. Anders aber dachten und urtheilten die Feudalen und die Kreuzzeitungsmänner, denen der wenig geschmeidige, ja oft recht kurz angebundene neue Chef des Kriegsministeriums als Anhänger der streng konservativen politischen Parteirichtung sehr wohl bekannt und erwünscht war; sie frohlockten und bezeichneten den militärischen Vertrauten des Regenten als einen in das liberale Ministerium getriebenen Keil, um dieses zu sprengen und die allmähliche Rückkehr zu den schönen Zeiten der Reaktion anzubahnen. Auch im Volke neigte man im Allgemeinen der Ansicht zu, daß die Bedeutung des Ministerwechsels über das Ressort desselben hinausgehe und den Anfang eines Umschwungs in der Gesammtrichtung der Regierung bezeichne.

Zunächst wurden jedoch alle Befürchtungen in dieser Hinsicht durch die liberalen Minister selbst beschwichtigt, und auch der neue Kriegsminister ließ es sich angelegen sein, nach dieser Richtung keinerlei Befürchtungen rege zu machen; er beschäftigte sich fast ausschließlich mit den Obliegenheiten seines Ressorts, vor Allem mit der Armeereform.

Die Durchführung der letzteren kündigte nunmehr auch der Prinz-Regent als seine feste Absicht und das nächste Ziel seiner Regierungsthätigkeit den Kammern an, indem er erklärte, es sei seine Pflicht und sein Recht, für die Abstellung der das Wohl des Staates ernstlich gefährdenden Uebelstände zu sorgen, welche je länger je mehr und namentlich bei den letzten Mobilisirungen zu Tage getreten seien.

War man aber im Volke schon von vornherein der Heeresorganisation wegen der bedeutenden Opfer, die sie vor Allem in Gestalt eines erhöhten Militäretats forderte, entschieden abgeneigt, so bewirkte die Art, in welcher sich die Häupter der Konservativen und der Reaktionspartei über den Wehrgesetzentwurf und über den Vertreter desselben, den Kriegsminister von Roon, ausließen, daß sich zu der Abneigung noch ein steigendes Mißtrauen gesellte. Was man vor dem Ministerwechsel vielleicht, wenn auch widerstrebend, bewilligt hätte, das dem neuen Kriegsminister, dem Junker, dem Feudalen zu bewilligen, trug man doppelt Bedenken. Der Etat der Armeereorganisation erfuhr unter diesen Umständen in der Kommission des Abgeordnetenhauses eine so stark abweisende Kritik, daß die Regierung ihn vor der Beschlußfassung zurückzog und einen andern Weg versuchte, um zu ihrem Ziele zu gelangen.

Selbst das Herrenhaus hatte Schwierigkeiten gemacht, allerdings nicht aus Abneigung gegen den Reorganisationsplan als solchen, sondern weil nach der Vorlage zur Bestreitung der durch die neue Einrichtung bedingten Mehrausgaben die Grundsteuer wieder eingeführt, diese Mehrausgaben also wesentlich dem im Herrenhaus vorwiegend vertretenen Grundbesitz zur Last gelegt werden sollten. Angesichts dieser ablehnenden Haltung der Volksvertretung legte die Regierung einen Gesetzentwurf vor, „durch welchen der Kriegsminister zur Aufrechthaltung und Vervollständigung derjenigen Maßnahmen ermächtigt werden sollte, welche für die fernere Kriegsbereitschaft und für die erhöhte Streitbarkeit des Heeres erforderlich seien", wozu die Bewilligung von 9 Millionen Thalern für das nächste Etatsjahr, bis 30. Juni 1861, verlangt wurde. Die Regierung suchte also wiederum auf Umwegen dem erstrebten Ziele, der Anerkennung der Heeresreorganisation durch die Volksvertretung, einen Schritt näher zu kommen; durch die nochmalige Verlängerung des durch die Beibehaltung der Kriegsbereitschaft geschaffenen provisorischen Zustandes sollte dieser allmählich in einen definitiven Zustand hinübergeleitet, die Wiederherabsetzung des verstärkten Friedenspräsenzstandes nahezu unmöglich gemacht und dadurch das Abgeordnetenhaus schließlich gezwungen werden, der endgiltigen Regelung der Reorganisationsfrage im Sinne der Regierung wohl oder übel seine Zustimmung zu ertheilen. Da das Ministerium aus der geforderten Geldbewilligung eine Vertrauensfrage machte, kam trotzdem eine große Mehrheit für dieselbe zu Stande, doch wurde ausdrücklich betont, daß man die Bewilligung durchaus nur als eine provisorische betrachte, durch welche über Annahme oder Verwerfung des Reorganisationsplanes nichts entschieden werde, und daß man für die nächste Session unter allen Umständen die Vorlegung eines definitiven Wehrgesetzentwurfes erwarte.

In seiner Schlußrede der Session sprach der Prinz-Regent den Kammern seinen Dank für das in der fast einstimmigen Bewilligung ausgedrückte Vertrauenszeichen aus; er rechne mit Zuversicht darauf, „daß die Nothwendigkeit der Heeresreform endlich richtig gewürdigt und die Lösung der zurückgestellten Frage, deren Erledigung als ein unerläßliches Bedürfniß anerkannt sei, in kürzester Frist gelingen werde."

In dieser Erwartung wurde denn auch bald darauf die vollständige Durchführung der Reorganisation mit aller Energie ins Werk gesetzt; die vorhandenen Landwehrbataillone wurden zu Regimentern zusammengezogen, erhielten ihre eigenen Nummern und Namen, ja sogar ihre eigenen Fahnen, und wurden somit vollständig in die Linie eingestellt, so daß es nur der Zustimmung des Landtages von 1861 zu dem ihm vorzulegenden definitiven Wehrgesetz bedurfte, um die ausgedienten Mannschaften der neugebildeten Regimenter mittels verstärkter Rekrutenaushebungen durch junge, kräftige Mannschaft zu ersetzen und dadurch das Reorganisationswerk zum Abschluß zu bringen.

Aber selbst wenn der Landtag seine Zustimmung nicht ertheilte, gab es in dieser Frage für die Regierung kein Zurück. Der Prinz-Regent hatte einmal die Heeresreorganisation mit richtigem Blick, was heute selbst die damaligen Gegner gern anerkennen, als Lebensbedingung

des preußischen Staates erkannt. Mit Zustimmung der Kammern war nach der Mobilmachung von 1859 eine erhöhte Friedensstärke der Armee vorläufig auf ein Jahr beibehalten und gleichfalls mit Zustimmung der Kammern war dieselbe dann auf ein zweites Jahr bewilligt worden. Die Volksvertretung hatte sich zwar formell das Recht gewahrt, einer definitiven Erhöhung der Friedensstärke der Armee ihre Zustimmung später zu versagen, aber mit jener zweiten Bewilligung hatte sie dieses Recht thatsächlich aus der Hand gegeben. Es war unmöglich, jetzt, nach zwei Jahren, die begonnenen und in der Hauptsache dem Abschluß nahe gebrachten Reformen wieder rückgängig zu machen, ohne den gesammten Organismus des preußischen Heeres zu erschüttern und dadurch in einer Zeit voll Unruhe und Gährung die Wehrkraft Preußens auf Jahre hinaus in Frage zu stellen. Die Regierung konnte und durfte in dieser Sache nicht mehr zurückweichen, und wenn dennoch die Volksvertretung sich auf ihr formelles Recht und auf ihre Ueberzeugung stützte, so durfte die Regierung, da sie doch von der Nothwendigkeit der begonnenen Reformen im nationalen Interesse Preußens und Deutschlands durchdrungen war, selbst vor einem Konflikt nicht zurückschrecken, um dieselben in ihrem vollen Umfange durchzuführen. Wurde also der Konflikt heraufbeschworen — und er wurde es, wie wir alsbald sehen werden — so lag es nicht in der Hand der Regierung, ihn zu vermeiden.

Wir kommen auf diesen Konflikt, seinen Verlauf und seine endliche Lösung weiter unten im Zusammenhange ausführlich zurück. Hier ist zunächst noch zu erwähnen, daß Hand in Hand mit der eifrigen Betreibung der preußischen Heeresreorganisation auch die Bemühungen des Prinz-Regenten gingen, mit den wegen ihrer geographischen Lage der preußischen Führung naturgemäß anheim fallenden norddeutschen Kleinstaaten wenigstens in militärischer Hinsicht eine Einigung zu Stande zu bringen, und daß diese Bemühungen von erfreulichem Erfolge gekrönt waren. In den meisten der kleinen Staaten wurde das preußische Exerzier- und Dienstreglement, preußische Bewaffnung und Uniformirung eingeführt. In Koburg-Gotha, Sachsen-Meiningen, den anhaltischen Herzogthümern, den schwarzburgischen, reußischen und lippeschen Fürstenthümern und dem Großherzogthum Mecklenburg wurden preußische Offiziere an die Spitze der Militärbehörden gestellt. Die Division des letztgenannten Staates wurde überhaupt vollständig auf preußischem Fuße organisirt. In Oldenburg kamen die preußischen Militäreinrichtungen zum größeren Theil in Ausführung, und selbst das braunschweigische Kontingent nahm, wenn auch verschieden uniformirt, das preußische Reglement fast durchgängig an.

Mitten hinein in diese Zeit eifriger Bestrebungen und Gegenbestrebungen auf dem Gebiete des Heerwesens fiel nun ein Ereigniß, daß zwar auf die Vorgänge im Staatsleben Preußens und Deutschlands keinen oder wenigstens nur einen mittelbaren Einfluß ausübte, das uns aber gleichwol zu einem augenblicklichen Verweilen und zu einer kurzen Rückschau Anlaß giebt.

Am 2. Januar 1861 wurde König Friedrich Wilhelm IV. durch den Tod von seinem langen, schweren Leiden erlöst.





Leichenfeier Friedrich Wilhelm's IV.

Der Tod Friedrich Wilhelm's IV.
Rückblick auf seine Regierung.

Friedrich Wilhelm's IV. Leiden hatte sich seit seiner ersten Erkrankung im Sommer des Jahres 1857 fortgesetzt verschlimmert. Eine auf Anrathen der Aerzte unternommene größere Reise nach Italien vermochte nur vorübergehende Erleichterung zu bringen. Bald nach seiner Rückkehr nach Berlin trat die Krankheit — schwere Gehirnaffektionen — mit erneuter Heftigkeit auf, und wiederholte Gehirnschläge verschlimmerten den Zustand des Königs derart, daß schon seit dem Herbst 1860 sein Ableben fast täglich zu erwarten stand. Aber noch bis in die ersten Tage des nächsten Jahres hinein leistete sein kräftiger Körper Widerstand: erst am 2. Januar 1861 ward ihm durch den Tod die längst ersehnte Erlösung.

Friedrich Wilhelm IV. hat ein Alter von wenig über 65 Jahren erreicht. Er ruht in der Friedenskirche zu Potsdam in einer Grabesstätte, welche er sich selber mit verständnißvollem Sinn in früheren Jahren geschaffen hatte.

Es ist ein eigenthümliches Verhängniß, daß Preußen gerade unter diesem wohlmeinenden und hochbegabten Fürsten die schwersten inneren Erschütterungen erleiden mußte, von denen die preußische Geschichte überhaupt zu berichten weiß. Von den hohen Hoffnungen und Erwartungen, mit welchen der für alles Große und Edle begeisterte Monarch im Jahre 1840 sein königliches Amt angetreten hatte, war nur wenig, sehr wenig in Erfüllung gegangen, aber voll und ganz hatte sich an ihm die Wahrheit jenes Wortes bewährt, welches er gleichsam vorahnend inmitten des Festesjubels bei Gelegenheit seiner Thronbesteigung aussprach, daß die Wege der Könige „thränenreich und thränenwerth" seien, wenn Herz und Geist ihrer Völker ihnen nicht hülfreich zur Hand gehen.

Friedrich Wilhelm IV. hatte sich aus der ihn umgebenden Welt ins Reich der Ideale zu flüchten versucht und seine Absichten und Bestrebungen hatten auf Vorstellungen beruht, denen das lebende Geschlecht fern blieb, während andererseits der königliche Herr auch seines Volkes Wollen und Empfinden nicht zu würdigen vermocht hatte. Mit welch reinem und hohem Wollen, mit welchen fast überreichen Mitteln und ihn beseligenden Hoffnungen hatte der heimgegangene Monarch einst den Thron seiner Väter bestiegen! Und nun war sein Lebensweg ein bitterer Leidensgang geworden, alles Hoffen war zerronnen, alle reichen Geistesmittel hatten ihn nicht zur Erreichung des vorgesteckten hohen Zieles geführt; sie hatten eher das Zerstörungswerk gefördert, welchem sein Dasein verfallen ist.

Kunst und Wissenschaft unter Friedrich Wilhelm IV. So wenig glücklich die Hand des Königs auf dem politischen und kirchlichen Gebiet gewaltet, so Bedeutendes hatte sie auf anderen Gebieten zu Stande gebracht. Großes hat Friedrich Wilhelm IV. für die Förderung der Kunst und Wissenschaft in Preußen gethan. Er hing verschiedenen Zweigen der Kunst mit wahrer Innigkeit an und zeigte, nach dem Urtheile der Meister seiner Zeit, für fast alle ein tiefes und inniges Verständniß. Von hervorragenden Künstlern ist deshalb mehrfach die Ansicht ausgesprochen worden, Friedrich Wilhelm IV. sei vom Geschick an die falsche Stelle gehoben worden, als Künstler würde er unvergängliche Schöpfungen hinterlassen haben. Schon als Kronprinz hatte er mit Schinkel in nahem Verkehr gestanden. „Er war", so schildert Schinkel den Kronprinzen, „mit den höchsten Naturgaben und der edelsten Gesinnung ausgestattet, stellte mir die geistreichsten Aufgaben fast in allen Abtheilungen der Kunst, und was von mir hierin gefördert wurde, beurtheilte er mit der geistreichsten Kritik, modifizirte es noch und stellte es endgiltig fest." — Der Professor der Kunstgeschichte Alfred Woltmann sagt: „Binnen kurzer Zeit wurden Gelehrte, Künstler, Dichter nach Berlin berufen, von denen manche, an ihrer Spitze Peter von Cornelius, von München kamen. Es wurden umfangreiche Pläne aller Art gefaßt. München sollte nicht mehr die einzige deutsche Stadt sein, in welcher große Flächen mit Freskobildern prangten, glänzend ausgestattete neue Kirchen emporragten und für die gesammelten Schätze älterer Kunst Gebäude, die an Reichthum mit ihrem Inhalt wetteiferten, errichtet würden. Wo es auf architektonische Leistungen ankam, gab es keine Veranlassung, die Kräfte von außerhalb zu berufen. Man fand sie in Denen, die aus der Schule Schinkel's hervorgegangen waren: eine Reihe von Männern voller Talent und Bildung stand bereit."

Ausgerüstet mit feinem Sinne für Baukunst und Bildhauerei, hat Friedrich Wilhelm IV. mit eigener Hand die ersten Entwürfe zu verschiedenen Bauwerken und Denkmälern entworfen, welche unter seinem Schutze und zum Theil unter seiner Anleitung von den bedeutenden Architekten und Bildhauern Stüler, Schadow, Strack, Rauch, Drake, Kiß, Wolf, Schievelbein u. A. ausgeführt worden sind. In allen diesen Schöpfungen, in dem Prachtbau der Schloßkapelle mit ihrem stolzen Kuppeldach, in dem neuen Museum, in den Bildwerken auf der Schloßbrücke zu Berlin, in den prächtigen Neubauten und Parkanlagen zu Potsdam und Sanssouci, in der Wiederherstellung des ehemaligen Hochsitzes des Deutschen Ritterordens zu Marienburg und des Rheinschlosses Stolzenfels, in den zahlreichen Denkmälern, welche an die Berühmtheiten seiner Zeit erinnern, vor Allem in dem vielbewunderten Denkmal Friedrich's des Großen, dem Meisterwerk Rauch's, das am 31. Mai 1851 feierlich enthüllt wurde, endlich auch in mannigfachen großartigen Nützlichkeitsbauten, welche, wie die Weichselbrücke bei Dirschau und die riesige Eisenbahnbrücke zwischen Köln und Deutz, unter seiner Aegide entstanden — in allen diesen Schöpfungen, in ihrer Anregung und Förderung offenbarte sich unzweifelhaft der Beruf des Monarchen zu künstlerischem Streben und Schaffen.

Ohne es zu wissen, wirkte Friedrich Wilhelm IV. in dieser Weise für die Hauptstadt des wiedererstehenden Deutschen Reiches; er legte ihr das Ehrenkleid an, dessen sie als dereinstiger Mittelpunkt des Gesammtreiches, als Kaiserstadt, bedurfte.

Aber auch die Wissenschaften waren in Berlin zur Zeit Friedrich Wilhelm's IV. auf das Glänzendste vertreten. Zwar hatte die nach Umkehr auf allen Gebieten des Wissens verlangende Reaktion die Erfüllung manches ihrer Wünsche und die Berufung einiger ihrer Wortführer und Vertreter durchzusetzen gewußt, aber das glänzende Gesammtbild, welches die Vereinigung der bedeutendsten wissenschaftlichen Kräfte an der Akademie und an der Universität zu Berlin darbot, war dadurch nicht wesentlich getrübt worden. Noch lehrten hier und an den verschiedenen anderen Universitäten des Landes die Germanisten Bopp, Pott und Gebrüder Grimm, die Begründer der vergleichenden Sprachforschung; Boeckh, Hermann, Ritschl, Welcker, die ersten Philologen ihrer Zeit; Lepsius, der Aegyptolog; Ehrenberg, der Begründer der Infusorienkunde; Dove, der Begründer der Meteorologie; Encke, der Astronom und Kometenentdecker; Ritter, der Vater der neueren Erdkunde; Leopold von Ranke, Friedrich von Raumer, Droysen, Mommsen, Giesebrecht, Max Duncker, die bereits damals hochberühmten Historiker; endlich Alexander von Humboldt, der Nestor der Naturwissenschaften, und eine große Zahl anderer kaum minder bedeutender Männer.

Mit vielen der hervorragendsten Gelehrten, vor Allem mit dem Letztgenannten, Alexander v. Humboldt, stand Friedrich Wilhelm IV. während seiner ganzen Regierungszeit in beständigem persönlichen Verkehr; auch hatte er, um Wissenschaft und Kunst auch durch ein äußeres Zeichen zu ehren, bereits 1842 den von Friedrich dem Großen gestifteten Militär-Verdienstorden pour le mérite durch eine „Friedensklasse" erweitert, die nach und nach den bedeutendsten Trägern der Wissenschaft und Kunst daheim und im Auslande verliehen wurde.



Orden „Pour le mérite" (Friedensklasse).

Zu dem allen gesellte sich der Zauber der herzgewinnenden Persönlichkeit des geistvollen Monarchen. Alle, denen es jemals vergönnt gewesen ist, mit Friedrich Wilhelm IV. in persönliche Berührung zu kommen, wissen sein überaus gewinnendes, wohlwollendes Wesen zu rühmen. Der am 16. Dezember 1878 verstorbene Hofrath L. Schneider, welcher ihm als langjähriger Vorleser besonders nahe gestanden, schildert ihn als sehr geistreich, beredt, wohlwollend, voll der besten Absichten, der edelsten Regungen. „Sein Wissen war allerdings mehr encyklopädisch, aber unendlich reich nach allen Richtungen hin, und überall übte er eindringliche Kritik, die nur in seltenen Fällen nicht zugleich eine wohlwollende war. War er einmal heftig und aufbrausend gewesen, so fühlte man ihm das Herzensbedürfniß an, auch wieder gut zu machen, wo er wehe gethan. Er verlor leicht das Gleichgewicht, enthusiasmirte sich schnell für einen Gedanken, der ihm nachher in seinen praktischen Folgen bisweilen unangenehm wurde und den er dann eben so schnell wieder fallen ließ. Er war durch und durch eine poetische Natur, und zwar in dem ganzen Gegensatze, in welchem diese zu einer praktischen Natur steht. Eben weil er durchaus anders war als sein Vater und sein ältester Bruder, Prinz Wilhelm, mußte ihm praktisch Vieles mißrathen, was seinem Vorgänger und seinem Nachfolger gelang."

Wo jener Zauber seiner Persönlichkeit, wo der blendende Glanz seiner Rede lebendig wirkte, da durfte Friedrich Wilhelm IV., zumal im Beginn seiner Regententhätigkeit, auch eines mächtigen Einflusses gewiß sein; aber das durch Schrift und Presse weiter getragene Wort verlor an Nachdruck, je weniger im weiteren Verlaufe der Regierung des Monarchen seine Regierungshandlungen damit im Einklang zu stehen schienen. Es geht ein tragischer Zug, eine unselige Kette von Mißverständnissen und Irrungen durch das Leben und Walten des von Person so liebenswürdigen und daher von Allen, die ihm nahe standen, auch aufrichtig geliebten Königs.

Friedrich Wilhelm IV. hat all das Große und Gute, was Preußen von ihm beim Beginn seiner Regierungsthätigkeit im Jahre 1840 erwartete, mit ganzer Seele und hoher Begeisterung erstrebt; aber er erstrebte es auf seine Weise, und wenn es ihm deshalb leider nicht vergönnt war, diese allgemeinen Wünsche und Hoffnungen zu erfüllen, so litt doch der König selbst am schwersten unter diesem unglückseligen Verhängniß, und darum widmete und widmet ihm noch heute das preußische Volk ein wenn auch wehmüthiges, doch zugleich liebevolles und ehrendes Andenken.

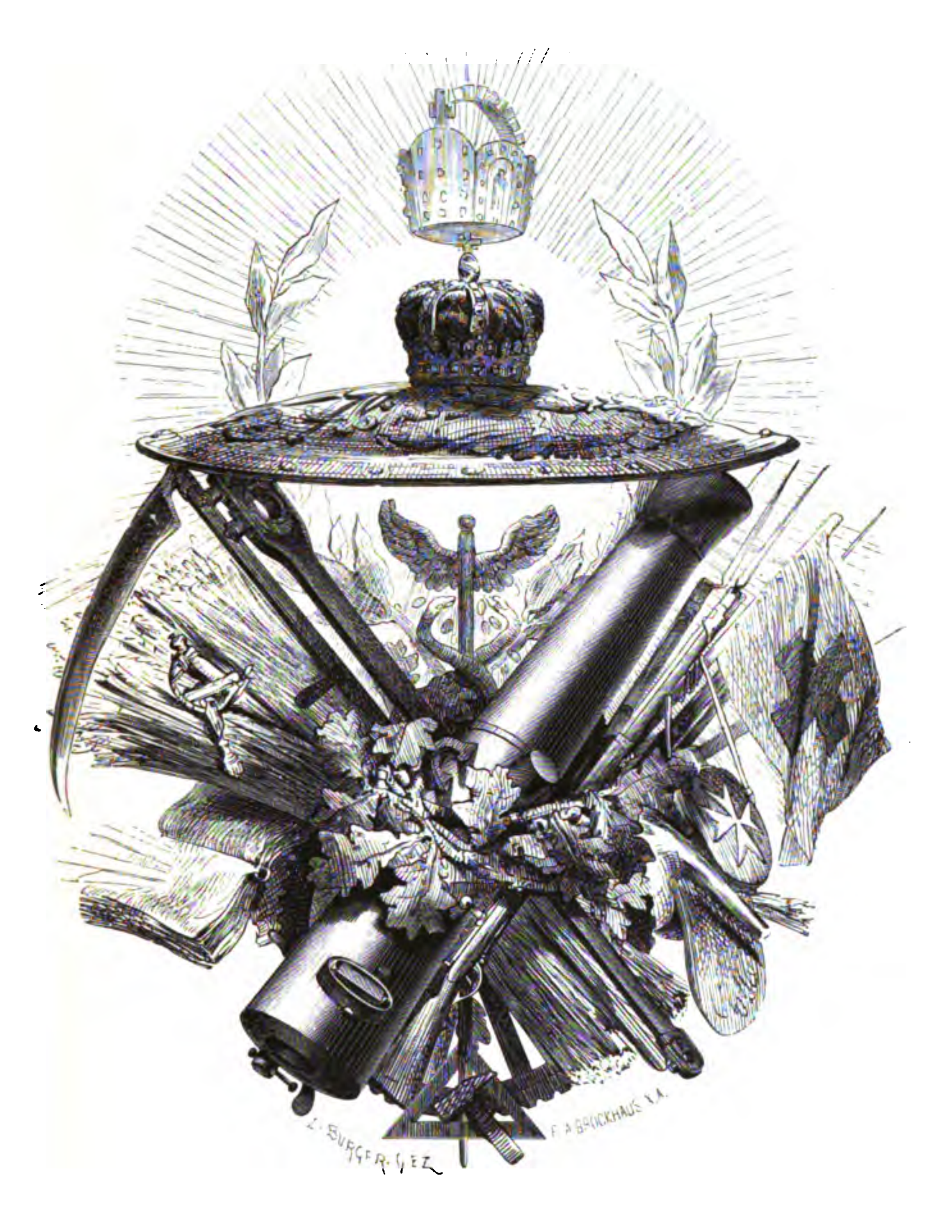
In einem aus Anlaß seines Hinscheidens gedichteten Nachrufe hieß es:

— — — „Und er, dem sie die Stätte jetzt bereiten,
Im wilden Kampf der gähnenden Gewalten
Gestellt hart an die Grenzmark zweier Zeiten,
Der neuen fremd: so hat er an der alten,
Die Poesie vergang'ner Herrlichkeiten
In sich umfassend, treulich festgehalten.
So war sein Leben ein mühselig Streiten,
Ein Suchen des dem Untergang Geweihten.

So war der Gaben Füll', in der so hell
Durch lange Zeit wir glänzen ihn gesehen:
Des Wissens Schatz, der Blick so scharf und schnell,
Des Schönen tiefes, inniges Verstehen,
Des Witzes nie versiegender Strudelquell,
Des frischen Geistes stets lebendig Wehen,
Kurz, Alles war, was ihn so hoch beglückte,
Kostbarer Schmuck, der nur ein Opfer schmückte."

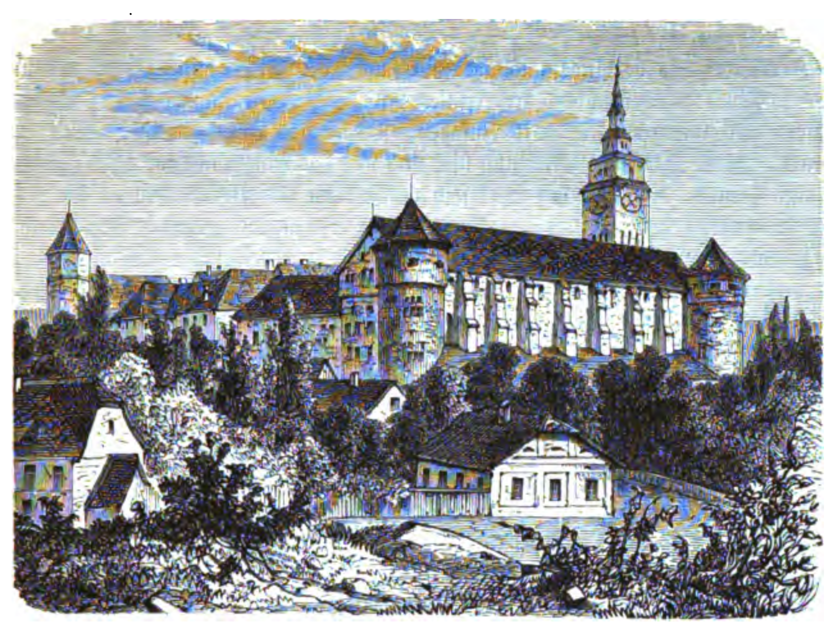


Dritter Theil.



Von der Thronbesteigung des Königs Wilhelm I. bis zur Wiederaufrichtung des Deutschen Reichs.

1861—1871.



Schloß zu Königsberg.

Erstes Buch.

Bis zum Dänischen Kriege.

Als der bisherige Prinz-Regent am 2. Januar 1861 als König die Regierung des preußischen Staates übernahm, trat damit nicht eigentlich ein Wendepunkt in der Geschichte Preußens ein. Seit mehr als zwei Jahren hatte der neue Monarch bereits die Geschäfte des Staates unter voller eigener Verantwortlichkeit geleitet, und das preußische wie das deutsche Volk hatte hinlänglich Zeit und Gelegenheit gehabt, aus dem Auftreten und den Maßnahmen des Prinz-Regenten auf die politische Richtung, die er als König verfolgen werde, zu schließen und danach seine Hoffnungen und Erwartungen einzurichten. Nun waren aber diese Anfangs außerordentlich hohen und fast unbegrenzten Hoffnungen und Erwartungen während der Dauer der Regentschaft sehr bedeutend herabgestimmt worden. In der deutschen Frage, in dem Streben nach Verwirklichung des deutschen Einheitsgedankens, blieb die vorsichtige Bedächtigkeit der Regierung hinter dem ungestümen Vorwärtsdrängen des Volkes weit zurück, und auch in der inneren Politik sah man sich durch die fortgesetzt nur sehr langsame Weiterführung der verheißenen freisinnigen Reformen und vor Allem durch die Haltung der Regierung in der Angelegenheit der Heeresreorganisation vielfach enttäuscht und verstimmt. Mit einiger Spannung erwartete man deshalb die Kundgebungen, welche infolge der Thronbesteigung des Königs nicht wohl ausbleiben konnten, und von Neuem begannen sich in Preußen und bei den immer noch zahlreichen Preußenfreunden in Deutschland Hoffnungen zu regen, daß der König sich jetzt über seine Stellung zur deutschen Frage klar und offen aussprechen und zugleich freiheitliche Zugeständnisse in weiterem Umfange machen werde.

Thronbesteigung des Königs. Aber auch diese Hoffnung wurde nur zum Theil erfüllt. Die verschiedenen Ansprachen des Königs waren herzlich und wohlwollend gehalten, sie betonten die erfreuliche Uebereinstimmung, welche in allen Hauptfragen das Volk mit

seinem Herrscherhause verbinde und gedachten auch der Bestimmung Preußens und der Aufgaben, die es in Deutschland zu erfüllen habe; aber ein klares, scharf abgegrenztes Programm und wirkliche, greifbare Zusagen, welche das Volk gewünscht und erwartet hatte, enthielten sie nach keiner Richtung hin, und nur das Eine tönte aus allen Aeußerungen des Königs heraus, daß Preußen stark sein müsse, um den Beruf, den es für sich selbst und für Deutschland habe, erfüllen zu können. Auf eine an ihn gerichtete Beglückwünschung des Magistrats von Berlin antwortete der König, daß er bereit und entschlossen sei, überall da die bessernde Hand anzulegen, wo im wirklichen Interesse des Volkswohles eine Aenderung der bestehenden Einrichtungen geboten sei. „Die Geschichte beweist, daß die Hohenzollern stets ein warmes Herz für ihr Volk gehabt und sich mit demselben eins gewußt haben, und ich gebe Ihnen die Versicherung, daß ich mit treuer Liebe zu meinem Volke jederzeit verharren werde."

In der am 7. Januar 1861 erfolgten allgemeinen Proklamation an das preußische Volk gedachte der König zunächst in warm empfundenen Worten des entschlafenen königlichen Bruders; hierauf fuhr er fort: „Das hohe Vermächtniß meiner Ahnen, welches sie in unablässiger Sorge mit ihrer besten Kraft, mit Einsetzung ihres Lebens gegründet und gewahrt hatten, will ich getreulich wahren. Mit Stolz sehe ich mich von einem so treuen und tapferen Volke, von einem so ruhmreichen Heere umgeben. Meine Hand soll das Wohl und das Recht Aller in allen Schichten der Bevölkerung hüten, sie soll schützend und fördernd über diesem reichen Leben walten. Es ist Preußens Bestimmung nicht, dem Genuß der erworbenen Güter zu leben. In der Anspannung seiner geistigen und sittlichen Kräfte, in dem Ernst und der Aufrichtigkeit seiner religiösen Gesinnung, in der Stärkung seiner Wehrkraft liegen die Bedingungen seiner Macht; nur so vermag es seinen Rang unter den Staaten Europa's zu behaupten."

Die Eröffnung des Landtages fand am 14. Januar im Weißen Saale des königlichen Schlosses in feierlicher Weise statt. Daß der König seinen auf Erhöhung der Wehrkraft Preußens zielenden Plan durchzuführen Willens sei, hatte er in der erwähnten Proklamation bereits angedeutet. Der Volksvertretung gegenüber legte er in seiner Thronrede darauf das entscheidende Gewicht. Auch hier gedachte er zunächst mit bewegter Stimme des heimgegangenen Vorgängers und sprach dann weiter:

„Nachdem ich Angesichts hervorragender Fürsten des Deutschen Bundes es für die erste Aufgabe meiner deutschen, meiner europäischen Politik erklärt hatte, die Integrität des Deutschen Bundes zu wahren, war es erforderlich, die Verstärkung unseres Heeres, zu welcher Sie die Mittel einstimmig gewährt hatten, in der Weise zu ordnen, daß nicht blos die Zahl der Truppen gesteigert, sondern auch der innere Zusammenhang, die Festigkeit und Zuverlässigkeit der neuen Bildungen gesichert wurden." Und weiterhin hieß es: „Der gegenwärtigen Lage Deutschlands und Europa's gegenüber wird die Volksvertretung Preußens sich die Aufgabe nicht versagen, das Geschaffene zu bewahren und in seiner Entwicklung zu fördern; sie wird sich der Unterstützung meiner Maßnahmen nicht entziehen, auf welchen die Sicherheit Deutschlands und Preußens beruht."

Die Integrität des Deutschen Bundes zu wahren und die Sicherheit des deutschen Vaterlandes gegen alle Gefahren zu schirmen, das bezeichnete der König als die Aufgabe Preußens Deutschland gegenüber; mit diesen kurzen, allgemein gehaltenen Worten, die sehr wenig oder auch sehr viel bedeuten konnten, berührte er seine Stellung zur deutschen Frage, und nur in Bezug auf eine Angelegenheit, die allerdings, wie wir sehen werden, inzwischen eine brennende geworden war, trat er aus seiner Zurückhaltung heraus, indem er es als die Pflicht der preußischen Regierung anerkannte, den unter der Herrschaft des Königs von Dänemark vereinigten schleswig-holsteinischen Herzogthümern zum Genusse eines den getroffenen Vereinbarungen entsprechenden Verfassungszustandes zu verhelfen.

Einweihung der neuen Fahnen. Seinem Entschluß, an der im Grunde schon der Hauptsache nach durchgeführten Reorganisation und Verstärkung der Armee unter allen Umständen festzuhalten, hatte der König, wie kurz erwähnt, bereits dadurch Ausdruck gegeben, daß er am 4. Juli 1860 den neu gebildeten Regimentern ihre besonderen Nummern und Namen verlieh und damit ihre Einreihung in den Gesammtorganismus des Heeres vollzog.



Die Fahnenweihe am 18. Januar 1861.

Allerdings fehlte der wichtigen Angelegenheit noch der gesetzliche Abschluß, aber der König rechnete mit Sicherheit darauf, daß die Volksvertretung der Nothwendigkeit, die vollendete Thatsache gutzuheißen, sich nicht verschließen werde, und er beschloß deshalb unmittelbar

nach seinem Regierungsantritt, durch Verleihung besonderer Fahnen und Feldzeichen die neuen Truppentheile auch im Aeußerlichen den alten vollständig gleichzustellen. Am 18. Januar, dem Gedenktage der Erhebung Preußens zum Königreich, fand in Gegenwart des Königs und der Prinzen sowie der gesammten Generalität die feierliche Fahnenweihe statt. Vor dem Denkmal Friedrich's des Großen war ein Altar aus aufgethürmten Trommeln errichtet; ringsum standen im Paradeschmuck die Fahnencompagnien der betheiligten Regimenter. Nach Abhaltung eines feierlichen Gottesdienstes senkten sich zum Weihespruche die Fahnen, und mit einem Vorbeimarsch der sämmtlichen Truppen vor ihrem Kriegsherrn endete das glänzende militärische Schauspiel.

Zusammentritt des Landtags. Der König rechnete, wie gesagt, mit Sicherheit auf die Zustimmung der Volksvertretung zu den bereits durchgeführten Reformen und auf die dauernde Bewilligung der zur Aufrechterhaltung der erhöhten Präsenzstärke des Heeres erforderlichen Geldmittel. Aber unberechtigter Weise erklärte der Kriegsminister v. Roon das Letztere für die Hauptsache, ja für das allein Erforderliche; die Heeresreorganisation sei im Wesentlichen schon vollzogen, kein parlamentarischer Beschluß könne sie rückgängig machen, und die Regierung brauche eigentlich nur die Bewilligung der erforderlichen Geldmittel bei den Kammern nachzusuchen. Der vom Abgeordnetenhause im Jahre 1860 geforderte Wehrgesetzentwurf wurde also nicht vorgelegt, sondern nur die Uebernahme der für das Heerwesen bewilligten außerordentlichen Ausgaben im Betrage von 9 Millionen Thalern aus dem Extraordinarium in den laufenden Etat von der Regierung gefordert. Darin mußte das Abgeordnetenhaus, dessen förmliche Zustimmung zu der Heeresreorganisation nach dem Gesetz thatsächlich erforderlich war, natürlich eine Mißachtung seiner verfassungsmäßigen Rechte erblicken, und da die Zahl der Regierungsgegner in der zweiten Kammer im Laufe der Legislaturperiode durch die Ergänzungs- und Nachwahlen sich ohnehin gemehrt hatte, so kam mit Mühe und Noth eine knappe Majorität zu Stande, welche mit einigen Abstreichungen die geforderte Summe bewilligte, aber nicht, wie die Regierung verlangte, als ordentliche, dauernde Ausgabe, sondern wiederum nur auf ein Jahr. Der verfassungsmäßige Standpunkt wurde dabei ausdrücklich gewahrt, die Vorlegung eines definitiven Wehrgesetzentwurfes für das nächste Jahr mit Nachdruck gefordert und zugleich die Erwartung ausgesprochen, daß die Regierung bei der Abfassung desselben den Wünschen der Kammermehrheit, namentlich in Bezug auf die Einführung der zweijährigen Dienstzeit, Rechnung tragen werde.

Auch sonst fehlte es nicht an Anzeichen, daß der Gegensatz zwischen Regierung und Volksvertretung sich allmählich noch mehr verschärfte. Den im Volke lebendigen Wunsch, daß die preußische Regierung mit einem bestimmteren Programm in der deutschen Frage hervortreten, daß sie etwas mehr als nur den Schutz der deutschen Interessen und Förderung des nationalen Lebens verheißen, sich insbesondere zur Uebernahme der Führung Deutschlands offen bereit erklären möge, brachten die entschiedeneren Parteien auch in der zweiten Kammer zum Ausdruck. Im Anschluß an die Verhandlungen über die Armeereform stellte der Abgeordnete Stavenhagen den Antrag, zu erklären: „Die Abgeordneten hielten sich davon überzeugt, daß eine Umgestaltung der Heeresordnung nur dann vollständig ihren Zweck erreichen könne, wenn die oberste Führung des deutschen Heeres in die Hand des Königs gelegt und damit dem preußischen Staate die ihm gebührende Stellung an der Spitze des deutschen Bundesstaates eingeräumt werde." Das Ministerium forderte dringend die Ablehnung dieses Antrages, der ungerechtfertigte Befürchtungen zu erregen geeignet sei. Die Regierung interessire sich selbstverständlich für die Fortbildung der Bundesinstitutionen, aber sie sei ebenso darauf bedacht, dieses Ziel nur auf streng gesetzlichem und friedlichem Wege und unter gewissenhafter Achtung der Rechte Aller zu verfolgen. Der Antrag fiel Angesichts der Unmöglichkeit, in solcher Form die Regierung zur Stellungnahme in einer Frage zu zwingen, deren Schwierigkeiten kein Einsichtiger verkennen konnte; aber mancherlei

Kundgebungen bewiesen, daß er dennoch in weiten Kreisen Anklang gefunden hatte, wie auch der in der Antwortsadresse auf die Thronrede des Königs ausgesprochene Wunsch des preußischen Abgeordnetenhauses, die Regierung möge das aufstrebende nationale Königreich Italien anerkennen, nicht nur in Preußen, sondern fast überall in Deutschland mit freudigem Beifall begrüßt worden war.

Mehr und mehr gerieth auf diese Weise die, wie es schien, übergroße Zurückhaltung und Bedächtigkeit der Regierung in Widerspruch mit der herrschenden Volksstimmung, die auch in den Verhandlungen des Landtages immer kräftiger zum Ausdruck kam. In diesem, der eben jetzt zu seiner letzten Session versammelt war, verfügte die Regierung zwar noch über eine einigermaßen zuverlässige Majorität, aber mehr und mehr traten die Anhänger der entschieden liberalen Parteirichtung aus ihrer bisher beobachteten Zurückhaltung heraus und begannen sich als besondere Partei von der Regierungsmehrheit, die sie eine Zeit lang unterstützt hatten, loszulösen. Die große Mehrheit des Volkes stand dabei unzweifelhaft auf ihrer Seite; die Ergänzungs- und Nachwahlen hatten schon seit 1859 vorwiegend entschiedene Liberale, unter ihnen auch den bewährten Waldeck, in die zweite Kammer geführt, und es war unschwer vorauszusehen, daß die bevorstehenden Neuwahlen die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses dergestalt ändern würden, daß die Regierung ohne Aenderung ihrer politischen Haltung kaum noch auf eine Mehrheit werde rechnen können.

Die Stellung der Regierung den beiden Häusern des Landtages gegenüber war schon jetzt eine wesentlich andere geworden. Das Herrenhaus, wiewol noch immer im Widerspruch mit dem Grundzuge der neuen Aera, ließ deutlich erkennen, daß es gegen gewisse Zugeständnisse in seinem Sinne bereit sein würde, an der Lösung der Aufgabe, welche die Regierung am meisten beschäftigte, mitzuwirken, und die Rücksichten, welche das Ministerium den Ueberlieferungen der Bureaukratie schenkte, wie nicht minder die Art und Weise, wie sie im Herrenhaus auftrat, ließen darauf schließen, daß sie nicht ganz abgeneigt sei, durch Bewilligung jener Zugeständnisse die Unterstützung des Herrenhauses in der Frage der Heeresreorganisation zu erkaufen. Die Stimmung im Abgeordnetenhause und unverkennbar auch in der großen Mehrheit des Volkes drängte nach links, die Regierung dagegen schien mehr und mehr nach rechts Fühlung zu suchen. Schon wagten es einzelne höhere Beamte, sich zu Gunsten der Reaktionspartei mit den im Programm des Prinz-Regenten vom Jahre 1858 ausgesprochenen Verwaltungsgrundsätzen in Widerspruch zu setzen, ohne daß von Seiten der Regierung energisch dagegen eingeschritten wurde; das Ministerium schien gewissen nicht leicht ermittelbaren Einflüssen zu unterliegen, und mehr und mehr verlor deshalb die Regierung im Abgeordnetenhause wie beim Volke an Boden.

Die deutsche Frage. Das Mißtrauen, zu welchem die allgemeine Unzufriedenheit mit den Maßnahmen der Regierung in der inneren preußischen Politik allmählich anwuchs, übertrug sich auch auf ihre Haltung in der deutschen Frage. Das Vorgehen und Verhalten der Regierung und vor Allem des Königs selbst entsprang jenem ehrenhaften Gefühl der Loyalität, welches auch seinen Vorgänger den deutschen Fürsten gegenüber beseelt hatte. Das Begehren nach einheitlicher Führung unter dem preußischen Banner hatte bei diesen Letzteren keinen oder doch nur geringen Anklang gefunden, und in gewissenhafter Achtung ihrer Rechte wollte es König Wilhelm, wenn irgend möglich, vermeiden, ihnen eine Einrichtung aufzuzwingen, der sie, aus welchen Gründen auch immer, widerstrebten. Die deutsche Politik der preußischen Regierung war also darauf gerichtet, auf dem Wege allmählicher Reformen, womöglich unter freier Zustimmung der deutschen Fürsten, die nationalen Wünsche des deutschen Volkes zu befriedigen. Aber das deutsche Volk oder wenigstens derjenige Theil desselben, welchem die wirkliche, starke Einheit Deutschlands am Herzen lag, war längst zu der Ueberzeugung gelangt, daß diese auf dem Wege freier Vereinbarung niemals zu Stande kommen werde, und da man die gleiche Ueberzeugung auch bei der preußischen Regierung und bei König Wilhelm voraussetzen zu dürfen glaubte, so

war man geneigt, in der Loyalität dieser Regierung und in der steten Betonung der „Rechte der deutschen Fürsten" seitens des Königs eine unwürdige Schwäche oder gar ein persönliches und durchaus bewußtes Widerstreben gegen die erhoffte Verwirklichung des deutschen Einheitsgedankens zu erblicken.

Oskar Becker's Attentat. Ein im Wesentlichen ähnlicher Ideengang brachte den Leipziger Studenten Oskar Becker auf den ebenso verbrecherischen wie sinnlosen Plan, den König — „da es sich erwiesen habe, daß er das Hinderniß zur Erreichung der deutschen Einheit sei" — gewaltsam aus dem Wege zu räumen. In Baden-Baden führte er am 14. Juli 1861 den Versuch aus, der jedoch glücklicherweise mißlang und nur eine leichte Verwundung des Königs durch einen Streifschuß herbeiführte. Die Einen fürchteten, die Andern hofften, König Wilhelm werde nun zu vollständig reaktionären Maßregeln seine Zuflucht nehmen und die nationale Partei entgelten lassen, was ein alleinstehender Fanatiker gethan. An Versuchen, in diesem Sinne das Attentat auszubeuten, fehlte es nicht; aber alle Bemühungen scheiterten an dem geraden, männlichen Sinn des Königs und an der allgemeinen und ungeheuchelten Entrüstung über das Verbrechen, welches überall hervorbrach und in zahlreichen Kundgebungen und Adressen zum Ausdruck kam. Der Monarch erklärte, daß das frevelhafte Attentat eines Einzelnen, eines Fremden — der Verbrecher war in Odessa geboren und erzogen — ihn in dem Glauben an die unerschütterliche Treue und Hingebung seines Volkes nicht wankend machen könne, und daß er nach wie vor an dem Programm, mit dem er als Prinz-Regent aufgetreten, festzuhalten gedenke.

Die deutsche Fortschrittspartei. Aber so einmüthig auch das gesammte preußische Volk in der Treue und Hingebung zu seinem Herrscher war, die herrschenden politischen Gegensätze vermochte doch weder der Eindruck des Attentats noch jene Erklärung des Königs zu verwischen. Unmittelbar nach dem im Mai erfolgten Schluß des Landtages hatte sich die Bildung einer neuen, entschieden liberalen Partei vollzogen, die sich am 9. Juni 1861 durch die Veröffentlichung ihres Programms als „deutsche Fortschrittspartei in Preußen" förmlich begründete und alsbald eine rührige Thätigkeit entfaltete, um mit einer möglichst großen Majorität aus den im Herbst bevorstehenden Neuwahlen zum Landtage hervorzugehen. Das Programm der neuen Partei ging in seinen Forderungen über diejenigen der bisherigen altliberalen Regierungsmehrheit beträchtlich hinaus, während es andrerseits von den republikanischen Anwandlungen der radikalen Demokratie des Jahres 1848 sich ebenso entschieden fernhielt. Für Preußen die Nothwendigkeit der Monarchie auf Grundlage einer freisinnigen und in freisinnigem Geiste gehandhabten Verfassung betonend, verlangte es in Gestalt einer starken, durch Preußen auszuübenden Centralgewalt und allgemeiner deutscher Volksvertretung neben derselben auch für Deutschland das Gleiche. Außerdem wurden in Bezug auf die innere Politik Preußens Garantien für die Unabhängigkeit des Richterstandes, Aburtheilung aller politischen und Preßvergehen durch Geschworenengerichte, weiteste Ausdehnung der Selbstverwaltung, volle Ministerverantwortlichkeit, gesetzliche Regelung des Unterrichtswesens und des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat und zahlreiche andere freisinnige Zugeständnisse gefordert und endlich die Reform des Herrenhauses und die Wiedereinführung der wenigstens theilweisen Wählbarkeit seiner Mitglieder als dringend wünschenswerth bezeichnet.

An und für sich waren diese Forderungen gewiß mehr oder weniger berechtigt, aber in Anbetracht der augenblicklichen Lage des Staates konnte man über die praktische Durchführbarkeit des Geforderten wol zweifelhaft sein. In den Augen der Regierung ging das Programm der Fortschrittspartei jedenfalls viel zu weit, und da letztere in der zur Zeit wichtigsten Frage, der der Heeresreform, auf dem schon in dem verflossenen Landtage vertretenen Standpunkt entschieden beharrte, so durfte sie auch auf ein wirkliches Entgegenkommen von Seiten der Regierung voraussichtlich nicht rechnen. Die Regierung war zur Durchführung der Heeresreorganisation nach dem ursprünglichen Plane fest entschlossen,

die neue Partei versagte ihr dabei, allerdings unter der nachdrücklichsten Betonung ihres preußischen und deutschen Patriotismus und ihrer aufrichtigsten Ueberzeugung, im Voraus ihre Mitwirkung, und ein gedeihliches Zusammenarbeiten der einen mit der andern schien also von vornherein ausgeschlossen. Die Regierung ließ deshalb durch ihre Organe bei Zeiten erklären, daß sie die Anhänger des fortschrittlichen Programms nicht als Freunde, sondern nur als Gegner betrachten könne, ohne jedoch der durch weiteste Verbreitung desselben betriebenen eifrigen Agitation irgendwie hindernd in den Weg zu treten oder gar die von Feudalen, Konservativen und Kreuzzeitungsrittern alsbald gestiftete Gegenpartei des „preußischen Volksvereins" durch Geltendmachung ihres amtlichen Einflusses zu unterstützen.

Der „preußische Volksverein" trat am 6. September mit einem Programm hervor, das durch seine leidenschaftliche, zum Theil wenig gewählte Ausdrucksweise gegen den ruhigen, sachlichen Ton der fortschrittlichen Erklärung unvortheilhaft abstach. In einer Fülle von Verneinungen bekämpfte es die wirklichen und die in gehässiger Weise fingirten Forderungen der Gegner: „Einigkeit des deutschen Vaterlandes, doch nicht auf dem Wege des Königreichs Italien, durch Blut und Brand; kein Untergehen in dem Schmutz einer deutschen Republik; kein Kronenraub und Nationalitätenschwindel; kein Bruch mit der Vergangenheit im Innern des preußischen Staates; keine Beseitigung des christlichen Fundaments und der geschichtlich bewährten Elemente der preußischen Verfassung; keine Verrückung des Schwerpunktes der Stellung Preußens durch Schwächung der preußischen Armee; kein parlamentarisches Regiment und keine konstitutionelle Ministerverantwortlichkeit, sondern persönliches Königthum von Gottes Gnaden und nicht von Verfassungs Gnaden; christliche Ehe, christliche Schule, christliche Obrigkeit; kein Vorschubleisten der immer weiter um sich greifenden Entsittlichung und Nichtachtung göttlicher und menschlicher Ordnung ꝛc."

Das waren Schlagworte, die ebenso wie das fortschrittliche Programm manche an sich nicht gänzlich unberechtigte Forderung enthielten, hinter denen aber doch andererseits das reaktionäre Partei-Interesse gar zu offen hervorschaute. Die Regierung lehnte es deshalb auch entschieden ab, ihre Ziele mit denen des Volksvereins zu identifiziren, und selbst die in Aussicht gestellte unbedingte Unterstützung der Heeresreorganisationspläne trug der neuen Parteibildung nur eine sehr bedingte Anerkennung ein. Es gab wol Berührungspunkte zwischen jenen Bestrebungen und den Absichten der Regierung, aber die Ziele beider lagen im Grunde doch weit aus einander.

Bismarck's Petersburger Brief und Denkschrift. Das Königthum dachte nicht daran, die zur Wohlfahrt des Staates nöthigen konservativen Elemente zu schwächen, aber es wollte auch den Staatsforderungen gerecht werden. Besonnene und einsichtsvolle Konservative hielten sich darum auch von den Bestrebungen des preußischen Volksvereins fern, ja sie mißbilligten es offen, daß man unnöthiger Weise dazu beitrage, die kaum gemilderten Gegensätze von Neuem zu verschärfen und auf die Spitze zu treiben. Ein Brief des damaligen preußischen Gesandten in Petersburg, Otto von Bismarck-Schönhausen, war charakteristisch für die in diesen Kreisen herrschende Auffassung und kennzeichnete vor Allem auch den gewaltigen Umschwung, welcher in den Ansichten dieses Mannes, den die Reaktion einst voll und ganz zu den Ihrigen hatte zählen dürfen, während seiner Thätigkeit als preußischer Bundestagsgesandter zu Frankfurt am Main eingetreten war.

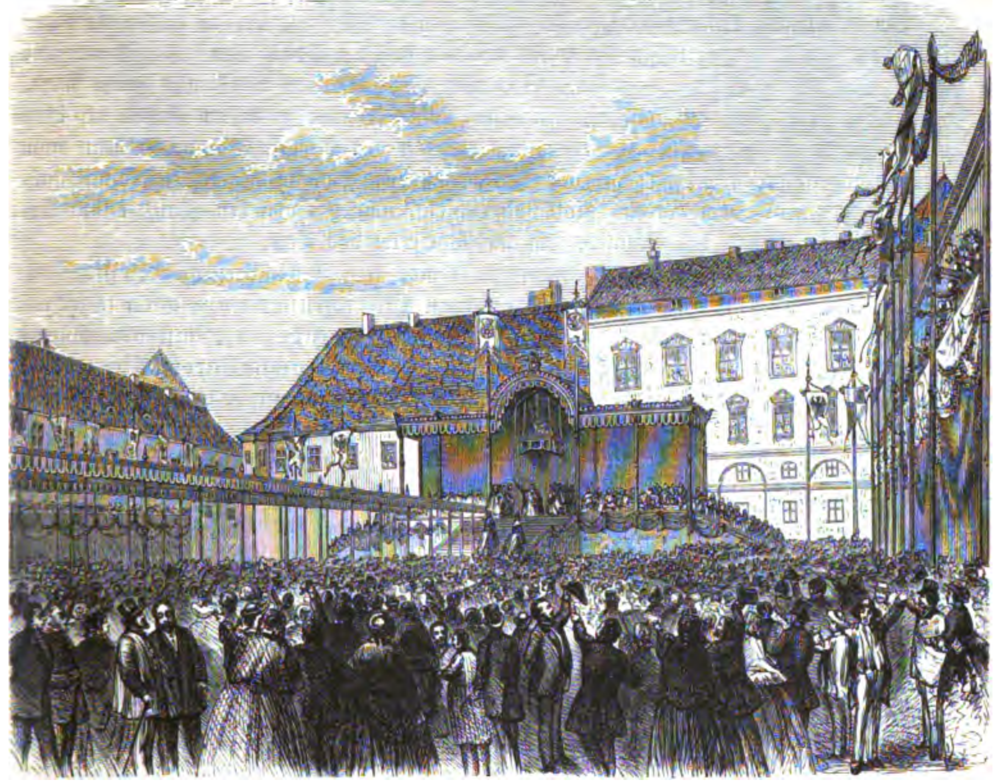
„Wir haben", schrieb Bismarck, „unter unseren besten Freunden zu viele Doktrinäre, welche von Preußen die ganz gleiche Verpflichtung zum Rechtsschutze in Betreff fremder Fürsten und Länder wie in Betreff der eigenen Unterthanen verlangen. Dieses System der Solidarität der konservativen Interessen aller Länder ist eine gefährliche Fiktion, so lange nicht die vollste, ehrlichste Gegenseitigkeit in aller Herren Ländern obwaltet. Einseitig von Preußen durchgeführt, wird es zur Donquixoterie, welche unsern König und seine Regierung nur abschwächt für die Durchführung ihrer eigensten Aufgabe, den der Krone von Gott übertragenen Schutz Preußens gegen Unrecht, von außen und innen kommend, zu

handhaben. Wir kommen dahin, den ganz unhistorischen, gott- und rechtlosen Souveränetätsschwindel der deutschen Fürsten, welche unser Bundesverhältniß als Piedestal benutzen, von dem herab sie europäische Macht spielen, zum Schoßkind der konservativen Partei Preußens zu machen. Unsere Regierung ist ohnehin in Preußen liberal, im Auslande legitimistisch; wir schützen fremde Kronrechte mit mehr Beharrlichkeit als die eigenen und begeistern uns für die von Napoleon I. geschaffenen, von Metternich sanktionirten kleinstaatlichen Souveränetäten bis zur Blindheit gegen die Gefahren, von denen Preußens und Deutschlands Unabhängigkeit für die Zukunft bedroht ist, so lange der Unsinn der jetzigen Bundesverfassung besteht, die nichts ist, als ein Treib- und Konservirhaus gefährlicher und revolutionärer Partikularbestrebungen. Ich hätte gewünscht, daß in dem Programm (des preußischen Volksvereins) statt des vagen Ausfalles gegen die deutsche Republik offen ausgesprochen wäre, was wir in Deutschland hergestellt und geändert wünschen, sei es durch Anstrebung rechtlich zu Stande zu bringender Aenderungen der Bundesverfassung, sei es auf dem Wege kündbarer Assoziationen nach Analogie des Zollvereins und des Koburger Militärvertrages. Wir haben die doppelte Aufgabe, Zeugniß abzulegen, daß das Bestehende der Bundesverfassung unser Ideal nicht ist, daß wir die nothwendige Aenderung aber auf rechtmäßigem Wege offen anstreben und über das zur Sicherheit und zum Gedeihen Aller nothwendige Maß nicht hinausgehen wollen. Wir brauchen eine straffe Konsolidirung der deutschen Wehrkraft so nöthig wie das liebe Brot; wir bedürfen einer neuen und bildsamen Einrichtung auf dem Gebiete des Zollwesens und einer Anzahl gemeinsamer Institutionen, um die materiellen Interessen gegen die Nachtheile zu schützen, die aus der unnatürlichen Konfiguration der deutschen inneren Landesgrenzen erwachsen. Daß wir diese Dinge ehrlich und ernst fördern wollen, darüber sollten wir jeden Zweifel heben. — Ich sehe außerdem nicht ein, warum wir vor der Idee einer Volksvertretung, sei es am Bunde, sei es in einem Zoll- oder Vereinsparlament, so zimperlich zurückschrecken. Eine Institution, die in jedem deutschen Staate legitime Geltung hat, die wir Konservativen selbst in Preußen nicht entbehren möchten, können wir doch nicht als revolutionär bekämpfen!"

Daß dieser Brief in den betheiligten Kreisen großes, ja peinliches Aufsehen erregte, bedarf nicht der Erklärung. Um so besser wurden die in jenem Schreiben niedergelegten Grundsätze und Anschauungen von dem Monarchen aufgenommen und gewürdigt, dem Bismarck bald darauf in einer besondern Denkschrift seine Ansichten über die politische Lage zu entwickeln Gelegenheit fand. Schon damals richteten sich im Hinblick auf die zukünftigen Möglichkeiten die Blicke des Königs auf den Mann, der um seiner besseren Ueberzeugung willen so rückhaltlos mit altüberlieferten Vorurtheilen zu brechen und so offen die Dinge bei ihrem rechten Namen zu nennen wagte. Die Möglichkeit, daß die Verhältnisse einen Wechsel in den Rathgebern der Krone nothwendig machen könnten, lag nach der Auffassung des Königs freilich noch fern und entsprach auch nicht einmal seinen Wünschen. Die bevorstehenden Wahlen zum Landtage mußten zunächst darüber entscheiden; fielen dieselben, und noch hoffte es der König, im Sinne der Regierung aus, d. h. ließ sich mit der Mehrheit des neuen Landtages die endgiltige gesetzliche Regelung der Heeresreorganisation zu Stande bringen, so war die Vorbedingung für das fernere gedeihliche Zusammenwirken zwischen Regierung und Volksvertretung erfüllt, und die befriedigende Lösung auch der übrigen Streitfragen wäre dann wahrscheinlich auf keine ernsten Schwierigkeiten gestoßen.

So günstig, wie vielfach geglaubt ward, waren nun freilich die Aussichten für das Zustandekommen einer regierungsfreundlichen Kammermehrheit keineswegs, und eine feierliche Staatsaktion, welche unmittelbar vor den Wahlen sich vollzog, oder vielmehr die Art und Weise, wie diese Staatsaktion von der reaktionären Partei ausgebeutet wurde, trug gegen den Willen und die Absicht des Königs nicht unwesentlich dazu bei, diese Aussichten noch zu verschlechtern.

Krönung zu Königsberg. Nach reiflichster Erwägung aller Umstände hatte sich nämlich König Wilhelm entschlossen, einem alten monarchischen Brauche zufolge sich am 18. Oktober im Königsschlosse zu Königsberg feierlich zu krönen. Nun war freilich dieser Brauch bei den preußischen Königen schon seit Friedrich I. außer Uebung gewesen, und der Entschluß König Wilhelm's, welchen dieser bereits am 3. Juli seinem Volke kundgegeben hatte, mußte deshalb vielfach überraschen und zu den mannichfachsten Deutungen Anlaß geben. In Wirklichkeit ließ sich der König von der Erwägung leiten, daß er, der als erster konstitutioneller König den preußischen Thron bestiegen hatte, durch den feierlichen Krönungsakt seine persönliche Stellung zu der neuen Form des preußischen Königthums am besten zum Ausdruck bringen könne.



Krönungsfeier zu Königsberg.

Er wollte keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß er das preußische Königthum nach wie vor als ein „Königthum von Gottes Gnaden" betrachte und betrachtet wissen wolle, während andererseits durch die offizielle Anwesenheit beider Häuser des Landtags bei dem feierlichen Krönungsakte bekundet werden sollte, daß die neuen konstitutionellen Einrichtungen fortan fest und unauflöslich mit dem preußischen Königthum verbunden seien. Die Reden und Ansprachen des Königs bei der Krönungsfeier gestatteten kaum einen Zweifel darüber, daß er sich von dieser Auffassung leiten ließ, und nur absichtliche Entstellung auf der einen und unbegründete Vorurtheile auf der andern Seite vermochten in seine Aeußerungen einen andern Sinn hineinzulegen.

Nachdem König Wilhelm in Begleitung aller Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses sowie zahlreicher fürstlicher Gäste bereits am 16. Oktober in Königsberg eingetroffen war, fand am 18. unter den üblichen glanzvollen Formen die Krönung statt. Vormittags um zehn Uhr bewegte sich der Krönungszug von dem Thronsaal des Schlosses

in die Schloßkirche, deren Inneres einen prächtigen Anblick gewährte. Rechts und links vom Altare waren Thronhimmel errichtet, unter denen der König und die Königin Platz nahmen. Für die Mitglieder des königlichen Hauses standen auf beiden Seiten Sessel in Bereitschaft. Hinter ihnen nahmen die übrigen Geladenen ihre Plätze ein. Während des vom Berliner Domchor ausgeführten Gesanges: „Herr, segne den König" wurden von Hofbeamten die Reichsinsignien auf den Altar niedergelegt. Die Königskrone ist mit 150 Diamanten verschiedener Größe besetzt, die Spitze derselben bildet ein Saphir mit dem Andreaskreuze aus Gold. Das Scepter, ein mit Rubinen und Brillanten besetzter drei Fuß langer goldener Stab, zeigt an seiner Spitze einen Adler, dessen Flügel mit Brillanten geschmückt sind, nebst einer Kugel aus Rubinen. Die Krone der Königin gleicht ihrer Form nach der des Königs, nur ist sie kleiner.

Im purpurnen Königsmantel, dessen Verzierungen Adler und Kronen bilden, trat der König zum Altar, betete, nahm die Krone von der heiligen Stätte und setzte sie auf sein Haupt. Nachdem Wilhelm I. auch seiner Gemahlin eine Krone auf das Haupt gesetzt hatte, sanken beide Majestäten, wie auch alle geladenen hohen Zeugen, zu stillem Gebete auf ihre Knie. Der Geistliche sprach den Segen, worauf sich der Krönungszug unter dem vom Domchor angestimmten Gesange aus der Kirche nach dem Schlosse begab. Im Königssaale nahm der König auf dem Throne Platz und richtete, umgeben von den Prinzen und den höchsten Würdenträgern des Staates, folgende Worte an das Volk.

„Von Gottes Gnaden tragen Preußens Könige seit einhundertsechzig Jahren die Krone. Nachdem der Thron mit zeitgemäßen Einrichtungen umgeben worden ist, besteige ich als erster König denselben. Aber eingedenk, daß die Krone nur von Gott kommt, habe ich durch die Krönung an geheiligter Stätte bekundet, daß ich sie in Demuth aus seinen Händen empfangen habe. Die Gebete meines Volkes, ich weiß es, haben mich bei diesem feierlichen Akte umgeben, damit der Segen des Allmächtigen auf meiner Regierung ruhe. Die Liebe und Anhänglichkeit, welche mir seit meiner Thronbesteigung erwiesen wurde und mir soeben in erhebender Weise bekundet wird, sind mir Bürge, daß ich unter allen Verhältnissen auf die Treue, Ergebenheit und Opferwilligkeit meines Volkes rechnen kann. Im Vertrauen darauf habe ich den althergebrachten Erbhuldigungs- und Unterthaneneid meinem treuen Volke erlassen können. Die wohlthuenden Beweise jener Liebe und Anhänglichkeit, die mir jüngst bei einem verhängnißvollen Ereignisse zu Theil geworden, haben dieses Vertrauen bewährt. Gottes Vorsehung wolle die Segnungen des Friedens dem Vaterlande lange erhalten. Vor inneren Gefahren wird Preußen bewahrt bleiben; denn der Thron seiner Könige steht fest in seiner Macht und in seinen Rechten, wenn die Einheit zwischen König und Volk, die Preußen groß gemacht hat, bestehen bleibt. So werden wir auf dem Wege beschworenen Rechts den Gefahren einer bewegten Zeit, allen drohenden Stürmen widerstehen können. Das walte Gott!"

Hierauf erhob im Schloßhofe ein Reichsherold zu Pferde den Ruf: „Es lebe König Wilhelm!" Jubelruf Tausender erscholl, aus der Stadt erdröhnten die Kanonen. Nach dem Gesange des Chorals: „Nun danket alle Gott" begab sich der König in die inneren Gemächer des Schlosses zurück.

Am 22. Oktober nach Berlin zurückgekehrt, erwähnte der König gelegentlich der beglückwünschenden Ansprache des Oberbürgermeisters in warm empfundenen Worten auch die Erinnerungen, welche die Krönungstage in Königsberg in ihm wachgerufen hatten. „Ich komme", sagte er, „soeben von der andern Residenz mit Gefühlen, die ich nicht schildern kann. Ich war dort mit meinen Eltern unter ganz anderen, sehr trüben Verhältnissen, und jetzt habe ich dort eine Feier begangen, die bisher nur einmal vollzogen worden ist. So liegen Schmerz und Freude beinahe zusammen, und dies giebt den Wink, stets nach oben zu schauen und Gott für die Gnade zu danken, die er mir so sichtlich gewährt."

Unter den zahlreichen Festen in Berlin, zu welchen die Krönung Anlaß gab, machte keines größeres Aufsehen als dasjenige, welches der französische Krönungsbotschafter, Marschall Mac Mahon, Herzog von Magenta, veranstaltete. Offenbar nicht ohne Absicht hatte sich Kaiser Napoleon durch diese glänzendste Persönlichkeit seines Hofes und seiner Armee als außerordentlichen Abgesandten in Königsberg vertreten lassen, und durch ausgesuchte Aufmerksamkeiten suchte dieser den Intentionen seines kaiserlichen Herrn zu entsprechen.

Der Landtag des Jahres 1862. Begreiflicher Weise wurden die Reden des Königs bei Gelegenheit seiner Krönung in vielen Kreisen einer aufmerksamen Betrachtung unterzogen, und nachdem die reaktionäre Partei damit den Anfang gemacht hatte, sie in ihrem Sinne zu deuten und über die sichtliche Rückkehr zu konservativen Grundsätzen und Ueberlieferungen zu jubeln, begann man auf liberaler Seite aus ihnen mehr und mehr das Unerwünschte herauszulesen. Die Befürchtung, daß absolutistische Anwandlungen im Anzuge seien, gewann täglich an Boden, und um ihnen gleich von Anbeginn nachdrücklich entgegentreten zu können, wurde die Wahlagitation von der Fortschrittspartei mit verdoppeltem Eifer betrieben. Der Erfolg blieb, da die öffentliche Meinung auf ihrer Seite stand, nicht aus. — Die am 6. Dezember 1861 stattfindenden Wahlen verschafften dem entschiedenen Fortschritt in Verbindung mit der etwas gemäßigteren Parteigruppe Bockum-Dolffs im neuen Abgeordnetenhause eine zuverlässige Majorität; die bisherige altliberale Regierungsmehrheit war zur Minderheit geworden, die Konservativen waren fast vollständig aus der zweiten Kammer verdrängt.

Die Haltung der Regierung der neuen Mehrheit gegenüber konnte Anfangs die gehegten Befürchtungen beinahe unbegründet erscheinen lassen. Nachdem am 14. Januar 1862 der Landtag zusammengetreten war, wurde ihm außer dem geforderten Wehrgesetz eine ganze Reihe von Gesetzen vorgelegt, die den liberalen Forderungen in der Hauptsache Genüge thaten, und auch in der auswärtigen, namentlich in der deutschen Politik schien sich die Regierung zu kräftigerem Vorgehen im Sinne der öffentlichen Meinung entschlossen zu haben. Aber was die Regierung jetzt that, das that sie zu spät. Die Gegensätze waren einmal vorhanden, und es bedurfte nur eines äußeren Anlasses, um sie trotz der entgegenkommenden Haltung der Regierung in voller Schärfe zum Ausbruch kommen zu lassen.

Das Wehrgesetz, welches das Herrenhaus nach kurzer Berathung ohne Aenderung annahm, wurde vom Abgeordnetenhause an eine Kommission verwiesen, deren Zusammensetzung es von vornherein mehr als wahrscheinlich machte, daß sie die Ablehnung desselben fordern würde; ein Antrag der Kammer auf Anerkennung des Königreichs Italien wurde von der Regierung etwas schroff zurückgewiesen, ja selbst einem in Betreff der deutschen Verfassungsfrage mit großer Mehrheit gefaßten Beschluß erklärte das Ministerium seine Zustimmung versagen zu müssen. Der gute Eindruck, den die entgegenkommende Haltung der Regierung Anfangs gemacht hatte, wurde dadurch wieder völlig verwischt, und bei der Vorlegung des Finanzetats für das laufende Jahr kam der Konflikt offen zum Ausbruch.

Ausbruch des Konfliktes. Entsprechend einem Antrage des Abgeordneten Hagen forderte das Abgeordnetenhaus eine genauere Spezialisirung des Etats, damit eine wirksamere Kontrole durch die Volksvertretung ermöglicht und dadurch auch verhütet werde, daß man in einem oder mehreren Ressorts übermäßig spare, um in einem andern vom Abgeordnetenhause etwa nicht bewilligte Mehrausgaben zu bestreiten. Das Ministerium erkannte den Antrag an sich, obwol er ziemlich unverhohlen gegen einen ihrer Kollegen, den Kriegsminister, gerichtet war, als berechtigt an und versprach, im nächsten Jahre dem Wunsche des Abgeordnetenhauses zu entsprechen. Als aber dieses darauf bestand, daß er schon auf den Etat des laufenden Jahres Anwendung finde und ihn trotz aller Abmahnungen der Regierung in dieser Form zum Beschlusse erhob (6. März 1862), erblickte das Ministerium darin mit Recht ein Mißtrauensvotum seitens der Kammer und bat zwei Tage später um seine Entlassung.

Auflösung des Landtags. Das neue Ministerium. Der König lehnte das Gesuch ab, weil sich das Ministerium bei ihm und bei dem „wohldenkenden Theile der Nation" des vollsten Vertrauens und der höchsten Achtung erfreue. Das Ministerium — mit Ausnahme des gleichzeitig erkrankten Ministerpräsidenten, Fürst Hohenzollern, und des Kultusministers von Bethmann-Hollweg, die auf ihrer Entlassung beharrten — blieb also im Amte, und es erfolgte am 11. März die unter solchen Umständen unvermeidliche Auflösung des Landtages, um durch Neuwahlen an das Land zu appelliren, damit es sich für oder gegen die bestehende Regierung entscheide. Da aber selbst ihre bisherigen altliberalen Anhänger Miene machten, sich der Opposition anzuschließen, und da außerdem der König einem streng konservativen Mann, dem bisherigen Präsidenten des Herrenhauses, Fürst Hohenlohe-Ingelfingen, den Vorsitz im Ministerium übertrug, so reichte dieses letztere am 18. März zum zweiten Male seine Entlassung ein. Diesmal wurde dieselbe angenommen. Die Minister hatten erklärt, nur in dem Falle im Amte verbleiben zu können, daß auch in Betreff der Heeresreorganisation und der Reform des Herrenhauses der öffentlichen Meinung weitergehende Zugeständnisse gemacht würden. Eine gründliche Reform des Herrenhauses, wie sie von den Liberalen verlangt wurde, war aber nur mit Hülfe von Maßregeln durchzuführen, welche das moralische Ansehen dieses Faktors der Gesetzgebung ein für alle Male vernichtet hätten, und wie der König sich dazu nicht entschließen mochte, so war er andererseits von der Nothwendigkeit der vollständigen Durchführung der Heeresreorganisation so sehr durchdrungen, daß er äußerte, eher abdanken zu wollen, als in dieser Frage zurückzuweichen. Entschiedenheit in der Frage der Heeresreorganisation, das war es, was der König von seinen Rathgebern verlangte, und da das liberale Kabinet offenbar diese Entschiedenheit nicht im wünschenswerthen Maße gezeigt hatte, so griff er bei der Bildung des neuen Ministeriums vorwiegend zu Männern der konservativen Partei. Von den bisherigen Ministern blieben von Roon für das Kriegswesen und von der Heydt, der frühere Handelsminister, für die Finanzen; neu traten ein Graf Lippe (Justiz), Graf Itzenplitz (Handel), von Jagow (Inneres) und von Mühler (Kultus). Im Ministerium des Auswärtigen war bereits im Oktober 1861 ein Wechsel eingetreten, als der bisherige Leiter desselben, von Schleinitz, durch Graf Bernstorff ersetzt worden war. Auch dieser verblieb in dem neuen konservativen Kabinet. — Der Anlaß zu diesem letzteren Ministerwechsel war die Wendung gewesen, welche bald nach der Thronbesteigung des Regenten und zum Theil unter dem Einfluß derselben die Bundesreformfrage genommen hatte.

Beust's Bundesreformprojekt. Der Einheitsdrang des deutschen Volkes war bei der Thronbesteigung König Wilhelm's von Neuem so stark und rückhaltlos zu Tage getreten, und die Hoffnung, Preußen werde in seiner deutschen Politik nunmehr endlich diejenigen Bahnen einschlagen, welche den süddeutschen Patrioten das volle, zielbewußte Zusammengehen mit den norddeutschen Vertretern der Einheitsidee ermöglichen würden, war so unverkennbar zum Ausdruck gelangt, daß die mittelstaatlichen Regierungen sich der Ueberzeugung nicht länger verschließen konnten, daß zur Befriedigung des Einen und des Andern wenigstens etwas auch von ihrer Seite geschehen müsse, wenn nicht schließlich Preußen förmlich dazu gedrängt werden sollte, sich der Bewegung zu bemächtigen und sie vom preußischen Standpunkt aus zum Ziele zu führen. Die Haltung des Königs und der preußischen Regierung war zwar geeignet, diese Hoffnungen einerseits und diese Befürchtungen andererseits auf ein Minimum zu beschränken; aber die Möglichkeit, daß irgend ein äußerer Anlaß der Bewegung von Neuem Kraft und Nachdruck geben konnte, war und blieb vorhanden, und so unternahm es der sächsische Minister von Beust, dem deutschen Volke in Gestalt eines Bundesreformprojekts die Erfüllung seines nationalen Verlangens zu bieten und es zugleich auf die Mittelstaaten als die wahren Beschützer und Förderer seiner eigensten Interessen zu verweisen. Trotzdem Herr von Beust die deutsche Bundesverfassung kurz zuvor als eine tadellose Schöpfung deutscher Organisation verherrlicht hatte, die sowol in dem, was sie

geleistet, als auch in dem, was sie verhütet, alle Anerkennung verdiene und Besseres geschaffen habe, als ein vorhergehender, Jahrhunderte langer Abschnitt der deutschen Geschichte aufzuweisen vermöchte, erkannte er jetzt das Andrängen des deutschen Volkes nach thatkräftigerer Wahrung seiner gemeinsamen Interessen und nach Theilnahme an der Regelung seiner gemeinsamen Angelegenheiten ausdrücklich als berechtigt an. Er schlug vor, dem Bundestag einen Beirath, einen Ausschuß von Delegirten aus allen deutschen landständischen Versammlungen, zur Seite zu stellen. Derselbe sollte die ihm vorzulegenden Gesetze, überhaupt Alles das, was ihm der Bundestag nach freiem Ermessen unterbreiten würde, begutachten dürfen, im Uebrigen sich jedoch aller politischen Verhandlungen enthalten. Dem Verlangen nach einer wirklichen Volksvertretung am Bunde, hervorgegangen aus Volkswahlen, widerstrebte Herr von Beust entschieden, ja er erklärte ein solches Verlangen geradezu für revolutionär. Dagegen hielt er noch ein weiteres Mittel in Bereitschaft, der künftigen Bundesthätigkeit einen besondern Aufschwung zu verleihen.

Es würde der Bundestag, meinte der Antragsteller, auf das Ganze belebend wirken, wenn man nach Art der — Wanderversammlungen abwechselnd in verschiedenen Städten tagte! In den süddeutschen Städten hätte dann Oesterreich, in den norddeutschen Preußen den Vorsitz zu führen. Als geeignete Orte waren Hamburg und Regensburg in Aussicht genommen; hier sollte der Bundestag alljährlich im Mai, dort im November zusammentreten und gemeinsam mit einer so kraft- und machtlosen deutschen Volksvertretung, wie sie das Beust'sche Reformprojekt in Aussicht nahm, über das Wohl und Wehe des deutschen Vaterlandes berathen. Daß außerdem auch für besondere Fälle die Einsetzung einer stärkeren ausführenden Gewalt in Gestalt eines aus je einem Vertreter Oesterreichs, Preußens und der übrigen Staaten zusammen zu bildenden Direktoriums empfohlen wurde, vermochte über die völlige Unzulänglichkeit des sächsischen Reformvorschlages nicht zu täuschen. Aber während einige deutsche Regierungen, wie die von Baden, Sachsen-Weimar und Sachsen-Koburg, ihm aus diesem Grunde von vornherein ihre Zustimmung versagten, ging er den österreichischen Staatsmännern in dem einen entscheidenden Punkte noch viel zu weit.

Die österreichische Regierung erklärte, auf das alleinige österreichische Präsidialrecht „im Interesse der äußeren Einheit" nicht verzichten und in dessen Theilung mit Preußen nur dann allenfalls willigen zu können, wenn jeder Unterschied zwischen deutschen und außerdeutschen Besitzungen der Bundesglieder grundsätzlich aufgehoben, also die österreichische Gesammtmonarchie mit allen Pflichten und Rechten in den Bund aufgenommen würde. Doch die Zeit, da Oesterreich solche unnatürliche Forderung erheben durfte, war vorüber.

Kaum war der sächsische Minister mit seinem Reformprojekt hervorgetreten, so hatten im Schoße der preußischen Regierung Berathungen darüber stattgefunden, wie diesem eigenmächtigen Vorgehen der Mittelstaaten zu begegnen und ihnen gegenüber der preußische Großmachtsstandpunkt in würdiger Weise zur Geltung zu bringen sei. Der bisherige Minister des Aeußern, v. Schleinitz, der sich den Schwierigkeiten der Lage nicht gewachsen fühlen mochte, nahm seine Entlassung, und der preußische Gesandte in London, Graf Albrecht von Bernstorff, wurde an seine Stelle berufen. Ein bedeutsamer Umschwung in der deutschen Politik Preußens war damit vollzogen. Graf Bernstorff war, was seine Auffassung der Stellung Preußens zum Deutschen Bunde betraf, ein gemäßigter Anhänger derjenigen Richtung, deren Hauptvertreter seit Kurzem der preußische Gesandte in Petersburg, Otto von Bismarck, geworden war. In einer energischen Gegenerklärung bestritt er den Mittelstaaten das Recht, in einer Frage von so einschneidender Wichtigkeit, wie es die geplante Bundesreform sei, die Initiative zu ergreifen; die bestehende Bundesverfassung sei überhaupt nicht zu reformiren, man müsse vielmehr darauf bedacht sein, die hemmenden Schranken des alten Bundesverhältnisses mehr und mehr hinwegzuräumen, um innerhalb desselben für eine neue lebenskräftige Staatsbildung nach Art der von Preußen im Jahre 1850 angestrebten Union Raum zu schaffen; zur Schaffung einer solchen Staatsbildung,

welcher natürlich die wirklichen Machtverhältnisse zu Grunde gelegt werden müßten, biete die preußische Regierung gern die Hand, jeder Reform der bestehenden Bundesverfassung als solcher müsse sie dagegen grundsätzlich ihre Mitwirkung versagen. Daß diese Erklärung den Urheber des Reformprojekts, Herrn von Beust, peinlich berührte, bedarf kaum der Erwähnung; aber auch die süddeutschen Regierungen wurden durch dieselbe unangenehm aufgerüttelt und richteten gemeinsam mit Oesterreich eine „identische Note“ an Preußen, in welcher sie die Wiederaufnahme der Unionsbestrebungen von Seiten Preußens für gleichbedeutend mit dem Versuche des Bundesbruches erklärten und, an die bessere Einsicht der preußischen Regierung appellirend, die Hoffnung aussprachen, daß dieselbe wenigstens der Berathung des sächsischen Bundesreformprojektes ihre Theilnahme nicht versagen werde. Aber die preußische Regierung beharrte auf ihrem durchaus berechtigten Standpunkte, und der Vorschlag des Herrn von Beust fand in den Archiven des Bundesraths und der Einzelregierungen das ihm gebührende stille Begräbniß.

Ansprache des Nationalvereins. Die deutsche Politik Preußens hatte damit zum Heile Deutschlands über die mittelstaatlichen Sonderbestrebungen unzweifelhaft einen Sieg errungen, und ob auch der Sieg nur klein und der Gewinn desselben nur ein negativer war, dem erwachenden Einheitsstreben des deutschen Volkes hatte der Verlauf des Streites doch von Neuem einen mächtigen Anstoß gegeben. Eine Ansprache des am 3. März 1862 in Berlin vereinigten Vorstandes des Nationalvereins gab der wachsenden Hoffnung auf den endlichen Sieg des nationalen Gedankens Ausdruck und mahnte zu rüstigem Weiterstreben nach dem näher und näher rückenden Ziele. „Das nationale Bewußtsein“, hieß es darin, „ist in ganz Deutschland lebendig geworden. Eine große, gleich reale und ideale Bewegung hat sich der Geister bemächtigt. Der Glaube an die deutsche Zukunft wächst von Tag zu Tag. Die Unhaltbarkeit der jetzigen Gesammtverfassung und die dringende Nothwendigkeit der Reform wagen selbst ihre bisherigen Vertreter nicht mehr zu leugnen.... — Das Ziel ist nur zu erreichen durch ein Bündniß mit dem *einzigen mächtigen und treuen Bundesgenossen, dem deutschen Volke*, durch ein entschiedenes und entschlossenes Eingehen auf seine und des eigenen Volkes Bedürfnisse“.... „Thue ein Jeder seine Schuldigkeit. Erobern wir nach und nach alle deutschen Volksvertretungen, gewinnen und organisiren wir alle aufgeklärten und vorwärts strebenden Kräfte der Nation durch die Mittel gesetzlicher Agitation, brechen wir durch die schließlich unüberwindliche Macht der öffentlichen Meinung den schon verzagter geleisteten Widerstand der Gegner, bewegen wir die Gleichgiltigen und Schwachen, sich für uns zu entscheiden und sich nicht länger dem Ringen der Nation zu entziehen — dann ist der Erfolg gesichert.“

Inzwischen nahm die Politik des Staates, auf welchen — ausgesprochen und unausgesprochen — so große Hoffnungen gerichtet waren, damals mehr und mehr einen eigenartig widerspruchsvollen Charakter an. Das konservative Ministerium, welches am 18. März 1862 ins Leben getreten war, stand so augenscheinlich im schärfsten Gegensatze zu der herrschenden Volksstimmung, daß es in einem förmlichen Erlaß seine verfassungstreue Gesinnung zu betheuern für nöthig hielt: es sehe seine Aufgabe vor Allem darin, die Rechte der Krone zu wahren, aber es sei auch sein ernster Wille, an der bestehenden Verfassung festzuhalten und an den Rechten der Landesvertretung nichts zu schmälern. Mit seinen auf die Herbeiführung regierungsfreundlicher, konservativer Wahlen gerichteten Maßnahmen hatte jedoch das Ministerium kein Glück. Der von der konservativen Presse unternommene und anscheinend von der Regierung gebilligte Versuch, die Bestrebungen der Fortschrittspartei als antimonarchisch und staatsgefährlich zu verdächtigen und sie dadurch ihrer Popularität beim Volke zu berauben, mißlang vollständig, und die Erklärung des Ministeriums, daß der Beamtenstand als solcher verpflichtet sei, ohne Rücksicht auf den eigenen Parteistandpunkt im Sinne der Regierung zu wählen, fand gerade von Seiten der höheren Beamten, namentlich auch der Universitätsprofessoren, den entschiedensten Widerspruch.

Noch weniger fruchteten bei den Wählern die Versprechungen und Verheißungen — Aufhebung drückender Zölle, Steuerermäßigungen, Erleichterungen im Postverkehr u. s. w. — mit welchen die Regierung, um für sich Stimmung zu machen, gleichfalls nicht gespart hatte.

Der Brief des Finanzministers an den Kriegsminister. Durch die Pflichtwidrigkeit eines Beamten gelangte nämlich gerade zur ungelegensten Zeit ein von dem Finanzminister an den Kriegsminister gerichteter Brief zur Veröffentlichung, welcher auf das Verhältniß der verschiedenen Ministerien zu einander ein eigenthümliches Licht warf und nur zu geeignet war, gerechtfertigte Zweifel an der Offenheit und Aufrichtigkeit der Regierung der Volksvertretung gegenüber zu erwecken. In diesem Briefe verlangte nämlich Herr von der Heydt von seinem Kollegen von Roon, er möchte sich für das laufende und für das nächste Finanzjahr mit einem Abstrich von wenigstens $2^1/_2$ Millionen Thalern am Militäretat einverstanden erklären, damit im Interesse der bevorstehenden Wahlen die Aufhebung des zu Gunsten der Militärverwaltung erhobenen und überall verhaßten Steuerzuschlages von 25 Prozent erfolgen könne, dessen Bestehen die liberale Partei für ihre Zwecke so gründlich auszunützen wisse. „Es sei“, hieß es weiter, „dem Herrn Kriegsminister bekannt, daß in allen übrigen Verwaltungszweigen schon seit Jahren die größtmöglichste Einschränkung der Ausgaben stattgefunden habe, um nur einigermaßen die Mittel zur Verminderung des durch die Mehrbedürfnisse der Militärverwaltung entstandenen Defizits im Staatshaushalte zu gewinnen und wenigstens den Schein zu retten, daß die Regierung bestrebt sei, die desfalls gemachten wiederholten Zusagen zu erfüllen. Diese Bedürfnisse, zurückgestellt, seien von Jahr zu Jahr gestiegen; sie weiter unberücksichtigt zu lassen, sei ohne Nachtheil für die Landeswohlfahrt nicht mehr thunlich.“

Nun war inzwischen die Aufhebung jenes Steuerzuschlages verfügt worden, aber andererseits hatte der König, der Kriegsminister und eine eigens zu dem Zwecke berufene Militärkommission Beschränkungen im Militäretat in dem vom Finanzminister geforderten Umfange für unmöglich erklärt; sollte also der Steuerzuschlag wirklich unerhoben bleiben, so mußte der entstehende Ausfall zum weitaus größten Theil wiederum durch Ersparungen in den übrigen Ressorts gedeckt werden, deren längere Fortdauer der Finanzminister ausdrücklich als unthunlich und schädlich anerkannt hatte. Unter solchen Umständen wurde der Steuererlaß und seine Erläuterung durch jenen Brief nicht für die Regierung, sondern gerade für ihre Gegner zum wirksamsten Agitationsmittel. Die Fortschrittspartei säumte natürlich nicht, von demselben den ausgedehntesten Gebrauch zu machen, und die Folgen blieben nicht aus.

Niederlage der Regierung bei den Wahlen. Bei den Wahlen am 6. Mai erlitt die Regierung eine vollständige Niederlage, und die Fortschrittspartei erlangte trotz aller Wahlbeeinflussung eine erdrückende Mehrheit von Stimmen. Dennoch ließ es sich die Regierung angelegen sein, mit dem am 19. Mai im Auftrage des Königs durch den Ministerpräsident Fürst Hohenlohe eröffneten Landtage womöglich auf dem Wege gütlicher Vereinbarung die schwebenden Streitfragen zur Lösung zu bringen. In der auswärtigen und namentlich in der deutschen Politik machte sie der vorwärtsdrängenden liberalen Zeitströmung Zugständnisse, welche man nach dem Ministerwechsel im März am allerwenigsten erwartet hatte, und auch im Innern verhieß sie eine freisinnige Handhabung, ja sogar einen freisinnigen Ausbau der bestehenden Verfassung. Aber so gern und freudig die fortschrittliche Mehrheit des Abgeordnetenhauses ohne Rücksicht auf den Parteistandpunkt den Maßnahmen der Regierung in der auswärtigen und in der deutschen Politik zustimmte, in der inneren Politik waren die Gegensätze bereits zu sehr verschärft, um auf diese Weise eine friedliche Lösung zu finden. In einer an den König gerichteten Adresse des Abgeordnetenhauses überwogen die Beschwerden gegen das Ministerium die Anerkennung seiner entgegenkommenden Schritte, bei verschiedenen Anlässen kam das Mißtrauen der Kammer der Regierung gegenüber offen zum Ausdruck, und ein letzter Versuch des Ministeriums, in der entscheidenden Frage der Militärreorganisation zwischen den Anschauungen der Regierung

einerseits und der Volksvertretung andererseits zu vermitteln, scheiterte wiederum an der Hartnäckigkeit, mit welcher die entschieden liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses an ihrer Ueberzeugung festhielt, die allerdings, wie man nach dem Ausfall der letzten Wahlen annehmen durfte, auch die Ueberzeugung des Volkes war. Der Finanzminister von der Heydt, neben dem Ministerpräsidenten Fürst Hohenlohe der eigentliche Leiter des Ministeriums, that wirklich das irgend Mögliche, um eine Verständigung zu Stande zu bringen; er verwahrte das Ministerium gegen den vom Kammerpräsidenten Grabow erhobenen Vorwurf, daß es die fortschrittliche Partei des Abgeordnetenhauses durch seine Erlasse während der Wahlbewegung demokratischer Gesinnung habe verdächtigen wollen; er erkannte ausdrücklich an, daß die Militärreorganisation zwar unwiderruflich, aber nicht gesetzlich sei, so lange ihr die Zustimmung des Abgeordnetenhauses fehle, und erklärte sich sogar damit einverstanden, daß die Kosten derselben allenfalls auch für das Jahr 1862 als außerordentliche Ausgabe bewilligt würden. Ein Antrag in diesem Sinne wurde, als am 11. September die große Militärdebatte begann, von den altliberalen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses gestellt, und wirklich schien derselbe einen Augenblick Aussicht auf Annahme zu haben, da der Kriegsminister von Roon andeutete, daß er in diesem Falle auch seinerseits zu Zugeständnissen in Betreff der Dauer der Dienstzeit bereit sei. Als er aber hinterher erklären mußte, daß nur von der zeitweiligen, niemals aber von der gesetzlichen Einführung der von der Fortschrittspartei geforderten zweijährigen Dienstzeit die Rede sein könne, da verzichtete das Abgeordnetenhaus unter dem Eindruck dieser Enttäuschung auf jede Verständigung mit der Regierung. Der erwähnte Antrag und ebenso ein anderer, welcher die fernere Bewilligung der geforderten Mehrausgaben an ein Indemnitätsgesuch der Regierung binden wollte, wurden abgelehnt und am 23. September mit überwältigender Majorität beschlossen, die für die Fortführung der Heeresreorganisation angesetzte Summe von etwa 7 Millionen Thalern vom Militäretat zu streichen. Damit war die letzte Brücke zwischen Regierung und Abgeordnetenhaus abgebrochen, der letzte Versuch, eine Einigung zwischen den gesetzgebenden Gewalten des Staates zu erzielen, war gescheitert, und da in der preußischen Verfassung der Fall eines solchen Konflikts nicht vorgesehen war, so konnte die Lösung desselben nur außerhalb des Rahmens der Verfassung erfolgen.

Die Lage bei Eintritt des Konflikts. Gewiß hatte das Abgeordnetenhaus formell das Recht, Ausgaben, von deren Nothwendigkeit es sich nicht zu überzeugen vermochte, zu verweigern, aber speziell in der Frage der Heeresreorganisaton hatte es, wie wir bereits an anderer Stelle hervorhoben, durch die wiederholte außerordentliche Bewilligung der betreffenden Summen dieses Recht thatsächlich aus den Händen gegeben. Unter der wenn auch bedingten Zustimmung des Abgeordnetenhauses hatte die Regierung die Heeresreform zwei Jahre lang fortgeführt und dabei natürlich nicht nur zeitweilige, sondern dauernde Verpflichtungen übernommen, für deren Erfüllung der Staat aufkommen mußte. Noch schwerer als dies fiel der Umstand ins Gewicht, daß man unzweifelhaft am Vorabend großer Ereignisse stand, und daß es deshalb für einen Staat wie Preußen geradezu unmöglich war, durch Verzicht auf die Fortführung der Heeresreorganisation gleichsam abzurüsten und seine Wehrkraft in demselben Maße zu schwächen, in welchem eben damals alle großen Staaten Europa's die ihrige zu heben und zu stärken bestrebt waren. Alles wies also darauf hin, daß die Lösung des Konflikts im Sinne der Regierung und des Königs werde erfolgen müssen, und daß König Wilhelm selbst von dieser Ueberzeugung durchdrungen war, darüber ließen die Maßregeln, die er alsbald ergriff, keinen Zweifel bestehen.

Berufung Otto von Bismarck's an die Spitze des Ministeriums. Am Tage nach der entscheidenden Abstimmung im Abgeordnetenhause (24. September) erhielten der Ministerpräsident Fürst Hohenlohe und der Finanzminister von der Heydt ihre Entlassung, und der preußische Gesandte in Paris, Otto von Bismarck, den der König in Voraussicht der kommenden Dinge bereits am 19. September nach Berlin berufen hatte, übernahm

den Vorsitz im Ministerium. Schon bei dem Ministerwechsel im März war die Berufung Bismarck's in Frage gekommen, doch war sie auf seinen eigenen Wunsch unterblieben, und Bismarck hatte damals nur seinen Gesandtschaftsposten in Petersburg mit demjenigen eines Botschafters in Paris vertauscht; für den König mochte die Uebertragung der Leitung der Staatsgeschäfte an diesen energischen Vertreter der preußischen Diplomatie schon damals nur noch eine Frage der Zeit gewesen sein, und seine Entsendung nach Paris, um die Verhältnisse am Hofe Napoleon's aus eigener Anschauung kennen zu lernen, hatte in diesem Falle eine ganz besondere Bedeutung gehabt. Gerade ein halbes Jahr war Bismarck unter den angenehmsten Verhältnissen daselbst in Wirksamkeit gewesen, als er die Nachricht erhielt, daß man daheim seiner bedürfe, und unbedenklich folgte er dem Rufe des Königs, um den angenehmen diplomatischen Posten mit dem dornenvollen eines Ministerpräsidenten in einem Ministerium des Konflikts zu vertauschen. Denn ein Konfliktsministerium war es, welches jetzt die Leitung der Staatsgeschäfte in Preußen übernahm: Bismarck als Vorsitzender und Minister des Auswärtigen, Graf Eulenburg (Inneres), von Roon (Krieg), Graf Itzenplitz (Handel), Graf zur Lippe (Justiz), von Bodelschwingh (Finanzen), von Mühler (Kultus) und von Selchow (Ackerbau) — nicht Einer befand sich unter ihnen, den nicht die streng konservative oder gar die reaktionäre Partei zu den Ihrigen glaubte zählen zu dürfen. Und dieses Ministerium sollte in schroffem Gegensatz zu einer Volksvertretung, deren große Mehrheit dem entschiedenen Fortschritt angehörte, die Wünsche und Absichten des Königs und die Ziele seiner Regierung verwirklichen, dieses Ministerium sollte Angesichts der ausgesprochen liberalen Strömung, welche in Deutschland vorherrschte, die Politik Preußens vertreten! —

In der That eröffneten sich den Freunden Preußens und den Anhängern der Idee des preußisch-deutschen Einheitsstaates für die nächste Zukunft keine günstigen Aussichten, und selbst das Wichtige und Erfreuliche, welches seit dem Beginn des Jahres 1862 in der auswärtigen und in der deutschen Politik Preußens geschehen war, erschien dem letzten Ministerwechsel gegenüber fast bedeutungslos zu werden.

Dieses Wichtige und Erfreuliche war neben Anderm das energische Vorgehen der Regierung in der schleswig-holsteinischen und in der kurhessischen Frage, die Anerkennung des Königreichs Italien und der Abschluß des preußisch-französischen Handelsvertrages, durch welchen die innere Reform des Zollvereins und die nothwendige Kräftigung seiner Grundlagen unmittelbar vorbereitet wurde.

Der preußisch-französische Handelsvertrag. Nachdem am 24. Januar 1860 zwischen Frankreich und England ein Handelsvertrag zu Stande gekommen war, der bereits in der ersten Zeit seines Bestehens sich trefflich bewährt hatte, hielt gegen Ende des Jahres 1861 das Ministerium Hohenzollern es für angemessen, wegen Abschluß eines gleichen Vertrages mit der französischen Regierung in Unterhandlungen zu treten; das Ministerium Hohenlohe-von der Heydt hatte dieselben zu Ende geführt, und am 29. März 1862 war, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Kammern, der Vertrag unterzeichnet worden. Der Inhalt desselben, bedeutende gegenseitige Zollermäßigungen, lief freilich den schutzzöllnerischen Neigungen, welche bei den süddeutschen Zollvereinsstaaten von jeher vorherrschend gewesen waren, durchaus zuwider, und während Sachsen, Oldenburg und die meisten Kleinstaaten das Vorgehen der preußischen Regierung billigten, schienen namentlich Bayern, Württemberg und Hessen nicht übel Lust zu haben, von ihrem Rechte Gebrauch zu machen und dem zunächst einseitig von Preußen geschlossenen Vertrage ihre Zustimmung zu versagen. Bestärkt wurden die süddeutschen Staaten in ihrem Widerstande durch Oesterreich, das durch den preußisch-französischen Vertrag seine wirthschaftlichen und fast mehr noch seine politischen Interessen gefährdet glaubte. In einer nach Berlin gerichteten Denkschrift suchte die österreichische Regierung den Nachweis zu führen, daß jener Vertrag die Interessen Deutschlands und vor Allem Oesterreichs schädige, das doch mit dem Zollverein bereits in einem

älteren Vertragsverhältniß stehe, und verlangte zugleich die endgiltige Aufnahme Oesterreichs in den Zollverein, die nach dem Wortlaut der Abmachungen von 1853 für eine wenn auch unbestimmte Zukunft in Aussicht genommen war. Inzwischen hatte aber das preußische Abgeordnetenhaus, ohne sich, wie man in Oesterreich und Süddeutschland gehofft hatte, durch Parteirücksichten beirren zu lassen, den Handelsvertrag mit großer Mehrheit genehmigt, und am 2. August war derselbe durch die Unterschrift des Königs rechtsgiltig geworden; die preußische Regierung konnte jetzt also mit Recht erklären, sie sei an den Vertrag gebunden, und die Aufnahme Oesterreichs in den Zollverein verbiete sich dadurch von selbst, weil ja die österreichische Regierung den Handelsvertrag für unvereinbar mit ihren Interessen erachte.

Eine gleich feste und entschlossene Haltung zeigte die preußische Regierung auch den widerstrebenden süddeutschen Zollvereinsstaaten gegenüber. Während diese drohten, nach dem Ablauf der dritten Vertragsperiode (1865) aus dem Zollverein auszuscheiden, falls Preußen nicht den Wünschen Oesterreichs willfahre, erklärte die preußische Regierung, daß sie unter allen Umständen und selbst auf die Gefahr der Sprengung des Zollvereins hin an dem für Preußen wie für ganz Deutschland vortheilhaften Handelsvertrage mit Frankreich festzuhalten entschlossen sei. Wol wurden nun hier und da Befürchtungen rege, daß diese Sprengung in der That eintreten werde, aber diese Befürchtungen waren unbegründet; das augenscheinliche materielle Interesse überwog schließlich alle politischen Rücksichten und kleinlichen Eifersüchteleien, und während die süddeutschen Regierungen noch die Miene annahmen, als sei es ihnen Ernst mit ihren Drohungen, setzten sich die Bevölkerungen über alle Bedenken hinweg, und bereits im Oktober 1862 erklärte sich auf dem Handelstage zu München eine beträchtliche Mehrheit der süddeutschen Handelsinteressenten für den Vertrag.

Aber der Abschluß desselben hatte noch weitere segensreiche Folgen. Die bisher nur vereinzelt erhobene Forderung, durch Aufhebung des absoluten Vetos der einzelnen Zollvereinsmitglieder und durch Schaffung einer Centralbehörde und einer Art Volksvertretung für den Zollverein diesen letzteren auf gesicherte Grundlagen zu stellen und gegen Erschütterungen durch das Uebelwollen Einzelner zu schützen, gewann jetzt festere Gestalt. Eine im September in Weimar tagende freie Versammlung von Mitgliedern aller deutschen Volksvertretungen hatte diese Forderung zum Beschluß erhoben, der Münchener Handelstag folgte trotz des heftigen Einspruches seitens der Oesterreicher und der unversöhnlichen süddeutschen Preußenfeinde diesem Beispiel, und da die von dem preußischen Minister des Auswärtigen wieder in den Vordergrund gestellten Unionspläne durch jene Forderung unmittelbar unterstützt wurden, so durfte man hoffen, daß auch die preußische Regierung sich ihrer annehmen und bei der Erneuerung der Zollvereinsverträge im Jahre 1865 ihre Verwirklichung erstreben werde. — Das Vorgehen Preußens in der Zollvereinsangelegenheit hatte, wie wir sehen, neben vielfacher Billigung doch auch mancherlei Anfechtung und Widerspruch erfahren. Völlig ungetheilt aber war die Anerkennung, welche das gesammte deutsche Volk seiner Haltung in der kurhessischen Frage zollte, die eben damals wieder aufgetaucht war und alle Gemüther in Deutschland in Aufregung erhielt.

Wiederum hessische Wirren. Im Jahre 1855 war der gründlich gehaßte Minister Hassenpflug anläßlich eines persönlichen Zerwürfnisses mit einem Mitgliede des kurfürstlichen Hauses ungnädig entlassen worden. Inzwischen hatte jedoch der Kurfürst nach wenigen Jahren eines zwar verfassungswidrigen, aber wenigstens erträglichen Regiments von Neuem durch tyrannische Gelüste und Uebergriffe aller Art unleidliche, ja geradezu unwürdige Zustände in seinem Lande herbeigeführt. Wir wissen, wie das brave Hessenvolk von dem Ministerium Manteuffel im Stich gelassen und der Willkür des Kurfürsten überantwortet worden war. Jetzt aber hatte die preußische Regierung das schöne Wort König Wilhelm's: „Deutschland muß wissen, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist", zur Wahrheit gemacht und gemeinsam mit Oesterreich, welches der unerhörten Mißwirthschaft in Hessen gegenüber endlich gleichfalls aus seiner Zurückhaltung heraustrat, an den

Kurfürsten die wiederholte Aufforderung gerichtet, die zu Recht bestehende kurhessische Verfassung von 1831 anzuerkennen und ein geordnetes Regiment in seinem Lande einzuführen. Der Kurfürst hatte dieser Aufforderung, die er in Hinsicht auf das bisherige Verhalten Oesterreichs und Angesichts des sich in Preußen selbst vorbereitenden Verfassungskonflikts vielleicht für nicht allzu ernstlich halten mochte, keine Folge gegeben. Darauf erging von Preußen der Vorschlag an Oesterreich, falls eine nochmalige Mahnung nichts fruchte, gemeinschaftlich mit ihm gegen den Kurfürsten einzuschreiten, wogegen Oesterreich vorschlug, die Angelegenheit vor den Bundestag zu bringen.

Preußen gab diesem Verlangen nach und betheiligte sich an einer dem Bundestage am 8. März 1862 übergebenen Vorstellung; da es sich aber von den Beschlüssen in Frankfurt nicht abhängig machen wollte, erging von ihm auch noch eine direkte Aufforderung an den Kurfürsten. Es geschah dies in einem eigenhändigen Schreiben des Königs, das von dem General von Willisen nach Kassel gebracht wurde. Dem General ward jedoch von dem Kurfürsten in einer Weise begegnet, daß über dessen Absicht, den König zu beleidigen, kein Zweifel aufkommen konnte. Die preußische Regierung forderte darauf von dem Kurfürsten Genugthuung, und da dieser eine solche verweigerte, wurde der preußische Gesandte aus Kassel abberufen, und es erging an zwei Armeecorps der Befehl, sich in Marschbereitschaft zu setzen. Da aber die Regierung in Oesterreich das bewaffnete Einschreiten Preußens um jeden Preis zu verhindern wünschte, drängte sie jetzt den Bundesrath zu schleuniger Entscheidung über den ihm unterbreiteten preußisch-österreichischen Antrag; diese Entscheidung fiel, wie nicht anders zu erwarten, im Sinne des Antrages aus — nur Mecklenburg stimmte zu Gunsten des Kurfürsten — und dem gleichlautenden Verlangen Preußens, Oesterreichs und des Bundesrathes fügte sich endlich der Kurfürst. Er ließ durch einen General dem König Wilhelm ein Schreiben überreichen, in welchem er um Verzeihung bat und das Versprechen gab, die alte Verfassung unverzüglich wieder einführen zu wollen. Das neue Ministerium, welches er gleichzeitig berief, wurde in der That mit dieser Aufgabe betraut, aber in seinem Zorn über den ihm angethanen Zwang erschwerte ihm der Kurfürst die Lösung derselben in so gehässiger, unwürdiger Weise, daß die preußische Regierung sich einige Monate später noch einmal zu energischem Einschreiten genöthigt sah.

Ein preußischer Feldjäger in Kassel. Die Art und Weise, wie dies geschah, kennzeichnete den energischen Mann, der inzwischen an die Spitze der preußischen Regierung getreten war: durch einen einfachen Feldjäger ließ Bismarck den Kurfürsten an die Erfüllung seiner Verpflichtungen mahnen. Die verständliche Drohung, daß nöthigenfalls preußische Truppen dem Feldjäger auf dem Fuße folgen würden, und daß die preußische Regierung sich unter Umständen zu Zwangsmaßregeln gegen die Person des Kurfürsten veranlaßt sehen könnte, hatte endlich Erfolg; der Kurfürst wagte sich der Wiedereinführung der Verfassung von 1831 nicht länger zu widersetzen, und mit dem Jahre 1863 begann auch das so lange und so arg gepeinigte Hessenvolk wieder die Wohlthaten einer geordneten, verfassungsmäßigen Staatsverwaltung zu genießen.

Kredit zur Verstärkung der preußischen Flotte. Die Haltung der preußischen Regierung in der vielfach ähnlichen, aber doch ungleich schwierigeren und verwickelteren schleswig-holsteinischen Frage haben wir weiter unten im Zusammenhange zu betrachten; hier sei nur erwähnt, daß das Ministerium Hohenlohe-von der Heydt im Sommer 1862 vom preußischen Abgeordnetenhause eine außerordentliche Bewilligung zur Verstärkung der preußischen Kriegsflotte gefordert, und daß diese unzweideutig gegen Dänemark gerichtete Maßregel ebenso wie die gleichzeitig trotz des heftigen Widerspruchs Oesterreichs erfolgte Anerkennung des jungen nationalen Königreichs Italien nicht nur vom preußischen, sondern vom gesammten deutschen Volke mit freudigem Beifall begrüßt worden war.

Alles dies war recht erfreulich und wohl geeignet, der Hoffnung, daß die preußische Regierung sich endlich zu einer energischeren, ausgesprochen nationalen Politik aufraffen

werde, neue Nahrung zu geben. Aber Angesichts des grellen Widerspruches, in welchem, scheinbar wenigstens, die gleichzeitige innere Politik Preußens zu diesem nationalen Aufschwunge stand, Angesichts der unabweisbaren Wahrnehmung, wie dieselbe Regierung, „die überall in Deutschland das Recht zu schützen bereit war", mit der Volksvertretung des eigenen Landes sich mehr und mehr in einen scheinbar unlösbaren Konflikt verwickelte, und vollends Angesichts des letzten Ministerwechsels im September, durch welchen „ein Junker, ein Feudaler, ein Reaktionär" an die Spitze der preußischen Staatsleitung gelangt war — schwanden die kaum angeregten Hoffnungen wieder in ein Nichts zusammen, und enttäuscht, bitter enttäuscht, verzichteten die Männer, denen die Einigung Deutschlands am Herzen lag, für die Verwirklichung ihres sehnsüchtig erstrebten Zieles auf die Mitwirkung des Staates, dessen Politik fortan ein Bismarck zu leiten berufen war.



Geburtshaus des Fürsten Otto von Bismarck zu Schönhausen.

Otto von Bismarck, der neue Leiter der preußischen Politik.

Ein Junker, ein Feudaler, ein Reaktionär war Bismarck nach der Ansicht der großen Mehrheit des preußischen wie des deutschen Volkes. Was er als Mitglied des vereinigten Landtages, der preußischen Nationalversammlung und des Erfurter Parlaments mit so rücksichtsloser Offenheit als seine Ueberzeugung ausgesprochen hatte, das fürchtete man hier und hoffte man dort von ihm nunmehr in Thaten umgesetzt zu sehen. „Das kaufmännische Intermezzo hat ein Ende!" rief frohlockend die Kreuzzeitungspartei, als Herr von der Heydt von der Leitung des Ministeriums zurücktrat und der Staatsanzeiger die königliche Verordnung publizirte, laut welcher Bismarck zum Vorsitzenden des Ministeriums berufen war; des Jubels über die sichtliche Rückkehr zu den guten alten Zeiten der Reaktion war hier kein Ende, und es mußte für die Liberalen doch nur ein schlechter Trost sein, wenn sie sich sagten: „Nun gut, sei es denn, je toller desto besser! Um so schneller und entscheidender wird wieder der Umschwung eintreten und uns, die wir das ganze Volk hinter uns haben, der Sieg zu Theil werden." Aber bei all diesen Hoffnungen auf der einen und bei all diesen Befürchtungen auf der andern Seite hatte man nur Eines nicht bedacht: der Junker von ehemals hatte Vieles gelernt und Vieles vergessen. Er war ein Anderer geworden, seitdem ihn seine diplomatische Laufbahn aus dem engen Kreise seiner einstigen Gesinnungsgenossen hinausgeführt, seit er die Verhältnisse und die Menschen, die er einst nach vorgefaßten Meinungen und Ueberzeugungen beurtheilt, aus der Nähe und aus eigener persönlicher Anschauung kennen und erkennen gelernt hatte.

Ein kurzes zusammenhängendes Lebensbild des Mannes, der fortan den Mittelpunkt der preußischen und der deutschen, ja bald auch der gesammten europäischen Politik bilden sollte, wird dem Leser an dieser Stelle willkommen sein.

Otto von Bismarck, am 1. April 1815 geboren, entstammt einem brandenburgischen Adelsgeschlechte. Sein Vater, Rittmeister a. D. und Besitzer des Rittergutes Schönhausen in der Altmark, war ein ehrenfester, tüchtiger Mann, seine Mutter, die Tochter eines hohen bürgerlichen Beamten, des Kabinetsrathes Mencken, galt als eine feingebildete, kluge und an Geist und Herz hervorragend begabte Frau. Der Knabe verlebte seine erste Jugendzeit nicht an dem Orte seiner Geburt, in Schönhausen, sondern in der Provinz Pommern, wo seine Eltern im Jahre 1816 von einem Vetter die Lehnrittergüter Kniephof, Jarchelin und Külz im Kreise Naugard geerbt hatten. Von seiner Mutter frühzeitig für die diplomatische Laufbahn bestimmt, wurde er bereits im Jahre 1822 der Plamann'schen Erziehungsanstalt in Berlin übergeben, trat fünf Jahre später in die Tertia des Berliner Friedrich-Wilhelm's-Gymnasiums ein und ging endlich 1830 an das Gymnasium zum „Grauen Kloster" über. Hier wie dort zeigte er sich als fleißiger Schüler, namentlich wandte er der vaterländischen Geschichte und dem Sprachunterricht lebhaftes Interesse zu.

Mit siebzehn Jahren hatte Otto von Bismarck das Gymnasium absolvirt und bezog nun die Universität Göttingen, wo er drei Semester blieb, flott gelebt, wenig studirt und die meiste Zeit auf dem Fechtboden und im Kreise lustiger Kameraden verbracht haben soll. Die Freiheit und Ungebundenheit des studentischen Lebens in vollen Zügen genießend und durch kraftvollen Körper und gesunden Sinn gegen die Gefahren des Uebermaßes geschützt, gab er sich dem lustigen, burschikosen Treiben, das seinem frischen, jovialen Wesen zusagte, mit ganzer Seele hin, und wie er als Reiter, Schwimmer und Jäger seinesgleichen suchte, so galt er auch als der Tüchtigsten einer auf der Mensur; mit Stolz nannten ihn seine Corpsbrüder „Achilleus", und selbst den Muthigsten verging endlich die Lust, mit ihm anzubinden.

Aber jedes Ding hat seine Zeit, so dachte auch Otto von Bismarck, als er im Herbst 1833 Göttingen mit Berlin vertauschte, um durch Fleiß und regelmäßiges Besuchen der Vorlesungen das in den ersten Semestern Versäumte nachzuholen und sich auf das erste juristische Examen vorzubereiten. Nachdem er dasselbe rechtzeitig und glücklich bestanden, arbeitete der junge Jurist seit Ostern 1835 zunächst als Auskultator beim Berliner Stadtgericht, trat aber im folgenden Jahre aus der Justiz in die Verwaltung über und wurde als Referendar den Regierungsbureaux zu Aachen überwiesen. Von dort ließ er sich im Jahre 1837 an die Regierung zu Potsdam versetzen, wo er im Jahre 1838 zugleich bei den Gardejägern eintrat, um seiner Militärpflicht zu genügen. Aber ehe noch sein Dienstjahr um war, siedelte er nach Greifswalde über, weil er sich dort an der landwirthschaftlichen Akademie Eldena nebenher einige Fachkenntnisse erwerben wollte, um nöthigenfalls auch zur Uebernahme eines der väterlichen Güter befähigt zu sein. Bei dem in Greifswalde garnisonirenden Jägerbataillon leistete er seine Dienstpflicht vollständig ab und ward darauf zum Offizier der Landwehr befördert. — Im Sommer 1839 trat Bismarck die Verwaltung der pommerschen Güter an, zunächst gemeinsam mit seinem älteren Bruder Bernhard, 1841 aber übernahm Jener für sich allein Külz, Otto Kniephof und Jarchelin. Die Eltern hatten sich wieder nach Schönhausen zurückgezogen, wo der Vater bis zu seinem Tode (1845) lebte, während die Mutter bereits am 1. November 1839, und zwar in Berlin gestorben war.

Vierundzwanzig Jahre alt, wirthschaftete Otto von Bismarck auf Kniephof, das er durch Umsicht und Thätigkeit aus drückenden Verhältnissen rasch in die Höhe brachte. Aber die Einförmigkeit des Landlebens und die geringe Abwechselung, welche der oft etwas tolle und wüste Verkehr mit den umwohnenden Gutsnachbarn bot, vermochte seinem gährenden Thatendrang auf die Dauer nicht zu genügen. Zuweilen führte er an seines Bruders Statt die landräthliche Verwaltung, trat vorübergehend als Kreisdeputirter und Abgeordneter des Provinziallandtages auf, versuchte sich auch wieder einmal auf kurze Zeit als

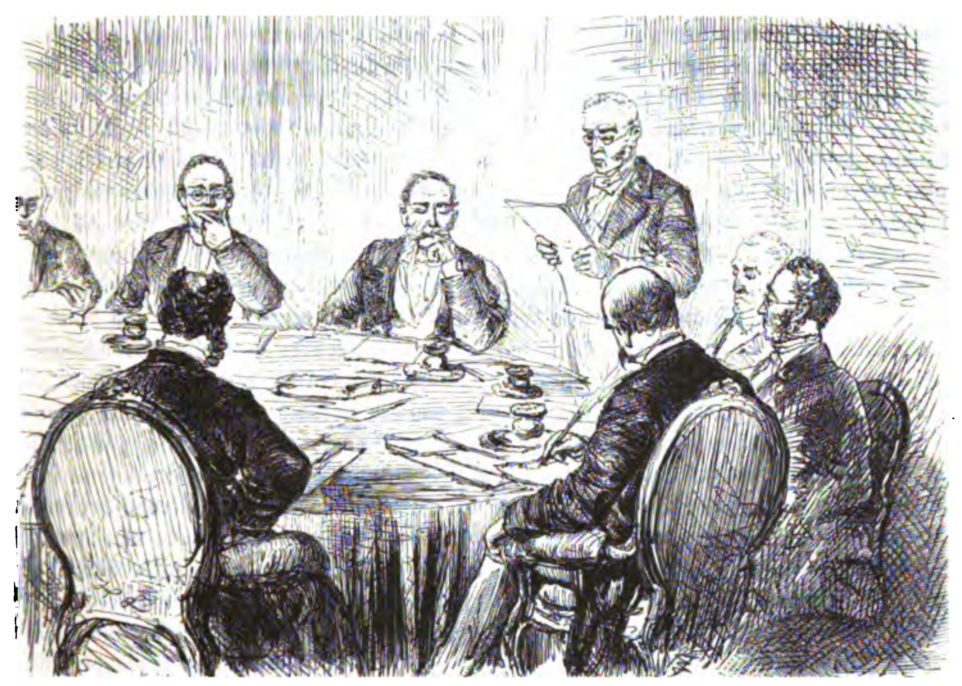
Regierungsreferendar in Potsdam und that inzwischen wiederholt bei dem vierten Ulanenregiment in Treptow und Greiffenberg Dienste. Hier erwarb er sich bei Gelegenheit einer militärischen Uebung, die er als Landwehroffizier mitmachte, seinen ersten Orden — die Rettungsmedaille am Bande: er hatte mit eigener Lebensgefahr seinen Reitknecht vom Tode des Ertrinkens gerettet. Nach Ableben seines Vaters (1845) erhielt Otto von Bismarck außer Kniephof auch das Stammgut Schönhausen, und es begann in jener Zeit seine politische und parlamentarische Thätigkeit; er wurde Deichhauptmann, Mitglied des sächsischen Provinziallandtages und (1847) des vereinigten Landtages in Berlin.

Bismarck als Abgeordneter zum Landtag. Auf dem vereinigten Landtage von 1847 war Otto von Bismarck noch ein halb mittelalterlicher Recke — einer der radikalsten, aber auch einer der geistvollsten Vertreter der sogenannten Junkerpartei. Gleich seine erste Aeußerung erregte einen Sturm des Unwillens, und doch hatte er im Grunde nicht ganz Unrecht mit der Behauptung, es zieme sich nicht, die Berechtigung der Nation zu einem größeren Maß von Freiheit daraus herzuleiten, daß sie im Jahre 1813 die Schmach der Fremdherrschaft unerträglich gefunden habe. Bezeichnend war es, daß er dem „christlichen Staat" nach Stahl's Anschauung das Wort redete, den nur die „unbeschränkte Krone" überglänzen sollte, daß er die Patrimonialgerichtsbarkeit und den Innungszwang vertheidigte. Ja, er bekämpfte sogar einzelne Gesetzentwürfe des Ministeriums Manteuffel, weil sie ihm noch zu freisinnig dünkten! Bei Alledem erregten seine Reden Aufsehen durch ihre innere Kraft, durch ihre untadelhafte Logik und durch den vornehmen Ton seiner Kampfweise; er machte bereits den Eindruck einer fertigen Persönlichkeit. Die herausfordernde, bald Unwillen, bald Heiterkeit hervorrufende Sprache läßt sich leicht aus der Erbitterung über die zahlreichen und heftigen Angriffe, denen er und seine Gesinnungsgenossen damals ausgesetzt waren, erklären. Er glaubte es seinem Stande schuldig zu sein, gegen eine demselben ungünstige Zeitströmung mit allen Mitteln anzukämpfen, und daß er dabei seine Worte nicht immer auf die Wagschale legte, das beruhte in seinem kraftvoll geraden Wesen. Seine Aussprüche aus jener und späteren Zeiten, seine Drohungen wie die, welche er einmal dem liberalen Bürgerthum hinwarf, „daß die großen Städte von der Erde vertilgt werden müßten, weil sie die Herde der Revolution seien", wollen unter diesem Gesichtspunkte aufgefaßt werden und sind nicht eben wörtlich zu nehmen.

Als die Wogen der Bewegung von 1848 über Deutschland zusammenschlugen, hatte Bismarck kurz zuvor seinen Hausstand gegründet, indem er sich am 28. Juli 1847 zu Reinfelden in Pommern mit Fräulein Johanna von Puttkamer vermählt hatte. Aber trotzdem glaubte er sich jetzt am wenigsten vom politischen Schauplatze zurückziehen zu dürfen. Nach den Märztagen in die preußische Nationalversammlung gewählt, entfaltete er hier, in politischen Vereinen und gelegentlich selbst in der Presse eine bemerkenswerthe Thätigkeit im Sinne der strengsten konservativen, ja reaktionären Parteirichtung. Mit dem 26. Februar 1849 begann darauf für ihn ein ernsteres, zielbewußteres parlamentarisches Wirken. An diesem Tage wurde, wie wir wissen, in Berlin der Landtag eröffnet, welcher die vom Könige oktroyirte Dezemberverfassung berathen und revidiren sollte, und Bismarck, der wiederum ein Mandat für das Abgeordnetenhaus erhalten hatte, trat schon damals, in einer der ersten Sitzungen desselben, mit einer Aeußerung hervor, die lebhaft an seinen später so berühmt gewordenen Ausspruch erinnert, daß die Einheit Deutschlands nur durch Blut und Eisen herzustellen sei. „Der Prinzipienstreit", sagte er nämlich, „der Europa in seinen Grundfesten erschüttert hat, wird nicht durch parlamentarische Debatten entschieden; über kurz oder lang muß der Gott, der die Schlachten lenkt, die eisernen Würfel der Entscheidung darüber werfen."

Derselbe entschlossene Geist, zugleich aber auch die erste Ahnung, daß Preußen die Herbeiführung der Einheit Deutschlands vorbehalten und beschieden sei, spricht aus seiner Rede vom 6. September 1849, die er gegen das Dreikönigsbündniß und die von Radowitz

eifrig geförderten preußischen Unionsbestrebungen hielt. — Der Frankfurter Reichsverfassung hatte Bismarck nicht zugestimmt, weil sie von dem Grundsatze der Volkssouveränetät ausgehe und deshalb mit der in Deutschland und vor Allem in Preußen allein historisch berechtigten monarchischen Anschauung nicht vereinbar sei. Damals billigte er sogar das schmähliche Abkommen von Olmütz, welches er später so furchtbar gerächt hat; ja in seiner großen Rede vom 3. Dezember 1850 (im Erfurter Parlament) forderte er ausdrücklich, daß Preußen sich Oesterreich unterordne, da es gelte, im Bunde mit diesem vor Allem die Demokratie niederzuwerfen.



Bismarck in der Bundestagssitzung.

Bismarck in Frankfurt. Das Auftreten Bismarck's in der Kammer hatte die Aufmerksamkeit der maßgebenden Kreise auf ihn gelenkt. Im Mai 1851 ernannte ihn Friedrich Wilhelm IV. unter dem Titel eines Geheimen Legationsrathes zum Gesandtschaftssekretär und drei Monate später an Stelle des Herrn von Rochow zum bevollmächtigten Gesandten Preußens am Bundestage, den die reaktionäre Politik Oesterreichs kurz zuvor wieder zu neuem Leben erweckt hatte. Aber wie anders, als er sich ihn vorgestellt hatte, fand Bismarck aus eigener, persönlicher Anschauung den Bund, dessen Lobredner er als Anhänger der Manteuffel'schen Politik bisher gewesen war. Er überzeugte sich bald, daß man in Wien nur darauf bedacht war, Preußen niederzuhalten und Deutschland den österreichischen Interessen dienstbar zu machen; er erkannte, daß es im eigenen und in Deutschlands Interesse die Pflicht Preußens sei, gegen diese Politik anzukämpfen und Deutschland oder wenigstens Norddeutschland dem Drucke derselben zu entziehen, und in ihm bestärkte sich die Ueberzeugung immer mehr, daß dies nur geschehen könne bei voller Geltendmachung der Großmachtsstellung Preußens, durch Hineinziehung Norddeutschlands in seine Machtsphäre und nöthigenfalls vollständigen, offenen Bruch mit Oesterreich, wengemäß [illegible] Bestreben widersetze. Ja, der einst begeisterte Anhänger des Bundes ver[illegible] P[illegible] seine [illegible] Frankfurt bald in den entschiedensten Gegner desselben; es fiel ihm hier, nach[illegible] es sich diesem [illegible] handelte sich in [illegible] seinen eigenen Worten, wie Schuppen von den Augen.

Die politische Richtung des Ministeriums Manteuffel, welche er in Frankfurt zu vertreten hatte, legte Bismarck zunächst allerdings einige Rücksichten auf; er konnte und durfte mit seiner so vollständig geänderten Ueberzeugung nicht offen hervortreten; aber er mochte es sich gleichwol nicht versagen, die volle Gleichberechtigung Preußens mit Oesterreich bei jeder Gelegenheit zu betonen und seine Ueberzeugung von derselben auch durch Aeußerlichkeiten, durch sein Auftreten, ja selbst durch die Art und Weise seines persönlichen Verkehrs mit den hochmüthigen Vertretern der österreichischen Präsidialmacht zum Ausdruck zu bringen.

Als dann mit dem Beginn der neuen Aera in Preußen ein etwas kräftigerer und energischerer Zug in die deutsche Politik Preußens zu kommen schien, da trat auch Bismarck aus seiner bisher bewahrten Zurückhaltung mehr und mehr heraus. Lebhaft erklärte er sich gegen die in Süddeutschland und selbst in manchen durchaus nicht konservativen Kreisen Preußens so leidenschaftlich geforderte Theilnahme oder bewaffnete Vermittlung Preußens bei dem Kriege Oesterreichs gegen Frankreich und Italien im Jahre 1859. „Bei einem Kampfe gegen die Franzosen", schreibt er am 2. Juli 1859, „wird uns Oesterreich, nachdem wir die Last von seinen Schultern genommen haben, so viel beistehen oder auch nicht beistehen, wie es seine eigenen Interessen mit sich bringen; daß wir eine sehr glänzende Siegerrolle spielen, wird es gewiß nicht zugeben." Daß Bismarck seiner Regierung sogar gerathen habe, mit Frankreich gegen Oesterreich gemeinsame Sache zu machen und die Gunst des Augenblicks zu benutzen, um eine zielbewußte preußisch-deutsche Politik ins Werk zu setzen, ist nicht erwiesen und auch kaum wahrscheinlich; daß aber ein solcher Verdacht gegen ihn rege werden konnte, war bezeichnend für die Stellung, in die er dem Bundestage und zum Theil auch den süddeutschen Regierungen gegenüber gerathen war. Jedenfalls hing die plötzlich und wider seinen Willen erfolgte Versetzung Bismarck's als preußischer Gesandter an den Petersburger Hof mit diesem gegen ihn laut gewordenen Verdachte zusammen.

Bismarck in Petersburg und in Paris. Für die preußische Regierung der neuen Aera waren damals noch andere Rücksichten maßgebend; war dieselbe auch, was aus der Ernennung des Herrn von Usedom zum Bundestagsgesandten an Bismarck's Stelle mit einiger Deutlichkeit hervorging, mit einer energischen Vertretung der preußischen Interessen Oesterreich gegenüber durchaus einverstanden, so wies sie doch damals den Gedanken eines offenen Bruches mit dem Kaiserstaat oder gar eines feindlichen Vorgehens gegen denselben noch ganz entschieden zurück. — Aber auch in Petersburg fand Bismarck ein geeignetes Feld für erfolgreiche Thätigkeit. Er verstand es, am russischen Hofe jene guten Beziehungen zu Preußen zu pflegen, welche Deutschland durch die rückhaltslose Neutralität Rußlands während der Kriege von 1866 und 1870 so nützlich geworden sind. Daß er dabei die weitere Entwicklung der Dinge in Deutschland nicht aus den Augen verlor, davon zeugen seine mehrerwähnten Privatbriefe aus Petersburg und vor Allem jene im Jahre 1861 dem König Wilhelm überreichte Denkschrift, in welcher er seine Ansicht über den Stand der deutschen Frage und über das Verhältniß Preußens zu derselben auseinandersetzte. Der genaue Inhalt jener Denkschrift ist bisher nicht bekannt geworden, aber es läßt sich wol annehmen, daß sie im Wesentlichen die in seinen Privatbriefen ausgesprochenen Grundgedanken enthielt, und daß sie auf seine spätere Berufung an das Staatsruder von entscheidendem Einfluß gewesen ist.

Daß diese Berufung bereits im März 1862 erfolgen sollte, daß sie auf den Wunsch Bismarck's, der sich darauf zunächst für einige Zeit als preußischer Gesandter an den Hof Napoleon's begab, unterblieb und erst im September desselben Jahres zur Thatsache wurde, das Alles haben wir am geeigneten Orte bereits erwähnt. Sehen wir jetzt zu, wie der große Staatsmann der schwierigen Aufgabe, zu deren Lösung ihn das Vertrauen seines Königs berief, sich gegenüber stellte, und wie er sie, angefeindet, verleumdet und verdächtigt selbst von Denen, welche das gleiche Ziel erstrebten, unter schweren Kämpfen und Erschütterungen zwar, aber doch über alles Erwarten schnell und glänzend zu Ende führte.

Das Ministerium Bismarck.

Wäre die Erregtheit in Preußen über den Verfassungskonflikt und über die Mittel, deren sich die Regierung zur gewaltsamen Lösung desselben bedienen zu wollen schien, nicht so groß gewesen, wie es leider der Fall war, so würde man sich bald der Wahrnehmung nicht haben verschließen können, daß wenigstens in der auswärtigen Politik seitens des Ministeriums Bismarck gerade das Gegentheil von dem geschah, was die reaktionäre Partei gehofft und die liberale Partei gefürchtet hatte. Oesterreich, das inzwischen (seit Februar 1861) durch Einführung einer Art Gesammtverfassung wieder in die Reihe der konstitutionellen Staaten eingetreten war, hatte bereits im Sommer 1862 den Bundesreformplan Beust's mit einigen Aenderungen, wie sie dem Sonderinteresse Oesterreichs entsprachen, wieder aufgenommen und Preußen zur Theilnahme an Verhandlungen über denselben eingeladen. Mit dem Bemerken, daß sie jeder Reform oder Weiterbildung des bestehenden Bundesverhältnisses grundsätzlich abgeneigt sei, hatte die preußische Regierung wiederum ablehnend geantwortet, und der Bundestag hatte darauf den ihm vorgelegten österreichischen Antrag in einen Ausschuß verwiesen. Das neue Reformprojekt, das, ebenso wie das Beust'sche, im Wesentlichen nur auf die Berufung einer Delegirtenversammlung von Abgeordneten der einzelstaatlichen Landtage hinauslief, die dem Bundesrath mit berathender Stimme zur Seite stehen sollte, vermochte dem berechtigten Anspruch der deutschen Nation auf Theilnahme an der Leitung ihrer gemeinsamen Angelegenheiten auch nicht entfernt zu genügen, und der bereits erwähnte Abgeordnetentag in Weimar, der Nationalverein und selbst eine Anzahl deutscher Regierungen sprachen sich deshalb offen gegen dasselbe aus. Aber auch an Fürsprechern fehlte es dem österreichischen Vorschlage nicht. Der großdeutsche „Reformverein", der im bewußten Gegensatz zu dem kleindeutschen Nationalverein von süddeutschen Liberalen ins Leben gerufen und seit dem Beginn der Verfassungskrisis in Preußen in sichtlichem Aufschwung begriffen war, nahm sich des österreichischen Delegirtenprojekts auf das Wärmste an, und da auch sonst viele Anzeichen dafür sprachen, daß die großdeutsche Partei im Erstarken, die kleindeutsche im Rückgange begriffen sei, so glaubte Oesterreich sich über die Ablehnung Preußens hinwegsetzen zu dürfen und bestand auf der Berathung seines Reformvorschlages im Plenum des Bundesraths.

Bismarck's Erklärung an Graf Karolyi. So lagen die Dinge, als Bismarck am 23. September 1862 den Vorsitz im preußischen Ministerium und am 8. Oktober zugleich auch das Ministerium des Auswärtigen übernahm, und bald darauf hatte der österreichische Gesandte in Berlin, Graf Karolyi, von einem ganz unerwarteten, ganz unerhörten Umschwung zu berichten, der mit dem Amtsantritt des neuen Ministers des Auswärtigen in Sachen der deutschen Politik in Preußen eingetreten sei. Bismarck hatte nämlich in einer ernsten Unterredung mit dem österreichischen Botschafter diesem die überraschendsten Eröffnungen gemacht; er hatte auf die freundliche Haltung hingewiesen, die Preußen Oesterreich gegenüber seither beobachtet, die aber österreichischerseits eine entsprechende Erwiderung nicht gefunden habe; er hatte betont, daß Preußen als Großmacht es nicht zugeben könne, daß Fragen von solcher Wichtigkeit wie das Delegirtenprojekt gegen den ausgesprochenen Willen der preußischen Regierung durch Majoritätsbeschlüsse des Bundesrathes entschieden würden und daß man auch nur die Miene annehme, als könne Preußen nöthigenfalls gezwungen werden, sich solchen Beschlüssen zu unterwerfen. Eine solche Kompetenzüberschreitung seitens des Bundes, hatte Bismarck erklärt, würde die preußische Regierung einfach als einen Bruch der Bundesverträge erachten und dann den eigenen Interessen gemäß handeln. In einem solchen Falle könne es wol geschehen, daß der Bundestagsgesandte Preußens abberufen würde, ohne einen Nachfolger zu erhalten, und ohne daß deshalb die preußischen Truppen die Festungen des Bundes verließen. Eine schleunige Aenderung in der Haltung

Oesterreichs sei deshalb dringend wünschenswerth, wenn Preußen nicht zur Einschlagung anderer Bahnen gezwungen werden sollte.

Der Bericht, den Graf Karolyi über diese Unterredung nach Wien sandte, schien dort keinen großen Eindruck zu machen; die Herren in der Hofburg und selbst Graf Rechberg, der österreichische Minister des Auswärtigen, der doch als früherer Präsidialgesandter am Frankfurter Bundestag mit Bismarck vielfach in Berührung gekommen war, mochten sich von dem Ernst der Erklärungen des preußischen Ministers nicht überzeugen. Durch den österreichischen Gesandten in Petersburg, Graf Thun, ließ zwar der österreichische Minister dem Herrn von Bismarck eine persönliche Besprechung wegen des Delegirtenprojekts anbieten, doch ließ er zugleich erklären, daß Oesterreich nicht ohne gesichertes Aequivalent auf die weitere Verfolgung seines Antrages verzichten könne, und daß man deshalb eine bindende Zustimmungserklärung in diesem Sinne zur Vorbedingung für die angebotene Besprechung machen müsse. Selbstverständlich unterblieb dieselbe infolge dessen ganz und gar, denn mit Fug und Recht verweigerte Bismarck eine solche Erklärung.

Bald darauf (18. Dezember) legte der mit der Vorberathung des österreichischen Reformprojekts beauftragte Ausschuß des Bundesrathes dasselbe dem Plenum des Bundesrathes vor und befürwortete seine Annahme. Die energische Verwahrung, welche der preußische Bundestagsgesandte von Sydow dagegen einlegte, hielt zwar die Bundesversammlung nicht zurück, in die Berathung des Antrages einzutreten, aber diese Verwahrung wie überhaupt die energische Haltung der preußischen Regierung in dieser Frage blieb doch im entscheidenden Augenblicke nicht ohne Einfluß: bei der Abstimmung am 22. Januar 1863 erklärten sich wirklich nur 7 Stimmen für das Projekt und 9 dagegen; mit einer wenn auch knappen Mehrheit hatte Preußen gesiegt.

Besondere Bedeutung gewann dieser Sieg durch die ausführliche, überraschende Erklärung, mit welcher Herr von Sydow im Auftrage der preußischen Regierung sein ablehnendes Votum begründet hatte. „Schon im Hinblick auf die materielle Untauglichkeit und Halbheit der Vorschläge“, hieß es darin, „sei die preußische Regierung verhindert, denselben zuzustimmen; Ausschüsse der Landesvertretungen mit so beschränkten berathenden Befugnissen, wie die beantragten, würden eine praktisch ganz bedeutungslose Einrichtung sein, nur geeignet, den ohnehin schon schwerfälligen Geschäftsgang der Bundesversammlung noch schwerfälliger zu machen, und nur in einer Vertretung, welche nach Maßgabe der Bevölkerungszahl jedes Bundesstaates aus unmittelbaren Volkswahlen hervorgehe, könne die deutsche Nation das berechtigte Organ ihrer Einwirkung auf die Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten erblicken.“

Bismarck's Cirkulardepesche vom 24. Januar 1863. In Oesterreich erhob man freilich ob der Vereitelung des Delegirtenprojekts durch Preußen großen Lärm; man drohte sogar, daß man trotz des ablehnenden Bundesbeschlusses keineswegs gesonnen sei, dasselbe ohne Weiteres fallen zu lassen, und veranlaßte dadurch den preußischen Minister, auch seinerseits noch einmal den preußischen Standpunkt mit aller Schärfe zu betonen. Es geschah dies in einer Cirkulardepesche vom 24. Januar 1863, in welcher Bismarck allen Vertretern Preußens von seiner Unterredung mit Graf Karolyi Nachricht gab und zugleich die Berechtigung des von ihm eingenommenen Standpunktes ausführlich zu begründen versuchte. Der Minister weist an der besonders bedeutsamen Stelle derselben zuerst auf die freundlichen Beziehungen hin, die vor den Ereignissen von 1848 eine Zeit lang zwischen Preußen und Oesterreich bestanden hätten; dann fährt er fort: „Ich habe es unerörtert gelassen, durch wessen Schuld analoge Beziehungen nach der Rekonstituirung des Bundestages nicht wieder zu Stande gekommen sind, weil es mir nicht auf Rekriminationen für die Vergangenheit, sondern auf eine praktische Gestaltung der Gegenwart ankommt. In letzterer finden wir gerade in den Staaten, mit welchen Preußen der geographischen Lage nach auf Pflege freundschaftlicher Beziehungen besonders Werth legen muß, einen zur

Opposition gegen uns aufstachelnden Einfluß des kaiserlichen Kabinets mit Erfolg geltend gemacht. Ich gab dem Grafen Karolyi zu erwägen, daß Oesterreich auf diese Weise zum Nachtheil für die Gesammtverhältnisse im Bunde die Sympathien der Regierungen jener Staaten vielleicht gewinne, sich aber diejenigen Preußens entfremde. Der kaiserliche Gesandte tröstete sich hierbei mit der Gewißheit, daß in einem für Oesterreich gefährlichen Kriege beide Großstaaten sich dennoch unter allen Umständen als Bundesgenossen wiederfinden würden. In dieser Voraussetzung liegt meines Erachtens ein gefährlicher Irrthum, über welchen vielleicht erst im entscheidenden Augenblicke eine für beide Kabinete verhängnißvolle Klarheit gewonnen werden würde, und habe ich deshalb den Grafen Karolyi dringend gebeten, demselben in Wien nach Kräften entgegenzutreten. Ich habe hervorgehoben, daß schon im letzten Italienischen Kriege das Bündniß für Oesterreich nicht in dem Maße wirksam gewesen sei, wie es hätte der Fall sein können, wenn beide Mächte sich nicht in den vorhergehenden acht Jahren auf dem Gebiete der deutschen Politik in einer schließlich nur für Dritte Vortheil bringenden Weise bekämpft und das gegenseitige Vertrauen untergraben hätten. Dennoch seien damals in dem Umstande, daß Preußen die Verlegenheiten Oesterreichs in dem Jahre 1859 nicht zum eigenen Vortheile ausgebeutet, die Nachwirkungen der früheren intimeren Verhältnisse unverkennbar gewesen. Sollten aber letztere sich nicht neu anknüpfen und beleben lassen, so würde unter ähnlichen Verhältnissen ein Bündniß Preußens mit einem Gegner Oesterreichs eben so wenig ausgeschlossen sein, als im entgegengesetzten Falle eine neue und feste Verbindung beider deutschen Großmächte gegen gemeinschaftliche Feinde. Ich wenigstens würde mich, wie ich dem Grafen Karolyi nicht verhehlte, unter ähnlichen Umständen nie dazu entschließen, meinem allergnädigsten Herrn zur Neutralität zu rathen; Oesterreich habe die Wahl, seine gegenwärtige antipreußische Politik mit dem Stützpunkte einer mittelstaatlichen Koalition fortzusetzen, oder eine ehrliche Verbindung mit uns zu suchen."

Aber so wenig die Sprache des preußischen Ministers an Deutlichkeit zu wünschen übrig ließ, so wenig die Zugeständnisse, welche er nicht nur dem nationalen, sondern auch dem freiheitlichen Drange des deutschen Volkes verhieß, hinter dem zurückblieben, was als das gemeinsame Ziel Aller gelten konnte — irgend welche Anerkennung vermochte er doch nirgends zu finden. In den Kreisen der mittelstaatlichen Regierungen und ihres preußenfeindlichen Anhanges war man empört und entrüstet über die Schroffheit, mit welcher Bismarck den Ausschluß Oesterreichs aus dem neu zu errichtenden Bunde forderte und den spezifisch preußischen Charakter desselben betonte, und die freisinnigen liberalen Parteien im Norden wie im Süden Deutschlands, die unter gewöhnlichen Umständen dem Vorgehen Bismarck's vielleicht gern und freudig zugestimmt hätten, konnten und wollten sich Angesichts der schweren Verfassungskrisis in Preußen, für welche man einzig und allein die Regierung verantwortlich machen zu müssen glaubte, nicht dazu entschließen.

Statt, wie es richtig gewesen wäre, die innere Politik Preußens unter dem Gesichtspunkte der äußeren zu betrachten und in dieser die Motive für jene zu suchen, betrachtete man vielmehr umgekehrt die auswärtige Politik unter dem Gesichtspunkte der inneren und gelangte deshalb zu einem ganz falschen Urtheil über beide. Man hielt den Freisinn und die starke Betonung des nationalen Gedankens nach außen hin für eitel Trug und Schein, nur darauf berechnet, die Aufmerksamkeit von der inneren Politik Preußens abzulenken, durch welche die Verfassung aufs Schwerste verletzt und die Rechte des Landes von Grund aus mißachtet würden; mancher aufrichtig liberale und patriotische Mann würde sich etwas zu vergeben geglaubt haben, indem er die nach seiner inneren Ueberzeugung vielleicht richtige und berechtigte auswärtige Politik des Mannes offen gebilligt hätte, der dem eigenen Lande gegenüber den Grundsatz: „Macht geht vor Recht" zur Richtschnur seiner Politik gewählt zu haben schien. Allgemein war selbst bei den wohlwollendsten Freunden Preußens die Ansicht verbreitet, daß die preußische Regierung durch den Eintritt Bismarck's in

dieselbe des Anspruches auf die Führung in Deutschland für lange Zeit verlustig gegangen sei, und daß es vieler Jahre bedürfen werde, um dem preußischen Staate das schwer erschütterte Vertrauen des freisinnigen deutschen Volkes wieder zu erwerben.

Die Verfassungszustände und die Lage in Preußen. Und in der That, um den inneren Frieden sah es in jenen Tagen gar traurig aus! Der bisher auf die Frage der Heeresreorganisation beschränkte Konflikt griff unter dem energischen Vorgehen Bismarck's allmählich auf das gesammte Verfassungsleben hinüber und entwickelte sich bald zu einer Schärfe, daß selbst die schlimmsten Befürchtungen eine Zeit lang nicht ganz unberechtigt erschienen. — Als König Wilhelm im September 1862 ein ausgesprochen konservatives Ministerium und an die Spitze desselben Herrn von Bismarck berief, stand es bei ihm fester denn je, daß die Heeresreorganisation in ihrem ganzen Umfange durchgeführt werden müsse. Damals wußte man allerseits noch nicht, daß dieselbe, wie sie jetzt vorlag, aus der eigenen Initiative des Monarchen hervorgegangen war, und man gefiel sich darin, sie rücksichtslos als „das Werk Roon's“ zu bemängeln und zu verurtheilen. Der König jedoch trat jetzt persönlich für dieselbe ein, indem er einer Deputation von Bürgern, die ihm eine Zustimmungsadresse überreicht hatte, erklärte: „Was die Militärreorganisation betrifft, so ist diese mein eigenstes Werk und mein Stolz, und ich bemerke hierbei, es giebt kein Bonin'sches und Roon'sches Projekt, es ist mein eigenes, und ich habe daran gearbeitet nach meiner Erfahrung und pflichtmäßigen Ueberzeugung.“ — Otto von Bismarck hatte es nun gemeinsam mit dem Kriegsminister übernommen, das Königswerk zum Abschluß zu bringen; Beiden galt dies als eine Staatsnothwendigkeit, Beide waren entschlossen, für diese Ueberzeugung sich selbst in Einsatz zu bringen, sich und ihre Zukunft, ihr ganzes Sein. — Vergegenwärtigen wir uns ganz kurz noch einmal die Lage, welche Bismarck bei seinem Amtsantritt vorfand.

Die Regierung hatte im Jahre 1860 für nöthig befunden, eine Armeereform vorzunehmen. Die Mehrheit des Volkes war allerdings von der Nothwendigkeit der Verstärkung des stehenden Heeres und von der Aenderung der Wehrgesetzgebung nicht überzeugt; mit Rücksicht auf die allgemeine politische Lage hielt jedoch die Regierung Beides für geboten, und die nachträgliche Billigung ihres Planes durch die Kammern erwartend, begann sie mit der Umgestaltung aus eigener Machtvollkommenheit. Als dem Abgeordnetenhause Gesetzentwurf und Geldforderung, welche die begonnene Umgestaltung in eine dauernde gesetzliche Staatseinrichtung umwandeln sollten, zum Beitritt und zur Bewilligung vorgelegt wurden, erstaunten die Vertreter des Volkes und die große Mehrheit der Wähler über die ungeahnte, tief einschneidende Natur des Planes und die Höhe der daraus hervorgehenden Mehrausgaben. Die Kommission der Kammer, zusammengesetzt aus zuverlässigen und nachgiebigen Freunden der Regierung, berieth darüber fast bis zum Schlusse der Session, und am Ende ihrer eingehenden und mühevollen Prüfung kam sie zu dem Entschlusse, den Gesetzentwurf in seinen wesentlichsten Punkten zu amendiren, der definitiven Umgestaltung der Armee nach dem Regierungsplane keine Beihülfe angedeihen zu lassen und die im Etat geforderten Mehrausgaben nicht zu gewähren. Die Regierung zog damals, sei es, weil durch die Macht der in der Kommission entwickelten Beweggründe dazu bestimmt, sei es entmuthigt durch die einstimmige Gutheißung, welche diese Gründe bei den Abgeordneten und im Lande fanden, den Gesetzentwurf und den Plan der definitiven Umgestaltung zurück. Dagegen trat jetzt das, was früher in den Motiven nur beiläufig erwähnt war, als das Hauptsächlichste hervor. Man wies auf die Zeitverhältnisse und die bedrohte Lage des Landes hin und verlangte, um eine Art Kriegsbereitschaft aufrecht erhalten zu können, eine außerordentliche Geldbewilligung. Die Kammer verschloß sich einer solchen Erwägung nicht und gewährte die aufgestellte Forderung. In der nächsten Session legte die Regierung ihren früheren, nicht wesentlich veränderten Plan wiederum der Volksvertretung vor, aber dieses Mal ohne Gesetzesvorlage, obschon mit denselben Geldforderungen und Kosten-

anschlägen. Die unwesentlichen Veränderungen waren darauf berechnet, in einem gewissen Grade die wahrnehmbaren Abweichungen von dem gesetzgiltigen Zustande zu beseitigen; jedoch die Geldforderungen, Kostenanschläge und Rechnungsfaktoren verriethen, und auch die Regierung verschwieg nicht, daß sie sachlich an ihrem früheren Plane festhielt. Die Kammer mißbilligte dieses Verfahren und widersprach der definitiven Neugestaltung in doppelter Weise. Die geforderten Geldmittel wollte sie für das laufende Finanzjahr nicht ganz versagen, weil sie immer noch die Lage des Landes nicht für gesichert und die Fortsetzung der Kriegsbereitschaft für nothwendig hielt. Sie gewährte, was ihr zu diesem Zwecke erforderlich schien, aber dies als eine einmalige, durch vorübergehende Zustände gebotene Ausgabe im Extraordinarium. An die Bewilligung knüpfte sie in einem förmlichen Beschlusse die Mahnung, weder die Gelder zur Befestigung des Reorganisationsplans zu verwenden, noch in formeller Hinsicht den fehlgeschlagenen Versuch zu wiederholen. Wolle die Regierung die Armeereform, so bleibe sie zunächst verpflichtet, ein neues Reorganisationsgesetz sofort vorzulegen. Diesem stimmte die Regierung ohne Vorbehalt bei. So schloß der alte Landtag.

Der nächste kam, und die Regierung legte ihren Gesetzentwurf zunächst dem Herrenhause vor, welches sich beeilte, ihn ohne eingehende Debatte anzunehmen. Seitens der Abgeordneten konnte eine Berathung nicht stattfinden, weil das Haus inzwischen aufgelöst worden war. Vor dem neuen Hause trat das neue Ministerium in das Verfahren von 1861 wieder ein; es behandelte die Neugestaltung der Armee als eine vollendete Thatsache, forderte die Geldmittel wie eine bereits feststehende Ausgabe und brachte kein neues oder abgeändertes Gesetz ein. Das Abgeordnetenhaus, in dessen Augen bestimmende Gründe im Hinblick auf die Gesammtlage nicht vorhanden waren, war wiederum mit dem Regierungsplane nicht einverstanden und hielt gleich dem vorherigen eine Neugestaltung der Armee *ohne vorgängiges Gesetz* für unstatthaft; es vermochte sich auch von der Nothwendigkeit einer Kriegsbereitschaft nicht zu überzeugen und entfernte aus dem Budget alle Ausgabeposten, welche zugestandenermaßen zur Umleitung der provisorisch getroffenen Vorkehrungen in eine dauernde Einrichtung dienen sollten.

In diesem Stadium befand sich die Angelegenheit, nachdem am 23. September das Abgeordnetenhaus die für die endgiltige Durchführung der Heeresreorganisation geforderten Summen gestrichen und dadurch, da die Verwerfung des also geänderten Etats durch das Herrenhaus mit Sicherheit zu erwarten stand, die Regierung vor die Wahl gestellt hatte, entweder thatsächlich auf die Heeresreform zu verzichten, oder aber ohne Staatshaushaltsgesetz für das ohnehin nahezu abgelaufene Jahr 1862 die Verwaltung zu führen. Das Ministerium konnte sich, wie die Dinge lagen, natürlich nur für das Letztere entscheiden. Nun war, wie wir wissen, dem Landtage außer dem Etat für 1862, einem längst empfundenen Bedürfniß entsprechend, bereits auch der Etat für 1863 vorgelegt worden; um diesen letzteren von dem unvermeidlichen Schicksal des ersteren zu trennen, zog ihn Bismarck am 29. September zurück, indem er versprach, ihn im nächsten Jahre zugleich mit dem verlangten Wehrgesetz von Neuem vorzulegen.

Das Herrenhaus gegen das Abgeordnetenhaus. Der Minister ließ sich dabei lediglich von der Absicht leiten, „die Hindernisse einer Verständigung nicht noch höher anschwellen zu lassen“; aber das Abgeordnetenhaus faßte diese Zurückziehung von der denkbar schlimmsten Seite auf. Bei der endgiltigen Feststellung des Etats für 1862 (am 3. Oktober) kam das wachsende Mißtrauen der Abgeordneten durch die Streichung auch der für die Verstärkung der Flotte geforderten Summen zum Ausdruck, und mit großer Majorität wurde ein Antrag angenommen, welcher alle Ausgaben, welche die Regierung vor der Feststellung des Etats im Jahre 1863 etwa leisten werde, für ungesetzlich und verfassungswidrig erklärte. Die Berechtigung dieser Erklärung war nicht ganz unzweifelhaft und wurde wenigstens vom Ministerium bestritten; unzweifelhaft verfassungswidrig aber

war es, als am 11. Oktober das Herrenhaus den Etat für 1862 in der vom Abgeordnetenhause festgestellten Form nicht einfach verwarf, sondern nach der ursprünglichen Fassung der Regierungsvorlage amendirte und dann zur Annahme brachte. Das Herrenhaus hatte damit in der That seine verfassungsmäßige Befugniß überschritten; es durfte nur den Etat, wie er ihm vom Abgeordnetenhause zuging, als Ganzes und ohne jede eigene Zuthat oder Aenderung annehmen oder ablehnen, und das Abgeordnetenhaus war deshalb im Rechte, wenn es entschieden Verwahrung dagegen einzulegen beschloß. Daß die Regierung — allerdings vergeblich — durch beschleunigte Schließung des Landtages (18. Oktober) dies zu verhindern versuchte, vermehrte aufs Neue die ohnehin schon große Gereiztheit, und in heftiger Erregung gingen die Abgeordneten aus einander.

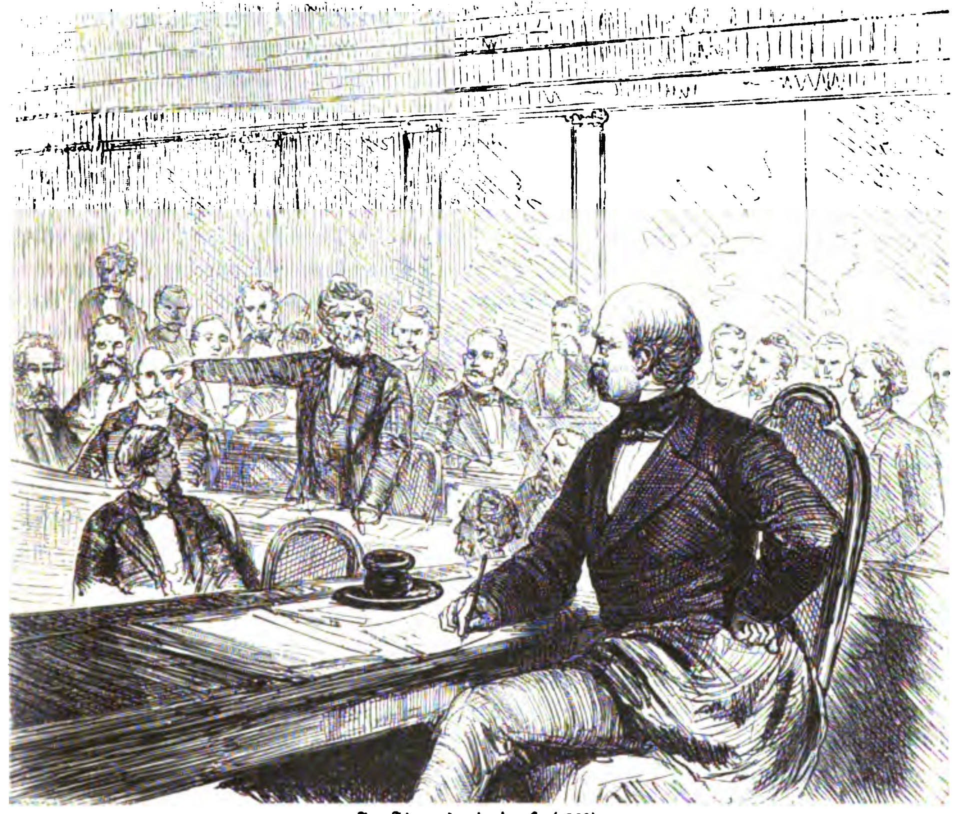
Daß in dem Konflikte des Abgeordnetenhauses mit der Regierung die große, überwältigende Mehrheit des preußischen Volkes ganz und vollständig auf Seite seiner Vertreter stand, das zeigte der jubelnde Empfang, der ihnen allerorten zutheil wurde, das zeigten die zahlreichen Adressen, in denen ihnen die Wähler ihre vollste Zustimmung aussprachen, das zeigte selbst die allgemeine rege Betheiligung an Geldsammlungen zu einem „Nationalfonds", aus welchem namentlich freisinnige und von der Regierung wegen ihres Freisinns gemaßregelte Beamte für die ihnen etwa daraus erwachsenden pekuniären Nachtheile schadlos gehalten werden sollten.

Aber auch die Konservativen und Reaktionäre begannen jetzt eine große Rührigkeit zu entfalten. Ein „preußischer Volksverein" wurde gegründet, dessen Mitglieder allerdings weniger durch eine gemeinsame politische Ueberzeugung als vielmehr durch ihren gemeinsamen Haß gegen den Liberalismus zusammengehalten wurden. Diesen Haß zu stärken und zu schüren ließen sich die konservative Presse und die Leiter der konservativen Bewegung nach Kräften angelegen sein, und selbst die bedenklichsten Mittel wurden zu diesem Zwecke nicht verschmäht.

Ferdinand Lassalle. Im Gegensatz zu den Bestrebungen des bekannten Volksmannes Schulze-Delitzsch, durch Gründung wirthschaftlicher Genossenschaften die materielle Lage der großen Masse des niederen Volkes und namentlich des Arbeiterstandes zu verbessern, hatte sich in letzterem seit dem Ende der fünfziger Jahre eine sozialistische Bewegung geltend gemacht; ein ehrgeiziger Agitator, Ferdinand Lassalle, hatte sich derselben bemächtigt und ihr überraschend schnell eine starke und weit verzweigte Organisation zu geben verstanden. Die neue sozialistische Partei betrachtete den gewaltsamen Umsturz alles Bestehenden als das letzte Endziel ihres Strebens, sie war also staatsfeindlich im eigentlichen Sinne des Wortes und stand im vollsten Gegensatze zu der staatserhaltenden — wie sie sich selbst gern nannte — konservativen Partei. Aber in einem Punkte trafen beide dennoch zusammen; in dem unbegrenzten Haß gegen den Fortschritt, den die konservative Partei als solchen, der Sozialismus als die Partei des wohlhabenden, begüterten Bürgerstandes, des Kapitals, des „Geldprotzenthums" mit Ingrimm bekämpfte. Um dieses Gemeinsamen willen ließ sich die konservative Presse leider verleiten, der sozialistischen Partei mehr oder weniger offen ihr Wohlwollen und ihre Unterstützung zutheil werden zu lassen, und selbst der Regierung wurde der Vorwurf nicht erspart, daß sie der gefährlichen, weil in ihren Folgen unberechenbaren Agitation gegenüber geflissentlich ein Auge zudrücke, weil durch dieselbe Anhänger, die sie selbst nicht zu gewinnen vermochte, wenigstens auch dem Fortschritt entzogen würden.

Der Landtag von 1863. Ein wesentlicher Abbruch geschah der Fortschrittspartei dadurch natürlich nicht, und nach wie vor durfte sie, als am 10. Januar 1863 die neue Session des Abgeordnetenhauses eröffnet wurde, des Vertrauens und der moralischen Unterstützung der überwältigenden Mehrheit des preußischen Volkes sicher sein. Daß der Konflikt von Neuem in noch unverminderter Schärfe entbrennen werde, das zeigten schon die Eröffnungsrede, welche Bismarck verlas, und die scharfe Gegenerklärung, mit welcher das

Abgeordnetenhaus durch den Mund seines Präsidenten Grabow dieselbe beantwortete. Die Beschwerden des Abgeordnetenhauses gipfelten in der gegen die Minister gerichteten Beschuldigung der Verfassungsverletzung; man verlangte die Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen, damit dem Lande der innere Friede und Kraft nach außen wiedergegeben würden, und beschloß in diesem Sinne eine Adresse an den Monarchen zu richten. — Die Erregung war groß, und durch eine offene Erklärung, wie er sich zu dem Konflikt und zu der Lösung desselben stelle, goß Bismarck Oel ins Feuer.



Im Abgeordnetenhause (1863).

„Wenn eine Vereinbarung zwischen den drei Faktoren der Gewalt: Krone, Herrenhaus und Abgeordneten, nicht zu erzielen ist, dann", erklärte der Ministerpräsident, „dann fehlt es für diesen Fall an jeglicher Bestimmung darüber, welcher Faktor nachzugeben hat. Die Verfassung will das Gleichgewicht der drei gesetzgebenden Gewalten in allen Fragen, auch hinsichtlich der Budgetgesetzgebung; keine dieser Gewalten kann jedoch die andere zum Nachgeben zwingen. Die Verfassung weist daher auf den Weg des Kompromisses zur Verständigung hin. Wird ein solcher dadurch vereitelt, daß eine der betheiligten Gewalten ihre eigene Ansicht mit doktrinärem Absolutismus durchführen will, so wird die Reihe der Kompromisse unterbrochen, an ihre Stelle treten Konflikte, und diese werden, da das Staatsleben nicht stille zu stehen vermag, Machtfragen. Wer die Macht in Händen hat, geht dann in seinem Sinne vor." .... „Er wolle", fuhr er fort, „die Theorie, was Rechtens sei, wenn kein Budget zu Stande komme, nicht weiter verfolgen; für sein Thun reiche die Nothwendigkeit hin, daß der Staat existiren müsse, und er möge es nicht in pessimistischer Anschauung darauf ankommen lassen, was daraus werde, wenn man die Kassen schließe." —

Adresse an den König und Antwort desselben. Daß man in dieser Erklärung den Hinweis auf die Möglichkeit eines Staatsstreiches erblickte, das war bei dem herrschenden Mißtrauen gegen die Regierung nur allzu begreiflich. Die Adresse an den König, die dem festen Vertrauen des Abgeordnetenhauses auf die persönliche Verfassungstreue des Monarchen Ausdruck gab, erhielt in ihrer Verurtheilung des Ministeriums die schärfste Form und forderte ziemlich unzweideutig dessen Entlassung. Der König lehnte es zwar ab, eine Adreßdeputation zu empfangen, aber die Adresse wurde ihm gleichwol zugesandt, und am 3. Februar ging dem Abgeordnetenhause eine ziemlich ungnädige Beantwortung derselben zu. Der Monarch erklärte ausdrücklich, daß sich das Ministerium seines vollsten Vertrauens erfreue und daß er in dem Umstande, daß dasselbe nothgedrungen ohne einen gesetzlich festgestellten Etat die Verwaltung fortgeführt habe, eine Verfassungsverletzung nicht zu erkennen vermöge. „Ich muß es vielmehr", hieß es in der königlichen Botschaft weiter, „als eine Ueberschreitung der verfassungsmäßigen Befugnisse des Hauses der Abgeordneten bezeichnen, wenn das Haus seine einseitigen Beschlüsse über Bewilligung oder Verweigerung von Staatsausgaben als definitiv maßgebend für meine Regierung betrachten will. Ich muß das Haus darauf aufmerksam machen, daß nach der Verfassung die Mitglieder beider Häuser des Landtages das Volk vertreten und der Staatshaushalt nur durch Gesetz, nämlich durch einen von mir genehmigten, übereinstimmenden Beschluß beider Häuser des Landtages festgestellt werden kann. War eine solche Uebereinstimmung nicht zu erreichen, so war es die Pflicht der Regierung, bis zur Herbeiführung derselben die Verwaltung ohne Störung fortzuführen. Sie hätte unverantwortlich gehandelt, hätte sie dies nicht gethan."

Ueber die Auslegung einzelner Bestimmungen der Verfassung gingen also die Ansichten des Königs und des Abgeordnetenhauses aus einander; die Verfassung selbst, wie er sie beschworen hatte, war auch dem Könige heilig. Ausdrücklich erklärte er einer der zahlreichen Deputationen, für deren Entsendung die kleine, aber rührige konservative Partei Sorge trug, daß er fest entschlossen sei, die Verfassung treu zu halten, bis man sie ihm nicht selbst aus den Händen reiße.

Die Stimmung des Abgeordnetenhauses gegen das Ministerium wurde freilich dadurch, daß der König sich desselben so energisch annahm, nicht gebessert, und die Art und Weise, wie Bismarck, unterstützt von der Regierungspresse, die Antwort des Königs auf die Adresse des Abgeordnetenhauses erläuterte, war sie zu bessern erst recht nicht geeignet. Mit Entrüstung wiesen die Abgeordneten den Versuch des Ministerpräsidenten zurück, auf die Lücke, die er in der Verfassung gefunden zu haben meinte, ein „Nothrecht" zu gründen, zu welchem zu greifen die Regierung sich genöthigt gesehen habe, da eine Einigung der drei Faktoren der Staatsgewalt sich nicht habe erzielen lassen.

Die Nothlage. Und in der That, eine solche Theorie wäre ebenso unhaltbar wie gefährlich. Es konnte hier bei dem großen Zweck, den der Minister verfolgte, wol von einer „Nothlage" die Rede sein, jedoch nicht von einem „Nothrecht". Wäre es anders, so läge es ja stets in der Macht eines der drei Faktoren der Staatsleitung, besonders aber der Regierung, durch jedes Ablehnen der Verständigung die Berechtigung zu Gewaltmaßregeln herzuleiten.

Auch sonst wurden, je mehr sich der Konflikt zwischen Regierung und Volksvertretung verschärfte, alle gelegentlichen Aeußerungen und Aussprüche Bismarck's der ungünstigsten Beurtheilung unterzogen, und namentlich eine viel angefochtene Rede, welche er bereits im Jahre 1862 in einer Ausschußsitzung des Abgeordnetenhauses gehalten hatte, mußte immer von Neuem dazu herhalten, aus ihr die schwersten Verleumdungen und Verdächtigungen gegen die Absichten und Ziele des Ministers in der preußischen wie in der deutschen Politik herzuleiten. Und doch enthielt jene Rede recht eigentlich das nationale Programm des großen Staatsmannes, das er wenige Jahre später so glänzend zu Ehren bringen sollte.

„Blut und Eisen". „Der gegenwärtige Kampf", lautete die bedeutsame Stelle, „wird viel zu ernst aufgefaßt. Die Regierung sucht durchaus keinen Kampf. Kann die

Krisis endlich mit Ehren beseitigt werden, so bieten wir mit Freuden die Hand zu einem Uebereinkommen. Die große Selbständigkeit des Einzelnen macht es, wie man sich nicht verhehlen kann, sehr schwierig, mit der Verfassung zu regieren. Eine Krisis ist in keinem Falle eine Schande, sondern könnte sehr ehrenhaft enden. Wir sind vielleicht zu gebildet, um eine Verfassung zu ertragen, wir sind zu urtheilsschnell, und die öffentliche Meinung wechselt mit den Erfolgen. Die Abgeordneten haben die Pflicht, das zu übersehen, und die Aufgabe, die Stimmung zu leiten, also demgemäß über derselben zu stehen. Nicht auf Preußens Liberalismus sieht vorläufig ganz Deutschland — sondern auf seine Macht. In Preußen sind viele katilinarische Existenzen, welche ein Interesse an Umwälzungen haben. Preußen muß seine ganze Kraft zusammenhalten für den günstigen Augenblick, welcher schon wiederholt verpaßt ist. Preußens Grenzen sind zu einem gesunden Staatskörper nicht günstig. Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden, das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen, sondern durch Blut und Eisen!"

Das war das seither viel besprochene „Durch Blut und Eisen" des Wiederherstellers des Deutschen Reiches. Aber, wie schon gesagt, in der Leidenschaft des Streites war man dazu gekommen, allen Aeußerungen Bismarck's wie überhaupt allen Maßnahmen der Regierung den denkbar schlechtesten Sinn unterzuschieben, und die daraus hervorgehende gegenseitige Erbitterung — denn auch die Minister blieben ihre Antworten nicht schuldig — erreichte in der Session des Abgeordnetenhauses vom Jahre 1863 allmählich einen solchen Grad, daß darüber die eigentliche parlamentarische Thätigkeit in völligen Stillstand gerieth. Die Regierung versagte grundsätzlich allen Beschlüssen des Abgeordnetenhauses ihre Bestätigung, und das Abgeordnetenhaus verwarf grundsätzlich alle Anträge der Regierung, da kein Theil auf die Wünsche des andern auch nur die allergeringste Rücksicht nahm. Die Sitzungen des Abgeordnetenhauses boten unter solchen Umständen kein erfreuliches Bild, und es war aus diesem Grunde nicht eigentlich zu bedauern, daß sie aus Anlaß eines für die herrschende Stimmung bezeichnenden Zwischenfalles ein vorzeitiges Ende nahmen.

Der Fall Bockum-Dolffs. Der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, von Bockum-Dolffs, und der Kriegsminister von Roon waren bei der Berathung des Wehrgesetzes über eine unbedeutende Geschäftsordnungsfrage hart an einander gerathen. Der Kriegsminister hatte dem Kammerpräsidenten die Befugniß bestritten, die Vorschriften der Geschäftsordnung auch gegen die im Hause anwesenden Minister in Anwendung zu bringen; von Bockum-Dolffs hatte sich diese Befugniß energisch gewahrt, und die peinliche Auseinandersetzung, zu welcher dieser Widerstreit der Ansichten führte, hatte zur Folge, daß die Minister fernerhin im Abgeordnetenhause und in den Kommissionen desselben überhaupt nicht mehr erschienen. Das Abgeordnetenhaus wandte sich infolge dessen in einer Adresse an den König und bat ihn um die Entlassung seiner Rathgeber, da sie zwischen sich und dem Lande eine Kluft geschaffen hätten, die nur durch einen völligen Systemwechsel auszufüllen sei. Aber der König stellte sich wiederum entschieden auf die Seite des Ministeriums, und am 27. Mai wurde die Session des Landtages plötzlich und unerwartet geschlossen.

Die Lage war also die gleiche wie zuvor. Das Staatshaushaltsgesetz für 1863 war wiederum unerledigt geblieben, und die Regierung hatte wiederum zwischen völligem Stillstand oder Fortführung der budgetlosen Verwaltung zu wählen. Daß sie sich für das Letztere entschied, war, wenn auch nicht gesetzlich, doch durch die Verhältnisse gerechtfertigt; aber völlig unstatthaft und durch nichts entschuldbar war es, daß die Regierung jetzt im Kampfe gegen ihre Widersacher zu einer der gehässigsten aller Maßregeln, zur Unterdrückung des freien Wortes und der freien Meinungsäußerung, ihre Zuflucht nahm.

Beeinträchtigung der Preßfreiheit. Vier Tage nach der Schließung des Landtages, am 1. Juni, erließ nämlich die Regierung eine Verordnung, welche im Widerspruch mit der verfassungsmäßig gewährleisteten Preßfreiheit die politische Presse der Willkür der Verwaltungsbehörden überlieferte. Die Regierung stützte sich dabei auf jene Bestimmung der

Verfassung, welche ihr die Befugniß einräumte, in dringenden Fällen Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, aber trotz dieser Begründung beunruhigte die verhängte Maßregel doch in weitesten Kreisen.

Nach der Verfassung sollte die Aburtheilung und Bestrafung von Preßvergehen durch die ordentlichen Gerichte erfolgen; jetzt ward den Polizei- und Verwaltungsbehörden die Befugniß eingeräumt, jede Zeitung, „die durch ihre Haltung die öffentliche Wohlfahrt gefährde“, amtlich zu verwarnen, und nach zweimaliger fruchtloser Verwarnung sollte durch Regierungsbeschluß das fernere Erscheinen derselben verboten werden können.

Die Aufregung, welche diese Verordnung im ganzen Lande hervorrief, war ganz außerordentlich. Man verglich Bismarck mit Polignac, seine Preßverordnung mit den berüchtigten Ordonnanzen Karl's X.; man hielt es für Spott und Hohn, wenn er trotzdem versicherte, er tröste sich damit, zu wissen, daß die Zeit nahe sei, da er in Preußen als der populärste Mann gelten werde; hier und da wurde sogar der Verdacht laut, daß man absichtlich einen gewaltsamen Ausbruch des öffentlichen Unwillens herbeizuführen suche, um sich desselben als Handhabe zum Verfassungsbruch, zum Staatsstreich zu bedienen. Magistrate und Stadtverordnetenversammlungen vieler Städte des Landes richteten Adressen an den König, in welchen sie die Maßregeln der Regierung schonungslos verurtheilten; aber diese Adressen wurden nicht beantwortet, manche nicht einmal angenommen, und den Stadtvertretungen ging eine Verfügung des Ministers des Innern zu, durch welche ihnen unter Androhung von Strafe verboten wurde, sich mit politischen Berathungen und Beschlüssen zu befassen, da es nur ihre Aufgabe sei, sich um städtische Angelegenheiten zu bekümmern. — Trotz der gewaltigen Aufregung, welche über alles Dies unter dem liberalen Bürgerthum herrschte, trotz der zügellosen Schmähungen und Aufregungen, durch welche die Regierungspresse diese Bewegung noch zu steigern bemüht schien, kam es nirgends zu Ruhestörungen; aber tief betrübend war es, als sich unter dem Eindruck dieser Vorgänge die bisher nur gegen das Ministerium gerichtete Mißstimmung des Volkes jetzt auch gegen den König, ja gegen die ganze königliche Familie zu richten begann.

Bei der fünfzigjährigen Erinnerungsfeier an den Befreiungskrieg, welche auf den Wunsch König Wilhelm's in sinniger Weise am 17. März 1863 gefeiert und pietätvoll mit der Feier der Grundsteinlegung für ein Friedrich Wilhelm III. im Lustgarten zu Berlin zu errichtendes Denkmal sowie mit einer Königsparade der noch lebenden und mit dem eisernen Kreuze geschmückten Freiheitskämpfer verbunden worden war, hatte sich die treue und unerschütterliche Anhänglichkeit und Liebe des Volkes zu dem Monarchen noch in erfreulicher, erhebender Weise kundgegeben; jetzt faßten die städtischen Behörden in Berlin und anderwärts den Beschluß, sich fortan der Absendung der sonst üblichen Adressen und Deputationen an den König zu den Freuden- und Erinnerungstagen des königlichen Hauses zu enthalten, und selbst dem Kronprinzen wurde auf einer Reise, die er in jenen trüben Tagen durch die Provinz Preußen unternahm, allenthalben der feierliche Empfang und in vielen Städten selbst die offizielle Begrüßung versagt, obgleich er am 6. Juni bei seiner Anwesenheit in Danzig ausdrücklich erklärt hatte, daß er an den von dem Ministerium dem König ertheilten Rathschlägen keinen Theil habe, und daß er vor Allem die letzten Preßverordnungen entschieden mißbillige.

Den aus Berlin heimkehrenden freisinnigen Abgeordneten, namentlich denen der westlichen Provinzen, wurde dagegen ein festlicher, jubelnder Empfang bereitet, ja die Stadt Köln veranstaltete ihren Vertretern zu Ehren sogar ein großes Bankett, zu welchem auch das gesammte Präsidium des Abgeordnetenhauses geladen war.

So hatte sich der Konflikt bis zum Aeußersten verschärft. In der inneren Politik schien sich nirgends ein Ausweg zu bieten, und es konnte deshalb recht eigentlich als ein Glück für Preußen gelten, daß eben damals in der auswärtigen Politik Verwicklungen eintraten, die einen Umschwung der Stimmung wenigstens anzubahnen geeignet waren.

Auch hinsichtlich der wenigen noch treu gebliebenen Anhänger Preußens im Reich konnte dies als eine Gunst der Umstände angesehen werden.



Königsparade der Inhaber des eisernen Kreuzes. Zeichnung von H. Lüders.

All die schlimmen Befürchtungen, welche man im Jahre 1862 an die Berufung Bismarck's in das preußische Ministerium geknüpft hatte, waren in Erfüllung gegangen; der preußische Staat trieb, so meinte man, unfehlbar dem Absolutismus entgegen, und während der Einheitsdrang in Deutschland sich mächtiger und immer mächtiger regte, ohne

recht zu wissen, wo und wie er seine Befriedigung suchen sollte, mußten die Anhänger Preußens gleichsam beschämt im Hintergrunde stehen, da es in manchen Kreisen fast für Verrath an der deutschen Sache gegolten hätte, jetzt noch die Hoffnung auf die Verwirklichung des deutschen Einheitsgedankens durch Preußen offen auszusprechen.

Das österreichische Bundesreformprojekt. Was aber aufrichtige, zielbewußte Patrioten mit Schmerz und tiefem Bedauern erfüllte, das bot den erklärten Preußenfeinden und vor Allem der österreichischen Regierung einen willkommenen Anlaß zu einem zweiten entschiedenen Versuch, sich der deutschen Bewegung zu bemächtigen und durch scheinbares Eingehen auf ihre Ziele zu Gunsten der eigenen, weitab liegenden Sonderinteressen die deutsche Frage zu lösen oder vielmehr unschädlich zu machen. Die öffentliche Meinung Deutschlands war Preußen entfremdet, durch ihren Konflikt mit der Kammer und mit dem Volke schien die preußische Regierung an energischem, kraftvollem Auftreten nach außen hin verhindert, und mit ganz ungewohnter Hast ging deshalb die österreichische Regierung an das Werk, den günstigen Augenblick für sich auszunutzen. Unter der persönlichen Leitung des österreichischen Kaisers wurde ein neues Bundesreformprojekt ausgearbeitet, welches zwar seinen österreichischen Ursprung nicht verleugnen konnte, aber andererseits doch dem Verlangen des deutschen Volkes wenigstens in Bezug auf sichtliche äußere Einheit sehr viel weiter als alle früheren Projekte entgegenkam und deshalb Angesichts der anscheinenden Aussichtslosigkeit der vereinzelt noch auf Preußen gerichteten Hoffnungen wol auch in weiteren Kreisen auf Zustimmung rechnen durfte.

Die oberste Leitung des Bundes sollte danach einem von Oesterreich, Preußen, Bayern und zwei Vertretern der übrigen deutschen Staaten zu bildenden Direktorium übertragen werden; diesem sollte ein Bundesrath mit 21 Stimmen — die 17 Stimmen des engeren Raths der zur Zeit noch bestehenden Bundesversammlung und dazu je zwei weitere Stimmen für Preußen und Oesterreich — zur Seite stehen und außerdem als Volksvertretung eine Delegirtenversammlung von 100 Mitgliedern, zu je einem Drittheil von den Landtagen Oesterreichs und Preußens und von den Landtagen der übrigen Staaten nach Verhältniß ihrer Einwohnerzahl beschickt. Im Direktorium und im Bundesrath sollte Oesterreich den Vorsitz, Preußen den stellvertretenden Vorsitz führen; das Präsidium der Delegirtenversammlung sollte aus der eigenen Wahl derselben hervorgehen. Die Delegirtenversammlung sollte regelmäßig alle drei Jahre in Frankfurt zusammentreten und in öffentlichen Sitzungen nicht nur über die ihr vom Direktorium und Bundesrathe vorgelegten Gesetze und Anträge berathen und beschließen, sondern auch selbst Anträge stellen und Adressen und Beschwerden an die oberste Bundesbehörde richten dürfen. Um diesem einigermaßen parlamentarischen Apparat gegenüber auch die einzelstaatliche Souveränetät zur Geltung kommen zu lassen, waren endlich regelmäßig wiederkehrende freie Versammlungen der deutschen Fürsten in Aussicht genommen, welche sich hier über die der Bundespolitik zu gebende allgemeine Richtung verständigen sollten. Ein Bundesgericht und einheitliche Einrichtungen auf dem Gebiete des Handels und Verkehrs waren als der äußere Abschluß des Werkes gedacht.

Bei oberflächlicher Betrachtung erschien das österreichische Reformprojekt gar nicht so übel. Die einheitliche Leitung gelangte durch das Direktorium zwar immer nur ungenügend zum Ausdruck, und die Vertretung des Volkes durch eine Delegirtenversammlung entsprach auch nicht völlig dem berechtigten Verlangen desselben, aber es bezeichnete doch immerhin einen ganz wesentlichen, unverkennbaren Fortschritt. Allein bei näherer Prüfung zeigten sich die Schäden, ja die Gefahren des österreichischen Vorschlages. Das deutsche Volk wäre durch die Verwirklichung desselben seinem nationalen Ziele einen bedeutenden Schritt näher geführt worden, aber dieser Schritt wäre der letzte gewesen und hätte die völlige Erreichung des Zieles ein für alle Male unmöglich gemacht. Die Uneinigkeit Deutschlands wäre zwar äußerlich einigermaßen verhüllt, aber innerlich um so fester begründet worden. War für

Preußen, insofern sich der leitende Staatsmann der deutschen Aufgabe dieses Staates bewußt war, der österreichische Plan schon aus diesem Grunde unannehmbar, so mußte es andererseits auch in seinem eigensten Interesse demselben seine Zustimmung versagen. In möglichst unauffälliger Form enthielt derselbe nämlich eine Bestimmung, welche auf nichts Geringeres hinauslief, als Preußen so ziemlich auf eine Linie mit Bayern und den Mittelstaaten herabzudrücken, Oesterreich die thatsächliche Oberherrschaft in Deutschland zu sichern und dem österreichischen Kaiserstaate nicht nur seine nichtdeutschen Provinzen zu garantiren, sondern ihm auch die sichere Aussicht zu eröffnen, mit deutscher und vor Allem mit preußischer Hülfe seine frühere Stellung in Italien wieder zu gewinnen. Diese Bestimmung besagte, daß die Frage der Betheiligung des Bundes an einem Kriege zwischen einem Bundesstaat, der zugleich nichtdeutsche Besitzungen habe, und einer auswärtigen Macht durch einfache Stimmenmehrheit des Bundesraths zu entscheiden sei. Nun sollten nach dem österreichischen Reformprojekt, wie erwähnt, von den 21 Stimmen des Bundesraths Oesterreich und Preußen je über drei verfügen, und da es Oesterreich bei seinen intimen Beziehungen zu den Mittelstaaten nicht schwer fallen konnte, die Mehrheit der übrigen 15 auf seine Seite zu bringen, so wäre auf diese Weise die Wehrkraft Preußens willenlos in den Dienst der österreichischen Sonderinteressen gestellt worden.

Das Schicksal des Beust'schen Reformvorschlages hatte gezeigt, wie geringes Vertrauen und wie geringe Sympathien das deutsche Volk solchen Reformen entgegenbrachte, mit welchen man es auf dem Bundeswege zu beglücken gedachte. Man beschloß deshalb österreichischerseits, diesmal einen andern, wirksameren Weg einzuschlagen: nicht der Bund, sondern die deutschen Fürsten selbst sollten die Reformangelegenheit in die Hand nehmen. Aber noch ein Anderes war für die österreichischen Staatsmänner bei diesem Entschlusse maßgebend gewesen. Indem man die Bundesreform diesmal zu einer persönlichen Angelegenheit der deutschen Fürsten zu stempeln versuchte, wollte man das österreichische Reformprojekt der Kritik der Minister und namentlich des preußischen Ministers entziehen. Man erinnerte sich, daß Bismarck in der erwähnten Unterredung mit Graf Karolyi es unverhohlen ausgesprochen hatte, daß seiner Ansicht nach der Kaiserstaat seines vorwiegend nichtdeutschen Charakters wegen nicht berechtigt sei, einen bestimmenden Einfluß auf die Geschicke Deutschlands auszuüben, und daß er vielmehr seinen Schwerpunkt im Osten zu suchen habe; man wußte, welchen Werth König Wilhelm auf den Rath seines Ministers legte, und man konnte sich nicht verhehlen, daß dieser sich mit aller Entschiedenheit gegen das österreichische Reformprojekt erklären werde. Unter dem Einfluß dieser Erwägungen handelte die österreichische Regierung.

Denkschrift des Kaisers Franz Joseph. Nach Vollendung seiner Kur in Karlsbad (Juni 1863) hatte sich König Wilhelm am 18. Juli nach Gastein begeben. Dort traf am 2. August auch Kaiser Franz Joseph ein und überreichte nach längerer vertraulicher Unterredung dem Könige eine „Denkschrift über die Nothwendigkeit einer Reform der deutschen Bundesverfassung", die Einladung hinzufügend, der König möchte einem am 16. August in Frankfurt abzuhaltenden „Kongresse sämmtlicher deutschen Fürsten" beiwohnen, welchen er, der Kaiser, behufs freier Berathung über diese Reform zu berufen gedenke. Die Denkschrift begann mit einer durchaus richtigen Charakterisirung der Lage. „Das Ergebniß der neuesten deutschen Geschichte sei zur Stunde nichts als ein Zustand vollständiger Zerfahrenheit, die Regierungen ständen im Grunde gar nicht mehr in einem rechten Vertragsverhältnisse zu einander, sondern vegetirten nur im Vorgefühl nahender Katastrophen. Die deutsche Revolution, im Stillen geschürt, warte nur auf ihre Stunde. Das deutsche Volk verlange dringend nach Reformen und" — so hieß es weiter — „da anderweitige frühere Versuche gescheitert seien, müßten die deutschen Fürsten jetzt selbst Hand ans Werk legen." Dann folgte eine Darlegung der Grundzüge der Reformen, für welche der Kaiser auf dem vorgeschlagenen Fürstenkongresse die Zustimmung der deutschen

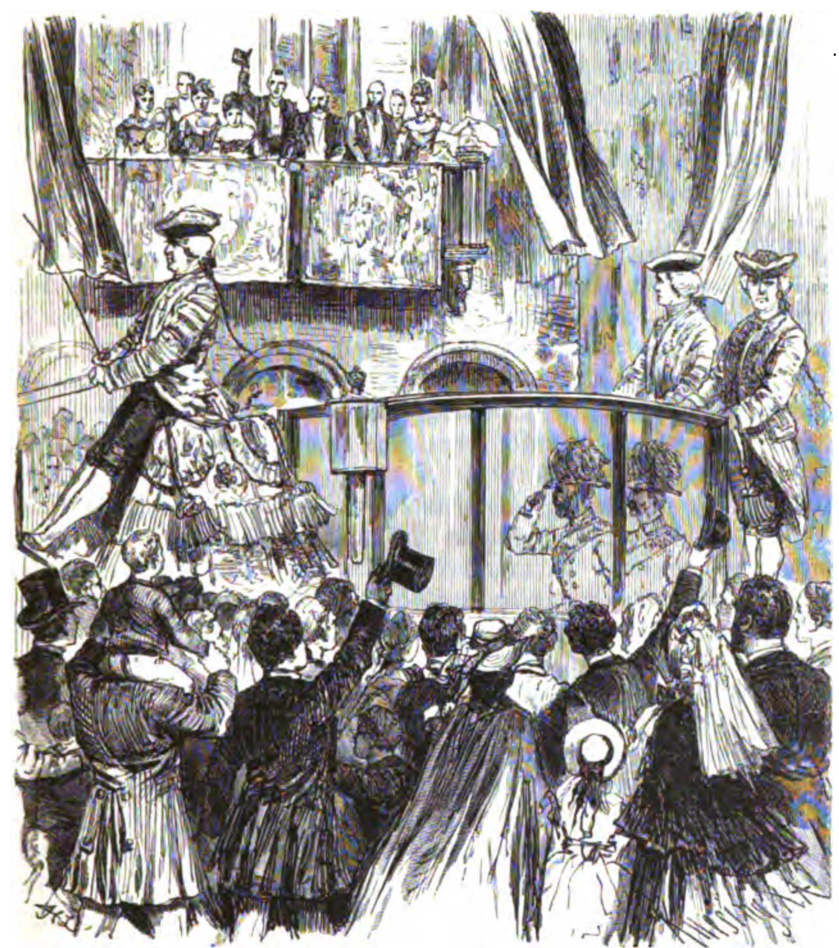
Fürsten erbitten werde, und die Denkschrift schloß mit dem Hinweise, daß Preußen allerdings das Zustandekommen des österreichischen Reformprojekts für die Gesammtheit des Bundes verhindern könne, daß dagegen Oesterreich in diesem Falle sich vorbehalte, die Verwirklichung desselben in einem engeren Kreise von deutschen Staaten, die sich ihm freiwillig anschließen würden, zu erstreben. „Dahin werde es aber die Weisheit und patriotische Gesinnung des Königs gewiß nicht kommen lassen, sondern erwägen, daß es von Preußens Entschließungen abhänge, den Deutschen Bund wieder auf die Höhe seiner großen weltgeschichtlichen Bestimmung zu erheben."

Auch in seiner persönlichen Unterredung mit König Wilhelm hatte Kaiser Franz Joseph nur die Grundzüge des von ihm dem Fürstenkongreß vorzulegenden Reformprojekts erörtert, ohne über die volle Tragweite und über die letzten Endziele desselben Aufklärung zu geben, und dieser Umstand in Verbindung mit der nicht mißzuverstehenden Schlußwendung jener Denkschrift bestimmten den König nach kurzer Besprechung mit Bismarck zu einer ausweichenden, höflich ablehnenden Erklärung: er erachte es nicht für zweckmäßig, einen Fürstenkongreß zu veranstalten, bevor die Pläne seitens der Minister genau geprüft worden seien. Der Kaiser ließ sich jedoch dadurch nicht abhalten, am Tage darauf, nachdem er Gastein verlassen, die förmliche, vom 31. Juli datirte Einladung zur Theilnahme an dem Kongreß zu Frankfurt an König Wilhelm und sämmtliche Souveräne in Deutschland abzusenden. Mittels Telegraph lehnte am 4. August König Wilhelm nochmals die Einladung ab und schlug am nämlichen Tage in einem amtlichen Antwortschreiben dem Kaiser vor, die neuen Bundesreform-Entwürfe vorher in Ministerialkonferenzen prüfen zu lassen. Dann erst sei es an der Zeit, daß die Fürsten in einem Kongreß über die Ergebnisse der Berathung entschieden. Der Kaiser erneuerte jedoch seine Einladung mit dem Hinzufügen, der König möchte, falls er selbst zu erscheinen verhindert sei, einen der königlichen Prinzen nach Frankfurt entsenden. Darauf erklärte der König, daß weder er noch ein preußischer Prinz sich in Frankfurt einfinden würde.

Wie Bismarck über die kaiserlichen Reformpläne dachte, darüber giebt eine Stelle der Cirkulardepesche Auskunft, in welcher er den preußischen Gesandten an den auswärtigen Höfen von dem Vorgehen Oesterreichs und von der Stellung der preußischen Regierung zu demselben Mittheilung machte. „Ich halte es der Würde des Königs nicht entsprechend", hieß es darin, „sich nach Frankfurt zur Entgegennahme von Vorschlägen in Bundesangelegenheiten zu begeben, über welche der Rath Preußens nicht vorher gehört ist, und deren volle Tragweite Sr. Majestät erst in Frankfurt eröffnet werden soll . . . ." „Für jetzt erkläre ich nur, daß die österreichischen Reformpläne weder der berechtigten Stellung der preußischen Monarchie, noch den berechtigten Interessen des deutschen Volkes entsprechen. Preußen würde der Stellung, die seine Macht und seine Geschichte ihm in dem europäischen Staatenverein geschaffen haben, entsagen und Gefahr laufen, die Kräfte des Landes Zwecken dienstbar zu machen, welche den Interessen des Landes fremd sind, und für deren Bestimmung uns dasjenige Maß von Einfluß und Kontrole fehlen würde, auf welches wir einen gerechten Anspruch haben."

Der Fürstentag zu Frankfurt a. M. Die deutschen Fürsten ließen sich theils aus Rücksicht auf Oesterreich, theils aus Rücksicht auf die Volksstimmung durch die Ablehnung des Königs von Preußen nicht abhalten, der Einladung des Kaisers zu folgen. Jubelnd begrüßt von der erregten Volksmenge, die sich durch das glänzende Schauspiel des Fürstenkongresses und durch die absichtlich rege gemachten großen Hoffnungen über die geringe Bedeutung des im Gange befindlichen Werkes täuschen ließ, trafen sie in Frankfurt ein und traten am 17. August unter dem Vorsitz des Kaisers zu einer ersten Sitzung zusammen. Das Reformprojekt wurde verlesen, und in einer schwungvollen Rede forderte Franz Joseph die versammelten Fürsten auf, mit schnellem Entschluß dasselbe ohne Aenderungen als Ganzes zu genehmigen. Ein solches Verlangen ging aber selbst den ergebensten Anhängern

Oesterreichs zu weit. Man verlangte Zeit zur Prüfung der Vorschläge, und da man sich nicht verhehlen konnte, daß das Wegbleiben des Königs von Preußen dem geplanten Werke von vornherein den Stempel der Hinfälligkeit aufdrückte, so beschloß man, inzwischen den Versuch zu machen, den König Wilhelm noch nachträglich zum Eintritt in den Kongreß zu bewegen. Dieser hatte sich inzwischen in Begleitung Bismarck's nach Baden-Baden begeben, und hier überbrachte ihm König Johann von Sachsen ein Kollektivschreiben der in Frankfurt versammelten Fürsten, welches diesem Wunsche derselben Ausdruck gab.



Kaiser Franz Joseph auf dem Fürstenkongreß zu Frankfurt a. M. Zeichnung von H. Lüders.

Wie zu erwarten, zeigte sich der Versuch, den König umzustimmen, als ein vergeblicher, und das Antwortschreiben, mit welchem König Johann am 20. August in Frankfurt eintraf, enthielt wiederum eine höfliche, aber entschiedene Ablehnung. „So ungern ich auch der wiederholten, in ihren Formen für mich so ehrenvollen Einladung mich versage", schrieb der König, „so ist doch meine Ueberzeugung heute noch die, welche meine Erklärung vom 4. d. M. geleitet hat, und beharre ich bei derselben umsomehr, als ich auch jetzt noch keine amtliche Mittheilung über die der Berathung zu Grunde gelegten Anträge erhalten habe."

Die Fürstenversammlung trat nun in die Berathung der österreichischen Vorschläge ein, und am 1. September wurden dieselben mit einigen Aenderungen — Erhöhung der Mitgliederzahl des Direktoriums von 5 auf 6 und Entscheidung über Krieg und Frieden

nicht durch einfache, sondern durch Zweidrittelmehrheit des Bundesraths — von 24 deutschen Fürsten genehmigt; nur die Großherzöge von Baden, Mecklenburg und Weimar und die Souveräne einiger Kleinstaaten erklärten sich dagegen.

Scheitern des Reformprojekts. Für das endliche Schicksal des Reformprojekts hatte dieser Ausgang der Berathung kaum irgend welche Bedeutung; es war lebensunfähig von dem Augenblicke an, in welchem Preußen seine Mitwirkung an demselben versagt hatte, und nach einigen Wochen erregten, aber nutzlosen Streitens hin und wider wurde es ebenso wie seinerzeit das Beust'sche ohne Sang und Klang in den Archiven begraben. Von den Fürsten, welche am 1. September für das Reformprojekt gestimmt hatten, war dasselbe, wie es aus den Berathungen des Kongresses hervorgegangen war, nebst einem zweiten um nachträgliche Zustimmung ersuchenden Kollektivschreiben dem König von Preußen übersandt worden. In dem Schreiben (vom 15. September), mit welchem der Monarch auf Grund eines Gutachtens des Staatsministeriums die Uebersendung beantwortete, wurde der Entwurf einer scharfen Verurtheilung unterworfen und die Fortsetzung etwaiger Verhandlungen an nachstehende Forderungen geknüpft: Veto Preußens und Oesterreichs mindestens gegen Kriegserklärungen, so lange das Bundesgebiet nicht bedroht ist; Gleichstellung Preußens mit Oesterreich in Hinsicht des Vorsitzes und der Leitung des Bundes; eine nicht aus Delegationen der Landtage, sondern aus direkten Wahlen nach Maßgabe der Bevölkerung der einzelnen Bundesstaaten hervorgehende Volksvertretung mit zureichenden Befugnissen. Hervorgehoben wurde, daß nur eine solche Vertretung Preußen, dessen Interessen wesentlich und unzertrennlich mit denen des deutschen Volkes verbunden seien, die Sicherheit gewähre, daß es nichts opfere, was nicht auch dem gesammten Deutschland zugute komme.

Zweiter Abgeordnetentag. Ungefähr das Gleiche hatte in Bezug auf Deutschland der zur selben Zeit wie der Fürstenkongreß in Frankfurt versammelte zweite deutsche Abgeordnetentag ausgesprochen. Er hatte zwar erklärt, daß er Angesichts der bedauerlichen Verfassungszustände in Preußen zu dem Versuch Oesterreichs, durch sein Reformprojekt die Einheit Deutschlands zu fördern, sich nicht grundsätzlich ablehnend verhalten könne; aber er hatte auch seine Ueberzeugung nicht verschwiegen, daß es sich bei dem österreichischen Reformplane mehr um den Schein der Einheit und Vertretung, als um das Wesen derselben zu handeln scheine, und daß nicht von einem einseitigen Vorgehen der Regierungen, sondern nur von der Zustimmung einer aus unmittelbaren Volkswahlen hervorgegangenen deutschen Nationalversammlung eine gedeihliche Lösung der Nationalreform zu erwarten sei.

Aber die Sympathien, welche — in Ermangelung von Besserem — trotzdem das österreichische Reformprojekt bei einem großen Theile des deutschen Volkes gefunden hatte, ließen es der preußischen Regierung wünschenswerth erscheinen, zu zeigen, daß sie mit ihrem energischen Widerstande gegen dasselbe nicht allein stehe, daß sie wenigstens die große Mehrheit des preußischen Volkes dabei hinter sich habe, und „daß keine politische Meinungsverschiedenheit im preußischen Lande tief genug greife, um gegenüber einem Versuche zur Beeinträchtigung der Unabhängigkeit und der Würde Preußens die Einigkeit des Volkes in sich und die Treue gegenüber dem angestammten Herrscherhause zu gefährden."

In diesem Sinne wurde in den ersten Septembertagen die Auflösung des im Mai geschlossenen Landtages verfügt und für den 28. Oktober die Neuwahlen ausgeschrieben. Vielleicht ließ sich auch die preußische Regierung dabei von der Hoffnung leiten, daß der Appell an das preußische Nationalgefühl eine regierungsfreundliche Mehrheit in das Abgeordnetenhaus bringen und auf diese Weise die Lösung des leidigen Militärkonflikts endlich möglich sein werde. Das Letztere geschah nun allerdings nicht; die Fortschrittspartei ging aus den Wahlen wiederum verstärkt hervor, und nur durch das fast völlige Verschwinden der Mittelparteien trat auch in der Zahl der Regierungsanhänger eine kleine Erhöhung ein. Die völlige Niederlage der Regierung war unzweifelhaft, aber zum Glück nur in

Bezug auf die Streitfragen der inneren Politik: mit vollem Rechte konnte die Fortschrittspartei erklären und erklärte sie, daß auch sie die nationale Ehre und Würde Preußens zu wahren und für die feste Einigung Deutschlands unter preußischer Führung einzutreten entschlossen sei.

Der neue Landtag. Daß in dem am 9. November eröffneten Landtage die Gegensätze nicht nur auf dem Gebiete der inneren, sondern trotz der ausdrücklich betonten Gemeinsamkeit des Zieles auch auf dem Gebiete der äußeren Politik in voller Schärfe auf einander trafen, vermochte freilich weder jene Erklärung der Fortschrittspartei noch auch die ernsten, mahnenden Worte der königlichen Eröffnungsrede zu verhindern. „Wir stehen in einer bewegten Zeit, vielleicht an der Schwelle einer bewegten Zukunft!" sprach der König zu den versammelten Abgeordneten, und mahnend fügte er hinzu: „Gemeinsam haben wir für die Ehre und für das Wohl des Vaterlandes zu wirken. Dieser Aufgabe sind meine Bestrebungen unwandelbar und ausschließlich gewidmet, und im unerschütterlichen Vertrauen auf die Treue meines Volkes hoffe ich, dieselbe so zu lösen, wie ich es vor Gott verantworten kann."

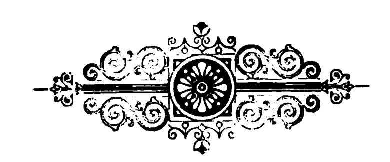
Die Regierung zu tadeln, weil sie dem österreichischen Reformprojekt Widerstand geleistet und dasselbe dadurch vereitelt hatte, das ging allerdings nicht wohl an; aber die fortschrittliche Mehrheit des Abgeordnetenhauses machte es Bismarck zum Vorwurf, daß er es überhaupt so weit habe kommen lassen, daß er durch seine verfassungswidrige innere und durch seine freiheitsfeindliche auswärtige Politik — in dem alsbald zu erwähnenden polnischen Aufstande — das deutsche Volk Preußen entfrembet, den preußischen Staat unter den Völkern Europa's vereinsamt und dadurch Oesterreich zu seinem Vorgehen ermuthigt habe. Daß Bismarck solchen Vorwürfen gegenüber in oft verletzender Weise der fortschrittlichen Opposition die Befähigung absprach, die politische Gesammtlage richtig zu beurtheilen und im Großen und Ganzen den Zusammenhang der preußischen Politik zu begreifen, das steigerte dann wiederum die Erbitterung; aber es läßt sich heut nicht mehr verkennen, daß der Minister mit dieser Behauptung im Wesentlichen das Richtige traf. Gerade durch sein viel angefochtenes Verhalten dem polnischen Aufstande gegenüber hatte er Preußen einen treuen Bundesgenossen gewonnen, der allerdings den liberalen Parteien nichts weniger als sympathisch, aber bei der bevorstehenden Auseinandersetzung mit Oesterreich von höchster Bedeutung war — nämlich Rußland.

Der polnische Aufstand vom Jahre 1863. In den russischen Gebietstheilen des ehemaligen Polenreiches war, wie wir hier nachholend erwähnen müssen, zu Anfang des Jahres 1863 ein nicht unbedenklicher Aufstand ausgebrochen, der den Russen eine Zeit lang große Sorge verursachte, zumal England und Frankreich im Bunde mit Oesterreich Miene machten, sich der Polen anzunehmen und der energischen Niederwerfung des Aufstandes durch die russische Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Anders stellte sich Preußen zu der Bewegung. Wenn es den russischen Polen gelang, sich frei zu machen, so lag die Befürchtung nahe, daß sich dann der Aufstand auch nach den preußisch-polnischen Gebietstheilen verbreiten würde, und die Regierung glaubte deshalb im Interesse Preußens zu handeln, indem sie die schnelle Unterdrückung des Feuers auf dem Hauptherde begünstigte. Es wurde preußischerseits sofort die Mobilmachung der vier östlichen Armeecorps unter General von Werder verfügt, und preußische Offiziere begaben sich nach Warschau und Petersburg, um Abmachungen zum Schutz der Grenze zu treffen. Am 8. Februar erfolgte der Abschluß eines geheimen preußisch-russischen Vertrages, der eben deshalb, weil sein Inhalt geheim gehalten wurde, den Verdacht der Rußland feindlichen Großmächte rege machte und auch der fortschrittlichen Opposition des preußischen Abgeordnetenhauses zu den heftigsten Ausfällen gegen die auswärtige Politik der Regierung Anlaß gab. Daß der Vertrag, wie Bismarck den Abgeordneten versicherte, ein rein militärischer, ohne irgend welche politische Bedeutung sei, fand Angesichts der entschieden

russenfreundlichen Haltung der preußischen Offiziere und Grenzbehörden keinen Glauben. Man nahm an, daß die preußische Regierung dem russischen Nachbar gegenüber mehr als die Verpflichtung zu einer wohlwollenden Neutralität übernommen habe, und man tadelte sie aufs Heftigste, weil sie durch ihr Verhalten Rußland in seinem Widerstande gegen die Forderungen der Westmächte bestärke und dadurch die Gefahr eines Krieges heraufbeschwöre, dessen ganze Last Preußen zu tragen haben würde. — Die wiederholt von den Westmächten an Rußland gerichteten drohenden Noten schienen dieser Befürchtung in der That einige Berechtigung zu geben; aber Bismarck, der von seinem Standpunkte aus mit dem ihm eigenen Scharfblick die politische Gesammtlage besser zu übersehen vermochte, wußte den Werth jener Drohungen richtiger zu beurtheilen. Er erkannte, daß er sich den vollen Dank Rußlands verdienen könne, ohne dadurch Preußen der Gefahr ernstlicher Verwicklungen auszusetzen, und er glaubte diese günstige Gelegenheit nicht ungenutzt vorübergehen lassen zu dürfen. Es kam ihm natürlich nicht in den Sinn, zu wünschen, daß Rußland jemals unmittelbar seine deutsche Politik unterstütze; aber sich durch Anknüpfung eines freundschaftlichen Verhältnisses mit dem mächtigen Nachbar für den Fall der Durchführung seiner Pläne wenigstens nach dieser Seite hin freie Hand zu schaffen, dazu war er im Interesse Deutschlands berechtigt und im Interesse Preußens verpflichtet.

Die Verhandlungen und diplomatischen Erörterungen wegen der polnischen Angelegenheit hatten sich zwischen Rußland und Preußen einerseits und den Westmächten andererseits bis in den September hinein hingezogen und mit einem entschiedenen Siege der russisch-preußischen Diplomatie geendigt, indem die Westmächte sich dazu entschlossen, den Dingen in Polen freien Lauf zu lassen und auf weitere Einmischungsversuche zu verzichten. Aber die russische Regierung mißbrauchte nun die volle Bewegungsfreiheit, die sie dadurch gewonnen hatte, indem sie die russischen Generale mit unerhörter Härte und Grausamkeit in den vom Aufstande ergriffenen polnischen Landestheilen schalten und walten ließ. Nun waren zwar die Sympathien, welche der deutsche Liberalismus einst dem Polenthum entgegengebracht hatte, im Laufe der Zeit und unter dem Eindruck übler Erfahrungen nahezu völlig geschwunden, aber gegen jenes Vorgehen der Russen lehnte sich das rein menschliche Gefühl auf, und die im Abgeordnetenhause ohnehin herrschende Erbitterung gegen Bismarck brachte es mit sich, daß man auch für diese Ausschreitungen die preußische Regierung mit verantwortlich zu machen versuchte.

Ueber den erregten Debatten, zu welchen die immer von Neuem angeregte Kritik der auswärtigen Politik der Regierung Anlaß gab, hatte das Abgeordnetenhaus kaum Zeit gefunden, der allerdings aussichtslosen Berathung über die inneren Angelegenheiten, über den Etat und über das von der Regierung wieder unverändert vorgelegte Wehrgesetz näher zu treten, als ein unerwartetes Ereigniß dem ganzen Streit eine andere Richtung gab. — Der am 15. November 1863 — sechs Tage nach der Eröffnung des preußischen Landtages — erfolgte Tod des Königs Friedrich VII. von Dänemark mußte, wie die Verhältnisse lagen, den Beginn des Entscheidungskampfes um Schleswig-Holstein zur Folge haben.





Zweites Buch.

Der Entscheidungskampf um Schleswig-Holstein.

Wir haben die Geschicke der schleswig-holsteinischen Herzogthümer bis zu dem Augenblicke verfolgt, da sie nach dreimal wiederholtem vergeblichem Versuch, ihre unnatürliche Abhängigkeit von Dänemark zu lösen, durch das zweite Londoner Protokoll vom Jahre 1852 gebunden den Dänen überliefert wurden. Die Schwäche und Unselbständigkeit, welche Preußen und der berechnende Eigennutz, welchen Oesterreich dabei gezeigt hatte, gaben den Dänen den Muth, sich über die geringen Beschränkungen, welche das Londoner Protokoll den Herzogthümern gegenüber ihnen noch auferlegte, hinwegzusetzen, und entgegen dem noch zu Recht bestehenden Grundsatz der Untheilbarkeit der Herzogthümer war seitdem offen darauf hingearbeitet worden, die staatliche Trennung Schleswigs von Holstein zu bewirken und wenigstens Schleswig dem dänischen Gesammtstaate völlig einzuverleiben.

Einverleibung von Schleswig in den dänischen Gesammtstaat. Nachdem bereits am 15. Februar 1854 eine Sonderverfassung für Schleswig und am 11. Juni desselben Jahres eine solche für Holstein eingeführt war, hatte die dänische Regierung am 26. Juli eine Verfassung für den dänischen Gesammtstaat erlassen, welche am 2. Oktober auch für Schleswig und Holstein in Kraft trat, und zugleich war die Danisirung Schleswigs und die Ausrottung des Deutschthums daselbst durch ausschließliche Anstellung von dänischen Beamten, durch zwangsweise Einführung der dänischen Sprache im Gerichtssaal, in Schule und Kirche systematisch betrieben worden. Die wiederholten Vorstellungen und Drohungen seitens des Deutschen Bundes hatten dann zwar im Jahre 1858 die Aufhebung der Giltigkeit der Gesammtstaatsverfassung in Bezug auf Holstein zur Folge gehabt; aber die verbrieften Rechte des Landes waren trotzdem fortgesetzt schmählich mißachtet worden, und ungeachtet des jetzt auch von Preußen erhobenen Widerspruches, waren die auf die völlige Einverleibung Schleswigs abzielenden Pläne von der dänischen Regierung um so energischer verfolgt worden. Weil Preußen zweimal vor den bloßen Drohungen der Dänemark freundlich

gesinnten Mächte schwächlich zurückgewichen war, glaubte die dänische Regierung jetzt auch seinem Widerspruche keine große Bedeutung beimessen zu müssen. Von der Wandlung, die in der Entwicklung innerer Kräfte des preußischen Staates stattgefunden hatte, von der Erregtheit der deutschen Empfindungen hielt man in Kopenhagen nicht viel. Deutschland erschien zerrüttet, die Unthätigkeit und Uneinigkeit am Sitze der deutschen Bundesbehörde war männiglich bekannt, und für den schlimmsten Fall glaubten die Dänen wie früher so auch jetzt auf den Beistand Englands, Schwedens und Rußlands, ja vielleicht auch Frankreichs rechnen zu dürfen. Daß die Verhältnisse inzwischen andere geworden waren, daß Rußland und Preußen sich stark genähert, daß Napoleon das Nationalitätsprinzip als den leitenden Grundgedanken seiner Politik zu oft betont hatte, um plötzlich zu Gunsten Dänemarks dasselbe verleugnen zu können, und daß endlich von England allein kein thatkräftiger Beistand zu erwarten war, alles Das zog man in Kopenhagen vorerst nicht in Berechnung; und weil man Deutschland zu einem Aufraffen zur That für unfähig hielt und Preußen bis zum Ueberdruß mit sich selbst beschäftigt sah, so ging man in Dänemark trotzig und unbeirrt weiter auf dem eingeschlagenen Wege.

„Dänemark bis zur Eider!“ hieß das neue Feldgeschrei der unbestrittener denn je in Dänemark herrschenden Nationalpartei, welche man deshalb auch als die Partei der „Eiderdänen“ bezeichnete. Aus dem Schoße dieser Partei war der Entwurf zu einer neuen Verfassung hervorgegangen, welche alle Sonderrechte Schleswigs und überhaupt jeden Unterschied zwischen diesem und dem eigentlichen Dänemark aufhob und die Bildung eines unbedingt einheitlichen dänisch-schleswig'schen Gesammtstaates bezweckte, dem Holstein allein als besonderes Kronland gegenüberstehen sollte.

Am 13. November 1863 wurde diese Verfassung im dänischen Reichsrathe angenommen, aber da es auf der Hand lag, daß die Ausführung derselben den Landesrechten und den dem Auslande gegenüber übernommenen Verpflichtungen widersprach, so zögerte König Friedrich VII., trotz des heftigen Anstürmens der Eiderdänen, ihr seine Zustimmung zu geben.

Friedrich VII. Zwei Tage später, 15. November, ereilte ihn ein jäher Tod, und der durch das Londoner Protokoll zu seinem Nachfolger bestimmte Herzog Christian von Holstein-Glücksburg bestieg als Christian IX. den dänischen Thron. Von einem Aufstande der Kopenhagener Bevölkerung bedroht, genehmigte der neue König jene Verfassung. — Die am 18. November 1863 erfolgte Unterzeichnung der Urkunde bedeutete den Krieg mit Deutschland.

Der Deutsche Bund stand zu der Streitfrage anders als Oesterreich und Preußen. Die beiden deutschen Großmächte hatten das Londoner Protokoll unterzeichnet, der Deutsche Bund nicht. Nach diesem Protokoll sollte die Krone der dänischen Gesammtmonarchie auf Christian IX. übergehen; in Frankfurt aber betrachtete man die Thronfrage wenigstens in Bezug auf Schleswig-Holstein als eine offene.

Die Thronfolgefrage und ihre Regelung. Nach der vor der Unterzeichnung des Londoner Protokolls in Dänemark giltigen Thronfolgeordnung hätte nach dem Aussterben des Mannesstammes der regierenden Dynastie im eigentlichen Dänemark die weibliche Linie zur Thronfolge kommen und deshalb die Aufhebung der bisher zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein bestandenen Personalunion erfolgen müssen, weil in den Herzogthümern nur der Mannesstamm, und zwar als nächstberechtigt das herzogliche Haus Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, auf die Thronfolge Anspruch hatte. Aber nicht nur Dänemark selbst, sondern auch England und Rußland glaubten an dem Fortbestande der dänischen Gesammtmonarchie in ihrem bisherigen Umfange ein Interesse zu haben. So war denn nach dem durch die schwächliche Haltung Preußens und Deutschlands verschuldeten unglücklichen Ausgang der schleswig-holsteinischen Erhebung in den Jahren 1848 bis 1850 die dänische Thronfrage in dem Sinne geregelt worden, daß die dänische Gesammtmonarchie erhalten und auf den Thron derselben der mit der nächstberechtigten dänischen

Thronerbin vermählte Prinz Christian aus dem mit der russischen Dynastie verwandten herzoglichen Hause Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg berufen werden sollte. Im zweiten Londoner Protokoll vom Jahre 1852 waren diese Abmachungen von allen europäischen Großmächten bestätigt worden, und durch Gesetz vom 31. Juli 1853 hatte König Friedrich VII. den Prinzen in aller Form zu seinem Nachfolger eingesetzt. Der dadurch in seinen Rechten beeinträchtigte Herzog Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg hatte zunächst allerdings dagegen protestirt, aber nach kurzem Besinnen gegen Zahlung einer Summe von $2^1/_4$ Millionen Thalern auf sein und seiner Nachkommen Erbrecht verzichtet. Seine beiden volljährigen Söhne hatten die Verzichtleistungsurkunde zwar nicht unterzeichnet; allein da sie gegen den Vollzug derselben keine Verwahrung eingelegt hatten und in den Mitgenuß jener Entschädigung eingetreten waren, so war damit auch ihr Erbrecht erloschen, und der ohnehin verspätete Protest des ältesten der beiden Söhne, des Prinzen Friedrich, mußte von vornherein als anfechtbar erscheinen.

Protest des Prinzen Friedrich von Augustenburg. Jetzt nun, nach dem Tode König Friedrich's VII., trat der Prinz gleichwol mit seinen Ansprüchen auf Schleswig-Holstein von Neuem hervor, und nun geschah es, daß ein Zusammentreffen eigenthümlicher Umstände, die wir zunächst in Betracht zu ziehen haben werden, zur Folge hatte, daß ihm bei seinem Auftreten von allen liberal und national gesinnten Parteien Deutschlands und vor Allem Süddeutschlands die wärmsten Sympathien entgegengebracht wurden.



Prinz Friedrich von Schleswig-Holstein-Augustenburg.

Der Deutsche Bund hatte, wie erwähnt, zu verschiedenen Malen Dänemark an seine Pflicht gemahnt, die Selbständigkeit der Herzogthümer, soweit sie diesen zugesagt war, zu achten, und als seine Mahnungen unberücksichtigt blieben, waren denselben Drohungen gefolgt. Aber von Dänemark waren die Mahn- und Drohnoten des Bundes mißachtet, ja verspottet worden, und seine letzte Antwort war eben die am 18. November vom Könige vollzogene Unterzeichnung des neuen Grundgesetzes gewesen, welches die Einverleibung Schleswigs in den dänischen Gesammtstaat zur Thatsache machen sollte. Nun ward der Antrag an den Bund gebracht, die Exekution, mit der Dänemark bereits wiederholt bedroht worden war, unverzüglich zur Ausführung zu bringen. Am 28. November gelangte dieser Antrag mit acht gegen sieben Stimmen zur Annahme. Um dieselbe Zeit kündigte sich Prinz Friedrich von Augustenburg in einer Proklamation den Schleswig-Holsteinern als ihren Herzog an, und mit einhelliger Begeisterung erklärten sich alle liberalen Parteirichtungen Deutschlands, gleichviel ob großdeutsch, ob kleindeutsch gesinnt, für ihn und für die nationale Bewegung, welcher er seinen Namen lieh. Wie günstig hatten sich plötzlich die Dinge für Schleswig-Holstein gestaltet! Ein legitimer, wenigstens im Sinne des Volkes legitimer Erbe war da, der Deutsche Bund hatte beschlossen, bewaffnet für Land und Leute und für den berechtigten Erben einzutreten, und mit Zuversicht schien man nunmehr hoffen zu dürfen, es werde gelingen, das „Schmerzenskind" Deutschlands von dem Joche der Dänen zu befreien.

Intervention des Deutschen Bundes. Die Exekutionstruppen, Sachsen und Hannoveraner, 12,000 Mann stark, rückten auch wirklich Ende Dezember 1863 in Holstein ein; Herzog Friedrich folgte ihnen und ward, wo er sich blicken ließ, mit Jubel empfangen. In einem stürmischen Anlauf schien es, werde diesmal der sonst so schwerfällige Deutsche Bund, und dies noch dazu ohne die Mitwirkung seiner beiden mächtigsten Glieder, der beiden Großmächte, ein vorgestecktes Ziel erreichen. Mit Erstaunen, ja mit Entrüstung vernahm deshalb das deutsche Volk die gemeinsame Erklärung Preußens und Oesterreichs, daß sie dem Vorgehen des Bundes nicht nur ihre Zustimmung und Mitwirkung versagen, sondern daß sie sich seinem Vorgehen sogar entschieden widersetzen müßten. Allerdings seien auch sie zur Lösung der schwebenden Frage entschlossen, aber den Weg, auf welchem dies zu geschehen habe, könnten sie sich als Großmächte durch einen Bundesbeschluß der Mittel- und Kleinstaaten nicht vorschreiben lassen, zumal sie als Mitunterzeichner des Londoner Protokolls verpflichtet seien, dasselbe zu respektiren und ihm nach allen Seiten hin Geltung zu verschaffen. — Die Entrüstung, mit welcher das deutsche Volk diese Erklärung aufnahm, schien vollkommen gerechtfertigt. Die Aufrechterhaltung des verhaßten Abkommens, über welches in Deutschland so viel Ach und Weh gerufen worden, und von dem loszukommen der vom Bundestag eingeschlagene Weg Aussicht bot — hieß das nicht, unter Kniebeugung vor Rußland und England wiederum nur zum Vortheile Dänemarks handeln zu wollen?

So urtheilte die große Mehrheit des deutschen Volkes, aber anders urtheilte der Staatsmann, der in dieser schwierigen Lage die preußische Politik zu leiten hatte. Mit sicherem Scharfblick übersah er die politische Gesammtlage und erkannte, daß die Zukunft Preußens mit der Frage bezüglich der künftigen Stellung der Herzogthümer aufs Engste verbunden sei. Ließ er die Sache gehen, wie sie ging, so war eine neue Schädigung Preußens unausbleiblich. Mit Sang und Klang marschirte der Preußen feindliche Bund gen Norden, um daselbst einen neuen Kleinstaat zu gründen. Daß die Herzogthümer, wenn sie den Dänen entrissen wurden, eine eigene nationale Verwaltung, ja selbst eine eigene nationale Dynastie erhielten, das war an und für sich zwar nicht sehr bedenklich; aber unter den obwaltenden Umständen lag die Befürchtung nur zu nahe, daß der Bund den neu zu gründenden Kleinstaat völlig in seine Interessen hineinziehen und durch denselben seine Sonderbestrebungen verstärken würde. Das konnte und durfte Preußen aber nicht zugeben. Wenn es die Gründung eines neuen Kleinstaates an seiner Nordgrenze gestatten sollte, mußte es Garantien dafür verlangen, daß dieser Staat seiner deutschen Politik keine Hindernisse in den Weg legen werde, und diese Garantien waren nur zu erlangen, wenn es selbst Herr der Bewegung blieb und dem Bunde die Leitung derselben entzog. Dazu kam noch, daß Preußen und Oesterreich, weil sie das Londoner Protokoll unterzeichnet, in der That auch die Verpflichtung hatten, dasselbe zu achten und Verletzungen desselben entgegenzutreten. Solche Verletzungen aber lagen vor, von Seiten des Bundes sowol als von Seiten Dänemarks, und diesen Umstand beschloß Bismarck als Handhabe zu benutzen, um Oesterreich geschickt in das preußische Interesse hineinzuziehen und zu gemeinsamem Vorgehen in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit zu bestimmen. Aus rein militärischen Gründen hätte Preußen der Mitwirkung Oesterreichs gewiß nicht bedurft; zweifellos würde es, wie die Sache einmal lag, nöthigenfalls auch auf eigene Faust vorgegangen sein; aber aus politischen Gründen erschien die Mitwirkung Oesterreichs wünschenswerth, und Bismarck suchte sie daher zu gewinnen. Wie ihm dies gelang, welche diplomatischen Schachzüge zu der anscheinend so schwierigen Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen führten, das ist bis heute noch nicht zur öffentlichen Kenntniß gekommen. Genug, das Einvernehmen kam zu Stande, und gemeinsam gaben die beiden Großmächte am Bunde die Erklärung ab, daß sie von Dänemark auf Grund des Londoner Protokolls die Zurücknahme der Novemberverfassung verlangen und, falls Dänemark die Ausführung verweigere, sich ein Pfand für Erfüllung ihrer Forderungen verschaffen, ja nöthigenfalls in ihrer Eigenschaft

als Großmächte gegen dasselbe einschreiten würden. Außerdem forderten sie den Bund auf, den sogenannten Erbprinzen Friedrich von Schleswig-Holstein-Augustenburg aus Holstein zurückzurufen, da zuvörderst über sein Erbrecht zu befinden sei.

Preußen und Oesterreich gegen den Bund. Der Bund entschied sich gegen die Aufforderung und die Absichten der deutschen Großmächte; aber diese erklärten wiederholt, daß sie sich durch Bundesbeschlüsse ihre Politik nicht vorschreiben lassen könnten, und daß sie entschlossen seien, unverzüglich ans Werk zu gehen, um in ihrem Sinne die schwebende Streitfrage zu lösen. — Bezeichnend dafür, wie man in Deutschland im Allgemeinen das Verhältniß der deutschen Großmächte zu einander auffaßte, war der Umstand, daß aller Unwille und aller Hohn über die als unnational angesehene und mit maßloser Heftigkeit angegriffene gemeinsame Politik beider sich fast ausschließlich gegen Bismarck richtete, und daß man den österreichischen Staatsmännern zumeist den Vorwurf machte, sie hätten sich von Bismarck überlisten und gleichsam ins Schlepptau nehmen lassen.



Uebergang sächsischer Truppen über die Elbe bei Harburg. Zeichnung von A. Beck.

Zurückweisung der Kriegsanleihe im Landtag. Aber nicht nur in den Mittel- und Kleinstaaten, sondern auch in Preußen selbst und namentlich im preußischen Abgeordnetenhause wurde ein förmlicher Sturmlauf gegen die preußisch-österreichische Politik in Scene gesetzt. Den äußeren Anlaß dazu bot der durch Bismarck eingebrachte Antrag, eine Kriegsanleihe von 12 Millionen Thalern zu genehmigen.

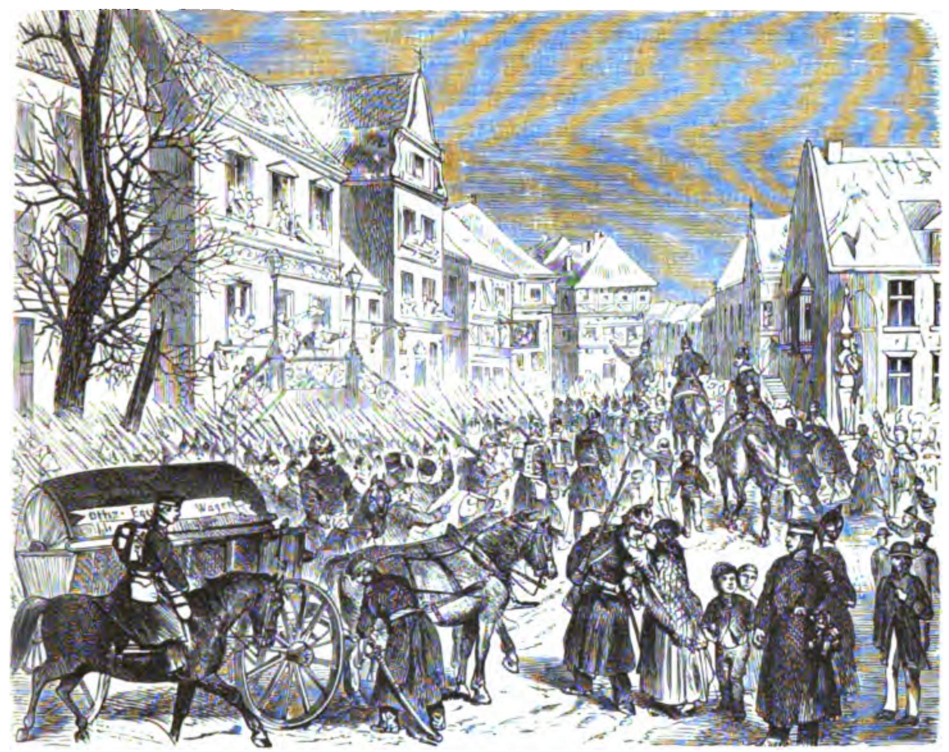
Das Abgeordnetenhaus wandte sich mit einer Adresse an den König und bat denselben um Zurücktreten vom Londoner Vertrage und um die Einsetzung des Augustenburgers, da nach Dem, was man vom Ministerium wisse, zu befürchten stehe, „daß in dessen Händen die gegeforderten Geldmittel weder im Interesse der Herzogthümer und Deutschlands, noch zum Nutzen der Krone und des Landes verwendet werden dürften." Am 27. Dezember erwiderte der König: „Die Richtung, in welcher meine Regierung die auswärtige Politik bisher geführt hat, ist das Ergebniß reiflich erwogener Entschließungen. Ich habe die letzteren gefaßt mit Rücksicht auf die von Preußen geschlossenen Verträge, auf die Gesammtlage Europa's und auf unsere Stellung in derselben, aber zugleich mit dem festen Willen, das deutsche

Recht in den Herzogthümern zu wahren und für die berechtigten Ziele, welche Preußen zu erstreben hat, erforderlichen Falles mit den Waffen in der Hand einzustehen. In welcher Form und zu welchem Zeitpunkt jedes einzelne zur Erreichung dieser Ziele führende Mittel zur Anwendung zu bringen sein wird, darüber kann die mir verfassungsmäßig zustehende Entscheidung nur von mir selbst getroffen werden." In Betreff der Beschaffung der Mittel für die Durchführung der zu treffenden Maßregeln sagte der König: „Das Haus kann die schwere Verantwortung nicht auf sich nehmen wollen, diese ganz unentbehrlichen Mittel zu versagen oder ihre Bewilligung an Bedingungen zu knüpfen, welche in die zweifellosen Rechte meiner Krone eingreifen. Ich würde es nicht verstehen, wenn das Haus, welches die Regierung so lebhaft zur Aktion drängt, in dem Augenblicke und auf dem Felde, wo diese Aktion eintreten kann und muß, die Mittel zu derselben versagte. Ich würde es um so weniger verstehen, als meine Gesinnung und mein Wort dafür bürgen, daß die Mittel, welche ich zum Schutze des Rechts und der Ehre des Landes fordere, auch diesem Zwecke entsprechend verwendet werden."

Aber das tiefgewurzelte Mißtrauen des Abgeordnetenhauses war durch nichts zu beschwichtigen, und in der Sitzung vom 22. Januar 1864 wurde die von der Regierung geforderte Anleihe mit 275 gegen 51 Stimmen abgelehnt, „weil die preußisch-österreichische Politik kein anderes Ergebniß haben könne, als die Herzogthümer abermals an Dänemark zu überliefern." Bismarck beantwortete das ablehnende Votum des Abgeordnetenhauses mit der erregten Erklärung, daß die Regierung im Bewußtsein ihres Rechts und ihrer Pflicht den eingeschlagenen Weg weiter verfolgen und daß sie die Mittel zur Durchführung ihrer Politik nothgedrungen da hernehmen werde, wo sie dieselben finde. Bei dem herrschenden Mißtrauen wurde natürlich auch diese Erklärung des verhaßten Ministers in dem denkbar ungünstigsten Sinne gedeutet, und mit neuer Erbitterung im Herzen verließen nach dem am 25. Januar erfolgten Schluß des Landtages die Abgeordneten die Hauptstadt, während die Truppen voll Kampfesmuth und Siegeshoffnung gen Norden zogen, um an der Eider den großen Kampf um Deutschlands Einheit zu beginnen, dessen letzte Schüsse genau sieben Jahre später — am 1. Februar 1871 — in den Thälern des Jura verhallten.

Die von den Dänen veröffentlichte Verfassung für Schleswig-Holstein sollte schon am 1. Januar 1864 in Kraft treten. Da auf die Aufforderung Preußens und Oesterreichs die Zurücknahme nicht erfolgte, verließen die Gesandten beider Großmächte am 1. Januar Kopenhagen. Am 16. Januar wurde die gleiche Aufforderung noch einmal gestellt, aber wiederum wurde sie zurückgewiesen, und nun rückten am 26. Januar die inzwischen zusammengezogenen preußisch-österreichischen Truppen in Holstein ein, welches die Dänen bereits vor den Exekutionstruppen des Bundes geräumt hatten. Wenige Tage später stand die verbündete Streitmacht zum Einmarsch bereit an der schleswig'schen Grenze, und mit der am 1. Februar 1864 erfolgten Ueberschreitung der Eider trat der Krieg in sein Recht.





Ausmarsch der Truppen. Zeichnung von Ludwig Burger.

Der Dänische Krieg im Jahre 1864.

Der von Seiten Preußens zum Oberbefehlshaber des preußisch-österreichischen Heeres ernannte greise Feldmarschall Friedrich Heinrich Ernst von Wrangel, ein eisenfester Mann, den seine achtzig Lebensjahre keineswegs gebeugt hatten, kannte Land und Leute schon aus früheren Zeiten genau. Ihm zur Seite stand als Chef des Stabes General Vogel von Falckenstein; auch dieser hatte unter des Feldmarschalls Oberbefehl vor sechzehn Jahren für Schleswig-Holsteins Recht gekämpft.

Des „alten Wrangels“ Truppen bestanden aus drei Corps.

Das I. — kombinirte preußische Armeecorps — befehligte der sechsunddreißigjährige Prinz Friedrich Karl von Preußen, der im Stabe Wrangel's 1848 auf schleswig'schem Boden zum ersten Male „Pulver gerochen“ und sich den Orden pour le mérite erworben hatte. Sein Corps, aus brandenburgischen und westfälischen Mannschaften zusammengesetzt, betrug etwa 33,000 Mann mit 96 Geschützen. — An der Spitze des II. Corps — aus Oesterreichern gebildet — stand der fünfzig Jahr alte Feldmarschall-leutnant Freiherr von Gablenz, der namentlich 1859 in der Schlacht bei Solferino mit Auszeichnung gekämpft hatte; ihm waren etwa 26,000 Mann mit 48 Geschützen zugetheilt, während das III. Corps, preußische Garde unter General von der Mülbe, nur etwa 13,000 Mann mit 12 Geschützen zählte.

Ueber die Streitkräfte der Dänen wußte man deutscherseits, daß gegen 37,000 Mann mit 104 Geschützen unter dem Befehle des siebenzigjährigen Generals de Meza in Schleswig vereinigt waren. Die Ausrüstung und Bewaffnung dieser Truppen war in jeder Beziehung gut zu nennen; die Ausbildung der Mannschaften ließ jedoch Vieles zu wünschen übrig. Denn diese hatten nur sehr kurze Zeit im stehenden Heere zu dienen, und

um die Reihen im Kriegsfall voll zu machen, mußte eine erhebliche Anzahl bereits im vorgerückten Lebensalter befindlicher Reserven eingestellt werden. Auch das Offiziercorps bestand zum größten Theil aus eingezogenen Reserveoffizieren. Somit konnte im dänischen Heere eine strenge Disziplin und ein tüchtiger militärischer Geist, die allein einem Heere die Fähigkeit und Kraft verleihen, Strapazen, Mühe und Anstrengungen sowie schwierige Lagen ohne nachhaltige üble Folgen zu überwinden, nicht herrschen. Der Gedanke, daß es sich um die Vertheidigung des Vaterlandes handle, erweckte wol eine gewisse Begeisterung unter den dänischen Soldaten, doch diese mußte bei ernsten Prüfungen Angesichts der vorhandenen großen Mängel schnell verrauchen.

Anders auf Seite der Verbündeten. Das österreichische sowie das preußische Heer standen in dem Rufe größter Tüchtigkeit. In beiden Staaten konnten die verhältnißmäßig geringen Streitkräfte ins Feld gestellt werden, ohne daß man zu außerordentlichen, das Land irgendwie drückenden Maßregeln seine Zuflucht nehmen mußte. Die österreichischen Truppen hatten außerdem die Erfahrungen eines vor kaum fünf Jahren wenn auch nicht glücklich, so doch ehrenvoll durchkämpften großen Krieges für sich. In Preußen sah man schon deshalb mit gesteigertem Interesse den in Aussicht stehenden Kämpfen entgegen, weil die gegen den Willen der Landesvertretung kaum durchgeführte Heeresreorganisation — des Königs eigenstes Werk — hier ebenso zum ersten Male ihre Feuerprobe bestehen sollte, wie Zündnadelgewehr und gezogene Kanonen, welch letztere 1859 im italienischen Kriege nur in geringem Umfange in Gebrauch gekommen waren.

Die Zeit war der Kriegführung nicht günstig. Aber die Politik verlangte, sollte sich das Ausland nicht in die Händel mischen, ein energisches und schnelles Handeln; und seit den Tagen des großen Napoleon kannte die Kriegskunst „Winterquartiere", ein Abwarten der besseren Jahreszeit, nicht mehr. Wie einst an der Katzbach den Regen, so mußte man sich jetzt Schnee und Eis zu Verbündeten machen. Allerdings Verbündete, auf deren Beständigkeit selbst oben in Schleswig wenig Verlaß war, denn die Wintertemperatur ist in dem von zwei Meeren umspülten Lande durchschnittlich so mild, daß starker Frost nur ein seltener und kurz weilender Gast ist. Die Ränder der vielen tief in das Land einschneidenden Meeresbuchten, die an vielen Stellen seeartig erweiterten Flüsse, die zahlreichen kleinen Wasserläufe des Landes bedeckt zur Winterszeit in der Regel nur eine leicht zerbrechliche Eiskruste; die wenigen, meistentheils von Dämmen oder Hecken eingefaßten Straßen hingegen halbgeschmolzener Schnee in hohen Massen. Wird schon hierdurch die Bewegungsfähigkeit der Truppen nicht unerheblich erschwert, so verhindern besonders noch kleine, die einzelnen Felder umschließende und mit Strauchwerk bepflanzte Erdwälle — sogenannte Knicks — die Verwendung der Kavallerie und der Artillerie, welch letzterer das nur von wenigen kleinen Erhöhungen durchzogene Land ohnehin selten beherrschende Stellungen bietet. Nicht ohne Einfluß auf die Kriegführung mußte es schließlich bleiben, daß die Dänen, mittels ihrer Flotte Herren der Ostsee, stets in der Lage waren, im Rücken der Verbündeten an der Küste zu landen und sie dadurch während ihres Vorrückens zu gefährden. —

Der 1. Februar war ein heiterer, aber kalter Tag. In gehobener Stimmung zwar, aber doch ohne die rechte Begeisterung, mit welcher nur das volle Verständniß und die volle persönliche Theilnahme für Zweck und Ziel des zu führenden Krieges den Soldaten erfüllt, überschritten die verbündeten Truppen den Grenzfluß. Die rein kriegerische Begeisterung, die allerdings nach den ersten glücklichen Gefechten bald in voller Stärke erwachte, mußte diesmal die patriotische, nationale Begeisterung ersetzen. Durch das Vorgehen der beiden Großmächte hatte der Krieg gegen Dänemark anscheinend den Charakter eines Nationalkrieges verloren; er war zum Kabinetskriege geworden, dessen Zwecke und Ziele dem Heere, das ihn führen sollte, kaum verständlich und einem großen, sehr großen Theile des deutschen, ja selbst des preußischen Volkes sogar verdächtig waren.

An der Grenze hatten die Dänen nur schwache Beobachtungsabtheilungen aufgestellt, die nach einigen Schüssen vor den anrückenden Kolonnen der Preußen und Oesterreicher schleunigst das Weite suchten. Wenige Meilen nordwärts der Eider befand sich jedoch das gesammte feindliche Heer in einer vorzüglichen Stellung, dem sogenannten „Danewerk“, zum Widerstande bereit. Dieses Werk, ein im frühen Mittelalter als Grenzwall aufgeworfener hoher Damm, zieht sich von der Stadt Schleswig etwa zwei Meilen weit in südwestlicher Richtung bis zu den sumpfigen Ufern der Treene, an die sich die untere Eider anschließt und bis zur Nordsee ein schwer überschreitbares Hinderniß bildet, während östlich der Stadt Schleswig die an einzelnen Stellen über 1000 Schritt breite Schlei bis zur Ostsee hin einem vom Süden vordringenden Feinde Halt gebietet. Dänischerseits hatte man den Grenzwall und das Schlei-Ufer an geeigneten Punkten mit Schanzen und diese reichlich mit schwerem Geschütz versehen.



Rekognoscirung durch die preußischen Heerführer.
General Vogel von Falckenstein. Generalfeldmarschall Graf Wrangel. Prinz Friedrich Karl.

Die ersten Zusammenstöße. Dieses bedeutende Hinderniß mußte also zunächst überwunden werden, wollten die Deutschen weiter in Schleswig vordringen. Ein Angriff auf die Grenzwallstrecke selbst hätte viel Zeit und Menschen gekostet. Prinz Friedrich Karl sollte daher mit dem I. Corps über die Schlei gehen und so von Osten her in den Rücken des Gegners zu kommen suchen, den unterdeß die Oesterreicher in der Front zu beschäftigen hatten. Der Prinz rückte zunächst am 2. Februar bei starkem Nebel nach dem Schlei-Uebergang bei Missunde vor, erkannte aber in einem heftigen Gefechte, daß an dieser Stelle nicht gut über den Fluß zu kommen sei. Als dann weiter stromabwärts bei Arnis eine geeignete Stelle für den Uebergang ermittelt und das I. Corps dahin abgerückt war, erfuhr man in der Nacht vom 6. zum 7. Februar, kurz vor dem Beginn des Uebersetzens der ersten Abtheilungen, daß der Gegner seine Stellung aufgegeben habe und eiligst abgezogen sei. — General de Meza hatte sich nämlich trotz des kleinen Erfolges bei Missunde überzeugt, daß der Uebergang der Deutschen über die Schlei auf die Dauer doch nicht zu verhindern sei und in diesem Falle die Umgehung oder gar die Abschneidung seines linken Flügels zu befürchten sei. Mit Recht betrachtete er deshalb, als er von der Absicht des

preußischen Corps Kenntniß erhielt, die Danewerkstellung als äußerst gefährdet und ließ schleunigst und heimlich am 5. Abends den Rückzug auf Flensburg antreten, so daß die Preußen, ohne auf Widerstand zu stoßen, den Uebergang über die Schlei bewerkstelligen konnten. Vor der Front der Danewerke hatten die Oesterreicher inzwischen am 3. in den Gefechten bei Jagel und Oberselk sowie durch die Wegnahme des Königsberges den Feind nach heftigem Kampfe bis in seine Schanzen zurückgeworfen. Als ihnen darauf — leider zu spät, um eine energische Verfolgung zu ermöglichen — die Kunde vom Abzuge desselben zuging, eilten sie ihm sofort nach, besetzten die Stadt Schleswig und brachten etwa $1\frac{1}{2}$ Meile südlich von Flensburg bei Oeversee die dänische Nachhut zum Stehen, die sich hier in einem sehr hartnäckigen und für beide Theile verlustreichen Gefechte mit anerkennenswerther Tapferkeit schlug. Tags darauf rückte die preußische Garde in Flensburg ein und schob ihre Sicherheitstruppen bis dahin vor, wo die große Heerstraße nach Norden, Osten und Westen auseinander geht.

Schnell und verhältnißmäßig leichten Kaufes war somit in wenigen Tagen ein großer Erfolg errungen; 119 schwere Geschütze hatte der Feind in den Danewerksschanzen, 20 Feldgeschütze und mehrere Hundert Mann als Gefangene in den Händen der Verbündeten zurückgelassen. Bis zur Nordgrenze hinauf konnte der Däne in der Provinz Schleswig nirgends mehr Halt finden; nur in dem östlichsten Winkel, dicht vor der Insel Alsen, bot ihm die „Düppelstellung" eine neue Vertheidigungslinie.

Strapazen des Winterfeldzugs. Die bisherigen Gefechtsverluste waren auf beiden Seiten nicht erheblich gewesen, aber ganz außerordentlich die Strapazen bei den Deutschen. Der größte Theil der Truppen hatte seit dem 1. Februar Tag und Nacht unter freiem Himmel bei Schnee und Eis ohne erwärmendes Feuer zubringen müssen. Auf glattgefrorenen Wegen oder im heftigen Schneegestöber waren weite Märsche zurückgelegt worden. Diese Umstände und die Nothwendigkeit, vor Allem die zurückgebliebenen Proviant- und Munitionskolonnen heranzuziehen, verlangten für die Truppen gebieterisch einige Ruhetage. Für Bequemlichkeit und Behaglichkeit mußten diese jetzt allerdings selbst sorgen; denn während sie in Holstein und Südschleswig meist mit Jubel empfangen und fürsorglich verpflegt worden waren, begegnete die überwiegend dänisch gesinnte Bevölkerung in Nordschleswig den „deutschen Eindringlingen" finster und verdrossen oder gar mit offener Feindseligkeit, so daß die deutschen Soldaten selbst vor Verrath auf der Hut sein mußten.

Die Tage der Ruhe und Erholung dauerten natürlich nicht lange. Sobald durch die Vortruppen festgestellt war, daß der größte Theil der Dänen sich in den Schutz der Düppelstellung begeben und der Rest, d. i. die gesammte Kavallerie und eine Infanteriedivision, sich nach dem Norden gewendet habe, ließ Wrangel den Prinz Friedrich Karl mit dem I. Corps gegen Düppel, die beiden anderen Corps hingegen über Apenrade und Hadersleben vorrücken.

Wie vorherzusehen, fanden die Letzteren nirgends erheblichen Widerstand und drangen bis an die Nordgrenze des schleswig'schen Landes vor. Hinter den dänischen Dragonern her jagten preußische Husaren bis über die nächste dänische Stadt Kolding hinaus, welche dann von der nachfolgenden Infanterie besetzt wurde. Die Ueberschreitung der jütischen Grenze brachte freilich, wie früher so auch diesmal, die englischen und französischen Diplomaten alsbald in Bewegung. Da indessen namentlich von preußischer Seite entschieden erklärt wurde, daß man aus militärischen Gründen auf die vorläufige Besetzung Jütlands nicht verzichten könne, so lange der Däne noch Düppel und Alsen in Händen habe, wagten England und Frankreich ihren Widerspruch nicht aufrecht zu erhalten. Frankreich, durch weitausschauende anderweitige Unternehmungen in Anspruch genommen, scheute vor neuen kriegerischen Verwicklungen zurück, und allein für Dänemark das Schwert zu ziehen, hielt England nicht für gerathen. Die englischen Diplomaten suchten also zwischen den kriegführenden Mächten zu vermitteln, und Oesterreich kam ihnen dabei bereitwillig entgegen. Oesterreich hätte gern nachgegeben; ihm war es im Grunde des Herzens weniger um die

deutsche Sache zu thun, als darum, Preußen nicht allein als deutsche Macht auftreten zu lassen. Die Lage des letzteren Staates war dadurch noch sehr erschwert worden, daß sich seine Truppen ihrer Sicherheit wegen genöthigt sahen, die Hauptstraßen in Holstein zu besetzen und die an denselben stehenden deutschen Bundestruppen zurückzudrängen. Es kam hierdurch zu sehr schroffen Auseinandersetzungen, und hätte Dänemark sich nur einigermaßen nachgiebig gezeigt, so wäre Oesterreich sicherlich zum Frieden bereit gewesen. Aber der Pöbel in Kopenhagen schrie nach Verlust der Danewerke laut über Verrath, so daß General de Meza des Oberbefehls enthoben und General Gerlach an seine Stelle berufen wurde. Auch die Volksvertretung zeigte sich noch trotziger und eigensinniger wie zuvor; der Regierung blieb daher nichts übrig, als den Krieg in der Hoffnung fortzuführen, es werde ihr doch vielleicht mit der Zeit gelingen, die wirksame Hülfe eines befreundeten mächtigen Staates, wie früher, zu gewinnen.



Helden des Dänischen Krieges.
General Vogel v. Falckenstein. General v. Manstein. Admiral Jachmann. General Herwarth v. Bittenfeld.

Einrücken in Jütland. Wochen waren darüber vergangen, ehe die beiden deutschen Großmächte sich über die Fortführung des Krieges geeinigt hatten. Endlich erhielt Wrangel am 6. März von Berlin aus den Befehl, in Jütland weiter vorzurücken. Zwei Tage später wendete sich demgemäß die preußische Garde gegen die wichtige, von den Wogen der Ostsee bespülte Festung Fridericia, unter deren Mauern der Feind ein verschanztes Lager bezogen hatte. Gleichzeitig drangen die Oesterreicher links von der Garde in lebhaftem Gefechte bis über Veile hinaus vor und stellten durch weiter nach Norden vorgesendete Abtheilungen fest, daß nirgends größere dänische Truppenabtheilungen vorhanden waren. Die Besatzung von Fridericia hielt sich tapfer, und vergeblich beschoß preußische Feldartillerie am 20. und 21. März die nach mehrfachen Kämpfen eng eingeschlossene Festung, deren Einwohner man mit Hab und Gut nach dem nahen Fünen geschickt hatte. Die Einschließung übernahmen dann am 25. die Oesterreicher, da man die Garde zum größten Theil vor Düppel verwenden wollte.

Vor der Düppelstellung. Hier traf dieselbe am 28. ein und fand das Corps des Prinzen Friedrich Karl in vollster Thätigkeit vor den dänischen Schanzen. Die befestigte Stellung lag auf dem östlichen Zipfel der durch den Flensburger und Apenrader Meerbusen gebildeten Halbinsel Sundewitt und sicherte die Verbindung mit der nur durch einen schmalen Meeresarm getrennten Insel Alsen, welche eine unnahbare Landungsstelle für die

dänische Armee war. Mit beiden Flügeln an das Meer gelehnt, konnte die Stellung bei Düppel nicht umgangen werden. Zehn große Schanzen, mit allen Hülfsmitteln der Kunst ausgerüstet und mit gedeckten Gängen unter einander verbunden, gewährten den Dänen sicheren Schutz. Etwa 30 Bataillone und zahlreiche schwere Geschütze standen behufs Vertheidigung dieser Stellung zur Verfügung.

Unter sehr ungünstigen Witterungsverhältnissen, bei fußhohem Schnee und dichtem Nebel, hatte sich preußischerseits nach dem Eintreffen im Sundewitt nur allmählich Kenntniß vom Zustand der Schanzen und der Stärke des Vertheidigers gewinnen lassen; kleine Unternehmungen führten bald zu der Ueberzeugung, daß nur eine regelmäßige Belagerung und Beschießung aus schwerem Geschütz zum Ziele führen und die wichtige Schanzstellung den Feinden entreißen könne. Prinz Friedrich Karl stellte sofort die hierauf bezüglichen Anträge. Die Zeit bis zum Eintreffen des Belagerungsmaterials benutzten die preußischen Truppen dazu, dem Gegner das von ihm besetzte Gelände vor den Schanzen nach und nach abzunehmen. In den hierdurch herbeigeführten Gefechten zeigte sich einestheils die große Ueberlegenheit des Zündnadelgewehres über das dänische Vorderladergewehr, andererseits bewahrten darin die preußischen Soldaten trotz aller Mühseligkeiten ihre Unverdrossenheit und guten frischen Muth und gewöhnten sich mehr und mehr an den Krieg. Dieser wurde auf beiden Seiten mit größter Ritterlichkeit geführt. Werthgegenstände und Privateigenthum, welche bei einzelnen Gefallenen vorgefunden wurden, schickte man sich gegenseitig zu, ja zwischen den beiderseitigen Vorposten entwickelte sich in der Zeit, wo keine besonderen Unternehmungen stattfanden, eine Art freundschaftlichen Verkehrs, soweit solcher in Kriegszeiten eben möglich ist.

Man hatte inzwischen auf preußischer Seite nach Möglichkeit für das Wohlbefinden der Truppen gesorgt, namentlich treffliches Schuhwerk, Pelze für die Vorposten u. dergl. herbeigeschafft. Die Unterbringung der Mannschaften verursachte jedoch große Schwierigkeiten; denn die Ortschaften auf dem Sundewitt fand man zum großen Theil ganz verlassen, die im Feuerbereiche der Schanzen gelegenen Dörfer und Gehöfte von Seiten der Dänen aber vollständig zerstört, so daß dort Fensterscheiben und Thüren nur die besten Quartiere auszeichneten. — Auch der Feind ließ übrigens die Zeit bis zum Beginn der Belagerung nicht unbenutzt verstreichen. Er legte in dem Gelände dicht vor den Schanzen alle möglichen Annäherungshindernisse an: ganze Reihen kleiner, dicht neben und hinter einander liegender Gruben, mit zugespitzten Pfählen auf dem Boden — sogenannte Wolfsgruben —; kleine spitze Pfähle, welche in Menge in dem Erdreich zwischen den Wolfsgruben befestigt wurden — sogenannte Cäsarpfählchen —; Drahtzäune, im Boden verankerte Eggen und was dergleichen Dinge mehr der menschliche Geist für solche Zwecke zu erfinden vermag. Auch bauten die Dänen hinter der vorderen Schanzenreihe eine zweite und dritte Vertheidigungslinie, errichteten für die Truppen umfangreiche Barackenlager und unterließen nichts, um auf jede Weise die Zuversicht der Truppen zu heben. Sie versprachen sich namentlich viel von einem eisernen Kanonenboote, das nur eine sehr geringe Ziel- und Trefffläche darbot, seinerseits aber aus einem eisernen Thurme fast ungestört die schwersten Geschosse zu schleudern vermochte. Dieses Ungeheuer, „Rolf Krake“ genannt, ein Name, der im Munde der preußischen Soldaten auf die spaßhafteste Weise in „Wolf Racker“ verdreht wurde, war gleich in der ersten Zeit, als die Preußen sich im Sundewitt festgesetzt hatten, mehrfach in den Flensburger Busen hineingedampft, um dort die Anlage von Batterien und den Bau einer Brücke über den Ekensund zu verhindern; aber die preußischen Granaten flößten ihm doch solchen Respekt ein, daß er es nach jedem kaum begonnenen Versuch vorzog, das Weite zu suchen. In der ersten Zeit mußten die Feldgeschütze diesen immerhin ungleichen Kampf führen; am 26. März befanden sich jedoch auf dem südlichsten Theil des Sundewitt, der Halbinsel Broaker, 14 schwere Geschütze bei Gamelmark in einer Stellung, von wo aus sie, zu nicht geringem Erstaunen der Dänen, über die Meeresbucht hinweg ihre verheerenden

Geschosse in die linke Flanke und den Rücken der Düppelschanzen sendeten. Nicht weniger hatte diese kurz vorher die Nachricht erschreckt, daß die Preußen am 15. März in stürmischer Nacht nach der kleinen, an der holsteinischen Ostküste gelegenen Insel Fehmarn übergesetzt waren, wo sie die schwache Besatzung überrumpelten und gefangen nahmen. Von solch unternehmenden Gegnern mußte man sich auch vor Düppel des Aeußersten versehen.

Außer der Gardedivision, die, wie schon erwähnt, zum größten Theil aus Jütland nach dem Sundewitt herangezogen wurde, traf auch noch eine Infanteriebrigade dort ein, und da Ende März die nöthigen schweren Geschütze in erforderlicher Zahl zur Stelle waren, schritt man zum Angriff auf die Schanzen. Nachdem zunächst die Vorposten am 28. in lebhaftem Gefechte bis dicht an die Stellung des Feindes vorgeschoben worden waren, begann in der Nacht zum 30. März das Ausheben der Laufgräben gegenüber dem linken Flügel der Werke, und man schritt damit so rüstig vor, daß am 2. April bereits 13 schwere Batterien die Schanzen mit ihrem Feuer überschütten konnten. Daß die Vertreibung des Gegners bei Alledem noch viel Zeit und Blut kosten würde, darüber herrschte im preußischen Lager kein Zweifel.

Es wurde nunmehr in Erwägung genommen, ob man nicht schneller und leichter zum Ziele komme, wenn man nördlich von der Düppelstellung nach der Insel Alsen übersetze und den Feind dadurch nöthige, die Schanzen und die Insel zu räumen. Dieser Gedanke sollte zur That gemacht werden. Alles hatte man bestens vorbereitet, die als Fahrzeuge dienenden Pontons an Ort und Stelle geschafft, ohne daß der Däne etwas merkte: am 3. April Morgens 3 Uhr standen die Truppen bei Bellegard zum Ueberfahren bereit. Da schlug plötzlich das bis dahin ruhige Wetter um; es erhob sich ein starker Wind, der sich schnell zu einem heftigen Sturm steigerte. Es war unmöglich, die schwanken Boote dem bewegten Elemente anzuvertrauen, und so mußte in letzter Stunde das Unternehmen aufgegeben werden. — Nun hieß es, die ganze Kraft zur Eroberung der Düppelstellung zu vereinigen. Tag für Tag wurden neue Batterien erbaut und die Laufgräben weiter vorgetrieben. Am 16. April standen 33 Batterien mit 83 schweren Geschützen nebst etwa 25 Feldgeschützen gegen die dänischen Werke in Thätigkeit. Das unausgesetzte Feuer war von verheerender Wirkung. Die Blockhäuser in den Schanzen, der Zufluchtsort für die Besatzung, zersplitterten unter der Gewalt der einschlagenden Granaten; die stolzen Wälle glichen bald unförmlichen Trümmerhaufen, die wiederherzustellen unmöglich schien. Die Stunde der Entscheidung nahte; die dänischen Vorposten waren bis in die Schanzen zurückgetrieben, die Laufgräben bis auf wenige Hundert Schritt an die Werke vorgeschoben. Der Morgen des 18. April wurde zum Sturme festgesetzt.

Erstürmung der Schanzen von Düppel. In der Nacht vorher rückten die zum Angriff bestimmten Truppen, etwa 20 Bataillone, lautlos in die Laufgräben und trafen den gegebenen Befehlen gemäß ihre weiteren Vorbereitungen. Es war eine herrliche Frühlingsnacht; an dem fast wolkenlosen Himmel glänzten in voller Pracht die Sterne. Tausende von tapferen Männern schickten den Blick zu ihnen hinauf, mit Wehmuth der fernen Lieben gedenkend. Mehr als sechs Stunden mußte man fast regungslos in den Laufgräben harren, denn von drei Uhr Morgens bis um zehn Uhr sollten die gesammten Belagerungsgeschütze, 94 an der Zahl, mit aller Kraft die Stellung des Feindes beschießen. Während dieses furchtbaren Donners, der die Erde weithin zittern, die Lüfte dröhnen machte, schritten Geistliche durch die Reihen der kampfbereiten Männer und sprachen herzerquickende Worte; auch für des Leibes Wohlfahrt wurde durch Verabreichung erwärmender Getränke gesorgt. Einige Minuten vor zehn Uhr erfolgen leise Winke der Vorgesetzten, Alles ordnet sich zum Vorstürmen. Es schlägt zehn Uhr; die Geschütze verstummen plötzlich. Unter Hurrahrufen und den Klängen der Regimentsmusik brechen die Sturmkolonnen gegen die Schanzen 1—6 im Laufschritt vor. Voran eine Compagnie in aufgelöster Ordnung; ihr folgen Pioniere und Mannschaften mit Leitern, Bretern, Faschinen, Sand- und Pulversäcken,

um die Hindernisse hinwegzuräumen. Hinter ihnen die erste geschlossene Abtheilung und etwas weiter zurück die zweite jeder Sturmkolonne, deren im Ganzen sechs sind. Drei- bis vierhundert Schritt beträgt die Entfernung bis zu den Schanzen. In fliegender Eile wird der Raum durchmessen; das schnell erwachte Geschütz- und Gewehrfeuer der Dänen hält die Vorwärtsstürmenden nicht auf. Im Nu sind hier die Wolfsgruben mit Bretern überdeckt, dort die Drahtzäune durchschnitten, die Eggen beseitigt. Die Palissaden am Graben der Schanze schmettert die Axt oder sprengt der Pulversack aus einander. Mancher stürzt vom tückischen Geschoß ereilt zur Erde, um nicht wieder aufzustehen. „Grüße mein Lottchen, Freund!“ „Grüßen will ich.“ „Vorwärts, vorwärts! Säumen ist Tod!“ „Mit kühnem Sprung hinab in den Graben! Hurrah, die Brustwehr hinauf.“ Da stehen die Ersten schon auf der erstiegenen Schanze und pflanzen die preußische Fahne hoch auf.



Erstürmung der Düppeler Schanzen. Zeichnung von Ludwig Burger.

Sie verkündet weithin den Sieg! Zwanzig Minuten nach zehn Uhr sind sämmtliche angegriffene Schanzen in den Händen der Preußen. An einzelnen Stellen findet im Innern derselben noch ein heißer, verzweiflungsvoller, aber für die Dänen hoffnungsloser Kampf statt, der manches Opfer kostet. Noch nicht genug des Erfolges — in wilder Begeisterung werfen sich die tapferen Preußen unaufhaltsam auf die zweite Schanzenreihe; auch sie ist bald in ihrer Gewalt. Hinter den fliehenden Dänen her dringen die gelockerten Reihen der Sieger dann der dritten Vertheidigungslinie oben auf dem Höhenrand zu. Dort tritt ihnen eine herbeigeeilte dänische Brigade entgegen. Der Strom der Angreifenden flutet zurück, der brandenden Woge gleich. Aber nur für einen Augenblick — denn zur rechten Zeit greifen Verstärkungen ein, und bald ist der Gegner auch hier verdrängt. Drüben winkt das grüne Eiland, dem nun die Dänen über ihre Brücken zueilen. Von Alsen her wehren ihre Geschütze dem Nachdringen der preußischen Abtheilungen; diese lassen sich jedoch nicht halten

und ruhen nicht eher, bis auch der letzte Stützpunkt des Gegners auf dem Festlande, die Schanzen zum Schutze der Schiffbrücken nach Alsen, in ihrer Hand ist. Nun gebietet das Meer selbst ein mächtiges, unerschütterliches Halt. Rolf Krake, das unheimliche Ungeheuer, ist herbeigeeilt und sendet seine Eisengeschosse in die preußischen Reihen. Nicht lange hält er aus; schwerbeschädigt dampft er von dannen. Aber die Dänen sind drüben in Sicherheit, die Brücken von ihnen abgebrochen!

Ein herrlicher Sieg ist errungen! Die Opfer sind nicht allzu groß. 16 Offiziere und 213 Mann todt, 959 im Ganzen verwundet. Der Gegner hat über 5000 Mann eingebüßt und 119 Geschütze sowie 32 Danebrogsflaggen in den Händen der Sieger gelassen. — König Wilhelm telegraphirt auf die Meldung von dem großen Erfolge sofort an Prinz Friedrich Karl: „Nächst dem Herrn der Heerscharen verdanke Ich Meiner herrlichen Armee und Deiner Führung den glorreichen Sieg des heutigen Tages. Sprich den Truppen Meine höchste Anerkennung aus und Meinen Königlichen Dank für ihre Leistung."

Doch es drängte den König, den Tapferen auch noch seinen Dank persönlich auszusprechen. Am 21. April traf er bei der Armee ein und ließ die Düppelstürmer in demselben Anzuge, den sie beim Sturme getragen, an sich vorbeimarschiren. Warme, unvergeßliche Dankesworte widmete dann der Monarch den Offizieren und Mannschaften.

Während sich nun in der nächsten Zeit die preußischen Sieger der Insel Alsen gegenüber einnisteten, wo der Däne ein Gleiches that, rückten die vor Düppel thätig gewesenen Gardebataillone und außerdem noch zwei preußische Infanteriebrigaden wieder in Jütland vor. Dort hatten sich inzwischen kleinere dänische Abtheilungen dann und wann bis an die vordersten Truppen der Verbündeten herangewagt, wichen nun aber vor den starken preußischen Kolonnen eilends zurück, so daß diese das Land, ohne ernsten Widerstand zu finden, am 29. April bis Randers hinauf besetzt hatten, von wo sie sich dann allmählich noch bis Aalborg am Lijmfjord ausdehnten.

Fall von Fridericia. Am letztgenannten Tage gelangten die Oesterreicher ohne Schwertstreich auch in den Besitz der Festung Fridericia. Vor derselben standen sie, wie erwähnt, seit dem Abrücken der preußischen Garde nach dem Sundewitt. Als dann nach Eroberung der Düppelstellung eine Menge schweres Belagerungsgeschütz verfügbar wurde, beschloß man deutscherseits, mittels desselben die Festung Fridericia zur Uebergabe zu zwingen. Die dänische Regierung jedoch, einsehend, daß weiterer Widerstand auf dem Festlande unter den obwaltenden Umständen ganz nutzlos sei, und daß es sich mehr empfehle, die ganze Kraft des Landes auf die Vertheidigung der Inseln Alsen und Fünen zu vereinen, hatte es vorgezogen, Fridericia freiwillig zu räumen. Am 29. Morgens kommen zwei Bürger der Festung hinaus zu den österreichischen Vorposten und theilen ihnen die kaum glaubliche Kunde von dem heimlichen Abzug der Besatzung mit. Die Oesterreicher nähern sich vorsichtig dem Platze, finden zu ihrem großen Erstaunen die Angaben jener bestätigt, besetzen sofort den Ort, an welchem sie 206 Geschütze vorfinden, und bauen am Strande Batterien, um jeden Besuch des Feindes von Fünen her abwehren zu können.

Londoner Konferenz. Mittlerweile war es den anhaltenden Bemühungen der englischen Diplomatie gelungen, zur Schlichtung des deutsch-dänischen Konfliktes in London eine Konferenz von Vertretern aller europäischen Großmächte zu Stande zu bringen. Diese trat am 25. April zusammen und vermittelte am 9. Mai zunächst einen vierwöchentlichen Waffenstillstand, welcher am 12. Mai ins Leben trat und die kriegführenden Parteien in dem augenblicklichen Gebietsbesitz ließ.

Gefechte zur See. Kurz vor Eintritt des Waffenstillstandes hatten die Verbündeten auch zur See ein rühmliches Gefecht bestanden. Bereits am 17. März hatte der preußische Vizeadmiral Jachmann, als ihm die Nähe dänischer Kriegsschiffe gemeldet ward, mit 3 Korvetten den Swinemünder Hafen verlassen und war dem Feinde nach Rügen zu entgegengedampft. Die Dänen entwickelten 6 Fahrzeuge mit 167 Geschützen zum Gefecht,

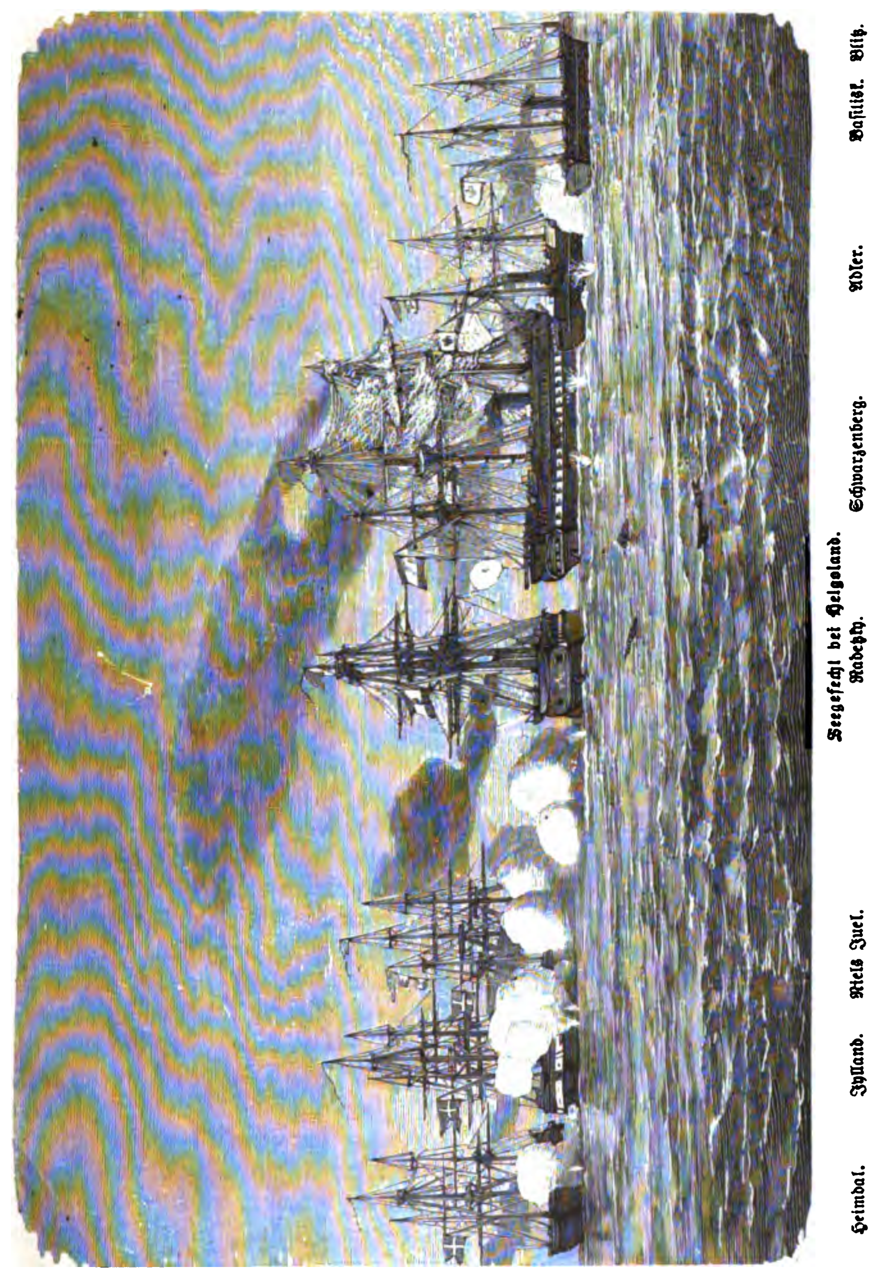
gegen die sich die preußischen mit nur 43 drei Stunden lang tapfer hielten, worauf sie wieder nach der Odermündung zurückgingen. Anfangs Mai erschienen zur Unterstützung der preußischen Marine in der Nordsee auch mehrere österreichische Kriegsschiffe, die in der Nähe der Elbmündung kreuzten. Am 9. Mai war der Kommandant der dort vereinigten Flotte, der österreichische Schiffskapitän Tegetthoff, eben im Begriff, bei Kuxhaven vor Anker zu gehen, als er Meldung erhielt, daß 3 dänische Fregatten von Helgoland aus in Sicht seien. Sofort telegraphirte Tegetthoff seiner Abtheilung: „Unsere Armeen haben Siege erfochten, thun wir das Gleiche.“ Hierauf ließ er „Klar Schiff zum Gefecht“ signalisiren und nahm den entsprechenden Kurs, um den feindlichen Schiffen, welche gegen Helgoland steuerten, den Weg abzuschneiden. Er hatte zwei österreichische Fregatten und drei kleinere preußische Kriegsschiffe mit im Ganzen 95 Kanonen unter seinem Befehl; der Feind zeigte zwei Fregatten und eine Korvette mit im Ganzen 102 Geschützen. In dem heftigen Geschützkampfe behielten namentlich die in erster Linie kämpfenden österreichischen Fregatten die Oberhand, bis gegen 4 Uhr Nachmittags auf dem Flaggenschiff „Schwarzenberg“ Feuer entstand, infolge dessen Tegetthoff das Gefecht abbrechen und Kurs gegen Helgoland nehmen ließ, ohne daß ihn die Dänen zu verfolgen wagten. Der „Schwarzenberg“ hatte in dem zweistündigen Gefechte einen Verlust von 32 Todten und 69 Verwundeten gehabt und 92 Schüsse in den Rumpf erhalten. Mit Stolz durfte man deutscherseits auf diesen heroischen Kampf zurückblicken! —

Auf dem Kongresse zu London traten die beiden deutschen Großmächte Anfangs mit der bescheidenen Forderung auf, daß Schleswig und Holstein zu einem selbständigen Staate vereinigt werden und daß dieser zu Dänemark in das Verhältniß der Personalunion treten sollte. Als sich jedoch Dänemark jedem Vorschlage der Billigkeit verschloß und durch unangemessene Zumuthungen jedes verständige Unterhandeln unmöglich machte, verlangten Oesterreich und Preußen die völlige Lostrennung der Herzogthümer von Dänemark. Bismarck erklärte, die verbündeten Mächte würden zunächst in dem eroberten Besitz beharren und abwarten, wer sie daraus verdrängen werde. Keine der am Kongreß theilnehmenden Mächte hatte Lust, das Schwert für Dänemark zu ziehen, am wenigsten natürlich England, obgleich es anfänglich Dänemark in seinem Widerstande gegen die preußisch-österreichischen Forderungen ermuthigt und dadurch die Hoffnung erweckt hatte, daß es nöthigenfalls mit seiner ganzen See- und Landmacht für die Erhaltung des Besitzstandes der dänischen Monarchie eintreten werde. So blieb denn das Ergebniß der Verhandlungen, nachdem der Waffenstillstand sogar unter Sträuben der dänischen Bevollmächtigten noch um vierzehn Tage verlängert worden war, daß Oesterreich und Preußen zur Durchführung ihrer Forderungen nochmals das Schwert ziehen mußten.

In seinem Trotze und seiner Verblendung glaubte sich Dänemark nach Verlust des Festlandes auf seinen Inseln unnahbar und sicher; die Vertheidigung derselben schien ihm so leicht, daß nicht einmal besondere Anstrengungen behufs Verstärkung des Heeres oder Aufgebot eines Landsturmes für nöthig erachtet wurden. Aber man hatte die Rechnung ohne den Wirth gemacht.

Auf Seite der Verbündeten war an Stelle des Freiherrn von Wrangel Prinz Friedrich Karl zum Oberbefehlshaber des Heeres ernannt und ihm als Chef des Stabes General von Moltke beigegeben worden. Die im Sundewitt stehenden Truppen traten unter den Befehl des Generals Herwarth von Bittenfeld, die in Jütland vereinigten preußischen unter den des Generals Vogel von Falckenstein, der, wie erwähnt, bislang Chef des Stabes beim Oberkommando gewesen war. Für den Fall des Wiederausbruchs der Feindseligkeiten hatte man vor Allem die Wegnahme der Insel Alsen ins Auge gefaßt und sich genau über die Beschaffenheit des Westufers sowie der zahlreich neu angelegten Vertheidigungswerke der Dänen in Kenntniß gesetzt, auch alle Vorbereitungen getroffen, um die Angriffstruppen schnell über den Alsensund schaffen zu können.

Uebergang nach Alsen. Als nun am 26. Juni der Waffenstillstand abgelaufen war, schritt man sofort ans Werk. Zunächst wurden längs des Alsensundes am Südoststrande des Sundewitts in der Nacht zum 28. Juni Batterien erbaut und mit 76 schweren Geschützen ausgerüstet, dann 163 flachgehende Boote, unbemerkt von den Dänen, ganz in die Nähe des zur Ueberfahrt ausgesuchten Punktes in das Satruper Holz geschafft.



Seegefecht bei Helgoland.

Zur Ausführung des Unternehmens hatte man 4 Infanteriebrigaden mit 24 Feldgeschützen und außerdem noch einigen Husarenschwadronen, im Ganzen etwa 16,000 Mann, bestimmt. Diese Truppentheile trafen in der Nacht vom 28. zum 29. gegen 12 Uhr am Strande des Meeres ein.

Die Nacht war ungewöhnlich dunkel und der Himmel mit Wolken bedeckt; auf dem Lande konnte man nicht zehn Schritte weit sehen. Dennoch gelang es ohne besondere Störung, die in 4 Kolonnen getheilten Boote ins Wasser und die ersten 2600 Mann einsteigen zu lassen. Der Wind wehte von Alsen her und verhinderte so, daß das unvermeidliche Geräusch dem Feinde das Nahen der Angreifer vorzeitig verrieth. Um 2 Uhr stieß die erste Bootskolonne unweit Satrup ab. Der Morgen dämmerte bereits, und in unbestimmten Umrissen trat das Inselufer hervor. Vorsichtig wurden die Ruder in Bewegung gesetzt, und man kam bis auf etwa 200 Schritt an die Insel heran, ehe der Gegner die Annäherung merkte. Da blitzt drüben der erste Schuß auf, dem bald Hunderte folgen. In wenigen Minuten sind die dänischen Truppen allarmirt und eilen in die Verschanzungen. Von dort werden die kühnen Bootsinsassen mit heftigem Kartätschfeuer überschüttet, dem sich ein Hagel von Infanteriegeschossen zugesellt. Die Vorwärtsbewegung der Boote stockt ob dieses unliebsamen Empfanges einen Augenblick; mehrere derselben sinken, von Granaten durchbohrt, jählings in die Tiefe; die Besatzung sucht sich durch Schwimmen zu retten, einzelne Krieger zieht die Flut ins nasse Grab hinunter. Man antwortet aus den Schiffen mit Gewehrfeuer. Von Sundewitt her nehmen die preußischen Kanonen den Kampf auf. Die Soldaten auf dem Wasser treiben nun zur Eile; sie wollen ans Land, und mit aller Kraft legen sich die Ruderer hinter die Riemen. Bald sitzen die Boote auf dem Grunde fest; mit Hurrah springt Alles hinaus und legt die letzte Strecke bis zum Gürtel im Wasser zurück. Am Strande neue Schwierigkeiten; der Gegner wehrt sich mit großer Standhaftigkeit; das Gefecht will nicht vorwärts. Endlich neues Hurrah! Die auf dem linken Flügel bei Arnskiel Oerc gelandete Kolonne hat geringeren Widerstand gefunden, hat schnell das steile Ufer erklommen und dringt nun auf dem Lande von Norden her vor. Der Feind, so von der Seite und zugleich von vorn gefaßt, weicht zurück, aber nur um in den Vertheidigungswerken von Rönhoff erneuten Widerstand zu leisten. Unterdessen sind die Boote nach dem Sundewitt zurückgekehrt und führen von Neuem 2600 Mann nach Alsen hinüber. Das Geschützfeuer aus den dänischen Werken richtet diesmal unter den Ueberfahrenden große Verheerungen an; auch der uns bekannte „Rolf Krake" kommt aus der Augustenburger Föhrde angedampft und feuert von Norden her den Alsensund hinunter in die Reihen der Boote. Aber die schweren Geschütze oben im Sundewitt setzen ihm so scharf zu, daß er bald wieder das Weite sucht. So gelangen nach und nach sämmtliche Truppen glücklich nach Alsen, zuletzt auf zusammengekoppelten Pontons auch die Geschütze.

Mit Hülfe der angelangten Verstärkungen werden nun die Dänen nach und nach aus ihren Verschanzungen getrieben, doch gelingt es ihrem hartnäckigen Widerstand, das siegreiche Vorgehen der Preußen zu verzögern, so daß der größte Theil der Truppen bei Kekenis allmählich eingeschifft und durch Ueberführung nach Fünen der sonst unvermeidlichen Gefangenschaft entzogen werden kann. Mit dem verhältnißmäßig geringen Verlust von fünf Offizieren und 76 Mann an Todten, 26 Offizieren und 259 Mann an Verwundeten war den Preußen das Heldenwerk gelungen, Angesichts des Feindes über den Meeresarm zu fahren und eine von 12,000 Mann und mehr als 100 Geschützen vertheidigte Insel in wenigen Stunden zu erobern. Solche That reiht sich den schönsten Leistungen der preußischen Armee an; sie war eine Folge der trefflichen und vorsorglichen Anordnungen der obersten Führung sowie des opferfreudigen Wetteiferns Aller, Führer und Soldaten, um den Sieg zu erringen. — Der Däne hatte gegen 4000 Mann verloren, darunter 53 Offiziere, und gegen 2500 Mann als Gefangene; 99 schwere Geschütze und zahlreiche Danebrogsflaggen nebst vielem Kriegsmaterial von bedeutendem Werth waren in den Händen der Sieger gelassen worden. — Die Nachricht von der Eroberung Alsens wirkte geradezu niederschmetternd auf die Bevölkerung der dänischen Hauptstadt. Der bisherige Trotz und Uebermuth war in Kleinmuth und Schrecken umgewandelt. Man wähnte sich selbst auf Fünen und Seeland nicht mehr sicher vor den Waffen der Verbündeten.



Uebergang nach Alsen. Zeichnung von H. Lüders.

Das „eiderdänische“, jedem Nachgeben abgeneigte Ministerium mußte einem andern, Friedensverhandlungen zugänglichen weichen, welches am 13. Juli mit den beiden deutschen Großmächten Unterhandlungen anknüpfte, um zunächst einen Waffenstillstand zu erlangen.

Die Preußen am Lijmfjord. Die Armee der Verbündeten hatte inzwischen nicht gefeiert. Nach der Einnahme von Alsen plante General von Moltke den Uebergang nach Fünen, und die nunmehr im Sundewitt überflüssigen Truppen wurden theils zu diesem Zwecke längs des Kleinen Belts versammelt, theils dem General Vogel von Falckenstein unterstellt. Dieser überschritt, zur Linken von den Oesterreichern unter Gablenz begleitet, nach mehreren kleinen aber rühmlichen Gefechten bei Sonders, Tranders und Lundby den Lijmfjord und pflanzte am 14. Juli auf Kap Skagen, dem nördlichsten Punkte der Cimbrischen Halbinsel, da wo Ost- und Nordsee sich begegnen, das preußische Banner auf.

Somit war Jütland vollständig im Besitze der Preußen und Oesterreicher.

Nur auf den der Westküste Schleswigs vorgelagerten friesischen Inseln trieb der dänische Schiffskapitän Hammer an der Spitze einer kleinen Flotte seit Ausbruch des Krieges ungestört sein Wesen. Dem mußte jetzt ein Ende gemacht werden. Von dem österreichisch-preußischen Nordseegeschwader wurden hierzu zwei österreichische und zwei preußische Kanonenboote abgegeben, an Truppen ein in der Gegend von Hoyer, an der Ostküste von Schleswig, untergebrachtes Jägerbataillon nebst zwei Geschützen bestimmt. Nachdem die Kanonenboote an der Nordostküste von Sylt die Absperrung des Fahrwassers vollzogen und am 12. Juli Matrosen einen Theil der Insel besetzt hatten, nahmen am folgenden Tage die bezeichneten Landtruppen, welche unter großen Schwierigkeiten übergesetzt waren, von derselben Besitz. Kapitän Hammer zog sich in die Gewässer von Föhr zurück, wurde nun aber nach und nach von den Schiffen der Verbündeten so in die Enge getrieben, daß er sich am Abend des 19. ergab. Zuvor hatte er jedoch einen Theil seiner Schiffe versenkt. Der Besetzung der friesischen Inseln stand nun nichts mehr im Wege.

Inzwischen war der von Dänemark beantragte Waffenstillstand am 18. Juli zu Christiansfeld zum Abschluß gebracht. Mit dem 20. trat derselbe in Kraft und sollte bis zum 31. Juli 12 Uhr Nachts dauern, wurde dann aber bis zum 3. August verlängert. Am 1. August waren bereits die Friedensbedingungen vereinbart worden. Hiernach mußten die Dänen nicht nur Schleswig-Holstein und die friesischen Inseln, sondern auch Lauenburg abtreten. In einer Anwandlung von Großmuth verzichteten Preußen und Oesterreich auf die Erstattung der Kriegskosten von Seiten Dänemarks, behielten sich indessen das Recht vor, dieselben nachträglich von den schleswig-holsteinischen Herzogthümern einzuziehen, wie auch für diese ein beträchtlicher Theil der dänischen Staatsschuld mit übernommen wurde.

Frieden von Wien. Während der mit Eifer betriebenen Friedensverhandlungen behielten die beiden deutschen Großmächte Jütland besetzt, und die dänischen Bevollmächtigten zeigten sich hierbei in den einzelnen streitigen Punkten ungemein nachgiebig. Am 30. Oktober erfolgte alsdann in Wien der endgiltige Friedensschluß. Ein deutsches Land von ungefähr 340 Quadratmeilen mit etwa 1 Million Einwohner wurde dadurch nach jahrhundertelanger Fremdherrschaft dem deutschen Vaterlande wieder zurückgegeben, um demselben fortan „up ewig ungedeelt“ anzugehören.

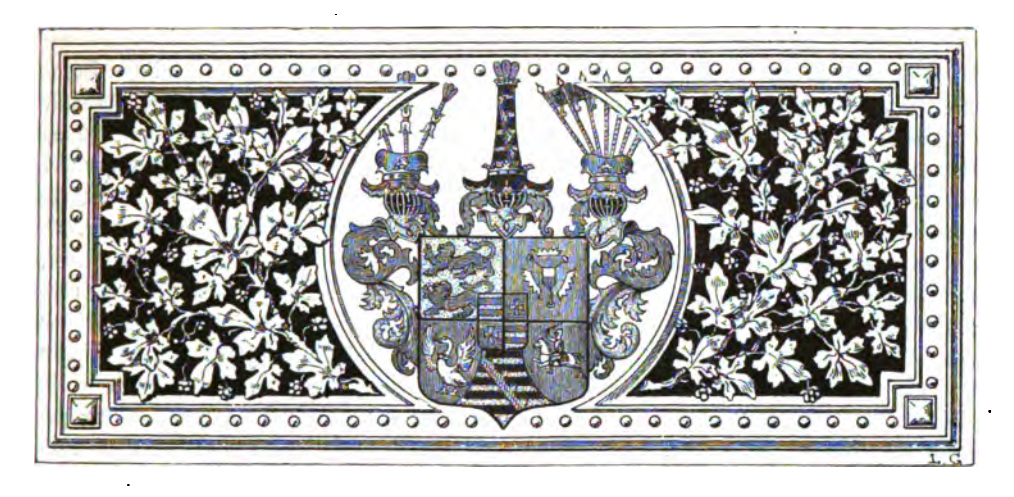
Der nicht zur Besatzung des befreiten Landes nöthige Theil des aufgebotenen Heeres marschirte jubelnd und überall mit Jubel begrüßt der Heimat zu. Mit neuem Lorber geschmückt flatterten stolz die Fahnen, die im Wettersturm des Siebenjährigen Krieges die Feuertaufe erhalten. Und die neuen Fahnen zogen stolz vorüber vor den alten, die Bannerträger hielten sie hoch, und die alten Siegesweisen rauschten um das Standbild des großen Königs.



Geschichte Preußens im XIX. Jahrhundert. Leipzig: Verlag von Otto Spamer.

Fürst Bismarck.

Graf von Roon. Graf von Moltke.



Drittes Buch.

Neue Verwicklungen und Nachwehen des preußisch-österreichischen Waffengangs.

Bis zur Konvention von Gastein.

Das Ziel war erreicht; der gemeinsame Wunsch aller patriotischen Deutschen, welcher seit Jahrzehnten mit im Vordergrunde der deutsch-nationalen Bestrebungen gestanden hatte, war verwirklicht; die feste und unauflösliche Vereinigung der schleswig-holsteinischen Herzogthümer mit dem deutschen Vaterlande war entschieden. Aber so gern und so freudig diese Thatsache an und für sich in ganz Deutschland anerkannt und begrüßt wurde, so wenig entsprach die Art und Weise, wie sie sich vollzogen und wie sie ihren vorläufigen Abschluß gefunden hatte, den Wünschen und Hoffnungen eines großen Theiles des deutschen Volkes. Die beiden Großmächte hatten bei ihrem Vorgehen in Schleswig-Holstein den Bundestag vollständig beiseite geschoben; die Exekutionstruppen des Bundes hatten unthätig in Holstein stehen bleiben müssen, während die Preußen und Oesterreicher Siege auf Siege erfochten; der Entscheidungskampf um Schleswig-Holstein, den namentlich die süddeutschen Bundesglieder als einen Nationalkrieg zu führen gedachten, hatte sich durch die Haltung Oesterreichs und Preußens anscheinend in einen Kabinetskrieg verwandelt. — Und der Art und Weise der Kriegführung schien auch der Friedensschluß zu entsprechen. Der König von Dänemark hatte, ohne daß dabei der Bund irgendwie in Frage gekommen war, die Elbherzogthümer an Oesterreich und Preußen mit gleichem Besitzrecht für beide abgetreten und sich im Voraus zur Anerkennung derjenigen Verfügungen verpflichtet, welche die Monarchen der beiden Großmächte über diese Länder treffen würden. Der Mehrheit des Bundesrathes und einem großen Theile gerade der liberalen Parteien des deutschen Volkes, die sich diesmal ausnahmsweise auf die Seite des Bundesraths stellten, erschien diese Form des Friedensvertrages durchaus ungerechtfertigt, ja selbst anstößig und bedenklich. Hatten Oesterreich und Preußen überhaupt ein Recht, sich eigenmächtige Verfügungen über die Herzogthümer, die doch unzweifelhaft deutsches Bundesland waren, vorzubehalten? Durften sie dem legitimen Thronerben des von der Fremdherrschaft befreiten Landes aus irgend welchen Gründen die Uebernahme der Regierung verwehren oder dieselbe an irgend welche beschränkenden Bedingungen knüpfen?

Abzug der Bundestruppen. So sprachen und urtheilten die Vertreter der deutschen Mittel- und Kleinstaaten am Bundestage, und so sprachen und urtheilten auch die zahlreichen

liberalen Vereine und Versammlungen, welche aus Anlaß der schleswig-holsteinischen Frage überall in Deutschland zusammentraten und in Beschlüssen und lauten Kundgebungen für die Herzogthümer das Recht der freien Selbstbestimmung über ihre politische Stellung innerhalb des deutschen Gesammtvaterlandes in Anspruch nahmen. Aber dem gegenüber verharrte namentlich die preußische Regierung fest auf dem einmal eingenommenen Standpunkte, und alle ihre Maßnahmen und Verfügungen ließen ihren Entschluß erkennen, die mit preußischem Blute erworbenen Rechte auch für Preußen auszunutzen und nicht wieder, wie so oft, für die dargebrachten großen Opfer sich mit einer kärglichen Entschädigung oder gar mit Undank lohnen zu lassen. Um sein und Oesterreichs ausschließliches Recht auf die endgiltige Regelung der schleswig-holsteinischen Frage auch äußerlich zur Geltung zu bringen und die Mitwirkung des Bundes bei derselben völlig auszuschließen, ließ Preußen einen Theil seiner auf dem Rückmarsch befindlichen Truppen in Holstein stehen und forderte zugleich Sachsen und Hannover, deren Truppen als Bundesexekutions-Armee das Land noch besetzt hielten, zur Räumung desselben und zur Zurückziehung ihrer Truppen auf. Da Oesterreich hiergegen nichts einwandte, so hielt man es trotz der augenblicklichen heftigen Entrüstung weder in Dresden und Hannover noch in Frankfurt für gerathen, ernstlichen Widerstand zu versuchen. Die Bundesversammlung erklärte vielmehr, um einer scheinbaren Demüthigung zu entgehen, die Bundesexekution für beendigt, und nach Abzug der deutschen Bundestruppen besetzten Preußen und Oesterreicher die Herzogthümer, deren gemeinsame provisorische Verwaltung je einem Bevollmächtigten der beiden Staaten — von Zedlitz für Preußen und von Halbhuber für Oesterreich — übertragen wurde.

Damit war auch die letzte Verbindung aufgehoben, welche bisher zwischen der Bundesversammlung und den Herzogthümern bestanden hatte, und die Entscheidung über die Zukunft der letzteren einzig und allein in die Hände der beiden deutschen Großmächte gelegt. Aber obgleich dies als nothwendiges Ergebniß des Umstandes, daß Preußen und Oesterreich vor und während der Kriegführung sowie beim Friedensschlusse mehr als europäische, denn als deutsche Mächte gehandelt hatten, durchaus natürlich und folgerichtig war — der allgemeine Eindruck, den die Haltung der beiden Großmächte beim deutschen Volke hervorrief, war ungünstig und peinlich. Daß das für die Herzogthümer geforderte völlig freie Selbstbestimmungsrecht mit den wahren Interessen des deutschen Gesammtvaterlandes nicht vereinbar, und daß der Anspruch des Herzogs von Augustenburg auf die unbeschränkte Souveränetät in Schleswig-Holstein staatsrechtlich zum Mindesten nicht unanfechtbar war, das erkannte man nicht oder mochte es sich wenigstens nicht eingestehen. Das Rechtsbewußtsein und das nationale Gefühl eines großen, vielleicht des größten Theiles des deutschen Volkes stand in diesem Punkte im Gegensatze zu der preußisch-österreichischen Politik; und daß die preußische Regierung, die als freiheitsfeindlich und reaktionär angesehen, ohnehin fast den letzten Rest ihrer Popularität bei den nationalen Parteien eingebüßt hatte, darin energisch voranging und Oesterreich augenscheinlich nur halb widerstrebend nach sich zog, das machte jene Politik doppelt verdächtig.

Daß Oesterreich der preußischen Führung nur widerstrebend folgte und sich derselben allmählich wieder zu entziehen versuchte, dafür hatte es schon während des Krieges an Anzeichen nicht gefehlt. Jetzt, nach dem Abschluß des Friedens, begannen sich diese schnell zu mehren, und vollends ein am 27. Oktober 1864 vollzogener Wechsel im österreichischen Ministerium des Auswärtigen, welches an Rechberg's Stelle Graf Mensdorff-Pouilly übernahm, ließ deutlich die Absicht der österreichischen Regierung erkennen, die durch Rechberg's Nachgiebigkeit gegen Bismarck verloren gegangene Fühlung mit den deutschen Mittelstaaten und mit dem Bundesrath wieder herzustellen. Ja, der Krieg hatte Oesterreich und Preußen einander genähert, der Friede schied sie wieder. Sie hatten sich im Norden zur Durchführung eines Werkes verbunden, aber aus zum Theil völlig verschiedenen Beweggründen. Nachdem die preußische Regierung sich entschlossen hatte, den

Krieg, dessen Führung sie ohne Gefährdung ihrer eigensten Interessen den mittelstaatlichen Bundesgliedern nicht überlassen durfte, auf eigene Hand zu führen, hatte Oesterreich sich zur Theilnahme an demselben bereit erklärt, weil es in Voraussicht des sicheren Sieges der preußischen Waffen das Vorgehen Preußens überwachen und sich selbst das Recht wahren wollte, bei der endgiltigen Lösung der schleswig-holsteinischen Frage ein Wort mitzusprechen und dabei auf die eine oder die andere Weise auch für sich einen angemessenen Vortheil nach Hause zu tragen. Der Argwohn gegen Preußen und die Abneigung, dem norddeutschen Rivalen einen Machtzuwachs ohne entsprechendes Aequivalent auch für Oesterreich zu gestatten, waren für letzteren Staat die bestimmenden Beweggründe für seine Mitwirkung bei der Befreiung Schleswig-Holsteins gewesen; wie aber die Zukunft dieses Landes sich gestalten und wie sein Verhältniß zum deutschen Gesammtvaterlande geregelt werden sollte, darüber schien die österreichische Staatskunst selbst nach dem Wiener Frieden noch keinen bestimmten Plan gefaßt, sondern Alles zukünftigen Fügungen anheimgestellt zu haben. Nur das Eine mochte in Wien von Anfang an festgestanden haben: die ausschließliche Herrschaft über die Herzogthümer dem preußischen Staate nicht, oder wenigstens nur gegen völlig gleichwerthige Entschädigungen, etwa in Schlesien, einzuräumen. Am nächsten lag es für Oesterreichs Interesse, nördlich von der Elbe einen neuen unabhängigen Mittelstaat entstehen zu lassen, der als solcher, wie alle Mittelstaaten, sich wahrscheinlich seinem politischen Systeme zugeneigt und seine Politik in der Bundesversammlung unterstützt hätte. Auch den Mittelstaaten selbst wäre diese Lösung, von der sie eine wesentliche Stärkung ihres Einflusses erwarten durften, weitaus als die wünschenswertheste erschienen, wie sie denn auch dieselbe von vornherein laut und dringend forderten, während Oesterreich, durch seine gemeinsame Aktion mit Preußen zu gewissen Rücksichten genöthigt, erst allmählich zu diesem Programm sich zu bekennen wagte. Preußen dagegen hatte sich von Anbeginn als Ziel gesteckt, sich nicht mit einem allgemeinen Einfluß auf den neuen Staat, falls derselbe wirklich ins Leben treten sollte, zu begnügen; mit Rücksicht auf seine geographische Lage war es entschlossen, denselben mit starken und unauflöslichen Banden an sich zu fesseln und deshalb seine militärischen und maritimen Kräfte und Hülfsmittel zu seinem Vortheil und zum Vortheil des Gesammtvaterlandes mit den eigenen zu verschmelzen.

Aussichten auf Errichtung eines neuen Staates unter dem Augustenburger. Die Absicht einer förmlichen Einverleibung der Elbherzogthümer in Preußen wurde von dem preußischen Kabinet Anfangs nicht gehegt. Man war der öffentlichen Meinung und dem tief eingewurzelten mittelstaatlichen Partikularismus gegenüber zu wesentlichen Zugeständnissen bereit und widerstrebte keineswegs grundsätzlich der Einsetzung einer nationalen schleswig-holsteinischen Dynastie, insofern dieselbe die Gewähr bieten konnte oder wollte, daß dadurch dem preußischen Staate und der preußischen Politik in Deutschland kein neuer Gegner erwuchs. Aber diese Gewähr verlangte die preußische Regierung mit aller Entschiedenheit, und frühzeitig schon regte sich im Hintergrunde der preußischen Politik der Gedanke, daß, falls etwa der Erbprinz Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, der einzige ernstlich in Frage kommende Kandidat für den neu aufzurichtenden Thron, nicht gewillt sein sollte, sich den ihm preußischerseits gestellten Bedingungen zu fügen, die Herzogthümer mit oder ohne Oesterreichs Zustimmung unter preußische Herrschaft zu bringen seien.

Daß sich große und ernste Schwierigkeiten dem entgegenstellen würden, darüber konnte man sich freilich nicht täuschen. Die österreichische Politik näherte sich wieder mehr und mehr dem nur zeitweilig verlassenen Bundesstandpunkt, und in den Herzogthümern selbst waren die Kundgebungen zu Gunsten eines engen Anschlusses an Preußen verschwindend gering gegen die allerdings mit allen erdenklichen Mitteln künstlich genährte Agitation für den schleswig-holsteinischen Sonderstaat und für die Augustenburgische Dynastie. Nur in Lauenburg, auf das Preußen alte und wohlbegründete Anrechte geltend machen konnte,

und wo es deshalb auch schon eine beträchtliche Zahl ergebener Anhänger zählte, war die Stimmung vorwiegend preußenfreundlich; in Schleswig und Holstein dagegen trat nur der Adel und die hohe Geistlichkeit für Preußen ein, während das Volk sich fast ausnahmslos auf die Seite des Erbprinzen von Augustenburg stellte und für diesen die volle und unbeschränkte Souveränetät, wie sie etwa der König von Sachsen oder der Großherzog von Hessen besaßen, in Anspruch nahm. Die preußische Regierung stand also mit ihrer Forderung des engen Anschlusses der Herzogthümer an Preußen fast ganz allein, und selbst bei dem eigenen Volke oder wenigstens bei den berufenen Vertretern desselben fand sie für diese Forderung keine oder doch nur sehr geringe Unterstützung. Die große Mehrheit des preußischen Volkes vermochte sich bei der Beurtheilung der auswärtigen Politik der Regierung von dem Eindruck des inneren Verfassungskonflikts und seiner den freien Blick und das freie Urtheil trübenden Wirkung nicht frei zu machen. Was die tapfere Armee gethan hatte, das ließ man gelten. Aber den mit verhältnißmäßig geringer Belastung des Volkes schnell und sicher und — wie der Minister des Innern, Graf Eulenburg, sich ausdrückte — mit einer bewunderungswürdigen „militärischen Eleganz" errungenen Erfolg oder wenigstens einen Theil dieses Erfolges der mittlerweile durchgeführten Heeresreorganisation zugute zu halten und danach eine weniger feindliche Haltung zu derselben einzunehmen, dazu konnte man sich nicht entschließen. Der unselige Verfassungsstreit hatte eben bereits dahin geführt, daß ein großer Theil des preußischen Volkes an dem verhaßten Ministerium grundsätzlich nichts, gar nichts mehr gelten lassen wollte, daß es demselben seine Unterstützung und Zustimmung selbst da versagte, wo es das offenkundigste Interesse des Staates vertrat. Die Mehrheit der entschieden liberalen Parteien wünschte anfänglich durchaus nicht, daß aus den auf den Schlachtfeldern errungenen Erfolgen ein Machtzuwachs oder gar eine Gebietsvergrößerung für Preußen erwachse, ja man sträubte sich förmlich gegen Vortheile, welche man einem Manne wie Bismarck zu verdanken haben sollte, und man wollte sie deshalb, so unverkennbar sie waren, überhaupt nicht als Vortheile gelten lassen. Nur ganz vereinzelt ließen sich aus den Reihen der Opposition die Stimmen Derjenigen vernehmen, welche unbeirrt durch Parteirücksichten und, wie der wackere Twesten, selbst unbeirrt durch persönliche Kränkungen und Verfolgungen, ihre Ueberzeugung offen aussprachen und rückhaltlos für die von der Regierung in der schleswig-holsteinischen Frage befolgte Politik eintraten. Mit Recht wiesen diese, wie es auch seitens der Mehrzahl der Konservativen geschah, darauf hin, daß sich Preußen durch Hingabe des Blutes seiner Landeskinder für die Herzogthümer ein Anrecht auf eine enge Verbindung mit letzteren erworben habe; mit Recht hoben sie hervor, daß die Errichtung eines machtlosen und doch unabhängigen Kleinstaates in den Nordmarken eine ernste Schädigung der staatlichen und wirthschaftlichen Interessen Preußens in sich begreife. Selbst der Gedanke der möglichen Einverleibung der Herzogthümer war in diesen Kreisen bereits während des Krieges angeregt worden und hatte sogar in einer am 11. Mai 1864 dem Könige überreichten und mit zahlreichen Unterschriften bedeckten Adresse Ausdruck gefunden. In warmen Worten empfahlen die Unterzeichner derselben die Herzogthümer dem starken Schutze Preußens als des mächtigsten deutschen Staates; wenn der wirksame Schutz, der allein den am meisten Betheiligten Frieden und Wohlbefinden verheiße, die Einverleibung des von der Fremdherrschaft befreiten deutschen Landes voraussetze, dann sei diese unter allen Umständen als die wünschenswertheste Lösung der schwebenden Frage zu betrachten. Der König beantwortete diese Adresse würdevoll und doch mit einiger Zurückhaltung, wie es die Lage gebot: man möge an der Gewißheit festhalten, daß er Preußens Ehre unter allen Verhältnissen wahren werde, und daß die Opfer, welche man der deutschen Sache gebracht, auch für die Interessen des engeren Vaterlandes sich fruchtbringend erweisen würden.

Um dieselbe Zeit, also ebenfalls noch inmitten der kriegerischen Vorgänge, war auch bereits der Erbprinz von Augustenburg mit der preußischen Regierung in Unterhandlung getreten.

In einer langen Unterredung am 1. Juni 1864 eröffnete ihm Bismarck, daß die preußische Regierung durchaus nicht abgeneigt sei, ihn als souveränen Herzog der vereinigten schleswig-holsteinischen Lande anzuerkennen, falls er sich bereit finden lasse, die von Preußen im berechtigten eigenen Interesse zu stellenden Bedingungen anzunehmen: es sei die unbeschränkte Verfügung über die Land- und Seemacht der Herzogthümer mittels einer Militärkonvention auf Preußen zu übertragen; außerdem fordere in Betreff der Marine-Etablissements die preußische Regierung die Anlage eines von Eckernförde nach Brunsbüttel laufenden Schiffahrtskanals mit zwei befestigten Punkten an beiden Meeren, deren Besetzung nebst dem dazu nöthigen Territorium ebenso wie das Aufsichtsrecht über diesen Kanal Preußen zu überlassen sei.

Die preußischen Forderungen hielten sich also damals noch innerhalb verhältnißmäßig bescheidener Grenzen, aber dennoch antwortete der Prinz ausweichend, suchte dieses und jenes Zugeständniß zu retten und brachte schließlich, als Bismarck jene Forderungen für unabänderlich erklärte, durch einen schweren Mißgriff die ganze Verhandlung zum Scheitern, indem er die Bemerkung fallen ließ, daß von ihm und den schleswig-holsteinischen Herzogthümern die Hülfe Preußens gegen die Dänen ja gar nicht verlangt worden sei, daß auch die einfache Bundesexekution ihm ohne solche Forderungen, wie sie jetzt Preußen erhebe, zu seinem Rechte verholfen haben würde, und daß er sich gegen die weitgehenden preußischen „Zumuthungen" schlimmstenfalls auf den Schutz Oesterreichs und des Bundes glaube verlassen zu dürfen. Die Stellung des Prinzen der preußischen Regierung gegenüber war durch solche verfehlten Hinweise und Drohungen natürlich ungleich schwieriger geworden. Der leitende preußische Staatsmann mochte fernere Verhandlungen schon damals für aussichtslos halten, und der schleswig-holsteinische Thronprätendent rechtfertigte diese Annahme, indem er mit der Bewilligung der anfänglich von ihm verlangten verhältnißmäßig geringfügigen Zugeständnisse fortgesetzt zögerte und zögerte, bis endlich selbst sehr viel weiter gehende Zugeständnisse den Herzogshut, den er sich selbst verscherzt hatte, für ihn nicht mehr zu retten vermochten. — Hätte der Prinz bei jener ersten Unterredung angenommen, was ihm geboten ward, die schleswig-holsteinische Frage wäre damit so gut wie aus der Welt geschafft gewesen; zu spät erst sollte er die ganze Schwere des Fehlers erkennen, den er damit beging, daß er sich auf Oesterreich und auf die Diplomaten der Bundesversammlung verließ, vor deren Forum nun die Angelegenheit von Oesterreich gebracht wurde.

Das Rechtsgutachten der preußischen Kronsyndiker. Die Rechte, welche Preußen vorweg auf das kleine, etwa 20 Quadratmeilen umfassende Herzogthum Lauenburg geltend machte, waren zu wohlbegründet, als daß Oesterreich ernstliche Einwendungen dagegen hätte erheben können. Anders lagen die Dinge in Bezug auf Schleswig und Holstein, denn hier ließ sich gegen die von Preußen erhobenen Ansprüche allerdings Manches ins Feld führen. Dem Rechtsgutachten der preußischen Kronsyndiker, welches den vom Vater des Erbprinzen von Augustenburg geleisteten Verzicht für vollgiltig und demnach diesen selbst für unberechtigt zur Thronfolge in Schleswig-Holstein erklärte, standen so und so viele andere Rechtsgutachten gegenüber, welche genau das Gegentheil besagten, und die staatsrechtlichen Ansprüche, welche die preußische Regierung außer auf Lauenburg auch auf Theile von Schleswig und Holstein geltend machte, waren nicht mehr und nicht weniger gewichtig als etwa diejenigen, die Braunschweig und einige andere deutsche Kleinstaaten erheben konnten oder wirklich erhoben. In dieser Hinsicht konnten also Oesterreich und der Bundesrath die Berechtigung Preußens, sich an den Küsten der Nordmarken bleibend festzusetzen und gewisse Gebietstheile derselben sowie die Verfügung über ihre Land- und Seemacht zu beanspruchen, wohl bestreiten. Aber solche zweifelhafte staatsrechtliche Erörterungen und Erklärungen waren gegenüber den entscheidenden Gründen, mit welchen die preußische Regierung ihre Forderungen zu unterstützen in der Lage war, doch nur nebensächlicher Natur.

Was Preußen für sich und für sein Verlangen geltend machen konnte, das war vor Allem das Recht des Krieges, das Recht der Selbsterhaltung und mehr noch als dies das moralische Recht, welches seine Regierung aus dem Bewußtsein zog, mit ihrer Politik der Stärkung und der festen Einigung des deutschen Gesammtvaterlandes und damit den wahren Interessen desselben zu dienen. Darauf legte denn auch die preußische Regierung in ihren Verhandlungen mit Oesterreich das entscheidende Gewicht, während sie mit dem Rechtsgutachten der preußischen Kronsyndiker und mit der Geltendmachung ihrer staatsrechtlichen Ansprüche vorwiegend nur der öffentlichen Meinung in Deutschland ein Gegengewicht zu bieten versuchte.

„Daß die Herzogthümer nicht im Stande sind", hieß es in einem an die österreichische Staatskanzlei erlassenen Schreiben Bismarck's, „dem ersten mit nachhaltiger Kraft geführten Stoße einer fremden Macht zu widerstehen, haben die Erfahrungen zu Anfang der Jahre 1848 und 1849 gezeigt. In ähnlicher Weise wird für Schleswig-Holstein, wenn es nur auf seine eigenen Kräfte angewiesen ist, immer die Gefahr bestehen, daß das Herzogthum Schleswig im ersten Anlauf verloren geht. Die Folge davon würde sein, daß der Feind dort sofort eine feste und sehr gefährliche Operationsbasis gewönne, und daß Preußen genöthigt wäre, das Land mit großen Opfern wieder zu erobern, wie dies im Jahre 1848, namentlich aber im vorigen Jahre geschehen ist. Dieser Gefahr, der wir uns nicht aussetzen dürfen, kann nur vorgebeugt werden, wenn die in Schleswig vorhandenen Streitkräfte und militärischen Einrichtungen in einem organischen Zusammenhange mit den preußischen sich befinden, wenn dieses Herzogthum in militärischer Hinsicht einen integrirenden Theil unseres eigenen Vertheidigungssystems bildet und wir daher in der Lage sind, einem ernsten Angriff schon dort zu widerstehen und ein Festsetzen des Feindes daselbst zu verhindern."

Oesterreichs Kompensationsverlangen. Daß übrigens auch die österreichische Regierung sich im Grunde mehr von praktischen als von staatsrechtlichen Erwägungen leiten ließ, das zeigten die Verhandlungen, die sie durch Vermittlung des österreichischen Botschafters in Berlin über einen möglichen Ausgleich mit Preußen anzuknüpfen versuchte. An die dauernde Ausübung des durch den Wiener Frieden ihm zugesprochenen Mitbesitzrechtes an den schleswig-holsteinischen Herzogthümern konnte Oesterreich schon wegen der geographischen Lage derselben nicht wohl denken; der österreichische Botschafter in Berlin machte also im Auftrage seiner Regierung die vorsichtige Eröffnung, daß Oesterreich unter Umständen nicht abgeneigt sein würde, Preußen in den Nordmarken völlig freie Hand zu lassen, wenn ihm dafür eine gleichwerthige, angemessene Gegengewähr, d. h. eine Entschädigung durch Abtretung preußischer Landesstrecken, etwa der Grafschaft Glatz oder eines andern für Oesterreich gleich günstig gelegenen Theiles von Schlesien, geboten würde. Dieses Anerbieten wurde jedoch in Berlin als durchaus unannehmbar zurückgewiesen, und da man es in Oesterreich ebenso entschieden ablehnte, sich mit einer preußischerseits gebotenen Geldentschädigung abfinden zu lassen, so mußten diese Verhandlungen, ehe sie noch recht in Gang gekommen waren, abgebrochen werden.

Die österreichische Regierung stellte sich nunmehr völlig auf den Standpunkt des Bundesrathes und verlangte zunächst die bedingungslose Einsetzung des Erbprinzen von Augustenburg als souveränen Herzogs von Schleswig-Holstein, dem es dann hinterher unbenommen sei, nach eigenem Ermessen und nach den Beschlüssen der Landesvertretung mit Preußen in ein engeres oder weniger enges Vertragsverhältniß zu treten. Daß das Vertragsverhältniß in diesem Falle über sehr bescheidene Grenzen nicht hinausgehen würde, das glaubte man in Oesterreich mit Sicherheit voraussetzen zu dürfen.

Verschärfung der schleswig-holsteinischen Frage. Auf die Zustände in den Herzogthümern selbst konnte das Fortbestehen und die allmähliche Verschärfung der durch die schleswig-holsteinische Frage hervorgerufenen Gegensätze zwischen den beiden deutschen

Großmächten natürlich nicht ohne Rückwirkung bleiben. In bedenklicher Weise mehrten sich die Zwistigkeiten zwischen dem österreichischen Civilkommissar Freiherrn v. Halbhuber und dem preußischen Bevollmächtigten Herrn v. Zedlitz, welche als oberste Civilbehörde die gemeinsame Verwaltung der Herzogthümer leiteten. Der österreichische Vertreter hatte sich mit den eifrigsten Anhängern des Erbprinzen, von denen eine Art Nebenregierung in Kiel eingerichtet worden war, verbunden und unterstützte insgeheim die preußenfeindlichen Bestrebungen, die namentlich auch in der schleswig-holsteinischen Presse in der gehässigsten Form zu Tage traten. Als daraufhin der preußische Kommissar einige im Solde des Erbprinzen stehende Schriftsteller des Landes verwies, protestirte der österreichische Bevollmächtigte gegen diesen „in rechtlicher und gesetzlicher Beziehung ungiltigen Gewaltschritt" und nahm sich der Verfolgten nur um so auffallender an. Daß infolge dessen die Haltung des Herrn v. Zedlitz der augustenburgischen Partei und ihren Anhängern gegenüber nicht eben freundlicher wurde, war erklärlich, und die Aufregung im Lande steigerte sich allmählich in solchem Maße, daß der Ausbruch des Krieges zwischen Oesterreich und Preußen, welcher, wie wir sehen werden, im Sommer 1865 nahe bevorzustehen schien, in weiten Kreisen als die willkommenste Lösung begrüßt worden wäre.

Natürlich erwarteten und hofften dabei die augustenburgischen Parteien, daß, komme es zum Kriege, dieser zu Gunsten Oesterreichs und des Bundes entscheiden werde. Den augustenburgischen Parteien gehörte damals unstreitig der weit überwiegende Theil der schleswig-holsteinischen Bevölkerung an, bei welcher die nicht nur von den aufrichtigen Anhängern des Erbprinzen, sondern namentlich auch von Seiten der großdeutschen Parteien eifrig betriebene Agitation auf fruchtbaren Boden gefallen war. Hier galt also der Erbprinz von Augustenburg als der unzweifelhaft rechtmäßige Fürst, dem nach dem Tode des Königs Friedrich VII. von Dänemark die Regierung der Herzogthümer zustehe; der zwischen Christian IX. von Dänemark und den beiden deutschen Großmächten abgeschlossene Wiener Vertrag könne, hieß es, daran nichts ändern, denn das Londoner Protokoll, auf welches der Nachfolger Friedrich's VII. in Dänemark seine Rechte auf Schleswig-Holstein begründe, habe wegen der fehlenden Anerkennung des Deutschen Bundes für das deutsche Bundesland keine Giltigkeit, und durch ihre Uebertragung auf die beiden deutschen Großmächte seien die unberechtigten Ansprüche Christian's IX. nicht zu berechtigten geworden. Aber nicht nur auf eine eigene nationale Dynastie, sondern auch auf ein völlig selbständiges staatliches Dasein glaubte die schleswig-holsteinische Bevölkerung nach ihrer Befreiung von der dänischen Fremdherrschaft Anspruch erheben zu dürfen, und sie hielt sich hierzu im Hinblick auf die geographische Lage des Landes wie durch Stammeseigenthümlichkeit für mindestens ebenso berechtigt, wie andere norddeutsche Kleinstaaten, etwa Mecklenburg und Oldenburg. Allerdings waren dessen ungeachtet wenigstens die besonnenen Elemente der Bevölkerung geneigt, das politische Uebergewicht Preußens und die thatsächliche Bedeutung, welche es sich neuerdings in Deutschland errungen, anzuerkennen und zu einem engeren Anschluß an diese Großmacht die Hand zu bieten. Aber ehe dies geschehe — und darin stimmte die allgemeine Ansicht der schleswig-holsteinischen Bevölkerung mit der des Bundesrathes und seiner großdeutschen Anhängerschaft überein — ehe dies geschehe, müsse eben der Erbprinz von Augustenburg als Herzog eingesetzt werden, worauf es dann seine und der gesetzlich einberufenen Ständeversammlung Sache sein werde, einen näheren Anschluß an Preußen zu suchen. — Dem preußischen Kabinet widerstrebte es dagegen, das zukünftige Verhältniß der Herzogthümer zu Preußen von dem guten Willen des Erbprinzen von Augustenburg unter Mitwirkung der schleswig-holsteinischen Stände abhängig zu machen. Man besorgte, und gewiß nicht mit Unrecht, der einmal anerkannte Herzog und die Stände des Landes würden den Einfluß Preußens auf ein möglichst geringes Maß zu beschränken suchen und zu einem möglichst wenig entgegenkommenden Verhalten nicht nur von Oesterreich und den deutschen Mittelstaaten, sondern wol auch von England ermuthigt werden.

Deshalb bestand die preußische Regierung darauf, daß vorerst das zukünftige Verhältniß der Herzogthümer zu Preußen im Sinne der preußischen Forderungen geregelt werden und der Abschluß eines festen und unauflöslichen Bündnisses erfolgen müsse, ehe die Zustimmung Preußens zur Errichtung eines schleswig-holsteinischen Staates unter der augustenburgischen Dynastie ertheilt werden könne. In einer Depesche, welche Bismarck am 22. Februar 1865 nach Wien richtete, sprach er dies unzweideutig aus, indem er wiederholt darauf hinwies, daß es Preußen sich selbst schuldig sei, dafür zu sorgen, daß ihm nicht an seiner Nordgrenze ein neuer Gegner erwachse. Die preußischen Forderungen waren jetzt Angesichts der Vorgänge in Schleswig-Holstein und der fortgesetzt ablehnenden Haltung des Erbprinzen bereits etwas höher gestellt. Jene Note Bismarck's verlangte, daß die gesammte schleswig-holsteinische Streitmacht Preußen zur Verfügung gestellt werde, wogegen dieses zur militärischen Beschützung des neuen Staates zu verpflichten sei. Dienstpflicht und Stärke des zu stellenden Kontingentes sollte nach den in Preußen giltigen Vorschriften geregelt, überhaupt die ganze preußische Kriegsverfassung auch für die Herzogthümer eingeführt werden. Auch in Bezug auf die Kriegsflotte und die der Küstenvertheidigung des Landes dienenden Einrichtungen wurde das Gleiche verlangt, und um letztere wirksamer als bisher zu gestalten, sollten insbesondere die Stadt Sonderburg am Alsensund und die Feste Friedrichsort sowie das zur Anlage von Befestigungen an den Endpunkten des projektirten Schiffahrtskanals nöthige Terrain als unbeschränkter Besitz Preußen zur Verfügung gestellt werden. — Daß Land- und Marinetruppen der Herzogthümer dem Könige von Preußen den Fahneneid schwören müßten, wurde, obwol es eigentlich selbstverständlich war, von Bismarck noch ausdrücklich hervorgehoben.

Im Wesentlichen stimmten die preußischen Forderungen mit denjenigen überein, welche Bismarck in der erwähnten Unterredung vom 1. Juni 1864 dem Erbprinzen persönlich vorgelegt hatte; auch die unauflösliche Vereinigung der Herzogthümer mit dem preußischen Zollgebiet war damals bereits in Aussicht genommen. Nun aber wurde auch die Verschmelzung des schleswig-holsteinischen Post- und Telegraphenwesens mit dem preußischen gefordert, da die preußische Regierung auf die unbeschränkte Verfügung über diese wichtigsten Verkehrsmittel im Interesse der einheitlichen Militär- und Zollverwaltung nicht verzichten könne. Daß die preußische Regierung an diesen Forderungen unter allen Umständen festzuhalten entschlossen sei, darüber ließ Bismarck die österreichischen Staatsmänner nicht in Zweifel; ehe dieselben nicht sämmtlich erfüllt seien, werde Preußen seine Truppen aus Schleswig-Holstein nicht zurückziehen, und aus einem etwaigen späteren Abweichen von jenen Bedingungen werde Preußen für sich die Berechtigung herleiten, die geschlossenen Verträge für erloschen zu erklären und seine im Wiener Frieden erworbenen Ansprüche in ihrem vollen Umfange von Neuem geltend zu machen.

Der Entschiedenheit des preußischen Forderns entsprach diesmal die Entschiedenheit der österreichischen Ablehnung. Die Sache des Bundes offen zu ihrer eigenen machend, trat die österreichische Regierung von den Sonderverhandlungen mit Preußen völlig zurück, beantwortete einen Bundesbeschluß zu Gunsten des Erbprinzen von Augustenburg mit einer zustimmenden Erklärung und veranlaßte dadurch den Letzteren, auch seinerseits die ihm noch einmal in einem amtlichen Schreiben von Bismarck vorgelegten preußischen Forderungen zu verwerfen. Auch mit ihm brach infolge dessen die preußische Regierung alle Unterhandlungen ab, und es befestigte sich in dem Leiter der preußischen Politik die Ueberzeugung, daß der eigentliche Schwerpunkt für die Entscheidung der großen Tagesfrage weniger in den Herzogthümern selbst, als vielmehr außerhalb derselben liege. Die Haltung der großen Mehrheit der schleswig-holsteinischen Bevölkerung konnte den preußischen Staatsmann in dieser Ueberzeugung nur bestärken.

Auf Grund längerer Berathungen mit dem sogenannten „Sechsunddreißiger-Ausschuß“ des Frankfurter Abgeordnetentages und mit mehreren Mitgliedern des preußischen

Abgeordnetenhauses veröffentlichte nämlich um eben diese Zeit eine Anzahl von Vertrauensmännern der Herzogthümer eine Erklärung, in welcher sie zu den preußischen Forderungen Stellung nahmen. Ein guter Theil derselben: die Verfügung über die schleswig-holsteinischen Wehrkräfte, das auf die Sicherung der deutschen Grenzen Bezügliche, ferner der Eintritt der Herzogthümer in den Zollverein, die Anlegung eines Nord-Ostseekanals und die Abtretung der dazu erforderlichen Rechte an Preußen, wurde von ihnen ohne große Bedenken als berechtigt anerkannt; dagegen lehnten sie die Verwaltung des Zoll-, Post- und Telegraphenwesens sowie die Aushebung der Kriegsmannschaften durch andere als die eigenen Landesbehörden, vor Allem aber die geforderte Vereidigung der Truppen für den König von Preußen als ihren obersten Kriegsherrn als unverträglich mit der ihrem Lande zustehenden Selbständigkeit ab und stellten sich damit im Wesentlichen auf den Standpunkt des Erbprinzen. Hier war also auf einen Ausgleich oder auf eine auch nur vorläufige Verständigung nicht zu rechnen, und auch im übrigen Deutschland fand die preußische Regierung für ihre deutsch-nationale Politik in der schleswig-holsteinischen Frage nur sehr vereinzelte Anhänger; selbst der Nationalverein zeigte sich der Aufgabe, die er sich selbst gestellt hatte, nicht völlig gewachsen, indem er unter dem Druck der öffentlichen Meinung der preußischen Politik in der schleswig-holsteinischen Frage seine Unterstützung versagte und sich merklich dem großdeutschen Reformverein näherte.

Um so erfreulicher mußte für die preußische Regierung die Wahrnehmung sein, daß sich wenigstens im preußischen Volke bereits seit dem Ende des Jahres 1864 ein unverkennbarer Umschwung zu vollziehen begann. Wie gering auch immer die Zahl derjenigen liberalen Männer sein mochte, welche, wie Mommsen, Gneist, Twesten u. A., unbeirrt durch ihren Parteistandpunkt, offen als Fürsprecher und Vertheidiger dessen hervortraten, was die preußische Regierung in Schleswig-Holstein erstrebte, so mehrten sich doch mit jedem Tage die Anzeichen dafür, daß die Zahl Derjenigen in schnellem Wachsen begriffen war, welche sich wenigstens zu stiller, gleichsam verschämter Anerkennung der nationalen Politik Bismarck's gedrungen fühlten. Daß diese Anerkennung sich nicht offen hervorwagte und, wenn es doch einmal geschah, sich hinter allerlei Wenn und Aber versteckte, das war eine sehr begreifliche Folge des noch immer in unverminderter Schärfe fortbestehenden inneren Konfliktes. Die rücksichtslose Anwendung aller polizeilichen Machtmittel, die fortgesetzte Unterdrückung des freien Wortes in der Presse und die gehässigen persönlichen Kränkungen und Verfolgungen, denen einzelne hervorragende Vertreter des entschiedenen Liberalismus fortdauernd ausgesetzt waren, mußten es einem aufrichtig liberalen Manne in der That schwer machen, dieselbe Regierung, die er in ihrer inneren Politik meinte bekämpfen zu müssen, in ihrer auswärtigen Politik offen und freudig zu unterstützen. Der ursprüngliche Zusammenhang der freiheitsfeindlichen inneren Politik der Regierung mit der Haltung der Volksvertretung in der Frage der Heeresreorganisation hatte sich durch die scharfe Zuspitzung des Konflikts allmählich verwischt; die Regierung schien die reaktionäre Politik als Selbstzweck zu betreiben, und nur Wenige wagten noch zu hoffen, daß die Beseitigung jenes Streitpunktes die Regierung zum Einschlagen anderer Bahnen bewegen werde. Andernfalls wäre jetzt ein großer Theil der früheren Opposition gegen die Heeresreform gern bereit gewesen, derselben nachträglich zuzustimmen, denn die Ereignisse des Jahres 1864 hatten über ihren Werth und ihre Bedeutung doch Manchem die Augen geöffnet. Aber man glaubte, wie gesagt, für die Nachgiebigkeit in diesem Punkte von der im Amte befindlichen Regierung keine Zugeständnisse in inneren Fragen erwarten zu dürfen, und die fortschrittliche Mehrheit des Abgeordnetenhauses beschloß deshalb, nach wie vor der Regierung grundsätzlich überall und also auch in ihrer auswärtigen Politik Widerstand zu leisten. Mit diesem grundsätzlichen Widerstande war nun freilich jener stetig wachsende Bruchtheil des preußischen Volkes, welcher sich halb widerstrebend zur Anerkennung der nationalen auswärtigen Politik der Regierung gedrungen fühlte, nicht einverstanden; aber

die straffe Parteidisziplin, welche die Leiter der Fortschrittspartei ausübten, ließ jene schwankenden Elemente noch nicht zur Geltung kommen. Da die Auflösung des Abgeordnetenhauses und die Ausschreibung von Neuwahlen voraussichtlich wiederum zu einer Niederlage der Regierung geführt haben würde, unterblieb sie, und die Regierung trat von Neuem dem oppositionellen Landtage gegenüber, sich damit tröstend, daß derselbe nicht mehr wie früher unbestritten die überwältigende Mehrheit des preußischen Volkes hinter sich habe, und hoffend, es werde die völlige Durchführung ihrer Politik einen offenen Umschwung der öffentlichen Meinung herbeiführen.

Die Landtagssession von 1865. Daß der Landtag so absolut grundsätzlich, wie es wirklich geschah, jede Verständigung ablehnen werde, das schien die Regierung selbst nicht erwartet zu haben. Die Session des Jahres 1865, die erste nach dem Kriege, eröffnete der König am 15. Januar mit dem dringenden Wunsche, „daß der Gegensatz, welcher in den letzten Jahren zwischen der Regierung und dem Hause der Abgeordneten obgewaltet habe, nun seine Ausgleichung finden möchte.“ „Die bedeutungsvollen Ereignisse der jüngsten Vergangenheit“, hieß es in der Thronrede, „werden dazu beigetragen haben, die Meinungen über das Bedürfniß der verbesserten Organisation des Heeres, die sich in einem siegreich geführten Kriege bewährt hat, aufzuklären. Die Rechte, welche der Landesvertretung durch die Verfassungsurkunde eingeräumt worden sind, bin ich auch ferner zu achten und zu wahren entschlossen. Soll aber Preußen seine Selbständigkeit und die ihm unter den europäischen Staaten gebührende Machtstellung behaupten, so muß seine Regierung eine feste und starke sein und kann das Einverständniß mit der Landesvertretung nicht anders als unter Aufrechthaltung der Heereseinrichtungen erstreben, welche die Wehrhaftigkeit und damit die Sicherheit des Vaterlandes verbürgen. Der Wohlfahrt Preußens und seiner Ehre ist mein ganzes Streben, mein Leben gewidmet. Mit dem gleichen Ziel vor Augen werden Sie, wie ich nicht zweifle, den Weg zur vollen Verständigung mit meiner Regierung zu finden wissen, und dann werden Ihre Arbeiten dem Vaterlande zum Segen gereichen.“

Auch die Minister schlugen einen versöhnlichen Ton an und stellten der Mehrheit des Abgeordnetenhauses alle möglichen Zugeständnisse in Aussicht, wenn sie sich nur zu entschließen vermöge, der Armeereform — dieser allerdings ohne Einschränkungen — ihre Zustimmung zu ertheilen.

Aber dies Alles blieb erfolglos, und da die konservative Minderheit durch ihre Anträge die liberale Mehrheit wie geflissentlich zum Widerstande herausforderte, beschloß das Abgeordnetenhaus sogar, sich der üblichen Adresse an den Monarchen als Antwort auf seine Thronrede zu enthalten. Nur in einem Punkte setzte sich wie seither die Volksvertretung über alle Parteirücksichten hinweg: die Verlängerung der Zollvereinsverträge, welche die süddeutschen Regierungen trotz ihres Widerstrebens gegen den Handelsvertrag mit Frankreich eine nach der andern nachgesucht hatten, wurde mit großer Majorität vom Abgeordnetenhause genehmigt und dadurch wenigstens auf dem wirthschaftlichen Gebiete der Thätigkeit der Regierung die verdiente Anerkennung gezollt. Alle anderen Vorlagen dagegen wurden mit ebenso großen Majoritäten verworfen.

Kein Kiel — kein Geld! Die nachträgliche Genehmigung der Kriegskosten, die Geldforderungen für die Begründung einer starken und mächtigen Flotte und auch die für die Befestigung des Kieler Hafens verlangten sechs Millionen wurden verweigert. Namentlich die Berathung über den letzteren Posten führte zu heftigen Angriffen der schleswig-holsteinischen Politik der Regierung. In kraftvollen Worten legte dagegen Bismarck den Standpunkt dar, auf welchem die Regierung den Herzogthümern und ihren zusammenzurufenden Ständen gegenüber stehe und zu beharren gedenke. „Kommen wir“, sagte er am 1. Juni zu den Abgeordneten, „mit Oesterreich und mit Ihnen zu friedlicher Verständigung, so wird dies ein allerseits und auch für Preußen erwünschtes Ergebniß

sein; gelingt es nicht, so werden keine Beschlüsse, keine Proklamationen der Stände, kein einseitiges Vorgehen im Stande sein, Preußen aus den Herzogthümern herauszumaßregeln. Zweifeln Sie dennoch an der Möglichkeit, unsere Absichten zu verwirklichen, so habe ich schon in der Kommission ein Auskunftsmittel empfohlen; limitiren Sie die Anleihe dahin, daß die erforderlichen Beträge nur dann zahlbar sind, wenn wir wirklich Kiel besitzen, und sagen Sie: Kein Kiel, kein Geld!"

Daß der Besitz Kiels dem dringenden Interesse Preußens entsprach, das war freilich im Ernste nicht zu bestreiten, und auch in den Reihen der Liberalen fand deshalb der Regierungsantrag wie überhaupt die gesammte Politik der Regierung in der schleswig-holsteinischen Frage einzelne Fürsprecher und Vertheidiger. Aber die Mehrheit des Abgeordnetenhauses hielt fest an ihrem Grundsatz, das verhaßte Ministerium überall zu bekämpfen, selbst auf die Gefahr hin, sich dadurch in Widerspruch mit der öffentlichen Meinung des preußischen Volkes zu setzen, die — eingestanden oder nicht eingestanden — der festen Vereinigung der Herzogthümer mit Preußen zugeneigt war.

In der Schlußrede, mit welcher er am 17. Juni diese unter solchen Umständen wiederum völlig ergebnißlose Session des Landtages schloß, erklärte Bismarck, die Regierung werde, unbeirrt durch maßlosen Widerstand in Rede und Schrift, stark im Bewußtsein ihres guten Rechts und guten Willens, den geordneten Gang der öffentlichen Angelegenheiten aufrecht erhalten und die Interessen des Landes nach außen wie nach innen kräftigst zu vertreten wissen. Sie lebe der Zuversicht, daß der Weg, den sie bisher innegehalten, ein gerechter und heilsamer gewesen, und daß der Tag nicht mehr fern sei, an welchem die Nation dies nicht nur erkennen, sondern durch den Mund ihrer berufenen Vertreter auch anerkennen werde.

Einrichtungen in Kiel. Ja, der preußische Staatsmann fühlte sich in der That stark in dem Bewußtsein, nur dasjenige zu erstreben, was er als das Recht und als die Pflicht Preußens bezeichnen durfte, und eben so wenig wie durch den unberechtigten, weil nicht mehr ganz aufrichtigen Widerspruch des preußischen Volkes und seiner Vertreter ließ er sich durch die feindselige Haltung der deutschen Mittelstaaten und namentlich Oesterreichs in der Verfolgung seines Zieles beirren. Der Ablehnung der im Februar gestellten preußischen Forderungen durch Oesterreich, durch den Bundesrath und durch den Erbprinzen selbst folgte seitens der preußischen Regierung eine Reihe von Maßnahmen, welche in Bezug auf ihre Entschlossenheit, ihre Forderungen unter allen Umständen durchzusetzen, keinen Zweifel bestehen ließen. Namentlich wurden bereits im März Vorkehrungen getroffen, die preußische Flottenstation der Ostsee von Danzig nach Kiel zu verlegen, und umfangreiche Vermessungsarbeiten, welche an letzterem Orte durch preußische Offiziere und Ingenieure angestellt wurden, ließen darauf schließen, daß es preußischerseits auf eine dauernde Besetzung dieses trefflichen Hafens abgesehen sei. Unter Hinweis auf das Mitbesitzrecht Oesterreichs legte der österreichische Kommissar gegen solch eigenmächtiges Vorgehen Protest ein, aber derselbe blieb unbeachtet. Die Hafenarbeiten wurden nicht unterbrochen, vielmehr auch an anderen Orten Schleswigs ähnliche Arbeiten in Angriff genommen und seitens des preußischen Bevollmächtigten noch straffer als zuvor die Regierungsgewalt in den Herzogthümern gehandhabt. Auch legte der preußische Minister in seinen mündlichen und schriftlichen Aeußerungen mehr und mehr die bisher noch bewahrte Zurückhaltung ab.

„Ich halte es für die Herzogthümer", erklärte Bismarck am 13. Juni, „bei weitem vortheilhafter, Mitglied der großen preußischen Genossenschaft zu werden, als einen neuen Kleinstaat mit fast unerschwinglichen Lasten zu errichten. — —" Daß bei der hartnäckigen Weigerung, an Preußen billige und im Interesse des großen deutschen Vaterlandes sogar nothwendige Zugeständnisse zu machen, die Idee der Annexion immer wieder auftauchen und in Bezug auf Verwirklichung an Aussicht gewinnen müsse, liege in der Natur der Dinge.

„Denn verweigert man uns“, fuhr Bismarck fort, „die billigen Bedingungen, die wir fordern, so ist allerdings schwer abzusehen, zu welchen Komplikationen eine solche Weigerung führen kann. Führt sie aber dazu, dann schnellt natürlich auch das Maß unserer Begehrlichkeit das Ziel sehr viel weiter hinauf, als es in diesem Augenblicke von unserer Bescheidenheit gestellt ist.“

Am Sitze des Bundesrathes wie in der Hofburg zu Wien war man entrüstet und bestürzt zugleich über das energische Vorgehen Preußens und über die verständliche Sprache seines Ministers. Oesterreich und seine Verbündeten hatten sich zu entschieden für die staatliche Selbständigkeit der Herzogthümer und für die Ansprüche des Erbprinzen von Augustenburg erklärt, um jetzt ohne Weiteres zurückzuweichen und das Vorgehen Preußens unbeanstandet zu lassen; man mußte also wenigstens die Miene annehmen, als sei man zur energischen Wahrung des einmal eingenommenen Standpunktes entschlossen, und als werde man nöthigenfalls selbst vor einem Kriege mit Preußen nicht zurückschrecken. In Wahrheit aber fürchtete man den Krieg, und man hatte allen Grund ihn zu fürchten. Die Finanzen des Kaiserstaates befanden sich in einem geradezu kläglichen Zustande, die Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn waren völlig gescheitert, und die nothwendig gewordene Aufhebung der erst wenige Jahre zuvor ins Leben getretenen österreichischen Gesammtstaatsverfassung drohte auch in die übrigen Kronländer Zwiespalt und Verwirrung zu tragen und die Aktionsfähigkeit des Staates nach außen zu lähmen. Auch einige der deutschen Bundesgenossen Oesterreichs, namentlich das im Kriegsfalle zunächst bedrohte Sachsen, sahen nur mit Bangen dem drohenden Ausbruche des Krieges entgegen und wünschten ihn wenn irgend möglich vermieden.

Unvermeidlichkeit des Krieges. Ganz anders lagen die Dinge in Preußen. Hier wünschte der leitende Minister den möglichst schnellen Ausbruch des Krieges. Daß derselbe auf die Dauer doch unvermeidlich sei, das stand für Bismarck völlig außer Zweifel; es lag also nach seiner Meinung im Interesse nicht nur Preußens, sondern ganz Deutschlands, die bedrängte Lage Oesterreichs und die militärische Unfertigkeit der deutschen Mittelstaaten zu benutzen, um — wie Bismarck sich in einer Unterredung mit dem bayerischen Minister von der Pfordten ausdrückte — den Krieg womöglich auf ein kurzes Duell zwischen Oesterreich und Preußen zu beschränken und durch dieses ohne viel Blutvergießen und mit zweifellos sicherem Ausgange für Preußen die schwebende Frage zum Austrag zu bringen. Das preußische Volk in seiner Mehrheit theilte freilich die kriegerische Stimmung des Ministeriums keineswegs, und das allgemeine Friedensverlangen fand eine mächtige Stütze in der persönlichen Friedensliebe des preußischen Monarchen. Gewiß war auch der König entschlossen, die Ehre und das Recht Preußens gegen jeden Angriff, von welcher Seite auch immer, zu schützen und zu wahren; aber dem drohenden Angriff zuvorzukommen und den Krieg zu beginnen, von dessen völliger Unvermeidlichkeit er sich noch nicht überzeugen mochte, das widerstrebte dem König. Ein gutes Theil der alten Anhänglichkeit des Hauses Hohenzollern an das Haus Habsburg war auch in ihm noch lebendig, und der Krieg, um den es sich hier handelte, mußte, wenn auch im eigensten Interesse des deutschen Vaterlandes, doch immerhin von Deutschen gegen Deutsche geführt werden. So lange noch eine Möglichkeit vorhanden schien, den Krieg ohne Gefährdung der Ehre und der Interessen Preußens zu vermeiden oder auch nur hinauszuschieben, bot deshalb König Wilhelm gern die Hand zu Vermittlungsversuchen, wie solche namentlich von Seiten der Königin-Wittwe von Preußen und von Seiten ihrer Schwester, der Mutter des Kaisers Franz Joseph, eifrig betrieben wurden. Durch den preußischen Gesandten in Wien von der Bereitwilligkeit der Regierung zu entgegenkommenden Schritten in Kenntniß gesetzt, begab sich der König von Karlsbad, wo er sich seit Ende Juni zum Kurgebrauch aufhielt, am 20. Juli nach Gastein, um auch dadurch seinerseits seine Bereitwilligkeit zu Verhandlungen im Interesse des Friedens zu bezeigen.

Ministerrath zu Regensburg. Friedensverhandlungen zu Gastein. Nichtsdestoweniger wurde freilich die österreichische Regierung nicht in Zweifel darüber gelassen, daß die von ihr gebotenen Zugeständnisse nicht genügten; ein außerordentlicher Ministerrath, welchen der König auf der Reise nach Gastein in Regensburg abhielt und an welchem außer sämmtlichen Ministern auch die preußischen Gesandten in Wien und Paris sowie der Generalstabschef von Moltke theilnahmen, sprach sich in diesem Sinne aus und konstatirte zugleich die hinlängliche Kriegsbereitschaft des preußischen Heeres. Da durch Truppenverschiebungen an der Grenze und durch den Befehl, die schlesischen Festungen in Vertheidigungszustand zu setzen, diese Erklärung den nöthigen Nachdruck erhielt, entschloß sich die österreichische Regierung, ihrem unabweisbaren Friedensbedürfniß einige größere Opfer zu bringen.



Zusammenkunft in Gastein.
Otto von Bismarck. Graf Mensdorff-Pouilly. König Wilhelm. Kaiser Franz Joseph.

Bald nach der Ankunft König Wilhelm's in Gastein traf der Gesandte Oesterreichs am bayerischen Hofe, Graf Blome, als österreichischer Unterhändler mit weitergehenden Vollmachten daselbst ein. Aber die Vereinigung der preußischen Forderungen mit den von Oesterreich gebotenen Zugeständnissen zeigte sich auch jetzt noch als unmöglich, und so blieb denn für die Erhaltung des Friedens nur der einzige Ausweg übrig, die endgiltige Lösung der schleswig-holsteinischen Frage auf unbestimmte Zeit zu vertagen und sich mit der Herstellung provisorischer Zustände in den Herzogthümern zu begnügen, „um dadurch", wie Bismarck sich ausdrückte, „die Risse wenigstens einigermaßen zu verkleben."

Die Gasteiner Konvention. Das Resultat der Berathungen, welches am 14. August 1865 als die „Gasteiner Konvention" festgestellt wurde, war unter solchen Umständen mehr mit einem Waffenstillstande als mit einem definitiven Frieden zu vergleichen. Die gemeinsame Verwaltung beider Herzogthümer, welche zu so vielen Unzuträglichkeiten geführt hatte, wurde aufgehoben, und die Verwaltung von Schleswig ging nunmehr an Preußen, die von Holstein an Oesterreich über. Das Anrecht auf beide Herzogthümer blieb ein gemeinsames. Preußen wurde das Recht zugestanden, sich im Hafen zu Kiel nach seinem

Ermessen einzurichten, bis dahin, wo wegen der Bundesflotte und der Erklärung Kiels als Bundeshafen entschieden sein werde. Es wurde Preußen bezüglich der Festung Rendsburg das Besatzungsrecht und der Mitgebrauch der Militär- und Poststraßen durch Holstein zugesprochen, ihm auch die Befugniß eingeräumt, einen Kanal von der Nord- und Ostsee durch Holstein anzulegen.

Besitzergreifung Lauenburgs durch Preußen. Bezüglich des Herzogthums Lauenburg, das mit den Herzogthümern Schleswig und Holstein nicht zusammenhing und dessen Bevölkerung den Anschluß an Preußen wünschte, ließ Oesterreich sich bereit finden, sein Mitanrecht Preußen für 2,500,000 dänische Thaler (5,725,000 Reichsmark) endgiltig abzutreten. Am 19. August wurden in Salzburg, wo der König von Preußen und der Kaiser von Oesterreich in Begleitung der beiderseitigen Minister des Auswärtigen zu einer persönlichen Unterredung zusammentrafen, diese Abmachungen von den beiden Monarchen bestätigt. Am 23. September 1865 fand die förmliche Besitzergreifung des kleinen lauenburgischen Ländchens durch Preußen statt, und bereits am 26. desselben Monats nahm der König die Erbhuldigung der Vertreter der Ritterschaft und Landschaft persönlich entgegen. Zum preußischen Statthalter von Schleswig wurde Generalleutnant v. Manteuffel, zum österreichischen Bevollmächtigten in Holstein Feldmarschalleutnant Baron v. Gablenz ernannt.

Die Konvention von Gastein war ihrer Natur nach nur ein Nothbehelf, hervorgegangen aus dem Friedenswunsche des Monarchen auf preußischer und aus dem Friedensbedürfniß auf österreichischer Seite. Das Ziel der preußischen Politik in der schleswig-holsteinischen Frage war noch nicht erreicht, aber Preußen war durch jene Konvention, mit der es unzweifelhaft einen Sieg über Oesterreich errungen hatte, auf seiner in Bezug auf die Herzogthümer verfolgten Bahn wieder um ein gutes Stück vorwärts gekommen.

Verlängerung der Zollvereinsverträge und Beitritt zu dem preußisch-französischen Handelsvertrage. Aber nicht allein in der schleswig-holsteinischen Frage, sondern auch auf wirthschaftlichem Gebiete konnte die preußische Regierung sich wesentlicher Erfolge rühmen. Wie hatten die deutschen Mittelstaaten sich gegen die Anerkennung des Handelsvertrages gesträubt, welchen Preußen im Jahre 1862 mit Frankreich geschlossen und dessen Anerkennung durch die Zollvereinsmitglieder es zur Vorbedingung für die Verlängerung der Zollvereinsverträge nach dem Ablauf der dritten Vertragsperiode (31. Dezember 1865) gemacht hatte! Was war nicht Alles in Hannover und in den süddeutschen Residenzen geschrieben und gesprochen worden, um darzuthun, daß dieser Handelsvertrag den Ruin der deutschen Industrie herbeiführen werde! Aber gerade das Gegentheil hatte stattgefunden, und ungeachtet aller Deklamationen in der Presse wie in öffentlichen Versammlungen sahen sich die Regierungen der Mittelstaaten von der Rücksicht auf ihre nächsten Interessen genöthigt, noch vor Schluß des Jahres 1864 dem preußisch-französischen Handelsvertrage beizutreten, um die Sprengung des Zollvereins, zu welcher die preußische Regierung im Weigerungsfalle allen Ernstes entschlossen war, zu verhüten. — Daß das preußische Abgeordnetenhaus sich in diesem einen Punkte über alle Parteirücksichten hinwegsetzte und der Thätigkeit der Regierung die verdiente Anerkennung zutheil werden ließ, indem es die Verlängerung der Zollvereinsverträge auf Grund der neuen Bestimmungen mit großer Mehrheit genehmigte, das haben wir an anderer Stelle bereits erwähnt. Im Mai 1865 erfolgte die Ratifizirung der Verträge.

Daß der Sieg Preußens in der Zollvereinsfrage in Oesterreich als eine Niederlage empfunden wurde, war begreiflich und zum Theil wenigstens berechtigt. Aber diese Niederlage wurde im weiteren Verlaufe der Dinge zum Segen für den Kaiserstaat. Die zeitweilige wirthschaftliche Trennung von Deutschland und die Nothwendigkeit, mit den bedeutsamen Fortschritten, welche hier auf dem Gebiete des Handels und Verkehrs gemacht wurden, wenigstens einigermaßen Schritt zu halten, veranlaßten endlich die österreichische Regierung, mit ihrem gänzlich veralteten Zollsystem entschieden zu brechen und den bereits

angebahnten Uebergang zu freisinnigeren volkswirthschaftlichen Grundsätzen zu vollziehen. Der nachmalige außerordentliche Aufschwung der österreichischen Industrie schreibt sich aus der Zeit dieser wohlthätigen Wandlung her.

Handelsverträge mit Oesterreich, England und Italien. Anerkennung des Königreichs Italien. Nachdem der Zollverein neu gefestigt aus der letzten Krisis hervorgegangen war, stand der Erneuerung des Handelsvertrages zwischen dem preußisch-deutschen Zollgebiet und Oesterreich nichts mehr im Wege. Einige Wochen darauf kam denn auch mit England ein Handelsvertrag zu Stande, und noch vor Ablauf des Jahres 1865 gelangten auch die zu gleichem Zwecke mit Italien geführten Verhandlungen zum Abschlusse, was zugleich, trotz des heftigen Widerspruchs Oesterreichs, die Anerkennung des neuen Königreiches seitens sämmtlicher Zollvereinsstaaten zur natürlichen Bedingung hatte.

Erhebung Bismarck's in den Grafenstand. So waren binnen kurzer Zeit in der That bedeutende Erfolge erreicht worden. Allerdings blieben die inneren Verhältnisse, so weit sie sich auf die Verfassung bezogen, ungeordnet und gaben zu leidigen Streitigkeiten genugsam Anlaß. Allein die Machtstellung des Staates nach außen hatte doch der Regierung aus den Reihen der bisherigen parlamentarischen Gegner manchen tüchtigen Mann gewonnen, und die Hoffnung lag nahe, daß weiterhin zu erwartende Erfolge zur Versöhnung der zwischen den Vertretern zweier so wichtiger Faktoren des Staatslebens obwaltenden Gegensätze führen würden. Da diese günstige Wendung zumeist der unermüdlichen, aufopfernden Thätigkeit Bismarck's zu verdanken war, so erhob König Wilhelm seinen vertrauten Rathgeber am 15. September 1865 in den Grafenstand.

Von der Konvention zu Gastein bis zum Ausbruch des Krieges.

Wie nicht anders zu erwarten war, fand die Konvention von Gastein, durch welche die kaum vereinigten schleswig-holsteinischen Herzogthümer aufs Neue — wenn auch nur vorübergehend — in der willkürlichsten Weise getheilt wurden, sowol innerhalb als außerhalb Deutschlands die denkbar ungünstigste Beurtheilung. In Vereinen und Versammlungen, ja selbst in Eingaben an den Bundesrath protestirte die schleswig-holsteinische Bevölkerung gegen den „Gewaltschritt" der beiden deutschen Großmächte; die öffentliche Meinung in den süd- und mitteldeutschen Staaten stellte sich dabei rückhaltslos auf ihre Seite, und selbst die auswärtigen Regierungen, namentlich die Frankreichs und Englands, hielten mit ihrer mißbilligenden Beurtheilung des Vertrages, der, wie man betonte, dem modernen Begriff des Völkerrechts widerstreite, nicht zurück. Alle diese Klagen waren natürlich in erster Linie gegen Preußen gerichtet, das man nicht ohne eine gewisse Berechtigung für das Zustandekommen jenes Vertrages verantwortlich machte. Allein man übersah dabei, daß die preußische Regierung selbst weit entfernt war, die Konvention von Gastein als die wünschenswertheste Lösung der schleswig-holsteinischen Frage anzusehen oder auch nur an die Möglichkeit längerer Dauer des durch sie geschaffenen provisorischen Zustandes zu glauben. Nur die Friedensliebe des preußischen Monarchen war der Grund gewesen, daß der von Bismarck gewünschte Ausbruch des Krieges im Sommer des Jahres 1865 unterblieb, und daß dadurch die endgiltige Lösung der schleswig-holsteinischen Frage zu Gunsten einer vorläufigen Lösung hinausgeschoben wurde; diese letztere im Ernste zu vertheidigen oder gar als diplomatisches Meisterwerk zu verherrlichen, war in der That nicht wohl möglich und lag auch den preußischen Staatsmännern fern, die doch mit derselben unzweifelhaft einen Sieg über Oesterreich errungen hatten. Es bedurfte selbst für die Nächstbetheiligten nicht erst noch der Wahrnehmungen, welche man alsbald nach dem Abschluß der Gasteiner Konvention machte, um sie von der völligen Unhaltbarkeit der durch sie in den Herzogthümern geschaffenen Zustände zu überzeugen, und die Bevollmächtigten der beiden Großmächte in den Herzogthümern, von Manteuffel in Schleswig

und von Gablenz in Holstein, schienen von vornherein unter dem Eindruck dieser Ueberzeugung zu stehen und danach, Jeder auf seine Weise, die Verwaltung zu führen. General von Manteuffel trat der augustenburgischen Agitation in Schleswig mit Energie und selbst mit Härte entgegen und ließ keinen Zweifel darüber bestehen, daß er das Land als eine preußische Provinz betrachte, während General von Gablenz in Holstein die Demonstrationen zu Gunsten des Erbprinzen offen begünstigte und kein Hehl daraus machte, daß er diesen als den rechtmäßigen Herrn des Landes schätze.

Trotz der durchgeführten völligen Theilung der Verwaltung konnte man preußischerseits dieses Verhalten des österreichischen Bevollmächtigten in Holstein nicht gleichgiltig mit ansehen. So lange die augustenburgische Agitation in Holstein nicht nur nicht unterdrückt, sondern offen begünstigt wurde, war auch Schleswig trotz aller angewandten strengen Maßregeln dem Einflusse derselben nicht völlig zu entziehen, und wenn auch das Recht der völlig freien Verfügung, welches die preußische Regierung in Bezug auf Schleswig in Anspruch nahm, der österreichischen Regierung in Bezug auf Holstein füglich nicht bestritten werden konnte, so durfte doch billigerweise gefordert werden, daß die letztere mit der Ausübung jenes Rechtes dem offenkundigen Interesse der ersteren nicht entgegen arbeite. Das geschah aber durch die Begünstigung der augustenburgischen Agitation seitens des österreichischen Bevollmächtigten.

Nicht der gemeinsame Besitz, sondern nur die gemeinsame Verwaltung der Herzogthümer war durch die Gasteiner Konvention aufgehoben, und die preußische Regierung hatte auf keinen Punkt ihrer Forderungen bezüglich der endgiltigen Regelung der schleswig-holsteinischen Frage verzichtet. Bei und nach dem Abschluß der Konvention war von ihr wiederholt erklärt worden, daß sie jene Forderungen nach wie vor aufrecht halte, und eine von zahlreichen Mitgliedern der schleswig-holsteinischen Ritterschaft unter Führung des Freiherrn von Scheel-Plessen überreichte Adresse, welche zu wirksamem Schutz der schleswig-holsteinischen Herzogthümern „den engsten Anschluß an eine der deutschen Großmächte, und zwar an den preußischen Staat als den nächstgelegenen“ forderte, war sogar ausdrücklich dahin beantwortet worden, daß man maßgebenden Ortes in Preußen eine solche Lösung gleichfalls als die für beide Theile wünschenswertheste erachte. Wurde also durch die Haltung des österreichischen Bevollmächtigten in Holstein die spätere Durchführung des preußischen Planes in Bezug auf die Herzogthümer vereitelt oder auch nur erschwert, so mußte die preußische Regierung darin mit Recht eine absichtliche Gefährdung ihrer Interessen erblicken. Die seitens der preußischen Regierung nach Wien gerichteten Beschwerden hatten nun wenigstens die Folge gehabt, daß dem österreichischen Bevollmächtigten die offene Begünstigung der augustenburgischen Agitation untersagt worden war. Aber trotzdem glaubte General von Gablenz im Sinne seiner Regierung zu handeln, indem er es zuließ, daß trotz der offiziellen Verbote hier und da dem Erbprinzen von der Bevölkerung ein feierlicher Empfang bereitet oder große Versammlungen seiner Anhänger einberufen und zu preußenfeindlichen Kundgebungen benutzt wurden.

Der Notenwechsel. Diesem Doppelspiel gegenüber glaubte die preußische Regierung bald nach Beginn des Jahres 1866 endlich andere Saiten aufziehen zu müssen. Dem preußischen Statthalter in Schleswig ging die Weisung zu, den Erbprinzen von Augustenburg, der auf einer Reise Eckernförde, also schleswig'sches Gebiet, berührt und auch dort zu einer preußenfeindlichen Kundgebung Anlaß gegeben hatte, im Wiederholungsfalle mit Verhaftung zu bedrohen. Gleichzeitig richtete Bismarck am 26. Januar nach Wien eine energische Note, in der es hieß: im Auftrage seines Monarchen müsse er die kaiserliche Regierung wiederholt und dringend ersuchen, daß sie endlich aufhöre, in den Herzogthümern eine die preußischen Interessen aufs Aeußerste schädigende Gährung in den Gemüthern zu unterhalten, da ein Beharren auf dem bisher befolgten Wege nothwendig zum Bruch der kaum erst erneuerten Allianz führen müsse. Inzwischen schien jedoch auch die österreichische Regierung die Ueberzeugung gewonnen zu haben, daß ein Bruch unvermeidlich sei, und

daß die schleswig-holsteinische Angelegenheit und zugleich die Frage wegen der Stellung Oesterreichs und Preußens in Deutschland nur durch die Waffen zum endgiltigen Austrag kommen könnten. Graf Mensdorff beantwortete die Note Bismarck's am 7. Februar mit einer ziemlich schroffen Erklärung, welche im Wesentlichen darauf hinauslief, daß Oesterreich entschlossen sei, bei seiner bisher befolgten Politik zu beharren, und während einer Unterredung, welche kurze Zeit darauf zwischen dem preußischen Minister und dem österreichischen Botschafter in Berlin, Graf Karolyi, stattfand, machte man sich beiderseits kein Hehl daraus, daß die anläßlich des Dänischen Krieges geschlossene und durch die Gasteiner Konvention erneuerte Bundesgenossenschaft zwischen Oesterreich und Preußen nunmehr völlig erloschen sei.

Haltung und Schluß des preußischen Landtags von 1866. So drängten die auswärtigen Angelegenheiten immer mehr zur Entscheidung, und um ihnen ungetheilt seine ganze Kraft und Thätigkeit zuwenden zu können, befürwortete Bismarck beim Könige den Schluß des preußischen Landtages, da ohnehin die Haltung desselben nach wie vor jede Verständigung und selbst jede Annäherung zwischen Regierung und Volksvertretung unmöglich mache. Am 15. Januar 1866 war derselbe von Bismarck durch Verlesung der königlichen Thronrede eröffnet worden. Dieselbe hatte mit Genugthuung die Erfolge der preußischen Regierung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik und die erfolgreiche Wahrung der preußischen wie der deutschen Interessen hervorgehoben. Wenn trotzdem, hieß es weiter, der Landtag zur Anerkennnng dessen, was die Regierung geleistet, sich nicht zu entschließen vermöge, vielmehr bei seinem grundsätzlichen Widerspruche beharre, so müsse die Volksvertretung die Verantwortlichkeit dafür selbst übernehmen; die Regierung wünsche die Verständigung, sie ihrerseits zu suchen sei sie dem ihr gegnerischen Hause gegenüber nach so vielen vergeblichen Bemühungen nicht länger in der Lage. — Doch die Mehrheit des Abgeordnetenhauses zeigte sich so unversöhnlich wie bisher. Allerdings hatten die preußischen Mitglieder des deutschen Abgeordnetentages, von dem die Konvention von Gastein zum Gegenstand gehässiger, vornehmlich gegen Preußen gerichteter Angriffe gemacht worden war, sich offen von demselben losgesagt, und ihrer einige erhoben auch im preußischen Landtage ihre Stimme zu Gunsten der geschlossenen Verträge, indeß blieben sie weit in der Minderheit; die herrschende Partei des entschiedenen Fortschritts unterzog nicht nur die Gasteiner Konvention, die als solche für den Fernerstehenden und Uneingeweihten allerdings anfechtbar war, der ungünstigsten Beurtheilung, sondern sie erklärte selbst die offenkundig und unbestreitbar einen Erfolg Preußens bedeutende Vereinigung des Herzogthums Lauenburg mit dem preußischen Staat für rechtsungiltig, so lange nicht die verfassungsmäßige Zustimmung der Volksvertretung von der Regierung nachgesucht und von beiden Kammern gewährt sei. Die Entgegennahme dieses Beschlusses verweigerte Bismarck, indem er unter Anführung von zwei Stellen der Verfassungsurkunde bemerkte, daß er das Haus nicht für berechtigt halte, einen vom Könige geschlossenen Staatsvertrag, welcher dem Lande keine Lasten auferlege, zu verwerfen; denn in dem vorliegenden Falle sei die Abfindungssumme an Oesterreich aus dem Kronschatze, nicht aus dem Staatsschatze gezahlt worden, und sodann sei das kleine Herzogthum Lauenburg kein „fremdes Reich“, in welchem der König verfassungsmäßig nur auf Grund eines Gesetzes die Regierung übernehmen dürfe. Zwei weitere Beschlüsse des Abgeordnetenhauses fanden seitens der Regierung die gleiche Behandlung. — Am 15. Mai 1865 war der Gedenktag der fünfzigjährigen Vereinigung der Rheinlande mit Preußen feierlich begangen worden, aber unter dem Eindruck des Verfassungskonflikts hatte die zumeist liberale Bevölkerung der großen rheinischen Städte begreiflicher, aber doch auch bedauerlicher Weise dem Feste keine recht freudige Theilnahme entgegengebracht, und es war deshalb von der Regierung die Abhaltung eines großen Festes zu Ehren der freisinnigen Abgeordneten, welches im Juli in Köln stattfinden sollte, als eine Art Gegendemonstration angesehen und gewaltsam verhindert worden.

Um dieselbe Zeit hatte die Regierung in einem Prozesse gegen einen der Führer der liberalen Partei, den Abgeordneten Twesten, auf einem Wege, dessen Gesetzmäßigkeit vielfach bestritten werden mußte, ein Urtheil des preußischen Obertribunals erwirkt, welches die den Abgeordneten verfassungsmäßig gewährleistete Redefreiheit völlig illusorisch zu machen drohte. Das Eine wie das Andere erklärte jetzt das Abgeordnetenhaus nach erregten, stürmischen Debatten für verfassungswidrig, ohne jedoch damit etwas Anderes zu erreichen, als daß die Regierung auch ihrerseits den bezüglichen Beschluß des Abgeordnetenhauses als im Widerspruch mit den verfassungsmäßigen Befugnissen desselben stehend bezeichnete und seine Entgegennahme verweigerte. Das geschah am 18. Februar, und am 23. desselben Monats erfolgte auf die erwähnte Befürwortung Bismarck's der Schluß der Session, deren Fortdauer unter den obwaltenden Umständen für die Abgeordneten selbst kaum wünschenswerth sein konnte.

Berathung der Lage am 28. Februar im Ministerrath. Das Verhältniß zwischen Oesterreich und Preußen war seit der Ueberreichung der erwähnten Note des Grafen Mensdorff vom 7. Februar fortgesetzt ein so gespanntes geblieben, daß der König die politische Lage am 28. Februar zum Gegenstand einer großen Berathung machte, zu welcher außer sämmtlichen Ministern auch der preußische Statthalter von Schleswig, Freiherr von Manteuffel, der Chef des Generalstabes, General von Moltke, und der preußische Gesandte am französischen Hofe zugezogen worden waren. Die wichtige Frage, welche diesem Ministerrathe zur Entscheidung vorlag, ob nämlich Preußen nach Lage der Dinge genöthigt sei, sich auf den Krieg vorzubereiten, wurde nach sorgfältiger Prüfung zwar verneint, zugleich aber einstimmig ausgesprochen, daß ein Zurückweichen Preußens in der schleswig-holsteinischen Frage nicht ohne Verletzung der Gefühle des Volkes und nicht ohne Kränkung der Ehre des Landes möglich sei, und daß deshalb auf dem bisher verfolgten Wege, selbst auf die Gefahr eines Krieges hin, vorzuschreiten sei. Es ist wol anzunehmen, daß auf die Form dieser Entscheidung die bekannnten persönlichen Wünsche des Königs nicht ohne Einfluß geblieben waren. Der greise Monarch hatte den Glauben und die Hoffnung auf die Möglichkeit friedlichen Ausganges der Krisis noch immer nicht aufgegeben, und für Bismarck, der sich von der Unvermeidlichkeit und Nothwendigkeit des Krieges überzeugt hielt, bestand nicht der leichteste Theil seiner Aufgabe darin, den König allmählich für seine Ueberzeugung zu gewinnen.

Aber jene Entscheidung des Ministerrathes war auch an und für sich vollkommen berechtigt. Der Krieg stand unzweifelhaft bevor, aber Preußen hatte trotzdem keine Veranlassung, sich mit seinen Vorbereitungen für denselben zu beeilen. Dank der bereits durchgeführten Heeresreorganisation war die rechtzeitige Entfaltung der Waffenmacht in jedem Falle gesichert. Man konnte es deshalb ohne Gefahr Oesterreich überlassen, mit den Vorbereitungen zum Kriege den Anfang zu machen und dadurch Preußen in die Lage des Angegriffenen oder wenigstens des Bedrohten zu versetzen.

Bündniß mit Italien. Es war kaum zweifelhaft, daß Oesterreich in dem bevorstehenden Kampfe die deutschen Mittelstaaten auf seiner Seite haben werde, und da die zahlreiche Bevölkerung der außerdeutschen Besitzungen Oesterreichs ohnehin die Aufstellung eines dem preußischen an Zahl weit überlegenen Heeres ermöglichte, so mußte man preußischerseits darauf bedacht sein, sich eines Bundesgenossen zu versichern.

Der natürliche Bundesgenosse Preußens im Kampfe gegen Oesterreich war offenbar das Königreich Italien, mit dessen diplomatischen Vertretern Graf Bismarck in Voraussicht der kommenden Dinge bereits zu Anfang des Jahres 1865 in vertrauliche Unterhandlungen über die Möglichkeit eines preußisch-italienischen Bündnißvertrages getreten war. Die italienische Regierung, an deren Spitze der General Graf Lamarmora stand, hatte sich zustimmend geäußert. Ein Bündniß mit Preußen, welches nach allgemeiner Ansicht damals unmittelbar vor dem Kriege mit Oesterreich stand, schien für die Verwirklichung des

ersten und letzten Zieles der italienischen Politik, den Erwerb Venetiens, die günstigsten Aussichten zu eröffnen. Der Abschluß der Konvention von Gastein, deren Tragweite man in Italien weit überschätzte, hatte freilich den Glauben der italienischen Staatsmänner an den Werth und an die Zuverlässigkeit der preußischen Bundesgenossenschaft stark erschüttert; da jedoch alle seitdem seitens der italienischen Regierung gemachten Versuche, mit Hülfe einer anderweitigen politischen Kombination in den Besitz Venetiens zu gelangen, sich als völlig aussichtslos erwiesen hatten, entsprach sie bereitwillig der Aufforderung, welche Bismarck Ende Februar 1866 nach Florenz richtete, einen Bevollmächtigten behufs Anknüpfung neuer Verhandlungen über ein Bündniß mit Preußen nach Berlin zu entsenden. In den ersten Tagen des März traf zu diesem Zwecke der General Govone daselbst ein. Aber die Verhandlungen zogen sich in die Länge, ja es gewann den Anschein, als würden sie sich völlig zerschlagen. Die dem Abschluß eines preußisch-italienischen Bündnisses ursprünglich von französischer Seite drohenden Schwierigkeiten waren zwar von Bismarck, der bereits gegen Ende des Jahres 1865 auf einer Zusammenkunft mit Kaiser Napoleon in Biarritz diesen Gegenstand zur Sprache gebracht hatte, mit großer diplomatischer Geschicklichkeit in der Hauptsache beseitigt worden; aber der italienische Abgesandte vermochte sich Angesichts der bekannten Friedensliebe des preußischen Monarchen von der festen Entschlossenheit der preußischen Regierung zum Kriege gegen Orsterreich zunächst nicht zu überzeugen. Erst nachdem Oesterreich selbst mit den offenen Vorbereitungen zum Kriege den Anfang gemacht und dadurch das wesentlichste Hinderniß für den baldigen Ausbruch desselben aus dem Wege geräumt hatte, kam am 27. März zwischen Govone und Bismarck ein vorläufiges Uebereinkommen zu Stande, welches am 8. April zum Abschluß eines förmlichen Bündnisses führte. Dasselbe, für die Dauer von drei Monaten — bis 8. Juli — geschlossen, verpflichtete während dieser Zeit beide Theile zu Schutz und Trutz und sicherte für den Fall des Sieges Italien den Erwerb Venetiens und Preußen eine angemessene Gebietserweiterung auf Kosten Oesterreichs zu.

Großer Kriegsrath in Wien am 10. März. In Oesterreich war also mit den offenen Vorbereitungen zum Kriege der Anfang gemacht worden. Ein großer Kriegsrath, welcher zu Wien am 10. März unter dem Vorsitz des Kaisers und unter Zuziehung des Feldzeugmeisters Baron von Benedek sowie anderer hervorragender Generale abgehalten wurde, hatte zur Folge gehabt, daß am 15. März der Befehl ergangen war, Truppentheile aus Ungarn und anderen Kronländern in Böhmen zusammenzuziehen. Unbedeutende Unruhen, welche aus Anlaß von Judenverfolgungen daselbst ausgebrochen waren, mußten als Vorwand dafür dienen. Aber der wahre Zweck der österreichischen Rüstungen ergab sich mit zweifelloser Deutlichkeit aus einem am 16. März an mehrere deutsche Höfe gerichteten Rundschreiben, in welchem die österreichische Regierung ihren Entschluß kundthat, die endgiltige Lösung der schleswig-holsteinischen Frage dem Bundestage zu überweisen. Daran war die Aufforderung geknüpft, durch diesen die Mobilmachung des VII., VIII., IX. und X. Bundescorps beschließen zu lassen und sich mit der Aufstellung derselben nöthigenfalls im Verbande mit der österreichischen Armee einverstanden zu erklären.

Nachdem diese Maßregeln, die natürlich nicht lange geheim bleiben konnten, den Abschluß des preußisch-italienischen Bündnisses und — am 28. März — auch die theilweise Mobilmachung des preußischen Heeres zur Folge gehabt hatten, lehnte zwar die österreichische Regierung in einer am 31. März nach Berlin gerichteten Note jedwede kriegerische Absichten gegen Preußen ab, aber der leitende preußische Staatsmann ließ sich durch solche Versicherungen, denen die Thatsachen widersprachen, nicht täuschen. Während er die österreichische Note mit vollem Rechte dahin beantwortete, daß Preußen einen Angriff gegen Oesterreich nicht im Schilde führe, wußte er gleichzeitig den Schachzug, welchen die österreichische Regierung mit ihrem Rundschreiben an die deutschen Höfe gethan hatte, durch einen geschickten Gegenzug zu pariren.

Preußens Erklärung vom 9. April. Kurz zuvor hatte er an die deutschen Bundesglieder die Anfrage gerichtet, inwieweit Preußen, falls es von Oesterreich angegriffen würde, auf ihren Beistand rechnen könne; nun ließ er am 9. April durch den preußischen Bundestagsgesandten von Savigny erklären, daß Preußen die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage zwar nicht dem bestehenden Bunde zu überweisen gedenke, daß es aber bereit und entschlossen sei, mit der Lösung der schleswig-holsteinischen Frage die endliche Lösung der Bundesreformfrage zu verbinden, und daß es zu diesem Zwecke zunächst die Berufung eines deutschen Parlaments, hervorgegangen aus allgemeinen Volkswahlen, beantrage.

Damit war das eigentliche Ziel der preußischen Politik vor dem deutschen Volke enthüllt; kam es jetzt zum Kriege zwischen Oesterreich und Preußen, so wußte man oder konnte man doch wissen, daß dieser Krieg wenigstens preußischerseits nicht um dynastischer Zwecke willen geführt wurde, sondern daß er zugleich ein Entscheidungskampf um die politische Zukunft Deutschlands war, die Preußen im Gegensatz zu Oesterreich und den mittelstaatlichen Regierungen und in richtiger Erkenntniß des Nothwendigen und allein Möglichen auf volksthümlicher, freisinniger Grundlage neu und in Achtung gebietender Weise zu gestalten beabsichtigte.

Aber konnte der preußische Antrag wirklich ernstlich gemeint sein? Konnte der Junker, der Reaktionär, der an der Spitze des preußischen Staates stand, sich so plötzlich zu den politischen Grundsätzen der liberalen, ja der liberalsten Parteien aufrichtig bekehrt haben? — So fragten sich die deutschen Regierungen, so fragte sich das deutsche Volk, und fast überall war die Antwort ein entschiedenes Nein!

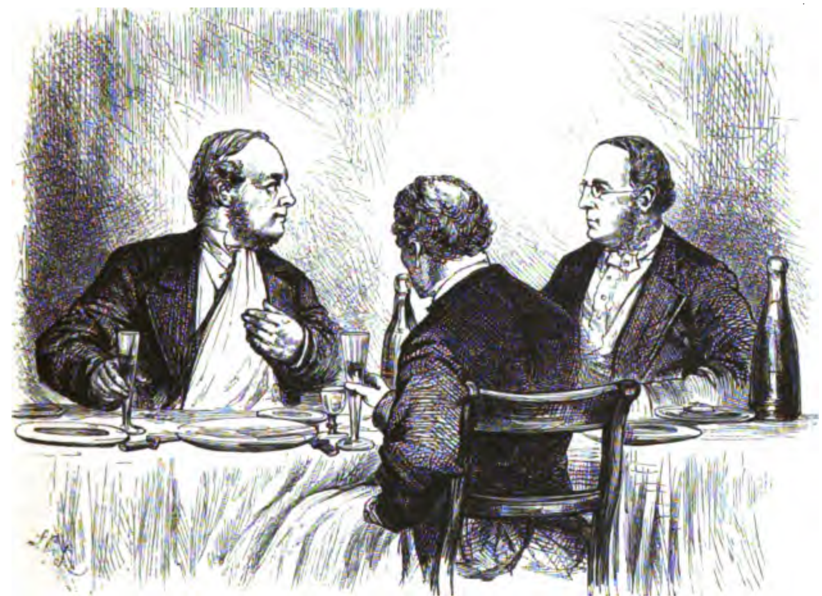
Die deutschen Regierungen betrachteten den preußischen Antrag zumeist als einen diplomatischen Schachzug und glaubten, daß er nur dazu bestimmt sei, als solcher vorübergehend seine Wirkung zu thun, um hinterher im geeigneten Augenblick wieder zurückgenommen zu werden; der freisinnige Theil des deutschen Volkes aber, der doch dasselbe forderte und seit Jahren gefordert hatte, trat dem preußischen Antrage mit unverhohlenem Mißtrauen entgegen. Ein deutsches Parlament, ja; aber ein deutsches Parlament, dessen Berufung ein Reaktionär wie Bismarck beantragte, nimmermehr! — so ungefähr lautete die von den süddeutschen Radikalen ausgegebene Parole, und selbst die besonneneren Liberalen trugen nun Bedenken, sich blos auf jenen Antrag hin für Bismarck und für seine deutsche Politik zu erklären.

Verhältnißmäßig gering war die Zahl Derjenigen, welche das Richtige erkannten, welche einsahen, daß Bismarck Angesichts der Unmöglichkeit, den deutschen Einheitsgedanken ohne die Mitwirkung des freisinnigen Theiles des deutschen Volkes zu verwirklichen, sich zu dem Opfer seiner persönlichen politischen Ueberzeugung entschlossen habe, als welches der Antrag auf Berufung eines aus direkten allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Parlaments mit Recht erscheinen mußte. Und gerade darin, daß dem so war, daß Bismarck der deutschen Einheit zu Liebe seine persönliche politische Ueberzeugung zum Opfer brachte, gerade darin lag die beste Gewähr für den Ernst und die Aufrichtigkeit jenes Antrages und für die Entschlossenheit der preußischen Regierung, ihn nicht nur vorübergehend als Lock- und Kampfmittel, sondern wirklich als Grundlage bei der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches zu benutzen.

Die deutschen Regierungen theilten, wie gesagt, diese Auffassung nicht; sie mußten jedoch zu dem preußischen Antrage Stellung nehmen, und wie die Dinge lagen, durften sie sich nicht grundsätzlich ablehnend gegen denselben verhalten. Da man indessen nicht wohl friedliche Berathungen über Bundesreformen pflegen konnte, während die beiden Hauptbetheiligten mit der Hand am Schwerte einander gegenüber standen, so machten die Mittelstaaten auf den Antrag Bayerns wenigstens den Versuch, die beiden Großmächte zu gleichzeitiger Abrüstung zu bestimmen.

Ministerrath zu Augsburg und Bamberg. Zu diesem Zwecke trafen die Minister von Bayern, Baden, Sachsen, Hessen und Württemberg (von der Pfordten, von Edelsheim, von Beust, von Dalwigk, von Varnbüler) am 22. April in Augsburg und am 14. Mai in Bamberg zur Abhaltung diplomatischer Konferenzen zusammen, wonach gegen Ende Mai von Bundeswegen an Oesterreich und Preußen die Aufforderung zur Abrüstung erging. Inzwischen waren aber diese Bemühungen so völlig aussichtslos geworden, daß die Mittelstaaten gleichzeitig selbst zu rüsten begannen.

Nachdem nämlich auf die mehrerwähnte österreichische Note vom 31. März Graf Bismarck die aufrichtige Antwort gegeben hatte, daß Preußen durchaus keinen Angriff auf Oesterreich beabsichtige, war von der österreichischen Regierung an die preußische das Ansinnen gerichtet worden, die bereits begonnene Mobilmachung wieder rückgängig zu machen. Am 15. April hatte sich Bismarck dazu bereit erklärt, aber mit dem Hinzufügen, daß, da man in Oesterreich zu rüsten angefangen habe, man auch dort mit der Abrüstung beginnen möge, worauf man in Preußen Schritt für Schritt nachfolgen werde.



Besprechung der Minister von Beust, von der Pfordten und von Dalwigk in den „drei Mohren“ zu Augsburg.
Zeichnung von H. Lüders.

Der österreichische Minister Graf Mensdorff hatte darauf sofort zustimmend geantwortet, und in Böhmen wurde auch wirklich die Abrüstung angeordnet, gleichzeitig aber im Süden, in Venetien, eine starke Streitmacht zusammengezogen.

Allein der Zweck des fortgesetzten Doppelspiels lag doch gar zu deutlich am Tage. Ließ sich Preußen mit Rücksicht auf die Abrüstung in Böhmen verleiten, seine Rüstung vollständig abzulegen, so konnte im entscheidenden Augenblicke die in Italien angesammelte Armee in Sturmeseile auf der Eisenbahn nach Norden geführt und der Krieg alsbald begonnen werden. Oesterreich hatte dann dem ungerüsteten Preußen gegenüber einen bedeutenden Vorsprung, der leicht zu einem entscheidenden Schlage ausgenutzt werden konnte. Nicht nur wegen seines italienischen Bundesgenossen, dem es sich zu Schutz und Trutz verpflichtet hatte, sondern mehr noch um seiner selbst willen mußte deshalb Preußen die österreichische Zumuthung gebührend zurückweisen.

Und Bismarck zögerte damit nicht. „Oesterreichs Zusage, abzurüsten“, erklärte er in einer Note vom 30. April, „bedeutet bei uns nicht, daß nur in Böhmen, Mähren und Oberschlesien, sondern daß im ganzen Reiche zur Abrüstung geschritten werde.“

Rüstungen in Oesterreich, Italien und Deutschland. Das genügte, um die Lage zu klären. Oesterreich ging auf die Forderung Preußens nicht ein, es zeigte also, daß es den Krieg wollte, und nun erfolgte in Preußen in den Tagen vom 4.—12. Mai die Mobilmachung des gesammten stehenden Heeres, des größten Theiles der Landwehr und der Reserven. In Italien trat man gleichfalls in Waffen. Dem Beispiele Oesterreichs folgend, wo durch Kabinetsordre vom 6. Mai die gesammte Land- und Seemacht auf den Kriegsfuß gesetzt wurde, begannen jetzt auch die Mittelstaaten ernstlich zu rüsten, und auf einer Konferenz zu Würzburg (11. Mai) verständigten sich die Bevollmächtigten jener Staaten über ein gemeinsames militärisches Vorgehen. Daß sie trotzdem gegen Ende des Monats noch einen Vermittlungsversuch machten, wurde weiter oben bereits erwähnt. Natürlich glaubte Niemand daran, daß dieser Versuch zu einem Ziele führen werde. Ein ausschlaggebendes Gewicht vermochten die Mittelstaaten ohnehin nicht in die Wagschale zu werfen. So wenig ja die persönliche Tapferkeit des sächsischen, bayerischen und württembergischen Soldaten der des preußischen nachsteht, ebenso sehr fehlte den süddeutschen Kontingenten die sorgfältige Schulung, die einheitliche Führung und vor Allem die straffe Organisation des preußischen Heerwesens; die darauf beruhende große Ueberlegenheit des letzteren war für Einsichtige keinem Zweifel unterworfen, und die preußische Regierung hatte also ebenso wenig aus militärischen wie aus politischen Gründen Anlaß, sich durch die Haltung der Mittelstaaten ernstlich beeinflussen zu lassen.

Stellung zu Frankreich. Ungleich wichtiger für Preußen war die Erwägung, welche Stellung Frankreich im entscheidenden Augenblicke zu der großen Streitfrage einnehmen werde. Unerwartete, ja ernste Zwischenfälle schienen nicht ausgeschlossen. Louis Napoleon betrachtete die österreichisch-preußische Verwicklung vor Allem als eine günstige Gelegenheit, nicht nur die Macht und den Einfluß Frankreichs aufs Neue zu stärken, sondern für dasselbe auch einen materiellen Gewinn in Gestalt eines Gebietszuwachses am Rhein davonzutragen. Während der Zusammenkunft in Biarritz (Oktober 1865) scheint Bismarck das Wohlwollen des Kaisers für Preußen dadurch gewonnen zu haben, daß er ihm die Erfüllung seiner Wünsche in Bezug auf eine französische Gebietserweiterung am Rhein als Möglichkeit erscheinen ließ. Als nun aber Napoleon von Bismarck, der ihn mit vollendeter diplomatischer Gewandtheit hinzuhalten verstand, trotz wiederholten Drängens keine bestimmten, bindenden Zusagen zu erlangen vermochte, knüpfte er in den ersten Tagen des Mai 1866 auch mit Oesterreich Unterhandlungen an. Oesterreich kam ihm dabei bereitwillig entgegen. Die gleichzeitigen energischen Rüstungen Preußens und Italiens und die überraschende Präzision, mit welcher die Mobilmachung in Preußen von Statten ging, mochten die anfängliche Siegeszuversicht in Wien doch etwas erschüttert haben; denn der Vorschlag Napoleon's, Oesterreich möge Venetien durch seine, Napoleon's, Vermittlung an Italien abtreten und dadurch die Neutralität dieses Staates in dem bevorstehenden Kampfe erkaufen, wurde nicht ohne Weiteres abgelehnt. Die österreichische Regierung verlangte jedoch, daß in diesem Falle die Neutralität Italiens eine völlig bedingungslose sein müsse, und daß Oesterreich sich im Falle des Sieges durch preußisches Gebiet, etwa durch Schlesien, für die Abtretung Venetiens schadlos halten dürfe. Zu diesem Vorschlage war jedoch die Zustimmung Italiens, dem damit allerdings ein schmählicher Vertragsbruch zugemuthet wurde, nicht zu gewinnen.

Versuch Napoleon's, einen Kongreß zu Stande zu bringen. Indeß war man um ein Auskunftsmittel nicht verlegen, und eifrig nahm jetzt Napoleon den schon mehrfach angeregten Gedanken auf, einen Kongreß der europäischen Großmächte zur Lösung der schwebenden Fragen zu berufen. Gelang es diesem, den Streit um Schleswig-Holstein und um Venetien auf friedlichem Wege zu schlichten, so war dabei wol auch für Frankreich auf einen kleinen Gewinn zu rechnen; gelang es ihm, was freilich bei weitem wahrscheinlicher war, nicht, so glaubte Napoleon zwei gleich günstige Möglichkeiten vor sich zu sehen.

Einige Wochen vergingen über den Kongreßverhandlungen auf jeden Fall; der nur bis zum 8. Juli gültige preußisch-italienische Bündnißvertrag war dann abgelaufen oder seinem Ablauf nahe, Italien war an keine Verträge mehr gebunden, und Napoleon, der das junge Königreich mehr oder weniger in seiner Hand hatte, konnte — so meinte er wenigstens — diesen Umstand für seine Zwecke ausbeuten: entweder ließ sich Preußen, um nicht die Bundesgenossenschaft Italiens durch das Eingreifen Frankreichs zu verlieren, zu bindenden Zusagen in Betreff der verlangten Gebietsabtretungen am Rheine herbei, oder Napoleon machte durch den Ausgleich mit Oesterreich der preußisch-italienischen Bundesgenossenschaft wirklich ein Ende und ließ sich von Oesterreich, das dann gegen das allein stehende Preußen mit einiger Aussicht auf Erfolg den Kampf aufnehmen konnte, die gewünschte Gebietserweiterung auf Kosten Deutschlands garantiren.

Nun mochte freilich dieser wohl ausgesonnene Plan in manchen Punkten des thatsächlichen Hintergrundes entbehren, aber eine gewisse Berechtigung im Sinne Napoleon's hatte er immerhin, sobald nur die erste Grundbedingung, der Kongreß, überhaupt zu Stande kam. Dem standen aber doch sehr ernste Schwierigkeiten im Wege. Daß irgend eine der betheiligten Mächte blos auf den Kongreßvorschlag hin sich zur Abrüstung entschließen werde, das war nicht wohl anzunehmen, und ein Kongreß, dessen Verhandlungen durch plötzliches Losschlagen hüben und drüben jederzeit unterbrochen werden konnten, ein solcher Kongreß war von vornherein ein verfehltes Unternehmen. Indessen wurden trotzdem gegen Ende Mai die Einladungen zum Kongresse erlassen, und zwar nicht nur im Namen Frankreichs, sondern zugleich im Namen Englands und Rußlands, die in ihm ebenfalls das geeignetste Mittel zur Erhaltung des europäischen Friedens erblickten. Aber trotz oder vielleicht gerade wegen dieses gemeinsamen Vorgehens der drei Mächte war das Zustandekommen des Kongresses durchaus nicht wahrscheinlich, und gerade Bismarck, der an dem baldigen Ausbruch des Krieges das lebhafteste Interesse hatte, war in dieser Beziehung so völlig unbesorgt, daß er die Einladung zum Kongreß für Preußen bereitwillig annahm.

Bismarck hatte sich in seiner Voraussetzung nicht getäuscht. Oesterreich vermochte in der von den drei vermittelnden Mächten beliebten Form der Einladung zum Kongreß keine Gewähr dafür zu erblicken, daß es für den mit Sicherheit zu gewärtigenden Verlust Venetiens anderweitig werde schadlos gehalten werden; es machte deshalb den Kongreß unmöglich, indem es seine Theilnahme an demselben an die Bedingung knüpfte, daß keine der auf dem Kongreß vertretenen Mächte einen Gebietszuwachs erhalten solle. Für Preußen war dies die denkbar günstigste Lösung. Eine schnelle Verständigung zwischen Frankreich und Oesterreich war durch die ablehnende Haltung des letzteren Staates dem Kongreßvorschlage gegenüber unmöglich gemacht, und Bismarck konnte deshalb auch seinerseits die immerhin unbequeme Verbindung mit Napoleon lösen, indem er die am 20. Mai noch einmal in bestimmter Form gestellten Forderungen desselben — Abtretung der Rheingrenze von der Mosel rheinaufwärts — definitiv zurückwies. Er konnte dies um so mehr, da dem schnellen Ausbruch des Krieges nichts mehr im Wege stand, seitdem Oesterreich am 1. Juni durch einen Antrag am Bunde zu der längst vorhandenen Ursache auch den äußeren Anlaß zum Kriege geliefert hatte.

Wir kommen auf diesen Antrag und seine unmittelbaren Folgen alsbald zurück; zunächst wollen wir uns in Kürze die Stimmungen und Strömungen vergegenwärtigen, welche während der entscheidenden diplomatischen Aktion in Preußen vorherrschend waren.

Stimmungen und Strömungen. Das preußische Volk war dem Kriege entschieden abgeneigt, und namentlich in den westlichen Provinzen setzte man der zum Kriege drängenden Politik Bismarck's heftigen Widerstand entgegen. Freilich waren es außer dem natürlichen Friedensverlangen der gewerbtreibenden Bevölkerung zumeist Parteirücksichten, die den Ausschlag gaben, aber auch andere Gründe machten sich geltend. Die fortgesetzten eifrigen Verhandlungen zwischen Paris und Berlin ließen es dem Uneingeweihten nicht unmöglich

erscheinen, daß eine Abtretung deutschen Gebietes an Frankreich in Aussicht genommen sei, und selbst im günstigsten Falle, selbst wenn Preußen siegte, ohne dem begehrlichen Nachbar die verlangten Zugeständnisse gemacht zu haben, war da wirklich der nationale Erfolg des Sieges so völlig zweifellos? — Lag nicht vielmehr die Befürchtung nahe, daß nur die im unmittelbaren preußischen Machtbereich liegenden deutschen Staaten infolge des Sieges sich enger an Preußen anschließen, alle übrigen sich ihm noch mehr entfremden würden? So urtheilte die große Mehrzahl der Anhänger der liberalen Parteien, die noch immer hofften, daß sich der deutsche Einheitsgedanke durch seine eigene Kraft aus sich selbst heraus verwirklichen werde, ohne daß es dazu eines Krieges und gar eines Bruderkrieges bedürfe.

Aber nicht nur von dieser Seite wurde die deutsche Politik Bismarck's angefeindet; auch aus den Kreisen seiner bisherigen Anhänger wurde Widerspruch laut. Das Bündniß mit dem „revolutionären" Königreich Italien und der Antrag auf Berufung eines nach dem denkbar freisinnigsten Wahlmodus zu wählenden deutschen Parlaments hatte in streng konservativen und reaktionären Kreisen Befremden erregt; der absolutistisch angehauchte altpreußische Partikularismus, der in dem zahlreichen Kleinadel der östlichen Provinzen seine Hauptstütze hatte, lehnte sich dagegen auf, den streng monarchischen preußischen Staat in den Bereich einer so freisinnigen Verfassung ziehen zu lassen, wie sie Bismarck für das neu zu gründende Deutsche Reich in Aussicht genommen zu haben schien, und schnell mehrte sich in diesen Kreisen die Zahl Derjenigen, welche dem leitenden Minister auf dem von ihm eingeschlagenen Wege die Gefolgschaft aufkündigten und zu einer ultrakonservativen Oppositionspartei zusammentraten.

Wirkliche Unterstützung für seine deutsche Politik fand Bismarck, soweit die politischen Parteibildungen in Betracht kamen, nur von Seiten eines Theiles der Altliberalen und der gemäßigt konservativen Partei. Aber so unbequem der heftige und zum Theil erbitterte Widerstand von rechts und links dem leitenden Staatsmanne sein mochte, bedenklich oder gar gefährlich war er glücklicherweise nicht. Die Mehrheit des preußischen Volkes wünschte den Krieg nicht, aber war er einmal da, dann — dafür bürgte der Patriotismus und der treffliche militärische Geist des preußischen „Volkes in Waffen" — dann traten alle Parteirücksichten völlig in den Hintergrund, und mit einmüthiger Begeisterung zogen Ostpreußen und Schlesier, Westfalen und Rheinländer, Mann an Mann in den Kampf für König und Vaterland. Es hätte in dieser Beziehung keiner besondern Versicherung bedurft, aber für den König mochte es doch ein erhebendes Gefühl sein, als sich in einer von patriotischem Geiste durchwehten Adresse die freisinnige Bürgerschaft Breslaus, der Stadt, die doch beim Ausbruch des Krieges zunächst bedroht war, zu jedem Opfer an Gut und Blut bereit erklärte, falls von dem Könige und seinem ersten Rathgeber der Krieg wirklich für unvermeidlich gehalten werden sollte.

Haltung des Königs. Von der Unvermeidlichkeit des Krieges hatte sich inzwischen der König allerdings überzeugt; aber leicht war es ihm nicht geworden, den entscheidenden Entschluß, das Schwert zu ziehen, zu fassen und die Politik seines ersten Rathgebers mit all ihren möglichen Folgen zu seiner eigenen zu machen. Ganz natürlich. Er war den Siebzigen nahe und von dem Wunsche beseelt, in so hohem Alter sein Leben in Frieden zu beschließen; zudem war, was immer wieder hervorgehoben zu werden verdient, die altüberlieferte Loyalität und Anhänglichkeit des Hauses Hohenzollern an das Haus Habsburg auch in ihm noch lebendig geblieben. Dazu kam noch, daß eine einflußreiche Hofpartei, wie im Jahre zuvor, auch jetzt wieder eifrig und unablässig bestrebt war, den Frieden zwischen Preußen und Oesterreich aufrecht zu halten. Aber die Ereignisse und der Verlauf der diplomatischen Verhandlungen im April und in den ersten Tagen des Mai hatten den König endlich von der Unmöglichkeit der Erfüllung dieses Wunsches, der ja auch sein eigener war, überzeugt, und der Umstand, daß eben damals Graf Bismarck auf fast wunderbare Weise

dem Mordversuch eines jugendlichen Fanatikers entging, war wohl geeignet, den für äußere Eindrücke so leicht empfänglichen Monarchen in dem Gedanken zu bestärken, daß sein erster Rathgeber in der That zur Durchführung der großen Aufgabe, die er sich gestellt hatte, von der Vorsehung berufen sei.

Attentat auf Bismarck. Am 7. Mai feuerte nämlich Unter den Linden zu Berlin ein Studirender der landwirthschaftlichen Akademie zu Hohenheim in Württemberg, Julius Cohen, ein Stiefsohn des politischen Flüchtlings Karl Blind, aus unmittelbarer Nähe fünf Schüsse auf den Ministerpräsidenten ab, ohne ihn jedoch ernstlich zu verwunden; ja dieser, wiewol von zwei Kugeln gestreift, vermochte selbst noch den Attentäter festzunehmen und einer in der Nähe befindlichen Militärpatrouille zu überliefern.



Attentat des Julius Cohen auf Graf Bismarck.

Das Ereigniß machte, wie gesagt, einen tiefen Eindruck auf den König und befestigte in ihm das Vertrauen auf die glückliche Durchführung des beschlossenen großen Werkes. Aber noch immer verursachten vielerlei gegenwirkende Einflüsse gelegentliche Schwankungen in der Stimmung des Königs, gegen die es, nach Bismarck's eigenen Worten, fast stündlich anzukämpfen galt; und gewiß mit vollem Rechte durfte der große Staatsmann auf die Vorhaltungen eines politischen Gegners erwidern: „Wenn Sie wüßten, welche schweren Kämpfe es mich gekostet hat, Se. Majestät zu der Ueberzeugung zu bringen, daß wir schlagen müssen, dann würden Sie auch begreifen, daß ich nur dem eisernen Gesetz der Nothwendigkeit gehorche.“

Erst mit dem bereits kurz angedeuteten Antrage, welchen Oesterreich am 1. Juni 1866 beim Bunde stellte, waren auch die letzten Schwankungen, die letzten Zweifel und Bedenken endgiltig beseitigt; Oesterreich forderte zum Kriege heraus, und als Fürst und als Feldherr zugleich nahm König Wilhelm die Herausforderung an.

Folgen der Ueberweisung der schleswig-holsteinischen Frage an den Bund durch Oesterreich. Am 1. Juni 1866 ließ nämlich Oesterreich dem Bundestage die Mittheilung zugehen, daß es die schleswig-holsteinische Frage nunmehr zur endgiltigen Lösung dem Bunde überweise, daß es für die Durchführung des Bundesbeschlusses mit seiner ganzen Macht eintreten werde, und daß es inzwischen die Einberufung der schleswig-holsteinischen Ständeversammlung angeordnet habe.

Nach dem Gasteiner Vertrage, der die endgiltige Regelung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit ausschließlich gemeinsam zu fassenden Beschlüssen der beiden Großmächte

vorbehielt, war Oesterreich weder zu dem Einen, noch zu dem Andern befugt; mit vollem Rechte konnte also die preußische Regierung in einer nach Wien gerichteten Note den Vertragsbruch konstatiren und erklären: „Der Gasteiner Vertrag ist somit aufgehoben, und wir sind in dem Falle, auf den Wiener Vertrag (vom 30. Oktober 1864) zurückzugehen, dem entsprechend wir nun verfahren werden."

Am 6. Juni kündigte der preußische Gouverneur von Schleswig, General v. Manteuffel, im Auftrage der Regierung dem österreichischen Statthalter von Holstein, Feldmarschallleutnant von Gablenz, an, daß er unverzüglich zur Mitbesetzung Holsteins schreiten werde, da gemäß den Bestimmungen des Wiener Vertrages die gemeinsame Verwaltung beider Herzogthümer nunmehr wieder in Kraft trete.

Vielfach erwartete man, daß Gablenz sich dem Einmarsche der Preußen widersetzen werde. Dieser jedoch, sei es, daß er sich zu einem so entschiedenen Vorgehen nicht stark genug fühlte, oder daß er es für zweckdienlich hielt, den Ueberfallenen zu spielen und Preußen als Friedensbrecher erscheinen zu lassen, räumte, gegen die Gewaltthätigkeit Preußens protestirend, eilig Kiel und zog seine Truppen um Altona zusammen, wohin der Erbprinz von Augustenburg alsbald ihm folgte. General von Manteuffel ging nun weiter vor. Er untersagte den holsteinischen Ständen, als Landesversammlung aufzutreten, ja er ließ kurz darauf den österreichischen Civilkommissar von Halbhuber, als dieser dennoch deren Zusammentritt betrieb, verhaften.

Manteuffel hatte übrigens nicht unterlassen, seinem Kollegen Gablenz kund zu thun, daß man selbstverständlich das für Oesterreich aus der neuen Lage sich ergebende Recht der Mitbesetzung Schleswigs vollständig anerkenne und seiner Ausübung entgegensehe. Da aber Oesterreich von seinem Mitbesetzungsrechte nicht Gebrauch machte, so nahm Preußen einstweilen die Verwaltung beider Herzogthümer in die Hand. Freiherr von Scheel-Plessen wurde zum Oberpräsidenten beider Herzogthümer eingesetzt und der Bevölkerung angekündigt, daß die Berufung einer Gesammtvertretung beider Herzogthümer in Aussicht genommen sei.

Dies begab sich am 10. Juni. Zwei Tage später räumte Gablenz mit seinen Truppen vollständig das Land und führte sie durch Hannover und Sachsen nach Oesterreich zurück. Der Erbprinz von Augustenburg folgte ihm.

Mobilmachung der Truppenkörper der deutschen Mittel- und Kleinstaaten. Was Preußen in Schleswig-Holstein that, war offenbar die natürliche Folge des vertragswidrigen Antrages, welchen Oesterreich am 1. Juni beim Bunde eingebracht hatte. Aber die österreichische Regierung bezeichnete das Vorgehen Preußens als einen Gewaltakt, als einen Bruch der Bundesverfassung, und beantragte am 11. Juni die Mobilmachung des gesammten Bundesheeres (selbstverständlich mit Ausnahme des preußischen Kontingents), um zur Wahrung der Bundesrechte mit Waffengewalt gegen Preußen einzuschreiten. Binnen längstens vierzehn Tagen sollte die Mobilmachung durchgeführt und die Truppen zum Ausmarsch bereit sein.

Gesetzlich war die Mobilmachung der Bundesarmee nur gegen einen äußeren Feind zulässig, und nur ein „Exekutionsverfahren" konnte in bestimmten Fällen gegen Bundesmitglieder beschlossen werden. Der preußische Gesandte von Savigny machte demgemäß die Bundesversammlung eindringlich darauf aufmerksam, daß Oesterreich gar nicht befugt sei, jenen Antrag zu stellen, und daß ihn die Bundesversammlung, da ihm die gesetzliche Grundlage fehle, überhaupt nicht in Berathung nehmen könne, ohne sich selbst des Bundesbruches schuldig zu machen.

Vergebens! Angesichts der entschlossenen Haltung Oesterreichs war auch den mittelstaatlichen Regierungen der Muth gewachsen; der Krieg gegen Preußen war eine beschlossene Sache und — populär! In ganz ungewöhnlicher Eile setzte der Bundestag bereits auf den 14. Juni die Berathung und Beschlußfassung über den österreichischen Antrag an.

Der entscheidende Tag kam. Gegen den österreichischen Antrag, also für Preußen, stimmten nur die beiden Mecklenburg, Oldenburg, Anhalt, die beiden Schwarzburg, Braunschweig, Sachsen-Weimar, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Koburg, die drei freien Städte Hamburg, Lübeck, Bremen, endlich Luxemburg und Limburg; für Oesterreich erklärten sich Bayern, Württemberg, Sachsen, Hannover, Kurhessen, Großherzogthum Hessen, Nassau und — mit zweifelhafter Berechtigung — der Stimmführer der aus mehreren Kleinstaaten bestehenden 16. Kurie, innerhalb welcher Stimmengleichheit geherrscht hatte. Baden hatte sich der Abstimmung enthalten, auch Preußen selbst hatte natürlich nicht gestimmt, und so vermochte der Bundestagspräsident als Ergebniß zu verkünden, daß sich neun Stimmen für und sechs gegen den österreichischen Antrag erklärt hätten, daß also die Mobilmachung des Bundesheeres beschlossen sei.

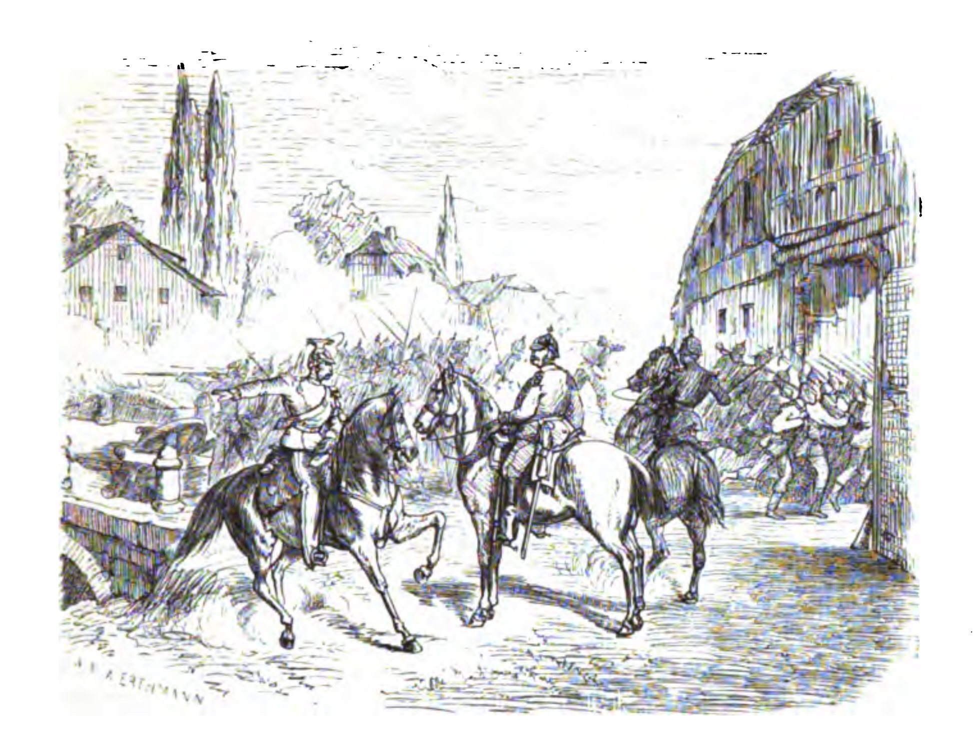
Es war der letzte Beschluß, den der alte Bundestag gefaßt hatte, welcher zum Heile Deutschlands an diesem 14. Juni endlich und für immer zu Grabe ging. Unmittelbar nach dem Schluß der Abstimmung erklärte der preußische Bundestagsgesandte von Savigny im Auftrage seiner Regierung, daß Preußen nunmehr den Bundesbruch als vollzogen und damit die bisherige Bundesverfassung als aufgehoben betrachte; daß Preußen dagegen bereit sei, mit denjenigen deutschen Staaten, welche ihm die Hand dazu bieten würden, unverzüglich an die Errichtung eines neuen Bundes zu gehen, und zwar eines Bundes mit Ausschluß Oesterreichs und auf der Grundlage einer freisinnigen Verfassung.

Ablehnung der Neutralität der Nachbarstaaten Preußens. Zwischen Wien und Berlin war die Abberufung der beiderseitigen Gesandten bereits am 12. Juni erfolgt. Dagegen ließ Preußen bis zum letzten Augenblicke kein Mittel unversucht, um die ihm nicht gewogenen Nachbarstaaten, namentlich Sachsen und Hannover, in ihrem eigenen Interesse zur Neutralität zu bestimmen. Ausdrücklich ward ihnen auf Grund des preußischen Reformvorschlages ihre Souveränetät zugesichert. Aber der Feinde Preußens hatte sich plötzlich eine fast übermüthige Siegeszuversicht bemächtigt; die preußischen Vorschläge wurden mit Entschiedenheit abgelehnt. Nach dem Bundesbeschlusse vom 14. Juni stellte trotzdem die preußische Regierung den Königen von Hannover und Sachsen sowie dem Kurfürsten von Hessen zur Neutralitätserklärung eine nochmalige kurze Frist. Erst als auch diese fruchtlos verronnen war, erfolgte sofort die Kriegserklärung, und mit dem am 16. Juni angeordneten Einmarsch der preußischen Truppen in die genannten drei Bundesländer begann das kurze Vorspiel des Krieges.





Kriegsrath in Gitschin. Zeichnung von H. Lüders. (Zu S. 468.)



Viertes Buch.

Der Krieg gegen Oesterreich und seine Verbündeten.

Zum Zwecke des Einmarsches in Sachsen, Hannover und Hessen standen Preußen nur geringe Streitkräfte zur Verfügung; denn in richtiger Erkenntniß, daß die Entscheidung des Krieges lediglich von dem Ausgange des Kampfes mit Oesterreich abhänge, hatte man dem Hauptfeinde fast die gesammte Kriegsmacht entgegengeführt.

In Sachsen fanden die vorrückenden preußischen Heerestheile keinen Widerstand, und es wurde, unter möglichstem Beibehalt der zur Stelle gebliebenen sächsischen Behörden, preußischerseits die Verwaltung des Landes in die Hand genommen. König Johann hatte sich am 16. Juni mit seinen Truppen nach Böhmen gewendet, gleichzeitig aber beim Bundestage den Antrag auf schleunige Bundeshülfe gegen Preußen gestellt, zu deren Leistung sich Oesterreich und Bayern bereit erklärten.

Auch in Hessen kam es nicht zu Zusammenstößen; vor den anrückenden preußischen Truppen wichen die hessischen über den Main zurück. Der Kurfürst wurde am 23. Juni, da er auch jetzt ein Bündniß mit Preußen ablehnte, als Gefangener nach Stettin abgeführt.

Schwieriger gestalteten sich die Verhältnisse Hannover gegenüber. Wie in Hessen befanden sich auch hier die Truppen nicht in Kriegsbereitschaft, und so gelang es dem aus den Elbherzogthümern mit zwölf Bataillonen, zwei Kavallerieregimentern und vier Batterien heranrückenden General von Manteuffel leicht, den nordöstlichen Theil des Landes mit den Ems- und Weserbefestigungen in seine Gewalt zu bringen. Auch die kleine, mit reichen Kriegsvorräthen versehene Elbfestung Stade wurde durch nächtlichen Ueberfall schnell wehrlos gemacht. Von Westen her war inzwischen der mit dem Oberbefehl über sämmtliche in Hannover einrückenden Truppen betraute, aus dem schleswig-holsteinischen Kriege wohlbekannte General Vogel von Falckenstein an der Spitze einer westfälischen Division

vorgegangen, hatte am 17. die Hauptstadt des Landes besetzt und dessen Verwaltung an preußische Beamte übertragen. Nun handelte es sich vor Allem um möglichst baldige Entwaffnung der hannoverschen Truppen, welche im südlichsten Theile des Landes, bei Göttingen, versammelt worden waren, um daselbst die kriegsmäßige Ausrüstung zu erhalten. Ihre Stärke betrug etwa 20,000 Mann mit 52 Geschützen. Der König Georg befand sich mit dem Kronprinzen mitten unter seinen Soldaten und beabsichtigte, behufs Vereinigung mit der bayerischen Armee, von Göttingen aus sich südwärts zu wenden. Aber preußischerseits beeilte man sich, dies zu vereiteln. Außer den bereits in das Land gerückten Abtheilungen traten den Hannoveranern sowol von Kassel her als auch aus Magdeburg und Gotha herangezogene Truppen entgegen. Schwankend in ihren Entschlüssen, bald zu Unterhandlungen geneigt, bald zum Kampfe bereit, ließ die hannoversche Heeresleitung die Zeit verstreichen und sich hiermit die Möglichkeit entgehen, mit ihren überlegenen Streitkräften die anfänglich nur schwachen Linien des Gegners zu durchbrechen. Immer stärker und fester zogen inzwischen die Preußen einen Eisenring um den Feind. Während dieser nun die Hoffnung auf eine Vereinigung mit den Bayern aufgab und sich nach Langensalza auf das linke Unstrutufer in eine feste Stellung zurückzog, ward preußischerseits angenommen, der Gegner beabsichtige in nördlicher Richtung zu entschlüpfen.

Kapitulation von Langensalza. Daher griff General von Flies am 27. Juni mit nur ungefähr 8000 Mann und 24 Geschützen den doppelt so starken Feind an. Anfangs errangen die preußischen Truppen, zum Theil aus Landwehr und Festungsbesatzungen bestehend, in dem sich entwickelnden heftigen Gefechte einige Vortheile, aber bald machte sich die Uebermacht der Hannoveraner geltend, und unter sehr schwierigen Verhältnissen und mit namhaften Verlusten mußte der Rückzug angetreten werden. Den hannoverschen Truppen sollte jedoch dieser Waffenerfolg keinen Nutzen bringen; denn von allen Seiten eilten preußische Truppen herbei, und schließlich sah sich König Georg, überall von Uebermacht bedrängt und umstellt, am 29. genöthigt, sich mit seiner gesammten Truppenmacht zu ergeben. König Wilhelm bewilligte in voller Würdigung des tapferen Verhaltens der wackeren Hannoveraner sehr ehrenvolle Kapitulationsbedingungen.

Der Böhmische Krieg. Zur selben Zeit, als sich im Eichsfelde das Schicksal Hannovers in der geschilderten Weise entschied, kam es auch in Böhmen zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Preußen und Oesterreichern. Auf Seite der Letzteren waren von den verfügbaren zehn Armeecorps drei unter dem Erzherzog Albrecht den Italienern entgegengestellt, die übrigen, mit Ausnahme des nach Böhmen entsendeten 1., in Mähren versammelt worden. Diese 240,000 Mann starke und mit etwa 800 Feldgeschützen ausgerüstete „Nordarmee", in sieben Armeecorps und fünf Kavalleriedivisionen gegliedert, stand unter dem Befehle des Feldzeugmeisters von Benedek, der sich wiederholt in den letzten italienischen Kriegen als tapferer Kriegsmann sowie als gewandter und energischer Truppenführer hervorgethan hatte. Die Stimme der Armee und das Vertrauen seines Monarchen hatten den bescheidenen General an die Spitze des Heeres berufen; aber nur nach langem Sträuben und auf wiederholtes Ansuchen des Kaisers nahm er die verantwortungsvolle Stelle an, vermochte jedoch nicht, fremden Einflüssen bei Besetzung der wichtigsten Stellen seines Generalstabes vollständig die Spitze abzubrechen.

Die österreichische Regierung, die, wie erwähnt, schon seit geraumer Zeit sich auf den Krieg vorbereitet hatte, konnte, als dieser unvermeidlich geworden war, über ein vollzähliges und wohlausgerüstetes Heer verfügen. — Die Infanterie war noch mit einem Vorderladergewehr bewaffnet und vorzugsweise geschickt im Angriff durch kleinere Kolonnen; die Artillerie war durchweg mit vorzüglichen gezogenen Geschützen versehen, aber zum großen Theil in einzelne Batterien zersplittert oder als Reserve verwendet, der es im Bedarfsfalle schwer fallen mußte, rasch nach vorn zu gelangen. Die österreichische Kavallerie erfreute sich mit Recht eines ganz besonders guten Rufes. — Dem Offizierscorps und noch mehr

der Truppenmasse lag bei dem Völkergemisch des österreichischen Staates ein warmes Interesse für die Sache, um deretwillen das Schwert gezogen wurde, natürlich ganz fern, aber Pflichttreue und kriegerischer Geist ließen Jeden seine Schuldigkeit thun. Eine werthvolle Unterstützung erhielt die österreichische Nordarmee durch das, wie erwähnt, aus seiner Heimat abgezogene sächsische Armeecorps, etwa 25,000 Mann mit 58 Geschützen, eine in jeder Beziehung tüchtige Truppe.

Feldzeugmeister Benedek verfügte somit über ungefähr 270,000 Mann, die gegen Mitte Juni, mit Ausnahme des gemeinschaftlich mit den sächsischen Truppen nördlich von Prag aufgestellten 1. Armeecorps, in Mähren in Bereitschaft standen. Der österreichische Feldherr erachtete sich nicht für stark genug, dem preußischen Heere schnell und energisch auf den Leib zu gehen, vielmehr beschloß er die ersten Maßnahmen des Gegners abzuwarten, um ihm nach Befinden von Olmütz oder von Josephstadt aus mit vereinter Macht entgegenzutreten. Er setzte hierbei voraus, die Preußen würden ausschließlich aus Schlesien vorbrechen. Dem war aber nicht so.

Sobald an dem bevorstehenden Ausbruch des Krieges nicht mehr zu zweifeln war, hatte die preußische Heeresleitung die allmähliche Mobilmachung der Armee betrieben und dann nach und nach die Truppenmassen theils zu Fuß theils auf Eisenbahnen in das Aufmarschgebiet längs der sächsisch-österreichischen Grenze rücken lassen. In der Zeit vom 16. Mai bis zum 5. Juni, also in 21 Tagen, waren preußischerseits nicht weniger als 197,000 Mann, 55,000 Pferde und 5300 Fahrzeuge auf Entfernungen von 30—90 Meilen mit der Eisenbahn ohne jeglichen Unfall und ohne irgend welche Störung nach ihrem Bestimmungsorte geschafft worden. Zuerst galt es dabei, mit Rücksicht auf die politische und geographische Lage, die 60 Meilen lange Grenzstrecke von Naumburg bis Neiße zu besetzen; Stellung und Aufmarsch des Gegners bedingten alsdann die weiteren Maßregeln zur engeren Ansammlung. Demgemäß befanden sich um Mitte Juni von der 250,000 Mann starken, gegen Oesterreich ins Feld gerückten Heeresmacht auf dem rechten Flügel, bei Torgau, die Elbarmee, etwa 46,000 Mann stark, befehligt von dem als Eroberer Alsens rühmlichst bekannten Herwarth von Bittenfeld, an diese links sich anlehnend, in der Gegend von Görlitz, die von dem Prinzen Friedrich Karl geführte gegen 94,000 Mann starke I. Armee und, den äußersten linken Flügel bildend, die unter dem Befehl des Kronprinzen stehende ungefähr 115,000 Mann starke II. Armee bei Neiße. Da man zu dieser Zeit die Streitkräfte der Oesterreicher noch tief in Mähren wußte und es sich jetzt nicht mehr um den Grenzschutz, sondern um rasches Vorgehen in Feindesland handelte, so wurde die zum Schlagen erforderliche nähere Vereinigung der preußischen Armeen nach vorwärts verlegt. Von ihren Sammelpunkten aus nach Sachsen vorrückend, durchzogen die Elb- und die I. Armee schnell dieses Land und standen nach wenigen Tagen in enger Verbindung an der sächsisch-böhmischen Grenze, des Befehls zum Einrücken in österreichisches Gebiet gewärtig.

Aufruf des Königs. Ehe dieser gegeben wurde, erließ König Wilhelm am 18. Juni den „Aufruf an mein Volk", dessen auf die Nation mächtig wirkende Worte folgendermaßen lauteten:

„An mein Volk! In dem Augenblick, da Preußens Heer zu einem entscheidenden Kampfe auszieht, drängt es mich, zu meinem Volke, zu den Söhnen und Enkeln der tapferen Väter zu reden, zu denen vor einem halben Jahrhundert mein in Gott ruhender Vater unvergessene Worte sprach.

„Das Vaterland ist in Gefahr!

„Oesterreich und ein großer Theil Deutschlands steht gegen dasselbe in Waffen! Nur wenige Jahre sind es her, seit ich aus freiem Entschlusse und ohne früherer Unbill zu gedenken dem Kaiser von Oesterreich die Bundeshand reichte, als es galt, ein deutsches Land von fremder Herrschaft zu befreien. Aus dem gemeinschaftlich vergossenen Blute, hoffte ich, würde eine Waffenbrüderschaft erblühen, die zu fester, auf gegenseitiger Achtung

und Anerkennung beruhender Bundesgenossenschaft und mit ihr zu all dem gemeinsamen Wirken führen würde, aus welchem Deutschlands innere Wohlfahrt und äußere Bedeutung als Frucht hervorgehen sollte. Aber meine Hoffnung ist getäuscht worden. Oesterreich will nicht vergessen, daß seine Fürsten einst Deutschland beherrschten; in dem jüngeren, aber kräftig sich entwickelnden Preußen will es keinen natürlichen Bundesgenossen, sondern nur einen feindlichen Nebenbuhler erkennen.

„Preußen, so meint es, muß in allen seinen Bestrebungen bekämpft werden, weil, was Preußen frommt, Oesterreich schade. Die alte unselige Eifersucht ist in hellen Flammen wieder aufgelodert: Preußen soll geschwächt, vernichtet, entehrt werden. Ihm gegenüber gelten keine Verträge mehr, gegen Preußen werden deutsche Bundesfürsten nicht blos aufgerufen, sondern zum Bundesbruch verleitet. Wohin wir in Deutschland schauen, sind wir von Feinden umgeben, deren Kampfgeschrei ist: „Erniedrigung Preußens!"

„Aber in meinem Volke lebt der Geist von 1813! Wer wird uns einen Fuß breit preußischen Bodens rauben, wenn wir ernstlich entschlossen sind, die Errungenschaften unserer Väter zu wahren, wenn König und Volk, durch die Gefahren des Vaterlandes fester als je vereint, an die Ehre desselben Gut und Blut zu setzen für ihre höchste und heiligste Aufgabe halten. In sorglicher Voraussicht dessen, was nun eingetreten ist, habe ich seit Jahren es für die erste Pflicht meines königlichen Amtes erkennen müssen, Preußens streitbares Volk für eine große Machtentwickelung vorzubereiten. Befriedigt und zuversichtlich wird mit mir jeder Preuße auf die Waffenmacht blicken, die unsere Grenzen deckt. Mit seinem König an der Spitze wird sich Preußens Volk ein wahres Volk in Waffen fühlen! Unsere Gegner täuschen sich, wenn sie wähnen, Preußen sei durch innere Streitigkeiten gelähmt. Dem Feinde gegenüber ist es einig und stark; dem Feinde gegenüber gleicht sich aus, was sich entgegenstand, um demnächst in Glück und Unglück vereint zu bleiben.

„Ich habe Alles gethan, um Preußen die Lasten und Opfer eines Krieges zu ersparen, das weiß mein Volk, das weiß Gott, der die Herzen prüft. Bis zum letzten Augenblicke habe ich, in Gemeinschaft mit Frankreich, England und Rußland, die Wege für eine gütliche Ausgleichung gesucht und offen gehalten. Oesterreich hat nicht gewollt, und andre deutsche Staaten haben sich offen auf seine Seite gestellt. So sei es denn! Nicht mein ist die Schuld, wenn mein Volk schweren Kampf kämpfen und vielleicht harte Bedrängniß wird erdulden müssen, aber es ist uns keine Wahl übrig geblieben! Wir müssen fechten um unsere Existenz, wir müssen in einen Kampf auf Leben und Tod gehen gegen diejenigen, die das Preußen des Großen Kurfürsten, des großen Friedrich, das Preußen, wie es aus den Freiheitskriegen hervorgegangen ist, von der Stufe herabstoßen wollen, auf die seiner Fürsten Geist und Kraft, seines Volkes Tapferkeit, Hingebung und Gesittung es emporgehoben haben. — Flehen wir den Allmächtigen, den Lenker der Geschicke der Völker, den Lenker der Schlachten, an, daß er unsere Waffen segne!

„Verleihe uns Gott den Sieg, dann werden wir auch stark genug sein, das lose Band, welches die deutschen Lande mehr dem Namen als der That nach zusammenhielt, und welches jetzt durch diejenigen zerrissen ist, die das Recht und die Macht des nationalen Geistes fürchten, in anderer Gestalt fester und heilvoller zu erneuern. Gott mit uns!

„Berlin, 18. Juni 1866. „Wilhelm."

Helmuth von Moltke. Der greise, fast siebenzigjährige Monarch hatte nach Zollernsitte den Oberbefehl über sämmtliche im Felde stehenden Truppen übernommen und zum Chef des Stabes Helmuth von Moltke bestimmt. Dieser, seit dem Jahre 1857 Chef des Generalstabes, hatte in früheren Jahren in der Türkei reiche Kriegserfahrungen gesammelt und als militärischer Begleiter des Kronprinzen vielfach Beweise hoher Einsicht und festen Verhaltens gegeben; im Jahre 1864 waren von ihm die Operationen für den Krieg gegen Dänemark entworfen und namentlich der Uebergang nach Fünen geplant worden, der freilich durch den

Gang der Ereignisse nicht zur Ausführung gekommen war. In dem bescheidenen, mit unerschütterlicher Ruhe überlegenden General, der den einmal gefaßten Entschluß mit unbeugsamer Konsequenz durchzuführen wußte, hatte der Monarch in den Staatsrathsitzungen, welche dem Ausbruch des Krieges vorausgegangen und in denen von sehr beachtenswerther Seite Aeußerungen wie „Bruderkrieg“ laut geworden waren, eine feste, werthvolle Stütze gehabt. Vorläufig blieb General von Moltke mit dem König noch in Berlin; denn einestheils war der Blick des Feldherrn sowol nach Oesterreich wie nach Süddeutschland zu richten, anderntheils vermochte man von Berlin aus mittels des Telegraphen mit beiden Heeren am besten eine ungestörte Verbindung zu unterhalten. Auch handelte es sich für die an Oesterreichs Grenzen stehenden Truppen zunächst noch nicht um Herbeiführung entscheidender Schläge, sondern um Vorbereitung solcher durch thunlichst rasche Vereinigung der getrennten Heereskörper an geeigneten Punkten. Hierzu den einzelnen Armeen die zweckdienlichsten Weisungen mittels des Telegraphen zugehen zu lassen, war man von Berlin aus besser im Stande und weniger den Zwischenfällen und Störungen ausgesetzt, welche dicht hinter einer derselben oder überhaupt im Rücken der sich vorwärtsbewegenden Heeresmassen unvermeidlich sind.

Einmarsch in Böhmen. Am 21. Juni telegraphirte General von Moltke an die Hauptquartiere der I. und II. Armee: „Seine Majestät befehlen, daß beide Armeen in Böhmen einrücken und die Vereinigung in der Richtung auf Gitschin aufsuchen.“ Tags darauf setzte sich Prinz Friedrich Karl mit der I. und der ihm unterstellten Elbarmee sofort in Bewegung, um durch sein Vorgehen die Streitkräfte des Gegners von der II. Armee abzulenken, welcher die Aufgabe oblag, auf der Strecke zwischen Landeshut und Glatz durch die langen und engen Gebirgspässe in Böhmen einzudringen. Man mußte hierbei darauf gefaßt sein, auf nicht unbedeutende Streitkräfte der Oesterreicher zu stoßen. Denn Benedek hatte, sobald er erfahren, daß die Preußen sich längs der böhmischen Grenze sammelten, seine Armeecorps auf Josephstadt in Bewegung gesetzt, und während er zum Schutz dieser Bewegung das 1. Corps und die Sachsen in der Gegend von Münchengrätz stehen ließ, wurden hinter den an der Grenze beobachtenden Kavallerie-Abtheilungen je ein Corps auf Trautenau und Nachod vorgeschoben. Beide Orte lagen auf den Vormarschstraßen der II. Armee; hier mußte es also zum Kampfe kommen.

Kämpfe bei Nachod und Trautenau. In drei getrennten Kolonnen rückten die Truppen der letztgenannten Armee am 27. Juni über die Grenze; rechts das 1. Corps über Liebau auf Trautenau, links das 5. unter dem tapferen Steinmetz über Reinerz auf Nachod; zwischen beiden die Garde, bereit, nach Umständen rechts oder links einzugreifen.

Das 1. Corps überschreitet auf zwei gesonderten Straßen bei glühender Sonnenhitze das Gebirge und dringt mit seinen vorderen Kolonnen bis auf die Höhen jenseit Trautenau vor, ohne auf den Feind zu stoßen. Aber bald wird es lebendig dort hinten in den Bergen. Aus den Waldrändern treten weiße Punkte, weiter zurück steigen dichte Staubwolken in die Höhe. Feldmarschalleutnant Gablenz, der noch vor zwei Jahren an der Seite der Preußen für deutsches Recht gekämpft, führt sein Corps, das 10., heran. Schnell entspinnt sich ein heftiger Kampf, in den die aus den Gebirgsstraßen sich entwickelnden preußischen Abtheilungen, obgleich vom Marsche und der Hitze sehr erschöpft, mit Eifer eingreifen. Stundenlang wird dem Anprall der überlegenen österreichischen Streitkräfte Stand gehalten; aber als die Sonne sinkt, ist auch die Kraft der Preußen erschöpft. Sie müssen den gewonnenen Boden allmählich aufgeben und ziehen gebeugten Hauptes wieder dahin, woher sie gekommen. Doch auch die Oesterreicher waren durch den Kampf arg mitgenommen, so daß sie an eine Verfolgung nicht denken konnten. Mehr als 5000 Mann sind auf ihrer Seite todt und verwundet; das preußische Corps hat etwa 1300 Mann eingebüßt.

Nur ein kurzer Triumph war dem Sieger vergönnt! Am Mittag des 27. hatte das links von dem ersten vorrückende Gardecorps seine Hülfe angeboten; wie die Sachen zu

dieser Zeit standen, schien eine Unterstützung nicht erforderlich, und sie wurde daher abgelehnt. Als dann aber in der Nacht bei der Garde die Nachricht von dem Rückzuge des 1. Corps eintraf, beeilte sich Prinz August von Württemberg, mit seinen Truppen ungesäumt aufzubrechen und dem Feind in die rechte Flanke zu fallen. Auf demselben Boden, wo Friedrich der Große am 30. September 1745 bei Soor einen entscheidenden Sieg über denselben Gegner erfochten, zeigt sich die preußische Garde des Ruhmes der Vorfahren würdig und bringt dem Gegner eine so schwere Niederlage bei, daß dieser in vollständiger Auflösung die Flucht ergreift. Gegen 3000 Gefangene bleiben nebst 8 Geschützen und einer Fahne in den Händen des Siegers; fast 4000 Mann sind außerdem auf österreichischer Seite gefallen oder verwundet.

Nicht minder erfolgreich hat inzwischen auf dem linken Flügel der II. Armee das 5. Corps gekämpft. Als die Vortruppen desselben am Frühmorgen des 27. die Hochfläche westlich von Nachod erreicht haben, erblicken sie plötzlich die dichten Kolonnen des anrückenden österreichischen 4. Corps (General Ramming). Auf beiden Seiten sind die aufklärenden Abtheilungen bald zurückgeworfen, Artillerie und Infanterie führen ein lebhaftes Feuergefecht. An Zahl und Güte der Geschütze zeigt sich die österreichische Artillerie bedeutend überlegen, aber das Zündnadelgewehr und die vortreffliche Ausbildung des Gegners im zerstreuten Gefecht gleicht diesen Nachtheil aus. In den unerschüttert vorrückenden dichten Kolonnen der Oesterreicher halten die Zündnadelgewehre eine furchtbare Ernte; wie die Hagelkörner in ein Aehrenfeld, so schlagen die Geschosse der Preußen vernichtend in die österreichischen Reihen. Doch immer neue feindliche Abtheilungen treten in die Kampflinie, während die vorwärtseilenden preußischen Bataillone sich aus der engen Gebirgsstraße nur unter großem Zeitaufwand vereinzelt zu entwickeln im Stande sind. So ist schließlich die schwache preußische Avantgarde so erschöpft, daß ein kräftiger Vorstoß des Gegners sie leicht hätte erdrücken können. Unterdessen sind preußische Dragoner und Ulanen mit österreichischen Kürassieren handgemein geworden und haben sie geworfen, ohne daß dadurch der Kampf zu einer ausschlaggebenden Wendung gebracht worden wäre. Noch nicht ganz 6 Bataillone ringen bereits drei Stunden lang mit 21 österreichischen. Endlich treffen die ersten Unterstützungen der Preußen ein; Bataillon auf Bataillon wirft sich, gerade wie und wo es anlangt, in den Kampf. Alle beseelt der Wille zu siegen, und im heftigen, verlustreichen Ansturm wird der tapfere Gegner schließlich zurückgeworfen.

Todesmüde ruhen die Truppen auf dem eroberten blutgetränkten Boden. Manches tapfere Herz hat ausgeschlagen; mancher vor wenigen Stunden noch rüstige Streiter liegt mit zerschmetterten Gliedern am Boden. Ueberall sind Aerzte und Krankenträger zur schleunigen Hülfe bereit. Außer 283 Todten bedecken mehr als 800 verwundete Preußen das Schlachtfeld, während die Oesterreicher über 5000 Todte und Verwundete zählen. Letzteren, soweit sie sich auf der Wahlstatt befinden, ebenfalls Hülfe zu bringen, gilt dem Sieger als heilige Pflicht; der verwundete, kampfunfähige Gegner wird nicht mehr als Feind behandelt.

Freudiges Siegesgefühl belebt die lagernden preußischen Truppen; den Himmel zum Zelt, sinken sie, ermüdet von schwerer und blutiger Tagesarbeit, in wohlthuenden Schlaf. Doch mit dem ersten Morgengrauen des 28. wird es wieder lebendig; heute geht es weiter vorwärts, der Elbe zu. Um 7 Uhr rückt die Spitze des 1. Corps, dem eine Brigade des 6. zur Unterstützung zugetheilt ist, um 8 Uhr die Hauptmacht vor. Bald stößt man auf den Feind, der bei Skalitz in sehr vortheilhafter Stellung die Preußen erwartet.

Kämpfe bei Skalitz. Da General Ramming gemeldet, daß seine Truppen durch den Kampf widerstandsunfähig geworden, so hatte man sein Corps in die zweite Linie genommen, dagegen Erzherzog Leopold mit dem seinigen, dem 8., gemeinschaftlich mit dem gleichfalls herangerückten 4. in die vordere Linie gezogen. Mit Einschluß von Ramming's Truppen stehen gegen 70,000 Mann mit 200 Geschützen den 29 Bataillonen, 13 Schwadronen und 101 Geschützen des Generals Steinmetz gegenüber.

Aber dieser zaudert keinen Augenblick, den ungleichen Kampf aufzunehmen; die Tapferkeit seiner Truppen muß den Nachtheil der Minderzahl ausgleichen. Und in der That kämpfen seine Krieger wie am gestrigen Tage mit einer Ausdauer und Hingebung, die alten, kampfgewohnten Streitern zur Ehre gereicht haben würde. Die tüchtige österreichische Artillerie reißt große Lücken in die Reihen der Kämpfenden, doch die Linie wankt nicht und erwartet ruhig den Befehl zum Losstürmen. Dann geht es mit Hurrahruf unaufhaltsam vorwärts auf den Feind, der einem solchen Ansturm nicht zu widerstehen vermag und in regelloser Flucht das Weite sucht. Fünf Stunden dauert dieser erbitterte Kampf, bis die Preußen auf allen Punkten des Schlachtfeldes Sieger sind! Der Kampf hat ihnen etwa 1000 Mann gekostet, der Gegner aber außer 17 Geschützen gegen 6000 Mann verloren, unter ihnen 2500 als Gefangene.



Preußische Heerführer im Deutschen Kriege.
Prinz August von Württemberg. von Zastrow. von Fransecky. von Voigts-Rhetz.
von Blumenthal. von Kirchbach. von Steinmetz.

So war durch den Doppelsieg vom 28. Juni die preußische II. Armee glücklich aus den Gebirgsstraßen heraus bis dicht an die Elbe vorgedrungen, welche Angesichts des mit sechs Armeecorps an derselben stehenden Gegners in der Richtung auf das Vereinigungsziel Gitschin zu überschreiten äußerst gefahrdrohend erschien. König Wilhelm erließ daher am 29. auf telegraphischem Wege an die I. Armee den Befehl, durch beschleunigtes Vorrücken der II. Armee eine günstigere Lage zu bereiten.

Von Hühnerwasser und Podol bis Gitschin. Erstere war, wie erwähnt, am 23., auf dem rechten Flügel durch die auf Gabel in Marsch gesetzte Elbarmee begleitet, über Reichenberg in Böhmen eingerückt, die aufklärenden feindlichen Husaren vor sich hertreibend. In den beiden nächsten Tagen kam es beim weiteren Vorrücken der beiden Armeen nur zu unbedeutenden Reitergefechten; erst am 26. stieß man auf stärkere Infanterie-Abtheilungen. Diese gehörten zum österreichischen 1. Corps, das mit den Sachsen durch Aufstellung an der Iser die Ansammlung der österreichischen Hauptstreitkräfte bei Josephsstadt zu sichern hatte.

An gedachtem Tage bemächtigte sich die Avantgarde der Elbarmee nach kurzem Gefecht der Stellung bei Hühnerwasser und wußte auch am Abend den Vorstoß eines österreichischen Jägerbataillons mit großem Verlust für dieses abzuweisen. Von der I. Armee drang am selben Tage die 7. Division unter General von Fransecky bis Turnau vor und setzte sich in den Besitz des dortigen wichtigen Iserüberganges, während Abtheilungen der 8. Division sich in einem sehr heftigen Nachtgefecht zu Herren des Passes von Podol machten. Den folgenden Tag benutzten die beiden Armeen, um die weiter zurückstehenden Corps an die am 26. eingenommenen Stellungen heranzuziehen, durch welche die Sachsen und das österreichische 1. Corps in der Front, ernstlicher noch in der rechten Flanke bedroht waren. Als die preußischen Truppen Tags darauf in brennender Sonnenhitze gegen Münchengrätz vorrückten, fanden sie Anfangs lebhaften Widerstand; namentlich verlieh der mit Artillerie wohlbesetzte Muskyberg der Stellung des Feindes eine besondere Stärke. Da es jedoch zwei Bataillonen der Division Fransecky gelang, in engen Felsschluchten und durch dichtes Gestrüpp emporkletternd, den Gipfel jenes Berges unbemerkt vom Feinde zu erreichen und die dort aufgestellte Infanterie und Artillerie zum Weichen zu bringen, sah sich der kommandirende General Clam-Gallas veranlaßt, den Rückzug anzuordnen. Der Kampf hatte ihm einen Verlust von etwa 2000 Mann zugefügt; preußischerseits waren kaum 300 Mann außer Gefecht gesetzt. Schulter an Schulter standen nun die I. und die Elbarmee wenige Meilen von Gitschin entfernt, gegen welchen Ort noch am Abend des 28. eine starke Abtheilung bis in die Gegend von Podkost vorgeschoben wurde.

Das wichtige Gitschin, über welches die Verbindung der an der Iser stehenden österreichischen Streitkräfte mit der an der unteren Elbe sich sammelnden Hauptarmee führte, wäre am 27. und 28. von den Preußen leicht zu nehmen gewesen; am 29. aber wurde es von den Oesterreichern und Sachsen stark besetzt, da der General Clam-Gallas vom österreichischen Oberkommando die Mittheilung erhalten hatte, daß noch am selben Tage ein Corps zu seiner Unterstützung bei Gitschin eintreffen werde. Tags darauf sollte dann fast die gesammte Streitmacht der österreichischen Nordarmee zur Stelle sein und zum Angriff auf die preußische I. Armee zu dem Zweck geschritten werden, sie wieder über die Grenze zurückzuwerfen. — Der österreichische Oberbefehlshaber hatte, sobald ihm sichere Kenntniß von dem getrennten Vorrücken der I. und II. Armee geworden war, den kühnen Plan gefaßt, sich zwischen beide Armeen zu schieben und von der sogenannten „inneren Operationslinie" aus mit vereinter Kraft auf die eine der beiden Armeen zu werfen, ehe es der anderen möglich werde, Hülfe zu leisten, gegen die dann der zweite Schlag geführt werden sollte — ein Manöver, das von Napoleon I. im Jahre 1814 so meisterhaft ausgeführt worden war. Soll ein solches Unternehmen gelingen, so müssen die Armeen, zwischen welchen man auf der inneren Linie vorgeht, so weit von einander entfernt sein, daß sie sich gegenseitig nicht unterstützen können, wenn eine derselben mit augenblicklichem Erfolg angegriffen wird. Hätte Benedek nur einen Funken von dem Feldherrngenie Napoleon's gehabt, er hätte am 28., als das Vordringen der Preußen, auf der einen Seite über Skalitz und Trautenau, auf der andern über Münchengrätz hinaus, unzweifelhafte Thatsache war, einsehen müssen, daß es nicht mehr möglich sei, aus seiner Stellung bei Josephstadt sich gegen eine der beiden preußischen Armeen zu wenden, ohne Gefahr zu laufen, sofort von der andern in Rücken und Flanke gefaßt zu werden. — Zu dieser Erkenntniß war Benedek jedoch nicht gelangt, und den Befehlen gemäß mußte Clam-Gallas Alles daran setzen, sich bei Gitschin zu behaupten, während es im preußischen Plane lag, dem Gegner gerade hier scharf auf den Leib zu rücken, damit er sich nicht etwa mit aller Wucht auf die II. Armee werfe. So kam es denn in den Waldschluchten nördlich von Gitschin am 29., nachdem die preußischen Kolonnen gegen Mittag den Vormarsch angetreten hatten, zu heftigem Kampf. Die Ueberlegenheit des Zündnadelgewehrs konnte hier nicht völlig zur Geltung gelangen; wol aber fanden die österreichischen Jäger hier das rechte Feld, und mancher brave Preuße fiel ihren sicheren Schüssen zum Opfer.



Säubern der Waldschluchten um Gitschin. Nach A. Beck.

Auf der Straße von Turnau ging General von Tümpling mit der 5., auf der weiter westlich gelegenen General von Werder mit der 3. Division vor; aber zwischen beiden Kolonnen lag ein felsiges Waldgebirge, welches jede Verbindung der Vorrückenden ausschloß. Nachmittags gegen 4 Uhr begann das Gefecht auf der Turnauer Straße, wo das mit österreichischen Batterien gekrönte Prywicingebirge den Angriff in der Front sehr erschwerte. Der preußische Führer entschloß sich daher zur Umfassung des feindlichen rechten Flügels. Doch auch hier fanden die Preußen heftigen Widerstand, der durch das Eingreifen der aus der Reserve herangezogenen sächsischen Truppen noch an Nachhaltigkeit gewann. Schritt für Schritt mußten die Schützen, von Felsblock zu Felsblock vorspringend, vorwärts zu kommen suchen. Schließlich machte sich allerdings die immer weiter ausgreifende Umfassung der Preußen fühlbar. Außerdem traf aber ein Befehl Benedek's ein, sich in ein Gefecht mit überlegenen Kräften nicht einzulassen, sondern vor Allem den Rückzug auf Miletin zu sichern, da die Sachlage ein Vorgehen mit der Hauptarmee auf Gitschin verbiete. Nicht ohne große Schwierigkeiten vermochten die Oesterreicher und Sachsen das heftige Gefecht abzubrechen, und sie erwehrten sich dabei so tapfer der nachdrängenden Preußen, daß deren rechte Kolonne erst gegen 11 Uhr Abends vor dem Westeingang von Gitschin erschien. Dieselbe hatte in heftigem Gefechte mit dem österreichischen linken Flügel bis 8 Uhr Abends nicht erheblich Terrain gewonnen, als der Befehl des Generals Clam-Gallas zum Abbrechen des Kampfes auch hier eintraf, infolge dessen den abziehenden Oesterreichern die Truppen des Generals von Werder auf Gitschin folgen konnten. Die Mitternacht verstrich, ehe die nach und nach von allen Seiten anrückenden preußischen Abtheilungen vollständig Herren der Stadt waren, aus welcher der Gegner sich in wirren Massen zurückgezogen hatte. Gegen 1500 Mann waren auf Seite der Preußen gefallen oder verwundet, unter Letzteren auch General von Tümpling; mehrere Offiziere und viele Mannschaften waren bei den ungeheuren Anstrengungen des Tages vor Erschöpfung in Reih und Glied todt niedergesunken. Den Oesterreichern und Sachsen hatte der Kampf an Todten und Verwundeten etwa eben so viel wie den Preußen gekostet, aber sie hatten außerdem 3000 Mann als Gefangene in den Händen des Siegers gelassen.

Das Ergebniß dieses Sieges war, daß nunmehr die I. und II. Armee zum gemeinschaftlichen Weiterhandeln wenige Stunden von einander entfernt standen, ohne feindliche Streitkräfte zwischen sich zu haben.

Im Laufe des 29. hatten inzwischen das vorrückende 5. Corps bei Schweinschädel, die Garde bei Königinhof die letzten österreichischen Abtheilungen auf das rechte Elbufer zurückgeworfen, wo nun Benedek seine ganze Armee versammelt hatte. — Somit drängte auf beiden Seiten die Lage zur Hauptentscheidung.

Abreise des Königs Wilhelm zur Armee. Sobald der König die Meldungen vom Vorschreiten der drei Armeen erhalten und erfahren hatte, daß sie durch glückliche Kämpfe aus den Gebirgspässen heraus und über die Iser bis zur Elbe vorgedrungen seien, beschloß er, in Voraussicht des nahe bevorstehenden Entscheidungskampfes, sich sofort mit seinem Stabe zum Heere nach Böhmen zu begeben. Vom jauchzenden Zuruf des Volkes begleitet, verließ er am 30. Juni Morgens Berlin. Während seiner ganzen Reise begrüßte gleicher Jubel der Bevölkerung den Monarchen, welchem unterwegs noch der Bericht über den glänzenden Ausgang des Kampfes bei Gitschin zuging. Der I. Armee wurde daher ungesäumt der Befehl zugesendet, in der Richtung auf Königgrätz weiter vorzurücken, durch welche Bewegung die österreichische Armee sich veranlaßt sehen mußte, ihre Stellung auf dem rechten Elbufer nordwärts von Josephstadt aufzugeben und damit die Uebergänge über den Fluß der II. Armee zu überlassen. Als dann der König am 2. Juli in Gitschin eintraf und hier die näheren Angaben über die augenblickliche Lage erhielt, sah man sich vor die Wahl gestellt, den Feind, von dem man annehmen mußte, daß er bereits auf das linke Elbufer zurückgegangen sei und zwischen Josephstadt und Königgrätz, Front gegen

Westen, Stellung genommen habe, entweder in dieser starken Linie mit der I. Armee in der Front, mit der II. in der rechten Flanke anzugreifen, oder aber mit dem gesammten Heere im Rechtsabmarsch bei Pardubitz die Elbe zu überschreiten und so den Feind zum weiteren Rückzuge zu zwingen. Bevor man sich jedoch zu einer dieser Maßregeln entschloß, sollten zunächst die augenblicklichen Stellungen des Feindes genau ermittelt werden und zu diesem Zwecke größere Auskundschaftungen stattfinden. Durch Generalstabsoffiziere und Vorpostenabtheilungen der I. Armee war inzwischen bereits festgestellt worden, daß der Feind, entgegen den Annahmen der obersten Heeresleitung, noch auf dem rechten Elbufer stand.



Kronprinz Albert von Sachsen bei Gitschin. Zeichnung von A. Beck.

Feldzeugmeister Benedek konnte am 30. die Gesammtlage seines Heeres leicht überblicken und vor allen Dingen an dem Vordringen der I. Armee über Gitschin hinaus nicht mehr zweifeln. Er erkannte sofort, daß er in seiner Stellung zwischen Josephstadt und Miletin, mit der Front gegen die II. Armee, von der I. bald in Rücken und Flanke gefaßt sein werde, und ordnete daher für die Nacht zum 1. Juli den Rückzug der gesammten Nordarmee in der Richtung auf Königgrätz an. Derselbe wurde mit all den Schwierigkeiten, welche bei unvorbereiteten Bewegungen eng zusammengedrängter Heeresmassen unvermeidlich sind, bis tief in den 1. Juli hinein bewerkstelligt. Der österreichische Oberbefehlshaber schob die Hauptschuld an der augenblicklich so ungünstigen Situation ungerechtfertigter Weise dem General Clam-Gallas zu, obgleich dieser nur höherem Befehle folgend nach heftigen Kämpfen gegen die I. und Elbarmee die beiden ihm zugetheilten Corps über Gitschin zurückgeführt hatte. In seiner niedergedrückten Stimmung telegraphirte Benedek gegen Mittag des 1. Juli an Kaiser Franz Joseph: „Bitte Ew. Majestät dringend, um jeden Preis Frieden zu schließen. Katastrophe für die Armee unvermeidlich!“ Der Kaiser antwortete, daß dies unmöglich sei, und suchte den gesunkenen Muth seines Feldherrn zu heben. Dieser gewann denn auch allmählich wieder Fassung. Am 2. ließ er seine Truppen in den Tags zuvor eingenommenen Stellungen ruhen und ausreichend verpflegen. Als er dann am Nachmittag von sämmtlichen um ihn versammelten Führern der einzelnen Armeecorps übereinstimmende Meldung erhielt, die Truppen, vom besten Geiste beseelt, erwarteten sehnlichst den Kampf, machte er den bereits gefaßten Gedanken zur That.

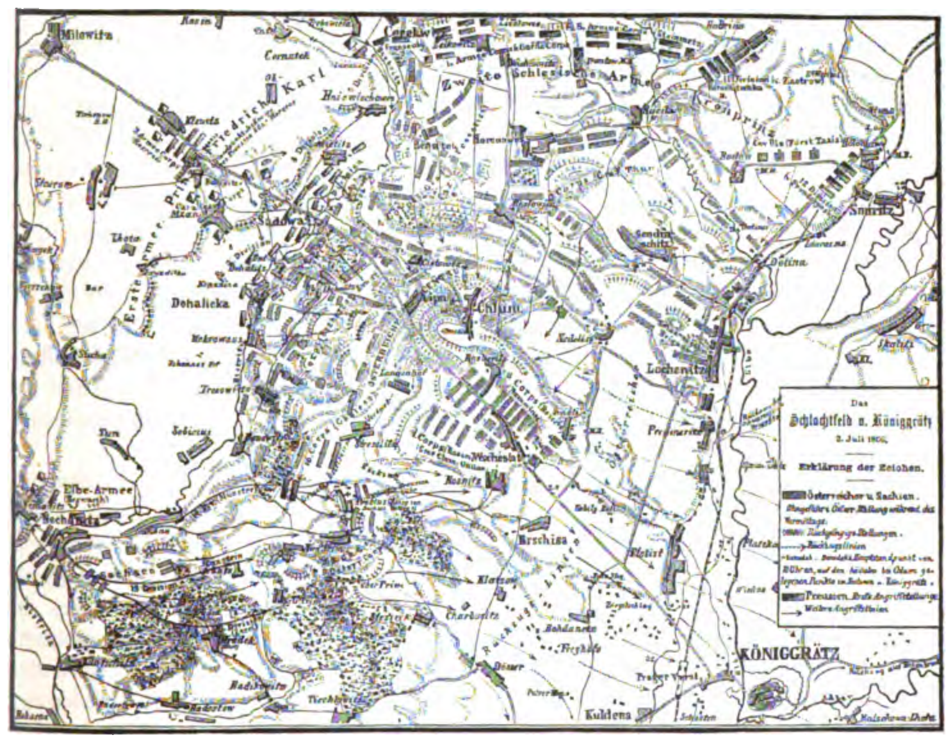
Er ging nicht weiter zurück, sondern, entschlossen die Schlacht anzunehmen, ließ er noch am Spätabend die erforderlichen Befehle ergehen.

Die ausgewählte Stellung der Oesterreicher nordwestlich von Königgrätz, zu beiden Seiten der von dort nach Horsitz führenden großen Straße, mit der Bistritz vor der Front und mit dem rechten Flügel an die Elbe gelehnt, besaß dadurch einen großen Vorzug, daß sie das Anmarschgelände des Angreifers von beherrschenden Höhen aus weithin unter Feuer zu nehmen gestattete; größere Waldstücke und die Ränder mehrerer Ortschaften boten der Infanterie geeignete Vertheidigungspunkte, auch gestattete die hügelige Landschaft eine verdeckte Aufstellung der Reserven, während zahlreich vorhandene Wege die Verbindung der einzelnen Abtheilungen unter einander erleichterten. Dagegen blieb eine große Gefahr bestehen: die Elbe im Rücken, die nur auf Brücken sich überschreiten ließ! Die Zahl der wenigen vorhandenen Brücken wurde zwar durch einige neugefertigten erhöht, doch damit war das Bedenkliche dieses Uebelstandes keineswegs vollständig beseitigt. Zur Besetzung der ausgewählten Stellung standen Benedek 210,000 Mann mit 770 Geschützen zur Verfügung, und obgleich von den acht ihm unterstellten Corps bereits sechs in nachtheilige Gefechte verwickelt gewesen waren und im Ganzen eine Einbuße von mehr als 30,000 Mann erlitten hatten, war die Stimmung der Truppen doch eine gehobene. Ungünstigen Einfluß auf die Heeresführung mußte aber der eben eintreffende Befehl des Kaisers ausüben, demzufolge am Abend vor der Entscheidungsschlacht die beiden ersten Rathgeber des Feldzeugmeisters Benedek, der Chef des Generalstabes, Feldmarschall-Leutnant Henikstein, und der Chef der Operationskanzlei des Hauptquartiers, Generalmajor Krismanic, ihrer wichtigen Stellungen enthoben wurden; auch Graf Clam-Gallas wurde seines Kommandos entsetzt und nach Wien zur Verantwortung berufen. Es sei schließlich auch noch hervorgehoben, daß die durch die Bodengestaltung bedingte Aufstellung der Oesterreicher in einem konvexen Bogen — vorgeschobene Mitte mit zurückgebogenen Flügeln — eine konzentrisch wirkende Vertheidigung ausschloß, daß die Umgehung eines der beiden Flügel den Angreifer in bedenkliche Nähe der Rückzugsstraße bringen mußte, und endlich, daß ein Gesammtvorbrechen aus der eingenommenen Stellung kaum zu ermöglichen gewesen wäre — ein Umstand, der aber wol kaum in den Betrachtungskreis der österreichischen Heerführung gezogen worden war.

Der Entschluß zur Schlacht. Beim Oberkommando der preußischen Armee hatte man, wie erwähnt, am 2. Juli, als man die Anordnungen für den 3. erließ, keine Ahnung von der Absicht des Gegners, auf dem rechten Elbufer und den Fluß im Rücken den Kampf anzunehmen. Und selbst als von Seiten der I. Armee die Anwesenheit bedeutender feindlicher Streitkräfte diesseit der Elbe festgestellt war, ward von Seiten der Oberleitung angenommen, der Gegner sei entweder im Abziehen begriffen oder er schicke sich an, zum Angriff vorzugehen. Solchen Absichten sofort zuvorzukommen, ordnete Prinz Friedrich Karl unverzüglich für den 3. Juli das Vorgehen der I. Armee gegen die Front, der Elbarmee gegen die linke Flanke der Oesterreicher an. Der Kronprinz wurde aufgefordert, auf dem linken Flügel der I. Armee mit einem oder mehreren Corps einzugreifen. Nachdem diese Anordnungen getroffen, begab sich der Generalstabschef der I. Armee, General von Voigts-Rhetz, in das große Hauptquartier des Königs, um über die ergriffenen Maßregeln Bericht zu erstatten. Er war 11 Uhr Nachts; der greise Monarch, von den Anstrengungen der letzten Tage ermüdet, wollte sich eben zur Ruhe begeben. Doch war hiervon nun keine Rede mehr; kaum hatte er Kenntniß von der Sachlage, so wurde General von Moltke zu ihm beschieden, und in kaum einer Stunde war der Befehl fertig, der den gemeinschaftlichen Angriff der drei preußischen Armeen für den 3. Juli festsetzte. Für die I. und die Elbarmee war das Erforderliche bereits veranlaßt; es galt also nur noch die weit zurückstehende II. Armee mit Weisung zu versehen, was ohne Verzug geschah. So durfte man im großen Hauptquartier darauf rechnen, zur Schlacht über 220,000 Mann mit 792 Geschützen

vereinigen zu können, von denen die Truppen des Kronprinzen allerdings am Vormittage kaum zur Stelle zu sein vermochten. Es war hiermit eine Schlacht eingeleitet, wie sie seit den Tagen von Leipzig nicht wieder geschlagen war, und die an Bedeutung und Wirkung jene noch bei weitem übertreffen sollte! Nicht ohne Einfluß auf die Entschließungen war wol auch das für die nächsten Tage angekündigte Eintreffen des französischen Botschafters Graf Benedetti gewesen. Napoleon, der bei seinen Zukunftsplänen nur ein Interesse daran haben konnte, daß sich die deutschen Großmächte im gewaltigen Ringen einander möglichst schwächten, und der gewiß mit innerem Behagen dem entbrannten Streite zuschaute, glaubte also die Zeit jetzt gekommen, seine unthätige Zuschauerrolle mit der eines nach Vortheil spähenden Vermittlers zu vertauschen. Dem gegenüber mußten vollzogene Thatsachen in die Wagschale geworfen werden können.

Im alten Wallensteinschen Schlosse zu Gitschin ruhte Preußens König die wenigen bis zum Anbruch des Entscheidungstages noch übrigen Stunden.



Plan des Schlachtfeldes von Königgrätz.

Schlacht bei Königgrätz. Noch ehe die Nacht dem Tage wich, begann es am 3. Juli in den Lagern der I. und der Elbarmee lebendig zu werden; rasselnde Trommeln und schmetternde Trompeten schreckten bald nach Mitternacht die kaum eingeschlafenen Krieger vom feuchten Strohlager auf. Es dauerte nicht lange, so waren die Kolonnen marschbereit, und lautlos wälzten sich schwarze Massen in dem Dunkel der Nacht auf den Straßen hin. Auch Nacht und Tag lagen heute in langem Kampfe; dichte Nebelmassen wehrten dem Sonnenlicht. Sie ballten sich mehr und mehr zu schweren Wolken zusammen, die in zunehmend starkem Regen zur Erde niederfielen. Der sanggewohnte und sonst so heitere Sohn des Rheinlandes zog heute schweigsam seine Straße, unter den vom Regen noch erschwerten Tornister die Arme als Tragestützen schiebend und die bereits stark mitgenommenen Stiefeln mit Mühe aus dem zähen Koth der aufgeweichten Straße ziehend. Hier und da nur ertönte vereinzelt und halblaut die Weise „Morgenroth, Morgenroth!“ aus dem Munde eines freiwillig zu den

Fahnen geeilten, sentimental gestimmten Musensohnes. Der „Verbündete von der Katzbach“ vermochte aber heute nicht auch die Gewehre stumm zu machen; sie blieben diesmal trotz des Regens schußtüchtig. Wie bei Belle-Alliance hieß es „Vorwärts Kinder! Wir müssen heute noch heran an den Feind!“ — Und sie kamen an den Feind, die braven Söhne des magdeburgischen Landes, die Pommern, Rheinländer und Westfalen!

Vier Divisionen der I. Armee entwickelte Prinz Friedrich Karl gegen die Bistritzlinie, zwei (die 3. und 4.) rechts, zwei (7. und 8.) links und auf der großen Straße von Horsitz nach Königgrätz; als Reserve folgte außer der Kavallerie das 3. Armeecorps. Die auf der großen Straße vorgehende 8. Division gelangte bis dicht an die Bistritz bei Sadowa, als ihr zehn Minuten nach 7 Uhr von feindlicher Seite die erste Kanonenkugel entgegengesendet wurde. Dichter Morgennebel verhinderte jede Fernsicht, und vergeblich lugten Prinz Friedrich Karl und sein Stab von der Höhe bei Dub nach den Stellungen des Feindes aus.

Es entwickelte sich nun zwischen der auf den Höhen jenseit der Bistritz in vorbereiteten Stellungen trefflich untergebrachten zahlreichen österreichischen Artillerie und den Batterien der genannten Division ein anhaltender heftiger Geschützkampf, in welchem die letzteren einen schweren Stand hatten.

Ungefähr eine Stunde mochte dieser Kampf bereits gedauert haben, da erscholl auf preußischer Seite zwischen dem Kanonendonner näher und näher der Gefechtslinie jubelndes Hurrahrufen. An den Truppenkolonnen vorbei eilte der König nach vorn, um die Leitung der Schlacht zu übernehmen. Da man über die Absichten des Gegners vollständig im Unklaren geblieben und in Zweifel war, ob derselbe hinter der schützenden Artillerie seinen Rückzug bewerkstellige oder seine Truppen zum Angriff sammle, gab der König nunmehr den Befehl zum Vorgehen über die Bistritz. In zähem, verlustreichem Gefecht setzte sich die 8. Division an der großen Straße und nördlich derselben allmählich in den Besitz der Thalniederung, während weiter rechts die beiden Divisionen des 2. Corps auf das linke Bistritzufer gelangten. Vergeblich waren aber an all diesen Punkten die Versuche, den Feind aus seiner hochgelegenen Hauptstellung zu verdrängen; das 10. und 2. österreichische Armeecorps leisteten hier zähen Widerstand.

Sobald der Kanonendonner bei Sadowa begonnen hatte, war auf dem äußersten linken Flügel der I. Armee General von Fransecky mit der 7. Division von Cerekwitz auf Benatek vorgedrungen; hierauf ließ er, um die Kräfte des Gegners von den rechts von ihm in der Front fechtenden Truppen abzulenken, seine Bataillone gegen den vom Feinde stark besetzten Swiepwald vorstürmen. Sie dringen glücklich in denselben ein; aber aus dem 2000 Schritt breiten und etwa 1000 Schritt tiefen, von Schluchten durchzogenen, theils mit Hochwald, theils mit Unterholz bestandenen Waldgelände ist der Gegner nicht ganz zu verdrängen. Jede einheitliche Leitung des Kampfes ist unmöglich; vereinzelt kämpfen überall einzelne Trupps, von Offizieren oder älteren Leuten geführt. Ein Gedanke beseelt jedoch Alle, vom höchsten Offizier bis hinab zum jüngsten Tambour: „Bis in den Tod den eroberten Boden festhalten!“

Allmählich hat General von Fransecky, der im Walde mitten unter seinen Truppen, sie aufmunternd, weilt, die letzten Bataillone eingesetzt; die Verluste mehren sich in erschreckender Weise. Von den Höhen herab sendet die österreichische Artillerie ihre Geschosse mit fast nie fehlender Sicherheit. Zwei österreichische Corps, das 4. und 2., denen die Sicherung der rechten Flanke mit Anlehnung an die Elbe, Front nach Norden, gegen die etwa anrückende Armee des Kronprinzen übertragen war, hat dieser Hexenkessel, der Swiepwald, derartig angezogen, daß sie, uneingedenk ihrer ursprünglichen Aufgabe, die vorgeschriebene Stellung verlassen und sich gegen die Division Fransecky, also entschieden nach Westen zu, wenden. Mit wuchtigen Stößen dringen die Oesterreicher, ganze Brigaden auf einmal, in den Wald. Hier werfen sie die Preußen zurück, dort müssen sie weichen! Aber sie lassen nicht nach; immer neue Kräfte werden aufgeboten.



König Wilhelm bei Königgrätz. Zeichnung von H. Lüders.

Benedek, der gegen 9 Uhr auf der Höhe bei Chlum eingetroffen ist, sieht das wüthende Ringen seiner beiden Corps, die ihre Stellung verlassen haben. Er schickt den Befehl, sofort den vorgeschriebenen Platz einzunehmen. Aber die Kämpfenden können nicht ablassen — weiter tobt der Kampf! „Ein Schlachten ist's, nicht eine Schlacht zu nennen." Bajonnet und Kolben sind in voller Thätigkeit! „Haltet aus!" heißt es überall in den Reihen der braven preußischen Regimenter; „haltet aus! Der Kronprinz muß bald kommen!"

Besorgten Blicks richtet König Wilhelm vom Roskosberge bei Sadowa oftmals sein Fernrohr auf den hin- und herwogenden Kampf im Swiepwalde; Adjutanten sprengen wiederholt hin, um den Stand des Gefechts zu erfahren! „Wir halten bis zum letzten Mann aus", lautet stets Fransecky's feste Antwort. Erwartungsvoll läßt der Monarch seine Blicke nach Norden schweifen. Doch nirgends zeigt sich eine Spur vom Herannahen der II. Armee! Nur Einer bleibt ruhig in diesen bangen Stunden. Gelassen überblickt Moltke das Schlachtfeld. Er reitet bald da, bald dort hin und überzeugt sich vom Stand der Dinge. Hinten im Süden, nach Nechanitz zu, sieht er die Rauchwolken der Geschütze näher und näher rücken; der Kanonendonner dringt immer vernehmlicher von dort herüber.

General Herwarth hat am Morgen mit seiner Avantgarde Nechanitz genommen und dann seine drei Divisionen gegen die Stellung der Sachsen bei Nieder-Prim geführt. Tapfer vertheidigen diese den Boden, und auch hier fließt Blut in Menge im führerlosen Waldgefechte oder im hartnäckigen Streite um die Ortschaften. Vorwärts jedoch dringen die Rheinländer und Westfalen von Abschnitt zu Abschnitt. Kühne Vorstöße der Sachsen, unterstützt vom österreichischen 8. Corps, machen wol die Reihen der Preußen für Augenblicke schwanken, aber Zündnadelgewehr und Kompagnie-Kolonnentaktik siegen schließlich auch hier, und der Kronprinz von Sachsen sieht sich auf die Höhen bei Problus zurückgedrängt; gehen diese verloren, so stehen die Preußen dicht an der Rückzugsstraße nach Königgrätz!

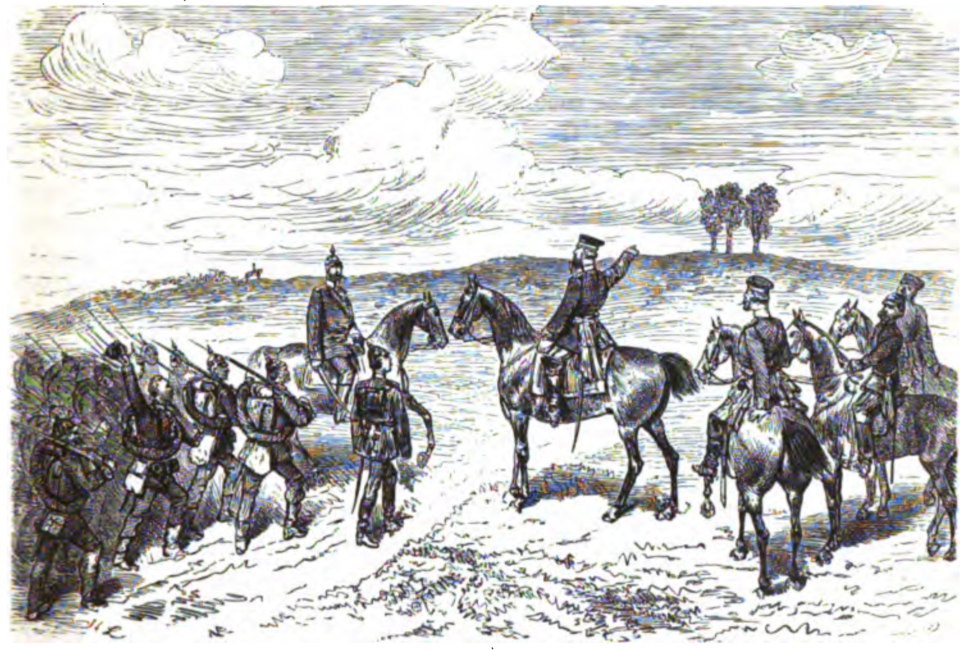
Um diese Zeit, in den ersten Nachmittagsstunden, ist die Wage auch auf dem linken Flügel der Preußen bereits zu deren Gunsten gesunken! Noch bevor das heut umwölkte Tagesgestirn die Mittagshöhe erreicht hat, sieht man vom Roskosberg aus die österreichischen Batterien bei Horenowes ihr Feuer nicht mehr auf Fransecky's Bataillone, sondern nach Norden richten! Das kann nur der Armee des Kronprinzen gelten!

Und richtig! Bald zeigen sich auch dunkle, vorwärtsschreitende Linien! Auch drüben steigen hierauf Rauchwolken empor! „Majestät, jetzt ist die Schlacht gewonnen!" wendet sich Moltke mit bewegter Stimme an seinen Kriegsherrn. Nicht vergeblich hatte man auf das Eintreffen des Kronprinzen gerechnet! Wenn auch der Führer des I. Corps den früh erhaltenen Befehl zum Vormarsch nicht richtig aufgefaßt und mit dem Aufbruche gezögert hatte, so weiß doch der Kronprinz seine Anordnungen so schnell und treffend abzugeben, daß die Garde und das VI. Corps bald auf den nächsten Wegen zum Umfassen des feindlichen rechten Flügels vorschreiten. Während das letztgenannte Corps sich links bis zur Elbe ausdehnt, sucht die Garde die Anlehnung an die I. Armee; ihr wird die Lindenhöhe bei Horenowes als nächstes Ziel angewiesen. Zwar vergehen noch Stunden, ehe die Garden wirksam eingreifen können, aber schon der der Anmarsch derselben verschafft der im ungleichen Kampf fast erdrückten Division Fransecky Erleichterung.

Sobald Feldzeugmeister Benedek die Näherung der II. Armee erfährt, befiehlt er, das 4. und 2. Corps in die ursprünglich ihnen zugewiesene Stellung zurückzuführen. Auch jetzt bedarf es einer Wiederholung des Befehls, ehe er ausgeführt wird. Mittlerweile waren jedoch des Kronprinzen Scharen bereits so nahe herangerückt, daß die befohlene Flanken- oder Rückwärtsbewegung nicht mehr ohne Störung durch den Feind ausgeführt werden konnte. Nach leichtem Widerstande nahm die erste Gardedivision die Höhe von Horenowes und drang dann sofort auf Masloweb vor, das der Feind bald aufgab. In ihrem Siegeslauf ließ sich die brave Truppe durch nichts aufhalten; gegen die mit Artillerie dicht besetzte Höhe von Chlum stürmen todesmuthig verwegene Schützenschwärme, gedeckt durch hohes Korn, vor.

Ein herrlicher Siegespreis wird ihnen zutheil; eine große Zahl von Kanonen fällt in ihre Hände, der übrige Theil der Artillerie muß eiligst den Rückzug antreten.

Chlum selbst, der wichtige Mittelpunkt der österreichischen Stellung, wird von der Garde behauptet; sie dringt sogar in Rosberitz (ein Dorf an der Straße nach Königgrätz) ein. Benedek, welcher Meldung von diesen rasch erkämpften entscheidenden Erfolgen der feindlichen Elitetruppen erhält, zweifelt an der Richtigkeit der Angaben; er sprengt nun selbst vor, sieht sich aber von den preußischen Geschossen gar bald über den Sachverhalt belehrt. Die nächste zur Hand befindliche Brigade wird zur Zurückeroberung von Chlum aufgeboten, aber wiederholt blutig abgewiesen. Lipa, der linke Stützpunkt der österreichischen Mitte, ist unterdessen an die zweite Gardedivision verloren gegangen. Das 3. und 10. österreichische Armeecorps, hierdurch im Rücken bedroht, räumen nun ihre kraftvoll vertheidigten Stellungen der Bistritz gegenüber; ihnen nach drängen alsbald die Truppen des Prinzen Friedrich Karl.



Die drei Linden bei Königgrätz. Zeichnung von H. Lüders.

Doch Benedek hat noch zwei vollständige, bisher nicht am Kampfe betheiligt gewesene Armeecorps zur Verfügung. Sie sollen jetzt die wichtigen Punkte Rosberitz und Chlum wieder nehmen. Die Brigaden des 6. Corps gehen entschlossen vor. Trotz des heftigen Dreindonnerns der preußischen Garde-Artillerie gelingt es ihnen, die durch den anhaltenden Kampf in ihren Truppenverbänden sehr gelockerten Gardebataillone aus Rosberitz zu verdrängen und auch in Chlum allmählich Fortschritte zu machen. Da — im Augenblicke höchster Gefahr, wo Alles auf dem Punkte steht, wieder verloren zu gehen — naht Hülfe.

Das preußische I. Armeecorps langt endlich mit seinen vordersten Kolonnen auf dem Schlachtfelde an, und mit frischem Muth geht es nun auf den in Chlum eingedrungenen Feind los. General von Hiller, der tapfere Führer der 1. Gardedivision, begrüßt freudig die heiß ersehnte Hülfe — dann sinkt er lautlos nieder, vom Geschosse des Feindes zum Tode getroffen; auf seinen erstarrten Zügen blieb die empfundene Siegesfreude ausgedrückt. Auch bei Rosberitz kam Hülfe. Das preußische VI. Corps, seit Mittag in stetigem Vordringen gegen die äußersten Abtheilungen des österreichischen rechten, bis an die Elbe ausgedehnten Flügels, hat denselben umfaßt und zurückgedrängt. Seine Artillerie überschüttet nun von der Höhe bei Sweti das von den Oesterreichern wieder eroberte Rosberitz mit

Granaten; die Infanterie der 11. Division stürmt dann gegen den Ort vor. Diesem Anprall vermögen die Oesterreicher nicht Stand zu halten. Sie weichen zurück. Doch ihr 1. Corps schreitet angriffsweise vor und erringt auch anfänglich einige Vortheile, bricht aber schließlich unter der mörderischen Wirkung des Zündnadelgewehrs zusammen. Mit einem Verlust von mehr als 10,000 Mann flutet eine wirre Masse haltlos zurück.

Damit ist der Kampf entschieden. Eine einzige noch nicht verwendete Brigade benutzt Benedek, um den Rückzug seines Heeres zu decken; doch die von allen Seiten zusammengedrängten Scharen wälzen sich als eine unleitbare Masse in wilder Flucht den Elbübergängen bei Königgrätz zu. Nur die Sachsen, welche ihr Kronprinz, sobald er den Rückzug der österreichischen Mitte wahrgenommen, nach tapferer Vertheidigung von Problus zurückgeführt, bewahren inmitten des Schreckens der wildesten Auflösung ihre militärische Haltung. Und wie, treu bis in den Tod, die österreichischen Artilleristen bei ihren unrettbar verlorenen Geschützen in dem heißen Kampfe sich todtschlagen ließen, so setzte sich jetzt auch die noch unerschütterte österreichische Reiterei rücksichtslos für die dahinfliehenden Kampfesbrüder ein. Ihre stolzen Geschwader durchbrausen bei Langenhof, Stresetitz und Problus das Blachfeld und werfen sich todesmuthig den preußischen Kavallerieregimentern entgegen. Ein neues wildes, blutiges Gemetzel mit Klinge, Lanze und Pistole! „Wo unsere Fahnen vorwärts weh'n, da weh' auch die Standart' hinein, da siege Roß und Mann!" Nachdem die österreichische Kavallerie die zur Verfolgung der Fliehenden nachdringende preußische Reiterei so lange aufgehalten, bis sich westlich von Königgrätz eine neue schützende Artilleriestellung gebildet hat, blasen ihre Trompeten zum Rückzug, den nur die preußische Artillerie mit ihren Geschossen begleitet. Erst gegen acht Uhr Abends verhallt allmählich der Kanonendonner. Die herniedersinkende Nacht lagert sich über das mit vielen Tausend Leichen tapferer Krieger bedeckte Schlachtfeld; sie umhüllt auf der einen Seite den Jammer und das unbeschreibliche Elend eines fliehenden Heeres, auf der andern Seite giebt sie den erschöpft auf dem feuchten Boden niedersinkenden Siegern Ruhe und Frieden.

König Wilhelm bei Königgrätz. Ruhe und Frieden brachte sie endlich auch dem königlichen Greise, der vom frühen Morgen bis zum späten Abend alle Anstrengungen und Gefahren seiner tapferen Krieger getheilt hatte. König Wilhelm hatte seit achtundvierzig Stunden kaum zwei Stunden geruht. Nach diesem kurzen Schlummer hatte er einen mehrere Meilen langen Weg zu Wagen zurückgelegt, und nun saß der angehende Siebziger seit vierzehn Stunden im Sattel. Seit dem frühen Morgen hatte er nichts genossen, und ein Stück trockenes Brot, das ein einfacher Soldat mit seinem Könige theilte, war seine erste Speise nach dem Mühen und Anstrengungen des Tages.

Außer den Generalen von Moltke und von Roon gehörte auch Graf Bismarck zur nächsten Umgebung des Königs. Zu wiederholten Malen war dieser während des Fortganges der Schlacht dem Granatfeuer der österreichischen Batterien ausgesetzt gewesen, und am Nachmittage, als eben die Entscheidung gefallen war, gerieth der König, wie wir aus einem Briefe Bismarck's wissen, sogar in Gefahr, von den fliehenden Oesterreichern mit fortgerissen zu werden, indem sich ein Knäuel von zehn Kürassieren und fünfzehn Pferden in der Nähe des Königs blutend überwälzte. Aber gehoben durch das tapfere Verhalten seines Heeres mißachtete der Monarch jede Gefahr. „Und so geriethen wir wirklich wieder ins Feuer hinein", erzählt Bismarck, der sich in der unmittelbaren Nähe des Königs befand, „und ich konnte nicht umhin, meinen königlichen Herrn von Neuem auf die dringende Gefahr aufmerksam zu machen. Lächelnd erwiederte König Wilhelm: „Wo soll ich denn aber als Kriegsherr hinreiten, während meine Armee im Feuer steht?" — Bismarck schwieg. Als aber bald darauf wieder mehrere Granaten in der Nähe des Königs einschlugen, näherte sich ihm Bismarck noch einmal und sprach mit bewegter Stimme: „Als Major habe ich Ew. Majestät auf dem Schlachtfelde keinen Rath zu ertheilen; als Ministerpräsident, von welchem das preußische Volk seinen König fordern wird, bin ich

aber verpflichtet, Ew. Majestät zu bitten, Sich nicht auf diese Weise ernster Gefahr auszusetzen." Der König nickte freundlich und setzte sein Pferd in langsamen Trab, um nach einem andern Punkte zu reiten. Dieses Tempo erschien jedoch Bismarck, welcher etwa eine Pferdelänge hinter dem Könige ritt, nicht schnell genug, und um den geliebten Landesherrn endlich aus dem Bereiche der feindlichen Geschütze zu bringen, faßte der Minister einen Entschluß, wie ihn nur die Gefahr des Augenblicks und auch diese nur einem Bismarck eingeben konnte. Indem er plötzlich den Fuß aus dem Steigbügel hob, gab er mit dem Absatz seines schweren Reiterstiefels dem Pferde des Königs einen empfindlichen Stoß auf die Kruppe. Das Pferd machte einen Satz und schlug ein lebhafteres Tempo an. Der König stutzte, mochte aber die wohlmeinende Absicht errathen und ritt nun in schnellerem Trabe nach einem andern Punkte, um seine anrückenden Truppen zu begrüßen.



Dekorirung des Kronprinzen von Preußen auf dem Schlachtfelde von Königgrätz.
Zeichnung von H. Lüders.

Bei seinem Umritt stieß der König auch auf die auf dem linken Flügel vordringenden Garden, und er schildert selbst diesen Augenblick in seinem Brief an die Königin: „Hier traf ich zuerst auf die tambour battant in vollem Avanciren begriffene zweite Gardedivision und das Gardefüselierregiment inmitten eben genommener zwölf Kanonen. Der Jubel, welcher ausbrach, als diese Truppen mich sahen, ist nicht zu beschreiben; die Offiziere stürzten sich auf meine Hände, um sie zu küssen, was ich diesmal gestatten mußte, und so ging es, allerdings im Kanonenfeuer, immer vorwärts und von einer Truppe zur andern — überall das nicht enden wollende Hurrahrufen! Das sind Augenblicke, die man erlebt haben muß, um sie zu begreifen, zu verstehen!"

Ein ganz besonders erhebender Moment war noch am späten Abend des Schlachttages das Zusammentreffen des Königs und des Kronprinzen, die sich seit dem Aufbruch

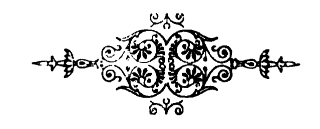
zum Heere hier zum ersten Male wiedersahen. Der König selbst schreibt darüber an seine Gemahlin: „In welcher Aufregung ich war, kannst Du Dir denken, und zwar der gemischtesten Art, Freude und Wehmuth! Endlich begegnete ich noch spät um acht Uhr unserm Fritz mit seinem Stabe. Welch ein Moment nach all dem Erlebten und am Abend dieses Tages! Ich übergab ihm selbst den Orden pour le mérite: ihm stürzten die Thränen herab, denn er hatte mein Telegramm mit der Verleihung nicht erhalten — also völlige Ueberraschung! — — — Einstens Alles mündlich. Erst um 11 Uhr war ich in Horzitz ohne Alles, so daß ich auf einem Sopha kampirte.“

Die energische Verfolgung der fliehenden Oesterreicher noch am Abend des Schlachttages und in der folgenden Nacht aufzunehmen, schien den preußischen Heerführern in Anbetracht des erschöpften Zustandes der Truppen, die in den letzten drei Tagen fast Uebermenschliches geleistet hatten, nicht gerathen. Die ganze Größe und Bedeutung des errungenen Sieges ließ sich ohnehin um diese Zeit noch nicht übersehen. Erst der nächste Morgen verbreitete darüber eine fast überraschende Klarheit, indem er zeigte, daß der Rückzug der Oesterreicher in wilde Verwirrung ausgeartet war, daß die geschlagene Nordarmee, wenn auch nicht völlig vernichtet, so doch auf längere Zeit zur Fortführung des Kampfes und zu fernerem Widerstande unfähig war.

Der Größe des Sieges entsprachen freilich die Opfer, mit welchen er preußischerseits erkauft worden war. 100 Offiziere und 1835 Mann hatten ihr Leben für König und Vaterland hingegeben, 260 Offiziere 6699 Mann hatten ehrenvolle Wunden davongetragen. Unter den Schwerverwundeten befand sich auch ein Angehöriger des königlichen Hauses, der junge Prinz Anton von Hohenzollern-Sigmaringen. Als Leutnant in den Reihen des ersten Garderegiments mitkämpfend, war er von vier Kugeln getroffen worden; nach mehrwöchentlichen schweren Leiden starb er den Heldentod. — Noch ungleich schrecklicher hatten jedoch die preußischen Waffen auf Seiten der Gegner gewirkt. Bei einem Gesammtverlust von mehr als 40,000 Mann waren über 6000 gefallen, über 7000 vermißt und fast 20,000 zu Gefangenen gemacht; 187 österreichische und ein sächsisches Geschütz sowie 11 österreichische Fahnen waren die Trophäen des Siegers.

In dem Augenblick, da man die ganze Größe und Bedeutung dieses Sieges erkannte, stand auch auf preußischer Seite der Entschluß fest, ihn so schnell und energisch als irgend möglich auszunutzen. Das Waffenstillstandsgesuch, mit welchem der österreichische Feldmarschalleutnant Baron von Gablenz am Morgen des 4. Juli im preußischen Hauptquartier eintraf, wurde kurzer Hand abgewiesen, umsomehr, da der Unterhändler weder eine militärische noch eine diplomatische Vollmacht aufzuweisen vermochte, und während der Kronprinz mit der II. Armee den in der Richtung auf Olmütz fliehenden Feind verfolgte, setzte sich die preußische Hauptmacht unmittelbar gegen die Hauptstadt Oesterreichs in Bewegung.

Wir verlassen damit auf kurze Zeit den böhmischen Kriegsschauplatz, wo mit der Schlacht von Königgrätz zugleich die Entscheidung des Krieges gefallen war, indem wenige Tage nachher die Diplomatie, dank dem festen Verhalten Bismarck's, eine erfolgreiche Thätigkeit entwickeln konnte. Doch haben wir uns nun dem zweiten, kleineren Theile des preußischen Heeres, welchem nach der Schlacht bei Langensalza die Fortführung des Kampfes auf dem westlichen und südwestlichen Kriegsschauplatz zufiel, und den dort vollbrachten ruhmreichen Kriegsthaten zuzuwenden.





Einrücken der ersten preußischen Truppen in Frankfurt a. M.

Der Feldzug der Mainarmee.

Dem verhängnißvollen Bundesbeschlusse vom 14. Juni gemäß hätten vier deutsche Armeecorps, das VII.—X., gegen Preußen aufgestellt werden müssen. Da jedoch die Kurhessen und die zum X. Bundescorps gehörenden Truppen zur Besetzung der Bundesfestungen verwendet wurden, so traten thatsächlich nach Entwaffnung der Hannoveraner nur das VII. und VIII. Corps ins Feld. Von diesen war das VII. Corps aus den vier Divisionen der bayerischen Armee gebildet, welche im Ganzen etwa 40,000 Mann mit 134 Geschützen zählten und unter den Befehl des Prinzen Karl von Bayern gestellt waren. Dieser Prinz, obwol schon über 70 Jahre alt, besaß noch große geistige Regsamkeit und schien durch seine Geburt, Kriegserfahrung und militärische Vergangenheit besonders geeignet, die schwierige Aufgabe — Einigung so vieler verschiedener Elemente — zu lösen. Ihm war nämlich zugleich der Oberbefehl über das VIII. Bundesarmeecorps mit übertragen. Dieses setzte sich aus Württembergern, Badensern, Hessen und Nassauern zusammen, zu denen noch eine bisher als Besatzung der Bundesfestungen verwendete österreichische Brigade trat, und umfaßte in seinen vier Divisionen etwa 46,000 Mann mit 134 Geschützen. An der Spitze dieses Corps stand der Prinz Alexander von Hessen, der sich als österreichischer Feldmarschall-Leutnant im Feldzuge von 1859 den Ruf eines guten Heerführers erworben hatte.

Die Truppen dieser beiden Armeecorps waren fast durchweg von sehr guter Beschaffenheit, auch tüchtig ausgebildet und, abgesehen von den Vorderladern der Infanterie,

wohl ausgerüstet. Aber Manches trat hemmend dazwischen und bewirkte, daß die Truppen das nicht leisten konnten, was von ihrer Ausbildung und Tapferkeit sich hätte erwarten lassen. In Bayern befand sich ein anderes Schießgewehr, ein anderes Geschütz, ein anderer Schießbedarf im Gebrauch als beim VIII. Armeecorps, und die Nassauer und Oesterreicher hatten wieder ihre besonderen Einrichtungen. Störend war dabei schon das verschiedene Exerzitium der Soldaten und damit zusammenhängend das verschiedenartige Kommando — abgesehen von der widerwilligen Unterordnung der Befehlshaber — während bei den Preußen ein einheitliches Kommando, eine einheitliche Führung, eine bei weitem strengere Zucht herrschte und an Widerwilligkeit nicht zu denken war.

Nahm schon die wenig oder gar nicht vorbereitete Mobilmachung der einzelnen Heeresabtheilungen geraume Zeit in Anspruch, so mußte außerdem die Tüchtigkeit der Führer und Truppen auf das Nachtheiligste von den Sonderinteressen, die jeder der einzelnen deutschen Staaten mit gewisser Berechtigung durch seine Streitmacht vertreten wissen wollte, beeinflußt werden, zumal da es nicht gelungen war, mit Oesterreich einen gemeinschaftlichen Operationsplan zu vereinbaren. Generalleutnant von der Tann, aus den achtundvierziger Jahren als unternehmender Freicorpsführer im Kriege Schleswig-Holsteins gegen Dänemark dem deutschen Volke vortheilhaft bekannt, war als Generalstabschef des Prinzen Karl von Bayern am 10. Juni über Wien nach Olmütz in das Hauptquartier der österreichischen Nordarmee geeilt. Doch hatte man dort nur in allgemeinen Zügen das Zusammenwirken des VII. und VIII. Bundescorps festgesetzt; beide Corps sollten durch Vordringen in nordwestlicher Richtung die Rheinprovinz von den übrigen preußischen Landen trennen und eine bedeutende feindliche Streitmacht von den in Böhmen auftretenden Heeresmassen abziehen.

Zum Schutze des noch in Frankfurt weilenden Bundestages und aufgefordert von demselben, war das VII. Corps, je nachdem die einzelnen Staaten ihre Truppen kriegsbereit gemacht hatten, allmählich in der Zeit vom 17.—25. Juni bei genannter Stadt versammelt worden, wo sich der kommandirende General, sobald die ersten Besorgnisse über ein Vordringen der Preußen von Wetzlar her verscheucht waren, mit Besichtigungen und Veröffentlichen schwungvoller Proklamationen beschäftigte. Die Bayern waren bis zum 21. bei Bamberg versammelt worden, und da man dort erfuhr, daß die hannoverschen Truppen von Göttingen aus durch einen Marsch nach Süden sich mit ihnen zu vereinigen beabsichtigten, so wurde beschlossen, jenen Truppen entgegen zu rücken. Die mangelhaften oder eher falschen Nachrichten, die man in den nächsten Tagen über die Bewegungen und das Verhalten der Hannoveraner erhielt, hatten zur Folge, daß die bayerischen Truppen in den verschiedensten Richtungen hin und her zogen und schließlich nicht ohne gleichzeitiges Verschulden der schwankenden hannoverschen Heeresleitung die beabsichtigte Vereinigung durch die bereits erwähnte Waffenstreckung bei Langensalza vereitelt wurde.

Inzwischen hatte Prinz Karl am 26. mit dem Prinzen Alexander von Hessen eine Vereinigung der beiden Corps bei Hersfeld behufs gemeinschaftlichen weiteren Vorrückens vereinbart. Die Absicht, den Hannoveranern zur Hülfe zu eilen, hatte ihn jedoch ganz aus der geplanten Marschrichtung gedrängt, und als am 30. die Uebergabe der hannoverschen Armee als unzweifelhafte Thatsache feststand, befanden sich die Bayern in der Gegend von Meiningen. Prinz Alexander wurde nunmehr aufgefordert, sich durch Rechtsabmarsch näher an die Bayern heranzuziehen, die ihm dann von links her über Geisa und Hilders die Hand reichen wollten. Bereitwillig ging der Führer des VIII. Corps auf diese Vorschläge ein, obgleich sie den Interessen der durch seine Truppen vertretenen Staaten nicht so recht entsprachen. Man hatte hierbei aber nicht die Maßregeln der Preußen ins Auge gefaßt.

General Vogel von Falckenstein hatte seinen Truppen nach Waffenstreckung der Hannoveraner einen Tag lang in den augenblicklich eingenommenen Quartieren Ruhe gegönnt.

dann aber sofort die Operationen gegen die süddeutschen Truppen begonnen. In Betreff seines Weiterhandelns hatte sich General von Moltke dahin ausgesprochen, daß, wie für den ganzen Krieg der Schwerpunkt des Widerstandes in der österreichischen Armee liege, so die Bayern den Kern der süddeutschen Gegnerschaft bildeten. Es sei daher rathsam, den Weg über Fulda nach Schweinfurt einzuschlagen; man verhindere hierdurch die Vereinigung der beiden feindlichen Corps und werde sicher die bayerische Armee treffen, wenn man sie im eigenen Lande aufsuche.

Am 1. Juli trat nun General von Falckenstein den Vormarsch in der bezeichneten Richtung an. Seine Streitmacht bestand aus den drei Divisionen Beyer, Goeben und Manteuffel. Sie bezifferte sich im Ganzen auf etwa 45,000 Mann mit 97 Geschützen und erhielt nunmehr im Hinblick auf das Operationsziel den Namen „Mainarmee“.



Truppen des ehemaligen VIII. Bundes-Armeecorps. Zeichnung von A. Beck.

Schon am 2. Juli stieß man auf bayerische Vortruppen, welche den Quermarsch des VII. Corps durch das Rhöngebirge auf Fulda zu in der Gegend von Wasungen deckten. Tags darauf wiederholten sich diese Berührungen, und der preußische Oberbefehlshaber suchte deshalb sein nächstes Ziel, Fulda, möglichst schnell zu erreichen, was auch am 6. gelang, ehe noch die Vereinigung der beiden deutschen Bundescorps vollzogen war. Zur Seitendeckung dieses Marsches hatte sich General von Goeben am 4. in der Gegend von Dermbach den anrückenden bayerischen Truppen entgegengeworfen, dann aber, der erhaltenen Instruktion gemäß, selbigen Tages den Weitermarsch auf Fulda angetreten.

Der Zusammenstoß bei Hünfeld. Die Spitze der Division Beyer stieß an diesem Tage nördlich von Hünfeld auf die Avantgarde der ohne Verbindung mit den anderen Truppen vorgerückten bayerischen Reservekavallerie. Nach einigen Kartätschschüssen von beiden Seiten jagten die bayerischen Reiter zurück, und das ganze Kavallerie-Reservecorps machte infolge dessen Kehrt, indem es sich in den Wäldern und Thälern des Rhöngebirges ohne den Schutz genügender Infanterie trotz der begleitenden 12 Geschütze ernstlich bedroht fühlte. Der Rückzug ging am Abend in der Richtung auf Bischofsheim durch einen großen

Wald. Unvorsichtiger Weise wurden einige Karabiner abgeschossen. Auf einmal wirres Geschrei: „Die Preußen sind da!" — und in wilder Flucht sprengt Alles, so schnell die Pferde laufen können, durch das Dunkel der Nacht dahin. Die meilenweit aus einander gerathenen Mannschaften konnten erst nach mehreren Tagen bei Brückenau wieder gesammelt werden!

Prinz Karl von Bayern, als er die Nähe der preußischen Truppen erfuhr und den wichtigen Straßenpunkt bei Dermbach durch diese besetzt fand, gab sofort jeden Gedanken an einen weiteren Vormarsch auf und beschloß, rückwärts bei Neustadt an der fränkischen Saale seine Kräfte zu sammeln; Prinz Alexander, aufgefordert, seine Corps gleichfalls dorthin zu führen, zog es jedoch vor, dem nicht Folge zu geben. Die Nachricht von der Schlacht bei Königgrätz war an ihn gelangt; er durfte sich sagen, daß unter solchen Umständen die Operationen in Süddeutschland von ganz untergeordneter Bedeutung sein mußten und nicht im Stande seien, das Kriegsglück der Oesterreicher wieder herzustellen. So schien es ihm denn auch zwecklos, die Sonderinteressen der in seinem Corps vertretenen Staaten beiseite zu lassen und sich an die Bayern heranzuziehen. Er ordnete vielmehr den Rückzug seiner Truppen hinter den Main in der Richtung auf Frankfurt an, wohin ihn auch der dort immer noch weilende Bundestag entboten hatte.

Bei Hammelburg und Kissingen. In kleinen Märschen zogen die bayerischen Truppen der fränkischen Saale zu; das schlechte Wetter, dem eine große Hitze vorhergegangen war, und wiederholtes Bivuakiren ohne Stroh hatte nachtheilig auf ihren Zustand eingewirkt. Kaum hatten sie ihr Marschziel erreicht, so erschienen am 10. Juli auch schon die preußischen Truppen, die nach heftigem Kampfe, namentlich bei Hammelburg (Division Beyer) und Kissingen (Division Goeben), über die Saale vordrangen und den Prinzen Karl nöthigten, sich nun bis hinter den Main auf Schweinfurt zurückzuziehen. General von Falckenstein folgte dem Feind in dieser Richtung, als ihn am 11. eine Depesche des Generals von Moltke davon unterrichtete, daß es bei den in naher Aussicht stehenden Verhandlungen von Wichtigkeit sei, die Länder nördlich des Mains thatsächlich besetzt zu haben. Daher ließ noch an demselben Tage der preußische Heerführer von den Bayern ab und schlug über Gemünden die Richtung auf Frankfurt ein.

Die Nachricht von dem Vordringen der Preußen über die fränkische Saale hatte das VIII. Corps in seiner Stellung bei Frankfurt zittern gemacht; man fühlte sich mit einem Male zu den Bayern so stark hingezogen, daß sofort die vordersten Truppen über Aschaffenburg hinaus auf Würzburg, den nunmehr zu erstrebenden Vereinigungspunkt, vorgeschoben wurden und dadurch die Marschlinie der von Gemünden her auf Aschaffenburg vordringenden Preußen kreuzten.

Gefechte bei Laufach und Aschaffenburg. Die weit vorgeschobene Division Goeben stieß am 13. Nachmittags auf die bis Laufach gelangte hessische Division und warf dieselbe nach mehrstündigem heftigem Gefecht nach Aschaffenburg zurück. Andern Tages rückt General Goeben entschlossen gegen diesen Ort vor, wo er die württembergische Division nebst der österreichischen Brigade in Stellung findet. Seine braven Westfalen, trefflich unterstützt von der Artillerie, gewinnen mit außerordentlich geringen Opfern den Besitz des wichtigen Punktes und machen mehr als 1700 Mann des Gegners zu Gefangenen. In sieben Tagen hatte die Division Goeben 20 Meilen ohne Ruhetag zurückgelegt, das Rhön- und Spessartgebirge überschritten und drei siegreiche Gefechte geliefert. Tollkühnheit wäre es gewesen, vereinzelt über den Main hinaus gegen das vermuthlich nun versammelte VIII. Bundescorps vorzudringen; es mußte zunächst das Heranrücken der noch sieben Meilen weiter zurück stehenden beiden anderen Divisionen abgewartet werden. Verwirrung und Rathlosigkeit herrschten im Lager des Gegners; die letzten Vertreter des Deutschen Bundestages kehrten nun endlich Frankfurt den Rücken und suchten dessen trauriges Dasein in Augsburg weiter zu fristen; der Prinz von Hessen aber führte am 16. sein Corps durch den Odenwald auf Uffenheim zu, um sich verabredetermaßen dort mit den Bayern zu vereinen.

Angriff bayerischer Kürassiere auf preußische Infanterie. Nach O. Fikentscher.

An demselben Tage zog bereits General Vogel von Falckenstein in die alte freie Reichsstadt Frankfurt ein, die auf ihre Selbstherrlichkeit nun verzichten mußte und ihre feindselige Gesinnung mit einer starken Kontribution zu büßen hatte. Die nächsten Tage benutzte der preußische Heerführer, um die Verwaltung der neu besetzten Gebiete zu regeln und aus der Rheinprovinz sowol wie aus Hannover und Hessen dort entbehrlich gewordene Besatzungstruppen heranzuziehen; auch traf die oldenburgisch-hanseatische Brigade zu dieser Zeit bei der Mainarmee ein. An Stelle des inzwischen mit der provisorischen Verwaltung von Böhmen betrauten Generals Vogel von Falckenstein trat General von Manteuffel an die Spitze der Mainarmee, während für ihn General von Flies das Kommando der Division übernahm. Nachdem etwa 10,000 Mann zur Besetzung von Nassau, Hessen und Frankfurt bestimmt worden waren, begann General von Manteuffel schon am 21. mit etwa 50,000 Mann und 121 Geschützen den Vormarsch gegen den Feind, der ihm infolge der eingetroffenen Nachschübe immerhin noch mehr als 80,000 Mann mit 286 Geschützen entgegenstellen konnte.

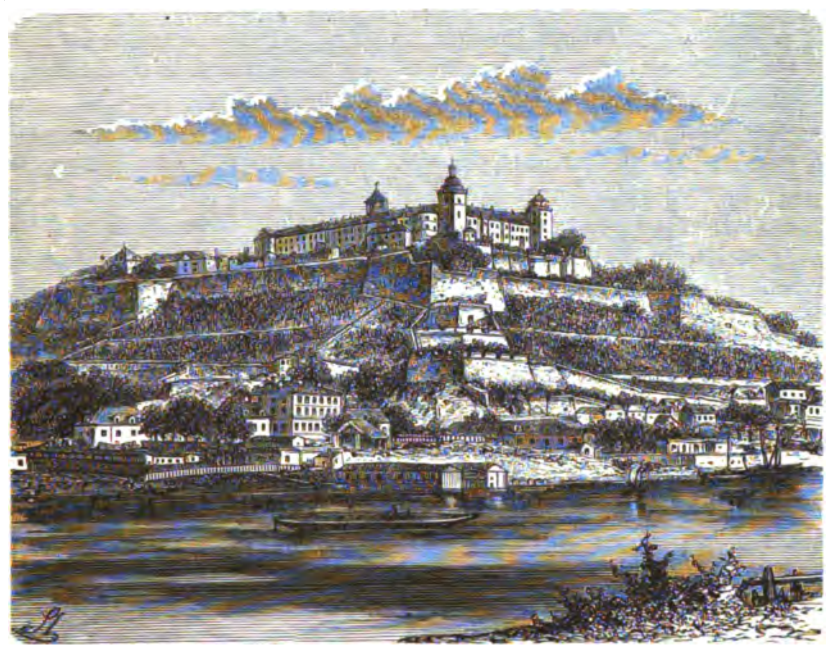
Kämpfe an der Tauber. Ungestört hatte inzwischen das VIII. Bundescorps den Odenwald durchschritten und am 20. die Tauber erreicht, wo dann auch die Verbindung mit den von Würzburg her westwärts sich ausdehnenden Bayern hergestellt wurde. Man fühlte sich in dieser Vereinigung so kräftig und stark, daß man wähnte, der preußische Oberbefehlshaber werde einen Angriff nun nicht mehr wagen, sich vielmehr mit dem Besitze des unteren Mains begnügen. Dort wollte man ihn aufsuchen. Nach langem Hin- und Herplanen wurde man am 21. darüber einig, auf dem rechten Mainufer gegen Aschaffenburg vorzurücken, und begann auch die Vorbereitungen dazu recht gründlich zu betreiben.

Ehe man jedoch damit zu Stande gekommen, sah man sich durch die preußischen Truppen bereits überflügelt. Diese hatten nicht wie das VIII. Corps sechs, sondern nur drei Tage zum Durchschreiten des Odenwaldes gebraucht und stießen am 23. mit ihrer Spitze auf die über die Tauber nach Hundheim vorgeschobene badische Division. Während fünf Tagen fanden nunmehr zum Theil recht verlustreiche Gefechte statt; deutsches Blut, von Deutschen vergossen, röthete den deutschen Boden. Auf der einen Seite kämpfte man ohne Aussicht auf ein höheres Ziel nur noch um die Waffenehre, auf der andern galt es mit Rücksicht auf die nahe bevorstehenden Unterhandlungen das Gebiet des Feindes in möglichst ausgedehntem Umfang zu besetzen, um hierdurch den Gegner um so willfähriger zu machen, auf die gestellten Friedensbedingungen einzugehen.

Bei Hundheim gelang es den Badensern, ihre Stellungen zu behaupten; sie gingen jedoch in der Nacht über die Tauber zurück. General von Manteuffel, in der Annahme, den Feind am 24. noch diesseit der Tauber versammelt zu finden, zog seine Truppen zunächst enger zusammen; doch als man nirgends auf Widerstand stieß, bemächtigte sich ein Theil der Division Goeben noch am Nachmittage des Tauberüberganges bei Bischofsheim und wußte ihn gegen die heftigen Angriffe der tapfer vorgehenden württembergischen Division festzuhalten, während ein anderer Theil der Division, die oldenburg-hanseatische Brigade, unterstützt von der Avantgarde der Division Beyer, die Badenser bei Werbach über die Tauber zurückdrängte.

Roßbrunn, Gerchsheim und Helmstadt. Die Bayern hatten inzwischen am 23. den Marsch in nördlicher Richtung in der Absicht angetreten, um, wie vereinbart, angriffsweise vorzugehen, sich hierdurch aber wieder vom VIII. Corps getrennt. Als Prinz Karl dann am 24. das Erscheinen der Preußen an der Tauber erfuhr und einsah, daß die eben begonnene Offensive durch den Spessart zum Luftstoß ward, beschloß er, sofort in der Gegend von Roßbrunn sein Corps zu sammeln. Am Morgen des 25. erhielten die Division Stephan sowie die des Prinzen Luitpold Befehl, sich in südlicher Richtung zur Unterstützung des auf der Straße von Bischofsheim nach Würzburg zurückgehenden VIII. Corps vorzubewegen. Letzterem folgte an diesem Tage General von Goeben und

verdrängte es durch wohlgeleiteten Angriff aus seiner Stellung bei Gerchsheim. Der Rückzug des Feindes ging bald in wilde Flucht über; doch wurden die Flüchtigen zu ihrem Glück durch einen großen vorliegenden Wald dem Auge und der Verfolgung des Siegers entzogen. Die Absicht der preußischen Heeresleitung, durch die Division Beyer den rechten Flügel des VIII. Corps zu umfassen und ihm hierdurch den Weg nach Würzburg zu verlegen, ließ sich nicht erreichen, da die nach Neubrunn in Marsch gesetzten Truppen auf die erwähnten bayerischen Divisionen stießen. Vereinzelt wurden diese mit den Preußen handgemein und mußten sich trotz tapferer Gegenwehr in verschiedenen Richtungen zurückziehen.



Die Marienburg bei Würzburg.

Während des Gefechtes hatte die schon früher auf dem äußersten linken Flügel der Preußen bei Wertheim über die Tauber vorgegangene Division Flies Befehl erhalten, sich rechts an die Truppen des Generals von Beyer heranzuziehen, infolge dessen die Hauptkräfte jener Division am Abend bei Uettingen eingetroffen waren. Sie befanden sich am andern Morgen den beiden Tags zuvor nicht am Kampfe betheiligt gewesenen bayerischen Divisionen gegenüber, mit denen sie bei Roßbrunn in ein sehr heftiges und verlustreiches Gefecht verwickelt wurden. Dasselbe entschied sich erst zu Gunsten der Preußen, nachdem das Regiment Nr. 36 im Bajonnetangriff und unter Trommelschlag, wenn auch mit erheblichen Opfern, sich in den Besitz des steilen, waldbedeckten Leiteberges gesetzt hatte. Dem weiteren Vorrücken der Truppen schlossen sich von rechts her mittlerweile eingetroffene Abtheilungen der Division Beyer an; doch setzte die zahlreiche bei Hettstadt aufgefahrene bayerische Artillerie der Verfolgung bald ein Ziel. Wie am verlustreichen Tage von Roßbrunn die bayerischen Jäger, so hatten bei den Hettstädter Höfen auch die bayerischen Kürassiere und Chevauxlegers, nach „Vergeltung für Hünfeld“ dürstend, die Gelegenheit wahrgenommen, dem Feinde zu zeigen, daß er es mit einem ihm an Tapferkeit ebenbürtigen Gegner zu thun habe. Zwei Schwadronen preußischer Husaren und Dragoner sahen sich urplötzlich von einer übermächtigen hinter einer Erdwelle hervorbrechenden Reiterschar überrascht, angegriffen und zur Flucht genöthigt. Doch blieb dieser Zwischenfall ohne weitere Folgen, denn die Bayern setzten ihren Rückzug weiter fort, und Prinz Karl führte sein versammeltes Corps am Nachmittage auf das rechte Mainufer hinüber, wo

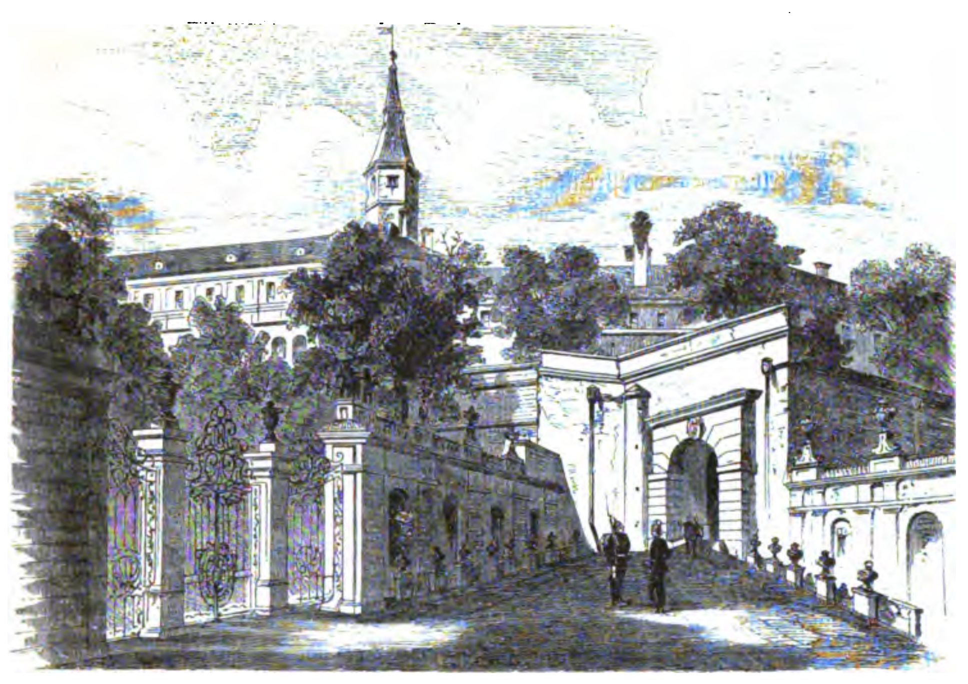
inzwischen auch das wegen Mangel an Munition von der Division Goeben nicht verfolgte VIII. Corps eingetroffen war.

Vor Würzburg. Am 27. früh rückte General von Manteuffel mit seiner gesammten Armee gegen Würzburg vor und überzeugte sich durch einen lebhaften Geschützkampf von der Stärke der gegnerischen Stellung, die namentlich in der hochgelegenen Citadelle von Würzburg, der wohlbefestigten und mit zahlreichem Geschütz ausgerüsteten Marienburg, einen vortrefflichen Stützpunkt besaß. Beide Heere standen nun in fast unangreifbarer Position einander gegenüber; die Stellung des Generals von Manteuffel schnitt aber den Truppen des VIII. Corps die Verbindung mit der Heimat ab, während sie die der Bayern ernstlich gefährdete. Im Rücken der Letzteren nahete außerdem der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, welcher mittlerweile aus anhaltischen, mecklenburgischen, braunschweigischen und oldenburgischen Truppen, verstärkt durch dreizehn preußische Bataillone, ein zwei Divisionen starkes Reservecorps bei Leipzig gebildet hatte und, über Hof vorrückend, schon am 27. Juli Kulmbach erreichte. Doch ein ernster Zusammenstoß lag überhaupt nicht mehr im Plane der preußischen Heerführer, welche, den Weisungen aus dem königlichen Hauptquartier folgend, hauptsächlich darauf ihr Augenmerk richteten, durch geschicktes Manövriren, wenn möglich ohne großes Blutvergießen, den Gegner immer weiter zurückzudrängen und ein möglichst ausgedehntes Gebiet des feindlichen Landes militärisch zu besetzen.

Die Ereignisse auf dem böhmischen Kriegsschauplatz hatten nämlich, wie hier kurz bemerkt sei, bereits am 21. Juli zum Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Oesterreich und Preußen geführt, welchem am 26. desselben Monats der Abschluß des Präliminarfriedens zu Nikolsburg gefolgt war. Da Oesterreich hierbei, allerdings nothgedrungen, seine süddeutschen Verbündeten völlig im Stiche ließ, mußte diesen Letzteren die Einstellung der Feindseligkeiten auch ihrerseits dringend wünschenswerth erscheinen. Bevollmächtigte der süddeutschen Staaten hatten sich deshalb in das königliche Hauptquartier nach Nikolsburg begeben und dort nach kurzen Verhandlungen auch für Süddeutschland einen Waffenstillstand erwirkt, der jedoch erst am 2. August in Kraft treten sollte — eine Verzögerung, deren Zweck die Durchführung der mehrfach angedeuteten Absicht der preußischen Heeresleitung war, vor Eintritt der Waffenruhe größere Gebietstheile der süddeutschen Gegner besetzt zu haben, um dadurch sich in Stand gesetzt zu sehen, bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen einen starken Druck auf die betreffenden Regierungen auszuüben.

Wir können diese Friedensverhandlungen, ihre Vorbereitung und ihre Ergebnisse jedoch nur im Zusammenhange mit den gleichzeitigen Vorgängen auf dem böhmischen Kriegsschauplatze verfolgen und müssen deshalb auf diesen, den wir unmittelbar nach der Entscheidungsschlacht bei Königgrätz verließen, nunmehr zurückkehren.





Schloß Nikolsburg in Mähren.

Fünftes Buch.

Minen und Gegenminen.

Der Friedensschluß und die Ergebnisse des Krieges.

Die kurze Zeit vom 26. Juni bis 3. Juli — nur sieben Tage — war genügend gewesen, um die auf dem nördlichen Kriegsschauplatze versammmelte Streitmacht Oesterreichs völlig über den Haufen zu werfen. Der unglückliche Ausgang der ersten Kämpfe hatte die feste Siegeszuversicht, welche von Regierung und Volk anfänglich gehegt worden war, doch wol etwas erschüttert; man hatte eingesehen, daß man auch mit Niederlagen rechnen müsse, wo man nur auf glänzende Siege gehofft hatte; aber auf einen so schnellen, so entscheidenden und vernichtenden Schlag wie der, welcher die österreichische Nordarmee bei Königgrätz betroffen hatte, war man nirgends gefaßt gewesen, am allerwenigsten in der Hauptstadt des Landes, in Wien. Wie ein Donnerschlag wirkte hier, wo man noch kurz zuvor ein Straßenschauspiel mittels einer angeblich eroberten Kanone ausgeführt hatte, die in der Frühe des 4. Juli bekannt werdende Nachricht von der verhängnißvollen Katastrophe. Daß alsbald eine völlige Aenderung des Kriegsplanes eintreten müsse, wenn man den Krieg gegen Preußen überhaupt noch fortführen wollte, das war eine Thatsache, der sich im österreichischen Lager nach dem Eintreffen der Unglücksbotschaft von Königgrätz Niemand verschloß. Die geschlagene Nordarmee vermochte allein den Vormarsch der Preußen auf Wien nicht zu hindern; auf wirksame Unterstützung durch die süddeutschen Bundesgenossen, die in erster Linie auf die militärische Deckung ihrer eigenen Lande Bedacht nahmen, war nicht zu rechnen, und nur ein Ausweg schien deshalb übrig zu bleiben: man mußte die auf dem südlichen Kriegsschauplatz, in Italien, errungenen Erfolge preisgeben; man mußte sich des einen Gegners zu entledigen suchen, um sich mit vereinten Kräften gegen den andern wenden zu können. Gewiß konnte der Verzicht auf

Venetien, die erste Grundbedingung für das Gelingen dieses Planes, dem Hause Habsburg nur sehr schwer fallen, doppelt schwer nach dem rühmlichen, wenn auch nicht entscheidenden Siege, welchen am 24. Juni das österreichische Heer unter Erzherzog Albrecht über die Italiener unter dem General Alfonso Lamarmora bei Custozza davongetragen hatte. Aber wenn es Preußen gelang, durch einen zweiten entscheidenden Waffenerfolg Oesterreich zum Frieden zu zwingen, dann mußte dieses ohnehin sicher sein, Venetien zu verlieren; die freiwillige Abtretung schien also offenbar vorzuziehen, zumal sich hoffen ließ, daß sie einen Umschwung der Lage zu Gunsten Oesterreichs im Gefolge haben werde.

Wien und Paris. Napoleon hatte zwar die österreichische Ablehnung seines Kongreß-Vorschlages vom 28. Mai übel vermerkt und sich daraufhin eine Zeit lang weiterer Annäherungsversuche an Oesterreich enthalten. In letzter Stunde jedoch, unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges, waren von ihm neue Unterhandlungen mit der österreichischen Regierung angeknüpft worden, und er hatte sich bereit erklärt, im Falle einer Niederlage der kaiserlichen Armeen gegen Überlassung Venetiens an Italien für die Erhaltung des Besitzstandes der österreichischen Monarchie und ihrer maßgebenden Stellung in Deutschland energisch einzutreten. Auf diese Zusage Napoleon's gestützt, faßte man in der Hofburg zu Wien seinen Entschluß. Ein Telegramm, welches Kaiser Franz Joseph am 5. Juli an Napoleon richtete, zeigte diesem an, daß Oesterreich Venetien bedingungslos an Frankreich abtrete, und daß es behufs Abschluß eines Waffenstillstandes mit Italien die französische Vermittelung erwarte. Mit kluger Berechnung hatte die österreichische Regierung für den Verzicht auf Venetien gerade diese Form gewählt. Die Räumung Italiens war unvermeidlich, da man der dort stehenden Truppen zur Fortführung des Krieges gegen Preußen, ja bereits unmittelbar zum Schutze der bedrohten Hauptstadt dringend bedurfte. Wäre nun diese Räumung ohne Weiteres erfolgt, so hätten die Italiener darin natürlich das Signal zu schleunigem Nachdringen und zu energischer Fortführung des Krieges erblickt, um der augenblicklichen Schwäche Oesterreichs auch Welschtirol, Trient und Triest, das weitere Ziel des nationalen Ehrgeizes Italiens, abzuringen. Dem glaubte nun die österreichische Regierung vorzubeugen, indem sie mit der Räumung Venetiens zugleich die förmliche Abtretung des Landes an Frankreich verband. Venetien wurde dadurch — für den Augenblick wenigstens — französisches Gebiet, und Napoleon — so rechnete man wenigstens in Wien — war dadurch in eine seinem Ehrgeize schmeichelnde Lage gebracht, in der er unter Umständen mit einem gewissen Schein des Rechts gegen eine gewaltsame Besetzung des Landes durch italienische Truppen Einspruch zu erheben vermochte. Er konnte ferner für das besiegte, wenn auch nicht entscheidend besiegte Italien die Uebergabe Venetiens an die Bedingung knüpfen, aus dem Waffenbündniß mit Preußen zurückzutreten, ja, er vermochte es, durch eine kriegerische Demonstration diesen Rücktritt nöthigenfalls zu erzwingen. Oesterreich hatte dann Preußen gegenüber freie Hand. Die bisher siegreiche Südarmee, deren Führer, Erzherzog Albrecht, gleich nach dem Tage von Königgrätz zum Oberbefehlshaber der gesammten österreichischen Streitkräfte ernannt und dem nun auch die Nordarmee unterstellt worden war, ließ sich bis auf den letzten Mann den Preußen entgegenstellen, und mit einiger Aussicht auf Erfolg konnte man den Kampf an der Donau dann wol noch einmal aufnehmen.

Abtretung von Venetien an Napoleon III. Aber alle diese Hoffnungen der österreichischen Staatsmänner sollten sich als trügerisch erweisen. In Paris war zwar die kriegslustige Bevölkerung und im ersten Augenblicke auch die Regierung geneigt, die Anrufung der französischen Vermittelung durch Oesterreich, zumal in Verbindung mit der Abtretung Venetiens, als einen glänzenden Sieg der französischen Staatskunst anzusehen und dem entsprechend zu feiern. In den Straßen der Weltstadt flatterten lustig die Tricoloren, und am Abend waren die Straßen illuminirt; der „Moniteur", das kaiserliche Amtsblatt, verkündete triumphirend das große Ereigniß, und die Kriegspartei innerhalb der

Regierung, an ihrer Spitze der Minister des Aeußern, Drouin de l'Huys, suchte mit Ungestüm den Kaiser zur energischsten Ausnutzung des „Sieges" im französischen Interesse zu drängen. Aber im Lichte ruhiger Ueberlegung schmolz der angebliche Sieg bald in ein Nichts zusammen, ja er stellte sich im Grunde als eine Niederlage der französischen Politik heraus. Die Mehrheit innerhalb der französischen Regierung und nicht zum wenigsten der Kaiser selbst hatten die Bedeutung und den Einfluß des französischen Namens ungebührlich überschätzt; sie hatten sich in der Annahme gefallen, daß ein Wort Frankreichs jederzeit genügen werde, den großen Entscheidungskampf im Herzen Europa's in Bezug auf seine Ergebnisse innerhalb bestimmt vorzuschreibender Grenzen zu erhalten, und sie waren ferner der Meinung gewesen, daß Frankreich auch ohne jedwede Vorbereitungen in jedem Augenblicke im Stande sei, zwischen die streitenden Parteien zu treten und ihnen den Frieden zu diktiren. Aber mit rauher Gewalt hatten die großartige Machtentfaltung des preußischen Staates und die schnellen und glänzenden Erfolge seiner Waffen diese selbstgefälligen Illusionen zerstört. Jetzt, da die Entscheidung des französischen Kaisers von dem einen Theile angerufen wurde, und zwar unter Umständen, welche seinem Ehrgeize in der That schmeicheln konnten, jetzt durfte er kein entscheidendes Wort zu sprechen wagen, da er sich außer Stande sah, seinem Willen in allen Fällen und ohne ernstliche Gefährdung der eigenen Interessen auch dem andern Theile gegenüber Geltung und Anerkennung zu verschaffen. Er hatte gewähnt, den Schiedsrichter spielen zu können; jetzt mußte er sich mit der undankbaren Rolle des bescheidenen Vermittlers begnügen.

Für das italienische Volk hatte es wenig Verlockendes, Venetien, das es trotz erlittener Niederlagen noch immer sich zu erkämpfen hoffen durfte, als Gnadengeschenk aus der Hand Napoleon's anzunehmen; daß Italien aber daraufhin geneigt sein würde, sich eines schmählichen Vertragsbruches gegen seinen preußischen Bundesgenossen schuldig zu machen und einseitig einen Frieden oder auch nur einen Waffenstillstand mit Oesterreich zu schließen, das war bei dem lebhaften nationalen Ehrgefühl des italienischen Volkes kaum anzunehmen. Auch Napoleon konnte sich darüber nicht täuschen, und da er es aus den oben angedeuteten Gründen auf eine Drohung zunächst nicht ankommen lassen mochte, so knüpfte er an sein am 5. Juli an den König von Italien gerichtetes Vermittelungsanerbieten zugleich die Mittheilung, daß er gleichzeitig auch dem König von Preußen behufs Abschluß eines Waffenstillstandes mit Oesterreich seine Vermittelung angetragen habe. In der That erklärte sich auch Viktor Emanuel nur unter dieser Voraussetzung zur Annahme der französischen Vermittelung bereit, und die energische Wiederaufnahme der Kriegsoperationen, die Besetzung Venetiens durch italienische Truppen und die Verfolgung der abziehenden Oesterreicher ließen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß Italien entschlossen sei, fest und unerschütterlich auf dem Boden des mit Preußen geschlossenen Vertrages zu verharren und nur nach erfolgter Zustimmung Preußens die Waffen niederzulegen.

Die österreichische Regierung nahm übrigens keinen Anstoß daran, daß Napoleon über ihr unmittelbares Verlangen hinaus auch auf Preußen seine Vermittelung ausdehnte. Man hoffte in Wien, daß der französische Kaiser Willens sei, seine Forderungen zu Gunsten Oesterreichs mit allem Nachdruck geltend zu machen. Ließ sich Preußen durch Napoleon's Haltung einschüchtern, nun gut, dann schloß Oesterreich mit ihm einen glimpflichen Frieden; setzte dagegen Preußen den Forderungen Napoleon's entschlossenen Widerstand entgegen, dann, so hofften die österreichischen Staatsmänner, dann trat Frankreich an Oesterreichs Seite in den Krieg ein, dessen Ausgang in diesem Falle den österreichischen Politikern, die ebenfalls die augenblickliche Macht Frankreichs weit überschätzten, nicht zweifelhaft erschien.

Ganz anders dachte man darüber auf preußischer Seite. Der König und seine militärischen und politischen Rathgeber durften sich mit Recht davon überzeugt halten, daß Preußen zur Noth auch gegen Frankreich und Oesterreich zugleich den Kampf aufzunehmen vermöge. Die mangelhafte Schlagfertigkeit des französischen Heeres war in den

wohl ausgerüstet. Aber Manches trat hemmend dazwischen und bewirkte, daß die Truppen das nicht leisten konnten, was von ihrer Ausbildung und Tapferkeit sich hätte erwarten lassen. In Bayern befand sich ein anderes Schießgewehr, ein anderes Geschütz, ein anderer Schießbedarf im Gebrauch als beim VIII. Armeecorps, und die Nassauer und Oesterreicher hatten wieder ihre besonderen Einrichtungen. Störend war dabei schon das verschiedene Exerzitium der Soldaten und damit zusammenhängend das verschiedenartige Kommando — abgesehen von der widerwilligen Unterordnung der Befehlshaber — während bei den Preußen ein einheitliches Kommando, eine einheitliche Führung, eine bei weitem strengere Zucht herrschte und an Widerwilligkeit nicht zu denken war.

Nahm schon die wenig oder gar nicht vorbereitete Mobilmachung der einzelnen Heeresabtheilungen geraume Zeit in Anspruch, so mußte außerdem die Tüchtigkeit der Führer und Truppen auf das Nachtheiligste von den Sonderinteressen, die jeder der einzelnen deutschen Staaten mit gewisser Berechtigung durch seine Streitmacht vertreten wissen wollte, beeinflußt werden, zumal da es nicht gelungen war, mit Oesterreich einen gemeinschaftlichen Operationsplan zu vereinbaren. Generalleutnant von der Tann, aus den achtundvierziger Jahren als unternehmender Freicorpsführer im Kriege Schleswig-Holsteins gegen Dänemark dem deutschen Volke vortheilhaft bekannt, war als Generalstabschef des Prinzen Karl von Bayern am 10. Juni über Wien nach Olmütz in das Hauptquartier der österreichischen Nordarmee geeilt. Doch hatte man dort nur in allgemeinen Zügen das Zusammenwirken des VII. und VIII. Bundescorps festgesetzt; beide Corps sollten durch Vordringen in nordwestlicher Richtung die Rheinprovinz von den übrigen preußischen Landen trennen und eine bedeutende feindliche Streitmacht von den in Böhmen auftretenden Heeresmassen abziehen.

Zum Schutze des noch in Frankfurt weilenden Bundestages und aufgefordert von demselben, war das VII. Corps, je nachdem die einzelnen Staaten ihre Truppen kriegsbereit gemacht hatten, allmählich in der Zeit vom 17.—25. Juni bei genannter Stadt versammelt worden, wo sich der kommandirende General, sobald die ersten Besorgnisse über ein Vordringen der Preußen von Wetzlar her verscheucht waren, mit Besichtigungen und Veröffentlichen schwungvoller Proklamationen beschäftigte. Die Bayern waren bis zum 21. bei Bamberg versammelt worden, und da man dort erfuhr, daß die hannoverschen Truppen von Göttingen aus durch einen Marsch nach Süden sich mit ihnen zu vereinigen beabsichtigten, so wurde beschlossen, jenen Truppen entgegen zu rücken. Die mangelhaften oder eher falschen Nachrichten, die man in den nächsten Tagen über die Bewegungen und das Verhalten der Hannoveraner erhielt, hatten zur Folge, daß die bayerischen Truppen in den verschiedensten Richtungen hin und her zogen und schließlich nicht ohne gleichzeitiges Verschulden der schwankenden hannoverschen Heeresleitung die beabsichtigte Vereinigung durch die bereits erwähnte Waffenstreckung bei Langensalza vereitelt wurde.

Inzwischen hatte Prinz Karl am 26. mit dem Prinzen Alexander von Hessen eine Vereinigung der beiden Corps bei Hersfeld behufs gemeinschaftlichen weiteren Vorrückens vereinbart. Die Absicht, den Hannoveranern zur Hülfe zu eilen, hatte ihn jedoch ganz aus der geplanten Marschrichtung gedrängt, und als am 30. die Uebergabe der hannoverschen Armee als unzweifelhafte Thatsache feststand, befanden sich die Bayern in der Gegend von Meiningen. Prinz Alexander wurde nunmehr aufgefordert, sich durch Rechtsabmarsch näher an die Bayern heranzuziehen, die ihm dann von links her über Geisa und Hilders die Hand reichen wollten. Bereitwillig ging der Führer des VIII. Corps auf diese Vorschläge ein, obgleich sie den Interessen der durch seine Truppen vertretenen Staaten nicht so recht entsprachen. Man hatte hierbei aber nicht die Maßregeln der Preußen ins Auge gefaßt.

General Vogel von Falckenstein hatte seinen Truppen nach Waffenstreckung der Hannoveraner einen Tag lang in den augenblicklich eingenommenen Quartieren Ruhe gegönnt.

dann aber sofort die Operationen gegen die süddeutschen Truppen begonnen. In Betreff seines Weiterhandelns hatte sich General von Moltke dahin ausgesprochen, daß, wie für den ganzen Krieg der Schwerpunkt des Widerstandes in der österreichischen Armee liege, so die Bayern den Kern der süddeutschen Gegnerschaft bildeten. Es sei daher rathsam, den Weg über Fulda nach Schweinfurt einzuschlagen; man verhindere hierdurch die Vereinigung der beiden feindlichen Corps und werde sicher die bayerische Armee treffen, wenn man sie im eigenen Lande aufsuche.

Am 1. Juli trat nun General von Falckenstein den Vormarsch in der bezeichneten Richtung an. Seine Streitmacht bestand aus den drei Divisionen Beyer, Goeben und Manteuffel. Sie bezifferte sich im Ganzen auf etwa 45,000 Mann mit 97 Geschützen und erhielt nunmehr im Hinblick auf das Operationsziel den Namen „Mainarmee".



Truppen des ehemaligen VIII. Bundes-Armeecorps. Zeichnung von A. Beck.

Schon am 2. Juli stieß man auf bayerische Vortruppen, welche den Quermarsch des VII. Corps durch das Rhöngebirge auf Fulda zu in der Gegend von Wasungen deckten. Tags darauf wiederholten sich diese Berührungen, und der preußische Oberbefehlshaber suchte deshalb sein nächstes Ziel, Fulda, möglichst schnell zu erreichen, was auch am 6. gelang, ehe noch die Vereinigung der beiden deutschen Bundescorps vollzogen war. Zur Seitendeckung dieses Marsches hatte sich General von Goeben am 4. in der Gegend von Dermbach den anrückenden bayerischen Truppen entgegengeworfen, dann aber, der erhaltenen Instruktion gemäß, selbigen Tages den Weitermarsch auf Fulda angetreten.

Der Zusammenstoß bei Hünfeld. Die Spitze der Division Beyer stieß an diesem Tage nördlich von Hünfeld auf die Avantgarde der ohne Verbindung mit den anderen Truppen vorgerückten bayerischen Reservekavallerie. Nach einigen Kartätschschüssen von beiden Seiten jagten die bayerischen Reiter zurück, und das ganze Kavallerie-Reservecorps machte infolge dessen Kehrt, indem es sich in den Wäldern und Thälern des Rhöngebirges ohne den Schutz genügender Infanterie trotz der begleitenden 12 Geschütze ernstlich bedroht fühlte. Der Rückzug ging am Abend in der Richtung auf Bischofsheim durch einen großen

Wald. Unvorsichtiger Weise wurden einige Karabiner abgeschossen. Auf einmal wirres Geschrei: „Die Preußen sind da!" — und in wilder Flucht sprengt Alles, so schnell die Pferde laufen können, durch das Dunkel der Nacht dahin. Die meilenweit aus einander gerathenen Mannschaften konnten erst nach mehreren Tagen bei Brückenau wieder gesammelt werden!

Prinz Karl von Bayern, als er die Nähe der preußischen Truppen erfuhr und den wichtigen Straßenpunkt bei Dermbach durch diese besetzt fand, gab sofort jeden Gedanken an einen weiteren Vormarsch auf und beschloß, rückwärts bei Neustadt an der fränkischen Saale seine Kräfte zu sammeln; Prinz Alexander, aufgefordert, seine Corps gleichfalls dorthin zu führen, zog es jedoch vor, dem nicht Folge zu geben. Die Nachricht von der Schlacht bei Königgrätz war an ihn gelangt; er durfte sich sagen, daß unter solchen Umständen die Operationen in Süddeutschland von ganz untergeordneter Bedeutung sein mußten und nicht im Stande seien, das Kriegsglück der Oesterreicher wieder herzustellen. So schien es ihm denn auch zwecklos, die Sonderinteressen der in seinem Corps vertretenen Staaten beiseite zu lassen und sich an die Bayern heranzuziehen. Er ordnete vielmehr den Rückzug seiner Truppen hinter den Main in der Richtung auf Frankfurt an, wohin ihn auch der dort immer noch weilende Bundestag entboten hatte.

Bei Hammelburg und Kissingen. In kleinen Märschen zogen die bayerischen Truppen der fränkischen Saale zu; das schlechte Wetter, dem eine große Hitze vorhergegangen war, und wiederholtes Bivuakiren ohne Stroh hatte nachtheilig auf ihren Zustand eingewirkt. Kaum hatten sie ihr Marschziel erreicht, so erschienen am 10. Juli auch schon die preußischen Truppen, die nach heftigem Kampfe, namentlich bei Hammelburg (Division Beyer) und Kissingen (Division Goeben), über die Saale vordrangen und den Prinzen Karl nöthigten, sich nun bis hinter den Main auf Schweinfurt zurückzuziehen. General von Falckenstein folgte dem Feind in dieser Richtung, als ihn am 11. eine Depesche des Generals von Moltke davon unterrichtete, daß es bei den in naher Aussicht stehenden Verhandlungen von Wichtigkeit sei, die Länder nördlich des Mains thatsächlich besetzt zu haben. Daher ließ noch an demselben Tage der preußische Heerführer von den Bayern ab und schlug über Gemünden die Richtung auf Frankfurt ein.

Die Nachricht von dem Vordringen der Preußen über die fränkische Saale hatte das VIII. Corps in seiner Stellung bei Frankfurt zittern gemacht; man fühlte sich mit einem Male zu den Bayern so stark hingezogen, daß sofort die vordersten Truppen über Aschaffenburg hinaus auf Würzburg, den nunmehr zu erstrebenden Vereinigungspunkt, vorgeschoben wurden und dadurch die Marschlinie der von Gemünden her auf Aschaffenburg vordringenden Preußen kreuzten.

Gefechte bei Laufach und Aschaffenburg. Die weit vorgeschobene Division Goeben stieß am 13. Nachmittags auf die bis Laufach gelangte hessische Division und warf dieselbe nach mehrstündigem heftigem Gefecht nach Aschaffenburg zurück. Andern Tages rückt General Goeben entschlossen gegen diesen Ort vor, wo er die württembergische Division nebst der österreichischen Brigade in Stellung findet. Seine braven Westfalen, trefflich unterstützt von der Artillerie, gewinnen mit außerordentlich geringen Opfern den Besitz des wichtigen Punktes und machen mehr als 1700 Mann des Gegners zu Gefangenen. In sieben Tagen hatte die Division Goeben 20 Meilen ohne Ruhetag zurückgelegt, das Rhön- und Spessartgebirge überschritten und drei siegreiche Gefechte geliefert. Tollkühnheit wäre es gewesen, vereinzelt über den Main hinaus gegen das vermuthlich nun versammelte VIII. Bundescorps vorzudringen; es mußte zunächst das Heranrücken der noch sieben Meilen weiter zurück stehenden beiden anderen Divisionen abgewartet werden. Verwirrung und Rathlosigkeit herrschten im Lager des Gegners; die letzten Vertreter des Deutschen Bundestages kehrten nun endlich Frankfurt den Rücken und suchten dessen trauriges Dasein in Augsburg weiter zu fristen; der Prinz von Hessen aber führte am 16. sein Corps durch den Odenwald auf Uffenheim zu, um sich verabredetermaßen dort mit den Bayern zu vereinen.

Angriff bayerischer Kürassiere auf preußische Infanterie. Nach O. Fikentscher.

An demselben Tage zog bereits General Vogel von Falckenstein in die alte freie Reichsstadt Frankfurt ein, die auf ihre Selbstherrlichkeit nun verzichten mußte und ihre feindselige Gesinnung mit einer starken Kontribution zu büßen hatte. Die nächsten Tage benutzte der preußische Heerführer, um die Verwaltung der neu besetzten Gebiete zu regeln und aus der Rheinprovinz sowol wie aus Hannover und Hessen dort entbehrlich gewordene Besatzungstruppen heranzuziehen; auch traf die oldenburgisch-hanseatische Brigade zu dieser Zeit bei der Mainarmee ein. An Stelle des inzwischen mit der provisorischeu Verwaltung von Böhmen betrauten Generals Vogel von Falckenstein trat General von Manteuffel an die Spitze der Mainarmee, während für ihn General von Flies das Kommando der Division übernahm. Nachdem etwa 10,000 Mann zur Besetzung von Nassau, Hessen und Frankfurt bestimmt worden waren, begann General von Manteuffel schon am 21. mit etwa 50,000 Mann und 121 Geschützen den Vormarsch gegen den Feind, der ihm infolge der eingetroffenen Nachschübe immerhin noch mehr als 80,000 Mann mit 286 Geschützen entgegenstellen konnte.

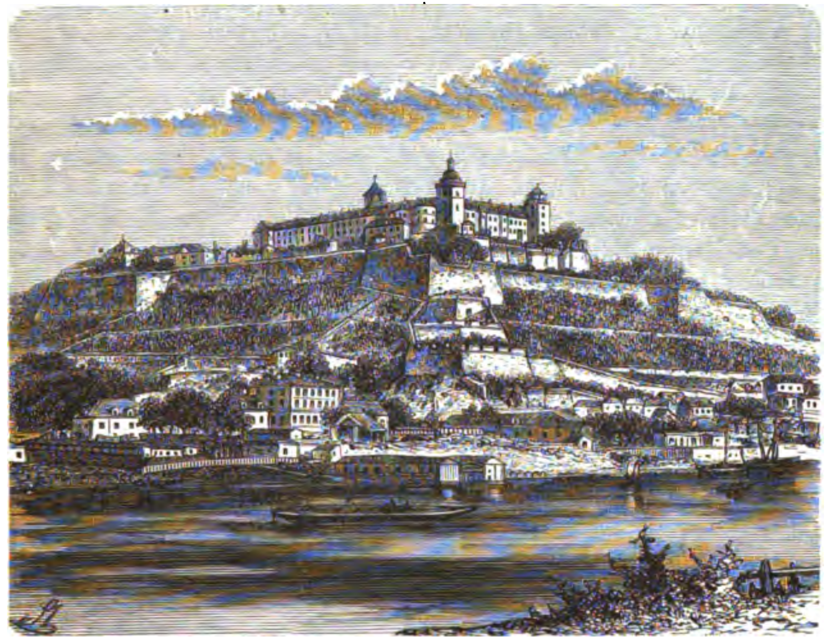
Kämpfe an der Tauber. Ungestört hatte inzwischen das VIII. Bundescorps den Odenwald durchschritten und am 20. die Tauber erreicht, wo dann auch die Verbindung mit den von Würzburg her westwärts sich ausdehnenden Bayern hergestellt wurde. Man fühlte sich in dieser Vereinigung so kräftig und stark, daß man wähnte, der preußische Oberbefehlshaber werde einen Angriff nun nicht mehr wagen, sich vielmehr mit dem Besitze des unteren Mains begnügen. Dort wollte man ihn aufsuchen. Nach langem Hin- und Herplanen wurde man am 21. darüber einig, auf dem rechten Mainufer gegen Aschaffenburg vorzurücken, und begann auch die Vorbereitungen dazu recht gründlich zu betreiben.

Ehe man jedoch damit zu Stande gekommen, sah man sich durch die preußischen Truppen bereits überflügelt. Diese hatten nicht wie das VIII. Corps sechs, sondern nur drei Tage zum Durchschreiten des Odenwaldes gebraucht und stießen am 23. mit ihrer Spitze auf die über die Tauber nach Hundheim vorgeschobene badische Division. Während fünf Tagen fanden nunmehr zum Theil recht verlustreiche Gefechte statt; deutsches Blut, von Deutschen vergossen, röthete den deutschen Boden. Auf der einen Seite kämpfte man ohne Aussicht auf ein höheres Ziel nur noch um die Waffenehre, auf der andern galt es mit Rücksicht auf die nahe bevorstehenden Unterhandlungen das Gebiet des Feindes in möglichst ausgedehntem Umfang zu besetzen, um hierdurch den Gegner um so willfähriger zu machen, auf die gestellten Friedensbedingungen einzugehen.

Bei Hundheim gelang es den Badensern, ihre Stellungen zu behaupten; sie gingen jedoch in der Nacht über die Tauber zurück. General von Manteuffel, in der Annahme, den Feind am 24. noch diesseit der Tauber versammelt zu finden, zog seine Truppen zunächst enger zusammen; doch als man nirgends auf Widerstand stieß, bemächtigte sich ein Theil der Division Goeben noch am Nachmittage des Tauberüberganges bei Bischofsheim und wußte ihn gegen die heftigen Angriffe der tapfer vorgehenden württembergischen Division festzuhalten, während ein anderer Theil der Division, die oldenburg-hanseatische Brigade, unterstützt von der Avantgarde der Division Beyer, die Badenser bei Werbach über die Tauber zurückdrängte.

Roßbrunn, Gerchsheim und Helmstadt. Die Bayern hatten inzwischen am 23. den Marsch in nördlicher Richtung in der Absicht angetreten, um, wie vereinbart, angriffsweise vorzugehen, sich hierdurch aber wieder vom VIII. Corps getrennt. Als Prinz Karl dann am 24. das Erscheinen der Preußen an der Tauber erfuhr und einsah, daß die eben begonnene Offensive durch den Spessart zum Luftstoß ward, beschloß er, sofort in der Gegend von Roßbrunn sein Corps zu sammeln. Am Morgen des 25. erhielten die Division Stephan sowie die des Prinzen Luitpold Befehl, sich in südlicher Richtung zur Unterstützung des auf der Straße von Bischofsheim nach Würzburg zurückgehenden VIII. Corps vorzubewegen. Letzterem folgte an diesem Tage General von Goeben und

verdrängte es durch wohlgeleiteten Angriff aus seiner Stellung bei Gerchsheim. Der Rückzug des Feindes ging bald in wilde Flucht über; doch wurden die Flüchtigen zu ihrem Glück durch einen großen vorliegenden Wald dem Auge und der Verfolgung des Siegers entzogen. Die Absicht der preußischen Heeresleitung, durch die Division Beyer den rechten Flügel des VIII. Corps zu umfassen und ihm hierdurch den Weg nach Würzburg zu verlegen, ließ sich nicht erreichen, da die nach Neubrunn in Marsch gesetzten Truppen auf die erwähnten bayerischen Divisionen stießen. Vereinzelt wurden diese mit den Preußen handgemein und mußten sich trotz tapferer Gegenwehr in verschiedenen Richtungen zurückziehen.



Die Marienburg bei Würzburg.

Während des Gefechtes hatte die schon früher auf dem äußersten linken Flügel der Preußen bei Wertheim über die Tauber vorgegangene Division Flies Befehl erhalten, sich rechts an die Truppen des Generals von Beyer heranzuziehen, infolge dessen die Hauptkräfte jener Division am Abend bei Uettingen eingetroffen waren. Sie befanden sich am andern Morgen den beiden Tags zuvor nicht am Kampfe betheiligt gewesenen bayerischen Divisionen gegenüber, mit denen sie bei Roßbrunn in ein sehr heftiges und verlustreiches Gefecht verwickelt wurden. Dasselbe entschied sich erst zu Gunsten der Preußen, nachdem das Regiment Nr. 36 im Bajonnetangriff und unter Trommelschlag, wenn auch mit erheblichen Opfern, sich in den Besitz des steilen, waldbedeckten Leiteberges gesetzt hatte. Dem weiteren Vorrücken der Truppen schlossen sich von rechts her mittlerweile eingetroffene Abtheilungen der Division Beyer an; doch setzte die zahlreiche bei Hettstadt aufgefahrene bayerische Artillerie der Verfolgung bald ein Ziel. Wie am verlustreichen Tage von Roßbrunn die bayerischen Jäger, so hatten bei den Hettstädter Höfen auch die bayerischen Kürassiere und Chevauxlegers, nach „Vergeltung für Hünfeld“ dürstend, die Gelegenheit wahrgenommen, dem Feinde zu zeigen, daß er es mit einem ihm an Tapferkeit ebenbürtigen Gegner zu thun habe. Zwei Schwadronen preußischer Husaren und Dragoner sahen sich urplötzlich von einer übermächtigen hinter einer Erdwelle hervorbrechenden Reiterschar überrascht, angegriffen und zur Flucht genöthigt. Doch blieb dieser Zwischenfall ohne weitere Folgen, denn die Bayern setzten ihren Rückzug weiter fort, und Prinz Karl führte sein versammeltes Corps am Nachmittage auf das rechte Mainufer hinüber, wo

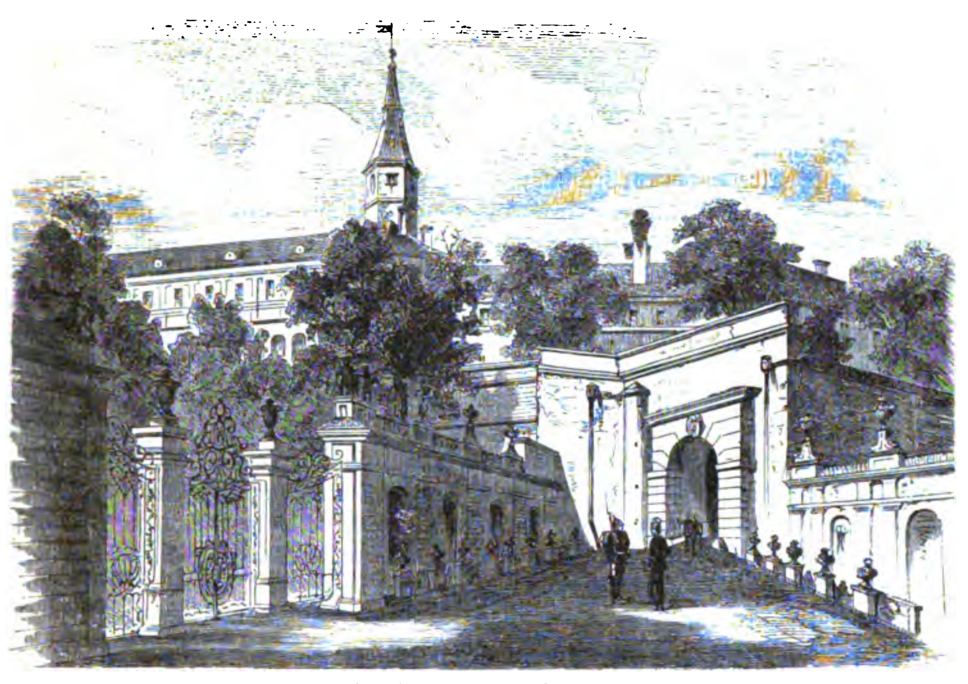
inzwischen auch das wegen Mangel an Munition von der Division Goeben nicht verfolgte VIII. Corps eingetroffen war.

Vor Würzburg. Am 27. früh rückte General von Manteuffel mit seiner gesammten Armee gegen Würzburg vor und überzeugte sich durch einen lebhaften Geschützkampf von der Stärke der gegnerischen Stellung, die namentlich in der hochgelegenen Citadelle von Würzburg, der wohlbefestigten und mit zahlreichem Geschütz ausgerüsteten Marienburg, einen vortrefflichen Stützpunkt besaß. Beide Heere standen nun in fast unangreifbarer Position einander gegenüber; die Stellung des Generals von Manteuffel schnitt aber den Truppen des VIII. Corps die Verbindung mit der Heimat ab, während sie die der Bayern ernstlich gefährdete. Im Rücken der Letzteren nahete außerdem der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, welcher mittlerweile aus anhaltischen, mecklenburgischen, braunschweigischen und oldenburgischen Truppen, verstärkt durch dreizehn preußische Bataillone, ein zwei Divisionen starkes Reservecorps bei Leipzig gebildet hatte und, über Hof vorrückend, schon am 27. Juli Kulmbach erreichte. Doch ein ernster Zusammenstoß lag überhaupt nicht mehr im Plane der preußischen Heerführer, welche, den Weisungen aus dem königlichen Hauptquartier folgend, hauptsächlich darauf ihr Augenmerk richteten, durch geschicktes Manövriren, wenn möglich ohne großes Blutvergießen, den Gegner immer weiter zurückzudrängen und ein möglichst ausgedehntes Gebiet des feindlichen Landes militärisch zu besetzen.

Die Ereignisse auf dem böhmischen Kriegsschauplatz hatten nämlich, wie hier kurz bemerkt sei, bereits am 21. Juli zum Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Oesterreich und Preußen geführt, welchem am 26. desselben Monats der Abschluß des Präliminarfriedens zu Nikolsburg gefolgt war. Da Oesterreich hierbei, allerdings nothgedrungen, seine süddeutschen Verbündeten völlig im Stiche ließ, mußte diesen Letzteren die Einstellung der Feindseligkeiten auch ihrerseits dringend wünschenswerth erscheinen. Bevollmächtigte der süddeutschen Staaten hatten sich deshalb in das königliche Hauptquartier nach Nikolsburg begeben und dort nach kurzen Verhandlungen auch für Süddeutschland einen Waffenstillstand erwirkt, der jedoch erst am 2. August in Kraft treten sollte — eine Verzögerung, deren Zweck die Durchführung der mehrfach angedeuteten Absicht der preußischen Heeresleitung war, vor Eintritt der Waffenruhe größere Gebietstheile der süddeutschen Gegner besetzt zu haben, um dadurch sich in Stand gesetzt zu sehen, bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen einen starken Druck auf die betreffenden Regierungen auszuüben.

Wir können diese Friedensverhandlungen, ihre Vorbereitung und ihre Ergebnisse jedoch nur im Zusammenhange mit den gleichzeitigen Vorgängen auf dem böhmischen Kriegsschauplatze verfolgen und müssen deshalb auf diesen, den wir unmittelbar nach der Entscheidungsschlacht bei Königgrätz verließen, nunmehr zurückkehren.





Schloß Nikolsburg in Mähren.

Fünftes Buch.

Minen und Gegenminen.

Der Friedensschluß und die Ergebnisse des Krieges.

Die kurze Zeit vom 26. Juni bis 3. Juli — nur sieben Tage — war genügend gewesen, um die auf dem nördlichen Kriegsschauplatze versammmelte Streitmacht Oesterreichs völlig über den Haufen zu werfen. Der unglückliche Ausgang der ersten Kämpfe hatte die feste Siegeszuversicht, welche von Regierung und Volk anfänglich gehegt worden war, doch wol etwas erschüttert; man hatte eingesehen, daß man auch mit Niederlagen rechnen müsse, wo man nur auf glänzende Siege gehofft hatte; aber auf einen so schnellen, so entscheidenden und vernichtenden Schlag wie der, welcher die österreichische Nordarmee bei Königgrätz betroffen hatte, war man nirgends gefaßt gewesen, am allerwenigsten in der Hauptstadt des Landes, in Wien. Wie ein Donnerschlag wirkte hier, wo man noch kurz zuvor ein Straßenschauspiel mittels einer angeblich eroberten Kanone ausgeführt hatte, die in der Frühe des 4. Juli bekannt werdende Nachricht von der verhängnißvollen Katastrophe. Daß alsbald eine völlige Aenderung des Kriegsplanes eintreten müsse, wenn man den Krieg gegen Preußen überhaupt noch fortführen wollte, das war eine Thatsache, der sich im österreichischen Lager nach dem Eintreffen der Unglücksbotschaft von Königgrätz Niemand verschloß. Die geschlagene Nordarmee vermochte allein den Vormarsch der Preußen auf Wien nicht zu hindern; auf wirksame Unterstützung durch die süddeutschen Bundesgenossen, die in erster Linie auf die militärische Deckung ihrer eigenen Lande Bedacht nahmen, war nicht zu rechnen, und nur ein Ausweg schien deshalb übrig zu bleiben: man mußte die auf dem südlichen Kriegsschauplatz, in Italien, errungenen Erfolge preisgeben; man mußte sich des einen Gegners zu entledigen suchen, um sich mit vereinten Kräften gegen den andern wenden zu können. Gewiß konnte der Verzicht auf

Venetien, die erste Grundbedingung für das Gelingen dieses Planes, dem Hause Habsburg nur sehr schwer fallen, doppelt schwer nach dem rühmlichen, wenn auch nicht entscheidenden Siege, welchen am 24. Juni das österreichische Heer unter Erzherzog Albrecht über die Italiener unter dem General Alfonso Lamarmora bei Custozza davongetragen hatte. Aber wenn es Preußen gelang, durch einen zweiten entscheidenden Waffenerfolg Oesterreich zum Frieden zu zwingen, dann mußte dieses ohnehin sicher sein, Venetien zu verlieren; die freiwillige Abtretung schien also offenbar vorzuziehen, zumal sich hoffen ließ, daß sie einen Umschwung der Lage zu Gunsten Oesterreichs im Gefolge haben werde.

Wien und Paris. Napoleon hatte zwar die österreichische Ablehnung seines Kongreß-Vorschlages vom 28. Mai übel vermerkt und sich daraufhin eine Zeit lang weiterer Annäherungsversuche an Oesterreich enthalten. In letzter Stunde jedoch, unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges, waren von ihm neue Unterhandlungen mit der österreichischen Regierung angeknüpft worden, und er hatte sich bereit erklärt, im Falle einer Niederlage der kaiserlichen Armeen gegen Überlassung Venetiens an Italien für die Erhaltung des Besitzstandes der österreichischen Monarchie und ihrer maßgebenden Stellung in Deutschland energisch einzutreten. Auf diese Zusage Napoleon's gestützt, faßte man in der Hofburg zu Wien seinen Entschluß. Ein Telegramm, welches Kaiser Franz Joseph am 5. Juli an Napoleon richtete, zeigte diesem an, daß Oesterreich Venetien bedingungslos an Frankreich abtrete, und daß es behufs Abschluß eines Waffenstillstandes mit Italien die französische Vermittelung erwarte. Mit kluger Berechnung hatte die österreichische Regierung für den Verzicht auf Venetien gerade diese Form gewählt. Die Räumung Italiens war unvermeidlich, da man der dort stehenden Truppen zur Fortführung des Krieges gegen Preußen, ja bereits unmittelbar zum Schutze der bedrohten Hauptstadt dringend bedurfte. Wäre nun diese Räumung ohne Weiteres erfolgt, so hätten die Italiener darin natürlich das Signal zu schleunigem Nachdringen und zu energischer Fortführung des Krieges erblickt, um der augenblicklichen Schwäche Oesterreichs auch Welschtirol, Trient und Triest, das weitere Ziel des nationalen Ehrgeizes Italiens, abzuringen. Dem glaubte nun die österreichische Regierung vorzubeugen, indem sie mit der Räumung Venetiens zugleich die förmliche Abtretung des Landes an Frankreich verband. Venetien wurde dadurch — für den Augenblick wenigstens — französisches Gebiet, und Napoleon — so rechnete man wenigstens in Wien — war dadurch in eine seinem Ehrgeize schmeichelnde Lage gebracht, in der er unter Umständen mit einem gewissen Schein des Rechts gegen eine gewaltsame Besetzung des Landes durch italienische Truppen Einspruch zu erheben vermochte. Er konnte ferner für das besiegte, wenn auch nicht entscheidend besiegte Italien die Uebergabe Venetiens an die Bedingung knüpfen, aus dem Waffenbündniß mit Preußen zurückzutreten, ja, er vermochte es, durch eine kriegerische Demonstration diesen Rücktritt nöthigenfalls zu erzwingen. Oesterreich hatte dann Preußen gegenüber freie Hand. Die bisher siegreiche Südarmee, deren Führer, Erzherzog Albrecht, gleich nach dem Tage von Königgrätz zum Oberbefehlshaber der gesammten österreichischen Streitkräfte ernannt und dem nun auch die Nordarmee unterstellt worden war, ließ sich bis auf den letzten Mann den Preußen entgegenstellen, und mit einiger Aussicht auf Erfolg konnte man den Kampf an der Donau dann wol noch einmal aufnehmen.

Abtretung von Venetien an Napoleon III. Aber alle diese Hoffnungen der österreichischen Staatsmänner sollten sich als trügerisch erweisen. In Paris war zwar die kriegslustige Bevölkerung und im ersten Augenblicke auch die Regierung geneigt, die Anrufung der französischen Vermittelung durch Oesterreich, zumal in Verbindung mit der Abtretung Venetiens, als einen glänzenden Sieg der französischen Staatskunst anzusehen und dem entsprechend zu feiern. In den Straßen der Weltstadt flatterten lustig die Tricoloren, und am Abend waren die Straßen illuminirt; der „Moniteur“, das kaiserliche Amtsblatt, verkündete triumphirend das große Ereigniß, und die Kriegspartei innerhalb der

Regierung, an ihrer Spitze der Minister des Aeußern, Drouin de l'Huys, suchte mit Ungestüm den Kaiser zur energischsten Ausnutzung des „Sieges" im französischen Interesse zu drängen. Aber im Lichte ruhiger Ueberlegung schmolz der angebliche Sieg bald in ein Nichts zusammen, ja er stellte sich im Grunde als eine Niederlage der französischen Politik heraus. Die Mehrheit innerhalb der französischen Regierung und nicht zum wenigsten der Kaiser selbst hatten die Bedeutung und den Einfluß des französischen Namens ungebührlich überschätzt; sie hatten sich in der Annahme gefallen, daß ein Wort Frankreichs jederzeit genügen werde, den großen Entscheidungskampf im Herzen Europa's in Bezug auf seine Ergebnisse innerhalb bestimmt vorzuschreibender Grenzen zu erhalten, und sie waren ferner der Meinung gewesen, daß Frankreich auch ohne jedwede Vorbereitungen in jedem Augenblicke im Stande sei, zwischen die streitenden Parteien zu treten und ihnen den Frieden zu diktiren. Aber mit rauher Gewalt hatten die großartige Machtentfaltung des preußischen Staates und die schnellen und glänzenden Erfolge seiner Waffen diese selbstgefälligen Illusionen zerstört. Jetzt, da die Entscheidung des französischen Kaisers von dem einen Theile angerufen wurde, und zwar unter Umständen, welche seinem Ehrgeize in der That schmeicheln konnten, jetzt durfte er kein entscheidendes Wort zu sprechen wagen, da er sich außer Stande sah, seinem Willen in allen Fällen und ohne ernstliche Gefährdung der eigenen Interessen auch dem andern Theile gegenüber Geltung und Anerkennung zu verschaffen. Er hatte gewähnt, den Schiedsrichter spielen zu können; jetzt mußte er sich mit der undankbaren Rolle des bescheidenen Vermittlers begnügen.

Für das italienische Volk hatte es wenig Verlockendes, Venetien, das es trotz erlittener Niederlagen noch immer sich zu erkämpfen hoffen durfte, als Gnadengeschenk aus der Hand Napoleon's anzunehmen; daß Italien aber daraufhin geneigt sein würde, sich eines schmählichen Vertragsbruches gegen seinen preußischen Bundesgenossen schuldig zu machen und einseitig einen Frieden oder auch nur einen Waffenstillstand mit Oesterreich zu schließen, das war bei dem lebhaften nationalen Ehrgefühl des italienischen Volkes kaum anzunehmen. Auch Napoleon konnte sich darüber nicht täuschen, und da er es aus den oben angedeuteten Gründen auf eine Drohung zunächst nicht ankommen lassen mochte, so knüpfte er an sein am 5. Juli an den König von Italien gerichtetes Vermittelungsanerbieten zugleich die Mittheilung, daß er gleichzeitig auch dem König von Preußen behufs Abschluß eines Waffenstillstandes mit Oesterreich seine Vermittelung angetragen habe. In der That erklärte sich auch Viktor Emanuel nur unter dieser Voraussetzung zur Annahme der französischen Vermittelung bereit, und die energische Wiederaufnahme der Kriegsoperationen, die Besetzung Venetiens durch italienische Truppen und die Verfolgung der abziehenden Oesterreicher ließen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß Italien entschlossen sei, fest und unerschütterlich auf dem Boden des mit Preußen geschlossenen Vertrages zu verharren und nur nach erfolgter Zustimmung Preußens die Waffen niederzulegen.

Die österreichische Regierung nahm übrigens keinen Anstoß daran, daß Napoleon über ihr unmittelbares Verlangen hinaus auch auf Preußen seine Vermittelung ausdehnte. Man hoffte in Wien, daß der französische Kaiser Willens sei, seine Forderungen zu Gunsten Oesterreichs mit allem Nachdruck geltend zu machen. Ließ sich Preußen durch Napoleon's Haltung einschüchtern, nun gut, dann schloß Oesterreich mit ihm einen glimpflichen Frieden; setzte dagegen Preußen den Forderungen Napoleon's entschlossenen Widerstand entgegen, dann, so hofften die österreichischen Staatsmänner, dann trat Frankreich an Oesterreichs Seite in den Krieg ein, dessen Ausgang in diesem Falle den österreichischen Politikern, die ebenfalls die augenblickliche Macht Frankreichs weit überschätzten, nicht zweifelhaft erschien.

Ganz anders dachte man darüber auf preußischer Seite. Der König und seine militärischen und politischen Rathgeber durften sich mit Recht davon überzeugt halten, daß Preußen zur Noth auch gegen Frankreich und Oesterreich zugleich den Kampf aufzunehmen vermöge. Die mangelhafte Schlagfertigkeit des französischen Heeres war in den

maßgebenden preußischen Kreisen gar wohl bekannt; auf die Zuverlässigkeit Italiens glaubte Bismarck fest rechnen zu dürfen; die Widerstandskraft der schlecht geführten Streitmacht der Südstaaten war nach dem übereinstimmenden Urtheil der preußischen Heerführer nicht allzu hoch anzuschlagen, und die Leistungsfähigkeit des reorganisirten preußischen Heeres — die glänzenden Waffenthaten der letzten Tage zeugten dafür — war über jeden Zweifel erhaben. Bei energischer Kriegführung vermochte Italien beinahe allein das durch die gefahrdrohende Unzufriedenheit der Ungarn ohnehin gelähmte Oesterreich in Schach zu halten, und ohne die in Böhmen errungenen Erfolge preiszugeben, konnte Preußen im Nothfalle wol an 400,000 Mann gegen Frankreich ins Feld stellen.

Preußen konnte also mit Aussicht auf Erfolg den Krieg zugleich nach beiden Seiten hin führen. Ernste Erwägungen führten jedoch den König und seinen ersten Rathgeber zu dem Entschlusse, dieses Aeußerste, wenn irgend möglich, zu vermeiden. Der Sieg Preußens im Kampfe gegen das verbündete Oesterreich und Frankreich mochte möglich, ja wahrscheinlich sein, aber völlig zweifellos war er doch nicht; und selbst wenn er es gewesen wäre, welche Opfer an Menschenleben, an Gut und Blut hätte er von dem preußischen Volke gefordert! Im Bewußtsein seiner Kraft durfte Preußen jedem Versuche, ihm die Früchte des errungenen Sieges zu schmälern, muthig Trotz bieten, ohne deshalb durch schroffe Zurückweisung jedes Vermittelungsvorschlages einen neuen und schwereren Krieg heraufzubeschwören.

Die militärischen Maßnahmen des preußischen Hauptquartiers wie das Verhalten der preußischen Diplomatie während der dem Siege von Königgrätz folgenden Tage fanden hierin — in dem vollen Kraftbewußtsein einerseits und in dem Wunsche nach friedlicher Verständigung andererseits — ihre Erklärung und zugleich ihre Berechtigung.

Napoleon als Vermittler zwischen den Kriegführenden. Am 5. Juli traf der telegraphische Vermittelungsvorschlag Napoleon's bei dem Könige ein. Napoleon verlangte zunächst nur behufs Anknüpfung von Friedensverhandlungen den Abschluß eines längeren Waffenstillstandes, und der König erklärte sich zu einem solchen bereit, sobald er sich des Einverständnisses Italiens und der Zustimmung Oesterreichs zu den Grundbedingungen des Friedens, deren erste das Ausscheiden der österreichischen Monarchie aus dem Verbande der deutschen Staaten sei, versichert haben werde. Die französische Vermittelung wurde auf diese Weise in der Form angenommen, thatsächlich aber beinahe gegenstandslos gemacht. Der König wahrte sich das Recht des Siegers, dem Besiegten nach eigenem Ermessen seine Bedingungen vorzuschreiben, und zugleich war die nöthige Zeit gewonnen, um durch weiteste Ausnutzung des bei Königgrätz errungenen Sieges einen kräftigen Druck auf Oesterreich auszuüben. Während zwischen dem preußischen und dem österreichischen Hauptquartier wie zwischen Wien und Paris anfänglich die telegraphischen Depeschen und später die bevollmächtigten Unterhändler hin und her gingen, und während zugleich die preußische Mainarmee in ununterbrochener Folge ihre Siege im Westen erfocht, verfolgt die böhmische Armee im Osten, die Festungen Königsgrätz, Josephstadt und Theresienstadt hinter sich lassend, in Eilmärschen ihren Siegeszug, dessen Ziel die Kaiserstadt an der Donau war.

Benedek's Armee befand sich im Zustande der Auflösung. Die flüchtigen Reste derselben hatten bei Königgrätz und Pardubitz die Elbe überschritten und dabei weitere schwere Einbußen erlitten. Während der Oberbefehlshaber mit den noch zusammenhaltenden Theilen seiner Hauptstreitmacht unter den Kanonen von Olmütz Sicherheit suchte und innerhalb des verschanzten Lagers dieser Festung seinen Scharen wieder einigermaßen Halt und Zusammenhang zu verleihen sich bemühte, war das Corps von Gablenz und der größte Theil der kaiserlichen Reiterei gegen Süden aufgebrochen, um in beschleunigtem Marsche die Hauptstadt der Monarchie zu erreichen. Dahin hatten sich nun auch die noch streitbaren übrigen Theile der Nordarmee auf Anordnung des neuen kaiserlichen Generalissimus, Erzherzog Albrecht, in Bewegung gesetzt.

Aber dies ließ sich nur theilweise noch auf dem kürzesten Wege bewerkstelligen.

Marsch auf Wien. Die I. Armee der Preußen unter dem Könige und Prinz Friedrich Karl war inzwischen auf Brünn losmarschirt. Bei ihr befand sich der königliche Oberbefehlshaber. Am 6. Juli war das königliche Hauptquartier in Pardubitz angelangt, und am 13. fand der Einzug des Monarchen in die mährische Hauptstadt statt. — Die II. Armee unter dem Kronprinzen bewegte sich gleichzeitig weiter in der Richtung auf Olmütz, die Elbarmee unter Herwarth von Bittenfeld rückte über Znaim auf dem gradesten Wege gegen Wien vor, während die unterdessen herangekommene Gardelandwehr am 8. Juli Prag besetzte und die schwarz-weiße Fahne auf dem Hradschin aufpflanzte.



Sturm des 5. Kürassierregiments auf die österreichischen Batterien bei Tobitschau.

Die I. Armee fand bei Saar und bei Tischnowitz am 10. und 11. Juli nur geringen Widerstand und rückte bis drei Meilen von Wien vor; die II. Armee schlug am 15. Juni den Feind bei Tobitschau und nahm ihm nach blutigem Ringen 18 Kanonen ab; hierdurch waren die wichtigen Linien der Wien-Olmützer Eisenbahn der Benutzung der Nordarmee entzogen, denn auch der Knotenpunkt jener Eisenbahnstrecke, Lundenburg, ward am 16. Juli vom Prinzen Friedrich Karl besetzt und von demselben alsbald der Marchfluß überschritten.

Die Armee des Kronprinzen besetzte am 17. Prerau; andere preußische Truppentheile gingen über die March bei Holitz (Ungarn). Das Hauptquartier des Königs ward am 18. nach Nikolsburg, zwölf Meilen von Wien, verlegt.

Nicht volle vier Wochen hatten genügt, in das Herz Oesterreichs einzudringen. Vom Stephansthurme konnte man am Tage die Bajonnete der Preußen blitzen, zur Nachtzeit ihre Lagerfeuer leuchten sehen. Schrecken und Verwirrung herrschten in der Kaiserstadt, die sich am 19. Juli von 240,000 Preußen in weitem Umfange bedroht sah. Die Bank flüchtete ihre Kassen nach der ungarischen Festung Komorn; in den Ministerien wurden die Akten zusammengepackt, um sie nach Pest zu retten. Von der geschlagenen Nordarmee war trotz des Wechsels im Oberbefehl eine Wandlung zum Bessern nun nicht mehr zu erwarten; die Regimenter aus Italien waren noch immer nicht in genügender Zahl zur Stelle; der Einzug der Preußen in Wien war voraussichtlich kaum noch zu verhindern.

Die Diplomatie hatte inzwischen in geschäftiger Weise die äußerste Thätigkeit entwickelt. In den Tuilerien hatte man es wol empfunden, daß die Annahme der französischen Vermittelung durch Preußen in der gewählten Form einer Ablehnung fast gleichkam. Mit Ungestüm forderte der Minister des Aeußeren, Drouin de l'Huys, die Aufstellung eines hinlänglich starken französischen Heeres am Rhein und die Besetzung Venetiens durch französische Truppen. Frankreich müsse Preußen und Italien den Frieden diktiren, es müsse für die Gebietserweiterungen, welche beiden Mächten allenfalls zu gestatten seien, einen mindestens gleichwerthigen Gebietszuwachs auch für sich davontragen und diesem seinen Anspruch nöthigenfalls mit den Waffen in der Hand Geltung verschaffen. Oesterreich, welches den Kaiser Napoleon zum Kriege gegen Preußen zu drängen wünschte, unterstützte natürlich aufs Eifrigste die Bestrebungen der französischen Kriegspartei. Nun wäre bei einiger Aussicht auf Erfolg Napoleon gewiß der Letzte gewesen, der sich solchen Maßnahmen widersetzt hätte; geschah letzteres dennoch, so mußten die gewichtigsten Gründe ihn dazu bestimmen. Wir kennen diese Gründe und wissen, wie gewichtig sie in der That waren. Die französischen Heere, nach welchen die Kriegspartei rief, waren nicht vorhanden; kaum über mehr als 50,000 Mann schlagfertiger Truppen vermochte der Kriegsminister zu verfügen. Napoleon mochte zugeben, daß er über die Bedeutung des französischen Einflusses sich getäuscht habe, daß er besser gethan, dem Rathe seines Ministers des Aeußern zu folgen und bereits beim Beginn des preußisch-österreichischen Krieges auch in Frankreich zu rüsten. Jedoch jetzt, da Preußen und Italien überall in siegreichem Vordringen begriffen waren, da Preußen in jedem Augenblicke Hunderttausende von sieggewohnten Kriegern an die französische Grenze werfen konnte, jetzt noch das Versäumte nachzuholen, dazu war es augenscheinlich zu spät. Gerade die ergebensten Anhänger des Kaisers, unter ihnen Rouher, der Genosse seines Ehrgeizes, wagten sich und ihrem Gebieter die Gefahren eines preußisch-französischen Krieges nicht zu verhehlen. Sie riethen zur Mäßigung; Frankreich dürfe seine augenblickliche Schwäche nicht verrathen; man möge sich davor hüten, Forderungen zu erheben, welche man nicht im Nothfalle mit Waffengewalt durchzusetzen entschlossen und fähig sei. Ein glimpflicher Friede für Oesterreich und eine kleine Entschädigung für Frankreich, mehr sei für den Augenblick von dem Sieger nicht zu verlangen und damit werde auch der Ehre Frankreichs genügt; die Geltendmachung weitergehender Ansprüche — denn nur die Noth machte diese Männer bescheiden — sei besser für günstigere Zeiten vorzubehalten. Napoleon verschloß sich diesen Erwägungen nicht; er folgte dem Rathe der Friedenspartei, die schließlich im Ministerium die Oberhand gewann, und entsagte dem Gedanken an bewaffnete Einmischung.

Benedetti im Hauptquartier. Ueber den Begriff der Mäßigung gingen freilich die Ansichten in Paris und im preußischen Hauptquartier zunächst noch weit aus einander; indessen glaubte die preußische Regierung in dem Augenblicke, da sie die Früchte langjähriger Aussaat einzuernten im Begriffe stand, es mit Napoleon nicht gänzlich verderben zu dürfen. Die Forderungen des Kaisers in Bezug auf französische Gebietserweiterungen am Rhein wurden deshalb von Bismarck ausweichend behandelt und ihre Erledigung auf spätere Zeit verschoben. Für Preußen bedeutete dies soviel wie definitive Abweisung. Bezüglich des Friedensschlusses mit Oesterreich zeigte sich die preußische Regierung zu wesentlichen Zugeständnissen bereit. Jedoch wurden die ersten am 13. Juli nach dem königlichen Hauptquartier zu Brünn durch den französischen Bevollmächtigten Graf Benedetti überbrachten Vorschläge Napoleon's als zu weit gehend bezeichnet und daher als unannehmbar zurückgewiesen.

Auch über einen zweiten Vorschlag Napoleon's — vom 16. Juli — war ein Einverständniß noch nicht zu erzielen; Napoleon wollte die preußischen Gebietserweiterungen auf Schleswig-Holstein beschränkt wissen, während König Wilhelm mit aller Entschiedenheit darauf bestand, wenigstens nördlich vom Main nach freiem Ermessen diejenigen Gebietsveränderungen vorzunehmen, welche im militärischen und politischen Interesse Preußens

geboten seien. Da Graf Benedetti nicht umhin konnte, seinem kaiserlichen Gebieter zu melden, daß der Entschluß des Königs von Preußen in diesem Punkte unerschütterlich und unwiderruflich sei, so fügte sich Napoleon in das Unvermeidliche.

Die letzten kriegerischen Vorgänge. Unterdessen hatte Benedek sich genöthigt gesehen, nachdem er vor den Preußen auf das linke Marchufer ausgewichen war, durch die kleinen Karpathen seinen Rückzug fortzusetzen, um über Preßburg nach Wien zu gelangen. Prinz Friedrich Karl dagegen hatte am 21. die jenseit der March operirenden Truppen, welche Benedek's Streitmacht von Wien abschneiden sollten, verstärkt, und so kam es bei Blumenau in der Nähe von Preßburg am 22. Juli nochmals zu einem heftigen Zusammenstoß.

Im entscheidenden Augenblicke ward jedoch das bis zur letzten Sekunde von General Fransecky an der Spitze seiner Thüringer mit Ungestüm und Erfolg weitergeführte Gefecht durch Verkündigung der inzwischen abgeschlossenen Waffenruhe unterbrochen, nachdem schon die Brigade Bose behufs Umgehung des Feindes über schwer zu überschreitende Uebergänge der Karpathen in den Rücken des Gegners abgeschickt worden war.

Es war in der That höchste Zeit gewesen, das Ende des Krieges herbeizuführen. Die preußischen Heere standen in weitem Umkreise vor Wien; wollte Napoleon Oesterreich die letzte Demüthigung, den Einzug des Feindes in die Hauptstadt, ersparen, so durfte er sich den berechtigten Forderungen Preußens nicht widersetzen.

Waffenstillstand von Nikolsburg. Am 19. Juli ließ Napoleon im königlichen Hauptquartier zu Nikolsburg erklären, daß er Preußen völlig freie Verfügung über Norddeutschland zugestehe. Das letzte Hinderniß, welches dem Abschluß eines Waffenstillstandes im Wege gestanden hatte, war damit beseitigt; bereits am 20. und 21. fanden zwischen den österreichischen und preußischen Bevollmächtigten unter Zuziehung des italienischen Gesandten Graf Barral die bezüglichen Verhandlungen statt, und am 22. Juli Mittags um 12 Uhr legten Oesterreicher und Preußen auf dem böhmischen Kriegsschauplatz die Waffen nieder.

Auf Süddeutschland und auf Italien erstreckte sich der Waffenstillstand nicht; derselbe, zunächst nur auf fünf Tage giltig, war nur zu dem Zwecke geschlossen worden, um zwischen Oesterreich und Preußen die Friedenspräliminarien zu vereinbaren.

Die zwischen dem preußischen Hauptquartier und den österreichischen Bevollmächtigten Graf Karolyi und General von Degenfeld alsbald angeknüpften Unterhandlungen führten schnell zu einem befriedigenden Ergebniß. Am 26. Juli wurde, im Wesentlichen auf Grund der letzten französischen Vermittlungsvorschläge, zu Nikolsburg der Präliminarfriede zwischen Oesterreich und Preußen unterzeichnet.

Friede. Hiernach sollte Oesterreich aus dem Verbande der deutschen Staaten ausscheiden, zu Gunsten Italiens auf Venetien und zu Gunsten Preußens auf sein Mitbesitzrecht in Schleswig-Holstein verzichten; es gestand ferner Preußen das Recht der völlig freien Verfügung über Norddeutschland zu; doch blieb der Besitzstand Sachsens und die Unabhängigkeit der deutschen Staaten südlich vom Main gewährleistet. Der Friede zwischen Preußen und den Bundesgenossen Oesterreichs sollte ohne die Mitwirkung des letzteren durch besondere Verhandlungen mit den Betheiligten zu Stande gebracht werden.

Wie der Waffenstillstand, so war auch der Präliminarfriede zwischen Oesterreich und Preußen unter der vertragsmäßigen Zustimmung Italiens geschlossen worden, ohne zugleich auch für den letzteren Staat verbindlich zu sein. Noch am 20. Juli hatte die italienische Flotte unter Persano gegen die österreichische unter Tegetthoff bei Lissa in einem allerdings rühmlichen Kampfe eine schwere Niederlage erlitten. Aus naheliegenden Gründen wünschten jedoch die Italiener die Früchte des Krieges, deren sie ohnedies sicher waren, auch selbst durch einen Sieg zu verdienen, und suchten deshalb den Abschluß des Waffenstillstandes zu verzögern. Aber es kam zu keinem entscheidenden Kampfe mehr,

vielmehr ruhten vom 9. August ab auch in Italien die Waffen, worauf General Menabrea zur Theilnahme an den bereits begonnenen Unterhandlungen über den definitiven Frieden sich nach Prag begab.

Die süddeutschen Staaten, von Oesterreich völlig im Stich gelassen, konnten natürlich nicht daran denken, den Kampf auf eigene Hand fortzusetzen. Da sie indessen ohne eine anerkannte gemeinsame Vertretung dem Sieger gegenüberstanden, also einzeln durch ihre Bevollmächtigten mit dem preußischen Hauptquartier verhandeln mußten, und da Preußen außerdem durch Besetzung möglichst ausgedehnter Gebietstheile jedes einzelnen Staates sich eine sichere Grundlage für den späteren Frieden zu verschaffen wünschte, so trat, wie bemerkt, der Waffenstillstand für Süddeutschland erst am 2. August in Kraft. Die Friedensverträge, gleichfalls für jeden Staat einzeln, kamen bald darauf in schneller Folge zum Abschluß, und zwar am 13. August mit Württemberg, am 17. mit Baden, am 22. mit Bayern; nur mit dem Großherzogthum Hessen und dem Königreich Sachsen zogen sich die Verhandlungen längere Zeit hin — mit ersterem bis zum 3. September, mit letzterem gar bis zum 23. Oktober — weil hier, wie wir alsbald sehen werden, besonders schwierige Fragen zu erledigen waren.

Mit dem König von Hannover, dem Kurfürsten von Hessen und dem Herzog von Nassau, deren Länder zur Einverleibung in Preußen bestimmt waren, wurden eigentliche Friedensverhandlungen überhaupt nicht geführt; auch mit der freien Stadt Frankfurt a. M. bedurfte es solcher nicht, da die Einverleibung derselben in Preußen gleichfalls beschlossen war.

Friedensschlüsse zu Prag und Wien. Zwischen Oesterreich und Preußen erfolgte am 23. August der Abschluß des definitiven Friedens zu Prag, durch welchen die früheren Abmachungen in der Hauptsache bestätigt und zugleich die noch unerledigten Nebenfragen, die Kriegsentschädigung u. a. m., geregelt wurden. Der definitive Friedensschluß zwischen Oesterreich und Italien fand am 6. Oktober in Wien statt: die Abtretung Venetiens und die Anerkennung des Königreichs Italien durch Oesterreich waren die Bedingungen desselben.

Beim Beginn der Friedensunterhandlungen mit Preußen hatten Sachsen und sämmtliche süddeutschen Staaten außer Baden, dem Beispiele Oesterreichs folgend, die Vermittelung Napoleon's in Anspruch genommen. Napoleon hatte sich sofort bereit erklärt, aber indem er in Berlin seine Vermittelung anbot, kam er zugleich auf seine eigenen Vergrößerungspläne zurück und ließ, am 6. August, in Anbetracht der für Preußen in Aussicht stehenden ausgedehnten Gebietserwerbungen durch Graf Benedetti eine „Grenzberichtigung“, d. h. die Abtretung der Bayerischen Rheinpfalz und des linksrheinischen Theils des Großherzogthums Hessen, einschließlich Mainz, an Frankreich fordern. Das gleiche Verlangen hatte Napoleon, wie wir wissen, bereits in den ersten Tagen des Juli gestellt; aber die Gründe, welche damals Bismarck bestimmt hatten, jene Forderung nicht grundsätzlich zurückzuweisen, diese Gründe fielen jetzt größtentheils fort. Bismarck erklärte dem französischen Botschafter unumwunden, daß von der Abtretung deutschen Gebietes an Frankreich ganz und gar nicht die Rede sein könne, und als Benedetti darauf von seiner Ermächtigung Gebrauch machte und mit Krieg drohte, erwiderte ihm der preußische Minister gelassen: „Nun gut, dann ist Krieg.“ Ohne Zweifel rechnete Bismarck darauf, daß Napoleon Angesichts der augenscheinlichen militärischen Unfertigkeit Frankreichs auch jetzt vor dem Aeußersten zurückschrecken werde. Und diese Erwartung erwies sich als zutreffend. Napoleon lenkte schleunigst ein; er mißbilligte die drohende Erklärung seines Botschafters, schob alle Schuld auf seinen Minister des Aeußern, Drouin de l'Huys, und ertheilte diesem, um der preußischen Regierung volle Genugthuung zu geben, alsbald seine Entlassung.

Napoleonische Grenzberichtigungen. Unter solchen Umständen hatte Bismarck keinen Grund, dem friedlichen Einvernehmen, welches — der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — Napoleon zwischen Frankreich und Preußen aufrecht zu erhalten suchte,

seinerseits erschwerende Hindernisse in den Weg zu legen. Napoleon's Annexionsgelüste waren nicht nur in seinem und seiner Anhänger persönlichem Ehrgeiz begründet, sondern wurzelten zum großen Theil in dem Wunsche, die nach dem unglücklichen Ausgange des abenteuerlichen Zuges nach Mexiko täglich erstarkende antibonapartistische Opposition durch glänzende Erfolge auf dem Gebiete der europäischen Politik zu beschwichtigen und niederzuhalten. Er ließ nunmehr statt der französischen Gebietserweiterung auf Kosten Süd- und Westdeutschlands eine solche auf Kosten Belgiens in Vorschlag bringen, und Bismarck zeigte sich wenigstens zu Verhandlungen über diesen Gegenstand bereit. Natürlich dachte er dabei nicht entfernt daran, daß Preußen zur völligen oder theilweisen Einverleibung Belgiens in Frankreich jemals behülflich sein oder dieselbe auch nur gestatten könne. Indem er die bezüglichen Verhandlungen aufnahm und durch allerlei ausweichende Erklärungen absichtlich in die Länge zog, befolgte Bismarck wiederum nur jene Politik klugen Hinhaltens, welche ihm der Begehrlichkeit Napoleon's gegenüber bereits so treffliche Dienste geleistet hatte und in dem vorliegenden Falle noch trefflichere Dienste leisten sollte.

Vorerst machte sich Bismarck die Blöße, welche sich Napoleon durch das Verlangen der Abtretung Rheinbayerns und Rheinhessens an Frankreich gegeben hatte, bei den Friedensverhandlungen mit den süddeutschen Staaten auf das Ausgiebigste zu Nutze. Indem er die Regierungen derselben einen Einblick thun ließ in das Doppelspiel des Vermittlers, bewog er sie, zugleich mit den Friedensverträgen gegen Frankreich gerichtete Schutz- und Trutzbündnisse mit Preußen abzuschließen.

Schutz- und Trutzbündnisse mit den Südstaaten. Diese Schutz- und Trutzbündnisse wurden vorläufig geheim gehalten, ja Napoleon selbst blieb in der Meinung, durch seine Vermittelung den süddeutschen Staaten nicht nur die Erhaltung ihrer „internationalen unabhängigen Existenz“, sondern auch die anderweitigen günstigen Friedensbedingungen erwirkt zu haben, welche die preußische Regierung nach eigenem freien Ermessen *ihren neuen Bundesgenossen* aufzuerlegen für gut befunden hatte.

Günstig waren diese Bedingungen in der That. Baden und Württemberg hatten nur eine Kriegsentschädigung von sechs resp. acht Millionen Gulden zu zahlen. Bayern zahlte 30 Millionen und verlor einen ganz unbedeutenden, die Aemter Gersfeld, Orb und Kaulsdorf umfassenden Landstrich (etwa 10 Quadratmeilen mit ca. 30,000 Einwohnern). Das Großherzogthum Hessen, welches allein unter den süddeutschen Staaten von dem Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen ausgeschlossen blieb, kam weniger günstig davon: es verlor die Landgrafschaft Hessen-Homburg — etwa 20 Quadratmeilen mit ca. 75,000 Einwohnern — mußte drei Millionen Gulden Kriegsentschädigung zahlen, die dauernde Besetzung der früheren Bundesfestung Mainz durch preußische Truppen gestatten und sich verpflichten, mit seinen nördlich vom Main gelegenen Gebietstheilen in den neu zu begründenden Norddeutschen Bund einzutreten, dessen Zoll- und Verkehrseinrichtungen außerdem auf das ganze Großherzogthum Anwendung finden sollten.

Dem Königreich Sachsen war sein Besitzstand bereits durch den preußisch-österreichischen Präliminarfrieden garantirt; es wurde ihm also nur die Zahlung von 10 Millionen Thalern Kriegsentschädigung und die Verpflichtung zum Eintritt in den Norddeutschen Bund — unter Verzicht auf eigene diplomatische Vertretung im Auslande — auferlegt. Auch das Herzogthum Meiningen und das Fürstenthum Reuß, die allein unter den thüringischen Staaten zu Oesterreich gehalten hatten, schlossen unter der einzigen Bedingung ihres Eintritts in den Norddeutschen Bund ihren Frieden mit Preußen.

Dagegen verharrte die preußische Regierung den Norddeutschen Bundesgenossen Oesterreichs gegenüber mit Festigkeit auf dem einmal gefaßten Entschluß. Wollte Preußen für die Zukunft sich vor einer gleich schwierigen und gefahrvollen Lage bewahren, wie die gewesen war, in der es sich zu Anfang des Krieges befunden hatte, so war es unumgänglich nothwendig, diesen Staaten gegenüber von dem Eroberungsrechte Gebrauch zu machen und

sie Preußen einzuverleiben. Nur dadurch allein ließ sich das früher geübte Unrecht wieder gut machen und Preußens Grenzen eine günstigere Gestalt geben.

Freilich war nicht zu verkennen, daß aus praktischen Gründen die Einverleibung einer weiteren Zahl von deutschen Kleinstaaten, namentlich der thüringischen Ländchen, Braunschweigs und Oldenburgs, im Interesse Preußens und des Norddeutschen Bundes, ja vielleicht im Interesse der betheiligten Staaten selbst, ebenso wünschenswerth gewesen wäre; aber die Mehrzahl dieser Staaten hatten während des Krieges treu zu Preußen gestanden, und der König glaubte ihnen deshalb nicht den Verzicht auf ihre eigenen Dynastien zumuthen zu dürfen, der — gleichviel ob mit Recht oder mit Unrecht — doch immerhin als ein Opfer empfunden worden wäre.

Die preußischen Erwerbungen. Es kamen also an Preußen nur das Königreich Hannover, die schleswig-holsteinischen Herzogthümer, das Kurfürstenthum Hessen, die Landgrafschaft Hessen-Homburg nebst dem Bezirk von Meisenheim, ferner das Herzogthum Nassau, das Gebiet der freien Stadt Frankfurt a. M. und vom Königreich Bayern die Aemter Gersdorf, Kaulsdorf und Orb — Alles in Allem ein Gebiet von 1308 Quadratmeilen mit ca. 4½ Millionen Einwohnern, so daß der Umfang des preußischen Staates von 5086 Quadratmeilen mit 19½ Millionen Einwohnern, welche er vor dem Kriege umfaßt hatte, auf 6394 Quadratmeilen mit nahezu 24 Millionen Einwohnern stieg.

Es sei noch erwähnt, daß Preußen mit dem alleinigen Besitz der schleswig-holsteinischen Herzogthümer auch den auf Oesterreich entfallenden Antheil ihrer Kriegsschuld vom Jahre 1864 mit übernommen hatte. Bei der Auszahlung der auf 40 Millionen Gulden festgesetzten österreichischen Kriegsentschädigung kam dieser Antheil einschließlich der Kosten für die Verpflegung der bis zum endgiltigen Friedensschluß noch in Oesterreich verbleibenden preußischen Truppen mit 20 Millionen Gulden in Abzug, so daß Oesterreich nur eine baare Kriegsentschädigung von 20 Millionen Gulden zu entrichten hatte.

Die Heerschau auf dem Marchfelde statt des Einzugs in Wien. Die höchste äußere Genugthuung des siegreichen Soldaten, der Einzug in die Hauptstadt des Besiegten, war dem preußischen Heere vorenthalten worden. Nicht nur dem französischen Vermittler zu Liebe, sondern mehr noch aus eigenem freien Entschlusse hatte König Wilhelm darauf verzichtet, dem besiegten Gegner eine Demüthigung zu bereiten, die schwer vergessen worden wäre und die natürliche Verbindung der beiden mitteleuropäischen Staaten und ihrer zum Theil wenigstens stammverwandten Bevölkerungen zu gegenseitigem Schutz und Trutz nach Osten wie nach Westen hin auf lange Zeit unmöglich gemacht hätte. Eine glänzende Heerschau, welche am 30. Juli auf dem althistorischen Boden des Marchfeldes vom König Wilhelm abgehalten wurde, trat an die Stelle des Einzugs in Wien. In warm empfundenen Worten sprach der Monarch bei dieser Gelegenheit den braven Truppen, die sich glanzvoll bewährt und die höchste Tüchtigkeit bewiesen hatten, seine volle und ganze Anerkennung aus: nur der unvergleichlichen Tapferkeit des Heeres und dessen ausgezeichneter Führung habe das Vaterland alle die glänzenden Erfolge des letzten Krieges zu verdanken.

In der That, die militärische Ueberlegenheit des preußischen Heeres und seiner Führer hatte sich im hellsten Lichte gezeigt. Nicht eine Fahne, nicht eine Kanone war auf preußischer Seite im Kampfe verloren gegangen, während die Oesterreicher 486 Kanonen nebst 81 Fahnen und Standarten eingebüßt hatten. Gegenüber dem preußischen Gesammtverlust von 280 Offizieren 5400 Mann an Todten und 560 Offizieren 14,600 Mann an Verwundeten betrug der österreichische Gesammtverlust reichlich das Vierfache, und an Gefangenen hatten die Oesterreicher gar 51,000 Mann verloren, während nur 400 Preußen in österreichische Kriegsgefangenschaft gerathen waren. Aber auch in moralischer Hinsicht, in Bezug auf Haltung und Mannszucht, hatte sich der preußische Soldat dem österreichischen weit überlegen gezeigt. Selbst als nach den ersten Siegen als unheimlicher Gast die Cholera, zahlreiche Opfer fordernd, im Feldlager sich eingestellt hatte, war der

Geist der preußischen Truppen nach wie vor ein vortrefflicher geblieben, und im vollsten Maße hatten sie sich das ehrende Lob verdient, das ihnen Bismarck in einem aus dem Feldlager in die Heimat gerichteten Briefe zutheil werden ließ. „Unsere Leute sind zum Küssen", schrieb der preußische Minister, „jeder so todesmuthig, ruhig, folgsam, gesittet, mit leerem Magen, nassen Kleidern, nassem Lager, abfallenden Stiefelsohlen, freundlich gegen Alle, bezahlen was sie können und essen verschimmeltes Brot; es muß doch ein tiefer Fond von Gottesfurcht im gemeinen Manne bei uns sitzen, sonst könnte das Alles nicht sein."

Und denselben trefflichen Geist, welcher das preußische Heer beseelte, hatte auch die daheim gebliebene Bevölkerung in reichem Maße bewährt. „Zahlreiche Vereine, unter dem Schutz der Königin gebildet, hatten in opferbereiter Wohlthätigkeit für die im Felde stehenden Brüder gesorgt. Die große Zeit hatte den inneren Zwiespalt ausgeglichen, die politischen Parteien einander genähert und Alle in Dankbarkeit gegen die Armee geeinigt... Evangelische wie katholische Schwestern pflegten die Verwundeten ohne Unterschied der Konfession, gleichviel ob sie Freund oder Feind gewesen waren. Der Johanniterorden setzte seine umfassende Thätigkeit auf dem Schlachtfelde in den Lazarethen fort. Gaben der Liebe strömten von allen Seiten hinzu, nicht nur aus Preußen, sondern aus ganz Norddeutschland, aus Bremen in solcher Fülle, daß der Transport nicht immer zu bewältigen war. Noch nie ist neben der Fürsorge der Regierung aus dem Volke selbst Aehnliches für das Heer geleistet worden, wie in diesem Feldzuge ...." — Kann man schönere Dankesworte spenden als diese in der amtlichen Darstellung des Generalstabs niedergelegten?!

Umschwung in Preußen. Aber welche Genugthuung auch die errungenen Siege und die begleitenden Umstände nach so vielen bitteren Jahren der Zwietracht dem königlichen Feldherrn gewähren mußten, den herrlichsten Sieg errang doch der jetzt erst voll gewürdigte Monarch im eigenen Lande. Ein völliger Umschwung der Stimmung war eingetreten. Der Erfolg hatte gezeigt, daß der Weg, auf welchem die Regierung im Widerspruch mit der öffentlichen Meinung die Verwirklichung des gemeinsamen nationalen Zieles erstrebt hatte, der richtige gewesen war, und die große Mehrheit des preußischen Volkes war deshalb gern und freudig bereit, der nationalen Politik des Königs und seiner Rathgeber die so lange versagte Anerkennung zu zollen. Allerdings waren die Mittel und Maßregeln der Regierung im Kampfe gegen die widerstrebende öffentliche Meinung vielfach schroff und gewaltsam gewesen; aber Angesichts der errungenen Erfolge und Angesichts der entgegenkommenden Haltung der Regierung, die selbst den ersten Schritt zur Versöhnung that, wurden jetzt auch jene Schroffheiten und Uebergriffe gern entschuldigt oder vergessen.

Nur ein Bruchtheil der fortschrittlichen Opposition setzte mit doktrinärer Beharrlichkeit den Widerstand gegen die Regierung fort und suchte an ihrem schlechterdings unbestreitbaren Erfolge zu mäkeln: dieser Erfolg sei nur ein halber; die feste Vereinigung der norddeutschen Staaten verliere an Werth, da sie um den Preis der völligen Trennung von den süddeutschen Staaten erkauft sei; nur nach dem fortschrittlichen Programm sei die wirkliche und völlige Einigung Deutschlands zu erreichen gewesen. — Es ist kaum nöthig, zu erwähnen, wie sehr die vom Parteigeist beherrschten Männer, die jenes Programm aufstellten, sich täuschten. Die Verwirklichung desjenigen, was in Bezug auf die vollständige Einigung Deutschlands noch zu wünschen übrig blieb, konnte man nach dem Friedensschluß von Prag getrost der Zukunft und Demjenigen überlassen, der nun wirklich das geworden war, was er vorher verkündet hatte — der volksthümlichste Mann in ganz Deutschland — dem Grafen Bismarck.

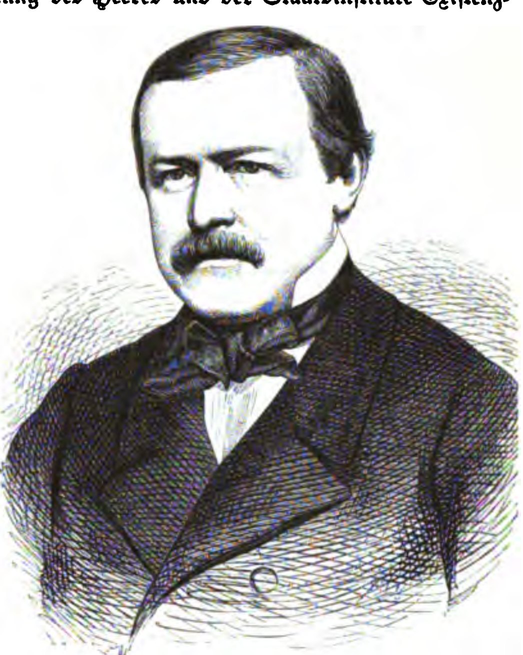
Die Rückkehr des aus dem siegreichen Feldzuge heimkehrenden Königs, welcher mit seinem Gefolge am 4. August in dem festlich geschmückten Berlin eintraf, gestaltete sich unter solchen Umständen zu einem Freudenfest für die ganze Nation. Der glänzende Empfang, die enthusiastische Begrüßung, die ungezählten Adressen und Glückwünsche waren für den Monarchen ein wohlthuendes äußeres Zeichen der Wandlung, welche in der

Stimmung der großen Mehrheit des preußischen Volkes vor sich gegangen war. In der Freude über das Errungene fühlte sich dieses wieder völlig eins mit seinem Herrscher, und auch die wiederholte Erklärung des Königs, daß nur die zwingende Macht der Umstände ihm das Schwert in die Hand gedrückt habe, und daß er in den Besiegten, namentlich in den besiegten süddeutschen Staaten, nicht die Feinde, sondern die zukünftigen Freunde und Bundesgenossen Preußens erblicke — auch diese Erklärung fand lauten und freudigen Wiederhall im preußischen Volke.

Der Landtag von 1866. Der veränderten Stimmung des Volkes entsprach natürlich auch die Haltung der Mehrheit seiner berufenen Vertreter. Das Abgeordnetenhaus war, wie wir wissen, nach einer völlig unfruchtbaren Session am 23. Februar geschlossen worden. Nachdem dann die entscheidende Wendung in der Politik der preußischen Regierung eingetreten, nachdem der Krieg gegen Oesterreich völlig unvermeidlich geworden war, hatte der König nachträglich — am 9. Mai — die Auflösung des Abgeordnetenhauses verfügt und Neuwahlen ausschreiben lassen, um die Stellung des Volkes zu dem nunmehr offen zu Tage liegenden nationalen Programm der Regierung zu erkunden. Unter dem Eindruck der Erklärung, mit welcher die Regierung in den entscheidenden Junitagen zu Frankfurt die Errichtung eines neuen Deutschen Bundes auf freisinniger nationaler Grundlage gefordert hatte, und zugleich unter dem Eindruck der Kunde von den ersten Siegen auf dem Kriegsschauplatz in Böhmen waren am 3. Juli, dem Tage der Entscheidungsschlacht von Königgrätz, die Neuwahlen vollzogen worden, und die Regierung errang wie dort so hier einen großen und glänzenden Sieg: außer einer beträchtlichen Anzahl unbedingter Regierungsanhänger wählte das Volk zu seiner Vertretung vorwiegend solche Männer, welche zwar an allen wesentlichen Forderungen des Liberalismus festzuhalten, zugleich aber auch die nationale auswärtige Politik der Regierung thatkräftig zu unterstützen bereit und entschlossen waren. Zum guten Theil hatten diese Männer bisher in der Opposition gestanden. Die überzeugende Gewalt der Thatsachen hatte sie indessen endlich bekehrt, und sie bekannten sich jetzt offen zu dem nationalen Programm der Regierung, dem Mancher eine stille, gleichsam verschämte Anerkennung schon längst nicht mehr hatte versagen können. Freilich wurden sie deshalb von denjenigen ihrer früheren Parteigenossen, welche nach wie vor in der grundsätzlichen Opposition verharrten, als Abtrünnige und gesinnungsuntüchtige „Erfolganbeter" auf das Heftigste angefeindet, aber in dem Bewußtsein, aus reiner patriotischer Ueberzeugung zu handeln, durften sie sich über diese Anfeindungen mit Ruhe hinwegsetzen. Schon die nächsten Jahre sollten ihnen glänzende Genugthuung bieten.

Das Ansuchen um Indemnität. Die Regierung ihrerseits zeigte, daß sie die veränderte Sachlage richtig zu würdigen verstand. Die durch den Ausfall der Wahlen und durch den dabei errungenen Zuwachs ermuthigte streng konservative und reaktionäre Partei wünschte zwar die Fortsetzung des politischen Kampfes bis zur völligen Niederlage des Liberalismus, und auch einige Mitglieder des Ministeriums — von Mühler, von Selchow, von Itzenplitz — standen dabei auf ihrer Seite. Aber der Einfluß Bismarck's, dem sich auch Graf Eulenburg, von Roon und der seit Juni 1866 an Bodelschwingh's Stelle als Finanzminister wieder eingetretene von der Heydt anschlossen, erwies sich als überwiegend. Im Einverständniß mit dem Ministerium beschloß der König, dem Abgeordnetenhause die Hand zur Versöhnung zu bieten und unter Anerkennung der formellen Verfassungswidrigkeit der budgetlosen Verwaltung der letzten Jahre das Abgeordnetenhaus um die nachträgliche Bewilligung der verausgabten Staatsgelder zu ersuchen. Nach den glänzenden Erfolgen, welche die Regierung im Widerstreit mit der Volksvertretung errungen hatte, war dies ein für die gedeihliche Weiterentwicklung des preußischen Verfassungslebens hoch bedeutsamer Schritt, und seine mittelbare und unmittelbare Wirkung hat nicht zum Wenigsten dazu beigetragen, den nationalen Aufschwung der nächsten Jahre zu fördern und zur schnellen und vollständigen Erreichung seines Zieles zu führen.

In der Thronrede, mit welcher König Wilhelm in Person den am 5. August zusammentretenden Landtag eröffnete, erfolgte die Ankündigung des königlichen Entschlusses. „Ueber die Feststellung des Staatshaushalts-Etats", sagte der König, „hat in den letzten Jahren eine Vereinbarung mit der Landesvertretung nicht herbeigeführt werden können. Die Staatsausgaben, welche in dieser Zeit geleistet worden sind, entbehren daher der gesetzlichen Grundlage, welche der Staatshaushalt nur durch das in Gemäßheit der Verfassungsurkunde alljährlich zwischen meiner Regierung und den beiden Häusern des Landtages zu vereinbarende Gesetz erhält. Wenn meine Regierung gleichwol den Staatshaushalt ohne diese gesetzliche Grundlage mehrere Jahre geführt hat, so ist das nach gewissenhafter Prüfung in der pflichtmäßigen Ueberzeugung geschehen, daß die Fortführung einer geregelten Verwaltung, die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen gegen die Gläubiger und die Beamten des Staates, die Erhaltung des Heeres und der Staatsinstitute Existenzfragen waren, und daß daher jenes Verfahren eine der unabweisbaren Nothwendigkeiten wurde, denen sich eine Regierung im Interesse des Landes nicht entziehen kann und darf. Ich hege das Vertrauen, daß die jüngsten Ereignisse dazu beitragen werden, die unerläßliche Verständigung so weit zu erzielen, daß meiner Regierung in Bezug auf die ohne Staatshaushaltsgesetz geführte Verwaltung die Indemnität, um welche die Landesvertretung angegangen werden soll, bereitwillig ertheilt und damit der bisherige Konflikt um so sicherer zum Abschluß gebracht werden wird, als erwartet werden darf, daß die politische Lage des Vaterlandes eine Erweiterung der Grenzen des Staates und die Einrichtung eines einheitlichen Bundesheeres unter Preußens Führung gestatten werde, dessen Lasten gleichmäßig von allen Genossen des Bundes werden getragen werden."



Max von Forckenbeck, Präsident des Abgeordnetenhauses.

Wie hätte Angesichts des im Felde und in der Politik Geleisteten das würdevolle und versöhnliche Auftreten des Königs des entsprechenden Eindrucks im Abgeordnetenhause wie im ganzen Lande entbehren sollen! „Die Hand wird uns zur Versöhnung geboten", sagte Twesten, einer der eifrigsten Vorkämpfer für Aufrechthaltung der verfassungsmäßigen Freiheiten, „es wird uns der Boden der Verfassung gewährt. Wir können den Frieden schließen, darum müssen wir ihn schließen. Wollte das Haus den Versuch machen, von dem äußersten Recht, das ihm die Verfassung gewährt, Gebrauch zu machen, dann würde dieses Recht zusammenbrechen. Die öffentliche Meinung unseres Landes hat sich kundgegeben durch die Stimmung des Heeres, durch die Wahlen, durch das gehobene Gefühl, welches unser Volk erfüllt. Die Hunderttausende unserer Krieger, welche an den heimatlichen Herd zurückkehren, die werden nicht von dem Budgetstreit sprechen, sondern von den Schlachten, die sie gewonnen, und von den Erfolgen, die sie errungen. Auf diese Stimmung und auf diese öffentliche Meinung haben wir Rücksicht zu nehmen."

Wie nicht anders zu erwarten, nahm eine große Majorität — 230 gegen 75 Stimmen — am 3. September das von der Regierung vorgelegte Indemnitätsgesetz an; nur die eben in der Bildung begriffene ultramontane Partei und ihr Anhang einerseits und die extremen

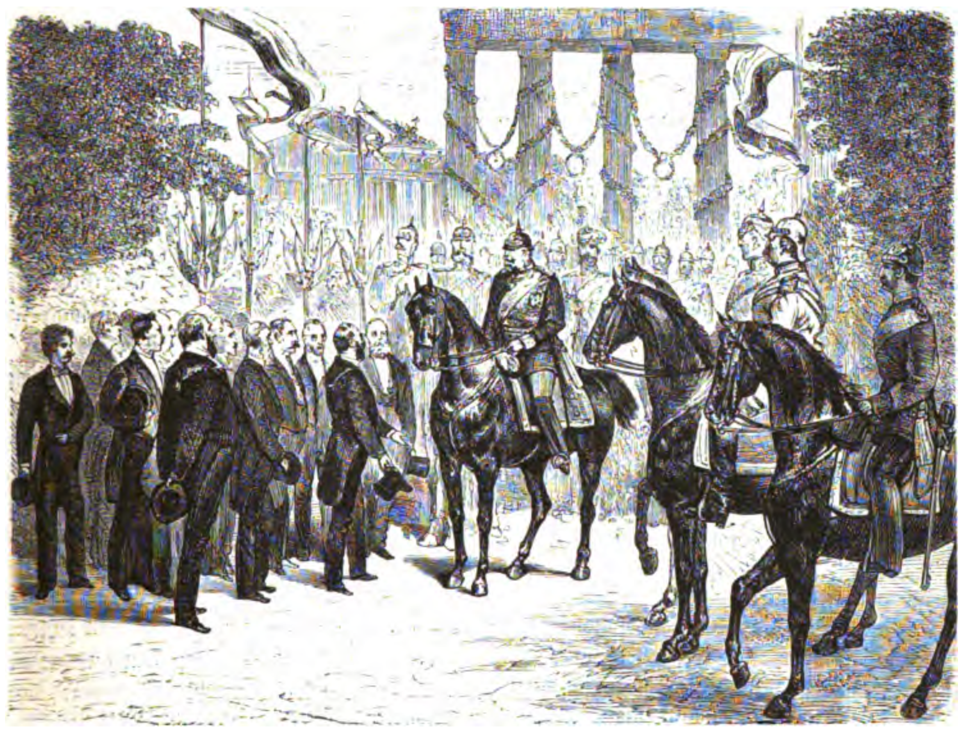
Fortschrittsmänner andererseits versagten ihm die Zustimmung, welche ihm übrigens auch die Anhänger der Reaktion nur widerstrebend ertheilten.

Der Verfassungskonflikt war damit endgiltig beseitigt, beseitigt in einer Form, welche auch für die ferneren Arbeiten und Abstimmungen des Landtages ein erfreuliches Zusammenwirken zwischen Regierung und Volksvertretung vorhersehen ließ. Die bisher gewahrte Einigkeit der liberalen Partei mußte darüber allerdings in die Brüche gehen, denn nach der Abstimmung vom 3. September konnte von einem in allen Hauptfragen gemeinsamen Programm nicht mehr die Rede sein. Am 24. Oktober wurde die unvermeidliche Spaltung denn auch äußerlich vollzogen, indem nahezu die Hälfte der liberalen Abgeordneten unter Führung von Lasker und Twesten zu einer besondern Parteibildung schritt. Die neue Genossenschaft, welche, an allen Hauptforderungen des Liberalismus grundsätzlich festhaltend, das nationale Programm der Regierung zu ihrem eigenen machte, nahm die Bezeichnung „nationalliberale Partei" an, und ihr schnelles Wachsthum lieferte den deutlichen Beweis, daß ihre Bildung einem von der großen Mehrheit des Volkes gefühlten Bedürfniß entsprach. Daß die Mehrzahl der Anhänger der Fortschrittspartei nicht nur aus Oppositionseifer, sondern aus politischer Ueberzeugungstreue in der Opposition gegen die Regierung verharrte, das bedarf kaum einer Erwähnung; die Hauptvertreter der Parteien hatten sich von vornherein der Erkenntniß nicht verschlossen, daß zum wenigsten für die nächste Zeit einer liberalen Mittelpartei die Führung zufallen müsse, und bereits bei der Präsidentenwahl war deshalb der bisherige Präsident des Abgeordnetenhauses, Grabow, zu Gunsten eines Anhängers der nationalliberalen Richtung, Max von Forckenbeck, freiwillig zurückgetreten.

Die **nationalliberale Partei** erblickte naturgemäß ihre Aufgabe darin, sich mit allen Denen, welche das nationale Programm der Regierung zu unterstützen und bei der völligen Durchführung desselben mitzuwirken bereit waren, zu einer festen Regierungsmehrheit zu verbinden. Der angestrebte Zweck wurde in dieser ersten Session des neuen Abgeordnetenhauses zwar noch nicht völlig erreicht, aber eine wohlthätige Wandlung, die sich auch in der konservativen Partei durch Ausscheidung der zur Opposition übertretenden reaktionären Elemente allmählich vollzog, ließ die Verwirklichung desselben als bevorstehend erscheinen. Daß in allen entscheidenden Fragen die Regierung auch jetzt bereits eine, wenn auch bisweilen knappe Mehrheit erlangte, dafür sorgte das unabweisbare Bedürfniß einer Verständigung und der Eifer, mit welchem sich einzelne verdienstvolle Mitglieder des Abgeordnetenhauses in schwierigen Fällen für das Zustandekommen des in Angriff genommenen Werkes bemühten. — So wurde — im Wesentlichen nach den Vorlagen der Regierung — das verfassungsmäßige Staatshaushaltsgesetz für das Jahr 1867 rechtzeitig fertig gestellt; nur bei der Berathung des Justizetats, welcher den liberalen Abgeordneten zu erneuten heftigen Angriffen gegen den besonders unbeliebten Justizminister Graf zur Lippe Anlaß gab, traten ernste Schwierigkeiten zu Tage, und auch der Etat der Heeresverwaltung wurde nicht ganz ohne störende Zwischenfälle erledigt. Im Uebrigen ward die Umgestaltung des Heerwesens, welche sich so glänzend bewährt hatte, durch Bewilligung der erforderlichen Kosten als fortlaufende Ausgabe von den Abgeordneten jetzt thatsächlich gut geheißen, eine Anleihe von 60 Millionen Thalern zur Deckung der Kriegskosten und zur Füllung des geleerten Staatsschatzes wurde genehmigt, und durch Bewilligung einer zu angemessenen Dotationen für den Grafen Bismarck und die verdienten Heerführer bestimmten Summe von einer halben Million Thalern dem Könige seitens des Abgeordnetenhauses ein besonderes Zeichen der Dankbarkeit und des Vertrauens gegeben. Die Abgeordneten fügten ihrerseits den Wunsch hinzu, es möchten in erster Linie Graf Bismarck und die Generale von Roon und Moltke, dann Vogel von Falckenstein, Steinmetz und Herwarth von Bittenfeld berücksichtigt werden; der Erstgenannte, weil seine Politik grundbestimmend für die neue, Segen für das engere und weitere Vaterland verheißende Lage gewirkt, der Kriegsminister,

weil er durch sein organisatorisches Talent und seine unermüdliche Thätigkeit die herrlichen Siege vorbereitet, Moltke, weil er dieselben mit herbeigeführt habe.

Auf keinerlei Schwierigkeiten stießen selbstverständlich die Anträge der Regierung, in welchen diese das Abgeordnetenhaus um seine Zustimmung zur Einverleibung von Schleswig-Holstein, Hannover, Nassau, Kurhessen und Frankfurt am Main in den preußischen Staat anging. Schon in seiner Thronrede hatte König Wilhelm angekündigt, daß man der Neugestaltung Deutschlands auf einer breiteren und festeren Grundlage und damit zugleich der Einverleibung der eroberten, die preußische Monarchie besser zusammenfassenden und abrundenden Nachbargebiete entgegenzusehen habe, „da die genannten Länder, falls man ihre Selbständigkeit bewahren wolle, vermöge ihrer geographischen Lage bei einer feindseligen oder auch nur zweifelhaften Stellung ihrer Regierung der preußischen Politik und militärischen Aktion Schwierigkeiten und Hemmnisse bereiten könnten, welche weit über das Maß ihrer thatsächlichen Macht und Bedeutung hinausgingen.“



Empfang des Königs durch die städtischen Behörden nach dem Böhmischen Feldzuge. Nach H. Lüders.

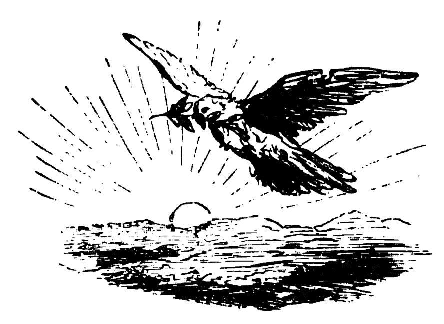
Die bezüglichen Anträge wurden jetzt vorgelegt, und am 21. September wurde die Einverleibung der genannten Gebiete in den preußischen Staat vom Abgeordnetenhause nahezu einstimmig gutgeheißen. In welchen Formen dieselbe erfolgte, wie dabei die persönlichen Verhältnisse der depossedirten Fürsten geregelt wurden, und welche Unzuträglichkeiten bei dieser Regelung zu Tage traten, das werden wir im nächsten Abschnitte im Zusammenhange mit der Begründung und Befestigung des Norddeutschen Bundes zu betrachten haben. Hier sei nur noch kurz erwähnt, daß am 20. September, dem Tage der Rückkehr der siegreichen Truppen nach Berlin, die Stiftung des Erinnerungskreuzes an den glücklich beendeten Feldzug erfolgte, und daß „als ein Denkmal des Dankes für Sieg und Frieden“ die Errichtung eines der größten protestantischen Haupt- und Residenzstadt würdigen Domes in Aussicht genommen wurde. Leider haben mancherlei Hindernisse sich der Ausführung dieses letzteren Planes bis jetzt entgegengestellt.

Einzug der Truppen. Das war ein schöner Tag, der 20. September, an welchem, eingeholt vom Könige, die Truppen durch das Brandenburger Thor in die Stadt eingezogen. Dem König zur Seite ritten die beiden prinzlichen Oberfeldherren, der Kronprinz und Prinz Friedrich Karl, und in seiner unmittelbaren Umgebung befanden sich Graf Bismarck, der Kriegsminister von Roon und der Chef des Generalstabes von Moltke, der Denker und Lenker der Schlachten. Oberbürgermeister Seydel begrüßte Namens der Stadt die heimkehrenden Sieger. „Die Thaten, welche geschehen sind", lauteten die Schlußworte seiner Ansprache, „diese Thaten, werth der alten Tage, werth des Ruhmes unserer Väter, verzeichnet die Geschichte auf ehernen Tafeln zum Gedächtniß für alle Zeiten!"

Und in seiner schlichten Weise antwortete darauf der greise Heldenkönig: „Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Ansprache; was ich gethan, ist wenig gegen das, was die gethan, die mir folgen: das sind die Vollbringer der Thaten, ihnen gebührt der Dank."

Tags zuvor hatte der Monarch in einer Proklamation auf die zahlreichen an ihn gelangten Adressen und Glückwünsche Folgendes erwiedert: „Aus Anlaß des soeben beendeten siegreichen Krieges sind mir von allen Seiten und aus allen Theilen des Landes so zahlreiche und wohlthuende Kundgebungen der Treue, Hingebung und Opferwilligkeit für König und Vaterland zugegangen, daß es meinem Herzen Bedürfniß ist, meinen königlichen Dank öffentlich auszusprechen. Die unzerstörbare Einheit von Fürst und Volk, deren hervorragende Bethätigung den jetzigen wie alle großen Momente unserer ruhmreichen Geschichte kennzeichnet, wird auch in der neuen Epoche, welche mit dem Friedensschlusse eröffnet ist, alle Unterschiede und Gegensätze in der Liebe zu dem gemeinsamen Vaterlande und in der Bethätigung des historischen Berufes Preußens in Deutschland versöhnen und nutzbar machen. Und wie ich beim Beginn des Krieges mich mit meinem Volke vor Gott gebeugt, so will ich auch in Verbindung mit ihm den Dank öffentlich bekennen, daß Gott so Großes an uns gethan und unser Thun so sichtbar gesegnet. Gott allein die Ehre!"

Mit einer Angesichts der vorangegangenen großen Ereignisse doppelt erhebenden Erinnerungsfeier schloß das alte und begann das neue Jahr. Am 1. Januar 1867 konnte König Wilhelm den Tag feiern, an welchem er vor sechzig Jahren in das Heer eingetreten war. Bei dem Feste, das aus diesem Anlaß stattfand, brachte der König einen Trinkspruch auf „Volk und Heer" aus. „Mit Ihnen Allen", sprach er zu den versammelten Gästen, „begrüße ich den neuen Zeitabschnitt, der uns von einem Jahr trennt, das in Preußens Geschichte hinfort einen denkwürdigen Platz einnimmt. Das neue Jahr und die ihm folgenden müssen die Früchte der blutigen Saat bringen, die ausgestreut wurde. Alle Kräfte im Vaterlande müssen dazu angespannt werden; dann wird der Segen von Oben nicht fehlen, der uns so über alles Erwarten im abgelaufenen Jahre sichtlich zu Theil ward." — Ja, Großes war in dem kurzen, bewunderungswürdig durchgeführten Kampfe errungen: von jetzt ab war für Deutschland die Freiheit eigenartiger Entwicklung gesichert. Mit der Geschichte des Norddeutschen Bundes beginnt die Geschichte des aus jahrhundertelanger Ohnmacht zu neuer Macht und Herrlichkeit sich emporschwingenden Deutschen Reiches.





Wahlen zum Reichstag des Norddeutschen Bundes. Zeichnung von H. Lüders.

Der Norddeutsche Bund.

Kaum hatten auf dem Kriegsschauplatze die Waffen zu Gunsten Preußens entschieden, als die Regierung mit Ernst und Eifer die Verwirklichung dessen in die Hand nahm, was sie in Bezug auf die Neugestaltung Deutschlands als ihre Absicht angekündigt hatte. Bereits am 4. August 1866 ging denjenigen norddeutschen Staaten, welche während des Krieges auf Seiten Preußens gestanden hatten, von der preußischen Regierung die Aufforderung zu, sich zum Eintritt in den auf Grund des preußischen Vorschlages vom 14. Juni zu bildenden „Norddeutschen Bund“ bereit zu erklären und bis zur endgiltigen Regelung der verfassungsmäßigen Grundlagen desselben einen vorläufig auf ein Jahr giltigen Bündnißvertrag mit Preußen zu schließen.

Der Vertrag vom 18. August 1866. Mit Ausnahme von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, welche erst am 21. August beitraten, hatten die betreffenden Staaten — Weimar, Oldenburg, Anhalt, Braunschweig, Koburg-Gotha, Sachsen-Altenburg, Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt, Lippe-Detmold, Waldeck, Reuß (jüngere Linie), Hamburg, Bremen und Lübeck — bis zum 18. August sämmtlich ihre Zustimmung zu der preußischen Aufforderung erklärt, so daß dieser 18. August 1866 als der Gründungstag des Norddeutschen Bundes gelten kann. Die mit Oesterreich verbündeten norddeutschen Staaten, soweit deren Selbständigkeit erhalten blieb, also Reuß (ältere Linie), Meiningen, Großherzogthum Hessen und Königreich Sachsen, wurden, wie erwähnt, beim Friedensschlusse mit Preußen zum Eintritt in den Norddeutschen Bund verpflichtet, und schon am 15. Dezember konnten die Bevollmächtigten sämmtlicher Bundesstaaten in Berlin zusammentreten, um unter dem Vorsitz des preußischen Ministers über die verfassungsmäßigen Grundlagen des Bundes und zugleich über die Stellung und Befugnisse der einzelnen Glieder innerhalb desselben zu berathen. Ohne wesentliche Beschränkungen kleinstaatlicher Souveränetät war der in der Hauptsache bereits unabänderlich

feststehende preußische Plan selbstverständlich nicht durchzuführen; aber unter dem Eindruck der vorangegangenen großen Ereignisse schienen sich die meisten der betheiligten Regierungen bereitwilliger, als man es nach ihrer bisher beobachteten Haltung hätte erwarten dürfen, in das Unvermeidliche zu finden. Die Ueberzeugung mochte vorherrschend sein, daß die Kleinstaaten und selbst die Mittelstaaten mit dem Verzicht auf freie Verfügung über ihre Heer, auf eigene diplomatische Vertretung im Auslande u. a. m. nichts opferten, was ihnen nicht durch die nationalen und wirthschaftlichen Vortheile der engen Zugehörigkeit mit einem starken und mächtigen Staatswesen mehr als ausreichend ersetzt worden wäre. Die preußische Regierung ließ es sich zudem angelegen sein, das monarchische Selbstbewußtsein der einzelnen Fürsten nach Möglichkeit zu schonen, und die Art und Weise, wie nach dem preußischen Vorschlage in der obersten Bundesbehörde, dem Bundesrath, die Souveränetät der Bundesfürsten als einer Gesammtheit zum Ausdruck gebracht wurde, ging nach der Ansicht der liberalen und nationalen Parteien, und zwar nicht nur derer des preußischen Volkes, viel zu weit. Ein Besuch, welchen der König von Sachsen, der doch anfänglich am schwersten die nothwendige Beschränkung seiner Souveränetätsrechte empfunden hatte, bereits im Dezember 1866 dem preußischen Königshofe abstattete, konnte als ein äußeres Zeichen dafür gelten, daß die Verhandlungen allseitig in der entgegenkommendsten Weise und im versöhnlichsten Geiste geführt wurden. Trotz mancherlei Meinungsverschiedenheiten, welche bei zum Theil so schwierigen und verwickelten Fragen begreiflich und natürlich waren, hatten denn auch die Bevollmächtigten bereits am 7. Februar 1867 den Verfassungsentwurf fertig gestellt; am 9. wurde derselbe von den betheiligten Fürsten einstimmig gutgeheißen, und am 12. wurden unter lebhaftester Theilnahme der Bevölkerung im ganzen Bundesgebiet die Wahlen zum ersten (konstituirenden) Reichstag des Norddeutschen Bundes vollzogen. Da die Landtage der Einzelstaaten fortan einen wesentlichen Theil ihrer Befugnisse und Rechte an den Reichstag abzutreten hatten, war ihnen die Wahlordnung, nach welcher dieser gewählt werden sollte, natürlich zur verfassungsmäßigen Bestätigung vorgelegt worden. Unter lebhaften patriotischen Kundgebungen zu Gunsten des Einigungswerkes war diese Bestätigung zumeist mit großen Majoritäten, vielfach sogar einstimmig, erfolgt; nur in Bezug auf zwei Punkte, in dem einen mit, in dem andern ohne Erfolg, hatten die liberalen Parteien Einspruch erhoben.

Das Wahlsystem, über welches sich nach dem preußischen Vorschlage die Bundesregierungen geeinigt hatten, war, wie wir wissen, das denkbar freisinnigste, indem es jedem unbescholtenen Bürger, welcher das 25. Lebensjahr überschritten hatte, ohne Unterschied des Ranges und Standes gleiches, direktes Wahlrecht unter geheimer Abstimmung verlieh; die Bundesregierungen und vor Allem Bismarck selbst hatten es deshalb für nöthig erachtet, in die Wahlordnung die Bestimmung aufzunehmen, daß den Reichstagsabgeordneten keine Diäten oder Tagegelder zu zahlen seien, um dadurch wenigstens die Wählbarkeit auf die wohlhabenderen Klassen zu beschränken. Ferner sollte nach dem Regierungsvorschlage der erste Reichstag nicht nur ein berathender, sondern zugleich ein beschließender sein; die von ihm angenommene und von den Regierungen bestätigte Bundesverfassung sollte also der nachträglichen Genehmigung durch die Landtage der Einzelstaaten nicht mehr bedürfen. Gegen diese beiden Punkte legten die liberalen Parteien der Einzellandtage ihren Widerspruch ein: jene indirekte Beschränkung der Wählbarkeit sei zu verwerfen, weil sie zahlreiche Mitglieder gerade der gebildeten Stände in der freien und vollständigen Ausübung ihrer politischen Rechte beeinträchtige, und andererseits könnten auch die bestehenden Einzellandtage so wesentliche Theile ihrer Rechte und Befugnisse nicht ohne weiteres aufgeben; erst wenn dieselben unverkürzt und in bindender Form dem gemeinsamen Reichstage übertragen seien, dürften die Einzellandtage im Interesse der Gesammtheit darauf verzichten — mit anderen Worten: der erste Reichstag dürfe nur ein berathender sein, und die aus seinen Berathungen hervorgegangene Bundesverfassung

müsse den Landtagen der Einzelstaaten zur Genehmigung und Annahme vorgelegt werden. In dem letzteren Punkte gaben die Bundesregierungen dem Andringen der liberalen Landtagsmajoritäten nach, und indem diese ihrerseits in der Frage der Diätengewährung dem entschiedenen Verlangen der Bundesregierungen sich fügten, kam ein allseitig erwünschtes Einvernehmen zu Stande. Die Reichstags-Wahlordnung wurde, wie erwähnt, meist mit großen Majoritäten und vielfach einstimmig genehmigt, und auf Grund derselben wurden am 12. Februar die Wahlen vollzogen.

Der konstituirende Reichstag des Norddeutschen Bundes. Daß es ein Ereigniß von hoher geschichtlicher Bedeutung war, als am 24. Februar 1867 der erste Reichstag des Norddeutschen Bundes zu seiner ersten Sitzung in der Bundeshauptstadt zusammentrat, das wurde von allen Vaterlandsfreunden mit freudiger Genugthuung empfunden. Großes war erreicht, Größeres schien der Verwirklichung nahe, und in zündenden Worten brachte die Thronrede, mit welcher König Wilhelm als Bundespräsident den Reichstag eröffnete, das allgemein Empfundene zum Ausdruck.

„Es ist ein erhebender Augenblick", sagte der König, „in welchem ich in Ihre Mitte trete; mächtige Ereignisse haben ihn herbeigeführt, große Hoffnungen knüpfen sich an denselben. Daß es mir vergönnt ist, in Gemeinschaft mit einer Versammlung, wie sie seit Jahrhunderten keinen deutschen Fürsten umgeben hat, diesen Hoffnungen Ausdruck zu geben, dafür danke ich der göttlichen Vorsehung, welche Deutschland dem von seinem Volke ersehnten Ziele auf Wegen zuführt, die wir nicht wählen oder voraussehen. Im Vertrauen auf diese Führung werden wir jenes Ziel um so früher erreichen, je klarer wir die Ursachen, welche uns und unsere Vorfahren von demselben entfernt haben, im Rückblicke auf die Geschichte Deutschlands erkennen. Einst mächtig, groß und geehrt, weil einig und von starken Händen geleitet, sank das Deutsche Reich nicht ohne Mitschuld von Haupt und Gliedern in Zerrissenheit und Ohnmacht. Des Gewichtes im Rathe Europa's, des Einflusses auf die eigenen Geschicke beraubt, ward Deutschland zur Walstatt der Kämpfe fremder Mächte, für welche es das Blut seiner Kinder, die Schlachtfelder und die Kampfpreise hergab. Niemals hat die Sehnsucht des deutschen Volkes nach seinen verlorenen Gütern aufgehört, und die Geschichte unserer Zeit ist erfüllt von den Bestrebungen, Deutschland und dem deutschen Volke die Größe seiner Vergangenheit wiederzuerringen. Wenn diese Bestrebungen bisher nicht zum Ziele geführt, wenn sie die Zerrissenheit, anstatt sie zu heilen, nur gesteigert haben, weil man sich durch Hoffnungen oder Erinnerungen über den Werth der Gegenwart, durch Ideale über die Bedeutung der Thatsachen täuschen ließ, so erkennen wir daraus die Nothwendigkeit, die Einigung des deutschen Volkes an der Hand der Thatsachen zu suchen und nicht wieder das Erreichbare dem Wünschenswerthen zu opfern. — Die Ordnung der nationalen Beziehungen des Norddeutschen Bundes und unserer Landsleute im Süden des Mains ist durch die Friedensschlüsse des vergangenen Jahres dem freien Uebereinkommen beider Theile anheimgestellt. Zur Herbeiführung dieses Einverständnisses wird auch den süddeutschen Ländern offen und entgegenkommend die Hand dargereicht werden, sobald der Norddeutsche Bund in Feststellung seiner Verfassung so weit vorgeschritten sein wird, um zur Abschließung von Verträgen befähigt zu sein. Die Erhaltung des Zollvereins, die gemeinsame Pflege der Volkswirthschaft, die gemeinsame Verbürgung für die Sicherheit des deutschen Gebietes werden Grundbedingungen der Verständigung bilden, welche voraussichtlich von beiden Theilen werden angestrebt werden.

„Zur Abwehr, nicht zum Angriff einigen sich die deutschen Stämme. Nur von uns, von unserer Einigkeit, von unserer Vaterlandsliebe hängt es in diesem Augenblick ab, dem gesammten Deutschland die Bürgschaften einer Zukunft zu sichern, in welcher es, frei von Gefahr, wieder in Zerrissenheit und Ohnmacht zu zerfallen, nach eigener Selbstbestimmung seine verfassungsmäßige Wiederherstellung und seine Wohlfahrt zu pflegen und in dem Rath der Völker seinen friedlichen Beruf zu erfüllen hat. Ich hege das Vertrauen

zu Gott, daß die Nachwelt im Rückblick auf die gemeinsamen Arbeiten nicht sagen werde, die Erfahrungen der früheren mißlungenen Versuche seien ohne Nutzen für das deutsche Volk geblieben, daß vielmehr unsere Kinder mit Dank auf diesen Reichstag als den Begründer der deutschen Einheit, Freiheit und Macht zurückblicken werden. Möge durch unser gemeinsames Werk der Traum von Jahrhunderten, das Sehnen und Ringen der jüngsten Geschlechter der Erfüllung entgegengeführt werden!" —



Führer der Freikonservativen und Liberalen. (Zu S. 506.)

Herzog W. von Ratibor. Herzog von Ujest.

Graf von Bethusy-Huc. Freiherr Schenck von Stauffenberg (nationalliberal).

Freiherr von Hoverbeck. (Fortschrittspartei.)

Graf Otto von Stolberg-Wernigerode. Fürst Heinrich von Pleß.

Wie hätte diese Ansprache des Königs ihre Wirkung verfehlen, wie hätte sie in den Herzen aller patriotisch und national gesinnten Deutschen diesseit und jenseit des Mains nicht lauten Wiederhall finden sollen! „Niemals", rief einer der Führer der süddeutschen nationalen Partei, „niemals, so weit die deutsche Geschichte reicht, wurden von königlichem Munde solche Worte gesprochen, Worte, welche neben dem Siegesbewußtsein und der Zuversicht des Gelingens ernste Mahnungen und mildes Entgegenkommen verrathen. Es waren die rechten Saiten angeschlagen, um die Freunde zu fesseln, die Spröden zu gewinnen, den Feinden zu imponiren. Gesprochen war das Zauberwort, durch welches die schlummernden Kräfte der Nation geweckt, der vielhundertjährige Bann gelöst und der Tummelplatz unedler Leidenschaften in eine Arena umgewandelt wurde, in welcher nur derjenige Stamm, nur derjenige Held den Siegespreis erringt, welcher dem großen Ganzen sein Sonderinteresse zum Opfer gebracht, in ernster Arbeit dem Kampfe für deutsche Größe und Einheit zum Triumphe verholfen hat. „Im Namen Deutschlands", sprach König Wilhelm und vergaß damit und wollte die Anderen damit vergessen machen, daß der Name „Preußen" hier vorwiege. So ruhmvoll dieser auch ist, so ist er doch, wie der der Anderen, dem Namen „Deutschlands" unterzuordnen. Kein berühmterer, kein klangvollerer, keiner, der eine größere Zukunft für sich hätte!" —

Die Zusammensetzung des Reichstages bürgte dafür, daß die Worte des Königs nicht vergeblich gesprochen waren, daß die gemeinsamen nationalen Interessen nicht durch Parteirücksichten in den Hintergrund gedrängt wurden.

Die Parteien. Die extremen Parteien, d. h. die Altkonservativen einerseits und der entschiedene Fortschritt andererseits, waren nur mit kleinen Minoritäten im Reichstage vertreten.



Führer der Nationalliberalen. (Zu S. 506.)

W. Wehrenpfennig. Eduard Lasker. Heinrich von Treitschke. Johannes Miquel.
Franz von Roggenbach (deutsche Reichsp.) Dr. Karl Braun. Dr. Rudolf Gneist. Ludwig Bamberger.

Weit mehr fiel als Opposition die sogenannte „bundesstaatlich-konstitutionelle Vereinigung“ ins Gewicht, zu welcher sich die Konservativen oder vielmehr die Partikularisten Sachsens und der anderen Bundesländer mit den preußenfeindlichen Elementen der im Jahre 1866 annektirten preußischen Provinzen zusammenenthaten; nur die schleswig-holsteinischen Anhänger der augustenburgischen Dynastie gingen zumeist in das Lager der Fortschrittspartei über. Da die bundesstaatlich-konstitutionelle Vereinigung zunächst auch die in der Bildung begriffene klerikale (ultramontane) Partei unter ihren Führern Windthorst und von Mallinkrodt in sich aufnahm, so vermochte sie bei entscheidenden Abstimmungen über eine immerhin nicht unbeträchtliche Anzahl von Stimmen zu verfügen. Aber die gesammte aus den Altkonservativen, den Fortschrittlern und den Mitgliedern der bundesstaatlich-konstitutionellen Vereinigung zusammengesetzte Opposition, zu der als ganz unversöhnliche Elemente noch eine Anzahl Polen, zwei Dänen aus Nordschleswig und endlich die mit Hülfe des allgemeinen Stimmrechts zum ersten Male zu parlamentarischer Vertretung gelangten Sozialdemokraten gehörten, blieb doch der von den Nationalliberalen und den Freikonservativen gebildeten Regierungspartei gegenüber in allen entscheidenden Fragen in der Minderheit. Die Ziele, welche die verschiedenen Oppositionsparteien

verfolgten, waren eben allzu verschieden, als daß ein gemeinsames, geschlossenes Vorgehen Aller möglich gewesen wäre.

Während die Polen, die Dänen und die Sozialdemokraten fast zu allen Vorlagen der Regierung sich grundsätzlich verneinend verhielten, waren die Bestrebungen der bundesstaatlich-konstitutionellen Vereinigung hauptsächlich darauf gerichtet, das natürliche Uebergewicht Preußens innerhalb des Norddeutschen Bundes nach Möglichkeit zu beschränken, den Einfluß der kleinen Bundesstaaten zu stärken und deshalb dem Bundesrath, in welchem dieser Einfluß am stärksten zur Geltung kam, möglichst ausgedehnte Befugnisse zu erhalten. Gerade das Gegentheil suchten, freilich in ganz verschiedener Richtung, die preußischen Altkonservativen einerseits und die Fortschrittspartei andererseits zu erreichen. Die Befugnisse des Bundesraths wollten beide beschränkt wissen, aber die preußischen Altkonservativen wollten es zu Gunsten der preußischen Krone, die Fortschrittspartei dagegen zu Gunsten der parlamentarischen Institutionen des Bundes. Die Ersteren legten das Hauptgewicht auf die Erhaltung des absolut maßgebenden Einflusses der preußischen Präsidialmacht, die Letzteren verlangten für den auf festester nationaler Grundlage zu errichtenden Bund vor Allem eine möglichst freisinnige Verfassung mit ausgedehnten Rechten und Befugnissen für die Volksvertretung und eine im Wesentlichen parlamentarische Regierung nach belgischem oder englischem Zuschnitt.

Solche trennende Gegensätze, wie sie zwischen den einzelnen Parteibestandtheilen der Opposition obwalteten, waren zwischen den beiden Gruppen der Regierungspartei, den Freikonservativen und den Nationalliberalen, nicht vorhanden. Mochten auch über das wünschenswerthe Maß der dem Volke und seiner Vertretung zu gewährenden Rechte und Freiheiten die Ansichten beider beträchtlich auseinander gehen, so waren sie doch einig in der Ueberzeugung, daß es die nächste und dringendste Aufgabe des Reichstages sei, das bisher Erreichte zu sichern, das Band der nationalen Einheit so fest als irgend möglich zu schlingen, auf die schnelle und vollständige Verwirklichung des deutschen Einheitsgedankens energisch und zielbewußt hinzuarbeiten und zu diesem Zwecke das Regierungsprogramm, das doch auf dasselbe hinausging, thatkräftig und nöthigenfalls mit Hintansetzung selbst wesentlicher Partei-Interessen zu unterstützen.

Die nationalliberale Partei hatte sich, wie wir wissen, im Oktober 1866 unter Führung von Twesten, Forckenbeck, Lasker u. A. aus früheren Mitgliedern der Fortschrittspartei des preußischen Abgeordnetenhauses gebildet. Die Zahl ihrer Anhänger war seitdem mit außerordentlicher Schnelligkeit gewachsen, und da nicht nur in den altpreußischen Landestheilen, sondern auch in den annektirten Provinzen und in den nicht-preußischen Bundesländern die große Mehrheit der liberalen Bevölkerung und hervorragende Politiker wie Bennigsen, Miquel, Oetker, Karl Braun u. A. sich ihr anschlossen, so erlangte die Partei in dem ersten Norddeutschen Reichstage ein Uebergewicht, das durch zeitweiliges Zusammengehen mit den Freikonservativen zu einem völlig entscheidenden wurde.

Die Hauptvertreter der freikonservativen Partei, zu welcher sich im Gegensatz zu dem meist feudal gesinnten Kleinadel hauptsächlich die Mitglieder der preußischen Aristokratie, die Herzöge von Ratibor und von Ujest, Fürst Pleß, Graf Bethusy-Huc, Graf von Stolberg-Wernigerode, der Hannoveraner Graf Münster u. A. zusammenthaten, hatten sich bereits im Jahre 1865 geeinigt; doch hatten erst die Ereignisse von 1866 zur Trennung von der preußisch-partikularistischen altkonservativen Partei geführt.

E. Simson, erster Präsident. Dem Stärkeverhältniß der Parteien entsprechend wurde ein bewährter Vorkämpfer des gemäßigten Liberalismus und der deutschen Einheitsidee, Ed. Simson, als Präsident, der freikonservative Herzog von Ujest als erster und der nationalliberale Rud. v. Bennigsen als zweiter Vizepräsident des Reichstages gewählt. Ihrer trefflichen Leitung und ihrem wohlthätigen Einfluß auf die beiden maßgebenden Parteien war es nicht zum wenigsten zu verdanken, daß der konstituirende Reichstag so

rasch und ohne wesentliche Störungen seine Aufgabe löste und das Werk der Verfassung für den Norddeutschen Bund zu Stande brachte. Die Berathung des von Bismarck am 4. März dem Reichstage vorgelegten Verfassungsentwurfes war mit der Schlußabstimmung vom 15. April beendet, und bereits am 17. April wurde die aus den Berathungen des Reichstages hervorgegangene Verfassung von den Bundesregierungen bestätigt.

Die Abweichungen dieser Verfassung von dem ursprünglichen Entwurfe waren zwar ziemlich zahlreich, aber sie betrafen zumeist nur nebensächliche Punkte; in allen Hauptfragen trug die Festigkeit, mit welcher Bismarck Namens der Regierungen für die ursprünglichen Bestimmungen eintrat, den Sieg davon über die abweichenden Wünsche und Bestrebungen der verschiedenen Parteien.



Graf von Bismarck im konstituirenden Reichstage des Norddeutschen Bundes (4. März 1867).
Zeichnung von H. Lüders.

Meist wurde dabei der Minister von den Nationalliberalen bereitwillig unterstützt. Der Antrag der Fortschrittspartei auf Feststellung einer Reihe von Grundrechten durch die Verfassung und der Antrag der Konservativen auf Errichtung eines zwischen Bundesregierung und Reichstag stehenden Oberhauses wurde mit ihrer Hülfe verworfen. Dagegen glaubte in einigen wichtigen Fragen auch die nationalliberale Partei wenigstens den Versuch machen zu müssen, eine Aenderung des ursprünglichen Verfassungsentwurfs in ihrem Sinne durchzusetzen. So unterstützte sie die von der Fortschrittspartei erhobene Forderung der Diätengewährung an die Reichstagsabgeordneten, so forderte sie ein dem Reichstage verantwortliches Bundesministerium oder eine dem gleichen Zweck entsprechende anderweitige Einrichtung, und so suchte sie endlich auch in Bezug auf das Bundesheerwesen, die Festsetzung der jeweiligen Heeresstärke 2c. dem Reichstage ein verfassungsmäßiges Mitbestimmungsrecht zu sichern. In Bezug auf das Heerwesen enthielt nämlich der ursprüngliche

Verfassungsentwurf eine Bestimmung, nach welcher die Friedensstärke des Bundesheeres ein für allemale auf ein Prozent der Bevölkerungszahl und die dafür aufzubringenden Kosten auf 225 Thaler für den Mann festgesetzt werden sollten. Dagegen wollten die liberalen Parteien, um nicht dem Reichstag in dieser wichtigen Frage für alle Zeit die Hände zu binden, die geforderte Heeresstärke und den Etat derselben nur für einige Jahre — bis 1871 — fest bewilligen, und sie bestanden so entschieden auf ihrem Verlangen, daß Bismarck schließlich nur durch die Drohung mit seinem Rücktritt wenigstens die Nationalliberalen zu einem Kompromiß zu bewegen vermochte, durch welchen sachlich die Regierungsforderungen vollständig aufrecht erhalten und eigentlich nur in der Form den Wünschen der Liberalen einige Zugeständnisse gemacht wurden. Auch in den beiden anderen Punkten fügte sich schließlich die nationalliberale Partei dem Verlangen der verbündeten Regierungen, in deren Namen Graf Bismarck die Errichtung eines dem Reichstage verantwortlichen Bundesministeriums und die Gewährung von Diäten an die Reichstagsabgeordneten als völlig unannehmbare Forderungen bezeichnete.

Annahme der Verfassung des Norddeutschen Bundes. So ließ die Verfassung, wie sie aus den Berathungen des konstituirenden Reichstages hervorging und am 17. April von den Bundesregierungen genehmigt wurde, allerdings manchen Wunsch selbst des gemäßigtsten Liberalismus unerfüllt. Aber die Verhandlungen des Reichstages hatten andererseits gezeigt, daß die gemeinsame Bundesregierung bei der Befestigung und dem weiteren Ausbau der Bundesinstitutionen sich, vorerst wenigstens, vorwiegend auf die liberalen Parteien stützen mußte; denn nur diese und die ihnen nahe stehende freikonservative Partei konnten als die eigentlichen Träger des nationalen Gedankens gelten und erstrebten aufrichtig die volle und ganze Verwirklichung desselben, während die preußischen Altkonservativen und die bundesstaatlich-konstitutionelle Partei die vollzogene Einigung als solche zwar anerkannten, aber innerhalb derselben dem einzelstaatlichen Partikularismus einen möglichst weiten Spielraum zu erhalten bemüht waren.

Nun gab freilich Graf Bismarck diesen partikularistischen Bestrebungen anfänglich sehr viel weiter nach, als es namentlich den Nationalliberalen wünschenswerth und angemessen erschien; aber der Minister handelte dabei eben als praktischer Politiker, ohne sich im Voraus nach irgend einer Seite hin an ein festes Programm zu binden. In dem Streben nach dem Wünschenswerthen hielt er die Grenzen des augenblicklich Erreichbaren sorgfältig inne. Die Nothwendigkeit, gewisse Souveränetätsrechte an die gemeinsame Bundesregierung abzutreten, war zwar von den einzelstaatlichen Regierungen zumeist rückhaltlos anerkannt worden, aber diese Abtretungen wurden doch immerhin als ein im Interesse des großen Ganzen darzubringendes Opfer empfunden, und Graf Bismarck als Vertreter der Vormacht des neuen Bundes ließ es sich deshalb angelegen sein, das Maß und den Umfang dieser Abtretungen auf das unbedingt Nothwendige zu beschränken. Die Einzelregierungen sollten womöglich zu keinerlei Zugeständnissen genöthigt werden, die sie nicht schließlich selbst als unumgänglich anerkennen mußten; die preußische Regierung wünschte selbst den Schein eines den kleineren norddeutschen Staaten angethanen Zwanges zu vermeiden, um den süddeutschen Staaten, deren Eintritt in den Nordbund ja doch nur noch eine Frage der Zeit sein konnte, den entscheidenden Schritt nach Möglichkeit zu erleichtern. „Die Süddeutschen scheuen sich vor dem Anschluß an den Norden", sagte Bismarck später einmal im Norddeutschen Reichstage, „weil wir Norddeutsche ihnen zu liberal und zu national, mit einem Worte zu nationalliberal sind."

In diesem Ausspruch des Ministers war auch zugleich der zweite Grund enthalten, welcher ihn dazu bestimmte, sich nicht ausschließlich auf die nationalliberale Partei zu stützen, sondern stets auch mit den Konservativen noch einigermaßen Fühlung zu behalten. Einen jähen Bruch mit derjenigen Partei herbeizuführen, welcher er selbst so lange angehört hatte und seiner innern Ueberzeugung nach zu einem guten Theile auch jetzt noch angehörte, das mußte ihm ohnehin einigermaßen widerstreben, und manche Anzeichen sprachen

dafür, daß auch der König das konservative Ministerium, das ihm in der schweren Zeit des Konflikts zur Seite gestanden, nur ungern hätte fallen lassen. Außerdem lag, um im Sinne der Regierung zu sprechen, die Befürchtung nahe, daß die nationalliberale Partei ihre uneingeschränkte Unterstützung der nationalen Politik Bismarck's schließlich an die Bedingung weitgehender liberaler Zugeständnisse knüpfen könnte, die Bismarck selbst und die Regierung, welcher er vorstand, für das Wohl und Gedeihen des preußischen Staates und des Norddeutschen Bundes nicht für förderlich hielt. In dieser Beziehung bildete der wenn auch gelockerte, so doch immerhin noch fortbestehende Zusammenhang zwischen der Regierung und den konservativen Parteien gewissermaßen ein Gegengewicht, das im geeigneten Augenblicke mit in die Wagschale fallen konnte. Da indessen die nationalliberale Partei unter dem vermittelnden Einfluß ihrer Führer sich vorerst bereit zeigte, ihr liberales Programm hinter dem nationalen zurücktreten zu lassen, so war damit der Vorbedingung für ein Zusammenwirken dieser Partei mit der Regierung resp. dem leitenden Minister, genügt; beide Theile durften trotz mancher unerfüllt gebliebenen Wünsche mit der ersten Frucht ihres Zusammenwirkens, der Verfassung für den Norddeutschen Bund, wol zufrieden sein.

Diese Bundesverfassung, welche eine überwältigende Mehrheit des konstituirenden Reichstages am 16. April zur Annahme erhob, stellte sich gewissermaßen als ein Kompromiß, aber als ein gesunder und lebenskräftiger Kompromiß dar, indem sie trotz des Uebergewichtes, welches der preußischen Vormacht naturgemäß eingeräumt worden war, den Bundesstandpunkt doch voll zur Geltung brachte und insofern sowol dem monarchischen Bewußtsein der einzelnen Bundesfürsten als auch den unstreitig berechtigten Wünschen und Forderungen ihrer vorwiegend liberalen Staatsangehörigen Rechnung trug.

Die Bundesverfassung und der in 14 Hauptabschnitte und 71 Artikel geordnete Inhalt derselben läßt sich in Folgendem kurz zusammenfassen: Die zu dem früheren Deutschen Bunde gehörigen Staaten, mit Ausschluß von Oesterreich, Luxemburg und Limburg und mit Ausnahme von Bayern, Württemberg, Baden und Großherzogthum Hessen schließen einen neuen, unauflöslichen, völkerrechtlichen Bund, an dessen Spitze als erblicher Präsident der König von Preußen tritt. Die Entscheidung über Krieg und Frieden sowie der unbeschränkte Oberbefehl über die auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht auszuhebende und nach preußischem Muster einheitlich zu organisirende Kriegsmacht wie über die Kriegsflotte des Bundes wird dem Bundespräsidenten übertragen, der auch die diplomatischen Vertreter des Bundes im Auslande allein zu ernennen hat; eine besondere diplomatische Vertretung der Einzelstaaten ist ausgeschlossen. In Gesetzgebung und Verwaltung steht dem Bundespräsidenten die ausübende Gewalt zu; ein Bundeskanzler — als welcher von vornherein Graf Bismarck in Aussicht genommen war — steht ihm als Rathgeber und als einziger allerdings auch nur moralisch verantwortlicher Vertreter seiner Regierungshandlungen zur Seite. Die Gesetzgebung selbst wird vom Bundesrathe und vom Reichstage ausgeübt. Im Bundesrath verfügt Preußen über 17, Sachsen über 4, Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig über je 2 und die übrigen 18 Staaten und freien Städte des Bundes über je 1 Stimme. Die Beschlüsse des Bundesrathes werden mit einfacher Majorität seiner 43 Stimmen gefaßt; die Möglichkeit, daß Preußen überstimmt wird, ist also nur in Verfassungsfragen ausgeschlossen, bei welchen Zweidrittelmehrheit entscheidet. Die laufenden Geschäfte nimmt der Bundesrath durch fünf resp. sieben ständige Ausschüsse wahr, welche gewissermaßen — jedoch ohne jegliche Verantwortlichkeit dem Reichstage gegenüber — die Stelle eines Bundesministeriums vertreten. Die Mitglieder der Ausschüsse für Kriegswesen und Flotte ernennt der Bundespräsident selbst, die Mitglieder der übrigen Ausschüsse — für Zoll- und Steuerwesen, Justiz, Handel, Verkehrs- und Rechnungswesen — werden vom Bundesrath gewählt, doch muß in jedem Ausschuß mindestens *ein* Vertreter der Präsidialmacht sitzen. Jeder Bundesregierung steht das Recht der Initiative in der Gesetzgebung zu, ihre Vertreter im Bundesrath haben dem Reichstage gegenüber die Befugnisse von Ministern.

Der Reichstag geht aus allgemeinen direkten Volkswahlen unter geheimer Abstimmung hervor. Er entscheidet in öffentlicher Sitzung mit einfacher Stimmenmehrheit über die Vorlagen des Bundesrathes und über die von den Abgeordneten selbst zu stellenden Anträge; seine Mitglieder, je eins auf durchschnittlich 70,000 Seelen der Bevölkerung, genießen die üblichen Vorrechte und Privilegien. Seine Legislaturperioden sind dreijährig, seine Sitzungen jährlich; seine Einberufung, Eröffnung und Vertagung verfügt der Bundespräsident, zu seiner Auflösung ist die Zustimmung des Bundesrathes erforderlich. Petitionen aus dem Volke anzunehmen und zu berathen ist der Reichstag wie der Bundesrath befugt. Die Einnahmen des Bundes bestehen in den Einkünften aus den von Bundeswegen zu erhebenden Zöllen und (indirekten) Steuern und aus den Ueberschüssen der Post- und Telegraphenverwaltung; wo diese nicht ausreichen, werden sie durch Matrikularbeiträge ergänzt, welche die einzelnen Bundesstaaten nach Verhältniß der Kopfzahl ihre Bevölkerung zu leisten haben. Die gemeinsame Bundesgesetzgebung erstreckt sich im Wesentlichen nur auf die bereits oben genannten Gebiete, für welche je ein ständiger Bundesrathsausschuß eingesetzt wird: Heer und Flotte, Justiz, Handel, Zoll und Steuer, Verkehrseinrichtungen und Rechnungswesen; alles Uebrige bleibt den Regierungen und Landtagen der Einzelstaaten vorbehalten. Endlich (§ 71): Die Beziehungen des Bundes zu den süddeutschen Staaten werden sofort nach Feststellung der Verfassung durch besondere dem Reichstag zur Genehmigung vorzulegende Verträge geregelt.

Dies die Grundzüge der Verfassung, deren wesentliche Bestimmungen, wie hier vorweg bemerkt werden möge, auch in die Verfassung des neuen Deutschen Reiches übergegangen sind. Nachdem dieselbe am 17. Februar von den verbündeten Regierungen endgiltig angenommen war, wurde noch am selben Tage der konstituirende Reichstag mit einer Thronrede geschlossen, in welcher König Wilhelm als Oberhaupt des Bundes mit freudiger Genugthuung bestätigte, daß die Versammlung mit patriotischem Geiste die Größe ihrer Aufgabe erfaßt habe. „Darum ist es uns gelungen“, sagte der König, „auf sicherem Grunde ein Verfassungswerk aufzurichten, dessen weitere Entwicklung wir mit Zuversicht der Zukunft überlassen können. — Die Zeit ist herbeigekommen, wo unser deutsches Vaterland durch seine Gesammtkraft seinen Frieden, sein Recht und seine Würde zu vertreten im Stande ist. Das nationale Selbstbewußtsein, welches im Reichstage zu erhebendem Ausdruck gelangt ist, hat in allen Gauen des deutschen Vaterlandes kräftigen Wiederhall gefunden. Nicht minder aber ist ganz Deutschland in seinen Regierungen und in seinem Volke darüber einig, daß die wiedergewonnene nationale Macht vor Allem in der Sicherstellung der Segnungen des Friedens ihre Bedeutung zu bewähren hat.“

Die Anerkennung des fertigen Verfassungswerkes durch die Landtage der Einzelstaaten stieß, wie zu erwarten, nirgends auf ernstliche Schwierigkeiten. Dem Beispiele der sächsischen Kammern folgend, die bereits am 3. und 4. Mai die Bundesverfassung fast einstimmig genehmigten, beeilten sich auch die übrigen Volksvertretungen ein Gleiches zu thun, und überall wurde mit überwältigender Majorität oder gar mit Einstimmigkeit die Genehmigung ertheilt. Nur im Fürstenthum Waldeck lehnte der Landtag die Bundesverfassung ab, weil die mit Steuern schwer überbürdete Bevölkerung die Uebertragung der gesammten Verwaltung des kleinen Ländchens an Preußen wünschte, und durch einen Vertrag, welchen der Fürst von Waldeck mit der preußischen Regierung schloß, wurde diesem Verlangen gewillfahrt. Sonst wurde ernstlicherer Widerspruch gegen die Bundesverfassung nur in der Volksvertretung eines Staates laut, und zwar gerade des leitenden, nämlich Preußens. Hier hielt die Fortschrittspartei an ihren bekannten Forderungen — verantwortliches Bundesministerium, anderweitige Regelung des Heerwesens, Diäten für die Reichstagsabgeordneten und Aehnliches mehr — mit Hartnäckigkeit fest, und da aus anderen Gründen auch die Mitglieder anderer Parteien sich der Opposition anschlossen, so stimmte bei der entscheidenden Abstimmung am 31. Mai eine Minderheit von 91 Abgeordneten

gegen die Anerkennung der Bundesverfassung, die indessen gleichwol von einer Mehrheit von 226 im Abgeordnetenhause und vom Herrenhause Tags darauf sogar einstimmig zur Annahme erhoben wurde. Damit waren alle Vorbedingungen für die gesetzliche Giltigkeit der Bundesverfassung erfüllt. Am 1. Juli 1867 trat dieselbe in Kraft, und nachdem bereits am 15. August der Bundesrath zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten war, wurden am 31. August die Wahlen zum ersten ordentlichen Norddeutschen Reichstage vollzogen und derselbe auf den 10. September nach der Bundeshauptstadt berufen.

Verwaltung des Heerwesens sowie der Post- und Verkehrseinrichtungen durch Preußen. Die Bundesverfassung hatte inzwischen durch besondere Verträge, welche die meisten kleinstaatlichen Regierungen mit Preußen geschlossen, noch gewissermaßen eine Erweiterung erfahren. Nur Sachsen hatte sich die Vereinigung seiner Truppen zu einem besondern sächsischen Armeecorps vorbehalten; die meisten übrigen Bundesstaaten übertrugen außer dem verfassungsmäßigen Oberbefehl über ihre Truppen auch die gesammte innere Verwaltung ihres Heerwesens dem preußischen Staate, und auch in Bezug auf die innere Verwaltung der Verkehrseinrichtungen, Post und Telegraphie, that die Mehrzahl der Bundesstaaten zum eigenen und zu des großen Ganzen Vortheil das Gleiche.

Ehe wir nun die fernere Entwicklung des Norddeutschen Bundes im Einzelnen weiter verfolgen, müssen wir einen Augenblick, besonders mit Rücksicht auf die nach dem Kriege mit Preußen vereinigten Landestheile, der inneren Geschichte Preußens unsere Aufmerksamkeit zuwenden. — Daß gleichzeitig mit der Einverleibung einer Anzahl norddeutscher Territorien in Preußen die Begründung des Norddeutschen Bundes erfolgte, das war für die Stellung dieser Landestheile innerhalb des preußischen Staates von hoher Bedeutung und übte auf die schnellere Versöhnung der anfänglich meist recht schroffen Gegensätze einen wohlthätigen Einfluß aus.

Die annektirten Länder. Ungleich leichter und schneller gewöhnten sich die Bewohner der annektirten Provinzen in die fremden Verhältnisse hinein, weil sie als Glieder des preußischen Staates zugleich Glieder des Norddeutschen Bundes wurden, weil sie ihre Vertreter nicht nur als Preußen in den preußischen Landtag, sondern auch als Norddeutsche in den norddeutschen Reichstag entsenden konnten. Zudem ließ König Wilhelm kaum eine Gelegenheit vorübergehen, den Bevölkerungen der neuen Provinzen sein persönliches Wohlwollen zu bezeigen. Der Stadt Frankfurt, deren Bewohner sich anfänglich gar nicht in ihre neue Lage finden wollten, wurde die Zahlung der ihr auferlegten Kriegskontribution vollständig erlassen, ja der König fügte den zwei Millionen, welche die Regierung als Entschädigung für die abzutretenden öffentlichen Gebäude und dergl. bewilligte, aus eigenen Mitteln noch eine dritte hinzu. Den Deputationen, welche aus Kurhessen, aus Nassau, aus Hannover in Berlin eintrafen, um die Zurückführung der abgesetzten Dynastien zu erbitten, trat der König in freundlichster Weise entgegen. Was unter dem Gebot einer ihm selbst schmerzlichen Nothwendigkeit geschehen sei, erklärte er den Abgesandten, das sei allerdings unabänderlich; aber er würde seine neuen Unterthanen weniger achten, wenn sie nicht diesen Versuch zur Erhaltung ihrer angestammten Herrscherhäuser bei ihm gemacht hätten.

Auch die preußische Regierung, die bei der festen Einfügung der neuen Landestheile in den preußischen Staatsorganismus mit Takt und staatsmännischer Klugheit zu Werke ging, ließ es sich angelegen sein, die vorhandene Mißstimmung nicht gewaltsam zu unterdrücken, sondern durch möglichstes Entgegenkommen allmählich zu beschwichtigen und durch geeignete Mittel die bestehende Abneigung gegen Preußen allmählich in Vertrauen zu verwandeln. Indem sie sich dabei vorwiegend oder fast ausschließlich auf die liberalen und deutsch-nationalen Parteien stützte, vermochte sie wenigstens in Kurhessen und Nassau, wo diese Parteien zahlreiche Anhänger zählten und wo die Mißwirthschaft der letzten Regenten die Anhänglichkeit der Bevölkerung an die heimischen Dynastien ohnehin stark erschüttert hatte, diesen Umwandlungsprozeß in verhältnißmäßig kurzer Zeit nahezu vollständig durchzuführen.

Etwas schwieriger stellte sich die Sache in Frankfurt, wo ein starr in sich abgeschlossenes geldstolzes Patriziat und eine großdeutsch-demokratische Volkspartei das deutsch-nationale Bewußtsein nur schwer und langsam aufkommen ließen; auch in Hannover, wo der welfisch gesinnte Adel und Beamtenstand im Bunde mit der orthodoxen Geistlichkeit mit allen Mitteln der Agitation das Volk in seiner Abneigung gegen Preußen festzuhalten suchte, wurde dem zum Landesdirektor ernannten Führer der Nationalliberalen, Rudolf von Bennigsen, das Werk der Versöhnung vielfach erschwert. Indessen machte dasselbe auch hier in wenigen Jahren immerhin recht erfreuliche Fortschritte, und als gute Preußen und Deutsche haben, wie wir sehen werden, auch Hannoveraner und Frankfurter bei der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches in den Jahren 1870 und 1871 wacker mitgewirkt.

Nach kurzem Schwanken hatte Graf Bismarck seinen ursprünglichen Plan aufgegeben, eine vollständig neue Provinzialeintheilung der westlichen Hälfte der Monarchie und zugleich die Schaffung einer Provinz Niedersachsen, Rheinfranken, Thüringen u. s. w. beim König zu beantragen. Die annektirten Landestheile wurden als besondere Provinzen in ihrer alten Zusammengehörigkeit belassen und außerdem durch Gewährung eines ausgedehnten Maßes von Selbstverwaltung ihren „berechtigten Eigenthümlichkeiten" Rechnung getragen.



Rudolf von Bennigsen.

Einführung der preußischen Verfassung in den neuen Landestheilen. Die Provinzialfonds. Für das erste Jahr hatte die preußische Regierung in Bezug auf die neuen Provinzen aus naheliegenden Gründen das Recht der unbeschränkten Diktatur gefordert und vom Landtage bewilligt erhalten, und bei der Ausübung dieser Diktatur waren mancherlei Härten und Unzuträglichkeiten selbst beim besten Willen der betheiligten Behörden nicht zu vermeiden gewesen. Am 1. Oktober 1867 wurde aber die preußische Verfassung auch auf die neuen Landestheile ausgedehnt und bald darauf die provinziale Selbstverwaltung daselbst eingeführt. Um diese Selbstverwaltung auch in finanzieller Hinsicht auf eine sichere Grundlage zu stellen, wurden den neuen Provinzen aus staatlichen Mitteln bedeutende Fonds zu freier Verfügung überwiesen. Die Bewilligung dieser Summen, welche Bismarck beim Landtage beantragte, stieß allerdings auf heftigen Widerspruch von Seiten der altpreußischen Konservativen, welche darin eine ungerechtfertigte Bevorzugung der neuen Provinzen vor den alten erblickten; da Bismarck jedoch die Gewährung gleicher Fonds auch für die alten Provinzen und damit, sehr zum Verdruß der feudalkonservativen Partei, die Einführung einer zeitgemäßen Selbstverwaltung auch in diesen in Aussicht stellte, so wurde sein Antrag von den Nationalliberalen bereitwillig unterstützt und von einer allerdings nur kleinen Majorität zur Annahme erhoben. Die Hoffnungen, welche die Regierung und die Mehrheit des Landtages an die Durchführung dieser letzteren Maßregeln knüpften, gingen denn auch zum allergrößten Theil in Erfüllung.

Die Souveräne der annektirten Provinzen. Schwieriger als die Bevölkerungen der annektirten Landestheile mit der neuen Lage der Dinge auszusöhnen, war es, die früheren Souveräne derselben zum Verzicht auf ihre Thronrechte zu bringen. Hauptsächlich auf den Wunsch König Wilhelm's wurden denselben für den geforderten förmlichen Verzicht außerordentlich günstige Bedingungen gestellt. Der Vertrag, welchen auf Grund dieser Bedingungen der Kurfürst von Hessen schon am 17. September 1866 mit der preußischen Regierung geschlossen, sicherte demselben den vollen Betrag seiner bisherigen Einkünfte; Herzog Adolf von Nassau, welcher am 22. September 1867 Verzicht leistete, blieb im Besitze eines Theiles seiner Schlösser und wurde mit einer Summe von fünfzehn Millionen Gulden entschädigt, und König Georg V. von Hannover erlangte durch Vertrag vom 29. September 1867, sogar ohne förmlichen Verzicht auf die Krone ausgesprochen zu haben, die Zusicherung, daß ihm die Zinsen eines Kapitals von 16 Millionen Thalern gezahlt werden sollten. Der preußische Landtag, der diese Verträge zu genehmigen hatte, fand denn auch die gewährten Entschädigungen viel zu hoch, und es bedurfte wiederum einer Rücktrittsdrohung Bismarck's, um eine Majorität für die Bewilligung derselben zu Stande zu bringen. Aber trotzdem trat von den drei Verträgen nur der mit dem Herzog Adolf von Nassau geschlossene wirklich in Kraft.



Otto Camphausen. (Zu S. 516.)

Haltung des Königs Georg von Hannover und des Kurfürsten von Hessen. Entgegen den übernommenen Verpflichtungen unterstützte nämlich der König von Hannover offen und ungescheut diejenigen Bestrebungen und Agitationen seiner Anhänger, welche darauf gerichtet waren, im geeigneten Augenblicke gewaltsam und selbst mit französischer Hülfe den Welfenthron wieder aufzurichten. Mit den Geldmitteln, welche ihm in reichlichem Maße zu Gebote standen, wurde nicht nur in Hannover selbst die preußenfeindliche Agitation geschürt, sondern sogar auf französischem Boden, in unmittelbarer Nähe der deutschen Grenze, eine „Welfenlegion" unterhalten, um bei dem nächsten Kriege zwischen Deutschland und Frankreich, dessen Ausbruch der König durch die Aufreizungen einer bezahlten französischen Presse zu beschleunigen suchte, an der Seite des Erbfeindes gegen die deutschen Stammesbrüder zu kämpfen. Da gütliche Vorstellungen von Seiten des Königs Wilhelm und Vermittelungsversuche befreundeter Höfe keinen Erfolg hatten, mußte es doch schließlich recht bedenklich erscheinen, dem König Georg preußischerseits große Geldmittel zur Verfügung zu stellen, die offenkundig zum Nachtheil Preußens ihre Verwendung fanden. Den äußeren Anlaß zu dem auf diese Weise längst vorbereiteten vollständigen Bruch gab eine preußenfeindliche Demonstration, zu welcher Georg V. persönlich sich hinreißen ließ. Zur Feier seiner silbernen Hochzeit hatte sich im Februar 1868 auf Schloß Hietzing bei Wien, wohin der König sich zurückgezogen hatte, in ostentativer Weise ein zahlreicher Kreis seiner Anhänger versammelt, und beim Festmahl brachte Georg V. einen Trinkspruch aus auf die Wiederherstellung des Welfenthrones. Wenige Wochen später wurde auf den

Antrag Bismarck's die Einstellung der Zinsenzahlung an den König und die vorläufige Beschlagnahme seines Vermögens verfügt, und gegen den Kurfürsten von Hessen, der dem Beispiel Georg's V. gefolgt war und mit Verletzung des geschlossenen Vertrages auf Wiederherstellung seiner Herrschaft hingearbeitet hatte, in gleicher Weise verfahren.

Der Reptilienfonds. Die Aufhebung der verhängten Sperre wurde überdies an die Zustimmung des preußischen Landtages gebunden und die zurückbehaltenen Zinsen wurden als geheimer Fonds der Regierung zu freier Verfügung gestellt, um mit Hülfe desselben eine wirksame Gegenagitation zu betreiben, und, wie Bismarck sich ausdrückte, „die bösartigen Reptilien, welche die Sicherheit des preußischen Staates zu gefährden suchten, bis in ihre Höhlen zu verfolgen". Der noch heute für jene Dispositionssumme gebräuchliche Name „Reptilienfonds" geht auf diesen Ausspruch Bismarck's zurück. Der ursprüngliche Sinn dieser Bezeichnung hat sich freilich im Laufe der Zeit verändert; der die Erfordernisse seines eigentlichen Zweckes weit übersteigende Geheimfonds wurde vielfach zur Unterhaltung einer bezahlten Regierungspresse verwendet, und der Name „Reptilienfonds" kam auf diese Weise zu jener andern Bedeutung, welche heut vielfach damit verbunden wird. Die Benutzung des bezeichneten Fonds in dem angedeuteten Sinne ist inzwischen seit dem Jahre 1875 durch anderweitige Regelung wesentlich eingeschränkt worden.

Prinz Friedrich von Schleswig-Holstein-Augustenburg. Die endgiltige Einverleibung von Schleswig-Holstein in den preußischen Staat ging im Wesentlichen ohne derartige Störungen und Zwischenfälle von statten. Prinz Friedrich von Schleswig-Holstein und seine Anhänger fügten sich schnell in das Unvermeidliche. Die Mehrheit der schleswig-holsteinischen Landesbevölkerung grollte zwar noch eine Zeit lang und schloß sich, durch die bestehenden Parteiverhältnisse ohnedies darauf hingewiesen, vorwiegend der oppositionellen altpreußischen Fortschrittspartei an; da indessen in Schleswig-Holstein keine grundsätzliche Abneigung gegen Preußen, sondern eigentlich nur die Folgen einer künstlich ins Leben gerufenen Agitation zu überwinden waren, so vollzog sich hier — die nordschleswigschen Distrikte ausgenommen — am raschesten und gründlichsten die Umbildung des Landes zu einer gut preußischen Provinz.

Die Ansprüche des Großherzogs von Oldenburg, welche Preußen während des Streites um die schleswig-holsteinische Thronfolge mehrfach als berechtigt anerkannt hatte, wurden durch Abtretung des Amtes Ahrensboeck und Zahlung von einer Million Thalern befriedigt; der Artikel V des Prager Friedens, welcher Preußen zur Zurückgabe der nordschleswigschen Distrikte an Dänemark verpflichtete, falls eine Volksabstimmung sich dafür entscheide, wurde, wie hier vorgreifend erwähnt werden möge, durch freiwilliges Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preußen im Jahre 1878 außer Kraft gesetzt.

Es mochte als eine günstige Vorbedeutung erscheinen, daß ein Zufall es fügte, daß König Wilhelm die Adresse des am 10. September 1867 in Berlin zusammengetretenen ersten Reichstages des Norddeutschen Bundes im fernen Süden des deutschen Vaterlandes, auf der kurz zuvor in einer der ursprünglichen ähnlichen Gestalt wiederhergestellten Stammburg der Hohenzollern, entgegennahm. Mit freudiger Genugthuung sprach der König es aus, daß die Saat des vorigen Jahres segenverkündend aufgegangen sei, und in bewegten Worten knüpfte er daran den Ausdruck der frohen Erwartung, daß die Vorsehung mit dem Geschlecht, das hier entsprossen, auch ferner sein, und daß sie Preußens und Deutschlands Geschicke auch ferner zum Guten lenken werde. Und in der That haben schon die nächsten Jahre diese Hoffnungen und Erwartungen im vollsten Maße erfüllt.

Der erste ordentliche Reichstag. Wie im konstituirenden Reichstag für das Zustandekommen der Verfassung, so war auch im ersten ordentlichen Reichstage für die innere Weiterentwicklung des Bundes die nationalliberale Partei von ausschlaggebender Bedeutung. Der mäßigende und zusammenhaltende Einfluß, welchen die meist aus den neuen preußischen Provinzen und aus den Kleinstaaten des Bundes in den Reichstag entsendeten Führer

der Partei auf die Hauptmasse derselben ausübten, erleichterte es Bismarck, sich vorwiegend auf sie zu stützen. In manchen Punkten suchte zwar Bismarck seine alte Verbindung mit der streng konservativen Partei so lange als möglich aufrecht zu erhalten, und an die Nachgiebigkeit der Nationalliberalen wurden in dieser Hinsicht oft starke Anforderungen gestellt; aber da diese den Minister, dem seine Unentbehrlichkeit und seine beispiellose Popularität eine außerordentlich feste Stellung verliehen, fast niemals im Stiche ließen, und da andererseits die altkonservative Partei, ohne mit den Verhältnissen zu rechnen, allen halbwegs liberalen Maßnahmen der Regierung eine erbitterte Opposition entgegensetzte, so knüpfte sich zum Vortheil einer stetigen Weiterentwicklung der Bundesinstitutionen in liberalem Sinne das Band zwischen dem leitenden Minister und der nationalliberalen Partei immer fester, während gleichzeitig der Bruch zwischen ihm und Denen, welche ihn früher zu den Ihrigen gerechnet hatten, sich mehr und mehr erweiterte. Da den Parteiverhältnissen des Reichstages diejenigen des preußischen Abgeordnetenhauses im Wesentlichen entsprachen, so konnte die Rückwirkung derselben auf die Verhältnisse im preußischen Ministerium füglich nicht ausbleiben. — Während der Kriegsminister von Roon, der Minister des Innern Graf Eulenburg und auch der Finanzminister von der Heydt der liberaleren Richtung des Ministerpräsidenten Graf Bismarck in der Hauptsache sich angeschlossen, suchten sich die übrigen Mitglieder des Ministeriums — von Selchow, von Mühler, Graf Itzenplitz, Graf zur Lippe, die nach wie vor zu der äußersten Rechten hielten, derselben nach Möglichkeit zu widersetzen. Wenn sich nun auch von den zwei Strömungen, welche im Ministerium herrschten, die liberalere in der Regel als die stärkere erwies, so kam es doch mehrfach zu Reibungen, welche Bismarck selbst unangenehm empfand, und welche auch auf die Stetigkeit der fortschreitenden politischen Entwicklung in Preußen wie im Norddeutschen Bunde unvortheilhaft einwirkten. Die liberalen Parteien arbeiteten deshalb, so viel an ihnen lag, unablässig auf die Beseitigung der mißliebigen Minister hin. Im Dezember 1867 reichte denn auch zuerst der Justizminister Graf zur Lippe seine Entlassung ein und übernahm, nachdem diese bewilligt, im Herrenhause die Führung der reaktionären Opposition gegen die Politik seiner bisherigen Kollegen.



Gerhard Adolf Wilhelm Leonhardt.

Die neuen Minister Leonhardt, Camphausen, Delbrück. Graf zur Lippe wurde durch den Hannoveraner Gerh. Ad. Wilhelm Leonhardt ersetzt, der zwar ausdrücklich gegen die liberalen Neigungen, welche man ihm anfänglich zuschrieb, Verwahrung einlegte, andererseits aber auch von allen reaktionären Bestrebungen sich fern hielt und als außerordentlich tüchtiger und geschäftskundiger Fachminister die nothwendige Reorganisation des Justizwesens in Preußen mit Energie in Angriff nahm und auch die von den Nationalliberalen angestrebte Einführung einer möglichst einheitlichen Rechtsprechung für den Norddeutschen Bund eifrig förderte. Noch mehr wurde die liberale Strömung in den preußischen Regierungskreisen

dadurch gestärkt, daß im November 1869 der bisherige anerkannt freisinnige Präsident der Seehandlung, Otto Camphausen (ein Bruder Ludolf Camphausen's, des Ministers vom Jahre 1848), an von der Heydt's Stelle das Finanzministerium übernahm, und daß am 2. Dezember desselben Jahres der ebenso freisinnige Rudolf Delbrück, seit 1868 Vorsteher des Kanzleramtes des Norddeutschen Bundes, als Minister ohne Portefeuille in das preußische Ministerium eintrat. Dagegen wurde der zu Anfang des Jahres 1870 anscheinend bevorstehende Rücktritt des reaktionären Kultusministers von Mühler gerade durch die Heftigkeit, mit welcher die liberalen Parteien seine Entlassung forderten, vereitelt, und auch von Selchow und Graf Itzenplitz blieben vorläufig noch im Amte.

Daß die politische Entwicklung in Preußen und im Norddeutschen Bunde im Großen und Ganzen mehr und mehr einen liberalen Charakter annahm, vermochten jedoch diese wenigen Anhänger der Reaktion nicht zu verhindern. Ebenso in der inneren wie in der äußeren Politik des Bundes trat dies in erfreulicher Weise hervor. Die Haltung des Bundesrathes ließ keinen Zweifel darüber bestehen, daß die Mehrheit der Bundesregierungen auf die Absichten und Pläne des Bundeskanzlers volles Vertrauen setzte. Den leitenden Minister kräftig unterstützend, wo dieser die Forderungen des beständig vorwärts drängenden Liberalismus als zu weit gehend bekämpfte, gab der Bundesrath andererseits diesen Forderungen in allen den Punkten bereitwillig nach, wo dies im Interesse der nationalen Weiterentwicklung des Bundes förderlich und geboten erschien.

Zeitgemäße Reformen. Das Oberhandelsgericht in Leipzig. So kam es, daß die Zusagen und Verheißungen, welche die Bundesverfassung in Bezug auf die allmähliche Weiterbildung der Bundesinstitutionen enthielt, nicht nur vollständig erfüllt, sondern daß in mancher Hinsicht die Grenzen derselben überschritten wurden. Die Einführung einheitlicher Münzen, Maße und Gewichte, die Herstellung eines allgemein giltigen Handelsgesetzbuches, die im Interesse des Verkehrs dringend gebotene vollständige Centralisation des Post- und Telegraphenwesens, die Beseitigung der unter der Herrschaft der Kleinstaaten arg emporgewucherten Mißstände im Eisenbahnwesen — alles das wurde mit Nachdruck gefördert, und schon in den ersten beiden Jahren des Bestehens des Norddeutschen Bundes waren die segensreichen Folgen der Fortschritte und Verbesserungen auf den genannten Gebieten gleichsam mit Händen zu greifen. Solche glücklichen Erfolge spornten zu weiterem Aufschwunge an. Während die mit der Ausarbeitung des neuen Strafgesetzbuches für den Norddeutschen Bund betrauten Juristen mit unermüdlichem Eifer ihrer Aufgabe oblagen, nahmen die liberalen Parteien des Reichstages, die gegebenen Grenzen der Bundesverfassung überschreitend, den von den Abgeordneten Miquel und Lasker angeregten Plan auf, die Bundeskompetenz auf das ganze bürgerliche Recht auszudehnen, und die sächsische Regierung kam diesen Bestrebungen damit entgegen, daß sie für die Einsetzung eines allen Bundesstaaten gemeinsamen Oberhandelsgerichtes als höchsten die einheitliche Rechtsprechung wahrenden Gerichtshofes eintrat. Bereits am 5. August 1869 begann in Leipzig, wo es seinen Sitz erhielt, dieses gemeinsame Oberhandelsgericht des Bundes seine Wirksamkeit.

So war denn der Norddeutsche Bund in seinem Innern in sichtlichem Aufblühen und Gedeihen begriffen; die Hoffnungen und Erwartungen, welche das patriotische Deutschland an seine Begründung geknüpft hatte, waren glänzend in Erfüllung gegangen. Was aber dem großen Werke vollends den Stempel des Gelingens aufdrückte, das war der Umstand, daß die eine und einzige Befürchtung, welche beim Beginn desselben von vielen Seiten gehegt worden war, sich als grundlos erwies — die Befürchtung nämlich, daß die Errichtung des Norddeutschen Bundes den Norden und den Süden des deutschen Vaterlandes einander noch mehr als früher entfremden und die vollständige Einigung Deutschlands unmöglich machen werde.



Staatsrath Karl Mathy. Minister von Friesen. Minister Dr Jolly
Minister von Lutz. Minister von Varnbüler. Staatsrath von Freydorff.

Verhältniß des Norddeutschen Bundes zu Süddeutschland, der Luxemburger Streit und das Zollparlament.

Die Schutz- und Trutzbündnisse, welche seit August 1866 die süddeutschen Staaten mit der Vormacht des Norddeutschen Bundes, mit Preußen, verbanden, waren anfänglich noch geheim gehalten worden; aber bereits im März 1867 fand sich ein geeigneter Anlaß dazu, das Bestehen derselben in amtlicher Form bekannt zu geben. Die Zustände in Frankreich, dessen Gebieter durch die politischen Verhältnisse des Kaiserreiches und besonders durch eine stark chauvinistische Partei zu einer gegen Deutschland gerichteten Angriffspolitik gedrängt wurde, wirkten darauf hin, daß jene Veröffentlichung bei den süddeutschen Bevölkerungen im Allgemeinen jetzt einer beifälligen Aufnahme begegnete. So stark und zahlreich auch die Gegensätze zwischen Nord und Süd, zwischen Großdeutschen und Kleindeutschen, zwischen Partikularisten und Deutschnationalen noch sein mochten: in einem Punkte, in der Abwehr der auf deutsches Gebiet gerichteten französischen Aneignungsgelüste, waren alle wackeren Deutschen nördlich und südlich vom Main zu einmüthigem Zusammenstehen entschlossen, und nur vereinzelte vaterlandsvergessene Gesellen wagten für ein gegen Preußen gerichtetes Bündniß zwischen den süddeutschen Staaten und Frankreich einzutreten.

Veröffentlichung der Schutz- und Trutzbündnisse. Die Mittheilungen über die preußisch-süddeutschen Schutz- und Trutzbündnisse, welche — natürlich mit ausdrücklicher Genehmigung Bismarck's — zuerst im bayerischen Landtage und bald darauf auch in den Regierungsorganen der übrigen süddeutschen Staaten veröffentlicht wurden, waren nicht nur für die Bevölkerungen dieser Staaten bestimmt, sondern sie waren zugleich als eine ernste Warnung an die Adresse des unruhigen französischen Nachbarvolkes gerichtet.

Napoleon konnte sich nicht verhehlen, daß er mit seiner Vermittelungspolitik während des preußisch-österreichischen Krieges eine schlecht verhüllte Niederlage erlitten hatte. Aber so empfindlich diese Niederlage für seinen persönlichen Ehrgeiz sein mochte — die Bedeutung, die sie in dieser Hinsicht hatte, wurde durch ihre dem Napoleonismus außerordentlich ungünstige Rückwirkung auf die politischen Zustände in Frankreich noch weit übertroffen. Das zweite Kaiserreich hatte die großen Hoffnungen und Erwartungen, welche es anfänglich rege gemacht und mit deren Verwirklichung es im Krimkriege anscheinend begonnen, nicht entfernt zu erfüllen vermocht. Die Politik Napoleon's in Italien hatte ungeachtet einiger glänzenden Siege der französischen Waffen schließlich doch nur halbe Erfolge errungen, weil der Kaiser im entscheidenden Augenblicke durch die militärische Machtentfaltung Preußens zu dem vorzeitigen Frieden von Villafranca genöthigt worden war; die von Napoleon in einer unglücklichen Stunde geplante französische Expedition nach Mexiko ging eben jetzt mit schnellen Schritten ihrem tragischen und für den Urheber im höchsten Grade unrühmlichen Ende entgegen, und der letzte Mißerfolg der kaiserlichen Politik im preußischen Hauptquartier zu Nikolsburg war also ganz dazu angethan, das enttäuschte und in seiner nationalen Eitelkeit gekränkte Franzosenvolk vollends in das Lager der unzufriedenen antibonapartistischen Opposition zu treiben.

Die Expedition nach Mexiko (1861—1867). Bei der eben erwähnten mexikanischen Expedition hatte Napoleon nur den großen Gedanken seines kaiserlichen Oheims von Neuem aufgenommen, den romanischen Völkern oder Staaten durch möglichst feste Zusammenfassung ihrer verschiedenen Glieder das Jahrhunderte hindurch behauptete unbestrittene Uebergewicht wieder zu verschaffen. Das war für ihn der eigentliche Beweggrund zur Theilnahme an der ursprünglich von Frankreich, England und Spanien gemeinsam unternommenen Expedition. Die letztgenannten Staaten hatten hierbei nur die Geltendmachung ihrer Ansprüche gegenüber der eigenmächtigen, die Interessen ihrer europäischen Gläubiger schwer schädigenden Finanzwirthschaft der republikanischen Regierung Mexiko's im Auge. Als aber Napoleon mit Hintansetzung des ursprünglichen Zweckes der Expedition seine eigentliche Absicht mehr und mehr in den Vordergrund treten ließ, zogen sich England und Spanien von dem Unternehmen zurück, und Napoleon sah sich, als er dennoch auf Verwirklichung seiner weit ausschauenden Pläne beharrte, auf sich allein angewiesen. Doch der schon in den zwanziger Jahren von einem der früheren Präsidenten der großen transatlantischen Republik in Nordamerika (Monroe) ausgesprochene Grundsatz: „Amerika für die Amerikaner", widersprach in solchem Grade den geheimen Absichten Napoleon's, daß dieser gewiß sein durfte, auf dem Wege zur Verwirklichung derselben auf den entschiedensten Widerspruch seitens der Regierung des mächtigen germanischen Staatenbundes zu stoßen, der sich mit Riesenschritten weiter von Meer zu Meer hin ausdehnte. Ließ sich glauben, daß die Union jetzt, nach Niederwerfung des Aufstandes der Südstaaten, dem Aufkommen eines mächtigen romanischen Kaiserreichs und dadurch der Begründung eines maßgebenden Einflusses der romanischen Rasse auf die politische Gestaltung der nördlichen Hälfte des neuen Welttheils ruhig zusehen werde?

Der österreichische Erzherzog Maximilian, den Napoleon für die zu lösende Aufgabe zu begeistern gewußt, hatte sich (1864) unter dem Schutze der französischen Waffen als Kaiser von Mexiko ausrufen lassen und war mit dem besten Willen und den edelsten Absichten an die Wiederaufrichtung der Ordnung in dem von Parteiungen völlig zerklüfteten Lande gegangen. Aber die Mexikaner hatten keinen Sinn für die Erhebung der romanischen oder lateinischen Völker, und der Widerstand der Landesbewohner gegen die ihnen willkürlich aufgedrungene Herrschaft zeigte sich stärker, als Napoleon vorausgesetzt hatte. Die großen Opfer an Geld und Menschenleben, welche der andauernde Kampf gegen die aufständische Bevölkerung erforderte, begannen schließlich die Wehrkraft Frankreichs daheim empfindlich zu schädigen, während gleichzeitig bei dem berechtigten Argwohn Englands und vor Allem der

Vereinigten Staaten ernste Verwicklungen mit diesen in jedem Augenblicke eintreten konnten. — Unter diesen Umständen gewann es Napoleon über sich, den seinem Schutze vertrauenden und auf seinen Schutz ausschließlich angewiesenen Kaiser Maximilian schmählich im Stiche zu lassen. Die französischen Truppen wurden allmählich zurückgezogen, die republikanische Bewegung errang Erfolge auf Erfolge, wenige Wochen nach dem Tage, an welchem das letzte französische Schiff vom mexikanischen Gestade abgestoßen war, bemächtigte sich das Heer der Aufständischen mit stürmender Hand der kaiserlichen Hauptstadt, und am 19. Juni 1867 wurde, wie hier vorgreifend erwähnt sei, der unglückliche Habsburger Maximilian standrechtlich erschossen.

Aber schon lange bevor das Unternehmen auf diese Weise seinen tragischen Abschluß gefunden hatte, ließ sich an dem völligen Scheitern der von Napoleon mit so großen Hoffnungen ins Werk gesetzten Expedition nicht mehr zweifeln. Nun hatte zwar das französische Volk, der nutzlosen Opfer müde, schließlich selbst auf die Zurückziehung der französischen Truppen gedrungen, aber der Schatten, den der unglückliche Ausgang des Unternehmens warf, fiel doch vor Allem auf den Urheber zurück. Allerdings hatte die erbitterte antibonapartistische Opposition in Frankreich um ihrer besonderen Interessen willen diesen übeln Verlauf des Unternehmens eigentlich herbeigewünscht; nun er aber zur Thatsache geworden war, sprach sie mit Entrüstung von der Preisgebung der Ehre Frankreichs, deren offenbare Gefährdung auch von den Männern der gemäßigten sogenannten dynastischen Opposition schwer empfunden wurde.

Nur glänzende Erfolge auf dem Gebiete der europäischen Politik hätten unter diesen Umständen den verblaßten Schimmer des zweiten Kaiserreichs wieder aufzufrischen und Napoleon's Machtstellung neu zu befestigen vermocht. An Bemühungen, sich den preußisch-österreichischen Konflikt in dieser Hinsicht zu Nutze zu machen und auf wohlfeile Art eine Gebietserweiterung für Frankreich zu erlangen, hatte es Napoleon nicht fehlen lassen. Aber die Festigkeit und das diplomatische Geschick des leitenden preußischen Ministers und im letzten Augenblicke die Schlag auf Schlag erfolgenden Siege der preußischen Waffen hatten alle seine Bemühungen vereitelt; die Anrufung der französischen Vermittelung durch Oesterreich, die formelle Anerkennung derselben von Seiten Preußens, die nach den preußischen Siegen ohnehin gesicherte Abtretung Venetiens an Italien — Alles das waren doch nur Scheinerfolge gewesen, hinter denen sich eine empfindliche Niederlage nur schlecht verbarg. Das französische Volk hatte dafür ein richtiges Gefühl, indem es die Niederlage Oesterreichs für eine Niederlage Frankreichs, die Vergrößerung Preußens sowie die Errichtung des Norddeutschen Bundes als eine Schädigung der — allerdings unberechtigten — französischen Interessen erklärte und deshalb stürmisch nach einer schnellen und glänzenden „Revanche für Sadowa" verlangte. Auch Napoleon verhehlte sich die Niederlage seiner Politik nicht. Aber da er einestheils sich zu einer gewaltsam zu nehmenden Revanche vorerst nicht stark genug fühlte und andererseits noch immer an der Möglichkeit einer anderweitigen Entschädigung Frankreichs, etwa in Belgien, festhielt, so gab er sich alle Mühe, den Unmuth der in ihrer nationalen Eitelkeit gekränkten Franzosen zunächst dadurch zu beschwichtigen, daß er von seinen ergebenen Anhängern den Ausgang des preußisch-österreichischen Krieges und die Bestimmungen des Prager Friedens als für Frankreich überaus vortheilhafte und rühmliche Ergebnisse seiner kaiserlichen Vermittelung verherrlichen ließ. Die Minister des Kaisers, vor Allem der ihm blind ergebene „Vizekaiser" Eugène Rouher, unterzogen sich dieser Aufgabe mit großem Aufwande von Beredsamkeit, und Napoleon eröffnete die erste Sitzung der französischen Kammern nach den Ereignissen des Jahres 1866 mit einer Thronrede, welche von beruhigenden Versicherungen überfloß und der vollen Zufriedenheit des Kaisers mit den Resultaten seiner Vermittelung Ausdruck verlieh. Das hinderte indessen nicht, daß nach einer alsbald vorgenommenen Veränderung im französischen Kriegsministerium, an dessen Spitze der General Adolphe Niel trat, die

Reorganisation der französischen Armee, ihre Verstärkung und Neuausrüstung auf das Eifrigste betrieben und unverkennbar die Möglichkeit eines nahe bevorstehenden Krieges ins Auge gefaßt wurde.

Freiherr von Beust in Wien. Auf den Rath Napoleon's hatte Kaiser Franz Joseph unmittelbar nach dem Kriege den früheren sächsischen Minister Freiherrn von Beust, also einen entschiedenen Preußenfeind, in das österreichische Ministerium des Auswärtigen berufen, das unter seiner Leitung fortgesetzt die intimsten Beziehungen zum französischen Hofe unterhielt. (Zum Grafen und Reichskanzler ward Beust erst 1868 erhoben.)

Ein gemeinsamer Rachekrieg gegen Preußen und den Norddeutschen Bund wurde offenbar vorbereitet, und wenn beide Theile sich zunächst trotzdem in Betheuerungen ihrer Friedfertigkeit erschöpften, so hatte das nur darin seinen Grund, daß beide Zeit zu gewinnen trachteten, an die Mängel und Schäden ihres Heerwesens die bessernde Hand zu legen und ihre Rüstungen zu vervollständigen, um mit Aussicht auf Erfolg den Kampf mit dem gemeinsamen Gegner aufnehmen zu können. Aber während Beust den Krieg gegen Preußen unter allen Umständen wollte, sah Napoleon in ihm nur das letzte Mittel zur Erreichung des Endzieles seiner Politik: Vergrößerung Frankreichs, Befriedigung der nationalen Eitelkeit der Franzosen und dadurch Befestigung seiner mehr und mehr gefährdeten Herrschaft. Ließ sich dieses Ziel auf andere Weise erreichen, so sah Napoleon den Krieg gegen Preußen ebenso gern oder vielleicht noch lieber vermieden.

Die Verhandlungen mit Bismarck als dem Leiter der auswärtigen Politik Preußens wurden deshalb in keinem Augenblick vollständig abgebrochen, da Napoleon noch immer hoffte, es werde möglich sein, mit Zustimmung Preußens, das er in diesem Falle in seiner deutschen Politik zu unterstützen sich erbot, eine größere Gebietserweiterung Frankreichs auf Kosten Belgiens zu erlangen. Bismarck hielt es für gerathen, den französischen Kaiser vorerst noch in dem Glauben an diese Möglichkeit zu belassen; denn eine schroffe Abweisung seiner Anträge hätte diesen, selbst gegen seinen Willen, alsbald zum Kriege gedrängt, und Bismarck erachtete es für nothwendig, der inneren Entwicklung Deutschlands auf seiner neuen Grundlage zunächst einige Jahre der Ruhe zu gönnen, selbst auf die Gefahr hin, daß Deutschland den unvermeidlichen Kampf dann mit einem besser gerüsteten Gegner aufzunehmen haben werde.

Napoleonische Reformen. Die Opposition in Frankreich war unzweifelhaft im Wachsen begriffen, aber sie war im Grunde weniger gegen das kaiserliche Regiment als solches, als vielmehr gegen das kaiserliche Willkürregiment gerichtet; ein zeitgemäßer Wechsel in der Regierungsform und die Herstellung wirklich verfassungsmäßiger Zustände hätte die Napoleonische Dynastie vielleicht fester als je zuvor begründet. Napoleon selbst schien von dieser Ansicht auszugehen, als er im Januar 1867 eine Reihe von liberalen Zugeständnissen ankündigte und dadurch Männer wie Rouher und Genossen, die nur in der Aufrechterhaltung der absoluten Regierungsgewalt des Kaisers das Heil Frankreichs und der Napoleonischen Dynastie erblickten, zum zeitweiligen Rücktritt aus dem französischen Ministerium veranlaßte. Aber die pomphaft angekündigten Reformen blieben doch allzuweit selbst hinter den mäßigsten Erwartungen zurück, um irgend eine der oppositionellen Parteien zufrieden zu stellen. Sie verfehlten deshalb nicht nur völlig ihren Zweck, sondern sie bewirkten vielfach gerade das Gegentheil von dem, was sie hatten bewirken sollen. Die Ankündigung der liberalen Reformen wurde als ein Eingeständniß der Schwäche der kaiserlichen Regierung, die Geringfügigkeit derselben als ein Zeichen ihres inneren Widerstrebens gegen dieselben gedeutet, und mit verstärkter Kraft begannen sich überall die Gegner zu rühren. Natürlich wurde dabei wieder die Ruhm- und Ergebnißlosigkeit der auswärtigen Politik Frankreichs als wirksames Agitationsmittel in den Vordergrund gestellt und Napoleon dadurch aufs Neue gedrängt, nach irgend einem Mittel zur wirksamen Beschwichtigung der mächtig aufgeregten Leidenschaften zu suchen.

Der Luxemburger Handel. Endlich glaubte der Kaiser das Rechte gefunden zu haben. Seine Blicke richteten sich auf das kleine Großherzogthum Luxemburg, welches, durch Personalunion mit dem Königreich der Niederlande verbunden, aber staatsrechtlich bis 1866 zum Deutschen Bunde gehörig, infolge der Auflösung desselben völlig unabhängig geworden war, ohne doch nach Lage und Größe — 47 Quadratmeilen mit ca. 200,000 Einwohnern — zum unabhängigen Staate recht geeignet zu sein. Die Vereinigung desselben mit dem Norddeutschen Bunde war wegen der offenkundig undeutschen Gesinnung seiner Bevölkerung unterblieben, dagegen gehörte das Ländchen nach wie vor zum preußisch-deutschen Zollverein, und, was das Wichtigste war, in seiner Hauptstadt, einer starken Grenzfestung, befand sich auf Grund eines alten völkerrechtlichen Vertrages vom Jahre 1815 eine preußische Besatzung. Dieser letztere Umstand mußte nun als Vorwand dienen, um plötzlich eine „Luxemburgische Frage" anzuregen. Der König von Holland, der unter dem Einflusse seiner Gemahlin, einer württembergischen Königstochter, eine entschieden preußenfeindliche Politik verfolgte, richtete im Februar 1867 an den französischen Kaiser eine (anscheinend bestellte) Beschwerdenote, in welcher er sich darüber beklagte, daß trotz der Auflösung des Deutschen Bundes die Besetzung Luxemburgs durch preußische Truppen fortdauere, woraus hervorzugehen scheine, daß die preußische Regierung mit der Absicht umgehe, die staatliche Selbständigkeit der Niederlande zu beschränken. Napoleon versprach, wegen dieser Beschwerde bei der preußischen Regierung vorstellig zu werden, und ertheilte zugleich dem König von Holland den Rath, den unbequemen Besitz — das Großherzogthum Luxemburg ist durch seine geographische Lage von dem Königreich der Niederlande völlig getrennt — an Frankreich zu verkaufen. Der König erklärte sich dazu bereit, und am 22. März wurde die Abtretungsurkunde entworfen. Da durch den erwähnten Vertrag vom Jahre 1815 das freie Verfügungsrecht des Königs von Holland über das Großherzogthum Luxemburg zu Gunsten Deutschlands und Preußens beschränkt worden war, so durfte die Abtretung des Landes nicht ohne preußische Zustimmung erfolgen. Aber indem Napoleon sich zunächst darüber hinwegsetzte, wollte er mit einer vollendeten Thatsache vor die preußische Regierung treten; der Erwerb Luxemburgs für Frankreich sollte den Franzosen nicht blos als ein einfaches Kauf- oder Tauschgeschäft, sondern zugleich als ein großer diplomatischer Erfolg der kaiserlichen Regierung und gewissermaßen als eine Niederlage Preußens erscheinen. Wurde Preußen vor die Wahl gestellt, entweder das Geschehene anzuerkennen oder den Krieg mit Frankreich aufzunehmen, und entschloß es sich dann um des Friedens willen zu ersterem, so hätte Napoleon in der That, wenigstens seinen Franzosen gegenüber, von einem Siege über Preußen sprechen können. Mochte das Interesse, welches Deutschland und Preußen an der Behauptung ihrer alten Rechte auf Luxemburg hatten, kaum stark genug sein, um die Verletzung dieser Rechte zum Anlaß eines großen Krieges zu machen, so war die Einverleibung des kleinen Landes in Frankreich für Deutschland und Preußen doch zweifellos ein Verlust, groß genug, um der Schadenfreude der Franzosen Genüge zu thun und ihrer nationalen Eitelkeit zu schmeicheln. Aber ehe noch die Sache soweit gediehen war, erhielt die preußische Regierung durch ihren Gesandten im Haag eine Mittheilung von den geheimen Abmachungen zwischen Napoleon und dem Könige von Holland, und da gleichzeitig auch die Kunde von diesen Abmachungen in die Oeffentlichkeit gedrungen war, so konnten Regierung und Volk zu der Streitfrage rechtzeitig Stellung nehmen, und der Plan Napoleon's, der Deutschland und Preußen hatte überraschen wollen, war schon dadurch im Wesentlichen vereitelt.

Im Reichstage des Norddeutschen Bundes war man geneigt, die Sache von der ernstesten Seite aufzufassen; am 1. April richtete Rudolf von Bennigsen im Namen der nationalliberalen Partei die Anfrage an die Regierung, was sie nun jenem gefährlichen Plane gegenüber zu thun gedenke, und verhieß ihr in feuriger Rede und unter lauter Beistimmung des Hauses einmüthigen Beistand aller Parteien zu energischem Widerstande.

Die Antwort Bismarck's war vorsichtig und friedlich, doch konnte man daraus entnehmen, daß der König und seine Minister die Einverleibung Luxemburgs in Frankreich in keinem Falle zugeben würden. Auch Süddeutschland bethätigte bei dieser Gelegenheit in recht erfreulicher Weise seine nationale Gesinnung. Nachdem aus Anlaß der feindseligen Stimmung in Frankreich und der beständigen Hetzereien der französischen Presse gegen Preußen und den Norddeutschen Bund bereits im März die erwähnte Veröffentlichung der preußisch-süddeutschen Schutz- und Trutzbündnisse erfolgt und von der großen Mehrheit der süddeutschen Bevölkerung mit beifälliger Zustimmung aufgenommen worden war, vereinigten sich jetzt, nach dem Bekanntwerden des französischen Annexionsplanes, überall die Kammern und freie Volksversammlungen zu der Erklärung, daß Frankreich bei jedem Angriff auf deutsches Gebiet, bei jeder Verletzung deutschen Rechtes den Norden und Süden Deutschlands zu gemeinsamer Abwehr fest verbunden finden werde. Die Hoffnung des französischen Volkes und seines Kaisers, daß bei einem Ausbruche von Feindseligkeiten zwischen Frankreich und dem von Preußen geführten Norddeutschen Bunde die süddeutschen Staaten auf Frankreichs Seite stehen würden, erwies sich somit jetzt schon als völlig hinfällig. Aber selbst in Oesterreich zeigten sich Volk und Regierung doch wenig geneigt, Frankreich in der Luxemburger Frage thatkräftig zu unterstützen. Herr von Beust hatte allerdings seine Revanchepläne gegen Preußen noch nicht aufgegeben, aber einmal fand er die Trauben noch viel zu sauer, d. h. er hielt Oesterreich noch nicht für hinlänglich gerüstet, um, selbst an Frankreichs Seite, von Neuem einen Krieg gegen Preußen zu wagen, und sodann wünschte er mit Rücksicht auf die allmählich wieder erwachenden deutschen Sympathien der Deutsch-Oesterreicher Oesterreich überhaupt nicht an einem Kriege theilnehmen zu lassen, der um einer deutschen Frage willen gegen Preußen geführt würde.

Alles das kam Napoleon natürlich sehr ungelegen. Völlig zurückweichen konnte er jetzt, nachdem die Sache soweit gediehen und die Leidenschaft des französischen Volkes in so hohem Grade erregt war, unter keinen Umständen mehr, und wenn Preußen seinen Anträgen, die er jetzt durch den Grafen Benedetti nach Berlin überbringen ließ, eine entschiedene Ablehnung entgegensetzte, so mußte er wohl oder übel in den Krieg eintreten, selbst auf die Gefahr hin, ihn ohne jeden Bundesgenossen führen zu müssen. Ueber die Aussichten, welche sich für Frankreich, das die zeitgemäße Umgestaltung und Neuausrüstung seines Heeres eben erst begonnen hatte, in solchem Kriege eröffneten, und über sein eigenes Schicksal im Fall einer Niederlage mochte sich der Kaiser kaum einer Täuschung hingeben.

In der That war in den maßgebenden militärischen Kreisen Preußens die Ansicht vorherrschend, daß man die Gelegenheit benutzen solle, um den ohnehin unvermeidlichen Krieg mit Frankreich unter den denkbar günstigsten Umständen zu führen. Aber trotz ihres vollen Vertrauens auf die Leistungsfähigkeit des preußisch-norddeutschen Heeres und auf die Zuverlässigkeit der süddeutschen Verbündeten glaubten doch König Wilhelm und sein erster Rathgeber Graf Bismarck aus den mehrfach erwähnten Gründen zur Erhaltung des Friedens die Hand bieten zu sollen, und die augenscheinliche Bedrängniß Napoleon's, die ebenso augenscheinliche militärische Ueberlegenheit Preußens und endlich das allgemeine Friedensbedürfniß Europa's gestatteten ihnen, dies zu thun, ohne der Machtstellung und der Ehre Preußens auch nur das Geringste zu vergeben. Von der friedlichen Stimmung der preußischen Regierung unterrichtet, übernahm Herr von Beust die Rolle des Vermittlers. Von der geplanten Einverleibung Luxemburgs in Frankreich konnte unter den obwaltenden Verhältnissen natürlich nicht mehr die Rede sein, und im Einverständniß mit Napoleon machte Beust den Vorschlag, daß Holland gegen eine angemessene, von Frankreich zu zahlende Geldentschädigung das Großherzogthum Luxemburg an Belgien abtreten und daß Frankreich dafür anderweitig durch belgisches Gebiet entschädigt werden sollte. Dieser Vorschlag, welchem auch Preußen wol kaum seine Zustimmung ertheilt hätte, scheiterte jedoch von vornherein an der Weigerung der belgischen Regierung, sich auf ein solches Tauschgeschäft einzulassen.

Napoleon stimmte nun seine Forderungen noch etwas weiter herunter und erklärte sich mit einem zweiten Vorschlage Beust's einverstanden, nach welchem Frankreich seinen Ankaufsplan, Preußen dagegen sein Besatzungsrecht aufgeben und das Großherzogthum Luxemburg ähnlich wie Belgien neutralisirt werden sollte. Dieser Vorschlag erschien der preußischen Regierung annehmbar, und sie stellte nur die weitere Bedingung, daß die europäischen Großmächte eine Gesammtgarantie für die Neutralität des Großherzogthums übernehmen müßten, und daß die Hauptstadt Luxemburg überhaupt aufhöre, als Festung zu existiren. Preußen brachte damit immerhin noch ein erhebliches Opfer, denn es übte auf Grund eines unanfechtbaren völkerrechtlichen Vertrages sein Besatzungsrecht aus; aber nicht die Kriegsrüstungen Frankreichs und das Säbelgerassel der französischen Presse hatten den König und seinen ersten Rathgeber zu dieser Nachgiebigkeit bewogen, sondern außer den erwähnten Gründen der inneren Politik auch der allgemeine Wunsch Europa's, daß wegen einer verhältnißmäßig so geringfügigen Ursache der europäische Friede nicht gestört werden möge.



Niederlegung der Festungswerke von Luxemburg.

Londoner Konferenz. Beschluß vom 11. Mai. Auf Anregung Rußlands wurde beschlossen, einer Konferenz der europäischen Großmächte die endgiltige Regelung der Luxemburger Streitfrage auf Grund des Beust'schen Vorschlages und der von Preußen dazu gestellten Bedingungen zu übertragen. Auf Einladung des Königs von Holland entsandten die Großmächte, denen — als sechste — jetzt auch Italien zuzählte, außerdem Belgien, Holland und Luxemburg ihre Bevollmächtigten nach London. Am 7. Mai 1867 traten dort die Gesandten zusammen, und schon am 11. erfolgte die Einigung über einen Vertrag, welcher jene Vorschläge und Bedingungen lediglich bestätigte. Das Großherzogthum Luxemburg blieb in Personalunion mit Holland als selbständiger Staat bestehen, der König von Holland verpflichtete sich, die Festungswerke der Hauptstadt Luxemburg schleifen und nie wieder herstellen zu lassen, und die sechs Großmächte übernahmen eine Gesammtgarantie für die Neutralität des kleinen Staates. Die Räumung Luxemburgs von den preußischen Truppen erfolgte im September 1867, und bald darauf begann die Niederlegung der

Festungswerke. Die Zugehörigkeit Luxemburgs zum preußisch-deutschen Zollverein blieb indessen noch ferner bestehen, dagegen wurde das Herzogthum Limburg, welches bis zum Jahre 1866 gleichfalls in — allerdings nur sehr lockeren — Beziehungen zum Deutschen Bunde gestanden hatte, von jeder Zusammengehörigkeit mit Deutschland gelöst und völlig mit dem Königreiche der Niederlande vereinigt.

So war eine Streitfrage aus der Welt geschafft, die von Napoleon zur Befriedigung der Annexionsgelüste des französischen Volkes angeregt worden war und bei der es einzig und allein in der Hand der preußischen Regierung gelegen hatte, sie zum Anlaß eines von Preußen unter günstigen Umständen mit fast sicherer Aussicht auf Erfolg zu führenden Krieges zu machen. Die Möglichkeit, die Ausführung des französischen Planes auch ohne einen solchen Krieg zu vereiteln, hatte die preußische Regierung bewogen, zur Erhaltung des Friedens auch ihrerseits ein Opfer zu bringen. Aber dieses Opfer wurde überreichlich aufgewogen durch den großen moralischen Erfolg, welcher darin lag, daß die von Preußen ausgegangene Neueinigung Deutschlands zu Schutz und Trutz ihre erste Probe bestanden, und zwar glänzend bestanden hatte. Nicht nur hatte sich die Bevölkerung des Norddeutschen Bundes mit einmüthiger Begeisterung gegen die französische Anmaßung erhoben und zur Zurückweisung derselben zu jedem Opfer an Gut und Blut bereit erklärt, sondern auch die in der vollen nationalen Einigung noch nicht mit eingeschlossenen süddeutschen Staaten hatten jede Gemeinschaft mit dem Erbfeinde der deutschen Nation abgelehnt und ihren Entschluß kundgegeben, in treuer Waffengemeinschaft mit den norddeutschen Brüdern jedem Angriff auf deutsches Gebiet zu wehren, jedem Eingriffe in deutsches Recht entgegenzutreten.

„Zu Schutz und Trutz" war also das ganze Deutschland vom Rhein bis zur Weichsel, von den Alpen bis zur Nord- und Ostsee schon jetzt geeinigt, und mit freudiger Genugthuung mußte dieses Bewußtsein alle deutschen Patrioten, mit Achtung vor dem deutschen Namen, der Jahrhunderte lang ein Gegenstand nicht ganz unverdienten Spottes gewesen war, mußte es die mißgünstigen Nachbarn erfüllen.

Verlängerung der Zollvereins-Verträge. Auch im Handel und Wandel war ja durch die alsbald nach dem Kriege von 1866 erfolgte Verlängerung der Zollvereinsverträge die Einheit Deutschlands bereits zur Thatsache geworden! Die vollständige Durchführung des begonnenen Werkes konnte also nur noch eine Frage der Zeit sein, und getrost und zuversichtlich durfte man sie der Zukunft und den wackeren Baumeistern überlassen, welche den Grund zu dem stolzen Neubau des Deutschen Reiches so fest und sicher gelegt hatten.

Immerhin waren freilich bis dahin, bis es gelang, das Band der völligen nationalen Einigung auch um die süddeutschen Staaten zu schlingen, noch mancherlei Gegensätze auszugleichen, mancherlei Schwierigkeiten und Abneigungen zu überwinden. Nicht alle Süddeutschen mochten sich schon jetzt überzeugen, daß das Band der nationalen Einigung ganz Deutschlands nothwendiger Weise ein ebenso festes sein müsse wie dasjenige, welches bereits den Norddeutschen Bund umschloß; mancherlei festgewurzelte Anschauungen und mancherlei Stammeseigenthümlichkeiten erschienen ihnen zu berechtigt, um sie ohne zwingenden Grund der völligen Einheit Deutschlands zu opfern. Die Nothwendigkeit und die Unauflöslichkeit der mit Preußen geschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse, sowie das Fortbestehen des Zollvereins wurden freilich allgemein bereitwillig und aufrichtig anerkannt. Ob aber diese Schutz- und Trutzbündnisse und die bestehenden Zollverträge als die äußersten Grenzen der Annäherung Süddeutschlands an den Norddeutschen Bund oder nur als der Anfang eines zu erstrebenden innigeren Anschlusses an denselben gelten sollten — diese Frage wurde von den Regierungen der einzelnen süddeutschen Staaten und andrerseits von der Mehrheit ihrer Bevölkerungen in ganz verschiedenem Sinne beantwortet.

Im Großherzogthum Hessen, das bereits mit einem Theile seines Gebietes dem Norddeutschen Bunde angehörte und dessen völliger Eintritt in denselben am nächsten zu liegen schien, war die liberale Mehrheit der Bevölkerung dem engen Anschluß an den

Norden wol geneigt; aber der Großherzog selbst und seine unter dem Einfluß des preußenfeindlichen Ministers von Dalwigk stehende Regierung widersetzten sich sehr entschieden dem in den hessischen Kammern mehrfach zum Ausdruck gekommenen Verlangen, durch Verhandlungen mit Preußen den beschleunigten Eintritt des ganzen Großherzogthums in den Norddeutschen Bund zu betreiben. An Mitteln, seinerseits einen entsprechenden Druck auf die hessische Regierung auszuüben, hätte es Preußen nicht gefehlt. Aber Bismarck, der sich der völligen Erreichung seines Zieles ohnehin sicher fühlen mochte, schien den Anschluß nur eines einzelnen süddeutschen Staates an den Norddeutschen Bund gar nicht für so wünschenswerth zu halten, um denselben trotz des Widerstrebens der großherzoglichen Regierung seinerseits zu betreiben und dadurch den ohnehin mächtigen Gegenwirkungen im übrigen Süddeutschland neue Nahrung zu geben.

Badische Annäherungsversuche. Daß Bismarck von dieser Auffassung sich leiten ließ, dafür sprachen nicht nur seine gelegentlichen Aeußerungen im Reichstage, dafür zeugte auch sein thatsächliches Verhalten dem Großherzogthum Baden gegenüber. In vollem Einverständniß mit der öffentlichen Meinung des Landes sprach sich hier die Mehrheit beider Kammern für den möglichst schnellen Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund aus, und der Großherzog selbst und seine von bewährten Altliberalen — Jolly, Freydorff, Mathy — geleitete Regierung gaben den nationalen Wünschen der Volksvertretung durchaus sympathischen Nachdruck. Mit rühmlicher Offenheit erkannte die badische Regierung an, daß nicht Preußen Süddeutschland, sondern vielmehr Süddeutschland Preußen bedürfe, und daß es im eigenen Interesse der süddeutschen Staaten liege, ihren Anschluß an den Norddeutschen Bund zu bewirken. Wenn sodann hinzugefügt wurde, daß unter den obwaltenden Umständen ein einzelner Staat nicht ohne Rücksicht auf die anderen mit aller Entschiedenheit vorgehen könne, und daß zuvor eine Vereinbarung zwischen sämmtlichen süddeutschen Regierungen anzustreben sei, so schien das völlig aus dem Sinne Bismarck's gesprochen. Denn als im norddeutschen Reichstage die nationalliberale Partei den Versuch machte, die Regierung im Interesse der Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund zu entgegenkommenden Schritten zu drängen, wies der Bundeskanzler dieses Verlangen ausdrücklich zurück; der bezeichnende Vergleich, dessen er sich dabei bediente — „man dürfe die Milch nicht sauer werden lassen, indem man den Rahm abschöpfe" — ließ über die Gründe, welche ihn zu seiner ablehnenden Haltung bestimmten, kaum einen Zweifel bestehen.

In der richtigen Erkenntniß, daß die mit Preußen geschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse den süddeutschen Staaten nicht nur Ansprüche, sondern auch Verpflichtungen auferlegten, hatte die badische und — wie gleich an dieser Stelle erwähnt werden mag — auch die württembergische und bayerische Regierung alsbald die theilweise Umgestaltung des Heerwesens nach preußischem Muster in Angriff genommen. Natürlich war aber diese Umgestaltung nicht, ohne größere materielle und persönliche Opfer als bisher von der Bevölkerung zu fordern, durchzuführen.

Doch wurde im Großherzogthum Baden, wo man die Verhältnisse eben am unbefangensten betrachtete, die schwerere Belastung ziemlich willig getragen und nur als ein weiterer Grund dafür ins Feld geführt, daß der Eintritt des Landes in den Norddeutschen Bund möglichst zu beschleunigen sei; denn wenn die Bevölkerung die Lasten desselben trage, so habe sie auch begründeten Anspruch darauf, an den Rechten und Vortheilen Theil zu nehmen, welche derselbe seinen Mitgliedern gewähre.

In Württemberg dagegen wurde gerade die größere Militärlast von den Preußenfeinden, die noch in diesem Lande entschieden in der Mehrheit waren, als wirksamstes Agitationsmittel benutzt. Die kleine konservativ-partikularistische Partei, als deren Hauptvertreter der Minister Freiherr von Varnbüler gelten konnte, und die sehr zahlreiche großdeutsch-demokratische Volkspartei stimmten bei aller Verschiedenheit des Parteistandpunktes in ihrer schroffen Abneigung gegen Preußen und den Norddeutschen Bund überein.

Die Ultramontanen, die auch im Großherzogthum Baden in allerdings vergeblichem Ankämpfen gegen die deutschnationalen Bestrebungen sich unrühmlich hervorthaten, ließen den genannten beiden Parteien bei ihren preußenfeindlichen Agitationen ihre thatkräftige Unterstützung zutheil werden, und die württembergischen Deutschnationalen, von allen Seiten verfolgt, geschmäht und verleumdet, hatten deshalb einen schweren Stand, um so mehr, da auch der König von Württemberg mit seinen Sympathien entschieden auf Seiten ihrer Gegner stand. Aber wenn auch der König im Grunde nichts weniger als preußenfreundlich war, so hielt er sich doch andererseits an die Verträge, welche er mit Preußen geschlossen hatte, und an das Schutz- und Trutzbündniß, welches ihn mit der norddeutschen Großmacht verband, fest und unwiderruflich gebunden, und seinem Wunsche gemäß wurde die nothwendige Umgestaltung des württembergischen Heerwesens nach preußischem Vorbilde durch den Kriegsminister Wagner mit Eifer und Nachdruck betrieben. Gegen diesen Letzteren richtete sich deshalb in erster Linie der Haß der demokratischen Volkspartei, die es in der zweiten Kammer der Volksvertretung schließlich durchzusetzen wußte, daß ihm die zur Durchführung der begonnenen Heeresreorganisation erforderlichen Geldmittel verweigert wurden. Der Kriegsminister reichte darauf seine Entlassung ein, und da ihm dieselbe ertheilt wurde, glaubte die demokratische Partei nun gewonnenes Spiel zu haben. Aber es harrte ihrer eine schwere Enttäuschung. Durch die rücksichtslose Offenheit, mit welcher die Volkspartei in der württembergischen Kammer ihren republikanischen Standpunkt vertrat und mehr oder minder deutlich die Errichtung einer südwestdeutschen Republik als das endliche Ziel ihrer Bestrebungen hinstellte, hatte sie sich den berechtigten Unwillen des Königs zugezogen, und da dieser, wie bemerkt, an den mit Preußen geschlossenen Verträgen ohnehin festzuhalten entschlossen war, so erhielt der zurückgetretene Kriegsminister in dem Oberst von Suckow einen noch entschiedeneren Nachfolger. Gleichzeitige weitere Aenderungen im württembergischen Ministerium gaben innerhalb desselben der deutschnationalen oder wenigstens der gemäßigt partikularistischen Richtung eine kräftige Vertretung und ließen eine erfreuliche Annäherung der württembergischen Regierung an Preußen und den Norddeutschen Bund zweifellos erscheinen. Die demokratische Partei, welche durch ihr republikanisches Treiben zu dieser erfreulichen Wandlung wider Willen am meisten beigetragen hatte, machte zwar ihrem Unmuth darüber in der lärmendsten Weise Luft, aber eine wenn auch nur allmähliche günstige Rückwirkung des Geschehenen auf die Parteiverhältnisse im württembergischen Lande ließ sich gleichwol mit einiger Wahrscheinlichkeit erwarten.

Bayerische Zukunftspläne. Aehnlich wie in Württemberg lagen die Verhältnisse in Bayern, nur daß hier die von Völk, Brater, Barth u. A. geführte deutschnationale Partei von vornherein über einen weit größeren Anhängerkreis gebot, und daß hier auch nicht eine großdeutsch-demokratische, sondern die katholisch-ultramontane Partei die Führung der partikularistischen Opposition übernahm. Dagegen war der junge König Ludwig II. (seit 1864), zum Theil im Gegensatz zu den Prinzen des Königshauses, von zweifellos nationaler Gesinnung, die dadurch nicht beeinträchtigt wurde, daß er im Einverständniß mit den Räthen seiner Krone für den dereinstigen Anschluß Bayerns als des zweitgrößten deutschen Staates an den Norddeutschen Bund einige besondere Zugeständnisse und Vorrechte in Anspruch nahm. An Stelle des Ministers von der Pfordten, der wegen seiner politischen Vergangenheit der preußischen Regierung nicht sehr genehm sein konnte, berief König Ludwig bereits im Dezember 1866 den Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst — jetzt Botschafter des Deutschen Reiches in Paris — in das bayerische Ministerium des Auswärtigen und ließ auch die beschleunigte Umbildung des bayerischen Heerwesens nach preußischem Muster ins Werk setzen. Allerdings schwebte dem Fürsten von Hohenlohe das Ziel der fortschreitenden Einigung Deutschlands in anderer Gestalt vor als dem leitenden preußischen Minister; dem Norddeutschen Bunde unter preußischer dachte er einen Süddeutschen unter bayerischer Führung zur Seite zu stellen und dann

die Vereinigung beider zu einem größeren Ganzen zu erstreben, in welchem als drittes Glied womöglich auch Oesterreich wieder Platz finden sollte. Die Selbständigkeit der Südstaaten sollte dabei möglichst gewahrt, die gemeinsamen Angelegenheiten aber auf das unumgänglich Nothwendige beschränkt, und selbst die Berathung und Beschlußfassung über diese letzteren sollten nicht einem gemeinsamen Parlament, sondern den Ständekammern der einzelnen süddeutschen Staaten überwiesen werden. Aber der bayerische Minister selbst betrachtete diesen Plan nicht als einen solchen, an dem unabänderlich und unter allen Umständen festzuhalten sei. Den Gedanken, daß Bayern sich jemals im Gegensatz zu Preußen an Oesterreich oder gar an Frankreich anschließen könne, wies er mit aller Entschiedenheit zurück; nach seiner Meinung mußte Bayern in irgend einer Form den Anschluß an Preußen suchen, zugleich aber für sich und für die übrigen süddeutschen Staaten möglichst viele Sonderrechte zu erhalten streben. Im bayerischen Abgeordnetenhause fand Fürst Hohenlohe für sein Programm nun ausreichende Unterstützung; denn wenn auch viele Deutschnationale einen rückhaltloseren Eintritt Bayerns in die deutsche Einheitsbewegung gewünscht hätten, so gingen sie doch, um zunächst das Erreichbare zu sichern, Hand in Hand mit den eigentlichen Anhängern der Regierung, die dadurch den unversöhnlichen Ultramontanen gegenüber eine entscheidende Mehrheit erlangte. In der ersten Kammer, dem Reichsrathe, wo neben der hohen Geistlichkeit auch die konservativ-partikularistische Partei stark vertreten war, war das Stimmenverhältniß zwar ein weniger günstiges, aber der starke Rückhalt, welchen Fürst Hohenlohe an dem ihm gleichgesinnten Könige hatte, glich hier die geringere Zahl seiner Anhänger vollständig aus.



Chlodwig Karl Viktor, Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst.

Allein die Aussichten für die vollständige Verwirklichung des bayerischen Planes waren doch von vornherein sehr gering. Daß Preußen die Wiederaufnahme Oesterreichs in einen engeren oder weiteren Deutschen Bund in irgend einer Form jemals zugeben werde, mußte als ausgeschlossen gelten; vor der Hand schien nicht einmal eine wirkliche freundschaftliche Annäherung möglich, so lange Herr von Beust an der Spitze des österreichischen Ministeriums des Auswärtigen stand. Der Eifer, mit welchem dieser in der Luxemburger Frage für die Erhaltung des Friedens eingetreten war, konnte die preußische Regierung über seine wahre Gesinnung nicht täuschen, und die intimen Beziehungen, welche das österreichische Ministerium des Aeußeren nach wie vor zum französischen Hofe unterhielt, ließen nicht daran zweifeln, daß dasselbe auch jetzt noch gegen Preußen und den Norddeutschen Bund intriguirte. Aber nicht einmal unter den süddeutschen Staaten war ein Einvernehmen über die bayerischen Vorschläge zu erzielen. Nur die württembergische Regierung hätte sich allenfalls zur unveränderten Annahme derselben bereit finden lassen, während im Großherzogthum Hessen die Volksvertretung und im Großherzogthum Baden

Regierung und Volksvertretung zusammen sehr ernste Bedenken dagegen erhoben. Daß der Vereinigung Süddeutschlands mit dem Norddeutschen Bunde die Bildung eines engeren Süddeutschen Bundes vorangehe, dagegen hatte die badische Regierung an sich nichts einzuwenden, wie ja auch das Recht, einen solchen Bund zu schließen, den süddeutschen Staaten im Prager Frieden ausdrücklich gewährleistet worden war. Aber mit der von Bayern geforderten Beschränkung der gemeinsamen Angelegenheiten auf das Allernothwendigste und vor Allem mit dem Verzicht auf eine gemeinsame parlamentarische Vertretung konnte sich die badische Regierung nicht befreunden. Die von bayerischer Seite behufs Abschluß eines „Verfassungsbündnisses der süddeutschen Staaten“ eingeleiteten Verhandlungen verliefen infolge dessen ergebnißlos, da Bayern mit gutem Grunde die völlige Isolirung scheute, welcher es sich offenbar ausgesetzt hätte, wenn es mit Württemberg allein einen Sonderbund auf Grund seiner Vorschläge eingegangen wäre.

In Preußen konnte man, da man hier auf Baden und Hessen in jedem Falle rechnen durfte, der Entwicklung der Dinge in Süddeutschland mit Ruhe entgegensehen. Ein süddeutscher Sonderbund mit eigener, nur für die Südstaaten gemeinsamer parlamentarischer Vertretung hätte für Preußen durchaus nichts Bedenkliches gehabt, da dann, wie Bismarck einmal im norddeutschen Reichstage erklärte, die beiden Parlamente nördlich oder südlich vom Main über kurz oder lang in einander geflossen wären „wie die Wasser des Rothen Meeres nach dem Durchzuge der Kinder Israel“. Ohne eine gemeinsame parlamentarische Vertretung konnte aber ein süddeutscher Sonderbund wegen der Weigerung Badens und Hessens nicht zu Stande kommen, und die volle Erreichung des Zieles, wie es Bismarck vorschwebte, konnte schon wenige Monate nach dem Kriege als völlig gesichert gelten, wenn sich auch über den Zeitpunkt der einstigen Verwirklichung vorerst kein ganz bestimmtes Urtheil bilden ließ. Gleichwol hielt es Bismarck für angezeigt, weiteren vergeblichen Bemühungen des bayerischen Ministers rechtzeitig zuvorzukommen. Den süddeutschen Staaten bei ihrem Anschluß an den Norddeutschen Bund einige wesentliche Zugeständnisse zu machen, schien ihm keineswegs sehr bedenklich; aber eine gemeinsame parlamentarische Vertretung, die er als die kräftigste Stütze des nationalen Gedankens erkannt hatte, galt ihm als die Grundbedingung der fortschreitenden Einigung Deutschlands. Die süddeutschen Gegner einer gemeinsamen deutschen Volksvertretung durch Gegengründe von der Unhaltbarkeit ihrer Ansicht überzeugen und allmählich bekehren zu wollen, wäre ein langsamer und mühevoller Weg gewesen; viel mehr empfahl es sich, durch geeignete Mittel die Widerstrebenden praktisch in das neue Verhältniß hinüberzuleiten, und die zwischen dem Norddeutschen Bunde und den süddeutschen Staaten bestehenden Zollvereinsverträge boten zu diesem Zwecke eine vortreffliche Handhabe.

Die letzte Zollvereinskonferenz. Das Fortbestehen der Zollvereinsverträge hatte sich im Laufe der Jahre sozusagen als eine Existenzbedingung für die süddeutschen Staaten herausgestellt, und sie waren deshalb auch alsbald nach dem Kriege aufs Neue verlängert worden, aber nur auf unbestimmte Zeit und mit dem Vorbehalt einer halbjährlichen Kündigungsfrist. Diesen letzteren Vorbehalt hatte natürlich Preußen gemacht, und es läßt sich annehmen, daß Bismarck von vornherein solche Möglichkeiten im Auge hatte, wie diejenige, welche jetzt eingetreten war. In der halbjährlichen Kündigungsfrist der Zollvereinsverträge besaß die preußische Regierung ein wirksames Mittel, um jederzeit einen starken und doch nicht gerade gehässigen Druck auf die süddeutschen Staaten auszuüben, und Angesichts des Widerstrebens, welches namentlich in Bayern gegen eine gemeinsame deutsche Volksvertretung zu Tage trat, glaubte Bismarck den Augenblick gekommen, da von diesem Mittel im wohlverstandenen Interesse des gesammten deutschen Vaterlandes Gebrauch zu machen sei. Im Mai 1867 ging den süddeutschen Regierungen die Mittheilung des Bundeskanzlers zu, daß mit Zustimmung des Bundesrathes am 1. Juli die Kündigung der Zollvereinsverträge für den 1. Januar 1868 erfolgen werde, da es die

Absicht der Bundesregierung sei, den Zollverein auf anderen, gesicherteren Grundlagen neu zu organisiren; einer auf den 3. Juni anberaumten Zollkonferenz sollten die neuen Verträge zur Berathung und Beschlußfassung vorgelegt werden.

Nachdem die Minister der vier süddeutschen Staaten — Hohenlohe, Varnbüler, Dalwigk und Freydorff — am genannten Tage zur Zollkonferenz in Berlin eingetroffen waren, legte ihnen Bismarck seinen Vertragsentwurf vor, welcher, allerdings mit einigen Abänderungen und Erweiterungen, im Wesentlichen die von liberaler und nationaler Seite bereits seit Jahren geforderten Bestimmungen enthielt. Die bisher bestandene Zollkonferenz mit je einem gleichberechtigten Vertreter der einzelnen Staaten und das absolute Veto dieser letzteren sollte aufgehoben und die Zollgesetzgebung fortan einem Zollbundesrathe und einem Zollparlamente übertragen werden. Um als Zollbundesrath in Thätigkeit zu treten, sollte der bestehende Bundesrath des Norddeutschen Bundes durch eine angemessene Zahl von süddeutschen „Regierungsbevollmächtigten für Zoll- und Handelsangelegenheiten" verstärkt werden und in dieser Zusammensetzung mit einfacher Stimmenmehrheit Beschlüsse fassen. In ähnlicher Weise sollte auch das Zollparlament aus dem Norddeutschen Reichstage hervorgehen; wie für diesen sollte auch in Süddeutschland auf je 70,000 Seelen ein Vertreter auf Grund des allgemeinen direkten Wahlrechts bei geheimer Abstimmung gewählt werden, und die Gewählten sollten mit den Reichstagsabgeordneten in besonderen Sitzungen als Zollparlament zusammentreten. Rechte und Befugnisse des Zollparlaments dem Zollbundesrathe gegenüber und umgekehrt sollten sich nach den für den Bundesrath und den Reichstag des Norddeutschen Bundes giltigen Bestimmungen richten.

Wie nicht anders zu erwarten war, erklärte sich Baden mit dem preußischen Vorschlage, der neben seiner hohen praktischen Bedeutung für die segensreiche Fortentwicklung des Zollvereins unverkennbar auch einen nationalen Hintergrund hatte, sofort einverstanden; auch die württembergische Regierung setzte sich diesmal mit schnellem Entschluß über alle partikularistischen Bedenken hinweg. Nach einigem Zögern gab dann auch Hessen eine zustimmende Erklärung, und nur der Vertreter der bayerischen Regierung erhob eine Reihe von Einwendungen gegen die vorgeschlagene Form der Verträge. Bismarck ließ sich zu einigem Entgegenkommen gern bereit finden. Es wurden Bayern im Zollbundesrath statt der ursprünglich in Aussicht genommenen vier Stimmen deren sechs zuerkannt und die Zusicherung ertheilt, daß die gemeinsamen Vertretungskörper sich ausschließlich mit Zoll- und Handelsangelegenheiten zu befassen haben sollten; gewissermaßen als ein greifbares äußeres Zeichen dieser Beschränkung wurde eben auf den Vorschlag Bayerns für jene Vertretungskörper die Bezeichnung Zollbundesrath und Zollparlament gewählt. Nachdem dann der bayerische Minister noch durchgesetzt hatte, daß das Zollparlament durchaus unabhängig vom Norddeutschen Reichstage auch seine Geschäftsordnung und Disziplin selbständig zu regeln und auszuüben habe, wurde die letzte Zollkonferenz geschlossen und am 8. Juli 1867 von den Vertretern aller vier süddeutschen Staaten, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Landtage, die neuen Verträge unterzeichnet. Dieselben sollten am 1. Januar 1868 in Kraft treten und auf acht Jahre, also bis zum 31. Dezember 1876, Giltigkeit haben.

Die Landtage von Baden und Hessen ertheilten natürlich ohne jedes Zögern und mit großen Mehrheiten die geforderte Zustimmung, und auch im bayerischen Abgeordnetenhause fand sich dafür eine entschiedene Mehrheit. Dagegen machte in der ersten bayerischen Kammer eine Mehrheit der Reichsräthe Miene, den Vertrag zu verwerfen, wenn nicht Bayern zum mindesten das absolute Veto, welches es in Zollvereinssachen bisher gehabt hatte, auch fernerhin zugestanden würde. An ein solches Zugeständniß, welches gerade die Grundlage der beabsichtigten neuen Organisation des Zollvereins erschüttert hätte, war natürlich nicht im Entferntesten zu denken. Eine offene, rundweg ablehnende Erklärung Bismarck's ließ darüber keinen Zweifel bestehen, und der Reichsrath mußte sich endlich wohl oder übel zur Anerkennung des Vertrages bequemen, die von der öffentlichen Meinung

des Landes stürmisch gefordert und auch von dem deutschgesinnten König Ludwig selbst mit Aufbietung seines ganzen persönlichen Einflusses unterstützt wurde.

Auch in Württemberg, wo namentlich die großdeutsch-demokratische Partei den neuen Zollvereinsvertrag mit wahrer Erbitterung bekämpfte, überzeugte man sich jetzt, daß ferneres Sträuben völlig vergeblich sei. Die württembergischen Kammern ertheilten ihre verfassungsmäßige Zustimmung, und am 6. November 1867 wurden die neuen Verträge von allen Betheiligten endgiltig vollzogen. Daß dabei gleichzeitig die bestehenden Schutz- und Trutzbündnisse aufs Neue bekräftigt und befestigt wurden, verlieh dem wichtigen Akte noch eine ganz besondere nationale Bedeutung.

Die Wahlen zum Zollparlament. Die Opposition hatte das Zustandekommen der neuen Zollvereinsverträge nicht zu verhindern vermocht; dafür setzte sie jetzt bei den zu Anfang des Jahres 1868 stattfindenden Wahlen zum ersten deutschen Zollparlament alle Hebel in Bewegung, um wenigstens eine möglichst große Zahl von Vertretern ihrer Richtung in dasselbe zu entsenden, und in dieser Beziehung hatten bedauerlicher Weise ihre Bemühungen einen fast überraschenden Erfolg. Nur im Großherzogthum Hessen fielen die Wahlen einigermaßen zu Gunsten der deutsch-nationalen Partei aus, die vier ihrer Anhänger durchbrachte und nur zwei Sitze an die preußenfeindliche Richtung verlor. Dagegen hatte in Baden, wo man am ersten ein günstiges Ergebniß hätte erwarten dürfen, die ultramontane Partei eine vorübergehende Entzweiung zwischen der Regierung und ihren Anhängern und andere zufällige Umstände so nachdrücklich zu erfolgreicher Agitation auszunützen verstanden, daß hier neben acht Deutschnationalen nicht weniger als sechs erklärte Preußenfeinde gewählt wurden. Noch viel ungünstiger war der Ausfall der Wahl im Königreich Württemberg. Hier, wo die Ultramontanen und die Führer der Demokratie mit ihren gehässigen Schlagworten die Massen beherrschten, wurde diesmal nicht ein einziger Deutschnationaler, sondern neben 11 entschiedenen Preußenfeinden nur 6 Anhänger der vermittelnden Regierungspartei gewählt. Auch in Bayern, wo allerdings nicht die Demokraten, aber umsomehr die Ultramontanen ins Gewicht fielen, erlitt die deutschnationale Partei eine empfindliche Niederlage: 26 entschiedenen Gegnern und 9 Anhängern der gemäßigten Regierungspartei hatte sie nur 12 Vertreter ihrer eigenen Richtung gegenüber zu stellen. Das Gesammtergebniß der süddeutschen Wahlen — 46 Anhänger der entschiedenen Opposition, 24 Deutschnationale und 15 Anhänger der vermittelnden Richtungen — war also nichts weniger als erfreulich. Aber die geschlossene, national gesinnte Majorität, welche aus dem Norddeutschen Reichstag in das Zollparlament übertrat, war glücklicherweise stark genug, um allen Versuchen, die gedeihliche Fortentwicklung des neuen deutschen Zollvereins zu verhindern, wirksam entgegenzutreten.

Zusammentritt des ersten Zollparlaments. Die erste Session des deutschen Zollparlaments wurde am 27. April 1868 von König Wilhelm in Person mit einer warm empfundenen, hoffnungsfreudigen Ansprache eröffnet. Zu ihrem ersten Vorsitzenden wählte die Versammlung den Präsidenten des Norddeutschen Reichstages, Eduard Simson, dem der bayerische Minister Fürst Hohenlohe und der freikonservative Herzog von Ujest als Vizepräsidenten zur Seite traten. Unter ihrer Leitung begannen alsbald die Berathungen über das neue Zollvereinsgesetz, das nach mancherlei Zwischenfällen in der zweiten Session des Parlaments (1. Juli 1869) zu Stande gebracht wurde und am 1. Januar 1870 in Wirksamkeit trat. Diese Berathungen wurden durch die oppositionelle süddeutsche Fraktion, der sich zum Theil auch die bundesstaatlich-konstitutionelle Vereinigung des Norddeutschen Reichstages anschloß, allerdings vielfach erschwert, und mehr als einmal platzten in erregten Debatten die Gegensätze auf einander, ohne daß jedoch diese heftige Opposition den schließlichen Erfolg der Verhandlungen des Zollparlaments wesentlich zu beeinträchtigen vermochte. Nur in einer Hinsicht blieben die Erwartungen, welche das patriotische Deutschland an das Zollparlamten geknüpft hatte, unerfüllt.

Die nationale Partei hatte gehofft, daß die Verhandlungen des Zollparlaments die ihnen gezogenen engen Grenzen bald überschreiten, daß sie unwillkürlich und unwiderstehlich auf das Gebiet der allgemeinen deutschen Politik hinüberdrängen und daß sich so auf durchaus naturgemäßem Wege aus dem Zollbund allmählich ein Vollbund, aus dem Zollparlament ein Vollparlament entwickeln werde. Aber diese Hoffnung wurde durch die Haltung der süddeutsch-partikularistischen Mitglieder des Zollparlaments vereitelt. Mit kleinlicher Eifersucht wachten diese darüber, daß die Verhandlungen des Zollparlaments sich durchaus auf das Gebiet der Zoll- und Handelspolitik beschränkten, daß dieselben möglichst trocken und geschäftsmäßig geführt und daß womöglich jede nationale Anspielung aus den Debatten fern gehalten wurde. Mit heftigem Widerspruch, welcher sich sogar bis zur Austrittsdrohung verstieg, wußten sie es durchzusetzen, daß eine von den Nationalliberalen vorgeschlagene Adresse an König Wilhelm als Erwiederung auf seine Eröffnungsansprache abgelehnt wurde, und auch sonst nahmen die extremen süddeutschen Demokraten und Ultramontanen jede Gelegenheit wahr, jede andere Gemeinsamkeit als die der wirthschaftlichen Interessen zwischen dem Norddeutschen Bunde und Süddeutschland ausdrücklich abzulehnen. Ja, ein Württemberger wagte sogar, die nationalen Kundgebungen der norddeutschen Mitglieder des Zollparlaments als unerlaubte Uebergriffe zu bezeichnen und dabei in verständlicher Anspielung auf Frankreich als auf diejenige Macht hinzuweisen, die gegen solche Uebergriffe unter Umständen Einspruch erheben könnte. Aber diesem Redner ließ Bismarck selbst die gebührende Abfertigung zutheil werden. „Ich gebe dem Herrn zu bedenken", sagte er, „daß der Appell an die Furcht im deutschen Herzen niemals ein Echo findet" — und der stürmische Beifall, den seine Worte auch bei der großen Mehrzahl der süddeutschen Abgeordneten hervorriefen, war ein vollgiltiges Zeugniß dafür, daß der nationale Gedanke auch im Süden des deutschen Vaterlandes eine feste Stätte gefunden hatte.



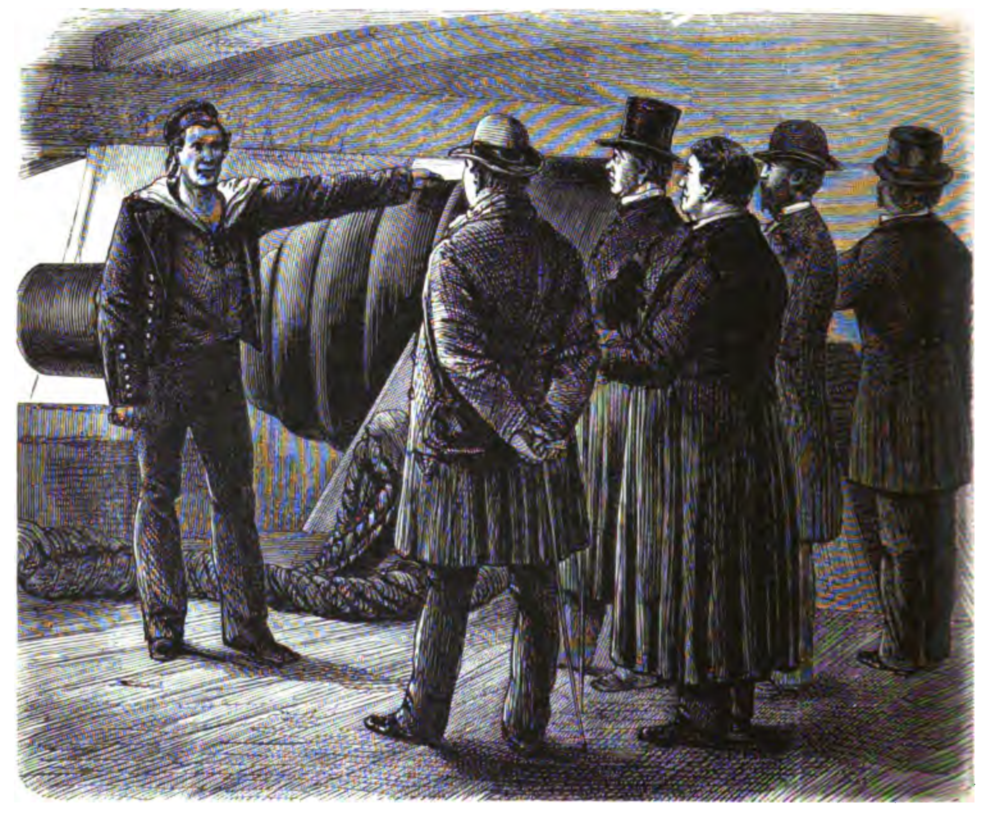
Martin Eduard Simson, Präsident des Zollparlaments.

Auch der nationalliberale süddeutsche Abgeordnete Dr. Völk erntete lauten Beifall, als er eine bei einem ähnlichen Anlaß gehaltene Rede mit den erhebenden Worten schloß: „Ich bin der Ueberzeugung, daß die deutsche Nation, und zwar in allen ihren Bestandtheilen, eine so entwicklungsfähige, so edle, so zukunftsreiche ist, daß sie ihrer Größe unzweifelhaft entgegengeht. Es hat mich daher das Wort eines Mitgliedes dieses Hauses außerordentlich gefreut. Er sagte: „Jetzt ist Frühling geworden in Deutschland, und wenn auch noch Einzelne sich mit Schneebällen werfen, wird das nicht lange mehr dauern, und der fortschreitende Frühling wird dafür sorgen, daß zum Schneeballen bald das Material ausgeht!" — Auch ich will, meine Herren, mit den Worten schließen: Es ist Frühling geworden in Deutschland!"

Bei dem glänzenden Gastmahle, welches anläßlich des Tagens des ersten deutschen Zollparlaments die Mitglieder der Berliner Kaufmannschaft in der neuen Börse veranstaltet hatten, richtete Graf Bismarck an die Süddeutschen die Worte: „Mögen Sie im Glauben an die Gemeinsamkeit der deutschen Interessen die Ueberzeugung mit nach Hause

nehmen, daß Sie Bruderherzen und Bruderhände hier finden für jegliche Lage des Lebens; möge jedes erneuerte Zusammensein dieses Bewußtsein stärken!" Fürst Hohenlohe brachte auf die Vereinigung aller deutschen Stämme einen Trinkspruch aus, und Völk erwiederte auf die Rede Bismarck's: „Wir haben erkannt, daß, wie jede Zeit ihren Mann hatte, so die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts für Deutschland ihren Mann hat. Wie man dies auch auslegen mag, ich erblicke diesen Mann in dem Grafen Bismarck!"

Eine allgemeine Festfahrt der Mitglieder des Bundesraths und des Zollparlaments nach Kiel, wo sie die Flaggen der jungen norddeutschen Kriegsflotte lustig flattern sahen, und nach Hamburg, dem norddeutschen Handelsemporium, gab den süddeutschen Abgeordneten die besten Eindrücke und angenehme Erinnerungen in die Heimat mit.



Die Mitglieder des Zollparlaments in Kiel. Zeichnung von H. Lüders.

Der deutsche Einheitsgedanke war trotz aller widerstrebenden Elemente durch diese erste Session des Zollparlaments mächtig gefördert worden; es hatte sich in ganz unverkennbarer Weise gezeigt, daß das deutsche Volk im Süden wie im Norden noch lebhafter nach dem gemeinsamen Ziele der deutschen Macht und Einheit verlangte als nach der bloßen Gemeinsamkeit der materiellen Interessen, und Manche, die während der Hinfahrt nach Berlin nur von Baumwolle, Tabak u. s. w. geträumt hatten, konnten, nach des Ministers von Varnbüler Geständniß, sich jetzt doch nicht mehr der Ueberzeugung verschließen, daß die Worte Völk's kein leerer Schall waren, sondern daß man in Wahrheit sagen konnte: „Es ist Frühling geworden in Deutschland!"

Die praktischen Ergebnisse der ersten Session des Zollvereins wurden, wie schon bemerkt, durch die gelegentlichen Zwischenfälle, zu welchen die widerstrebende Haltung eines Theils der süddeutschen Abgeordneten Anlaß gab, nicht wesentlich beeinträchtigt. Außer dem

neuen Zollvereinsgesetz wurden zahlreiche wichtige Vorlagen des Zollbundesraths über Erhöhung und Erniedrigung bereits bestehender, über Abschaffung alter oder Einführung neuer Steuern zumeist zu allseitiger Zufriedenheit erledigt. Auch die Sessionen der Jahre 1869 und 1870 führten in dieser Beziehung zu erfreulichen Ergebnissen. Die günstige Einwirkung der neuen Organisation des Zollvereins und seiner in der Hauptsache gemäßigt freihändlerischen Zollpolitik machte sich bald überall fühlbar, und dem Präsidenten des Bundeskanzleramts, Rudolf Delbrück, der in allen Zoll- und Handelsangelegenheiten so zu sagen die rechte Hand Bismarck's war, wurde für seine umsichtige, alle Schwierigkeiten vorsichtig aus dem Wege räumende Leitung dieses Ressorts allgemeine Anerkennung zutheil. — Doch auch der Frühling hat seine Stürme und Regenschauer. Bereits in demjenigen Abschnitt der zweiten Session des Reichstags (seit 23. März), welcher dem Zollparlament vorausging, hatten sich leichte Wölkchen gezeigt. Die Schulden, welche der junge Norddeutsche Bund gemacht, gaben die Veranlassung dazu. Bereitwillig hatte der Reichstag in seiner ersten Session die Zehnmillionen-Anleihe zur Ausbildung der norddeutschen Marine bewilligt. Als nunmehr der Bundeskanzler dem Reichstage einen Gesetzentwurf über die Bundesschuldenverwaltung vorlegte, da verlangte dieser — gemäß einem Antrage des Abgeordneten Miquel und Genossen — eine Ergänzung des Entwurfes durch die Bestimmung, daß sowol der Bundesrath als der Reichstag berechtigt sein sollten, die Beamten der Bundesschuldenverwaltung zur Verantwortung zu ziehen. Der Bundeskanzler sah in diesem Antrag Miquel's einen Ausdruck des Mißtrauens und ein Streben nach Machterweiterung seitens des Reichstages und erklärte, im Fall der Annahme desselben den ganzen Gesetzentwurf zurückziehen zu müssen. Das Erwartete geschah: der Antrag wurde angenommen (mit 131 gegen 114 Stimmen) und der Gesetzentwurf zurückgezogen; zugleich wurde Befehl gegeben, die auf Grund jener Anleihe begonnenen Arbeiten für die Marine einzustellen. Doch machte der Sieg auf die Dauer auch die Sieger nicht froh. Mancher leise Vorwurf, den sie bei der Festfahrt der Zollparlamentsmitglieder darüber hören mußten, daß das so stolz begonnene Werk durch ihre Mitschuld ins Stocken gekommen war, weckte auch bei ihnen den lebhaften Wunsch nach einem Ausgleich. Gern betraten sie daher den Boden des Kompromisses, welchen die Regierung ihnen bei der Wiedereröffnung der Reichstagssitzungen nach dem Schlusse des Zollparlaments vorschlug, indem sie in einer neuen Gesetzvorlage (10. Juni) die Uebertragung der Oberaufsicht über das Bundesschuldenwesen an die bewährte Hauptverwaltung der preußischen Staatsschulden beantragte, welch letztere zu diesem Zwecke durch einige Mitglieder des Bundesraths und des Reichstages verstärkt werden sollte. Das Gesetz wurde (mit 151 gegen 42 Stimmen) angenommen, und die Entwicklung der jungen Marine nahm wieder ihren ungehemmten Fortgang. — Eine gewisse nationale Annäherung der Mehrheit der süddeutschen Mitglieder des Zollparlaments an



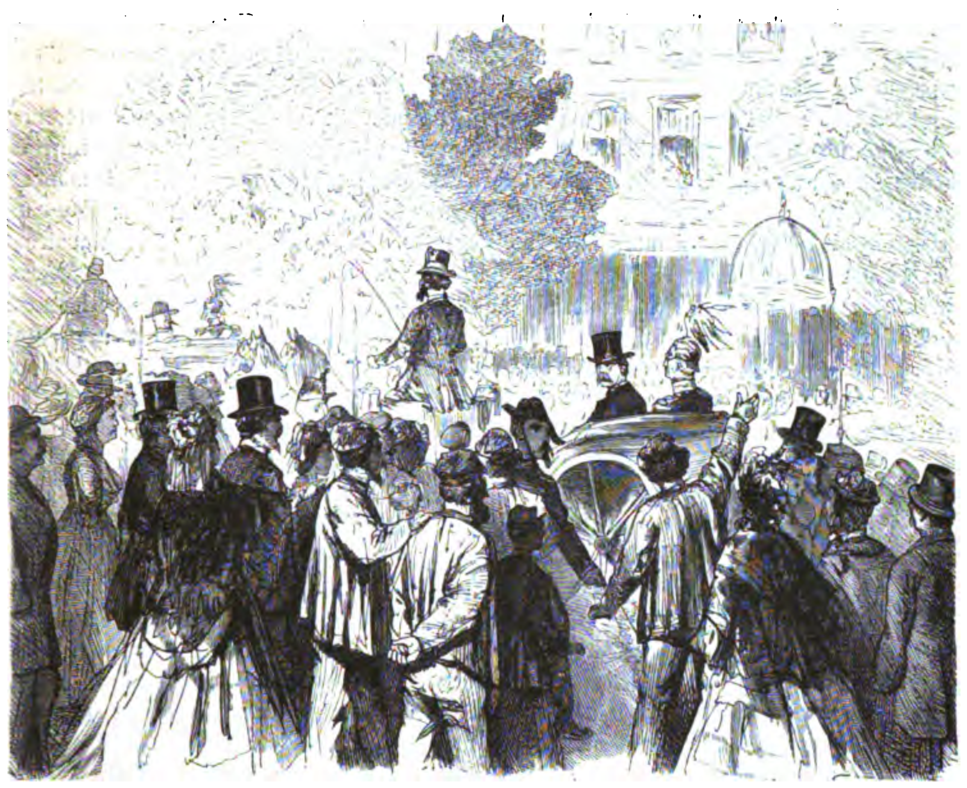
Martin Friedrich Rudolf Delbrück.

ihre norddeutschen Kollegen hatte während der Session des Jahres 1868 unzweifelhaft stattgefunden; aber immerhin waren die widerstrebenden oder ganz unversöhnlichen Elemente noch zahlreich genug, und auch die zweite und dritte Session des Zollparlaments (1869 und 1870) brachte darin noch keine durchgreifende Aenderung zu Wege. Die Zustände in Deutschland boten in dieser Beziehung in den genannten beiden Jahren ein eigenthümliches Bild. Während auf der einen Seite die nationale Begeisterung sich stärker und stärker regte und ungestüm auf die Erreichung des vorschwebenden Zieles hindrängte, während patriotische Kundgebungen, wie die, zu welchen im Jahre 1867 eine Reise König Wilhelm's durch Süddeutschland, 1868 die feierliche Enthüllung des prächtigen Lutherdenkmals in Worms und späterhin 1869 auch die Einweihung des Kriegshafens zu Wilhelmshaven Anlaß gaben, in ganz Deutschland lauten Wiederhall fanden und ähnliche sich allerorten wiederholten, nahmen die Gegner der nationalen Einigung Deutschlands zum letzten Ansturm gegen Das, was sich unabänderlich und unwiderruflich erfüllen mußte, noch einmal alle ihre Kräfte zusammen. Und in der That errangen sie diesmal in Bayern, in Württemberg und selbst in Baden einen kurzen Erfolg.

In Baden freilich schlossen sich die Regierung und die deutschnationale Partei bald wieder eng an einander an und stellten dadurch das alte erfreuliche Verhältniß wieder her. In Württemberg, wo die demokratisch-ultramontane Mehrheit der zweiten Kammer im Jahre 1869 die Entlassung eines national gesinnten Mitgliedes des Ministeriums durchsetzte, brachte sich die siegreiche Partei durch eigene Schuld um die Früchte ihres Erfolges, und die Sache nahm dort, wie an anderer Stelle bereits kurz erwähnt, die überraschende Wendung, daß der König die nationale Partei in seinem Ministerium noch mehr verstärkte. Etwas nachhaltiger war der Sieg, welchen die vorwiegend aus Ultramontanen bestehende Gegenpartei unter ihrem Führer Jörg in Bayern errang. Die im Jahre 1869 stattfindenden zweimaligen Neuwahlen zur zweiten bayerischen Kammer gaben innerhalb derselben der ultramontanen Partei, die sich hier als die der „Patrioten" gerirte, eine entschiedene Majorität. Da auch die Mehrheit des Reichsraths partikularistisch gesinnt war, so mußte der national gesinnte bisherige Ministerpräsident Fürst Hohenlohe wohl oder übel um seine Entlassung ersuchen, und der König, der übrigens seine persönliche Unzufriedenheit mit dieser Wendung der Dinge nicht verhehlte, konnte nicht umhin, ihm dieselbe zu gewähren. Der den Anschauungen der Kammermehrheit näher stehende Graf Bray-Steinburg trat im März 1870 an die Spitze eines neuen Ministeriums, und die ultramontane Mehrheit der Volksvertretung machte sich eben daran, ihre zerstörende Thätigkeit zu beginnen, als der unerwartet schnelle Gang der Ereignisse im Westen den kurzen Sieg der unpatriotischen „Patrioten" auch hier wieder in eine Niederlage verwandelte.



Die Kriegsflagge des Norddeutschen Bundes.



Auf der Weltausstellung zu Paris (Juni 1867). Zeichnung von H. Lüders.

Deutschland und Frankreich bis zum Ausbruch des Krieges.

Daß mit der friedlichen Beilegung der Luxemburger Streitfrage der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht eigentlich vermieden, sondern nur auf unbestimmte, vielleicht nur kurze Zeit hinausgeschoben war, das stand nicht nur für die Diplomaten vom Fach, sondern auch für die Mehrheit der beiderseitigen Bevölkerungen außer Frage. Für den Augenblick konnte freilich der Friede gesicherter als je zuvor erscheinen. Denn als ein Friedenswerk im eigentlichen Sinne des Wortes wurde im April 1867 die zweite große Weltausstellung in Paris eröffnet, und während die Franzosen über dem glänzenden Gelingen des Unternehmens fast die Niederlage vergaßen, welche die auswärtige Politik Frankreichs wieder einmal erlitten hatte, traf auch eine Zahl der Fürsten Europa's in der französischen Hauptstadt ein, um sich an dem glanzvollen Schauspiel des friedlichen Wettstreites der Nationen zu erfreuen und zugleich mit dem Kaiser Versicherungen friedlicher Gesinnung auszutauschen. Auch König Wilhelm begab sich, vom Kronprinzen und von Bismarck und Moltke begleitet, in den ersten Tagen des Juni nach Paris, und der glänzende Empfang, welchen ihm Napoleon bereitete, konnte fast vergessen machen, daß die beiden mächtigen Fürsten nahe daran gewesen waren, sich als Feinde mit den Waffen in der Hand gegenüber zu treten. Doch spann Napoleon auch in diesen Tagen seine politischen Intriguen weiter; namentlich ließ er es sich im Geheimen angelegen sein, den gleichzeitig mit König Wilhelm in Paris anwesenden Zaren Alexander II. von Rußland für sich und seine Pläne einzunehmen und dadurch womöglich das zwischen Preußen und Rußland bestehende innige Einvernehmen zu erschüttern. Allein dieses Einvernehmen beruhte nicht nur auf einer gewissen Gemeinsamkeit der beiderseitigen Interessen und auf der

Dankbarkeit, zu welcher sich die russische Regierung der preußischen für ihre Haltung in den Jahren 1854 und 1855, und mehr noch im Jahre 1863 verpflichtet fühlte, sondern vor Allem auch auf der persönlichen Zuneigung und Freundschaft, welche Alexander II. stets mit König Wilhelm verbunden hatte. An dieser scheiterten denn auch alle Bemühungen Napoleon's, und der üble Eindruck eines Attentats, welches auf den Kaiser von Rußland während seines Aufenthalts in Paris von einem polnischen Flüchtling ausgeführt wurde, konnte auf seine Stimmung gegen Frankreich nur ungünstig einwirken. Hatten doch gerade die Franzosen sich von jeher als die berufenen Freunde und Beschützer des polnischen Volkes gerirt, ja Napoleon selbst hatte noch im Jahre 1863 nicht übel Lust gezeigt, die Sache Polens zu seiner eigenen zu machen und der russischen Regierung in der polnischen Frage ernste Schwierigkeiten zu bereiten. Da nun die Möglichkeit, Rußland in die Interessen Frankreichs hineinzuziehen oder auch nur das freundschaftliche Verhältniß zwischen diesem Staate und Preußen zu lockern, vorerst ausgeschlossen schien, zeigte sich Napoleon um so eifriger bemüht, die durch die Berufung Beust's in das österreichische Ministerium eingeleitete Verbindung mit Oesterreich möglichst zu befestigen und sich die österreichische Bundesgenossenschaft für den Fall eines Krieges mit Preußen zu sichern.

Die Salzburger Zusammenkunft. Von Seiten Oesterreichs kam man ihm dabei auf mehr als halbem Wege entgegen. Die beabsichtigte Reise des Kaisers Franz Joseph nach Paris war infolge des Eintreffens der Nachricht von dem unglücklichen Schicksal des Kaisers Maximilian von Mexiko natürlich unterblieben, da ja Napoleon in erster Reihe das traurige Ende des jungen Habsburgers verschuldet hatte. Aber der Wunsch, dereinst an der Seite eines mächtigen Bundesgenossen den Revanchekrieg gegen Preußen zu führen, dieses zu demüthigen und Oesterreich womöglich seine dominirende Stellung in Deutschland wieder zu verschaffen — dieser Wunsch erwies sich in den österreichischen Regierungskreisen doch stärker als alle anderen Rücksichten, und als Napoleon im August 1867 dem Kaiser Franz Joseph eine Zusammenkunft in Salzburg vorschlug, kam diese ohne Schwierigkeiten zu Stande. Daß dieselbe offiziell als eine „Kondolenzvisite“ bezeichnet wurde, vermochte über ihre Bedeutung und ihren wirklichen Zweck nicht zu täuschen; man war in Deutschland nicht zweifelhaft darüber, was die beiden Monarchen mit einander besprachen und was bei den wiederholten langen Unterredungen Napoleon's mit dem Freiherrn von Beust geplant wurde. Indessen führten die Verhandlungen und Besprechungen doch nicht zu einem für beide Theile völlig befriedigenden Ergebniß. Die entschieden preußenfreundliche Haltung Rußlands mußte namentlich für Oesterreich eine dringende Mahnung zur Vorsicht sein, zumal ein großer Theil der eigenen Bevölkerung des Kaiserstaates sich ohnehin dem Gedanken eines österreichisch-französischen Bündnisses durchaus nicht gewogen zeigte. Bei den Deutsch-Oesterreichern, so schwer diese auch als gute Patrioten die Niederlage der österreichischen Waffen empfanden, hatte sich bald nach dem Kriege die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß die schmerzhafte Operation der Trennung Oesterreichs von Deutschland nothwendig und im Grunde für beide Theile heilsam gewesen sei; nur wiederstrebend würden sie, zumal an der Seite des Erbfeindes der deutschen Nation, gegen die deutschen Stammesbrüder noch einmal ins Feld gezogen sein. Herr von Beust sah sich Napoleon gegenüber deshalb wieder zu dem Vorbehalt genöthigt, daß ein Krieg Frankreichs und Oesterreichs gegen Preußen jedenfalls nicht um einer deutschen Frage willen zum Ausbruche gebracht werden dürfe. Noch entschiedener fast als bei einem großen Theil der Deutsch-Oesterreicher trat in Ungarn, das allerdings recht eigentlich dem für Oesterreich unglücklichen Ausgange des Krieges von 1866 die endliche Erfüllung seiner nationalen Wünsche und damit ein hohes Maß staatlicher Selbständigkeit zu verdanken hatte, die Abneigung gegen ein österreichisch-französisches Bündniß zu Tage. Der leitende ungarische Staatsmann Graf Andrassy, der als Vertreter Ungarns bei der Salzburger Zusammenkunft zugegen war, sprach es Napoleon gegenüber unumwunden aus, daß dem ungarischen Volke der Plan

eines auf die Wiederherstellung der Machtstellung Oesterreichs in Deutschland gerichteten Revanchekrieges gegen Preußen im höchsten Grade unsympathisch sei und deshalb auch vom ungarischen Parlament bekämpft werden würde.

So standen also einem entschiedenen gemeinsamen Vorgehen der beiden preußenfeindlichen Mächte doch mancherlei Schwierigkeiten im Wege. Am unangenehmsten wurde dies in Oesterreich empfunden, wo die leitenden Regierungskreise und die immerhin starke Kriegspartei entschlossen waren, den Krieg gegen Preußen gleich zu beginnen, sobald nach der Vollendung der österreichischen Rüstungen eine günstige Gelegenheit dazu sich bieten würde. Napoleon war schon mit dem halben Ergebniß der Salzburger Zusammenkunft zufrieden: die Thatsache, daß die Zusammenkunft stattgefunden, erschien ihm dazu angethan, für seine politischen Zwecke Vortheil zu erzielen. Mit dem Kaiser Franz Joseph war er versöhnt, und da er auf den österreichischen Minister Freiherrn von Beust in jedem Fall rechnen konnte, so waren hinreichend zuverlässige Anknüpfungspunkte für später zu fassende Pläne gewonnen. Napoleon sah eben in der Salzburger Zusammenkunft und in der durch sie bewirkten offenen Anbahnung eines österreichisch-französischen Bündnisses zunächst nur ein Mittel zur Erreichung seines Hauptzweckes, von dem er freilich weder den Kaiser Franz Joseph noch den Minister desselben, Freiherrn von Beust, etwas merken ließ: durch die Zusammenkunft sollte die preußische Regierung in Unruhe versetzt und geneigt gemacht werden, auf Napoleon's „Kompensationspläne“ einzugehen, d. h. einer beträchtlichen Gebietserweiterung Frankreichs auf Kosten Deutschlands oder Belgiens gutwillig ihre Zustimmung zu ertheilen. Napoleon kannte seine Franzosen. Gelang es ihm, auf welche Weise auch immer, auf dem Gebiet der auswärtigen Politik einen glänzenden äußeren Erfolg zu erringen und Frankreich ein Stück deutschen oder belgischen Gebietes einzuverleiben, so war auch ohne einen Krieg die nationale Eitelkeit des französischen Volkes befriedigt, der täglich wachsenden Opposition der Boden unter den Füßen entzogen, und manche seiner Widersacher, die ihm bisher das Leben sauer und das Regieren schwer gemacht, fielen dann vor ihm nieder.

Die Franzosen faßten in der That die Salzburger Zusammenkunft von einer dem Kaiser Napoleon äußerst günstigen Seite auf. In der instinktiven Ueberzeugung, daß Preußen die Einverleibung eines deutschen Gebietsstreifens in Frankreich niemals gutwillig gestatten werde, sah das französische Volk in der offenen Annäherung Napoleon's an den Kaiser von Oesterreich den ersten Schritt zu einer entschiedenen kriegerischen Politik gegen Preußen, wie sie von der öffentlichen Meinung Frankreichs stürmisch verlangt wurde. Mit unverhohlener Freude sprach die französische Presse von dem österreichisch-französischen Bündniß, das doch noch gar nicht bestand, und mit unerhörter Heftigkeit wurde in allen möglichen Tonarten und unter allen möglichen Vorwänden aufs Neue zum Kriege gegen Preußen geschürt. Napoleon glaubte seinem Zwecke zu dienen, indem er die Presse bei diesem Hetzen eher bestärken als beschränken ließ; das Säbelgerassel in den Zeitungen sollte seine Einschüchterungspolitik unterstützen, von welcher er sich, in verhängnißvollem Irrthum befangen, der preußischen Regierung gegenüber noch immer Erfolg versprach. Gar bald jedoch sollte er eines Besseren belehrt werden.

So unangenehm diese Enttäuschung für Napoleon sein mochte, noch ungleich peinlicher war sie für den österreichischen Minister von Beust. Zu seinem Verdruß plauderten es die Zeitungen aus, daß er ein französisch-österreichisch-italienisches Bündniß zu Stande zu bringen versucht habe, dessen Preis für Frankreich das linke Rheinufer habe sein sollen, während Italien Südtirol und Oesterreich die Oberherrschaft über das südliche Deutschland zugedacht gewesen sei. Aber nur vereinzelt wagten sich die Organe der österreichischen Kriegspartei zu Vertheidigern eines solchen Planes aufzuwerfen und in den Kriegslärm einzustimmen, welcher vom linken Rheinufer herüberschallte; dagegen wurden von einem großen Theil der deutsch-österreichischen Presse und von sämmtlichen maßgebenden Zeitungen Süddeutschlands, das die Feinde Preußens so gern als ihren Bundesgenossen betrachtet

hätten, die Beust'schen Entwürfe zu Korrekturen der Landkarte Mitteleuropa's theils mit Hohn überschüttet, theils mit Entrüstung zurückgewiesen. Aber nicht nur in der Presse, sondern auch aus den leitenden Kreisen wurden ernste Mahnrufe laut, die ebensowohl an Oesterreichs wie an Frankreichs Adresse gerichtet waren. In einem alsbald bekannt gewordenen Briefe des Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen an eine hervorragende Persönlichkeit Süddeutschlands hieß es: „Die preußische Regierung halte einen Krieg mit Frankreich unter allen Umständen für ein großes Unglück und werde bis an die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit gehen, um ihn zu vermeiden. Zeige es sich jedoch, daß die Franzosen den Krieg mit Deutschland wollen und suchen, und sei die deutsche Ehre gefährdet, so werde man eine Energie entfalten, von der man sich in außermilitärischen Kreisen keinen Begriff mache." — In Frankreich fand dieses Schreiben dieselbe Aufnahme wie andere gleichzeitige Warnungen: es blieb wirkungslos. Das Volk gefiel sich in dem Glauben, daß der Brief hinter großen Worten nur Besorgniß und Schwäche berge, und auch Napoleon ließ sich dadurch die Hoffnung auf den Erfolg seiner Politik noch nicht vollständig rauben. Beust aber nahm ihn ernster, zumal die Auslassungen der öffentlichen Meinung, soweit sie in der Presse zum Ausdruck kamen, sich seiner Sache fortgesetzt ungünstig erwiesen. Er erließ ein Rundschreiben, in welchem er Verwahrung dagegen einlegte, daß die österreichische Regierung sich wieder in die deutschen Angelegenheiten zu mischen beabsichtige. Das gleiche Spiel sollte sich während der nächstfolgenden Jahre noch mehrmals wiederholen: die Feinde Preußens schürten zum Kriege, um dann, wenn die Kriegsgefahr ernster herantrat, wieder abzuwiegeln. Daß der dadurch erzeugte Zustand der Unsicherheit auf das gesammte Erwerbs- und Verkehrsleben Deutschlands hemmend und lähmend einwirkte, war nicht zu verkennen; aber die preußische Regierung hielt nach wie vor an der Ueberzeugung fest, daß der inneren politischen Entwicklung Deutschlands ein paar Jahre der Ruhe nur förderlich sein könnten; auch sie wirkte deshalb durch ihre Politik darauf hin, den Ausbruch des Krieges so lange als möglich zu verhindern, und vier Jahre des Friedens, aber auch der beständigen Kriegsgefahr, waren die Frucht des Hetzens auf der einen und der vorsichtigen Zurückhaltung auf der andern Seite.

Allein es war doch eine verhängnißvolle Selbsttäuschung der Gegner Preußens, namentlich der Franzosen, wenn sie in der vorsichtigen Zurückhaltung der preußischen Regierung eine Schwäche derselben erblicken zu dürfen glaubten. Von Schwäche konnte hier ganz und gar nicht die Rede sein. In der denkbar gemäßigtsten Form, aber doch mit unzweideutiger Entschiedenheit erklärte Bismarck in einem Rundschreiben, daß Preußen es sich allerdings zur Aufgabe gemacht habe, den Strom der nationalen Entwicklung Deutschlands zu leiten, aber so zu leiten, daß derselbe nicht zerstörend, sondern befruchtend wirke, und dies werde sich am sichersten erreichen lassen, wenn man es auswärts vermeide, dem deutschen Nationalstolz zu nahe zu treten. — Daß auch in Süddeutschland das nationale Bewußtsein sich kräftig regte, daß man sich dort vor einer „Vergewaltigung" der süddeutschen Staaten durch Preußen viel weniger fürchtete, als es in österreichischen und französischen Zeitungen dargestellt wurde, das zeigte sich so recht deutlich, als König Wilhelm im Herbst 1867 die an anderer Stelle bereits erwähnte Reise durch Süddeutschland nach der Stammburg der Hohenzollern ausführte und unterwegs überall, in Württemberg wie in Bayern, von den Fürsten feierlich begrüßt, von der Bevölkerung mit lautem Jubel empfangen wurde. Und diese Kundgebungen nationaler Gesinnung in Süddeutschland waren doppelt erfreulich, weil sie trotz der von der ultramontanen Geistlichkeit mit Aufgebot aller Mittel betriebenen preußenfeindlichen Agitation zu Tage getreten waren, weil sie aufs Neue zeigten, daß sich im entscheidenden Augenblick, allen feindlichen Gegenwirkungen zum Trotz, die nationale Begeisterung doch siegreich Bahn brechen werde.

Papst Pius IX. und die Unfehlbarkeit des Kirchenoberhauptes. Der Ultramontanismus, neben dem französischen Volke und der österreichischen Regierung der Dritte

im Bunde der erbitterten Preußenfeinde, gab vorerst freilich seine Sache noch nicht verloren. Von seinen eigentlichen Leitern, den Jesuiten, die auch den alternden Papst Pius IX. zum blinden Werkzeug ihrer Bestrebungen zu machen verstanden hatten, wurde der im Jahre 1864 mit der Veröffentlichung der Encyklika und des Syllabus eröffnete Kampf um die unumschränkte geistliche Herrschaft des Papstthums zu einem Kampfe gegen den Protestantismus überhaupt und gegen das werdende protestantische Kaiserthum der Hohenzollern insbesondere erweitert. Der eine Zweck mußte zugleich dem andern dienen. In Frankreich, wo der Ultramontanismus an der von ihm völlig beherrschten bigotten Kaiserin Eugenie eine starke Stütze hatte, wirkte die katholische Geistlichkeit auf Weisung von Rom aus mit Eifer im Sinne der Kriegspartei, und auch Napoleon selbst, der zur Befestigung seiner Dynastie die Unterstützung der die Massen beherrschenden Geistlichkeit nicht glaubte entbehren zu können, wollte anfänglich und konnte später ihrem Einflusse sich nicht entziehen. Auch in Oesterreich ließ man sich die ultramontane Bundesgenossenschaft im Kampfe gegen Preußen gern gefallen. Der gut katholische Kaiser Franz Joseph war ja von jeher bestrebt gewesen, zwischen dem päpstlichen Stuhle und seiner Regierung ein möglichst inniges Einvernehmen zu erhalten, und sein Minister von Beust, obgleich Protestant, war ein zu ausgesprochener Preußenfeind, um die Unterstützung des geistlichen Bundesgenossen zurückzuweisen, wenn auch die Bestrebungen desselben im Grunde nicht gegen Preußen als Vormacht Deutschlands, sondern doch mehr gegen Preußen als die Vormacht des Protestantismus gerichtet waren.



Papst Pius IX.

In welcher Weise und mit welchem Erfolge die Ultramontanen am Kampfe gegen Preußen und gegen die werdende deutsche Einheit sich betheiligten, ist an anderer Stelle bereits genügend dargelegt worden. Aber was in dieser Hinsicht durch Intriguen an den Höfen und durch Bearbeitung der Volksmassen geschah, das war nur das Vorspiel. Den entscheidenden durchschlagenden Erfolg erhofften die Jesuiten von der Verwirklichung eines Planes, der, längst im Stillen gereift, nunmehr zur Ausführung gebracht werden sollte. Ein allgemeines Konzil aller katholischen Bischöfe der Welt sollte die Unfehlbarkeit das Papstes zum Dogma der katholischen Kirche erheben! Mit einer gewaltigen Aufregung des bigotten Landvolks in allen katholischen Landen gedachte man den Feinden Preußens zu Hülfe zu kommen und womöglich den Kompromiß zu erneuern, welchen vor dreihundert Jahren Oesterreich und Frankreich mit Rom unter Vermittelung der Gesellschaft Jesu zur Niederkämpfung des Protestantismus eingegangen waren! Das Konzil, mit welchem wir uns weiter unten eingehender zu beschäftigen haben werden, kam wirklich zu Stande, und die Unfehlbarkeit des Papstes wurde wirklich als bindender Glaubenssatz der katholischen Kirche verkündet. Aber der von dieser Seite erhoffte Erfolg blieb glücklicherweise aus, denn der schnelle und unerwartete Gang der politischen

Ereignisse warf gerade im rechten Augenblick alle hinterlistigen Pläne und Berechnungen des Ultramontanismus und seiner unzähligen Werkzeuge über den Haufen. —

Es war selbstverständlich, daß der Besuch Napoleon's durch den Kaiser Franz Joseph erwiedert wurde und daß Graf Beust seinen kaiserlichen Herrn nach Paris begleitete. Die französischen Blätter nahmen diese wiederholte Zusammenkunft zum Anlaß, um aufs Neue mit verdoppelter Heftigkeit den Krieg gegen Preußen zu predigen. Noch immer hatte Napoleon gehofft, daß Angesichts der demonstrativen Annäherung Oesterreichs und Frankreichs und nach den Kundgebungen kriegslustiger Stimmung des französischen Volkes in Preußen sich der Gedanke Bahn brechen werde, die eigene Sicherheit erfordere es, zu Frankreich in ein freundschaftliches Verhältniß zu treten und ihm als Opfergabe Gebietstheile am Rhein zu überlassen. Aber auch jetzt erfüllte sich diese Hoffnung nicht; die preußische Regierung nahm eine zwar nicht herausfordernde, aber durchaus entschiedene und entschlossene Haltung an; sie erklärte, daß sie den Krieg nicht wolle, daß sie dagegen einen ihr aufgedrungenen Krieg mit aller Energie und mit überlegenen Mitteln zu führen im Stande und entschlossen sei. Die Unruhestifter an der Seine wie an der Donau hielten es also für gerathen, die Dinge zunächst ihren Lauf gehen zu lassen und zu warten, bis die weithin ausgestreute Saat die erhofften Früchte trage. Im Geheimen setzte freilich der österreichische Reichskanzler Graf Beust — in Anerkennung seiner Verdienste wurde er im Jahre 1868 in den Grafenstand erhoben — rastlos seine preußenfeindliche Thätigkeit fort; überall ließ sich sein Bemühen erkennen, politische Zustände zu schaffen, welche Preußen den europäischen Kabinetten gegenüber in eine schwierige Lage zu bringen ihm als geeignet erschienen. Wiederholt wurde von ihm der — freilich jedesmal erfolglose — Versuch gemacht, die ungarischen Staatsmänner für seine preußenfeindliche Politik zu gewinnen, und unablässig verfolgte er in Gemeinschaft mit Gesinnungsgenossen den Plan, die sich vorbereitende vollständige Vereinigung Süddeutschlands mit dem Norddeutschen Bunde zu hintertreiben. Die radikalsten Blätter wurden von ihm und von den römischen Ultramontanen beeinflußt oder mit Geld unterstützt, um Preußen und insbesondere die Politik Bismarck's zu bekämpfen, außerdem wurden aber auch die preußenfeindlichen Wühlereien des entthronten Welfenfürsten nach Kräften unterstützt und gefördert.

Die preußische Regierung hatte natürlich auf Alles dies ein wachsames Auge, und Graf Bismarck unterließ es nicht, von Zeit zu Zeit seine warnende Stimme zu erheben. Fast wie eine Drohung klang es, als er erklärte, „daß er den Deutschen ebenso wenig von Wien wie von Paris aus das Recht, sich die Hand zu reichen, werde verkümmern lassen.“ Die allmählich energischer werdende Sprache der preußischen Regierungsorgane verfehlte denn auch in Oesterreich sowol wie in Frankreich nicht ihren Eindruck; hier wie dort glaubte man den rechten Augenblick zum Kriege noch nicht gekommen, und hier wie dort ließ es sich deshalb die Regierung angelegen sein, nicht nur selbst eine wenigsten äußerlich friedfertige Haltung zu beobachten, sondern auch auf die kriegerische Stimmung in der Bevölkerung beschwichtigend einzuwirken. In Oesterreich hatte das keine Schwierigkeiten, da hier ein großer Theil der Bevölkerung ohnehin friedlich gesinnt war und die Kriegspartei der von der Regierung ausgehenden Weisung zur Zurückhaltung willig Folge leistete. Anders aber lagen die Dinge in Frankreich. Hier verlangten so ziemlich alle Parteien mit gleicher Heftigkeit nach dem Kriege, und wenn Napoleon — aus welchen Gründen auch immer — es rathsam fand, vor der Hand eine wenigstens scheinbar friedliche Haltung zu zeigen, so mußte er die unruhige Opposition wohl oder übel durch andere Zugeständnisse zu beschwichtigen suchen. Der natürliche und nächstliegende Weg zur Erreichung dieses Zieles war die ernstliche Wiederaufnahme der liberalen Reformen, mit welchen der Kaiser zu Anfang des Jahres 1867 einen schwachen Anfang gemacht hatte.

Die neue Aera unter Ollivier in Paris. Unter dem Einfluß Rouher's war damals die kaiserliche Regierung bald wieder zu ihrem alten System der unbeschränkten

persönlichen Regierungsgewalt des Kaisers zurückgekehrt; jetzt entschloß sich Napoleon, mit diesem System wenigstens scheinbar zu brechen und das Verhältniß zwischen Regierung und Volksvertretung nach konstitutionellen Grundsätzen zu regeln. Im Dezember 1869 erhielt das Ministerium Rouher, welches sich bei den in demselben Jahre vollzogenen Neuwahlen zum gesetzgebenden Körper keine zuverlässige Mehrheit zu sichern vermocht hatte, seine Entlassung, und ein aus der konstitutionell gesinnten Mittelpartei entnommenes Ministerium unter dem Vorsitz Ollivier's trat an seine Stelle. Aber die großen Hoffnungen, welche an dieses neue Ministerium geknüpft wurden, erfüllten sich freilich nur zum kleinsten Theil. Die radikale Opposition, deren Bestrebungen mehr und mehr einen revolutionären Charakter annahmen, trat dem neuen Ministerium noch unversöhnlicher als früher dem Ministerium Rouher entgegen, weil sie von demselben eine Befestigung der napoleonischen Dynastie fürchtete, deren Sturz ihr bereits offen ausgesprochenes Ziel war. Und in der That hätte Napoleon gerade mit Hülfe der Mittelpartei seine Herrschaft vielleicht fester als je zuvor begründen können, wenn er sich nur zum völlig aufrichtigen und rückhaltlosen Eintritt in die konstitutionelle Bewegung zu entschließen vermocht hätte. Was ihn daran hinderte, waren gleichermaßen seine festgewurzelten persönlichen Anschauungen und der noch immer übermächtige Einfluß Rouher's, der alsbald nach seinem Rücktritt aus dem Ministerium zum Vorsitzenden des Senats ernannt worden war. Der Kaiser genehmigte also die vom Ministerium Ollivier verlangten wichtigen Ergänzungen und Erweiterungen des vom Senat bereits im September 1869 berathenen Verfassungsentwurfs, aber er hielt sich zugleich die Möglichkeit offen, im geeigneten Augenblick zu dem alten System der unbeschränkten Regierungsgewalt zurückzukehren, indem er sich das Recht wahrte, jeder Zeit durch ein Plebiscit direkt an das Volk zu appelliren und dieses um seine Meinung zu befragen. Der Werth der Verfassung wurde durch diesen Vorbehalt völlig in Frage gestellt, und die energischeren Mitglieder des neuen Ministeriums nahmen deshalb nach einer Amtsführung von wenigen Monaten ihren Abschied. Dagegen ließ sich Ollivier durch seinen Ehrgeiz zum Bleiben verleiten, und in schwächlicher Unselbständigkeit wurde er, der als liberaler Minister einer neuen Aera des Kaiserreichs hatte den Namen geben wollen, allmählich zum willenlosen Höfling und zum ausübenden Werkzeug einer Politik, die, seinem ursprünglichen Programm schnurstracks zuwiderlaufend, ohne sein Zuthun und zum Theil sogar hinter seinem Rücken gemacht wurde.

Das neue Plebiscit vom 8. Mai 1870. Um auch dem neuen Verfassungswerke gegenüber seine persönliche Autorität voll und ganz geltend zu machen, bestand Napoleon darauf, alsbald durch ein neues Plebiscit die Stimmung des Volkes zu erkunden und dieses zu befragen, ob er, der Kaiser persönlich, nach wie vor der Mann seines Vertrauens sei. Das Ergebniß dieser Abstimmung, für welche der 8. Mai 1870 festgesetzt wurde, konnte nicht zweifelhaft sein: eine gewaltige Majorität des französischen Volkes — $7^1/_2$ Millionen gegen kaum $1^1/_2$ Millionen — erklärte sich zu Gunsten der kaiserlichen Regierung. Aber nur nach dem Zahlenverhältniß war dieses Ergebniß so außerordentlich günstig; in Wirklichkeit fielen die anderthalb Millionen Nein für den Kaiser doppelt und dreifach ins Gewicht. Die weitaus überwiegende Mehrheit der Pariser Bevölkerung hatte mit Nein gestimmt, ebenso waren in fast sämmtlichen größeren Städten die Nein in der Mehrzahl gewesen, und selbst ein großer Theil des Heeres hatte durch ein Nein seine Unzufriedenheit mit der vom Kaiser befolgten Politik zu erkennen gegeben. Das waren für Napoleon bedeutsame Zeichen.

Die Geschichte Frankreichs hatte stets gezeigt, daß bei revolutionären Erhebungen und Umwälzungen immer nur die Bevölkerungen der großen Städte, namentlich der Hauptstadt Paris, den Ausschlag gaben; waren diese auch durch liberale Reformen in der inneren Politik durchaus nicht zu gewinnen, war selbst ein Theil des Heeres vom Mißvergnügen so stark ergriffen, daß es seiner Unzufriedenheit mit der augenblicklichen Politik der kaiserlichen

Regierung ungescheut Ausdruck gab, dann war es für diese letztere in der That höchste Zeit, von dem letzten Mittel zur Abwendung der ihr drohenden Gefahren und Verlegenheiten Gebrauch zu machen. Und dieses letzte Mittel war ein Krieg, der Krieg gegen Preußen!

Schon seit dem Beginn des Jahres 1870 hatten sich auch anderweitige Einwirkungen zu Gunsten einer kriegerischen Politik von Neuem mit verstärkter Kraft geltend gemacht. Die Kaiserin Eugenie drängte dazu mit Aufbietung ihres ganzen, stetig steigenden Einflusses, die Hetzartikel in der Presse, die sich in letzter Zeit einiger Zurückhaltung befleißigt hatte, wurden wieder heftiger, und auch im gesetzgebenden Körper regten sich die kriegerischen Leidenschaften aufs Neue und machten sich in heftigen Brandreden gegen Preußen und Norddeutschland Luft. Im Gegensatz zum Ministerium Ollivier, in dessen Regierungsprogamm die Erhaltung des Friedens die erste Stelle einnahm, stand also Napoleon schon damals dem Kriegsgedanken gewiß nicht sehr fern; aber zu dem entscheidenden Entschlusse, sich der Kriegspartei rückhaltslos in die Arme zu werfen und den beschleunigten Ausbruch des Krieges gegen Preußen nunmehr vorzubereiten, zu diesem Entschlusse scheint Napoleon doch erst durch das günstige Ergebniß des erwähnten Plebiscits vom 8. Mai bestimmt worden zu sein. Acht Tage darauf, am 15. Mai, wurde der notorisch der Kriegspartei angehörende französische Botschafter in Wien, Herzog von Gramont, in das französische Ministerium berufen, um alsbald im vollsten Einverständniß mit dem Kaiser und über die Köpfe seiner noch immer fort in Friedensversicherungen sich erschöpfenden Kollegen hinweg die Intriguen zu beginnen, welche genau zwei Monate später den Ausbruch des Krieges zwischen Frankreich und Preußen zur Folge haben sollten.



Emile Ollivier.

Der Krieg gegen Preußen war also jedenfalls seit dem 15. Mai eine beschlossene Sache. Daß eine wirkliche Ursache zu diesem Kriege nicht vorlag, daß er, da Frankreich durch Preußen in keiner Weise bedroht oder in seinen Interessen beeinträchtigt war, völlig willkürlich vom Zaun gebrochen werden mußte, das machte dem Kaiser und seinen Rathgebern keine Sorge. Das französische Volk wollte den Krieg, dem Kaiser erschien er als das geeignetste Mittel zur Befestigung seiner Herrschaft und zur Wiederherstellung seines gesunkenen Prestige, und der Erfolg? — „Ich bin Franzose, folglich glaubte ich an die Unüberwindlichkeit unserer Heere wie an die Wahrheit meiner heiligen Religion“, hat später ein französischer Staatsmann offen ausgesprochen, und diese Ueberzeugung hatte im Grunde damals jeder Franzose. Die neue Organisation und Ausrüftung, welche der Kriegsminister Marschall Niel dem französischen Heere gegeben hatte, galt als ganz unübertrefflich, obgleich der Nachfolger des tüchtigen Marschalls Niel, der unfähige Leboeuf, das begonnene Werk wieder arg vernachlässigt hatte. Die neu eingeführte Waffe, das Chassepotgewehr, sollte bei Gelegenheit eines übrigens recht unbedeutenden Kampfes der französischen Besatzung Roms mit undisziplinirten italienischen Freischaren unter Garibaldi (1868) geradezu Wunder gewirkt haben — kurz, die „grande nation“ hielt einen Krieg gegen Preußen für die leichteste Sache von der Welt und den Gedanken, daß Frankreich dabei eine Niederlage oder gar eine entscheidende Niederlage erleiden könne, hätten die meisten Franzosen einfach lächerlich gefunden.



Herzog von Gramont.

Die Stoffel'schen Abmahnungen. Der Kaiser selbst und die besonneneren Elemente seiner Umgebung hielten sich freilich von der Unüberwindlichkeit der französischen Waffen durch die preußischen nicht so völlig überzeugt; waren doch die ausführlichen und sachkundigen Berichte des französischen Militärbevollmächtigten in Berlin, Baron Stoffel, über die vorzügliche Organisation des preußischen Heeres und seiner obersten Leitung, des großen Generalstabes, insbesondere auf Napoleon nicht eindruckslos geblieben. Aber die genugsam bekannte kriegerische Stimmung der österreichischen Regierung und die leichtfertigen Berichte französischer Agenten über die Bereitwilligkeit der süddeutschen Staaten, sich im gegebenen Augenblick mit Frankreich und Oesterreich gegen Preußen zu verbinden — alles dies ließ ernstliche Bedenken wegen des schließlichen Ausgangs des Krieges auch am kaiserlichen Hofe nicht aufkommen. Die emsige Geschäftigkeit, mit welcher die französische Regierung, so weit sie in die Kriegspläne des Kaisers eingeweiht war, nach einer Streitfrage suchte, aus der sich allenfalls ein Vorwand zum Kriege herleiten ließ, und die Eile, mit welcher diese Streitfrage, nachdem sie gefunden, bis zur Kriegserklärung zugespitzt wurde, läßt darauf schließen, daß auch hier völlige Besorgnißlosigkeit und unbedingte Siegeszuversicht herrschte, daß auch hier eine Niederlage Frankreichs als unmöglich galt.



Leopold, Prinz von Hohenzollern.

In Preußen und im übrigen Deutschland war die neue Wendung der Dinge in Frankreich natürlich nicht unbemerkt geblieben, aber eine wirklich glaubhafte Ursache zum Kriege oder vollends einen unmittelbaren Anlaß zu demselben vermochte man hier so wenig zu entdecken, daß die Möglichkeit seines schon nahe bevorstehenden Ausbruches kaum irgendwo ernstlich in Berechnung gezogen wurde. Daher wirkte überraschend wie ein Blitzstrahl aus heiterem Himmel die in den ersten Tagen des Juli eintreffende Nachricht, daß ein für das übrige Europa völlig gleichgiltiges Ereigniß im fernen Spanien zu bedrohlichen, sehr preußenfeindlichen Kundgebungen in den französischen Kammern geführt habe und sogar von der französischen Regierung bereits als Streitfrage zwischen Frankreich und Preußen aufgeworfen sei.

Die spanische Thronkandidatur. In Spanien war 1868 eine Revolution ausgebrochen, welche alsbald zur Absetzung und Vertreibung der wegen ihres sittenlosen Lebenswandels und ihrer die Interessen des Landes aufs Tiefste schädigenden Regierung allgemein verhaßten Königin Isabella geführt hatte. Aber die zunächst eingesetzte provisorische Regierung unter Serrano und die Mehrheit der spanischen Volksvertretung wünschte die Beibehaltung der monarchischen Staatsform. Die anfänglich geplante Vereinigung der spanischen und portugiesischen Lande unter dem Scepter des Königs von Portugal scheiterte indessen an der Weigerung dieses Letzteren, und da Napoleon aus dynastischen Gründen gegen die Wahl des Herzogs von Montpensier — aus der französischen Königsfamilie der Orleans — zum König von Spanien Einspruch erhob, so richteten sich die Blicke des spanischen Volkes auf den Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen, den jüngeren Bruder des Fürsten Karl von Rumänien, den seine vollständige Unabhängigkeit, seine persönlichen Vorzüge, sein katholisches Glaubensbekenntniß und seine Verwandtschaft mit den regierenden Häusern von Portugal, Belgien, Frankreich und Preußen als Kandidaten für den erledigten spanischen Thron wohl geeignet erscheinen ließen. Da die Möglichkeit der Thronkanditatur des Prinzen von Hohenzollern schon im Sommer des Jahres 1869 der französischen Regierung bekannt geworden war, hätte diese vollauf Zeit gehabt, im rechten Augenblick Einspruch dagegen zu erheben. Wenn die Interessen Frankreichs durch die Wahl des Prinzen von Hohenzollern zum König von Spanien in der That bedroht wurden, so hätte es — wie bei der beabsichtigten Wahl des Herzogs von Montpensier —

nur eines Wortes Napoleon's bedurft, um die noch in keiner Weise engagirte spanische Regierung zum Aufgeben jenes Planes zu bewegen. Aber eine wirkliche Bedrohung der französischen Interessen vermochte die Regierung Frankreichs darin so wenig zu erkennen, daß sie noch im Dezember 1869, als die Thronkandidatur des Prinzen von Hohenzollern bereits näher in Betracht gekommen war, die Angelegenheit als eine völlig gleichgiltige behandelte. Allein jetzt, da der Krieg gegen Preußen beschlossen war und um jeden Preis ein Vorwand für denselben gefunden werden mußte, jetzt wurde die Sache plötzlich anders. Jetzt galt es, die Wahl des Erbprinzen von Hohenzollern als einen von Preußen ausgehenden Akt der Feindseligkeit gegen Frankreich darzustellen. Der Umstand, daß eben damals — Ende Juni 1870 — der Prinz von Hohenzollern sich zur Annahme der ihm dargebotenen Krone endgiltig entschloß, und daß daraufhin der spanische Ministerrath am 3. Juli den Beschluß faßte, ihm die Krone förmlich anzutragen, dieser Umstand erleichterte den plötzlichen Umschwung in der Haltung der französischen Regierung. Es bedurfte nur eines Winkes, um die Regierungsblätter zu veranlassen, sich der Angelegenheit zu bemächtigen, und kaum war auf diese Weise das Signal gegeben, so stimmte auch die gesammte Pariser Presse mit ein: jetzt zeige sich, was man schon längst vermuthet habe; kein Anderer als Bismarck habe die spanische Revolution angezettelt, um Frankreich Verlegenheiten zu bereiten und am Ende gar einen hohenzollernschen Prinzen auf den spanischen Thron zu setzen. Das hieß Oel in das Feuer der preußenfeindlichen Leidenschaften gießen; mit jedem Tage, mit jeder Stunde wuchs die Erregung und steigerte sich bald bis zu einem Sturme, der es der französischen Regierung leicht machte, anscheinend unter dem Druck der öffentlichen Meinung zu handeln, während doch Niemand anders als die Regierung selbst mit zielbewußter Absichtlichkeit diese öffentliche Meinung gemacht hatte.

Beginn des schnöden Spieles in Ems. In Preußen hatte zwar die Möglichkeit eines Krieges mit Frankreich seit Jahren im Hintergrunde aller politischen Berechnungen gestanden, aber eine so plötzliche Wendung der Dinge hatte doch, wie gesagt, kaum irgend Jemand erwartet. Und nicht nur in Preußen überraschte es, daß die französische Regierung die spanische Frage benutzte, um sich als an der Ehre gekränkt, ja als bedroht zu geberden — in fast ganz Europa erregte ein solches Gebahren Staunen. König Wilhelm befand sich im Bade Ems, Bismarck pflegte der Ruhe auf seinem Landsitz Varzin. Hatte doch noch am 30. Juni der französische Ministerpräsident im gesetzgebenden Körper eine von Friedensversicherungen überfließende Rede gehalten: wohin man auch blicke, nirgends könne man eine Frage entdecken, die Gefahr in sich berge; überall hätten die Kabinette begriffen, daß die Achtung vor den Verträgen sich Jedermann aufdränge. Wahrscheinlich hatte auch Ollivier diese Worte aus aufrichtiger Ueberzeugung gesprochen, denn die Kriegspolitik des Kaisers und seiner Rathgeber wurde, wie gesagt, hinter seinem Rücken gemacht. Aber diese drängte jetzt mit stürmischer Eile zur Entscheidung. Bereits am 4. Juli brachte der französische Geschäftsträger nach dem auswärtigen Amt zu Berlin die Erklärung, daß die Annahme der Thronkandidatur seitens des Prinzen von Hohenzollern in Paris peinlichen Eindruck gemacht habe. Ihm wurde amtlich erwiedert, daß die preußische Regierung dieser Angelegenheit durchaus fern stehe, und daß deshalb das auswärtige Amt irgend welche Auskunft über die Verhandlungen nicht zu geben vermöge.

Inzwischen waren in Paris von Denjenigen, die das Spiel in Händen hatten, die Rollen vertheilt worden. Auf eine bestellte Interpellation in der Kammer antwortete der Minister des Auswärtigen, Herzog von Gramont: „Wir glauben nicht, daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes uns verpflichtet zu dulden, daß eine fremde Macht, indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karl's V. setzt, dadurch zu ihrem Vortheil das gegenwärtige Gleichgewicht der Mächte Europa's stören und so die Interessen und die Ehre Frankreichs gefährden darf.“ — — „Es sei zu hoffen“, fuhr er aufgeregten Tones fort, „daß die Betheiligten von ihrem Plan zurücktreten würden“, und er schloß mit der

drohenden Aeußerung: „Wenn es anders kommen sollte, so würden wir, stark durch ihre Unterstützung, meine Herren, und durch die der Nation, unsere Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen wissen." Rauschender Beifall folgte diesen Worten.

Preußen ward bedroht, das gefiel. Nur wenige Friedlichgesinnte wagten warnend auf die Folgen hinzuweisen, welche eine so herausfordernde Sprache nach sich ziehen könne.

Aber gerade um solche Folgen war es der Kriegspartei zu thun. Preußen sollte zunächst gereizt und dadurch zu drohenden Gegenäußerungen veranlaßt werden, um ihm dann die Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Krieges zuzuschieben. Unterdessen hatte die spanische Regierung aus eigenem Antriebe die Erklärung abgegeben, daß die preußische Regierung an der Wahl des Prinzen von Hohenzollern zum König von Spanien völlig unbetheiligt sei. Trotzdem setzten die Redner der Kriegspartei in der Kammer ebenso wie die Zeitungen ihre Angriffe gegen Preußen mit steigender Heftigkeit fort, und bereits am 8. Juli trat das kaiserliche Amtsblatt, der Moniteur, mit der Bemerkung hervor, daß es sich nicht blos um die augenblickliche Thronkandidatur handle, sondern daß die Frage in Betreff der Beziehungen Preußens und Frankreichs erweitert werden müsse. Wie das zu verstehen sei, ward durch den Nachsatz erläutert: „Das Wenigste, was Frankreich von Preußen zu verlangen hat, ist die formelle Bekräftigung und absolute Ausführung des Prager Friedens seinem Wortlaut und Geiste nach, d. h. die Freiheit der süddeutschen Staaten, die Räumung der Festung Mainz, das Aufgeben jedes militärischen Einflusses südlich vom Main und die Regulirung des Artikels V mit Dänemark" (vergl. S. 514). Das war ein Zuruf an die Feinde Preußens außerhalb und innerhalb Deutschlands, sich „fertig" zu machen.

Noch jetzt war Ollivier für den Frieden. Er fühlte sich berufen, den Eindruck der Gramont'schen Erklärungen in etwas zu mildern, und äußerte im gesetzgebenden Körper: die Regierung wolle den Frieden, aber mit Ehren. Sie sei überzeugt, daß die Erklärung des Ministers des Auswärtigen eine friedliche Lösung herbeiführen werde, denn allemal, wenn Europa die Ueberzeugung gewonnen habe, daß Frankreich zur Erfüllung seiner legitimen Pflichten fest entschlossen sei, widersetze es sich nicht den Wünschen Frankreichs. Ollivier nahm also ohne Weiteres an, daß Preußen auch in dieser so völlig willkürlich aufgeworfenen Streitfrage den Willen Frankreichs achten werde. Indessen schienen es die dem Hofe ergebenen Zeitungen förmlich darauf anzulegen, eine friedliche Lösung der Streitfrage unmöglich zu machen, indem sie sich in beleidigenden Ausfällen gegen Preußen überboten. Der als bonapartistischer Raufbold berüchtigte Granier de Cassagnac schrieb im Pays: „Das caudinische Joch ist bereit für die Preußen; sie werden sich darunter beugen, und zwar ohne Kampf besiegt und entwaffnet, wenn sie es nicht wagen, einen Kampf anzunehmen. Unser Feldgeschrei ist bis jetzt ohne Antwort geblieben, die Echos vom Rhein sind noch stumm. Hätte Preußen gegen uns die Sprache gesprochen, die Frankreich spricht, so wären wir schon längst unterwegs." Kein Zweifel: der Krieg sollte Preußen geradezu aufgenöthigt werden.

Indessen die Haltung der preußischen Regierung blieb ernst und fest. Ein Rundschreiben Bismarck's bestätigte die Erklärung der spanischen Regierung, daß Preußen bei der Wahl des Prinzen von Hohenzollern für den spanischen Thron in keiner Weise betheiligt sei; man habe dies auch dem französischen Gouvernement bekannt gegeben, doch seien eingehendere und vertraulichere Erörterungen mit diesem durch den Ton verhindert worden, in welchem französische Minister im gesetzgebenden Körper die Angelegenheit behandelt hätten. — Auch die preußische Presse bewahrte noch immer eine ruhige und gemessene Haltung.

Rücktritt des Prinzen Leopold. In Paris ging man nun einen Schritt weiter. In amtlichen Schriftstücken und in der Presse wurde gesagt, die Behauptung, Preußen stehe der hohenzollern'schen Kandidatur fern, genüge nicht; es sei nothwendig, daß Preußen dem Prinzen von Hohenzollern es förmlich untersage, die spanische Krone anzunehmen. In dem gleichen Sinne wurde vom Herzog von Gramont der französische Botschafter Graf Benedetti instruirt, der sich inzwischen von Wildbad, wo er die Kur gebrauchte, nach

Ems begeben hatte, um dort die ihm zugedachte wenig rühmliche Rolle zu spielen. — Da wurde am 12. Juli die Nachricht bekannt, der Erbprinz Leopold habe der spanischen Thronkandidatur entsagt, „den Gefühlen folgend, welche es ihm als preußischem und deutschem Offizier unmöglich machten, um seiner Person willen Deutschland in einen Krieg zu stürzen und gleichzeitig Spanien einen blutigen Kampf als Mitgift zu bringen." Das war gehandelt, wie es einem Prinzen aus dem Hause Hohenzollern geziemte; der einzige Vorwand zum Kriege war damit hinfällig geworden, und überall, in Deutschland wie im Auslande, wurde bei dem Eintreffen jener Nachricht die Ueberzeugung laut, daß nunmehr für die nächste Zeit wenigstens die Kriegsgefahr völlig beseitigt sei. Selbst Graf Bismarck, der inzwischen von Varzin nach Berlin gekommen war, um sich von dort aus zum Könige zu begeben, hielt jetzt die beabsichtigte Reise nicht für so dringend, obgleich er die allgemeine Ueberzeugung von der völligen Beseitigung der Kriegsgefahr nicht so ganz zu theilen vermochte. Indessen sprach es selbst der von Ollivier beeinflußte „Constitutionel" geradezu aus, daß der Friede nunmehr gesichert sei: „Dem gerechten Verlangen Frankreichs, daß kein Hohenzoller in Spanien regiere, ist Genüge geleistet. Wir verlangen nicht mehr und nehmen mit Stolz die friedliche Sühne an. Darin liegt ein großer Sieg, der uns keinen Tropfen Blut gekostet hat."

Benedetti in Ems. Auch diesmal mochte wol die Friedensverkündigung des französischen Ministerpräsidenten der aufrichtigen Ueberzeugung desselben entsprechen; er kannte eben weder die Instruktion, die Graf Benedetti durch Gramont empfangen hatte, noch auch die neuesten aus dem Kabinet des Kaisers nach Ems ergangenen Weisungen, die darauf hinausliefen, den König Wilhelm in der Sache weiterhin zu bedrängen, ja ihn beim Fehlschlagen der bezeichneten Mittel selbst zu reizen!

Die Friedensfreunde in Deutschland sahen sich daher sehr enttäuscht, als am Abend des 13. Juli folgendes Telegramm bekannt wurde: „Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der französischen Regierung auch von der spanischen Regierung amtlich mitgetheilt worden sind, hat der französische Botschafter an Se. Majestät in Ems noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisiren, daß er nach Paris telegraphire, daß Se. Majestät sich für alle Zeit verpflichte, niemals seine Zustimmung zu geben, wenn man je von hohenzollernscher Seite auf die spanische Thronkandidatur zurückkommen sollte. Se. Majestät hat darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Se. Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzutheilen habe." Nun lag klar zu Tage, wohin französischerseits gesteuert wurde. Niemand konnte die Absicht der französischen Regierung verkennen, in der Person des Königs nicht nur Preußen, sondern ganz Deutschland vor Frankreich zu demüthigen; in gewaltiger, leidenschaftlicher Erregung brach plötzlich beim preußischen wie beim gesammten deutschen Volke der lange verhaltene Unwille über die französische Anmaßung hervor, und mit Stolz und freudiger Begeisterung vernahm es die patriotische Bevölkerung im Norden wie im Süden des deutschen Vaterlandes, in wie würdevoller Form durch König Wilhelm dem unverschämten Ansinnen, das man an ihn zu richten gewagt hatte, die gebührende Abweisung zutheil geworden war.

Was nun folgte, verstand sich für jeden, der die Stimmungen und Verhältnisse in Frankreich kannte, ganz von selbst. Nachdem am 14. Juli die Abberufung des preußischen Botschafters Baron von Werther aus Paris erfolgt war, trat der König am Morgen des 15. seine Rückreise nach Berlin an, und gegen Abend desselben Tages, noch vor der Ankunft des Königs, ward in Berlin folgendes Telegramm veröffentlicht:

„Paris, 15. Juli, Nachmittags 12 Uhr 30 Minuten. Heute Nachmittag wird gleichzeitig eine Mittheilung der Regierung an den Senat und den gesetzgebenden Körper erfolgen, welche eine Auseinandersetzung der Lage enthält. Die Vorlage schließt mit der Mittheilung, daß Frankreich den Krieg an Preußen erklärt hat. — Aus Paris, Nachmittags zwei Uhr zwei Minuten, folgt die Bestätigung, daß der Krieg erklärt ist."

Die Kriegspartei in Paris hatte, wie nicht anders zu erwarten, den Sieg davongetragen, und Ollivier, der den Frieden in seinem Preßorgan schon hatte feiern lassen und von dem leuchtenden Auges befreundeten Deputirten verkündet worden war, daß der Friede absolut gesichert sei, er selbst war zur Kriegspartei übergegangen. Die Verleumdungen und Verdächtigungen, denen er sich wegen seines Eintretens für den Frieden ausgesetzt sah, die unzweifelhafte Gewißheit, daß der Kaiser zum Kriege fest entschlossen war, und endlich sein persönlicher Ehrgeiz, der ihn an seinem Ministerposten um jeden Preis festhalten ließ, drängten ihn zu dem Opfer seiner besseren Ueberzeugung, und es kennzeichnet seine Charakterschwäche, daß er nun mit verdoppelter Heftigkeit in den Kriegslärm einstimmte, um seine Friedensbemühungen vergessen zu machen. Um eine Entschuldigung für seinen plötzlichen Gesinnungswechsel war er natürlich nicht verlegen.



Verabschiedung des französischen Gesandten. Zeichnung von H. Lüders.

„Ich bin", erklärte er einem Gesinnungsgenossen gegenüber, „die Bürgschaft für den neuen Pakt, welcher das Kaiserreich — durch Einführung der konstitutionellen Regierungsform — mit Frankreich verbindet. Ziehe ich mich zurück, so wird man die Einsetzung eines Ministeriums Rouher als eine Art Staatsstreich gegen die parlamentarischen Reformen betrachten; es stände zu befürchten, daß die schon schwierige Lage durch innere Schwierigkeiten noch verwickelter würde. Der Krieg ist unvermeidlich, keine menschliche Macht vermag ihn jetzt noch zu beschwören. Da wir ihn also nicht mehr verhindern können, ist es unsere Pflicht, ihn populär zu machen. Wenn wir uns zurückziehen, würden wir das Land entmuthigen, das Heer demoralisiren, das Recht Frankreichs und die Gerechtigkeit seiner Sache bestreiten." Aber diese Entschuldigung fiel in sich selbst zusammen; es bedurfte längst keiner künstlichen Mittel mehr, um den Krieg gegen Preußen in Frankreich populär zu machen. Selbst die republikanische Opposition, die doch als Folge eines siegreichen Krieges die Befestigung des Kaiserthums,

auf dessen Sturz sie hinarbeitete, mit Sicherheit vorhersehen konnte — selbst diese republikanische Opposition war von leidenschaftlichem Kriegseifer erfüllt. Als am 13. Juli der „Constitutionel" den freiwilligen Verzicht des Erbprinzen von Hohenzollern auf die spanische Thronkandidatur meldete und daran den Ausdruck seiner Befriedigung knüpfte, daß der Krieg glücklich vermieden sei, machte Leon Gambetta, der sich damals bereits zu einem der Wortführer der republikanischen Partei aufgeschwungen hatte, dem Redakteur jenes Blattes deshalb heftige Vorwürfe. „Sie sind zufriedengestellt!" rief er erregt, „das ist ein verbrecherischer Ausdruck! Wer sich dem Kriege widersetzt, der versündigt sich gegen das Vaterland."

Oesterreichs Haltung. Da trotz der für Napoleon und wol auch für den Minister des Auswärtigen, Herzog von Gramont, kaum zweifelhaften militärischen Ueberlegenheit Preußens der Krieg gegen dieses so zuversichtlich ins Werk gesetzt wurde, so mußte die französische Regierung wol gegründete Aussicht auf die thatkräftige Bundesgenossenschaft anderer preußenfeindlicher Staaten, vor Allem natürlich Oesterreichs, haben oder zu haben glauben. Dem österreichischen Reichskanzler Graf Beust, so sehr er für den Krieg gestimmt war, ging zwar im entscheidenden Augenblick der Muth aus, und er hatte deshalb seinem Gesinnungsgenossen Gramont empfohlen, aus der spanischen Thronkandidatur keine Kriegsfrage zu machen, sondern den Krieg zu vertagen. Aber Gramont hielt dafür, die Abmahnung Beust's nicht zu beachten. Er meinte, daß es seinem Kollegen in Wien eben nur darum zu thun gewesen sei, ein Friedenswort gesprochen zu haben, um dasselbe späterhin gelegentlich zu verwerthen, daß er aber, sobald man mit der Sache erst Ernst mache, sich auch als der alte, zum Vorgehen entschlossene Gegner Preußens erweisen werde.

Gramont hatte richtig gerechnet. Sowie einmal der Krieg erklärt und damit für den österreichischen Reichskanzler neue Hoffnung aufgekeimt war, daß seine heißesten Wünsche doch noch Gestalt gewinnen könnten, da wichen seine Bedenken, und seine Einwirkung war stark genug, das österreichische Gesammt-Ministerium zu dem Entschlusse zu treiben, sofort Rüstungen anzuordnen, deren Ausführung jedoch möglichst geräuschlos erfolgen sollte. Ein Vertrauter ging nach Florenz und von da nach Paris mit einem Traktatentwurf. Es kam auch zu einer vorläufigen Verständigung, der zufolge Oesterreich und Italien ihre Rüstungen derartig zu beschleunigen versprachen, daß es ihnen möglich sei, etwa Anfang September in den Krieg mit einzutreten. Als Einleitung dazu sollte an Preußen von beiden Staaten ein Ultimatum gerichtet werden, dahin lautend, daß Preußen nicht über den Main gehen dürfe. Dieser Plan ward indessen wie Staub vom Sturme hinweggefegt, wie überhaupt alles während der Verhandlungen als Forderung Aufgestellte von den Ereignissen überholt worden ist.

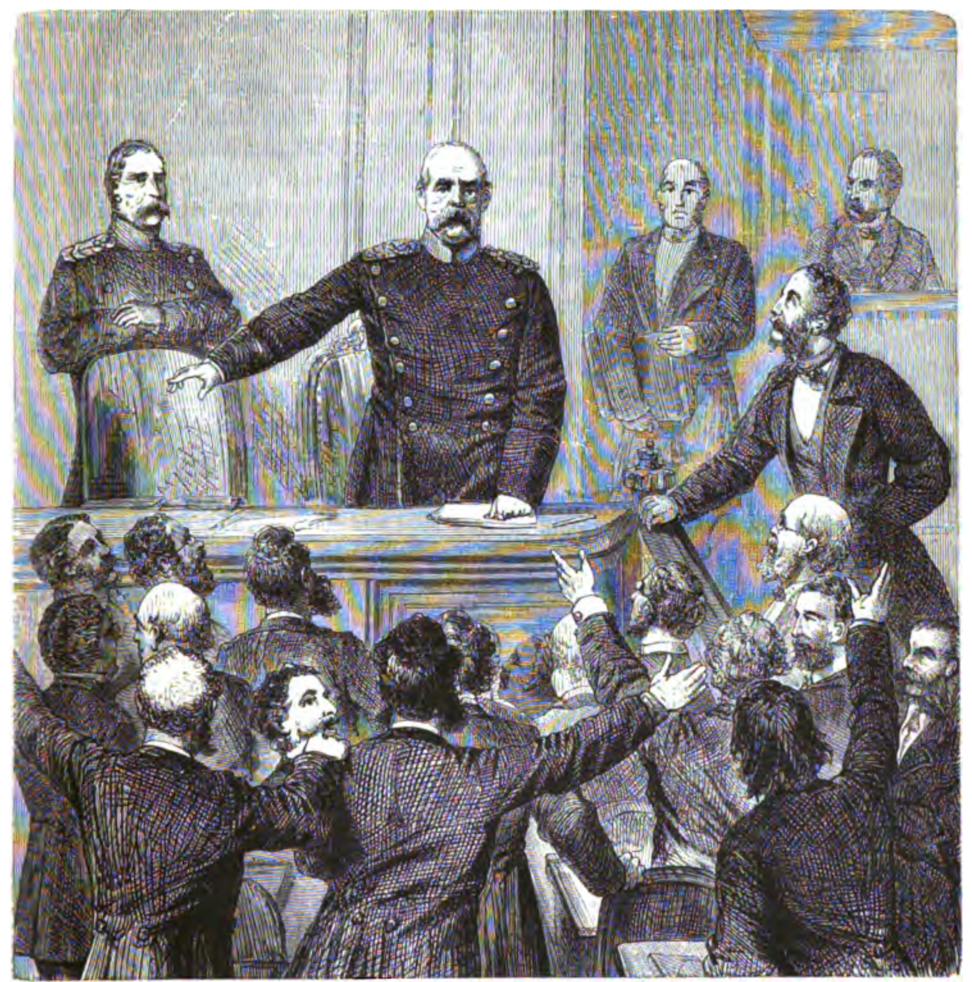
Als König Wilhelm am Abend des 15. Juli in Berlin eintraf, fand er die Stadt in außerordentlicher Bewegung. Nirgends Zeichen von Furcht und Bangen. Die Straßen, durch welche er seinen Weg nach dem Palais nahm, waren so dicht mit ihm zujubelnden Massen besetzt, daß der Wagen mehrmals anhalten mußte. Noch in der Nacht hielt der Monarch einen Kriegsrath ab, an welchem der Kronprinz, die Minister Graf Bismarck und von Roon und der Generalstabschef von Moltke Theil nahmen. Beschlossen wurde, die Mobilmachung des Heeres zu beschleunigen und den Reichstag auf den 19. Juli einzuberufen.

In Paris war an demselben Tage nach einer stürmischen Berathung im gesetzgebenden Körper, bei welcher Thiers vergeblich alle seine Kraft aufgeboten hatte, noch in der letzten Stunde den Frieden zu erhalten, ein Kredit von 500 Millionen Francs für die Landmacht und von 16 Millionen für die Seemacht fast einstimmig bewilligt worden.

Einberufung des Norddeutschen Reichstags. Der nach Berlin berufene Reichstag hielt in der Zeit vom 19. bis 21. Juli sechs Sitzungen. In der Thronrede wies der König in Bezug auf die Haltung Frankreichs gegen Deutschland auf frühere Vorgänge hin. Dann hieß es: „Hat Deutschland derartige Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend ertragen, so ertrug es sie nur, weil es

in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war. Heute, wo das Band geistiger und rechtlicher Einigung, welches die Befreiungskriege zu knüpfen begannen, die deutschen Stämme je länger desto inniger verbindet; heute, wo Deutschlands Rüstung dem Feinde keine Oeffnung mehr bietet, trägt Deutschland in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr erneuerter französischer Gewaltthat."

Es diente in hohem Maße dazu, die Stimmung zu heben, daß auf Grund der Schutz- und Trutzbündnisse schon am 16. und 17. Juli in Bayern, Württemberg und Baden die Befehle zur Mobilmachung des Heeres erlassen worden waren.



Verlesung der französischen Kriegserklärung im Reichstag des Norddeutschen Bundes.
Zeichnung von H. Lüders.

Der Reichstag bewilligte 120 Millionen für den Krieg und 30 Millionen für Darlehnszwecke zur Unterstützung des Gewerbefleißes. Erst am 19. Juli wurde die Kriegserklärung Frankreichs in Berlin überreicht. Als Graf Bismarck dem Reichstage davon Mittheilung machte, erschütterte ein Sturm das Haus, und in den dröhnenden Zuruf der Abgeordneten stimmten auch die Tribünen ein.

Wie mußte solche Zuversicht die von allen Seiten zu den Fahnen eilenden deutschen Krieger begeistern und zu dem bevorstehenden schweren Kampfe stärken! Noch vor dem Auszuge vernahmen sie, wie die deutschen Fürsten durch Telegramme sich begrüßten.

Die Zeitungen brachten täglich Zurufe aus Nord und Süd, nicht nur aus den zum heutigen Deutschland gehörigen Ländern, sondern auch aus Deutsch-Oesterreich. „Die akademische Jugend ganz Oesterreichs", so lautete ein Zuruf aus Wien, „stimmt begeistert ein in die heldenmüthige Erregung, die ganz Deutschland durchbraust; nur ein Schmerz erfüllt ihre Seele: der Schmerz, daß sie nicht kämpfen und siegen kann mit euch!" Selbst aus weitester Ferne drangen die patriotischen Kundgebungen der im Auslande weilenden Landsleute zu den Ohren der zum Kampfe ausziehenden deutschen Krieger; Telegramme trug das Kabel über den Ozean, und wo überhaupt Deutsche lebten, da waren sie sich sofort klar, daß diesmal ein Jeder dem Vaterlande seine Dienste weihen müsse, wenn nicht mit dem Schwerte in der Hand, so doch durch theilweise Uebernahme der Sorgen für die Opfer des unvermeidlich gewordenen Krieges.

Aus allen Gesellschaftskreisen traten edelgesinnte Männer, Frauen und Jungfrauen zusammen, um mit vereinten Kräften den im Feindeslande erkrankten und verwundeten Kriegern hülfreich zur Seite zu sein und die Opfer der Schlachten zu verpflegen, sowie den im Felde stehenden Streitern darzuthun, daß die Heimgebliebenen ihrer liebevoll gedächten. Für barmherzige Samariter und die Johanniter eröffnete sich nunmehr ein weites Feld menschenfreundlichen Wirkens; bald gab es für sie alle Hände voll zu thun.

Gehobenen Herzens vernahm der König, wie Alles, was er von Ems bis Berlin erlebt, gesprochen, gefühlt und gesorgt, bei Millionen mächtigen Wiederhall gefunden. Kein Zweifel konnte mehr aufkommen, daß König Wilhelm dazu berufen sei, an der Spitze der ganzen deutschen Nation den Entscheidungskampf gegen den Erbfeind der deutschen Nation zu siegreichem Ende zu führen, und daß der Sieg dem deutschen Vaterlande auch die volle und ganze Einigung bringen werde. Von dieser Ueberzeugung erfüllt, zog das „Volk in Waffen" allerorten begeistert von dannen. Einem Süddeutschen, der seine Verwunderung darüber ausdrückte, daß die Zuzüge der Truppen vom Norden her scheinbar endlos sich immer wieder erneuerten, daß sie „gar nicht alle würden", rief ein schlagfertiger Berliner Reservemann die Worte zu: „Wir Preußen werden niemals alle!" — Aber nicht die Süddeutschen allein, selbst wir Norddeutsche staunten über die Ordnung, in welcher die unaufhörlich sich folgenden Transporte geschahen. „Das Alles", schrieb man einem Wiener Blatte, „geht mit einer imposanten Ruhe vor sich, mit der sicheren Ordnung eines erprobten und von kundiger Hand geleiteten Mechanismus. Von den Fenstern winken und nicken die Frauen, Freudenthränen im Auge, den Scheidenden ihre Grüße hernieder."

Dieses unvergeßliche Schauspiel wiederholte sich in den Hauptstädten und allen bedeutenderen Orten Deutschlands. Gleichlautende Nachrichten aus Nord und Süd erhöhten die patriotische Glut; die Aussicht, am Rhein in geschlossener Macht dem alten Feinde entgegenzutreten, bewirkte es, daß die Kämpfer aus dem Jahre 1866 den Hader und Zwist vergangener Tage vergaßen, daß mit einem Male zwischen ihnen die Schranke des Mains gefallen war, daß sie sich danach sehnten, die alte Blutsfreundschaft aufzufrischen und im edelsten Wettkampfe einen neuen Altar der Einigkeit aufzurichten.

Am 19. Juli waren sechzig Jahre seit dem Heimgange der hochgesinnten Königin Luise verflossen. Wie schon oft, so vereinigte dieser ernste Tag die Mitglieder der königlichen Familie in Charlottenburg. Gesenkten Hauptes stand der greise Monarch vor den Marmordenkmälern seiner Eltern, sinnend, in sich gekehrt. Im Begriffe einer großen Mission zu folgen, zu deren Gelingen er mehr noch als zu jeder vorhergegangenen des Segens der Abgeschiedenen zu bedürfen meinte, gedachte er lebhaft der Mahnung, welche einst die edle Mutter an ihre Söhne gerichtet hatte. Sie bezeichnete damals es als eine Ehrenpflicht für die Söhne, den von Frankreich verdunkelten Ruhm der Vorfahren zurückzugewinnen. Jetzt trat an ihn, den längst Siebzigjährigen, die Forderung, jenes Wort zu lösen. Und er löste es.





Des Königs Abreise zum Heere. Zeichnung von H. Lüders.

Sechstes Buch.

Der Krieg Deutschlands gegen Frankreich.

Die deutsche Heerfahrt begann. Die Helden der Vergangenheit waren in der Erinnerung auferstanden; ihnen folgte das wehrhafte lebende Geschlecht, als es frohgemuth zu den Waffen griff. Sieben Jahre früher hatte das deutsche Volk die Ehrentage von Leipzig gefeiert; wer konnte damals ahnen, daß sobald eine gleiche, Alles überwältigende Erhebung mit eigenen Augen geschaut werden sollte? Die weihevolle Erinnerung an die Großthaten der Väter und die noch unvergessene Feier der durch unerhörte Opfer und Anstrengungen errungenen Siege erwies sich jetzt als zündende Macht. „Als wir die Urnen der heimgegangenen Helden neu bekränzten, da freilich mochten nur Wenige in prophetischem Vorgefühle es schauen, daß das junge Geschlecht die Weihe empfing zur Durchführung eines ähnlichen Befreiungskampfes. Es ist eine Erscheinung, die Anderen märchenhaft vorkommen muß und die uns selbst, die wir von Kindheit an mit der Wehrverfassung des Vaterlandes bekannt sind, ein Gemisch von Staunen, freudigem Schrecken und Stolz abnöthigt. Ein Befehl des Kriegsherrn, und in wenigen Tagen stehen gewaltige Heeresmassen zu seinen Diensten bereit; der Bauer stellt seinen Pflug bei Seite, der Kaufmann schließt seinen Laden, der Beamte verwahrt Bücher und Handschriften

hinter sicherem Verschluß. Wenige Tage später, und der Bauer, der Kaufmann, der Handwerker, der Beamte, der Lehrer sind Soldaten mit Leib und Seele; jeder fühlt sich als Glied jener gewaltigen Heeresmaschinerie, die ihre Bewegungen nach der Weisung eines einzelnen Menschen vollzieht und regelt. Es muß eine hohe sittliche Macht in einer Einrichtung liegen, welche in solcher Weise wirkt, die Massen bändigt, mit einem Geiste erfüllt, in diesem Aufgebot, dem Alle ohne Murren, Widerstand und Trauer folgen, das sie mit Hurrah und Gesang das Los der Schlachten hinnehmen läßt.

Zum ersten Male entfaltete sich die preußisch-norddeutsche Armee-Organisation in ihrer ganzen Furchtbarkeit. Jedem, der diesen Organismus unseres Heerwesens in Thätigkeit sah, die höchste Bewunderung vor solcher bis ins Kleinste vorher berechneten Umwandlung eines Volkes in ein Kriegsheer abnöthigend ...."

Die Scene des Ausmarsches der Berliner Garnison war ergreifend. Die Füsiliere des zweiten Garderegiments marschirten mit voller Musik in heißer Mittagssonne die Friedrichstraße herauf nach den Linden; alle Fenster standen offen, an den Straßenseiten bildeten Tausende von Zuschauern Spaliere. Als die neunte Compagnie am königlichen Palais die Fahne in Empfang nahm, trat der König heraus, von lautem Hurrah begrüßt. Er schritt die präsentirende Linie entlang und sprach dann von der Rampe herab, indem er sich noch einmal zu den Soldaten wandte und sie ermahnte, des Ruhmes ihrer Väter eingedenk zu bleiben. Begeisterter Jubel war die Antwort; der König reicht dem Hauptmann die Hand über das Geländer herab, dieser schwingt sich beglückt empor, um sie zu küssen. — Hinter dem Könige stand der Kriegsminister; der eben herzutretende General Moltke ward vom zuversichtlichen Zuruf der Menge freudig begrüßt. Die Compagnie zog ab, andere schlossen sich ihr an; zu beiden Seiten des langen Zuges schritten Angehörige der Offiziere und Mannschaften, um Worte der Zuversicht mit ihnen zu wechseln und zum Abschied die letzten kleinen Aufträge und Wünsche zu vernehmen.

Feurige Dampfrosse führten die Tausende dem Westen zu, Lieder erschollen aus den Waggons, überall auf den Stationen wurden die Krieger mit siegesgewissem Jauchzen empfangen, Männer und Frauen eilten an die Wagen, Erfrischungen darbietend. Während der Fahrt wurden die Meinungen ausgetauscht, und da es unter den Kriegern der Kundigen viele gab, die auf Grund ernster Studien tiefere Blicke in die Geschichte gethan, die den ursächlichen Zusammenhang der gegenwärtigen Bewegung mit den geschichtlichen Vorgängen früherer Zeiten erkannten, und da ferner die Geister erregt waren, die Einen, heller als sonst schauend, aufgelegt zur Mittheilung, die Anderen von Begier erfüllt, Belehrung entgegenzunehmen, so dienten diese Tage der Fahrt nicht wenig dazu, in den Scheidenden ein klares Bild von dem großen Ernst und der Bedeutung der gegenwärtigen Lage zu erzeugen. Hatte doch — dank der deutschen Volksschule! — selbst der Hirtensohn aus dem geringsten Dorfe so viel aus der vaterländischen Geschichte vernommen, daß er das Wesentliche, um das es sich bei dem Kriegszuge handelte, verstand, zumal wenn er durch Mittheilungen gebildeterer Kameraden weitere Belehrung empfing, die unter solchen Umständen eindringlicher wirkte, als die in der Schule vernommenen Worte.

Die Brandenburger, die Pommern, die Männer aus Posen und Preußen sahen auf ihrer Fahrt gen Westen die Landschaften wie die Bilder eines Panoramas an sich vorüberziehen. Und wie auch das schnaubende Dampfroß in Sturmeseile dahinjagte, es vergingen Tage, bis der vaterländische Boden durchmessen war. Da gewannen Viele zum ersten Male eine Anschauung von der Größe des Vaterlandes, und wenn sie dann daran erinnert wurden, daß Deutschland im Laufe der Zeit rechts und links beraubt worden, daß es vordem noch um vieles umfangreicher gewesen, daß Frankreich seit Jahrhunderten am meisten zur Schädigung des theuren Vaterlandes beigetragen, um der Gewalt und List hinterher noch den Hohn und den Spott gegen die Väter hinzuzufügen: dann loderte der Zornmuth gegen die Frevler um so heller auf, und die kampfbereiten Männer verstanden die Ausbrüche

des Ingrimms eines Stein, eines Blücher, eines E. M. Arndt, eines Schenkendorf. Hätte Vater Arndt, der seinem Volke zurief: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte!“ — hätte dieser freie und fromme Mann, dieser getreue Eckart der Deutschen, im Jahre 1870 die Söhne und Enkel der Männer seiner Zeit gesehen und ihre Reden und ihre Kriegsgesänge vernommen, er würde freudenvoll erkannt haben, daß derselbe Zornesmuth gegen die fränkische Raubgenossenschaft, den er allen seinen deutschen Brüdern gewünscht, eben diese Söhne und Enkel, die zur Zeit den streitbaren Kern des Volkes bildeten, durchglühte, und wie der heilige Wille Alle belebte, zu vollenden, was die Väter in heldenmüthigem Ringen einst begonnen.



Heerführer im Deutsch-französischen Kriege.

von Alvensleben II. von Göben. von Bose. von der Tann.
Kronprinz von Sachsen. Großherzog von Mecklenburg. von Werder. von Manteuffel.

Der weihevolle Augenblick war nahe, in welchem die Brüder aus Nord und Süd, die, verfeindet und getrennt, so oft zum Vortheil fremder Mächte gegen einander in Fehde gelegen hatten, auf dem Schlachtfelde sich vereinigen sollten, um gemeinsam gegen den Erbfeind Deutschlands zu kämpfen, der, nach neuem Raube lüstern, den Krieg erklärt hatte! Die deutsche Kraft in der umfassendsten Bedeutung des Wortes war es, die dem bedrohten Strome zuzog, nicht die Kraft des Armes und die der Waffen allein, sondern auch die Kraft des Geistes und des Herzens, ohne die wahrhaft Großes weder im Frieden noch im Kriege zu erringen ist.

Fortgang der Mobilmachung. Das „toujours en vedette“ Friedrich's des Großen war König Wilhelm's stete Sorge. So hatte weise Voraussicht den preußischen Generalstab seit mehreren Jahren auch den Kriegsfall mit Frankreich ins Auge fassen und alle Maßregeln hierfür derartig vorbereiten lassen, daß es jetzt nur eines Wortes des Königs

bedurfte, durch den elektrischen Draht mit Gedankenschnelle in alle Theile des Reichs getragen, das gesammte Heer in kürzester Zeit zum Kampfe versammelt und des Winkes zum Losschlagen gewärtig zu sehen. Wie dies Wort „mobil“ in der Nacht zum 16. Juli die Runde machte, wie die süddeutschen Regierungen in treuer Erfüllung ihrer Bundespflichten sich gleichfalls beeilten, ihre Truppen auf den Kriegsfuß zu setzen, ist bereits berichtet. Eile schien diesmal aber auch besonders geboten, Gefahr im Verzuge zu sein! Man wußte preußischerseits sehr gut, daß in Frankreich seit langem die gespannteste Thätigkeit in militärischer Beziehung herrschte und umfassende Vorbereitungen für den Krieg getroffen wurden. Die schroffe Weise, in welcher dann die Veranlassung zum Kriege plötzlich vom Zaune gebrochen worden war, und die Eile, mit welcher die herbeigeführte Verwicklung bis zur Kriegserklärung geschürzt wurde, ließen vermuthen, daß die französische Armee schlagfertig und in der Lage sei, baldigst die Grenze zu überschreiten.

Die Vorbereitungen zum Kriege auf französischer Seite. Marschall Leboeuf, der französische Kriegsminister, hatte voll Dünkel und Selbstgefälligkeit seinem Kaiser erklärt, die Armee sei bis auf den letzten Hosenknopf mit Allem versehen, sei „archiprêt“. Frankreichs Gebieter war darüber nicht im Zweifel, daß der angefeindete Nachbar im Osten ein gewaltiger und wohl gewaffneter Recke sei. Diplomatische Künste und heimliche Verlockungen sollten daher die süddeutschen Staaten von Preußen fort und auf seine Seite ziehen, wie dies einst unter seinem großen Vorgänger so trefflich gelungen war. Aber die Künste des Neffen versagten; es herrschte ein anderer Geist bei Fürst und Volk, als zur unseligen Zeit des seligen Rheinbundes. Die numerische Ueberlegenheit des Gegners konnte man aber vielleicht noch durch schleuniges Einrücken in Süddeutschland und Unterwerfung der dortigen Staaten ausgleichen?! Bereits am 14. Juli wurde der Befehl zur Einberufung der Reserven erlassen; noch ehe dieselben bei ihren Regimentern eintrafen, wurden die einzelnen Corps ohne Kriegsausrüstung schleunigst mittels der Eisenbahn an die Grenze geschickt. — Seit dem Jahre 1866 hatte man in Frankreich, beunruhigt durch die preußischen Waffenerfolge, unter der Leitung des einsichtsvollen Marschalls Niel viel gethan, um die Kriegstüchtigkeit der Armee zu heben, und dabei im Allgemeinen sich die preußischen Einrichtungen zum Muster genommen. Die Infanterie erhielt in dem Chassepotgewehr eine vorzügliche Waffe, bedeutend überlegen dem preußischen Zündnadelgewehr, die Artillerie hingegen konnte sich mit ihrem Geschütz nicht ebenbürtig an die Seite der der Deutschen stellen; doch glaubte man in den Mitrailleusen, jenen Kugelspritzen, die geflissentlich mit einem geheimnißvollen Dunkel umgeben wurden, eine furchtbare Kriegswaffe zu besitzen. In Bezug auf Ausbildung der Truppe hatte man sich der deutschen Armee ebenfalls zu nähern gesucht; aber die gleichen Bestimmungen fanden nicht den gleichen Boden, und so blieb das französische Heer in vieler Beziehung weit hinter dem den obersten Leitern vorschwebenden Ziele zurück. Zudem war Marschall Niel vor Vollendung seines Werkes gestorben, und seine Nachfolger hatten weder das Verständniß noch die Thatkraft, die Umgestaltung der Armee in der begonnenen Weise fortzuführen. Mehr und mehr gewann ein roher, übermüthiger Soldatenton die Oberhand; die leicht errungenen Erfolge in der Krim, in Italien, Algier, China und Mexiko verführten zu einer die anderen Stände oft verletzenden Ueberhebung, so daß sich die besseren Elemente des Volkes vom Waffendienst nach Möglichkeit fern hielten. Schon diese Verhältnisse zwangen dazu, den größten Theil der niederen Offiziere aus dem Unteroffizierstande zu nehmen. Diese kannten kein weiteres Ziel, als die Kapitänsepauletten, um durch sie eine ausreichende Pension zu erdienen. Höhere Bildung und ein edles Vorwärtsstreben besaßen verhältnißmäßig nur wenige Offiziere. Warnende Stimmen einsichtsvoller Offiziere, wie des Generals Ducrot, vornehmlich aber des in Berlin der Botschaft zugetheilten Oberstleutnants Stoffel, verhallten wirkungslos.

So darf es denn kein Wunder nehmen, daß im Juli 1870 gleich beim Beginn der Kriegsvorbereitungen die Probe auf das Exempel nicht stimmte. Als die Truppen eiligst

an die Grenze geworfen und dort kriegsmäßig ausgerüstet werden sollten, herrschte bei fast allen Behörden und nach allen Richtungen hin grenzenlose Verwirrung und Rathlosigkeit. Nur mit der äußersten Mühe gelang es, die einzelnen Corps, ohne daß sie ihre Kriegsausrüstung und volle Stärke erhalten hatten, bei Straßburg und Metz in der geplanten Weise zu versammeln.



Prinz Friedrich Karl. Nach Wilh. Camphausen.

Es kostete viele neue, kaum zu bewältigende Anstrengungen, die Reserven von den verschiedensten Richtungen her ihren Regimentern zuzuführen und die allernothwendigsten Ausrüstungs- und Verpflegungsgegenstände zur Stelle zu schaffen. Am 29. Juli waren endlich 210,130 Mann mit Ach und Krach auf die Beine gebracht, von denen auf dem linken Flügel, zwischen Metz und Saarbrücken, etwa 128,730 Mann, auf dem rechten Flügel, längs der langen Linie von Bitsch bis Belfort zersplittert, etwa 46,900 Mann standen, während weiter rückwärts sich im Lager von Chalons noch 34,500 Mann befanden. Kaiser Napoleon, nicht im Stande Scepter und Schwert zugleich zu führen, hatte

vor der Abreise zur Armee in Paris eine Regentschaft unter dem Vorsitz der Kaiserin eingesetzt; am 28. Juli war er hierauf mit seinem Generalstabschef, dem bereits erwähnten Marschall Leboeuf, in Metz eingetroffen. Dort mußte er sich gar bald überzeugen, daß die von ihm beabsichtigte Vorwärtsbewegung nach Süddeutschland hinein bei dem höchst unfertigen Zustande der Truppen fürs erste noch nicht ausführbar sei. Er begnügte sich daher vor der Hand damit, nach vielen Berathungen und vielem unnützen Hin- und Hermarschiren der Truppen, am 2. August das bei Forbach stehende 2. Corps unter Führung des Generals Frossard zu einer gewaltsamen Aufklärung auf Saarbrücken zu in Marsch zu setzen. Unweit der Grenze stießen die Franzosen mit den schwachen Vorpostenabtheilungen der zum Grenzschutz bestimmten preußischen Truppen zusammen. Ein Bataillon, drei Schwadronen und zwei Geschütze leisten den andringenden Massen zwei Stunden lang tapfer Widerstand. Dann zieht sich die kleine Heldenschar auf Befehl zurück, ohne daß der Feind über das rechte Flußufer hinaus folgt. Der Kaiser und sein Sohn wohnten dem militärischen Schauspiel bei. „Lulu's kaltblütige Ruhe im Gefecht wurde bewundert", und durch pomphafte Berichte der Welt dieser große Sieg verkündet! Endloser Jubel darüber in Paris! Bis in die Nacht hinein wälzt sich die jauchzende Menge über die Boulevards; aus den Kaffeehäusern ertönt Alfred de Musset's freches Rheinlied. Ueberall erschallt der Ruf: „A Berlin, à Berlin!" Ehe jedoch die französische Heeresleitung mit sich darüber einig war, welcher Weg nach dorthin eingeschlagen werden solle, machten König Wilhelm und seine militärischen Rathgeber weitere Entschließungen hierüber überflüssig.

Die Vorbereitungen beim deutschen Heere. Wie die einzelnen Theile einer großen Maschine, so hatten beim deutschen Heere seit dem 16. Juli Truppen und Behörden mit unausgesetzter Thätigkeit, dabei aber ruhig und geräuschlos an der Mobilmachung des Heeres gearbeitet. Das klippte und klappte Alles, als wenn es gar nicht anders sein könne. Die Meister in Berlin hielten in sicherer Hand die Fäden, und wenn zufällig irgendwo eine Reibung zu stark war, wurde sofort Abhülfe geschaffen. Sobald die Truppen alsdann vollständig kriegsgemäß ausgerüstet waren, begann vom 23. Juli ab die Beförderung der einzelnen Corps an die Sammelorte unfern des vor dem Feinde zu schützenden Rheinstromes. Es war die große Heerfahrt, wie sie im Eingange dieses Abschnittes geschildert, voll der ergreifendsten Auftritte, reich an Beweisen der Liebe und Hingebung. Galt es doch, den Braven, die für des Vaterlandes Ehre streiten sollten, noch einmal Lebewohl zu sagen, für viele das letzte in diesem Leben! Welche Abschiedsscenen: hier die weinende Mutter, dort die jammernde Braut oder der segnende Vater! „Zieh' aus als tüchtiger Streiter, Gott half uns und hilft uns auch weiter!" — Bei Denen drinnen im Eisenbahnwagen ist bald der Schmerz der Trennung vergessen; glückliche, leichtlebige Naturen erheitern die anderen. Sang und Jubel ertönt überall. Alte längst im Volke lebende Soldatenlieder wechseln mit den neu entstandenen, unter denen selbstverständlich die herrliche Weise der „Wacht am Rhein" den ersten Platz einnimmt. Auf Flügeln des Gesanges und des Dampfes wird schnell das Ziel erreicht.

Dank den vortrefflichen Vorbereitungen vollzog sich Alles mit der größten Ordnung; in 11 Tagen dampften allein auf den sechs norddeutschen Linien in 677 Zügen (64,301 Achsen) 10,708 Offiziere und Beamte, 345,312 Mann, 87,214 Pferde und 8446 Geschütze und Fahrzeuge dem Grenzlande zu. Da man unter den geschilderten Verhältnissen annehmen mußte, daß der Gegner baldigst über die Grenze vordringen und die bis dorthin führenden Eisenbahnen zerstören oder die einzeln ankommenden Truppenabtheilungen mit Uebermacht angreifen könne, so waren die Endpunkte der Eisenbahnbeförderung nicht bis an die Grenze, sondern unweit des Rheins gelegt worden, von wo dann die gesammelten Corps in einem durchaus schlagfertigen Zustande allmählich weiter vorrücken sollten. Im Uebrigen ließ sich die Heeresleitung aber von der Möglichkeit, daß die Franzosen noch vor Vollendung der Truppenversammlung in Süddeutschland vordringen könnten, weiter

nicht beeinflussen, sondern führte mit aller Ruhe den bereits früher ausgearbeiteten Plan aus. Die Grenze von Trier herunter bis Lörrach wurde zunächst nur von einigen schwachen Truppenabtheilungen der nächsten Garnisonen beobachtet. Hinter diesem Schirme sammelte sich die erste Armee unter General von Steinmetz, dem greisen Helden von Nachod und Skalitz, bei Trier; sie bestand aus dem VII. und dem VIII. Armeecorps, Westfalen und Rheinländern, zu denen später auch noch das I. Corps, die Ostpreußen, trat.



Friedrich Wilhelm, Kronprinz von Preußen. Nach Wilh. Camphausen.

In dem Gelände zwischen Kaiserslautern und Kreuznach und rückwärts bis zum Rheine ausgedehnt vereinigte der schneidige Prinz Friedrich Karl die zweite Armee, welche aus dem III., IV., X. und Gardecorps gebildet war. Hannöversche Jungen sollten hier beweisen, daß sie ebenso wie die Söhne der Mark und des Magdeburger Landes vor Begierde brannten, das Preußenbanner siegreich in die Reihen des Erbfeindes zu tragen. Ihnen gesellten sich bald darauf Brüder oben aus

Schleswig-Holstein zu, das IX., und die braven Sachsen, das XII. Corps; später noch das II., die stämmigen Pommern. Diese beiden Armeen hatten die Front nach Osten; die auf dem äußersten linken Flügel befindliche dritte Armee stand dagegen mit ihren Hauptkräften bei Germersheim und Landau nach Süden gewendet. Die Truppen Süddeutschlands waren hier mit den Hessen und Schlesiern unter König Wilhelm's Heldensohn vereinigt, dem ritterlichen Kronprinzen Friedrich Wilhelm, der mit dem Schwerte Schlachten, mit dem Herzen Menschen im Sturme zu gewinnen wußte. Wahrlich das theuerste Kleinod, das Preußens König seinen treuen Verbündeten jenseit des Mains darbieten konnte! —

„Schwaben und Preußen Hand in Hand;
Der Nord, der Süd ein Heer!
Was ist des Deutschen Vaterland —
Wir fragen's heut nicht mehr!"

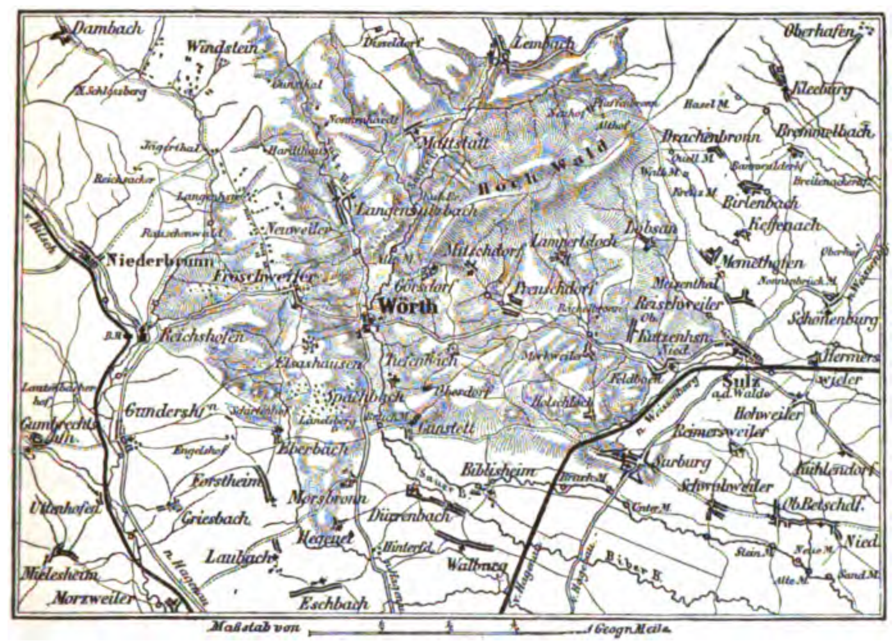
Erneuerung des Ordens des Eisernen Kreuzes. Angesichts der ernsten Lage des Vaterlandes und in dankbarer Erinnerung an die Heldenthaten unserer Vorfahren in den Befreiungskriegen erneuerte der König am 19. Juli, dem Todestage seiner erlauchten Mutter, der unvergeßlichen Königin Luise, das einst an deren Geburtstage, am 10. März, im Jahre 1813 gestiftete Ordenszeichen des eisernen Kreuzes. Ohne Unterschied des Standes sollte es wie in jener schweren Zeit die Brust jedes Tapferen, ob General, ob Grenadier, schmücken.

Die Abreise des Königs zum Heere. Als die drei Armeen am 31. Juli die ihnen zugewiesenen Sammelorte erreicht hatten, eilte König Wilhelm mit dem großen Hauptquartier in ihre Mitte. Bei ihm blieb außerdem der erste Rath der Krone, der eiserne Kanzler, Graf Bismarck; denn in der Hand des Herrschers sollte das Scepter neben dem Schwerte bleiben. So ist es Zollernsitte! Die Reise des Königs glich einem Triumphzuge; unbeschreiblicher Jubel der von Fern und Nah zu den Eisenbahnstationen eilenden Bevölkerung begleitete den Weg des Monarchen. In der alten Bischofstadt Köln erreichte die Begeisterung ihren Höhepunkt. Drei Viertelstunden weilte der König dort am Bahnhofe, und nicht eine Minute lang schwiegen der brausende Sang patriotischer Lieder und das in die Lüfte erschallende Hurrah einer nach Tausenden zählenden Menge. Als der Zug sich wieder in Bewegung setzen wollte, wich die bis an den Königswagen nachstürmende Volksmasse nicht, und es bedurfte erst der Bitten des Königs, um Platz zu schaffen. Ob solcher Zeichen der Anhänglichkeit und Liebe flog ein dankbares Lächeln über die ernsten Züge des greisen Helden, und er fuhr mit der sicheren und erhebenden Ueberzeugung an den weinumlaubten Ufern des Rheinstroms hinauf, daß das deutsche Volk aus ganzem Herzen seinen schicksalsschweren Entschließungen voll zustimme, und daß die ganze Kraft des Vaterlandes zum Opfer gebracht sein müßte, sollten je des Feindes Rosse aus den Fluten des deutschen Stromes trinken. An demselben Tage, an welchem sein gekrönter Gegner den bereits erwähnten theatralischen Putsch bei Saarbrücken in Scene setzte, übernahm König Wilhelm mit einem einfachen kernigen Erlaß von Mainz aus den Oberbefehl über das deutsche Heer.

Unerwarteter Weise hatten die Franzosen bisher noch nicht die geringsten Anstalten getroffen, den Krieg auf deutsches Gebiet zu übertragen. Nun sollte ihnen „das Gesetz des Handelns" von der deutschen Heeresleitung vorgeschrieben werden.

Weißenburg und Wörth. Nahe der französischen Grenze und, wie man wußte, den nur geringen, zersplittert aufgestellten Streitkräften des französischen rechten Flügels gegenüber sammelte sich die dritte Armee. Während die beiden anderen Armeen zunächst in sich aufgeschlossen gegen die Saar vorrückten, erhielt die erstgenannte Anfangs August den Auftrag, sofort die Grenze zu überschreiten, um den Gegner anzugreifen, wo sie ihn finde. Der Würfel falle! Unweit Weißenburg stießen die infolge dessen am 4. August auf feindlichem Gebiet vorrückenden Bayern zuerst auf den Feind, der das kleine freund-

liche, hügelumkränzte Städtchen nur schwach, dahingegen den südlich gelegenen **Geißberg** stark besetzt und sich dort verschanzt hatte. Es war die Division **Douay**, welche Marschall **Mac Mahon** von seinem bei Wörth versammelten 1. Corps hierher vorgeschoben hatte, und welche nun ohne Zögern den ungleichen Kampf aufnahm. Ohne Unterstützung mußte sie sich der Angriffe von fast drei deutschen Corps erwehren, da den Bayern noch das V. und XI. Corps zu Hülfe geeilt war. Das blutige Gefecht drehte sich namentlich um den tapfer und hartnäckig vertheidigten Geißberg und das dort befindliche Schloß. Erst das Auftreten der überlegenen preußischen Artillerie konnte hier die Entscheidung zu Gunsten der Deutschen wenden. Vergeblich waren die tapferen Königsgrenadiere wiederholt den Berg hinangestürmt; aus gedeckten Stellungen hatte der Feind mit seinen weittragenden Chassepotgewehren ganze Reihen der todesmuthigen Streiter niedergeschmettert, bevor sie zum Schuß gekommen waren.



Plan der Umgegend von Wörth.

Afrikanische Truppen, Zuaven, Turkos, Zephirs, zuchtlosen barbarischen Völkerstämmen entsprossen, stürzten sich mit wildem Schlachtgeheul in den Kampf und wütheten mit Dolch und Messer unter den Verwundeten. Das war ein anderes Kämpfen als vor vier Jahren den Oesterreichern gegenüber. Hier galt es den höchsten Mannesmuth gegenüber allen Schrecknissen eines wüthenden Kampfes einsetzen. Vertrauen auf die Führer und die herrliche Disziplin des deutschen Heeres bestanden glänzend eine neue schwere Feuerprobe. Dank diesen Eigenschaften und durch große Uebermacht war der Sieg errungen; General Douay, der tapfere Vertheidiger, war als Held gefallen.

Vorwärts! Vorwärts! lautete die Parole der dritten Armee am Morgen nach dem Kampfe; denn es galt, die Hauptmacht des Feindes zu schlagen. Man suchte dieselbe Anfangs in der Richtung auf Straßburg; aber bald ergab sich, daß sie bei Wörth in vortrefflicher Stellung stand. Marschall Mac Mahon hatte hier außer zahlreicher Kavallerie sein ganzes 1. Armeecorps und einen Teil des 7. vereinigt; seine an das bei Bitsch stehende 5. Corps gerichtete Aufforderung zum schleunigen Heranrücken war zu unbestimmt und zu spät erfolgt. Er wollte, wie er sich ausdrückte, den Preußen nun die Wege weisen.

Auf Seite der Letzteren sollte sich ursprünglich erst am 6. August die dritte Armee zum Angriff versammeln; als sich aber aus einem Aufklärungsgefecht der Vortruppen des

V. Corps ein heftiger Kampf entwickelte, an dem auch das II. bayerische Corps Theil nahm, gab der Kronprinz Friedrich Wilhelm in schneller Erkenntniß der Lage die Befehle zum weiteren Durchführen des Kampfes und zum Eingreifen des andern Corps. Den in starker Stellung befindlichen Feind bei Wörth in der Front angreifend, hatte das V. Corps einen ungemein schweren Stand und setzte vergeblich alle seine Kräfte daran, den Gegner von den Höhen jenseit des Sauerbachs zu verdrängen. Doch zur rechten Zeit griffen von links her das XI., von rechts das I. bayerische Corps in den heißen Kampf ein. Der Feind, nun von beiden Seiten umfaßt, muß die tapfer vertheidigten Höhen aufgeben. Seine Schützenschwärme eilen zurück; zu ihrem Schutze werfen sich französische Kürassiere mit heldenmüthiger Todesverachtung den Bataillonen des XI. Corps entgegen. In wenig Augenblicken sind die prächtigen Reihen der Eisenreiter niedergeschmettert, Roß und Reiter wälzen sich im Blute, ein wirrer Knäuel; versprengte Reiter jagen wehrlos den preußischen Truppen zu. Doch weiter geht die Verfolgung, die bald in wildeste Flucht ausartet. Eine schließlich noch herangekommene Division des französischen 5. Corps deckt wenigstens einigermaßen die Fliehenden, welche durch die Nacht und die Vogesenschluchten den gefürchteten Lanzen der Ulanen entgehen.

Ein glänzender, schwerwiegender Sieg war erkämpft; fast 10,000 Mann des Gegners waren zu Gefangenen gemacht, 28 Geschütze, 5 Mitrailleusen erobert und unzählige Fahrzeuge, Waffen u. dgl. in die Hände des Siegers gefallen, der den Erfolg allerdings sehr theuer, mit einem Verluste von 489 Offizieren und 10,153 Mann an Todten und Verwundeten erkauft hatte.

Erstürmung der Spicherer Höhen. Aber nicht genug mit diesem einen Siege am 6. August! Wie einst der große Napoleon am verhängnißvollen 14. Oktober 1806 ein Jena und Auerstädt auf seine Fahnen schrieb, so sollte auch der 6. August eine zweite Ruhmesthat in der für unser Vaterland so glänzenden Geschichte des Deutsch-französischen Kriegs verzeichnen. — Die Vortruppen der ersten Armee waren im allmählichen Vorrücken am 6. August bis Saarbrücken gelangt und trafen dort auf den jenseitigen Höhen der Saar die Kavallerie der zweiten Armee, welche den Feind dicht vor sich hatte. Dieser schien unter Benutzung der Eisenbahn abziehen zu wollen, wurde nun aber vom General von Kameke festgehalten, der sich mit seiner Division bald dem ganzen französischen 2. Corps gegenüber sah. Dasselbe hatte die Spicherer Höhen und namentlich den Rothen Berg sowie die angrenzenden Waldstücke stark besetzt. Geschützt durch steile, nicht für zugänglich gehaltene Hänge, wähnten sich die Franzosen in Sicherheit. Da kommen die Preußen nicht herauf! Und wenn sie es versuchen sollten, wehe ihnen! — Aber sie kamen doch, die wackeren Hannoveraner und Westfalen. Mit den Vierundsiebzigern und den niederrheinischen Füsilieren stürmt General von François unter Schmettern der Signalhörner und Rasseln der Trommeln die uneinnehmbar scheinenden Höhen kühn hinan. Von Stufe zu Stufe gelangen die begeisterten Truppen vorwärts! — Da stürzt der tapfere General von mehreren Geschossen getroffen und zum Tode verwundet nieder! „Wie schön ist's, auf dem Schlachtfeld sterben!“ wendet er sich an seinen Adjutanten und haucht seine Seele aus! Weiter vorwärts stürmen die Füsiliere. Neue, dicht besetzte Schützengräben starren ihnen entgegen, und in Massen schlägt das todbringende Blei zwischen ihnen ein. Es geht nicht mehr weiter. Die Kräfte versagen. Von rechts und links stößt der übermächtige Feind vor und verdrängt einzelne Abtheilungen. Aber von allen Seiten treffen nun auch auf preußischer Seite frische Bataillone ein. So weit der Kanonendonner vernehmbar, war sofort Alles dem Kampfplatz zugeeilt. Die höheren Führer senden Befehle an die erreichbaren Truppen, in größter Eile heranzurücken. Im beschleunigten Marsche langten Theile des VIII. und III. Armeecorps auf dem Schlachtfelde an. Das Gleichgewicht der Kräfte wird dadurch einigermaßen hergestellt, und mit sicherem Blick setzen die Befehlshaber die ankommenden Truppen auf dem rechten Flügel ein, wo nun schließlich der Gegner am Abend zusammengedrückt und zum Weichen genöthigt wird.

Heldentod des Generals von François. Zeichnung von H. Lüders.

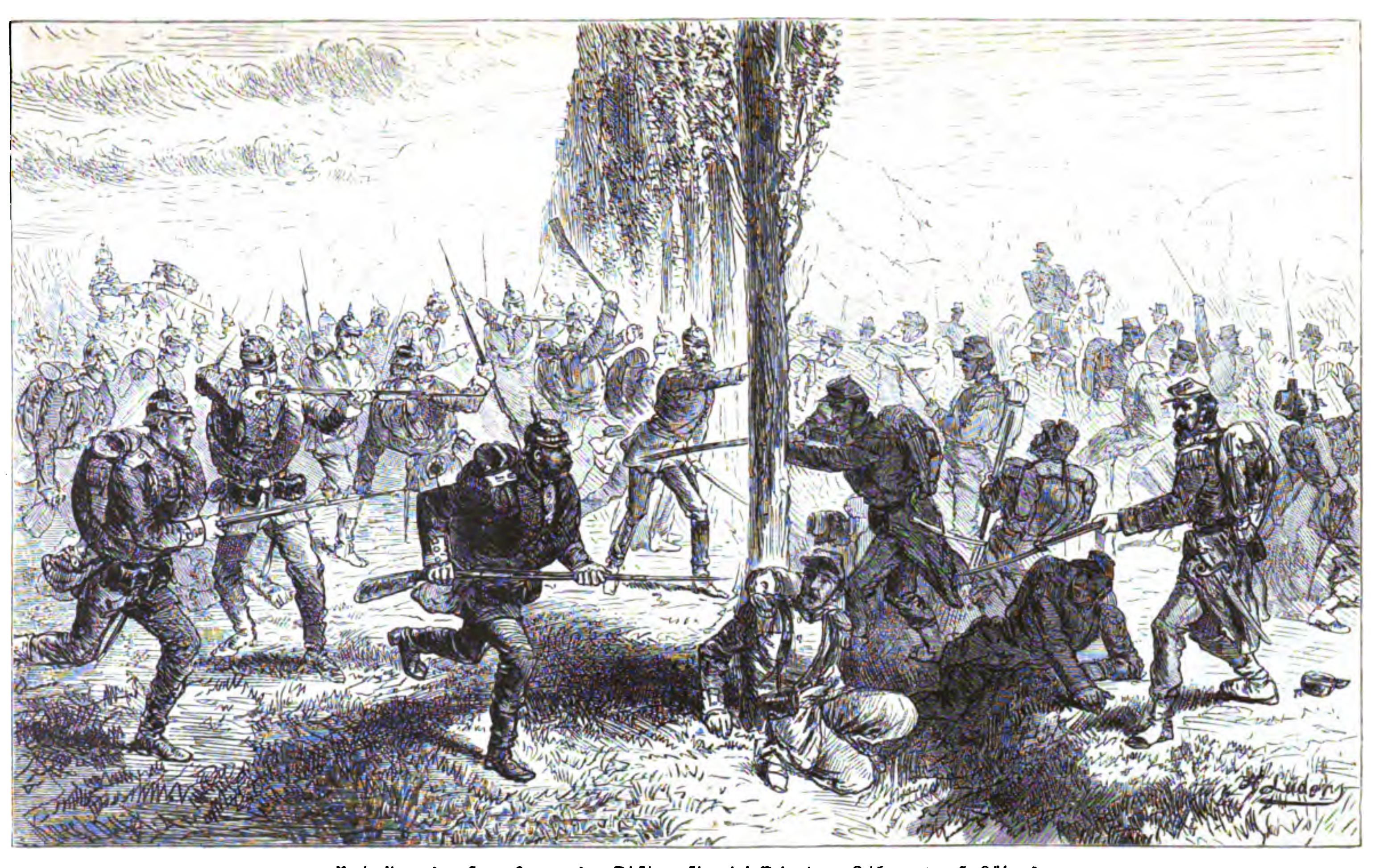
Das Erscheinen der preußischen 13. Division fast im Rücken der Franzosen zwingt dieselben bald darauf zum Rückzuge in einer alle Ordnung lösenden Eile. Auch hier ist dank der glänzenden Haltung der preußischen Truppen, allerdings unter einem Verluste von beinahe 5000 Mann ein erfolgreicher Sieg erkämpft!

Welcher Jubel in der Heimat, als die Siegesnachrichten dort ankommen! Wie manches bange Herz athmete leicht auf, das bis jetzt noch immer befürchtet hatte, den Gegner vor seiner Thür zu sehen. So groß wie hier die freudige Erregung, so stark griff dagegen die Niedergeschlagenheit im Lager Napoleon's um sich. Mac Mahon's Truppen wurden auf Chalons zurückgeführt, wo eine neue Reserve-Armee gebildet werden sollte, während die drei vor Metz aufgestellten Armeecorps den schützenden Kanonen dieser großen Festung zueilten. Anfangs hatte sich der Kaiser Napoleon III. mit dem Gedanken getragen, verstärkt durch die bei Metz verbliebene Garde und das von Chalons mittlerweile herangezogene 6. Corps, diesseit der Mosel noch einmal eine Schlacht anzunehmen. Aber von Tag zu Tag schwand seine Zuversicht mehr; tief gebeugt legte er am 12. den Oberbefehl nieder und übergab das Kommando über die Rheinarmee dem Marschall **Bazaine** mit der Verpflichtung, seine Truppen unverzüglich über Verdun nach Chalons zu führen.

Schlacht bei Colombey-Nouilly. Marschall Bazaine, ein tapferer Haudegen, hatte sich in den früheren Kriegen das Vertrauen des Heeres erworben und namentlich einige Jahre zuvor in dem mexikanischen Kriege eine militärisch hervorragende, aber nach der moralischen Seite hin eben nicht beneidenswerthe Rolle gespielt. Er traf sofort Anordnungen, den Rückzug über die Mosel und Metz nach Verdun anzutreten. Auf die abziehenden Truppen wirft sich jedoch am 14. Nachmittags General **von der Goltz** mit seiner westfälischen Brigade und, hierdurch veranlaßt, auch General von **Manteuffel**, der bekannte Führer der Mainarmee im Jahre 1866, jetzt Befehlshaber des I. Armeecorps. Bazaine läßt sich verleiten, den Kampf anzunehmen, zu dem er einen großen Theil der bereits im Abmarsch über die Mosel befindlichen Truppen heranzieht. In dem heißen hin- und herwogenden blutigen Ringen bei Colombey-Nouilly folgen schließlich die preußischen Truppen dem Gegner bis in den Schußbereich der französischen Forts. Höchst befriedigt theilt der französische Marschall dem Kaiser den Verlauf des Kampfes mit, der ihm glückwünschend erwiedert: „Sie haben den Zauber gebrochen, der unsere Waffen bisher gebannt hatte!“ Der in neuer Selbsttäuschung befangene Kaiser ahnte nicht, daß bereits ein Zauberkreis sich um Bazaine's Armee zu schließen begann!

Vormarsch an die Mosel. Nach dem Siege bei Wörth war die dritte Armee hinter den geschlagenen Truppen Mac Mahon's her, welche sich durch Benutzung der Eisenbahnen der Berührung mit den Deutschen glücklich entzogen hatten, nicht ohne Schwierigkeiten und Aufenthalt durch die Vogesenpässe weiter marschirt und im Vorbeigehen in den Besitz der kleinen Festen Lichtenberg und Lützelstein gelangt. Pfalzburg und Bitsch hatten indeß einem Handstreich die Stirn geboten; gegen das politisch wichtige Straßburg war die badische Division entsendet worden. In westlicher Richtung weiter rückend, setzen sich die Truppen des Kronprinzen allmählich in gleiche Höhe mit der ersten und zweiten Armee und dringen in Verbindung mit ihnen bis zur Mosel vor, die sie bei Nancy und Bayon am 14. und 15. August erreichen, bereit, nach rechts hin einzugreifen, falls die Noth es gebieten würde.

Die erste und zweite Armee befanden sich nämlich dort der Hauptmacht des Feindes gegenüber, indem sie nach dem Schlachttage von Spicheren den weichenden Franzosen langsam und stetig gefolgt waren, rechts die erste Armee in der Richtung auf Metz, links die zweite mit Pont à Mousson als Zielpunkt. Der letzteren schloß sich König Wilhelm mit dem großen Hauptquartier an. Da es schien, als wolle der Feind sich diesseit der Mosel nicht mehr stellen, beeilte sich die deutsche oberste Heeresleitung, in den Besitz der Moselübergänge oberhalb Metz zu gelangen. Demgemäß erhielt die zweite Armee den Befehl, den Fluß zunächst mit dem linken Flügelcorps zu überschreiten, während der rechte Flügel derselben und die erste Armee diese Bewegung gegen feindliche Unternehmungen von Metz aus zu decken hatten.



Vertreibung der Franzosen aus den Schützengräben bei Colombey. Zeichnung von H. Lüders.

Da ergab sich am 14. aus der Schlacht bei Colombey-Nouilly, daß der Feind eben erst bei Metz die Mosel überschreite. Tags darauf prüft General von Moltke die Lage an Ort und Stelle und weist nach dem jenseitigen Moselufer: „Dort liegen die Erfolge der gestrigen Schlacht! Wir müssen den Feind, bevor er die Maas überschritten, zu erreichen suchen!“ — Und ungesäumt werden die Anordnungen in diesem Sinne getroffen!

Mars la Tour. Im Begriffe von den Schluchten des Mance-Thales aus bei Mars la Tour die hochgelegene, von Metz nach Verdun führende Straße zu gewinnen, treffen die Vortruppen des III. Corps am 16. unvermuthet auf den Feind, den kurz vorher die preußische Kavallerie in seinem Lager aufgeschreckt und mit Geschützfeuer begrüßt hatte. Heftig fassen die brandenburgischen Regimenter, tüchtig unterstützt von der Artillerie, den Gegner an, dessen Hauptmacht sie bereits weit ab wähnen. Aber Bazaine steht mit seinen fünf Armeecorps noch auf den vorliegenden Höhen und wirft sich mit Wucht auf das preußische III. Corps, das in dem ungleichen Kampfe gegen eine mehr als dreifache Uebermacht mit einer Ausdauer, Hingebung und Todesverachtung kämpft, die sich den ruhmreichsten Thaten aller Zeiten an die Seite stellen dürfen. Furchtbar ist die Wirkung des Chassepotgewehres unter den immer dünner werdenden Reihen der Preußen, während der Gegner ganze Armeecorps zur Unterstützung heranführt. Doch die braven Brandenburger halten aus, wo sie sich festgesetzt haben; das letzte Bataillon nimmt schon am ungleichen Kampfe Theil. Mit sorgendem Blicke schauen die Führer nach Hülfe aus; aber sie sehen in der Ferne nur neue Massen der Franzosen anrücken, um den linken deutschen Flügel zu umfassen. Da wirft General von Alvensleben, der Führer des III. Corps, die einzige Truppe, über die er noch zu verfügen hat — das Kürassier-Regiment Nr. 7 und das Ulanenregiment Nr. 16 — dem Feinde entgegen. Todesmuthig sprengen die braven Mannen in den Feind, überreiten dessen Schützenlinie und deren Unterstützungstruppe, dringen in die Batterien ein, wo sie die Bedienungsmannschaften niederhauen. Und weiter geht's unverzagt bis in die dichten hinteren Reihen der Franzosen hinein. Nichts hält die tollkühnen Reiter auf; sie haben bereits 3000 Schritt in gestrecktem Laufe zurückgelegt. Plötzlich fallen dichte Massen französischer Kavallerie in die linke Flanke der im Losstürmen aus einander gerathenen Kürassiere — sie vermögen sich nicht wieder zusammenzuschließen, und an Widerstand ist ebenso wenig zu denken. Vereinzelt jagen die preußischen Reiter zur Sammelstätte.

„Aber nicht Alle kehren zurück;
Mancher liegt da mit gebrochenem Blick.
Ledige Rosse, den Sattel leer,
Irren verwaist auf der Walstatt umher.
Ueber dreihundert hat man gezählt
Rosse, zu denen der Reitersmann fehlt.“

Das große Opfer ist nicht umsonst gebracht. Der Feind, stutzig gemacht, hat sein Vorgehen eingestellt, die eigene Infanterie hingegen Zeit gefunden, ihre Verbände einigermaßen wieder herzustellen und die eroberten Abschnitte regelrecht zu besetzen. Hülfe naht. Das X. Corps, welches links vom III. gegen die Verduner Straße vorgeschickt war, hat durch den Kanonendonner gerufen, die ursprüngliche Marschrichtung aufgegeben und sich dem Kampfplatz zugewendet. Die einzelnen Abtheilungen desselben sind bald dem mächtigen Feinde gegenüber eingesetzt. Als die letzte Brigade eben anrückt, zeigen sich drüben mehrere französische Divisionen, im Begriff, über den preußischen linken Flügel herzufallen. In dieser Noth geht die 38. Infanteriebrigade, in eine Linie auseinandergezogen, nördlich von Mars la Tour vor. Die beiden Regimenter derselben — Nr. 16 und 57 — ihr Name wird allezeit in der preußischen Kriegsgeschichte ehrenvoll genannt werden — gewinnen den Höhenrücken und schreiten unaufhaltsam trotz des heftigsten Feuers weiter vor. Unvermuthet stoßen sie auf eine Schlucht: — hinunter, hinauf! Aber wie die Ersten oben anlangen, erblicken sie unabsehbare Massen des Feindes vor sich — und ein Kugelregen schmettert Alles nieder.

„Nah' umarmen die Heere sich;
Fertig! heult's von P'lton zu P'lton;
Auf die Kniee geworfen
Feuern die Vordern, viele stehen nicht mehr auf!
Lücken reißt die springende Granate,
Auf Vormanns Rumpf springt der Hintermann,
Verwüstung rechts und links und um und um;
Bataillone niederwälzt der Tod."

Die Schützenschwärme strömen rückwärts, doch nur ein kleiner Theil gelangt über die Schlucht zurück, der Gegner hinter ihnen her. Er wird bald Alles vernichtet haben!

Dies sehen und sich rücksichtslos auf den nachdringenden Feind werfen, ist bei den Tapfern des 1. Garde-Dragoner-Regiments das Werk eines Augenblicks.

„Auf! In den Flammendampf hinein!
Wir lächelten dem Tode zu,
Und lächeln Feind' euch zu!"

Die Franzosen eilen schleunigst in dichte Knäuel zusammen und senden ihre Verderben bringenden Geschosse unter die entschlossenen Reiter, die nach furchtbaren Verlusten vom Kampfe ablassen müssen.

Der Zweck ist erreicht — die westfälischen Brüder sind gerettet. Ein neuer Angriff der Franzosen droht jetzt auf der äußersten Linken der Deutschen. Gewaltige Reiterscharen tauchen in der Ferne auf. Unterdessen haben sich aber auch sechs preußische Kavallerieregimenter gesammelt, die ohne Säumen dem Feind zu Leibe gehen. Ein wilder Kampf zwischen etwa 5000 Reitern entspinnt sich; Lanze, Säbel und Revolver sind in voller Arbeit, ein wirres Durcheinander! „Hierher, dorthin schwankt die Schlacht! Horch, was stampft im Galopp vorbei! Dragoner rasseln in den Feind!" Endlich treten die Franzosen den Rückzug an. Der Tag neigt sich zu Ende, und die heraneilende französische Reservekavallerie wird nicht mehr ins Gefecht gebracht.

Prinz Friedrich Karl hatte in seinem Quartiere zu Pont à Mousson Nachmittags gegen zwei Uhr von dem Ernste der Lage Kunde erhalten; sofort schwingt er sich in den Sattel, und die drei Meilen zum Schlachtfeld werden in einem Jagen zurückgelegt. Um vier Uhr trifft der Prinz bei seinen Brandenburgern ein, die er in früheren Feldzügen wiederholt zum Siege geführt und die ihn jetzt mit weithin schallendem Hurrah begrüßen. Fest und entschlossen leitet er den Fortgang des Kampfes. Sein Gegner auf der andern Seite ist Marschall Bazaine, der schon längst den Marsch nach Verdun aufgegeben hat, und den nur die eine Sorge beschleicht, er könne von Metz abgeschnitten werden, das er doch verlassen sollte. Daher bereiten ihm die Angriffe gegen seinen linken Flügel bei Rezonville ganz besondere Unruhe, und er verwendet einen großen Theil seiner Kräfte nach dieser Richtung. Als dann am Abend noch Regimenter des preußischen VIII. und IX. Corps vom rechten Moselufer her auf diesem Theile des Schlachtfeldes anlangen und durch die Waldschluchten zum Angriff schreiten, wirft ihnen der französische Oberbefehlshaber überlegene Massen seiner Garde entgegen, die den deutschen Truppen große Verluste zufügen; aber eine mächtige Geschützlinie — das feste Gerippe im wogenden Kampfe — donnert jedem versuchten Vorstoße der Franzosen ein gebieterisches Halt zu. Gleichzeitig mit diesem neu entbrannten Ringen auf dem rechten Flügel läßt Prinz Friedrich Karl auf dem linken, oben an der Metz-Verduner Straße, alle zur Hand befindlichen Truppen nochmals vorrücken. Die Batterien eilen zum Angriff vor, finden aber bald unüberwindlichen Widerstand; nicht besser geht es der Infanterie. Mehrere Kavallerieregimenter traben an und gelangen im Abenddunkel bis dicht an die Infanterievierecke, deren Feuer sie zur Umkehr zwingt. Volle Finsterniß ist inzwischen eingetreten; der Schlachtenlärm verstummt. Todmüde sinken die Krieger nach fast zwölfstündigem heißen Kämpfen an der Stelle nieder, an der sie eben stehen; an ihrer Seite schlafen friedlich neben einander den ewigen

Schlaf Tausende, die sich kurz zuvor noch bekämpft. Tausende von Verwundeten stöhnen rings umher und erwarten sehnsüchtig menschliche Hülfe. Wo auf jeder Seite 16,000 Todte und Verwundete das Blachfeld bedecken, kann sie leider nur einem kleinen Theile der letzteren noch rechtzeitig gebracht werden.

Kein erhebendes, dem Allmächtigen Dank spendendes Siegesgefühl auf Seite der Deutschen! Man hat dem Gegner die südliche Straße zwar verlegt, aber wird er nicht bei anbrechendem Morgen mit erneuter Kraft anstürmen? Und wird dann die ermattete Truppe im Stande sein, Widerstand zu leisten? — Doch die hell im Osten aufgehende Morgensonne verscheucht bald auch diese Sorge. Mit Staunen sehen die deutschen Vorposten den Gegner im Abzuge begriffen. Um die Munition und Verpflegungsvorräthe zu ergänzen, führt Marschall Bazaine seine Truppen näher an Metz heran und bezieht am 17. zwischen Gravelotte und St. Privat eine feste Stellung, an der, wie er hofft, sich die Deutschen die Hörner einrennen werden.

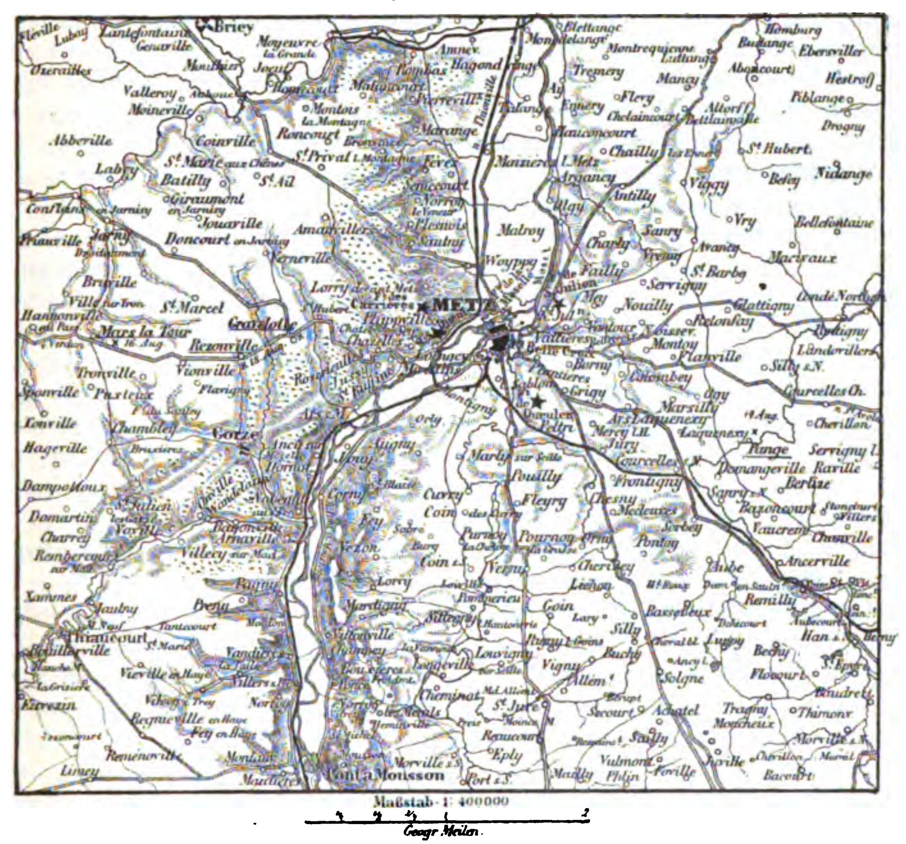
Gravelotte. Inzwischen versammelte König Wilhelm, der sich am 17. bereits um sechs Uhr Morgens auf dem Kampfplatze des gestrigen Tages eingefunden hatte, sieben Armeecorps sowie drei Kavalleriedivisionen der ersten und zweiten Armee, mit denen er am folgenden Morgen den Feind angreifen will. Als am 18. dann die vereinigte deutsche Heeresmasse unter Leitung des königlichen Oberfeldherrn in nördlicher Richtung vorgeht, stellt sich allmählich heraus, daß der Gegner nicht im Abmarsch auf Verdun, sondern noch bei Metz in Stellung ist. Nach Osten herumschwenkend, greifen die einzelnen deutschen Armeecorps den Feind kräftigst an, und es entwickelt sich wieder ein blutiges Ringen bis in das nächtliche Dunkel hinein. Bei Gravelotte, auf dem rechten Flügel der Deutschen, und links davon bei Amanvillers versuchen das VIII. und IX. Corps, den wohl verschanzten Gegner von den Anhöhen zu vertreiben. Unter dem furchtbaren Feuer, welches in die anstürmenden Schützenmassen mit entsetzlicher Wirkung einschlägt, können hier nur langsam geringe Vortheile errungen werden. Das VII. Corps sowie das am Spätabend angelangte II. Corps greifen noch ein, vermögen aber auch nicht den Feind aus seiner Hauptstellung zu verdrängen, aus der er wiederholt mit wildem Geschrei vorstürmt.

Auf einer Anhöhe unweit Rezonville beobachtet König Wilhelm den Gang der Schlacht, und wie sie vorwärts geht, sprengt auch er weiter vor und nimmt seinen Standpunkt in der Nähe von Gravelotte.

Der äußerste rechte Flügel der Franzosen ist inzwischen mit Erfolg vom preußischen Gardecorps angegriffen worden. Siegreich dringt dasselbe mit flatternden Fahnen in St. Marie aux Chênes ein.

St. Privat. In der Ferne ragt der weiße Kirchthurm von St. Privat über die Höhe hinweg; dort hält Marschall Canrobert das 6. Corps zum Widerstande bereit. Ein flacher, unbedeckter Hang trennt die Garden vom Feinde. Sie stürmen ihn hinan. Aber wie wenn alle Höllengeister auf ein Zauberwort losgelassen wären, so wüthet mit einem Male unter den dichten Massen das heftigste Feuer der Franzosen. Zerschmettert liegen ganze Bataillone in wenig Augenblicken. Vorwärts geht es nicht mehr! Die Führer bedecken fast alle todt oder verwundet den Boden! Zurück geht die Garde nicht, darf sie nicht! Da bleibt nichts übrig, als auszuharren, wenige hundert Schritte von der furchtbaren Stellung, hinter Kartoffelsträuchen oder Erdschollen hier und da ein wenig dem Auge des Gegners entzogen. Die Minuten werden in solch verzweiflungsvoller Lage zu Stunden, und manch flehender Blick wird zum Himmel empor gesendet. Endlich, endlich kommt Hülfe! Kronprinz Albert führt seine Sachsen schleunigst heran. Sie hatten einen weiten Weg zu machen, um den Franzosen in die rechte Flanke zu fallen. Aber kaum erscheinen sie, da wirft sich auch die Garde wieder kühn auf den Feind, der nun, von zwei Seiten heftig angefaßt, schnell das Weite sucht. Hierdurch wird auch die bisher von den Franzosen glücklich vertheidigte Stellung bei Amanvillers unhaltbar; nur Gravelotte gegenüber bleiben sie noch

bis zum nächsten Morgen, ziehen dann aber auch von hier ab, unter den Mauern von Metz Schutz vor dem Sieger suchend, der am 18. über 20,000 Mann verlor, während auf Seite der hinter Deckung fechtenden Franzosen nur ein Verlust von etwa 12,000 Mann eingetreten war; 200,000 Deutsche hatten gegen ungefähr 154,000 Franzosen gekämpft. Mit dieser Riesenschlacht endete das fünftägige blutige Ringen zwischen Frankreichs und Deutschlands Hauptstreitkräften, ein schwerer, verlustreicher Kampf, unwillkürlich die Zeiten der Leipziger Schlacht ins Gedächtniß zurückrufend! Wie diese, so sind auch die Tage von Metz ein wichtiger Scheidepunkt in der Geschichte der beiden großen, ihre Kraft an einander messenden Mächte.



Uebersichtskarte der Umgebung von Metz.

Die eigentliche Widerstandskraft des bewaffneten Frankreichs ist mit diesem Siege gebrochen, die Uebermacht der Deutschen unzweifelhaft festgestellt. Tausende und aber Tausende haben ihr junges Leben in diesem Kampfe hingeben müssen! „Saat von Gott gesäet, zum Tage der Garben zu reifen!“ Und fürwahr, herrlich ist die Saat aufgegangen, nicht nur zur Ehre des deutschen Heeres, sondern zum Ruhme und Heile des gesammten Vaterlandes! —

Bildung der Maas-Armee. Doch noch durfte das Schwert nicht in die Scheide gesteckt werden. Nur vor Paris konnte Deutschland den Frieden schließen, der ihm Ruhe vor den Bedrohungen und Bedrückungen des bösen Nachbars gewährleistete. Marschall Bazaine wird vom Prinzen Friedrich Karl fest in Metz eingeschlossen, so daß er an der weiteren Vertheidigung Frankreichs nicht mehr unmittelbar Theil nehmen kann. Was zu diesem Zwecke von den Truppen der ersten und zweiten Armee nicht unbedingt erforderlich ist, erhält die Bestimmung, unverzüglich in Verbindung mit der dritten Armee auf Paris vorzurücken. Aus der Garde, dem IV. und XII. Armeecorps nebst zwei Kavalleriedivisionen

wird die Maas-Armee gebildet, und mit dem Oberbefehl zeichnet König Wilhelm den in Schlachten erprobten Kronprinz Albert von Sachsen aus.

Vormarsch auf Chalons. Zur Rechten der inzwischen bis an den Ornain gelangten dritten Armee und gemeinschaftlich mit dieser rücken die Streitkräfte des sächsischen Kronprinzen vom 23. August ab in westlicher Richtung vor.. Der Weg zur französischen Hauptstadt führt über Chalons. Dort hatte Marschall Mac Mahon mittlerweile aus vier Armeecorps und zwei Kavalleriedivisionen eine neue, etwa 150,000 Mann starke Armee gebildet. Er sollte mit derselben Paris decken, zugleich aber auch der Armee des Marschalls Bazaine, welche man auf dem Marsche von Metz nach Montmedy vermuthete, Hülfe bringen. In Zweifel, wie er am besten dem doppelten Zwecke dienen könne, war Mac Mahon am 21. August aus dem Lager von Chalons aufgebrochen und nach Rheims marschirt. Seine Armee begleitete, ein Schattenbild einstiger Größe, der Kaiser Napoleon. Glücklich war er bei Metz noch eben den deutschen Reitern entkommen; aber Schwert und Scepter hatte er in andere Hände gelegt! — Schon war von Mac Mahon in Rheims am 22. der weitere Rückzug auf Paris angeordnet worden, als ihm eine Mittheilung des Marschalls Bazaine zuging, nach welcher dieser sich thunlichst bald von Metz über Montmedy auf Chalons wenden wollte; er forderte Mac Mahon zur Unterstützung dieses Planes auf. Auch die Menge in Paris, durch falsche amtliche Mittheilungen im Unklaren über die Sachlage gehalten, verlangte mit wüstem Straßengetobe Hülfe und Unterstützung der tapferen Truppen bei Metz. Die Minister stellten dafür sprechende Gründe an die Spitze ihrer Erwägungen. Für die wirkliche Kriegslage hatten sie kein Verständniß; sie glaubten den Regungen des Pariser Volksgeistes Folge leisten zu müssen. Mac Mahon, bei Magenta einst von dem tappenden Glücke mit unverdientem Feldherrnruhm und dem Herzogstitel beschenkt, war nicht der Mann, sein Schwert, einem Brennus gleich, in die Wagschale zu werfen. Nicht wie Ulrich von Hutten nimmt er mit einem „Ich wag's" das für richtig Erkannte auf seine Schulter; den auf ihn einstürmenden Einflüssen nachgebend, beschließt er gegen die eigene bessere Ueberzeugung, seine Armee nach Stenay an der Maas in Marsch zu setzen. An der Front der anrückenden Deutschen will er vorbei marschiren, dann deren rechte Flanke umgehen und sich so mit Bazaine vereinen. Ein Aufgabe würdig des großen, oft tollkühnen Soldatenkaisers Napoleon! Sie verlangte thatkräftige Durchführung, außerordentliche Schnelligkeit und strengstes Geheimhalten den Deutschen gegenüber, deren Gegenmaßregeln sonst den künstlichen Plan leicht zertrümmern konnten.

Rechtsabmarsch der dritten und Maas-Armee durch die Argonnen. Am 23. August, als die Franzosen den Marsch nach der Maas beginnen, erreichten das Hauptquartier König Wilhelm's bereits Gerüchte, daß der Gegner das Lager von Chalons verlassen habe; am 24. stellten die weit vor der Front der dritten Armee streifenden Kavallerie-Abtheilungen — das Auge und Ohr des Feldherrn — die Thatsache fest. Am 25. legten eingegangene Nachrichten die Vermuthung des Marsches der Armee von Chalons zur Vereinigung mit den Truppen Bazaine's so nahe, daß der schweigsame Denker Moltke noch Abends spät in Bar le duc vom Whisttisch aufsteht und den König aufsucht, um ihm zu melden, der Vormarsch nach Paris könne nicht fortgesetzt werden, da Marschall Mac Mahon die Vereinigung mit der Bazaine'schen Armee anstrebe, was ohne Säumen vereitelt werden müsse. Der König gab sofort seine Einwilligung zu der Ausführung des Moltke'schen Planes. Vor Allem mußten dem Gegner schleunigst die nächsten Straßen nach Metz verlegt werden. Zu diesem Zweck rückte die Maas-Armee und der rechte Flügel der dritten anstatt wie bisher in westlicher, nunmehr in nördlicher Richtung vor, während die Corps auf dem linken Flügel der letzteren vorläufig die Richtung auf Rheims festhielten, da die Möglichkeit einer Täuschung noch nicht ausgeschlossen war. Am 26. tauscht Moltke mit dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm und dessen Stabschef, General von Blumenthal,

seine Ansichten über die außergewöhnliche Lage aus, und immer klarer tritt es hierbei zu Tage, daß an der Maas voraussichtlich eine Entscheidungsschlacht stattfinden werde, zu der man alle verfügbaren Kräfte heranziehen müsse. Demgemäß wird nun auch dem linken Flügel der dritten Armee die Richtung nach Norden gegeben. Daß der Marschall Mac Mahon mit seinen Streitscharen in östlicher Richtung vormarschirt war, stellt die weit vorgeschobene Kavallerie der Maasarmee schon an diesem Tage fest. Schleunigst überschreitet der Kronprinz von Sachsen die Maas, um dem Gegner in dem Gelände zwischen diesem Flusse und der belgischen Grenze die Stirn bieten zu können; zwei Corps der Metzer Umschließungsarmee werden zu gleichem Zwecke in Marsch gesetzt. Aber bereits am 27. hat die Kavallerie in ihrer unermüdlichen Aufklärungsthätigkeit es außer Zweifel gebracht, daß die Franzosen in ihrer Bewegung nach Osten noch weit ab von der Maas stehen. Gleich einem Schachspieler auf dem Schachbret legt sich General Moltke nach den eingegangenen Meldungen die Stellung des Gegners auf der Karte zurecht und macht mit unerschütterlicher Ruhe und vernichtender Sicherheit seinen Gegenzug. Er ruft jetzt die Maasarmee wieder auf das linke Maasufer zurück; an sie heran soll sich die dritte Armee ziehen und vereint mit ihr dem Gegner immer näher auf den Leib rücken. Die Argonnen müssen dabei die Kreuz und Quer durchzogen werden, ein Gebirge, von dessen Unwegsamkeit und Unwirthlichkeit gelehrte Kriegstheoretiker zu Anfang dieses Jahrhunderts nicht genug zu erzählen wußten. Es war dieselbe Gegend, in welcher vor nicht ganz achtzig Jahren die herrschende Kabinetspolitik des verflossenen Jahrhunderts durch die Kanonade bei Valmy einen so traurigen Beweis ihrer Lebensunfähigkeit gegenüber der nationalen Begeisterung abgegeben hatte.

Moltke trug keinen Augenblick Bedenken, das Gebirge durchschreiten zu lassen; mit der Genauigkeit des Mathematikers berechnete er alle Heeresbewegungen, die dann von der Truppe auf das Pünktlichste vollzogen wurden. Solche Verhältnisse tragen den Keim des Sieges in sich.

Ein grelleres Gegenbild ist gewiß nicht zu denken, als das Verhalten der Armee von Chalons in diesen Tagen. Sobald die von Rheims über Rethel auf Stenay marschirenden französischen Corps sich von der deutschen Kavallerie in ihrer rechten Flanke umschwärmt und beobachtet sehen, zögern sie im Vorrücken, den Kampf erwartend. Mac Mahon, sobald er erfährt, daß die Deutschen ihm von Süden her entgegenrücken und Bazaine noch bei Metz steht, schwankt in seinen Entschlüssen; es zieht ihn nach Paris zurück, und er läßt die entsprechende Richtung einschlagen. Aber von dort erhält er Befehl über Befehl, Bazaine Hülfe zu bringen. Endlich beschließt er, vor den Deutschen ausweichend, seine Truppen in nordöstlicher Richtung über die Maas zu führen. Darüber war viel kostbare Zeit verstrichen. Nur die nördliche Kolonne (1. und 12. Corps) erreicht den obengenannten Fluß ohne Kampf; die südliche (5. und 7. Corps) sieht sich bereits am 29. bei Nouart und an anderen Stellen durch nachtheilige Gefechte in ihrer Vorbewegung gehemmt.

Schlacht bei Beaumont. Am 30. ruhte das französische 7. Corps nach ermüdendem Nachtmarsche einige Stunden bei Beaumont, als es plötzlich gegen Mittag in seinem Lager vom preußischen IV. Corps überrumpelt wird. Alles eilt zwar sofort zu den Waffen und leistet tapfer Widerstand, aber als rechts die Sachsen, links die Bayern eingreifen, giebt es für die Franzosen bald kein Halten mehr; sie werden von Stellung zu Stellung gedrängt, bis sie bei Mouzon an die Maas gelangen und hier durch das französische 12. Corps Aufnahme finden. Nacht und Fluß trennten die Kämpfenden.

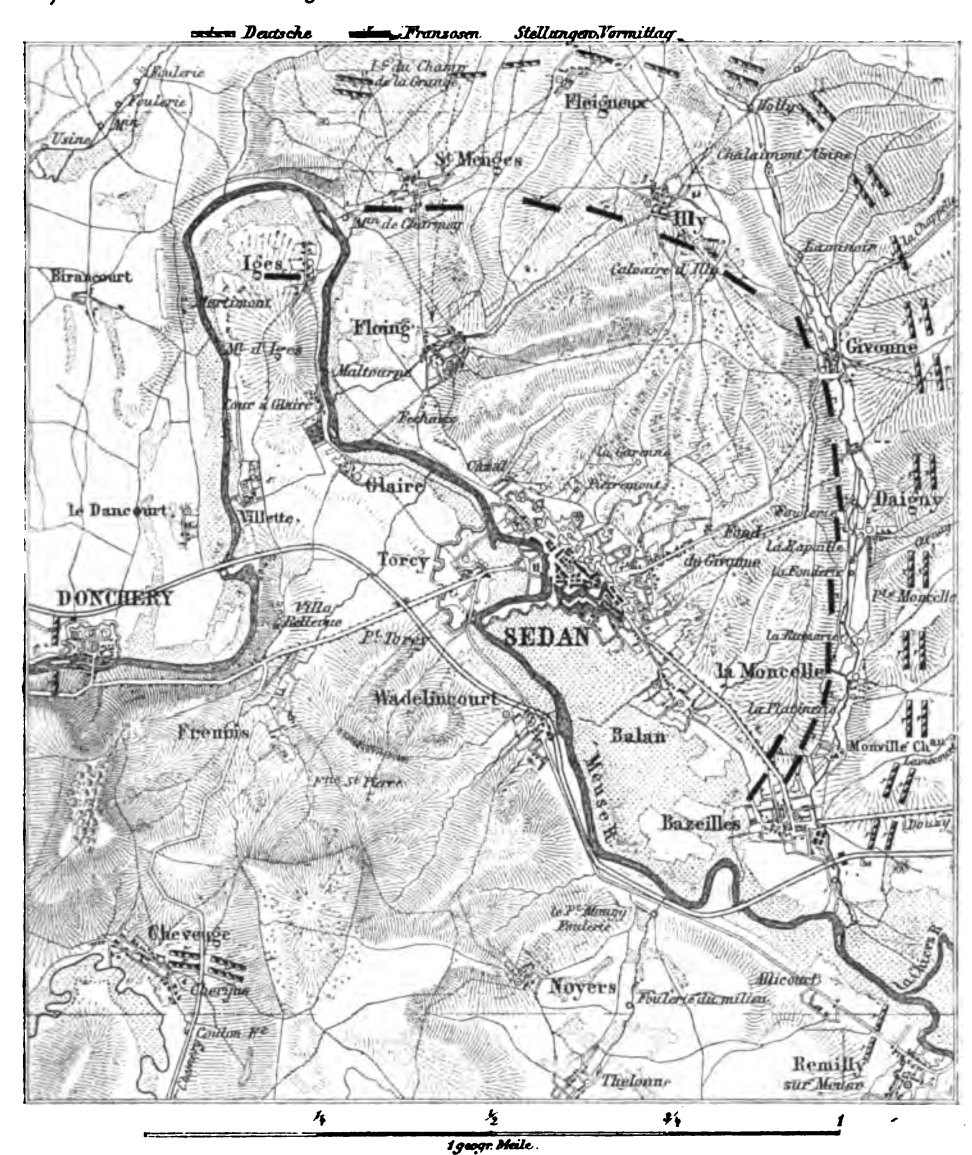
Schlacht bei Sedan. Am 31. August hatte Mac Mahon seine ganze Armee glücklich auf dem rechten Maasufer vereinigt; doch war dieselbe durch die vielfachen Kämpfe, die unausgesetzten Märsche und mangelhafte Verpflegung in einen solchen Zustand versetzt worden, daß, abgesehen von den Gegenmaßregeln der Deutschen, fürs Erste von einem Vormarsch gegen Metz nicht mehr die Rede sein konnte. Mac Mahon ließ daher seine Truppen in enger Stellung bei Sedan ruhen, in der Absicht, seine weiteren Entschließungen von dem Verhalten der Deutschen abhängig zu machen. Diese schoben

sich darauf mit ihrem rechten Flügel, der Maasarmee, wieder zwischen die Maas und die belgische Grenze, während die dritte auf dem linken Maasufer bis dicht an Sedan heranrückte. Am 1. September begann beim ersten Tagesgrauen der allseitige Vormarsch der Deutschen gegen die Stellung des Feindes. Dem General von der Tann fällt die Aufgabe zu, diesen mit dem bayerischen I. Corps festzuhalten bei Bazeilles. Begünstigt vom Nebel, überschreiten seine Bayern im Halbdunkel die Maasbrücken und überraschen das französische 12. Corps, meistens tüchtige Marinesoldaten, in Bazeilles. Hier entspinnt sich ein hartnäckiger, blutiger Häuserkampf, an dem sich selbst die Einwohner betheiligen, die wildeste Erbitterung wachrufend. Äußerst langsam dringen die Bayern vor; sie müssen ihre Geschütze bis in die Dorfstraßen vorbringen, um die Hauptvertheidigungsstätten mit diesen zu beschießen. Den Bayern zur Rechten kämpfen die Sachsen; vermittelst ihrer überlegenen Artillerie vertreiben sie den Gegner aus dem Givonnegrund und stürmen auf die jenseitigen Höhen nach. Noch weiter rechts kämpft das Gardecorps ebenfalls mit glücklichem und schnellem Erfolge; auch hier fällt der Artillerie die Hauptarbeit zu. Von Osten her umklammert dann dies Corps die Massen des Feindes und stellt die Verbindung mit dem linken Flügel der dritten Armee her. Von dieser sind in der Nacht und am Frühmorgen zwei Corps unterhalb Sedan über die Maas gegangen und haben sich, sobald festgestellt, daß der Gegner nicht im Abrücken auf Mézières begriffen, rechts gewendet, um von Norden her den Feind zu umgarnen. Dieser ist bald auf allen Seiten von einer großen Uebermacht umstellt; drüben auf dem linken Maasufer schließt das bayerische II. Corps den Eisenring. Unweit des letzteren hält auf einer weiten Umblick gestattenden Höhe König Wilhelm mit seinem Stabe und leitet von dort die Schlacht. Auf gegnerischer Seite beobachtet der Marschall Mac Mahon unweit Bazeilles die Bewegungen der Deutschen, jedoch durch einen Granatsplitter verwundet, sinkt er bald darauf vom Pferde und muß sich nach Sedan schaffen lassen. Er übergiebt dem Führer des 1. Corps, General Ducrot, den Oberbefehl, ohne diesen über die Gesammtlage oder seine gefaßten Pläne irgendwie in Kenntniß zu setzen. Ducrot erachtet die Stellung bei Sedan für unhaltbar und beschließt schleunigen Abzug nach Norden auf Mézières zu. Kaum sind die einleitenden Bewegungen hierzu gemacht, als General von Wimpffen, der Tags zuvor die Führung des 7. Corps übernommen hat, gestützt auf den Vorrang infolge des Dienstalters und mit einer Verfügung des Kriegsministers in der Hand, den Oberbefehl für sich beansprucht.

Er sieht das Heil der Armee nur in einem Durchbruch nach Süden und beginnt auch mit einigen tausend Mann diese Bewegung auf Bazeilles zu. Dort hatte das bayerische I. Corps inzwischen von dem bayerischen II. Unterstützung erhalten, und nun werden die anrückenden Massen des Feindes durch vernichtendes Feuer zurückgetrieben. Ueberall war den Franzosen der Ausweg verschlossen. Mit dem Muthe der Verzweiflung kämpften sie um Leben und Ehre, wurden aber von der Uebermacht der Deutschen, namentlich durch deren vortreffliche Artillerie, immer empfindlicher auf der besetzten Hochfläche zusammengedrängt. Dort oben bei Floing, im Norden von Sedan, wo das französische 7. Corps dem Andringen des preußischen XI. und V. weichen muß, will die Kavallerie der bedrängten Infanterie Luft schaffen. Eine ganze Reiterdivision, etwa acht Regimenter, wirft sich mit voller Wucht den Deutschen entgegen. Voll Staunen richtet König Wilhelm auf der Höhe von Frénois sein Fernrohr auf den Reitersturm, dessen Verlaufe er mit steigender Spannung folgt. Nur zu bald hat das verheerende Artillerie- und Infanteriefeuer der Deutschen die prächtigen Scharen zerschmettert. In wildem Jagen brechen einzelne Schwadronen in die Infanterie hinein, um dort vollends aus einander gesprengt zu werden. Wenige nur erreichen die Ihrigen wieder. Ehrenvoll erlagen die feindlichen Geschwader im ungleichen Kampf; das bereits besiegelte Geschick der französischen Armee hatten sie nicht mehr abzuwenden vermocht.

Unaufhaltsam dringt nun das deutsche Fußvolk von allen Seiten weiter vor, nachdem die Artillerie die Reihen des Gegners zuvor bedenklich erschüttert hat. In dem Walde

von Garenne, der letzten Zufluchtsstätte der Franzosen, so weit sie nicht nach Sedan hineingeflohen, ergeben sich Tausende ohne Kampf den preußischen Garden, während die Bayern im Süden von Bazeilles über Balan im hartnäckigen Kampfe fast bis an die Thore von Sedan vordringen.



Orientirungskarte zur Schlacht bei Sedan.

König Wilhelm, theils durch den Augenschein, theils durch die Berichte der ausgesendeten Generalstabsoffiziere von der verzweiflungsvollen Lage der Franzosen unterrichtet, ließ Nachmittags 4 Uhr die ganze auf dem linken Maasufer verfügbare Artillerie ihr Feuer gegen Sedan vereinigen, um dadurch das Zustandekommen der unvermeidlichen Kapitulation zu beschleunigen und auch dem deutschen Heere weitere Opfer zu ersparen. Bald schlagen in Sedan an mehreren Stellen die Flammen empor, und es dauert nicht lange, da erscheint auf den Wällen der Stadt die weiße Flagge. Der König schickt den Oberstleutnant von Bronsart in die Festung hinein, um den französischen Oberbefehlshaber

zur Uebergabe aufzufordern. Zu seiner nicht geringen Ueberraschung führt man den preußischen Offizier vor den Kaiser Napoleon, von dessen Anwesenheit bei der Armee man deutscherseits bisher keine Ahnung hatte.

Kaiser Napoleon's III. Gefangennahme. Napoleon, der am Morgen eine Zeit lang persönlich auf dem Kampfplatz anwesend war, hatte eben in einem eigenhändigen Schreiben an den König seiner hoffnungslosen Lage Ausdruck gegeben. Er verwies wegen der Kapitulation an den General von Wimpffen, den Oberbefehlshaber der Armee. Mit diesem Bescheide kehrte der preußische Offizier zum König zurück, dem gleichzeitig ein französischer General das Schreiben des Kaisers übergab. „Nachdem es mir nicht vergönnt war, in der Mitte meiner Truppen zu sterben, bleibt mir nichts übrig, als meinen Degen in die Hände Ew. Majestät zu legen", lauteten die Zeilen des besiegten Napoleoniden. König Wilhelm antwortete sofort, den Degen des überwundenen Gegners annehmend, daß er der Ernennung eines Bevollmächtigten behufs Einleitung der Kapitulationsverhandlungen entgegen sehe. Der hiermit betraute General von Wimpffen begann zwar noch spät am Abend mit dem deutscherseits bevollmächtigten General von Moltke zu verhandeln, wollte jedoch die von diesem geforderten Bedingungen, Niederlegen der Waffen und Kriegsgefangenschaft der französischen Armee, nicht annehmen. Erst als am andern Morgen mit Wiederbeginn des Kampfes gedroht wurde, entschloß sich der französische Obergeneral, auf Moltke's Forderungen einzugehen, und unterzeichnete gegen 11 Uhr den Vertrag. König Wilhelm, welcher mit den deutschen Fürsten und einem zahlreichen Gefolge auf der Höhe von Frénois eingetroffen war, empfing hier die Meldung von der abgeschlossenen Kapitulation. Unter dem überwältigenden Eindrucke dieses weltgeschichtlichen Ereignisses richtete der König an die um ihn Versammelten tiefgefühlte Worte des Dankes für alle Theile des deutschen Heeres und sprach die zuversichtliche Hoffnung auf eine glückliche Zukunft aus. Dann begab sich der Monarch, vom jubelnden Zurufe der Truppen begleitet, nach dem Schloß Bellevue, wo mittlerweile auch der Kaiser Napoleon eingetroffen war. Dieser hatte bereits früh Morgens 5 Uhr zu Wagen Sedan verlassen und in Begleitung einiger höheren Offiziere die Straße nach Donchery eingeschlagen, in der Hoffnung, dort König Wilhelm zu treffen. Als er diese Hoffnung vereitelt sah, ließ er den Grafen Bismarck zu sich bitten, der mit dem Kaiser in ein Weberhäuschen eintrat und dort die Wünsche desselben entgegennahm. In längerem Gespräche, das vor der Thür fortgesetzt wurde, erklärte Napoleon III., daß Friedensverhandlungen lediglich mit der Regentschaft in Paris geführt werden könnten, er bitte nur, das harte Geschick der Armee zu erleichtern. Achselzuckend konnte der Kanzler nur auf Moltke verweisen. Herbeigerufen erklärte dieser — sonst weich von Gemüth und von solchem Wohlwollen beseelt, daß ein hartes Wort wohl nie über seine Lippen kommt — mit Festigkeit und Bestimmtheit, die Rücksicht auf die Sicherheit des Vaterlandes gestatte Zugeständnisse nach dieser Richtung nicht. Der tiefgedemüthigte Franzosenkaiser bat nun, eine Zusammenkunft mit König Wilhelm herbeizuführen, und wurde hierzu das erwähnte Schloß bezeichnet.

Im kurzen Gespräche, in welchem der König eine schonungsvolle Haltung beobachtete, nahm Letzterer dort die Wünsche seines Gefangenen entgegen und traf Bestimmungen über dessen Verbleiben. — Seit dem Tage von Pavia, an welchem bekanntlich Franz I. von Frankreich im Jahre 1525 mit der Schlacht und Freiheit Alles verloren wähnte, nur seine Ehre nicht, hatte die Welt ein solches Ereigniß nicht mehr erlebt.

Die Kapitulation von Sedan. Der herrliche, folgenschwere Sieg kostete dem deutschen Heere gegen 9000 Mann an Todten und Verwundeten, den Franzosen etwa 17,000; außerdem hatten diese 21,000 Mann als Gefangene eingebüßt. 83,000 Mann streckten alsdann infolge der Kapitulation die Waffen; über 500 Geschütze neben einer Unmenge von Waffen und Fahrzeugen fielen in die Hände der Sieger. Beispiellos stand bis dahin solch ein Erfolg in der Kriegsgeschichte da! Napoleon, der große Oheim des jetzt

bezwungenen Kaisers, hatte halb Europa siegreich durchzogen, aber niemals solche Waffenerfolge errungen. Die beiden besten Heere der Welt waren gegen einander in den Kampf getreten. Vermessen wäre es beim Ausbruche des Krieges gewesen, irgendwie vorherzusagen, auf wessen Seite der Sieg fallen werde. Und jetzt lagerte jubelnd das deutsche Heer an den grünen Ufern der Maas und theilte mitleidsvoll sein Stück Brot mit dem bezwungenen Gegner, auf dessen Seite nun namenloses Elend und Jammer ohne Ende herrschten. Tüchtige Offiziere, brave Truppen, die bis zur Erschöpfung gekämpft, sahen sich wehrlos und dem Hunger preisgegeben, die traurigen Folgen jenes Prätorianerthums, wie es mehr und mehr unter der Regierung Napoleon's III. sich ausgebildet hatte. Deutlich hat der Tag von Sedan sein „Mene tekel" gesprochen: wo die Armee nicht aus den Besten des Volkes besteht, wo die Führer des Heeres selbst nicht bestrebt sind, den Besten an Bildung und Wissen gleich zu sein, da liegt die Vertheidigung des Vaterlandes nicht in sicheren Händen.

Schlacht bei Noisseville. An demselben Tage, an welchem bei Sedan sich die Armee von Chalons vergeblich den Angriffen der Deutschen zu erwehren gesucht hatte, sahen auch die in Metz eingeschlossenen Truppen von Neuem sich besiegt. Marschall Bazaine hatte nach langem Zögern und vielem Berathschlagen endlich am 31. August versucht, in nördlicher Richtung den Eisenring der Deutschen zu durchbrechen. Die spät am Nachmittage bei Noisseville begonnene Schlacht verschaffte den Franzosen nur geringe Vortheile; am andern Morgen stürmten sie von Neuem gegen die hartnäckig vertheidigten Stellungen der Ostpreußen an, wurden jedoch mit blutigen Köpfen zurückgewiesen und auch aus dem Tags zuvor von ihnen besetzten Dorfe Noisseville vertrieben, wobei die Landwehr unter General von Kummer entscheidend eingriff. Jeder Hoffnung beraubt, sich durch eigene Kraft befreien zu können, nahmen die Franzosen wieder ihre Stellungen unter den Kanonen von Metz ein.


Unterredung zwischen König Wilhelm und Kaiser Napoleon.

Lage der französischen Grenzfestungen. So war nach kaum vierwöchigem Feldzuge von dem gesammten beim Ausbruch des Krieges ins Feld gestellten französischen Heere der eine Theil kriegsgefangen, der andere, größere, dicht an der Grenze, ohne Aussicht auf Entsatz, in eine Festung eingeschlossen. Außer einzelnen unbedeutenden festen Plätzen hatten bisher die im Waffenbereiche der Deutschen liegenden französischen Festungen den gegen sie gerichteten Unternehmungen erfolgreich Widerstand geleistet. Straßburg wurde zu dieser Zeit von der badischen Division und zwei aus der Heimat herangezogenen Divisionen (Garde-Landwehr- und 1. Reserve-Division) mit zahlreichem schwerem Geschütze belagert, Diedenhofen (Thionville) wie das am 24. August aus Feldgeschützen vergeblich beschossene Verdun von der Metzer Einschließungsarmee beobachtet. Toul widerstand an dem ebengenannten Tage gleichfalls einer Beschießung und war seitdem leicht umschlossen, während die Besatzungen von Pfalzburg und Bitsch durch kleine Beobachtungscorps der

Deutschen ihre Thätigkeit nur auf die nächste Umgebung der Festung beschränkt sahen. — Die Gefahr, welche bei dem Ausbruch des Krieges den deutschen Küstenlanden gedroht hatte, war mittlerweile fast gänzlich beseitigt. Die so überraschend schnell erfolgten Siege der Deutschen hatten bald der schwankenden Haltung Dänemarks zu Ungunsten eines etwaigen Bündnisses mit Frankreich ein Ende gemacht; zwar waren französische Flotten in der Nord- und Ostsee erschienen, vermochten dort aber nur eine so geringe Thätigkeit zu entwickeln, daß man deutscherseits es für unbedenklich hielt, die ursprünglich zur Küstenvertheidigung bereitgehaltenen vier Divisionen nach dem Kriegsschauplatze heranzuziehen und wenigen Landwehrbataillonen in Gemeinschaft mit der eigenen Kriegsmarine den Schutz der Küste anzuvertrauen.

Mit Befriedigung und Stolz durfte das Vaterland auf die bisherigen Thaten des Heeres zurückblicken. Bewegten Herzens gab der Königliche Kriegsherr seinen Empfindungen Ausdruck, als er am Abend des 2. September, nach Vendresse zurückgekehrt, bei der Mahlzeit die zahlreichen Gäste aufforderte, mit ihm auf das Wohl seiner braven Armee zu trinken. „Sie, Kriegsminister von Roon, haben unser Schwert geschärft, Sie, General von Moltke, haben es geleitet, und Sie, Graf Bismarck, haben seit Jahren durch die Leitung der Politik Preußen auf den jetzigen Höhepunkt gebracht!“ Mit diesen Worten ehrte der Monarch noch besonders die drei Paladine des Reiches!

Voll Vertrauen konnte der König und mit ihm das deutsche Volk dem weiteren Verlauf des Krieges entgegenblicken. Frankreich besaß kein geschultes Heer mehr; der Kaiser befand sich in der Gewalt des Siegers; die in Paris eingesetzte Regentschaft erwies sich machtlos gegenüber der wild aufgeregten Bevölkerung der Hauptstadt. Wie sich die Verhältnisse auch gestalten mochten, über eins waren König Wilhelm und seine militärischen wie politischen Rathgeber keinen Augenblick im Zweifel geblieben: der Friede konnte nur unter den Mauern von Paris geschlossen werden. Die verweichlichte und verwöhnte Zweimillionenstadt werde sich bald, glaubte man annehmen zu dürfen, dem Ernste des Krieges beugen.

Schon am Tage nach der Kapitulation von Sedan wurden vom großen Hauptquartier des deutschen Heeres die Befehle zum Vormarsch der dritten und der Maasarmee auf Paris gegeben. Am 4. September setzten sich die Kolonnen in Bewegung, und da man einen Feind im freien Felde nicht mehr vor sich hatte, so konnten die Truppen, die dritte Armee wieder links, die Maasarmee wieder rechts, der besseren Verpflegung der Mannschaft halber in breiter Front marschiren.

Mit stolzem Bewußtsein und voll Siegeszuversicht zogen die deutschen Krieger der französischen Hauptstadt zu. Die dritte Armee berührte hierbei nicht eben den schönsten Theil des Landes, die unfruchtbare Champagne, auf deren kreidigem Boden wol treffliche Weine, jedoch wenig Getreide und Kartoffeln gedeihen. Auf derselben Straße war vor 56 Jahren der alte Blücher mit der schlesischen Armee dahin gezogen. Die Stätten der unglücklichen Februartage des Jahres 1814, in denen der unerschütterliche Muth des feurigen Vorwärtsstürmers so recht zum Ausdruck gekommen, die Etappen seines Siegeszuges nach Paris erfüllten die siegreichen Enkel jener Helden noch besonders mit Stolz und Zuversicht. Wie damals, so that auch jetzt Mancher im schäumenden Rebensaft des Guten zu viel, denn:

„Ein deutscher Mann mag keinen Franzen leiden,
Doch seine Weine trinkt er gern.“

Und wenn Einer oder der Andere unter ihnen ein Nachkomme jener deutschen Reitersmänner war, die einst im heiligen Land unter Kaiser Lobesam den Trunk sich abgethan hatten, diese Tugend seiner Altvorderen hatte er nicht geerbt.

Paris rüstet sich zum Widerstande. Während die deutschen Heeressäulen sich Tag für Tag in ihrem ungestörten Vormarsch Paris näherten, vollzogen sich daselbst große

Umwälzungen. Kaum waren die ersten Nachrichten über die Kapitulation von Sedan in der Nacht zum 4. September nach Paris gelangt, als in diesem immerwährend glimmenden Revolutionsherde die Gegner der kaiserlichen Regierung kühn ihr Haupt erhoben. Unter dem Zujauchzen der Radikalen und des Straßenpöbels erklärten einige verwegene Volksführer sofort die Napoleonische Dynastie für abgesetzt und stellten sich an die Spitze einer vorläufigen „Regierung der nationalen Vertheidigung“. Der gesetzgebende Körper und die eingesetzte Regentschaft wagten nicht den geringsten Widerspruch, geschweige denn Widerstand; die Kaiserin verließ noch am 4. Abends Stadt und Land, um in England ein gastliches Obdach zu suchen. „Der Krieg bis aufs Messer“ war die Parole der über Nacht aufgetauchten neuen Regierung, welche fast ausschließlich aus früheren Advokaten bestand. „Kein Zoll französisches Gebiet, kein Stein unserer Festungen den Deutschen!“ posaunte der neue Minister des Aeußeren, Jules Favre, in die Welt hinaus.



Die Landwehr unter General Kummer bei Noisseville. Zeichnung von H. Lüders.

Léon Gambetta, ein Gascogner voll glühender Leidenschaft, ausgerüstet mit gewaltiger Rednergabe, bis dahin Advokat und nun Minister des Innern und bald auch Kriegsminister, trieb mit kühner, unbeugsamer Thatkraft das Land zum „Widerstand bis aufs Aeußerste“ und zur Bildung neuer Truppenkörper. Vor Allem aber galt es, Paris vertheidigungsfähig zu machen. Dies Bestreben einte jetzt, da es wie einst in Rom hieß: „der Feind ist vor den Thoren!“ alle Parteien, und in edlem Wetteifer leistete die Bevölkerung und Regierung zum Staunen Europa's das Außerordentlichste. Befestigt war Paris, hauptsächlich auf Veranlassung des bekannten Geschichtschreibers der Napoleonlegende und damaligen Ministerpräsidenten Thiers, der auch jetzt wieder eine Hauptrolle spielte, bereits seit den vierziger Jahren. Die 15 vorhandenen Außenforts und die Stadtumwallung sollten jetzt zur Vertheidigung ausgerüstet, vor Allem aber mußte eine Armee geschaffen werden, deren Schutz die Landeshauptstadt anvertraut werden konnte. Außerdem mußte für die Verpflegung der fast zwei Millionen betragenden Bevölkerung auf möglichst lange Zeit gesorgt werden. Der Deutschenhaß, welcher mit jeder neuen Niederlage bedeutend gewachsen war, hatte schon Ende August in der rücksichtslosesten Weise alle Deutschen aus Paris ausgewiesen — auch in dieser Beziehung steht Paris einzig da!

Für die Vertheidigungsarmee bildete das nach der Katastrophe von Sedan glücklich aus Mézières entkommene französische 13. Corps den Kern; auf 18,000 Marinesoldaten und die Truppen eines aus Marschregimentern zusammengesetzten Armeecorps beschränkten sich im Uebrigen die vorhandenen ausgebildeten Soldaten. Weiterhin lieferten 115,000 Mobilgarden und 100,000 Nationalgarden, deren Zahl sich jedoch sehr rasch verdoppelte, eine gewaltige, vorläufig zwar nicht geschulte Truppenmasse, welche aber doch hinter den schützenden Wällen der Hauptstadt ausgebildet werden konnte und in der That auch von Tag zu Tag kriegstüchtiger gemacht wurde. Auch gelang es, für die bezeichneten Festungswerke bis gegen Mitte September mehr als 2500 schwere Geschütze, unter denen mehrere hundert vortreffliche Marinegeschütze, und alles sonst zu einer hartnäckigen Vertheidigung Erforderliche herbeizuschaffen. Allerdings hatte die kaiserliche Regierung schon bei Ausbruch des Krieges im Stillen nach dieser Richtung hin für Manches gesorgt, wenngleich es nur bei bescheidenen Anfängen geblieben. Nicht minder glücklich war man in der Beschaffung von Lebensmitteln; zu der angegebenen Zeit verfügte Paris außer vielen Millionen Portionen Fleischkonserven über 30,000 Ochsen, 6000 Schweine und 180,000 Hammel. Man hatte die Verpflegung der Einwohnerschaft auf sechs Wochen sicher gestellt, indem man glaubte, hiermit Ausreichendes gethan zu haben. Der praktische und erfinderische Sinn der Franzosen bewährte sich bei dieser Gelegenheit aufs Glänzendste. Was Kunst und Wissenschaft nur irgend boten, schuf das an Mitteln unerschöpfliche Paris in kürzester Zeit. Schwimmende Batterien, eine Dampfflotille, gepanzerte Lokomotiven, ferner Luftballons, Brieftauben, elektrisches Licht, kurz Alles, was für die Vertheidigung von Vortheil sein konnte, kam zur Verwendung. Die aufregende und doch gefahrlose Thätigkeit gefiel der Bevölkerung ganz außerordentlich, und man sah der Belagerung wie einer interessanten, viel Neues bietenden Abwechselung mit reger Neugierde entgegen.

Umzingelung von Paris. General Trochu, Präsident der Regierung, hatte die militärische Oberleitung übernommen. Als tüchtiger Offizier bekannt, der bereits im Jahre 1867 freimüthig in einem Werke die Schäden der französischen Armee aufgedeckt und sich hierdurch die Ungnade des Kaisers zugezogen hatte, schaffte und förderte er jetzt mit unermüdlichem Eifer das nächst Erforderliche, vor Allem auch darauf Bedacht nehmend, den Deutschen bereits auf der im Süden von Paris für die Vertheidigung sehr günstig gelegenen Hochfläche von Chatillon mit Waffengewalt entgegentreten zu können. Kaum waren die Hauptmaßregeln in dieser Beziehung vollzogen, als schon am 19. September die vordersten Truppen der dritten Armee im Angesichte der Hauptstadt erschienen. Das preußische V. und bayerische II. Corps mußten an diesem Tage die ihnen zugewiesenen Abschnitte der Einschließungslinie bei und westlich Chevilly im heißen Kampfe erobern. Schon gleich bei Beginn des Gefechtes nahm ein Zuavenregiment Reißaus; die Mannschaften warfen ihre Gewehre fort und liefen unter wüstem Geschrei bis nach Paris hinein, wo sie Schrecken und Aufregung verbreiteten. Fürwahr ein viel versprechender Anfang der Vertheidigung! General Trochu ging zwar scharf gegen die Schuldigen vor, aber damit konnte der üble Eindruck, den dies Vorkommniß bei den Truppen und der Bevölkerung hervorgerufen hatte, nicht verwischt werden.

Im Uebrigen vollzog sich die Umzingelung der Riesenfeste ohne nennenswerthen Widerstand. Der dritten Armee fiel hierbei Süden und Westen, der Maasarmee Norden und Osten der Umgebung von Paris zu. Die letztere hatte auf dem Vormarsche die Festung Montmedy durch Feldgeschütze der Garde-Artillerie kurze Zeit und vergeblich beschießen lassen. Als am 9. September die der 6. Kavalleriedivision zugetheilte Infanterie in die übergebene Citadelle von Laon einrücken wollte, wurde letztere von einem Artillerieunteroffizier in die Luft gesprengt und hierbei den französischen wie den deutschen Truppen ein namhafter Verlust zugefügt, ohne natürlich den Lauf der Dinge irgendwie zu ändern. Die französische Nation feierte das Verbrechen wie eine altrömische Heldenthat und legte

dadurch ein trauriges Zeugniß von der bei ihr Platz greifenden Verwirrung der Begriffe über Kriegsrecht und Kriegsbrauch ab.

Da das XI. sowie das bayerische I. Corps fürs erste behufs Bewachung und Abführung der Kriegsgefangenen bei Sedan verblieben waren, standen der deutschen Heeresleitung anfänglich nur etwa 122,000 Mann Infanterie, 24,000 Mann Kavallerie mit 622 Geschützen für die Einschließung von Paris zur Verfügung, eine verhältnißmäßig sehr kleine Truppenzahl, wenn man erwägt, daß die deutsche Vorpostenlinie eine Ausdehnung von etwa 83 km erforderte. Hinter den Sicherheitstruppen suchten die einzelnen Heerestheile sofort die ihnen zugewiesenen Abschnitte zur hartnäckigsten Vertheidigung einzurichten und sich in den vorhandenen Ortschaften, so gut es eben ging, ein behagliches Unterkommen zu bereiten. Die Wohnsitze waren fast sämmtlich verlassen und unwohnlich, Lebensmittel nur wenig oder gar nicht vorhanden; nur Wein fand sich in Menge vor. So galt es denn auch deutscherseits, alle Kräfte aufzubieten, um die Armee mit Verpflegungsgegenständen, Ersatz an Mannschaften und Bekleidung und was sonst ein Heer gebraucht, zu versehen. Erstere konnten Anfangs noch durch die weit umherstreifende Kavallerie zwar einigermaßen ausreichend herbeigeschafft werden; bald jedoch mußte man Nahrungsmittel in größerer Menge aus der Heimat heranziehen und dafür wie für die anderen Zwecke die durch Sprengung von Kunstbauten nur streckenweise benutzbaren Eisenbahnverbindungen voll in Anspruch nehmen.



Leon Gambetta.

Jules Favre bei Graf Bismarck. Unterdessen hatte Jules Favre aus eigenem Antrieb, ja ohne vorheriges Befragen der anderen Minister, am 19. September und an den folgenden Tagen sich mit Graf Bismarck über die Möglichkeit eines Friedensschlusses zu verständigen versucht, hierbei aber jede Landabtretung schroff von der Hand gewiesen. Daher zerschlugen sich die Verhandlungen vollständig, und man gelangte deutscherseits an leitender Stelle darüber vollends zur Klarheit, daß Paris jedenfalls den hartnäckigsten Widerstand leisten würde, und daß die Bezwingung der französischen Hauptstadt hauptsächlich durch Aushungerung herbeigeführt werden müsse — ein langsamer, aber auch sicherer Weg. Von einer Beschießung oder einer förmlichen Belagerung dieser Riesenfestung konnte man sich keinen durchschlagenden Erfolg versprechen. Andererseits durfte nicht außer Betracht bleiben, daß die staunenswerthe Thatkraft, mit welcher der Krieg bisher geführt worden war, und die so schnelle und großartige Erfolge erzielt hatte, die übrigen Großmächte Europa's von jeder Einmischung in diesen Völkerstreit ferngehalten hatte. Sahen sie diese Thatkraft — wenn auch nur scheinbar — erlahmen und dadurch diesen den gesammten Welthandel und Verkehr in Mitleidenschaft ziehenden Krieg übermäßig verlängert, so lag das Einmischen einer oder der andern dieser Mächte in deren eigenem Interesse nicht außerhalb des Bereichs der Wahrscheinlichkeit. Solche Rücksichten der Politik geboten daher, der Welt zu zeigen, daß die Thatkraft der Deutschen nicht erlahmt sei, und daß man dem feindlichen Kolosse kräftigst mit schweren Geschützen zu Leibe zu gehen Willens sei. Die nöthigen Anweisungen wurden baldigst erlassen; doch ließ sich fürs erste noch gar nicht absehen, wann mit der Beschießung begonnen werden könne. An der einzigen Bahnlinie, welche den Deutschen bis in die Gegend von Paris zur Verfügung stand, befand sich Toul noch in den Händen

des Feindes; es verbot sich somit deren Benutzung. Die Wegnahme dieser Feste war allerdings bereits eingeleitet; aber auch nach dem Fall derselben mußte man bei der Heranziehung eines Belagerungsparkes noch ungemeine Schwierigkeiten überwinden, da auf der in Betracht kommenden Bahnlinie bei Nanteuil sur Marne der große Eisenbahntunnel gründlich zerstört war, und die Weiterbeförderung der Geschütze u. s. w. von dort bis in die Stellungen von Paris — etwa 40 Kilometer — sich nur auf Wagen ermöglichen ließ. Um aber 300 schwere Geschütze nebst einer vorläufigen Munitionsausrüstung von 500 Schuß für jedes Geschütz auf bezeichnete Weise fortzuschaffen, hieß es ungefähr 4500 vierräderige Wagen und 10,000 Pferde in Feindesland auftreiben. Monate vergingen also sicherlich, bevor man zur Beschießung von Paris zu schreiten vermochte. Bis dahin, so hofften selbst die Vorsichtigeren, werde der Hunger und die Noth die Bewohner der eingeschlossenen Stadt zwingen, die Thore zu öffnen. Man sollte sich täuschen.

Die künstlich in Aufregung gehaltene Bevölkerung von Paris dünkte sich natürlich unter dem Schutze von mehreren hunderttausend Streitern und Tausenden von Feuerschlünden sicher wie in Abrahams Schooß. Victor Hugo, jener selbstbewußte poetische Freiheitsschwärmer, welcher nach dem Sturze Napoleon's von seinem Verbannungsort, der Insel Jersey, nach Paris zurückgekehrt war, posaunte mit seiner bekannten überschwenglichen Ruhmrederei in die Welt hinaus: „Paris der Mittelpunkt der Menschheit, die heilige Stadt; ein solcher Herd des Lichtes, der Geister, Herzen und Seelen, das Gehirn des allgemeinen Gedankens, könne nicht gestürmt, zerstört werden!“ Den Deutschen rief er zu, sie sollten umkehren, denn Paris gehöre ihnen ebenso wie Frankreich, es gehöre der ganzen Welt. „Athen war, Rom war, Paris ist! Deutschland würde Europa vernichten, wenn es Paris zerstörte.“ König Wilhelm und seinen Paladinen boten solche Ergüsse in dieser ernsten Zeit wohlthuende Erheiterung — doch die Pariser, durch Hugo's Ansprachen in ihrer Eigenliebe bestärkt, glaubten zum guten Theil nur um so fester an ihre Unbesiegbarkeit. Wol wagte der einsichtsvolle General Trochu den Mitgliedern der Regierung gegenüber seine Bedenken über die „Unbesiegbarkeit von Paris“ auszusprechen und auf die Vermittelung des Auslandes hinzuweisen; aber wäre man der urtheilslosen Menge mit solchen An- und Aussichten gekommen, so hätte man Mord und Todtschlag heraufbeschworen. So galt es denn, das Vertrauen der Bevölkerung durch häufige Ausfälle aufrecht zu erhalten und die Truppen selbst hierdurch in ihrer militärischen Tüchtigkeit zu fördern.

Einen andern Zweck hatte es denn auch nicht, als am 30. September eine bedeutende Truppenmacht aus den Südforts auf Chevilly und Choisy le Roi vorstürmte, die vordersten Abtheilungen des VI. Corps überrannte, dann aber den schnell herbeieilenden Verstärkungen der Deutschen den gewonnenen Bodenabschnitt wieder überlassen mußte. Am 13. und 21. Oktober wiederholten sich solche Ausfälle gegen das bayerische II. und das V. Corps (bei Chatillon und Malmaison); sie hatten jedoch denselben Verlauf wie der erstgedachte Zusammenstoß. Etwas ernster gestaltete sich der Kampf am 23. Oktober auf der Nordfront der Einschließungslinie, wo die schwache Besatzung von Le Bourget vom Feinde überfallen und verdrängt wurde, welcher sich nun in dem Orte mit starken Kräften festsetzte und ihn zur Vertheidigung einrichtete. Am 30. Oktober beschossen die Gardebatterien indessen diese Stellung der Franzosen eine Zeit lang lebhaft, dann drangen die Bataillone der 2. Gardeinfanterie-Division mit Hurrahruf und Trommelschlag in den Ort ein. Ein heißer blutiger Kampf entspann sich im Innern desselben, und nur unter großen Verlusten gelang es endlich, den Widerstand der tapferen Vertheidiger zu brechen. Hiermit erreichten die größeren Unternehmungen seitens der Besatzung von Paris vorläufig ein Ende.

Der Fall von Straßburg und Metz. — Wenige Tage nach der vollzogenen Umzingelung der französischen Hauptstadt, am 27. September, war Straßburg — leider zum Theil zerstört — den Deutschen übergeben worden. Heldenmüthig hatte General Uhrich

mit kaum noch 10,000 Liniensoldaten und ungefähr ebensoviel National- und Mobilgarden die Festung vertheidigt, die weder Außenwerke besaß, noch überhaupt nach den neuesten Grundsätzen der Befestigungskunst umgebaut worden war. Das Belagerungscorps, allmählich auf ungefähr 50,000 Mann gebracht — auch zwei Landwehrdivisionen gehörten dazu — und mit fast 250 schweren Geschützen ausgerüstet, hatte unter dem Oberbefehl des Generals von Werder sich nur langsam Schritt vor Schritt den Wällen der Festung nähern können. Viele Wochen hindurch mußten bei Tag und bei Nacht Stadt und Wall mit Bomben und Granaten beschossen werden. Die Lohe brennender Gebäude schlug hoch zum Himmel empor und erleuchtete blutig roth weithin die Umgegend. Von dem Münsterthurme mußte der Beobachtungsposten durch Artilleriefeuer vertrieben werden. Die weltberühmte Bibliothek, reich an werthvollen Werken, brannte nieder, und mit ihr gingen manche unersetzbare Schriftstücke zu Grunde. Ganze Stadtviertel fielen in Trümmer, die armen Einwohner fristeten in dumpfen Kellern ein schreckenreiches, entbehrungsvolles Dasein.



Plan der Umgebung von Paris.

Aber sie klagten nicht, und der Muth des Vertheidigers blieb ungebrochen. Nach mehr als vierwöchigem Kampfe war der Angreifer unter Erstürmung einiger Forts der zum Theil in Trümmer geschossenen Stadtumwallung so nahe gekommen, daß zu deren Erstürmung geschritten werden konnte. Neue schwere Verluste standen für beide Theile in Aussicht — da endlich fügte sich der tapfere Kommandant ins Unvermeidliche: die Nutzlosigkeit ferneren Widerstandes einsehend, hißte er die weiße Flagge auf! — Am 30. September zogen die Sieger in die eroberte alte deutsche Stadt ein, deren jammervoller Zustand selbst die Herzen der rauhen Krieger auf das Tiefste bewegte. Genau 189 Jahre zuvor hatte die freche französische Begehrlichkeit Straßburg ohne Weiteres besetzt und die Stadt und ihr Gebiet Frankreich einverleibt. Das an den Folgen des Dreißigjährigen Krieges schwer daniederliegende Deutschland hatte den Raub ruhig geschehen lassen!

Welch endloser Jubel aber nun im deutschen Lande! Straßburg war dem deutschen Volke werth und lieb geblieben; es hatte die ihm geraubte Stadt stets als sein geistiges Eigenthum angesehen: „Zu Straßburg auf der Schanz" und „O Straßburg, o Straßburg, du wunderschöne Stadt" hatten stets mit inniger Wehmuth „des Nachts am Born die Mägde mit den Krügen" gesungen. Eng verwachsen war ja auch die Stadt durch so viele

geschichtliche Erinnerungen mit dem deutschen Vaterlande! Der herrliche, von deutscher Hand erbaute Münster! Der Große Kurfürst, der dort seinen ältesten Sohn verlor und unmuthsvoll auf dem Rückzuge über den Rhein dessen Schwert in die aufschäumenden Wogen des Stromes warf, damit es ein Hohenzoller dereinst wieder hole! Goethe in den liederreichsten Jahren seiner Jugend dort! —

Nun war mit deutschem Blute
Zurückgewonnen die Stadt,
Die einst im Uebermuthe
Der Franzmann genommen uns hatt'!

Nun hieß es heilen die Wunden,
Geschlagen im blutigen Streit!
Nun konnte Alldeutschland bekunden,
Wie werth ihm Straßburg allzeit! —

Acht Tage bevor die Deutschen in Straßburg einzogen, hatte am 23. September das, wie bereits erwähnt, durch seine Lage an der Eisenbahn nach Paris sehr wichtige Toul nach kurzer Beschießung durch schweres Geschütz seine Thore der 17. Division geöffnet, welche Anfangs zum Küstenschutz verwendet, dann aber nach dem Kriegsschauplatz herangezogen worden war. Am 16. Oktober ergab sich in gleicher Weise Soissons, am 24. Schlettstadt, dessen Besatzung sich kurz vor der Uebergabe derartig berauscht hatte, daß der französische Kommandant um früheres Einrücken behufs Herstellung der Ordnung bat. Drei Tage darauf ertönte an den Ufern der Mosel im deutschen Lager schier endloses, weithin schallendes Hurrahgeschrei: Metz, seit zehn Wochen von den Deutschen unter Entbehrungen und Mühsal mannichfachster Art, unter blutigen Kämpfen fest umklammert, lag besiegt zu ihren Füßen!

Bazaine hatte nach der Schlacht bei Noisseville jede Hoffnung auf das Gelingen eines Durchbruchs aufgegeben. Auch schwand von Tag zu Tag mehr und mehr die Aussicht, durch ein anrückendes Heer endlich befreit zu werden. Nur um die Soldaten mehr zu beschäftigen und einige Lebensmittel aus den nächstgelegenen Ortschaften einzutreiben, waren wiederholt kleinere Ausfälle ausgeführt worden, unter denen das Gefecht bei Bellevue am 7. Oktober einen ernsteren Charakter trug. Nicht ohne Absicht hatte diesmal der Franzmann die durch ihre Käppis weithin erkennbaren Landwehrtruppen der Division Kummer zum Ziele genommen. Er glaubte mit den alten bärtigen Soldaten, welche Weib und Kind verlassen mußten, um für ihr bedrohtes Vaterland zu streiten, weit leichter fertig zu werden. Er wurde bald eines Besseren belehrt. Von allen Seiten erhielten die braven Landwehrmänner schnell Unterstützung. Manches Wehrmanns Herzblut hatte allerdings den Anger roth gefärbt und seine brechenden Augen hatte keine liebende Hand zugedrückt. Und mehr noch wie hier des Blutes flossen ob all der Trauernachrichten in der fernen Heimat heiße Thränen. Statt frohen Gesanges beim Erntefeste riefen diesmal die Kirchenglocken in Schlesien und Posen zur Messe für das Seelenheil der als brave Soldaten zu einem besseren Leben Abberufenen!

Die Vorräthe in der Festung nahmen mit reißender Geschwindigkeit ab; gegen Mitte Oktober war bereits die Mehrzahl der Kavallerie- und Artilleriepferde geschlachtet und schon hierdurch die eingeschlossene Armee außer Stande, im freien Felde aufzutreten. Sichtlich schwanden die Kräfte der Truppen, die Disziplin lockerte sich in bedenklicher Weise. Die Armee stand bald vor der Wahl zwischen Hungertod und Gefangenschaft, nachdem alle Versuche ihres Oberbefehlshabers, freien Abzug zu erlangen, gescheitert waren. Am 27. Oktober übergab daher Marschall Bazaine sich und seine 173,000 Mann starke Armee mit ihrem gesammten Kriegsmaterial sowie die Festung Metz und deren ganze Ausrüstung dem Prinzen Friedrich Karl. Fürwahr neben „Sedan" nochmals ein Erfolg, wie ihn die Kriegsgeschichte bisher nicht aufzuweisen hatte, für Frankreich aber ein Verlust von neuer niederschlagender Wirkung! Denn in lügenhaften Berichten hatte Gambetta zur französischen Nation von jener herrlichen Armee dort in Metz gesprochen, die unter ihrem tapfern Führer den Preußen täglich die allerempfindlichsten Verluste zufüge und der Stolz und die Hoffnung des Vaterlandes bleibe.

Große Freude herrschte ob dieses Ereignisses im deutschen Lande, noch größere womöglich aber bei den Truppen, welche Metz eingeschlossen hatten. Der schwierige Beobachtungsdienst hatte bei der meistentheils sehr schlechten Witterung selbst die gute Laune und die Gesundheit der Kräftigsten geschädigt. In dankbarer Anerkennung der Leistungen des deutschen Heeres ernannte König Wilhelm sofort nach Abschluß der Kapitulation den Prinzen Friedrich Karl und den Kronprinzen zu Feldmarschällen, seinen treuen Rathgeber Moltke zum Grafen!

Nach dem Falle des bisher unerobertem „jungfräulichen" Metz standen der deutschen Heeresleitung die erste und zweite Armee zur gelegensten Zeit wieder zur Verfügung. Die rühmlichen Anstrengungen, welche die französische Nation, angetrieben durch die Feuer und Flamme sprühenden Veröffentlichungen des gleich einem Diktator waltenden und schaltenden Ministers Gambetta, in unermüdlicher Weise machte, um den eingedrungenen Feind vom vaterländischen Boden womöglich zu verdrängen, hatten dem Kriege bald ein ganz anderes Aeußere gegeben. Ritterlich waren das deutsche und französische Heer bisher in offenem Kampfe einander gegenüber getreten. Nach Niederlage und Entwaffnung des letzteren schrieb die zur Gewalt gelangte provisorische Regierung in Frankreich den Volkskrieg auf ihre Fahnen und erklärte jedes Mittel zur Vernichtung des Feindes für heilig. Ohne dem Heere anzugehören, durfte Jedermann die Waffen zur Vertheidigung des Vaterlandes führen. Aus Büschen und Wäldern fielen nun aus dem Hinterhalte Schüsse auf die kleinen, die einzelnen Ortschaften absuchenden Abtheilungen; wurde dann an Ort und Stelle näher nachgeforscht, so fand man entweder die sogenannten „Franctireurs" in ihren Verstecken nicht mehr vor, oder man traf dem Anscheine nach friedlich arbeitende Landbewohner, die ihre Waffen jedoch nur verborgen hatten. An einzelnen Orten vereinigten sich diese Männer des Hinterhaltes zu größeren Trupps und führten auf eigene Faust Krieg, von der Bevölkerung meist mehr gefürchtet als der Feind. Einzelne durch Fähigkeiten und Ansehen hervorragende Persönlichkeiten stellten sich an die Spitze stärkerer Freicorps und mit diesen der höheren Heeresleitung zur Verfügung. Daß bei solcher Kriegführung auch deutscherseits die Erbitterung mit der Zeit immer mehr zunehmen mußte, liegt wohl auf der Hand, und wenn trotzdem so wenig vergeltende Ausschreitungen vorkamen, so ist dies nur der eisernen Disziplin zu verdanken, welche im deutschen Heere auch jetzt gewohnheitsmäßig gehandhabt wurde. Dieser Volks- richtiger oder Buschklepperkrieg, dessen vom Standpunkt des Völkerrechts sehr bedenkliche Seite hier nicht weiter erörtert werden soll, erschwerte den Sicherheitsdienst der deutschen Soldaten zwar erheblich, auf die großen Entscheidungen und den weiteren Verlauf des Krieges blieb er jedoch ohne Einfluß.

Bis Orleans! — Den in der weiteren Umgebung von Paris aufklärenden und behufs Beitreibung von Lebensmitteln weiter ins Land hinein entsendeten Kavallerie-Abtheilungen wurde sofort noch Infanterie zugetheilt, als das erwähnte Freischaren-Unwesen an Ausdehnung zunahm; namentlich galt dies für die in südlicher Richtung vorgegangenen Kavalleriedivisionen. Diesen gegenüber zeigten sich bereits Anfang Oktober stärkere feindliche Truppenabtheilungen aller Waffen. Am 6. Oktober wurde daher General von der Tann mit dem inzwischen vor Paris eingetroffenen bayerischen I. Corps sowie der 22. Infanteriedivision, die bisher zu dem gleichfalls wieder herangerückten XI. Corps gehörte, nebst drei Kavalleriedivisionen von Paris aus südwärts entsendet und ihm die Sicherung der Einschließungsarmee bis zur Loire hin übertragen. Beim Vorrücken auf Orleans stieß diese Heeresabtheilung am 10. Oktober unweit Artenay auf eine Division des seit längerer Zeit bei obengenannter Stadt in der Bildung begriffenen französischen 15. Corps und warf dieselbe in Unordnung auf Orleans zurück. Hier hatte der Feind eine vortheilhafte Stellung eingenommen und leistete den andern Tags angreifenden Deutschen zähen Widerstand, so daß es erst am Abend gelang, die Franzosen zu werfen und in die durch das Heldenmädchen so bekannt gewordene schöne Loire-Stadt einzudringen. Von hier

ließ General von der Tann sein bayerisches Corps und eine Kavalleriedivision den auf Bourges ausgewichenen Feind weiter beobachten, während General **von Wittich** mit den übrigen Heerestheilen in nordwestlicher Richtung abrückte, da dort größere Truppenabtheilungen des Feindes gleichfalls ihre Anwesenheit fühlbar gemacht hatten. Am 15. Oktober fand der genannte General Chateaudun von einem ansehnlichen Freischarencorps besetzt und konnte erst nach hartnäckigem Kampfe, der bis zum Dunkel der Nacht in den Straßen der Stadt fortgesetzt wurde und somit blutige Greuelscenen im Gefolge haben mußte, den Gegner vertreiben. Vielfach hatten die Pioniere nur durch Einreißen von Mauern Bahn machen können; aus manchem Hause wich der Vertheidiger erst den ihn umzingelnden Flammen. Alle Achtung vor solch tapferem Feinde, welcher eine Stadt so heldenmüthig vertheidigte! Wenn aber die französischen Zeitungen unter grausiger Schilderung des nächtlichen Straßenkampfes ihre heftigen Angriffe gegen die barbarische Kriegführung der Deutschen richteten, so vergaßen sie, daß lediglich das Verhalten der Freischaren solche Scenen herbeigeführt hatte.

Bei Chartres wollte man französischerseits anfänglich in gleicher Weise auftreten, im Hinblick auf das traurige Schicksal von Chateaudun aber besann man sich noch bei Zeiten eines Besseren und ließ die Stadt ungehindert von den Deutschen in Besitz nehmen, die in der nächsten Zeit gegen Tours und Le Mans streiften. Hier sowol wie auch südlich von Orleans stieß man nur auf kleinere feindliche Abtheilungen, mit denen dann einige Kugeln gewechselt wurden. Im Uebrigen trat eine verhältnißmäßig große Stille auch auf diesem Theile des Kriegsschauplatzes ein.

Die „levée en masse“ in Frankreich. — Aber es war die Stille vor dem Gewitter; die kleinen Neckereien glichen den einzelnen Regentropfen, welche den Gewitterregengüssen voranzugehen pflegen. Denn Gambetta arbeitete unermüdlich und unausgesetzt an der Aufstellung neuer Heeresmassen. Die ganze männliche Bevölkerung von 21—40 Jahren wurde zur Verwendung im Felde herangezogen und in großen Lagern militärisch ausgebildet. Es entstanden schnell eine Menge neuer Marsch- Infanterie- und Kavallerieregimenter und eine noch größere Zahl von Mobilgarden-Regimentern. Aus diesen Truppen wurden dann sechs neue Armeecorps zusammengestellt, die hauptsächlich zur Bildung der Loire-Armee und der im Norden des Landes bei Lille sich sammelnden Nordarmee dienten. Gegen Ende Oktober und Anfangs November traten namentlich an der Loire die Anzeichen des losbrechenden Sturmes deutlich zu Tage. Die Franctireurtrupps zeigten zunehmende Dreistigkeit, und in den früher unbesetzten Ortschaften stießen die durchsprengenden deutschen Reiter auf starke französische Infanterie-Abtheilungen.

Schlacht bei Coulmiers. — Als nunmehr am 7. und 8. November durch die beobachtende Kavallerie festgestellt war, daß der Feind sich anschicke, mit großen Massen im Westen von Orleans vorzugehen und die in und bei jener Stadt stehenden Bayern von ihrer Verbindung mit dem Einschließungsheere vor Paris abzuschneiden, führte General von der Tann sein bayerisches Corps in der Nacht zum 9. in eine Stellung nordwestlich von Orleans. Hier griffen ihn am Morgen etwa 72,000 Franzosen mit 160 Geschützen heftig an; seine 19,000 Mann, von denen etwa der vierte Theil Kavallerie war, wiesen, unterstützt von 110 Geschützen, kräftigst die wiederholten Angriffe des Feindes ab, bis ihr Führer, in klarer Einsicht, daß es ihm nicht gelingen werde, auf die Dauer der vierfachen Uebermacht erfolgreich Widerstand zu leisten, nach siebenstündigem Kampfe das Gefecht abbrechen ließ und während der Nacht in der Richtung auf Paris abzog, ohne vom Feinde verfolgt zu werden. Man kann sich die ungestüme Freude denken, welche dieser Erfolg in Frankreich hervorrief. Den Kundgebungen Gambetta's gemäß, deren vollklingende Phrasen das leichtgläubige ungebildete Volk stets für baare Münze nahm, unterlag es nun keinem Zweifel mehr, daß die Kriegslage einem vollständigen Umschwunge entgegengehe, ja bereits einen solchen erfahren habe. Wer wollte zweifeln, daß der Feind bald vom vaterländischen

Boden vertrieben sein und der Friede vom siegreichen Frankreich vorgeschrieben werde! Der nicht mehr zu verheimlichende Fall von Metz wurde natürlich nur der Verrätherei des Marschalls Bazaine zugeschrieben und schnell vergessen; von der Hauptstadt, der Weltseele, werde, so glaubte man, in den nächsten Tagen schon der Alp weichen! —

Gambetta, in seinem Feuereifer, wäre nach dem Tage von Coulmiers am liebsten sofort auf Paris zu marschirt; daß selbst eine gewaltige Uebermacht neu formirter, jedoch aus mehr oder weniger unausgebildeten Mannschaften zusammengesetzter Truppencorps nur vorübergehende Erfolge herbeiführen könne, gar bald aber durch Kämpfe und andauernde Märsche in einen sehr bedenklichen Zustand gerathen müsse, wollte den Herren am grünen Tische wenig, der großen Menge aber gar nicht einleuchten. Daher sank sehr schnell das Vertrauen zu dem General Aurelle de Paladines, dem Führer jenes siegreich vorgedrungenen Heeres, als derselbe auf das Entschiedenste erklärte, vorläufig nicht im Stande zu sein, sich mit seinen sehr gelockerten Regimentern gegen Paris zu wenden; er erachtete es für das Beste, die bereits gegen ihn heranrückende Armee des Prinzen Friedrich Karl in einer befestigten Stellung zu empfangen. Man müsse sich daher begnügen, von Orleans Besitz zu nehmen und unter dem Schutze ausgedehnter Verschanzungen nördlich der Stadt neue Heeresmassen heranzuziehen.

Vorrücken der Armee-Abtheilung des Großherzogs von Mecklenburg. — Im großen Hauptquartier des Königs Wilhelm, das am 5. Oktober nach Versailles, der alten französischen Königsstadt, verlegt worden war, hatte man sich nach dem Tage von Coulmiers auf ein weiteres Vordringen des Feindes von der Loire her gefaßt gemacht. Einzelne ängstliche Gemüther sprachen schon von Kofferpacken und Aufgeben der Stellungen auf dem linken Seine-Ufer. Der große Schweiger jedoch machte unbeirrt seine strategischen Gegenzüge. Da die Einschließungsarmee inzwischen durch die von Straßburg herangerückte Gardelandwehrdivision, die zuletzt vor Toul thätig gewesene 17. Infanteriedivision, sowie durch das vor einigen Wochen erst von Metz herangezogene II. Armeecorps verstärkt worden war, so konnte man den im Süden und Westen von Paris stehenden Streitkräften ohne Bedenken die letztgenannte Infanteriedivision zutheilen. Der Großherzog Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin erhielt den Oberbefehl über diese, nun vier Infanterie- und drei Kavalleriedivisionen starke Armee-Abtheilung, deren Aufgabe dahin ging, dem etwaigen Vordringen des Feindes auf Paris mit aller Kraft entgegen zu treten. Der bereits seit Anfang November im Vormarsche auf Orleans befindlichen zweiten Armee wurde telegraphisch eine Beschleunigung ihres Heranrückens anbefohlen. Nur wenige Tage dauerte infolge dessen die für die Deutschen augenblicklich etwas gespannte Lage.

Bereits gegen Mitte November standen die einzelnen Corps des Prinzen Friedrich Karl der großen von Orleans nach Paris führenden Heerstraße so nahe, daß wenn die Franzosen auf dieser vorgerückt wären, sie der zweiten Armee Rücken und rechte Flanke preisgegeben hätten. Die Armee-Abtheilung des Großherzogs von Mecklenburg, welche Anfangs mit ihren Hauptkräften sich an dieser Straße befand, war inzwischen hauptsächlich aus westlicher Richtung durch feindliche Abtheilungen von Dreux her belästigt worden, so daß die Vermuthung auftauchte, die Franzosen hätten ihre Schwerkraft nach dieser örtlich sehr günstigen Anmarschstraße verlegt. Da nun durch das Herannahen der zweiten Armee der Süden von Paris täglich mehr gesichert wurde, so rückte der Großherzog auf Dreux vor und warf am 17. dort 7000 Mobilgarden, am 18. feindliche Linientruppen bei Chateauneuf nach kurzem Gefecht zurück. Beim weiteren Vormarsche über Nogent le Rotrou wurde es jedoch klar, daß der schnell zurückweichende Feind nicht der Loire-Armee, sondern einem kleineren, nicht weiter zu fürchtenden Truppenkörper angehöre. — Erstere war in der That bei Orleans verblieben und hatte sich mittlerweile auf etwa 200,000 Mann verstärkt. Dem unausgesetzten Drängen und Treiben Gambetta's und seiner Rathgeber, nun endlich auf Paris vorzudringen, setzte der erfahrene

General Aurelle de Paladines noch immer seine militärischen Bedenken entgegen. Dies erschien den Machthabern in Tours als übertriebene Aengstlichkeit, und da sich der General nicht willfährig zeigte, leitete man schließlich von Tours aus direkt die Heeresbewegungen. Für das hierauf Ende November in Scene gesetzte Vorrücken auf Paris war im französischen Kriegsministerium ein überaus feiner Plan ausgeklügelt worden. Dem zufolge sollte die aus vier Armeecorps bestehende Loire-Armee über Pithiviers vorrücken, in der Gegend von Fontainebleau die Seine überschreiten und so, zugleich die Verbindungen der Deutschen mit der Heimat unterbrechend, von Südosten her das bedrängte Paris befreien. Dem Diktator Gambetta schien dieser Plan unfehlbar; aber Strategen seiner Art rechnen nicht mit den wirklichen Verhältnissen des Krieges; sie kennen nicht die Grundgesetze für die Leitung der Massen, schätzen Raum und Zeit nicht richtig und glauben, daß das, was am grünen Tisch auf der Karte sich vortrefflich vollziehen läßt, auch in der Wirklichkeit nicht fehl schlagen könne. Sie sollten bald eines Besseren belehrt werden.

Schlacht bei Beaune la Rolande. — Am 28. begann die Vorwärtsbewegung damit, daß das französische 18. und 20. Corps östlich von Orleans auf Beaune la Rolande vorrückten; hier stießen sie auf den linken Flügel der zweiten Armee, welche seit einigen Tagen in der Gegend von Pithiviers mit drei Corps und zwei Kavalleriedivisionen, jedoch nur etwa 50,000 Mann stark, versammelt stand und das Eintreffen der, wie erwähnt, in westlicher Richtung vorgegangenen, nunmehr aber wieder nach der großen Pariser Straße heranbefohlenen Armee-Abtheilung des Großherzogs von Mecklenburg abwartete, um gemeinschaftlich mit derselben gegen Orleans vorzugehen. Das ungefähr 11,000 Mann starke X. Armeecorps hielt muthig den Anprall der 60,000 Franzosen aus; zwar mußten die einzelnen vorderen Abtheilungen nach und nach zurückweichen, aber das mauerumgürtete Städtchen Beaune, in dem der größte Theil der am 16. August bei Mars la Tour so todesmuthig vorgegangenen 28. Infanteriebrigade sich zur Vertheidigung eingerichtet hatte, bereitete dem Feinde einen fast unüberwindlichen Widerstand. Mit anerkennenswerther Tapferkeit stürmten die jungen französischen Soldaten gegen die verbarrikadirten Eingänge des Ortes vor; erst in nächster Nähe begrüßte sie das fest und ruhig abgegebene Gewehrfeuer der stämmigen Westfalen, und eine Salve nach der andern schmetterte die geschlossenen Reihen nieder. Einzelne Tollkühne drangen bis dicht an die Barrikaden heran und fanden hier einen schönen Soldatentod, aber die Menge war schon vorher auseinander gestäubt und zurückgeflutet. Der Feind vermag jedoch immer neue Massen einzusetzen, und mit Eintritt des Abenddunkels beginnt die Kraft der treu ausharrenden Vertheidiger zu ermatten, auch ist der Ort beinahe vollständig umfaßt. Da naht Hülfe in der höchsten Noth. Auf dem rechten Flügel wirft sich, freudig begrüßt, die herbeigeeilte 5. Infanteriedivision in den Kampf, der nun bald zu Gunsten der Deutschen umschlägt. Neu belebt geht das X. Corps gemeinschaftlich mit den Brandenburgern zum Angriff über und drängt den Feind an allen Stellen zurück. Gambetta wird durch diesen Mißerfolg nicht eingeschüchtert. Er treibt unausgesetzt zum sofortigen Vormarsch auf Pithiviers-Paris. Aber General Aurelle will immer noch nicht anfassen; er weiß, mit seiner jungen Truppe kann er nicht lange das offene Feld behaupten. Da trifft am 30. November in Tours verspätet die durch Luftballon aus Paris entsendete Nachricht ein, General Ducrot werde am 29. mit 100,000 Mann und 400 Geschützen einen Durchbruch aus Paris in südlicher Richtung versuchen und sich dann gegen die Loire wenden. Hiernach war also anzunehmen, daß jene Pariser Armee seit zwei Tagen im Kampfe stehe. Sollte ihr Hülfe gebracht werden, so lag Gefahr im Zögern. Gambetta schickt seinen ersten militärischen Rathgeber, den Ingenieur (späteren Minister) de Freycinet, sofort ins Hauptquartier der Loire-Armee und läßt unverzüglich Aufbruch in der angedeuteten Richtung verlangen; wenn aber General Aurelle jetzt wieder zögerte, so sollte sofort seine Absetzung erfolgen. Unter dem Drange der Umstände gab der französische Oberbefehlshaber nun endlich nach.

Zunächst galt es, die beiden westlich von Orleans stehenden Corps der Loire-Armee vor- und nach der großen Pariser Straße heran zu ziehen. Diese Bewegung wird am 1. Dezember begonnen. Die Franzosen stoßen hierbei auf das bayerische I. Corps, das im Verbande der Armee-Abtheilung des Großherzogs von Mecklenburg im Begriffe ist, sich, wie bereits erwähnt, der zweiten Armee zu nähern.

Bei Villepion entspinnt sich zwischen den bayerischen Vortruppen und den mit großer Uebermacht heranrückenden Franzosen ein ziemlich heftiges Gefecht, in welchem die Bayern mit einbrechender Dunkelheit, theilweise veranlaßt durch Munitionsmangel, unbelästigt vom Feinde eine kurze Strecke zurückgehen. Das war Wasser auf Gambetta's Mühle! Eine mißverstandene Nachricht über den Durchbruchsversuch des Generals Ducrot versetzt ihn in den Glauben, daß auch dieser General erfolgreich gekämpft habe, und sofort geht ein feuriger Aufruf ins Land hinaus. „Der Genius Frankreichs", heißt es in demselben, „einen Augenblick verhüllt, kommt wieder zum Vorschein! Dank den Anstrengungen des ganzen Landes kehrt der Sieg zu uns zurück, und gleichsam um uns die lange Reihe von Unglücksfällen vergessen zu machen, begünstigt er uns beinahe auf allen Punkten. — In der That hat unsere Loire-Armee seit drei Wochen alle Pläne der Preußen zu Schanden gemacht und alle ihre Angriffe zurückgeschlagen. Ihre Kriegskunst ist gegen die Festigkeit unserer Truppen, auf dem rechten wie auf dem linken Flügel, ohnmächtig gewesen... Unsere Truppen von Orleans sind muthig vorgegangen. Unsere beiden großen Armeen marschiren einander entgegen. In ihren Reihen weiß jeder Offizier, jeder Soldat, daß das Geschick des Vaterlandes in seinen Händen liegt; dies allein macht sie unwiderstehlich. Wer könnte noch an dem Ausgange dieses riesenhaften Kampfes zweifeln? — Die Preußen können heute den Unterschied ermessen zwischen einem Despoten, der sich schlägt, um seine Launen zu befriedigen, und einem bewaffneten Volke, welches nicht untergehen will. Es wird ewig eine Ehre für die Republik sein, daß sie Frankreich sein Selbstgefühl wiedergegeben, daß sie, nachdem sie es erniedrigt, entwaffnet, verrathen, von Fremden besetzt gefunden, ihm die Ehre, die Mannszucht, die Waffen, den Sieg wiedergebracht hat. — Der Eindringling ist jetzt auf dem Wege, auf dem ihn das Feuer der aufgestandenen Bevölkerung erwartet. Seht, Bürger, was eine große Nation vermag, welche den Ruhm ihrer Vergangenheit unbefleckt erhalten will, welche ihr Blut und das ihres Feindes nur vergießt, auf daß Recht und Gerechtigkeit in der Welt triumphiren mögen. Frankreich und die Welt werden nie vergessen, daß es Paris ist, welches dies Beispiel gegeben, diese Politik gelehrt und so seine moralische Oberherrschaft gegründet hat, indem es dem heldenmüthigen Geiste der Revolution treu geblieben ist. — Es lebe Paris! Es lebe Frankreich! Es lebe die einige und untheilbare Republik!"

Nur zu bald sollte es sich zeigen, daß Gambetta's lebhafte Gefühlsaufwallung ihm wiederum einen argen Streich gespielt hatte!

Schlacht bei Loigny — Poupry. Schon am 2. Dezember findet der linke Flügel der Loire-Armee, als er den Vormarsch fortsetzt, unweit Loigny kraftvollen Widerstand seitens der Bayern. Vergeblich setzen die Franzosen ihre bedeutende Uebermacht ein; sie kommen nicht vorwärts! Und als schließlich die Kraft der Bayern zu erlahmen beginnt, da greift auf ihrem linken Flügel die 17. Infanteriedivision so entscheidend ein, daß der Feind bald in vollem Rückzuge sich befindet. Etwas weiter links, bei Poupry, hat gleichzeitig die ebenfalls zur Armee-Abtheilung des Großherzogs von Mecklenburg gehörende 22. Infanteriedivision den Angriff anderer Theile der Loire-Armee in heftigem Kampfe glänzend zurückgewiesen. Mehr als 4000 Mann an Todten und Verwundeten, 2500 Mann als Gefangene, 8 Geschütze, eine Mitrailleuse und eine Fahne hat die Loire-Armee an diesem Tage eingebüßt. Der Versuch, nach Norden vorzubringen, ist vollständig gescheitert.

Vorrücken der zweiten Armee gegen Orleans. Nun ist es an den Deutschen, über den erschütterten Feind herzufallen. Sie säumen nicht einen Augenblick. Einer

Weisung des großen Hauptquartiers folgend, rückt Prinz Friedrich Karl bereits am 3. gegen Orleans vor; rechts der großen Pariser Straße die Armee-Abtheilung des Großherzogs von Mecklenburg, links und auf derselben die zweite Armee. Der Feind versucht zwar noch Widerstand zu leisten, aber die mächtige Wirkung der deutschen Artillerie und das umfassende Vorgehen der Infanterie zwingen ihn nach kurzem Kampfe stets zum Aufgeben seiner Stellungen. So sieht er sich am 4. bis nach Orleans zurückgedrängt, das er um Mitternacht den Deutschen überläßt. 14,000 Gefangene, 77 Geschütze und 4 Kanonenboote sind die Trophäen dieser glänzenden Siegestage. Zersprengt und zersplittert suchen die einzelnen Corps der Loire-Armee in den nächsten Tagen ihr Heil in der Flucht. Die kühnen Hoffnungen Frankreichs sind mit einem Schlage zerstört, um so mehr, als in diesen Tagen auch unter den Mauern der Landeshauptstadt blutige Kämpfe den Franzosen bewiesen, daß die eisernen Adlerkrallen, die Paris umklammert hielten, nicht so leicht ihren Fang losließen.

Schlacht bei Villiers — Champigny. — Nach den blutigen Oktoberkämpfen bei Le Bourget war die Stimmung in Paris infolge der ungünstigen Nachrichten über den weiteren Verlauf des Krieges eine sehr gedrückte geworden. Zudem war Herr Thiers von einer siebenwöchigen Rundreise zu den europäischen Höfen zurückgekehrt und unterrichtete mit Genehmigung des Grafen Bismarck die Regierungsmitglieder in Paris von der gänzlichen Erfolglosigkeit seiner Bemühungen, einen der größeren europäischen Staaten für Frankreichs Interesse besonders zu erwärmen. Nach der von ihm entworfenen Schilderung der Verhältnisse war weder vom Auslande noch von den Provinzen, soweit er sie jetzt durchreist, wirksame Hülfe zu erwarten. Von ihm angeknüpfte Verhandlungen mit Graf Bismarck über einen vierwöchigen Waffenstillstand zerschlugen sich gleichfalls an der deutscherseits nicht annehmbaren Forderung der Franzosen, Paris während dieser Zeit mit Lebensmitteln versehen zu dürfen. Diese Mißstimmung und Muthlosigkeit machte sich die fortwährend und fast ungestört ihr Wesen treibende Umsturzpartei zu Nutze, indem sie versuchte, die bestehende Regierung zu verdrängen, was ihr auch für einige Stunden glückte, bis es mit Hülfe mehrerer treugebliebenen Nationalgarden-Bataillone gelang, die Ordnung wieder einigermaßen herzustellen. Bald nachher drang die Kunde von dem glücklichen Ausgang des Kampfes bei Coulmiers nach Paris. Sofort erhob die wetterwendische, leicht erregbare Bevölkerung wieder hoffnungsvoll ihr Haupt und trug sich mit den kühnsten, weitausschweifenden Plänen. Zunächst wurden die in der Hauptstadt vorhandenen Streitkräfte von Neuem, und zwar in drei Armeen gegliedert, von denen die beiden von den Generalen Ducrot und Vinoy befehligten die tüchtigsten und bestausgerüsteten waren. Durch kleinere Ausfälle nach verschiedenen Seiten wurden die Deutschen einestheils in Unruhe erhalten, anderntheils die Truppe auf den großen Massenausfall vorbereitet, den die Staatslenker für durchaus nothwendig hielten, und der nichts weniger bezweckte, als den Einschließungsgürtel zu durchbrechen, der siegreich vorrückenden Loire-Armee entgegenzugehen und mit ihr vereint in das befreite Paris zurückzukehren. Nach langen Vorbereitungen und vielfachen Berathungen wurde dieses Unternehmen am 30. November ins Werk gesetzt. General Ducrot erklärte öffentlich, er kehre nur als Sieger oder als Leiche zurück. In mächtigen Massen brachen seine Truppen an jenem Morgen in östlicher Richtung aus Paris vor, überschritten die Marne auf kurz vorher erbauten Brücken und bemächtigten sich der am Flusse gelegenen Dörfer Brie und Champigny in dem Augenblicke, als die württembergische Felddivision von dort mehr nach der Seine zu sich zusammenziehen und durch Theile des XII. Corps abgelöst werden sollte. Der Versuch der Franzosen, auf der Höhe selbst sich festzusetzen, scheiterte fast durchweg an dem Eingreifen der herbeigeeilten Unterstützungen. Der verlustreiche Kampf währte bis in das Abenddunkel hinein. Einander dicht gegenüber standen hierauf die beiderseitigen Vorposten in der kalten Winternacht. Um sie herum lagen im Schnee die erstarrten Leichen der gefallenen

Kameraden, stöhnten und jammerten die ohne genügende Hülfe und Schutz daliegenden Verwundeten. Deutscherseits hatte man sich auf eine Erneuerung des Angriffes von Seiten des Gegners für den andern Tag gefaßt gemacht und Verstärkungen herangezogen. Doch die französischen Heerführer sahen ein, daß ihr Durchbruchsversuch bereits vollständig gescheitert sei, und hielten die Tags zuvor genommenen Stellungen nur noch besetzt, um mit den Truppen nicht nach Paris zurückkehren zu müssen und sich dort den Ausschreitungen des Pöbels auszusetzen. Eine von den Franzosen erbetene mehrstündige Waffenruhe wurde ihnen bewilligt und diese Zeit auf beiden Seiten zur Aufräumung des Schlachtfeldes von Verwundeten u. s. w. benutzt.



Die Loire-Armee auf der Flucht.

Am andern Tage griff dann General von Fransecky, mit dem Oberbefehl über sämmtliche zur Zeit zwischen Marne und Seine versammelten Truppen betraut, den Feind in seinen vorgeschobenen Stellungen bei Champigny und Villiers an. Unterstützt vom preußischen II. Armeecorps drangen die Sachsen und Württemberger erfolgreich vor, ohne jedoch die französischen, an Zahl weit überlegenen Truppen ganz vertreiben zu können. Erst am 3. Dezember entschloß sich General Ducrot, seine Heertheile allmählich und unbemerkt von den Deutschen im Abenddunkel auf das rechte Marne-Ufer zurückzunehmen. „Der Kampf ist nur unterbrochen", sagte er zu seinen Truppen, „um eure Schlagfähigkeit wieder vollständig herzustellen!" Paris aber gab sich von Neuem einer verzweiflungsvollen Stimmung hin. Alle Pläne zur Befreiung der Hauptstadt waren gründlich vernichtet.

Sieg der ersten Armee bei Amiens. — Des Unglücks noch nicht genug, scheiterten in diesen Tagen auch die Anstrengungen, welche im nördlichen Theile Frankreichs gemacht

worden waren, um die Einschließung von Paris zu sprengen. Wie erwähnt, sammelte sich unter dem Schutze der zahlreichen Festungen des nördlichen Frankreich die sogenannte „Nordarmee“ und schob sich gegen Mitte November bis in die Gegend von Amiens an der Somme vor, mit der Absicht, von hier aus die vor Paris lagernden Deutschen anzugreifen. Aber General von Manteuffel, an Stelle des zum Generalgouverneur der Provinz Posen ernannten Generals von Steinmetz jetzt Oberbefehlshaber der I. Armee, rückte nach dem Falle von Metz dem Feinde mit zwei Armeecorps (dem I. und VIII.) und einer Kavalleriedivision entgegen, während das gleichfalls ihm unterstellte VII. zur Besatzung von Metz und zur Wegnahme der Ardennenfestungen verwendet wurde. Am 27. November stießen die beiderseitigen Streitkräfte dicht vor Amiens auf einander. In der sich nun entspinnenden Schlacht gelangten die Rheinländer auf dem linken Flügel leichten Kaufs fast bis an die Mauern der genannten Stadt; auf dem rechten Flügel hingegen hatten die Ostpreußen einen sehr schweren Kampf durchzufechten. Hier galt es, die vom Feinde besetzten und verschanzten Anhöhen zu erstürmen. Stunden lang wogte der Kampf entscheidungslos hin und her, und nur der Feuereifer, der die nacheilenden, theils auf Protzen und Munitionswagen herangeschafften Truppen beseelte, ermöglichte es, daß diese rechtzeitig eingriffen. Mit sinkendem Tage eroberten endlich nach großen Verlusten die Ostpreußen den Stützpunkt des Feindes, Villers Bretonneux, und wendeten hierdurch auch auf diesem Flügel den Kampf zu ihren Gunsten. Noch in der Nacht verließen die Franzosen Amiens, in das die Deutschen Tags darauf einrückten; die außerhalb der Stadt liegende Citadelle ergab sich nach tapferer Gegenwehr am 30. An demselben Tage, an welchem der Sieg bei Amiens erfochten war, hatte auch die Festung La Fère, seit einiger Zeit von Theilen der ersten Armee eingeschlossen und seit zwei Tagen heftig beschossen, den Deutschen ihre Thore geöffnet.

So war Anfangs Dezember einerseits den Parisern deutlichst kund gethan, daß es ihnen wohl nicht gelingen werde, sich aus eigener Kraft zu befreien; andererseits waren die zu ihrer Unterstützung heranrückenden französischen Heere vollständig geschlagen worden. Die Deutschen hingegen besaßen nunmehr im Norden und Süden von Paris durch die Besetzung von Amiens und Orleans wichtige Stützpunkte, von denen aus sie jedem neuen Vorbrechen feindlicher Streitkräfte zeitig und kräftig entgegentreten konnten.

Von der Loire zum Loir. „Rast' ich, so rost' ich!“ Die an der Loire und Somme errungenen Erfolge wurden von der deutschen Heeresleitung baldigst weiter ausgenutzt. Nachdem Prinz Friedrich Karl der zweiten Armee zwei Ruhetage gewährt hatte, sandte er das III. Corps südostwärts auf Bourges vor, in welcher Richtung sich die rechten Flügelcorps der französischen Loire-Armee zurückgezogen hatten. Gegen die des linken Flügels hingegen, welche die Loire abwärts auf Tours den Rückzug angetreten hatten, wurde am 7. Dezember die Armee-Abtheilung des Großherzogs von Mecklenburg entsendet (bayerisches I. Corps, 17. und 22. Infanteriedivision, 2. und 4. Kavalleriedivision); mit ihr ging in gleicher Höhe auf dem linken Loire-Ufer das IX. Corps vor. Schon am ersten Tage stießen die Truppen des Großherzogs auf ansehnliche Abtheilungen des Feindes, die sich bei Meung zur Wehr setzten, jedoch gegen Abend den Rückzug antraten.

Schlacht bei Beaugency. Am Tage darauf kam es unweit Beaugency und Cravant zu einem weit ernsteren Zusammenstoß mit den Franzosen, die nun drei Tage hindurch in hartnäckigster Weise den Deutschen das weitere Vordringen wehrten.

General Chanzy, ein hervorragend thatkräftiger und tüchtiger General, hatte mit dem einen Theile der aus Orleans zurückgedrängten Truppen sowie mit zwei neu gebildeten, aus der Gegend von Le Mans herangerückten Corps — der sogenannten zweiten Loire-Armee — nördlich Blois Stellung genommen; er erwartete hier zunächst die anderen, bei Bourges gesammelten Heertheile der ersten Loire-Armee, über welche General Bourbaki den Oberbefehl erhalten hatte, und hoffte, vereint mit diesen, von Neuem gegen Paris

vorrücken zu können. Als er sich nun am 8. von den Truppen des Großherzogs angegriffen sah, hielt er mit aller Macht die besetzte Linie fest. Während es der auf dem linken Flügel kämpfenden 17. Division ohne große Verluste gelang, sich der Stadt Beaugency zu bemächtigen, hatte weiter rechts das bayerische I. Corps bei Cravant einen sehr schweren Stand. Es mußte der Uebermacht des wiederholt zum Angriffe schreitenden Feindes gegenüber seine ganze Kraft einsetzen und wäre wohl schwerlich siegreich aus dem verlustvollen Kampf hervorgegangen, wenn nicht die auf dem äußersten rechten Flügel befindliche 22. Division, ihrer wichtigen Aufgabe sich bewußt, sich rücksichtslos eingesetzt und die Franzosen zum Weichen gebracht hätte. Da das IX. Corps am folgenden Tage auf dem linken Loire-Ufer in der Richtung auf Blois vorstoßen und dadurch den Truppen Chanzy's in den Rücken kommen sollte, so gedachte der Großherzog dem weit überlegenen Feinde gegenüber die Wirkung dieses Vorgehens abzuwarten und sodann wieder zum Angriff vorzugehen. Ehe jedoch am 9. die Bereitschaftsstellung in der angeordneten Weise eingenommen war, griff General Chanzy die Deutschen mit Heftigkeit an. Sein rechter Flügel versagte bald der 17. Division gegenüber. Besser hielt sich die Mitte; hier war der Kampf wieder am heißesten, und wieder brachte erst das Eingreifen der 22. Division die Entscheidung zu Gunsten der Deutschen. Der Feind war mit großer Umsicht geführt worden; seine sachgemäß gefaßte und ins Werk gesetzte Absicht, den rechten Flügel der Deutschen zu umfassen und auf diese Weise den Sieg zu erringen, war durch das Auftreten der 4. Kavalleriedivision und die kräftige Unterstützung seitens der Bayern gänzlich vereitelt worden. Trotzdem gab der französische Oberbefehlshaber seinen Plan, die Deutschen über den Haufen zu rennen, nicht auf und schritt am 10. von Neuem zum Angriff. Aber auch auf deutscher Seite waren inzwischen den Verhältnissen entsprechende Maßregeln ergriffen worden.

Sobald man im großen Hauptquartier zu Versailles klar darüber war, daß der Feind mit seinen Hauptkräften südwestlich von Orleans stehe, erhielt Prinz Friedrich Karl den Befehl, mit allen verfügbaren Truppen auf Tours, den Sitz der Regierung, vorzurücken. Demgemäß war auch das noch bei Orleans befindliche X. Corps in Marsch gesetzt worden und griff nun, als die Franzosen am 10. den Kampf von Neuem begannen, auf dem linken Flügel mit einigen Batterien erfolgreich ein; das auch diesmal zu Tage tretende Bestreben des Feindes, die Deutschen rechts zu umfassen, scheiterte wie Tags zuvor an dem Auftreten der 4. Kavalleriedivision gemeinschaftlich mit den Bayern. General Chanzy hatte im Laufe des Tages Nachrichten erhalten, daß das Eintreffen der bei Bourges gesammelten Streitkräfte nicht zu erwarten sei; auch hatte das IX. Corps am 9. eine französische Division bei Montlivault zurückgeworfen und eine kleine hessische Abtheilung von etwa 50 Mann das stark besetzte Schloß Chambord in kühnem Angriff erstürmt, wobei 200 Mann zu Gefangenen gemacht und 5 Geschütze nebst 12 Munitionswagen erbeutet worden waren. Tags darauf war das genannte Corps auf dem linken Loire-Ufer bis in die dortige Vorstadt von Blois vorgedrungen. Unter diesen Umständen beschloß der französische Feldherr, den weiteren Widerstand aufzugeben und den Rückzug nicht über das gefährdete Blois auf Tours, sondern in scharf westlicher Richtung auf Vendôme anzutreten. Zur Deckung desselben ließ er am Vormittage noch einige Vorstöße machen, welche jedoch nur geringe Verluste verursachten. In den viertägigen Kämpfen hatte er, außer mehreren Tausenden an Todten und Verwundeten, 5000 Mann an Gefangenen und sechs Geschütze verloren; aber auch auf Seite der Armee-Abtheilung des Großherzogs waren über 3000 Mann, hauptsächlich vom bayerischen I. Corps, eingebüßt worden.

Prinz Friedrich Karl, anfänglich noch einen ferneren hartnäckigen Widerstand des Feindes vermuthend, hatte an Stelle des durch die ununterbrochenen Kämpfe und Märsche schonungsbedürftig gewordenen und nunmehr nach Orleans zurückgesendeten bayerischen I. Corps das III. nach Beaugency in Marsch setzen lassen, welches mittlerweile bei seinem

Vorstoß Loire aufwärts bis Gien nur geringe Streitkräfte des Gegners angetroffen hatte und demnächst nach Orleans zurückgekehrt war. Nachdem alsdann im Laufe des 11. deutscherseits festgestellt war, daß der Gegner das Weite gesucht, rückten am folgenden Tage die Corps der zweiten Armee weiter vor. An Stelle der bisherigen strengen Kälte war Thauwetter und Regen eingetreten, so daß sich alle Landwege bald in kaum benutzbarem Zustande befanden. Ueberall bekundete sich deutlichst die traurige Verfassung des feindlichen Heeres. Mehrere Tausend Nachzügler wurden aufgegriffen, in den Ortschaften Tausende von Verwundeten ohne genügende Pflege vorgefunden. Die Straßen waren bedeckt mit weggeworfenen Waffen und einer Menge stehengebliebener Wagen; auf den Feldern lagen Leichen von Menschen und Pferden unbeerdigt. — Die Spuren des weichenden französischen Heeres zeigten den verfolgenden Deutschen den eingeschlagenen Weg, der allerdings nicht nach Tours, sondern nach Vendôme am Loir hinwies. General Chanzy beabsichtigte, hier am Loir von Neuem Widerstand zu leisten, aber seine Unterführer erklärten einstimmig, daß die Truppen hierzu nicht im Stande seien. So führte er denn nach leichten Gefechten mit den deutschen Vortruppen seine Armee am 16. Dezember vom Loir weiter nach Westen auf Le Mans zu. Prinz Friedrich Karl folgte nicht über Vendôme hinaus; denn nicht bis in die fernsten Gegenden hinein sollte Frankreich durchzogen und besetzt werden. Man hatte vielmehr deutscherseits nur ein Hauptziel, die Bezwingung der Hauptstadt des Feindes. Alle hierzu nicht unmittelbar erforderlichen Streitkräfte mußten diesem Zwecke mittelbar dienen, d. h. zur Sicherung der Einschließungsarmee eine Stellung nehmen, von der aus sie jedem Versuch des Feindes, auf Paris vorzudringen, rechtzeitig entgegentreten konnten. Dieser Punkt war im Süden von Paris: Orleans. Hierhin führte Prinz Friedrich Karl daher einen Theil seiner Armee zurück; nur das X. Corps sollte den Gegner von Vendôme aus durch Kavallerie verfolgen lassen und beobachtend sowie nach einzelnen wichtigen Punkten, wie Tours u. s. w., vorstoßend am Loir verbleiben, während die Armee-Abtheilung des Großherzogs von Mecklenburg wieder bei Chartres die Sicherung in westlicher Richtung übernahm.

Vordringen der ersten Armee bis zur Meeresküste. — Kämpfe an der Hallue und bei Bapaume. Gegen Versuche des Feindes, von Norden her auf Paris vorzudringen, war, wie erwähnt, Ende November Amiens von der ersten Armee besetzt worden. Von hier aus rückte General von Manteuffel Anfang Dezember mit dem größten Theile seiner Truppen gegen die wichtige Handelsstadt Rouen vor, welche er am 5. Dezember ohne erheblichen Widerstand des Feindes besetzte. Von hier und dem festgehaltenen Amiens aus durchzog die erste Armee nunmehr in kleineren Kolonnen die Normandie und Pikardie bis zur Küste hin und hielt namentlich ansehnliche, bei Havre versammelte feindliche Streitkräfte in Schach. Im nordöstlichsten Landstriche Frankreichs, der schon seit Vauban's Zeiten mit einer Menge von Festungen wie übersäet und den Streifcorps demgemäß unzugänglich ist, konnte inzwischen jedoch der rührige General Faidherbe die französische Nordarmee ungestört wieder in bessern Zustand bringen und durch neuen Zuzug verstärken. Gegen Mitte Dezember brach er aus seinem Schlupfwinkel wieder vor und erreichte nach einigen kleineren Erfolgen am 22. Dezember die Gegend östlich Amiens, wo er an der Hallue, einem kleinen Nebenflüßchen der Somme, Stellung nahm. General von Manteuffel hatte den Gegner unausgesetzt beobachten lassen und warf sich ihm mit allen Streitkräften, die er, ohne Rouen ganz aufzugeben, mit der Eisenbahn von dort hatte heranziehen können, am 23. dem viel stärkeren Gegner entgegen. Zwar gelang es den Preußen, den Feind aus den an der Hallue gelegenen Ortschaften in hartnäckigen Dorfgefechten zu vertreiben; vergeblich waren jedoch alle Versuche, auf die stark besetzten und verschanzten Höhen vorzudringen und den rechten Flügel der Franzosen zu umgehen. Aber auch die Franzosen sahen ihre Angriffsstöße gegen die ihnen abgenommenen Halluedörfer sämmtlich scheitern. Nach einer eisigen, im Freien zugebrachten Winternacht wiederholten

sie am 24. ihre Anstrengungen, die Deutschen zu verdrängen. Aber ihr Mühen war umsonst. Gegen Abend zog dann Faidherbe mit seinen durch Kampf und Frost stark erschütterten jungen Truppen in aller Stille wieder den schützenden Festungen zu, deren Kanonen der heranstreifenden deutschen Kavallerie Halt geboten.

Eine schwere Weihnachtszeit oben im Norden Frankreichs für die deutschen Bursche, die wol allesammt sehnsuchtsvoll ihre Gedanken der Heimat zusendeten, wo in warmer Stube der Tannenbaum im Lichterglanz prangte und die Lieben sich gegenseitig beschenkten! Auch diese gedachten bewegten Herzens des fernen Sohnes oder Bruders und machten unter heißen Segenswünschen Päcklein „Liebesgaben" zurecht, die ihnen die Feldpost bringen sollte. Manches kam allerdings aus dem Felde wieder zurück, da der Herr der Heerscharen die jungen Helden, denen es zugedacht war, bereits dem irdischen Leid' und Freud' entrückt hatte.

General von Manteuffel ging nunmehr daran, seine Stellung bei Amiens und an der Somme nach Möglichkeit zu sichern und haltbar zu machen, zu welchem Zwecke er namentlich die Einschließung und Wegnahme der an genanntem Flüßchen liegenden kleinen Festung Peronne anordnete. Im Uebrigen wurde es ihm nur durch die äußerst gewandte Benutzung der Eisenbahnverbindung zwischen Amiens und Rouen möglich, seine schwierige Aufgabe, dem Feind je nach Umständen bald bei Rouen an der Seine, bald bei Amiens an der Somme entgegenzutreten, mit Erfolg durchzuführen. So war die bei Havre stehende französische Heeresmasse, als gegen Ende Dezember die Schwächung des deutschen Truppencorps bei Rouen erfolgte, sofort etwa 20,000 Mann stark aus ihren Verschanzungen gegen Rouen vorgebrochen. Aber kaum lagen dem Oberbefehlshaber der ersten Armee die ersten Anzeichen hierfür vor, als er auch ungesäumt alle nun wieder an der Somme entbehrlichen Truppen mit der Eisenbahn nach der unteren Seine warf und mit ihnen dem vorgebrochenen Feinde entgegenrückte. Am 4. Januar trafen die verschiedenen vorgehenden Kolonnen auf die Franzosen und trieben sie in lebhaften Gefechten bei Robert le Diable und Maison Brulet derartig zurück, daß denselben das Wiederkommen fürs erste verleidet war. Auch General Faidherbe hatte zu dieser Zeit seine Thätigkeit bereits wieder begonnen. Das von den Franzosen nur schwach besetzte Peronne mußte dem Angriffe der Deutschen bald erliegen, wenn ihm nicht Hülfe gebracht wurde; zu diesem Zwecke verließ die französische Nordarmee, zwei Armeecorps stark, Anfangs Januar nochmals den schützenden Festungsgürtel. General von Goeben, der Führer des VIII. Corps, konnte dem viermal stärkeren Gegner nur 10,000 Mann entgegenstellen, die in und bei Bapaume Stellung genommen hatten. Am 2. Januar gelang es den Franzosen, die deutschen Vortruppen auf deren Hauptstützpunkt zurückzudrängen. Die erneuten Angriffe am folgenden Tage hatten hauptsächlich die Wegnahme von Bapaume zum Ziel, aber hartnäckig wehrten sich dort die Rheinländer; auch die Umgehungsversuche des übermächtigen Feindes mißlangen durch rechtzeitiges und energisches Eingreifen der Reserven an den bedrohten Punkten. Nach zweitägigem tapfern Aushalten sah General Goeben schließlich ein, daß er dem Feinde nicht länger erfolgreichen Widerstand leisten könne, und leitete in der Nacht zum 4. Januar das Aufgeben der bisherigen Stellung ein. Nicht ohne Staunen fanden jedoch seine beobachtenden Truppen mit anbrechendem Morgen das Feld vom Gegner geräumt. Dessen Kraft war auch gebrochen. Nun dachte man natürlich deutscherseits nicht mehr an Rückzug, sondern schickte die Kavallerie sofort dem Feinde auf den Fersen nach. Peronne, sich selbst überlassen, mußte am 10. Januar seine Uebergabe anbieten. Zu solch schnellem Erfolge hatte namentlich die Wirkung der herangeschafften schweren Belagerungsgeschütze beigetragen. Mit diesen „Brummers" — wie der alte Fritz sie genannt haben würde — hatte seit dem Falle von Metz die 14. Infanteriedivision sich nach kurzer Beschießung am 24. November die Thore von Diedenhofen, am 14. Dezember die von Montmedy und am 1. Januar die von Mézières geöffnet.

Entscheidungsschlacht bei St. Quentin. Wieder harrte diesmal General Faidherbe nicht lange hinter den Festungen. Schon am 11. Januar brach er von Neuem vor. Zuerst wandte er sich wieder der Hallue zu, dann nahm er aber plötzlich die Richtung auf St. Quentin und hoffte, durch diesen Flankenmarsch um den rechten Flügel der Deutschen herum auf Paris vordringen zu können. Aber der beobachtenden deutschen Kavallerie, bekanntlich das Auge und Ohr des Feldherrn, entgingen die Bewegungen des Feindes nicht. An Stelle des zu anderweitiger Thätigkeit abberufenen Generals von Manteuffel war am 8. Januar General von Goeben getreten. Dieser hatte in den dreißiger Jahren im spanischen Karlistenkriege dem Tode ins Angesicht schauen gelernt und seine Nerven gestählt, und es hatten ihm danach die Feldzüge 1864 und 1866 Gelegenheit gegeben, sich als Truppenführer auszubilden und auszuzeichnen; jetzt sollte er als Oberbefehlshaber der ersten Armee Proben seines Feldherrntalentes ablegen. Mit sicheren Zügen begegnete er den Bewegungen des Gegners, der sich schließlich am 18. Januar westlich St. Quentin in einzelne kleinere Gefechte verwickelt und am 19. zur Entscheidungsschlacht bei St. Quentin gezwungen sah. Kurz, einfach und bündig lauteten Goeben's Befehle für diesen Kampf. Sie wurden pünktlichst ausgeführt, und Alles griff bestens in einander. So konnte es nicht fehlen, daß ein vollständiger Sieg von den Deutschen errungen wurde. Alle drei Waffen hatten in dem siebenstündigen heißen Kampfe, zu dem die oberste Heeresleitung sogar Truppen der Pariser Einschließungsarmee mit der Eisenbahn herangeschickt hatte, mit einander gewetteifert, und 10,000 Gefangene nebst 6 eroberten Geschützen krönten ihre Anstrengungen. 5000 Mann waren auf Seiten der Franzosen gefallen, die mehr als 50,000 Mann gegen etwa 30,000 Deutsche in den Kampf geführt hatten. „Den letzten Hauch von Roß und Mann zur Verfolgung des Feindes einsetzen" befahl Goeben für den 20., wie einst Blücher nach der Schlacht bei Belle-Alliance; aber der Feind hatte in der Nacht schon einen bedeutenden Vorsprung gewonnen, die Wege waren grundlos, die Kräfte der Truppen durch die vorhergegangenen Märsche und Kämpfe aufs Aeußerste angegriffen. So gelang es denn den Franzosen, ohne weitere erhebliche Verluste die schützenden Mauern der Festung Cambray zu erreichen. —

Vorstoß bis Tours. Gegen Mitte Dezember hatte es inzwischen den Anschein, als ob General Bourbaki, den man im Süden von Paris mit starker Heeresmacht bei Bourges vermuthete, in der Richtung auf Orleans vorzudringen beabsichtige, wodurch die von Vendôme wieder nach der Loire in Marsch gesetzten Armeecorps der zweiten Armee zu besonderer Eile angetrieben wurden. Bald zeigte sich jedoch, daß es blinder Lärm war, und es verblieb den bei Orleans versammelten Truppen nun Zeit und Muße, ihre Bekleidung und Ausrüstung nach den großen Anstrengungen der letzten Wochen wieder einigermaßen in Stand zu setzen. Auch die nach Chartres entsendete Armee-Abtheilung des Großherzogs von Mecklenburg sowie das bei Vendôme beobachtende X. Corps wurden, obgleich sie dem Feinde zunächst standen, sehr wenig von demselben belästigt. Die 19. Division des letzteren Corps rückte am 18. Dezember in der Richtung auf Tours vor und stieß am 20. bei Monnaie auf starke Abtheilungen des Feindes. Mit diesen entspann sich ein heftiges Gefecht, in welchem die preußische Kavallerie wiederholt zum Einhauen gelangte und die Franzosen schließlich das Feld räumten. Tags darauf erschienen die Vortruppen der Division vor Tours und fanden die Stadt zwar vom Feinde verlassen, erhielten jedoch Befehl, dieselbe nicht zu besetzen, sondern auf Blois zurückzumarschiren, wohin sich auch der übrige Theil der Division wendete.

Am Loir. In den letzten Dezembertagen regte sich der Feind lebhaft vor der Front des Großherzogs und der bei Vendôme stehenden Truppen und schien sich mit Angriffsabsichten zu tragen. Um hierüber Klarheit zu erlangen, wurde am 26. Dezember eine aus zwei Bataillonen, einer Schwadron und zwei Geschützen bestehende Kolonne in westlicher Richtung über Montoire hinaus vorgeschoben. Unweit dieses Ortes sah sich

die kleine Abtheilung am folgenden Tage von weit überlegenen Kräften vollständig umzingelt, so daß Waffenstrecken oder Vernichtung ihr Los war, falls es nicht gelang, sich durchzuschlagen. Mit hervorragender Entschlossenheit und dem Muthe der Verzweiflung stürzte sich die tapfere Schar auf die den Rückzug verlegenden Reihen des Feindes, und fast wunderbarer Weise bahnten sich sämmtliche Truppen, sogar unter Mitnahme von Gefangenen, den Weg. Aufgenommen von den zurückgelassenen Sicherungsabtheilungen, erreichten sie ohne erhebliche Verluste Vendôme wieder.

Die hierbei in den Kampf getretenen französischen Truppen gehörten einem von Le Mans vorgeschobenen stärkeren Corps an, welchem der Auftrag zutheil geworden, gegen Vendôme vorzustoßen.



General von Goeben bei St. Quentin.

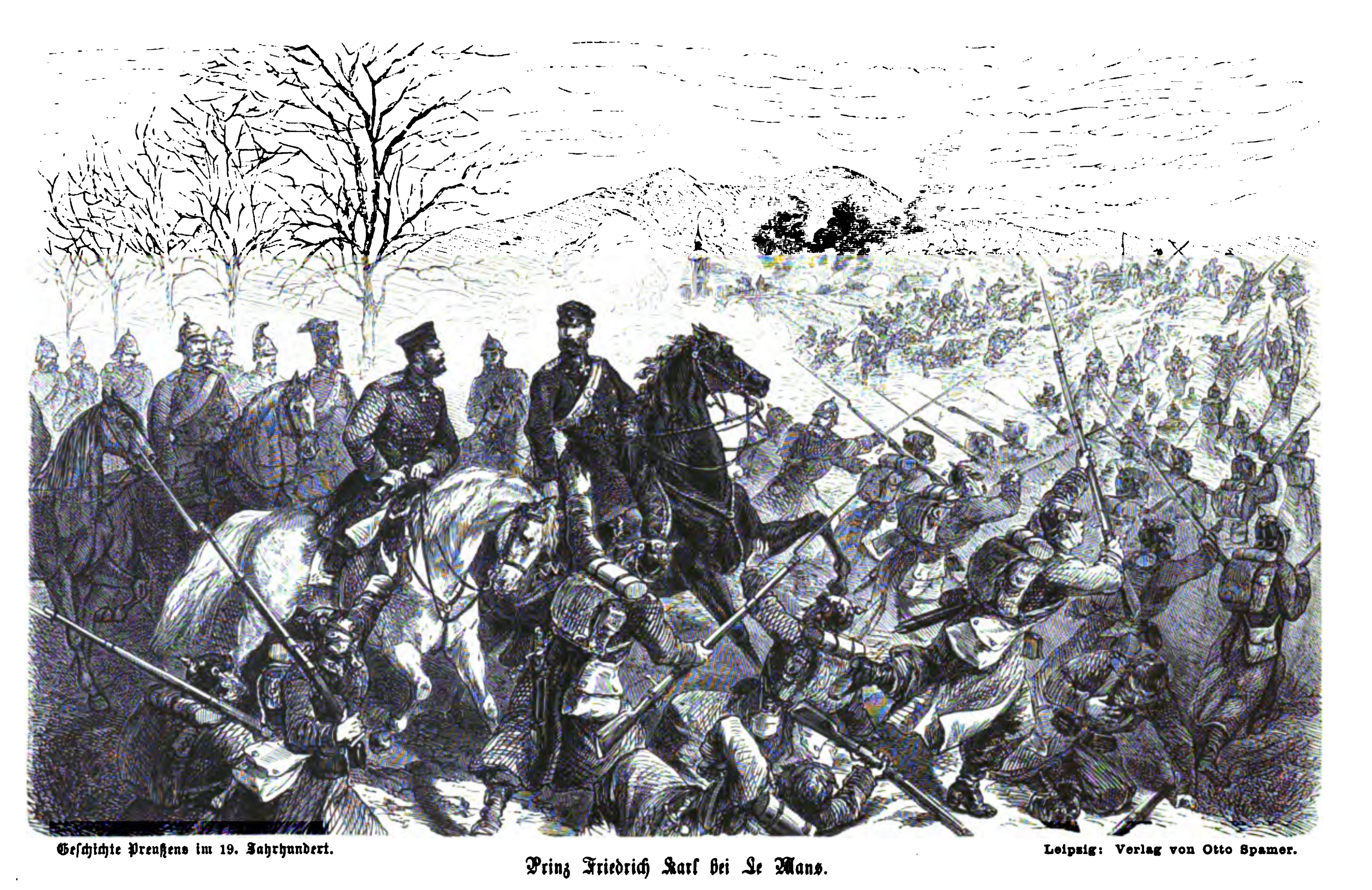
Der dort befehligende Divisionskommandeur, Generalleutenant von Kraatz, unterrichtet von der Nähe des Feindes, schickte am 31. eine stärkere Abtheilung zur Aufklärung vor; diese stieß bald auf den mit bedeutender Macht gleichfalls vorrückenden Gegner und ging dann allmählich wieder nach Vendôme zurück, gegen welchen Ort die Franzosen nun von allen Seiten heftig anstürmten. Aber sie fanden unüberwindlichen Widerstand und zogen sich unter dem Schutze der Dunkelheit aus dem Feuerbereiche der Deutschen, welche Tags darauf den Rückzug des Gegners noch durch Kavallerie und Artillerie belästigten. Wenig willkommene Neujahrsbesuche, die Lanzen der Ulanen und die Granaten der Artillerie! In den Straßen Vendôme's hörte man aber an diesem Tage manch lautes „Prosit Neujahr“, und voll guten Muthes gingen die deutschen Krieger ins neue Jahr hinein.

Erneutes Vorrücken der II. Armee. Diese Ereignisse und die Meldungen der unausgesetzt beobachtenden Kavallerie riefen im großen Hauptquartier zu Versailles die

Ueberzeugung hervor, daß General Chanzy mit der wieder neu geordneten und gekräftigten zweiten Loire-Armee von Le Mans auf Paris vorzudringen beabsichtige. Dem mußte zuvorgekommen werden. Prinz Friedrich Karl erhielt mittels des Telegraphen die Weisung, ungesäumt mit allen ihm zur Verfügung stehenden Streitkräften in westlicher Richtung vorzurücken. Sofort versammelte der Prinz-Feldmarschall die gesammte II. Armee längs des Loir und trat am 6. Januar den Vormarsch auf Le Mans an. Außer dem III., IX. und X. Corps verfügte er noch über das aus der 17. und 22. Division gebildete und dem Großherzog von Mecklenburg unterstellte XIII. Corps sowie über 4 Kavalleriedivisionen. Seine ganze Truppenmacht belief sich auf etwa 58,000 Mann Infanterie, 15,000 Mann Kavallerie und 318 Geschütze. General Chanzy vermochte ihm wenigstens 150,000 Mann entgegenzustellen. Das Gelände, welches die Deutschen zu durchschreiten hatten, war vielfach von kleinen Wasserläufen durchzogen und ziemlich stark zerklüftet; große Wälder beschränkten die an und für sich geringe Uebersichtlichkeit noch erheblich. Die Wege waren bei der nach mehrtägigem Thauwetter eingetretenen Kälte fast durchgängig mit einer Eiskruste überzogen und spiegelglatt. Im Freien konnte nicht genächtigt werden; die verhältnißmäßig in geringer Anzahl vorhandenen Ortschaften lagen weit von einander entfernt, so daß, um sie zu erreichen oder von ihnen aus sich zu größeren Kolonnen zu sammeln, bei den an sich schon kurzen Tagen viel kostbare Zeit verloren ging. Heer- wie Truppenführung hatte also mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen.

Auf dem äußersten rechten Flügel rückte der Großherzog von Mecklenburg zunächst auf Nogent le Rotrou und dann Huisne abwärts auf Le Mans zu; in der Mitte das III. Corps, dem das IX. folgte, auf dem äußersten linken Flügel das X. Corps. Das letztere sah sich in den ersten Tagen von Süden her in seiner linken Flanke angegriffen und genöthigt, zunächst gegen den Feind Front zu machen. Nachdem es ihn in mehreren heftigen Gefechten zurückgeworfen hatte, schlug das Corps auch die Richtung auf Le Mans ein; einige Kavallerieregimenter nebst einer Infanteriebrigade blieben jedoch zur ferneren Beobachtung gegen Tours stehen.

Die auf Le Mans vorrückenden Corps fanden gleich am 6. auf allen Punkten lebhaften Widerstand und mußten sich bis in das Nachtdunkel hinein jeden Schritt vorwärts erkämpfen; namentlich hatte das III. Corps bei Azay und Mazange verlustreiche Kämpfe zu führen. In den folgenden Tagen ging es nicht besser. Jede Kolonne stieß auf feindliche Abtheilungen, die nur gezwungen ihre Stellungen räumten, um sich im nächsten Abschnitt wieder festzusetzen. In dreitägigen unausgesetzten Kämpfen waren die deutschen Truppen auf diese Weise 50—60 Kilometer vorgerückt, und es hatte sich die anfänglich gegen 90 Kilometer betragende Frontausdehnung derselben nach und nach auf etwa 20 vermindert. Die vordersten Truppen befanden sich nunmehr ungefähr 15 Kilometer von Le Mans entfernt, wo General Chanzy den größten Theil seiner Armee in einer sehr starken Stellung vereinigt hatte. Ursprünglich wollte Prinz Friedrich Karl den Feind von beiden Flügeln her umfassen und ihn in der Front nur festhalten. Da die Flügel jedoch nicht in dem Maße vorwärts gekommen waren, wie die Brandenburger in der Mitte, so beschloß er, die geschaffene Lage weiter auszunutzen und den Franzosen mit der weit vorgedrungenen Mitte ungesäumt auf den Leib zu gehen, um zu verhindern, daß sie alle ihre Kräfte bei Le Mans sammelten. Die beiden Flügel sollten dann von der Mitte aus unterstützt werden. Es entspannen sich drei Tage hindurch neue hartnäckige Gefechte, in ihrer Gesammtheit „Schlacht bei Le Mans“ genannt. Die bereits geschilderten Schwierigkeiten, welche Gelände und Witterung verursachten, steigerten sich in diesen Tagen noch erheblich und nahmen die Kräfte von Menschen und Pferden ungemein in Anspruch; Schneefall und Nebel verhinderten jede Fernsicht, große Wälder erschwerten die Entwicklung selbst kleinerer Kolonnen. Eine einheitliche Leitung der Kämpfe war somit auf deutscher Seite vollständig ausgeschlossen.



Leipzig: Verlag von Otto Spamer.

Prinz Friedrich Karl bei Le Mans.

Aber die kampfgewohnten und tüchtig geschulten Führer, eine streng disziplinirte Truppe, bei der einer mit dem andern in Betreff Hingebung und Pflichttreue wetteiferte, waren Werkzeuge, auf welche der kriegserfahrene Oberbefehlshaber sich unbedingt verlassen konnte. Viel günstiger lagen die äußeren Verhältnisse bei den Franzosen, da sie das Gelände genau kannten und sich zur Vertheidigung vorbereitet hatten. Auch an Zahl waren sie den Deutschen weit überlegen; aber es fehlte ihnen vor Allem jener innere Halt, der in den Stunden der Noth und Gefahr nicht verzagen und Opfer wie Anstrengung freudig ertragen läßt. Unter solchen Umständen war es vorauszusehen, auf wessen Seite sich der Sieg neigen werde. Trotz aller Schwierigkeiten, Entbehrungen und Strapazen gelang es den Deutschen, wenn auch oft nur nach heftigem Kampfe und unter schweren Verlusten, den Rückzug des Gegners zu erzwingen. Am 10. Januar drangen die einzelnen Kolonnen des III. Corps auf und links der Straße von St. Calais nach Le Mans bis dicht an die Stellung des Feindes bei letzterem Orte vor; ihrem rechten Flügel gegenüber hielt der Gegner die Hochfläche von Auvours stark besetzt, zu deren Wegnahme für den nächsten Tag das Eingreifen der auf derselben Straße nachfolgenden Theile des IX. Corps erforderlich war. Rechts hatten die Truppen des Großherzogs von Mecklenburg nur mäßige Fortschritte machen können, links war das X. Corps fast in gleicher Höhe herangerückt. Auch am 11. vermochte der rechte Flügel nicht erheblich vom Flecke zu kommen, indem der Gegner die einzelnen Abschnitte auf das Zäheste vertheidigte; auf dem linken Flügel fand das X. Corps anfänglich wenig Widerstand, und sahen sich erst gegen Abend seine Vortruppen in einen heftigen, aber günstig für sie verlaufenden Kampf verwickelt. Dieselben waren auf höhere Anordnung in später Stunde von Neuem vorgerückt, um dem allem Anscheine nach hart bedrängten III. Corps zu ihrer Rechten hülfreiche Hand zu bieten. Auf letzterem lastete auch heute wieder die schwerste Arbeit des Tages; südlich der Straße von St. Calais befand es sich in waldreichem Gelände starken, hochgelegenen Stellungen des Feindes gegenüber, der wiederholt mit großen Massen zum Angriff schritt. Die braven Brandenburger verzagten nicht, mußten sie hier und da für den Augenblick weichen, so nahte doch bald von rechts oder links Hülfe, und dann ging's unter Trommelschlag und Hurrahruf auf den mittlerweile durch Geschützfeuer erschütterten Feind los, der einem Zusammenstoße eiligst aus dem Wege ging. So drang das III. Corps am 11. in lebhaften Gefechten bis in das Herz der feindlichen Hauptstellung vor Le Mans. Das Eingreifen des IX. Corps zur Rechten, welches bis auf die Hochfläche von Auvours vorgedrungen war, hatte nicht wenig zu den erreichten Erfolgen beigetragen. Der folgende Tag mußte die Entscheidung bringen, und wie die Verhältnisse lagen, fiel dem nunmehr dicht an die rechte Flanke der Franzosen gelangten X. Corps die Aufgabe zu, von Süden her nach Le Mans hineinzudringen. Gegen 2 Uhr erreichten die Spitzen der 20. Division die Stadt, in welcher jedoch noch bis zum Abend ein heftiger Straßenkampf geführt wurde. In diesen griffen auch Theile des III. Corps ein, dessen Mannschaft gegen Mittag seit drei Tagen zum ersten Male wieder eine Fleischportion erhalten, schleunigst zubereitet und verzehrt hatte, dann aber von Neuem aufgebrochen war. Im Allgemeinen vertheidigte sich der Gegner an diesem Tage nicht mehr so nachhaltig wie bisher; denn General Chanzy, Anfangs gewillt, seine Stellung hartnäckig zu behaupten, mußte den sehr ungünstigen Berichten seiner Generale über die Haltung der Truppen Rechnung tragen und bereits am Morgen den allgemeinen Rückzug anordnen. Ueber 20,000 Mann ließ er als Gefangene, außerdem 17 Geschütze, 2 Fahnen und reiches Kriegsmaterial in den Händen der Deutschen. Die Zahl der Todten und Verwundeten hatte auf französischer Seite eine beträchtliche Höhe erreicht, während die Kämpfe vom 6. Januar an den Deutschen 200 Offiziere und 3200 Mann gekostet hatten. Aber auch bei diesen waren die äußersten Kräfte eingesetzt worden, um solch glänzendes Ergebniß zu erreichen. Während der letzten strengen Wintertage hatten die Truppen nach jeder Richtung hin den größten Mangel

gelitten. Die Lebensmittelwagen waren auf den schlechten Wegen weit zurückgeblieben, das Gepäck fehlte den Mannschaften schon lange. Zerrissenes Schuhwerk und leinene Beinkleider waren keine seltene Erscheinung. Nur der gute Wille, die Ausdauer und Mannszucht blieben ungebrochen, und freudiges Siegesgefühl half schließlich über alle Bedrängnisse des Augenblicks hinweg. Eine unvergeßliche Zeit bleiben für alle Betheiligten die Kampfestage von Vendôme bis Le Mans. Freudig ertrugen die Soldaten alle Entbehrungen; aber ebenso freudig theilten auch ihre Führer bis zum obersten hinauf das gleiche Los mit ihnen, dabei stets helfend und erleichternd, stets sorgend, soweit es in ihrer Macht lag. Wie es drüben in den Reihen des Gegners in diesen Tagen aussah, schildert am besten eine Bericht des sehr tüchtigen und thatkräftigen Admirals Jauréguiberry, welcher als Führer des 16. Corps am 14. Januar meldete: „... Das Gewühl der Fliehenden ist unbeschreiblich. Sie rennen die Kavallerie um, welche ihre Flucht zu verhindern sucht. Die Offiziere sind machtlos; zwei Mann sind niedergeschossen, aber dies Beispiel hat keinen Eindruck auf die Anderen gemacht .... Ich finde in meiner Umgebung eine derartige Demoralisation, daß es nach Versicherung der Generale unter diesen Umständen gefährlich sein würde, hier länger zu bleiben, und ich mich in der traurigen Lage befinde, noch weiter zurückgehen zu müssen .... In den 39 Jahren, die ich im Dienst bin, habe ich mich niemals in einer solch verzweiflungsvollen Lage befunden" .... Noch trauriger stand es nach dem eigenen Geständniß des Generals Chanzy bei den anderen Corps der 2. Loire-Armee, welche für die nächsten Monate überhaupt nicht mehr in der Lage war, den Kampf mit den Deutschen aufzunehmen.

Welche reichen Lehren, weit über die Grenzen der Kriegswissenschaft hinaus, bieten diese Tage von Le Mans. Auf der einen Seite zeigen sie die außerordentliche Kraftanstrengung bei den heutigen Kriegen, die von den Nationen durchgekämpft werden, im Gegensatze zu jenen von Söldnerheeren matt geführten Kabinetskriegen, selbst unter Führern wie Prinz Eugen, Turenne oder Marlborough. Und welch ein Unterschied zwischen einer in Mannszucht aufgewachsenen Nation und einer, die nur dem leichten Erwerb und Lebensgenuß zustrebt! Welch ein Unterschied zwischen einem im Frieden, wenn auch unter erheblichen Kosten, zur Vertheidigung des Vaterlandes streng geschulten Heere und den im Augenblicke der Noth unter die Waffen gerufenen Volksmassen!

Daß gleich nach der Einnahme von Le Mans Prinz Friedrich Karl die Verfolgung des fliehenden Gegners einleitete, bedarf wohl kaum besonderer Erwähnung. Zwei Corps blieben bei Le Mans, das X. folgte dem Feinde in westlicher, das XIII. in nördlicher Richtung. Während das letztere am 15. bei Alençon noch einen glänzenden Sieg über 8000 Mann Mobil- und Nationalgarden erfocht und dem erhaltenen Befehle gemäß bis Rouen vorrückte, trieben die Kolonnen des ersteren den Feind immer weiter nach Westen zu. Hierbei trat namentlich die Kavallerie in den Vordergrund, die durch ihr Erscheinen Schrecken und Bestürzung in den Reihen der haltlosen gegnerischen Truppen hervorrief und Tausende von Gefangenen einbrachte. Die Kraft der 2. Loire-Armee war fürs erste vollständig gebrochen.

Kämpfe vor Paris. — Wegnahme des Mont Avron. Diese im Dezember und Januar sich abspielenden Ereignisse waren von der Pariser Bevölkerung und Armee, soweit es die Verbindung durch Luftballons gestattete, mit großer Spannung verfolgt worden. Man hoffte bei alledem noch immer auf Erlösung von außen her und machte sich nach der Schlacht bei Villiers wieder daran, die gelockerten Verbände einzelner Truppentheile neu zu festigen, um auf den ersten Wink von außen nach Umständen eingreifen zu können. Besonders richtete man jetzt das Augenmerk nach Nordosten, wo bekanntlich General Faidherbe sich zu dieser Zeit mit der französischen Nordarmee zu regen begann. Schon am 6. Dezember sollte ein neuer Durchbruchsversuch in der bezeichneten Richtung stattfinden, als General von Moltke Tags zuvor den Gouverneur von Paris die Wiedereinnahme von Orleans

durch die Deutschen wissen ließ. Für die nächsten Tage nahm diese Nachricht der Pariser Besatzung alle Lust zum Kampfe; dann aber raffte man sich wieder auf und begann, mit dem Eintritt milder Witterung, vom 13. Dezember ab zahlreiche Batterien und andere Erdwerke vor der Front des Garde- und XII. Armeecorps aufzuwerfen. Deutscherseits waren diese und andere Vorbereitungen zu dem geplanten Angriffe nicht unbemerkt geblieben und entsprechende Maßnahmen zur Abwehr desselben getroffen worden. Als daher am Morgen des 21., nach einem heftigen Feuer aus den erbauten Schanzen und von gepanzerten Eisenbahnwagen aus, die Franzosen sich in dichten Kolonnen gegen Le Bourget wendeten, gelang es diesen zwar, in den nur von fünf Gardecompagnien besetzten Ort von Norden her einzudringen und denselben — mit Ausnahme des südlichen Theiles — zu besetzen.



In den deutschen Batterien.

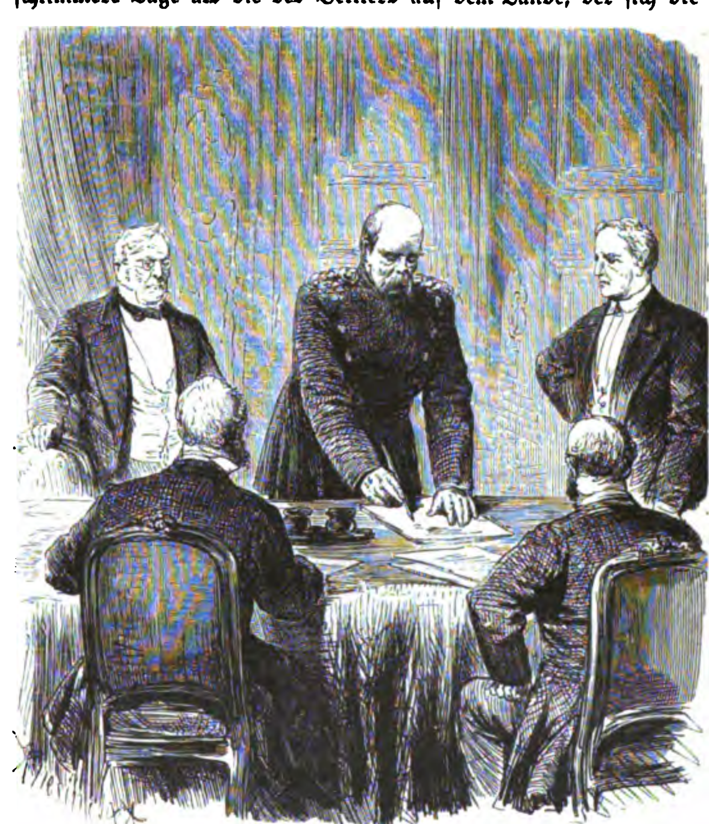
Aber die zur Unterstützung herbeieilenden Gardebataillone entrissen in sehr hartnäckigem und verlustvollem Kampfe, der an der Kirche des Ortes seinen Höhepunkt erreichte, den Franzosen wieder den eroberten Abschnitt. Auch die lebhaft in das Gefecht eingreifende Artillerie des Gardecorps erlangte bald ein entschiedenes Uebergewicht und brachte die feindlichen Feldbatterien zum Schweigen. Bei dem für die Franzosen ungünstigen Verlaufe des Kampfes ließ General Ducrot die noch zum Vorbrechen gegen das Gardecorps bereit stehenden Kolonnen gar nicht losstürmen, er befahl ihnen vielmehr, mit den aus Le Bourget vertriebenen Abtheilungen bis unter den Schutz der Forts zurückzugehen. Andere an diesem Tage mit geringeren Streitkräften unternommene Vorstöße der Franzosen hatten einen noch ungünstigeren Ausgang; nur auf dem linken Flügel des XII. Corps nistete sich der mit Uebermacht anstürmende Feind in den von den sächsischen Vorposten besetzten Ortschaften Maison blanche und Ville Evrart ein. Jedoch am Abend überfielen

die Sachsen den Gegner und trieben ihn wieder zurück. Versuche des Letzteren, am nächsten Tage von Neuem vorzudringen, mißlangen vollständig. Die vorübergehenden Erfolge den Sachsen gegenüber hatten die Franzosen namentlich der Mitwirkung der schweren Artillerie zu verdanken, welche vom Mont Avron aus in den Kampf eingegriffen hatte. Diese dicht vor der Front der Sachsen liegende Höhe war von den Franzosen seit der Schlacht bei Villiers stark besetzt gehalten und von hier aus die zu beiden Seiten der Marne gelegenen Einschließungsabschnitte der Sachsen und Württemberger fortwährend bedroht. König Wilhelm hatte daher bereits am 4. Dezember der Maas-Armee den Befehl ertheilt, den Feind von dort durch Feuer aus schwerem Geschütz zu vertreiben. Unverweilt wurden die Vorbereitungen hierzu getroffen und allmählich aus der Heimat, sowie von der eroberten Festung La Fère her, 76 schwere Geschütze herbeigeschafft. Am 27. Morgens eröffneten alsdann 13 Batterien ihr Feuer und setzten dasselbe ungeachtet des heftigen, den ganzen Tag andauernden Schneegestöbers bis zur Dämmerung fort. Der Gegner hatte sowol von der Höhe, als auch von den nächstliegenden Forts den Geschützkampf schnell und lebhaft aufgenommen, ließ hiermit aber am folgenden Tage bereits merklich nach, während die Geschosse des Angreifers bei dem inzwischen eingetretenen klaren Wetter mit sichtlich großem Erfolge einschlugen. Am 29. antworteten die Geschütze des Mont Avron nicht mehr, und als am Nachmittage Patrouillen des sächsischen Corps nach demselben vorgingen, fanden sie ihn vom Feinde verlassen. Mit großem Geschick hatte dieser, unbemerkt von den Deutschen, seinen Abzug bewerkstelligt; die Letzteren fanden dort eine große Anzahl von Geschossen, aber nur eine unbrauchbare Kanone. Die auf der Ostfront von Paris errichteten deutschen Batterien nahmen nunmehr die Forts Nogent, Rosny und Noisy, sowie die bei Bondy nachträglich hergestellten Werke zum Ziele und brachten dieselben durch ihr kräftiges Feuer bald zum Schweigen.

Beschießung von Paris. Inzwischen war es im Laufe der letzten Wochen und unter großen Anstrengungen den Deutschen gelungen, 275 schwere Geschütze nebst der zu einer Beschießung erforderlichen Munition im Geschützparke zu Villacoublay bereit zu stellen und auf den Höhen im Süden vor Paris 17 Batterien behufs Bekämpfung der dort liegenden Forts Issy, Vanves und Montrouge, sowie der anstoßenden Werke ungestört vom Feinde zu erbauen. Am 5. Tage des neuen Jahres eröffneten alsdann 98 Geschütze aus diesen Batterien auf die genannten Befestigungen und die Südseite von Paris ein lebhaftes Feuer, das die nächste Zeit hindurch je nach Umständen und Witterung mehr oder weniger heftig fortgesetzt wurde. Schon am ersten Tage zeigte sich der kräftig antwortenden französischen Artillerie gegenüber die Ueberlegenheit der deutschen Geschütze. Da wiederholt mehrere im Südabschnitte der Stadt liegende Lazarethe von den Geschossen des Angreifers getroffen wurden, so glaubte General Trochu, eine Absicht der Deutschen voraussetzend, gegen eine solche Verletzung des Völkerrechts Einspruch erheben zu müssen.

Er erhielt aber sofort vom General Moltke die bestimmte Erklärung, daß deutscherseits keine Absicht vorliege und ein Treffen der genannten Gebäude nicht mehr stattfinden werde, sobald erst die deutschen Batterien näher an die Stadt herangerückt seien. Die Bevölkerung der Hauptstadt fing nun allmählich an, die Schrecknisse einer Belagerung zu empfinden; manches Privatgebäude fiel durch die deutschen Granaten in Trümmer, auch fanden 97 Personen durch dieselben ihren Tod, 278 wurden verwundet. Dabei begann es schon im Dezember merklich an Lebensmitteln zu mangeln. Brot und Fleisch mußte aus den Beständen der Truppen geliefert werden; einzelne Bedürfnisse waren nur für fast unerschwinglich hohe Preise zu erlangen. Brennmaterial zum Schutz gegen die empfindliche Kälte fehlte durchweg, an Stelle der Gasbeleuchtung mußte man mit Petroleum aushelfen. Die treffendste Schilderung des herrschenden Elends giebt ein Leitartikel der „Defense nationale“ vom 18. Dezember, welcher unter der Ueberschrift „Gleichheit vor dem Hunger“ die entsetzliche Noth der Soldaten darstellt, die Stunden lang in der Winterkälte, gegen die sie keinen

Schutz hatten, warten mußten, um ein Stückchen Fleisch zu erhaschen. „Gestern durchwanderte ich", sagt der Berichterstatter, „die volkreichsten Stadttheile von Paris, und ich muß gestehen, ich war entsetzt, als ich die langen Reihen dürftig bekleideter Frauen und Kinder, zitternd, vom eisigen Wind erstarrt, zusammengepfercht und herumgestoßen, Stunden lang bei strömendem Regen Queue machen sah, während der Mann auf den Wällen, mit den Füßen im Koth, Wacht fürs Vaterland hält. Wenn diese Unglücklichen noch, zum Lohn für ihre Geduld, Lebensmittel nach Hause brächten für die ganz Kleinen, die unbewußt harren, und für die Alten, welche es mit Murren thun! Aber ach, sie kommen nur mit blauen Händen, weinenden Augen und leerem Magen zurück. Zu Hause kein Feuer, kaum ein Licht; schlimmere Lage als die des Bettlers auf dem Lande, der sich die Reiser, welche er auf dem Wege gesammelt, anzündet, um seine freilich schlecht gesalzene Suppe zu kochen und sich so warme Nahrung zu verschaffen. Wenn dies auch nicht sättigt, es beschäftigt den Magen doch und täuscht den Hunger! Und doch, Niemand beklagt sich; mit stoischem Gleichmuth holen sich die Leute beim Metzger — 100 Gramm trockene Erbsen oder Reis, oder ein mageres Stück Fleisch, wie es zu gewöhnlichen Zeiten ein Reicher seinen Hunden nicht giebt. Jedermann ist glücklich, nur etwas, sei es noch so wenig, zu erhalten. Man muß das Weinen und Bitten dieser armen Frauen nur sehen, es ist herzzerreißend! Die Menge an den öffentlichen Marketenderbuden sieht noch elender aus. Alles in Lumpen. Wahrscheinlich, weil es da billiger ist?! Vom frühen Morgen an warten Andere, mit irgend einem Gefäß versehen, auf dem Trottoir kauernd, bis sich eins der „wohlthätigen" Restaurants öffnet. Hier steht die Menge nicht gedrängt; man sieht, das Elend hat hier bald Ordnung zu schaffen gewußt. — Drei Monate sind wir nun belagert; zwei Monate führen wir dieses Jammerleben. Das Unglaubliche geschieht; unsere Magen lernen sich schmiegen und fangen an, dem des Straußes ähnlich zu werden; was sich nur zerreiben läßt, dient zur Speise; was nur überhaupt verdaut werden kann, wird Nahrung. — Aber nur der Arme friert und hungert wirklich. Dieser Zustand ist geradezu ein Verbrechen! In einer belagerten Stadt haben alle Bürger denselben Anspruch auf Leben! Das Geld, als Mittel sich Nahrung zu verschaffen, sollte verschwinden; wenn die Einen nichts haben, muß das Gleiche für die Anderen gelten. Die Restaurants, in



Unterzeichnung der Friedenspräliminarien zu Versailles am 26. Februar 1871.
Zeichnung von H. Lüders.

welchen die Arbeiter aßen, sind geschlossen. Aber in den vornehmen Restaurationen ißt man nach wie vor, allerdings zu exorbitanten Preisen dürftige Gerichte, indessen man ißt daselbst doch. Man sollte dort nicht essen; Niemand sollte für Geld kaufen können, was Aller Eigenthum ist. Man vertheile die noch vorhandenen Vorräthe, Alles gleichmäßig unter Alle. Nur hierdurch wird sich die Ruhe unter der aufgeregten Bevölkerung auf die Dauer erhalten lassen. Denn mehr als den Angriff der Belagerten von außen fürchten wir einen Aufstand im Innern. Niemand kann für die Zukunft gut stehen, und diese Zukunft ist nicht fern!" — So sah es aus in der Hauptstadt Frankreichs, die einer der einfluß- und phrasenreichsten Dichter des Landes „das Herz der Welt" zu nennen beliebte. In diesem „Herzen" galten selbst Ratten für ausgesuchte Leckerbissen, in diesem Herzen fielen die gesammten lebenden Wesen des zoologischen Gartens, die theuren und seltenen Thiere des Akklimatisationsgartens dem unerbittlichen Tyrannen „Hunger" zum Opfer. Solche Zustände mußten schließlich zu der beispiellosen Schreckensherrschaft der Commune führen, sie waren nur das Vorspiel zu den furchtbarsten Ausschreitungen, die bald nachher der Abschaum der Menschheit sich zum Abscheu der ganzen Welt in Paris zu Schulden kommen ließ! — Aber trotzdem hieß es einstimmig: „Nichts von Verträgen! Nichts von Uebergabe!" Den Glauben an die Unüberwindlichkeit konnten alle diese Drangsale nicht im Geringsten erschüttern. Man verlangte von der Armee Thaten und klagte sie laut der Unthätigkeit an. Auch die Truppen mußten unter den geschilderten Verhältnissen natürlich sichtlich leiden; Krankheit und Desertion lichteten von Tag zu Tag die Reihen der Vertheidiger mehr und mehr, die ohne höheren Zweck, nur um die Truppen zu beschäftigen, wiederholt durch kleinere Abtheilungen die Vorpostenlinien der Deutschen beunruhigten. In der Nacht zum 14. Januar erfolgten heftige Ausfälle gegen die Stellungen des Gardecorps bei Le Bourget und Drancy, sowie gegen das XI. Corps bei Meudon und das bayerische II. Corps bei Clamart. Doch alle diese Vorstöße wurden von den deutschen Truppen mit geringem Verlust so erfolgreich zurückgeschlagen, daß der Rückzug der Ausfalltruppen mehrfach in wilde Flucht ausartete. Unausgesetzt drangen während dieser Zeit die Regierungsmitglieder auf einen neuen Massenausfall, obgleich sämmtliche höheren Offiziere die Nutzlosigkeit eines solchen Unternehmens klarzustellen suchten. Ihre Gründe kamen aber nicht zur Geltung; die öffentliche Meinung verlangte die Wiederholung eines großartigen Durchbruchsversuchs — und so mußte er stattfinden. Nach längeren Berathungen wurde endlich der 19. Januar dazu bestimmt. Tags zuvor hatte im Schlosse zu Versailles Preußens König im Einverständniß mit allen deutschen Fürsten und unter Zustimmung aller deutschen Völker in Gegenwart einer zahlreichen jubelnden Festversammlung, umgeben von den Vertretern des Heeres und der Nation, feierlichst die Kaiserwürde angenommen, und hiermit auch äußerlich der Welt die Einheit der deutschen Nation verkündet. Am andern Morgen riefen die Kanonen der Franzosen die noch festlich gestimmten Deutschen wieder zum ernsten Waffentanze. Der weit ins Land hinaus schauende und mit seinen mächtigen „Zuckerhüten" die Umgegend fernhin beherrschende Mont Valérien schmetterte wieder besonders lebhaft seine Granaten in die deutschen Vorpostenstellungen. Dichte Kolonnen drangen dann im Morgennebel gegen den Park von Malmaison und Montretout vor. Das V. Corps hatte diesen Abschnitt besetzt und machte sich sofort zum Empfang des Feindes bereit. Das Oberkommando der dritten Armee sorgte unverzüglich für Bereithaltung von Verstärkungen, zu welchen in erster Linie die in und bei Versailles stehende Garde-Landwehr-Division herangezogen wurde. In ungestümem Anlauf versuchten die Massen des französischen rechten Flügels, unter Befehl des Generals Ducrot, die Truppen der 10. Infanterie-Division aus ihren Stellungen zu verdrängen; aber alle Angriffe scheiterten an dem standhaften Aushalten der Infanterie, welche von der Artillerie trefflichst unterstützt wurde. Trotz der größten Bemühungen der französischen Offiziere waren die meistentheils jungen Truppen nicht näher als 300 Schritte an die Linien der Deutschen



Geschichte Preußens im XIX. Jahrhundert. Zeichnung von H. Lüders.

Proklamation des Königs Wilhelm von Preußen zum deutschen Kaiser im Schlosse zu Versailles.
18. Januar 1871.

heranzubringen. Und als nun gar vom rechten Seine-Ufer nördlich Chatou einige Batterien des IV. Corps und der Garde-Landwehr-Division ihre Geschosse in die dichten Massen der Franzosen mit furchtbarem Erfolge schleuderten, war auf Seite der Letzteren gar nicht mehr an ein Vorgehen zu denken; der Kampf gestaltete sich zu einem Schützengefecht, das mit Dunkelwerden verstummte. Auf dem linken französischen Flügel war es dem General Vinoy gelungen, einige der vorgeschobenen schwach besetzten Posten der 9. Infanteriedivision, so die Montretoutschanze und einen Theil des Parks von Buzanval, in seine Gewalt zu bekommen. Vergeblich waren aber alle Anstrengungen, in die Hauptstellung der Deutschen selbst einzudringen. Am Nachmittage wurden die Franzosen aus einigen der gewonnenen Abschnitte wieder vertrieben; die Montretoutschanze und andere Punkte gelangten ebenfalls, wenn auch erst am Abend, wieder in deutschen Besitz. In St. Cloud, auf dem äußersten rechten Flügel der Preußen, kam es zu einem verlustreichen Häuserkampf, in welchem die Franzosen bis in die letzten Häuser des Ortes zurückgedrängt wurden, während sie zugleich den Park von Buzanval besetzt hielten. Da der Feind während der Nacht und am folgenden Morgen seine Massen am Fuße des Mont Valérien versammelt hielt, so traf man deutscherseits alle Vorbereitungen zur Erneuerung des Kampfes. Aber die unverhältnißmäßig starken Verluste sowie die Ueberzeugung, daß man die gut befestigten Stellungen der Deutschen selbst mit Uebermacht nicht zu durchbrechen vermöge, ließen die französischen Generale auf weitere Angriffsversuche verzichten und die Truppen von den einzelnen vorgeschobenen Posten im Morgennebel zurückziehen. In dieser letzten großen, mit anerkennenswerther Tapferkeit durchkämpften Schlacht hatten die Franzosen gegen 100,000 Mann ins Gefecht geführt, denen nur etwa 20,000 Deutsche entgegengestellt waren. Die Ersteren hatten über 4000 Mann, die Deutschen nur 610 verloren. Unter der Pariser Bevölkerung rief dieser Mißerfolg die lebhafteste Aufregung hervor. Von vielen Seiten wurde ein erneuter Ausfall der gesammten Einwohnerschaft gefordert. Es kam zu Zusammenrottungen, welche mit Gewalt zerstreut werden mußten; auch ein Theil der Nationalgarde blieb diesen aufrührerischen Bewegungen nicht fern. Die Lage der Stadt wurde von Tag zu Tag, ja man darf sagen von Stunde zu Stunde bedenklicher. Dazu kam, daß zwei Tage nach der Schlacht am Mont Valérien im Norden von Paris die Belagerungsartillerie ihr Feuer gegen die dortigen Werke und die Stadt St. Denis eröffnete. Die Wirkung dieser allmählich auf die Zahl von 80 gebrachten Geschütze war eine ganz außerordentliche; die entsetzten Einwohner von St. Denis flüchteten in Scharen nach Paris und vermehrten dort noch Noth und Elend.

Die Regierung konnte sich nicht darüber täuschen, daß alle Mittel des Widerstandes erschöpft seien. Die schrecklichste Hungersnoth stand in Aussicht. General Trochu legte seine Stelle als Gouverneur nieder. Doch damit war nicht geholfen. Am 23. Januar that der Minister Jules Favre endlich den schweren Schritt, mit dem Grafen Bismarck über die Kapitulation zu verhandeln. Die schleunigste Zufuhr von Lebensmitteln in die Hauptstadt war ein so dringendes Gebot, daß man ohne langes Zögern auf die deutscherseits gestellten Forderungen einging. Alle Forts sollten den Deutschen übergeben und von der Stadtumwallung sämmtliche Geschütze entfernt werden. Am 26. Abends 12 Uhr wurden alsdann die Feindseligkeiten vor Paris eingestellt und die Zufuhren freigegeben. 5 Tage später, am letzten Januartage, trat ein allgemeiner, auf 21 Tage festgesetzter Waffenstillstand in Kraft, infolge dessen die Feindseligkeiten überall ihr Ende erreichten und in Paris die gesammte Besatzungsarmee kriegsgefangen wurde, mit Ausnahme von 12,000 Mann, welche zur Aufrechthaltung der Ordnung in der Stadt dienen sollten. Nach 132 tägiger Einschließung übergab die Pariser Besatzung dem Sieger 602 Feld- und 1362 Festungsgeschütze, 177,000 Gewehre und eine große Menge Kriegsmaterial der verschiedensten Art. Paris mußte außerdem innerhalb 14 Tagen 200 Millionen Francs zahlen.

Mit gerechtem Stolz durfte Paris auf ein so langes, drangsalvolles Ausharren zurückblicken. Die Geschichte wird diese That stets an hervorragender Stelle verzeichnen.

Mit gerechtem Stolz darf Frankreich zurückblicken auf die Anstrengungen des gesammten Volkes zur Befreiung der vom Feinde umzingelten Hauptstadt. Und wenn der deutsche Dichter der „Jungfrau von Orleans“ einst begeistert sang: „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre“, so darf mit Stolz Frankreich auch von sich sagen, daß es diese Tugendprobe ehrenvoll bestanden.

Der Krieg im südöstlichen Frankreich. Während vor Paris die Kriegesstürme schwiegen, tobte der Kampf noch fort im südöstlichen Theile des Landes. Dort hatte sich, fast unabhängig von dem übrigen Verlauf des Krieges, ein besonderer Kampf abgespielt, und es waren bei Beginn des Waffenstillstands wichtige, auf beiden Seiten von großen Hoffnungen begleitete Ereignisse dem Abschluß nahe, so daß man sich darüber verständigte, denselben ihren Lauf zu lassen und das fragliche Gebiet vom Waffenstillstande auszuschließen.

Nach dem Falle von Straßburg war nämlich aus den vor dieser Festung thätig gewesenen Linientruppen das XIV. Armeecorps (badische Division und einige preußische Truppentheile, im Ganzen 23 Bataillone, 20 Schwadronen und 72 Geschütze) gebildet und der General von Werder zum Führer desselben ernannt worden. Dieser hatte Befehl erhalten, mit seinem Corps durch die Vogesen in der Richtung auf Chatillon und Troyes an der oberen Seine vorzurücken. Im Vormarsche sollte er in dem zu durchziehenden Landstriche die Bevölkerung entwaffnen und für die Benutzbarkeit der Eisenbahnlinien sorgen.

Schon in den ersten Tagen des Vormarsches stießen die vordersten Truppen des Werder'schen Corps auf feindliche Abtheilungen, die am 6. Oktober bei La Bourgonce nach längerem Kampfe in die Flucht geschlagen wurden. Es waren dies Abtheilungen der in der Bildung begriffenen französischen Ostarmee, die zu zerstreuen die nächste und wichtigste Aufgabe des XIV. Corps schien. Mit Genehmigung des großen Hauptquartiers setzte dasselbe daher fürs erste seinen Vormarsch nicht in westlicher Richtung fort, wendete sich vielmehr gegen Süden. Hier traf es den auf die Festung Besançon zurückgewichenen Feind am 22. Oktober am Ognon, drang in lebhaftem Gefechte über das kleine Flüßchen vor und zwang die Franzosen, wieder den Schutz der eben genannten Festung aufzusuchen. Es stellte sich nun aber heraus, daß „Feinde ringsum“, daß sich überall bewaffnete Franktireurabtheilungen sammelten, welche die Verbindungen der Deutschen mit der Heimat zu unterbrechen suchten. Vor Allem machte das Garibaldi'sche Corps von sich reden.

Der um die italienischen Einheitsbestrebungen hochverdiente Held hatte auf die Nachricht, daß in Frankreich die Republik proklamirt und dieselbe den Kampf bis aufs Aeußerste fortzusetzen gewillt sei, seinen Degen den französischen Machthabern zur Verfügung gestellt. Diese waren in nicht geringer Verlegenheit, was sie mit dem eitlen, anspruchsvollen Manne machen sollten, der als ein schroffer Gegner der Geistlichkeit bekannt war. Kein höherer französischer Offizier wollte sich unter den Befehl des Abenteurers stellen, und nach vielem Hin- und Herreden kam man endlich zu dem Entschlusse, ihm den Oberbefehl über sämmtliche Freicorps in den Vogesen zu übertragen. Natürlich eilte sofort aus allen Schlupfwinkeln Europas jene bunte, vaterlandslose Gesellschaft seiner früheren Kriegszüge herbei, und schließlich hatte der alte Freischarenführer ein Corps von etwa 16,000 Mann zusammengebracht, mit denen er nun auf eigene Faust und in eigener Art den Krieg führte.

Unter den obwaltenden Umständen beschloß General von Werder, den anfänglich beabsichtigten Marsch auf Nevers nicht auszuführen, sondern sich zunächst gegen Dijon zu wenden, als ihn am 29. ein Befehl des großen Hauptquartiers vom 23. Oktober erreichte, wonach er mit dem XIV. Corps und der (fast nur aus Landwehrtruppen gebildeten) 1. und 4. Reservedivision die linke Flanke der nach dem nahe bevorstehenden Fall von Metz an die Loire rückenden II. Armee sowie das Elsaß zu decken und zugleich die Belagerung der Festungen Schlettstadt, Neu-Breisach und Belfort ins Werk zu setzen hatte. Zu ersterem Zwecke sollte das XIV. Corps seine Hauptkräfte bei Vesoul bereit halten, um gegen den Feind, wo er auch auftauche, sofort vorzugehen, und auch Dijon stark besetzen.

Während nun die beiden Reserve-Divisionen mit der Belagerung der genannten Festungen beauftragt wurden, rückte General von Werder mit den badischen Truppen auf Vesoul zu. Auf dem Marsche dorthin erhielt er die Nachricht, Dijon sei unbesetzt; General von Beyer, mit 2 Brigaden nebst Kavallerie und Artillerie dorthin entsendet, findet am 30. die Stadt in den Händen von schnell herangezogenen Truppen, wirft aber den zähen Widerstand leistenden Gegner nach mehrstündigem Gefecht zurück. Am 31. übergiebt der Magistrat dem anrückenden General die Schlüssel der Stadt, welche nunmehr von den Deutschen besetzt wird.

Ein hierauf am 12. November unternommener Versuch, die sich anscheinend bei Dôle sammelnden Streitkräfte des Gegners zu zerstreuen, gelingt nicht, weil dieselben bereits nach Süden zu abgerückt sind. General von Werder nimmt nun mit dem ganzen XIV. Corps bei Dijon Stellung. In dem waldigen, zerklüfteten Gelände hat das durch einen anstrengenden Vorpostendienst stark in Anspruch genommene Corps täglich Berührung mit kleineren feindlichen Abtheilungen, ohne ins Klare darüber zu kommen, wo die Hauptkräfte derselben stehen und was diese im Schilde führen.



Belfort.

Namentlich machte sich jetzt das Garibaldi'sche Freicorps in der Gegend von Autun fühlbar; eine Abtheilung desselben hatte am 19. November Etappentruppen der II. Armee mit Erfolg in Chatillon an der Seine, nordwestlich von Dijon, überfallen. Täglich mehrten sich seitdem die Anzeichen, daß man Dijon einen gleichen Besuch abzustatten gedenke. Aber General Werder war auf seiner Hut; er versammelte das XIV. Corps, und was er von der 4. Reservedivision heranziehen konnte, bei Dijon, um dem Feind, wenn er anrückte, auf den Leib zu gehen. Man brauchte nicht lange zu warten. Nachdem es am 24. zu leichten Berührungen gekommen war, stieß eine zur Aufklärung nach Nordwesten vorgesendete badische Truppenabtheilung am 25. bei Pasques mit den anrückenden Kolonnen Garibaldi's zusammen, vor denen sie sich fechtend von Abschnitt zu Abschnitt zurückzog. Unbelästigt vom Feinde stellt sie auf der Höhe nordwestlich Dijon, bei Daix und Talant, gegen Abend Vorposten auf. Noch ist man hiermit beschäftigt, als plötzlich im Abenddunkel bei strömendem Regen die Garibaldianer auf die vordersten Compagnien an der Chaussee losstürzen. Dieselben

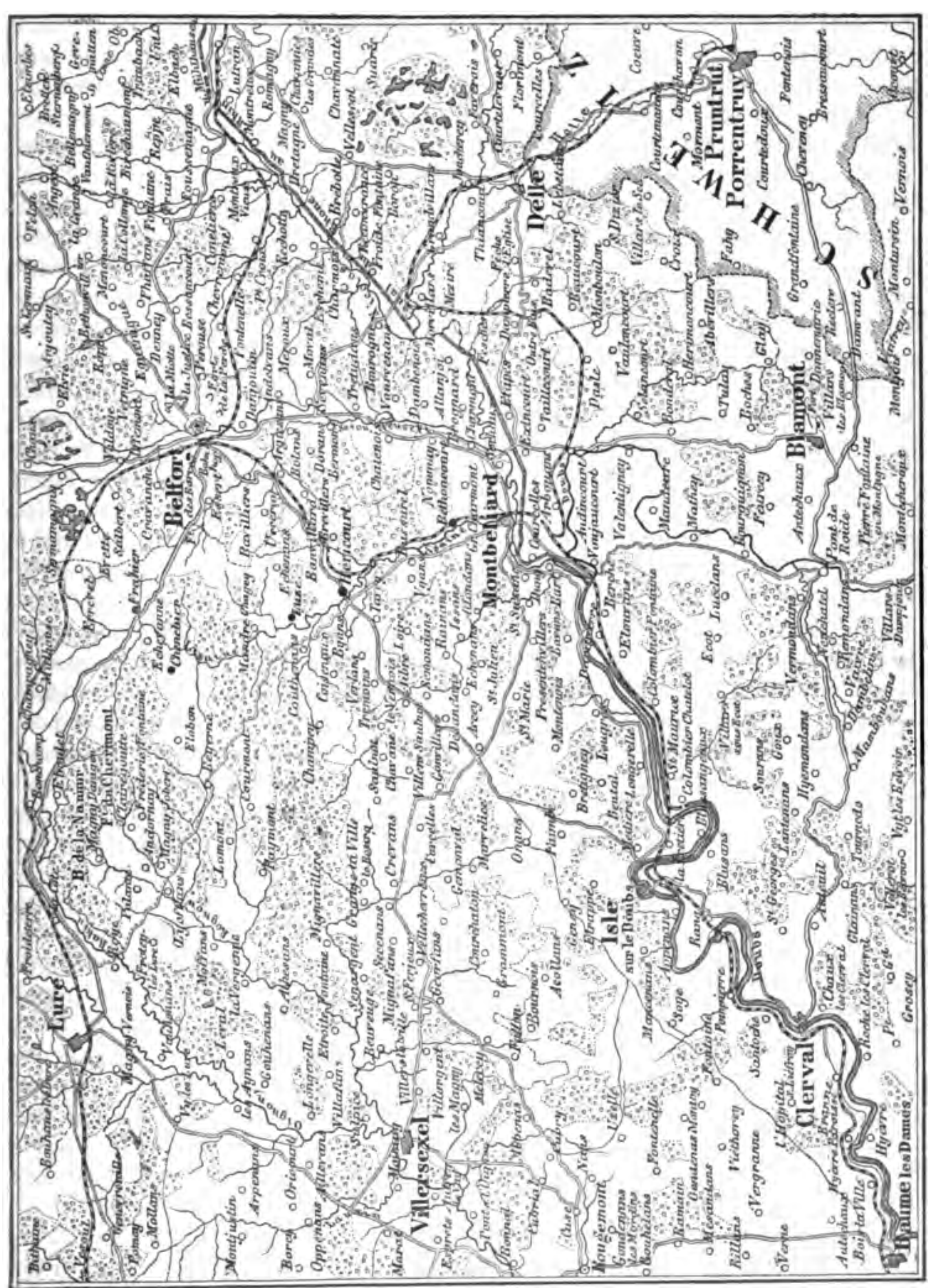
werden aus einander gesprengt; aber Unterstützungstruppen rücken mit schlagenden Tambours heran und halten den Feind auf. Unterdessen eilt ein zweites Bataillon herbei und stellt sich 4 Glieder tief auf, bereit, den Gegner mit Salven zu empfangen. Unter lautem Geschrei, Läuten der Glocken, Geschmetter der Trompeten, Absingen der Garibaldi-Hymne stürmen die Freiheitshelden in wildem Anlauf vor. Salve auf Salve schlägt aus nächster Entfernung in die dichte Masse. Wuthheulend prallen die — der Neid muß es ihnen lassen — todesmuthigen Streiter zurück. Zwei-, dreimal wiederholt sich derselbe Auftritt. Bis dicht an die Front der Badener gelangen die Tapfersten. Dort wälzen sie sich nach wenigen Sekunden röchelnd im Blute; die Andern fliehen eiligst in die dunkle Nacht hinein! Die am andern Morgen zur Verfolgung vorgehenden Truppen trafen nur noch auf die letzten Spitzen der Garibaldianer. General Keller rückt mit seiner Brigade hinter ihnen her bis Autun; weggeworfene Waffen und Ausrüstungsstücke zeigen ihm den vom Feinde eingeschlagenen Weg. Bei Autun hatte der General sich eben in ein größeres Gefecht eingelassen, als ihm der Befehl zuging, schleunigst nach Dijon zurückzukehren. Auf dem Wege dorthin fallen ihm am 5. Dezember bei Chateauneuf unvermuthet Freischaren-abtheilungen in die Flanke, werden aber durch schneidigen Angriff bald zurückgeschlagen.

In Dijon waren mittlerweile die Anzeichen, daß der Feind von anderer Seite zum Angriff schreiten werde, wieder geschwunden. Die in diesen Tagen herrschende ungewöhnlich strenge Kälte, die bis auf 18° stieg, machte nebst dem tiefen Schnee zumal im Gebirge größere Unternehmungen unmöglich; nur kleinere Streifparteien zeigten sich hier und da. Die kurze Zeit der Ruhe benutzte das Werder'sche Corps, um seine sehr schwierigen Verpflegungsverhältnisse zu ordnen und sich mit schützender Winterbekleidung zu versehen. Kaum tritt aber gegen Mitte des Monats mildere Witterung ein, da regt's sich aufs Neue in den Bergen der Côte d'Or. Wenige Meilen südlich Dijon, bei Nuits, steht der französische General Crémer mit 15,000 Mann und 30 Geschützen. Da General von Werder die langen Etappenlinien zu schützen und außerdem die nicht weit abgelegene Festung Langres zu beobachten hat, kann er diesem Feinde nur zwei badische Brigaden entgegenschicken. Die Tüchtigkeit der Truppen muß die Zahl ersetzen. Am 18. greifen dieselben, kaum 10,000 Mann stark, den Feind in seiner festen Stellung an. Nach heißem, verlustreichem Kampfe gelingt es endlich, den Sieg zu erringen. Aber fast 1000 Mann haben die Badener verloren; mehrere höhere Offiziere sind gefallen oder verwundet, unter letzteren Prinz Wilhelm von Baden. Doch sind nun die Deutschen für die nächste Zeit vor Angriffen aus südlicher Richtung sicher. Nach und nach mehrten sich aber wieder die Anzeichen, daß französischerseits umfassende Vorbereitungen zu einer großen Operation nach Osten getroffen würden. General von Werder sammelte daher am 30. Dezember seine Hauptkräfte bei Vesoul, während er nach Villersexel einen Theil der 4. Reservedivision heranzog. Diese hatte nach der Wegnahme von Schlettstadt am 10. November Neu-Breisach durch kurze Beschießung zur Uebergabe gezwungen und war nun theils zur Verstärkung der vor Belfort liegenden 1. Reservedivision, theils zur Sicherung der rückwärtigen Anmarschstraßen verwendet worden.

Vormarsch der französischen Ostarmee auf Belfort. Die auftauchenden Vermuthungen waren nicht grundlos. Wie bereits früher erwähnt, war der rechte Flügel der Loire-Armee nach der Einnahme von Orleans durch die zweite Armee auf Bourges zurückgegangen und dort unter General Bourbaki nach Heranziehung von Verstärkungen zur 1. Loire-Armee neu formirt worden. Den von Orleans Loire aufwärts vorgehenden Abtheilungen sowie den südlich Orleans in der Sologne streifenden Reitertrupps war es nicht gelungen, Sicheres über Absichten und Verbleib jener Armee zu erfahren. Mehrmals schien es, als ob dieselbe sich gegen Orleans wenden wolle.

Es kam wiederholt zu kleinen Gefechten mit den Vortruppen. Aber bald zeigte es sich, daß es mit dem Vormarsch nicht ernst gemeint war. Wie eine schwere Gewitterwolke drohte jene Armee, zu einer Heeresmasse von 150,000 Mann angewachsen, sich zu entladen.

Jetzt wurde sie für ein ganz besonders kühnes, ja großartiges Unternehmen ausersehen: Gambetta und seine ihn berathenden Stubenstrategen planten nichts Geringeres, als diese ganze Armee schleunigst mit der Eisenbahn auf den östlichen Kriegsschauplatz zu werfen.



Die Umgebung von Belfort.

Durch schnellen Vormarsch sollte sie das durch Oberst Denfert äußerst tapfer vertheidigte Belfort zu entsetzen und dann die Verbindung der im Innern Frankreichs stehenden deutschen Truppen mit der Heimat zu unterbrechen suchen.

Der Plan war kühn und großartig; wenn er gelang, konnte er von entscheidender Wirkung auf die Gesammtlage sein. Aber zum Gelingen gehörte sehr viel. Zunächst galt es, die genauesten Anordnungen und Vorbereitungen betreffs des Eisenbahntransportes einer solchen Heeresmasse zu treffen; auch die Verpflegungsrücksichten verlangten die umfassendsten Vorkehrungen. Schon im Frieden bedarf es zur Ausführung eines solchen Planes der größten Umsicht und der sorgfältigsten Thätigkeit fachkundiger Beamten sowie der durchgreifendsten Unterstützung von Seiten der Militärbehörden. Es war vorauszusehen, daß die Verhältnisse, wie sie zur Zeit obwalteten, diese Vorbedingungen nicht schaffen konnten. Und in der That kostete es große Schwierigkeiten und Ueberwindung vieler Unordnungen, bis General Bourbaki, der mit schwerem Herzen sich zu dem Unternehmen bereit erklärt hatte, seine vier bereits seit dem 20. Dezember auf dem Marsche befindlichen Corps endlich am 5. Januar aus der Gegend von Besançon auf Belfort führen konnte. Schon hatte General von Werder behufs Klärung der Lage sich gegen den Doubs in Bewegung gesetzt, als die Franzosen am genannten Tage vor seiner Front erschienen, infolge dessen er das XIV. Corps wieder bei Vesoul versammelte. — Den Franzosen war es gelungen, durch sachgemäße Anordnungen die deutsche Heeresleitung über ihre Absichten im Dunkeln zu erhalten. Sobald jedoch dem großen Hauptquartier zu Versailles der Telegraph Kunde von den Vorgängen im Osten brachte, traf man auch sofort Gegenmaßregeln. Das II. Armeecorps, schon seit einigen Wochen vom Pariser Einschließungsheer auf Bourges zu entsendet, bekam wie das VII., das mit einer von Metz herangezogenen Division bereits längere Zeit zwischen der Saône und Yonne stand, während die andere (14.), wie erwähnt, eben Mézières zu Fall gebracht hatte, Befehl, in die bedrohte Gegend zu rücken.

Den Oberbefehl über die drei zu einem Zwecke vereinten Corps (II., VII. und XIV.) erhielt General von Manteuffel. General von Werder, dem ganz besonders die Deckung der Belagerung von Belfort als Aufgabe gestellt war und der bis zum Eintreffen der in Eilmärschen heranrückenden beiden anderen Corps selbstständig handeln mußte, wurde von den Truppen Bourbaki's in seiner Stellung bei Vesoul nicht angegriffen. Letzterer marschirte vielmehr zu beiden Seiten des Ognonflusses direkt auf Belfort zu. Nun hieß es für General von Werder, eine Stellung zu gewinnen, in welcher er, Belfort deckend, dem anrückenden Gegner den Weg verlegen könne. Hierzu war der durch das kleine Lisaineflüßchen etwa 11 Kilometer südwestlich von Belfort gebildete Abschnitt vorzüglich geeignet. Um Zeit für das Einrücken in diese Stellung zu gewinnen, stieß General von Werder am 9. mit einem Theil seiner Truppen gegen Villersexel in die linke Flanke der Franzosen vor. Diese entwickelten bedeutende Kräfte in dem sich entspinnenden hartnäckigen und mörderischen Gefechte, das bis in die Nacht hinein dauerte und von den Flammen des brennenden Schlosses grell beleuchtet wurde. Die Franzosen, in dem Glauben, die Hauptkräfte Werder's vor sich zu haben, trafen auch am folgenden Tage noch Vorkehrungen zu erneutem Kampf. Aber Werder's Truppen waren schon in der Nacht nach der Lisaine abmarschirt.

So gelang es denn den Deutschen, die ausgesuchte Stellung zu erreichen und sie mit allen Mitteln der Kunst schleunigst zu verstärken; 37 schwere Geschütze wurden aus dem Belagerungspark von Belfort eiligst herbeigeschafft und in Batterien aufgestellt. Zur Vertheidigung des etwa 15 Kilometer langen, sich von Frahier bis Montbeliard hinziehenden Hauptabschnittes standen einschließlich der von den Belagerungstruppen abgegebenen und der zur Sicherung des linken Flügels verwendeten Abtheilungen 48½ Bataillone, 30 Schwadronen und 142 Feldgeschütze zur Verfügung, im Ganzen etwa 42,000 Mann. Für diese galt es nun, einem mehr als dreifach überlegenen Gegner die Stirn zu bieten. Die Lisaine vor der Front war ein schwer zu überschreitendes Wasser; aber ein unglücklicher Zufall wollte, daß gerade jetzt in den Entscheidungstagen bei der eingetretenen Kälte die Wasserflut zu Eis erstarrt war, wodurch die Annäherung an die Stellung der Deutschen auf dem linken Flußufer ungemein erleichtert wurde.

Einen Augenblick schwankte Werder, ob er unter solchen Umständen standhalten solle; eine ruhige Beurtheilung der Verhältnisse ließ ihn trotz jenes Umstandes ausharren.

Die dreitägige Schlacht an der Lisaine. Am 13. und 14. kam es nur zu unbedeutenden Vorpostengefechten; am 15. aber drangen die Franzosen in dichten Massen gegen die Stellungen bei Montbeliard, Héricourt und Frahier vor, da über diese drei Orte die Hauptstraßen führen. Bei erstgenanntem Orte kämpfen die Bataillone und Batterien der 4. Reservedivision mit voller Hingebung und ziehen sich erst Nachmittags gegen 3 Uhr auf die Höhen des linken Flußufers zurück. Die Franzosen besetzen zwar das kleine Städtchen Montbeliard, aber vergeblich sind ihre Versuche, das hochgelegene, von zwei Landwehrcompagnien und mehreren schweren Geschützen vertheidigte Schloß zu nehmen. Stolz flattert dort die preußische Fahne. Die Bemühungen, von links her die feste Stellung auf den Höhen bei Montbeliard zu umfassen, scheitern unter großen Verlusten ebenfalls vollständig. Weiter oberhalb bei Héricourt geht es nicht besser; nach längerem Gefecht ziehen sich dort die Deutschen nach dem am linken Ufer gelegenen Berg Mougnot zurück, gegen den die Gegner wiederholt mit großer Tapferkeit, aber ohne Erfolg anstürmen. Nur auf dem deutschen rechten Flügel — allerdings dem wichtigsten, weil Belfort am nächsten — müssen die deutschen Truppen dem Feinde einige besetzte Abschnitte überlassen; aber er nutzt den Vortheil nicht aus, sondern wendet sich nach Süden. Nach einer sehr kalten, im Freien ohne Holz und Stroh zugebrachten Nacht greift General Bourbaki die Stellungen Werder's von Neuem mit Heftigkeit an. Kein besserer Erfolg als am Tage zuvor. Der tapfere Kommandant des Schlosses zu Montbeliard wird zur Uebergabe aufgefordert. „Wir halten uns bis zum letzten Mann!“ — gibt er zur Antwort. Und vergeblich richtet sich nun Geschütz- und Gewehrfeuer gegen die braven Vertheidiger. Sie halten ohne Wanken Stand. Ebenso erfolglos ringen die Franzosen an den weiter aufwärts liegenden Uebergangspunkten mit den deutschen Truppen. Das Geschützfeuer der deutschen Artillerie beherrscht das gegnerische und macht ein Vordringen unmöglich. Besonders ist der Feind an diesem Tage bemüht, den äußersten rechten Flügel Werder's zurückzuwerfen. Und wieder gelingt es hier den sehr verstärkten französischen Truppen, den tapfern Vertheidiger bis über Frahier hinaus fortzudrängen. In voller Erkenntniß der drohenden Gefahr läßt General von Werder dorthin sofort Unterstützung eilen, mit deren Hülfe es noch in der Nacht gelingt, einen Theil der aufgegebenen Stellungen wieder zu gewinnen. Im Morgennebel des dritten Tages gehen die Franzosen auf der ganzen Lisainelinie mehrmals zum Angriff vor, aber sichtlich nicht mehr mit der Wucht der verflossenen Tage. Hauptsächlich führt die Artillerie den Kampf, der mit dem Dunkelwerden endet, ohne daß es dem Angreifer gelungen wäre, an einer Stelle sich den Weg nach Belfort zu öffnen. Am Abend bemerkten die Deutschen sogar auf der ganzen Linie rückgängige Bewegungen des Gegners. General Bourbaki hatte schon am Abend des 16. deutlich erkannt, daß gegenüber der hartnäckigen Vertheidigung die Kraft seiner schlecht gekleideten, schlecht verpflegten, schlecht ausgebildeten, bereits sehr mitgenommenen Soldaten völlig erschüttert sei. Auch erhielt er die erste Kunde davon, daß General von Manteuffel in Eilmärschen heranrücke und seine linke Flanke sowie den Rücken in den nächsten Tagen bedrohen werde. Noch in der Nacht zum 17. ordnete er daher den Rückzug an; die Kämpfe am 17. hatten nur den Zweck, für die Wagenkolonnen Zeit zum Abfahren zu gewinnen. So war die dem Werder'schen Corps drohende Gefahr dank dem heldenhaften Widerstand der Truppen, dem energischen und umsichtigen Eingreifen der Führer glücklich abgewendet. Nur gegen 1800 Mann hatte ihnen der dreitägige Kampf gekostet, während der Gegner gegen 7000 einbüßte.

Ein das Herz erleichternder Freudenschrei ging durch das ganze deutsche Land ob dieses neuen Erfolges; denn mancher friedliche Bürger im Schwabenlande hatte in der Angst seines Herzens die Rothhosen Bourbaki's schon in seinem Hause Vergeltung dafür üben sehen, daß die deutschen Soldaten drüben in Frankreich sich zu siegen erlaubt hatten.

Die Verfolgung der französischen Ostarmee. Nicht genug, daß das mit so kühnen Hoffnungen ins Werk gesetzte Unternehmen der französischen Ostarmee zurückgewiesen worden war — es sollte mit traurigster Katastrophe enden!

General von Manteuffel hatte am 18. Januar mit dem II. und VII. Armeecorps den Landstrich nördlich der Saone bei Champlitte erreicht und beabsichtigte den Weitermarsch in östlicher Richtung auf Vesoul anzutreten, um dort zur Unterstützung des XIV. Corps einzugreifen, als er Meldung von der vollständigen Niederlage des Feindes erhielt, den das letztgenannte Corps in der eingeschlagenen Richtung auf Besançon verfolgte. Sofort gab der Oberbefehlshaber den Entschluß, sich mit General von Werder behufs Verfolgung des Feindes zu vereinen, auf und faßte den kühnen Plan, den Franzosen den Rückzug nach dem südlichen Frankreich zu verlegen und sie gegen die Schweizer Grenze zu drängen — ein Plan, der, wenn er gelang, zu einer Katastrophe ähnlich wie bei Sedan führen mußte. General von Werder erhielt also den Befehl, dem Gegner an der Klinge zu bleiben, ihn in der Front zu beschäftigen, während die beiden anderen Corps in die Gegend südlich Besançon geführt wurden. Sie ließen dabei das von Garibaldi mit 25—30,000 Mann (Freischaren und Nationalgarden) besetzte Dijon rechts liegen; nur wurde zur Sicherung gegen diese General von Kettler mit einer schwachen Infanteriebrigade des II. Corps nebst einiger Kavallerie und Artillerie dorthin entsendet. Am 21. Januar griff diese kleine Abtheilung kühn den Gegner an und warf ihn bis auf seine stark besetzten Stellungen nördlich Dijon zurück; am 23. wurde der Angriff erneut, und drangen die Bataillone bis in die nördliche Vorstadt von Dijon vor. Umfassendes Geschütz- und heftiges Gewehrfeuer verwehrte hier den Truppen ein weiteres Vorgehen. Vergeblich stürmte eine Compagnie des 2. Bataillons Regiments Nr. 61 im Abenddunkel gegen ein stark besetztes Fabrikgebäude; sie mußte nach großen Verlusten zurückweichen. Die Fahne des Bataillons war bei dieser kleinen Abtheilung; der Fahnenunteroffizier, dann mehrere Offiziere, hatten sie im Vorstürmen hochgetragen und sie selbst im Tode nicht gelassen; unter einem Haufen von Leichen blieb sie in der Finsterniß unbemerkt liegen und wurde am andern Morgen von den Garibaldianern aufgefunden. Welch ein Jubel und Geschrei dieserhalb!

Der alte Garibaldi, der leidend dem Kampfe in einem Wagen beigewohnt hatte, rief in einer Proklamation seinen Leuten zu: „Ihr habt sie gesehen, die Fersen der furchtbaren Soldaten Wilhelm's, ihr, die jungen Soldaten der Freiheit, ihr habt die kriegsgeübtesten Truppen der Welt besiegt!“ Bei Lichte besehen ließen sich aber diese 25,000 jungen Soldaten der Freiheit durch kaum 4000 bei Dijon festhalten und es ruhig geschehen, daß ihre Kampfesbrüder, deren linke Flanke sie decken sollten, vollständig umgangen wurden. Denn General von Manteuffel hatte am 23. mit seinen beiden Corps die nach Lyon führenden Straßen im Süden von Besançon erreicht und der französischen Ostarmee damit die Möglichkeit abgeschnitten, nach dem Süden des Landes zu entkommen. General Bourbaki war in einer höchst gefahrvollen Lage. Seine Truppen hatten unter großen Entbehrungen bei Besançon endlich glücklich das linke Doubs-Ufer erreicht. Nur einen Ausweg sah er noch offen: auf großen Umwegen und auf Gebirgspfaden die dicht an der Schweizer Grenze vorbeiführende Straße nach dem Süden vor den Deutschen zu erreichen. Er setzte seine Truppen zu dem Zwecke in Bewegung, machte jedoch am selben Tage in verzweiflungsvoller Stimmung über das Unglück, das ihn getroffen, einen Versuch, sich das Leben zu nehmen. An Stelle des Schwerverwundeten übernahm General Clinchant den Oberbefehl. Aber auch ihm sollte die Durchführung des begonnenen Unternehmens nicht glücken; das II. und VII. Corps drängten auf verschiedenen Straßen von Osten her auf Pontarlier, den wichtigen Straßenknoten an der Schweizer Grenze, nach. Die französischen Truppen befanden sich in dem Zustande der Auflösung; ihre dürftige Kleidung schützte sie nicht mehr vor den Unbilden des Winters; die Verpflegung war äußerst mangelhaft, die Stimmung höchst gedrückt. Der Name „Beresina“ schwebte auf den Lippen der Offiziere.

Am 29. wirft das VII. Corps die französische Arrièregarde unter erheblichen Verlusten für diese nach Pontarlier hinein; Tags darauf tritt das II. Corps im Südwesten dieser Stadt den anrückenden Kolonnen entgegen und macht mehrere Tausend zu Gefangenen. Am 1. Februar erfolgt, nachdem am Tage zuvor wiederum zahlreiche Gefangene eingebracht worden waren, ein allgemeiner Angriff gegen Pontarlier, wo der Feind mit dem Rücken gegen die Schweizer Grenze zusammengedrängt steht.

Pontarlier wird nach leichtem Gefecht genommen; aber bei dem Sperrfort La Cluse röthet noch das Herzblut manches braven Pommern den Schnee. Mit dem Muthe der Verzweiflung widersetzt sich hier der Gegner dem Weitermarsch. Etwa 90,000 Mann und 10,000 Pferde führt General Clinchant dann auf den neutralen Boden der Schweiz, wo seine Soldaten — Jammergestalten, welche allgemein tiefes Mitleid erweckten — entwaffnet und bewacht wurden. Zu gleicher Zeit drangen deutsche Truppen in Dijon ein, das der tapfere Garibaldi wohlweislich vorher geräumt hatte. So endete in der traurigsten Weise der mit kühnsten Hoffnungen unternommene Zug der französischen Ostarmee.

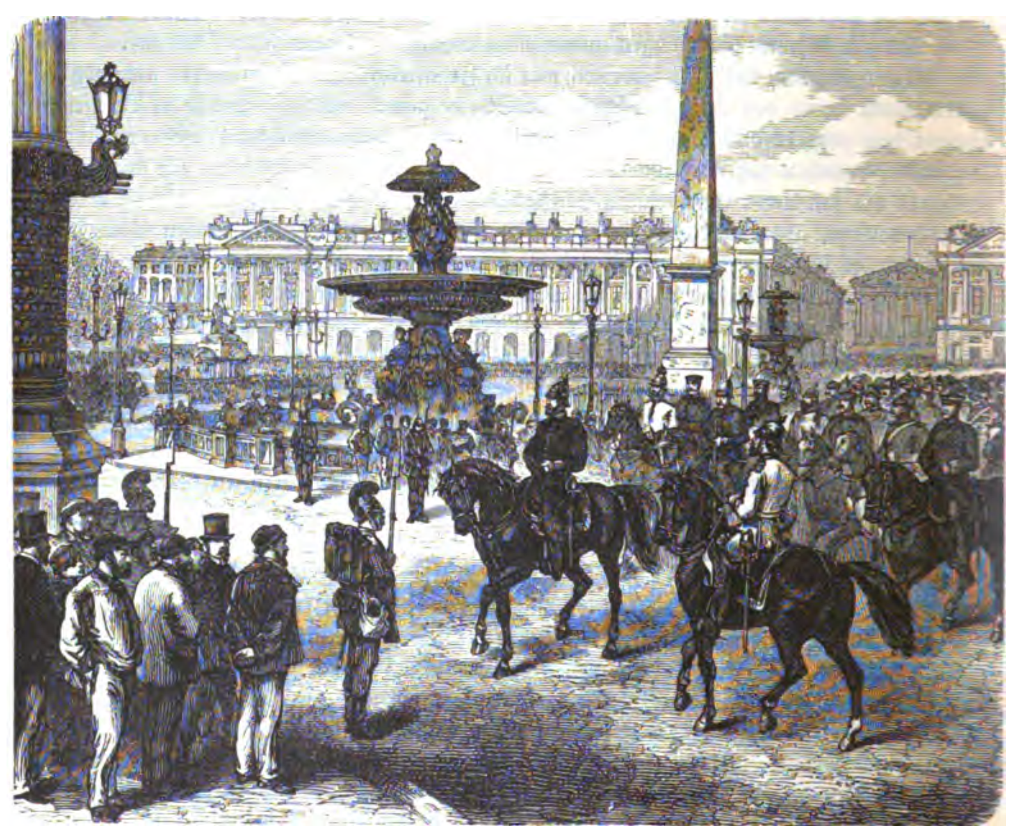
Uebergabe von Belfort. Aber noch war für Frankreich der Kelch der Leiden nicht völlig geleert, noch konnte das Schwert nicht in die Scheide gesteckt werden. Die starke Bergfeste Belfort, von etwa 12,000 Mann besetzt und seit Anfang November von der 1. Reservedivision umzingelt, erwehrte sich noch immer der Angriffe der deutschen Artillerie. Die Besatzung hat zwar die fast unter ihren Augen stattfindende Schlacht an der Lisaine nicht zu einem Ausfall benutzt, aber sie vertheidigt hartnäckig jeden Schritt des vorliegenden Geländes. In der Nacht des 26. Januar wird ein Sturm auf die befestigten Bergkegel der beiden Perches mit großen Verlusten für die Deutschen zurückgewiesen; erst am 8. Februar gelingt es, die beiden genannten Forts zu nehmen. Aufgefordert von der Regierung des Landes, schloß dann Oberst Denfert am 16. eine Kapitulation mit dem ihm gegenüber befehligenden General von Tresckow, derzufolge die noch 11,500 Mann zählende Besatzung freien Abzug mit kriegerischen Ehren erhielt und am 18. die Deutschen einrückten.

Hiermit war der letzte Akt des großen Krieges zwischen Deutschland und Frankreich beendet. Letzteres hatte in kaum acht Kriegsmonaten vier große Armeen verloren, zwei andere waren vollständig zertrümmert; über zwanzig feste Plätze, 1915 Feld-, 5526 Festungsgeschütze, 600,000 Gewehre waren in die Hände des Siegers gefallen, der jetzt mit 569,875 Mann Infanterie, 63,465 Mann Kavallerie und 1742 Feldgeschützen auf französischem Boden den kommenden Ereignissen mit Zuversicht entgegensah.

Die Friedensverhandlungen. Angesichts solcher Verhältnisse leuchtete den französischen Generalen die Unmöglichkeit ein, den Krieg mit Aussicht auf Erfolg fortsetzen zu können. Im Namen der französischen Regierung begab sich Herr Thiers, der Chef der Exekutivgewalt, in Begleitung des Herrn Jules Favre nach Versailles und führte während des bis zum 26. Februar verlängerten Waffenstillstandes mit dem deutschen Bundeskanzler die Friedensverhandlungen. Am letztgenannten Tage wurden die Friedenspräliminarien unterzeichnet, denen zufolge Frankreich sich verpflichtete, zu Gunsten des Deutschen Reiches auf einen Theil von Lothringen und auf das Elsaß mit Ausschluß der Festung Belfort zu verzichten, sowie eine Kriegsentschädigung von fünf Milliarden Francs zu zahlen. Die Räumung der von den Deutschen besetzten Landestheile hatte unmittelbar nach der Ratifikation des Vertrages zu beginnen und abschnittsweise, im Verhältniß zur Tilgung der Kriegsentschädigung, fortzuschreiten. Am 1. März sollten 30,000 Mann des deutschen Heeres in Paris einrücken und bis zur Ratifikation des Präliminar-Friedensvertrages einen näher bestimmten Theil der französischen Hauptstadt besetzt halten.

Es war ein sonnenheller Früh-Frühlingstag, dieser denkwürdige 1. März 1871; nur hier und da kündeten grüne Blättchen das Wiederaufwachen der Natur an. Heiterste Stimmung herrschte im deutschen Lager. 100,000 Mann rückten nach dem Paradeplatz der Pariser Garnison, wo heute der Kaiser Heerschau über sie halten wollte. Um 11 Uhr erschien

der Monarch, umgeben von einem glänzenden Gefolge von Fürsten und Generalen, im Boulogner Wäldchen. Donnernder Jubel empfing den Heldengreis, als er die Reihen seiner tapferen Krieger entlang ritt. — Dann zogen 30,000 Mann des VI. und XI. preußischen sowie des bayerischen II. Corps unter den Klängen der Regimentsmusiken nach Paris hinein, dessen westlichen Theil bereits am Frühmorgen eine Avantgarde von 1000 Mann besetzt hatte. Eine dicht gedrängte Menge Neugieriger schaute von den Bürgersteigen aus dem Einmarsche zu und verhielt sich im großen Ganzen ruhig und maßvoll; nur hier und da ertönte Pfeifen oder lautes Schreien. Am 31. März 1813, als die Verbündeten in Paris einzogen, begrüßte sie eine jauchzende Bevölkerung, froh des beendeten Krieges und des Sturzes ihres Tyrannenkaisers! Auch jetzt hatte fremde Hülfe die Franzosen wieder von der mißliebigen Regierung eines Napoleon befreit — aber dessen waren sie sich jetzt nicht mehr bewußt und sahen in den zum Kriege gezwungenen und als Sieger in Paris einrückenden Deutschen nur Barbaren.



Einzug der Deutschen in Paris. Ankunft am Konkordienplatz.

Diese jedoch, in anerzogener strenger Disziplin, beachteten nicht die Ausschreitungen eines niedrigen Pöbels und fühlten sich nur zum Eingreifen veranlaßt, wenn einzelne Deutsche unter ihren Augen vom Straßengesindel mißhandelt wurden. Ein buntes Kriegerleben entwickelte sich in den Straßen des besetzten Stadttheils, auf dessen Plätzen ein Theil der Truppen während der Nacht bei großen Feuern lagerte. Nach drei Tagen sollten die eingerückten 30,000 Mann durch die Garde und andere Truppentheile abgelöst werden.

Doch ehe es dazu kam, hatte Herr Thiers bereits am 1. März bei der Nationalversammlung in Bordeaux, unter Hinweis auf die Schmach, die auf dem Vaterlande durch die Besetzung von Paris laste, die Annahme des Präliminarfriedens mit 546 gegen 107 Stimmen durchzusetzen gewußt, so daß am 2. März deutscherseits die Befehle zum

Verlassen der französischen Hauptstadt für den folgenden Tag gegeben wurden. Hinter den letzten abziehenden Truppen her heulte der Pöbel mit höhnendem Geschrei und gab nochmals den deutschen Soldaten Gelegenheit, sich in der ganzen Würde und Größe des für das Vaterland stumm und still Beleidigungen ertragenden Mannesmuthes zu zeigen.

Kaiser Wilhelm hatte das freudige Ereigniß des Friedensschlusses seiner erlauchten Gemahlin sofort durch folgende Depesche mitgetheilt: „Soeben habe ich den Friedensschluß ratifizirt, nachdem er schon gestern in Bordeaux von der Nationalversammlung angenommen worden ist. Soweit ist also das große Werk vollendet, welches durch siebenmonatliche siegreiche Kämpfe errungen wurde, dank der Tapferkeit, Hingebung und Ausdauer des unvergleichlichen Heeres in allen seinen Theilen und der Opferfreudigkeit des Vaterlandes. Der Herr der Heerscharen hat überall unsere Unternehmungen sichtlich gesegnet und diesen ehrenvollen Frieden in seiner Gnade gelingen lassen.“

Die Heimkehr. Am 5. März trat der Kaiser mit seinem Stabe die Rückreise nach Deutschland an. Die Truppen hingegen wurden, mit Ausnahme der Landwehr, durch den in Paris ausbrechenden Aufstand der Communisten, welcher selbst die schlimmsten Zeiten der Schreckensregierung während der großen französischen Revolution in den Schatten stellte, vorerst noch in Frankreich festgehalten. Mit Gewehr im Arm sahen sie von den Pariser Forts auf das grausige Schauspiel des Commune-Aufstandes herab.

Da wurden Weiber zu Hyänen — Und trieben mit Entsetzen Scherz!

Im blutigen Bruderkampf mit einem aller Sitte Hohn sprechenden Gegner mußte die kaum aus der Gefangenschaft zurückgekehrte französische Armee sich zum Herrn der Hauptstadt machen. Erst dann, und nachdem inzwischen am 10. Mai zu Frankfurt am Main der definitive Frieden abgeschlossen war, kehrten unsere Regimenter vom Juni an in ihre Heimat zurück. Vom ersten Grenzdorfe bis hinein in das bescheidene Stübchen des elterlichen Wohnhauses Blumen und Kränze, Jubel und Sang! In freudig bewegter Stimmung feierte man überall voll Dankbarkeit die Heimkehr der tapferen Söhne und Brüder. Fern ab von dem rauschenden Lärm weinte freilich auch manches junge Weib mit ihren Kindern dem in fremder Erde ruhenden Gatten und Vater heiße Thränen nach. Auch manche „Lenore“ schaute mit besorgtem Blick vergeblich nach ihrem „Wilhelm“ aus:

„Er war mit König Wilhelm's Macht
Gezogen in die Metzer Schlacht
Und hatte nicht geschrieben,
Ob er gesund geblieben!“

Denn von den mit dem Heere Ausgezogenen kehrten 40,881 nicht wieder — sie schliefen den ewigen Schlaf. 88,543 Offiziere und Mannschaften waren außerdem verwundet, 12,879 wurden vermißt.

So groß an und für sich diese Opfer erscheinen mögen, so sind sie im Hinblick auf die Menge der ausgezogenen Streiter — es waren im Ganzen 1,146,355 Offiziere und Mannschaften — die zahlreichen blutigen Kämpfe und namentlich im Vergleich mit früheren Kriegen sehr gering zu nennen. Noch nie war ein Krieg geführt worden, in welchem, wie diesmal, die Zahl der an Krankheiten Gestorbenen weit zurückblieb hinter jener der im Kampfe Gefallenen. Ein solch günstiges Ergebniß konnte nur dank der großen Opferfreudigkeit der gesammten Nation erreicht werden, welche eingriff, wo und wie sie nur konnte, sei es, um die im Felde stehenden Brüder und Söhne mit Liebesgaben zu versehen, sei es, um Verwundeten und Kranken Hülfe und Pflege zu bringen. In letzterer Beziehung trat Preußens Königin Augusta selbst an die Spitze der sich bildenden Vereine, so daß beim Schluß des Krieges im Dienste der freiwilligen Krankenpflege 2037 Vereine mit etwa 255,000 Mitgliedern standen. Außer den zahlreichen Sendungen von Liebesgaben, welche den einzelnen Truppentheilen unmittelbar zugingen, waren der Armee an freiwilligen Gaben aus dem Vaterlande in baarem Gelde etwa 38 Millionen Mark übersandt worden, während der Werth der sonstigen Geschenke sich auf mehr als 15 Millionen Mark stellt.

Innerhalb 200 Tagen waren während dieses im großen Stil geführten Nationalkrieges 22 größere Schlachten und 5 Treffen geschlagen und gegen 750 namhafte Gefechte geliefert worden.

Sieht man von unwesentlichen Schlappen kleinerer Abtheilungen ab, so war den Deutschen überall der Sieg zutheil geworden. Es trat hierzu die erzwungene Uebergabe von 26 festen Plätzen, darunter die Einnahme von Paris, der „ersten Festung der Welt", und von drei Waffenplätzen ersten Ranges: Metz, Straßburg und Belfort. — Die Trophäen des Feldzuges bestanden aus 8057 Geschützen, 89 Fahnen und Adlern, ungerechnet eine große Anzahl bedeutungsloser Feldzeichen.

Man hat die Einbußen Frankreichs auf 14—15 Milliarden veranschlagt. — Nun haben sich nach einem der französischen Nationalversammlung vorgelegten Berichte die eigentlichen Kriegskosten auf 9288 Millionen Francs gestellt; bringt man von dieser Summe den Betrag der bezahlten Kontribution in Abzug, ferner die für die Jahre 1870—71 von der Militärverwaltung noch sonsthin verbrauchten Summen, so verbleiben nur 1912 Millionen Francs als eigentliche Kriegsauslagen — eine vergleichsweise mäßige Summe in Anbetracht der hartnäckigen Kriegführung und der zehnmonatlichen Erhaltung von Hunderttausenden deutscher Truppen.

In einer amtlichen Zusammenstellung ist der Bodenwerth der abgetretenen Provinzen auf 4⅓ Milliarden Francs geschätzt worden, die in obiger Summe selbstredend nicht inbegriffen sind. Wollte man den obigen 9288 Millionen diese weiteren Verluste von 4333 Millionen hinzufügen und die Jahresausgaben kapitalisiren, um welche das neuere Budget die Staatshaushaltsanschläge der Regierungszeit Napoleon's III. übertrifft, so käme man freilich auf eine Wertheinbuße von über 20 Milliarden! — C'est la guerre! —

Die Kosten sind auf deutscher Seite natürlich erheblich geringer gewesen, da die Truppen in Feindesland operirten und die Verpflegung der Armee weit umsichtiger geleitet wurde als bei den Franzosen. — Der Belauf der Kriegsauslagen aller Staaten Deutschlands liegt nicht in zuverlässigen Ziffern vor. Die Auslagen des Norddeutschen Bundes als solchen hat der Reichskanzler mit etwa 1000 Millionen Mark angegeben. Soviel aber ist gewiß, daß die deutschen Staatskassen geleert waren, als der Waffenstillstand von Versailles am 15. Februar 1871 geschlossen wurde.

Wenn die Begeisterung in diesem Kriege nicht so viele und so edle Blüten getrieben hat als zur Zeit der Befreiungskriege, wenn jene Zeit viel reicher war an begeisterten patriotischen Sängen, so lag dies in den grundverschiedenen Verhältnissen. Wie die schönsten und seltensten Schätze des Meeres in der tiefsten Tiefe desselben ruhen und nur zu Tage kommen, wenn wilder Sturm es von Grund aus aufwühlt, so zeigte damals in der schweren Noth der Zeit das bis aufs Blut gepeinigte, bis zum Aeußersten getriebene Volk alle im tiefsten Herzensgrunde verschlossenen Schätze und Kräfte. Es galt damals die äußerste Anstrengung, um das eiserne Joch des fremden Tyrannen abzuschütteln.

Wie ganz anders im Jahre 1870! Da zog ein kampfbereites, in sich einiges und seiner Kraft voll bewußtes Volk ins Feld gegen einen frechen, übermüthigen Gegner. Mit dem sicheren Gange des Mannes schritt das deutsche Heer diesmal dem Ziele zu; die wild aufschäumende Begeisterung des vorwärts stürmenden Jünglings sah sich bald eingedämmt und gezügelt durch die feste Hand sicher auftretender Führer! Schon als die Heerscharen sich am Rheine sammelten, scholl es vertrauensvoll und gottergeben vom Schwarzwald bis zur Ostsee: „Lieb Vaterland kannst ruhig sein!" Ruhig sah das Vaterland seine Söhne von Sieg zu Sieg schreiten! Und als nach ehrenvoll errungenem Frieden die Kraft des Landes heimkehrte zum Pfluge, zur Werkstätte, zum grünen Tische, da konnte ruhig zu neuer Arbeit geschritten werden: zu lohnen die tapferen, streitbaren Söhne des Vaterlandes, auszubauen und zu festigen, was sie mit dem Schwerte erworben!



Begrüßung des Kaisers durch das Volk beim Einzug der Truppen in Berlin. Zeichnung von H. Lüders.

Siebentes Buch.

Im neuen Deutschen Reich 1870—1880.

Ja, zu lohnen die tapferen, streitbaren Söhne des Vaterlandes, auszubauen und zu festigen, was sie mit dem Schwerte erworben, das wurde, sobald der Friede gesichert war, von der siegreichen und durch ihren Sieg geeinigten deutschen Nation als ihre erste Pflicht und Aufgabe erkannt, und freudig vereinten sich Volk und Regierungen zu ihrer Erfüllung. Ein überaus glänzender Empfang wurde den heimkehrenden Truppen, denen auch der Kaiser in einem letzten Armeebefehl (vom 15. März) noch einmal seine volle Anerkennung und seinen und des Vaterlandes Dank ausgesprochen hatte, bereitet. Ueberall, im kleinsten Dorfe wie in den großen Städten des Landes, gestaltete sich die Rückkehr der tapferen Vaterlandsvertheidiger zu einem wahren Triumphzuge; überall wurden sie mit Ehren und Auszeichnungen überhäuft; überall priesen die Festredner in beredten Worten die unvergleichliche Tüchtigkeit, die Deutschlands wackere Söhne, sie alle und jeder einzelne, der Mann in Reih und Glied ebenso wie die Führer, in dem großen Kampfe so oft und so glänzend bewährt hatten; überall wurden neben der Friedenseiche auch Ruhmesdenkmäler errichtet zur Verherrlichung des Sieges und Derer, die ihn errungen, und zum ehrenden Andenken an Diejenigen, welche den Heldentod für Kaiser und Reich auf dem Schlachtfelde gefunden hatten. Am glanzvollsten waren natürlich die Einzugsfeierlichkeiten in der Hauptstadt des neuen Deutschen Reiches, in Berlin, wo am 17. März die Rückkehr

des Kaisers und am 16. Juni der Siegeseinzug der Truppen unter begeisterten patriotischen Kundgebungen gefeiert wurde.

Der Kaiser hatte, wie erwähnt, am 5. März, alsbald nach dem Abschlusse des vorläufigen Friedensvertrages, die Heimreise angetreten. Am 15. März gelangte er über Nancy und Pont-a-Mousson nach Metz, der nun Deutschland wiedergewonnenen Stadt, wo der Donner der Kanonen in den Festungswerken die Ankunft des kaiserlichen Zuges begrüßte. Millionen treuer Herzen athmeten aber erst freier auf, als die Nachricht eintraf, daß der Kaiser die Grenzen Frankreichs hinter sich habe; war doch die Besorgniß, daß das Leben des geliebten Monarchen im Feindeslande allerorten und stündlich bedroht sei, nur zu berechtigt gewesen! — In Saarbrücken, der früheren deutschen Grenzstadt, wurde der Kaiser von einer Deputation der Rheinlande unter Ueberreichung eines goldenen Lorberkranzes begrüßt, und mit freudiger Genugthuung konnte er auf die ihm dargebrachten Glückwünsche erwiedern, daß jener patriotische Ausspruch Ernst Moritz Arndt's, daß der Rhein Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze, nun endlich allen feindlichen Ansprüchen zum Trotz zur Wahrheit geworden sei.

Auf seiner Weiterreise erfolgten in vielen Orten, vornehmlich in Mainz, in Frankfurt a. M., in Eisenach, Gotha und Weimar, ähnliche Huldigungen von Seiten des Volkes.

Am Nachmittag des 17. März traf, vom Kronprinzen und von Bismarck und Moltke begleitet, der Kaiser in Berlin ein, wo ihn die Kronprinzessin und die übrigen Prinzessinnen des königlichen Hauses, die Generalität, die Minister, die städtischen Behörden und eine unübersehbare Menge zujauchzenden Volkes begrüßten. Die Stadt hatte ihr Festkleid angelegt, nicht endenwollender Jubel geleitete den Kaiser bis in sein Palais. — Die städtischen Behörden Berlins überreichten dem Gefeierten am 20. März eine Adresse, die den Gefühlen, welche Angesichts so großer Errungenschaften die hauptstädtische Bevölkerung bewegten, beredten Ausdruck gab.

„Es sind mehr als vier und ein halbes Jahrhundert verflossen“, heißt es darin, „seit Gottes gnädige Fürsorge das ruhmreiche Geschlecht der Hohenzollern zur Rettung sandte unserer armen, tief zerrütteten Mark. In dieser langen Zeit haben die Fürsten dieses Hauses, ohne je zu ermüden, mit väterlichem Ernst für uns gearbeitet und gesorgt; sie haben die strenge Pflichterfüllung, die feste Säule unsers Staates, durch eigenes Beispiel ihrem Volke gelehrt; sie haben sich die ersten Diener des Staates genannt und sind es gewesen. So ist erreicht durch lange harte Arbeit, nicht durch des Glückes Gunst, daß Preußen jetzt herrlich dasteht unter den Völkern der Erde.

„Und was Preußen gewonnen hat, gewonnen war es für Deutschland. Als die Fremden anstürmten von West und Nord, war der Große Kurfürst Deutschlands Schild und Schwert; als deutsche Sitte und deutsches Wesen in Verachtung lag, richtete das deutsche Volk sich empor an des Großen Königs ewig denkwürdigen Thaten; als der übermächtige Korse die Welt in Banden hielt, da war es vor Allen Friedrich Wilhelm III. mit dem preußischen Heerbann, der die Schmach tilgte und die Fesseln zerschlug.

„Deutschlands Wiedergeburt durch Preußens Größe, das ist das große Ziel, dem alle jene trefflichen Fürsten dienten, auch wenn das Ziel, welches sie sich selbst gesteckt, weit davon ablag. Dieses hohe Ziel in voller Klarheit erkannt, den Weg, der dazu führt, mit festem Schritt verfolgt, die Hemmnisse, die sich entgegenstellten, mit mächtigem Arm zertrümmert zu haben, ist Euer Kaiserlichen und Königlichen Majestät hellstrahlendes, unsterbliches Verdienst.

„Es ist jetzt vollendet das große Werk: der Hohenstaufen ruhmreiches Scepter ruht sicher in der Hohenzollern starker Hand. — Möge es dem deutschen Volke beschieden sein, daß die Weisheit, Festigkeit und Heldenkraft, welche das Reich gegründet, noch viele Jahre über ihm walte, daß der Kaiser, der Deutschlands Grenzen ruhmvoll erweitert und Deutschlands Banner mit unverwelklichem Lorber

geschmückt hat, auch ein Mehrer des Deutschen Reiches werde auf dem Gebiete der nationalen Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung."

Der Kaiser erinnerte in seiner Antwort an die Zeit vor acht Monaten, da er bewegten Herzens Abschied genommen. „Wer damals", fuhr er fort, „die Ereignisse, die nun eingetreten sind, hätte vorhersagen wollen, der wäre wohl der Vermessenheit beschuldigt worden. Es war der Wille der Vorsehung, daß diese großen Thaten durch uns sollten vollbracht werden. Wir waren nur die Werkzeuge in des Allmächtigen Hand." Zum Schluß sagte der Kaiser: „Was die Gestaltung Deutschlands und meine persönliche Stellung zu derselben betrifft, so habe ich für mich nichts gesucht und kaum erwartet, daß wir gegenwärtig schon diesen Abschluß erreichen würden. In der kurzen Spanne Zeit, die mir noch gegeben ist, wird es mir nur vergönnt sein, die Grundlage zu legen; meine Nachfolger werden den jungen Baum weiter wachsen und grünen sehen. — Lange lag dieser Ausgang in den Herzen. Jetzt ist es an das Licht gebracht. Sorgen wir, daß es Tag bleibe!"

Am 16. Juni fand, wie bemerkt, der Siegeseinzug der Truppen in Berlin statt. Das deutsche Heer wurde durch die Garde, ein Bataillon des Königsgrenadier-Regiments, dessen Chef der König ist, und Deputationen sämmtlicher übrigen Truppentheile des deutschen Heeres, im Ganzen 42,000 Mann, vertreten. Verdiente Heerführer waren an dem Morgen des Tages durch Auszeichnungen geehrt, Graf Moltke zum Feldmarschall ernannt, der Kriegsminister von Roon in den Grafenstand erhoben worden. Die Stadt prangte im herrlichsten Festschmuck. Nachdem der Kaiser auf dem Tempelhofer Felde Heerschau über die Einzugstruppen gehalten, zog er an der Spitze derselben in Berlin ein. In seiner nächsten Begleitung befanden sich der Kronprinz, Prinz Friedrich Karl, Fürst Bismarck, Feldmarschall Graf Moltke und Graf Roon. Ihnen schlossen sich, mit Kränzen und Blumenschmuck bedeckt, die Führer und Helden des siegreich beendigten Feldzuges an. Vor den Garden her wurden die Trophäen, 81 Fahnen und Adler, getragen.

Wer Zeuge dieses Einzuges gewesen, vergißt den Eindruck nie. Die greise Heldengestalt des Kaisers und sein glänzendes Gefolge an der Spitze, die wettergebräunten und von freudigem Stolze sichtlich bewegten Scharen unserer tapferen Krieger in der bunten Mannichfaltigkeit ihrer blitzenden Uniformen, die vielfach arg zerrissenen und zerschossenen Feldzeichen, Zeugen so vieler Siege, die dem Feinde abgenommenen und zu beiden Seiten der langen Feststraße aufgestellten Geschütze, die schmetternden Siegesweisen der Regimentskapellen und dazu das brausende Hurrah des in den flaggen- und blumengeschmückten Straßen Kopf an Kopf sich drängenden, von patriotischer Begeisterung erfüllten Volkes, alles das vereinigte sich zu einer Gesammtwirkung ergreifendster Art.

Unmittelbar nach Beendigung des Einzuges fand im Lustgarten, dem königlichen Schlosse gegenüber, die Feier der Enthüllung und Einweihung des prächtigen Reiterstandbildes statt, welches dort auf Anordnung des Kaisers seinem Vater, dem König Friedrich Wilhelm III., errichtet worden war. Es war ein erhebender Moment, als Angesichts des aus siegreichem Feldzuge gegen den Erbfeind heimkehrenden deutschen Heeres unter Kanonendonner und Glockengeläut die Hülle von dem Denkmal fiel, auf dessen Stufen die Truppen die eroberten französischen Fahnen und Adler niedergelegt hatten.

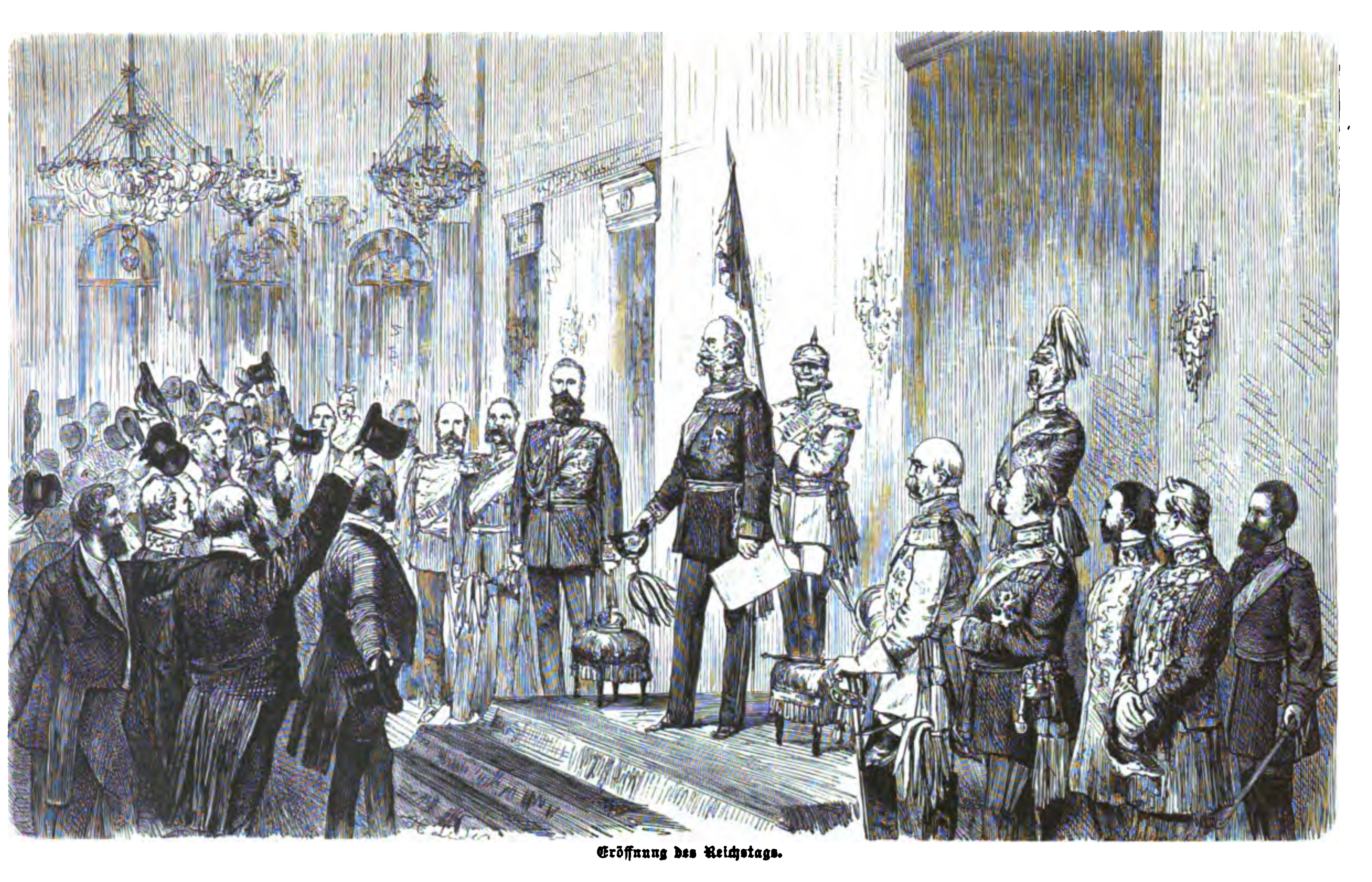
Aber nicht nur durch Worte und äußere Ehrenbezeigungen, sondern auch in anderer Weise bethätigten das deutsche Volk und die deutschen Regierungen die Dankbarkeit des Vaterlandes gegen seine wackeren Söhne, die für die Ehre und Sicherheit desselben ihr Leben eingesetzt hatten. Ausgiebige Mittel zu Pensionen und Entschädigungen für die Hinterbliebenen der im Kampfe Gefallenen wurden von der Reichsregierung gefordert und vom Reichstage einstimmig bewilligt, auch wurde die Zukunft der durch Verwundungen mehr oder minder erwerbsunfähig gewordenen Vaterlandsvertheidiger durch die Bildung eines besonderen Reichsinvalidenfonds und durch ausgedehnte Verwendung der Invaliden im staatlichen Beamtendienst nach Möglichkeit sicher gestellt. Dem Herzen des Kaisers und

Königs war es ein Bedürfniß, den hervorragenden Heerführern und Staatsmännern, die sich in erster Linie um die Einigung Deutschlands verdient gemacht hatten, eine besondere Anerkennung in Gestalt von Dotationen zutheil werden zu lassen, die allerdings weniger als Belohnung denn als Ehrengabe aufgefaßt werden sollten. Dem Reichskanzler war schon anläßlich seiner Erhebung in den Fürstenstand der ausgedehnte Landbesitz von Friedrichsruhe im Lauenburgischen verliehen worden; nun wurde auf den Wunsch des Kaisers die Gewährung von größeren Dotationen im Gesammtbetrage von fünf Millionen Thalern — die aus der französischen Kriegsentschädigung entnommen werden sollten — an die übrigen verdienten Staatsmänner und Generale beim Reichstage beantragt, und freudig gab dazu die große Mehrheit des deutschen Volkes und seiner Vertreter ihre Zustimmung. — Zu lohnen die tapferen, streitbaren Söhne des Vaterlandes, diese erste Pflicht der Dankbarkeit hat also Deutschland im vollsten Maße erfüllt; sehen wir jetzt zu, wie es dem zweiten Theil seiner Aufgabe gerecht wurde: auszubauen und zu festigen, was jene mit dem Schwerte erworben.

Kaiser und Reich. In der Art und Weise, wie die Einigung Deutschlands in dem Wunsche der großen Mehrheit des Volkes begründet, durch die Errichtung des Norddeutschen Bundes vorbereitet und endlich unter dem Eindruck der großen Ereignisse von 1870/71 durch freien Entschluß der deutschen Fürsten zur vollendeten Thatsache geworden war, lag von vornherein die bei der Feststellung der Verfassung des neuen Deutschen Reiches einzuschlagende Richtung vorgezeichnet. Diese Verfassung, welche dem am 21. März 1871 zusammentretenden ersten deutschen Reichstage zur Berathung und Beschlußfassung vorgelegt und von demselben ohne erhebliche Aenderungen am 14. April nahezu einstimmig angenommen wurde, stellte sich im Wesentlichen als eine Fortbildung und Erweiterung der Verfassung des vormaligen Norddeutschen Bundes mit den durch den Beitritt der süddeutschen Staaten nöthig gemachten Aenderungen dar.

Auf einem freien Bunde der deutschen Souveräne fußend, nähert sich das Deutsche Reich in seiner eigenthümlichen Gliederung und in seiner engeren Zusammenfassung vieler Lebensinteressen von Volk und Staat dem Charakter eines Bundesstaates, welcher als untheilbares Ganze von dem Kaiser völkerrechtlich vertreten wird. Dieser führt das Präsidium des Bundes und hat im Namen des Reiches Verträge und Bündnisse mit fremden Staaten zu schließen, Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen, auch gegebenen Falles, jedoch mit Zustimmung des Bundesrathes, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen. Die Mobilmachung des Heeres und die Ausrüstung der Flotte dagegen verfügt der Kaiser selbständig, und bei etwa erfolgenden Angriffen auf das Bundesgebiet kann er auch, ohne sich erst der Zustimmung des Bundesrathes zu versichern, ohne Weiteres Krieg erklären. Weiterhin steht dem Kaiser die Berufung des Bundesrathes und des Reichstages, die Ernennung der Reichsbeamten, die Ausfertigung und Verkündigung der Reichsgesetze und die Ueberwachung ihrer Ausführung zu. Alle dahingehenden Anordnungen und Verfügungen werden im Namen des Reiches und mit der Gegenzeichnung des verantwortlichen Reichskanzlers erlassen.

Der Reichskanzler vertritt den Kaiser im Bundesrathe, dessen Mitglieder die Bundesfürsten des Deutschen Reiches repräsentiren, und zwar in dem Verhältniß, daß bei Beschlußfassungen auf Preußen 17 Stimmen, auf Bayern 6, auf Sachsen und Württemberg je 4, auf Baden und Hessen je 3, auf Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig je 2 und auf alle übrigen deutschen Staaten je 1 Stimme kommen. Im Wesentlichen hat der Bundesrath über die dem Reichstage zu machenden Vorlagen und die von demselben gefaßten Beschlüsse zu beschließen, ferner über die zur Ausführung der Reichsgesetze erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften und Einrichtungen, sofern nicht durch Reichsgesetz etwas Anderes bestimmt ist, und endlich über etwaige Mängel, welche bei der Ausführung der Reichsgesetze oder der bezüglichen Vorschriften und Einrichtungen hervortreten.



Eröffnung des Reichstags.

Mit dem Bundesrathe gemeinschaftlich übt der Reichstag die Reichsgesetzgebung aus. Seine Mitglieder, zur Zeit 397, sind die Vertreter des deutschen Volkes und werden im ungefähren Verhältniß von je 1 auf 100,000 Seelen der Bevölkerung auf Grund des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts gewählt. Die Sitzungsperioden des Reichstages sind dreijährig, seine Sitzungen jährlich, seine Verhandlungen öffentlich. Er prüft die Legitimation seiner Mitglieder, wählt seine Beamten und bestimmt seine Geschäftsordnung; er stellt den jährlichen Reichshaushaltsetat fest, prüft und genehmigt die Reichshaushaltsrechnung, hat das Bewilligungsrecht für die Anleihen; er verhandelt und beschließt über die Gesetzesvorlagen des Bundesraths und über die ihm zugehenden Petitionen; doch kann er auch aus sich selbst heraus Gesetzesvorschläge machen und die Reichsregierung interpelliren.

Verfassungsveränderungen bedürfen seiner Zustimmung, doch gelten dieselben als abgelehnt, wenn sie im Bundesrath 14 Stimmen gegen sich haben. Die Vertagung und eventuell die Auflösung des Reichstages erfolgt durch den Kaiser mit Zustimmung des Bundesraths, doch müssen im Falle der Auflösung in spätestens 2 Monaten die Neuwahlen und in spätestens 3 Monaten der Zusammentritt des neuen Reichstages erfolgen.

An der Spitze der Reichsbehörden steht der Reichskanzler; ihm ist die Führung der Politik des Deutschen Reiches übertragen, und er ist dem Reichstage verantwortlich. Die kaiserlichen Regierungsrechte, mit Ausnahme der oben bezeichneten militärischen, werden nur unter Mitwirkung und Verantwortlichkeit des Reichskanzlers ausgeübt; auch ist ihm der ständige Vorsitz im Bundesrathe übertragen. Unter der unmittelbaren Leitung des Reichskanzlers stehen das Reichskanzleramt und das Auswärtige Amt nebst den von beiden ressortirenden Behörden. Auch alle übrigen Reichsbehörden mit Ausnahme des Rechnungshofes des Deutschen Reiches stehen unter der Kontrole beziehentlich oberen Leitung des Reichskanzlers.

Entsprechend dem Charakter des Deutschen Reiches als eines „zum Schutz des Reichsgebietes und des innerhalb desselben giltigen Rechts und zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes errichteten unauflöslichen Bundes“ erstreckt sich die Kompetenz des Reiches in erster Linie auf das Militärwesen, dessen oberste Leitung ganz und gar in den Händen des Kaisers ruht, ferner auf die gesammte auswärtige Politik und endlich auf alle Angelegenheiten des Handels und Verkehrs, sowie auf Alles, was damit in näherer oder entfernterer Verbindung steht, wie Zölle und indirekte Steuern, Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen u. s. w. Im Großen und Ganzen sind hierbei die preußischen Einrichtungen, beziehentlich diejenigen des Norddeutschen Bundes, auf das Reich übertragen worden. — Die größeren Mittelstaaten, namentlich Bayern und Württemberg, haben sich dabei zwar eine Anzahl sogenannter „Reservatrechte“ vorbehalten, die zumeist noch heute bestehen; aber so lästig diese in einzelnen Fällen sein mögen, die völlig einheitliche Oberleitung auf den genannten Gebieten sollen und können sie nicht in Frage stellen, und es steht zu hoffen, daß sie unter der freien Zustimmung der Betheiligten mit der Zeit verschwinden und der vollen und unbedingten Einheit Platz machen werden. Ein Anfang in dieser Hinsicht ist in jüngster Zeit bei den Hansestädten, zunächst bei Hamburg, gemacht worden, wenn anders man, was freilich vielfach bestritten wird, die diesen bei der Errichtung des Deutschen Reiches belassene Freihafenstellung mit den den genannten Mittelstaaten zugestandenen Reservatrechten in Vergleich bringen darf.

Der Umstand, daß unter dem Eindruck der großen Ereignisse von 1870 und 1871 die Reichstagswahlen im Jahre 1871 und im Jahre 1874 in entschieden nationalem Sinne ausfielen und dadurch der nationalliberalen Partei als der eifrigsten Vertreterin des nationalen Gedankens ein entscheidendes Uebergewicht in den beiden ersten Sitzungsperioden des Reichstages gesichert ward, erleichterte und förderte die innere Festigung und die Weiterentwicklung der Reichsinstitutionen auf der Grundlage der Verfassung und

selbst darüber hinaus in der erfreulichsten Weise; außerdem hatte jener Umstand die Folge, daß die Reichsregierung, indem sie sich zur Erreichung ihrer nationalen Ziele vorzugsweise auf die nationalliberale Partei stützte, den liberalen Wünschen und Bestrebungen derselben vielfach entgegenkam. So wurde, bald in einmüthigem Zusammenarbeiten der Regierung und der Mehrheit der Volksvertretung, bald unter größeren oder geringeren wechselseitigen Zugeständnissen in schneller Folge eine große Reihe wichtiger Gesetze zu Stande gebracht, von denen hier nur das Reichsmilitärgesetz, das Münzgesetz (Einführung der Goldwährung und der Markrechnung), das Gesetz über die obligatorische Civilehe und Beurkundung des Personenstandes und endlich die drei großen Justizgesetze besonders erwähnt werden mögen.

Der Sieg Deutschlands über Frankreich, die maßgebende Stellung, welche Deutschland dadurch im Herzen Europa's errungen hatte, die sichere Aussicht, in absehbarer Zeit mit dem revanchelustigen Franzosenvolke einen neuen Entscheidungskampf ausfechten zu müssen, und endlich das ausgesprochene Streben der deutschen Reichsregierung, den europäischen Frieden nachdrücklich zu wahren, Alles das machte die Erhaltung einer starken und imponirenden Militärmacht für Deutschland zur Nothwendigkeit. Der Erkenntniß dieser Nothwendigkeit verschloß sich auch die nationalgesinnte Mehrheit des deutschen Reichstages nicht, welche im Jahre 1871 die Reichsregierung ermächtigte, ein stehendes Heer von ca. 400,000 Mann zu unterhalten, und dazu ein jährliches Pauschquantum von 225 Thaler pro Mann zunächst auf drei Jahre bewilligte. Als nun aber nach Ablauf dieser Frist die Reichsregierung ein Militärgesetz vorlegte, nach welchem die Präsenzziffer des stehenden Heeres ein für alle Male (bis auf anderweitige gesetzliche Regelung) auf ca. 400,000 Mann festgesetzt werden sollte, erhoben außer der regierungsfeindlichen Opposition auch die liberalen Parteien heftigen Widerspruch, weil der Reichstag das Recht haben müsse, mit Rücksicht auf den von ihm zu bewilligenden Militäretat auch die jedesmalige Präsenzziffer des Heeres jährlich festzustellen. Die Regierung dagegen bestand mit Festigkeit auf ihrem Verlangen, für dessen volle Berechtigung im Interesse der Wehrkraft des Reiches namentlich Graf Moltke eintrat. Um einen Konflikt zu vermeiden, entschloß sich die nationalliberale Partei zu einem Kompromiß, durch welchen die Forderung der Regierung zunächst auf 7 Jahre — bis 1881 — bewilligt wurde. Die fortgesetzten großartigen Anstrengungen Frankreichs auf militärischem Gebiet haben seitdem die Verlängerung der Giltigkeitsdauer des Militärgesetzes um abermals 7 Jahre — bis 1888 — unter gleichzeitiger beträchtlicher Erhöhung der Präsenzziffer des stehenden Heeres nöthig gemacht. Bei einer Friedensstärke des stehenden Heeres von ca. 425,000 Mann kann danach das Deutsche Reich im Kriegsfalle nahezu $1^1/_2$ Million waffengeübte Soldaten — ohne den Landsturm — ins Feld stellen.

Auch für die nothwendige Wehrhaftmachung des Deutschen Reiches zur See wurde durch den von der Reichsregierung vorgelegten und vom Reichstage mit großer Mehrheit genehmigten Flottengründungsplan vom Jahre 1872 in ausgiebigster Weise Sorge getragen. Mit Aufwendung sehr bedeutender Mittel und unter der hingebenden Thätigkeit der mit der Ausführung des Flottengründungsplanes betrauten Männer hat sich Deutschland in verhältnißmäßig kurzer Zeit eine achtunggebietende Kriegsflotte und in Wilhelmshafen und Kiel zwei Kriegshäfen ersten Ranges geschaffen. Mit Ruhe darf Deutschland jetzt schon Angriffen auf seine nordischen Küsten entgegensehen; die deutsche Marine hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens auch an ihrem Theile dazu beizutragen, die Achtung vor dem deutschen Namen im Auslande zu erhöhen.

Das Münzgesetz. — Für den Norddeutschen Bund war bereits durch Gesetz vom Jahre 1869 die Einführung des metrischen Systems in Maß und Gewicht beschlossen und als Einführungstermin der 1. Januar 1872 festgesetzt worden. Nach der Errichtung des Deutschen Reiches wurde dieses Bundesgesetz zum Reichsgesetz erhoben und gleichzeitig

unter Einführung der Goldwährung ein einheitliches decimales Münzsystem geschaffen, das, auf der Mark = 100 Pfennigen als Münzeinheit beruhend, dem trotz mancher früheren Besserungs-Versuche immer noch fortdauernden, argen Wirrwarr auf dem Gebiet des deutschen Münzwesens endlich für immer ein Ende machte. Daß der Uebergang von der früheren Silberwährung zur Goldwährung sich nicht ohne beträchtliche Opfer durchführen ließ, war vorauszusehen gewesen; aber diese Opfer werden reichlich aufgewogen durch die großen Vorzüge der Goldwährung, welche in den weitesten Kreisen des Volkes lebhaft empfunden werden.

Das Gesetz über die obligatorische Civilehe und Beurkundung des Personenstandes erfüllte einen Wunsch, dessen Verwirklichung die liberalen Parteien in Deutschland schon längst erstrebt hatten, und der in der That in einem Lande mit konfessionell gemischter Bevölkerung vollauf berechtigt war. Die beständige Zunahme der Fälle, in denen die katholische und, wenngleich seltener, auch die protestantische Geistlichkeit die kirchliche Einsegnung von Ehen, denen gesetzliche Gründe nicht im Wege standen, verweigerte, hatte in Preußen und den meisten anderen Staaten schon früher zu der Einführung der fakultativen oder sogenannten Nothcivilehe Anlaß gegeben. Nach Errichtung des Deutschen Reiches machte sich naturgemäß das Bedürfniß einheitlicher gesetzlicher Bestimmungen auch auf diesem Gebiet täglich dringender fühlbar, und nachdem Preußen unter der Einwirkung des später zu besprechenden Kulturkampfes mit der Einführung der obligatorischen Civilehe vorangegangen war (in Baden bestand dieselbe bereits seit dem Jahre 1870), verstand sich ihre Einführung für das ganze Deutsche Reich beinahe von selbst. Im Januar 1875 wurde das bezügliche Gesetz trotz des heftigen Widerspruches der katholisch-ultramontanen Centrumspartei und zum Theil auch der orthodoxen protestantischen Geistlichkeit vom Reichstage angenommen, um bereits am 1. Januar 1876 in Kraft zu treten. Die von der Geistlichkeit gehegte Befürchtung, daß das in die kirchlichen Rechtsverhältnisse allerdings tief eingreifende Civilstandsgesetz das kirchliche Leben und das religiöse Empfinden des Volkes beeinträchtigen werde, hat sich für die katholische Kirche gar nicht, für die protestantische nur zum geringsten Theile erfüllt. Die nur in den ersten Jahren und zwar hauptsächlich in den größeren Städten einigermaßen beträchtliche Zahl derjenigen bürgerlichen Ehen, für welche die nachträgliche kirchliche Einsegnung nicht nachgesucht wurde (bez. die Zahl der nicht kirchlich getauften Kinder), hat sich seitdem stetig vermindert, und mehr und mehr hat auch bei den kirchlich Freisinnigen oder Gleichgiltigen die richtige Ansicht Boden gefaßt, daß die bürgerliche Eheschließung eine im Interesse des Staates und der Gesammtheit seiner Bürger gebotene Formalität ist, welche die kirchliche Trauung zwar vor dem Gesetz, aber keineswegs auch vor dem eigenen religiösen Gewissen überflüssig macht. Daß auch der Staat als solcher diese Auffassung der Civilehe theilt und, soweit es mit dem Gesetz vereinbar ist, die nachträgliche kirchliche Einsegnung der civiliter geschlossenen Ehen begünstigt, ist durchaus gerechtfertigt; der unter den obwaltenden Umständen dringend gebotene, auch gesetzlich vorgesehene, aber leider noch nicht überall gleichmäßig durchgeführte Verzicht der Geistlichkeit auf die für die kirchlichen Handlungen bisher erhobenen sogenannten „Stolgebühren“ wird endlich auch das letzte Hinderniß beseitigen, welches der regelmäßigen Verbindung der kirchlichen mit der bürgerlichen Eheschließung respektive Taufe jetzt noch vielfach im Wege steht. —

Die Justizgesetze. Noch ungleich wichtiger als dieses Civilstandsgesetz waren für Deutschland die sogenannten drei großen Justizgesetze, welche in der zweiten Session des zweiten deutschen Reichstages von der Reichsregierung vorgelegt wurden. Das Zustandekommen dieser Gesetze darf sich die nationalliberale Partei mit Recht zum hervorragenden Verdienste anrechnen. Bei der Errichtung des Deutschen Reiches war für dasselbe zunächst nur eine sehr beschränkte Rechtsgemeinschaft in Aussicht genommen, die sich im Wesentlichen

nur auf das Handels- und Verkehrsrecht (Errichtung des Reichsoberhandelsgerichtes in Leipzig), auf die wechselseitige Vollziehung rechtskräftiger Erkenntnisse und ähnliches mehr erstrecken sollte. Eine so eng begrenzte Gemeinschaft auf einem so wichtigen Gebiet wie das der Rechtspflege konnte natürlich der nach möglichst vollständiger Verwirklichung des Einheitsgedankens strebenden Mehrheit des deutschen Volkes nicht genügen, und bereits in der zweiten Session des ersten deutschen Reichstages (November 1871) stellte deshalb die nationalliberale Partei als die entschiedenste Vertreterin dieser Mehrheit den Antrag, die Kompetenz des Reiches auf das gesammte bürgerliche Recht, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren einschließlich der Gerichtsorganisation auszudehnen, also ein einheitliches deutsches Recht und eine einheitliche deutsche Rechtsprechung zu schaffen.

Trotz der leidenschaftlichen Opposition der ultramontanen Partei und der extremen Partikularisten gelangte dieser Antrag im Reichstage zur Annahme. Allein im Bundesrathe waren vorerst die sonderstaatlichen Neigungen namentlich der Mittelstaaten noch kräftig genug, um trotz des eifrigen Eintretens der preußischen Regierung für den genannten Antrag die Ablehnung desselben herbeizuführen. In der nächsten Session des Reichstages wurde der nationalliberale Antrag wiederum gestellt und wiederum angenommen, vom Bundesrathe aber wiederum, wenngleich bereits weniger entschieden, verworfen, und als in der nächstfolgenden Session der Antrag im Reichstage zum dritten Male zur Annahme gelangte, war es inzwischen gelungen, die partikularistischen Bedenken im Bundesrath soweit zu beschwichtigen, daß Fürst Bismarck im Namen der Reichsregierung die Anerkennung und Verwirklichung des Reichstagsbeschlusses in sichere Aussicht stellen konnte. Beides ließ denn auch nicht lange auf sich warten, und bereits im Herbst 1874 vermochte die Reichsregierung die drei großen Justizgesetze (über Gerichtsorganisation, Civilprozeßordnung und Strafprozeßordnung nebst den Einführungsgesetzen) zur Berathung und Beschlußfassung vorzulegen. Diese Regierungsvorlagen enthielten nun freilich sehr viele Bestimmungen, welche der liberalen Mehrheit des Reichstages mehr oder weniger unannehmbar erschienen, daher die mit ihrer Vorberathung beauftragte Kommission dieselben einer durchgreifenden Aenderung unterzog. Da indessen der Bundesrath sich zur Annahme dieser Aenderungen durchaus nicht geneigt zeigte, vielmehr bezüglich der wichtigsten Punkte mit Entschiedenheit auf der Wiederherstellung der ursprünglichen Vorlage bestand, drohte eine Zeit lang das ganze Gesetz zu scheitern. Erst nach langen Verhandlungen gelang es, auf Grund gegenseitiger Zugeständnisse die sämmtlichen Justizgesetze am 21. Dezember 1876 im Reichstage zur Annahme zu bringen, worauf sie am 1. Oktober 1879 in Kraft traten. Auf die Einzelheiten der neuen Gerichtsorganisation, nach welcher die Gerichte in Amtsgerichte, Landgerichte und Oberlandesgerichte eingetheilt werden, über denen als höchste Instanz das Reichsgericht, mit dem Sitz in Leipzig, steht, können wir uns an dieser Stelle nicht näher einlassen; erwähnt sei nur noch, daß als Reichsstrafgesetzbuch das im Laufe der Jahre durch eine Anzahl von Zusatzparagraphen erweiterte respektive abgeänderte Strafgesetzbuch des Norddeutschen Bundes eingeführt, und daß mit der Ausarbeitung eines einheitlichen bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich eine aus den hervorragendsten deutschen Juristen zusammengesetzte Kommission beauftragt wurde, deren schwierige und mühevolle Arbeit zur Zeit noch nicht beendigt ist.

Wie in dieser Weise auf den wichtigsten Gebieten des Staatslebens das durch die Errichtung des Deutschen Reiches Errungene in der erfreulichsten Weise gefestigt und weiter ausgebaut wurde, so geschah ein Gleiches auch auf den verschiedensten Gebieten des Erwerbs- und Verkehrslebens.

Unter der gemäßigt freihändlerischen Handels- und Verkehrspolitik des Zollvereins, später des Norddeutschen Bundes und endlich — wenigstens in den ersten Jahren — auch

des Deutschen Reiches hatten sich Handel und Industrie in Deutschland in der erfreulichsten Weise gehoben. Denn indem die durch den Freihandel ermöglichte größere Freiheit der Bewegung einerseits dem Handel zugute kam, wurde andererseits durch die verstärkte Konkurrenz des Auslandes die deutsche Industrie dazu angespornt, mit allen Mitteln nach der größtmöglichen Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit zu streben, um gleich gute und preiswerthe Produkte wie die vielfach bedeutend älteren Industrien des Auslandes, namentlich Englands und Frankreichs, liefern zu können. Und dieses Bestreben wurde vom besten Erfolge gekrönt. Schon zur Zeit des Zollvereins hatten sich einzelne Zweige der deutschen Industrie soweit entwickelt, daß sie nicht nur im Inlande, sondern auch im Auslande der fremden Konkurrenz völlig gewachsen waren und eine mit jedem Jahre steigende Menge ihrer Erzeugnisse nach überseeischen Ländern exportiren konnten, und diese Entwicklung machte nach der Errichtung des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches immer weitere Fortschritte. Mehr und mehr sahen sich die ausländischen Fabrikate von den deutschen Märkten verdrängt, und mehr und mehr eroberten sich zahlreiche deutsche Industrie-Erzeugnisse den Weltmarkt, zumal nachdem ihnen dort durch die vom Norddeutschen Bunde, bez. vom Deutschen Reich mit vielen fremden Staaten nach dem Grundsatz der meistbegünstigten Nation abgeschlossenen Handelsverträge der Eingang erleichtert worden war.

Daß außerdem auch durch den politischen Aufschwung Deutschlands dieser wirthschaftliche Aufschwung in hohem Maße begünstigt wurde, bedarf kaum der Erwähnung. Hatte man früher die deutsche Nation in ihrer Zerrissenheit vielfach mißachtet, so war jetzt infolge der großen politischen und militärischen Erfolge von 1866 und 1870/71 an Stelle der Mißachtung die volle und begründete Achtung vor dem von fester Hand geleiteten einigen Deutschen Reiche getreten und damit zugleich auch der Glaube an die wirthschaftliche Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes außerordentlich gestiegen. Die kräftige und einheitliche Wahrnehmung der deutschen Interessen im Auslande, die Schaffung einer achtunggebietenden deutschen Seemacht und so vieles Andere was damit zusammenhing, alles dies hat die wirthschaftliche Stellung Deutschlands dem Auslande gegenüber von Grund aus geändert; und da, wie gesagt, der deutsche Handel und die deutsche Industrie unter der Gunst der Umstände auch ihrerseits nicht müßig blieben und die errungene Achtung stetig zu erweitern und fester zu begründen bemüht waren, so konnte ein guter Erfolg nicht wol ausbleiben.

Und dieser Erfolg ist auch durch die schwere Krisis, welche bald nach 1871 nach einer kurzen Periode übermäßig und unnatürlich gesteigerter Entwicklung über das Geschäftsleben — nicht nur Deutschlands, sondern auch anderer Staaten — hereinbrach, auf die Dauer nicht ernstlich beeinträchtigt worden. Man ist in Deutschland vielfach geneigt gewesen, diese als die „Gründerzeit" bezeichnete Periode übermäßigen und unnatürlichen geschäftlichen Aufschwungs und die unter dem Namen des „großen Krachs" bekannte Krisis, welche sie jäh abschloß, ausschließlich als Folge der sich plötzlich in außerordentlichem Maße steigernden Geldzirkulation zu betrachten, welche infolge der beschleunigten Zahlung der französischen Milliarden und ihrer nicht minder beschleunigten theilweisen Verausgabung durch den Staat in Deutschland eingetreten war. In ihrem vollen Umfange kann diese Ansicht nicht als die richtige gelten, schon deshalb nicht, weil das „Gründungsfieber" sich gleichsam epidemisch über die ganze Welt verbreitete und auch fast überall zu einem „Krach" führte, von dem andere Länder, namentlich Oesterreich, noch empfindlicher als Deutschland getroffen wurden.

Ein solcher Entscheidungskampf, wie es der Deutsch-französische Krieg gewesen ist, konnte in seinen Rückwirkungen nicht auf die beiden zunächst betheiligten Länder beschränkt bleiben. Nicht nur in Deutschland und Frankreich, sondern in ganz Europa und selbst darüber hinaus war während des Krieges eine gewisse Stockung in Handel und Verkehr

eingetreten; nichts war deshalb natürlicher, als daß sich alsbald nach dem Friedensschluß das geschäftliche Leben und damit zugleich die geschäftliche Spekulation überall in verstärktem Maße zu regen begann, um möglichst schnell das während der langen Kriegsmonate Versäumte nachzuholen. Die ersten großen Unternehmungen hatten, wie unter solchen Umständen nicht anders zu erwarten, zunächst glänzenden Erfolg; die nächstfolgenden ebenfalls. Das reizte zur Nachfolge. Immer neue, immer größere, immer gewagtere Unternehmungen wurden ins Leben gerufen, immer blinder wurde das Vertrauen auf die Gedeihlichkeit derselben und auf die Dauer eines Zustandes, den jeder bei ruhiger Ueberlegung von vornherein als unhaltbar hätte erkennen müssen. Aber eine leidenschaftliche Spekulationswuth war an die Stelle der ruhigen Ueberlegung getreten; immer höher wurden die oft nahezu werthlosen Papiere der zahllosen Gründungen getrieben; Viele waren über Nacht reich geworden, hundert Andere wollten es noch werden; selbst sonst sehr besonnene und vorsichtige Leute verfielen dem Gründungsfieber, und nur Wenige merkten es zu rechter Zeit, daß sie dabei mehr und mehr dem üppig aufwuchernden Gründungsschwindel in die Hände geriethen, der bald in der rücksichtslosesten Weise und oft mit den unsaubersten Mitteln die Leichtgläubigkeit und das blinde Vertrauen der Menge auszubeuten begann. Dabei stieg, da das leicht Gewonnene ebenso leicht wieder ausgegeben wurde, der Luxus ins Ungemessene, und selbst die weniger Wohlhabenden trieben mit den etwas reichlicher fließenden Einnahmen unverhältnißmäßigen Aufwand, während zugleich die Wohnungen, die Lebensmittel und alle anderen Bedürfnisse mit jedem Tage sich vertheuerten und zuletzt, namentlich für den auf sein schmales Einkommen angewiesenen Beamten, nahezu unerschwinglich wurden. Die Warnungsrufe, die diesem leichtsinnigen Treiben gegenüber endlich vereinzelt laut wurden, verhallten fast ungehört; das allgemeine Vertrauen war noch unerschüttert, die Kourse der oft nur sogenannten Werthpapiere behaupteten sich noch auf ihrer höchsten Höhe, und noch Hunderte von neuen Plänen und Projekten waren in Ausführung oder Vorbereitung, als plötzlich, den Meisten unerwartet, das Unvermeidliche eintrat — der Krach!

Zuerst kam derselbe in Wien zum Ausbruch, und mit Blitzesschnelle verbreitete sich die Kunde davon durch Europa, um überall, namentlich auch in Berlin, das leichtsinnig errichtete Luftgebäude der Spekulation mit einem Schlage über den Haufen zu werfen und zugleich mit dem kurzen Glückstraum leider auch die gesammte materielle Existenz vieler Tausende unter seinen Trümmern zu begraben.

Aber nicht nur auf die augenblickliche Katastrophe blieben die Wirkungen des Krachs beschränkt; derselbe hatte vielmehr, namentlich für die Industrie, eine lange und schwere Krisis zur weiteren Folge. Die Produktionsfähigkeit der ungeheuren Zahl der im Laufe weniger Jahre — zum Theil im großartigsten Maßstabe — neu errichteten industriellen Etablissements überstieg bei weitem das gleichfalls nur vorübergehend so außerordentlich gesteigerte, nach dem Krach aber schnell auf das gewöhnliche Niveau zurücksinkende Bedürfniß, selbst nachdem viele der zum Theil künstlich hervorgerufenen Anstalten aus Mangel an Betriebskapital die Arbeit hatten einstellen müssen. Auch der Absatz nach dem Auslande stockte, weil ja in anderen Ländern ebenfalls eine bedeutende Vermehrung der Produktion stattgefunden hatte; dabei boten die unter der verschärften ausländischen Konkurrenz beständig sinkenden Preise nur einen sehr geringen oder gar keinen Gewinn — kurz, die Lage der gesammten deutschen Industrie ward eine überaus traurige, um so trauriger, weil auch die während der Gründerzeit in Scharen zur Fabrikarbeit übergegangene und nun zum großen Theil beschäftigungslose Arbeiterbevölkerung dadurch auf das schwerste in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Unter solchen Umständen war es begreiflich, daß aus vielen industriellen Kreisen erst leise, dann lauter und lauter der Ruf nach staatlicher Hülfe erhoben wurde. „Schutz der nationalen Arbeit, Fernhaltung der ausländischen Industrie-Erzeugnisse von den deutschen

Märkten" — so lautete die Parole, welche von der jetzt in den Vordergrund tretenden und unter dem Einfluß der offenkundigen wirthschaftlichen Nothlage täglich neue Anhänger gewinnenden Schutzzollpartei ausgegeben wurde. Zu gleicher Zeit vollzog sich auch in den Regierungskreisen in gleichem Sinne eine Wandlung der Ansichten; auch hier fanden die schutzzöllnerischen Bestrebungen unter der gleichzeitigen Mitwirkung verschiedener anderer Umstände immer mehr Anklang und Billigung, und nach einigen vorbereitenden Versuchen trat endlich die Reichsregierung mit jenen umfangreichen Zoll- und Steuervorlagen hervor, welche die sogenannte große Wirthschaftsreform einzuleiten bestimmt waren.

Es wurde oben von den besonderen Umständen gesprochen, welche den wirthschaftlichen Umschwung und die Verwirklichung der schutzzöllnerischen Bestrebungen in Deutschland begünstigten. In erster Linie dürfte dies von Folgendem gelten.

Das eifrige Bestreben des deutschen Reichskanzlers war von Anfang an darauf gerichtet gewesen, das Deutsche Reich finanziell möglichst selbständig und von den baaren Zuschüssen der Einzelstaaten möglichst unabhängig zu machen, ein Bestreben, das sich bei der auf dem Prinzip des gemäßigten Freihandels fußenden Zoll- und Steuergesetzgebung, welche von dem Norddeutschen Bunde auf das Deutsche Reich übertragen worden war, allerdings nur in sehr beschränktem Maße verwirklichen ließ. Denn diese freihändlerische Zoll- und Steuerpolitik legte naturgemäß das Hauptgewicht auf die direkte Besteuerung, während das Reich verfassungsmäßig gerade auf die indirekten Steuern und Zölle (nebst den Ueberschüssen aus der Post- und Telegraphenverwaltung und einigen anderen weniger bedeutenden Einnahmen) zur Bestreitung seiner Ausgaben angewiesen war und das Fehlende in Gestalt baarer Zuschüsse (sogenannter „Matrikularbeiträge") von den Einzelstaaten zu erheben hatte. Diese Matrikularbeiträge erreichten natürlich, namentlich infolge des dem Reiche zur Last fallenden hohen Militäretats, eine sehr beträchtliche Höhe. Ein erster im Jahre 1875 unternommener Versuch der Reichsregierung, zur Verminderung der Matrikularbeiträge oder wenigstens zur Verminderung einer ferneren Steigerung derselben eine Vermehrung der Steuereinnahmen des Reichstages durchzusetzen, scheiterte an der damals noch fest geschlossenen liberalen Mehrheit des Reichstages, und ein zweites Projekt des Reichskanzlers, durch Uebernahme aller deutschen Eisenbahnen auf das Reich diesem eine selbständige reichere Einnahmequelle zu eröffnen und zugleich das deutsche Eisenbahnwesen einheitlich zu regeln, wurde aus partikularistischen Bedenken bereits im Bundesrathe abgelehnt. (Die Verstaatlichung des Eisenbahnswesens hat sich inzwischen in den Einzelstaaten vollzogen.)

Um so lieber ergriff deshalb der Reichskanzler die günstige Gelegenheit, mit Hülfe der mehr und mehr erstarkenden Schutzzollpartei der Verwirklichung seines Lieblingswunsches näher zu treten; einige mit der starken Ausnutzung der direkten Besteuerung in der That verbundene Mißstände hatten überdies, namentlich in Preußen, auch in nicht industriellen Kreisen eine der Erhöhung der indirekten Steuern günstige Stimmung erzeugt, und auch der zumeist in der konservativen Partei vertretene Großgrundbesitz zeigte sich nicht abgeneigt, in die schutzzöllnerische Bewegung einzutreten, um als Gegenleistung die Einführung von Getreidezöllen zu erlangen, die dem durch die außerordentliche Vermehrung des russischen und amerikanischen Getreide-Imports bedingten Sinken der Getreidepreise Einhalt thun und dadurch den verhältnißmäßig unlohnend gewordenen Landwirthschaftsbetrieb wieder etwas lohnender machen sollten.

Unter diesen Vorgängen begann sich das Verhältniß zwischen der nationalliberalen Partei und dem Reichskanzler, der sich bis dahin hauptsächlich auf jene gestützt und auch in allen wichtigen Fragen ihre bereitwillige Unterstützung gefunden hatte, allmählich zu lockern, während sich gleichzeitig die bis dahin völlig machtlose konservative Partei fester zu organisiren begann. Bereits bei den Reichstagswahlen im Jahre 1877 gewann dieselbe eine beträchtliche Verstärkung, ohne indessen der noch immer starken liberalen Majorität gegenüber das vom Reichskanzler Anfang 1878 vorgelegte Gesetz über die Erhöhung der

Tabaksteuer, welches als Vorläufer für die geplante Einführung des Tabaksmonopols dienen sollte, durchsetzen zu können. Als nun aber nach den beiden an anderer Stelle näher zu besprechenden sozial-demokratischen Attentaten vom 11. Mai und 2. Juni 1878 der Reichstag aufgelöst wurde, verschob sich bei den Neuwahlen das bisherige Parteiverhältniß des Reichstages so sehr zu Gunsten der konservativ-schutzzöllnerischen Richtung, daß der Reichskanzler nunmehr mit Hülfe dieser letzteren sein Ziel glaubte erreichen und die große Zoll- und Steuerreform thatsächlich ins Werk setzen zu können. Ohne die wenigstens theilweise Unterstützung der nationalliberalen Partei wäre dies freilich auch jetzt noch nicht möglich gewesen. Allein die von dem Reichskanzler in den Vordergrund gestellte Begründung der Zollreform durch die Nothwendigkeit, dem Deutschen Reiche zu seiner inneren Befestigung eine ausreichende selbständige Einnahmequelle zu eröffnen, mußte die nationalliberale Partei nach ihrer politischen Stellung als berechtigt anerkennen, und diese Ueberzeugung war trotz der entgegenstehenden freihändlerischen und parlamentarischen Bedenken bei vielen Mitgliedern der Partei stark genug, um sie zur Unterstützung des vorgelegten Gesetzes zu bewegen, das in einer zwar wesentlich abgeänderten, aber immerhin noch in die bisherigen wirthschaftlichen und verkehrspolitischen Verhältnisse tief eingreifenden Gestalt am 12. Juli 1879 vom Reichstage angenommen wurde.

Gegen den Uebergang vom gemäßigten Freihandel zum Schutzzoll hatten sich die entschieden liberalen Parteien, vor Allem die Fortschrittspartei, aus volkswirthschaftlichen und parlamentarischen Gründen heftig gestemmt, und auch der linke Flügel der nationalliberalen Partei hatte sich aus den gleichen Gründen der Opposition angeschlossen. Die dadurch bedingte Spaltung innerhalb der nationalliberalen Partei prägte sich gegenüber der mehr und mehr in konservative Bahnen einlenkenden Regierungspolitik immer schärfer aus und führte schon im folgenden Jahre zum vollständigen Bruch. Die entschiedenen Anhänger der Wirthschaftsreform gingen zur freikonservativen Partei über, und der linke, entschieden freihändlerische Flügel vereinigte sich unter dem Namen der „Sezession" zu einer besonderen Parteigruppe, während der verbleibende Rest der nationalliberalen Partei, um nicht alle Fühlung mit der Regierung zu verlieren, dieselbe in ihrer neuen Politik halb widerstrebend und unter häufigen Schwankungen unterstützte.

Infolge dieses Verhältnisses konnte die Zoll- und Steuerreform im Laufe der nächsten Jahre in gemäßigt schutzzöllnerischem Sinne allmählich noch weiter ausgedehnt werden, während andererseits die liberalen Parteien den äußersten Konsequenzen der neuen Wirthschaftspolitik, namentlich der Einführung des Tabaksmonopols, der Erhöhung der eingeführten Getreidezölle und Aehnlichem mehr durch festes Zusammenstehen bisher erfolgreichen Widerstand zu leisten vermocht haben.

Das Urtheil über die Wirthschaftsreform ist, wie diese selbst, zur Zeit noch nicht abgeschlossen. Der vollberechtigte Wunsch des deutschen Reichskanzlers, das Reich finanziell auf eigene Füße gestellt zu sehen, ist durch dieselbe seiner Verwirklichung einen großen Schritt näher geführt, und auch eine erfreuliche und beständig fortschreitende Hebung und Wiederbelebung der nothleidenden deutschen Industrie ist seitdem zur Thatsache geworden. Ob nun diese letztere, wie die Anhänger der Wirthschaftsreform behaupten, mit dieser in ursächlichen Zusammenhang zu bringen, oder ob sie, wie die Gegner meinen, als eine natürliche Reaktion gegen den mehrjährigen Stillstand zu betrachten ist und auch ohne die Wirthschaftsreform eingetreten wäre — diese Frage wird erst die Zukunft entscheiden.

Hand in Hand mit der Fürsorge für die Hebung des Verkehrs gingen die Bemühungen der Reichsregierung und ihrer Organe für die Erweiterung und Vervollkommnung der dem Verkehr dienenden Hülfsmittel. Das Reichseisenbahnprojekt des deutschen Reichskanzlers ist allerdings, wie schon oben gesagt, vorläufig an den partikularistischen Bedenken der deutschen Mittelstaaten gescheitert; aber immerhin ist durch die Errichtung des Reichseisenbahnamtes und durch die einheitliche Regelung wenigstens der dringendsten

Fragen auf diesem Gebiete Vieles geschehen; und daß der Reichskanzler trotz des augenblicklichen Mißerfolges sein Reichseisenbahnprojekt noch keineswegs aufgegeben hat, das bezeugt die unter seiner thatkräftigen Initiative betriebene und zur Zeit beinahe durchgeführte Verstaatlichung aller preußischen Bahnen, die ausgesprochenermaßen der späteren Verwirklichung des Reichseisenbahnprojektes vorarbeiten soll. Es mag übrigens bei dieser Gelegenheit nicht unerwähnt bleiben, daß von beachtenswerther Seite aus volkswirthschaftlichen und politischen Gründen doch auch gegen die Verstaatlichung der Eisenbahnen mancherlei Einwendungen erhoben worden sind.

Völlig unbestritten und allgemein als segensreich anerkannt sind dagegen die großartigen Fortschritte auf dem Gebiet des Reichspost- und Telegraphenwesens, das sich unter der genialen Leitung seines derzeitigen Chefs, des Staatssekretärs Stephan, zu einer Musteranstalt ersten Ranges emporgeschwungen und einen maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung des Post- und Telegraphenwesens aller übrigen Länder nicht nur Europa's, sondern der ganzen civilisirten Welt ausgeübt hat. Durch die Schaffung des Weltpostvereins, den wir ausschließlich den umsichtigen und unermüdlichen Bemühungen unserer deutschen Reichspostverwaltung verdanken und dem zur Zeit beinahe alle für den internationalen Verkehr in Betracht kommenden europäischen und außereuropäischen Staaten beigetreten sind, ist allen sonstigen Fortschritten und Erleichterungen auf diesem wichtigen Verkehrsgebiete die Krone aufgesetzt worden.

Daß der Gesetzgebung, durch welche nach der Errichtung des Deutschen Reiches dieses im Innern gefestigt und weiter ausgebaut wurde, von verschiedenen Seiten heftiger und bisweilen sogar leidenschaftlicher Widerstand entgegentrat, haben wir bereits mehrfach zu erwähnen Anlaß gehabt, und dieser Widerstand war nach Lage der Dinge leicht erklärlich. Denn jene Gesetzgebung, so sehr sie in der Hauptsache den Bedürfnissen des neuen Deutschen Reiches in den ersten Jahren nach seiner Begründung entsprechen mochte, war doch im Grunde eine Parteigesetzgebung, welche, indem sie sich fast ausschließlich auf den Prinzipien einer Partei, des Liberalismus, aufbaute und diese mit möglichster Konsequenz auf allen Gebieten zur Geltung zu bringen suchte, die übrigen Parteirichtungen naturgemäß zur Opposition drängen mußte.

Als die Vertreter des nationalen Liberalismus, d. h. als die entschiedensten Vorkämpfer für die möglichst vollständige Verwirklichung des deutschen Einheitsgedankens, hatten die liberalen Parteien unstreitig die große Mehrheit des deutschen Volkes für sich, und dieser nationale Liberalismus war es auch, der ihre Herrschaft im deutschen Reichstage und ihren weitgehenden und zeitweilig fast ausschließlichen Einfluß auf die Gesetzgebung zunächst begründete, indem einerseits die Wähler vor Allem darauf bedacht waren, entschieden national gesinnte Männer als ihre Vertreter in den Reichstag zu entsenden, und indem andererseits auch die Reichsregierung ein Interesse daran hatte, auf eine möglichst große national gesinnte Mehrheit sich stützen zu können, um mit ihrer Hülfe die zur inneren Festigung des neu gegründeten Reiches nothwendigen Maßregeln durchzuführen. Die Opposition gegen den nationalen Liberalismus war denn auch im deutschen Reichstage eine verschwindend geringe, wenn anders man zu den Gegnern desselben nicht auch die katholisch-ultramontane Centrumspartei rechnen will, bei welcher allerdings die politische Opposition von der kirchlichen oft nicht zu trennen ist. Die Schleswig-Holsteiner, die Hannoveraner, die Hessen und Nassauer hatten sich zum guten Theil schon vor 1870 in die neuen Verhältnisse gefunden, und die Ereignisse von 1870 und 1871, die Errichtung eines gemeinsamen deutschen Vaterlandes, hatten diese Wandlung noch entschieden begünstigt. Der Partikularismus der süd- und mitteldeutschen Staaten machte sich im Reichstage wenig bemerkbar, und so standen als grundsätzliche und entschiedene Gegner der deutschen Reichseinheit, wie sie aus den Kämpfen von 1864—1871 hervorgegangen war, eigentlich nur die Polen, die nordschleswigschen Dänen sowie einige Anhänger des entthronten

Welfenhauses aus Hannover und — seit 1874 — die Elsaß-Lothringer der Reichsregierung und der Reichstagsmehrheit gegenüber.

Auch dem politischen Liberalismus der liberalen Parteien, soweit er auf die Bewahrung und Sicherung und — bei der entschiedeneren Fortschrittspartei — auf die allmähliche Erweiterung der politischen Rechte und Freiheiten des Volkes der Regierungswalt gegenüber gerichtet war, trat im Reichstage, wenigstens während der ersten beiden Legislaturperioden, ein nennenswerther Widerstand nicht entgegen; denn die Konservativen bildeten zunächst eine verschwindende Minderheit, und die übrigen Parteien, namentlich die ultramontane Centrumspartei, schlossen sich im wohlverstandenen Partei-Interesse auf diesem Gebiet in der Regel den liberalen Parteien an, die sie auf anderen Gebieten, insbesondere auf dem kirchlichen, leidenschaftlich bekämpften. Hier war es vielmehr die Regierung, welche dem Liberalismus, soweit er als politischer Liberalismus in die Erscheinung trat, entschiedenen Widerstand entgegensetzte oder ihm wenigstens die Erfüllung und Verwirklichung aller irgendwie weitergehenden Wünsche und Bestrebungen versagte.

Als besonders bezeichnend in dieser Beziehung mag hier nur erwähnt werden, daß die Regierung dem wiederholt mit großer Mehrheit gefaßten Beschluß des Reichstages, den Reichstagsmitgliedern Diäten zu gewähren, um jedem, auch dem Unbemittelten, die Uebernahme eines Mandats möglich zu machen, aus politischen Bedenken jedesmal ihre Zustimmung verweigerte. Auch bei der gelegentlich der Berathung der Justizgesetze zur Erörterung kommenden Frage, ob Vergehen gegen die Vereins- und Preßgesetze vor den Geschworenen, wie die Liberalen wollten, oder vor den ordentlichen Gerichten, wie die Regierung wollte, zur Aburtheilung kommen sollten, trat dieser Gegensatz zwischen der Regierung und den liberalen Parteien hervor, ja er steigerte sich gerade bei dieser letzteren Frage zu solcher Schärfe, daß zeitweilig die ganzen Justizgesetze daran zu scheitern drohten und ein Konflikt schließlich nur durch die Nachgiebigkeit der nationalliberalen Partei vermieden werden konnte.

Natürlich zeigte sich in ähnlichen Fällen die liberale Reichstagsmehrheit auch den von der Regierung ausgehenden Vorschlägen gegenüber nicht eben sehr willfährig, und als die letztere im Jahre 1876 eine Reihe von verschärfenden Zusatzparagraphen zum Reichsstrafgesetzbuch vorlegte, wurden die wegen ihrer unbestimmten Fassung sogenannten „Kautschukparagraphen" trotz der eifrigsten Befürwortung durch die Regierungsvertreter von den in der Mehrheit befindlichen liberalen Parteien abgelehnt.

Daß die Regierung, so gern sie sich in den ersten Jahren in ihrer nationalen Politi auf die liberalen Parteien stützte und diesen auch auf anderen Gebieten den Willen ließ, in Fragen der inneren Politik und der Verwaltung schon damals viel lieber mit den Konservativen gegangen wäre, das trat nach dem bereits erwähnten Umschwung im Jahre 1878, welcher den liberalen Parteien die Führung im Reichstage entriß, deutlich zu Tage. Durch die mit Hülfe einer konservativ-schutzzöllnerischen Reichstagsmehrheit durchgeführte neuere Gesetzgebung ist seitdem, wie auf dem wirthschaftlichen Gebiet, so auch auf dem der inneren Politik und Verwaltung, zum gutem Theil auf eigene Anregung der Regierung Vieles rückgängig gemacht worden, und zur Zeit scheint diese rückläufige Bewegung ihren Abschluß noch nicht erreicht zu haben.

Wesentlich anders war das Verhältniß der Regierung zu dem Liberalismus in seinen beiden anderen Erscheinungsformen als wirthschaftlicher und kirchlicher Liberalismus. Hier war es die Regierung, welche die liberalen Parteien unterstützte oder ihnen wenigstens zur Durchführung ihrer Grundsätze und zur Verwirklichung ihre Wünsche und Bestrebungen den weitesten Spielraum ließ; denn auf kirchenpolitischem Gebiet bekämpften die Regierung und die liberalen Parteien, wenn auch nicht überall aus den gleichen Gründen und mit den gleichen Zielen, vor Allem einen gemeinsamen Feind, den Ultramontanismus, und auf wirthschaftlichem Gebiet huldigte die Regierung selbst, wenigstens bis 1876, in einigen

ihrer hervorragendsten Organe den liberalen Grundsätzen des freien internationalen Waarenaustausches und der unbeschränkten Konkurrenz im Erwerbsleben. Aber der zielbewußten Konsequenz, mit welcher der Liberalismus unter der Gunst der Umstände seine Grundsätze auf den genannten Gebieten zur Durchführung zu bringen bestrebt war, entsprach auch die Hartnäckigkeit und Leidenschaftlichkeit der Opposition von Seiten der gegnerischen Parteien. Auf dem kirchenpolitischen Gebiet spitzte sich diese Opposition zu dem erbitterten und trotz zwölfjähriger Dauer auch heute noch nicht beigelegten Parteistreite zu, welchen man mit einem kurzen, wenn auch nicht recht zutreffenden Worte als Kulturkampf bezeichnet, während der Widerstand gegen den wirthschaftlichen Liberalismus oder vielmehr gegen seine wirklichen oder vermeintlichen üblen Folgen für die Erwerbsverhältnisse der arbeitenden Klassen sich zunächst in der Sozialdemokratie organisirte.

Der Kulturkampf. — Mit der Encyclica und dem berüchtigten Syllabus vom Jahre 1864 hatte sich die innerhalb der katholischen Kirche zur Herrschaft gelangte jesuitisch-ultramontane Partei in schroffen Gegensatz zum modernen Kulturleben und seinen unaufhaltsam weiterdrängenden Fortschritten gestellt. Mit dem Unfehlbarkeitsdogma vom Jahre 1870 hatte sie das Gleiche auch der modernen Staatsanschauung gegenüber gethan, welche es nicht anerkennen will und kann, daß die Kirche als solche über dem Staate stehen und daß die Gesetze des Staates für die Kirche und ihre Diener nur nach dem Belieben des jeweiligen unfehlbaren Papstes Giltigkeit haben sollen. Der früher unter günstigeren Verhältnissen einmal unternommene, aber leider nicht energisch genug durchgeführte und deshalb erfolglose Versuch, auch die katholische Kirche in Deutschland zu einer nationalen zu machen und sie von der bedingungslosen Abhängigkeit von Rom loszulösen, war damit endgiltig gescheitert. Die kleine, auf nationaler Grundlage stehende altkatholische Partei hatte, trotz aller staatlichen Begünstigung, den außerordentlichen kirchlichen Machtmitteln der römischen Kurie gegenüber von vornherein keine Aussicht auf längeres Bestehen oder gar auf weitere Ausbreitung, und dem Staate lag deshalb die Aufgabe ob, zwischen seinen eigenen Machtbefugnissen und denen der von der römischen Kurie als von einer auswärtigen Macht abhängigen katholischen Geistlichkeit gesetzlich die durch das Staatsinteresse gebotene Grenze zu ziehen. Für Deutschland und besonders für Preußen war dies doppelt nothwendig, einmal wegen der konfessionell stark gemischten Bevölkerung und sodann, weil der Ultramontanismus den preußisch-deutschen Einheitsbestrebungen gegenüber von Anbeginn her eine offen feindliche Stellung eingenommen hatte und auch nach der Errichtung des neuen Deutschen Reiches aus seiner tiefen Abneigung gegen das protestantische preußisch-deutsche Kaiserthum durchaus kein Hehl machte. Die unter diesen Umständen naheliegende Befürchtung, daß der Ultramontanismus die ihm zu Gebote stehenden kirchlichen Machtmittel zum Schaden der schwer errungenen Einheit des deutschen Vaterlandes gebrauchen könnte, erwies sich nur zu bald als völlig gerechtfertigt; überall trat die ultramontane Partei in Verbindung mit dem extremen Partikularismus und sonstigen reichsfeindlichen Elementen, und vorbeugende gesetzliche Maßregeln schienen deshalb im nationalen Interesse des Deutschen Reiches dringend geboten.

Von diesem nationalen Gesichtspunkte aus glaubte deshalb die Regierung den Kampf gegen den Ultramontanismus aufnehmen zu müssen, und dieser nationale Gesichtspunkt vor Allem bestimmte auch die liberalen Parteien, dabei fast ausnahmslos auf die Seite der Regierung zu treten, obgleich im Grunde die kirchenpolitischen Ziele und Bestrebungen der Regierung mit den Grundsätzen des Liberalismus auf diesem Gebiet wenig übereinstimmten. Der Liberalismus konnte sich eben nicht verhehlen, daß bei dem strengen Festhalten der Reichsregierung wie der Einzelregierungen an dem Gedanken des Staatskirchenthums an die Anwendung des namentlich von der Fortschrittspartei befürworteten und von dem Ultramontanismus selbst am meisten gefürchteten Radikalmittels der völligen Trennung von Staat und Kirche vorerst nicht zu denken sei. Wenn nun aber einmal

der Kirche durch den Staat Gesetze vorgeschrieben werden mußten, so lag es jedenfalls im Interesse des Liberalismus, daß dies, da er augenblicklich die Macht in Händen hatte, unter seiner Mitwirkung und nach seinen Grundsätzen geschah. Diese Erwägung veranlaßte denn auch, nächst dem erwähnten nationalen Gesichtspunkt, für die Folge das feste Zusammengehen der Regierung und der liberalen Parteien in allen kirchenpolitischen Fragen, indem die Regierung, um in dem Kampfe gegen den Ultramontanismus der Unterstützung der liberalen Parteien sicher zu sein, sich auch ihrerseits dazu entschloß, dem Liberalismus auf dem gesammten Gebiet des Kirchen- und des damit eng zusammenhängenden Schulwesens freie Hand zu lassen.

Denn darüber konnte von vornherein kaum ein Zweifel bestehen, daß die beginnende kirchliche Bewegung sich nicht blos auf den Kampf gegen den Ultramontanismus und seine reichsfeindlichen Bestrebungen beschränken, sondern daß sie auf die gesammte öffentliche Stellung und Wirksamkeit der Kirche überhaupt, und zwar nicht nur der katholischen, sondern auch der protestantischen Kirche, sich erstrecken würde. Die orthodoxe protestantische Geistlichkeit, die von jeher eine stärkere und unabhängigere Machtstellung auch für die evangelische Kirche erstrebt hatte, stand deshalb dem Kulturkampfe keineswegs sympathisch gegenüber. Denn was sie dabei durch den wirksameren Schutz gegen die Uebergriffe des nach beständiger Ausbreitung strebenden Katholizismus auf der einen Seite gewinnen konnte, das mußte sie auf der andern Seite durch die nothwendige gleichzeitige Beschränkung ihrer eigenen Machtstellung und ihres eigenen Einflusses doppelt verlieren, und mehrmals im Verlaufe des Kulturkampfes kämpften deshalb die katholisch-ultramontane Partei und die Vertreter der protestantischen Orthodoxie Schulter an Schulter gegen die liberale kirchenpolitische Gesetzgebung. Namentlich im Herrenhause des preußischen Landtages machte sich der Widerstand gegen diese Gesetzgebung in solcher Stärke geltend, daß die Regierung sich hier erst durch einen sogenannten „Pairsschub“ eine gefügige Mehrheit schaffen mußte.

Wir können uns nach dieser einleitenden Betrachtung über die Ursachen und das Wesen des Kulturkampfes bei der Schilderung der verschiedenen Phasen desselben auf das Nothwendigste beschränken. Der Kampf, der den Verhältnissen entsprechend theils im deutschen Reichstage, theils — wo es sich um Verwaltungsmaßregeln handelte — im preußischen Abgeordnetenhause und in den Einzellandtagen anderer deutschen Staaten sich abspielte, begann mit dem Erlaß des Gesetzes vom 10. Dezember 1871, welches einen neuen Paragraphen, den sogenannten „Kanzelparagraphen“, in das deutsche Reichsstrafgesetzbuch einfügte und durch diesen den Mißbrauch der Kanzel zur Aufreizung gegen die bestehende Staatsgewalt mit Strafe bedrohte. In Preußen war bereits vorher durch königliche Verfügung die bisher bestandene besondere katholische Ministerialabtheilung für Kultus- und Unterrichtsangelegenheiten aufgehoben und ein Gesetzentwurf vorbereitet worden, durch welchen die Beaufsichtigung des Unterrichts- und Erziehungswesens den Geistlichen beider Konfessionen entzogen und vom Staate angestellten Schulinspektoren übertragen werden sollte. Da der noch aus der Konfliktszeit her im Amte befindliche preußische Kultusminister von Mühler zur Durchführung der neuen kirchenpolitischen Gesetzgebung nicht geeignet erschien, wurde an seiner Stelle der bisherige Ministerialdirektor und Bevollmächtigte der preußischen Regierung im Bundesrath, Adalbert Falk, in das preußische Kultusministerium berufen (22. Januar 1872), und trotz der leidenschaftlichen Opposition der katholischen Centrumspartei und der protestantischen Orthodoxie brachte dieser das Schulaufsichtsgesetz im preußischen Abgeordnetenhause und im Herrenhause zur Annahme.

Die Heftigkeit, mit welcher die katholische Geistlichkeit sich den neuen Gesetzen widersetzte, denen sie aus Gewissensbedenken sich nicht fügen zu können erklärte, bedingte nun die weiteren Maßnahmen. Der preußische Gesandtschaftsposten beim päpstlichen Stuhl wurde abgeschafft, weil Pius IX. unter einem nichtigen Vorwande sich weigerte, den von der preußischen Regierung vorgeschlagenen Gesandten als solchen zu empfangen; durch Reichs-

gesetz vom 4. Juli 1872 wurde ferner den Jesuiten, als den gefährlichsten Gegnern der deutschen Einheit, der Aufenthalt im Reichsgebiet untersagt, und zu Anfang des Jahres 1873 wurden dann dem preußischen Abgeordnetenhause die vielgenannten vier Gesetze vorgelegt, welche ein für alle Male das Verhältniß zwischen dem Staat und der Kirche — namentlich der katholischen Kirche — und zwischen den Machtbefugnissen beider regeln sollten. Diese Gesetze vom 12., 13., 14. und 15. Mai 1873, die sogenannten Maigesetze, welche die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, die Anwendung der kirchlichen Disziplinargewalt und der kirchlichen Straf- und Zuchtmittel der Beaufsichtigung durch den Staat unterstellten, ferner einen besonderen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten mit weitgehenden Befugnissen schufen und endlich über den Austritt aus der Kirche zu Gunsten der Altkatholiken besondere Bestimmungen trafen, riefen auf ultramontaner Seite einen Sturm der Entrüstung hervor. Die katholischen Bischöfe und Erzbischöfe kündigten dem Staate offen den Gehorsam auf, der Papst erklärte die gesammte Maigesetzgebung für null und nichtig, die erledigten Pfarrstellen blieben unbesetzt, die kirchlichen Oberen mußten wegen Zuwiderhandelns gegen die Maigesetze einmal über das andere zur Strafe gezogen werden. Nun mochte man freilich zugeben, daß einzelne Bestimmungen der Maigesetze in der That so weit gingen, daß sie eben nur als vorübergehende Kampfmittel zur Durchführung der berechtigten Ansprüche des Staates der Kirche gegenüber gelten konnten. Aber wie dem auch sein mochte, der Staat konnte und mußte die unbedingte Achtung vor seinen Gesetzen verlangen und nöthigenfalls erzwingen, und Sache der katholischen Geistlichkeit wäre es gewesen, durch Erfüllung der berechtigten Forderungen des Staates die sogenannten Kampfgesetze überflüssig zu machen und ihre Wiederaufhebung herbeizuführen. Aber die herrschende Partei innerhalb der katholischen Kirche und vor Allem der unter dem Einflusse der Jesuiten stehende Papst selbst zeigten sich zu dieser nothwendigen Nachgiebigkeit durchaus nicht geneigt. „Alles oder Nichts" blieb hier die Losung, und so mußte denn der Kampf weiter geführt werden, theils mit Zwangsmitteln, theils mit auf die Dauer berechneten Gesetzen. Zu letzteren war insbesondere das bereits an anderer Stelle erwähnte Gesetz über die obligatorische Civilehe und die amtliche Beurkundung des Personenstandes zu zählen, ebenso das Gesetz über die Aufhebung der klösterlichen Orden und Kongregationen in Preußen und verschiedene andere.

Von den Kampfgesetzen seien hier das Gesetz über die Verwaltung erledigter katholischer Bisthümer, das Gesetz zur Verhinderung unbefugter Ausübung von Kirchenämtern und endlich das Gesetz über die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bisthümer und Geistlichen, das sogenannte „Sperrgesetz", besonders erwähnt. Mit diesen Gesetzen war der Kulturkampf auf seinem Höhepunkt gelangt; der eigentliche Zweck, die katholische Geistlichkeit zur unbedingten Unterwerfung unter die Staatsgesetze zu zwingen, ward jedoch nicht erreicht. Hier stand eben Forderung gegen Forderung, Prinzip gegen Prinzip. Ob sich durch noch weitergehende Zwangsmaßregeln der Widerstand des Ultramontanismus schließlich doch hätte brechen lassen, mag dahingestellt bleiben; jedenfalls vermochte sich Angesichts der offenbaren Schäden, welche der jahrelange und von der katholischer Partei mit rücksichtsloser Konsequenz geführte Kampf im Gefolge hatte, die oberste Regierungsgewalt zur Anwendung weiterer Zwangsmaßregeln nicht zu entschließen.

Die katholische Kirche hatte bei dem Kulturkampfe ausschließlich nur die Machtfrage im Auge und ließ darüber das religiöse und seelsorgerische Interesse völlig in den Hintergrund treten; sie that nichts, um durch entgegenkommende Schritte ihrerseits die wachsende kirchliche Nothlage zu mildern, deren Folgen in blindem Fanatismus einerseits (Attentat Kullmann's auf den Fürsten Bismarck im Jahre 1874) und in zunehmender Verrohung und Verwilderung andererseits bald erschreckend zu Tage traten. Die Regierung glaubte deshalb ihrerseits andere Wege einschlagen zu müssen. Die eigentliche Kulturkampf-Gesetzgebung kam zum Stillstand, und das Bestreben war zunächst darauf gerichtet, durch

strenge Handhabung der vorhandenen Gesetze die katholische Geistlichkeit allmählich zur Nachgiebigkeit zu bewegen und auf diese Weise zu einem Ausgleich, einem sogenannten modus vivendi zu gelangen. Aber auch dieses Bestreben scheiterte an der Hartnäckigkeit des Widerstandes auf Seiten der ultramontanen Partei, und mehr und mehr zeigte es sich, daß der Staat, wenn er dem immer unerträglicher werdenden Zustande ein Ende machen wollte, entweder Gewalt gegen Gewalt setzen und rücksichtslos mit allen Mitteln den Kampf zu Ende führen, oder selbst den ersten Schritt zurück thun müsse.

Daß schließlich das Letztere geschah, das hatte seinen Grund vor Allem in dem persönlichen Verlangen des greisen Monarchen, den religiösen Frieden im Lande möglichst bald wiederhergestellt zu sehen; auch im deutschen Reichstage und im preußischen Abgeordnetenhause waren gar Manche des jahrelangen aufreibenden Kampfes bereits herzlich müde geworden; weiterhin trugen verschiedene andere Umstände gleichfalls dazu bei, eine Wandlung in friedlicherem Sinne vorzubereiten.

Am 2. Februar 1878 starb der unversöhnliche Papst Pius IX., und Papst Leo XIII., dem eine größere persönliche Friedensliebe nachgerühmt wurde, trat an seine Stelle; die beiden frevelhaften Attentate, welche wenige Monate später gegen den Kaiser verübt wurden, bestärkten die an höchster Stelle allmählich zur Herrschaft gelangte Ansicht, daß die gesammte liberale Kirchen- und Schulgesetzgebung für die zunehmende Verwilderung gewisser Volksschichten und das beunruhigende Anwachsen der Socialdemokratie mit verantwortlich und daß deshalb eine Umkehr auf diesem Gebiete geboten sei; und endlich fiel auch der gleichzeitig beginnende wirthschaftliche Umschwung und die durch denselben bedingte völlige Verschiebung der bisherigen Parteiverhältnisse im deutschen Reichstage für die fernerweite Stellung der Reichsregierung der ultramontanen Centrumspartei gegenüber entschieden ins Gewicht.

Wir können die auf dem Gebiet der Kirchenpolitik seitdem eingetretenen Veränderungen im Einzelnen hier nicht weiter verfolgen, da dieselben zu einem endgiltigen Abschluß auch jetzt noch nicht geführt haben. Erwähnt sei nur, daß, nachdem der Kultusminister Falk im Jahre 1879 die erbetene Entlassung erhalten hatte und an dessen Stelle der Minister von Puttkamer und bald darauf von Goßler getreten war, es die Regierung an ernstlichen Bemühungen, zunächst durch weitgehende Nachgiebigkeit den kirchlichen Frieden wiederherzustellen, in keiner Weise hat fehlen lassen. Daß der Ultramontanismus dieses Entgegenkommen auch seinerseits durch entsprechende Zugeständnisse vergolten habe, läßt sich leider nicht sagen. Er nahm, was ihm geboten wurde, und zeigte sich dafür auch wol in anderer Weise der Regierung gefällig, aber auf dem eigentlichen kirchlichen Gebiet stehen sich die alten Gegensätze auch heute noch ziemlich unvermittelt gegenüber.

Und doch ist der Staat zur Zeit bereits fast an der äußersten Grenze Desjenigen angelangt, was er, ohne sich für besiegt zu erklären, dem Ultramontanismus zugestehen kann. Denn den Grundsatz, welcher den eigentlichen Kern des Kulturkampfes bildet — daß nämlich in allen Dingen, welche nicht allein und ausschließlich die Kirche, sondern zugleich auch den Staat angehen, die Autorität des Staates über der Autorität der Kirche steht — diesen Grundsatz kann und wird wol keine preußische oder deutsche Regierung wieder aufgeben wollen, und der Ultramontanismus hätte es nur sich selbst zuzuschreiben, wenn es dahin kommen sollte, daß durch sein allzustarres Festhalten an dem Unerreichbaren auch das bereits Erreichte wieder in Frage gestellt würde.

Wie hier in dem Wechsel der Ansichten der berechtigte Kern des Kulturkampfes bestehen blieb und bestehen bleiben wird, so auch da, wo der Kulturkampf in weiterem Sinne auf das Gebiet der evangelischen Kirche und des Schulwesens hinübergriff. Man kann verschiedener Ansicht darüber sein, ob die neue Synodal- und Gemeindeverfassung in der Art, wie sie durch Gesetz vom Jahre 1874 für die evangelische Kirche in Preußen eingeführt wurde, den eigenen Interessen dieser Kirche entspricht, und ob konfessionelle oder

konfessionslose Schulen den Bedürfnissen unserer Zeit angemessener sind. Aber nur die Wenigsten werden bestreiten, daß auch auf diesen Gebieten durch die liberale Gesetzgebung viele heilsame Aenderungen geschaffen worden, und daß vor Allem die großen Fortschritte auf dem Gebiete des Volksschulwesens, die strenge Durchführung des allgemeinen Schulzwanges, die erfolgreich angestrebte geistige und materielle Hebung des Volksschullehrerstandes über jede Anfeindung erhaben sind.

Wesentlich anders geartet und deshalb auch mit anderen Mitteln zu bekämpfen als die Opposition der ultramontanen Partei gegen den kirchlichen Liberalismus war der in den Bestrebungen der Sozialdemokratie zu Tage tretende Widerstand gegen die liberale wirthschaftliche Gesetzgebung.

Die Sozialdemokratie. — Sozialismus und Liberalismus sind ihrer Natur nach Gegner und waren als solche sich auch bereits in einer früheren Periode der preußischen Geschichte gegenüber getreten; denn während der Liberalismus die freie und unbeschränkte Konkurrenz auf allen Gebieten des Erwerbslebens grundsätzlich begünstigt, sucht der Sozialismus diese Konkurrenz zu Gunsten einer gleichmäßigeren Vertheilung des Arbeitsgewinnes möglichst zu beschränken. Es liegt nun freilich in den natürlichen Verhältnissen begründet, daß eine solche Beschränkung heutzutage nur innerhalb sehr enger Grenzen möglich und darüber hinaus nicht einmal wünschenswerth ist — die Beseitigung der aus der wachsenden Konkurrenz zwischen Kapital und Arbeit sich ergebenden sozialen Mißstände muß eben mit anderen, hier nicht näher zu erörternden Mitteln angestrebt werden. Immerhin liegt, nach dem Urtheil hervorragender Staatsmänner, auch des Fürsten Bismarck, dem Sozialismus als solchem, insoweit er auf nationalem Boden und mit gesetzlichen Mitteln seine Ziele zu verwirklichen strebt, ein berechtigter Kern zu Grunde, ja die neuere wirthschaftliche Gesetzgebung in Deutschland zeigt in mehr als einer Hinsicht sogar eine gewisse Anlehnung an sozialistische Grundsätze.

Aber mit diesem Sozialismus, auch „Kathedersozialismus“ genannt, ist die Sozialdemokratie nicht zu verwechseln. Diese, die zum Schrecken der Welt zum ersten Male in der Pariser Kommune vorübergehend zur Herrschaft gelangte, ist nicht wie jener eine berechtigte politische Parteirichtung; ihr Wirkungskreis ist international, ihr Ziel der völlige Umsturz alles Bestehenden, das Mittel ihres Wirkens die rohe Gewalt. Erst nach dem Tode Lassalle's (1864), der in Deutschland die Arbeiterpartei für den Sozialismus gewonnnen hatte, hat sich aus den sozialistischen Arbeiterverbänden die eigentliche Sozialdemokratie entwickelt, die unter dem Einfluß gewissenloser Agitatoren ihre Ziele und Bestrebungen bald völlig mit denen der französischen Kommunisten identificirte, sich von allen göttlichen und menschlichen Ordnungen lossagte und auch ihrerseits an der Verbrüderung der Sozialdemokraten aller Länder zu der sogenannten großen Internationale mit ausgesprochen revolutionären Grundsätzen mitwirkte.

Das Beispiel der Pariser Kommune-Aufstandes im Jahre 1871 konnte unter solchen Umständen auch auf die Haltung der deutschen Sozialdemokratie nicht einflußlos bleiben.

Doch wurden die Folgen dieses Einflusses zunächst durch den großartigen wirthschaftlichen Aufschwung während der sogenannten Gründerzeit zurückgedrängt, indem durch die große Anzahl von neugegründeten industriellen Unternehmungen die Nachfrage nach Arbeitskräften und infolge dessen auch der Preis der Arbeit so außerordentlich gesteigert wurde, daß die deutsche Arbeiterbevölkerung in dieser Zeit schlechterdings keinen Grund hatte, mit ihrer Lage unzufrieden zu sein. Als nun aber der „Krach“ diesem kurzen Glückstraum ein Ende machte, die Arbeiter zu Hunderten und Tausenden entlassen werden mußten, die Löhne infolge der geschäftlichen Krisis auf und selbst unter ihr gewöhnliches Niveau herabgingen, da brach die Unzufriedenheit im Arbeiterstande mächtig hervor, und die revolutionäre Propaganda fand den günstigsten Boden.

Zunächst war es natürlich der Liberalismus oder, wie es in diesem Falle hieß, die „Bourgeoisie", welche für die wirthschaftliche Krisis verantwortlich gemacht, der eine einseitige Interessenpolitik und die rücksichtslose Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital zum Vorwurf gemacht wurde. Den maßlos heftigen Angriffen gegenüber, welche in zahlreichen sozialdemokratischen Zeitschriften und Flugblättern tagtäglich gegen „die Selbstsucht der bürgerlichen Kreise und die Ausbeutung des Arbeiters durch dieselben" und bald auch gegen alle staatlichen und gesellschaftlichen Ordnungen, ja selbst gegen Kirche und Religion gerichtet wurden, war eine ruhige Widerlegung durch die Presse überhaupt unmöglich; in den zahlreichen sozialdemokratischen Vereinen und Versammlungen kamen nur die ärgsten Schreier und radikalsten Agitatoren zum Wort; mit den verwerflichsten und anstößigsten Mitteln wurde der Klassenhaß geschürt, und in allen Tonarten wurde offen und versteckt die Revolution und der völlige Umsturz alles Bestehenden gepredigt.

Die Attentate zu Berlin. Die gefährlichste Einwirkung einer so wüsten Agitation auf die urtheilslose Menge konnte nicht ausbleiben. Zunehmend griffen Roheit und Verwilderung unter den niederen Volksschichten um sich, die thätlichen Ausschreitungen mehrten sich in erschreckender Weise und gipfelten endlich in den beiden frevelhaften Attentaten, welche am 11. Mai 1878 durch Hödel und am 2. Juni desselben Jahres durch Nobiling gegen die Person des Kaisers verübt wurden.

Die Reichsregierung hatte bisher mit den bestehenden Gesetzen den sozialdemokratischen Umtrieben entgegenzuarbeiten und dieselben in Schranken zu halten gesucht; aber trotz strengster Handhabung hatten sich diese Gesetze vielfach als unzureichend erwiesen. Jetzt, als es sich zeigte, daß die Sozialdemokratie oder wenigstens einzelne ihrer fanatischen Anhänger selbst vor dem Aeußersten nicht zurückschreckten, glaubte deshalb die Regierung ein besonders sogen. Ausnahmegesetz gegen eine so staatsfeindliche Partei im Reichstage beantragen zu müssen. Nun konnte es freilich der damals im Reichstage noch maßgebenden liberalen Partei als der entschiedensten Gegnerin des Sozialismus überhaupt und der Sozialdemokratie insbesondere nur erwünscht sein, wenn die Regierung gegen letztere noch energischer als bisher vorzugehen beschloß; aber einerseits glaubte sich die entschiedenere liberale Richtung grundsätzlich gegen jedes Ausnahmegesetz erklären zu müssen, und andererseits war der von der Regierung vorgelegte ursprüngliche Gesetzentwurf so unbestimmt gehalten, daß auch viele gemäßigtere Liberale nicht für denselben eintreten mochten.

Das Gesetz wurde also abgelehnt, und da die Regierung gleichwol an ihrem Verlangen festhielt, so wurde bald darauf durch den Kronprinzen, den der bei dem zweiten Attentat ernstlich verwundete Kaiser mit seiner Stellvertretung betraut hatte, mit Zustimmung des Bundesrathes die Auflösung des Reichstages verfügt. Aus den Neuwahlen ging, wie schon an anderer Stelle erwähnt, die liberale Partei sehr geschwächt, die konservative beträchtlich gestärkt hervor, und da sich jetzt auch die Regierung zu einigen Aenderungen in Bezug auf die Fassung des Sozialistengesetzes geneigt zeigte, so gelangte dasselbe nunmehr im Reichstage zur Annahme und trat, zunächst für die Zeit vom 21. Oktober 1878 bis 31. März 1881, alsbald in Kraft. Nach Ablauf dieser Frist ist, wie gleich hier bemerkt werden möge, seine Giltigkeitsdauer bis 30. September 1884 verlängert worden.

Das Sozialistengesetz verlieh der Regierung ausgedehnte Befugnisse in Bezug auf Ueberwachung resp. Verbot sozialdemokratischer Vereine und Versammlungen sowie aller Erzeugnisse der sozialdemokratischen Presse; auch durfte die Regierung über Orte, in denen die Sozialdemokratie notorisch ihre Hauptsitze hatte, den sogen. kleinen Belagerungszustand verhängen und diejenigen Personen, von welchen eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu befürchten stand, von dort ausweisen. Die energische Handhabung dieser Bestimmungen hat nun zwar die sozialdemokratische Aufwiegelung, soweit sie offen zu Tage trat, fast vollständig unterdrückt, aber den Anhängerkreis der Sozialdemokratie wesentlich zu mindern oder auch nur die innere Organisation derselben zu erschüttern, ist bisher in dem

erwünschten Maße nicht gelungen, ja die Zahl der in den Reichstag gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten ist seit dem Jahre 1878 nicht unerheblich gewachsen.

Die Regierung ist deshalb jetzt, vor Allem auf den persönlichen Wunsch des Kaisers, dem Versuche näher getreten, durch praktische Maßnahmen einige unverkennbare soziale Mißstände zu beseitigen oder wenigstens zu lindern und dadurch der sozialdemokratischen Agitation für die Zukunft den Boden zu entziehen. Allein der Durchführung der bezüglichen Gesetze, von welchen hier nur das Gesetz über die Altersversorgung der Arbeiter und über die zwangsweise Unfallversicherung genannt sein mögen, haben sich bisher sehr erhebliche praktische Schwierigkeiten entgegengestellt; ebenso hat auch der von konservativ-schutzzöllnerischer Seite gemachte Versuch, die Freizügigkeit, die Gewerbefreiheit und andere Schöpfungen der liberalen Gesetzgebung, welche nach dem Urtheil einiger Sozialpolitiker jener Richtung zu der Vermehrung des sozialen Elends beigetragen haben sollen, zu beschränken oder aufzuheben und namentlich die Gewerbefreiheit durch das frühere System der obligatorischen Innungen zu ersetzen, zu irgendwie nennenswerthen Ergebnissen noch nicht geführt.

Wie und in welcher Weise unter den gegenwärtigen in rastloser Weiterentwicklung begriffenen Verhältnissen die soziale Frage am besten zu lösen ist, das ist eben zur Zeit noch eine offene Frage; doch fehlt es ja — abgesehen von den oben angeführten — auch nicht an zahlreichen anderen Vorschlägen, und die Zeit und unbefangene, unparteiische Prüfung werden wol früher oder später die richtigen Mittel und Wege finden lassen. —

Noch haben wir der nach zweihundertjähriger Entfremdung dem deutschen Vaterlande glücklich wiedergewonnenen Reichslande Elsaß und Lothringen in Kürze zu gedenken.

Elsaß und Lothringen. — Als nach den ersten glücklichen Erfolgen im Kriege von 1870—1871 der siegreiche Ausgang des Feldzuges sich mit einiger Sicherheit vorhersehen ließ, da herrschte nicht nur im Hauptquartier des siegreichen deutschen Heeres, sondern auch im gesammten deutschen Vaterlande nur eine Stimme darüber, daß der Preis des Sieges für Deutschland die ihm in einer unglücklichen Periode seiner Geschichte entrissenen Reichslande Elsaß und Lothringen sein müßten. Noch während des Krieges wurde deshalb derjenige die Bezirke von Saarburg, Chateau-Salins, Saargemünd, Metz und Thionville (Diedenhofen) umfassende Theil Lothringens, welchen wir jetzt als Deutsch-Lothringen bezeichnen, mit dem Elsaß zu einem besonderen Verwaltungsbezirk vereinigt, und es wurden Maßregeln getroffen, um unverweilt die dauernde Vereinigung dieser Lande mit Deutschland vorzubereiten. Nachdem nun durch den Friedensvertrag vom 10. Mai 1871 der Uebergang von Elsaß-Lothringen an das Reich thatsächlich erfolgt war, erhob sich vor Allem die Frage nach der staatsrechtlichen Form, unter welcher die neuen Reichslande fortan zu bestehen hätten. Die national-preußische Partei hätte natürlich die völlige Einverleibung derselben in Preußen am liebsten gesehen; aber den gewichtigen Gründen, welche für eine solche Maßregel sprachen, standen nicht minder gewichtige Gründe gegenüber, welche es angemessener erscheinen ließen, Elsaß-Lothringen als ein besonderes, dem ganzen deutschen Vaterlande gleichmäßig zugehöriges Reichsgebiet unter der unmittelbaren Oberhoheit des Kaisers bestehen zu lassen, und in dieser Form wurde durch Gesetz vom 9. Juni 1871 die Vereinigung des neugewonnenen Gebietes mit dem Deutschen Reiche vollzogen.

Daß die Mehrzahl der Bewohner der Reichslande, obgleich zumeist deutschen Stammes und deutscher Sprache, sich in die neuen Verhältnisse nicht ohne Weiteres zu finden vermochten, war begreiflich. Durch die zweihundertjährige Zugehörigkeit zu Frankreich war in Elsaß-Lothringen das Gefühl der deutschen Stammesgemeinschaft fast völlig erloschen; der unter dem französischen Regimente gestiegene Wohlstand, so manche gemeinsame ruhmvolle Erinnerungen, zahlreiche verwandtschaftliche Beziehungen und geschäftliche Interessen knüpften jene einst gut deutschen Gebiete mit tausend Fäden an Frankreich, und naturgemäß empfand deshalb der Elsaß-Lothringer den staatlichen Anschluß an Deutschland mehr als

eine Usurpation denn als eine freudig zu begrüßende Wiedervereinigung mit dem angestammten Vaterlande — mit einem Worte, es herrschte in Elsaß-Lothringen eine entschieden deutschfeindliche Stimmung vor.

Unter solchen Umständen erschien es geboten, von der Ausdehnung der deutschen Reichsverfassung auf die neuen Reichslande vorläufig Abstand zu nehmen. Die Einführung derselben wurde auf den 1. Januar 1873, später auf den 1. Januar 1874 festgesetzt und auch die Errichtung ständischer Vertretungen zur Mitwirkung bei der Verwaltung der inneren Angelegenheiten des Landes bis zu diesem Zeitpunkt verschoben. Der mit der obersten Leitung der reichsländischen Angelegenheiten betraute kaiserliche Statthalter (jetzt Generalfeldmarschall Freiherr von Manteuffel) übte also in den ersten Jahren eine Art Diktatur aus, die namentlich der die öffentliche Meinung beeinflussenden Presse und dem Vereinswesen gegenüber nothwendig war, im Uebrigen aber mit großer Nachsicht und Milde und im versöhnlichsten Geiste gehandhabt wurde. Diese Milde, die freilich oft genug hart auf die Probe gestellt wurde, hatte denn auch den Erfolg, daß die Germanisirung der Reichslande und die Aussöhnung ihrer Bewohner mit den neuen Verhältnissen bald ersichtliche Fortschritte machte. Auch die bei aller Schonung berechtigter Interessen doch energisch in Angriff genommene Reorganisation der Verwaltung, der Justizpflege, der Schule, des Verkehrswesens u. s. w. nach deutschem Muster trug dazu bei. Denn die früheren einheimischen Beamten und Lehrer konnten bei Einführung der deutschen Gerichtspflege und der deutschen Zoll- und Steuergesetzgebung, bei Errichtung der zahlreichen deutschen Schulen und selbst der deutschen Universität zu Straßburg, bei den vom Deutschen Reiche übernommenen Eisenbahnen und Verkehrsanstalten zum guten Theil in den Dienst des Reiches übernommen werden und traten dadurch in nähere, mit jedem Tage freundschaftlichere Beziehungen zu ihren deutschen Kollegen. Viele der neuen Einrichtungen, die unparteiische Gerichtspflege, die Abschaffung drückender Monopole, die erhöhte Leistungsfähigkeit der Verkehrsanstalten und Anderes wurden als Erleichterungen und Verbesserungen empfunden, und die gegen früher außerordentlich gesteigerten Ergebnisse des nach deutschem Muster umgebildeten höheren und niederen Unterrichts nöthigten selbst den grundsätzlichsten Gegnern des Deutschthums Achtung und Anerkennung ab.

Als ein erfreuliches äußeres Zeichen der fortschreitenden Germanisirung der Reichslande konnte die Bildung der „Autonomisten-Partei" gelten, welche im Gegensatz zu den sogenannten „Protestlern" und den mit ihnen in der Hauptsache gemeinsame Sache machenden Klerikalen die Thatsache der Vereinigung Elsaß-Lothringens mit Deutschland anerkannte und ihr Bestreben vor Allem darauf richtete, daß den Reichsländern möglichst bald eine einheimische, selbständige Regierung unter Mitwirkung einer Volksvertretung gegeben werde.

Die Reichsregierung gab diesem Wunsche, soweit es die Umstände gestatteten, bereitwillig nach und ordnete im Jahre 1873 zunächst die Wahlen zu drei sogenannten Bezirkstagen — für Ober-Elsaß, Unter-Elsaß und Lothringen — an, welche in den Verwaltungsangelegenheiten des Landes den kaiserlichen Behörden mit berathender Stimme zur Seite stehen sollten. Diese ersten Wahlen fielen nun freilich entschieden zu Gunsten der Protestmänner aus, und die Bezirkstage konnten deshalb in diesem Jahre noch nicht in Thätigkeit treten; aber bereits im nächsten Jahre (1874) gelangten die Autonomisten überall zur Mehrzahl, so daß jetzt auch durch kaiserliche Verfügung die Bildung eines berathenden Landesausschusses für die gemeinsamen Angelegenheiten der Reichslande angeordnet wurde. Durch Gesetz vom Jahre 1877 erhielt dieser, wie hier gleich erwähnt werden möge, die Stellung und Bedeutung eines wirklichen Landtages, dem die Berathung und Genehmigung des Budgets und die beschließende Mitwirkung bei der Landesgesetzgebung zugestanden wurde.

Bei den Wahlen zum Deutschen Reichstage, welche, wie erwähnt, in Elsaß-Lothringen zum ersten Male im Jahre 1874 stattfanden, wiederholte sich Aehnliches; das allgemeine Stimmrecht begünstigte hier die klerikale und deutschfeindliche Agitation, und von den 15 reichs-

ländischen Abgeordneten, welche im Jahre 1874 in den deutschen Reichstag eintraten, waren 10 Ultramontane und 5 Protestler. Dieselben zeigten sich anfänglich ziemlich ungeberdig; sie stellten unter Anderm den Antrag, daß die reichsländische Bevölkerung durch ein Plebiszit befragt werde, ob sie den Anschluß an Deutschland gutheißen wolle, und sie zogen sich dadurch manche wohlverdiente herbe Zurechtweisung vom Regierungstisch und aus der Mitte des Hauses zu. Aber bereits bei den Neuwahlen im Jahre 1877 wurden neben 6 Klerikalen und 4 Protestlern 5 Autonomisten gewählt, und wenn sich auch seitdem das Verhältniß zu Gunsten dieser letzteren Partei nicht wesentlich geändert hat, so zeigte sich doch mehr und mehr, daß die deutschfeindliche Stimmung in Elsaß-Lothringen hauptsächlich nur durch eine zielbewußte Agitation genährt und erhalten wurde, und daß die Bewohner der Reichslande, namentlich des Elsaß, auf dem besten Wege sind, wieder so gute Deutsche zu werden, wie ihre Väter es waren. Bei den Reisen, welche den Kaiser in den Jahren 1876, 1877 und 1879 in die Reichslande führten, zeigte sich die Stimmung der Bevölkerung mit jedem Male deutschfreundlicher, der Jubel beim Empfang mit jedem Male größer und allgemeiner. Die deutsche Sprache, den meisten Elsaß-Lothringern von jeher geläufiger als das Französische, aber in den ersten Jahren nach der Annexion vielfach verleugnet und geflissentlich vermieden, gelangte im öffentlichen Leben mehr und mehr zum Gebrauch, und wenn auch noch Jahre und Jahrzehnte vergehen werden, ehe alle Gegensätze und Abneigungen sich ausgleichen, so ist doch schon heute begründete Hoffnung vorhanden, daß die Elsaß-Lothringer, die in zweihundert Jahren gute Franzosen geworden sind, nach hundert Jahren noch bessere Deutsche geworden sein werden. Denn im Herzen und im Charakter sind die wirklichen Elsaß-Lothringer, selbst diejenigen, welche es gern leugnen möchten, stets Deutsche geblieben; vor Allem haben sich die Meisten zwei echt deutsche Eigenthümlichkeiten, die tiefe, innige Anhänglichkeit an den heimatlichen Boden und die Lust und Freude am Waffendienst und Soldatenleben, treulich bewahrt.

Von den 150,000 Elsaß-Lothringern, welche sich bei der sogenannten Option im Jahre 1872 für Frankreich erklärt, d. h. ihren Entschluß, sich der deutschen Staatsangehörigkeit zu entziehen und nach Frankreich auszuwandern, ausgesprochen hatten, mag kaum der dritte Theil diesen Entschluß ausgeführt haben; die Anderen brachten es nicht über sich, ihre Heimat grollend zu verlassen, und selbst von den Ausgewanderten haben Viele dem Heimweh nicht widerstanden und sind an die liebgewordenen Orte zurückgekehrt, wo ihre und ihrer Väter Wiege gestanden. — Auch die zweite der genannten deutschen Eigenthümlichkeiten hat sich bei der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Elsaß-Lothringen nicht zu verleugnen vermocht. Die waffenfähige elsaß-lothringische Jugend, die von jeher den besten Kern des französischen Heeres gestellt hatte, tritt alljährlich in großer Zahl in die deutsche Armee ein; mit fröhlicher Ausdauer erträgt die große Mehrzahl der jungen Leute den immerhin nicht leichten Dienst, und mit Eifer und Hingebung erfüllt sie auch ihrem neuen Vaterlande gegenüber ihre soldatische Pflicht.

Daß die deutsche Reichsregierung und namentlich die Militärbehörden nichts unterließen, um jedem etwaigen Einfall unseres revanchelustigen linksrheinischen Nachbars auf dem Boden der Deutschland zurückgewonnenen Reichslande erfolgreich zurückweisen zu können, das bedarf kaum der Erwähnung. Die Festung Metz ist bedeutend erweitert und verstärkt, die Umwallung Straßburgs ist nach den neuesten Grundsätzen der Befestigungskunst zum großen Theil erneuert und weit hinausgerückt worden, und wenn es uns Deutschen nicht leicht geworden ist, diese alten deutschen Grenzfestungen zurückzuerobern — den Franzosen soll es jetzt für alle Zeit unmöglich sein, sie uns von Neuem zu entreißen. —

Eine Geschichte Preußens seit 1870 kann und soll zwar in der Hauptsache nur eine Geschichte des neu erstandenen Deutschen Reiches sein; doch gebietet es die hervorragende Stellung, welche der preußische Staat in dem durch ihn geeinigten deutschen Vaterlande naturgemäß einnimmt, daß wir auch auf die besonderen inneren Angelegenheiten und Verhältnisse Preußens noch einen Blick werfen.

Der preußische Staat. — Innere Angelegenheiten und Verwaltungsreform. — Die innere Geschichte Preußens seit Errichtung des Deutschen Reiches fällt naturgemäß mit der inneren Geschichte dieses letzteren in der Hauptsache zusammen, und wir haben deshalb bereits mehrfach Gelegenheit gehabt, bei unserer kurzen Uebersicht über die im letzten Jahrzehnt der deutschen Geschichte auf die Tagesordnung getretenen Zeit- und Streitfragen auch einen Blick auf die besonderen preußischen Verhältnisse zu werfen: so beim Kulturkampf, so bei den Reformen im Kirchen- und Schulwesen, so auch in wirthschaftlichen und verkehrspolitischen Fragen. Was sonst in den Jahren 1870 bis 1880 auf dem Gebiet der preußischen inneren Politik Wichtiges geschehen ist, das beschränkt sich, soweit es hier noch zur Erörterung kommen kann, im Wesentlichen auf die Reform der inneren Verwaltung, die bald nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges von der Regierung, zunächst im vollen Einverständniß mit der liberalen Mehrheit des Abgeordnetenhauses, in Angriff genommen wurde. Die Regierung kam damit dem von allen liberalen Parteien längst gehegten Wunsche entgegen, daß im bürgerlichen Gemeindeleben des preußischen Staates das Prinzip der Selbstverwaltung in möglichst weitem Umfange zur Geltung gebracht und der Schwerpunkt der inneren Verwaltung aus der bureaukratischen und ständischen Geschäftsführung mehr in die einzelnen Gemeinden und ihre Vertreterschaften verlegt werden möchte. Das zu diesem Zwecke dem preußischen Landtage schon 1872 vorgelegte Gesetz ging weit über die Grenzen dessen hinaus, was man insgemein unter Kreisordnung zu verstehen pflegt, und erstreckte sich auf den ganzen Staat, dessen Wesen in seinen innersten Bestandtheilen und im weitesten Umfang berührend.

Die Verwaltung, bisher auf dem Boden des absoluten Staates stehend, hatte ihr altes Gefüge behalten, obgleich der Staat inzwischen ein konstitutioneller geworden war. Diesem Zustande machte die zunächst freilich nur für die fünf östlichen sogenannten „alten" Provinzen bestimmte Kreisordnung ein Ende, indem sie — gewissermaßen ein Ergänzungsgesetz zur Verfassung — den Grundsatz der Selbstverwaltung zur Geltung brachte. Das Gemeindewesen wurde reformirt, namentlich in den Dörfern die gutsherrliche und die Erbpolizeigewalt (Patrimonialgerichte) beseitigt; sie hatten fortan einen Amtsbezirk, eine Gemeinschaft zu bestimmten Zwecken, zu bilden. Ueber den Amtsbezirken steht der Kreistag, zu welchem Vertreter von Stadt und Land, von Groß- und Kleinwirthschaftsbetrieb gewählt werden. Aus dem Kreistage geht ein Kreisausschuß hervor, der sich an die noch bestehenden Kreiskommissionen anlehnt und dieselben auf gesetzlicher Grundlage fortsetzt. — Die Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten wurde den Kreisen anheimgegeben und durch Einrichtung von Ehrenämtern ein Theil der berufsmäßigen Beamten beseitigt. In diesem Punkte enthielt das Gesetz einen Fortschritt noch über die Städterordnung hinaus und erreichte durch die Einführung des Ehrenamtes die moralische Wirkung der Selbstverwaltung.

Daß ein so weitgreifendes Gesetz nicht ohne mancherlei Schwierigkeiten und Abänderungen zu Stande kommen konnte, ist begreiflich; insbesondere bedurfte es (durch den an anderer Stelle bereits erwähnten Pairsschub) zuvor einer Reform des Herrenhauses, weil die feudal-konservative Mehrheit desselben sich von der altüberlieferten Anschauung der ständischen Vorherrschaft, welche eben durch die neue Kreisordnung beseitigt werden sollte, nicht loszumachen vermochte. Erst hiernach war es möglich, durch die Zustimmung des Herrenhauses der neuen Ordnung Gesetzeskraft zu verleihen. Die heftigen Kämpfe, welche die Durchbringung der Kreisordnung kostete, und mancherlei andere „Friktionen", denen sich Fürst Bismarck in seiner gleichzeitigen Stellung als Reichskanzler und Vorsitzender des preußischen Staatsministeriums ausgesetzt sah, hatten am 21. Dezember 1872 seinen zeitweiligen Rücktritt aus letzterer Stellung zu Folge. Nachdem hierauf verschiedene Veränderungen in der Besetzung und in den Ressortverhältnissen des preußischen Ministeriums vor sich gegangen waren, übernahm Fürst Bismarck, am 9. November 1873, aufs Neue

das Präsidium desselben; etwas später wurde durch die Schaffung ständiger Stellvertretungen auf ausdrücklichen Wunsch des Reichskanzlers für die Erleichterung seiner allerdings außerordentlich großen Arbeitslast Sorge getragen.

Zur Fortsetzung des Ausbaues einer rationell durchgeführten Selbstverwaltung schloß sich im Jahre 1875 an die vollzogene Kreisordnung die Provinzialordnung an (zunächst gleichfalls für die fünf östlichen Provinzen), welcher unmittelbar darauf die Gesetze über die Dotation der Provinzen und über die Verwaltungsgerichte folgten. Bei der Provinzialordnung sind als wesentlichste Punkte vorgesehen die Schaffung eines alle zwei Jahre zusammentretenden Provinziallandtages, der über alle inneren Verwaltungsangelegenheiten der Provinz Berathung pflegt und vor Allem auch über die Verwendung des Provinzialfonds verfügt; ferner eines Provinzialrathes, der, aus dem Oberpräsidenten, einem höheren Verwaltungsbeamten und fünf Mitgliedern zusammengesetzt, bei allen Beaufsichtigungs-Angelegenheiten mitwirkt, und endlich eines ihm mit ähnlichen Befugnissen zur Seite stehenden sogenannten Bezirksrathes. Die laufenden Geschäfte der kommunalen Provinzialverwaltung versieht ein Landesdirektor. In jedem einzelnen Kreise besteht ein Verwaltungsgericht, während für sämmtliche Landesgebiete ein Oberverwaltungsgericht in Berlin eingesetzt ist. — Die den Provinzen gewährten Dotationen im Gesammtbetrage von 36 Millionen Mark sollten zur Erhaltung und Aufbesserung der Staatsstraßen, zur Unterstützung von Heil- nnd Wohlthätigkeitsanstalten, sowie zu landwirthschaftlichen Verbesserungen und dergleichen dienen.

Ein weiterer Schritt auf der mit dem Erlaß der Kreis- und Provinzialordnung betretenen Bahn war die bestimmte und klare Regelung der Zuständigkeit der neugeschaffenen staatlichen Behörden auf den verschiedenen Gebieten der allgemeinen Landesverwaltung und in streitigen Verwaltungssachen, sowie die gleichzeitige Feststellung derjenigen Kompetenzen, welche auf die neuen Organe noch weiter zu übertragen sein möchten, um eine harmonische Fortentwicklung der inneren Staatsverwaltung zu erzielen. Die diesbezüglichen von der Regierung vorgelegten Gesetze wurden auch vom Landtage ohne wesentliche Aenderungen angenommen, dagegen traten bei den gleichzeitigen Gesetzentwürfen (vom Jahre 1876) über die Revision der Städteordnung und über die Trennung Berlins, das eine eigene Provinzialverfassung erhalten sollte, von der Provinz Brandenburg bereits so ernstliche Meinungsverschiedenheiten im Schoße der Regierung selbst und zwischen Regierung und Landtag hervor, daß jene Gesetze vorerst unerledigt bleiben mußten.

Ueberhaupt begann sich jetzt, im Anschluß an die gleichzeitigen Vorgänge in der Reichsregierung und zumeist durch diese bedingt, auch in den preußischen Regierungskreisen eine ähnliche Wandlung, wie sie in jener stattgefunden, zu vollziehen. Das bisherige Einvernehmen der Regierung mit der nationalliberalen Partey begann sich zu lockern, die Stellung der Minister, welche dieses Einvernehmen noch aufrecht zu erhalten suchten, wurde täglich schwieriger, und bereits im nächsten Jahre sah sich der Minister des Inneren, Graf Eulenburg, der eigentliche Träger der Verwaltungsreform, genöthigt, um seine Entlassung zu ersuchen, da seine weitergehenden Pläne in Bezug auf eine neue Städteordnung und ein Gesetz über die Ausdehnung der Kreis- und Provinzialordnung auch auf die westlichen Provinzen im Ministerrathe nicht die gewünschte Anerkennung und die nöthige Zustimmung gefunden hatten.

Sein Rücktritt, welcher definitiv am 30. März 1878 stattfand, blieb nicht vereinzelt. Neue wichtige Veränderungen, welche Fürst Bismarck in den Ressortverhältnissen des preußischen Ministeriums für nothwendig hielt, hatten den Rücktritt auch der Minister des Handels und der Finanzen, von Achenbach und Camphausen, zur Folge, und da bald darauf aus den an anderer Stelle erwähnten Gründen auch der Kultusminister Falk seine Entlassung nahm, so war in kurzer Zeit der Gesammtcharakter des Ministeriums zu Gunsten einer konservativen Strömung verändert.

Da sich im Laufe der nächsten Jahre durch verschiedene Neubesetzungen dieser konservative Charakter des Ministeriums noch schärfer ausprägte und im Landtage inzwischen eine vollständige Verschiebung des bisherigen Parteiverhältnisses zum Vortheil der Konservativen stattgefunden hatte, so konnte von einer Fortführung der Verwaltungsreform in dem Sinne, wie sie begonnen worden war, natürlich nicht mehr die Rede sein. Was seitdem auf diesem Gebiete Neues geschaffen wurde, ist zumeist gegen den entschiedenen Widerstand der liberalen Parteien durchgesetzt worden, und auch die bereits eingeführten Verwaltungsgesetze haben durch verschiedene Revisionen zum Theil in ihren wichtigsten Bestimmungen eine durchgreifende Umgestaltung zu Gunsten einer größeren Stärkung der bureaukratischen und polizeilichen Gewalt erfahren. Doch ist auch hier in keiner Weise ein Abschluß erreicht worden. Die Konservativen, die bisher nur mit Hülfe des Centrums oder des ihnen nahe stehenden Theiles der Nationalliberalen ihre Bestrebungen zu verwirklichen vermocht haben, hoffen auf das fernere Anwachsen der konservativen Strömung im Lande, die ihnen dann eine noch weitergehende Umgestaltung der liberalen Verwaltungsgesetzgebung ermöglichen soll; aber die liberalen Parteien haben gleichfalls die Hoffnung keineswegs aufgegeben, daß ein erneuter Umschwung auch ihre Grundsätze wieder zur Geltung bringen und dann die volle Durchführung derselben ermöglichen werde. —

Während wir uns wie in diesem so auch in den meisten der vorangehenden Abschnitte vorwiegend mit solchen Fragen zu beschäftigen hatten, welche der Gegenstand eines mehr oder minder heftigen Parteistreites theils von vornherein gewesen, theils im Laufe der Jahre geworden sind, haben wir uns jetzt in dem nachfolgenden kurzen Schlußkapitel einem Gegenstande zuzuwenden, der glücklicher und, wie wir aus vollem Herzen hinzufügen können, verdienter Weise allezeit über jedem Parteistreit erhaben gewesen ist: wir meinen die politische Stellung des neuen Deutschen Reiches in Europa und die Leitung seiner auswärtigen Angelegenheiten seit dem Tage seiner Errichtung.

Das Deutsche Reich als Hort des europäischen Friedens. „Möge dem deutschen Reichskriege, den wir so ruhmreich geführt, ein nicht minder glorreicher Reichsfrieden folgen, und möge die Aufgabe des deutschen Volkes fortan darin beschlossen sein, sich in dem Wettkampfe um die Güter des Friedens als Sieger zu erweisen!“ — so sprach der Kaiser, als er am 21. März 1871 den ersten Deutschen Reichstag eröffnete, und er fügte hinzu: „Der Geist, welcher in dem deutschen Volke lebt und seine Bildung und Gesittung durchdringt, nicht minder die Verfassung des Reiches und seine Heereseinrichtungen, bewahren Deutschland inmitten seiner Erfolge vor jeder Versuchung zum Mißbrauche seiner durch seine Einigung gewonnenen Kraft. Die Achtung, welche Deutschland für seine eigene Selbständigkeit in Anspruch nimmt, zollt es bereitwillig der Unabhängigkeit aller anderen Staaten und Völker, der schwachen wie der starken. Das neue Deutschland, wie es aus der Feuerprobe des gegenwärtigen Krieges hervorgegangen, wird ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein, weil es stark und selbstbewußt genug ist, um sich die Ordnung seiner eigenen Angelegenheiten als sein ausschließliches, aber auch ausreichendes und zufriedenstellendes Erbtheil zu bewahren.“

Und in jeder Weise hat sich dieses Friedenswort des Kaisers zum Wohle Deutschlands und zum Wohle Europa's bisher erfüllt. Mit der Begründung der deutschen Einheit und mit der Wiedergewinnung der deutschen Grenzlande im Westen waren die nationalen Wünsche und Bestrebungen des deutschen Volkes in der Hauptsache verwirklicht; die abenteuerlichen Vergrößerungs- und Eroberungspläne, welche namentlich von französischer Seite dem Deutschen Reiche und seinen Staatslenkern bei jeder Gelegenheit untergeschoben wurden, um das Mißtrauen anderer Mächte gegen Deutschland rege zu machen und ihm auf jede Weise Verlegenheit zu bereiten, bedurften kaum einer ernstlichen Widerlegung. Die Aufgabe der deutschen Reichsregierung konnte fortan nur die sein, dem Deutschen Reiche möglichst lange die Wohlthaten des Friedens zu erhalten, um ihm die volle Entwicklung seiner inneren

Kräfte zu ermöglichen, die durch die Ungunst der Zeiten und Verhältnisse, vor Allem aber auch durch die eigene innere Zerrissenheit und Zersplitterung nur zu lange hintangehalten worden war.

Wenn aber Deutschland sich selbst erfolgreich den Frieden erhalten wollte, dann mußte es auch auf die Erhaltung des gesammten europäischen Friedens entscheidenden Einfluß zu gewinnen suchen, da sonst seine centrale Lage im Herzen Europa's es der Gefahr aussetzte, bei jedem unter den europäischen Großmächten ausbrechenden Kriege in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Der Ausbruch des von nachbarlicher Seite geradezu vom Zaune gebrochenen Deutsch-französischen Krieges hatte gezeigt, wessen man sich von Frankreich zu versehen hat, sobald dieses Land stark genug ist oder zu sein glaubt, um mit seinen Nachbarn anzubinden, oder sobald seinen Staatslenkern die inneren Verlegenheiten über den Kopf wachsen: jetzt kam noch das natürliche Racheverlangen des tief gedemüthigten Franzosenvolkes hinzu, und es galt deshalb, dessen Kriegsgelüsten gegenüber einen festen europäischen Friedensbund aufzurichten, der es durchzusetzen vermag, daß ohne seinen Willen kein Krieg in Europa geführt werden kann.

Darauf waren also die Bemühungen des Deutschen Kaisers und seines ersten Rathgebers, des Reichskanzlers Fürst Bismarck, gerichtet — einen Friedensbund der drei großen Ostmächte zu Stande zu bringen, dahin ging zunächst das Ziel ihres Strebens.

Die Schwierigkeiten, welche der Verwirklichung dieses Planes im Wege standen, waren nicht gering. Am leichtesten war zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland das Einvernehmen herzustellen. Eine langjährige Interessengemeinschaft hatte Deutschland oder wenigstens das in Deutschlands auswärtiger Politik jetzt maßgebende Königreich Preußen mit dem russischen Reiche innig verknüpft. Preußen hatte Rußland durch seine Haltung während des Krimkrieges und bei Gelegenheit des polnischen Aufstandes vom Jahre 1863 die wesentlichsten Dienste geleistet, und Rußland hatte durch seine zuverlässige freundschaftliche Neutralität während der schweren Jahre 1866, 1870 und 1871 diese Dienste reichlich vergolten. Das gleiche Friedensinteresse vereinigte jetzt beide Länder, und eine aufrichtige persönliche Freundschaft verband überdies seit Jahren ihre beiden mächtigen Monarchen.

Auch in dem Verhältniß zwischen Deutschland und Oesterreich, welch letzteres freilich beim Ausbruch des Deutsch-französischen Krieges nahe daran gewesen war, auf Frankreichs Seite zu treten, hatte sich bereits während des Krieges eine erfreuliche Wandlung vollzogen. Die Deutsch-Oesterreicher, so schwer sie als gute Patrioten die Niederlage von 1866 empfanden, hatten 1870 mit ihren Sympathien von vornherein auf Deutschlands Seite gestanden; die leitenden Staatsmänner Ungarns waren einem Bündniß mit Frankreich gegen Deutschland gleichfalls nicht geneigt gewesen, und Angesichts der großartigen Erfolge Deutschlands im Kriege gegen Frankreich war nun auch in den österreichischen Regierungskreisen die Ansicht durchgedrungen, daß das eigene Interesse nicht minder wie das Gesammtinteresse Europa's eine feste Anschließung Oesterreichs an Deutschland gebiete. Die rücksichtsvolle Schonung, mit welcher im Jahre 1866 der Sieger dem Besiegten gegenübergetreten war, erleichterte diesen Schritt; die damals befolgte Politik trug jetzt ihre Früchte.

Der schwierigste Theil der Aufgabe, deren Durchführung sich die deutsche Reichsregierung zum Ziel gesetzt hatte, war die Ausgleichung der tiefen Gegensätze und Abneigungen, welche seit Jahren zwischen dem österreichischen Kaiserstaate und Rußland herrschten. Die Unterdrückung des ungarischen Aufstandes durch Rußland im Jahre 1849 hatte Ungarn und die rücksichtslose Ausbeutung dieses Erfolges auch Oesterreich aufs Tiefste mit Rußland verfeindet, und durch die feindselige Haltung Oesterreichs während des Krimkrieges war andererseits auch Rußland gegen den Kaiserstaat schwer gereizt worden. Dazu kam, daß die Interessen beider Staaten in der orientalischen Politik sich vielfach kreuzten und zu Mißhelligkeiten und beständigem Argwohn reichlichen Anlaß boten. Und doch mußten alle diese Gegensätze und Abneigungen ausgeglichen werden, wenn anders der von

Deutschland erstrebte Friedensbund wirklich zu Stande kommen sollte; denn ein einseitiges Bündniß Deutschlands mit Rußland oder Oesterreich hätte seinen Zweck nicht nur nicht erfüllt, sondern nur den Argwohn der einen oder der andern Macht wachgerufen und dieselbe möglichenfalls einem deutschfeindlichen Bündniß mit Frankreich geneigt gemacht.

Und es gelang. Am 4. September 1872 fand in Berlin jene vielgenannte Zusammenkunft der Kaiser von Deutschland, Rußland und Oesterreich statt, die hier den unter dem Namen des „Dreikaiserbündnisses“ bekannten Friedensbund schlossen. Für die nächste Zeit war dadurch der europäische Frieden gesichert, denn die drei Kaiserreiche mit den gewaltigen ihnen zur Verfügung stehenden Heeresmassen hatten es in der Hand, jeden Krieg in Europa zu verbieten oder wenigstens zu lokalisiren, und bereitwillig von den Einen und grollend von den Anderen wurde diese Thatsache von allen Mächten Europa's anerkannt.

Während nun Frankreich seine Revanchegelüste unterdrückte, beeilten sich England und Italien, zu dem Dreikaiserbündniß in ein freundschaftliches Verhältniß zu treten. Für Italien war dabei namentlich das enge Bündniß maßgebend, welches die bald nach 1871 in Frankreich mächtig emporkommende kirchliche und politische Reaktion mit dem erbittertsten Feinde der italienischen Einheit, mit dem Papstthum, schloß; selbst die tief eingewurzelte Abneigung des italienischen Volkes gegen Oesterreich mußte Angesichts der Möglichkeit, daß Frankreich dereinst die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes versuchen könnte, in den Hintergrund treten, und im vollen Einverständniß mit der Mehrheit des italienischen Volkes stattete deshalb König Viktor Emanuel im September 1873 den Kaisern von Oesterreich und Deutschland einen Besuch ab, der den späteren Anschluß Italiens an das Bündniß dieser Mächte vorzubereiten bestimmt war.

Die fürstlichen Besuche am Berliner Hofe wurden durch Gegenbesuche Kaiser Wilhelm's in den Hauptstädten Oesterreichs und Rußlands sowie beim Könige von Italien in Mailand erwiedert, und wiederholte Zusammenkünfte der leitenden Staatsmänner bekräftigten von Zeit zu Zeit vor Europa das Fortbestehen des Friedensbundes, um dessen Zustandekommen sich, wie allgemein anerkannt wurde, in erster Linie der deutsche Reichskanzler Fürst Bismarck hoch verdient gemacht hatte.

Bis zum Jahre 1877 hat das Dreikaiserbündniß in voller und segensreicher Wirksamkeit bestanden, und erst seit diesem Jahre ist, zunächst infolge von Ereignissen im Osten Europa's, eine nicht unwesentliche Veränderung der politischen Lage eingetreten. Im Jahre 1877 begann nämlich Rußland, angeblich im Interesse der hart bedrückten christlichen Bevölkerung in der Türkei und deshalb zunächst im Einverständniß mit den übrigen Mächten Europa's, den **orientalischen Krieg**, der nach anfänglichen Schwierigkeiten und ernsten Niederlagen zu einem vollständigen Siege der russischen Waffen führte. Im Besitze der Macht überschritt nun aber Rußland in der Ausbeutung seines Erfolges und in der Verfolgung seiner eigenen Interessen die durch das europäische Gesammtinteresse gezogenen Grenzen, und der russisch-türkische Friedensvertrag von **San Stefano** machte namentlich bei den zunächst betheiligten Mächten, Oesterreich und England, böses Blut. Um es nicht zu ernsteren Verwicklungen kommen zu lassen, wurde deshalb zur endgiltigen Regelung der orientalischen Frage ein Kongreß der europäischen Großmächte in Anregung gebracht. Dieser Vorschlag fand allseitige Zustimmung, und das allgemeine Vertrauen der Mächte wählte Berlin zum Sitz des Kongresses und den deutschen Reichskanzler Fürst Bismarck zu seinem Vorsitzenden und Leiter.

Auf diesem **Berliner Kongreß** (vom 10. Juni bis 13. Juli 1878) wurden, was nach Lage der Dinge nicht zu vermeiden war, die Waffenerfolge Rußlands wesentlich geschmälert und die Bestimmungen des Friedens von San Stefano in vielen Punkten zu Rußlands Ungunsten abgeändert. Die russische Nationalpartei, die dem Deutschthum ohnehin nicht freundlich gesinnt war, nahm nun dieses ungünstige Resultat des Berliner Kongresses zum Anlaß, um eine heftige deutschfeindliche und panslavistische Agitation zu entfalten; die

russische Regierung, sei es, weil sie selbst mit den Ergebnissen der Kongreßverhandlungen unzufrieden war, sei es, weil ihr die von der revolutionären Partei der Nihilisten bereiteten inneren Schwierigkeiten mehr und mehr über den Kopf wuchsen, trat dieser Agitation nicht mit der in Deutschland und Oesterreich wünschenswerth erscheinenden Energie entgegen, und in dem Verhältniß zwischen Rußland einerseits und Deutschland und Oesterreich andererseits trat infolge dessen eine merkliche Erkältung ein. Daß es darüber nicht zum völligen Bruche kam, das verhinderte vor Allem die nach wie vor fortbestehende persönliche Freundschaft der beiden Monarchen von Deutschland und Rußland; aber auch eine völlige Ausgleichung war nicht mehr möglich. Nicht lange darauf, 13. März 1881, fiel Kaiser Alexander II. einem ruchlosen nihilistischen Attentate zum Opfer, und sein Sohn und Nachfolger Alexander III. vermochte Angesichts der inneren Schwierigkeiten und Verlegenheiten nicht sogleich offen und entschieden zu den auswärtigen Fragen Stellung zu nehmen. Allein mit der stillschweigend vollzogenen Auflösung des Dreikaiserbündnisses knüpfte sich das Verhältniß zwischen Deutschland und Oesterreich nur um so fester, und Italien ist diesem Bündniß nunmehr offen beigetreten.

Nach wie vor steht so das Deutsche Reich an der Spitze eines Friedensbundes, der allen kriegerischen Gelüsten ein energisches Halt entgegenzusetzen vermag. Frankreich fühlt sich eingestandenermaßen isolirt und hat sich deshalb unter Vertagung seiner Revanchepläne vorläufig auf mehr oder weniger abenteuerliche auswärtige Unternehmungen geworfen, und Rußland, zur Zeit von einer deutsch-feindlichen Strömung beherrscht, scheint mit der Lösung seiner inneren Verwicklungen vollauf beschäftigt. Deutschland aber vermag im Bewußtsein seines Rechtes und seiner Stärke dem Thun und Lassen seiner Nachbarn im Osten wie im Westen mit Ruhe entgegenzusehen, und im Bunde mit Oesterreich und Italien braucht es selbst die — wenigsten nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liegende — Eventualität nicht zu fürchten, daß einmal der Ausbruch eines Angriffskrieges im Westen zugleich das Signal zum Ausbruch eines Angriffkrieges im Osten, oder umgekehrt, sein könnte.

Aber wenn nun auch die deutsche Reichsregierung nach dem bewährten Grundsatze des „si vis pacem para bellum" mit unablässigem Eifer bestrebt gewesen ist, die inneren Kräfte Deutschlands so zu entwickeln und seine auswärtigen Beziehungen so zu gestalten, daß wir jeden Krieg, falls uns ein solcher aufgedrungen werden sollte, mit voller Zuversicht aufnehmen können, so hat doch deshalb das Deutsche Reich in keinem Augenblick aufgehört, ein Friedensreich in des Wortes höchster Bedeutung zu sein. Von Frankreich und Rußland vielleicht abgesehen ist auch heute noch ganz Europa einig in dem Urtheil, daß wir in erster Linie dem Deutschen Reiche und seinen Staatslenkern die Erhaltung des europäischen Friedens verdanken — und nicht minder einig in dem Wunsche, daß dies zum Wohle unseres Welttheils noch recht lange so bleiben möge.

Der Nestor unter den Fürsten des Erdenrundes, der hochbetagte sieg- und tugendreiche Held, Kaiser Wilhelm, steht nicht nur als Kriegsherr obenan unter allen Heerführern unserer Zeit, er gilt auch für einen der weisesten und hochherzigsten Monarchen Europa's; auf ihn als den Hort des Friedens blickt die ganze Welt mit Verehrung und Bewunderung. In ihm, dem wahrhaften Landesvater seines Königreiches Preußen, sieht unser Gesammtvaterland einen Mehrer des Reiches an Kraft, Ansehen und Macht; es ehrt in ihm ein Reichsoberhaupt, wie Deutschland ein würdigeres seit den stolzen Tagen der Hohenstaufen-Zeit nicht wieder an seiner Spitze gesehen hat.

Rückblick

auf Geschichte und Entwicklung des preußischen Staates vom Jahre 1815 bis zur Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches.

(Fortsetzung aus Band II.)

Die den langen Zeitraum von 1790—1815 umfassende Periode der großen Kriege gegen die französische Revolution und das aus ihr hervorgegangene Napoleonische Kaiserthum hat mit dem zweiten Pariser Frieden ihr Ende erreicht; ihr folgt für die meisten europäischen Staaten eine längere Periode des Friedens, wenigstens des Friedens nach außen, die für den preußischen Staat zusammenfällt mit dem zweiten Theil der

Regierungszeit Friedrich Wilhelm's III.
1815—1840.

Die Regierung benutzt die Friedenszeit zur Hebung und Belebung der inneren Kräfte des Staates, zur Reorganisation des Heerwesens und des Beamtenthums, zur Regelung wichtiger Fragen auf dem Gebiet der Kirche und der Schule, zur Förderung des Handels und des Verkehrswesens u. s. w.; dagegen glaubt sie, von den auf dem Wiener Kongreß zum vollen Siege gelangten Ideen des Legitimitätsprinzips und des staatlichen Absolutismus beherrscht, den auf Erweiterung der bürgerlichen Freiheiten, Einführung verfassungsmäßiger Institutionen und bessere Ordnung der deutschen Bundesverhältnisse gerichteten Wünschen des Volkes die Erfüllung versagen zu müssen. Im Einverständniß mit Oesterreich bekämpft sie deshalb auf Grund der Karlsbader Beschlüsse vom Jahre
1819 und der Wiener Schlußakte vom Jahre
1820 die freiheitlichen Regungen im Volke und auf den Universitäten und beschränkt ihre Zugeständnisse an die konstitutionellen Bestrebungen des Volkes auf die im Jahre
1824 erfolgende Einführung der Provinzialverfassungen mit ständischer Vertretung. Dagegen thut die Regierung auf handelspolitischem Gebiet einen auch politisch für die spätere Einigung Deutschlands höchst bedeutsamen Schritt durch die im Jahre
1828 begonnene Schaffung eines preußisch-deutschen Zollvereins, der trotz heftiger Gegenbestrebungen zu Stande kommt und bereits im Jahre
1834 mit dem Beitritt der meisten deutschen Staaten zum vorläufigen Abschluß gelangt.

Auf kirchlichem Gebiet wird durch die Begründung der Union im Jahre
1817 die Eintracht unter den beiden protestantischen Bekenntnissen gefördert, wenn auch nicht völlig hergestellt, denn die im Jahre
1825 verfügte Einführung einer neuen Agende stößt bei zahlreichen altlutherischen Geistlichen auf heftigen Widerstand. — Aus Anlaß der Mischehenfrage entsteht im Jahre
1835 ein Zerwürfniß zwischen der preußischen Regierung und der katholischen Kirche, das sich
1837 zum offenen Konflikt verschärft, der erst nach dem im Jahre
1840 erfolgten Tode König Friedrich Wilhelm's III. unter der Regierung seines Sohnes und Nachfolgers

Friedrich Wilhelm IV. (1840—1861).

beigelegt wird.

Das immer heftiger werdende Drängen des Volkes nach Einführung einer Verfassung sucht der von tiefeingewurzelter Vorliebe für das Ständewesen erfüllte König durch die im Jahre
1842 erfolgende Berufung der Ausschüsse der Provinziallandtage und
1847 durch die Berufung des Vereinigten (ständischen) Landtages zu beschwichtigen. Dies gelingt jedoch nicht; vielmehr kommt es unter dem Einfluß der französischen Februarrevolution im Jahre
1848 zu Unruhen und Aufständen in verschiedenen Landestheilen und am 18. März zu einem heftigen Straßenkampf in Berlin, infolge dessen sich der König zur Einsetzung eines liberalen Ministeriums und zur Berufung eines konstituirenden Landtages entschließt und sich zugleich für die festere Einigung Deutschlands unter preußischer Führung erklärt. Allein die heftige Parteileidenschaft in dem zur Berathung der Verfassung berufenen Landtage und wiederholte Excesse in Berlin drängen den

König auf den Weg der Reaktion. Am 9. November wird der konstituirende Landtag nach Brandenburg verlegt, am 12. November der Belagerungszustand über Berlin verhängt und am 5. Dezember unter gleichzeitiger Oktroyirung einer Verfassung der Landtag aufgelöst.

Der am 26. Februar 1849 zusammentretende Landtag erkennt zwar die Rechtsbeständigkeit der oktroyirten Verfassung an, geräth jedoch in Widerspruch mit der Regierung wegen ihrer Haltung in der deutschen Frage, wegen Verwerfung der vom deutschen Parlament aufgestellten Reichsverfassung und wegen Ablehnung der ebenfalls vom deutschen Parlament dem Könige von Preußen angebotenen deutschen Kaiserwürde. 27. April Auflösung des Landtages. Preußen schreitet gegen die zur Durchführung der Reichsverfassung in Sachsen und Süddeutschland ausgebrochenen Aufstände erfolgreich ein, thut jedoch gleichzeitig (26. Mai) durch Abschluß des Drei- resp. Vierkönigsbündnisses den ersten Schritt zur Errichtung eines besonderen norddeutschen Bundes. Die reaktionäre Mehrheit des am 7. August eröffneten neuen Landtages nimmt eine durchgreifende Revision der Verfassung vor, welche letztere in vielfach veränderter Gestalt am 31. Jan. 1850 zur Einführung gelangt. Die im März eröffneten Verhandlungen des norddeutschen Unionsparlaments zu Erfurt haben wegen der österreichischen Gegenbestrebungen und wegen des allmählichen Abfalls der betheiligten Staaten von Preußen keinen Erfolg. Die Union löst sich auf, Preußen geräth vollständig unter den reaktionären Einfluß Oesterreichs, zieht seine Truppen aus Dänemark, gegen das es aus Anlaß der schleswig-holsteinischen Frage eingeschritten war, zurück, versucht zwar aus Anlaß des Verfassungsstreites in Kurhessen daselbst einzuschreiten, unterwirft sich aber im entscheidenden Augenblick (Zusammenstoß bei Bronzell) den reaktionären Beschlüssen Oesterreichs und Rußlands und schließt mit beiden Staaten am 15. Nov. zu Warschau und am 29. Nov. zu Olmütz eine demüthigende Konvention. Die reaktionäre Partei (Ministerium Manteuffel-Raumer-Westphalen) gelangt im Jahre 1851 in Preußen zur vollständigen Herrschaft. Im Jahre 1852 unterzeichnet Preußen das erste Londoner Protokoll wegen der dänischen Erbfolge. In demselben Jahre erfolgt Erwerbung eines Theiles der aufgelösten deutschen Flotte und Anlegung eines preußischen Kriegshafens im Jahdebusen. In der inneren Politik Fortsetzung der Reaktion und Aufhebung der Kreis- und Kommunalordnung vom Jahre 1850. Auch in den nächsten Jahren 1853—1854 weitere Reaktion, namentlich auf dem Gebiet des Kirchen- und Schulwesens; Erlaß der Regulative; Umgestaltung der ersten Kammer des Landtages zu dem sogen. „Herrenhause“. In der auswärtigen Politik neutrale Haltung Preußens in dem Kriege der Westmächte gegen Rußland. Der diesen Krieg (Krimkrieg) abschließende Pariser Frieden vom Jahre 1856 wird von Preußen mit unterzeichnet; ein in demselben Jahre ausbrechender Konflikt mit der Schweiz wegen der Neuenburger Angelegenheit wird im Jahre 1857 durch den freiwilligen Verzicht Preußens auf Neuenburg friedlich beigelegt.

Eine schwere Erkrankung nöthigt den König, am 23. Oktober desselben Jahres seinen Bruder und Thronerben Prinz Wilhelm von Preußen mit seiner Stellvertretung zu betrauen und ihm am 7. Okt. 1858 die Regentschaft zu übertragen.

Die nächste Folge ist ein völliger Umschwung in der inneren preußischen Politik. Entlassung des reaktionären Ministeriums und Berufung des liberalen Ministeriums der „neuen Aera“. In der auswärtigen Politik erfolgt kräftigeres Eingreifen Preußens, namentlich aus Anlaß des österreichisch-französischen Krieges in Italien vom Jahre 1859 und theilweise Mobilmachung des preußischen Heeres. Die bei dieser Mobilmachung gemachten Erfahrungen veranlassen die preußische Regierung, zunächst im Jahre 1860 eine Reform der Bundeskriegsverfassung beim Bundesrathe zu beantragen und, da dieselbe abgelehnt wird, die Reorganisation des preußischen Heeres in Angriff zu nehmen. Inzwischen verschlimmert sich die Krankheit des Königs; am 2. Januar 1861 erliegt er seinen Leiden, und der Prinzregent besteigt als

Wilhelm I. (seit 1861)

den preußischen Königsthron.

Obgleich der preußische Landtag die Nothwendigkeit der Heeresreorganisation als einer dauernden Einrichtung nicht anerkennen und deshalb die erforderlichen Mehrkosten nur vorübergehend bewilligen will, wird die Reorganisation energisch durchgeführt. Zwei neue Parteibildungen, der entschieden liberalen Fortschrittspartei und des konservativen preußischen Volksvereins, bezeichnen den Beginn des darüber ausbrechenden Konflikts. Derselbe entwickelt sich, nachdem inzwischen am 1. Okt. die feierliche Krönung des Königs in Königsberg

stattgefunden hat, bereits Anfang des Jahres
1862 in voller Schärfe. Der Auflösung des Abgeordnetenhauses am 11. März folgt am 18. März die Berufung eines konservativen Ministeriums, an dessen Spitze nach dem regierungsfeindlichen Ausfall der Neuwahlen am 23. Sept. der bisherige preußische Bundestagsgesandte Otto v. Bismarck-Schönhausen tritt. Die wiederholte Verweigerung der für die Heeresreorganisation geforderten Kosten und die dadurch bedingte Ablehnung des gesammten Etats steigert den ursprünglich auf die Heeresreorganisation beschränkten Konflikt zu einem Verfassungskonflikt. Infolge dessen am 22. Mai
1863 abermalige Auflösung des Abgeordnetenhauses und reaktionäre Maßnahmen der Regierung, namentlich Erlaß einer verfassungswidrigen Preßordonnanz und Unterstellung der Presse unter die Aufsicht der Regierungs- und Polizeibehörden. Die auswärtige Politik der Regierung, ihre russenfreundliche Haltung bei Gelegenheit des polnischen Aufstandes, ihre Nichtbetheiligung an dem von Oesterreich veranstalteten Frankfurter Fürstenkongreß und die Veröffentlichung des Bismarck'schen Programms in der deutschen Frage finden unter dem Eindruck des Verfassungskonflikts nicht die Zustimmung der Volksvertretung. Das Abgeordnetenhaus verweigert sogar die Kosten zu dem infolge des Todes Friedrich's VII. von Dänemark und vertragswidriger Verfügungen seines Nachfolgers Christian's IX. ausbrechenden Kriege, welcher im Jahre
1864 von Preußen und Oesterreich gemeinschaftlich behufs endgiltiger Regelung der schleswig-holsteinischen Frage geführt wird. Nach wenigen entscheidenden Siegen der Verbündeten, namentlich bei Düppel und Alsen, sieht sich Dänemark zur Anknüpfung von Friedensverhandlungen und im Wiener Frieden (30. Okt.) zum Verzicht auf Schleswig-Holstein und Lauenburg genöthigt, die nun zunächst von den Siegern gemeinschaftlich verwaltet werden.

Der Verfassungskonflikt wird indessen auch durch diesen Erfolg der preußischen Regierungspolitik nicht beigelegt. Das Abgeordnetenhaus verwirft auch für die Jahre 1864 und
1865 das von der Regierung vorgelegte Budget und verlangt wiederholt die Entlassung des Ministeriums. Inzwischen haben sich bei der gemeinsamen Verwaltung der schleswig-holsteinischen Herzogthümer mehrfache Unzuträglichkeiten herausgestellt, da Oesterreich die Erbansprüche des Prinzen Friedrich VIII. von Augustenburg begünstigt, während Preußen dieselben nur gegen weitgehende Garantien anerkennen will und, da diese verweigert werden, auf die Einverleibung der Herzogthümer in Preußen hinarbeitet. Die dadurch bedingte Spannung zwischen Oesterreich und Preußen wird durch die Gasteiner Konvention (Abtretung Lauenburgs an Preußen für eine Entschädigung von $2^1/_2$ Mill. dän. Thaler, getrennte Verwaltung Schleswigs durch Preußen und Holsteins durch Oesterreich) beigelegt; sie tritt indessen bald aufs Neue auf und verschärft sich bereits zu Anfang des Jahres
1866 zum Konflikt, der endlich durch die gleichzeitige Hineinziehung der deutschen Frage und durch den Bruch des Gasteiner Vertrages von Seiten Oesterreichs den Krieg unvermeidlich macht. Preußen schließt infolge dessen ein Bündniß mit Italien, während die süd- und mitteldeutschen Staaten nebst Hannover auf Oesterreichs Seite treten. Der Ende Juni beginnende Feldzug wird von Preußen schnell zu siegreichem Ende geführt. Gleichzeitige Niederlagen der Hannoveraner bei Langensalza und der Oesterreicher bei Podol, Münchengrätz, Skalitz, Gitschin, Trautenau und Königinhof. Entscheidender Sieg der Preußen über die Oesterreicher bei Königgrätz (3. Juli) und Vormarsch auf Wien. Inzwischen im Juli siegreicher Feldzug der preußischen Mainarmee gegen Oesterreichs süddeutsche Verbündete; Gefechte bei Kissingen, Hammelburg und Aschaffenburg, Besetzung von Frankfurt a. M. (16. Juli), Kämpfe bei Tauberbischofsheim, Helmstadt, Roßbrunn und Würzburg. Vermittlung Napoleon's zwischen Oesterreich und Preußen, Abtretung Venetiens an Italien, Waffenstillstand zu Nikolsburg (26. Juli) und mit den süddeutschen Staaten (1.—3. August). Friede zu Prag: Ausschluß Oesterreichs aus dem deutschen Bunde, Einverleibung von Hannover, Schleswig-Holstein, Kurhessen, Nassau und Frankfurt a. M. in den preußischen Staat. Errichtung des Norddeutschen Bundes; geheime Schutz- und Trutzbündnisse mit den süddeutschen Staaten. Im preußischen Landtage volle Anerkennung der nationalen Politik der Regierung, Beendigung des Konflikts, Bewilligung des vorgelegten Indemnitätsgesuches. Der neu errichtete Norddeutsche Bund bildet bereits im nächsten Jahre
1867 die Grundlage für eine vollständige Reorganisation des deutschen Zollvereins (Zollbundesrath und Zollparlament), während Angesichts der Annexionsgelüste Napoleon's und seiner deutschfeindlichen Intriguen die süddeutschen Staaten auch in politischer und

militärischer Hinsicht engeren Anschluß an Preußen suchen. Der vorsichtigen Politik der preußischen Regierung gelingt es, den drohenden Ausbruch des Krieges mit Frankreich noch einige Jahre hintanzuhalten; auch die von französischer Seite aufgegriffene Luxemburger Streitfrage wird durch einige Zugeständnisse Preußens in friedlichem Sinne beigelegt. Lediglich wachsende innere Verlegenheiten und der Chauvinismus des französischen Volkes lassen den Kaiser Napoleon gegen Ende des Jahres

1869 den entscheidenden Entschluß zum Kriege fassen, und die zu Anfang des Jahres

1870 bekannt werdende spanische Thronkandidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern, die von der französischen Kriegspartei als von deutscher Seite absichtlich gegen Frankreich gerichtet dargestellt wird, muß als Vorwand zum Kriege dienen. Da König Wilhelm die in rücksichtslosester Form an ihn gestellten Zumuthungen des französischen Kabinets mit würdevoller Entschiedenheit ablehnt, so erfolgt am 19. Juli die französische Kriegserklärung, die ganz Deutschland in patriotischer Begeisterung gegen Frankreich in die Waffen ruft. Die Ueberlegenheit der deutschen Heeresleitung über die französische tritt schon bei dem Aufmarsch der beiderseitigen Streitkräfte zu Tage, und der Verlauf des ausschließlich auf französischem Boden ausgefochtenen Kampfes ist eine fast ununterbrochene Kette von Siegen der deutschen Armee. Nachdem die an die Grenze vorgeschobene französische Armee durch die Siege der Deutschen bei Weißenburg, Wörth und Spicheren (4.—6. August) zum Rückzuge genöthigt ist, wird das an der Mosel stehende Corps Bazaine's durch die Kämpfe vom 14., 16. und 18. August (Rezonville, Mars-la-Tour, Gravelotte) nach Metz gedrängt und die Einschließung dieser Festung bewirkt. Die zum Entsatz heranrückende Mac Mahon'sche Armee wird umgangen und bei Sedan (2. Sept.) zur Kapitulation genöthigt, wobei Kaiser Napoleon in Kriegsgefangenschaft geräth, infolge dessen er vom französischen Volke für abgesetzt erklärt und die Republik proklamirt wird. Da die Staatslenker der neuen Republik sich zu irgend welchen Verhandlungen nicht geneigt zeigen, muß der Krieg fortgesetzt werden. Sein Hauptziel ist jetzt Paris, das am 19. Sept. von den Deutschen eingeschlossen und nach dem Fall von Straßburg, Metz und der meisten übrigen Festungen beschossen wird, während im Süden durch die Kämpfe bei Le Mans, Orleans, Beaune la Rolande und im Norden durch die Schlachten bei Bapaume, St. Quentin u. s. w. die zum Entsatz der Hauptstadt heranrückenden französischen Streitkräfte erfolgreich zurückgewiesen und größtentheils aufgerieben oder zerstreut werden. Inmitten dieser Kämpfe vollzieht sich am 18. Januar

1871 zu Versailles die vollständige politische Einigung Deutschlands, und König Wilhelm von Preußen wird von den versammelten deutschen Fürsten als Deutscher Kaiser proklamirt.

Da Paris sich aus Mangel an Lebensmitteln nicht länger zu halten vermag, schließt die provisorische Regierung Frankreichs am 28. Januar einen Waffenstillstand, infolge dessen die Pariser Forts von den Deuschen besetzt, die Verproviantirung der Hauptstadt gestattet und die Feindseligkeiten auf dem ganzen Kriegsschauplatz mit Ausnahme des südöstlichen Frankreich eingestellt werden. Nachdem dann wenige Tage später auch dort die um die Belagerung von Belfort sich konzentrirenden Kämpfe, namentlich um Dijon und an der Lisaine, mit dem Uebertritt der gesammten französischen Ostarmee auf Schweizer Gebiet ihren Abschluß gefunden, wird zu Versailles der Präliminarfrieden (Abtretung des Elsaß und Deutsch-Lothringens an Deutschland und Zahlung einer Kriegsentschädigung von 5 Milliarden) vollzogen und nach kurzer Besetzung von Paris durch deutsche Truppen am 3. März von der französischen Nationalversammlung ratifizirt, worauf am 10. Mai zu Frankfurt a. M. die Unterzeichnung des definitiven Friedensvertrages erfolgt.

Von da an fällt die Geschichte des preußischen Staates mit der Geschichte des neuen Deutschen Reiches in der Hauptsache zusammen und sei deshalb der Leser auf den kurzen, die Ereignisse von 1871 bis zur Gegenwart behandelnden Schlußabschnitt dieses Werkes verwiesen. —

Die hier beigefügten sechs Karten veranschaulichen uns den Umfang und die geographische Gestaltung des preußischen Staates in verschiedenen besonders wichtigen Perioden seiner Geschichte. Zur Erleichterung der Uebersicht über Größe, Einwohnerzahl und Zeit der Erwerbung der einzelnen Gebiete, aus welchen sich der preußische Staat unter dem ruhmreichen Herrschergeschlecht der Hohenzollern entwickelte, möge noch die folgende Tabelle hier ihre Stelle finden.

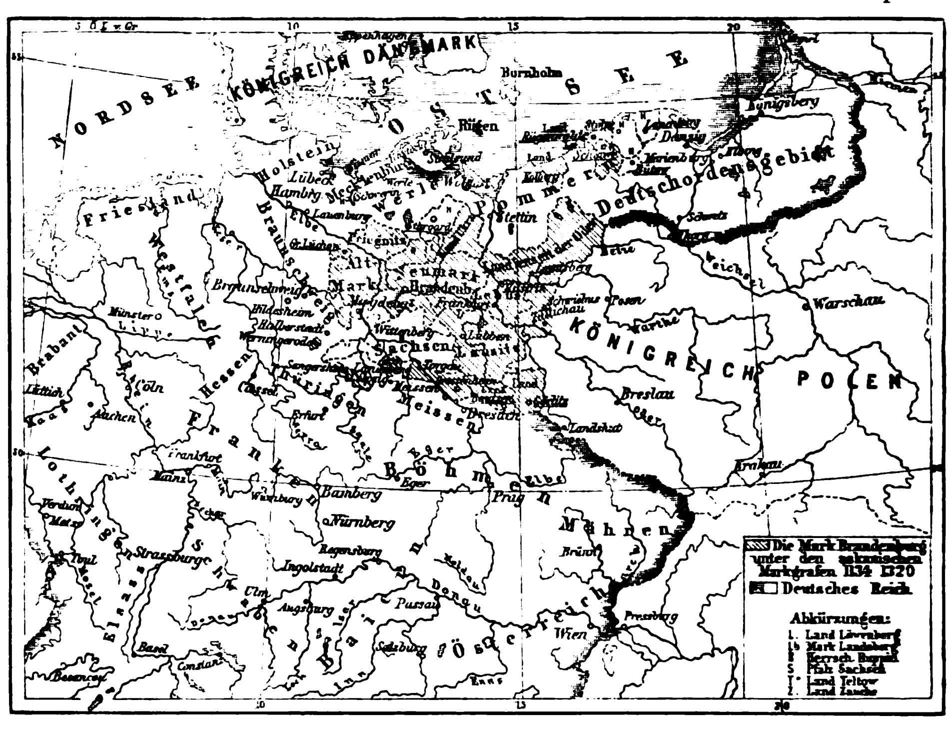
Name des Regenten	Erwerbungen	Jahr	Gesammtgröße des Staates in Q.-Meilen	Gesammteinwohnerzahl des Staates
Kurfürst Friedrich I. (1415 bis 1440)	Altmark Mittelmark Priegnitz Lebus	1415	400	?
	Ukermark	1420		
Kurfürst Friedrich II. (1440 bis 1470)	Kottbus	1445	620	?
	Wernigerode	1449		
	Neumark	1455		
Kurfürst Albrecht Achilles (1470 bis 1486)	Krossen Züllichau Sommerfeld	1482	650	?
Kurfürst Johann Sigismund (1608—1619)	Kleve Mark Ravensberg	1614	1470	900,000
	Ostpreußen	1619		
Kurfürst Friedrich Wilhelm (der Große Kurfürst; 1640 bis 1688)	Minden Magdeburg Halberstadt Hinterpommern Kammin	1648	2000	1,500,000
	Schwiebus	1686		
Kurfürst Friedrich III. (König Friedrich I.; 1688—1713)	Quedlinburg	1697	2055	1,750,000
	Mörs	1702		
	† Neuenburg (Neufchatel)	1707		
König Friedrich Wilhelm I. (1713—1740)	Geldern	1713	2275	2,240,000
	Vorpommern	1720		
Friedrich II. (der Große; 1740 bis 1786)	Schlesien Glatz	1742	3500	5,380,000
	Ostfriesland	1744		
	Westpreußen Ermeland	1773		
Friedrich Wilhelm II. (1786 bis 1797)	† Ansbach-Baireuth	1791	5552	9,000,000
	Posen	1793		
	† Neuostpreußen † Südpreußen	1795		
Friedrich Wilhelm III. (1797 bis 1840)	Nordhausen Eichsfeld Erfurt Mühlhausen Münster Paderborn	1801	5096	10,500,000 (1815)
	Schwedisch-Pommern Sachsen (Provinz) Lausitz Köln Aachen Jülich Berg Trier	1815		15,000,000 (1840)
Friedrich Wilhelm IV. (1840 bis 1861)	Hohenzollern	1849	5104	17,500,000
	Jahdegebiet	1853		
Wilhelm I. (1861—*)	Lauenburg	1865	6325	23,600,000 (1866)
	Schleswig-Holstein Hannover Kurhessen Frankfurt a. M.	1866		

Anmerkung: Die mit † bezeichneten Gebiete sind wieder abgetreten worden, und zwar Neuostpreußen, Südpreußen und Ansbach-Baireuth im Jahre 1807, Neuenburg im Jahre 1857.

Gegenwärtig (1884) beträgt die Größe und Einwohnerzahl
des Königreichs Preußen: 6325 Q.-M. ca. 29,000,000,
„ Deutschen Reiches: 9802 „ ca. 45,000,000.



1



2

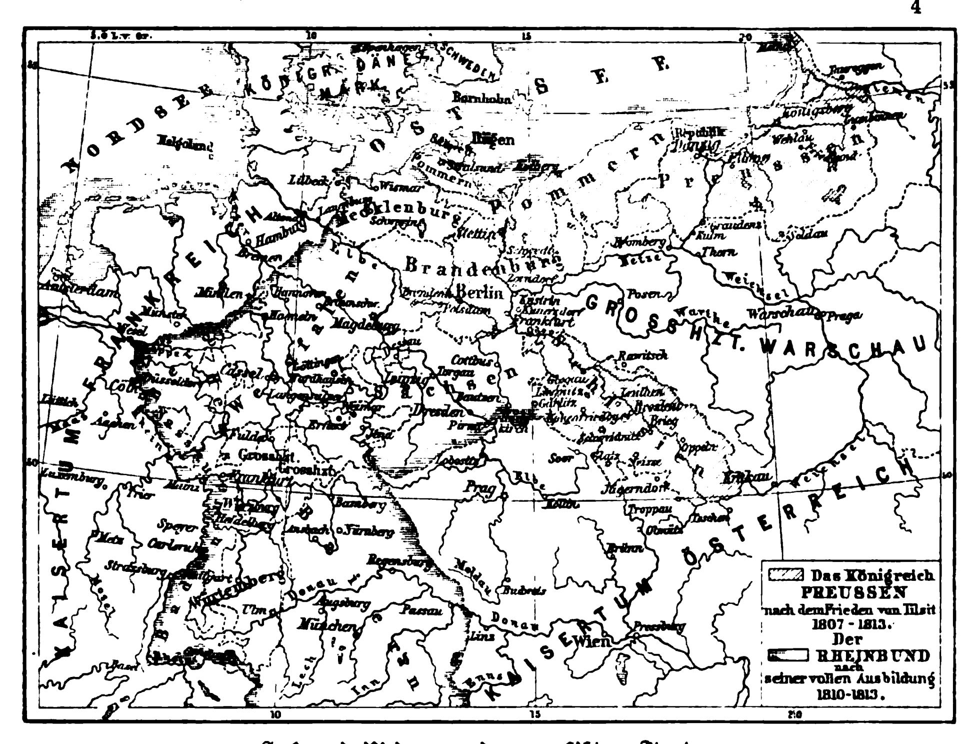


Der preußische Staat von den Askaniern bis zum Großen Kurfürsten.

3



4

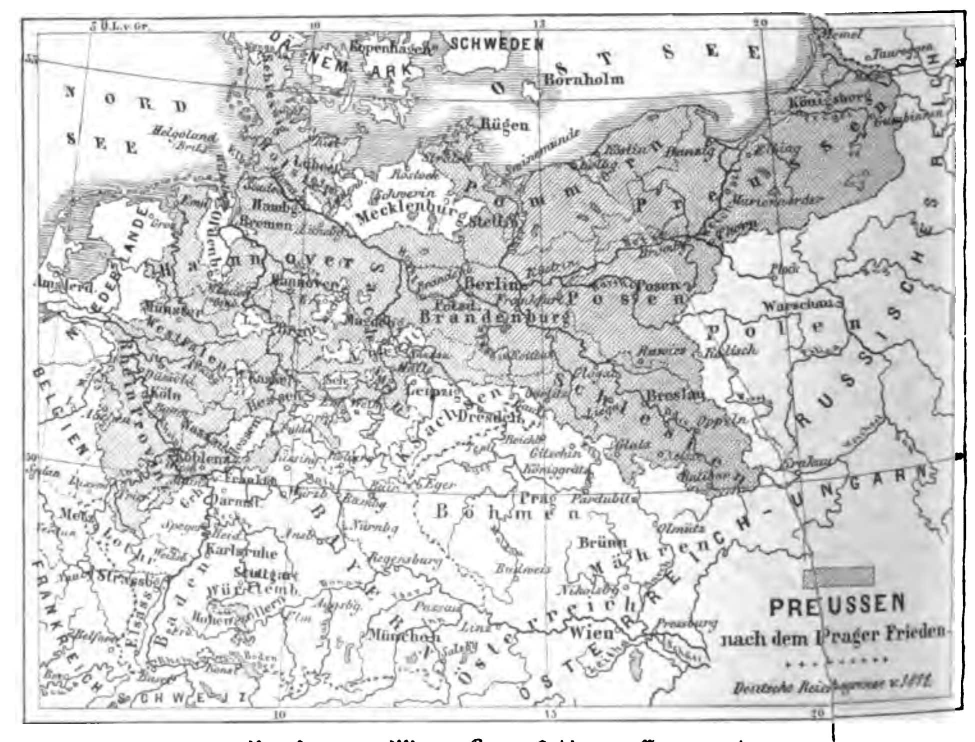


Auf- und Niedergang des preußischen Staates.

5

PREUSSEN
nach dem Wiener Kongress
1815-1866
bis 1815 abgetretene Länder

6



Preußen vom Wiener Kongreß bis zur Gegenwart.

Namen- und Sachregister

zu

Preußens Geschichte in Wort und Bild. I. u. II.

Von der Vorzeit bis zur Errichtung des Deutschen Bundes (1815).

1. bedeutet: erster Band; 2. zweiter Band; A. Abbildung; T. Tonbild.

Namen- und Sachregister

zur

Geschichte des Preußischen Staates. III.

Vom Jahre 1815 bis zur Wiederaufrichtung des Deutschen Reichs.

A. bedeutet: Abbildung.

—⁂—